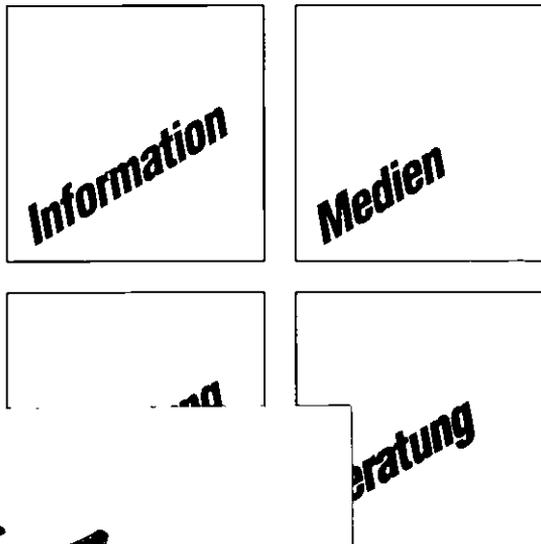


Gesundheits- wegweiser

Kooperationspartner, ihre Aufgaben und Angebote

2., aktualisierte und
erweiterte Auflage 1994



010067



Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln, im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit.

Konzept: BZgA, Köln

Druck: Becher, Brühl

Erscheinungsdatum: September 1994

1.5.9.94

– gedruckt auf chlorfreiem Papier –

Nachdruck – auch auszugsweise – sowie fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung, Weitergabe mit Zusätzen, Aufdrucken und Aufklebern nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gesundheits- wegweiser

Kooperationspartner, ihre Aufgaben und Angebote

2., aktualisierte und
erweiterte Auflage 1994

Information

Medien

Fortbildung

Beratung

ARCHIVEXEMPLAR

**Reg.-No. 10061
(1.7.14)**



Vorwort

Der „Gesundheitswegweiser“ beschreibt ca. 230 überregional tätige Fachinstitutionen und informiert über ihre Angebote (Fachinformationen, Medien, Fortbildungs- und Beratungsmöglichkeiten, Referentendienste).

Bei der Auswahl der Institutionen wurden 14 gesundheitsrelevante Themengebiete besonders berücksichtigt:

- Aids
- Arbeit
- Behinderte
- Drogen/Sucht
- Ernährung
- Gesundheit des Kindes/Jugendlichen
- Herz-Kreislaufkrankungen
- Impfen
- Krebs
- Psychische Gesundheit
- Rheuma
- Umwelt
- Wohnen
- Zahngesundheit

Die meisten Institutionen befassen sich schwerpunktmäßig mit der Prävention. Auch Fragen der Rehabilitation werden behandelt: Hierbei ist allerdings zu beachten, daß keine therapeutischen Einrichtungen wie Fachkrankenhäuser, sondern z. B. Vereinigungen und Verbände auf Bundesebene im „Gesundheitswegweiser“ beschrieben werden. Bei der Suche nach Therapieeinrichtungen kann allerdings eine Reihe der Institutionen weiterhelfen.

1. Inhalt des „Gesundheitswegweisers“

Der „Gesundheitswegweiser“ ist ein Nachschlagewerk für:

- Gesundheitserzieher und Gesundheitsförderer
- Lehrer
- Dozenten
- Beratungsstellen
- Initiativen
- Selbsthilfegruppen
- Gesundheitsberufe
- Soziale Dienste
- Gesundheitsredakteure von Zeitungen und Zeitschriften

Er erleichtert Ihnen den Zugang zu Einrichtungen, die in Gesundheitsfragen Unterstützung anbieten.

2. Nutzerkreis

Eine Befragung unter Beziehern der 1. Auflage bestätigt: Der „Gesundheitswegweiser“ läßt sich vielfältig nutzen, so etwa zur

- Suche von Kooperationspartnern
- Weitergabe von Adressen bei Anfragen
- Beschaffung von Medien für die Beratungsarbeit, Veranstaltungen, die örtliche Mediothek
- Suche von Dozenten für Veranstaltungen
- Beschaffung von Fachinformationen
- Unterstützung bei der Entwicklung von Maßnahmen (Hinweise, wo Konzepte und Erfahrungen vorliegen)

3. Nutzungsmöglichkeiten

Hier einige Bewertungen von Nutzern:

„Es gibt kein vergleichbares Standardwerk, das so viele kompetente Nutzeradressen führt.“

„Ziemlich vollständiger und fachübergreifender Katalog, der weiterhelfen kann.“

„Als Ausgangspunkt für Fragen jeglicher Art, umfassend und übergreifend.“

„Interessant – gerade auch für die neuen Bundesländer“

4. Entstehung der zweiten Auflage des „Gesundheitswegweisers“

Das Institut für Gesundheit und Bildung, Hamburg, hat im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung die Arbeiten zur Aktualisierung und Ergänzung des „Wegweisers“ durchgeführt.

Folgende Kriterien für den Verbleib bzw. für die Aufnahme von Institutionen in den „Gesundheitswegweiser“ sind zugrunde gelegt worden:

- Fachinstitution,
- überregionale Tätigkeit/Bedeutung,
- für in der Gesundheitserziehung/Gesundheitsförderung Tätige (auch „nebenamtliche“ wie Lehrer, Gesundheitsberufe, soziale Dienste) unmittelbar nutzbare und bezahlbare Angebote (z. B. keine Institutionen, die hauptsächlich Auftragsarbeiten durchführen – es sei denn, sie bieten z. B. Materialien auch für Nichtauftraggeber an).

a) Aktualisierung

Grundlage für die Aktualisierungsarbeiten waren die Institutionsbeschreibungen der ersten Auflage des „Gesundheitswegweisers“, die seinerzeit im Auftrag der BZgA von folgenden Personen und Instituten erstellt wurden:

Für den Themenbereich:

- Umwelt, Impfen, Zahngesundheit
vom Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) e. V., Bonn
- Arbeit
von Prof. Dr. Müller, Dr. Milles,
Arbeitswissenschaftler, Bremen
- Psychische Gesundheit
von Gerhard Lüdtko, Dipl.-Psychologe, Berlin
- Behinderte
von Horst Bande, Sonderpädagoge, Berlin
- Krebs/Rheuma
vom Tumorzentrum, Bonn
- Wohnen
von der Studiengruppe für Sozialforschung,
Marquartstein (Chiemsee)
- Aids, Drogen/Sucht, Ernährung, Herz-Kreislauf-
erkrankungen, Gesundheit des Kindes, Landes-
einrichtungen für Gesundheitserziehung
von Peter Sabo, Mainz.

161 Institutionen haben ihre Beschreibungen aktualisiert und zur Veröffentlichung freigegeben.

19 Institutionen sind entfallen (existieren nicht mehr, erfüllen nicht die Kriterien für den Verbleib im „Gesundheitswegweiser“ oder möchten nicht wieder aufgenommen werden). Darunter ist auch das Bundesgesundheitsamt, das am 1. 7. 1994 aufgelöst wurde, dessen Nachfolgeinstitute jedoch beschrieben sind (siehe Seiten 161, 163, 553, 584).

b) Neuaufnahmen

Durch Auswertung von in der BZgA und beim Institut für Gesundheit und Bildung vorliegenden Informationen sowie durch Befragung von Experten und Fachinstitutionen sind Institutionen zur Neuaufnahme in den „Gesundheitswegweiser“ ermittelt worden. Es handelt sich dabei sowohl um Institutionen aus den neuen Bundesländern (für die erste Auflage des „Gesundheitswegweisers“ lagen noch keine ausführlichen Beschreibungen vor) als auch aus den alten Bundesländern (etwa um weitere Bereiche – z. B. Allergie – zu erschließen).

Eine Reihe von Institutionen hat außerdem von sich aus um Aufnahme in den „Gesundheitswegweiser“ gebeten.

Diese Institutionen sind aufgenommen worden, wenn sie zumindest in einigem Umfang auch unmittelbar nutzbare Angebote für Nichtauftraggeber vorhalten.

Insgesamt sind autorisierte Beschreibungen von 65 Institutionen neu aufgenommen worden.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
– Lehrgangsreferat –
Postfach 91 01 52
51071 Köln
Tel.: 02 21/89 92-0 (Zentrale)

5. Herausgeber

a) Orientieren Sie sich im Übersichtsregister

Die Institutionen sind alphabetisch geordnet.

Sie können sich einen Überblick verschaffen, welche Einrichtungen ausführlich beschrieben und wo sie im „Gesundheitswegweiser“ zu finden sind.

Die Adressen von über 50 Behinderten-Selbsthilfeverbänden (die sich jeweils mit einer bestimmten Krankheit bzw. Behinderung beschäftigen) enthält die Beschreibung der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e. V.

Das Übersichtsregister hilft Ihnen auch weiter, wenn Sie Fachinstitutionen suchen, die bestimmte Themengebiete bzw. Fragestellungen bearbeiten.

Beachten Sie hierbei bitte:

- Zwischen den Themengebieten bestehen vielfältige Querverbindungen: Wenn Sie z. B. Angebote zur Aids-Aufklärung für Jugendliche suchen, sollten Sie Institutionen in den Spalten „Aids“ **und** „Gesundheit des Kindes/Jugendlicher“ berücksichtigen.
- Der Bereich „Rauchen/Förderung des Nichtraucherens“ ist dem Themengebiet „Drogen/Sucht“ zugeordnet.
- Die Rubrik „themenübergreifend“ bedeutet, daß Gesundheitsfragen generell bearbeitet werden.
- Institutionen, die sich mit Gesundheitsfragen generell beschäftigen (z. B. Krankenkassen, Landeszentralen für Gesundheitserziehung, Forschungseinrichtungen), sind prinzipiell Ansprechpartner für alle Themen im Bereich der Gesundheitserziehung

6. Wie Sie den „Gesundheitswegweiser“ nutzen können

und Gesundheitsförderung; es sollte beachtet werden, daß die im Übersichtsregister genannten Angebots-(Arbeits-)Schwerpunkte wechseln können.

Das Übersichtsregister gibt *nicht* Auskunft über das Tätigkeitsspektrum einer Institution, da

- nur die Hauptarbeitsfelder innerhalb der genannten Themengebiete angekreuzt sind,
- eine Reihe von Einrichtungen weitere Themen bearbeitet, die wegen ihrer Vielfalt im Übersichtsregister nicht genannt werden können; hierüber gibt die Institutionsbeschreibung Auskunft

b) Die Institutionsbeschreibungen

Die Beschreibungen informieren über Ziele, Aufgaben und Angebote der Institutionen.

Sie sind im Zeitraum November 1993 bis Juli 1994 aktualisiert bzw. erstellt worden.

Dauer- und Standardangebote, die voraussichtlich über mehrere Jahre aktuell bleiben (z. B. periodisch erscheinende Medien, Standardfortbildungen), sind im „Gesundheitswegweiser“ dargestellt. Einzelmedien und -veranstaltungen werden dagegen nur beispielhaft zur Illustration des Gesamtangebotes aufgeführt, da hier erfahrungsgemäß schnell Veränderungen stattfinden.

Die Beschreibungen geben deshalb Hinweise, wie Sie sich selber über das aktuelle Angebot auf dem laufenden halten können, z. B. durch Aufnahme in den Verteiler von Veröffentlichungsverzeichnissen und Fortbildungsprogrammen.

Übersichtsregister

Institutionen	Seite	Aids	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Abteilung für Medizinische Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg	33	X	X		
Abteilung Klinische Sozialmedizin Klinikum der Universität Heidelberg	35				
Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e V	37				X
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf	39	X		X	
Aktion Psychisch Kranke e. V.	43				
Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e. V. - A.U.G.E. -	45				
Aktionskomitee Kind im Krankenhaus e. V. - AKIK -	47				
Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland „Für Selbstbestimmung und Würde“ e. V. - ABiD -	51			X	
Anonyme Alkoholiker Interessengemeinschaft e V. - AA	53				X
AOK-Bundesverband - AOK-BV -	57		X	X	X
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e V. AWO -	59	X	X	X	X
Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind - AAK - e.V.	65		X	X	
Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e. V. AgV	67				
Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen Bundesverband e V - AFS -	69				
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe - AGJ	71		X		
Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung der Träger der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung im Lande Nordrhein-Westfalen AfKB -	75				
Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e V. - AGW -	77				
Arbeitskammer des Saarlandes	81		X	X	
Arbeitskreis der Pankreatektomierten e V Bauchspeicheldrüsenoperierte - AdP	85			X	
Arbeitskreis für Gesundheitsbewußtsein und kritischen Umgang mit Arzneimitteln e V	87				X
Arbeitskreis für Neue Erziehung e V für Familie, Schule und Gesellschaft - ANE	91				

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes, Jugendlich</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankung</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-Gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
	X	X	X							X
X		X								X
X	X		X		X		X		X	X
					X					
X							X			X
	X				X					
X	X	X		X	X	X	X		X	X
	X	X		X	X					X
X	X				X		X	X		
X	X						X	X		X
X	X									
	X				X					
				X						
							X	X		X
							X			X
				X						
	X		X		X					X
	X				X					

Institutionen	Seite	Aids	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Archiv für Sozialpolitik e. V. AFS	93	X	X	X	X
A.U.G.E mbH Umweltberatungsgesellschaft	95				
Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e. V. AID	97				
Berufsgenossenschaftlicher Arbeitsmedizinischer und Sicherheitstechnischer Dienst e. V.	101		X		
Berufsverband Deutscher Psychologen e. V. BDP	103		X		
Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e. V.	107	X			
Blaues Kreuz in der Evangelischen Kirche Bundesverband e. V. BKE	109				X
Blaues Kreuz in Deutschland e. V. BKD -	111				X
Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin BIPS	115		X		X
Brendan-Schmittmann-Stiftung des NAV-Virchowbundes	117			X	X
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. - BUND	119				
Bundesärztekammer Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern	123	X	X	X	X
Bundesanstalt für Arbeitsmedizin BAFAM	127		X		
Bundesanstalt für Arbeitsschutz	131		X		
Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e. V. - BAG cbf	135			X	
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. BAGFW -	137				
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe in Deutschland e. V. BAG -	139				X
Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit BASI	141		X		
Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation	143			X	
Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e. V. (BAG Hilfe für Behinderte; BAGH)	145		X	X	
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Einrichtungen der Hilfe für psychisch kranke und psychisch behinderte Menschen	151			X	

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/ Jugendlicher</i>	<i>Herz- Kreislauf- erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn- Gesundheit</i>	<i>themen- übergreifend</i>
										X
							X	X		X
X							X			
					X					
X		X		X			X			X
X	X	X		X	X	X	X			X
							X			
X	X	X	X	X	X	X	X	X		X
										X
	X									
	X	X		X	X	X	X	X		X
					X					

Institutionen	<i>Seite</i>	<i>Aids</i>	<i>Arbeit</i>	<i>Behinderte</i>	<i>Drogen/ Sucht</i>
Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. – BAJ	153	x	x		x
Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung haltungs- und bewegungs- auffälliger Kinder und Jugendlicher e. V. BAC	157				
Bundesforschungsanstalt für Ernährung – BFE	159				
Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	161				x
Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinär- medizin BgVV –	163				
Bundesknappschaft	165			x	
Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V.	167				
Bundesverband der Betriebskrankenkassen	171				x
Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. – BBU	175		x		
Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher e. V. – BVEK –	177				x
Bundesverband der Innungskrankenkassen – IKK-Bundesverband –	179		x		x
Bundesverband der Kehlkopfflosen e. V.	183			x	
Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen	185		x		
Bundesverband der Pflege- und Adoptiveltern e. V. – BVdPA	189				
Bundesverband der Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. – BZÖG –	191				
Bundesverband „Hilfe für das autistische Kind“ Vereinigung zur Förderung autistischer Menschen e. V.	193			x	
Bundesverband Neue Erziehung e. V. BNE	195				
Bundesvereinigung für Gesundheit e. V. – BfGe –	197	x	x		x
Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V.	199			x	
Bundeszahnärztekammer (BZÄK) - Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Zahn- ärztekammern e. V. – Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), K.d.ö.R.	203				
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – BZgA –	207	x			x

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
	X				X					X
	X									X
X							X			
		X		X		X			X	X
X							X	X		X
X			X							X
	X				X					
X	X	X		X	X				X	X
X	X			X	X		X	X		
	X									
X	X	X		X			X		X	X
				X						
	X								X	X
	X								X	
					X					
	X				X					
X	X	X	X	X	X		X		X	X
									X	
X	X	X		X						X

Institutionen	Seite	Aids	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Dachverband psychosozialer Hilfsvereinigungen e V Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e V	211				
Das Schuhinstitut GmbH DSI	215				
Deutsche AIDS-Hilfe e V D.A.H	217	x			
Deutsche AIDS-Stiftung „Positiv leben“ -- DAS -	221	x			
Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e V DAJEB	223				
Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e V - dapo	225				
Deutsche Forschungsgemeinschaft e V. – DFG -	227		x		
Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. – DGE –	229				
Deutsche Gesellschaft für Freizeit e V. – DGF -	231		x		
Deutsche Gesellschaft für gesundheitsfördernde Schulen e V - DGGS	235				
Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie e V DGKJ	237				
Deutsche Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen e. V. -- DGPR –	239				
Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde e V. DGPPN –	241	x			x
Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie e V. - DGPT -	243				
Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie e V DGSP -	245				
Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie e. V.	247			x	
Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e. V. dgs	249			x	
Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung DGU	251				
Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e V DGVT -	253				
Deutsche Gesellschaft für Wohnmedizin und Bauhygiene e. V	255				
Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e. V. - DHS –	257				x

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/ Jugendlicher</i>	<i>Herz- Kreislauf- erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn- gesundheit</i>	<i>themen- übergreifend</i>
					X					
	X									
					X					X
				X						
X							X			
X										
							X	X		X
	X									X
	X				X					
		X								
					X					
					X					
					X					
X	X		X		X		X	X	X	X
							X			
					X					X
							X	X		
X	X				X					

Institutionen	Seite	Aids	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Deutsche Herzhilfe e. V. – DHH –	261				
Deutsche Herzstiftung e. V.	263				
Deutsche ILCO e V	267			X	
Deutsche Krebsgesellschaft e. V.	269				
Deutsche Krebshilfe e. V. – DKH –	273				
Deutsche Leukämieforschungshilfe – Aktion für krebskranke Kinder e V	275				
Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft (Initiative gegen frühkindliche Deprivation) e. V.	277				
Deutsche Liga zur Bekämpfung des hohen Blutdruckes e. V.	279				
Deutsche Morbus Crohn/Colitis Ulcerosa Vereinigung – DCCV e. V.	283			X	
Deutsche Rheumaliga Bundesverband e. V.	285				
Deutsche Umwelt-Aktion e. V.	287				
Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e. V. – De. Vg. –	289			X	
Deutsche Zentrale für Volksgesundheitspflege e. V. – DZV –	291				
Deutscher Allergie- und Asthmabund e V. – DAAB –	293			X	
Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. – DAL	295				
Deutscher Ausschuß für Jugendzahnpflege e. V. – DAJ – – Bundesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit –	297				
Deutscher Caritasverband e. V. DCV –	301	X	X	X	X
Deutscher Diabetiker-Bund e V – DDB –	305			X	
Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur Bundesverband e. V	309				X
Deutscher Guttempler-Orden e. V. – I.O.G.T	311				X
Deutscher Hausfrauen-Bund e. V. – Berufsverband der Hausfrau DHB –	313				

<i>Ermährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
		X								
X	X	X								
				X						
				X						
				X						
	X			X						
	X				X			X		X
		X								
						X				
							X			
										X
X	X						X	X	X	X
							X	X		
									X	X
	X			X	X					X
X	X									X
X	X				X					X
X							X	X		X

Institutionen	Seite	Aids	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e. V. DKSB	317				
Deutscher Naturschutzring Bundesverband für Umweltschutz e. V. DNR	321				
Deutscher Sportbund e. V. DSB	323				
Deutscher Verband für Gesundheitssport und Sporttherapie e. V. DVGS	325			X	X
Deutscher Verein für Gesundheitspflege e. V. - DVG	329				X
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge - DV -	331			X	X
Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V. DVR -	335				X
Deutscher Wellness Verband e. V. - DWV -	339		X		
Deutsches Grünes Kreuz	343				
Deutsches Hygiene-Museum	345	X		X	X
Deutsches Institut für Bluthochdruckforschung e. V. DIB	349				
Deutsches Institut für Ernährungsforschung - DIFE	351			X	
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung · Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes - DIE -	353				
Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information - DIMDI -	355	X		X	X
Deutsches Institut für Urbanistik Difu	359				
Deutsches Jugendinstitut e. V. - DJI -	363		X	X	X
Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg - DKFZ	367				
Deutsches Rotes Kreuz e. V. - DRK	369	X	X	X	X
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen - DZI -	373	X	X	X	X
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland e. V. - DW	375	X	X	X	X
Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen EAF -	379		X		

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-Gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
	X				X		X	X		X
							X			
	X	X								X
			X		X	X				X
X	X	X			X					X
	X				X		X			X
	X									
		X								X
X	X	X	X				X	X	X	X
X	X	X	X	X			X		X	X
		X								
X		X		X						
										X
X	X	X	X	X	X	X	X		X	X
							X	X		X
	X				X					X
				X						
	X			X	X					X
	X			X	X			X		X
	X			X	X					X
	X						X	X		

Institutionen	Seite	Aids	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Fachverband Drogen und Rauschmittel e. V. - FDR	383				X
Fachverband Sucht e. V. - FVS -	385				X
Frauenselbsthilfe nach Krebs e. V.	387				
GdW Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e. V.	389				
Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V. - GVS -	393				X
Gesellschaft für Arbeitsschutz- und Humanisierungsforschung mbH	397		X		
Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie e. V. - GwG	399				
GESUNDE STÄDTE-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland	401				
Gesundheitsakademie - Forum für sozialökologische Gesundheitspolitik und Lebenskultur e. V.	403				
Gesundheitsberatung Köln e. V. - GBK -	405		X		X
Gesundheitstreffpunkte - GTP	407				
GSF Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit	409	X			
Hamburgische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V. - HLG -	411				
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V.	413		X		
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e. V. - HAGE -	417	X	X		X
Hessisch-Thüringische Akademie für Betriebs-, Arbeits- und Sozialmedizin e. V.	421		X		
Informationszentrum Epilepsie - IZE -	423			X	
Infratest Epidemiologie und Gesundheitsforschung GmbH & Co. - IEG	425			X	X
Institut für Arbeitsphysiologie an der Universität Dortmund	427		X		
Institut für Arbeits- und Sozialhygiene - IAS	429		X		
Institut für Arbeits- und Sozialmedizin der Universität Leipzig	431		X		

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
	X				X					
				X						
								X		
					X					
										X
										X
X		X			X		X			X
										X
		X		X			X			
X	X									X
X	X						X		X	X
										X
	X									X
	X	X		X		X			X	
				X			X			
							X			
							X			
		X			X		X			

Institutionen	<i>Seite</i>	<i>Aids</i>	<i>Arbeit</i>	<i>Behinderte</i>	<i>Drogen/ Sucht</i>
Institut für Arbeitswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum	433		X		
Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH	435				
Institut für Dokumentation und Information, Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen – IDIS –	437		X		X
Institut für empirische Soziologie	441		X	X	X
Institut für Gesundheitsförderung – Salmen und Behrendt GmbH - IFG –	443		X		X
Institut für Gesundheits- und Sozialforschung GmbH IGES	445		X		
Institut für Gesundheitswissenschaften – IFG – vormals Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin	447		X	X	
Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin	451				
Institut für Sexualpädagogik Dortmund e. V. - ISP –	453	X			
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik – ISS	455			X	X
Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. München – ISF –	459		X		
Institut für Therapieforschung – IFT –	461				X
Institut Wohnen und Umwelt GmbH – IWU –	465				
Kassenärztliche Bundesvereinigung	467				
Katalyse e. V. Institut für angewandte Umweltforschung	469				
Katholische Sozialethische Arbeitsstelle e. V. – KSA – Referat Suchtgefahren	471				X
Kneipp-Bund e. V. Bundesverband für Gesundheitsförderung	475				
Kooperationsstelle DGB-Gewerkschaften/Hochschule Hamburg	477		X		
Krebsinformationsdienst im Deutschen Krebsforschungszentrum - KID –	481				
Kreis für Eltern von Kindern mit Speiseröhrenmißbildungen e. V KEKS e V –	483			X	
Kreuzbund e. V. Bundesgeschäftsstelle	485				X

<i>Ermährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/ Jugendlicher</i>	<i>Herz- Kreislauf- erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn- gesundheit</i>	<i>themen- übergreifend</i>
							X			
							X	X		
X	X	X		X			X			X
										X
X		X					X		X	X
	X	X	X	X	X	X				X
				X			X	X		X
		X								X
								X		X
X		X			X					X
							X	X		
										X
X							X	X		X
	X									
										X
				X						
	X									

Institutionen	<i>Seite</i>	<i>Aids</i>	<i>Arbeit</i>	<i>Behinderte</i>	<i>Drogen/ Sucht</i>
Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e. V. – KDA –	487			X	
Kuratorium Knochengesundheit e. V.	491			X	
Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Brandenburg e V – LAGe –	493		X		
Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e. V. LAGS -	495		X		X
Landesverein für Gesundheitspflege Niedersachsen e. V.	497		X		
Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e. V. – LVG –	499				
Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Sachsen-Anhalt e. V	501				X
Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V. Schleswig-Holstein	503	X			
Landesvereinigung für Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung Thüringen e. V. – AGETHUR –	505				
Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern e. V. – LZG	509				X
Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. – LZG –	513	X	X		X
Leukämie-Liga e. V.	517				
Medizinisches Institut für Umwelthygiene an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	519				
Nationale AIDS-Stiftung	523	X			
Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfe- gruppen e. V. – NAKOS –	525				
Nichtraucher-Initiative Deutschland e. V. – NID –	529		X		X
Oberstufen-Kolleg des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Bielefeld	531				
Öko-Institut – Institut für angewandte Ökologie e. V	533				
Pädagogische Aktion SPIELkultur e. V. PA -	535				
Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.	537	X	X	X	X
Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e. V.	541			X	

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-Gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
								X		
X	X					X				X
	X						X		X	X
	X				X		X			X
	X						X		X	X
										X
	X						X			
X	X	X	X	X			X		X	X
										X
X	X	X	X	X	X	X	X		X	X
X	X	X	X	X			X			X
				X						
	X			X			X	X		
					X					X
	X	X		X			X	X		X
										X
							X			
	X							X		
	X			X	X					X
	X									X

Institutionen	Seite	Aids	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Paul-Ehrlich-Institut Bundesamt für Sera und Impfstoffe -	545	X			
pro familia e. V., Bundesverband	547	X		X	
Psychosoziale Nachsorgeeinrichtung und Fortbildungsseminar Heidelberg	551				
Robert-Koch-Institut Bundesinstitut für Infektionskrankheiten und nichtübertragbare Krankheiten -	553	X			X
Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V. - SLFG -	555	X			X
Selbsthilfegruppe Sklerodermie in Deutschland e. V.	557				
Sozialforschungsstelle Dortmund	559		X		
Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May - SPI -	561	X	X		X
Städtebauinstitut Nürnberg - Forschungsgesellschaft mbH SIN -	563				
Stiftung für das behinderte Kind Zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung	565			X	
Stiftung Rehabilitation Heidelberg	567		X	X	
Stiftung Verbraucherinstitut	571				
Stiftung Warentest	573				
Studiengruppe für Sozialforschung e. V.	575				
Tumorzentren	577				
Umweltbundesamt - UBA -	581				
Universität Bremen - Zentrum für Sozialpolitik - ZeS - Wissenschaftliche Einheit Gesundheitswissenschaften Akademie für Gesundheit	591		X		
Verband alleinstehender Mütter und Väter - Bundesverband e. V. - VAMV -	595		X		
Verband ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e. V. - VABS -	597				X
Verband der Angestelltenkrankenkassen e. V. - VdAK - AEV - Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V.	599		X	X	X
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen VDV -	601				

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
	X		X	X						
				X						
X	X	X	X	X			X			X
										X
						X				
							X			
	X				X		X	X		X
								X		
	X		X							
										X
X	X						X	X		X
X	X	X		X	X	X	X	X	X	X
							X	X		X
				X						
							X	X		
										X
	X									X
X	X	X	X	X	X	X			X	X
							X	X		

Institutionen	<i>Seite</i>	<i>Aids</i>	<i>Arbeit</i>	<i>Behinderte</i>	<i>Drogen/ Sucht</i>
Verband evangelischer Einrichtungen für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung e. V. – VEEMB –	605			X	
Verband für unabhängige Gesundheitsberatung e. V. – Deutschland – UGB –	607				
VdK Deutschland	609			X	
Die VERBRAUCHER INITIATIVE e. V.	611				
Verein für Zahnhygiene e. V.	613				
Verein zur Förderung der gesunden Ernährung und Diätetik e. V. – VFED e. V. –	615				
Verein zur Förderung von Arbeitsinitiativen und Firmenprojekten e. V. – FAF –	617		X	X	
Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e. V. – VDG –	619				
Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft, Universität Hannover	621		X		X
Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands e. V. – WIAD –	623	X	X		
Wissenschaftliches Institut der AOK – WiDO –	625		X		
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB	627	X	X		
Zentralbibliothek der Medizin – ZBMed –	629	X			X
ZENTRALINSTITUT für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland – ZI –	631	X			X
Zentralinstitut für Seelische Gesundheit – ZI –	633				
Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation, Universität Trier – ZPID –	637	X	X	X	X
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. – ZWST –	639		X		

ABTEILUNG FÜR MEDIZINISCHE SOZIOLOGIE DER ALBERT-LUDWIGS- UNIVERSITÄT FREIBURG

Adresse Stefan-Meier-Straße 17
79104 Freiburg i. Br.

Telefon 07 61/2 03-55 18

Telefax 07 61/2 03-55 16

Die Abteilung für Medizinische Soziologie existiert seit 1973 an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Sie ist dort zuständig für die Lehre und Forschung in den Fachgebieten Medizinische Soziologie und Sozialmedizin. Neben der Beteiligung an der Ausbildung von Medizinstudenten in diesen Fächern sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in der Fort- und Weiterbildung anderer Gesundheitsberufe engagiert.

Die Abteilung für Medizinische Soziologie wird in ihrem Kern aus dem Hochschulhaushalt des Landes Baden-Württemberg finanziert. Für die Durchführung von Forschungsprojekten akquiriert die Abteilung für Medizinische Soziologie regelmäßig Drittmittel bei Forschungsförderern und Ministerien.

Die Arbeitsfelder und Aufgabenschwerpunkte der Abteilung für Medizinische Soziologie lassen sich wie folgt benennen:

- Lehr- und Unterrichtsaktivitäten in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Medizinstudenten, Ärzten und anderen Gesundheits- und Sozialberufen, Evaluationsforschung zu Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention,
- Ausbildungsforschung,
- Sozialwissenschaftliche Aids-Forschung,
- Frauen und Gesundheit,
- Jugend und Gesundheit,
- Arbeit und Gesundheit,
- Gesundheitsförderung, Gesundheitsverhalten,
- Gesundheitswissenschaften/Public Health.

Die Aufgaben der **Koordinierungsstelle Gesundheitswissenschaften/Public Health** lassen sich wie folgt umschreiben:

- Begleitende Beobachtung des Entwicklungsprozesses der Public Health-Forschung in Deutschland,
- Förderung des Informationsaustausches und der wissenschaftlichen Kommunikation zwischen den Public Health-Forschungsstätten bzw. -Forschungsverbänden,
- Beobachtung der Entwicklung des Public Health-Paradigmas,
- Koordinierung der Forschungsaktivitäten und Beratung der auf diesem Gebiet arbeitenden Wissenschaftler.

Daneben ist geplant, einen Forschungs- und Dokumentationsschwerpunkt im Bereich Frauen und Gesundheit aufzubauen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**ABTEILUNG FÜR
MEDIZINISCHE
SOZIOLOGIE DER
ALBERT-LUDWIGS-
UNIVERSITÄT
FREIBURG**

Gemeinsame Zielsetzung der Anstrengungen in der Forschung und Lehre ist es, durch theoretische Erkenntnisse zum besseren Verständnis von Gesundheit und Krankheit in der Gesellschaft beizusteuern und das Handlungswissen der in Gesundheits- und Sozialberufen Arbeitenden zu erhöhen

Medienangebote

Das Medienangebot der Abteilung für Medizinische Soziologie umfaßt mittlerweile eine Vielzahl von Veröffentlichungen theoretischer, aber auch praxisbezogener Art. Auf gezielte Anfrage hin werden entsprechende Veröffentlichungsverzeichnisse abgegeben. Ein Teil der Aktivitäten wird in Schriftenreihen veröffentlicht, von denen hier zwei vorrangig zu nennen sind:

**1 Veröffentlichungen der Koordinierungsstelle
Gesundheitswissenschaften/Public Health**

Die Koordinierungsstelle Gesundheitswissenschaften/Public Health trägt auf zweifache Weise zum Informationsaustausch bei. Sie ist Mitherausgeber des Forum Public Health, das vierteljährlich erscheint und über die Entwicklung informiert

Redaktionsanschrift:
Forum Public Health
c/o Med. Hochschule Hannover
Abt. Epidemiologie und Sozialmedizin
Kostantyn-Gutschow-Straße 8
30623 Hannover
Tel.: 05 11/5 32-44 52
Fax: 05 11/5 32-53 47

Daneben gibt die Koordinierungsstelle eine eigene Schriftenreihe heraus, in der beispielsweise erschienen sind:

Band 1: Jürgen v. Trotschke et al.: Entwicklung der Gesundheitswissenschaften/Public Health in Deutschland – Sachstandsbericht 1993

Band 2: Cornelia Helfferich, Jürgen v. Trotschke (Hrsg.): Der Beitrag der Frauengesundheitsforschung zu den Gesundheitswissenschaften/Public Health in Deutschland

Bezugsadresse:
Koordinierungsstelle
Gesundheitswissenschaften/Public Health
Hebelstraße 13
79104 Freiburg
Tel.: 07 61/28 30 62
Fax: 07 61/3 94 36

**2. Freiburger Symposien
Arbeitsmedizin im Gesundheitsdienst**

Die Ergebnisse dieser Symposien werden publiziert in: Hofmann, F., Stöbel, U. (Hrsg.): Arbeitsmedizin im Gesundheitsdienst, Bd. 1 -6 (Gentner Verlag), Stuttgart, 1986-1992.

Im Regelfall ist keine kostenfreie Abgabe von Publikationen möglich. Daneben unterhält die Abteilung für Medizinische Soziologie, insbesondere für Aus- und Fortbildungszwecke, eine Videothek, deren Verzeichnis auf Anfrage zugesandt werden kann

**Service-
leistungen**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung für Medizinische Soziologie stellen die Ergebnisse ihrer Arbeit auf einer Reihe von Fachkongressen, Symposien und Vortragsveranstaltungen vor. Auf Anfrage können Referentendienste und Beratungsangebote vermittelt werden.

Empfehlungen

Die Abteilung für Medizinische Soziologie steht mit ihrem Dienstleistungsangebot in den vorgenannten Bereichen allen interessierten Einrichtungen und Gruppen für weitergehende Auskünfte gerne zur Verfügung. Entsprechende Anfragen richten Sie bitte mit möglichst konkreter Frage und Aufgabenstellung an die o. g. Adresse

ABTEILUNG KLINISCHE SOZIALMEDIZIN

Klinikum der Universität Heidelberg

Adresse Bergheimer Straße 58
69115 Heidelberg

Telefon 0 62 21/56 87 51

Telefax 0 62 21/56 55 84

Die Abteilung Klinische Sozialmedizin wurde 1967 an der Medizinischen Universitätsklinik in Heidelberg gegründet. Entsprechend der spezifischen Heidelberger Tradition sollte neben der Integration der Psychosomatik in die Innere Medizin auch die Sozialmedizin nicht theoretisch, sondern klinisch orientiert und eng in die Klinik eingebunden sein.

Mitglieder dieser Abteilung sind im engeren Sinne die Angestellten der Abteilung, im weiteren Sinne die niedergelassenen Ärzte aus einem weiteren Umkreis, die mit der Abteilung eng kooperieren. Mehr oder weniger eng an die Abteilung angebunden haben sich in vielen Städten „Arbeitsgemeinschaften für gemeindebezogene Verhaltensmedizin“ gegründet, die auch als Mitglieder aufzufassen sind.

Die „Kernmannschaft“ der Abteilung besteht aus dem Abteilungsdirektor, zwei Ärzten, einem Statistiker, dem Labor, dem Sekretariat und einer Bibliothek mit weit gestaffelten Medien (Videofilme, Diaarchiv, wissenschaftliche Graphiken). Hinzu kommen je nach jeweiligen Aufgabenschwerpunkten bis zu 40 zusätzliche Mitarbeiter, Ärzte, Epidemiologen, wissenschaftliche Hilfskräfte und Doktoranden. Die Abteilung gehört zum Institut für Arbeits- und Sozialmedizin, ist aber an die Medizinische Universitätsklinik kooptiert; gleichzeitig vertritt sie den Zweig Epidemiologie im Herzinfarktforschungsinstitut der Klinik. Es bestehen enge Kooperationsstrukturen mit der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, speziell zur Forschungsstelle „Geomedizin“, zum europäischen Büro der Weltgesundheitsorganisation in Kopenhagen und zur Zentrale der Weltgesundheitsorganisation in Genf.

Die Abteilung vertritt das Fach Medizinische Soziologie in Forschung und Lehre an der Universität Heidelberg sowie das Fach Sozialmedizin an den Universitäten Heidelberg und Mannheim. Unter dem langjährigen Institutsdirektor Prof. Dr. med. E. Nüssel war das langfristige Forschungsziel die Erarbeitung einer „Populationsmedizin“, in der die klassische, aus Diagnose und Therapie bestehende Behandlung der Medizin nicht nur auf einzelne Organe oder den Organismus eines Individuums, sondern ebenso auf den „Organismus“ einer Gemeinde Anwendung finden sollte. Diese Vorstellung wurde mit der Entwicklung des Modells der gemeindebezogenen Verhaltensmedizin ein großes Stück vorangebracht. Die Abteilung wendet epidemiologische Methoden an, dies aber unter sozialmedizinisch-klinischem Verständnis. 1970 wurde das erste bundesdeutsche Herzinfarktregister etabliert, 1984 trat für drei Jahre das einzige bundes-

Aufgaben und Ziele der Institution

**ABTEILUNG
KLINISCHE
SOZIALMEDIZIN**

deutsche Schlaganfallregister hinzu 1976 wurde mit der Eberbach-Wiesloch-Studie die erste bundesdeutsche Interventionsstudie zur Prävention im Gemeinderahmen begonnen, deren bedeutendstes Resultat, die Entwicklung des Modells der gemeindebezogenen Verhaltensmedizin, das bundesweit Verbreitung findet, heute auch den wichtigsten Anteil des deutschen Beitrags zum internationalen CINDI-Programm* der Weltgesundheitsorganisation darstellt

* Countrywide Integrated Noncommunicable Diseases Intervention Programme

Medienangebote

Der Schwerpunkt der Veröffentlichungen der Abteilung liegt im medizinisch-wissenschaftlichen Bereich. Darüber hinaus ist aber auch eine größere Anzahl von Broschüren und Büchern aufgelegt worden. Das Veröffentlichungsverzeichnis insgesamt kann als Separatum angefordert werden.

Im Rahmen des Kabel-Pilot-Projekts Ludwigshafen hat die Abteilung eine Serie von Videoproduktionen zum Gesundheitsverhalten (U-Matic-Format) hergestellt, die die verschiedenen Aspekte gesundheitsbezogenen Verhaltens in einer Gemeinde besonders herausstellt. Mehrere deutsch- und englischsprachige Videoproduktionen mit einer Dauer von 20 bis 40 Minuten

zum Thema der gemeindebezogenen Verhaltensmedizin sind erstellt worden, darunter ein weltweit im Rahmen einer Satelliten-Telekonferenz der WHO gesendeter Beitrag: „Tomorrow's Medicine Today“ Videokopien (auch auf VHS) sind erhältlich gegen Übernahme der Kopierkosten.

Mehrere Bücher zur gemeindebezogenen Verhaltensmedizin (z. B. „Prävention im Gemeinderahmen“, Zuckschwerdt-Verlag) sowie Broschüren zum landesweiten Vorsorgeprogramm Baden-Württemberg (z. B. „Richtig essen“) sind zum Teil frei erhältlich, bei größeren Stückzahlen müssen die Portokosten übernommen werden.

Serviceleistungen

Fortbildung

Die Abteilung kann Vorträge und ggf. Seminare zu Fragen der Prävention und der Gesundheitsförderung im Gemeinderahmen sowie zur Etablierung einer Qualitätssicherung in der ärztlichen Primärversorgung durchführen (Kostenübernahme erforderlich).

Beratung

An der Abteilung können Beratungen vorgenommen werden zur Intervention und Evaluation von Gesundheitsförderung im Gemeinderahmen, in der Arztpraxis, im Krankenhaus und in spezifischen Kliniken bezüglich

sozialmedizinisch und epidemiologisch relevanter Methoden und der Entwicklung von Krankheitsmodellen („Disease Modelling“).

Referentendienst

Nur nach Einzelvereinbarung möglich

Sonstige Angebote

Site-visits in Gemeinden mit etablierter gemeindebezogener Verhaltensmedizin können nach Einzelvereinbarung organisiert werden.

Empfehlungen

Allgemein

Die Abteilung ist als Universitätsabteilung wissenschaftlichen Methoden verpflichtet; gleichzeitig liegt ein Schwerpunkt ihres Tätigkeitsspektrums in der Anwendung

Speziell

Durch die langjährige Einbindung in das Netzwerk der europäischen WHO Collaborating Centres bestehen enge Kontakte zu Forschergruppen mit ähnlichen Aufgabenschwerpunkten in ganz Europa (und darüber hinaus) mit besonderer Betonung der osteuropäischen Länder

ÄRZTLICHER ARBEITSKREIS RAUCHEN UND GESUNDHEIT e. V.

Adresse	Postfach 1244 85379 Eching
Ansprechpartner	Prof. Dr. med. F. J. Wiebel
Telefon	0 89/3 16 25 25
Telefax	0 89/31 87 34 49

Der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e. V. wurde 1971 ins Leben gerufen.

Der Arbeitskreis betrachtet es als seine Hauptaufgabe, einen aktiven Beitrag zur Vorbeugung und Bekämpfung der Gesundheitsschäden durch das Rauchen zu leisten. Er ist eine Interessengemeinschaft, die in erster Linie Sprachrohr der an diesen Problemen interessierten Ärzte sein will. Gleichzeitig betrachtet er sich jedoch als eine Verbraucherschutzorganisation vor den gesundheitsschädlichen Einwirkungen des Tabakrauches. Dies gilt für Kinder und Jugendliche ebenso wie für entwöhnungswillige Raucher und Nichtraucher im Hinblick auf das Passivrauchen.

In diesem Rahmen nimmt er die Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung wahr, erforderlichenfalls jedoch auch durch Unterstützung von Prozessen. Darüber hinaus erstrebt er eine Koordination aller Bemühungen zur Bekämpfung der Gesundheitsschäden des Rauchens und ihrer Ursachen und eine Zusammenarbeit mit Institutionen ähnlicher Zielrichtung

Zu den Zielen des Arbeitskreises, der ein gemeinnütziger eingetragener Verein ist, gehören u. a.:

- Aufklärung und Überzeugung innerhalb der Ärzteschaft
- Aufklärungsarbeit innerhalb der Öffentlichkeit
- Beratung von Bundes- und Länderregierungen bei allen Maßnahmen, die das Rauchen betreffen
- Hilfestellung bei allen mit dem Rauchen in Zusammenhang stehenden rechtlichen Fragen von allgemeiner Bedeutung

Dem Ärztlichen Arbeitskreis als Förderverein zugeordnet ist der „Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V.“, in dem die nicht-ärztlichen Mitglieder zusammengeschlossen sind.

Die Finanzierung des Ärztlichen Arbeitskreises erfolgt durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Es bestehen folgende Landesverbände:

Landesverband Berlin
Zum Heckeshorn 33
14109 Berlin

Landesverband Baden-Württemberg
Amselweg 13
89180 Berghülen

Landesverband Nord
Dammthorstraße 27
20354 Hamburg

Aufgaben und Ziele der Institution

**ÄRZTLICHER
ARBEITSKREIS
RAUCHEN UND
GESUNDHEIT e.V.**

Medienangebote

Die Medien des Arbeitskreises dienen dem Zweck, Aufklärung und Präventionsarbeit in der Allgemeinbevölkerung zu leisten und Betroffenen bei der Raucherentwöhnung zu helfen.

Besonderer Wert wird auf die Darstellung der Zusammenhänge zwischen Rauchen, Passivrauchen und Krebserkrankungen (aber auch anderen Erkrankungen) gelegt.

Die Veröffentlichungen des Arbeitskreises wenden sich daher vorrangig an die Allgemeinbevölkerung sowie Gefährdete und Betroffene.

Der Arbeitskreis sammelt Publikationen zum Thema Rauchen und Gesundheit. Diese werden themenbezogen in Infomappen zusammengestellt und zum Selbstkostenpreis abgegeben. Themen sind z. B.:

„Passivrauchen“,
„Raucherentwöhnung“,
„Jugend und Rauchen“.

An Einzelmedien seien beispielhaft genannt (der Bezug ist kostenlos):

- Muster von Betriebsvereinbarungen
- Folienvorlagen für Vorträge über Gesundheitsgefahren von Rauchen und Passivrauchen
- Auslege-Infoblatt zum Thema „Passivrauchen“
- Informations-Faltblatt „Tatsachen über das Rauchen“

Der Arbeitskreis gibt vierteljährlich ein Mitteilungsblatt heraus. Dieses unterrichtet über die neuesten medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse und gesellschaftspolitischen Diskussionen zum Thema Rauchen und Gesundheit.

Eine Tonbildschau über die Schädlichkeit des Rauchens wird an Interessenten aus dem schulischen und außerschulischen Bereich zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Für (die Weitergabe an) entwöhnungswillige Raucher hält der Arbeitskreis Unterlagen mit zahlreichen Tips zur Raucherentwöhnung bereit. Diese Unterlagen sind gegen Übersendung eines frankierten Rückumschlages erhältlich.

**Service-
leistungen**

Auf Anfrage benennt (bzw. stellt) der Arbeitskreis Referenten zum Thema Rauchen und Gesundheit (kostenverursachend).

Der Arbeitskreis leistet auch Hilfestellung bei der Durchführung und Gestaltung von Ausstellungen und Gesundheitsveranstaltungen (kostenverursachend)

Der Arbeitskreis vergibt den mit 10.000 DM dotierten Forschungspreis *Rauchfrei leben*.

Der Arbeitskreis unterhält eine Standbibliothek, die Standardwerke, Zeitschriften (zum Beispiel „Tobacco Control“), Sammlungen von Kurzfassungen wissenschaftlicher Veröffentlichungen („Bibliography on Smoking and Health“), Informationsblätter und

-broschüren bereithält. Nach vorheriger Terminvereinbarung können Interessenten die Bibliothek kostenlos benutzen (Telefon: 0 89/3 16 25 25).

Regionale Schwerpunktveranstaltungen zum Thema Rauchen und Gesundheit (Ausstellungen, Nichtraucher-Tage u.ä.) können außerdem in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden (s o) und örtlichen Nichtraucher-Initiativen durchgeführt werden. Die Anschriften und zuständigen Ansprechpartner dieser Initiativen können über die Nichtraucherinitiative Deutschland e. V. erfragt werden:

Nichtraucher-Initiative Deutschland e. V.
Carl-von-Linde-Straße 11
85716 Unterschleißheim
Tel.: 0 89/3 17 12 12.

Empfehlungen

Der Ärztliche Arbeitskreis verfügt über ein breites Medien- und Serviceangebot zur Auseinandersetzung mit dem Rauchen.

Institutionen und Vereinigungen, die besonderes Interesse an der Problematik Rauchen und Gesundheit haben, können korporatives Mitglied des Arbeitskreises werden und so stets über das Angebot informiert sein. Ausgehend von einem jährlichen Mindest-Mitgliedsbeitrag von 30 DM können korporative Mitglieder die Höhe ihres Mitgliedsbeitrages selbst bestimmen.

Zu erwähnen sind das Informationsmaterial, die Tips zur Raucherentwöhnung und die Unterstützung bei Veranstaltungen durch Benennung von Referenten und Beteiligung der Nichtraucher-Initiativen.

AKADEMIE FÜR ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN IN DÜSSELDORF

Adresse Auf'm Hennekamp 70
40225 Düsseldorf

Telefon 02 11/31 09 60

Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf ist eine gemeinsame Einrichtung von sieben Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Sie wurde am 24. 6. 1971 durch einen Staatsvertrag zwischen den Bundesländern Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Hauptaufgaben der Akademie sind die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufen des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die angewandte Forschung auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens.

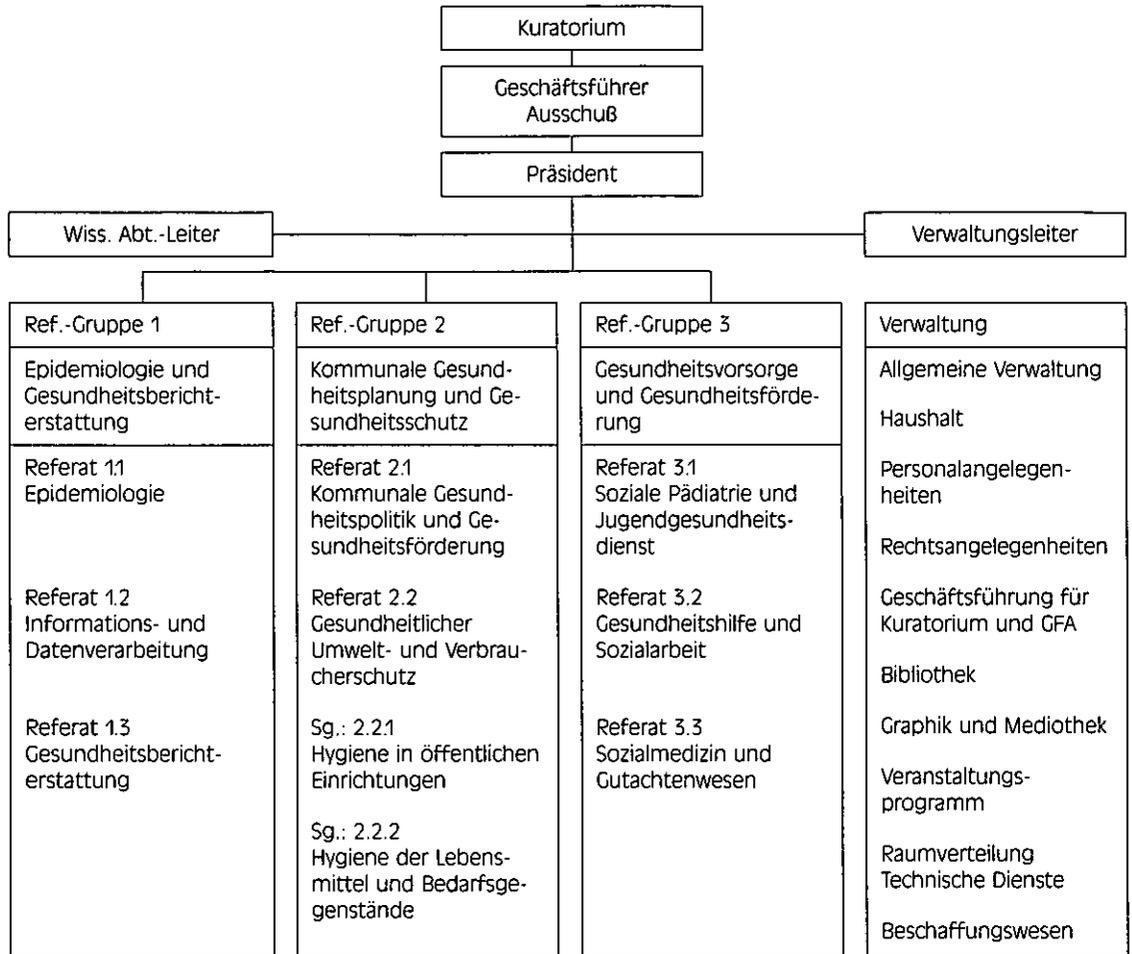
Weiterhin organisiert die Akademie Arbeitstagungen mit Experten, pflegt die Zusammenarbeit mit nationalen Fachinstitutionen; sie ist Collaborating Centre der WHO.

Wie nachstehendes Organigramm zeigt, gliedert sich die Akademie in drei Referatsgruppen und die Verwaltung. Finanziert wird die Akademie von den Trägern und vom Bund.

Aufgaben und Ziele der Institution

AKADEMIE FÜR ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN IN DÜSSELDORF

Aufgaben und Ziele der Institution



Medienangebote

Alle von der Akademie veröffentlichten Medien und Materialien sind für das Fachpersonal des ÖGD bestimmt.

- Entsprechend der Hauptaufgabe der Akademie werden Unterrichtsmaterialien zur Durchführung der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufen im ÖGD erstellt.
- In der „Schriftenreihe“ der Akademie werden Amtsarzt-Arbeiten, Forschungsberichte, umfangreichere Fachbeiträge, Festschriften, Kongreßberichte und Vorträge von Fortbildungsveranstaltungen der Akademie veröffentlicht.

- Mit Hilfe des vierteljährlichen Informationsblatts „Blickpunkt Gesundheitsamt“ informiert die Akademie über Entwicklungen und Aktivitäten im ÖGD. Die Akademie betrachtet sich als einen Kristallisationspunkt von Aus- und Fortbildungsaktivitäten im öffentlichen Gesundheitsdienst.
- Das jeweilige „Jahresveranstaltungsprogramm“ der Akademie wird allen Gesundheitsämtern in den Trägerländern kostenlos zugesandt. In diesem Programm sind die Veranstaltungsangebote für das betreffende Jahr verzeichnet.

Serviceleistungen

- Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen
Ein Schwerpunkt des Aus-, Fort- und Weiterbildungsprogramms der Akademie ist der sechsmonatige Amtsarzt-Lehrgang. Jährlich finden ein bis zwei Lehrgänge mit jeweils etwa 30 Teilnehmern statt. Der Lehrgang ist Teil der Weiterbildung zum Arzt für öffentliches Gesundheitswesen. Die Absolvierung des Lehrgangs ist außerdem Voraussetzung für die Zulassung zur staatsärztlichen Prüfung, die in der Bundesrepublik jeder Amtsarzt, das heißt der Leiter oder stellvertretende Leiter des Gesundheitsamtes eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt, abgelegt haben muß.

Die Akademie führt weiterhin im Rahmen der Ausbildung von Gesundheitsaufsehern, Lebensmittelkontrolleuren und Sozialmedizinischen Assistentinnen verschiedene mehrmonatige theoretische Lehrgänge zur Vorbereitung auf den Berufsabschluß in jedem Jahr durch.

Für die genannten Berufe sowie für Zahnärzte, Apotheker, Gesundheitsingenieure und Sozialarbeiter im öffentlichen Gesundheitswesen bietet die Akademie außerdem jährlich etwa 70 Fortbildungsveranstaltungen an, die in Düsseldorf und den Trägerländern stattfinden.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen der Akademie ist für Angehörige des öffentlichen Gesundheitsdienstes aus den Trägerländern der Akademie – Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – und für Angehörige des Bundes kostenlos.

Von Teilnehmern, die nicht dem öffentlichen Gesundheitsdienst der Trägerländer angehören, sind Teilnahmeentgelte zu entrichten.

Einzelprogramme werden in der Regel zwei Monate vor Beginn der jeweiligen Veranstaltungen an die Ge-

sundheitsämter herausgegeben und weiteren Interessenten auf Anforderung übersandt

- Die Akademie initiiert und unterstützt die Organisation und Durchführung von Fachtagungen, Ausstellungen und internationalen Kongressen

Den ehemaligen Teilnehmern von Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen stehen in der Nachbereitungs- und Umsetzungsphase vor Ort die Fachreferenten der Akademie als „Berater“ zur Bewältigung von Praxisproblemen zur Verfügung (tel oder schriftliche Kontakte)

Ansprechpartner für die genannten Serviceleistungen sind die jeweils zuständigen Fachreferenten der im Organigramm verzeichneten Referate.

**AKADEMIE
FÜR
ÖFFENTLICHES
GESUNDHEITS-
WESEN
IN DÜSSELDORF**

*Service-
leistungen*

Auf die Bedeutung der Leistungen der Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen der beteiligten Länder verweist deren Konstituierung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und die Ernennung zum „Collaborating Centre“ durch die WHO.

Zu empfehlende Medien und Serviceleistungen:

Periodika

das jeweilige „Jahresveranstaltungsprogramm“ (einmal jährlich, kostenlos)

das Informationsblatt „Blickpunkt Gesundheitsamt“ (viermal jährlich, für Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens der Trägerländer kostenlos, für sonstige Interessenten gegen eine Bezugsgebühr)

- die „Schriftenreihe“ (sporadisch, kostenpflichtig)

Aus-, Fort- und Weiterbildung

Gemäß den im jeweiligen Jahresveranstaltungsprogramm ausgewiesenen Veranstaltungen und entsprechend dem aktuellen Bedarf der Gesundheitsämter.

Empfehlungen

AKTION PSYCHISCH KRANKE e.V.

Adresse Graurheindorfer Straße 15
53111 Bonn

Ansprechpartner Frau Christine Przytulla

Telefon 02 28/63 15 45

Die „Aktion Psychisch Kranke“ wurde 1971 als gemeinnütziger Verein gegründet. Die Aktion finanziert sich ausschließlich aus Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit.

Die Aktion fühlt sich verantwortlich für die Reformvorhaben, die in den 70er Jahren entwickelt und zum Teil in die Wege geleitet worden sind. Anstoß zu einer grundlegenden Reform der psychiatrischen Versorgung zu geben, war das Ziel, mit dem die Aktion gegründet wurde.

Im Rahmen dieser Bestrebungen wirkten die Gründungsmitglieder der Aktion Anfang der 70er Jahre mit auf die Einsetzung der Kommission zur Erstellung der Psychiatrie-Enquete hin; die Geschäftsstelle der Aktion übernahm die Geschäftsführung für diese Sachverständigen-Kommission bis zur Fertigstellung der Enquete.

Entsprechend der Zielsetzung, Fachwissen über Probleme der psychiatrischen Versorgung zur Verbesserung der Lage psychisch Kranker in den Bereich politischer Entscheidungen hereinzutragen, besteht die Mitgliedschaft der Aktion Psychisch Kranke vornehmlich aus psychiatrischen Fachleuten und Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung.

Die Aktion tritt ein für die Verwirklichung einer gemeindenahen Psychiatrie, die den Kranken nach Möglichkeit im vertrauten, sozialen Gefüge seiner Gemeinde beläßt und nicht in abgelegenen psychiatrischen Krankenhäusern von allen normalen Bezügen isoliert. Zu diesem Zweck sollen Dienste in für den Kranken und seine Angehörigen erreichbarer Nähe geschaffen werden, die die Aufgaben von

- Vorsorge und Vorbeugung (Prävention)
- Beratung und sozialer Hilfe
- Erkennen und Behandeln (Diagnostik und Therapie)
- Betreuung und Pflege
- Sozialer Wiedereingliederung

zu erfüllen haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

**AKTION
PSYCHISCH
KRANKE e.V.**

Seit 1986 hat die „Aktion Psychisch Kranke“ als Beauftragte der Bundesregierung die Geschäftsführung der Experten-Kommission zur Erstellung eines Empfehlungsbandes zur Versorgung psychisch Kranker und Behinderter, der im November 1988 dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit überreicht wurde. Hierbei geht es um die Auswertung des „Modellprogramms Psychiatrie“, das als eine Konse-

quenz aus der Psychiatrie-Enquete 1980/85 durchgeführt wurde, sowie um die Frage einer Fortschreibung von Projekten dieses Modellprogramms

Die Aktion befaßt sich mit Fragen der Struktur der psychiatrischen Versorgung und nicht mit Problemen der Behandlung oder mit verschiedenen Therapieformen.

Medienangebote

Die Publikationen der Aktion dienen zum einen in Form von Tagungsberichten der Information von Fachleuten und Verantwortlichen über Probleme der Struktur der psychiatrischen Versorgung, zum anderen in Form von Broschüren der Aufklärung der Öffentlichkeit über psychische Erkrankungen und die Notwendigkeit ihrer Behandlung. Alle Publikationen werden kostenlos abgegeben. Zu den Publikationen ist ein Verzeichnis kostenlos erhältlich

die für ein Publikum von Fachleuten gedacht sind. Themen sind z. B.: Komplementäre Dienste - Krisenintervention - Psychiatrie in der Gemeinde - Die Tagesklinik.

Als Beispiel einer Broschüre zur Information der Öffentlichkeit soll hier das Heft „Gestörte Einheit Informationen über seelische Störungen“, das sehr eingängig über psychische Erkrankungen informiert, Erwähnung finden, zu dem ein gleichnamiges Plakat existiert

Über die Fachtagungen zu Problemen der Versorgung psychisch Kranker erscheinen jeweils Tagungsberichte,

Über die Publikationen informiert ein Verteiler

Serviceleistungen

Die Aktion, in der viele Wissenschaftler aus dem Bereich der Psychiatrie vertreten sind, ist in der Lage, Referenten und Referentinnen zu nahezu allen Problemen der psychiatrischen Versorgung und ihrer Organisation zu vermitteln. Für diejenigen, die eine Veranstaltung über den Aufbau einer gemeindenahen, psychiatrischen Versorgung durchführen wollen, könnte ohne größere Probleme ein Fachmann gefun-

den werden. Die Frage des Honorars müßte mit dem Betreffenden selbst geklärt werden.

Ein- bis zweimal im Jahr werden Fachtagungen zu Problemen der Versorgung psychisch Kranker durchgeführt. Die Teilnahme an diesen Tagungen ist kostenlos.

Empfehlungen

Wegen Aufnahme in den Verteiler sollte bei der Aktion Psychisch Kranke e.V. angefragt werden (alle Gesundheitsämter sind bereits im Verteiler enthalten)

trischer Einrichtungen, politischer Entscheidungsträger bei Bund, Länder und Gemeinden durchgeführt (Teilnahme kostenlos)

Sehr interessant für diejenigen, die den Aufbau einer gemeindenahen, psychiatrischen Versorgung in ihrem Bereich planen, sind die Möglichkeiten der Aktion, kompetente Fachreferenten vor Ort zu vermitteln, die mit den Problemen und der Struktur einer gemeindenahen Psychiatrie vertraut sind.

Als exemplarisch für eine gelungene, aufklärende Broschüre über seelische Störungen kann das Heft „Gestörte Einheit“ empfohlen werden.

In Abständen werden durch die Aktion Informationstagungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen psychia-

Die Tagungsberichte der Aktion sind als Information über Probleme der gemeindenahen, psychiatrischen Versorgung für Fachleute wichtig.

AKTIONSGEMEINSCHAFT UMWELT, GESUNDHEIT, ERNÄHRUNG e. V.

– A.U.G.E. –

Adresse Reimerstwiete 22
20457 Hamburg

Ansprechpartner Herr Dr. Ulrich Kypke, Geschäftsführer

Telefon 0 40/36 28 94

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e. V. (A.U.G.E.) ist eine unabhängige und überparteiliche Verbraucherorganisation. Sie unterrichtet und berät private Haushalte über Möglichkeiten des Umweltschutzes im Alltag.

Über die A.U.G.E. mbH Umweltberatungsgesellschaft (siehe gesonderte Beschreibung Seite 95) werden Fernlehrgänge zum staatlich anerkannten Umweltberater durchgeführt; über die A.U.G.E. Marketinggesellschaft mbH werden Publikationen herausgegeben und Veranstaltungen zur Umweltthematik organisiert

***Für den
eiligen Leser***

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e. V. (A.U.G.E.) wurde 1985 von Dr. Maximilian Gege als unabhängige, überparteiliche Verbraucherorganisation mit Sitz in Hamburg gegründet.

Sie finanziert sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und Beratungsentgelte. A.U.G.E. e. V. ist gemeinnützig.

1985 entwickelte A.U.G.E. das Konzept des Umweltberaters in Deutschland und Europa. Heute arbeiten über 2.000 Umweltberater nach diesem Konzept in Europa.

Ein besonderes Anliegen ist der konstruktive und kritische Dialog mit der Wirtschaft für die Förderung der Herstellung gesunder und abfallarmer Produkte. Weil die ökologische Umorientierung der Wirtschaft von ihm als Schlüsselfrage angesehen wird, gründete Dr. Gege 1985 die A.U.G.E.-Schwesterorganisation B.A.U.M. e. V. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltfreundliches Management).

1989/90 führte A.U.G.E. unter der Schirmherrschaft von Bundesumweltminister Töpfer den bis heute größten Umweltwettbewerb Deutschlands zum Thema „Die umweltfreundlichen Haushalte“ durch.

Im Mittelpunkt der Beratungsarbeit der Aktionsgemeinschaft steht die verbrauchernahe Aufklärung zum Thema Umwelt-, Gesundheits- und Ernährungsbewußtsein. Aufgabe ist die Betreuung, Beratung und Schulung von Haushalten, Konsumenten, Instituten, Lehrern, Umweltpädagogen und Kindern.

***Aufgaben
und Ziele
der Institution***

- A.U.G.E. -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Aktionsgemeinschaft ist Trägerin eines Kinder-Umweltklubs für ca 5- bis 12jährige Kinder Namensgeber ist die exklusiv für A.U.G.E. von Europas bekanntestem Kinderbuchautor Janosch geschaffene Umwelt-Symbolfigur Emil Grünbär.

Im Emil-Grünbär-Klub werden Kinder auf spielerische, fröhliche Art dazu ermuntert, die Umwelt zu schützen. Der Emil-Grünbär-Klub bietet Beratungen und Hilfen, aber auch Veranstaltungen zu Themen wie Müllvermeidung, Energie- und Wassersparen oder gesunde Ernährung. Seit 1991 wurden viele hunderttausend Kinder von den interaktiven Emil-Grünberg-Umwelt-Spielausstellungen in Schulen und Einkaufszentren in rund 200 Städten begeistert.

Im Rahmen des Emil-Grünbär-Klubs werden konkrete Umwelt- und Naturschutzprojekte initiiert oder unterstützt. 1994 startet z B die erste Etappe eines Netzes von Natur- und Entdeckerlehrwegen quer durch Deutschland speziell für Kinder.

A.U.G.E. und der Emil-Grünbär-Klub fordern die Einführung des Umweltunterrichts in allen Schulstufen.

Die Mitgliedschaft im Klub kostet 3,- DM im Monat.

Medienangebote

Die Aktionsgemeinschaft A.U.G.E. e. V. gibt in unregelmäßigen Abständen Broschüren und Informationsmaterial zu aktuellen verbraucherbezogenen Themen heraus.

Die Publikationen können von Interessierten gegen Kostenerstattung bei der Geschäftsstelle bezogen werden.

Auf Basis des eigenen Umweltarchivs werden Informationen und Beratungen erteilt (für A.U.G.E.-Förderer kostenlos).

Im Herbst '94 erscheint eine „Checkliste für den umweltfreundlichen Haushalt“ als Diskette für den privaten PC samt „Beratungs-Hotline“. Damit kann das eigene Umweltverhalten in jedem Haushalt genau analysiert und es können konkrete Handlungs- oder Verhaltensempfehlungen für den eigenen Haushalt erarbeitet werden.

Das zweimonatlich erscheinende Kinder-Umweltmagazin – „Emil-Grünbär-Magazin“ – erhalten Mitglieder des Emil-Grünbär-Klubs kostenfrei, andere Interessenten gegen Kostenerstattung (4,50 DM je Heft).

Für die Betreuer/innen des Emil-Grünbär-Klubs werden spezielle Medienhilfen und Informationen erstellt.

Serviceleistungen

Über die A.U.G.E. Marketinggesellschaft mbH werden spielerische Umweltaktionen mit der Janosch-Symbolfigur *Emil Grünbär* als (Lern-)Erlebnisauftritte in allen Größenordnungen für Kinder und Familien angeboten.

Die Veranstaltungsangebote bestehen aus lern- und spielaktiven Ständen, einem Umwelt-Puppentheater, einem großen Umweltmobil mit komplettem Labor und kleinem Vortragsraum und dem „einzigsten grünen Bär der Welt“ als Ganzkörperfigur.

Je nach Anlaß und Bedarf eignet sich dieses Angebot für Umwelttage, Firmenjubiläen, Geschäftseröffnungen und andere Gelegenheiten im Themenfeld Umwelt, Ernährung und Gesundheit.

Es werden ergänzend Broschüren, Plakate oder Fouldeer zu Umwelt- oder Gesundheitsthemen in Kooperation mit Unternehmen oder Verbänden erstellt.

AKTIONSKOMITEE KIND IM KRANKENHAUS e.V.

– AKIK –

Adresse Kirchstraße 34
61440 Oberursel/Ts.

Telefon 0 61 72/30 36 00

Das „Aktionskomitee Kind im Krankenhaus“ (AKIK) wurde 1968 gegründet, um zu erreichen, daß Kinder, die zur Behandlung im Krankenhaus bleiben müssen, nicht – wie damals noch allgemein üblich – bis auf wenige Besuchstermine völlig getrennt von ihren Eltern diese Situation bewältigen müssen. Es ging darum, möglichst unbegrenzte Besuchszeiten für Eltern zu erlangen und darüber hinaus die Möglichkeit für die Eltern, mit ihrem Kind zusammen aufgenommen zu werden.

Das Aktionskomitee ist als Initiative betroffener Eltern entstanden, die mit den psychischen Veränderungen ihrer Kinder nach einem Krankenhausaufenthalt in weitgehender Trennung von ihnen als Eltern konfrontiert waren.

Es finanziert sich als gemeinnütziger Verein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie zu einem geringeren Anteil aus zugewiesenen Bußgeldern. Eine projektbezogene Förderung des Aktionskomitees findet durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie durch einzelne Länderministerien statt.

Im Aktionskomitee sind ca. 1.000 Mitglieder in etwa 60 regionalen Gruppen organisiert, die sich z. T. selber als Vereine konstituiert haben.

Das AKIK fühlt sich dafür verantwortlich, seelischen Schaden von Kindern abzuwenden, die sich einer Krankenhausbehandlung unterziehen müssen. Daher bemüht man sich um eine Verbesserung der Situation von Kindern im Krankenhaus. In diesem Rahmen wird der Aufrechterhaltung des Eltern-Kind-Kontaktes auch unter den Bedingungen eines Krankenhausaufenthaltes besonderer Wert beigemessen

Aus seinen Erfahrungen heraus, wie Kinder Krankenhausaufenthalte und die Krankheit selbst erleben und verarbeiten, tritt das AKIK für die folgenden Punkte ein:

- unbegrenzte Besuchszeiten der Eltern
Möglichkeit zur kostenlosen Mitaufnahme eines Elternteiles für alle Kinder
- Rooming In bei Neugeborenen
- Anwesenheit der Eltern bei Untersuchungen, kleineren Eingriffen, der Einleitung der Narkose und in der Aufwachphase
- geeignete Räumlichkeiten für Elternmitaufnahme und Rooming In

Aufgaben und Ziele der Institution

- AKIK -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

ein Abrechnungssystem, das den heutigen Stand des Wissens um kindgemäße Behandlung und Betreuung widerspiegelt und das u a ambulante Operationen angemessen honoriert
Behandlung aller Kinder in Kinderkliniken oder auf Kinderstationen und nicht auf den Fachstationen für Erwachsene (wie derzeit in 60% der Fälle)
kindermedizinisches, kinderpflegerisches, -psychologisches und pädagogisches Fachpersonal im Krankenhaus

Das AKIK berät und betreut Eltern bei einem Krankenhausaufenthalt ihres Kindes. Bei diesen Beratungen geht es vor allem um die sorgfältige und ehrliche Vorbereitung des Kindes sowie die Unterstützung von Eltern in ihrer Forderung nach der Aufrechterhaltung des Kontaktes zu ihrem Kind gegenüber der Klinik.

Neben der Information möglichst vieler Eltern ist die Öffentlichkeitsarbeit des Aktionskomitees darauf abgestellt, verantwortliche Stellen und Personen (z. B. Verwaltungsleiter in Krankenhäusern) über die Proble-

matik von Kindern in der Klinik zu informieren und auf Änderungen hinzuwirken. Das AKIK bemüht sich dabei aktiv um Gespräche mit Entscheidungsträgern

Da vielerorts mittlerweile die Eltern ausreichende Zugangsmöglichkeiten zu ihrem behandelten Kind haben, befaßt sich das Aktionskomitee mit der Gestaltung dieses Miteinanders, das an Eltern und klinisches Fachpersonal neue und ungewohnte Anforderungen stellt und ist bemüht, dabei die drei Partner Eltern, Schwestern und Ärzte einzubeziehen

Das AKIK beschäftigt sich weiterhin mit Fragen einer gesetzlichen Regelung des freien Zugangs der Eltern zu ihrem erkrankten Kind, die eine Angelegenheit der Länder ist, und mit Problemen des Abrechnungssystems der Leistungen im Krankenhaus, das seiner Meinung nach Kinderkliniken benachteiligt und dazu führt, daß diese derzeit häufig wegen mangelnder Rentabilität, die aufgrund des Abrechnungssystems häufig nur auf dem Papier besteht, geschlossen werden müssen

Medienangebote

Die Medienangebote des AKIK zielen in erster Linie auf Eltern und z. T. auch auf ihre Kinder. Einige Medienangebote sind auch für das klinische Fachpersonal geeignet, das das Aktionskomitee zunehmend in seine Arbeit einbeziehen will.

Inhaltlich geht es einmal darum, von der kinderpsychologischen Seite her das Erleben des Kindes besser zu verstehen, zum anderen geht es um rein praktische Informationen im Zusammenhang mit Krankenhausaufenthalt. Das Angebot reicht von Printmedien (u. a. Plakate) bis zu audiovisuellen Medien.

Die z. T. kostenlosen Falblätter und Broschüren des AKIK sollen Eltern dazu anleiten, einen Krankenhausaufenthalt möglichst optimal zu gestalten und sie dazu befähigen, ihre Kinder auf das Krankenhaus vorzubereiten. Sie sind z. T. zugleich geeignet, für die Kinder als Anschauungsmaterial zu dienen. Dabei wird großer Wert auf leichte Verständlichkeit und Eingängigkeit gelegt

Beispielhaft können hier die Broschüren „Wenn Ihr Kind ins Krankenhaus kommt“ und „Katrin kommt ins Krankenhaus“ genannt werden. Es sind Falblätter mit Fachaufsätzen zur kinderpsychologischen Seite des Krankenhausaufenthaltes gegen geringe Kostenbeteiligung zu beziehen.

Das AKIK gibt Literaturlisten über Themen im Bereich Kind, Krankheit und Krankenhausaufenthalt für Erwachsene und für Kinder heraus.

Regelmäßig wird eine aktuelle, kostenlose Liste der regionalen Gruppen des Aktionskomitees erstellt

Das Plakatangebot spricht Eltern und Kinder an und ist z. T. kostenlos. Beispielhaft können hier die Titel „Laßt mich bitte nicht allein“ oder „Eltern sind die beste Medizin“ erwähnt werden.

Aus dem audiovisuellen Angebot seien beispielhaft zwei Fachfilme für Erwachsene erwähnt. Der erste 45-minütige Film zeigt den Krankenhausaufenthalt eines Mädchens, das an einem Auge operiert wird (Titel: „Es wird schon alles gutgehen“), der gegen Versandkostenübernahme entliehen werden kann und auch als Videokassette zur Verfügung steht. Zum Film gehört ein kostenlos erhältliches Arbeits- und Begleitheft und ist ein Projekt der BZgA, Köln. Der andere Film „Ganz nah bei Dir“ zeigt in zwei Fällen die Mitaufnahme einer Mutter bei einem Klinikaufenthalt eines Kindes.

Das AKIK verfügt über einen nach speziellen Interessen der Empfänger spezifizierten Verteiler, in den Interessierte unter Angabe ihrer Anliegen aufgenommen werden können.

Serviceleistungen

Das Aktionskomitee bietet über seine regionalen Gruppen umfassende Beratung für Eltern (zum Teil über Informationsveranstaltungen) zu allen Problemen im Zusammenhang von Krankheit und Krankenhausaufenthalt ihrer Kinder

Bei diesen Beratungen geht es vor allem um die Vorbereitung des Kindes, die Unterstützung von Eltern in ihrer Forderung nach der Aufrechterhaltung des Kontaktes zu ihrem Kind gegenüber der Klinik und die geschickte Gestaltung der Besuche des Kindes durch die Eltern im Krankenhaus. Auch bei technischen Fragestellungen, wie z. B. eine geeignete Klinik zu finden, werden Eltern unterstützt.

Bei Interesse an einem Informationsabend zu solchen oder ähnlichen Themen wird das AKIK bemüht sein, über seine regionalen Gruppen einen fachkundigen Referenten vor Ort zur Verfügung zu stellen. Neben eventuell anfallenden Reisekosten wird nur ein geringes Honorar zu erstatten sein

Das Aktionskomitee führt Veranstaltungen im Fortbildungsbereich durch für Ärzte, Kinderkrankenschwestern und im Rahmen einer möglichst breitgestreuten Vorbereitung aller Kinder auf einen eventuellen Krankenhausaufenthalt auch für Erzieherinnen. Bei diesen Angeboten sind die anfallenden Auslagen zu vergüten.

Weiterhin können auf Anfrage vom AKIK auch Aufsätze für ein breites Publikum zu Themen, die das kranke Kind und seinen Klinikaufenthalt betreffen, verfaßt werden.

Im Rahmen seiner Bemühungen um ein kindgerechtes Krankenhaus spricht das AKIK auch Verantwortliche und Entscheidungsträger an (z. B. Verwaltungsleiter von Krankenhäusern) und ist bereit, hier Informations-Angebote zu machen.

- AKIK -

**Service-
leistungen**

Interessierte sollten sich in den Verteiler des AKIK aufnehmen lassen.

Publikationen

Über das AKIK können Broschüren für Eltern zum Krankenhausaufenthalt ihres Kindes bezogen werden.

Es besteht ein Angebot an Plakaten zum Themenkreis Kind und Krankenhaus.

Empfehlung verdient das Angebot an audiovisuellen Medien, 2 Filme über Krankenhausaufenthalte von Kindern, 1 auf Videoband verfilmte Diareihe mit dem Titel „Wenn Ihr Kind ins Krankenhaus kommt“, Dauer ca. 20 Min., zum Preis von 30,- DM inkl. Versandkosten.

Serviceleistungen

Vor allem sollte das Beratungsangebot für betroffene Eltern zu allen Fragen des Krankenhausaufenthaltes ihrer Kinder berücksichtigt werden.

Das AKIK ist auch bereit, Verantwortliche über die Probleme von Kindern im Krankenhaus zu informieren und über geeignete Maßnahmen zu beraten.

Mit dem AKIK können Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte und Kinderkrankenschwestern vereinbart werden.

Empfehlungen

ALLGEMEINER BEHINDERTENVERBAND IN DEUTSCHLAND „FÜR SELBST- BESTIMMUNG UND WÜRDE“ e. V.

– ABiD –

Adresse Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 6/7
10179 Berlin

Telefon 0 30/23 80 66 73

Telefax 0 30/23 80 66 73

Der ABiD „Für Selbstbestimmung und Würde“ e. V. ist aus der Volksbewegung des Herbstes 1989 in der damaligen DDR hervorgegangen. Er ist eine Organisation von Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen, Freunden und Förderern. Unabhängig von parteipolitischen Interessen und Weltanschauung nimmt er aktiv Einfluß auf die Behindertenpolitik aller Ebenen, um die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien durch die bestehende Gesellschaft abzuwenden.

Der ABiD ist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein, zu dem sich sieben Landesverbände und über 100 Kreisverbände, Gruppen und Einzelmitglieder zusammengeschlossen haben. Er verfolgt satzungsgemäß folgende Aufgaben und Ziele:

- Menschen mit Behinderungen ein Leben in Selbstbestimmung und Würde zu ermöglichen und zu garantieren;
- Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu grundlegenden Dingen des Lebens wie Nichtbehinderten zu ermöglichen;
- Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bei der Wahrung ihres Anspruchs auf Leben, Wohnung, Mobilität, Kommunikation, Bildung, Arbeit, Erholung, Sexualität und Partnerschaft, Versorgung mit Hilfsmitteln, Freizeitangebote;
- tritt ein für eine steuerfinanzierte, bedarfsdeckende Lösung in der Pflegefrage und fordert eine einkommens- und vermögensunabhängige Mindestsicherung (Rente);
- unterstützt alle Initiativen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und tritt für ein Diskriminierungsverbot mit Verfassungsrang ein;
- fördert künstlerische und sportliche Aktivitäten von Menschen mit Behinderungen.

Die Organe des ABiD sind der Verbandstag, der Vorstandsvorsitz und der geschäftsführende Vorstand. Der Verbandstag besteht aus Vertretern der Landesverbände, dem Vorstandsvorsitz sowie Vertretern anderer Mitgliedsverbände. Der Vorstandsvorsitz besteht aus dem geschäftsführenden Vorstandsvorsitz sowie je zwei Vertretern der Landesverbände

Aufgaben und Ziele der Institution

<p>- ABiD -</p>	<p>Zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben unterhält der ABiD eine Bundesgeschäftsstelle in Berlin.</p> <p>Zur Finanzierung seiner Arbeit ist der ABiD auf Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuwendungen der Bundesregierung angewiesen.</p> <p>Der ABiD arbeitet eng mit anderen Behindertenverbänden und -organisationen zusammen. Er ist Mitglied in nationalen und internationalen Gremien. Der ABiD vertritt die Bundesrepublik in Very Special Arts International/Washington. Beantragt ist eine Mitgliedschaft im DPWW.</p>	
<p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>	<p>Das Medienangebot des ABiD richtet sich an Betroffene, Angehörige behinderter Menschen sowie an alle Interessierten. Ziel ist, über Projekte und Aktivitäten zu informieren, zu beraten sowie aktuelle politische Entwicklungen darzustellen.</p> <p>DIE STÜTZE, Journal von und für Behinderte, erscheint monatlich Unkostenbeitrag 4,- DM (Stand: April 1994)</p> <p>Das Journal wirkt als Interessenvertretung, Kommunikationsangebot, Diskussionsforum und Informationsquelle. Eine wesentliche Aufgabe der STÜTZE besteht in der Diskussion behindertenpolitisch relevanter Themen. Darüber hinaus ist DIE STÜTZE Instrumentarium zur Selbsthilfe behinderter Menschen, indem sie Erfahrungen Betroffener in ihrer politischen, kommunalen und parlamentarischen Arbeit vorstellt. In unserem Journal ver-</p>	<p>öffentlichen wir Informationen zu Aktivitäten des ABiD, Projekten, Hilfsmitteln, Rechtsfragen, Reiseangeboten, führen Leserdiskussionen, bieten Literaturhinweise und Kontaktadressen. Sonderhefte sind vorgesehen Info-Blätter zu aktuellen Fragen und Problemen. Dokumentationsreihe des ABiD, beispielhaft seien genannt: Band 1: Schonzeit gab es nicht Band 2: Alle Könige sind gleich Band 3: „Versorgt“ bis zur Unmündigkeit Bezugsmöglichkeit: 5,- DM Schutzgebühr zuzüglich Versand.</p> <p>Die Landesverbände geben eigene Publikationen heraus und arbeiten sehr aktiv an der Erstellung von Reise- und Stadtführern für Behinderte mit.</p>
<p>Medienangebote</p>	<p>Serviceleistungen</p>	<p>Vielfältige Dienstleistungen der Landes- und Kreisverbände, insbesondere Mobilitätsdienste, Kommunikations- und Informationszentren, Frühförderung, Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, Ferienlager u. a. m. Referentenvermittlung zu behindertenrelevanten Fragen. - Allgemeine Informationen zur Behindertenpolitik.</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Neben den beschriebenen Angeboten sei insbesondere hingewiesen auf das Angebot zur Koordination und Zusammenführung künstlerischer Aktivitäten von Gruppen und einzelnen KünstlerInnen auf nationalem und internationalem Gebiet; Vernetzung entsprechender Aktivitäten und Organisation von Präsentationen und Ausstellungen.</p> <p>Anschriften der ABiD-Landesverbände erteilt die Bundesgeschäftsstelle auf Anfrage.</p>	

ANONYME ALKOHOLIKER

Interessengemeinschaft e. V.

– AA –

Adresse Postfach 46 02 27
80910 München

Telefon 0 89/3 16 43 43 und 3 16 95 00

Telefax 0 89/3 16 51 00

Die AA wurde 1935 von zwei Alkoholikern (Bill W. und Bob S.) in Akron, Ohio, gegründet.

Anlaß für die Gründung der AA war die Erkenntnis der beiden amerikanischen Freunde, daß ihr Zwang zu trinken schwand, als sie sich offen über ihre Krankheit unterhielten

Durch amerikanische Soldaten, Alkoholiker in AA, kam die Gemeinschaft 1953 nach Deutschland. Im Jahr 1967 wurde der AA Interessengemeinschaft e. V. gegründet und 1968 in Hamburg ins Vereinsregister eingetragen

Der AA Interessengemeinschaft e. V. und die Geschäftsstelle wurden 1978 nach München verlegt.

Der AA Interessengemeinschaft e. V. vertritt als juristische Person die AA-Gruppen nach außen.

Die Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Vorstand.

Der Vorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden und dem Geschäftsführer. Sie sind Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Mitglieder im Verein können nur die Mitglieder des Gemeinsamen Dienstausschusses der Anonymen Alkoholiker werden.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabeordnung“. Zweck des Vereins ist die Unterstützung der Ziele der Gemeinschaft der Anonymen Alkoholiker und die Vertretung der Anonymen Alkoholiker.

Die Gemeinschaft der Anonymen Alkoholiker sind alle Gruppen der Bundesrepublik Deutschland. Zur Gemeinschaft der Anonymen Alkoholiker gehört jede Person, die den Wunsch hat, mit dem Trinken aufzuhören und die die Zusammenkünfte der einzelnen Gruppen besucht

Jede Gruppe der AA ist autonom, außer in Dingen, die die Gemeinschaft als Ganzes angehen. In größeren Städten schließen sich die Gruppen aus organisatorischen Gründen zur City-Gruppe zusammen, um gemeinsam stadtinterne Angelegenheiten zu besprechen

Aufgaben und Ziele der Institution

- AA -

Aufgaben und Ziele der Institution

1980 wurde die Gemeinsame Dienstkonferenz gegründet. Die Gemeinsame Dienstkonferenz (GDK) fungiert als Gruppengewissen unserer Gemeinschaft. Auf der jährlichen Tagung werden die grundsätzlichen Entscheidungen für die Gemeinschaft der Anonymen Alkoholiker getroffen. An der GDK nehmen 6 Delegierte aus jeder Intergruppe, die Mitglieder des Gemeinsamen Dienstausschusses und die Sachbearbeiter teil.

Der Gemeinsame Dienstausschuß (GDA) hat die Aufgabe, Bindeglied zwischen den einzelnen Gruppen zu sein, deren Anträge und die Empfehlungen und Anträge der GDK zu beraten und für ihre Durchführung zu sorgen. Er ist verantwortlich für die Sachgebiete Literatur, Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Weltendienst und das Gemeinsame Dienstbüro.

Die Mitglieder des AA Interessengemeinschaft e. V. sind die stimmberechtigten Alkoholiker und Nichtalkoholiker des Gemeinsamen Dienstausschusses.

Die Geschäftsstelle des AA Interessengemeinschaft e. V. ist das Gemeinsame Dienstbüro in München, Postfach 46 02 27, 80910 München

Zusätzlich werden von den einzelnen City-Gruppen in 38 Städten Kontaktstellen unterhalten.

Vom Gemeinsamen Dienstbüro werden die Literaturbestellungen, der Versand der Literatur und unserer Zeitschriften bearbeitet. Des Weiteren werden die Finanzbuchhaltung und die Korrespondenz mit den Gruppen, die Protokolle und Schriftwechsel für den GDA und die GDK von fünf hauptamtlichen Mitarbeitern/innen erledigt. Alle anderen Aktivitäten in unserer Gemeinschaft werden ehrenamtlich wahrgenommen.

Wir finanzieren uns ausschließlich durch die Spenden unserer Zugehörigen in den Gruppen sowie den Verkauf unserer Literatur. Die Literatur wird weitgehendst von AA-Zugehörigen gekauft und nur etwa 10 % des Umsatzes gehen an Interessierte außerhalb unserer Gemeinschaft. Zuwendungen und Spenden von anderen Institutionen, Behörden und außenstehenden Personen lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir unterstützen oder finanzieren keine anderen Institutionen und geben unseren Freunden/innen keine materielle bzw. finanzielle Hilfe. Unsere Hauptaufgabe ist es, trocken zu bleiben und anderen Alkoholikern zur Trockenheit zu verhelfen. Diese Aufgabe gilt für jeden einzelnen in unserer Gemeinschaft und für alle Ebenen der Dienststruktur.

In ca. 2.500 Gruppen wird durch die vorgelebte Nüchternheit, die Berichte der trockenen Freundinnen und Freunde, durch unsere Literatur und unsere Monatszeitschrift AA-INFORMATIONEN die Botschaft der AA an noch trinkende Alkoholiker weitergegeben.

Wir betreiben keine vorbeugenden Maßnahmen, wir verstehen uns als Selbsthilfegruppe für den Personenkreis, der von der Krankheit Alkoholismus betroffen ist. Die Teilnahme an unseren Meetings ist freiwillig und kostenlos.

Die Anonymität des einzelnen ist ein wichtiger Bestandteil unseres Programms und daher in den Traditionen festgehalten. Die Genesung des einzelnen beruht auf der Einigkeit und dem Dienst in AA.

Genesung, Einigkeit, Dienst sind die drei Säulen unseres Programms.

Für die **Genesung** des einzelnen haben wir die Zwölf Schritte

Die **Einigkeit** wird durch unsere Zwölf Traditionen gewährleistet.

Unsere Zwölf Konzepte regeln den **Dienst** innerhalb der Gemeinschaft.

Wir sollen uns nicht mit anderen Institutionen zusammenschließen, können jedoch mit ihnen zusammenarbeiten, wenn wir dadurch unserem Hauptzweck, unser Genesungsprogramm dem noch trinkenden Alkoholiker nahezubringen, dienen.

Zum Abschluß möchten wir noch unsere Präambel aufzeigen:

Anonyme Alkoholiker sind eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die miteinander ihre Erfahrung, Kraft und Hoffnung teilen, um ihr gemeinsames Problem zu lösen und anderen zur Genesung von Alkoholismus zu verhelfen.

Die einzige Voraussetzung für die Zugehörigkeit ist der Wunsch, mit dem Trinken aufzuhören.

Die Gemeinschaft kennt keine Mitgliedsbeiträge oder Gebühren, sie erhält sich durch eigene Spenden.

Die Gemeinschaft AA ist mit keiner Sekte, Konfession, Partei, Organisation oder Institution verbunden; sie will sich weder an öffentlichen Debatten beteiligen noch zu irgendwelchen Streitfragen Stellung nehmen.

Unser Hauptzweck ist, nüchtern zu bleiben und anderen Alkoholikern zur Nüchternheit zu verhelfen.

Medienangebote

Monatszeitschrift AA-INFORMATIONEN

Bücher und Broschüren zum Thema Alkoholismus unter dem Gesichtspunkt unseres Schritteprogramms. Die Abgabe erfolgt gegen Rechnung.

„Hilfe zur Selbsthilfe“ in ca. 40 Kontaktstellen und 2.500 AA-Gruppen Schriftliche Informationen über unsere Gemeinschaft erteilt:

Gemeinsames Dienstbüro
Postfach 46 02 27
80910 München
Tel.: 0 89/31 69 50-0
Fax: 0 89/31 65 100

Für persönlichen Kontakt zu unseren Gruppen empfehlen wir die Kontaktaufnahme über unsere örtlichen Kontaktstellen in allen größeren Städten unter der bundeseinheitlichen Rufnummer (Vorwahl) + 1 92 95

- AA -

Empfehlungen

AOK-BUNDESVERBAND

– AOK-BV –

Adresse Kortrijker Str. 1
53177 Bonn

Telefon 02 28/84 32 17

1. Allgemeine Aufgaben und Ziele

Der AOK-Bundesverband ist eine sich selbst verwal-
tende Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser
Dachverband – in dem AOK-Landesverbände mit
autonom handelnden AOKs zusammengeschlossen
sind – verfolgt folgende Ziele:

- Sicherung eines umfassenden Krankenversiche-
rungsschutzes mit hochwertigen Leistungen zu an-
gemessenen Preisen durch eine verantwortungsbe-
wußte Vertragspolitik mit den Partnern des Gesund-
heitswesens,
- erfolgreiche Interessenvertretung für die AOK-Ge-
meinschaft durch sozial- und gesundheitspolitische
Einflußnahme in Parlament und Regierung,
- marktgerechte und zielgruppenspezifische Bera-
tung, Koordination und Service für die AOKs und de-
ren Landesverbände zur Optimierung des
Leistungsangebotes, betriebswirtschaftlicher Ab-
läufe, des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit,
- Ausbau der Führungsrolle der AOK-Gemeinschaft
unter den Krankenversicherern in der Bundes-
republik Deutschland,
- Stärkung des Gesundheitsbewußtseins der Mitglieder
durch praxisnahe Gesundheitsangebote, die bereits
mit der Gesundheitserziehung im Kindesalter begin-
nen.

2. Gesundheitsförderung – ein zentrales Thema der „AOK – Die Gesundheitskasse“

Neben verhaltenstherapeutisch ausgerichteten
„Kursprogrammen gegen Rauchen, Übergewicht,
Bewegungsmangel und Streß“, „Ernährungsberatung“,
„Alkohol- und Drogenprävention“ ist auch die
Motivation zur Inanspruchnahme von „Vorsorge- und
Früherkennungsuntersuchungen“ sowie die betrieb-
liche Gesundheitsförderung ein weiterer Schwerpunkt
der AOK-Gesundheitsangebote.

Gesundheit nicht über moralische Appelle, sondern
über sinnliches Gesundheitserlebnis erfahrbar zu ma-
chen, ist Kernstück der Philosophie: „AOK – Die Ge-
sundheitskasse“. AOK-Prävention umfaßt dabei nicht
nur Hilfen für Gesunde, sondern auch eine adäquate
Hilfestellung bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- AOK-BV -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die neuen Regelungen der Gesundheitsreform geben nun der AOK die Möglichkeit, ihre Spielräume zur Gesundheitsförderung weiter auszuschöpfen und über die individualbezogene Hilfe hinaus Möglichkeiten einer gesundheitsadäquaten Gestaltung der ökologischen und sozialen Umwelt mit in die Maßnahmen einzubeziehen.

Mit umfassender Gesundheitsförderung sollten gleichermaßen die Bedeutung des Individualverhaltens wie der Lebensverhältnisse für die Gesundheit und ihre Wechselwirkungen sichtbar gemacht und beeinflusst werden. Dies bedeutet für die AOK, daß sie bewährte Angebote ausbauen, aber auch neue Gesundheitsthemen aufgreifen und umsetzen muß

„AOK-Gesundheitsförderung“ heißt also nicht nur, Krankheiten zuvorkommen, sondern dort, wo Gesundheit direkt oder indirekt in Frage steht, Einfluß zu

nehmen oder Anstöße zu geben, um der Gesundheit zu der ihr angemessenen Beachtung zu verhelfen. Perspektiven der AOK-Gesundheitsförderung liegen demnach in den Bereichen „Betriebliche Gesundheitsförderung“, „Umwelt und Gesundheit“ und Anregung von Gesundheitsinitiativen der Bürger.

Eine besondere Form der Information gesundheitsinteressierter Bürger wird in sog. „Gesundheitszentren“ betrieben. Als Beispiel ist hier das Modell der AOK Mettmann „Aktion Gesundheit“ zu nennen. In Koordination, Kooperation und Abstimmung mit anderen Anbietern ist ein breites Angebot an Präventionsmaßnahmen eingerichtet worden. Es reicht von Kursprogrammen gegen Risikofaktoren über psychologische Beratung bis hin zu Eltern-Kind-Programmen mit Spiel- und Bewegungsanregungen. Auch andere AOKs haben bereits Gesundheitszentren eingerichtet.

Medienangebote

Die generelle Maxime der Medienentwicklung des AOK-BV ist die Vermittlung positiver Gesundheitsinformation. Allgemeinverständliche, zielgruppenspezifische Informationen sollen Gesundheit erhalten und Krankheit verhüten helfen.

Die zentrale Quelle zur Information über die vom AOK-BV und den örtlichen AOKs beziehbaren Medien ist das Medienhandbuch des AOK-BV, das bei jeder AOK eingesehen werden kann. Über die dort verzeichneten Materialien hinaus haben verschiedene AOKs eigene Medien dezentral entwickelt.

Alle Materialien sollten über die örtlichen AOKs nachgefragt werden, so daß automatisch auch die regional er-

stellten Medien dem Interessierten zugänglich werden.

Die vom AOK-BV entwickelten Medien sind im allgemeinen breitenorientiert und für einen massenmedialen Einsatz konzipiert. Die Eignung für bestimmte Verwendungszusammenhänge wird aus dem Medienhandbuch bzw. dem Einzelmaterial ersichtlich. Im Einzelfall kann jede örtliche AOK über die Eignung von Materialien und damit in der präventiven Praxis gemachten Erfahrungen Auskunft geben.

Die Medien sind über die örtlichen AOK-Geschäftsstellen beziehbar. Bei besonders teuren Einzelmedien können Kostenbeteiligungen in Frage kommen.

Serviceleistungen

Der AOK-BV und die einzelnen AOKs stellen Referenzen zum gesamten Aufgabenspektrum der Krankenversicherungen zur Verfügung.

Eine weitere Serviceleistung ist die Informationsbereitstellung zu allen Sachfragen der Gesundheitsversicherung und Prävention im Rahmen des Aufgabenbereichs der Krankenversicherungen.

- Von den AOK-Landesverbänden erstellte Ausstellungen können ausgeliehen werden.

Es besteht ein bundesweites BTX-Angebot für Verbraucher. Über BTX kann auch eine Auswahl von Informationsmaterialien bestellt werden.

Ansprechpartner für die genannten Serviceleistungen sind generell die örtlichen AOK-Geschäftsstellen. Anfragen nehmen jedoch auch der AOK-Bundesverband und die AOK-Landesverbände entgegen.

Empfehlungen

- Das umfassende präventive Medienkonzept des AOK-BV („Medienhandbuch“) sollte den mit Gesundheitserziehung betrauten Mitarbeitern bekannt sein. Einsichtnahme bei den einzelnen AOKs. Insbesondere das zielgruppenorientierte, mit einheitlichem Layout entwickelte und kostenfrei beziehbare Material zur Zahngesundheitserziehung soll hier beispielhaft genannt werden.

Der direkte Kontakt zur örtlichen AOK-Geschäftsstelle ist vor allem vor dem Hintergrund der Etablierung und Pflege regionaler Arbeitskreise und -gemeinschaften unerlässlich. Über diese regionalen Kontakte sind sowohl Referenten als auch Ausstellungen erschließbar.

ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND e.V.

– AWO –

Adresse	Marie-Juchacz-Haus Oppelner Straße 130 53119 Bonn
Ansprechpartner	Frau Ilsa Diller-Murschall (Familienpolitik, Kinderpolitik) Frau Hedi Boss (Suchtkrankenhilfe) Herr Ullrich Wittenius (Gesundheitspolitik)
Telefon	02 28/66 85-0 (Zentrale)
Telefax	02 28/6 68 52 09
Telex	8 869 654

1. Allgemeines

Die „Arbeiterwohlfahrt – Verband für soziale Arbeit“ (AWO) ist historisch als Teil der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entstanden, deren Zielvorstellungen sie sich auch heute noch verbunden fühlt. Sie wurde am 13. Dezember 1919 durch Marie Juchacz gegründet. Die Arbeiterwohlfahrt sieht es als eines ihrer wichtigsten Ziele an, an der Ausgestaltung des sozialen Rechtsstaates mitzuwirken. Sie sieht sich dabei als kritischer Mahner, Impulsgeber und Anreger zur Weiterentwicklung sozialer Arbeit.

Aus den Grundsätzen der Richtlinien des Verbandes:

„Die Arbeiterwohlfahrt

- hält eine freiheitlich-demokratische Grundordnung für die unverzichtbare Voraussetzung ihrer sozialen Arbeit;
- will dazu beitragen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und für das Gemeinwesen frei entfalten kann;
- tritt ein für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- will dem Entstehen sozialen Unrechts entgegenwirken und sich aktiv an der Lösung sozialer Probleme beteiligen;
- achtet das religiöse Bekenntnis des einzelnen; ihre Arbeit wird getragen vom Gedanken der Toleranz und dient den Rat- und Hilfesuchenden aller Bevölkerungsschichten ohne Rücksicht auf deren politische, rassische, nationale und konfessionelle Zugehörigkeit;
- vertritt den Vorrang der kommunalen und staatlichen Verantwortung für die Erfüllung des Anspruchs auf soziale Hilfen, Erziehung und Bildung sowie für die Planung und Entwicklung eines zeitgerechten Systems sozialer Leistungen und Einrichtungen;

Aufgaben und Ziele der Institution

– AWO –

Aufgaben und Ziele der Institution

strebt eine partnerschaftliche und planvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Staat und freien Vereinigungen der sozialen Arbeit an. Dabei muß die Unabhängigkeit dieser Vereinigungen gewahrt bleiben;

wirkt an der Gesetzgebung mit. Zur Durchsetzung von Forderungen in den parlamentarischen Gremien der Gemeinden, Länder und des Bundes wendet sie sich an die Abgeordneten der demokratischen Parteien.

Als eine ihrer vornehmlichen Aufgaben sieht es die Arbeiterwohlfahrt an, denjenigen zu helfen, die gesellschaftlich benachteiligt sind und der Hilfe bedürfen. Dabei orientiert sich die Arbeiterwohlfahrt an den Bedürfnissen der Betroffenen, mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Verband ist in allen Bereichen sozialer Arbeit tätig. Hauptaufgaben der Arbeiterwohlfahrt sind:

„Vorbeugende, helfende und heilende Tätigkeit auf allen Gebieten der sozialen Arbeit,
Entwicklung und Erprobung neuer Formen und Methoden der sozialen Arbeit,
Angebot und Unterhaltung von sozialen Einrichtungen und Diensten,
Aufbau und Forderung von Kinder- und Jugendgruppen als Jugendwerke der Arbeiterwohlfahrt,
Ausbildung für soziale Berufe,
Information und Aufklärung über Fragen der sozialen Arbeit,
Fortbildung von Mitarbeiter/-innen in der sozialen Arbeit,
Mitwirkung an der Durchführung von Aufgaben der öffentlichen Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe;
Mitarbeit in entsprechenden Ausschüssen,
Stellungnahmen zu Fragen der öffentlichen und freien sozialen Arbeit,
Mitwirkung bei der Planung sozialer Leistungen und Einrichtungen, Förderung praxisnaher Forschung,
Internationale Hilfe, insbesondere im Rahmen des Internationalen Arbeiterhilfswerkes und in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern“
(aus den Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt)

Die Arbeiterwohlfahrt ist einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und arbeitet im Rahmen ihrer Aufgaben mit anderen freien Vereinigungen, Fachverbänden und Selbsthilfeorganisationen zusammen.

Die Arbeiterwohlfahrt gliedert sich in 43 Landes- und Bezirksverbände, 492 Kreisverbände und 4 013 Ortsvereine. Der Bundesverband mit Sitz in Bonn ist die Zusammenfassung aller Landesgliederungen und der Bezirksverbände der Arbeiterwohlfahrt. Er repräsentiert den Gesamtverband, vertritt die Arbeiterwohlfahrt auf Bundesebene und international.

Getragen wird die Arbeiterwohlfahrt von 635 000 Mitgliedern, wobei jeder, der die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt unterstützen und fördern will und sich zu den in den Richtlinien niedergelegten Grundsätzen bekennt, Mitglied werden kann.

Die Arbeiterwohlfahrt unterhält über 7 200 Einrichtungen und Dienste mit 170 000 Betten bzw. Plätzen. In diesen Einrichtungen sind 55 000 hauptberufliche und 100 000 ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen bzw. Helfer/-innen tätig. Außerdem sind im Rahmen der Arbeiterwohlfahrt 2 500 Selbsthilfe-, Helfer- und andere Gruppen tätig. Über 300 selbständige Einrichtungen, Initiativen und Organisationen sind der Arbeiterwohlfahrt auf allen Ebenen als korporative Mitglieder angeschlossen.

Die Organe der Arbeiterwohlfahrt sind die Bundeskonferenz, der Bundesvorstand und der Bundesausschuß. Die Bundeskonferenz besteht aus den Mitgliedern des Bundesvorstandes, den Vertretern der Bezirks- und Landesverbände im Bundesausschuß, den auf den Bezirkskonferenzen gewählten Delegierten und den beratenden Beauftragten der korporativen Mitglieder. Die Bundeskonferenz beschließt u. a. Richtlinien und Grundsätze der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt, Satzungsänderungen und wählt die 15 Mitglieder des Bundesvorstandes. Dieser trägt die Verantwortung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundesverbandes, bestellt zur Führung der laufenden Geschäfte einen Geschäftsführer und kann zu seiner Beratung Fachausschüsse bilden. Der Bundesausschuß, dem neben dem Vorstand je ein Vertreter der Bezirks- und Landesverbände angehören, unterstützt u. a. die Arbeit des Bundesvorstandes und berät ihn bei Stellungnahmen zur Bundesgesetzgebung und vor Übernahme neuer Aufgaben.

Die Mittel für die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt werden erbracht durch den Erlös aus dem Verkauf von Beitragsmarken, Sammlungen, Lotterien und Veranstaltungen, aus Zuwendungen von Personen und Körperschaften sowie durch öffentliche Mittel.

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Arbeiterwohlfahrt stellen sich dar durch die sachliche Gliederung der Geschäftsstelle des Bundesverbandes. Neben den gruppenübergreifenden Diensten, Wirtschaft und Finanzen sowie Organisation (u. a. Katastrophenhilfe, Entwicklungshilfe, Zivildienst) sind es folgende Gruppen mit ausgewählten Referaten:

Jugend und Familie

Kinderhilfe (Bundesjugendplan, pädagogische und therapeutische Erziehungshilfen, Jugendschutz)
Familien- und Kinderpolitik (Kinderhilfe, frühkindliche Erziehung, Erziehung im Elementarbereich, sozialpädagogische Arbeit mit Schulkindern, Spielpädagogik)
pädagogische und therapeutische Erziehungshilfen
Eltern- und Familienbildung
Internationale Zusammenarbeit
Jugendsozialarbeit (Jugendliche Umsiedler, Jugendberufshilfen, freiwillige soziale Dienste, Schulsozialarbeit)
behinderte Kinder

Sozialpolitik

Sozialpolitik (Sozialhilfe, Sozialplanung, Gesellschaftliche Rehabilitation)
Gefährdetenhilfe (Straffälligenhilfe, Randgruppen)
Frauen, Soziales und Gesundheit
Altenhilfe (Heimgesetz, Förderung Altenhilfe)
Frauenpolitik (Schwangerschaftskonfliktberatung, Frauenhäuser)
Kuren, Erholung (Familienerholung, Müttergenesung)
Ambulante Dienste (Familienpflege, Altenpflege, Sozialstationen, mobile soz. Hilfsdienste)
Gesundheitswesen (Krankenversicherung, Krankenhauswesen, Psychiatrie, pflegerische Berufe)
Suchtkrankenhilfe
Behindertenhilfe (Behindertenrecht, Rehabilitation)

Integrationsfragen

Ausländerpolitik
Hilfen für Umsiedler und Flüchtlinge
Sozialdienste
Ausländische Mädchen, Frauen sowie Gesundheit
Sprach- und Berufs-Förderung
Fortbildung der Sozialberater, Migrantenfamilien
Zentrales Fortbildungswerk

2 Beschreibung nach ausgewählten Bereichen der Arbeiterwohlfahrt

Elementarerziehung

In dem Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt „Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung“ wird zur Förderung der Kinder ausgesagt:

„Von Anfang an ist das Kleinkind offen auch für soziale Kontakte über den Bezugskreis seiner Familie hinaus. Die Jugendhilfe trägt im Rahmen ihres Erziehungsauftrages zur Förderung der eigenständigen Entwicklung von Kindern durch die Bereitstellung familienergänzender Einrichtungen bei.“

Die Pädagogik in Tageseinrichtungen für Kinder ist unter kinderpsychologischen und erziehungswissenschaftlichen Gesichtspunkten zu überprüfen und weiterzuentwickeln; dies beinhaltet auch das Aufgreifen aktueller Fragen und Probleme dieser Zeit.“

„Im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit der Tageseinrichtungen muß die Persönlichkeit des Kindes stehen, vor allem seine Freude am Spiel und am zweckfreien Tun sowie sein Bedürfnis nach Liebe, persönlicher Zuwendung und Geborgenheit. Besonders wichtig bei der Vermittlung sozialer Lernziele ist eine partnerschaftliche und angstfreie Atmosphäre. Die Mitarbeiter/-innen müssen sich bei ihrer pädagogischen Arbeit ihrer Verantwortung für die Ablösung der traditionellen Rollenverteilung bewußt sein.“

Die bestmögliche altersgemäße pädagogische Förderung des Kindes ist die gemeinsame Aufgabe der Familien und der Mitarbeiter/-innen in den Tageseinrichtungen. Die Förderung von Ausländerkindern und die Integration behinderter Kinder bleiben weiterhin dringliche Aufgaben. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule soll den Übergang des Kindes in die Schule erleichtern.“

Die Arbeiterwohlfahrt unterhält insgesamt ca. 1200 Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche (z. B. über 180 Kindertagesstätten, über 260 Kindergärten und über 90 Kinderkrippen, -krabbelstuben und Horte). Ca. 30.000 Kinder besuchen die Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt. Für ca. 3.400 Mitarbeiter/-innen dieser Einrichtungen bemüht sich die Arbeiterwohlfahrt, „die Fachlichkeit der Mitarbeiter/-innen in den Kindertagesstätten u. a. durch Fortbildungsangebote und durch den Einsatz von Fachberater/-innen zentral und auf regionaler Ebene zu unterstützen.“

Die Aufgaben für die Erziehung im Elementarbereich im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt bestehen in

der Planung und Durchführung der zentralen Fortbildung,

Das Medienangebot der Arbeiterwohlfahrt richtet sich an die Mitarbeiter/-innen des Verbandes, um sie über die Arbeit auf dem Laufenden zu halten und die fachliche Kompetenz zu stärken, sowie an die interessierte Fachöffentlichkeit.

Dazu gehört vor allem die Broschüre

„Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt“, beschlossen auf der Bundeskonferenz in Kassel 1987 (gegen Selbstkostenpreis erhältlich)

der Koordination der Arbeit der Fachberater/-innen und deren Fortbildung, der Information der Mitarbeiter/-innen über die Entwicklungen im Elementarbereich und der Mitwirkung bei der Klärung von Grundsatzfragen bzw. der Erarbeitung von Positionen.

Suchtkrankenhilfe

Der Bereich Suchtkrankenhilfe hat in den letzten Jahren parallel zur Entwicklung der Suchtproblematik in der Gesellschaft an Bedeutung gewonnen.

Die Suchtkrankenhilfe der Arbeiterwohlfahrt basiert dabei auf einer ganzheitlichen Sichtweise. Das bedeutet, bei der individuellen Beratungs-, Betreuungs- und Therapiearbeit mit den Betroffenen auch die jeweiligen gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhänge miteinzubeziehen. Die notwendigen Weiterentwicklungen des Versorgungssystems der Suchtkrankenhilfe sollen darauf abzielen, durch veränderte Zugangsvoraussetzungen wie aufsuchende und nachgehende Hilfen, Ausbau der ambulanten und teilstationären Einrichtungen bisher vernachlässigte Personengruppen zu erreichen.

Die Arbeiterwohlfahrt unterhält im Suchtbereich (alte Bundesländer):

37 ambulante Beratungsstellen
23 stationäre Einrichtungen, davon:

2 Fachkliniken für Alkohol- und Medikamentenabhängige, 5 Drogen-Rehabilitations-Einrichtungen, 16 Übergangseinrichtungen bzw. Wohnheime

ca. 40 Selbsthilfegruppen für Suchtkranke.

Träger dieser Einrichtungen ist nicht der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, sondern die Kreis- oder Bezirksverbände.

Dem Sachgebiet Suchtkrankenhilfe des Bundesverbandes kommen dabei folgende Aufgaben zu:

Koordinierung der Arbeit des Verbandes im Suchtbereich
Erarbeitung von fachpolitischen Stellungnahmen
Entwicklung von bedürfnisorientierten Fortbildungsangeboten
Vertretung der Arbeiterwohlfahrt nach außen
Verbesserung und Intensivierung bestimmter Schwerpunktbereiche der Suchtkrankenhilfe, vor allem in der Nachsorge und in der Betreuung deprivierter Alkoholiker
Beratung der Gliederungen und Einrichtungen.

Als Periodika erscheinen bei der Arbeiterwohlfahrt die

Mitgliederzeitschrift „sozialprisma“, die monatlich herauskommt und zu einem geringen Abonnementspreis bezogen werden kann. Sie enthält Informationen über die Verbandsarbeit, bringt aktuelle Meldungen aus dem Sozialbereich und befaßt sich mit gesellschaftlichen Situationen wie „Kinder der Krise sind die Kinder von Arbeitslosen“ oder „Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung“.

– AWO –

Aufgaben und Ziele der Institution

Medienangebote

- AWO -

Medienangebote

die monatliche Fachzeitschrift „Theorie und Praxis der sozialen Arbeit“, die ebenfalls kostenpflichtig ist. In einzelnen Heften finden sich Beiträge zu den Arbeitsbereichen der Arbeiterwohlfahrt, so auch zur Elementarerziehung und aus dem Suchtbereich.

Weitere Publikationen informieren über die Positionen und die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt, so z. B.

- die Broschüre „Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt - Geschichte, Gegenwart, Perspektiven“, in der die politische, konzeptionelle und organisatorische Entwicklung des Kindergartenwesens der Arbeiterwohlfahrt dargestellt wird, die Berichte über die Tagungen der Arbeiterwohlfahrt wie die Bundeskonferenzen, die Sozialpädagogen/-arbeiter tagungen und die Arbeiterwohlfahrt-Fachtagungen (kostenpflichtig),
- die Praxis Hefte und Schriften mit Themen wie z. B. „Probleme und Chancen des Mediums Fernsehen für die kindliche Entwicklung“, „Zusammenarbeit zwischen Familie, Kindergarten und Grundschule“, „Krebskrank, und dann ...“, „Älter werden in Deutschland“, die Arbeitshilfen wie z. B. „Individuelle Betreuung von Schwerstbehinderten“, „Das Selbstkostendeckungsprinzip“ oder „Ambulante ärztliche therapeutische Behandlung alter Menschen“ und Handbücher der Arbeiterwohlfahrt (kostenpflichtig),
- das halbjährliche Fortbildungsprogramm „Zentrale Fortbildung“.

Die einzelnen Sachgebiete geben auch Info-Dienste heraus, so „Kinder- Kindheit-Kindergarten“ und den Info-Dienst Suchtfragen, wo Schwerpunktthemen behandelt werden und ein Informationsaustausch stattfindet.

Die Info-Dienste wenden sich zwar primär an die eigenen Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt, können jedoch auch von anderen Fachinstitutionen oder -personen kostenlos von den Sachgebieten angefordert werden

Die Ergebnisse der Fachtagungen des Verbandes, so z. B. zu suchtspezifischen Fragen (vgl. hierzu unter Serviceleistungen) werden als Dokumentation veröffentlicht. Der Bezug ist kostenpflichtig

Zum Selbstkostenpreis erhältlich ist beispielsweise eine Veröffentlichung zur Frage Arbeiterbewegung und Suchtkrankenhilfe.

Zuständig für alle Anforderungen und weitere Informationen über die Veröffentlichungen der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale Versandstelle des Bundesverbandes. Dort ist auch eine kostenlose Veröffentlichungsliste des Verbandes (mit Preisangaben) erhältlich und Anschriftenlisten der Arbeiterwohlfahrt-Einrichtungen

Lediglich die Info-Dienste und gezielte Einzelveröffentlichungen sind bei den entsprechenden Sachgebieten zu erhalten

Das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt, Berlin, führt Forschungsprojekte u. a. auch zu Fragen aus dem Suchtbereich durch (z. B.: „Drogen und AIDS“). Die entsprechenden Veröffentlichungen (kostenpflichtig) sind direkt beim SPI erhältlich:

Sozialpädagogisches Institut (SPI)
Berlin
Hallesches Ufer 32 - 38
10963 Berlin
Tel.: 0 30/2 59 22 66

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der Arbeiterwohlfahrt enthalten mehrere Schwerpunkte. So veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt Fachtagungen zu Schwerpunktthemen aus verschiedenen Bereichen, so auch Elementarerziehung und Sucht. Eine Teilnahme an diesen Tagungen ist allen Interessierten möglich.

Die Fortbildungsangebote der Arbeiterwohlfahrt wenden sich an:

1. ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen (z. B. Vertreter von Selbsthilfegruppen) und beinhalten Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches, Wissensvermittlung, Selbsterfahrung und Supervision. Eine Teilnahme steht auch Interessierten außerhalb der Arbeiterwohlfahrt offen (kostenverursachend);
2. hauptamtliche Mitarbeiter/-innen und finden in Form von Seminaren, Lehrgängen, Kursen und Arbeitstagungen statt. Auch gibt es Schwerpunktveranstaltungen zu speziellen Themen wie z. B. „HIV/AIDS und Drogenarbeit“ oder „Alkohol am Arbeitsplatz“. Teilnehmer sollten einen direkten Arbeitsbezug zu den jeweiligen Schwerpunkten haben, müssen jedoch nicht der Arbeiterwohlfahrt angehören (kostenverursachend).

Die jeweiligen Termine und sonstigen Daten der o.a. Veranstaltungen sind aus dem Fortbildungsprogramm „Zentrale Fortbildung“ der Gruppe „Zentrales Fortbildungswerk“ ersichtlich oder unmittelbar bei der Arbeiterwohlfahrt zu erfragen

Die Arbeiterwohlfahrt stellt bzw. benennt auf Anfrage Referenten, so auch zu Fragen der Suchtproblematik und der Elementarerziehung.

Das Sachgebiet Suchtkrankenhilfe ist in Einzelfällen in der Lage, im Rahmen von Projekten (beispielsweise von Schulklassen o.ä.) Besuche in bzw. Kooperationsveranstaltungen mit ambulanten, teil- oder vollstationären Suchthilfe-Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt zu vermitteln.

Die jährlich etwa 600 Fortbildungsveranstaltungen an den verschiedenen Fortbildungsstätten der Arbeiterwohlfahrt orientieren sich an den Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt mit folgenden Schwerpunkten:

- Methoden der sozialen Arbeit (z. B. Psychodrama und Beratung; Umgang mit sozial unsicheren Kindern; Leitung und Beratung in Gruppen)
- Organisation/Management/Verwaltung (Rhetorik - Formen des Gesprächs; Management in Sozialorganisationen; Streß und Arbeitsverhalten)
- Jugendhilfe mit
Frühkindliche Erziehung und Erziehung im Elementarbereich (z. B. Sprachentwicklung, Sprachstörungen und Möglichkeiten der Einflußnahme; Was tun Kinder am Nachmittag?),
Außerschulische Jugendbildung (z. B. Mädchenarbeit und Jungenarbeit)
Aktuelle Probleme der Jugendhilfe (z. B. Sexualpädagogik in Kinder- und Jugendheimen; Wertewandel und Beschäftigungsprojekte für benachteiligte Jugendliche)

- Familienbildung/-pädagogik (z. B. Einführung in die Familientherapie; Spielen und Lernen in Eltern-Kind-Gruppen)
- Behindertenhilfe (z. B. Rhythmik, ein pädagogisches Arbeitsprinzip)
- Altenarbeit/Altenhilfe (z. B. Erzählte Lebensgeschichte; Musik – Spiel – Bewegung)
- Gesundheit (z. B. Müttergenesung und Gesundheitsreform; Selbsthilfegruppen in der Suchtarbeit; AIDS in der sozialpädagogischen Arbeit)
- Sozialarbeit für Ausländer (z. B. Beratungskonzepte in der Flüchtlingsarbeit; Sozialberatung für Tunesier und Marokkaner)

– AWO –

Serviceleistungen

Das umfassende Medienangebot des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) mit Informationen und fachlichen Inhalten ist wichtig für soziale Arbeit, daher sollte von der Zentralen Versandstelle des Bundesverbandes die Veröffentlichungsliste angefordert werden.

Empfehlungen

Das umfangreiche Fortbildungsangebot der Arbeiterwohlfahrt bietet den in der Gesundheitserziehung/-förderung Tätigen gute Möglichkeiten zur Fortbildung. Daher wird empfohlen, das Programm „Zentrale Fortbildung“ bei dem Zentralen Fortbildungswerk der Arbeiterwohlfahrt anzufordern.

Für den Bereich Elementarerziehung ist der Kontakt zu den Fachberater/-innen zu empfehlen, die Adressen sind über den Bundesverband bzw. die Bezirks- und Landesverbände erhältlich.

Basierend auf dem Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt, Verbesserungen in der sozialen Arbeit insgesamt zu erreichen, wird der primärpräventive Aspekt gefördert, besonders in der Elementarerziehung und auch im Suchtbereich. Die Arbeiterwohlfahrt kann daher über die angeführten Publikationen hinaus insbesondere Medien anbieten, die zwar krankheits- bzw. suchtspezifisch sind, jedoch primärpräventiv bedeutsam und geeignet.

Ein kostenloses Verzeichnis der primärpräventiven Medien sowie weitere Informationen hierzu sind bei den Sachgebieten Elementarerziehung und Suchtkrankenhilfe erhältlich.

ARBEITSGEMEINSCHAFT ALLERGIEKRANKES KIND – HILFEN FÜR KINDER MIT ASTHMA, EKZEM ODER HEUSCHNUPFEN – – AAK – e. V.

Adresse Bundesverband
Hauptstraße 29
35745 Herborn

Telefon 0 27 72/92 87-0

Telefax 0 27 72/92 87 48

Die Arbeitsgemeinschaft Allergisches Kind - Hilfen für Kinder mit Asthma, Ekzem oder Heuschnupfen (AAK) e. V. ist ein Zusammenschluß von Eltern allergiekranker Kinder, der 1977 von betroffenen Eltern in Herborn/Hessen gegründet wurde. Die AAK ist ein eingetragener gemeinnütziger und mildtätiger Verein mit ca. 7 000 Mitgliedsfamilien und einigen hundert Förderern.

Es gibt einen Bundesverband, einen Regionalverein und über 200 regionale Arbeitsgemeinschaften. Der Verein finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Bußgelder, Spenden und Zuschüsse.

Ein Hauptanliegen der Arbeitsgemeinschaft ist die Vermittlung von Informationen über Ursachen und vor allem Behandlungsmöglichkeiten der verschiedenen allergischen Erkrankungen. Es ist notwendig, diese Schwerpunkte zu setzen, weil es bis heute kein Patentrezept gegen Allergien gibt. Wohl aber gibt es viel Wissenswertes über die Krankheit, das den täglichen Umgang mit ihr erleichtert. Erfahrungsberichte von Eltern über Behandlungswege und -„umwege“ werden daher gesammelt und anderen Betroffenen zugänglich gemacht. Außerdem besteht eine ständige Zusammenarbeit mit zahlreichen Ärzten und Therapeuten sowie unserem erfahrenen medizinisch-wissenschaftlichen Beirat zur Verbesserung der therapeutischen Situation der Kinder.

Der wissenschaftliche Beirat unterstützt die Tätigkeit der AAK. So wird gewährleistet, daß sich unser Beratungs- und Informationsdienst am jeweils fortgeschrittensten Stand medizinischer, psychologischer und sozialer Einsichten und Kenntnisse bewegt.

Eine weitere Aufgabe sieht die Arbeitsgemeinschaft in der „Außenvertretung“ der Betroffenen, um bei den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft das notwendige Problembewußtsein zu entwickeln. Dadurch soll eine optimale Betreuung der allergiekranken Kinder in allen sozialen Teilbereichen, vor allem im Gesundheitswesen, bei Klimabehandlungen, im Kindergarten und in der Schule gewährleistet werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

– AAK –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

**Arbeitsschwerpunkte
Bundesweit:**

Informationsschriften über Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten von allergischen Erkrankungen im Kindesalter.
Hilfestellung bei der Suche nach geeigneten Behandlungsmöglichkeiten
Anleitung zu unterstützenden Therapiemaßnahmen wie z. B. Wasseranwendungen, Wohnungsanierung, Ernährungsformen, Saunabäder u. a. m.
Aktivitäten zur Verbesserung der Umweltsituation
Kontakte zu Politikern, Ministerien und bundesweiten Institutionen
Berichte von Eltern über Erfahrungen mit verschiedenen Heilmethoden.
Medizinische Beratung durch unseren medizinisch-wissenschaftlichen Beirat
– Seminare für Eltern, Kinder und Jugendliche.
Telefonberatung.

In den Regionalgruppen:

Gespräche und umfassender Erfahrungsaustausch für die Eltern
– Telefongespräche.
Vorträge von Fachreferenten Ärzten, Psychologen, Pädagogen, Ernährungsberatern, Krankengymnasten
– Kurse für die betroffenen Kinder, z. B. Atemübungen, Sport, Autogenes Training, Spielgruppen.

Medienangebote

Für betroffene Eltern, Ärzte, medizinisches Fachpersonal und an der Problematik Interessierte steht *umfangreiches* Informationsmaterial zur Verfügung, so u. a. das „ABC der Ernährung“ ein 200 Seiten umfassendes Loseblattwerk, welches verständlich und überschaubar aktuelle Erkenntnisse der Allergie- und Ernährungsforschung darstellt, und die Reihe „Eltern für Eltern“, die sich mit Diagnose-, Vorsorge- und Therapiemöglichkeiten beschäftigt.

Die Broschüre „Sozial- und steuerrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Allergien“ gibt Auskunft zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit Allergien.

Seit 1985 befaßt sich auch ein besonderes *Projekt* der AAK intensiv mit allen Aspekten der *Berufs- und Studienwahl* und den Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen allergiekranker junger Menschen.

Hierdurch erhalten Betroffene individuelle Hilfen und beruflich mit der Problematik befaßte Personen wie z. B. Lehrer, Ausbilder oder Berufsberater und die beteiligten Institutionen notwendige Informationen und fachliche Beratungen. Im Rahmen dieses Projektes hat die AAK auch verschiedene Veröffentlichungen für unterschiedliche Zielgruppen herausgegeben und es werden regelmäßig Bundes-Fachgespräche mit Experten durchgeführt. 1992 wurde die AAK vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und vom Bundesinstitut für Berufsbildung beauftragt, in einem Bundes-Modellversuch einen Weiterbildungsbaustein für Fachkräfte der Beruflichen Bildung aus Metallberufen zur Problematik „Allergie und Berufsausbildung“ zu entwickeln und zu erproben. Es ist u. E. erstmalig in Deutschland, daß solch ein Baustein für eine auch beruflich bedingte Krankheit entwickelt wurde und somit einen konkreten Beitrag zum präventiven Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt leistet.

Serviceleistungen

Das Büro der AAK in Herborn dient als zentrale Kontakt- und Informationsstelle für rat- und hilfeschende Eltern von allergiekranken Kindern aus dem gesamten Bundesgebiet. Es findet wochentags eine Telefonberatung zu allen Fragen, die im Zusammenhang mit allergischen Erkrankungen stehen, statt, so z. B. zu „Sozial- und steuerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Allergien“ und zur „Ernährung“.

Die zur Zeit über 200 Regional-AAKs führen vor Ort Gesprächskreise durch, die den unmittelbaren Erfahrungsaustausch der Eltern ermöglichen. Sie

veranstalten Seminare und laden Experten zu Vorträgen ein

Die AAK führt regelmäßig einen „Jugend-Info-Treff“ in Herborn durch, wo ein Erfahrungsaustausch mit anderen jungen Menschen erfolgen kann und durch ein gemeinsames fachliches Gespräch mit Experten viele Informationen zu Themen wie z. B. Ernährung, Berufs- und Studienwahl, Kleidung, Ärzte, Sport, Sozialversicherungen, Medikamente, Kuren, Verhältnis zu Eltern, Geschwistern und Freundeskreis, Umweltbelastungen etc. gegeben werden

Empfehlungen

Die AAK ist eine wichtige Anlaufstelle für Eltern von Kindern, die an Haut- und/oder Bronchialerkrankungen und allergischen Erkrankungen leiden. Nicht Halbwissen, sondern Wissen der Eltern und Bezugspersonen ist notwendig. Die AAK ist eine wichtige Anlaufstelle für Personen, die örtliche Elternselbsthilfegruppen suchen oder gründen wollen.

Für Interessenten ist die Anforderung der Liste aller Informationsmaterialien bei der Bundesgeschäftsstelle unbedingt zu empfehlen.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER VERBRAUCHER- VERBÄNDE e.V.

- AgV -

Adresse AgV
Heilsbachstr. 20
53123 Bonn

Telefon 02 28/64 89-0

Telefax 02 28/64 42 58

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) e. V., 1953 gegründet, ist der Dachverband von 38 verbraucher- und sozialpolitisch orientierten Mitgliedsverbänden dazu gehören auch die 16 Verbraucher-Zentralen der Bundesländer. In ihrem Auftrag setzt sich die AgV als Dachverband für die Interessen der Verbraucher ein und unterstützt die Tätigkeit der verbraucherberatenden Mitgliedsorganisationen. Die AgV versteht sich als Interessenvertreter, Ratgeber und Anwalt des Verbrauchers.

Die AgV wird zu 83 % aus Mitteln des Bundes und zu 17 % aus Zuwendungen der Träger und Einnahmen aus Veröffentlichungen finanziert.

Um einen möglichst effektiven Verbraucherschutz - beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Umweltschutz, Bauen und Wohnen, Wettbewerb, Werbung oder Finanzdienstleistungen - zu erreichen, wirkt die AgV in vielen Gremien der Politik und Wirtschaft mit, pflegt engen Kontakt zu Mitgliedern des Parlaments und erarbeitet Vorschläge und Stellungnahmen zu Gesetzesinitiativen. Diese Aktivitäten erstrecken sich auch auf die europäische Ebene. Die AgV ist Mitglied im europäischen Verbraucherverband (Bureau Européen des Unions de Consommateurs, BEUC) und in der International Organization of Consumers Union (IOCU). Die AgV artikuliert Verbraucherinteressen durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.

Verbraucherschutz bedeutet auch eine anbieterunabhängige Aufklärung, Information und Beratung für jeden Bürger, zum Beispiel zu Fragen des rechtlichen oder des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Die AgV liefert für die Verbraucher-Zentralen und ihre Beratungsstellen ein vielfältiges Informations- und Beratungsmaterial für die Ratsuchenden.

Aufgaben und Ziele der Institution

- AgV -

Medienangebote

Die AgV verfügt über eine Bestelliste, die alle Broschüren und Merkblätter, die sie teilweise gemeinsam mit den Verbraucher-Zentralen herausgibt, aufführt. Die Publikationsliste kann bei obiger Adresse angefordert werden.

Die AgV gibt wöchentlich die „Verbraucherpolitische Korrespondenz“ heraus, deren Kommentare, Stellungnahmen und Informationen von Presse, Funk und Fernsehen aufgegriffen und verbreitet werden.

An interessierte Verbraucher sowie Multiplikatoren in Schulen und Beratungsinstitutionen richtet sich die

monatlich erscheinende „Verbraucher Rundschau“ Sie bietet Hintergrundinformationen für Beratungsaufgaben, kann aber auch themenspezifisch zur Direktinformation des ratsuchenden Bürgers eingesetzt werden.

Die AgV und die Verbraucher-Zentralen informieren die Verbraucher mit Broschüren und Merkblättern über Fragen, die die Verbraucher interessieren: z. B. Verbraucherrecht, gesundheitlicher Verbraucherschutz, Ernährung, Umweltschutz, Energiesparen oder Hilfestellung bei Kauf, Kredit oder Versicherungen.

Serviceleistungen

Die AgV als Dachverband bietet über ihre Publikationen hinaus keine Serviceleistungen für Einzelverbraucher an. Verbraucherberatung erfolgt hauptsächlich in den rund 300 Beratungsstellen der Verbraucher-Zentralen. Jährlich werden rund vier Millionen Anfragen bearbeitet durch Einzel- und Gruppengespräche, telefonische Beratung, Vortragsveranstaltungen, außergerichtliche Rechtsberatung oder durch Anstrengung und Führen von Musterprozessen. Beratungsthemen: Rechts- und Reklamations-, Ernährungs-, Energiespar-, Produkt- und Einkaufs-, Kredit- und Versicherungs-, Schuldner- sowie Umweltberatung. Die Verbraucher-Zentralen Berlin und Hamburg bieten eine Patientenberatung an.

Die Verbraucher-Zentralen Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen verfügen über Referentendienstleistungen.

Das Verbraucherinstitut (Reichpietschufer 74-76, 10785 Berlin), 1978 von der Stiftung Warentest und den Verbraucher-Zentralen gegründet, unterstützt die Verbraucherarbeit durch Konzepte und Materialien zur Verbraucherberatung, -information und -bildung. Es bietet Fortbildungsmaßnahmen für die Aus- und Weiterbildung von Beratungskräften und ausgewählten Multiplikatorengruppen.

Empfehlungen

Im einzelnen sind zu empfehlen:

- die „Verbraucherpolitische Korrespondenz“ (nur für Medien kostenfrei),
- die „Verbraucher Rundschau“ (kostenpflichtig),
- die Broschüren (kostenpflichtig),

- die Merkblätter (gegen Übernahme von Versand- und Portokosten),
- die Publikationsliste,
- Kontakte zur örtlichen Verbraucherberatungsstelle.

Adressen der Landesverbraucher-Zentralen

- | | |
|---|--|
| Verbraucher-Zentrale Baden-Württemberg e. V.
Paulinenstraße 47
70178 Stuttgart
Tel.: 07 11/66 91-0
Fax: 07 11/66 91 50 | Verbraucher-Zentrale des Landes Bremen e. V.
Obernstraße 38/42
28195 Bremen
Tel.: 04 21/32 08 34
Fax: 04 21/32 08 70 |
| Verbraucher-Zentrale Bayern e. V.
Mozartstraße 9
80336 München
Tel.: 0 89/53 98 70
Fax: 0 89/53 75 53 | Verbraucher-Zentrale Hamburg e. V.
Große Bleichen 23
20354 Hamburg
Tel.: 0 40/35 00 14 85
Fax: 0 40/34 11 16 |
| Verbraucher-Zentrale Berlin e. V.
Bayreuther Straße 40
10787 Berlin
Tel.: 0 30/2 19 07 0
Fax: 0 30/2 11 72 01 | Verbraucher-Zentrale Hessen e. V.
Berliner Straße 27
60311 Frankfurt/M.
Tel.: 0 69/28 07 01
Fax: 0 69/28 60 78 |
| Verbraucher-Zentrale Brandenburg e. V.
Hegelallee 6 8/Haus 9
14467 Potsdam
Tel.: 03 31/2 89 33 33
Fax: 03 31/2 89 33 38 | Verbraucher-Zentrale Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Strandstraße 98
18055 Rostock
Tel.: 03 81/3 12 85
Fax: 03 81/3 12 86 |

- | | |
|--|---|
| Verbraucher-Zentrale Niedersachsen e. V.
Herrenstraße 14
30159 Hannover
Tel.: 05 11/9 11 96-0
Fax: 05 11/9 11 96 10 | Verbraucher-Zentrale Sachsen e. V.
Bernhardstraße 7
04315 Leipzig
Tel.: 03 41/6 89 30 41
Fax: 03 41/6 89 25 26 |
| Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen e. V.
Mintropstraße 27
40215 Düsseldorf
Tel.: 02 11/36 09-0
Fax: 02 11/3 60 91 72 | Verbraucher-Zentrale Sachsen-Anhalt e. V.
Am Steintor 14/15
06112 Halle
Tel.: 03 45/5 00 83-16
Fax: 03 45/5 00 83-25 |
| Verbraucher-Zentrale Rheinland-Pfalz e. V.
Große Langgasse 16
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31/28 48-0
Fax: 0 61 31/28 48 25 | Verbraucher-Zentrale Schleswig-Holstein e. V.
Bergstraße 24
24103 Kiel
Tel.: 0 4 31/5 12 88
Fax: 04 31/55 35 09 |
| Verbraucher-Zentrale des Saarlandes e. V.
Hohenzollernstraße 11
66117 Saarbrücken
Tel.: 06 81/5 20 49
Fax: 06 81/5 15 83 | Verbraucher-Zentrale Thüringen e. V.
Wilhelm-Külz-Straße 26
99084 Erfurt
Tel.: 03 61/6 46 13 12
Fax: 03 61/6 46 13 90 |

ARBEITSGEMEINSCHAFT FREIER STILLGRUPPEN BUNDESVERBAND e. V.

– AFS –

Adresse Postfach 1112
76141 Karlsruhe

Telefon 0 93 31/33 94

Telefax 0 93 31/2 05 85

Die Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen entstand am 16. 3. 1980, ursprünglich ein eher loser Zusammenschluß von damals 45 Stillgruppen. In den vorangegangenen Jahren und Jahrzehnten war Stillen mehr und mehr aus der Mode gekommen, Flaschennahrung war üblich. Früher selbstverständliches Wissen war in Vergessenheit geraten. Um dieses Informationsdefizit abzubauen, haben sich interessierte Eltern in Stillgruppen engagiert.

Am 15. 11. 1988 erfolgte die Vereinsgründung. Die AFS hatte zu diesem Zeitpunkt 416 Mitglieder, und 360 Stillgruppen hatten sich ihr angeschlossen. 1993 hat die AFS mehr als 1.500 Mitglieder, und es gibt 800 Stillgruppen.

Die Aufgabe der AFS ist die Förderung des Stillens und der Muttermilchernährung. Der Verein hat das Ziel, das Stillen zu schützen und zu fördern. Er will zur Anerkennung und Verbreitung der wissenschaftlich nachgewiesenen Einmaligkeit des Stillens für die körperliche und seelische Gesundheit von Mutter und Kind beitragen. Langfristig will die AFS sichern, daß Stillen wieder zur Selbstverständlichkeit wird, damit alle Frauen, die stillen wollen, auch stillen können. Die AFS finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die anfallende Arbeit wird von den Mitgliedern ehrenamtlich geleistet.

Die AFS arbeitet mit Unicef zusammen, sie unterstützt die Umsetzung der Initiative Babyfreundliches Krankenhaus in Deutschland. Die AFS unterhält weltweite Kontakte zu Schwesterorganisationen in anderen Ländern.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die AFS hat für Eltern und Krankenhäuser das Faltblatt „Wollen Sie Ihr Kind stillen?“ und eine Broschürenreihe entwickelt.

Folgende Broschüren wurden von der AFS erstellt (werden gegen Porto und Druckkosten versandt), z. B.:

- Stillen
Ernährungsratgeber für Stillende
- Erste Beikost für gestillte Kinder,
- Das Stillen von Zwillingen
- Kaiserschnitt und Stillen
- Abstillen

Medienangebote

– AFS –

Medienangebote

- Die Stillgruppe Gründung und Organisation
- Das Stillen von Frühgeborenen
 - Schmerzhaftes Erkrankungen der Brust
 - Das Stillen und die Stillgruppe
 - Malbuch

Außerdem wird über den jährlichen Bundeskongreß eine ausführliche Dokumentation erstellt (kostenpflichtig).

Speziell für Medizinisches Personal gibt die AFS das Fachbuch „Stillen und Stillprobleme“ heraus, es ist über die AFS und den Buchhandel erhältlich.

Monatlich erscheint der Rundbrief (kostenpflichtig), in dem wichtige Erkenntnisse zum Stillen, Informationen zu Schwerpunktthemen und Erfahrungsberichte veröffentlicht werden. Zweimal im Jahr erscheint kostenlos für die Mitglieder „AFS AKTUELL“ mit den Vereinsnachrichten.

Serviceleistungen

Die örtlichen Stillgruppen bieten regelmäßige Treffen, Telefonberatung, Krankenhausberatung sowie Vorträge bei Volkshochschulen und Säuglingspflegekursen an. Außerdem finden Bundestreffen sowie Landes- und Regionaltreffen statt.

Ärztinnen, Apothekerinnen, Krankenschwestern und Hebammen in der AFS haben sich zum Medizinischen Arbeitskreis zusammengeschlossen, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Stillen auszuwerten und den Stillgruppen zugänglich zu machen. Dieser Arbeitskreis ist außerdem Ansprechpartner bei medizinischen Fragen und stellt Referentinnen. Die Apothekerinnen der AFS im „AK Medikamente und Muttermilch“ beraten

bei Fragen zu Medikamenten. In der Kartei „Stillen in besonderen Situationen“ werden Adressen und Erfahrungsberichte von Frauen gesammelt, die z. B. Zwillinge, behinderte Kinder oder nach Brustoperationen gestillt haben, um anderen betroffenen Frauen weiterzuhelfen.

Die AFS hat in Hessen und in Baden-Württemberg Regionalverbände gegründet, weitere sollen folgen. Die anderen Bundesländer haben eine Bundeslandbetreuerin, die neue Mitglieder begrüßt, Anfragen beantwortet, über die Aktivitäten im Bundesland informiert, jährlich eine Liste der Stillgruppen erstellt und diese Adressen weitergibt.

Empfehlungen

Über die AFS können die Broschüren, der Rundbrief und das Fachbuch „Stillen und Stillprobleme“ bezogen werden. Sie vermittelt auch die Kontaktadressen der Arbeitskreise und der Bundeslandbetreuerinnen.

Für interessierte Krankenhäuser gibt es ein Infopaket, das Stillposter, wichtige Broschüren, Faltblätter und speziell für Krankenhäuser ausgearbeitete Informationsschriften und Pflegestandards enthält.

Der Medizinische Arbeitskreis und der Arbeitskreis Medikamente und Muttermilch stehen bei Nachfragen und Vorträgen zur Verfügung.

Sie sind auch bereit, zu gewünschten Themen Artikel zu verfassen.

Auf Anfrage organisiert die AFS Informationsstände auf Messen und medizinischen Kongressen.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR JUGENDHILFE

– AGJ –

Adresse Haager Weg 44
53127 Bonn

Ansprechpartner Herr P. Marquard
(Geschäftsführer)
Herr P. Klausch
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon 02 28/9 10 24-0 (Zentrale)

Telefax 02 28/9 10 24 66

Die AGJ ist ein Zusammenschluß der bundeszentralen Jugendverbände, der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, zentraler Fachorganisationen, der obersten Jugendbehörden der Länder (Ministerien) und der Landesjugendämter, die in der Verwaltung und den Praxisfeldern der Jugendhilfe überregional wirken und/oder deren Arbeit für die Jugendhilfe von bundesweiter Bedeutung ist. Sie hat insgesamt über 80 Mitglieder.

Die AGJ wurde im Mai 1949 unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge (AGJJ) gegründet. Im September 1971 erhielt sie im Zuge einer Satzungsänderung, mit der auch ihre organisatorische Struktur reformiert wurde, ihren heutigen Namen. Mit ihrem neuen Namen dokumentiert die AGJ, daß sie die verschiedenen Praxisfelder der Jugendhilfe als eine Einheit im Gesamtbereich von Erziehung und Bildung versteht.

Die AGJ versteht sich als Lobby gegenüber der Legislative und der Exekutive. Sie bietet eine Plattform für das Fachgespräch, für die Kooperation ihrer Mitglieder und für die Vertretung gemeinsamer Interessen für den Bereich der Jugendhilfe. Partnerschaft und Pluralität sind dabei die Grundlage eines solchen Zusammenschlusses.

Der Erfolg der AGJ ist davon abhängig, wie gut sie als Arbeitsgemeinschaft die Anliegen und Kompetenzen ihrer Mitglieder in sich aufnehmen und diese für eine freiwillige Mitarbeit motivieren kann.

Laut Satzung hat die AGJ folgende Aufgaben:

- Darstellung der Meinungen der Mitglieder durch Dokumentation, Erarbeitung und Abgabe von Empfehlungen und Gutachten,
- Förderung fachlicher Information, Diskussion und Zusammenarbeit unter den Mitgliedern,
- Veranstaltung des Deutschen Jugendhilfetages, Mitwirkung bei Fragen der Bildungsplanung,
- Förderung der fachlichen Bildung der Mitarbeiter/innen in der Jugendhilfe,
- Zusammenarbeit mit in- und ausländischen sowie internationalen Fachorganisationen der Jugendhilfe, Anregungen für die Jugendforschung,
- Vergabe des Deutschen Jugendhilfepreises Hermine-Albers-Preis zur Förderung der Jugendhilfe.

Aufgaben und Ziele der Institution

Ihre Aufgaben erfüllt die AGJ auf verschiedenen Ebenen:

Gegenüber dem Gesetzgeber bezieht die AGJ Position durch Stellungnahmen, Empfehlungen und Gutachten; dafür werden die fachlichen Erkenntnisse der Mitglieder zusammengetragen und ausgewertet. So hat die AGJ auf die Gesetzgebung im Bereich des Jugend- und Familienrechts oft maßgeblichen Einfluß nehmen können.

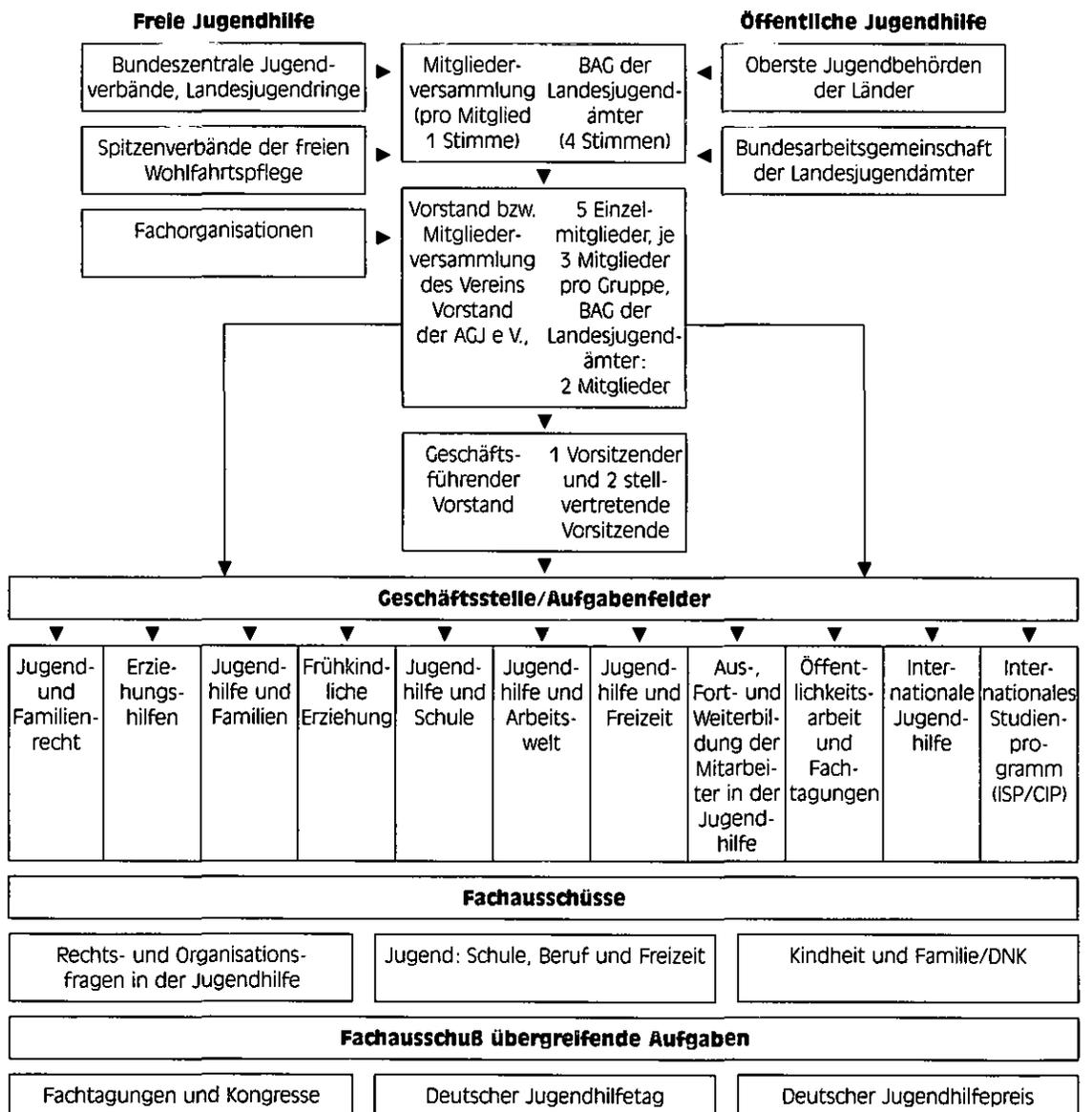
Mit Empfehlungen und Vorschlägen zur Arbeit in der Jugendhilfe und Veranstaltungen unterschiedlicher Art (siehe Serviceleistungen) bemüht sich die AGJ ständig um die Verbesserung der Praxisbedingungen in der Jugendhilfe.

Zu ausgewählten Aufgabenfeldern der Jugendhilfe richtet die AGJ Fachausschüsse ein, die nach den Vorschlägen der Mitglieder besetzt werden und im Auftrag des Vorstandes arbeiten. Zur Zeit bestehen folgende Fachausschüsse:

- Rechts- und Organisationsfragen in der Jugendhilfe, Kindheit und Familie/DNK,
- Jugend: Schule, Beruf und Freizeit.

Weiterhin unterstützen Kommissionen und Ad-hoc-Ausschüsse zu aktuellen Frage- und Problemstellungen in der Jugendhilfe die Arbeit der AGJ. Die AGJ wird institutionell durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend gefördert.

Organisationsschema der AGJ



Mit ihren Publikationen will die AGJ ihre Positionen bekanntmachen und über ihre Aktivitäten informieren. Adressaten sind Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe, Vertreter/innen der Politik und der Presse.

Für Mitarbeiter/innen der Institutionen und Verbände in der Jugendhilfe stellt die AGJ vielfältiges Informationsmaterial zur Verfügung.

Als Periodikum erscheint die Zeitschrift „Forum Jugendhilfe/AGJ-Mitteilungen“ viermal jährlich und ist im Abonnement zu beziehen. „Forum Jugendhilfe“ enthält Informationen über die Arbeit der AGJ, Beiträge und

Berichte zu verschiedenen Themen der Jugendhilfe und über Veranstaltungen sowie Stellungnahmen zu aktuellen Fragen und Vorhaben wie z. B. Gesetzesreformen

Mit den Tagungsdokumentationen „AGJ-Gespräche“ stellt die AGJ Referate und Diskussionen der von ihr durchgeführten Veranstaltungsreihe zur Verfügung.

In weiteren Publikationen dokumentiert die AGJ die von ihr durchgeführten Fachtagungen, Jugendhilfetage sowie die mit dem Deutschen Jugendhilfepreis – Hermine-Albers-Preis – ausgezeichneten Arbeiten. Positionspapiere, Stellungnahmen und Empfehlungen der AGJ werden in geeigneter Weise veröffentlicht.

– AGJ –

Medienangebote

Die AGJ veranstaltet Fachtagungen und Kongresse, sowohl für kleinere Expertenkreise als auch für breite Kreise der Fachöffentlichkeit

Mit dem jährlich stattfindenden AGJ-Gespräch wurde eine Veranstaltungsreihe etabliert, deren Zielsetzung es ist, aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen aufzugreifen und nach ihrer Bedeutung für die Jugendhilfepraxis zu fragen. Dabei ist in erster Linie an zentrale wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungen gedacht, die „außerhalb“ der Jugendhilfe entstehen, deren Fragen jedoch die praktische Arbeit der Jugendhilfe erheblich tangieren.

Alle zwei Jahre schreibt die AGJ den „Deutschen Jugendhilfepreis“ – Hermine-Albers-Preis – zu einem aktuellen Thema aus dem Bereich der Jugendhilfe aus. Hierdurch sollen Praxisansätze gefördert und Praxiserfahrungen vermittelt werden. Die ausgezeichneten Arbeiten werden von der AGJ publiziert. Stifter des Preises sind die Bundesländer.

Mit dem alle vier Jahre stattfindenden „Deutschen Jugendhilfetag“ (DJHT) bietet die AGJ ein Forum zur Diskussion und Fortbildung, bei dem sich in der Jugendhilfe engagierte Verbände, Initiativen und Institutionen darstellen und austauschen können.

Serviceleistungen

Im Rahmen des bilateralen Austausches in der Jugendhilfe unterhält die AGJ eine Vielzahl von Fachkontakten mit Partnerorganisationen, vorwiegend aus dem europäischen Ausland.

Die AGJ vertritt als „Deutsches Nationalkomitee für Erziehung im frühen Kindesalter“ den Bereich der frühkindlichen Erziehung in der Jugendhilfe der Bundesrepublik Deutschland in der Weltorganisation für die frühkindliche Erziehung „Organisation Mondiale pour l'Education Préscolaire“ (OMEP).

Im Rahmen der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Jugendfragen (IAGJ) ist die AGJ an regelmäßig stattfindenden Expertengesprächen mit Vertreter/innen der Jugendhilfe aus den Niederlanden, der Schweiz und Österreich beteiligt.

Im Auftrag der Bundesregierung führt die AGJ jährlich zwei internationale Austauschprogramme für Fachkräfte sozialer Berufe durch. Das Internationale Studienprogramm (ISP) gibt ausländischen Fachkräften die Gelegenheit, in einem zweimonatigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland Theorie und Praxis der deutschen Jugendhilfe und sozialen Arbeit kennenzulernen. Das Council of International Programs (CIP) bietet deutschen Fachkräften die Möglichkeit eines mehrmonatigen Studien- und Arbeitsaufenthaltes in den USA.

Internationale Arbeit der AGJ

Für die außerschulische Jugendarbeit ist es wichtig, über die Situation und Entwicklungen im Bereich der Jugendhilfe informiert zu sein.

Es empfiehlt sich daher,

- das Publikationsverzeichnis der AGJ anzufordern,
- das Periodikum „FORUM Jugendhilfe“ zu abonnieren,
- und für daran Interessierte sich in den Verteiler für die Veranstaltungen der AGJ aufnehmen zu lassen.

Empfehlungen

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KREBS- BEKÄMPFUNG DER TRÄGER DER GESETZLICHEN KRANKEN- UND RENTENVERSICHERUNG IM LANDE NORDRHEIN- WESTFALEN

– AfKB –

Adresse	Universitätsstraße 140 44799 Bochum Postfach 10 01 04 44701 Bochum
Ansprechpartner	Geschäftsführer Leitende Ärztin Öffentlichkeitsarbeit Leistungsabteilung Sozialdienst Ernährungsberaterin
Telefon	Geschäftsstelle: 02 34/3 04-89 08 Geschäftsführer: 02 34/3 04-89 00 Ltd. Ärztin: 02 34/3 04-89 34 Öffentlichkeitsarbeit: 02 34/3 04-89 24 Leistungsabtlg.: 02 34/3 04-89 13 bis 89 23 Sozialdienst: 02 34/3 04-89 25 Ernährungsberatung: 02 34/3 04-89 26
Telefax	02 34/3 04-89 29/89 30

Die AfKB wurde 1956 auf Anregung der damaligen Landesregierung gegründet. Sie ist ein Instrumentarium zur Koordination der notwendigen Aufgaben, um Krebskranken eine optimale Nachsorge zu gewährleisten.

Die AfKB ist eine Arbeitsgemeinschaft von Sozialleistungsträgern gem. § 94 SGB X. Ihr Rechtsstatus ist der des nichtrechtsfähigen Vereins (§ 54 BGB). Daraus folgt die Anwendung der Vorschriften über die BGB-Gesellschaft (§§ 705 ff. BGB).

Die Nachsorge bei Krebs im Sinne einer umfassenden Rehabilitation erfordert ein komplexes Zusammenwirken von Krankenhausarzt, niedergelassenem Arzt, Kostenträgern (Krankenkassen und Rentenversicherungsträger) sowie Einrichtungen der Rehabilitation.

Die Finanzierungsmittel für die Durchführung der der AfKB gestellten Aufgaben werden von den Mitgliedern aufgebracht. Die Organe sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte führt der Geschäftsführer.

Aufgaben und Ziele der Institution

<p>- AfKB -</p>	<p>Mitglieder der AfKB sind:</p> <p>LVA Rheinprovinz, LVA Westfalen, Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Bundesknappschaft, AOK-Landesverband Rheinland, AOK-Landesverband Westfalen-Lippe, BKK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, IKK-Landesverband Nordrhein und Rheinland-Pfalz, IKK-Landesverband Westfalen-Lippe, Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V., Verband der Arbeiter-Ersatzkassen e. V., Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft, Westfälische landwirtschaftliche Krankenkasse, Lippische landwirtschaftliche Krankenkasse.</p> <p>Im Mittelpunkt der Aufgaben und Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft steht die Gewährung stationärer Nachbehandlungsmaßnahmen (Kuren) aufgrund der sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche der krebskranken Versicherten und ihrer Angehörigen. Ziel der</p>	<p>Maßnahmen ist es, im Rahmen der Krebsnachsorge, also nach Abschluß der Akutbehandlung, einen bestmöglichen Beitrag zur medizinischen, psychischen und sozialen Rehabilitation des Patienten zu leisten. Dabei wird die Wiedereingliederung des Kranken in Familie, Beruf und Gesellschaft angestrebt. Der Patient wird gestärkt und angeleitet, in ein normales Alltagsleben zurückzufinden und dieses auch mit der Krankheit zu bewältigen.</p> <p>Für die Erreichung dieser Zielsetzung stehen der Arbeitsgemeinschaft in der gesamten Bundesrepublik spezialisierte Nachsorgekliniken zur Verfügung.</p> <p>Aufklärung und Beratung der Allgemeinheit sowie die Förderung von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten sind weitere Aufgaben der AfKB.</p>
<p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>		
<p>Medienangebote</p>	<p>Kostenlos zu beziehende Publikationen der Arbeitsgemeinschaft sind z. B.:</p> <p>Schriftenreihe „Kampf dem Krebs“ Info-Broschüre über Leistungsmöglichkeiten, Antragsverfahren, Anschlußheilbehandlung (AHB) und Nachsorgekliniken</p>	<p>Leistungsbilanz/Geschäftsbericht zu dem jeweiligen Geschäftsjahr Berichte über Fachtagungen: z. B. über „Schwestern und Pfleger in der Onkologie“</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Für Referate über das Leistungsspektrum und zu Fragen aus den Bereichen Sozialarbeit und Ernährung stehen Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung NW zur Verfügung.</p> <p>Die Arbeitsgemeinschaft führt u. a. Fortbildungsveranstaltungen zu folgenden Schwerpunkten durch:</p> <p>Fortbildungsveranstaltung für Schwestern und Pfleger in der Onkologie; Seminare über die Krebsnachsorge im Bereich der Sozialarbeit</p>	<p>Programme zu den Fortbildungen sind kostenlos zu erhalten.</p> <p>Die Arbeitsgemeinschaft pflegt den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Selbsthilfevereinigungen Krebsbetroffener.</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Für alle in der Krebsnachsorge Tätigen ist der Informations- und Beratungsdienst interessant</p> <p>Ansprechpartner sind hier insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit sowie zu speziellen Fragen die Lfd Ärztin, der Sozialdienst und die Ernährungsberaterin</p> <p>Interessierte können sich in den Verteiler für den Versand der Publikationen aufnehmen lassen.</p> <p>Die AfKB ist gemäß Bescheid des Finanzamtes Bochum vom 20. 6. 1984 als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, für Spenden steuerbegünstigte Spendenbescheinigungen auszustellen. Die Spenden werden vornehmlich zur Hilfe für krebskranke Kinder verwendet.</p>	

ARBEITSGEMEINSCHAFT WOHNBERATUNG e. V.

– AGW –

Adresse Colmantstraße 18
53115 Bonn

Ansprechpartner Dipl.-Ing. Rüdiger Drischel

Telefon 02 28/69 46 69

Telefax 02 28/69 46 07

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. (AGW) ist ein Zusammenschluß von Trägern für Wohnberatung. Die Broschüren der Arbeitsgemeinschaft sind geeignete Hilfsmittel für die Gesundheitserziehung, wenn es um die Verdeutlichung von organisatorischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen im Wohnbereich und die damit zusammenhängenden möglichen Gesundheitsbelastungen geht.

*Für den
eifigen Leser*

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. (AGW) wurde 1973 als Zusammenschluß aller Träger von Wohnberatung gegründet. Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung ist gemeinnützig.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Die Hauptaufgabe der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. besteht darin, die Arbeit der Wohnberatungsstellen durch zentrale Maßnahmen zu unterstützen und, soweit dies zweckmäßig ist, diese zu koordinieren. Die AGW gibt eine Vielzahl von laienverständlich geschriebenen Broschüren heraus, die die Beratungstätigkeit unterstützen; sie ist Sammel-, Verteiler- und Koordinationsstelle und sie vertritt die Interessen der Wohnberatung in der Öffentlichkeit.

Die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. erfolgt aus Mitteln des Bundes.

Die erste Wohnberatung in Deutschland wurde 1950 beim Werkbund Mannheim eingerichtet. In Nordrhein-Westfalen wurde die Wohnberatung durch den Verband „Frau und Kultur“ getragen. Das traditionelle Selbstverständnis der Wohnberatung war Aufklärung, Kenntnisvermittlung und Bewußtseinsbildung bezüglich Wohnungswahl, Einrichtungswahl, Umgang mit der Wohnung, Produktverarbeitung, Kaufberatung und Reklamationsberatung.

Zu Beginn der Wohnberatung standen ästhetische und qualitative Aspekte bei der Ausstattung der Wohnung im Vordergrund. Demgegenüber verfolgt die Wohnberatung heute vorrangig das Ziel, den Gebrauchswert der Wohnungen und auch die Wohnbedingungen insgesamt zu verbessern.

- AGW -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Beratung beschränkt sich nicht allein auf Einzelprobleme des Wohnens und der Wohnung, sondern sie bezieht sich vermehrt auf Wechselwirkungen der Einzelbereiche im Gesamtzusammenhang des Wohnens. Leitbild ist dabei ein möglichst ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnnutzung, Energieeinsparung und Haustechnik, Möglichkeiten des Selbermachens sowie Schadstofffreiheit und Wohngesundheit.

Medienangebote

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. gibt Broschüren zu vielen Themen des Wohnens heraus und veröffentlicht Stellungnahmen zu Fragen des Wohnens in der „Verbraucherpolitischen Korrespondenz“, dem Presseorgan der Verbraucherzentralen sowie im „Info-Dienst“, dem internen Nachrichtendienst der Verbraucherzentralen.

Die AGW-Broschüren behandeln u. a. folgende Problemkreise:

Vor- und Nachteile bestimmter Grundrisse
Möglichkeiten grundrißspezifischer Möblierung
Selbstbau von Möbeln und Selbstdurchführung von Reparaturen
Information über technische Bauteile wie Dächer, Fassaden, Fenster, Türen

Anstrichmittel
Einrichtungs-, Wohn- und Lebensgestaltungsfragen junger Haushalte
Wohnen mit Kindern
Wohnen im Alter
Wohnen zur Miete und Wohnungsmarkt

Jährlich legt die Arbeitsgemeinschaft ein bis zwei neue Broschüren zu aktuellen Fragestellungen sowie Aktualisierungen vorhandener Broschüren vor. Ein aktuelles Schriftenverzeichnis kann bei der Arbeitsgemeinschaft selbst oder bei den Verbraucherzentralen bezogen werden. Die Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft können ebenfalls bei dieser selbst oder bei den Verbraucherzentralen gegen Kostenerstattung erworben werden.

Serviceleistungen

Die Wohnberatungen sind in die Verbraucherberatungen der Verbraucherzentralen integriert. Lediglich der Werkbund Bayern verfügt noch über eine unabhängige Wohnberatung.

In der Regel erfolgt die Beratung unentgeltlich. Sie bietet dem Ratsuchenden Entscheidungshilfen an, die auf seine besondere Lage ausgerichtet sind. Zugleich will die Beratung den Beratenen über den jeweiligen Sachverhalt hinaus befähigen, sich später ohne Beratung zweckgerecht verhalten zu können.

Das Angebot der Wohnberatungsstellen umfaßt u a folgende Bereiche:

Einrichtung der Wohnung
Wohnungsnutzung (z. B. Wohnen mit Kindern, Wohnen im Alter)

Haustechnik (z. B. Fenster, Fußböden, Schall- und Wärmedämmung)
Einrichtungsgegenstände, Stoffe und Materialien (z. B. Möbel, Farben, Lacke, Textilien).

Die Wohn- und Energieberatung der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen bietet seit 1989 eine Beratung in Fragen der Bauökologie an, bei der allerdings eine Kostenerstattung obligatorisch ist. Das Beratungsverfahren selbst streut regional. Ein Teil der Wohnberatungsstellen berät durch Telefonauskünfte und schriftliche Auskünfte und Hinweise. Einige Wohnberatungsstellen bieten eine gezielte Einzelberatung an.

Empfehlungen

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. (AGW) berührt mit ihrer Tätigkeit auch solche Bereiche, in denen Zusammenhänge zwischen Wohnen und Gesundheit zwar sehr wohl bestehen, jedoch nicht auf den ersten Blick erkennbar sind.

So kann die Grundrißorganisation sehr wohl Einfluß auf das Erziehungsverhalten der Eltern und damit auf eine gesunde Entwicklung der Kinder nehmen

So kann auch eine unzureichende soziale Regulierung und Subventionierung im Wirtschaftsbereich Wohnungsbau zu finanzieller und emotionaler Überforderung von wirtschaftlich und gesellschaftlich schwächeren Einzelpersonen oder Personengruppen führen. Eine andere mögliche Auswirkung unzureichender

sozialer Regulierung und Subventionierung im Wirtschaftsbereich Wohnungsbau sind Desinvestitionen in die Errichtung oder den Erhalt von Wohnungsbauten mit der möglichen Folge gesellschaftlicher und auch gesundheitlicher Vernachlässigung bzw. Beeinträchtigung der Bewohner solcher Bereiche oder Gebäude. Hinweise und Ratschläge für das Verhalten auf dem Wohnungsmarkt, für die Selbstanfertigung von Möbeln und die Selbstdurchführung von Hausreparaturen stellen Hilfen zumindest für eine Milderung solcher Folgen dar

Für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen können die Broschüren der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. zu Themen wie Wohnen mit Kindern, Wohnen zur Miete und Wohnungsmarkt, Selbst-

anfertigung von Möbeln und Selbstdurchführung von Reparaturen im Rahmen solcher Programme und Maßnahmen genutzt werden, die sich mit den Gesundheitsgesichtspunkten des Wirtschaftsbereiches Wohnungsbau befassen.

Die Gesundheitsfolgen mangelhafter Erhaltungs- und Verbesserungsinvestitionen im Wohnungsbau einerseits und die Gesundheitsfolgen von Selbstüberforderung bei der Eigendurchführung von Wiederherstellungs-, Erneuerungs- und Verschönerungsarbeiten andererseits sind Themen, für die eine ganze Reihe von Broschüren der AGW als Material genutzt werden kann.

Auch andere Bereiche, in denen die bestehenden Zusammenhänge von Wohnen und Gesundheit erst bei genauerer Betrachtung erkennbar sind, werden durch die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. erfaßt.

So kann die zunehmende Differenzierung der generationsspezifischen und die zunehmende Individualisierung der lebenslagespezifischen Wohnbedürfnisse, wenn sie durch den Wohnungsbau, das Wohnungsangebot und den Wohnungsmarkt nicht entsprechend mitvollzogen werden, auch zu einem gesundheitlichen Problem werden. Dies leuchtet ein, wenn man die besonderen Ansprüche an die Wohnung bedenkt, die sich bei Pflegebedürftigkeit von Angehörigen oder aus der Bildschirmheimarbeit ergeben.

Die Broschüren der AGW, die sich auch mit den altersspezifischen Wohnungsbedürfnissen befassen, stellen demnach Hilfsmittel für solche Programme und Maßnahmen der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen dar, die sich mit den gesundheitlichen Anforderungen an das Wohnen infolge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels befassen. Neben dem Problem der Pflegebedürftigkeit ergeben sich auch aus der Langzeitarbeitslosigkeit, aus der Nur-Hausfrauentätigkeit, aus der Arbeitszeitflexibilisierung und aus der Obdachlosigkeit neue gesundheitliche Anforderungen an die Wohnungsversorgung.

Insgesamt kann demnach ein Teil der Materialien der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. (AGW) als gut geeignetes Hilfsmittel für eine erweiterte Darstellung und Behandlung der Zusammenhänge von Wohnen und Gesundheit empfohlen werden.

- AGW -

Empfehlungen

ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES

– KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS –

Adresse	Fritz-Dobisch-Str. 6–8 66111 Saarbrücken
Ansprechpartner	Horst Backes (Hauptgeschäftsführer)
Telefon	06 81/4 00 50
Telefax	06 81/4 00 54 01

Die Arbeitskammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts; sie ist entstanden nach dem 1. Weltkrieg, eine zweite Gründung erfolgte 1951.

Ihre Aufgabe ist nach dem Kammergesetz die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer. Dabei zielt sie u. a. auf menschengerechte Arbeits- und gesunde Lebensbedingungen. Die Arbeitsbereiche erstrecken sich daher von Problemen der Arbeitswelt über Umweltschutz- bis hin zu Steuer- oder Mietrechtsfragen.

Mitglied ist jeder Arbeiter und Angestellte des Saarlandes; die Finanzierung erfolgt über Pflichtbeiträge der Mitglieder, daher besitzt jeder Arbeitnehmer Anspruch auf die Leistungen der Arbeitskammer. Die Vertreterversammlung wählt den Vorstand und den Hauptgeschäftsführer.

Die Kammer besitzt sieben Ausschüsse:

die Ausschüsse für Wirtschaft, Finanzen und Steuern; für Sozialpolitik und Ökologie; für Kulturpolitik und Bildung; für Arbeits- und Sozialrecht, Presse und Information sowie Verwaltung.

Die Tätigkeit der AK umfaßt u. a. folgende Bereiche:

1. Beratung und gutachterliche Tätigkeit u. a. für Gewerkschaften;
2. Information durch Broschüren und Zeitschriften;
3. Seminartätigkeit im Bildungszentrum der Arbeitskammer mit der „Werkstatt für humane Arbeitsgestaltung“ in Kirkel;
4. Lobbyistentätigkeit bei Landtagsanhörungen; Ausschußtätigkeit in Gremien des Landes, beispielsweise in den Beiräten Naturschutz, Müllbeseitigung, Gefahrstoffe;
5. Bericht an die Landesregierung, der jährlich zum Ende des 1. Halbjahres erfolgt, die Sachlage gutachterlich behandelt und Vorschläge zur Lösung der Probleme enthält.

Diese Leistungen stellt die AK Arbeitern und Angestellten, Betriebs- und Personalräten, Arbeitsmedizinern und Sicherheitsfachkräften zur Verfügung.

Die Arbeitskammer kooperiert mit allen Einrichtungen, von denen sie erwartet, daß sie der AK helfen, Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen.

Aufgaben und Ziele der Institution

ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Arbeitskammer ist im sozialen Netz im Bereich des Saarlandes stark eingebunden. Hier kooperiert sie mit den Durchgangärzten, den gesetzlichen Unfallversicherungen, diversen Sicherheitsorganisationen u. a. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit dem Gewerbeaufsichtsamt des Saarlandes, dem staatlichen Gewerbearzt, dem Institut für Arbeitsmedizin der Universität des Saarlandes (Professor Dr. med. A. Buchter, Am Forum 6, 6650 Homburg, Tel. 06841/68200-68201), der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und dem Umweltbundesamt.

Mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst besteht ein Austausch über Fachfragen; eine gemeinsame Mitgliedschaft besteht seit 1987 in der „Arbeitsgemeinschaft zur Intensivierung der Gesundheitserziehung“.

Darüber hinaus bestehen gute Kontakte und Zusammenarbeit zu Einrichtungen der Gesundheitspflege und zum Gesundheitsministerium

Eine weitere Zusammenarbeit mit dem ÖGD könnte die Arbeitskammer sich vorstellen im Bereich Umwelt, wobei die Umwelt auch den Bereich Arbeitswelt umfassen sollte. Hier sollte die Kontrolle verstärkt mit den Gesundheitsaufsehern durchgeführt werden. Die Kammer schlägt vor, die Gesundheitsaufseher in den Umweltalarmplan der Länder mit aufzunehmen, da dies das schnellere Auffinden der Verursacher ermöglicht

Des Weiteren böte sich eine bessere Aufklärung über berufsbedingte Erkrankungen im ÖGD an. Vorzuschlagen wäre eine Untersuchung auf Krankenschein von Arbeitnehmern durch die ÖGD als neutralen Gutachter.

Medienangebote

Die Arbeitskammer des Saarlandes veröffentlicht Informationen für Arbeitnehmer, Betriebs- und Personalräte zur betrieblichen Gesundheitssicherung, zum Arbeitsschutz, zur Humanisierung der Arbeit in einem breiten thematischen Zuschnitt

Die Publikationen sind sowohl für Endverbraucher als auch für Schlüsselpersonen in der Praxis gedacht

Zur Verfügung stehen folgende gedruckte Periodika:

- die Zeitschrift „Arbeitnehmer“; erscheint monatlich mit 32-76 Druckseiten
- die Fachzeitschrift „AK-Beiträge“, die viermal im Jahr erscheint
- die Betriebs- und Personalrätebriefe
- den Kirkeler Bildungskurier (Übersicht über Lehrgänge der Arbeitskammer)

Zu speziellen Themen werden über 30 Broschüren gedruckt, die ständig aktualisiert werden. Für den Bereich Arbeitsschutz, Prävention seien beispielhaft hier aufgeführt:

- „Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften, Vorsorgeuntersuchungen“
- „Schwerbehinderte und ihr Recht“
- „Jugendarbeitsschutzgesetz“
- „Mensch und Arbeitsplatz“ (Arbeitsstättenverordnung)
- „Arbeitssicherheitsgesetz“

„Betriebliche Personalpolitik im Umgang mit gesundheitlich Beeinträchtigten“
„Arbeitsbedingte Erkrankungen und Berufskrankheiten“

Für den Bereich Wirtschaft/Soziales seien beispielhaft erwähnt:

- Wohngeld
- Mietrecht
- Lohnsteuer
- Arbeitslosengeld/-hilfe
- Sozialhilfe

Weiter veröffentlicht die Kammer jährlich

„Daten zur Lage der Arbeitnehmer im Saarland“
„Bericht an die Regierung des Saarlandes zur wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Lage der Arbeitnehmer“
sowie ein „Adreßbuch und Telefonverzeichnis zur Arbeitssicherheit“

Die Periodika und Broschüren besitzen alle eine ISBN-Nummer und werden in Auflagen von 10.000 bis 100.000 Stück gedruckt. Sie sind für Saarländer kostenlos, für Abnehmer aus anderen Bundesländern kosten sie zwischen drei und sieben DM (bei Mengenabnahme sind Rabatte möglich)

Schriftenverzeichnisse und Veröffentlichungslisten sind bei der Arbeitskammer kostenlos erhältlich.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen besitzen für die Arbeitskammer einen hohen Stellenwert. Sie stellt als Dienstleistungen für Arbeitnehmer im Saarland und bundesweit zur Verfügung:

- Gutachten (zu Schadstoffen am Arbeitsplatz usw.)
- Seminare zu Ergonomie und Arbeitsschutz in der „Werkstatt für humane Arbeitsgestaltung“ im Bildungszentrum in Kirkel; Adresse: Am Tannenwald 1, 66549 Kirkel, Tel. 0 68 49/80 11; auch Seminare für fremde Träger (im „Baustein-System“)
- Referenten
- Beratungen
- Betriebsbegehungen
- Arbeitswissenschaftliche Stellungnahmen

Die AK verfügt über eigene Datenbanken auf der Grundlage der Daten der Statistischen Ämter und der Bundesanstalt für Arbeit, die jährlich im „Bericht an die Regierung des Saarlandes“ als Anlage zum Jahresbericht „Daten zur Lage der Arbeitnehmer im Saarland“ veröffentlicht werden. Sie hat Anschluß an das System „JURIS“; ein Anschluß an Stoffdatenbanken über gefährliche Arbeitsstoffe ist eingerichtet

Die Arbeitskammer ist erreichbar über

Postfach 10 02 53
66002 Saarbrücken
Tel.: 06 81/4 00 50
Fax: 06 81/40 05-4 01

Empfehlenswert sind u. a. die Publikationen der Arbeitskammer und darunter wiederum die Broschüren, die in prägnanter Form und kompetenter Zuspitzung aktuelle Probleme aufbereiten, sowie die Zeitschrift „Arbeitnehmer“.

Damit zusammen hängt auch eine vorzügliche Bildungsarbeit, v. a. Seminare zu Ergonomie und Arbeitsschutz in der „Werkstatt für humane Arbeitsgestaltung“ im Bildungszentrum in Kirkel.

**ARBEITSKAMMER
DES
SAARLANDES**

Empfehlungen

ARBEITSKREIS DER PANKREAT- EKTOMIERTEN e.V. – BAUCHSPEICHEL- DRÜSENOPERIERTE – – AdP –

Adresse	Zentrale Beratungsstelle Krefelder Straße 52 41539 Dormagen
Ansprechpartner	Wolfgang Heyden (Vorsitzender)
Telefon	Zentrale Beratungsstelle 0 21 33/4 23 29
Telefax	0 21 33/4 26 91

Der Arbeitskreis der Pankreatektomierten e.V. ist eine Vereinigung von Betroffenen, denen die Bauchspeicheldrüse ganz oder teilweise entfernt wurde. Durch diese Operation haben sie erhebliche gesundheitliche Probleme.

Der Arbeitskreis der Pankreatektomierten e.V. (AdP) wurde 1976 in Heidelberg unter dem Motto „Hilfe durch Selbsthilfe“ von Patienten und Ärzten gegründet. Er finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse und Spenden. Zweck des AdP ist die Förderung der Gesundheit und Rehabilitation von Patienten nach Operation an der Bauchspeicheldrüse, bei der gewöhnlich $\frac{3}{4}$ des Magens, der Zwölffingerdarm, die Gallenblase und die Milz mitentfernt werden. Zu den Operationsursachen gehören: Entzündungen, Zysten, gut- oder bösartige Tumoren u. a.

Durch den großen chirurgischen Eingriff haben die Betroffenen vielfältige postoperative Probleme zu bewältigen, insbesondere Diabetes mellitus, Ernährungs- und Verdauungsstörungen, Nachfolgeerkrankungen und psychosoziale Probleme.

Programm des Arbeitskreises:

Informationstreffen

Auf regelmäßigen bundesweiten Informationstreffen haben Betroffene und Angehörige Gelegenheit, sich über alle Fragen der Pankreatektomie einschließlich der Lebensbewältigung zu informieren. Geboten werden Referate, Diskussionen, Gruppengespräche, Einzelberatungen. Hier finden sich Gleichbetroffene auch zum Erfahrungsaustausch zusammen.

Handbuch für Pankreatektomierte

Diese Loseblattsammlung gibt die mehr als vierzehnjährige Erfahrung des AdP im medizinischen, diätetischen und psychosozialen Bereich wieder.

Kontaktstellen

Kontaktstellen werden in allen Bundesländern für die Betreuung der Mitglieder vor Ort und als regionale AdP-Ansprechstellen eingerichtet

Aufgaben und Ziele der Institution

<p>- AdP -</p>	<p>Beratung im Sozialrecht (SchwbG, RVO)</p> <p>Über die zentrale Beratungsstelle können entsprechende Experten angesprochen werden.</p> <p>Information bei Krebserkrankung</p> <p>Für Betroffene mit Krebserkrankung der Bauchspeicheldrüse gibt der AdP Informationsmaterial heraus, unter anderem Hinweise auf ärztliche Nachbehandlungsmöglichkeiten.</p> <p>Er ist bemüht, Betroffenen durch menschliche Zuwendung zu helfen.</p> <p>Wissenschaftlicher Beirat</p> <p>Neben der internen und wissenschaftlichen Unterstützung stehen alle Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für die Mitglieder des Arbeitskreises zu Auskünften bereit.</p>	<p>Zentrale Beratungsstelle</p> <p>Die zentrale Beratungsstelle führt alle planungstechnischen Aufgaben und Verwaltungsarbeiten aus. Sie ist Ansprechpartner für alle Betroffenen. Wenn es erforderlich ist, werden die Fragen an die entsprechenden Gremien weitergeleitet.</p> <p>Zusammenarbeit mit anderen Organisationen</p> <p>Der AdP ist Mitglied im „Deutschen Diabetiker-Bund e.V.“ und im „Paritätischen Wohlfahrtsverband-Gesamtverband e.V.“ Er wird durch die „Deutsche Krebshilfe e.V.“ unterstützt.</p> <p>Die Bauchspeicheldrüsenoperierten verdanken einerseits dem medizinisch-technischen Fortschritt ihre Genesung, andererseits empfinden sie den Wunsch nach Anteilnahme, nach Mitgefühl und Verstehen, besonders nach der Operation oder bei Rückschlägen im Gesundheitszustand. Gespräche mit Gleichbetroffenen sind hierbei ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Bewältigung der Krankheit.</p>
	<p>Medienangebote</p>	<p>Beispielhaft seien genannt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Faltblatt „Sind Sie an der Bauchspeicheldrüse operiert?“ <ul style="list-style-type: none"> - welche Probleme entstehen nach der Operation? 2. Faltblätter als Reihe „... ohne Bauchspeicheldrüse leben?“ <ul style="list-style-type: none"> - Ratschläge für Pankreatektomierte Leben mit Krebs Leben nach der Bauchspeicheldrüsenoperation <p>Diese Faltblätter sind Kurzinformationen für Betroffene, deren Angehörige und andere interessierte Laien.</p> <p>Sie sind gut geeignet zur Auslage, z. B. in Krankenhäusern, Gesundheitsämtern und Arztpraxen</p> <p>Sie sind kostenlos bei der zentralen Beratungsstelle erhältlich.</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Die Kontaktstellen in allen Bundesländern sind Ansprechpartner vor Ort für Betroffene. Die Leiter dieser Kontaktstellen werden von der zentralen Beratungsstelle in Seminaren geschult</p> <p>In regelmäßigen bundesweiten Informationstreffen finden Informationsvermittlung und Austausch unter Betroffenen statt.</p>	<p>Der Zeitpunkt des Informationstreffens kann in der zentralen Beratungsstelle erfragt werden.</p> <p>Außerdem können über die zentrale Beratungsstelle Referenten vermittelt werden. Diese gehören dem Vorstand an oder dem Wissenschaftlichen Beirat, der aus Ärzten, Diätassistentinnen und Psychotherapeuten besteht</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Der Arbeitskreis der Pankreatektomierten ist eine Selbsthilfeorganisation, in der Betroffene gegenseitig Unterstützung und Informationen finden können.</p> <p>Die zentrale Beratungsstelle informiert auf Anfrage über sozialrechtliche Fragen. Besonders zu empfehlen ist für Betroffene das Handbuch für Pankreatektomierte, in dem medizinische, diätetische und psychosoziale Informationen gesammelt sind.</p>	

ARBEITSKREIS FÜR GESUNDHEITS- BEWUSSTSEIN UND KRITISCHEN UMGANG MIT ARZNEIMITTELN e. V.

Adresse Mathildenstraße 25
28203 Bremen

Telefon 04 21/7 24 36

Dem schon länger bestehenden lockeren Gesprächskreis von Ärzten und Apothekern, die sich in ihrer Berufspraxis vielfach mit unrealistisch hohen Erwartungen an Arzneimittel konfrontiert gesehen hatten, wurde 1988 mit der Vereinsgründung eine organisatorische Struktur gegeben, die kontinuierliches Arbeiten erlaubt. Auch heute ist es das wesentliche Ziel der Vereinsarbeit, der illusionären Erwartungshaltung an die „Machbarkeit“ von Gesundheit entgegenzuwirken.

Der unabhängige, gemeinnützige Verein will auf wissenschaftlicher Grundlage einen Beitrag zur Lösung von Problemen unserer Zeit leisten, indem gesundheitsrelevante Fragestellungen analysiert und dogmatische Antworten relativiert werden. Zu seinen Aufgaben gehören die

- Information über die weltanschaulichen Grundlagen der verschiedenen Heilmethoden und deren Arzneimittel (wie etwa der Schulmedizin, anthroposophische Medizin, Homöopathie),
- Information über erwünschte und unerwünschte Wirkungen von bestimmten Arzneimitteln auf Anfrage,
- Information über bestimmte Erkrankungen in bestimmten Altersgruppen und einfach anzuwendende therapeutische Maßnahmen (Hausmittel),
- Unterstützung des pharmazeutischen Personals bei der Erfüllung der Beratungspflicht über Arzneimittel gemäß § 20 der Apothekenbetriebsordnung vom 9. Februar 1987,
- Unterstützung von Einrichtungen, die für die Gesundheit der Bevölkerung zuständig sind.

Der Verein verfügt über eine Geschäftsstelle mit Fachbibliothek. Anfragen werden von einer festangestellten wissenschaftlichen Mitarbeiterin, einer promovierten Apothekerin mit fundierten pharmakologischen Kenntnissen, bearbeitet. Darüber hinaus arbeitet in Frankfurt am Main eine festangestellte Diplompädagogin mit der Zusatzqualifikation „individualpsychologische Beraterin“ (nach Adler) Ehrenamtliche Tätigkeiten verschiedener Mitglieder ergänzen die Arbeit der festangestellten Mitarbeiterinnen, wobei neben Ärzten und Apothekern heute auch Personen aus anderen Berufsgruppen mitwirken.

Zwei Arbeitsgruppen des Vereins beschäftigen sich in Bremen intensiv mit Fragestellungen, die die Eigenverantwortlichkeit jedes Menschen für die persönliche Gesundheit betreffen, sowie mit den Hindernissen, die der privaten Eigenverantwortlichkeit entgegenstehen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**ARBEITSKREIS
FÜR GESUND-
HEITSBEWUSST-
SEIN UND
KRITISCHEN
UMGANG MIT
ARZNEIMITTELN
e. V.**

Eine Arbeitsgruppe („Arzneimittelinformationsdienst“) richtet sich dabei an das Individuum, eine andere („AK Pharma“) widmet sich dem gesellschaftlichen Umfeld. Eine dritte Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunkt „Gesundheitsförderung“ wird derzeit in Frankfurt am Main aufgebaut

Der Verein finanziert seine Arbeit über öffentliche Gelder, Spenden und den Verkauf von Medien, die der Verein erstellt.

Medienangebote

Der Verein bietet Materialien kostenpflichtig an, z B :

- **Kranke Kinder** Kinderkrankheiten Ratschläge für Große mit Kleinen Diese (inzwischen auch in der Schriftenreihe der Angestelltenkammer Bremen aufgenommene) Broschüre richtet sich an junge Eltern Sie behandelt Fragen der kindlichen Gesundheit von der Geburt bis etwa zum Schulalter. Klassische Kinderkrankheiten wie etwa Masern oder Mumps werden kurz charakterisiert. Der Verlauf der Krankheiten ist beschrieben, und es folgen Empfehlungen zum Gebrauch von Hausmitteln zur Abmilderung der Krankheitszeichen Eine Tabelle informiert über mögliche Begleiterscheinungen von Schutzimpfungen. Weiter enthält die Broschüre allgemeine Kapitel, wie etwa über Besonderheiten des kindlichen Organismus, die Rolle der Eltern oder Fragen der Ernährung sowie über weitere Erkrankungen im Kindesalter (zum Beispiel über Pseudokrupp).
- **Erkältet -- aber richtig** Diese Broschüre wird seit 1991 in Kooperation mit der „Verbraucher Initiative“, Bonn, herausgegeben. Sie richtet sich in erster Linie an Betroffene; sie ist aber auch für Angehörige medizinischer Berufe lesenswert. In leicht verständlicher Form werden darin Funktion und Krankheiten des Hals-/Nasen-/Ohrenbereichs sowie verschiedene Behandlungsmöglichkeiten beschrieben Eine Bewertung des Nutzens häufig verwendeter Medikamente gegen Erkältung findet sich ebenfalls in der Broschüre

- **Gute Planeten sind schwer zu finden** Diese Publikation ist die offizielle deutsche Übersetzung des WHO Healthy Cities paper No. 5 (Ilona Kickbusch: „Good planets are hard to find“). Mit der Veröffentlichung werden die theoretischen und konzeptionellen Hintergründe des WHO-Projektes „Gesunde Städte“ einer breiten Öffentlichkeit und den im Gesundheitswesen Tätigen zugänglich gemacht. Die Broschüre beschreibt Strategien und Herangehensweisen einer neuen „ecological public health“ Die WHO betont die soziokulturelle Dimension des Begriffs Ökologie im Zusammenhang mit Gesundheit und fordert einen Paradigmenwechsel. Über das gängige Verständnis von Ökologie als Problem von Schadstoffen und den vernünftigen Umgang mit Ressourcen hinaus wird hier den wechselseitigen Beziehungen der Menschen untereinander besonderes Gewicht beigemessen Die Broschüre wendet sich einerseits an Kommunalpolitiker, darüber hinaus ist sie auch beispielsweise für Gesundheitsämter, Bildungs- und Sozial-einrichtungen und Selbsthilfegruppen von Interesse.
- **Weiterhin bieten wir eine Wandzeitung für zwei Stellwände (Format A 0) an** Sie zeigt Artikel, die innerhalb von nur 14 Tagen in Tageszeitungen über verschiedene Umweltkatastrophen erschienen sind. Mit dieser Wandzeitung wird die Problematik des Begriffs „Gesundheitsförderung“ veranschaulicht, wenn die allgemeinen Lebensbedingungen ausgeklammert bleiben Ein auf das Format A 1 reduziertes Poster behandelt dasselbe Thema. Beide Medien eignen sich für Schulen und für öffentliche Räume
- **Manuskripte von Vorträgen, z B über den Umgang mit Arzneimitteln in bestimmten Altersgruppen.**

**Service-
leistungen**

Eine Arbeitsgruppe des Vereins, der „Arzneimittelinformationsdienst“ (A.M.I.D.), bietet auf individuelle Anfrage von kranken Menschen kostenlos persönliche oder schriftliche Auskünfte an. Unser Ziel ist es, die Kompetenzen von Betroffenen im Umgang mit einer Störung der Gesundheit zu verbessern.

Zum einen informieren wir auf persönliche Anfrage über mögliche Wirkungen eines Arzneimittels, die in der aktuellen Fachliteratur beschrieben sind. Neben der ausführlichen Informationsvermittlung über Arzneimittelwirkungen weisen wir in Gesprächen auf die Problematik der nicht exakt vorhersagbaren Kombinationswirkungen sowie auf die Grenzen von naturwissenschaftlichen Aussagen über Arzneimittelwirkungen hin.

Wir versuchen, ein Bewußtsein für die Ursachen einer Erkrankung mit den Betroffenen zu schaffen, und ein ganzheitliches Verständnis von Störungen der Gesundheit stellt sich im Laufe vieler Gespräche ein.

Außerdem bieten wir in Bremen kostenpflichtige Referate an, in denen auf die Verträglichkeit von Arzneimitteln in bestimmten Altersgruppen (etwa bei alten Menschen oder Kindern) und bei werdenden Müttern eingegangen wird.

In Frankfurt am Main werden kostenpflichtige Seminare und Vorträge angeboten, die unterschiedliche Themen aus dem Bereich „Gesundheitsförderung“ behandeln (beispielsweise zur Suchtproblematik oder zum „Mobbing“).

Der Verein hat Kontakt zu Randgruppen von akut oder chronisch kranken Menschen, die von etablierten Institutionen der medizinischen Versorgung nicht mehr erreicht werden. Dieser Kontakt wird von uns gesucht und gepflegt.

Die Broschüre „Kranke Kinder – Kinderkrankheiten“ eignet sich dafür, etwa bei Hebammen, Kinderärzten oder Gesundheitsämtern ausgelegt und an junge Eltern abgegeben zu werden.

**ARBEITSKREIS
FÜR GESUND-
HEITSBEWUSST-
SEIN UND
KRITISCHEN
UMGANG MIT
ARZNEIMITTELN
e. V.**

Empfehlungen

**ARBEITSKREIS NEUE
ERZIEHUNG e.V.
– für Familie, Schule
und Gesellschaft –
– ANE –**

Adresse Markgrafenstraße 11
10969 Berlin

Ansprechpartner Geschäftsleitung

Telefon 0 30/25 90 06-0

Telefax 0 30/25 90 06-50

Der Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. (ANE) entstand 1946 in Berlin. Aus der produktiven Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur und dem darin verankerten autoritären Herrschaftssystem entwickelten die Gründer/innen das Konzept einer neuen, auf Toleranz, gesellschaftlichem Engagement und Eigenverantwortung beruhenden Erziehung, mit dem sie einen Beitrag zum Aufbau und zur Stabilisierung demokratischer Verhältnisse in Deutschland leisten wollten.

Die damit verbundenen Ziele und Aufgaben beschreibt die Vereinssatzung wie folgt:

„Ziel des Arbeitskreises ist es, für die Weiterentwicklung der Erziehung in der Familie, in der Schule, im Beruf und in der Gesellschaft Interesse und Verständnis zu wecken und zu fördern.

Der Arbeitskreis sieht es als seine besondere Aufgabe an, alle für Erziehung und Bildung Verantwortlichen hierfür zu gewinnen und die Öffentlichkeit in seinem Sinne zu unterrichten.

Im Dienste dieser Aufgabe stehen Zusammenkünfte, Seminare, Lehrgänge, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Einrichtungen, die durch Vermittlung von Kenntnissen, Erkenntnissen und Ergebnissen zu veränderten Erziehungshaltungen führen sollen.“
(§ 2 der Satzung)

Heute ist der ANE ein gemeinnütziger Verein mit mehr als 300 Mitgliedern, die für die Dauer von 2 Jahren – den Vorstand wählen. Der Vorstand ist verantwortlich für die laufenden Geschäfte, die vorrangig von der Geschäftsstelle mit ca. 50 hauptamtlichen sowie ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen ausgehen. Die Finanzierung der Arbeit setzt sich aus der Förderung des Bundesministeriums für Familie und Senioren und der Berliner Senatsverwaltung für Jugend und Familie, aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Einnahmen aus dem Medienvertrieb zusammen.

Die Umsetzung der Vereinsziele erfolgt schwerpunktmäßig durch Angebote im Bereich der Elternbildung und -beratung, u. a. durch schriftliche Medien als unterstützende Erziehungshilfen für deutsche und türkische Eltern, durch die Initiierung und Betreuung von Elterngruppen als Orte der Diskussion und des Erfahrungsaustausches sowie durch fachkompetente Hilfestellung in den Beratungsstellen des ANE

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- ANE -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Mit Beratungsangeboten in Fortbildungen und öffentlichen Veranstaltungen fördert der Arbeitskreis häufig auch in Kooperation mit anderen Trägern das Engagement von Eltern und Erzieher/innen in Kindertageseinrichtungen und informiert über Möglichkeiten der Mitsprache bei der Gestaltung einer demokratischen Schule. Darüber hinaus werden Seminare zu spezifischen Themenbereichen angeboten, die aktuelle und in die Zukunft gerichtete Fragen der politischen Kultur in der Bundesrepublik betreffen (z. B. von Asyl bis Zerstörung der Natur).

Medienangebote

Die Standardmedien des ANE sind als Instrumente der Elternbildung zu verstehen. Sie wurden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt und werden ständig aktualisiert. Ihre Erscheinungsform als Briefe entspricht der pädagogischen Konzeption, Eltern unmittelbar anzusprechen und auch die Eltern zu erreichen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Erziehungsliteratur kaufen oder Veranstaltungen besuchen können.

Durch die argumentative Entwicklung ihrer Hilfestellungen (keine Rezepte!) leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der Erziehungsfähigkeit und -verantwortung der Eltern: Sie regen zum Nachdenken und zur Diskussion mit anderen Eltern an. Als Medium, das in regelmäßiger Folge entsprechend dem Alter des Kindes - auf Situationen und Probleme eingeht, die seinem jeweiligen Entwicklungsstand entsprechen, haben sie eine präventive Funktion: sie sind mit Rat und Anregungen immer dann „zur Stelle“, wenn sie gebraucht werden.

Bundesweite Verbreitung finden die

Elternbriefe. Die insgesamt 46 Briefe begleiten die Eltern nach der Geburt ihres ersten Kindes bis zu dessen 8. Lebensjahr. Die Elternbriefe werden in

vielen Städten und Gemeinden in einigen Bundesländern flächendeckend - einzeln, in regelmäßiger Folge kostenlos versandt (bei direktem Bezug von ANE kostenpflichtig).

Wegen der Landeshoheit in Bildungsangelegenheiten auf Berlin begrenzt sind

die Schulbriefe. Mit 20 Briefen, die in den Vorschulgruppen der Kindertageseinrichtungen, in Vorklassen und Schulen verteilt werden, werden Kinder und Eltern durch die gesamte Grundschulzeit begleitet (bei direktem Bezug von ANE kostenpflichtig); die Leitfäden für Elternvertreter/innen. Sie liefern Informationen für die Wahrnehmung des Mitspracherechts von Eltern in der Schule und dienen als Arbeitshilfe für Elternabende.

Ein Verzeichnis der lieferbaren Publikationen auch Broschüren und Tagungsberichte - mit Bezugs- und Preisangaben ist in der Geschäftsstelle des Arbeitskreises erhältlich.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen des ANE werden vorrangig in Berlin angeboten. Zu ihnen zählen:

Elterngruppen Elterngruppen gibt es in allen Berliner Bezirken. Sie sind als „soziale Treffpunkte“ organisiert und sind fachkundig von uns betreut - sowohl für Eltern mit kleinen Kindern als auch für Eltern mit Schulkindern aus einem Wohnbezirk offen.
Familienberatung In unseren Familienberatungsstellen bieten wir deutsch- und türkischsprachigen Familien bei Konflikten und Problemen zwischen den Partnern oder mit dem Kind fachkompetente Hilfe an (auch Rechtsberatung)

Schülerberatung. In unserer Schülerberatung informieren wir deutsch- und türkischsprachige junge Menschen einzeln oder in Gruppen (auch Schulklassen) über Schullaufbahn, Ausbildung, Freizeitangebote und Beruf und beraten sie in bezug auf persönliche Probleme.

EKT-Beratung Wir beraten Eltern hinsichtlich aller Fragen, die die Versorgung und Förderung ihrer Kinder in öffentlichen oder selbst organisierten Kindertageseinrichtungen betreffen. Darüber hinaus bieten wir Fortbildung für Erzieher/innen an.

Eine Übersicht über alle Angebote und Veranstaltungen des Arbeitskreises kann in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Empfehlungen

Alle an den Angeboten oder an der Mitgliedschaft des ANE Interessierten können sich an die Geschäftsstelle wenden.

Sie erhalten dann kostenlos:

Informationsmaterial und Satzung.

Besonders empfehlenswert für Eltern, Kinderärzte/innen, Kindertageseinrichtungen und alle Einrichtungen und Institutionen, die sich mit der Erziehung von Kindern befassen, sind die

Elternbriefe (Bezugsbedingungen und -kosten für einzelne Personen (auch juristische), aber auch für an der Verteilung interessierte Jugendämter oder andere Einrichtungen können in der Geschäftsstelle erfragt werden).

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK e. V.

– AFS –

Adresse Brönnnerstraße 9
60313 Frankfurt/M.

Ansprechpartner Thomas Klinke

Telefon 0 69/29 67 97

Telefax 0 69/28 91 81

Das Archiv für Sozialpolitik (AFS) arbeitet seit 1988 als eingetragener und gemeinnützig anerkannter Verein und wird durch Zuschüsse der Stadt Frankfurt, durch Beiträge der Mitglieder, durch Spenden und Zuwendungen privater Förderer sowie durch Verkaufserlöse finanziert.

Mitglieder des Vereins sind Einzelpersonen, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Verbände.

Tätigkeitsschwerpunkte sind die Ermittlung, Beschaffung und Sammlung, Erfassung und Vermittlung von Informationen aus dem sozial- und gesundheitspolitischen Themenspektrum. Hierbei handelt es sich um die zentralen Bereiche Aids, Altenpolitik, Arbeitsmarkt, Behindertenpolitik, Bio- und Gentechnologie, Drogen und Sucht, Ebstörungen, Familienpolitik, Frauenpolitik, Gesundheitswesen, Homosexualität, Medizinethik, Migration, Psychiatrie, Reproduktion, Sexualität, Sozialpolitik, Strafvollzug u. a.

Zielsetzung des AFS ist die kontinuierliche Entwicklung von Informationsleistungen und ihre Vermittlung an Interessierte. Dies schließt auch die Entwicklung von spezifischen Arbeitsmitteln und den Aufbau von themenspezifischen Datenbanken ein.

Archiviert werden Tages- und Wochenzeitungen, Fachzeitschriften, Monographien, Nachschlagewerke, Bibliographien, Hochschulschriften, Manuskripte, Kongreß- und Tagungsberichte, Veröffentlichungen von Ministerien, Behörden, Parteien, Verbänden und Vereinen. Es werden ausschließlich gedruckte Dokumente bearbeitet.

Unabhängig von einem generellen Angebot für die allgemeine Öffentlichkeit werden spezifische Angebote im Hinblick auf den Informationsbedarf von Selbsthilfegruppen, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen bereitgestellt.

Aufgaben und Ziele der Institution

- AFS -

Medienangebote

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des AFS liegt im Bereich der Informationsvermittlung. Angeboten werden Pressespiegel, Pressedienste, Literatur- und Datenbankrecherchen, Dokumentationen und Dossiers. Die Informationsleistungen sind nach folgenden Zweckbestimmungen konzipiert:

- a) laufende Erstellung eines allgemeinen Überblicks,
- b) Beantwortung von individuellen Problemen und Fragestellungen,
- c) Angebot kontinuierlicher Hinweise zu einem definierten und eingeschränkten Themenfeld,
- d) aktives Informationsangebot zu ausgewählten Themen.

Die Informationsleistungen können nicht kostenfrei abgegeben werden. Eine vollständige Übersicht wird auf Anfrage zugeschickt

Serviceleistungen

Neben der Zusammenstellung der Informationsleistungen bietet das AFS Beratungen an. Die Möglichkeiten, Informationen zu suchen und zu finden, sind mittlerweile sehr vielfältig und kaum noch zu überschauen und zu bewerten. Das AFS berät und macht bei Bedarf konkrete Vorschläge zur Lösung eines Informationsproblems. Dies betrifft z. B. Schwierigkeiten bei der thematischen Eingrenzung und Definition einer Fragestellung, Probleme bei der Einschätzung vorhandener Informationen, mögliche und sinnvolle Datenbankrecherchen, wichtige Anlaufstellen etc.

Die Beratung erfolgt kostenfrei.

A.U.G.E. mbH UMWELTBERATUNGS- GESELLSCHAFT

Adresse	Christian-Förster-Straße 19 20253 Hamburg
Ansprechpartner	Frau Elke Kölln-Möckelmann, Geschäftsführerin Frau Margret Klimkewitz, Seminarleiterin
Telefon	0 40/40 77 21 + 49 82 18
Telefax	0 40/49 21 38

Die Umweltberatungsgesellschaft A.U.G.E. mbH ist ein Fernlehrinstitut für Umwellehrgänge und -seminare zur privaten und beruflichen Weiterentwicklung. Die Themenschwerpunkte liegen bei Wohn- und Umweltberatung, Umweltschutz im Haushalt und in der Kommune, umweltverträgliches Wohnen und Renovieren, umweltverträgliche Büroausstattung und ökologische Beratung im Baumarkt.

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung (A.U.G.E.) e. V. wird auf den Seiten 45 und 46 beschrieben

**Für den
eifigen Leser**

Gegründet 1987, führt die Umweltberatungsges. A.U.G.E. mbH seit 1989 den 2jährigen Fernkurs „Geprüfter Wohn- und Umweltberater“ durch. Dieser Fernlehrgang ist ein Ergebnis des Umweltberater-Konzeptes in Deutschland und wird ständig aktualisiert und weiterentwickelt.

Für den Verbraucher und Umweltinteressierten sind Schwerpunktthemen aus dem 2jährigen Lehrgang ausgegliedert worden mit jeweils 9 Monaten Dauer:

- Kurzlehrgang „Umweltschutz im Haushalt“ mit den Themen: naturwissenschaftliche Grundlagen Chemie, Biologie und Physik, Wasch- und Reinigungsmittel, gesundheitsverträgliches Kinderzimmer, Körperpflege und Kosmetik, Textilien, Ernährung;
- Kurzlehrgang „Umweltschutz in der Kommune“ mit den Themen: naturwissenschaftliche Grundlagen Chemie, Biologie und Physik, Wasser, Abwasser, Abfall, Auto, Urlaub – Freizeit – Sport;
- Kurzlehrgang „Umweltschutz im Haus – baubiologische Grundlagen“ mit den Themen: naturwissenschaftliche Grundlagen Chemie, Biologie und Physik, Schadstoffe in Baumaterialien, Inneneinrichtung, Wohnpsychologie, Energie, Beleuchtung und Farbgestaltung, Wohnklima, Sanierung.

Kernpunkt der Weiterbildung ist die vorsorgende Verbraucheraufklärung in den wichtigsten Belangen für private und Großhaushalte. Die insgesamt 25 Umweltthemen werden methodisch für das Lernen als Erwachsener angeboten und mit Recherche- und prak-

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- A.U.G.E. mbH -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

tischen Aufgaben vertieft. Die Fernschüler werden von erfahrenen Experten und Pädagogen betreut. Es wird eine Teilnahmebescheinigung ausgestellt bzw. nach bestandener Prüfung ein Zertifikat vergeben.

Das aktuelle Umweltwissen kann sofort in die berufliche Tätigkeit eingebunden werden oder zur persönlichen Bereicherung führen. Neu im Programm ist eine 6-11monatige Weiterbildung zur Fachkraft für Umweltschutz, die Baumarktverkäufer direkt beruflich nutzen können. Jeder Verbraucher mit Renovierungs- und Sanierungsabsichten kann sich damit ebenfalls das Grundwissen für eine gesunde Wohnumwelt in seinen vier Wänden verschaffen. Damit ist die A.U.G.E. mbH Marktführerin für umweltorientierte Fernlehrgänge.

Zum Knüpfen von Kontakten, inhaltlicher Vertiefung und Sammeln praktischer Erfahrungen werden begleitende und weiterführende Seminare angeboten. Sie sind geprägt durch eine feste Seminarbetreuung und zahlreiche zusätzliche Fachreferenten. Praktische Übungen stehen im Vordergrund.

Medienangebote

2monatlich erscheint die Zeitschrift „intern“, die ökologische Themen im Baumarkt und in der Renovierung/Sanierung aufgreift für Baumärkte, interessierte Verkäufer und Verbraucher.

Für die Fernschüler werden Lehrbücher bereitgestellt. Zum Seminar material gehören umfangreiche Unterlagen mit Referatszusammenfassungen, Literatur- und Adressenlisten und Rechercheunterlagen.

Kostenlose Informationsbroschüren zum Fernlernen und zum Berufsbild des Umweltberaters können gegen Porto-Beilage angefordert werden.

Serviceleistungen

Differenziertes Weiterbildungsangebot zu Umweltlehrgängen und -seminaren für berufliche und private Weiterbildung, komplettes Marketing-Konzept für ökologische Produkte im Baumarkt mit Weiterbildungselementen.

AUSWERTUNGS- UND INFORMATIONSDIENST FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN e.V.

– AID –

Adresse	Konstantinstr. 124 53179 Bonn
Ansprechpartner	Ulrich Flohr (Abteilungsleiter) Telefon: 02 28/84 99-130 (1 31)
Telefon	02 28/84 99-0

Der AID erfüllt seine Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Fachministerien der Bundesländer sowie der Agrar- und Ernährungswissenschaft.

Präsident des Vereins ist satzungsgemäß der fachlich zuständige Abteilungsleiter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

In der Mitgliederversammlung sind unter anderem die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und der Zentralausschuß der Deutschen Landwirtschaft vertreten, ferner der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ernährungshandel und -gewerbe, die Stiftung Warentest, die Stiftung Verbraucherinstitut sowie der Deutsche Naturschutzring

Lt § 2 der Satzung ist es der Zweck des AID, „im Rahmen der Bundeszuständigkeit auf den Gebieten der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Erkenntnisse der Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Praxis zu sammeln, auszuwerten und den betroffenen Bevölkerungs-, Fach- und Wirtschaftskreisen zugänglich zu machen, um

- die land- und forstwirtschaftliche Erzeugung sowie die Fischwirtschaft zu fördern, hierbei die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu verbessern und das Funktionieren der Agrarmärkte zu unterstützen,
- die Kenntnisse der Verbraucher im Ernährungsbereich und als Marktpartner zu verbessern,
- das Wissen über Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege im Agrarbereich sowie über Küstenschutz und Tierschutz zu vertiefen“

Um die genannten Zwecke zu erfüllen, erarbeitet der AID, in Zusammenarbeit mit externen Experten und Autoren, Informationsmaterial, gibt dieses heraus und führt zentrale Informationsveranstaltungen durch.

Der AID wird zwar durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMU) im Wege einer institutionellen Förderung finanziell unterstützt, erfüllt aber, allgemein anerkannt, seine Informationspflicht politisch neutral und ausgerichtet an den Erkenntnissen der Wissenschaft.

Aufgaben und Ziele der Institution

- AID -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Tätigkeiten des AID orientieren sich an folgenden Aufgabenstellungen:

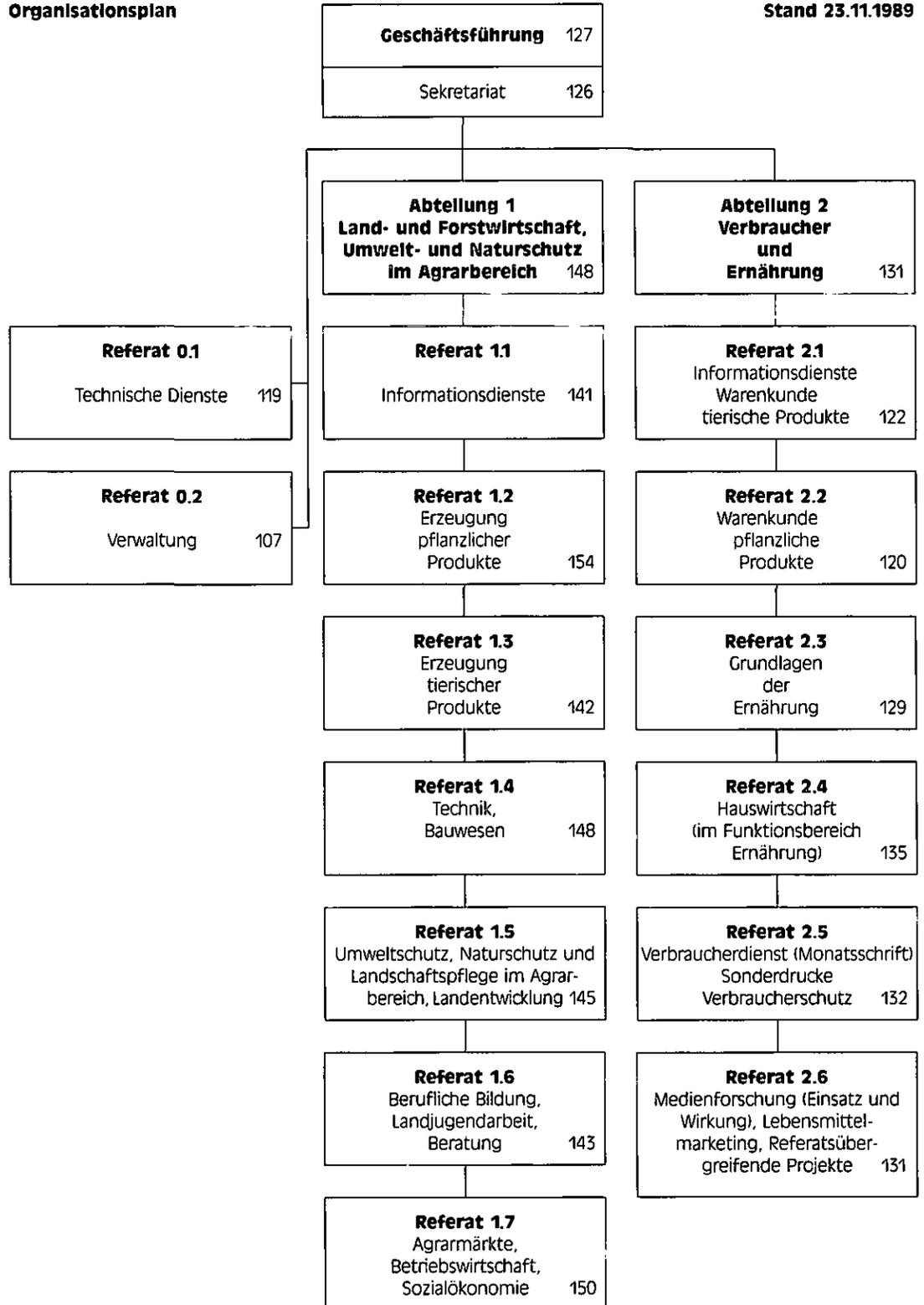
- Aufklärung im Erzeugerbereich
- Aufklärung über Rechtsvorschriften und Verwaltungsmaßnahmen
- Unterrichtung über Ergebnisse aus Forschung und Modellvorhaben

Auswertung von Informationsmaterial aus dem Ausland
Unterstützung der gesamtstaatlichen Repräsentanz im Verhältnis zum Ausland.

Der nachstehende Organisationsplan gibt in Umrissen Auskunft über die Aufgabenverteilung

Organisationsplan

Stand 23.11.1989



Hinweis:

Die Zahlen rechts unten in den Kästchen sind die Durchwahltelefonnummern

Die Informationsarbeit des AID stützt sich in erster Linie auf Printmedien. Hefte, Flug- und Faltblätter dienen der Breitenarbeit in Beratungseinrichtungen, Fachschulen sowie Fachdienststellen und wenden sich an Hausfrauen, Landwirte und sonstige interessierte Bürger. Foliensätze, Diaserien, Medienpakete und sonstige Materialien wenden sich an Fachkräfte und Multiplikatoren.

Das Medienkonzept des AID folgt generell dem Prinzip, bestimmte Adressatengruppen gezielt über Multiplikatoren wie Journalisten, Lehrkräfte, Berater und Funktionäre zu informieren.

Im Medienverbund stehen, neben dem gedruckten Wort und kombiniert mit diesem, optische und audiovisuelle Medien für die Informationsarbeit zur Verfügung.

Der AID gibt Veröffentlichungslisten heraus, die sämtliche beziehbare Medien enthalten. Es sind dies die

Schriftenliste „Verbraucher und Ernährung“

– Schriftenliste „Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz im Agrarbereich“.

Einen besonderen Hinweis verdienen die dort aufgeführten didaktisch hochwertig gestalteten Foliensätze und Computer-Lernprogramme (siehe Empfehlungen).

Die nachfolgend aufgeführten Serviceleistungen sind als Kooperationsangebote zu verstehen, die einer fallweisen Klärung und Absprache bedürfen. Sofern es die personellen und finanziellen Ressourcen des AID erlauben, können folgende Kooperationsleistungen vereinbart werden:

* Referententätigkeit in begrenztem Rahmen zu speziellen Themenbereichen,

* Ausstellungen und Aktionen, soweit eine adäquate Publikumsresonanz absehbar ist (z. B. „Lebensmittelkennzeichnung“, „Vollwertkost“, „Vorratshaltung“ (in Vorbereitung)).

Interessierte sollten sich in den Verteiler des AID aufnehmen lassen. Auf diesem Wege erhalten sie

– die Schriftenliste „Verbraucher und Ernährung“
– die Schriftenliste „Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz im Agrarbereich“ (beide Schriftenlisten werden in unterschiedlichen Zeitabständen aktualisiert)
– den „AID-Verbraucherdienst“ (erscheint monatlich, Bezug kostenfrei)*
– den Film- und Diakatalog* (wird in unterschiedlichen Zeitabständen aktualisiert, Verleih der Filme und Diareihen kostenfrei)

Exemplarisch zu empfehlende Einzelmedien:

Foliensatz (6008) „Schadstoffe in der Nahrung“/1994, (Kosten: aktueller Veröffentlichungsliste entnehmen)

Über die in den Schriftenlisten vorhandenen Hinweise auf audiovisuelle Medien hinausgehend, veröffentlicht der AID einen Film- und Diakatalog, der weit über 400 kostenlos entlehbare Titel enthält.

Neben den Materialien und Medien, wie sie in Schriftenlisten und Katalog dokumentiert sind, gibt der AID den „AID-Verbraucherdienst“ heraus. Dieses Periodikum richtet sich an Fach-, Lehr- und Beratungskräfte im Bereich Ernährung.

Der Pressedienst „AID-Verbraucheraufklärung“ informiert in erster Linie Redaktionen von Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen über aktuelle verbraucherorientierte Themen.

Grundsätzlich sind alle Medien und Materialien soweit sie nicht mit einer Schutzgebühr belegt sind für nicht kommerziell tätige Institutionen bis zu einer Stückzahl von 500 kostenfrei beziehbar. Es gelten ansonsten die auf den Schriftenlisten und im Film- und Diakatalog ausgedruckten Liefer- und Verleihbedingungen, wonach der Besteller bzw. Entleiher die Versandkosten trägt.

Der AID verfügt über einen Verteiler, in den alle Interessierten aufgenommen werden können, so daß eine regelmäßige Versorgung mit den o.a. Informationsquellen und Materialien* ermöglicht ist.

* für kommerziell tätige Institutionen gegen Schutzgebühr

Diesbezügliche Anfragen sollten an den Leiter der Abteilung 2, Herrn Ulrich Flohr, gerichtet werden.

-- Der AID verfügt über einen Verleihdienst, bei dem alle im Film- und Diakatalog verzeichneten Medien kostenfrei entliehen werden können. Die Versandkosten müssen vom Entleiher getragen werden.

Der AID ist an das BTX-System angeschlossen. Über BTX können Materialbestellungen aufgegeben bzw. kurze Vorabinformationen über Publikationen des AID abgerufen werden.

– Foliensatz (6014) „Umweltschutz in der Küche“/1994, (Kosten: aktueller Veröffentlichungsliste entnehmen)
– Heft (1021) „Tollwut – Gefahr für Mensch und Tier“/1991, kostenlos*, Versandkosten je nach Stückzahl

Zu empfehlende Serviceleistungen:

Referententätigkeit
Ausstellungen und Aktionen

Diese Serviceleistungen bedürfen einer fallweisen Klärung und Absprache. Anfragen sind an den Leiter der Abt. 2, Herrn Ulrich Flohr, zu richten.

* für kommerziell tätige Institutionen gegen Schutzgebühr

– AID –

Medienangebote

Serviceleistungen

Empfehlungen

BERUFGENOSSEN- SCHAFTLICHER ARBEITSMEDIZINISCHER UND SICHERHEITS- TECHNISCHER DIENST e.V.

Adresse	Herbert-Rabius-Straße 1 53225 Bonn
Ansprechpartner	Ursula Grünes (Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon	02 28/4 00 72-84
Telefax	02 28/4 00 72-15/-89

Der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische und Sicherheitstechnische Dienst e. V. wurde 1975 gegründet und bietet den Arbeitgebern eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung für die Erfüllung der betriebsärztlichen Aufgaben, wie sie im Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) vorgesehen sind. Über 1,7 Millionen Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung werden seitdem vom BAD betreut.

Der BAD e. V. wird von 22 gewerblichen Berufsgenossenschaften getragen. Alle Organe sind paritätisch mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt.

Der BAD nimmt alle betriebsärztlichen Aufgaben nach dem ASiG wahr:

- Beratung bei der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen, von sozialen wie sanitären Anlagen;
- Beratung bei der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffen;
- Beratung bei der Auswahl und Erprobung von persönlichen Schutzausrüstungen;
- Beratung bei arbeitsphysiologischen, arbeitspsychologischen und sonstigen ergonomischen und arbeitshygienischen Fragen;
- Beratung bei der Organisation der Ersten Hilfe im Betrieb;
- Beratung bei Fragen des Arbeitsplatzwechsels sowie der Eingliederung und Wiedereingliederung Behinderter in den Arbeitsprozeß;
- Hilfe bei der Durchführung von Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen;
- Hilfe bei der Beseitigung von gesundheitsgefährdenden Mängeln am Arbeitsplatz;
- Hilfe bei der Aufklärung der Arbeitnehmer über Gesundheitsgefahren und deren Abwendung;
- Prüfung, ob gesundheitsgefährdende Arbeitsumwelteinflüsse vorliegen;
- Prüfung, ob Arbeitsplätze ergonomisch angepaßt sind;
- Prüfung der Ursachen für arbeitsbedingte Erkrankungen und Unfälle;
- Untersuchung der Arbeitnehmer und Beurteilung ihrer gesundheitlichen Eignung für konkrete Arbeitsplätze.

Darüber hinaus führt er auch alle Untersuchungen nach anderen Rechtsnormen, Unfallverhütungsvorschriften etc. durch.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BERUFS-
GENOSSEN-
SCHAFTLICHER
ARBEITS-
MEDIZINISCHER
UND SICHER-
HEITSTECH-
NISCHER DIENST
e.V.**

Der BAD arbeitet flächendeckend mit z. Z. 175 stationären Einrichtungen und 14 Untersuchungsfahrzeugen. In jedem Bundesland gibt es eine Regionalleitung mit Sitz in: Mannheim, Böblingen, Würzburg, München, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Wiesbaden, Hannover, Düsseldorf, Mainz, Saarbrücken, Leipzig, Magdeburg und Weimar.

Medienangebote

Der BAD gibt vierteljährlich das Mitteilungsblatt „BAD-inform Beruf und Gesundheit“ (für Kunden kostenlos) sowie halbjährlich „BAD-Praxis Aktuelles aus der Arbeitsmedizin“, eine Fachinformation für Sicherheitsingenieure und Betriebsärzte, heraus

An Broschüren und Faltblättern können beispielhaft genannt werden:

- Faltprospekt „Arbeitsmedizin“
- Faltprospekt „Sicherheitstechnik“
- Information „Gesundheit und Sicherheit“
- Informationen und Hilfen für Arbeitnehmer an Bildschirmarbeitsplätzen
- Geeignete Sehhilfen für Arbeitnehmer an Bildschirmarbeitsplätzen
- Faltblatt „Gefahrstoffverordnung“
- Faltblatt „Lärm“

Der BAD bietet für bestimmte Problembereiche gezielte Sonderdrucke an, z. B.:

- Die arbeitsmedizinische Betreuung von Klein- und Mittelbetrieben
- Das ärztliche Berufsgeheimnis unter Berücksichtigung von Aufgaben und Stellung des Betriebsarztes

Der Bezug der Broschüren und Informationsblätter ist generell kostenlos. Bei Bestellungen mit größerem Bedarf werden Broschüren anteilig in Rechnung gestellt.

Von allgemeinerem Nutzen sind die verwendeten und erhältlichen Checklisten und Merkblätter. Beispielhaft seien genannt:

- Checkliste „Bildschirmarbeitsplätze“
- Checkliste „Arbeitsmedizinische Besichtigung“
- Checkliste „Erste Hilfe“

Die Merkblätter sind mit „Ihr Betriebsarzt informiert“ betitelt, es liegen z. B. vor:

- Der Wundstarrkrampf
- Informationszentren für Vergiftungsfälle
- Notfälle, die einen Notarzteinsatz erforderlich machen
- Die Rettungskette

**Service-
leistungen**

Über die arbeitsmedizinische Betreuung hinaus bietet der BAD sicherheitstechnische und umweltmedizinische Betreuung an. Diese Dienstleistungen kann jeder Arbeitgeber für seine Beschäftigten in Anspruch nehmen und „einkaufen“.

Empfehlungen

Der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische und Sicherheitstechnische Dienst e. V. ist bundesweit einer der größten Anbieter im Bereich des Arbeitsschutzes. Er betreut Betriebe aller Branchen und Größenordnungen in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Er ist kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen des Arbeitsschutzes.

BERUFSVERBAND DEUTSCHER PSYCHOLOGEN e.V.

– BDP –

Adresse	Bundesgeschäftsstelle Heilsbachstraße 22 53123 Bonn
Ansprechpartner	Herr Hans-Werner Drewe (Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon	02 28/64 10 54/55/56

Der Berufsverband Deutscher Psychologen e V (BDP) wurde 1946 gegründet. Er vertritt den Berufsstand der Psychologen. Im BDP sind mit ca. 19 000 Diplom-Psychologen (Stand 1993) etwa zwei Drittel der berufstätigen Diplom-Psychologen in der Bundesrepublik organisiert. Etwa 60 % der Mitglieder sind als klinische Psychologen also im Bereich des Gesundheitswesens tätig.

Mitglied des BDP kann jeder werden, der Psychologie im Hauptfach studiert hat, als außerordentliches Mitglied kann aufgenommen werden, wer die Vordiplom-Prüfung für Psychologen bestanden hat. Der BDP sieht seine Aufgaben unter anderem in der

Öffentlichkeitsarbeit über Psychologie als Wissenschaft und Beruf
Förderung der Anwendung psychologischen Wissens im Alltagsleben, in Fragen der Gesundheitsversorgung und der Gestaltung des Arbeitslebens
Veranstaltung von Fachkongressen, Betreuung von Fachliteratur sowie Sichtung von Testmaterialien
Teilnahme an der Entwicklung von rechtlichen Regelungen für die Ausübung psychologischer Heilkunde
Klärung von Problemen psychologischer Aus- und Weiterbildung und des psychologischen Unterrichts
Regelung der beruflichen Tätigkeit von Psychologen durch entsprechende Berufsnormen

Der BDP weist eine fachliche und eine regionale Gliederung auf, d. h. er unterteilt sich in 16 Landesgruppen und 12 (Fach-)Sektionen. Die Landesgruppen sind in einzelnen Fällen bis auf Kreisebene hinab organisiert.

Die Sektionen umfassen die folgenden Fachgebiete:

Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie
Ausbildung in Psychologie
Klinische Psychologie
Markt- und Kommunikationspsychologie
Politische Psychologie
Rechtspsychologie
Schriftpsychologie
Schulpsychologie
Verkehrspsychologie
Angestellte und beamtete Psychologen
Freiberufliche Psychologen
Psychologische Psychotherapeuten

Aufgaben und Ziele der Institution

- BDP -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Delegierten der Landesgruppen und Sektionen wählen das Präsidium des BDP. Diesem ist die Bundesgeschäftsstelle zugeordnet sowie eine Reihe mit Sonderaufgaben betrauter Bundesausschüsse und Bundesarbeitskreise. Unter der gleichen Adresse wie die Bundesgeschäftsstelle sind die Deutsche Psychologen Akademie, die für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zuständig ist, sowie der „Deutsche Psychologen Verlag“ (DPV), der u. a. die Verbandszeitschrift „Report Psychologie“ herausgibt, zu erreichen.

Der BDP ist mit der „Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs)“ in der „Föderation Deutscher Psychologenvereinigungen“ zusammengeschlossen. Die DGPs nimmt in Arbeitsteilung mit dem BDP, der sich vor allem für die berufspraktische Seite der Psychologie zuständig fühlt, den theoretisch-wissenschaftlichen Aspekt des Faches wahr.

Medienangebote

Die Publikationen des BDP wenden sich in erster Linie an berufstätige Psychologen und orientieren über Angewandte Psychologie, psychologische Berufskunde und berufspolitische Probleme. Es gibt mehrere kostenlose Verzeichnisse über verschiedene Gruppen von Printmedien, die im folgenden jeweils im Zusammenhang erwähnt werden.

Der Deutsche Psychologen Verlag (DPV) gibt das Periodikum des BDP „Report Psychologie“ zehnmal jährlich heraus. Die Zeitschrift kann auch von Nichtmitgliedern sowohl in Einzelexemplaren als auch im Abonnement bezogen werden (kostenpflichtig). Sie bietet u. a. Artikel zu Entwicklungen und aktuellen Themen im Bereich der Angewandten Psychologie, wobei Fragestellungen aus der Klinischen Psychologie und dem Gesundheitswesen entsprechend der Mitgliederstruktur stark vertreten sind, daneben wird auch auf spezielle Aktivitäten der Landesgruppen und Sektionen sowie auf Tagungen und Kongresse hingewiesen.

Für ein breiteres Publikum sind die Artikel des Presstedienstes gedacht, die als „Informationen Deutscher Psychologen“ (kostenlos) bezogen werden können. Zu

diesen sind kostenlose „Verzeichnisse lieferbarer Beiträge“ erhältlich. Behandelt werden Themen aus dem ganzen Gebiet der Psychologie und der psychologischen Berufstätigkeit, die für die Öffentlichkeit interessant sind.

Die „Schriftenreihe“ des DPV befaßt sich vor allem mit gesundheits- und berufspolitischen Fragestellungen und rechtlichen Problemen psychologischer Berufstätigkeit (Verzeichnis kostenlos). Titel dieser Reihe sind zum Beispiel: „Berufsordnung für Psychologen“ und „Grundlagen der heilkundlichen Tätigkeit von Psychologen“.

Die sonstigen Buchveröffentlichungen des Verlages geben in der Regel Einblick in bestimmte Berufsfelder von Psychologen oder erörtern bestimmte inhaltliche Fragestellungen für Fachleute (kostenloses Verzeichnis).

Die 12 Fachsektionen verfügen z. T. über eigene (kostenpflichtige) Publikationen. Bei Interesse an einem dort vertretenen Fachgebiet ist eine Nachfrage bei der betreffenden Sektion sinnvoll (Adressen unter „Empfehlungen“).

Serviceleistungen

Der BDP ist aufgrund seines Charakters als Organisation psychologischer Fachleute in der Lage, Referenten zu allen Fragestellungen aus dem Bereich der Angewandten Psychologie, insbesondere auch der Klinischen Psychologie zu vermitteln. Dies gilt auch für Supervisionsaufgaben. In der Regel sollte es möglich sein, einen Fachmann in örtlicher Nähe zu finden. Die Kostenfrage ist jeweils mit dem Betreffenden selber zu klären.

Im BDP sind ca. 1000 regionale Fachteams organisiert, die der Supervision psychotherapeutischer Arbeit dienen und deren Kontaktadressen über die Deutsche Psychologen Akademie im BDP bezogen werden können.

Die Deutsche Psychologen Akademie im BDP bietet vor allem Kurse zu den verschiedensten Therapieverfahren an Orten überall in der Bundesrepublik an (kostenloser Fort- und Weiterbildungsplan für die Angebote eines Jahres). Die Teilnahmemöglichkeit ist allerdings auf Psychologen beschränkt.

Alle zwei Jahre (jede ungerade Jahreszahl) veranstaltet der BDP unter dem Titel „Deutscher Psychologentag“ einen Kongreß für Angewandte Psychologie zu Schwerpunktthemen wie z. B. psychologischer Diagnostik.

Auch durch die Fachsektionen werden Kongresse veranstaltet. Die Landesgruppen führen unabhängig voneinander in Abständen „Landespsychologentage“ durch zu Themen wie z. B. „Prävention“ (NRW 1986) oder „Verhalten und Gesundheit“ (Baden-Württemberg 1988).

Es sollte beachtet werden, daß ein nicht geringer Teil fachlicher Aktivitäten im Rahmen des BDP auf der Ebene der Landesgruppen und Sektionen stattfindet. Es ist daher sinnvoll, zur jeweiligen Landesgruppe Kontakt aufzunehmen (Adressen siehe „Empfehlungen“).

Im Rahmen der Sektionen „Klinische Psychologie“ und „Psychologische Psychotherapeuten“ besteht eine ganze Reihe von Arbeitskreisen zur psychologischen Tätigkeit in verschiedenen Gesundheitsbereichen (z. B. in Gesundheitsämtern, Beratungsstellen, Reha-Kliniken, Krankenhäusern, Prävention, Sucht, Früherkennung, Behinderung).

Die Sektion Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie verfügt u. a. über Arbeitskreise mit den folgenden Aufgabenstellungen:

Psychologie im Arbeitsschutz (psychologische Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit, Sicherheitserziehung)

Klinische Betriebspsychologie (integrierte Beratungsansätze, psychologische Interventionen und Präventionsmaßnahmen zur Förderung der psychischen und physischen Gesundheit am Arbeitsplatz)

Arbeits- und Betriebspsychologie in der beruflichen Rehabilitation (psychologische Tätigkeit in Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken, Werkstätten für Behinderte und bei Rehabilitationsträgern)

Die Arbeitskreise können bei Informationsbedarf über die genannten Sektionen angesprochen werden. Möglichkeiten einer Zusammenarbeit müssen mit den einzelnen Arbeitskreisen geklärt werden.

Der BDP, der in seinem „Gesundheitspolitischen Programm“ eine enge Zusammenarbeit von Psychologen und medizinischem Gesundheitswesen vertritt, wird auf Anliegen, die seitens entsprechender Institutionen an ihn herangetragen werden, sehr aufgeschlossen reagieren.

- BDP -

Publikationen

Zur Information über alle laufenden Aktivitäten und die neuen Publikationen des BDP kann die Zeitschrift Report Psychologie über den Deutschen Psychologen Verlag (Heilsbachstr. 22, 53123 Bonn) bezogen werden

Über kostenpflichtige Bücher und Broschüren des BDP vor allem zu Problemen der Angewandten Psychologie und der psychologischen Berufskunde können kostenlose Verzeichnisse angefordert werden.

Die allgemeinverständlichen, kurzen Artikel des Presstedienstes „Informationen Deutscher Psychologen“ können zu speziellen Themen kostenlos bezogen werden (Verzeichnis lieferbarer Beiträge erhältlich).

Serviceleistungen

Beachtung verdient das große Potential des BDP an Fachreferenten für alle Fragestellungen aus dem Bereich der Psychohygiene.

Zu den Fort- und Weiterbildungsangeboten (u. a. zu einem breiten Spektrum an Therapieverfahren) der Deutschen Psychologen Akademie im BDP (Heilsbachstr. 22, 53123 Bonn) kann ein Jahreskalender bezogen werden.

Bei speziellen fachlichen Problemen sollte die entsprechende Fachsektion angesprochen werden (Kontaktadressen siehe unten).

Empfehlenswert ist die Kontaktaufnahme mit der jeweiligen Landesgruppe des BDP im eigenen Bundesland, da viele Projekte (z. B. Beratung bei AIDS) auf Landesebene stattfinden (Adressen im Anschluß).

Kontaktadressen der Landesgruppen:

Baden-Württemberg:

Dipl.-Psych. Martin Urban
Hafenmarkt 1, 73728 Esslingen
Tel.: (07 11) 35 35 99
Fax: (07 11) 35 35 04

Bayern:

PD Dr. Siegfried Höfling
Fax: (0 81 31) 9 12 68
Landesgeschäftsstelle:
Schützenstraße 14, 85757 Karlsfeld b. München
Tel.: (0 81 31) 9 69 80
Fax: (0 81 31) 9 12 68

Berlin:

Dipl.-Psych. Hans-Dieter Spille
Kantstraße 32, 10625 Berlin
Landesgeschäftsstelle:
Helmholtzstraße 15, 10587 Berlin
Tel.: (0 30) 3 93 04 08
Fax: (0 30) 3 93 80 77

Brandenburg:

Dipl.-Psych. Wolfram Thiel
Potsdamer Straße 9, 03046 Cottbus
Landesgeschäftsstelle:
Dipl.-Psych. Ulrike Kaschel
Mixdorfer Straße 7, 15232 Frankfurt (Oder)
Tel.: (03 35) 54 21 37 (d.)
Fax: (03 35) 52 87 94

Bremen:

Dr. Hans Nadolny
Osterdeich 76, 28205 Bremen
Tel. und Fax: (04 21) 49 03 22

Hamburg:

Dr. Peter Riedel
Isestraße 25, 20144 Hamburg
Geschäftsstelle:
Tel.: (0 40) 4 20 18 14
Fax: (0 40) 4 22 58 53

Hessen:

Dipl.-Psych. Ilona Keil
Eckenheimer Landstraße 123, 60318 Frankfurt
Tel.: (0 69) 55 81 77
Landesgeschäftsstelle:
Niederanau 39, 60325 Frankfurt
Tel.: (0 69) 17 37 86
Fax: (0 69) 17 38 02

Mecklenburg-Vorpommern:

Dr. phil. Helga Bernt
J.-Brinckman-Straße 10, 18190 Sanitz
Tel.: (03 82 09) 2 69
Landesgeschäftsstelle:
Ravensteinstraße 23, 17373 Ueckermünde
Tel.: Ueckermünde 5 91

Niedersachsen:

Dr. Stefan Jacobs, Institut für Psychologie,
Klinische Psychologie,
Universität Göttingen
Goßlerstraße 14, 37073 Göttingen
Tel.: (05 51) 39 35 82 (dienstlich)
Fax: (05 51) 39 35 44
Landesgeschäftsstelle:
Wilhelm-Weber-Straße 22, 37073 Göttingen
Tel.: (05 51) 4 49 23 (Anrufbeantworter)
Fax: (05 51) 4 53 09

Nordrhein-Westfalen:

Dr. Hermann-J. Berk
Volksgartenstraße 14, 50677 Köln
Tel.: (02 21) 31 45 40
Landesgeschäftsstelle:
Dipl.-Psych. Anita Pützkühl-Schöberlein
Schwanenmarkt 11, 40213 Düsseldorf
Tel.: (02 11) 13 37 67

Rheinland-Pfalz:

Dipl.-Psych. Gisela Rohrer
Göttelmannstraße 42 b, 55131 Mainz
Tel.: (0 61 31) 8 23 50 (vorm.)
Fax: (0 61 31) 83 51 56

Empfehlungen

- BDP -

**Kontaktadressen
der
Landesgruppen**

Saarland:

Dipl.-Psych. Peter M. Glatzel, LKH Merzig
Trierer Straße 148, 66663 Merzig
Tel.: (0 68 61) 7 08-3 59
Fax: (0 68 31) 4 38 22 (pr.)
Landesgeschäftsstelle:
Fürstenstraße 1 B, 66111 Saarbrücken
Tel.: (06 81) 3 54 43
Fax: (06 81) 37 67 57
(Praxis Bellhäuser)

Sachsen:

Dipl.-Psych. Ralf Mehlmann
Brandenburger Straße 5, 04103 Leipzig
Tel.: (03 41) 6 97 33 24
Fax: (03 41) 6 97 33 22

Sachsen-Anhalt:

Dipl.-Psych. Johannes Pabel
Kopernikusstraße 4, 06118 Halle/S.
Tel.: (03 45) 50 86 33 (pr.)
Fax: (03 45) 3 14 05 und 5 50 07 62 (d.)
Landesgeschäftsstelle:
Praxis für Psychotherapie
Hans-Peter Keck,
Ärztehaus Mitte
Kleine Klausstraße 16, 06108 Halle/S.
Tel.: (03 45) 2 69 85 (Di 15.00 - 17.00 Uhr)

Schleswig-Holstein:

Dipl.-Psych. Reinald Ueker-Loh
Kaiserstraße 26, 24768 Rendsburg
Tel.: (0 43 31) 2 60 50 (dienstl.)
Fax: (0 43 31) 5 68 48

Thüringen:

Dipl.-Psych. Hellmut Faulwasser
c/o Häblerstraße 46, 99099 Erfurt
Tel. und Fax: (03 61) 66 91 45
Landesgeschäftsstelle:
Petersberg 1, 99084 Erfurt
Tel.: (03 61) 2 92 81
Fax: (03 61) 66 91 45

Kontaktadressen der Sektionen:

Angestellte und beamtete Psychologen:

Dipl.-Psych. Elisabeth Götzinger
Neugasse 3, 67551 Worms
Tel. und Fax: (0 62 41) 3 65 02 (privat)
Geschäftsstelle:
Heilsbachstraße 22, 53123 Bonn
Tel.: (02 28) 64 10 54-56
(Di/Do 11.00 - 16.00 Uhr)

**Arbeits-, Betriebs- und
Organisationspsychologie:**

Dipl.-Psych. Sabine Siegl
Königsteiner Straße 7, 65197 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 2 75-2 21
Fax: (06 11) 2 75-5 87
Geschäftsstelle:
Heilsbachstraße 22, 53123 Bonn
Tel.: (02 28) 64 54 67
(Di/Fr 9.00 - 11.00 Uhr)

Aus-, Fort- und Weiterbildung in Psychologie:

Dr. Hermann Zayer
Deutsches Institut für Internationale
Pädagogische Forschung
Schloßstraße 29, 60486 Frankfurt/Main
Tel.: (0 69) 24 70 80
Fax: (0 69) 2 47 08-4 44

Geschäftsstelle:

Theodor-Heuss-Allee 10, 54292 Trier
Tel.: 06 51) 14 77 20
Fax: (06 51) 147 72 21

Freiberufliche Psychologen:

Dipl.-Psych. Attila Szabó
Postfach 20 34 64, 20224 Hamburg
Tel.: (0 40) 49 27 19
Fax: (0 40) 4 90 36 90

Klinische Psychologie:

Dipl.-Psych. Volker Schmid
Zehnmorgenstraße 5, 60433 Frankfurt
Tel.: (0 69) 53 43 44
Fax: (0 69) 52 25 13
Geschäftsstelle:
Bahnhofstraße 2 c, 55116 Mainz
Tel.: (0 61 31) 23 30 02
Fax: (0 61 31) 23 60 66
(dienstags und donnerstags 9.00 - 16.00 Uhr)

Antragskommission Klinischer Psychologie BDP:

Bahnhofstraße 2 c, 55116 Mainz
Tel.: (0 61 31) 23 16 66
(dienstags 10.00 - 16.00 Uhr)

Markt- und Kommunikationspsychologie:

Prof. Dr. Henning Haase
Hedwig-Dransfeld-Straße 16, 60487 Frankfurt
Tel.: (0 69) 77 66 05
Fax: (0 69) 77 69 73

Politische Psychologie:

Dr. Helmut Moser,
Psychologisches Institut I
Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg
Tel.: (0 40) 41 23 47 32
Fax: (0 40) 5 26 34 60

Rechtspsychologie:

Dipl.-Psych. Sabine Nowara
Hagelstraße 5, 45731 Waltrop
Tel.: (02 01) 72 27-102 (d.)

Schriftpsychologie:

Dr. Maria Paul-Mengelberg
Kaiserbergstraße 6, 53545 Linz
Tel.: (0 26 44) 26 21

Schulpsychologie:

Dipl.-Psych. Helmut Heyse
Albert-Schweitzer-Straße 7, 54329 Konz
Tel.: (0 65 01) 1 51 54 (privat)
(06 51) 94 94-3 47 (dienstlich)

Verband Psychologischer Psychotherapeuten:

c/o Bundesgeschäftsstelle des BDP
Dr. Hermann-Josef Berk
Heilsbachstraße 22, 53123 Bonn

Verkehrspsychologie:

Prof. Dr. Günter Kroj
c/o Bundesanstalt für Straßenwesen
Brüderstraße 53, 51427 Bergisch Gladbach
Tel.: (0 22 04) 4 34 56
Fax: (0 22 04) 4 38 33

BILDUNGSWERK AIDS UND GESELLSCHAFT e. V.

Adresse Freies Tagungshaus Waldschlößchen
37130 Gleichen-Reinhausen

Telefon 0 55 92/17 38

Ende 1986 wurde das Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e.V. mit Unterstützung der niedersächsischen AIDS-Hilfen von Mitarbeitern des Vereins für soziale und pädagogische Arbeit e.V. gegründet, der Träger des Freien Tagungshauses Waldschlößchen in Reinhausen bei Göttingen ist.

Hervorgegangen ist das Bildungswerk aus dem Engagement von Mitgliedern des Trägervereins, die sich 1985 an der Gründung der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. beteiligten und schon 1984/85 Informations- und Gesprächsabende zum Thema AIDS und später bundesweite Seminare und Fortbildungen veranstalteten.

Die Ziele des Bildungswerkes AIDS und Gesellschaft e.V. sind lt. Satzung die Förderung von öffentlichem Gesundheitswesen, Volks- und Berufsbildung zur AIDS-Thematik. Damit sind alle die gemeint, die sich mit gesundheitlichen, sozialen, psychologischen, gesundheitspolitischen und rechtlichen Aspekten der Krankheit AIDS befassen.

Die Arbeit des Bildungswerkes stützt sich auf die Erkenntnisse und Erfahrungen, daß AIDS-Prävention Lebensbereiche berührt, die tabuisiert sind und bei der notwendigen zielgruppenspezifischen Ausrichtung nicht von den traditionellen Instanzen allein wirksam geleistet werden kann. Die Kompetenz der Mitarbeiter/innen und Referenten/innen des Bildungswerks finden die Akzeptanz durch ihre Nähe oder Zugehörigkeit zu den Betroffenenengruppen.

Die Schwerpunkte zur Umsetzung der Vereinsziele sind dabei

- die Fortbildung von Mitarbeiter/innen der AIDS-Hilfen des Landes Niedersachsen,
- bundesweite Fortbildungsangebote für die Berufsgruppen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens und sozialer Dienste,
- bundesweite psychosoziale Angebote für HIV-positive, an AIDS erkrankte und ihnen nahestehenden Menschen.

Die Vereinsorgane des Bildungswerkes sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung wählt u. a. den Vorstand, legt die Richtlinien für die Arbeit des Vorstandes fest und genehmigt den Haushaltsplan.

Aufgaben und Ziele der Institution

Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e. V.	<p>Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern, vertritt den Verein und ist für seine Angelegenheiten zuständig. Die Tätigkeit des Bildungswerkes und die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter werden finanziert durch institutionelle und Projektförderung des Landes Niedersachsen.</p>	<p>sen, über die Deutsche AIDS-Hilfe durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, durch das Bundesgesundheitsministerium sowie durch Teilnehmergebühren und Mitgliedsbeiträge</p>
Medienangebote	<p>Dem Arbeitsschwerpunkt entsprechend hat das Bildungswerk kein Medienangebot. Es gibt lediglich halbjährlich das Veranstaltungsprogramm heraus, das Interessierten auf Wunsch regelmäßig zugesandt wird, für Betroffene auch in anonym Form.</p>	
Serviceleistungen	<p>Im Mittelpunkt der Serviceleistungen steht das umfangreiche Bildungsangebot des Bildungswerkes</p> <p>Die Ausbildung und Weiterbildung zu AIDS richtet sich einmal bundesweit an die Mitarbeiter/innen der AIDS-Hilfen, worin u a Gesprächsführung, Bearbeitung eigener Beratungsprobleme, Auseinandersetzung mit Krankheit, Sterben und Tod sowie Öffentlichkeitsarbeit enthalten sind. Weitere Teilnehmerkreise sind die Mitarbeiter/innen von Beratungsstellen im ÖGD, von Drogenberatungsstellen und aus der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit. Es sind dies u. a. dreitägige Betreuer- und Beraterschulungen, die im Freien Tagungshaus Waldschlößchen und an anderen Orten in Niedersachsen durchgeführt werden.</p> <p>Weiterhin gibt es Fortbildungsangebote für den gleichen Teilnehmerkreis (z T gegen Teilnehmergebühren); Themen sind u. a.</p> <p>AIDS, Drogen und Strafvollzug: dreitägiges Seminar zu Angeboten in der Betreuung, Beratung und Hilfe sowie zur Arbeit in den Strafvollzugsanstalten; AIDS und Kinder: dreitägige Fortbildung über sozial- und gesundheitspolitische sowie juristische Aspekte, über die Arbeit mit HIV-infizierten bzw. an AIDS erkrankten Kindern und deren psychosoziale Situation; Jugend und AIDS: dreitägiger sexualpädagogischer Workshop zur Reflexion über die eigene Sexualität und zur Auseinandersetzung über den gesellschaftlichen und persönlichen Umgang mit der Angst vor AIDS.</p> <p>Die Seminare des Bildungswerkes richten sich u a an Schwule, Bisexuelle und Menschen, die mit ihnen bzw mit HIV-infizierten/an AIDS erkrankten Menschen zu tun haben</p>	<p>Weitere Seminare finden zum Thema Frauen und AIDS statt: dreitägiges Seminar zur weiblichen Sexualität und AIDS, zur Situation HIV-positiver Frauen und zur Rolle der Frau in der AIDS-Prävention für Frauen, die in der AIDS-Sozialarbeit und Öffentlichkeitsarbeit in AIDS-Hilfen, Gesundheitsämtern u.ä. tätig sind</p> <p>Mit psychosozialen Angeboten wendet sich das Bildungswerk an Menschen mit HIV und AIDS und ihre Partner/innen bzw ihnen Nahestehende Dazu gehören u a.</p> <p>Bundesweite Positiven-Treffen: Seit 1986 finden mehrmals im Jahr diese dreitägigen Treffen für HIV-Positive und ihre Freundinnen und Freunde statt, um Schwerpunktthemen zu bearbeiten (medizinische, rechtliche Aspekte, Auseinandersetzung mit Sterben und Tod) und einander zu begegnen; Sterbeworkshop für Menschen mit HIV und AIDS: dreitägiger Workshop nur für Menschen mit HIV und AIDS mit der Möglichkeit, Wege zur Bewältigung eigener Todesängste und -befürchtungen zu finden; - Workshop für Menschen mit AIDS: dreitägige Veranstaltung mit offenen Angeboten wie Gesprächskreisen, Spaziergängen, Schwimmen, Sauna, Massagen und medizinischer Betreuung für Betroffene und ihre Betreuer; - Treffen für Partner/innen und Angehörige von Menschen mit HIV und AIDS: dreitägiger Workshop mit dem Ziel, die spezifische Problematik, die im Zusammenhang durch die Infektion bzw. Erkrankung entsteht, zu thematisieren.</p> <p>Weitere Serviceleistungen des Bildungswerkes bestehen in der Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Referenten für die AIDS-Problematik, in der Beratung für die Fortbildung und in der Durchführung von Veranstaltungen für Dritte. Im regionalen Raum führt das Bildungswerk außerdem Veranstaltungen zu gesundheitspolitischen, ethischen, juristischen und sozialwissenschaftlichen Aspekten der Krankheit AIDS durch.</p>
Empfehlungen	<p>Für alle, die sich im Rahmen ihrer hauptberuflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit der Problematik AIDS befassen, und für Betroffene mit ihren Angehörigen bietet das Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e V wichtige problemnahe Veranstaltungen an</p>	<p>Daher ist es notwendig, sich in den Verteiler für das Veranstaltungsprogramm aufnehmen zu lassen.</p> <p>Für die Planung und Durchführung eigener Veranstaltungen sollte die fachliche Kompetenz des Bildungswerkes genutzt werden.</p>

BLAUES KREUZ IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE Bundesverband e. V.

– BKE –

Adresse Dieterichsstraße 17 A
30159 Hannover

Telefon 05 11/3 63 18 15

Telefax 05 11/32 91 29

Das Blaue Kreuz in der Evangelischen Kirche Bundesverband e. V. (BKE) ist eine Selbsthilfeorganisation in der Suchtkrankenhilfe.

Es ist als gemeinnütziger Verein der Dachverband der ihm angeschlossenen Landesverbände und Mitgliedsvereine und -gruppen. Die Adressen sind zu erfragen bei BKE.

Das Blaue Kreuz wurde 1877 durch Pfarrer Louis-Lucien Rochat und andere Christen in Genf gegründet. Im Jahre 1885 gründete Pfarrer Arnold Bovet den Blaukreuz-Verein in Hagen/Westfalen. Kirchenpolitische und theologische Kontroversen führten schon bald zu einer Spaltung der Blaukreuz-Arbeit in Deutschland. So gründeten 1902 vier Landesverbände in Soest/Westf. den „Deutschen Bund evangelisch-kirchlicher Blaukreuz-Verbände“, der sich seit dem 4. 11. 1964 „Blaues Kreuz in der Evangelischen Kirche“ nennt.

War die Arbeit des BKE anfänglich noch überwiegend von abstinent lebenden Kirchengruppen geprägt, entwickelte sich das Blaue Kreuz in der Folge zu einer Selbsthilfeorganisation Suchtkranker und Angehöriger.

Der Bundesverband hat die Aufgabe, den Suchtgefährdeten und Suchtkranken sowie deren Angehörigen zu helfen und süchtiges Verhalten abzuwehren. Notwendige Voraussetzungen zur Genesung ist die Krankheitseinsicht und ein suchtfreies Leben entsprechend dem jeweiligen Krankheitsbild.

Die Arbeit des Blauen Kreuzes in der Evangelischen Kirche (BKE) ist geprägt durch das Prinzip der Selbsthilfe, das auf ehrenamtlicher Mitarbeit beruht und wesentlich von den Suchtkranken und Angehörigen geleistet wird.

Das BKE arbeitet in der Gruppengemeinschaft an der Lösung von Problemen, die sich aus dem Mißbrauch von Alkohol und anderen Süchten (Medikamenten-, Spiel-, EB-, Beziehungssucht) für die Betroffenen und ihre Angehörigen ergeben mit dem Ziel, eine zufriedene Abstinenz zu erreichen.

Es versteht sich dabei als eine christliche Gemeinschaft, die dem Evangelium verpflichtet ist und gemeindebezogen mit den Beratungsstellen von Kirche und Diakonie in den Bereichen Vor- und Nachsorge zusammenarbeitet.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- BKE -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Im Behandlungsverbund der Suchtkrankenhilfe nehmen die Selbsthilfegruppen des BKE folgende Aufgaben wahr:

Motivation zur Behandlung,
Begleitende Hilfe während der ambulanten und stationären Therapie,
Nachsorge,
Vorbeugung und Aufklärung.

Sie arbeiten dabei auf partnerschaftlicher Basis mit Beratungsstellen, Fachkrankenhäusern und anderen Institutionen zusammen und sind Mitglied des Gesamtverbandes für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (GVSD) sowie der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS)

Kern der Arbeit des Blauen Kreuzes in der Evangelischen Kirche ist die Gruppe, die sich als Lern- und Arbeitsgemeinschaft versteht. Dabei wird es als hilfreich angesehen, daß nicht nur die/der Betroffene selbst, sondern auch ihre/seine Angehörigen in den Selbsthilfeprozess miteinbezogen werden

Die Gruppenmitglieder – ob Suchtkranke oder Angehörige – erhalten die Chance, sich und ihre Lebensbeziehungen, ihre Defizite, ihren Lebensstil und ihre Lebensperspektiven kennenzulernen und zu überprüfen, neue Wege zu suchen und zu finden, ihrem Leben einen neuen Sinn zu geben.

In aller Regel wird gemeinsame Gruppenarbeit von Betroffenen und Angehörigen geleistet. Da aber vermehrt feststellbar ist, daß die „Einheitsgruppe für alle“ die Anliegen von Teilgruppen nicht genügend berücksichtigen kann, bietet das Blaue Kreuz in der Evangelischen Kirche Angehörigengruppen, Frauen- und Männergruppen, Jugend- und Seniorengruppen an.

Zudem gibt es inzwischen eigene Selbsthilfegruppen für Spielsüchtige

Der Leitsatz lautet: „Nehmet einander an, gleich wie Christus euch angenommen hat.“

Medienangebote

Das BKE veröffentlicht Faltblätter, Broschüren und andere Informationsmaterialien zu seinen Aufgabebereichen. Diese werden in erster Linie für die Arbeit der eigenen Selbsthilfegruppen erstellt. Darüber hinaus können die Materialien vereinzelt an Interessierte weitergegeben werden (z. T. kostenverursachend).

Serviceleistungen

Der Bundesverband des BKE berät und unterstützt:

Gruppen und Initiativen, die sich weiterentwickeln wollen,
alle, die sich den Selbsthilfegruppen und -verbänden des BKE anschließen wollen,
die vorhandenen Landesverbände und Mitgliedsgruppen in allen ihren Aufgaben

Er ist in der Lage, Auskunft über örtliche bereits vorhandene Selbsthilfegruppen zu geben

Der BKE-Bundesverband ist bereit, Vorträge und Seminare zu den Themen seines Aufgabebereiches zu halten und durchzuführen (kostenverursachend).

Er bietet für seine ehrenamtlichen Mitglieder Tagungen, Seminare und sonstige Veranstaltungen zur Unterstützung und Verbesserung der Aufgaben und Ziele.

Empfehlungen

Der Bundesverband BKE informiert über Ansprechpartner auf örtlicher und regionaler Ebene.

BLAUES KREUZ IN DEUTSCHLAND e. V.

– BKD –

Adresse Bundesgeschäftsstelle
Freiligrathstraße 27
42289 Wuppertal

Telefon 02 02/6 20 03-0

Telefax 02 02/6 20 03-81

Das Blaue Kreuz wurde am 27. 9. 1877 durch Pfarrer Louis-Lucien Rochat in Genf gegründet. Sehr bald bildeten sich in anderen Ländern Westeuropas Blaukreuz-Verbände; in Deutschland entstanden seit 1884/85 die ersten Vereine. Das Blaue Kreuz in Deutschland ist Mitglied im Internationalen Bund des Blauen Kreuzes, zu dem zur Zeit 38 Länder gehören.

Das Blaue Kreuz ist ein mildtätiger Verein mit ca. 9.000 satzungsmäßigen Einzelmitgliedern (Abstinenzlern) und zur Alkoholabstinenz verpflichteter Freunde. Das Blaue Kreuz finanziert sich über Spenden, Mitgliedsbeiträge, zweckgebundene Zuschüsse und Pflegesätze in den stationären Einrichtungen.

Als Fachverband in der evangelischen Suchtkrankenhilfe ist das Blaue Kreuz auf verschiedenen Ebenen tätig, so z. B. in Vereinen und Begegnungsgruppen, in den Beratungsstellen, in den Fachkliniken und stellt so einen wirkungsvollen Behandlungsverbund, bestehend aus Erstkontakt, Beratung, Begleitung, Fachbehandlung, Nachsorge, Freizeitangeboten und Schulung/Fortbildung zur Verfügung.

Das Blaue Kreuz ist folgenden Grundgedanken verpflichtet:

- Das Blaue Kreuz in Deutschland e. V. ist eine Gemeinschaft, deren Mitglieder sich zu Jesus Christus als ihrem persönlichen Herrn und Befreier bekennen und sich schriftlich zu einer alkoholfreien Lebensweise verpflichtet haben
- Es sieht seine Aufgabe darin, Suchtgefährdeten, -kranken und ihren Angehörigen auf der Grundlage des Evangeliums von Jesus Christus umfassend zu helfen.
- Das Blaue Kreuz ist bestrebt, dem Mißbrauch des Alkohols und anderer Suchtmittel auch in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken und der Suchtgefährdung vorzubeugen.
- Es bietet mit seinen Veranstaltungen, Einrichtungen und Freizeitangeboten den für Alkoholranke und -gefährdete erforderlichen alkoholfreien Lebensraum.
- Das Blaue Kreuz legt Wert auf Zusammenarbeit mit Seelsorgern und Ärzten, Bewährungshelfern und Richtern, Psychologen und Sozialarbeitern, Beratungsstellen, Heimen und Fachkliniken, Verbänden und Behörden, die sich mit der Beratung und Behandlung Alkoholkranker und ihrer Angehörigen befassen.
- Es arbeitet überkonfessionell, weiß sich jedoch mit der Evangelischen Allianz verbunden und arbeitet mit Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften zusammen

Aufgaben und Ziele der Institution

– BKD –

Medienangebote

Das Blaue Kreuz gibt folgende Periodika heraus:

- „Blaues Kreuz/Monatszeitschrift des Blauen Kreuzes in Deutschland e. V.“ In diesem Monatsblatt werden u. a. Fachartikel zur Suchtkrankenhilfe, Veranstaltungshinweise, Aktuelles aus den Landesverbänden veröffentlicht (kostenpflichtig)
- „Rettung“/„Füreinander“: zwei Monatsblätter, welche u. a. seelsorgerliche Impulse und Literaturhinweise enthalten (kostenpflichtig).
- „Familienkalender“: Der „Familienkalender“ erscheint einmal im Jahr, neben Fachartikeln für die Suchtkrankenhilfe bietet er ein Kalendarium und persönliche Zeugnisse von Freigewordenen und Angehörigen (kostenpflichtig)
- „Freundesbrief des Blauen Kreuzes in Deutschland e. V.“: Der „Freundesbrief“ erscheint halbjährlich, er enthält die Vorstellung neuer Projekte, Berichte aus der laufenden Arbeit, Vorstellung neuer Literatur etc. (kostenlos).

- „Verlagsverzeichnis des Blaukreuz-Verlages für Fachliteratur, Glaubens- und Lebenshilfe“, erscheint jährlich (kostenlos).
- „Bücher helfen leben“/„Sucht aktuell“: Die Kataloge der Versandbuchhandlung erscheinen jährlich (kostenlos).

Jeder Interessent kann auf Wunsch in den Verteilern für die Medien aufgenommen werden. Neben den Periodika gibt das Blaue Kreuz den Prospekt „Sinnvolle Freizeit“ heraus, in dem die Termine der Freizeiten, Lehrgänge, Konferenzen und Tagungen vorgestellt, aber auch die thematischen Schwerpunkte und die Zielgruppen geklärt werden. Diese Prospekte sind sowohl in der Geschäftsstelle als auch in den Landesverbänden, den Gruppen, Vereinen und Beratungsstellen erhältlich

Serviceleistungen

Die folgend aufgeführten Serviceleistungen (Fortbildung, Beratung, Referentendienst und sonstige Angebote) können sowohl verbandsintern als auch verbandsextern z. B. von Gesundheitsämtern, Krankenkassen, Betrieben, Schulen, Kirchen und Gemeinden und anderen Trägern bzw. Institutionen sowie Einzelpersonen genutzt werden:

- **Fortbildung**
Das Blaue Kreuz in Deutschland e. V. bietet in allen Bundesländern flächendeckend die Ausbildung für freiwillige Suchtkrankenhelfer bzw. -helferinnen mit weiterführenden Bildungseminaren an, die sowohl Blaukreuz-Mitgliedern als auch anderen Interessierten offenstehen. Informationen sind sowohl bei der Bundesgeschäftsstelle als auch bei den Landesverbänden erhältlich
- **Beratung**
Im Bundesgebiet bietet das Blaue Kreuz Beratung und Begleitung an durch:
30 Beratungsstellen,
ca. 365 selbständige Begegnungsgruppen und Ortsvereine für Alkoholgefährdete, -kranke und Angehörige,
eine Vielzahl von ehrenamtlichen Blaukreuz-Mitarbeitern und -Mitarbeiterinnen, die in den verschiedensten Orten als Kontaktpersonen tätig sind. Die einzelnen Adressen können in der Bundesgeschäftsstelle erfragt werden
- **Referentendienst**
Reisesekretäre:
Die Reisesekretäre des Blauen Kreuzes begleiten die einzelnen Gruppenleiter und Ortsvereine im Bundesgebiet (Supervision), entwickeln mit ihnen gemeinsam Perspektiven für die Helferarbeit, z. B. Strategien der Öffentlichkeitsarbeit, sie bieten Seelsorge an, führen Mitarbeiterschulungen durch, wirken motivationsfördernd, führen mit Suchtkranken und deren Angehörigen Besinnungswochen und andere Freizeitangebote durch usw

Erwachsenenbildungsreferenten:

Die Aufgabe der Erwachsenenbildungsreferenten liegt darin, freiwillige Suchtkrankenhelfer und -helferinnen zu gewinnen, sie zu schulen, sie in ihren Praxisfeldern zu begleiten (Supervision) Darüber hinaus sind sie in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Zu ihrem Aufgabengebiet gehört ferner das Durchführen von therapeutischen Ferienwochen für Suchtkranke und deren Angehörige sowie die Erstellung von Arbeitshilfen und anderer Literatur.

Kinder- und Jugendsekretärin:

Ihr Aufgabengebiet beinhaltet den Aufbau und die Begleitung der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere die Mitarbeiterschulung und -begleitung, das Entwickeln neuer Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit, Planung und Durchführung von Kinder- und Jugendfreizeiten im In- und Ausland, den großen Bereich der Prävention, die Zusammenarbeit mit anderen Jugendwerken, Literatur- und Öffentlichkeitsarbeit

• Sonstige Angebote

Frauenkreise/Frauenseminare,
Männerkreise/Männerseminare,
Begegnungsgruppen,
Bibelstunden,
Jugendkreise,
Freizeiten,
Besinnungswochen,
Seminare,
Multiplikatorschulung auf Bundesebene, z. B. bei Fachtagungen der DHS (Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren), GVS (Gesamtverband für die Suchtkrankenhilfe) in Kassel sowie auf Länder- und Kommunalebene sowohl für interne wie externe Fachleute und interessierte Laien,
Wanderausstellungen (Schautafeln mit Filmmaterial, Informationen, Begleitung und Beratung, Angebote für Schulklassen usw.),
Aktion Lohnender Verzicht

Hinweis: Alle Angebote können aus dem Prospekt „Sinnvolle Freizeit“ entnommen werden, der bei der Bundesgeschäftsstelle bezogen werden kann

Die Kontaktaufnahme zum Blauen Kreuz ist möglich über den Blaukreuz-Verlag und seine Schriften, über die selbständigen Begegnungsgruppen, die Blaukreuz-Beratungsstellen sowie durch Kontaktaufnahme mit der Bundesgeschäftsstelle.

Die Anschriften der 18 Landesverbände sind bei der Bundesgeschäftsstelle zu erfragen

- BKD -

Empfehlungen

BREMER INSTITUT FÜR PRÄVENTIONS- FORSCHUNG UND SOZIALMEDIZIN

– BIPS –

Adresse Grünenstraße 120
28199 Bremen
Postfach 10 67 67
28067 Bremen

Telefon 04 21/59 59 60

Telefax 04 21/5 95 96-65/68

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) besteht seit dem 11.11.1981 als rechtlich unselbständiges Forschungsinstitut des Vereins zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der Freien Hansestadt Bremen e. V. Das Institut wurde durch einen Beschluß des Senats der Freien Hansestadt Bremen gegründet, um eine im norddeutschen Raum bestehende Lücke institutionell verankerter Gesundheitsforschung zu schließen. Dabei sollte durch die Ansiedlung von Forschungskapazitäten die Möglichkeit eröffnet werden, in Kooperation mit bereits bestehenden Forschungseinrichtungen, Forschungsprojekte aus den Bereichen der primären Prävention chronischer Krankheiten und der Sozialmedizin durchzuführen.

Das Institut finanziert sich durch Etatmittel des Landes Bremen und durch Forschungsprojekte bzw. die Übernahme von Forschungsaufträgen.

Das Institut verfügt über die folgenden 4 Fachabteilungen:

Abteilung Sozialmedizin und Arzneimittel-epidemiologie
Abteilung Biometrie und EDV
Abteilung Epidemiologie
Abteilung Epidemiologie der Umwelt und des Arbeitslebens

Dem Institut sind als Aufsichtsgremien ein Kuratorium und ein Forschungsbeirat zugeordnet.

Zusammenstellung der derzeit laufenden Forschungsprojekte (Stand: März 1994):

Epidemiologie kardiovaskulärer Erkrankungen:

- Abschlußevaluation der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP)
- Bremer Herzinfarktregister
- Evaluation kardiovaskulärer Mortalität

Epidemiologie der Arbeitswelt:

- Fall-Kontrollstudie zu Lungenkrebs und Risiken am Arbeitsplatz
- Fall-Kontrollstudie zu Blasenkrebs und Risiken am Arbeitsplatz
- Fall-Kontrollstudie zu Urothel- und Nierenzellkarzinomen
- Fall-Kontrollstudie zu Arbeitsplatzrisiken und Kehlkopfkrebs

- BIPS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Studie zur Kategorisierung typischer Arbeitsplatz-situationen nach Expositionspotential in der Papier-industrie
Kohortenstudie zur Mortalität in Gießereien
Kohortenstudie zum Krebsrisiko in der Styrol-Weiter-verarbeitung

Umweltepidemiologie:

- Eine Fall-Kontrollstudie und zwei Inzidenzstudien zu Leukämien und malignen Lymphomen
- Studie zu Luftverunreinigungen und Lungenkrebs-
risiko

Evaluation:

- Bewertung von Krebspräventionsprogrammen in Norddeutschland
- Begleitforschung zur Methadonsubstitution Bremen
- Evaluation der „Offenen Beratungsstelle für gesunde Ernährung und Bewegung in Sachsen (GEBS)“

Mortalitätsdaten und Statistiken:

- Räumlich-zeitliche Analysen von Mortalitätsdaten
- Verbesserung der Validität und Reliabilität der amt-lichen Todesursachenstatistik
- Entwicklung des Bremer Mortalitätsindex

Gesundheitsförderung, Prävention und Transfer:

- Einrichtung der Bremer Arbeitsstelle für Gesundheits-förderung (BAG)
- Unterstützung und fachliche Beratung der „Offenen Beratungsstelle für gesunde Ernährung und Bewegung in Sachsen (GEBS)“
- Entwicklung eines Seminarkonzepts zum Arbeits- und Gesundheitsschutz für kleine und mittlere Betriebe
- Ernährungsberatung in den städtischen Kindertages-heimen

Medienangebote

1. Broschüren, Faltblätter etc. zur Gesundheitsförde-rung, insbesondere zum Bereich Ernährung und zur Prävention von Herz-Kreislauf-Krankheiten
2. Arbeitspapiere zu laufenden Forschungsprojekten
3. Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffent-lichungen
4. Projektabschlussberichte

Es wird empfohlen, beim BIPS das jeweils aktualisierte, kostenlose Faltblatt über die vorhandenen Materialien (inklusive Preis) anzufordern.

Service-leistungen

Das Institut bietet die folgenden in der Regel kosten-pflichtigen Serviceleistungen an bzw. übernimmt Auf-träge dazu:

Beratung von Multiplikatoren und Institutionen für den Bereich der Gesundheitsförderung,
Politikberatung für den Bereich Public Health,
Durchführung bzw. Beteiligung an Weiterbildungs-veranstaltungen und Seminaren zum Themen-bereich Prävention und Gesundheitsförderung,
Erstellung von Gutachten (Arbeitsmedizin, Umwelt-medizin),
Epidemiologische Task-Force-Leistungen zur Orien-tierung bei vermuteten regionalen Krankheits-Clustern, bisher insbesondere für Leukämien.

BRENDAN- SCHMITTMANN- STIFTUNG DES NAV-VIRCHOWBUNDES

Adresse	Belfortstraße 9 50668 Köln
Ansprechpartner	Dr. Peter Röhrig, Geschäftsführer
Telefon	02 21/97 30 05-53
Telefax	02 21/97 30 05-59

Die Brendan-Schmittmann-Stiftung ist eine vom NAV Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands e. V. – im Jahre 1974 gegründete Einrichtung zur Weiterentwicklung der ambulanten medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Ihr Name erinnert an das Wirken des Berliner Arztes Dr. med. Brendan Schmittmann. Die Stiftung bietet niedergelassenen Ärzten, Patienten und Institutionen des Gesundheitswesens praxisnahe Forschung und sozialmedizinisches Wissen an.

Niedergelassene Ärzte und ihre Patienten sind ständig wachsenden Anforderungen ausgesetzt. Die rasante Entwicklung der modernen Medizin und die gesundheitspolitischen Innovationen verlangen neue Ideen und wissenschaftlich fundierte Konzepte für die Handlungsfelder des Arztes. Forschung, Beratung und Erkenntnistransfer leistet die Brendan-Schmittmann-Stiftung des NAV-Virchowbundes.

Die Brendan-Schmittmann-Stiftung

- setzt sich für Gesundheitsförderung und Prävention durch niedergelassene Ärzte ein,
- trägt zur Qualitätssicherung der ambulanten Versorgung bei,
- unterstützt die Kooperation und den Erfahrungsaustausch im Gesundheitswesen,
- führt praxisorientierte Fortbildungen für Ärzte durch,
- hilft Ärzten, die Compliance ihrer chronisch kranken Patienten zu verbessern.

Beispiele für die Unterstützung ärztlicher Praxistätigkeit:

- Einrichtung von Kooperationsberatungsstellen für Ärzte und Selbsthilfegruppen (KOSA) bei den Kassenärztlichen Vereinigungen Hessen, Nordrhein, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen,
- Herausgabe von Praxisratgebern zur besseren Langzeitbetreuung chronisch Kranker,
- Einrichtung einer Kontaktstelle für Ärzte und Lehrer zur Anregung eines kooperativen, gesundheitsfördernden Unterrichts,
- Durchführung von Seminaren und Beratungen zur Praxisorganisation.

Finanzierung

Die Stiftung finanziert sich hauptsächlich aus Spenden, öffentlichen Fördermitteln und projektgebundenen Zuwendungen von Organisationen und Institutionen aus dem Gesundheitsbereich.

Aufgaben und Ziele der Institution

BRENDAN-SCHMITTMANN-STIFTUNG DES NAV-VIRCHOW-BUNDES

Gemeinnützigkeit

Die Brendan-Schmittmann-Stiftung ist eine Stiftung des privaten Rechts und als gemeinnützige Einrichtung anerkannt. Zuwendungen an die Stiftung, die der Erfüllung ihrer Aufgaben dienen, sind deshalb gemäß den steuerlichen Bestimmungen abzugsfähig. Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Medienangebote

Die Brendan-Schmittmann-Stiftung publiziert ihre Forschungsergebnisse in einer eigenen „Schriftenreihe zur Gesundheitsforschung“. In den vergangenen Jahren erschienen beispielsweise folgende Schriften:

- Das Belegarztwesen in der Bundesrepublik Deutschland
- Gruppenpraxen
Formen ärztlicher Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland
- Die Bedeutung des Privatpatienten für den niedergelassenen Arzt

- Ärzte und Selbsthilfegruppen Wege zu einem konstruktiven Dialog
- „Kooperation von Ärzten mit Selbsthilfegruppen“
Gesundheitsförderung als gemeinsame Aufgabe
Tagungsdokumentation
- Leben mit Krebs
Patientenerfahrungen mit ambulanter Nachsorge und individueller Gesundheitsförderung
- Kooperativer Gesundheitsunterricht
Ein Beitrag von Ärzten und Lehrern zur Gesundheitsförderung

Alle Schriften sind gegen eine Schutzgebühr bei der Brendan-Schmittmann-Stiftung erhältlich.

Serviceleistungen

Die Brendan-Schmittmann-Stiftung bietet allen Institutionen des Gesundheitswesens und interessierten Einzelpersonen folgende Serviceleistungen an:

Beratung bei der Einrichtung von Kooperationsberatungsstellen für Ärzte und Selbsthilfegruppen,

- Unterstützung beim Aufbau von Ärzte-Lehrer-Teams für gesundheitsfördernden Unterricht in der Schule,
- Seminare zur Praxisorganisation,
- wissenschaftliche Erhebungen und Untersuchungen.

Empfehlungen

Interessierte Personen sollten sich in den Verteiler der Brendan-Schmittmann-Stiftung aufnehmen lassen, um über aktuelle Projekte und Publikationen unterrichtet zu sein

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND e.V.

– BUND –

Adresse Im Rheingarten 7
53225 Bonn
Postfach 30 02 51
53182 Bonn

Telefon 02 28/40 09 70

Telefax 02 28/4 00 97 40

Der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)“ wurde 1975 als bundesweite Organisation von einigen bereits bestehenden Landesverbänden gegründet.

Heute ist er flächendeckend mit 16 Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten. Die Landesverbände wiederum sind in Kreisgruppen gegliedert; in vielen Kreisgruppen bestehen auch Ortsgruppen.

Seit 1979 ist der BUND (wie auch die meisten seiner Landesverbände) staatlich anerkannte Naturschutzorganisation nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz. Das heißt, daß er bei der Vorbereitung aller umweltrelevanten politischen Entscheidungen, Planungen (auch bei kommunalpolitischen Entscheidungen und Planungen wie z. B. bei Straßenplanungen), Verordnungen und Gesetze angehört wird

Der Bundesverband hat zwar Richtlinien-Kompetenzen, die Landesverbände sind jedoch autonom handlungsfähig und können jeweils eigene Arbeitsschwerpunkte setzen. Deshalb sind auch die Adressen der Landesverbände aufgeführt. Dies und die historisch-organisch gewachsene Struktur der Institution sind auch der Grund für die zahlreichen Arbeitskreise, die sich bundesweit konstituiert haben. Unter den 19 Arbeitskreisen zu verschiedenen Themenbereichen sollen 3 aufgrund ihrer für Gesundheitsfragen interessanten Arbeit besonders Erwähnung finden:

- der Arbeitskreis „Umwelterziehung und Medien“, Sprecher: Erhard Schulz, Dunantstraße 16, 79110 Freiburg, Tel. 07 61/88 59 50; dieser Arbeitskreis befaßt sich u. a. mit Fragen der sachgerechten Darstellung von Umweltproblemen und der erzieherischen Wirksamkeit von Umweltmedien;
- der Arbeitskreis „Gesundheit“, Sprecherin: Anne Wilig, Am See 4, 88636 Illensee-Reuschweiler, Tel. 0 75 58/4 53; dieser Arbeitskreis befaßt sich insbesondere mit Fragen gesunder Ernährung im Spektrum der Umweltproblematik;
- der Arbeitskreis „Umweltchemikalien/Toxikologie“, Kommissarisch: Angelika Horster, Uerdinger Str. 746, 47800 Krefeld, Tel. 0 21 51/47 56 86, Fax 0 21 51/4 68 67; dieser Arbeitskreis befaßt sich mit der Bedrohung der Gesundheit des Menschen durch chemische Einflüsse

Aufgaben und Ziele der Institution

- BUND -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der BUND versteht sich ausdrücklich als „Lobby der Natur“. Schwerpunkte der Tätigkeit des Bundesvorstandes sind die Öffentlichkeitsarbeit und die Lobbyarbeit in Bonn.

Die Öffentlichkeitsarbeit zielt vor allem auf die Aufklärung der Bevölkerung über Umweltprobleme im weitesten Sinne. Sie bedient sich vielfältiger Formen wie z. B. Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Veröffent-

lichungen von Broschüren und Büchern, Abhaltung von Seminaren und anderen Veranstaltungen etc.

Auf Bundes- und Länderebene kooperiert der BUND mit verschiedenen staatlichen Institutionen, so z. B. mit dem Umweltbundesamt, Berlin. Regionale Kooperationen mit Volkshochschulen und Bildungswerken, aber auch Kontakte zu übernationalen Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft runden die Vielfalt der umweltschutzbezogenen Aktivitäten des BUND ab.

Medienangebote

Die vom BUND beziehbaren Publikationen sind im BUNDladen (Auszug aus vollständiger Bestelliste) und in der vollständigen Bestelliste verzeichnet.

Die der Medienarbeit des BUND zugrundeliegende Konzeption kann wie folgt erläutert werden:

PERIODIKA für Laien und Multiplikatoren

Zeitschrift „Natur und Umwelt“. Diese Mitgliederzeitung kann auch von Nichtmitgliedern gegen Bezugsgebühr beim jeweiligen Landesverband oder dem Bundesverband abonniert werden.

- Globus Begleitkarten zur Fernsehserie der ARD (kostenpflichtig).
- BUND-Informationen (Publikationen des BUND zu wichtigen Problemen des Natur- und Umweltschutzes). Zu beziehen beim BUND, Im Rheingarten 7, 53225 Bonn, sowie bei allen Landesverbänden (Adressen siehe nächste Seite).

- BUNDFakten (Grundaussagen zu aktuellen Themen, kostenpflichtig)
- BUNDargumente (Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen, kostenpflichtig)
- BUNDpositionen (umfangreiche programmatische Grundaussagen, kostenpflichtig)

BUCHPUBLIKATIONEN

Diese erfolgen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Verlagen

INFORMATIONSDIENST (Chemie und Umwelt)

Dieser in Kooperation mit anderen Umweltorganisationen herausgegebene Informationsdienst hat wissenschaftlichen Anspruch und wendet sich an Fachleute (Bezug: Informationsdienst Chemie und Umwelt IICU, Hindenburgstr. 20, 79102 Freiburg, Tel. 07 61/40 68 67; kostenpflichtig).

Serviceleistungen

Einige BUND-Landesverbände veranstalten Fortbildungsveranstaltungen für kommunale Umweltberater und verschiedene andere Zielgruppen. Es ist lt. Aussage des Sprechers des Arbeitskreises „Umwelt-erziehung und Medien“ möglich, Seminare mit speziellem Zuschnitt auf die Zielgruppe anzubieten.

Sowohl beim Bundesverband als auch bei den Landesverbänden können ReferentInnen für Vortragsveranstaltungen angefragt werden. Außerdem bietet das Bildungswerk des Bund Naturschutz in Bayern ein umfangreiches Fortbildungsprogramm an.

Adresse: Bildungswerk des Bund Naturschutz in Bayern e. V., Schloß, 94344 Wiesenfelden.

Empfehlungen

Die Materialien und Aktivitäten des BUND repräsentieren einen wesentlichen Teil des Spektrums der Meinungen im kontrovers diskutierten Problembereich Umwelt- und Naturschutz und berühren damit auch elementar den Gesundheitsbereich, denn zwischen dem Zustand der Natur und dem Zustand unserer Gesundheit besteht ein enger Zusammenhang.

Im einzelnen zu empfehlen:

- Selbstdarstellung des BUND
- Publikationen zu vielfältigen Problembereichen

Landesgeschäftsstellen/Landesgeschäftsführer
Stand: 6.12.1993

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Dunantstraße 16, 79110 Freiburg
GF: Erhard Schulz
Telefon 07 61/88 59 50

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Kirchenstraße 88/IV, 81675 München
GF: Helmut Steininger
Telefon 0 89/4 59 91 80

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Landesfachgeschäftsstelle Nordbayern
Bauernfeindstraße 23, 90471 Nürnberg
Beauftragter: Dr. Hubert Weiger
Telefon 09 11/81 87 80

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Landesfachgeschäftsstelle München
Kirchenstraße 88, 81675 München
Telefon 0 89/4 80 29 45

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Berlin e.V.
Crellestraße 35, 10827 Berlin
GF: Stefan Bundscherer
Telefon 0 30/7 87 90 01

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Brandenburg e.V.
Am Kleistpark 11, 15230 Frankfurt
GF: Peter Birkner
Telefon 03 35/32 10 29

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Bremen e.V.
Am Dobben 44, 28203 Bremen
GF: Joachim Seitz
Telefon 04 21/7 10 03

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Hamburg e.V.
Lange Reihe 29, 20099 Hamburg
GF: Wolfgang Neugrewe
Telefon 0 40 /24 44 11

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Hessen e.V.
Kelsterbacher Straße 28, 64546 Mörfelden-Walldorf
GF: Michael Rothkegel
Telefon 0 6105/4 40 41

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Platz der Freiheit 1, 19053 Schwerin
GF: Peter Westenberger
Telefon 03 85/71 25 85

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3 a, 30161 Hannover
GF: Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler
Telefon 05 11/96 56 90

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Graf-Adolf-Straße 7-9, 40878 Ratingen
GF: N. N. (keine Namensangabe)
Telefon 0 2102/9 10 60

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 3, 67574 Osthofen
GF: Heide Zimmer
Telefon 0 62 42/46 46

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Saarland e.V.
Großherzog-Friedrich-Straße 66, 66121 Saarbrücken
GF: N. N. (keine Namensangabe)
Telefon 06 81/63 84 41

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Sachsen e.V.
Henriettenstraße 5, 09112 Chemnitz
GF: Ulrich Krößin
Telefon 03 71/3 14 77

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Sachsen-Anhalt
Steubenallee 2, 39104 Magdeburg
GF: Ines Tischmann
Telefon 03 91/34 33 61

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Lerchenstraße 22, 24103 Kiel
GF: Hans-Jörg Lüth
Telefon 04 31/67 30 31

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Thüringen
Uferstraße 1, 99817 Eisenach
GF: Michael Spielmann
Telefon 0 36 91/62 45 97

Naturschutzzentrum Radolfzell-Möggingen
Mühlbachstraße 2, 78315 Radolfzell
Geschäftsstellenleiter: Wolfgang Friedrich
Telefon 0 77 32/105 22

Umweltzentrum Stuttgart (GLOBUS)
Rotebühlstraße 86/1, 70178 Stuttgart
Telefon 07 11/61 97 00

- BUND -

**Anschriften der
Landes-
geschäftsstellen**

BUNDESÄRZTEKAMMER

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärzttekammern

Adresse	Herbert-Lewin-Straße 1 50931 Köln
Ansprechpartner	Dezernat Fortbildung, Gesundheitsförderung und Arzneimittelwesen Dezernat Krankenhauswesen, Rehabilitation und Arbeitsmedizin
Telefon	02 21/40 04-0
Telefax	02 21/40 04-3 88

Das Grundgesetz hat weite Bereiche des Gesundheitswesens den Ländern zugeordnet. Dazu gehören vor allem die Regelung der ärztlichen Berufsausübung und die Organisation des ärztlichen Berufsstandes, soweit sie öffentlich-rechtlicher Art sind. In den Ländern der Bundesrepublik Deutschland bestehen somit Ärztekammern, die durch Landesgesetze als Körperschaften öffentlichen Rechts errichtet sind. Ihnen gehören kraft Gesetzes alle Ärzte im Bereich des jeweiligen Landes als Pflichtmitglieder an. Die Ärztekammern haben sich auf Bundesebene in der Bundesärztekammer zusammengeschlossen. Diese ist aus der im Jahre 1947 gegründeten Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Ärztekammern hervorgegangen und führt die Bezeichnung „Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern)“. Der Bundesärztekammer gehören 17 Ärztekammern an. Die Arbeitsgemeinschaft will den Erfahrungsaustausch unter den Ärztekammern vermitteln sowie die gegenseitige Abstimmung ihrer Ziele und Tätigkeiten herbeiführen. Sie unterrichtet die Ärztekammern über wichtige Vorgänge auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, nimmt die über den Zuständigkeitsbereich eines Landes hinausgehenden Belange der Ärzte wahr, veranstaltet Tagungen zur Erörterung gesundheitlicher Probleme und stellt Beziehungen zur medizinischen Wissenschaft des Auslandes her.

Da aus ärztlichem Selbstverständnis heraus die Gesundheitsförderung Grundlage jeder Patientenbetreuung ist, stellt sie ein Schwerpunktthema der Arbeit in der Bundesärztekammer dar, das von den nachfolgend genannten Fachausschüssen bearbeitet wird:

- Ausschuß „Gesundheitsberatung und -vorsorge“,
- Ausschuß „Gesundheit und Umwelt“,
- Ausschuß „Arbeitsmedizin“,
- Ausschuß „Rehabilitation“ (gemeinsamer Ausschuß der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung).

Aufgaben und Ziele der Institution

BUNDESÄRZTEKAMMER

Aufgabe dieser Ausschüsse ist es, den Vorstand der Bundesärztekammer bei allen Fragen zur Gesundheitsförderung/Prävention zu beraten und Empfehlungen und Beschlüsse des Vorstandes vorzubereiten. Hierzu gehören auch Vorlagen, die dem Deutschen Ärztetag

(Hauptversammlung der Bundesärztekammer, die die parlamentarische Vertretung der gesamten Ärzteschaft der Bundesrepublik Deutschland darstellt) übermittelt werden, z. B. die Einführung von Kindervorsorgeuntersuchungen und der Gesundheits-Checkup.

Medienangebote

Die Medienangebote der Bundesärztekammer richten sich vorrangig an alle Ärzte, aber auch an die Fachberufe im Gesundheitswesen und interessierte Laien. Sie werden überwiegend gegen Schutzgebühr abgegeben.

- Printmedien zur ärztlichen Fortbildung und Weiterbildung, z. B.
 - Leitsätze und Empfehlungen zur ärztlichen Fortbildung,

- Curriculum für ein Fortbildungsseminar in Geriatrie,
- Kursbuch Allgemeinmedizin,
- Compendium „Fortschritt und Fortbildung in der Medizin“.

- Katalog audiovisueller Medien zur ärztlichen Fortbildung und Weiterbildung, aber auch für Fachberufe im Gesundheitswesen und zur Patienteneinrichtung.

Serviceleistungen

- Regelmäßige Fortbildungsangebote der Bundesärztekammer bzw. in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer für Ärzte und Fachberufe im Gesundheitswesen, zum Beispiel zu
 - HIV-Infektion,
 - Ernährung,
 - Drogen/Sucht,
 - Gesundheit des Kindes/Jugendlichen,
 - Herz-Kreislauf-Erkrankungen,
 - Impfungen,
 - Krebs,
 - Psychische Gesundheit,
 - Rheuma,
 - Umwelt u.v.m.

- Fortbildungskalender
 - Die Bundesärztekammer bietet ein freiwilliges Programm zur Qualitätssicherung ärztlicher Fortbildungskongresse in Form eines Fortbildungskalenders an. Ziel dieses Kalenders ist die Information über überregionale Fortbildungsveranstaltungen, welche Standardkriterien für „gute, ärztliche Fortbildung“ berücksichtigen. Diese Standardkriterien sind in den Leitsätzen und Empfehlungen der Bundesärztekammer zur ärztlichen Fortbildung zusammengestellt.

Empfehlungen

Der Fortbildungskalender der Bundesärztekammer wird Interessenten in regelmäßigen Abständen gegen eine Schutzgebühr zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Fortbildungen regelmäßig im Deutschen Ärzteblatt und den Mitteilungsblättern der Landesärztekammern veröffentlicht

Auskunft über regionale Fortbildungsangebote sind bei den Landesärztekammern bzw. bei den Akademien für ärztliche Fortbildung der Landesärztekammern erhältlich.

Ärzttekammern
(Stand: 5. 4. 1994)

Bundesärztekammer
Herbert-Lewin-Straße 1
50931 Köln
Tel.: 02 21/4 00 40
Fax: 02 21/4 00 43 88

Landesärztekammer Baden-Württemberg
Jahnstraße 38 A
70597 Stuttgart
Tel.: 07 11/76 98 90
Fax: 07 11/76 98 950

Bayerische Landesärztekammer
Mühlbauerstraße 16
81677 München
Tel.: 0 89/4 14 71
Fax: 0 89/4 14 72 80

Ärzttekammer Berlin
Flottenstraße 28–42
13407 Berlin
Tel.: 0 30/40 80 60
Fax: 0 30/40 80 626

Landesärztekammer Brandenburg
Thiemstraße 41
03050 Cottbus
Tel.: 03 55/42 20 12
Fax: 03 55/42 40 10

Ärzttekammer Bremen
Schwachhauser Heerstraße 24
28209 Bremen
Tel.: 04 21/3 40 42 00
Fax: 04 21/3 40 42 09

Ärzttekammer Hamburg
Humboldtstraße 56
22083 Hamburg
Tel.: 0 40/22 80 20
Fax: 0 40/22 09 980

Landesärztekammer Hessen

Broßstraße 6
60487 Frankfurt
Tel.: 0 69/97 90 20
Fax: 0 69/97 90 21 28

Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

Humboldtstraße 6
18055 Rostock
Tel.: 03 81/4 92 22 65
Fax: 03 81/4 92 55 15

Ärztekammer Niedersachsen

Berliner Allee 20
30175 Hannover
Tel.: 05 11/3 80 02
Fax: 05 11/3 80 22 40

Ärztekammer Nordrhein

Tersteegenstraße 31
40474 Düsseldorf
Tel.: 02 11/4 30 20
Fax: 02 11/4 30 22 00

Landesärztekammer Rheinland-Pfalz

Deutschhausplatz 3
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31/28 82 20
Fax: 0 61 31/28 82 288

Ärztekammer des Saarlandes

Faktoreistraße 4
66111 Saarbrücken
Tel.: 06 81/4 00 30
Fax: 06 81/4 00 33 40

Sächsische Landesärztekammer

Pohlandstraße 19
01309 Dresden
Tel.: 03 51/33 68 10
Fax: 03 51/33 68 145

Ärztekammer Sachsen-Anhalt

Zollstraße 12
39114 Magdeburg
Tel.: 03 91/5 61 06 84
Fax: 03 91/5 61 02 00

Ärztekammer Schleswig-Holstein

Bismarckallee 8-12
23795 Bad Segeberg
Tel.: 0 45 51/80 30
Fax: 0 45 51/80 31 80

Landesärztekammer Thüringen

Stoystraße 2
07743 Jena
Tel.: 0 36 41/2 55 41 und 5 65 90
Fax: 0 36 41/2 53 21

Ärztekammer Westfalen-Lippe

Kaiser-Wilhelm-Ring 4-6
48145 Münster
Tel.: 02 51/3 75 00
Fax: 02 51/3 75 03 99

**Akademien für ärztliche Fortbildung
der Landesärztekammern****Bayerische Akademie für ärztliche Fortbildung**

Mühlbaurstraße 16, 81677 München
Vorsitzender: Dr. Hartmut Stöckle
Tel.: 0 89/41 47-2 32
Fax: 0 89/4 14 72 80

**Akademie für ärztliche Fortbildung
der Ärztekammer Berlin**

Flottenstraße 28-42, 13407 Berlin
Vorsitzende: PD Dr. Hannelore Burmeister
stv. Vorsitzende: Prof. Dr. Meta Alexander
Tel.: 0 30/4 08 06 53
Fax: 0 30/4 08 06 61

**Akademie für ärztliche Fortbildung
der Ärztekammer Land Brandenburg**

Thiemstraße 41, 03050 Cottbus
Vorsitzender: Doz. Dr. med. habil. J. Kunz
Tel.: 03 55/42 20 12
Fax: 03 55/42 40 10

**Fortbildungsakademie der Ärztekammer
Hamburg**

Lerchenfeld 14, 22081 Hamburg
Geschäftsführung: G. Dörfel
Tel.: 0 40/2 28 02-4 25
Fax: 0 40/2 27 87 21

**Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiter-
bildung der Landesärztekammer Hessen**

Carl-Oelemann-Weg 7, 61231 Bad Nauheim
Vorsitzender: Prof. Dr. med. Felix Anschutz
Geschäftsführer: Rainer Leitloff
Wiss. Referentin: Gisela Rieck
Tel.: 0 60 32/78 20
Fax: 0 60 32/78 22 20

**Akademie für ärztliche Fortbildung
Niedersachsen**

Berliner Allee 20, 30175 Hannover
Vorsitzender: Prof. Dr. Peter Otto
Geschäftsführung: ÄGF: Winfried Behrendt
Tel.: 05 11/3 80 24 92
Fax: 05 11/3 80 24 99

**Akademie für ärztliche Fortbildung
der Bezirksärztekammer Nordbaden**

Keßlerstraße 1, 76185 Karlsruhe
Vorsitzender: Dr. Heino Ital
stv. Vorsitzende: Prof. Dr. Hild, Prof. Dr. Diezel
Tel.: 07 21/5 96 11 21

**Nordrheinische Akademie für ärztliche Fort-
und Weiterbildung**

Tersteegenstraße 31, 40474 Düsseldorf
Vorsitzender: Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
stv. Vorsitzender: Dr. Schüller
Vors. d. Fortb.Aussch.: Prof. Dr. Wolfgang Wildmeister
Tel.: 02 11/4 30 20
Fax: 02 11/4 30 23 90

**Akademie für ärztliche Fortbildung
der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg**

Jahnstraße 32, 70597 Stuttgart
Vorsitzender: Dr. K.-H. Kamp
stv. Vorsitzender u. GSF: Dr. Helmut Paris
Tel.: 07 11/76 98 10
Fax: 07 11/7 69 81 39

**Akademie für ärztliche Fortbildung
in Rheinland-Pfalz**

Turmstraße 10, 55120 Mainz
Vorsitzender: San.-Rat Dr. Hans Engelhard
Wiss. Direktor: Prof. Dr. Werner Ohler, GSF: N.N.
Tel.: 0 61 31/69 03 14
Fax: 0 61 31/69 03 15

Sächsische Akademie für ärztliche Fortbildung

Pohlandstraße 19, 01309 Dresden
Vorsitzender: Doz. Dr. Heinrich Geidel
Tel.: 03 51/33 68 10
Fax: 03 51/3 36 81 45

**BUNDESÄRZTE-
KAMMER**

*Anschriften
der Landes-
ärztekammern
und Akademien
für ärztliche
Fortbildung*

**BUNDESÄRZTE-
KAMMER**

*Anschriften
der Akademien
für ärztliche
Fortbildung*

**Akademie für medizinische Fortbildung
der Ärztekammer Schleswig-Holstein**
Bismarckallee 8-12, 23795 Bad Segeberg
Akademieleiterin: Dr. Dagmar-E. Dennin
stv. Akademieleiter: Dr. Heinrich Clementsen
Verwaltungs- und Seminarleiter: Ernst Mickley
Tel.: 0 45 51/80 3144
Fax: 0 45 51/80 3180

**Akademie für ärztliche Fort- und Weiterbildung
Südbaden**
Sundgauallee 27, 79114 Freiburg
Postfach 6380, 79098 Freiburg
Vorsitzender: Prof. Dr. med. Jürgen Nolte
Tel.: 07 61/88 40
Fax: 07 61/89 28 68

**Akademie für ärztliche Fort- und Weiterbildung
Landesärztekammer Thüringen**
Richardstiege 2, 07743 Jena
Vorsitzender: Prof. Dr. Dietfried Jorke
Geschäftsführung: Dr. Caterina Dittrich
Tel.: 0 36 41/5 65 90
Fax: 0 36 41/2 53 21

**Akademie für ärztliche Fortbildung
der Ärztekammer Westfalen-Lippe und der
Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe**
Kaiser-Wilhelm-Ring 4- 6, 48145 Münster
Vorsitzender: Prof. Dr. Klaus Hupe
stv. Vorsitzender: Prof. Dr. Horst Kuhn
Tel.: 02 51/3 75 03 30
Fax: 02 51/3 75 03 99

BUNDESANSTALT FÜR ARBEITSMEDIZIN

– BAFAM –

Adresse	Nöldnerstraße 40–42 10317 Berlin
Ansprechpartner	Herr Dr. rer. nat. F. Kochan (Direktor und Professor)
Telefon	0 30/5 51 38-0
Telefax	0 30/55 13 81 70

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin mit Sitz in Berlin wurde am 1.1.1991 gegründet. Sie ist eine nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie untersteht unmittelbar dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Aufgabenkreis der Bundesanstalt für Arbeitsmedizin ist wie folgt festgelegt:

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin unterstützt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in allen Fragen des medizinischen Arbeitsschutzes. Dabei arbeitet sie eng zusammen mit

- der Bundesanstalt für Arbeitsschutz,
- den für den medizinischen Arbeitsschutz zuständigen Behörden der Länder,
- den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung sowie nationalen und internationalen Institutionen und Personen, die mit Aufgaben der Arbeitsmedizin, der Ermittlung und Verhinderung von arbeitsbedingten Erkrankungen und der Schaffung menschengerechter Arbeitsbedingungen befaßt sind (z. B. den Akademien für Arbeitsmedizin, den Hochschulinstituten für Arbeitsmedizin sowie den einschlägigen Fachgesellschaften).

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin beobachtet und analysiert unter Anwendung epidemiologischer, arbeitsmedizinischer und arbeitswissenschaftlicher Methoden die Arbeitsbedingungen und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeitnehmer in Betrieben und Verwaltungen. Sie verfolgt die wissenschaftlichen und praktischen Entwicklungen auf dem Gebiet des medizinischen Arbeitsschutzes im In- und Ausland und wertet diese regelmäßig von Amts wegen aus.

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin bearbeitet Probleme, die sich aus der Belastung und Beanspruchung durch Arbeitsstoffe, komplexe Arbeitsplatzeinflüsse und die Gestaltung der Arbeitsplätze und -abläufe im Hinblick auf die Gesundheit der Beschäftigten ergeben. Sie leitet aus den Ergebnissen dieser Arbeit Beiträge für die präventive Gestaltung von Arbeitsbedingungen, für die Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen einschl. Berufskrankheiten und für die arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen ab. Dabei finden arbeitsmedizinische, ergonomische

Aufgaben und Ziele der Institution

- BafAM -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

und sonstige arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse Berücksichtigung und Anwendung. Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin forscht hierzu im notwendigen Umfang selbst oder vergibt Forschungsaufträge an Dritte.

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin fördert die Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse und Grundsätze in der Praxis durch

- Veröffentlichung von Informationsmaterialien und Berichten,
- Mitarbeit bei der Regelsetzung,
- Vorschläge zur Weiter- und Fortbildung, insbesondere von Betriebsärzten und arbeitsmedizinischem Fachpersonal,
- modellhafte Beratung,
- Ausstellungen,
- Fachveranstaltungen

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin unterstützt das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hinsichtlich der in seinem Geschäftsbereich errichteten Sozialausschüsse im Bereich des medizinischen Arbeitsschutzes

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin ist wie folgt gegliedert:

Direktor
Gruppe Öffentlichkeitsarbeit
5 Fachabteilungen

Abteilung 1 Grundlagen, Planung

- Gruppe 1.1 Grundsatzfragen, Planung, Vergabe und Überwachung von Projekten
- Gruppe 1.2 Geschäftsführung von Ausschüssen
- Gruppe 1.3 Arbeitsmedizinische Meßmethodik
- Gruppe 1.4 Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Stellen

Abteilung 2 Betrieblicher Gesundheitsschutz

- Gruppe 2.1 Ermittlung und Verbreitung arbeitsmedizinischer Erkenntnisse
- Gruppe 2.2 Betriebsärztliche Methoden
- Gruppe 2.3 Organisation und Qualität betriebsärztlicher Dienste
- Gruppe 2.4 Modellhafte Forschungsanwendung, Erfahrungsaustausch, Fortbildung

Abteilung 3 Epidemiologie

- Gruppe 3.1 Arbeitsbezogene Morbidität und Mortalität
- Gruppe 3.2 Planung epidemiologischer Studien, Risikoabschätzung
- Gruppe 3.3 Epidemiologische Datenbanken und Datenanalysen
- Gruppe 3.4 Berufskrankheiten

Abteilung 4 Wirkung von Gefahrstoffen

- Gruppe 4.1 Arbeitsmedizinische Fragen der Bio- und Gentechnik
- Gruppe 4.2 Allergische Erkrankungen
- Gruppe 4.3 Erkrankungen durch organische und anorganische Stäube
- Gruppe 4.4 Erkrankungen durch krebserzeugende, erbgutverändernde und reproduktionstoxische Substanzen
- Gruppe 4.5 Erkrankungen durch Gefahrstoffe

Abteilung 5 Wirkung physikalischer und psychosozialer Faktoren

- Gruppe 5.1 Wirkung von Streß und psychosozialen Faktoren
- Gruppe 5.2 Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates
- Gruppe 5.3 Biologische Wirkungen von Vibration und Lärm
- Gruppe 5.4 Wirkung von nichtionisierender und ionisierender Strahlung
- Gruppe 5.5 Medizinische Aspekte des sozialen Arbeitsschutzes

Zur Abteilung 6 Verwaltung gehört die Bibliothek.

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin wird durch einen Beirat aus 21 Mitgliedern beraten. Die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und Fachverbände der Unternehmen sowie die für den Arbeitsschutz zuständigen Minister und Senatoren der Länder benennen für den Beirat je sieben Mitglieder und sieben stellvertretende Mitglieder

Die BafAM geht von einem präventiv orientierten Arbeitsschutzkonzept aus. Dieses zielt auf Schutz vor gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz sowie Erhalt und Förderung der Gesundheit. Grundlage dafür ist die Gestaltung gesundheitsgerechter Arbeitsbedingungen sowie die Beseitigung bzw. Entschärfung gesundheitsrelevanter Belastungskonstellationen (primäre Prävention). Nach dem Stand der Technik und der arbeitswissenschaftlich-arbeitsmedizinischen Erkenntnis nicht ausschließbare Risiken bzw. durch die rasante Technologieentwicklung entstehende neue Möglichkeiten von Gesundheitsrisiken bedingen darüber hinaus eine gezielte arbeitsmedizinische Vorsorge (sekundäre Prävention). Für die Prävention bedarf es wissenschaftlich begründeter Erkenntnisse über die Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Gesundheit, die entsprechend in ganzheitliche Gestaltungslösungen unter Einbeziehung technischer, organisatorischer und personell-qualifikatorischer Aspekte eingehen. Weiterhin sind spezielle Methoden und Instrumente zur Identifizierung, Bewertung und prospektiven Abschätzung von möglichen Gesundheitsrisiken und zu deren Beseitigung sowie arbeitsmedizinische Methoden und Strategien zur frühzeitigen Erkennung von gesundheitlichen Veränderungen und Befindlichkeitsstörungen nötig. An Bedeutung gewinnt die Schaffung von Konzepten für gesundheitsfördernde Gestaltungen und von Indikatoren zum Nachweis ihrer Wirksamkeit. In bestimmten Bereichen (z. B. mentale Belastungen) wird zusätzlich die vorbeugende Erhöhung des Anpassungs- und Bewältigungspotentials relevant.

Einen wichtigen Teil der präventiv orientierten Facharbeit der BafAM bildet die Epidemiologie. Die Verknüpfung von Ergebnissen epidemiologischer Analysen und klinisch-experimenteller Untersuchungen ermöglicht die Aufklärung von Zusammenhängen bei arbeitsbedingten Erkrankungen einschließlich der Berufskrankheiten und die Ableitung von Vorschlägen und Hinweisen für eine gesundheitsgerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Die Bundesanstalt gibt eine Schriftenreihe heraus unter der Thematik

- Forschung,
- Recht,
- Sonderschriften,
- Übersetzungen,
- Veranstaltungen.

Quartalsweise erscheinen die Informationen der Bundesanstalt für Arbeitsmedizin, die auch ausgewählten Zeitschriften des Arbeitsschutzes beigelegt werden. Hier wird auch über Neuerscheinungen in der Schriftenreihe, Bezugsquellen und Kosten der Publikationen berichtet. Weitere Auskünfte erteilt die Gruppe Öffentlichkeitsarbeit.

- BAFAM -

Medienangebote

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin verfügt über eine öffentliche Bibliothek mit fachspezifischem Charakter sowie einen im Aufbau befindlichen DV-gestützten Dokumentationsbereich. Sammelschwerpunkte der Bibliothek sind entsprechend den Fachaufgaben der Anstalt betrieblicher Gesundheitsschutz, Epidemiologie und arbeitsmedizinische Schwerpunktfragen. Neben der Versorgung der Nutzer im eigenen Haus und externer Nutzer werden im Fernleihverkehr Aufträge bearbeitet. Der Bestand umfaßt ca. 85.000 Bände und wird ständig erweitert. Die Zahl der laufend bezogenen Periodika beträgt derzeit ca. 350 Titel. Der Neuzugang von Literatur wird in Form einer Ausstellung im Schaukasten der Bibliothek und durch Neuerwerbungslisten, die auf Anfrage versandt werden, zur Kenntnis gegeben. Die aktuellen Zeitschrifteneingänge werden in Form einer wöchentlichen Auslage im Leseraum der Bibliothek präsent gehalten.

In der Bibliothek sind mehrere Literaturlatenbanken und Informationsmittel auf CD-ROM verfügbar (u. a. Medline, Oshrom, Psyclit, Current contents on CD).

Die Bibliothek vermittelt bei Anfragen on-line-Recherchen über ein Informationszentrum einer anderen Einrichtung.

Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 9-16 Uhr
Freitag 9-14 Uhr

Forschungsergebnisse und laufende Projekte werden auf jährlichen Veranstaltungen wie der A+a in Düsseldorf im Wechsel mit der kleinen A+A, dem Kongreß DGAM und dem Jahrestreffen des Deutschen Verbandes der Betriebs- und Werksärzte dargestellt. Zu wechselnden Terminen finden Fortbildungen für Betriebsärzte, Workshops und Tagungen im Hause statt.

Serviceleistungen

Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin ist Ansprechpartner für alle Fragen des medizinischen Arbeitsschutzes. Über die regelmäßigen Publikationen und durch die umfangreiche Bibliothek steht der arbeitsmedizinische Forschungsstand allen Interessierten zur Verfügung.

Empfehlungen

BUNDESANSTALT FÜR ARBEITSSCHUTZ

Adresse Friedrich-Henkel-Weg 1-25
44149 Dortmund

Telefon 02 31/90 71-0

Telefax 02 31/90 71-4 54

Telex 82 2153

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz mit Sitz in Dortmund ist mit Errichtungserlaß vom 15. 9. 1983 eine nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie untersteht unmittelbar dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Aufgaben und Ziele der Institution

Aufgaben der Bundesanstalt sind:

1.
Die Bundesanstalt unterstützt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Bereich des Arbeitsschutzes. Dabei arbeitet sie auch zusammen

mit den für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden und den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung sowie

mit allen Institutionen und Personen, die mit Aufgaben der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes und der menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen befaßt sind (insbesondere Betrieben mit ihren betrieblichen Führungskräften, Betriebsräten, Sicherheitsfachkräften und Betriebsärzten; Gewerkschaften; Unternehmens- und Industrieverbänden; technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen).

2.
Die Bundesanstalt beobachtet und analysiert die Arbeitssicherheit, die Gesundheitssituation und die Arbeitsbedingungen in Betrieben und Verwaltungen.

3.
Die Bundesanstalt entwickelt Problemlösungen unter Anwendung sicherheitstechnischer, arbeitsmedizinischer, ergonomischer und sonstiger arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse; hierzu forscht sie im notwendigen Umfang selbst oder vergibt Forschungsaufträge an Dritte.

4.
Die Bundesanstalt fördert die Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse und Lösungsvorschläge in der Praxis durch:

Veröffentlichung von Informationsmaterialien und Berichten

Mitarbeit bei der Regelsetzung
Entwicklung von Aus- und Fortbildungsmaterialien sowie modellhafte Durchführung von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen

**BUNDESANSTALT
FÜR
ARBEITSSCHUTZ**

- modellhafte Beratung
Ausstellungen
- Fachveranstaltungen
Bereitstellung einschlägiger Fachliteratur durch
Bibliothek und Dokumentation

5.
Die Bundesanstalt ist Anmeldestelle nach dem Chemikaliengesetz (Verordnung zur Bestimmung der Anmeldestelle nach dem Chemikaliengesetz vom 2. Dezember 1981, BGBl. I S. 1238).

Medienangebote

Die Bundesanstalt geht bei ihrer Informationsvermittlung von folgenden Grundsätzen aus:

- Beschränkung auf Schwerpunktthemen
Bündelung von Maßnahmen
Abstimmung mit gleichgerichteten Maßnahmen anderer Institutionen

Da die Informationen an sehr unterschiedlich vorgebildete und interessierte Personengruppen vermittelt werden, sind Aussageinhalte und Gestaltung dem Verständnisgrad bzw. dem Informationsbedürfnis der jeweils angesprochenen Zielgruppe angepaßt

Gegenstand der Informationsvermittlung sind nicht nur die Ergebnisse der Tätigkeit der Bundesanstalt, sondern auch Arbeitsergebnisse und Erfahrungen anderer Institutionen und Personen auf dem Sektor der Arbeitssicherheit bzw. des betrieblichen Gesundheitsschutzes.

Die Bundesanstalt will zum einen durch die Vermittlung neuer Ergebnisse die Verantwortlichen befähigen und veranlassen, in den Betrieben sicherheits- und gesundheitsgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen; zum anderen will sie die Beschäftigten zur Einhaltung von Sicherheitsvorschriften anhalten und zu gesundheitsförderlichem Verhalten befähigen.

Außer der Vermittlung ihres in der praktischen Arbeit gesammelten und vorgehaltenen Wissens ist es eine vorrangige Aufgabe der Bundesanstalt, Forschungsergebnisse für die Anwendung in der betrieblichen Praxis nutzbar zu machen. Die Bundesanstalt wendet sich dabei an unterschiedliche Adressaten und paßt diesen verschiedenen Zielgruppen die Maßnahmen der Informationsvermittlung an.

Die breite Öffentlichkeit wird über Fernsehen, Hörfunk und Tagespresse bei konkreten Themen informiert.

Als spezielle Zielgruppen werden insbesondere betreut:

Betriebs- und Personalräte, Vertrauensmänner der Schwerbehinderten, Sicherheitsbeauftragte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte, betriebliches Führungspersonal, betriebliches Fachpersonal, Konstrukteure, Anlagenplaner, Einkäufer, Mitarbeiter der staatlichen Gewerbeaufsicht, der Berufsgenossenschaften, Angehörige von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Fachverbände, Lehr- und Ausbildungskräfte.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat ebenfalls die Absicht, über Institutionen wie z. B. Gesundheitsämter, andere Zielgruppen anzusprechen

6.
Die Bundesanstalt ist deutsches Zentrum der Internationalen Dokumentationszentrale für Arbeitsschutz (CIS) beim Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat ein hohes Interesse an Kooperation mit einschlägigen Institutionen, Fachverbänden sowie auch einer allgemeinen Öffentlichkeit.

Regelmäßig erscheinende Informationen:

„Amtliche Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz“
(Auflage ca. 90 000 Exemplare)

Die amtlichen Mitteilungen werden im Einzelversand und als Beilage in folgenden Zeitschriften vertrieben: „Bundesarbeitsblatt“, „Sicherheitsingenieur“, „Sicher ist sicher“, „Zentralblatt für Arbeitsmedizin“, „Arbeitsschutz, Prohylaxe und Ergonomie“, „Ergomed“, „Humane Produktion - humane Arbeitsplätze“, „Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Präventivmedizin“, „Sicherheitsbeauftragte“, „Technische Überwachung“

„Informationsdienst“
Dieser Informationsdienst wird für den Dienstgebrauch der Gewerbeaufsicht publiziert.

„Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz“ (Doppelseite)
Diese Information wird in jedem Heft der Zeitschrift „Sicher ist sicher“ veröffentlicht.

„Ergonomie beispielhaft praktiziert“ (eine Seite)
Diese Seite ist Teil der Zeitschrift „Sicherheitsingenieur“.

„Aus der Forschung für die Praxis“ (Doppelseite)
Diese Doppelseite erscheint einmal im Vierteljahr in der Zeitschrift „Sicherheitsingenieur“.

Die genannten regelmäßig erscheinenden Print-Medien können derzeit kostenlos von der Bundesanstalt bezogen werden.

Profildienste
Zu 12 Gebieten des Arbeitsschutzes wird alle 4-6 Monate die neueste Literatur nachgewiesen. Die Profildienste können gegen Entgelt von der Bundesanstalt bezogen werden.

Unregelmäßig erscheinende Informationen:

„Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz“ gegliedert in: Forschungsberichte/Sonderschriften/Forschungsanwendung/Gefährliche Arbeitsstoffe/Regelwerke/Tagungsberichte

Diese Publikationen werden über den Buchhandel bzw. über den Wirtschaftsverlag, Postfach 10 11 10, 2850 Bremerhaven, vertrieben.

– „Schriftenreihe Arbeitsschutz in der beruflichen Ausbildung“
In dieser Informationsreihe wendet sich eine Publikation zum Thema „Gefahren erkennen - sicher arbeiten“ an alle Ausbildungsberufe. In ihr werden Angaben über Lehrbücher, Fragebögen und Begleithefte für Lehrer und Ausbilder zur Verfügung gestellt. Daneben gibt es Informationsbroschüren für spezielle Unfall- und

Gesundheitsgefahren, in denen jeweils Verbesserungsvorschläge für die berufliche Ausbildung zu finden sind; so für: Betriebsschlosser/in, Elektroanlagen-Installateur/in, Elektroinstallateur/in, Hauswirtschafter/in, Bekleidungsindustrie, Tischler/in, Modelltischler/in, Holzmechaniker/in

Andere Broschüren, in denen kurz und leicht verständlich einzelne Themen aufbereitet sind, können bezogen werden z. B. zu Gefahrstoffe, Schutz vor Laserstrahlen, Einzelarbeitsplätze, Gabelstapler, Behindertenarbeitsplätze.

Diese Broschüren werden auch in größerer Stückzahl derzeit kostenlos zur Verfügung gestellt.

- „Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse Forschungsergebnisse für die Praxis“.

Die Bundesanstalt führt Pressekonferenzen durch und organisiert entsprechende Interviews, die für den Themenbereich von Interessierten zur Verbreitung und Verdeutlichung genutzt werden können

Die Bundesanstalt gibt für die freie Auswertung durch Redaktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen einen „Pressedienst“ heraus.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz unterhält eine

- öffentliche Fachbibliothek über Arbeitswissenschaft, Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin
- Literaturdatenbank
- Forschungsprojektdatenbank
- (Sie leistet Zuarbeit für eine Datenbank über sicherheitstechnische Normen und Regeln des DIN.)

Zur Aktualisierung der Literaturdatenbank Arbeitsschutz (LITDOK) werden laufend vorrangig deutschsprachige Zeitschriften ausgewertet.

Eine Online-Nutzung der vollständigen LITDOK ist über den Rechner des „Fachinformationszentrums Technik“/ Frankfurt am Main durch jeden Interessenten für DATEX-P-fähige Datensichtgeräte möglich.

Die Bundesanstalt beantwortet außerdem Einzel-Anfragen zu spezifischer Literatur.

Jede nachgewiesene Publikation ist in der Bibliothek der Bundesanstalt vorhanden. Forschungs- und Tagungsberichte werden in der Regel für vier Wochen ausgeliehen. Zeitschriften, Aufsätze können im Rahmen der urheberrechtlichen Bestimmungen als Papierkopien bestellt werden, aus Personal- und Kostengründen sind je Besteller nur maximal fünf Aufsatzkopien monatlich möglich.

Die Bundesanstalt ist deutsches Zentrum des Internationalen Dokumentationszentrums für Arbeitsschutz (CIS) der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf. Die CIS-Literaturdokumentation kann daher auch über die Bundesanstalt zu Literatúrauskünften benutzt werden; die Originalliteratur ist auf Mikrofiches vorhanden.

Telefon: 02 31/90 71 369 (Ausleihe)
90 71 305 (Literaturzusammenstellungen)
Telex: 822153
Telefax: 02 31/90 71 454
Öffnungszeiten der Bibliothek: Montag bis Donnerstag von 8 00 bis 16 00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 14.00 Uhr.

In dieser Reihe sind für die Betriebspraxis Ergebnisse der Forschungen zur Humanisierung des Arbeitslebens aufbereitet und kurzgefaßt dargestellt worden. Sie liegen z. B. für folgende Themen vor: Lärminderung, Bildschirmarbeitsplätze, innerbetrieblicher Verkehr.

„Statistische Mitteilungen“

Die „Statistischen Mitteilungen“ informieren z. B. über: Epidemiologische Ansätze im Arbeitsschutz - Krankenkassendaten, Rentendaten, betriebsärztliche Studien.

Diese Informationen können ebenfalls kostenlos bezogen werden

Die Bundesanstalt stellt kostenlos eine Übersicht der lieferbaren Schriften mit kurzer Inhaltsangabe zur Verfügung

Die Literaturdienste werden gegen ein geringes Entgelt erbracht.

Modellhafte Veranstaltungen

Die Bundesanstalt führt modellhafte Veranstaltungen durch:

- ★ Lehrgänge für Fachkräfte für Arbeitssicherheit
- ★ Fortbildungsseminare für bestimmte Zielgruppen (z.B. Fachkräfte für Arbeitssicherheit, betriebliche Führungskräfte, Betriebsräte, Konstrukteure)

zu Themen wie u.a.

- Rechtsfragen des Arbeitsschutzes
- Arbeitsschutz beim Einsatz von Industrierobotern
- Arbeitsschutz beim innerbetrieblichen Transport und Verkehr
- Systematische Einzelunfalluntersuchung
- Betriebliche Unfallstatistik

★ Seminare zur Anwendung und Umsetzung von Ergebnissen der Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens, zum Teil in Zusammenarbeit mit einem Partner vor Ort

- „Kooperationsseminar“, wie bisher z.B. zu den Themen
 - Gestaltung von Arbeitsplätzen für Behinderte, Menschengerechte Arbeitsgestaltung in Schreibbüros

★ Zum Teil zur Erprobung von Seminarunterlagen in „Pilotseminaren“ wie z. B. sicher rangieren, Lärminderung an Getränkeabfüllanlagen, oder zur Weiterentwicklung von Seminarinhalten in „Erprobungsseminaren“ wie z. B. chemische Belastung am Arbeitsplatz, Lärminderung.

Für Lehrgänge und Seminare werden Gebühren erhoben.

Die Bundesanstalt schickt gern auf Anfrage das Jahresprogramm über Lehrgänge und Seminare.

Die Bundesanstalt steht für modellhafte Beratungen von Betrieben und Institutionen zur Anwendung von Forschungsergebnissen in der Praxis zur Verfügung.

Das Verfahren sieht folgendermaßen aus: Ein Betrieb bittet die Bundesanstalt um Unterstützung bei der Lösung eines definierten Arbeitsschutzproblems. Einem solchen Wunsch kann die Bundesanstalt nachkommen, sofern hierzu bereits Forschungserkenntnisse vorliegen und die angestrebte Problemlösung modellhaft auch

**BUNDESANSTALT
FÜR
ARBEITSSCHUTZ**

Medienangebote

**Service-
leistungen**

**BUNDESANSTALT
FÜR
ARBEITSSCHUTZ**

**Service-
leistungen**

für andere Betriebe ist sowie das Beratungsergebnis veröffentlicht werden kann. Die Bundesanstalt leistet diese Unterstützung durch eigene Mitarbeiter oder beauftragt externe Fachleute.

Die Bundesanstalt beteiligt sich zu einem gewissen Prozentsatz an der finanziellen Förderung der modellhaften Beratung durch externe Experten. Die sich aus solchen Beratungen ergebenden betrieblichen Maßnahmen wie z. B. Investitionen sind allein Sache des Unternehmens.

Deutsche Arbeitsschutzausstellung

In der Deutschen Arbeitsschutzausstellung werden Probleme des Arbeitsschutzes in ihrer Entwicklung und heutigen Bedeutung anschaulich gemacht. Es werden Möglichkeiten der Lösung konkreter Probleme demonstriert. Die Deutsche Arbeitsschutzausstellung ist ein bildungsaktiver Lernort und spricht durch moderne didaktische Mittel ein Fach- und Laienpublikum an. Die technischen, organisatorischen und verhaltensbezogenen Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit am Arbeitsplatz stehen im Vordergrund. Gesundheitsgefahren und Schutzmaßnahmen werden beispielhaft an Arbeitsplätzen aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern dargestellt. So wird ein Bogen geschlagen von der geschichtlichen Entwicklung des Arbeitsschutzes über die Umsetzung neuester Forschungserkenntnisse bis zur Einbeziehung zukunftsorientierter neuer Techniken.

Bereits in der Planungsphase wurden einzelne Ausstellungsteile fertiggestellt und in der früheren Zeche Germania in Dortmund-Marten gezeigt (so zu Labor- und Bildschirmarbeitsplätzen, zur Entwicklung „Vom Stehpult zum Computer“, zum lärmarmen Konstruieren oder zu Beispielen betrieblicher Sicherheitsarbeit). Auf diese Teile können auch Institutionen der Gesundheits-erziehung und der Gesundheitsförderung bei entsprechenden Aktivitäten zurückgreifen.

Zur Verfügung stehen auch Informationsstände auf Aufstellungen, die in Verbindung mit Fachtagungen und Kongressen sowie auf der Hannover-Messe durchgeführt werden. Sie dienen der Darstellung einzelner Arbeitsschutzprobleme. In Kombination mit solchen Kongressen werden Instrumente wie z. B. Ausstellungen und Broschüren zum Einsatz gebracht.

Die hierfür entwickelten Instrumente, insbesondere Faltdisplays, werden von der Bundesanstalt vorerst kostenlos (Kosten für Versicherung fallen jedoch an) verliehen. Als Themen stehen zur Zeit z. B. zur Verfügung:

- Vom Stehpult zum Computer
- Lärm am Arbeitsplatz
- Gefahrstoffe am Arbeitsplatz
- Nacht- und Schichtarbeit

Die Bundesanstalt führt eigene Veranstaltungen durch:

- Informationsveranstaltungen zu jeweils einem Themenkomplex für die Fachöffentlichkeit Fachkonferenzen zu speziellen Themen für eine begrenzte Fachöffentlichkeit, wie z. B. „Diskothekenlärm“, für Betreiber von Diskotheken, Hersteller von akustischen Anlagen und Aufsichtsbeamte, „Allergien am Arbeitsplatz“ für Arbeitsmediziner, Betriebsärzte, Chemiker und Toxikologen
- für eine bestimmte Zielgruppe, z. B. Erfahrungsaustausch mit der Gewerbeaufsicht.

Die Bundesanstalt beteiligt sich durch Mitarbeiter auch an Veranstaltungen anderer Institutionen. Sie vermittelt unter anderem hierfür auch geeignete Referenten.

Die Bundesanstalt verleiht Dia-Serien, Videos, Tonbildschauen und Tonfilme zu verschiedenen Themen des Arbeitsschutzes. Eine besondere Übersicht kann angefordert werden. Der Verleih erfolgt derzeit noch kostenlos.

Empfehlungen

Für alle Fragen des produktionsbezogenen Gesundheitsschutzes ist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz erster Ansprechpartner, der über regelmäßig publizierte Informationen, eine Literaturdatenbank, eine gut ausgestattete Bibliothek und vielfältige Anschauungsmaterialien verfügt.

Besonders hervorzuheben sind die Literaturdatenbank Arbeitsschutz (mit Online-Nutzung über Datex-P), die Deutsche Arbeitsschutzausstellung und die Schriftenreihen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz. Auch die Bereitstellung und Vermittlung von Experten für Informationen oder Veranstaltungen bietet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz ebenso an wie Dias, Videos oder Filme zum Thema Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT DER CLUBS BEHINDERTER UND IHRER FREUNDE e.V.

– BAG cbf –

Adresse Eupener Str. 5
55131 Mainz

Telefon 0 61 31/22 55 14 und 22 57 78

Telefax 0 61 31/23 88 34

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V. (BAG cbf) ist ein Zusammenschluß von etwa 60 Selbsthilfegruppen und wurde 1971 gegründet. Sie ist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein, dem rd. 100 Mitgliedervereine, kooperierende Gruppen und Einzelmitglieder angehören, in denen behinderte und nichtbehinderte Menschen zusammenarbeiten.

In ihren regionalen Clubs, Interessengemeinschaften, in den Landesarbeitsgemeinschaften und in der Bundesarbeitsgemeinschaft engagieren sie sich für die uneingeschränkte Teilhabe behinderter Bürger an allen Lebensbereichen.

Diese Zielsetzung soll u. a. erreicht werden:

- durch die Beratung von bestehenden und entstehenden Gruppen zu inhaltlichen, finanziellen und organisatorischen Problemen sowie die Beratung von Einzelpersonen in allen behindertenspezifischen Fragen,
durch Mitarbeit in allen wichtigen Gremien der Rehabilitation für eine permanente Verbesserung der Lebenssituation behinderter Mitbürger,
- durch detaillierte Vorschläge zur Entwicklung behindertengerechter Eisenbahnwagen,
- durch Vorschläge für behindertengerechte Personenwagen,
- durch die Reiseauskunft für behinderte Reisewillige,
- durch Anregungen für die Ausgestaltung von Wohnwagen und Wohnmobilen auf der Grundlage der Bedürfnisse schwerstbehinderter Reisewilliger,
durch Verbesserung der ungenügenden Situation im öffentlichen Personennahverkehr,
- durch Anregungen zur Verbesserung der Wohnbedingungen für behinderte und nichtbehinderte Menschen,
- durch Anregungen zur Verbesserung für die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hochschulen, Kulturanbietern, Arztpraxen etc. unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse Behinderter.

Zur Finanzierung ihrer Arbeit ist die BAG cbf auf die Projektförderung des Bundesministeriums für Familie und Senioren und des Bundesministeriums für Frauen und Jugend angewiesen sowie auf Spenden und Mitgliedsbeiträge der ihr angeschlossenen Vereine.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BAG cbf -

Medienangebote

Das Medienangebot der BAG cbf richtet sich an Betroffene und Angehörige behinderter Menschen und an alle Interessierten aus dem öffentlichen Bereich, um über konkrete Verbesserungen der Lebenssituation Betroffener zu informieren, über ihre Belange aufzuklären und zu ihrer Akzeptanz beizutragen.

Beispielhaft seien aufgeführt:

- Papier ist geduldig – wir sind es nicht! (Darstellung der BAG cbf),
Happy Holiday mit Handicap (Infos über Freizeit, Reisen, Urlaub),
- aktuelle Aufstellung über Stadtführer für behinderte Bürger.

Diese Medienangebote sind kostenlos erhältlich.

Seit 1993 gibt die BAG cbf einen umfangreichen Leitfaden heraus mit dem Titel: „Das machen wir schon besser selbst!“, der in verständlicher Weise und praxisorientiert mit Beispielen, Tips und Anleitungen, Organisationsvorschlägen und Checklisten für die Selbsthilfearbeit behinderter und nichtbehinderter Menschen konzipiert ist.

Der Leitfaden in DIN-A4-Format ist 156 Seiten stark und kostet 15,- DM einschließlich der Versandgebühren.

Darüber hinaus steht eine auszuleihende Wanderausstellung zur Verfügung, die die BAG cbf mit Hilfe einer Förderung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung entwickeln konnte. Hier werden in ansprechendem Comic-Stil Alltagsprobleme behinderter Menschen gezeigt und wie sie überwunden werden können.

Serviceleistungen

Seit 1971 führt die BAG cbf jährlich ca. 10 integrative Fortbildungsveranstaltungen im In- und Ausland durch. Auf nationalen Tagungen und internationalen Begegnungen arbeiten behinderte und nicht-behinderte Interessierte gemeinsam an aktuellen Themen, die alle unter dem Anliegen stehen, Schritte zu größerer Freiheit für durch eine Behinderung benachteiligte Menschen zu erschließen. Dazu gehören sozialpolitische Fragen, Schwerpunkte aus dem Bereich der Wohnraumgestaltung, Städteplanung, des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs, der Ausstattung mit technischen Hilfsmitteln, der Reise- und Urlaubsmöglichkeiten, der Selbsthilfearbeit auf regionaler Ebene etc.

Alle Veranstaltungen sind offen für jeden, der Interesse hat, gleich ob behindert oder nicht (Tagungsgebühren, Kosten zu erfragen bei der BAG cbf).

Nach wie vor wird allen Interessierten eine kostenlose Reise- und Urlaubsberatung angeboten. Dazu stehen ca. 6.000 Anschriften rollstuhlgerechter Unterkünfte in aller Welt zur Verfügung, stets aktualisierte Listen von Reiseveranstaltern, die sich auf Belange behinderter Kunden einstellen, von Urlaubsplanern, Reiseführern für behinderte Menschen, umfangreiches Prospektmaterial etc.

Empfehlungen

Kostenlos ist der jährliche Veranstaltungskalender anzufordern, die Reiseberatung zu nutzen, die Wanderausstellung auszuleihen. Interessenten können sich auch in den Postverteiler der BAG cbf aufnehmen lassen.

Die BAG cbf informiert selbstverständlich auch Gruppen und einzelne (ungeachtet einer Mitgliedschaft) und berät individuell im weitesten Sinn zu allen Fragen der sozialen Rehabilitation.

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT DER FREIEN WOHLFAHRTS- PFLEGE e. V.

– BAGFW –

Adresse	Franz-Lohe-Straße 17 53129 Bonn
Ansprechpartner	Herr Markus Joisten (Pressereferent)
Telefon	02 28/2 26-1 (Zentrale)
Telefax	02 28/2 26-2 66/2 98

Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege, die seit über 70 Jahren eng miteinander ver-
bunden sind, haben sich 1966 auf Bundesebene in der
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-
pflege e. V. (BAGFW) mit Sitz in Bonn zusammen-
geschlossen. Vergleichbare Arbeitsgemeinschaften gibt
es auch auf Landes- und Ortsebene.

Mitglieder und Träger sind die gegenwärtig sechs
Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege:

- Arbeiterwohlfahrt e. V., Bonn,
- Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg,
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V.,
Frankfurt a. M.,
- Deutsches Rotes Kreuz e. V., Bonn,
- Diakonisches Werk der EKD e. V., Stuttgart,
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland
e. V., Frankfurt a. M.

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mit-
gliederversammlung. Der Vorsitz obliegt dem Präsi-
denten des jeweils - im einjährigen Turnus
wechselnden – federführenden Verbandes. Die Leitung
der Geschäftsstelle obliegt dem Geschäftsführer.

Die BAGFW hat folgende Hauptaufgaben:

1. planmäßige Beratung und Abstimmung in allen Auf-
gabenbereichen der Freien Wohlfahrtspflege, ins-
besondere bei neu auftretenden Fragen auf dem
Gebiet der Sozial- und Jugendhilfe,
2. Pflege und Stärkung der sozialen Verantwortung in
der Bevölkerung,
3. Mitwirkung an der Gesetzgebung,
4. Wahrung der Stellung der Freien Wohlfahrtspflege in
der Öffentlichkeit,
5. Zusammenarbeit in zentralen Angelegenheiten mit
Bund, Ländern und Kommunen und sonstigen
Organen der öffentlichen Selbstverwaltung,
6. Kontakte mit den Landesarbeitsgemeinschaften der
Freien Wohlfahrtspflege,
7. Mitwirkung in Fachorganisationen und Verbänden,
soweit Aufgabengebiete der Freien Wohlfahrts-
pflege berührt werden.

Die Geschäftsstelle mit etwa 30 Beschäftigten gliedert
sich entsprechend der o. g. Aufgabenstellung im
wesentlichen in die Fachbereiche Familie, Frauen,
Gesundheit, Jugend, Migrationsdienste, Pflegesatz-
fragen, Sozialrecht und Presse- und Öffentlichkeits-
arbeit.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BAGFW -

In Ausschüssen zu den o. g. Bereichen werden die gemeinsamen gesellschafts- und sozialpolitischen Anliegen und Aktivitäten der Mitgliedsverbände beraten, koordiniert und entsprechend der Aufgabenstellung umgesetzt.

Die BAGFW präsentiert die Arbeit der Spitzenverbände auf einzelnen Fachtagungen und Kongressen.

Medienangebote

Das Medienangebot der BAGFW dient im wesentlichen der allgemeinen Information über die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, deren Einrichtungen und Dienste. Das Angebot besteht überwiegend aus Broschüren.

Hervorzuheben sind hierbei die regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen:

- Brennpunkt Soziales, Journal der Freien Wohlfahrtspflege (kostenfrei),
- Gesamtstatistik der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege (kostenfrei),
- BAGFW-Jahresbericht (kostenfrei).

Weitere Veröffentlichungen beschäftigen sich mit fachspezifischen und laufenden sozialpolitischen Themen, wie etwa der BAGFW-Infodienst, Tagungs- und Kongreßberichte, Stellungnahmen und Positionspapiere und erscheinen in unregelmäßigen Abständen. Eine aktuelle Publikationsliste kann kostenfrei bei der BAGFW-Pressestelle angefordert werden.

Im Bereich AV-Medien wurde 1992 der Video-Film „Hilfe für Menschen. Die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege in Beispielen“ (20, DM) produziert.

Entsprechend ihrem Auftrag, die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege breiten Zielgruppen in der Bevölkerung bekannt zu machen und das Engagement der Medien für soziale Themen zu fördern, verleiht die BAGFW jährlich den Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege in den Sparten Fernsehen, Hörfunk, Print und Sozialfotografie für Arbeiten, die sich mit den Problemen sozial benachteiligter und notleidender Gruppen oder Personen in der Bundesrepublik Deutschland befassen.

Weiterhin führt die BAGFW jährlich eine Pressefahrt durch. Interessierte Fachleute und Journalisten besuchen in einer zuvor festgelegten Region Dienste und Einrichtungen öffentlicher und freier Träger zu einem ausgewählten sozialen Thema.

Serviceleistungen

Die BAGFW erfüllt verbandsübergreifende Informationswünsche zur Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland und Europa, z. B. für Studien an Hochschulen, berufsbildenden Schulen und Pflegeschulen. Darüber hinaus vermittelt sie den Kontakt zu den zuständigen Stellen in den Mitgliedsverbänden auf Bundes- und Landesebene sowie zu anderen sozialen Einrichtungen in freigemeinnütziger oder öffentlicher Trägerschaft

Empfehlungen

Die BAGFW verfügt sowohl über umfangreiches Adressen- und Quellenmaterial als auch über ein sorgfältig geführtes Presse- und Informationsarchiv, ergänzt durch die Fachliteratur in den Referaten. Anfragen können gerne an die Pressestelle gerichtet werden.

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT DER FREUNDKREISE FÜR SUCHTKRANKENHILFE IN DEUTSCHLAND e. V.

– BAG –

Adresse Kurt-Schumacher-Straße 2
34117 Kassel

Telefon 05 61/78 04 13

Telefax 05 61/71 12 82

Erste Freundeskreise entstanden 1956 mit ehemaligen Patienten aus Fachkliniken in Württemberg. Die Gründung beruhte auf dem Gedanken, daß persönliche Beziehungen und Freundschaften zur Stabilisierung der eigenen Persönlichkeit beitragen und damit die Grundlage zur Erlangung einer dauerhaften Abstinenz geschaffen werden kann. Ab 1967 entstanden die ersten Landesarbeitsgemeinschaften und 1978 wurde der Dachverband auf Bundesebene, die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Freundeskreise, mit Sitz in Kassel, gegründet.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft ist ein eingetragener Verein, ihr gehören 15 Landesarbeitsgemeinschaften der Freundeskreise an. Insgesamt wurden 1992 20.000 GruppenteilnehmerInnen in 790 Freundeskreis-Selbsthilfegruppen erfaßt.

Die Finanzierung der BAG erfolgt durch Bundesmittel und Zuwendungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Die BAG erhebt jährlich Beiträge von ihren Mitgliedern, den Landesarbeitsgemeinschaften.

Die Freundeskreise als Selbsthilfegruppen sind mit ihrem Hilfsangebot und ihren Hilfeleistungen heute ein fester Bestandteil des Behandlungsverbundes in der Suchtkrankenhilfe. Sie arbeiten in den Bereichen Motivation zur Behandlung, begleitende Hilfe während der ambulanten und stationären Behandlung, Nachsorge sowie Vorbeugung und Aufklärung. Sie verstehen sich als Ergänzung zu den professionellen Angeboten der Suchtkrankenhilfe und arbeiten mit Beratungsstellen und Fachkliniken sowie anderen Selbsthilfe- und Abstinenzverbänden zusammen.

Wesentliche Aufgaben der BAG sind unter anderem:

- Vertretung der Interessen der Freundeskreise auf Bundesebene,
- Information und Öffentlichkeitsarbeit für die einzelnen Gruppen,
- Förderung des Erfahrungsaustausches unter den Freundeskreisen,
- Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit anderen Selbsthilfe- und Abstinenzverbänden,
- Arbeitskreise zu aktuellen Themen der Suchtkrankenhilfe und der Entwicklung von Selbsthilfe.

Aufgaben und Ziele der Institution

– BAG –

Medienangebote

Die Bundesarbeitsgemeinschaft gibt folgende Standardangebote an Informationsmaterialien heraus:

- Bundesweites Adressenheft der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe,
- Selbsthilfe für Suchtkranke – Die Konzeption der Freundeskreise,
- Internes Selbstverständnis der Freundeskreise,
- Statistik der Freundeskreise mit Kommentierung,
- Ausbildung für/zum GruppenleiterIn,
- Rahmenplan der Ausbildung für/zum GruppenleiterIn
- Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele, Arbeitsformen (Faltblatt),
- Suchtprobleme? Die großen 5 bieten Hilfe zur Selbsthilfe (Faltblatt),
- Alkohol und Medikamente – Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe helfen und beraten (Plakat),
- Kleiner Versicherungs-Ratgeber für die ehrenamtliche Suchtkrankenhilfe,
- Suchtkranke in der Gemeinde: ‚Über Sucht muß man reden‘,
- Informations-Faltblatt für Ärzte

Die Informationsmaterialien werden nicht nur an Mitglieder verteilt, sondern können von jeglichen Interessierten (z. B. professionelle Mitarbeiter in der Suchtkrankenhilfe, Ärzte, Betroffene, Angehörige, Schüler, Studenten, Institutionen etc.) angefordert werden. Die Medien werden kostenfrei abgegeben. Bei Anforderung von größeren Stückzahlen wird eine Schutzgebühr erhoben.

Serviceleistungen

Die Angebote zur Ausbildung für/zum GruppenleiterIn sind ebenso für Nichtmitglieder offen – gegen einen entsprechend höheren Unkostenbeitrag. Nähere Informationen sind über o. g. Adresse zu erfragen.

Empfehlungen

Die Anschriften der der Bundesarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Landesarbeitsgemeinschaften können bei der BAG erfragt werden.

Interessierte werden in den Verteiler der Bundesarbeitsgemeinschaft aufgenommen und erhalten dann aktuelle Materialien und Informationen

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR ARBEITSSICHERHEIT

– BASi –

Adresse Kreuzstraße 45
40210 Düsseldorf

Telefon 02 11/32 90 77

Die 1961 gegründete BASi stellt einen freiwilligen Zusammenschluß der in der Bundesrepublik auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes (einschließlich Arbeitsmedizin) tätigen Organisationen, Verbände und Behörden dar. Mitglieder sind Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Träger der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften), staatliche Arbeitsschutzbehörden (Bundesarbeitsministerium, Arbeitsministerien der Länder) sowie alle wichtigen Fachverbände des Arbeitsschutzes.

Die Arbeit der BASi zielt darauf, den Stand der Arbeitssicherheit zu verbessern. In einer sachlichen Information und öffentlichen Diskussion soll insbesondere

- die Zusammenarbeit der Mitglieder unterstützt,
- das öffentliche Interesse für die Arbeitssicherheit gefördert,
- Unfallverhütungsmaßnahmen für Neulinge im Betrieb angeregt,
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Arbeitsweg intensiviert,
- regionale Arbeitsschutz-Gemeinschaftsgremien gefördert,
- Sicherheitserziehung im Kindesalter garantiert,
- die Einbeziehung der Arbeitssicherheit in Lehre und Forschung gefördert,
- Unfallverhütungsmaßnahmen in Schule, Heim und Freizeit durchgeführt,
- Erfahrungsaustausch gefördert, z. B. durch die regelmäßige Veranstaltung des Deutschen Kongresses für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin,

werden. Die BASi sieht ihre Aufgabe hierbei wesentlich in der Vermittlung und Bereitstellung von Informationen und Materialien.

Die finanziellen Mittel für Einrichtung und Unterhaltung der BASi werden im wesentlichen von den Spitzenverbänden der gesetzlichen Unfallversicherungsträger (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften) aufgebracht

Die BASi ist organisiert in der Mitgliederversammlung und dem zehnköpfigen Vorstand, dem Vertreter der Sozialpartner, Fachverbände und staatlicher Stellen angehören. Zur Unterstützung des Vorstandes sind Arbeitsgruppen gebildet worden zur

Aufgaben und Ziele der Institution

- BASI -

- betrieblichen Sicherheitsorganisation,
- Sicherheit des Arbeitsweges,
- Arbeitsmedizin,
- Sicherheit in Schule und häuslichem Bereich,
- A+A-Kongreßausschuß,
- Treffpunkt Sicherheit

Die praxisbezogene Förderung von Arbeitsschutzaufgaben geschieht hauptsächlich durch die Veranstaltung

des alle zwei Jahre in Düsseldorf stattfindenden Deutschen Kongresses für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin mit internationaler Fachmesse

Die BASI verbindet in ihrer Organisation wichtige Einrichtungen im Bereich „Arbeit“; sie ist also eine Einrichtung, die in der eigenen Organisationsstruktur jene Kooperation vorsieht, die im gesamten Bereich anzustreben ist. Kooperation ist eigentlicher Zweck der BASI.

Medienangebote

Die BASI informiert zum einen Entscheidungsträger und Akteure über den neuesten Stand der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes, zum anderen stellt sie massenwirksame Materialien zur Verfügung

Zielgruppe der BASI sind in erster Linie die Mitglieder, darüber hinaus die Sicherheitsbeauftragten, Betriebsräte usw., mit denen die betriebliche Praxis erreicht werden kann. Angesprochen werden aber auch Lehrer u. a. Vermittler einer Sicherheitserziehung

Die Themen der Materialien und Publikationen erstrecken sich auf die klassischen Bereiche des Arbeitsschutzes und der Arbeitsmedizin, aber auch auf Drogenprobleme (vor allem Alkohol), Autoverkehr (Wegunfälle), Erste Hilfe, Familie.

Die BASI konzentriert ihre Tätigkeit auf Printmedien. Sie setzt diese gerne projektartig, d. h. im Rahmen eines gezielten und gut vorbereiteten Vorhabens, ein

In der Fachzeitschrift „sicher ist sicher“ steht monatlich eine Seite für „BASI-Nachrichten“ zur Verfügung. Weiter vermittelt die BASI Beiträge des A+A-Kongresses an Fachzeitschriften und publiziert eigene Beiträge

Die BASI gibt unregelmäßig, ca. zweimal jährlich, eine „Presse-Information“ (kostenfrei) heraus, in der die Informationsmaterialien sowie Verlagsobjekte aufgelistet

werden. Die Materialien werden in begrenzter Stückzahl kostenfrei (bei Übernahme der Portogebühren) abgegeben.

Materialien und Publikationen werden auch in Fachzeitschriften und Zeitungen angekündigt. Eine wichtige Verbreitung erfolgt durch Einzelgewerkschaften und Berufsgenossenschaften, die entsprechende Broschüren etc. mit entsprechenden Vermerken („überreicht durch“), z. T. in großer Stückzahl übernehmen

Von den zahlreichen Materialien sei exemplarisch dargestellt:
Der Kalender zur Sicherheitserziehung, der vor allem für den Schulbereich konzipiert und von vielen Lehrern benutzt wird, ist ein erfolgreiches Beispiel für die Sicherheitserziehung. Der Kalender, der neben den anschaulichen Bildern auf der Rückseite reproduzierbare Unterrichtsvorlagen enthält, ist in einer Auflage von 100 000 Exemplaren in Schwerpunktaktionen zusammen mit den gesetzlichen Trägern der Unfallversicherung in Schulen verteilt worden.

Solche Aktionen setzen im Schulbereich an, weil – gestärkt durch Erfahrungen in skandinavischen Ländern – die Erziehung für Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung möglichst früh ansetzen soll.

Serviceleistungen

Eigentliche Serviceleistungen bietet die BASI nicht an, dafür reicht die finanzielle und personelle Ausstattung nicht aus. Eine wichtige Leistung erbringt sie in der Vermittlung der Informationen, vor allem auch über Landesgrenzen hinweg. Es findet keine direkte Beratung statt, vielmehr werden im Einzelfall Fachleute und Institutionen angegeben, wenn der Verweis auf vorhandene Literatur (etwa die Forschungsberichte der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Dortmund) nicht ausreicht.

Die BASI bemüht sich, Vorlagen für betriebliche Aktivitäten (Betriebszeitungen, Kampagnen) und auch zur Förderung der Sicherheit auf dem Arbeitsweg herzustellen.

Anforderungen und Ansprechpartner liegen zumeist im Bereich der Mitglieder.

Empfehlungen

Zu empfehlen sind neben der Fachzeitschrift „sicher ist sicher“ die vielen Materialien zur Sicherheitserziehung, insbesondere der Kalender zur Sicherheitserziehung. Bei Aktivitäten im Bereich Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz ist eine Kontaktaufnahme mit der BASI wegen der Vermittlung von Materialien und den Hinweisen auf Kompetenzen zu empfehlen

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR REHABILITATION

Adresse Walter-Kolb-Straße 9-11
60594 Frankfurt am Main

Telefon 0 69/60 50 18-0

Telefax 0 69/60 50 18-29

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation ist ein freiwilliger Zusammenschluß der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Kriegsoferfürsorge und Sozialhilfe, der Bundesanstalt für Arbeit, der Bundesländer, der Spitzenverbände der Sozialpartner sowie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung auf dem Gebiet der Rehabilitation. Sie wurde 1969 auf Initiative der Sozialpartner gegründet. Ihr Sitz ist Frankfurt am Main.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die BAR ist zum einen als Ebene des Erfahrungsaustausches der Träger der Rehabilitation anzusehen. Zum anderen dient sie der Kooperation zwischen Rehabilitationsträgern, Fachverbänden der freien Wohlfahrtspflege und Organisationen der Behinderten.

Der ständige Kontakt mit den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik und insbesondere dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Forschung und Technologie mit dem Ziel, die Rehabilitation weiter zu verbessern, ist für die BAR ein wichtiges Anliegen.

Die BAR hat die Aufgabe, die Rehabilitationsmaßnahmen entsprechend den Beschlüssen ihrer Organe zu koordinieren und zu fördern. Sie wirkt hierbei insbesondere darauf hin, daß die Maßnahmen der Rehabilitationsträger nach gleichen Grundsätzen zum Wohle der Behinderten durchgeführt werden und die Rehabilitanden über die Möglichkeiten der Rehabilitation sachgemäß unterrichtet werden. Ferner hat die BAR ihre Mitglieder in allen Fragen der Rehabilitation zu beraten sowie den Abschluß von Verwaltungsvereinbarungen, -absprachen oder -richtlinien anzuregen, zu fördern oder zu empfehlen, damit die Maßnahmen der Rehabilitationsträger rechtzeitig eingeleitet und nahtlos durchgeführt werden. Bei der Errichtung und beim Ausbau von Rehabilitationseinrichtungen wirkt sie beratend mit. Sie hat außerdem dazu beizutragen, daß die Beratungsfachkräfte der Rehabilitationsträger bei der Betreuung Behinderter zusammenarbeiten und - um dies besonders zu fördern - auf eine trägerübergreifende Fortbildung hinzuwirken. Schließlich sollen Interesse und Verständnis für die Probleme der Behinderten und die Rehabilitation in der Öffentlichkeit durch sie gefördert werden.

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
FÜR
REHABILITATION**

Medienangebote

Die Veröffentlichungen der BAR sollen über die gesetzlichen Möglichkeiten im Zusammenhang mit Rehabilitation aufklären und behinderten Menschen helfen, ihre Rechte wahrzunehmen. Sie spricht mit ihren Medien Mitarbeiter von Rehabilitationsträgern, Ärzte, Behinderte und deren Angehörige an. Die Medien sind in der Regel kostenlos erhältlich, müssen jedoch bei größerer Stückzahl zum Selbstkostenpreis abgegeben werden

Beispielhaft seien folgende Medien dargestellt:

Die BAR gibt den „Wegweiser zur Eingliederung von Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ heraus. In dem „Wegweiser“ werden die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen, die Wege, Leistungen und Gesamtvereinbarungen zur Rehabilitation übersichtlich dargestellt. Er enthält ein umfangreiches Adreßverzeichnis sowie ein „Kleines Lexikon zur Rehabilitation“. Der Wegweiser dient als Orientierung für Behinderte und Angehörige sowie für die Fachkräfte der Sozialversicherungsträger.

Des weiteren wurden auf der Ebene der BAR Gesamtvereinbarungen erarbeitet. Ziel dieser Gesamtvereinbarungen ist es, die medizinische, schulische, berufliche und soziale Rehabilitation zu koordinieren und zu verbessern

Die Gesamtvereinbarungen wurden für folgende Bereiche abgeschlossen:

- die Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit bei ambulanter beruflicher Rehabilitation
- Behindertensport
- Auskunft und Beratung nach dem Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation
- die Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Durchführung der Maßnahmen zur medizinischen beruflichen Rehabilitation über den Gesamtplan
- die Gewährleistung vorläufiger Leistungen

Sie wurden als gesonderte Broschüren oder auch im „Wegweiser Eingliederung von Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ veröffentlicht.

Besonders für Ärzte, aber auch für alle weiteren Fachkräfte in der Rehabilitation ist das Buch „Rehabilitation Behinderter Schädigung - Diagnostik - Therapie Nachsorge - Wegweiser für Ärzte und weitere Fachkräfte der Rehabilitation“ gedacht.

Beschrieben werden, welche medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitationsmaßnahmen bei welchen Indikationen in Frage kommen.

Daneben enthält das Buch grundsätzliche Aussagen über Rehabilitation, gibt einen Überblick über Leistungen, Rehabilitationsträger und entsprechende Einrichtungen.

Geschäftsberichte

Jahresrückblick über die Arbeit der BAR
Der Geschäftsbericht erscheint jährlich.

Arbeitshilfen

Es werden kontinuierlich Arbeitshilfen erstellt, in denen alle Rehabilitationsmaßnahmen bei einer bestimmten Krankheit/Behinderung dargestellt werden. Sie sind in einen medizinischen, sozialen und beruflichen Teil untergliedert.

Beispielhaft seien genannt:

- Arbeitshilfe für die Rehabilitation schädel-hirnverletzter Kinder und Jugendlicher
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation Koronarkranker (Zur Arbeitshilfe für die Rehabilitation Koronarkranker; Ablaufdiagramm mit Erläuterungen)
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von an Asthma bronchiale erkrankten Kindern und Jugendlichen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Schlaganfallpatienten
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Rheumakranken
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation bei älteren Menschen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation Krebskranker
- Arbeitshilfe für die stufenweise Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation psychisch Kranker und Behinderter
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von chronisch Nierenkranken, Dialysepflichtigen und Nierentransplantierten

Weitere Veröffentlichungen sind z. B. Zusammenstellung von Forschungsvorhaben, Zusammenstellung von Rehabilitationswissenschaftlern in Deutschland, Anschriftenverzeichnisse für die neuen Bundesländer sowie Kongreß- und Arbeitstagungsberichte. Ein vollständiges Veröffentlichungsverzeichnis kann bei der BAR-Geschäftsstelle angefordert werden.

**Service-
leistungen**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation steht im Einzelfall für fachliche Fragen gern zur Verfügung

Die Mitarbeiter der BAR sind gern bereit, als Referenten bundesweit aufzutreten. Anfragen zu einer Referententätigkeit sollten an die BAR gerichtet werden.

Empfehlungen

Bei den umfangreichen Veröffentlichungen sind besonders empfehlenswert:

Wegweiser zur Eingliederung von Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft

Wegweiser für Ärzte und weitere Fachkräfte der Rehabilitation
Forschungsverzeichnis
Arbeitshilfen

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT HILFE FÜR BEHINDERTE e.V. (BAG HILFE FÜR BEHINDERTE; BAGH)

Adresse Kirchfeldstraße 149
40215 Düsseldorf

Telefon 02 11/3 10 06 -0

Telefax 02 11/3 10 06 48

Die BAG Hilfe für Behinderte gegründet 1967 – ist die Dachorganisation von 60 bundesweiten Behindertenselbsthilfverbänden und 13 Landesarbeitsgemeinschaften und hat ihren Sitz in Düsseldorf.

In der BAGH sind über 700.000 körperlich- und geistig-, sinnes- und stoffwechselbehinderte Menschen zusammengeschlossen, die auf örtlicher Ebene in Selbsthilfegruppen und Vereinen arbeiten.

Die BAG Hilfe für Behinderte vertritt die Interessen der Gesamtheit der Behinderten unabhängig von parteipolitischen, konfessionellen oder regierungspolitischen Bindungen als freier Verband. Sie orientiert sich allein an den Interessen behinderter Menschen.

Sie finanziert sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Bußgeldern sowie aus Mitteln der Bundesministerien für Familie und Senioren, für Frauen und Jugend, für Gesundheit und für Arbeit und Sozialordnung. Ihre Aktivitäten reichen von der individuellen Beratung Betroffener bis hin zur sozialpolitischen Interessenvertretung in Politik und Verwaltung.

Die BAGH ist auf Bundesebene in allen Spitzengremien vertreten, die die Rehabilitation und gesellschaftliche Eingliederung Behinderter und chronisch Kranker fördern sollen. Sie berät als Sachverständige u. a. die Entscheidungsgremien der zuständigen Bundesministerien, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation und der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte setzt sich für ein gleichberechtigtes Leben in einer humanen Gesellschaft ein. Sie kämpft insbesondere für folgende Ziele:

- Solidarität:
Eine humane Gesellschaft braucht das gegenseitige Verständnis und Eintreten behinderter und nicht-behinderter Menschen füreinander.
- Selbsthilfe:
Nur aus der eigenen Betroffenheit lassen sich individuell erforderliche Hilfen feststellen und vermitteln. Betroffene leisten Hilfe durch Selbsthilfe bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen. Sie werden darin von Helfern unterstützt. Staat und Gesellschaft müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen der Selbsthilfearbeit sichern und fördern.
- Integration:
Behinderte und chronisch kranke Menschen wollen so normal wie möglich leben. Normalität entsteht erst durch Integration, durch die selbstverständliche Zugehörigkeit Behinderter in allen Lebensbereichen, unabhängig von Art oder Schwere der Behinderung.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Soziale Hilfe:
Soziale Hilfen müssen den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen und bürgernah gestaltet werden. Die Leistungen sollen einen sozialen und materiellen Ausgleich für nachteilige Auswirkungen der Behinderung schaffen.
- Mitwirkung:
Zur Durchsetzung der berechtigten Anliegen behinderter Menschen muß ihre Stimme in Bund, Ländern, Gemeinden und bei den Rehabilitationsträgern gehört werden und zählen. Die Mitwirkung ist sowohl bei der Planung als auch der Durchführung von Maßnahmen zu fordern.

Ihren Zielen entsprechend konzentrieren sich die Aktivitäten der BAGH auf folgende Bereiche:

- Sozialpolitik:
Die BAGH erarbeitet Stellungnahmen zu aktuellen sozialpolitischen Problemen behinderter Menschen. Wichtige Themen waren in den letzten Jahren: das Gesundheitsstrukturgesetz, die Pflegeversicherung, die Gleichstellung behinderter Menschen, Ethik und Behinderung sowie die Aufnahme rehabilitations- und eingliederungsrechtlicher Vorschriften in ein Sozialgesetzbuch 9 Buch (SGB IX). Darüber hinaus war die BAGH bemüht, weitere Einschränkungen im Sozialrechtsbereich durch die Spar- und Konsolidierungsprogramme 1993/94 zu verhindern.
Rehabilitation:
Die BAGH unterstützt ihre Mitgliedsverbände fachlich bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die praktische Behindertenarbeit. Sie veranstaltet Arbeitstagungen und Seminare zu aktuellen Fragen der Rehabilitation.

Medienangebote

Das umfangreiche Publikationsprogramm der BAGH umfaßt mehr als 60 Informationsschriften. Ständen am Anfang Themen der medizinischen Rehabilitation im Vordergrund, so gilt die Aufmerksamkeit heute gleichermaßen sozial- und gesundheitspolitischen Gesichtspunkten.

Anhand eines Literaturdienstes können die Schriften teilweise kostenlos, überwiegend zu Stückpreisen zwischen DM 2,20 und DM 4,00 (reduzierte Staffelpreise auf Anfrage) bei der BAGH-Geschäftsstelle in Düsseldorf angefordert werden

Periodisch erscheinende Medien:
„Selbsthilfe“ (kostenpflichtig)
Diese Zeitschrift der BAGH berichtet über aktuelle Entwicklungen in der Rehabilitation und Sozialpolitik sowie über Tagungen, Messen und Fortbildungsveranstaltungen. Ein ausführlicher Rechtsteil erläutert bedeutsame Gesetzesänderungen und einschlägige Gerichtsurteile.

In Sonderheften werden darüber hinaus wichtige Themen der Behindertenarbeit mit fundierter Hintergrundinformation behandelt (z. B. Sozialpolitik – soziale Politik?, Behinderte und Medien).

„Jahresspiegel“ (kostenlos)
Der jährlich erscheinende umfassende Bericht beschreibt anschaulich die Arbeit der BAGH, der Landesarbeitsgemeinschaften und aller Bundesverbände im jeweils vorausgegangenen Kalenderjahr.

- Beratung:
Die BAGH bietet Betroffenen in Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsverbänden Beratung in rechtlichen und sozialen Fragen an.
- Öffentlichkeitsarbeit:
Die BAGH informiert über wichtige Vorgänge in den Bereichen Recht, Rehabilitation, Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik durch ihr vielfältiges Informationsmaterial, durch Beteiligung an Fachmessen und Ausstellungen sowie durch ihre Pressearbeit.

**Landesarbeitsgemeinschaften
Hilfe für Behinderte**

Die BAGH Hilfe für Behinderte fördert Zusammenschlüsse auf Landesebene, die sich in den einzelnen Bundesländern für die Interessen behinderter Menschen in der Gesellschaft einsetzen.

Sie vertreten die Belange der Behinderten gegenüber dem Gesetzgeber sowie Behörden und Landesinstitutionen, beteiligen sich an Projekten vor Ort (z. B. am Aufbau von Hilfsmittel-Beratungszentren) und fördern Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation, z. B. der Mobilität oder der beruflichen Integration Behinderteter.

Sie beraten und informieren ihre Mitglieder in organisatorischen, rechtlichen, medizinischen und sozialen Fragen, organisieren den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden und arbeiten mit Organisationen ähnlicher Zielsetzung zusammen. Den jeweiligen rechtlichen und politischen Gegebenheiten entsprechend setzen die Landesarbeitsgemeinschaften unterschiedliche Schwerpunkte.

*Nicht periodisch erscheinende Medien:
Schriftenreihe „Kommunikation zwischen Partnern“*

Diese Schriftenreihe wird in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) von der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte erstellt.

In 46 Heften werden Informationen über einzelne Behinderungsarten unter medizinischen, pädagogischen, beruflichen und sozialen Aspekten der Rehabilitation vermittelt.

In verständlicher Sprache geschrieben, wenden sich die Broschüren an behinderte Menschen und ihre Angehörigen, an Mitarbeiter in Selbsthilfegruppen und Behindertenverbänden sowie an alle interessierten Bürger. Für Fachkräfte in der Rehabilitation können sie eine wertvolle Hilfe zur Beratung Betroffener sein.

Die Reihe „Kommunikation zwischen Partnern“ umfaßt bisher folgende Themen (Stand Oktober 1993):
Wissenschaftliche Aspekte der Behindertenarbeit, Multiple Sklerose, Querschnittgelähmte, Rheumakranke, Epilepsiekranke, Kehlkopflöse, Diabetiker, Muskelkrankheiten, Mukoviszidose, Chronisches Nierenversagen, Mehrfachbehinderte Kinder, Skoliose, Gehörlose – Schwerhörige – Sprachbehinderte, Chronisch Hautkranke, Verhaltensauffällige, Lernbehinderte, Gliedmaßenfehlbildungen und Gliedmaßenverlust, Gesichtsversehrte Menschen, Blinde – Sehbehinderte – Taubblinde, Poliogeschädigte, Asthmatiker und Allergiker, Zöliakie, Ileostomie · Colostomie · Urostomie, Phenylketonurie, Spina bifida – Hydrocephalus, Zerebrale Bewegungsstörungen, Hämophilie, Legasthenie und Dyskalkulie (Lese-/Rechtschreib- und Rechenschwäche),

Galaktosämie, Geistig Behinderte, Frühkindlicher Autismus, Psychische Gefährdung in Lebenskrisen, Periodische Depressionen, Periodische Manien, Schizophrenie, Exogene Psychosen, Neurosen, Psychische Krankheiten im Alter, Psychosomatische Krankheiten, Aphasie, Psychisch beeinträchtigte Kinder und Jugendliche, Osteogenesis imperfecta (Glasknochen-erkrankung), Kleinwuchs, Stottern, Morbus Crohn/ Colitis ulcerosa, Alzheimer-Krankheit.

An weiteren Schriftenreihen und Einzelpublikationen der BAGH seien beispielhaft genannt:

- „Positionen und Forderungen zur Absicherung des Pflegerisikos“ aus der Reihe „Empfehlungen der BAG Hilfe für Behinderte“,

- „Gemeinsame Erziehung und Bildung behinderter und nichtbehinderter Kinder in der Schule“ aus der Reihe „Empfehlungen der BAG Hilfe für Behinderte“,
- „Die Rechte behinderter Menschen und ihrer Angehörigen“, ein Ratgeber zum Behindertenrecht.

BAGH-Ausstellung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte verfügt über eine *Wanderausstellung*, mit der sie sich in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Sparkassen u. a. an die breite Öffentlichkeit wendet

**BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

Medienangebote

Neben der Herausgabe von Informationsmaterial (siehe „Medienangebote“) nimmt die Beratung einen großen Bereich der Serviceleistungen ein:

Die BAGH bietet Betroffenen aus den Mitgliedsverbänden kostenlos Beratung in rechtlichen und sozialen Fragen an.

Darüber hinaus verbessert sie die praktische Behindertenarbeit vor Ort, indem sie Schulungen von Betroffen-

nen, von haupt- und ehrenamtlichen Beratern der Selbsthilfegruppen und -verbände konzipiert, organisiert und durchführt.

Über die Schulungen und Seminare der BAGH informiert der jährlich erscheinende Veranstaltungskalender, in dem auch die Kosten der Seminare angegeben sind.

Serviceleistungen

Zu empfehlen ist der Bezug

- der Zeitschrift „Selbsthilfe“. Sie erscheint jährlich mit sechs Heften, inklusive Sonderheften, z. B. Sozialpolitik, Behinderte und Medien,
 - des „Jahresspiegels“, der auf Anforderung kostenlos zugesandt wird,
- sowie die Beachtung des sonstigen Medienangebotes, z. B.
- Schriftenreihe „Kommunikation zwischen Partnern“.

Zur Information über das vollständige Publikationsprogramm kostenlosen „Literatur-Dienst“ bei der Geschäftsstelle in Düsseldorf anfordern.

Beachtet werden sollten auch die Beratung für Behinderte, die Referentenvermittlung für Vorträge und Seminare sowie die Wanderausstellung.

Die Anschriften der Mitgliedsorganisationen der Bundesarbeitsgemeinschaft und der Landesarbeitsgemeinschaften sind auf den nachfolgenden Seiten aufgeführt!

Empfehlungen

Anschriften der BAGH Mitgliedsorganisationen:

Bundesverbände

Allergiker- und Asthmatikerbund e. V.
Hindenburgstr. 110, 41061 Mönchengladbach
Tel.: 0 21 61/18 30 24, Fax: 0 21 61/20 85 02

**Arbeitsgemeinschaft Allergierkrankes Kind –
Hilfen für Kinder mit Asthma, Ekzem
oder Heuschnupfen e. V.**
Hauptstr. 29 II, 35745 Herborn
Tel.: 0 27 72/4 12 37, Fax: 0 27 72/4 04 02

**Arbeitsgemeinschaft Spina bifida
und Hydrocephalus e. V.**
Münsterstr. 13, 44145 Dortmund
Tel.: 02 31/83 47 77, Fax: 02 31/83 39 11

Arbeitskreis Kunstfehler In der Geburtshilfe
Rosental 23 25, 44135 Dortmund
Tel.: 02 31/52 58 72

Arbeitskreis überaktives Kind e. V.
Dieterichsstr. 9, 30159 Hannover
Tel.: 05 11/3 63 27 29

**Bundeselternvereinigung für anthroposophische
Heilpädagogik und Sozialtherapie e. V.**
Schloßstr. 9, 61209 Echzell
Tel.: 0 60 35/8 11 90, Fax: 0 60 35/8 12 17

Bundesselbsthilfverband für Osteoporose e. V.
Kirchfeldstr. 149, 40215 Düsseldorf
Tel.: 02 11/31 91 65

**Bundesverband Contergangeschädigter e. V.,
Hilfswerk vorgeburtlich Geschädigter**
Paffrather Str. 132–134, 51069 Köln
Tel.: 02 21/6 80 34 79

**Bundesverband der Angehörigen psychisch
Kranker e. V. (BAPK e. V.)**
Thomas-Mann-Str. 49 a, 53111 Bonn
Tel.: 02 28/63 26 46, Fax: 02 28/69 17 59

Bundesverband der Kehlkopflösen e. V.
Obererle 65, 45897 Gelsenkirchen
Tel.: 02 09/59 22 82

**Bundesverband der Organtransplantierten e. V.
(BDO)**
Unter den Ulmen 98, 47137 Duisburg
Tel.: 02 03/44 20 10, Fax: 02 03/44 21 27

**Bundesverband für die Rehabilitation
der Aphasiker e. V.**
Georgstr. 9, 50389 Wesseling
Tel.: 0 22 36/4 66 98, Fax: 0 22 36/8 31 76

**Bundesverband für Körper- und
Mehrfachbehinderte e. V.**
Brehmstr. 5–7, 40239 Düsseldorf
Tel.: 02 11/62 66 51, Fax: 02 11/61 39 72

**Bundesverband Hilfe für das autistische Kind –
Vereinigung zur Förderung autistischer Men-
schen e. V.**
Bebelallee 141, 22297 Hamburg
Tel.: 0 40/5 11 56 04, Fax: 0 40/5 11 08 13

**Bundesverband Kleinwüchsige Menschen
und Ihre Familien e. V.**
Ingelheimer Str. 56, 28199 Bremen
Tel.: 04 21/50 21 22 und 50 78 73, Fax: 04 21/50 57 52

Bundesverband Legasthenie e. V.
Königstr. 32, 30175 Hannover
Tel.: 05 11/31 87 38, Fax: 05 11/31 87 39

**Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter
e. V.**
Altkrautheimer Str. 17
74236 Krautheim/Jagst
Tel.: 0 62 94/6 80, Fax: 0 62 94/9 53 83

Bundesverband Skoliose Selbsthilfe e. V.
Postfach 11 06 64, 42866 Remscheid
Tel.: 0 21 91/6 39 93

**Bundesvereinigung Lebenshilfe
für geistig Behinderte e. V.**
Postfach 80, 35020 Marburg
Tel.: 0 64 21/4 91-0, Fax: 0 64 21/49 11 67

Bundesvereinigung Stotterer Selbsthilfe e. V.
Kasparstr. 4, 50670 Köln
Tel.: 02 21/73 07 31

Bund zur Förderung Sehbehinderter e. V.
Christian Wolff, Engelbertusstr. 29, 45473 Mülheim/Ruhr
Tel.: 02 08/44 99 06

**Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen
e. V.**
Thomas-Mann-Str. 49 a, 53111 Bonn
Tel.: 02 28/63 26 46, Fax: 02 28/69 17 59

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V.
Mauerkircherstr. 21, 81679 München
Tel.: 0 89/98 66 23

Deutsche Epilepsievereinigung e. V.
Zillestr. 102, 10585 Berlin
Tel.: 0 30/3 42 44 14

Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e. V.
Rennerstr. 4, 79106 Freiburg
Tel.: 07 61/27 79 32 und 27 80 24, Fax: 07 61/27 79 12

**Deutsche Gesellschaft für Osteogenesis
Imperfecta Betroffene e. V.**
Postfach 1546, 63155 Mühlheim
Tel.: 0 61 08/7 63 34, Fax: 0 61 08/6 92 76

**Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung
der Mukoviszidose e. V.**
Bendenweg 101, 53121 Bonn
Tel.: 02 28/66 10 26 und -27, Fax: 02 28/66 92 64

**Deutsche Gesellschaft zur Förderung der
Gehörlosen und Schwerhörigen e. V.**
Veit-Stoß-Str. 14, 80687 München
Tel.: 0 89/58 88 48, Fax: 0 89/5 80 83 79

**Deutsche Hämophillegesellschaft
zur Bekämpfung von Blutungskrankheiten e. V.**
Halenseering 3, 22149 Hamburg
Tel.: 0 40/6 72 29 70, Fax: 0 40/6 72 49 44

**Deutsche Heredo Ataxie Gesellschaft –
Bundesverband e. V.**
Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart
Tel.: 07 11/21 55-114, Fax: 07 11/21 55-2 14

Deutsche Huntington-Hilfe e. V.
Postfach 28 12 51, 47241 Duisburg
Tel.: 02 03/78 87 77

Deutsche Ileostomie-Colostomie-Urostomie-Vereinigung e. V. (ILCO)

Kepserstr. 50, 85356 Freising
Tel.: 0 81 61/8 49 11, 8 49 09 (vormittags)
Fax: 0 81 61/8 55 21

Deutsche Interessengemeinschaft für Kinder mit Phenylketonurie (PKU) und verwandten angeborenen Stoffwechselstörungen e. V.

c/o Hansjörg Schmidt, Adlerstr. 6,
91077 Kleinsendelbach
Tel.: 0 91 26/44 53

Deutsche Leukämie Forschungshilfe, Aktion für krebskranke Kinder e. V.

Joachimstr. 20, 53113 Bonn
Tel.: 02 28/22 18 33, Fax: 02 28/21 86 46

Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung (DCCV)

Bundesverband für entzündliche Erkrankungen des Verdauungstraktes
Paracelsusstr. 15, 51375 Leverkusen
Tel.: 02 14/7 59 57, Fax: 02 14/7 59 79

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V.

Vahrenwalder Str. 205-207, 30165 Hannover
Tel.: 05 11/63 30 23, Fax: 05 11/63 38 87

Deutsche Narkolepsie-Gesellschaft

Günter Baus, Postfach 1107, 42755 Haan
Tel.: 0 21 29/5 37 23, Fax: 0 21 29/3 29 45

Deutsche Parkinson Vereinigung – Bundesverband e. V.

Moselstr. 31, 41464 Neuss
Tel.: 0 21 31/4 10 16/17, Fax: 0 21 31/4 54 45

Deutsche Retinitis Pigmentosa Vereinigung e. V.

Monika Föhlinger, Schulstr. 7, 25451 Quickborn
Tel.: 0 41 06/32 96

Deutsche Rheuma-Liga e. V.

Rheinallee 69, 53173 Bonn
Tel.: 02 28/35 54 25, Fax: 02 28/35 81 17

Deutsche Sarkoidose-Vereinigung e. V.

Renate Braune, Postfach 3043, 40650 Meerbusch
Tel. und Fax: 0 21 50/73 60

Deutsche Tinnitus-Liga e. V. (DTL)

Erbschlöerstr. 22, 42369 Wuppertal
Tel.: 02 02/46 45 84

Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew e. V. (DVMB)

Metzgergasse 16, 97421 Schweinfurt
Tel.: 0 97 21/2 20 33, Fax: 0 97 21/2 29 55

Deutsche Zöliakie-Gesellschaft e. V.

Filderhauptstr. 61, 70599 Stuttgart
Tel.: 07 11/45 45 14, Fax: 07 11/4 56 78 17

Deutscher Blindenverband e. V.

Bismarckallee 30, 53173 Bonn
Tel.: 02 28/35 40 37, Fax: 02 28/35 77 19

Deutscher Diabetiker-Bund e. V.

P. A. Zentrum für jugendliche Diabetiker
Danziger Weg 1, 58511 Lüdenscheid
Tel.: 0 23 51/98 91 53

Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.

Paradeplatz 3, 24768 Rendsburg
Tel.: 0 43 31/58 97-0, Fax: 0 43 31/59 32 44

Deutscher Neurodermitiker Bund

Mozartstr. 11, 22083 Hamburg
Tel.: 0 40/2 20 57 57

Deutscher Psoriasisbund e. V.

Oberaltenallee 20A, 22081 Hamburg
Tel.: 0 40/2 27 09 85, Fax: 0 40/2 27 09 86

Deutscher Schwerhörigenbund e. V.

Schiffbauerdamm 13, 10117 Berlin
Tel.: 0 30/22 52 23 60, Fax: 0 30/22 52 23 88

Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e. V. – DVBS

Frauenbergstr. 8, 35039 Marburg
Tel.: 0 64 21/48 14 50

Dialysepatienten Deutschlands e. V.

Weberstr. 2, 55130 Mainz
Tel.: 0 61 31/8 51 52, Fax: 0 61 31/83 51 98

Frauensebsthilfe nach Krebs – Bundesverband e. V.

B 6, 10/11, 68159 Mannheim
Tel.: 06 21/2 44 34, Fax: 06 21/15 48 77

Freundeskreis Camphill e. V.

Gütergotzer Str. 85, 14165 Berlin
Tel.: 0 30/8 01 20 69

Gesellschaft zur Förderung behinderter türkischer Kinder e. V.

Vahrenwalder Str. 194, 30165 Hannover
Tel.: 05 11/7 98 40 43

Lernen fördern – Bundesverband zur Förderung Lernbehinderter e. V.

Rolandstr. 61, 50677 Köln
Tel.: 02 21/38 06 66, Fax: 02 21/38 59 54

Schutzverband für Impfgeschädigte

Postfach 1160, 57271 Hilchenbach
Tel.: 02 71/5 50 19 (RA Meinhardt)

Selbsthilfegruppe Sklerodermie in Deutschland e. V.

c/o Helga Kandora, Bergschlagsweg 38, 46569 Hünxe
Tel.: 0 20 64/3 02 32

Verein kleinwüchsiger Menschen e. V.

Harald Berndt, Hauptstr. 14,
56587 Oberhonnefeld-Gierend
Tel.: 0 26 34/54 22

Wolfgang Rosenthal Gesellschaft e. V.

Selbsthilfevereinigung zur Förderung der Behandlung der Lippen-, Kiefer-, Gaumen-, Segelspaltträger
Händelstr. 14, 35625 Hüttenberg
Tel.: 0 64 03/55 75 oder 24 69

Stand: Januar 1994

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

*Anschriften
der Mitglieds-
organisationen*

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

*Anschriften der
Landesarbeits-
gemeinschaften*

**Landesarbeitsgemeinschaften
Hilfe für Behinderte:**

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Baden-Württemberg
Unterländer Str. 55, 70435 Stuttgart
Vors.: Dr. Friedhelm Repnik
Geschäftsstelle: Reinhard Spohrer
Tel.: 07 11/98 79 55-0, Fax: 07 11/98 79 55-55

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
in **Bayern**
Weißenburger Str. 43, 81667 München
Vors.: Maximilian H. Maurer
Geschäftsstelle: Reinhard Kirchner
Tel.: 0 89/45 99 24-0, Fax: 0 89/45 99 24-13

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Berlin
Schiffbauerdamm 13, 10117 Berlin
Vors.: Dr. Manfred Schmidt
Geschäftsstelle: Martina Haase
Tel. und Fax: 0 30/2 29 40 28

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Brandenburg
Heinersdorfer Str. 4, 16303 Schwedt/Oder
Vors.: Heinz Strüwing
Geschäftsstelle: Brünhilde Scheffler, Angelika Klepke
Tel.: 0 33 32/52 17 35, Fax: 0 33 32/52 17 51

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Bremen
Waller Heerstr. 55, 28217 Bremen
Vors.: Gerhard Iglhaut
Geschäftsstelle: Doris Galda
Tel.: 04 21/3 87 77-14, Fax: 04 21/3 87 77-99

Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft
Hilfe für Behinderte
Richardstr. 45, 22081 Hamburg
Vors.: Uwe Schiemann
Geschäftsstelle: Andrea Bethke
Tel.: 0 40/29 99 56 66, Fax: 0 40/29 36 01

Landesarbeitsgemeinschaft **Hessen**
Hilfe für Behinderte
Raiffeisenstr. 15, 35043 Marburg
Vors.: Dr. Georg Maraun
Geschäftsstelle: Manfred Müh
Tel.: 0 64 21/4 20 44, Fax: 0 64 21/5 17 15

Landesarbeitsgemeinschaft **Niedersachsen**
Hilfe für Behinderte
Lathusenstr. 20, 30625 Hannover
Vors.: Marianne Heise
Geschäftsstelle: Gabriela Jung
Tel.: 05 11/55 50 86, Fax: 05 11/5 30 51 11

Landesarbeitsgemeinschaft **NW**
Hilfe für Behinderte
Beelertstiege 5 6, 48143 Münster
Vors.: Dr. Diether Bischoff
Geschäftsstelle: Dr. Willibert Strunz
Tel.: 02 51/4 34 00 und 4 34 09, Fax: 02 51/51 90 51

Landesarbeitsgemeinschaft **Rheinland-Pfalz**
Hilfe für Behinderte
Klarastr. 29, 55116 Mainz
Vors.: Prof. Dr. Hermann-Josef Wilbert
Geschäftsstelle: Anna Schädler
Tel.: 0 61 31/23 44 02, Fax: 0 61 31/23 52 29

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Saarland
Unten am Steinwald 15, 66538 Neunkirchen
Vors.: Norbert Klein
Geschäftsstelle: Elke Lang
Tel.: 0 68 21/2 15 23, Fax: 0 68 21/2 26 45

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Sachsen
Beratungs- und Geschäftsstelle
Michelangelostr. 2, 01217 Dresden
Vors.: Dr. Peter Münzberg
Geschäftsstelle: Wolfgang Doberenz
Tel.: 03 51/4 72 49 41 oder 4 72 49 42,
Fax: 03 51/4 72 74 01

Landesarbeitskreis **Schleswig-Holstein**
(LAGH geplant)
Kontaktadresse:
Rainer Dillenbergl, Kastanienstr. 27, 24114 Kiel
Tel.: 04 31/67 11 22

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Thüringen
Musäusring 24 c, 07747 Jena-Lobeda/Ost
Vors.: Charlotte-Rosita Baake
Tel. und Fax: 0 36 41/33 43 95
(zugleich Tel.-Nr. d. Lebenshilfe, LV Thüringen)

Stand: Januar 1994

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER
EINRICHTUNGEN
DER HILFE FÜR
PSYCHISCH KRANKE
UND
PSYCHISCH BEHINDERTE
MENSCHEN**

**– Arbeitsgemeinschaft
im Deutschen Caritas-
verband –**

Adresse Karlstraße 40
79104 Freiburg i. Br.
Postfach 420
79004 Freiburg i. Br.

Telefon 07 61/20 03 19

Telex 772 417

Telefax 07 61/20 05 72

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Einrichtungen der Hilfe für psychisch kranke und behinderte Menschen (BAGKEP) entstand 1978 als Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Caritasverband. Aufgaben im Rahmen der Versorgung psychisch Kranker waren vom Caritasverband vorher in Zuordnung zum Bereich der Krankenhilfe wahrgenommen worden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft wurde eingerichtet, um der Zunahme ambulanter und komplementärer Einrichtungen in der Psychiatrie Rechnung zu tragen.

Die BAGKEP ist in der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes angesiedelt und dem Bereich „Rehabilitation“ zugeordnet.

Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft sind die (ca. 150) Träger von katholischen Einrichtungen für psychisch Kranke (insgesamt etwa 350). Es handelt sich dabei um Fachkrankenhäuser für Psychiatrie, Heime, Übergangseinrichtungen, Behindertenwerkstätten, Tageskliniken, Beratungsstellen (u. a. Sozialpsychiatrische Dienste) und Selbsthilfegruppen

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Grundsätzen katholischen Glaubens Hilfe für psychisch Kranke zu unterstützen und an der Weiterentwicklung solcher Hilfen mitzuarbeiten.

***Aufgaben
und Ziele
der Institution***

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHER EINRICHTUNGEN DER HILFE FÜR PSYCHISCH KRANKE UND PSYCHISCH BEHINDERTE MENSCHEN

Sie ist im Rahmen der folgenden Aufgaben tätig:

- Beratung und Unterstützung ihrer Mitglieder sowie Fortbildung für deren Mitglieder
- Weiterentwicklung der gemeindenahen und außerstationären Versorgung im psychiatrischen Bereich
- Ermöglichung von Erfahrungsaustausch, regelmäßiger Information und regionaler Zusammenarbeit
- Mithilfe bei der Planung psychiatrischer Angebote
- Öffentlichkeitsarbeit zur gesellschaftlichen und innerkirchlichen Integration dieses Bereiches
- Vertretung der Mitgliederinteressen auf Bundesebene

Besondere Schwerpunkte sind hierbei in der Beratung der Einrichtungen und der Fortbildung von Mitarbeitern zu sehen.

Im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft ist eine Reihe von Arbeitsgruppen tätig, die dem Vorstand zugeordnet sind. Die Arbeitsgruppen sind tätig in den Bereichen:

- Wohnen
- Berufliche Rehabilitation von psychisch Kranken
- Sozialpsychiatrische Dienste und Angehörigenarbeit
- Fachkrankenhäuser
- Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Dokumentation der Tätigkeit der Sozialpsychiatrischen Dienste im Rahmen des Caritasverbandes

Der Deutsche Caritasverband ist in Diözesen organisiert. In den Diözesancaritasverbänden bestehen entweder direkt Referate für Psychiatrie oder dieser Bereich wird vom Referat für Behindertenhilfe mitbetreut.

Medienangebote

Die durchweg kostenpflichtigen Medien der Bundesarbeitsgemeinschaft haben als Zielgruppe zum einen die Mitarbeiter der in der BAG organisierten Institutionen, denen Fachinformationen zur Verfügung gestellt werden sollen, zum anderen Träger, die sich in der Arbeit mit psychisch Kranken engagiert haben oder für solche Vorhaben in Frage kommen. Schließlich werden noch Materialien erarbeitet, die von kirchlichen Institutionen der allgemeinen Öffentlichkeit zur Aufklärung über den Bereich psychischer Probleme zur Verfügung gestellt werden.

Ein Verzeichnis von Printmedien des Deutschen Caritasverbandes im Bereich der Behindertenhilfe, das auch die obengenannten Publikationen und ihre Preise umfaßt, kann über die Bundesarbeitsgemeinschaft (kostenlos) bezogen werden.

Als Periodikum werden die als Mitgliederrundbrief konzipierten „Informationen/Impulse“ dreimal pro Jahr in unregelmäßigen Abständen herausgegeben. Sie bieten

alle relevanten Informationen aus der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, sozialpolitische Entwicklungen sowie Aktivitäten des Caritasverbandes im Bereich psychisch Kranke. Die Zeitschrift wird gegen einen Kostenbeitrag auch Nichtmitgliedern zur Verfügung gestellt

Wichtige Fachtagungen werden in der Reihe „ISPA-Dokumentation“ veröffentlicht (kostenpflichtig).

Konzeptionelle Vorstellungen zur psychiatrischen Versorgung, wie sie die Bundesarbeitsgemeinschaft für Träger und Einrichtungen erarbeitet hat, können der Broschüre „Unser Standpunkt Nr.17 – Hilfe für psychisch kranke und psychisch behinderte Menschen“ (z.Z. vergriffen, Neuauflage Ende 1994) entnommen werden, die hier exemplarisch erwähnt sei.

Die Arbeitsgemeinschaft gibt ein Verzeichnis der Adressen aller in ihrem Rahmen organisierten psychiatrischen Einrichtungen heraus (kostenpflichtig).

Serviceleistungen

Für Beratungen und Informationsveranstaltungen können über die Geschäftsstelle in der Regel Referenten vor Ort gefunden werden. Insbesondere sind solche Angebote für Fragestellungen bezüglich ambulanter und komplementärer Einrichtungen möglich. Das Honorar muß im Einzelfall vereinbart werden.

Als Fortbildungsveranstaltungen bietet die Bundesarbeitsgemeinschaft Kurse zu Arbeitstagungen an, die der Zeitschrift zu entnehmen sind. Im zweijährigen Rhythmus veranstaltet die BAG eine Fachwoche zur gemeindenahen Psychiatrie.

Die Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes führt eine Langzeitfortbildung über 2 Jahre im

Umfang von fünf Wochenblöcken durch („Mitarbeit von Sozialarbeitern in der Hilfe für psychisch Kranke“).

Das Programm kann bei der Akademie angefordert werden – Adresse siehe „Empfehlungen“ Alle Fortbildungsveranstaltungen sind kostenpflichtig

Über die Fortbildungsangebote auf Landesebene erstellt die Bundesarbeitsgemeinschaft jährlich eine Übersicht, die jeweils Mitte Januar erscheint (kostenlos). Ebenfalls erscheint eine Übersicht über Tagungen und Veranstaltungen auf Bundesebene.

Empfehlungen

Referenten (gegen Honorar) für Fragen ambulanter und komplementärer Einrichtungen können über die Bundesarbeitsgemeinschaft gefunden werden.

Printmedien für Träger psychiatrischer Einrichtungen oder die Einrichtungen selbst sowie Medien zur Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Psychiatrie können von der BAG gegen Kosten bezogen werden

Für Beratungsstellen im psychiatrischen Bereich ist das Verzeichnis der Adressen der in der BAG organisierten katholischen Einrichtungen von Interesse (kostenpflichtig).

Fortbildungsangebote bestehen seitens der Bundesarbeitsgemeinschaft (Kurse, Fachtagungen) und von seiten der Fortbildungsakademie des DCV, Postfach 420, 7800 Freiburg, Tel.: 07 61/20 05 38.

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT KINDER- UND JUGENDSCHUTZ e. V.

– BAJ –

Adresse Emmeransstraße 32
55116 Mainz

Telefon 0 61 31/22 33 60

Telefax 0 61 31/23 68 49

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) ist ein Zusammenschluß von Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege, Jugendverbänden, den Landesarbeitsgemeinschaften und von Einzelpersonen, die eine Mitarbeit im Kinder- und Jugendschutz für notwendig und verpflichtend anerkennen. Die BAJ wurde 1951 als eingetragener Verein gegründet, um sich überparteilich und überkonfessionell für die Rechte von Kindern und Jugendlichen einzusetzen und ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Hierzu gehört, die Aufgaben des erzieherischen und gesetzlichen Kinder- und Jugendschutzes zu fördern sowie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsverbänden zu unterstützen.

Diese Zielsetzung soll erreicht werden durch:

- Fachgespräche, Kooperationen der Mitglieder und die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen bei den gesetzgebenden Körperschaften,
- enge Zusammenarbeit mit den Landesstellen/Landesarbeitsgemeinschaften,
- Veranstaltung von Fachtagungen,
- Erarbeiten von Stellungnahmen und Gutachten, Herausgabe von Schriften und Merkblättern sowie
- Öffentlichkeitsarbeit.

Kinder- und Jugendschutz wird generell als Inbegriff aller Maßnahmen verstanden, die geeignet sind, den Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf Erziehung und Bildung zu realisieren und ihr Recht auf körperliche, seelische und soziale Entwicklung bewußt zu machen. Hierunter versteht man alle Initiativen, die das Ziel haben,

- Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Entwicklung vor Gefährdungen zu schützen und sie zu befähigen, mit Gefährdungen bewußt und kritisch umzugehen (präventiver Ansatz),
- Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder pädagogisch zu qualifizieren, sie für Gefährdungslagen zu sensibilisieren und ihre Handlungskompetenzen zu erweitern.

Kinder- und Jugendschutz wird dort besonders wichtig, wo Gefährdungen durch gesellschaftliche Prozesse erzeugt werden, die die Kinder und Jugendlichen nicht zu beeinflussen vermögen, deren Betroffene sie aber sein können (Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, strukturelle Gewaltverhältnisse, Umweltbelastungen etc.).

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- BAJ -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die wichtigsten Themen und Arbeitsbereiche der BAJ sind:

- Suchtprävention
- Gesundheitserziehung/Gesundheitsförderung
- Jugendmedienschutz
- Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
- Gefährdungen durch Sekten und religiöse Bewegungen

- Sexualpädagogik
- Aids
- Jugendkriminalität u. a.

Der Vorstand der BAJ unterhält zur Erfüllung dieser Aufgaben eine Geschäftsstelle mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Mainz, die institutionell vom Bundesministerium für Frauen und Jugend gefördert wird.

Medienangebote

Die Publikationen der BAJ sollen über Fragen des erzieherischen und gesetzlichen Kinder- und Jugendschutzes aufklären und auf Probleme, Initiativen und Aktivitäten aufmerksam machen. Sie richten sich sowohl an Fachleute der Jugendarbeit in den Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungsebenen als auch an die interessierte Öffentlichkeit

- Als Periodikum erscheint vierteljährlich die Zeitschrift „Kind - Jugend - Gesellschaft“, die mit grundsätzlichen und aktuellen Beiträgen Schwerpunktthemen

behandelt. Die Zeitschrift kann im Abonnement bezogen werden, Einzelexemplare werden kostenlos abgegeben.

Weitere Publikationen sind dem Materialdienst der BAJ zu entnehmen.

Die Landesstellen/Landesarbeitsgemeinschaften bringen ebenfalls Fachzeitschriften, Informationsdienste und Broschüren heraus. Diese können dort jeweils angefordert werden.

Serviceleistungen

Mit verschiedenen Aktivitäten und Serviceleistungen will die BAJ ihre Ziele vorstellen und den Gedanken des erzieherischen und gesetzlichen Kinder- und Jugendschutzes einer breiten Fachöffentlichkeit und gleichzeitig Eltern und Erziehungsberechtigten näherbringen.

Zu den Aktivitäten und Serviceleistungen gehören:

- Fachtagungen für Verantwortliche im Kinder- und Jugendschutz
- Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer, Jugendverbände und Eltern
- Bilaterale Fachtagungen mit Jugendschützern aus Österreich (alle 2 Jahre)

- Expertengespräche mit Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachdisziplinen zu aktuellen Themen
- Fachtagung der BAJ z. B. zu konzeptionellen und praktischen Fragen eines präventiven Kinder- und Jugendschutzes
- Beantwortung von Anfragen
- Informationsdienst/Materialversand
- Mitarbeit an Fachveranstaltungen durch fachliche Beratung von Referentinnen und Referenten

Anfragen zu den Aktivitäten und Serviceleistungen können telefonisch oder schriftlich an die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz gerichtet werden.

**Evangelischer Arbeitskreis
für Jugendschutz**
Friesenring 34
48147 Münster

**Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Mecklenburg-Vorpommern**
Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg

**Landesarbeitsstelle Aktion
Jugendschutz Sachsen e. V.**
Albert-Köhler-Straße 91
09122 Chemnitz

**Kath. Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen**
Salzstraße 8
48143 Münster

**Landesarbeitsstelle
Aktion Jugendschutz
Bayern e. V.**
Fasaneriestraße 17
80636 München

**Evangelischer Arbeitskreis
für Jugendschutz
Schleswig-Holstein**
Kanalufer 48
24768 Rendsburg

**Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Thüringen e. V.**
Magdeburger Allee 82
99086 Erfurt

**Landesarbeitsstelle
Aktion Jugendschutz**
Prinz-Heinrich-Straße 1
24106 Kiel

**Kath. Landesarbeitsstelle
Aktion Jugendschutz
Rheinland-Pfalz e. V.**
Klosterstraße 9 a
66953 Pirmasens

**Landesarbeitsstelle
Aktion Jugendschutz
Baden-Württemberg**
Staffienbergstraße 44
70184 Stuttgart

**Arbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.**
Hohenzöllernring 85-87
50672 Köln

**Arbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Landesstelle
Brandenburg e. V.**
Ulrich-von-Hutten-Straße 1
14473 Potsdam

**Landesstelle Jugendschutz
Niedersachsen**
Lelsewitzstraße 26
30175 Hannover

**Landesarbeitsstelle
Aktion Jugendschutz
Hamburg e. V.**
Margaretenstraße 41
20357 Hamburg

**Jugendschutz
Sachsen-Anhalt e. V.
Werkstatt für Bildung
und Begegnung**
Große Einsiedelgasse 6 a
06406 Bernburg/Saale

– BAJ –

*Anschriften
der Landes-
stellen/Landes-
arbeitsgemein-
schaften*

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT ZUR FÖRDERUNG HALTUNGS- UND BEWEGUNGS- AUFFÄLLIGER KINDER UND JUGENDLICHER e.V.

– BAG –

Adresse Fischtorplatz 17
55116 Mainz

Telefon 0 61 31/22 74 40

Telefax 0 61 31/23 44 54

Die Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung Hal-
tungs- und Bewegungsauffälliger Kinder und Jugendli-
cher e.V. (BAG) wurde 1961 als „Arbeitsgemeinschaft der
Sonderturnlehrer im Lande Nordrhein-Westfalen“ ge-
gründet und schon kurze Zeit später in „Arbeitsge-
meinschaft zur Förderung gesundheitsgefährdeter,
haltungs- und leistungsschwacher Kinder und Jugendli-
cher – freie Vereinigung von Ärzten, Lehrern, Eltern
und Organisationen“ umbenannt.

Das von vornherein auf bundesweite Wirkung ausge-
richtete Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist, Maßnahmen
einzuleiten und durchzuführen, um Haltungsschwä-
chen und psychomotorische Defizite bei Kindern und
Jugendlichen zu erkennen und diesen entgegenzuwir-
ken.

Die satzungsgemäßen Aufgaben sehen vor:

- Ganzheitliche Förderung der Persönlichkeit durch
Bewegung, Spiel und Sport; diese sollen im Sinne
der Prävention und Kompensation nach medizini-
schen und sportpädagogischen Erkenntnissen die
motorischen, emotionalen, kognitiven und sozialen
Dimensionen durch Bewegungsangebote erfassen,
- Erstellen von Ausbildungskonzeptionen und Richtli-
nien für Fördermaßnahmen sowie die Bereitstellung
von Lehrkräften und Lehrmaterial für die Aus- und
Fortbildung,
 - Mitarbeit bei der Ausarbeitung und Einführung einer
gezielten Bewegungsförderung in Organisationen
mit gleicher Zielstellung,
 - Beratung von Behörden, Institutionen, Verbänden
und Unternehmen,
 - Öffentlichkeit von ihrem Wirken zu unterrichten und
für aktive Mitarbeit sowie Mithilfe zu werben.

Der BAG gehören als Mitglieder an die Landesarbeitsge-
meinschaften in Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saar-
land, die AOK für den Kreis Mettmann, der Berufsver-
band der Fachärzte für Orthopädie, die Bundesvereini-
gung für Gesundheitserziehung e.V. und der Deutsche
Turnerbund. Nach der Satzungsänderung von 1989
werden auch Einzelmitglieder aufgenommen, sofern
sie nicht in einem Bundesland leben, in dem eine ak-
tive Landesarbeitsgemeinschaft besteht.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- BAG -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Organe der BAG sind die Mitgliederversammlung, das Präsidium mit dem Präsidenten, Vizepräsidenten und dem Schatzmeister als geschäftsführendes Gremium und bis zu vier Beisitzern.

Zur Erfüllung der Aufgaben unterhält die BAG mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern eine Geschäftsstelle und ein Lehrteam, die vor allem auf drei Ebenen tätig sind:

- Information der Öffentlichkeit und Eltern, Erzieher/innen und Lehrer/innen über das Problem der Haltungs- und Bewegungsauffälligkeiten,
- Aus- und Fortbildung von Erzieher/innen, Übungsleiter/innen und Lehrer/innen,
- Erstellung von Handreichungen für den Sportunterricht und die Bewegungserziehung.

Den Schwerpunkt bildet dabei die bundesweite Lehrgangstätigkeit. In Zusammenarbeit mit Lehrerfortbildungsinstituten, Trägern von Tageseinrichtungen für Kinder und den Landessportbünden werden Lehrkräfte, Erzieher/innen und Übungsleiter/innen in mehrteiligen Lehrgängen mit Abschlußprüfungen ausgebildet und mit weiteren Lehrgangsangeboten fortgebildet. Dazu stellt die BAG ihr Lehrteam.

Besondere Projekte sollen die wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktische Durchführung unserer Lehrangebote weiterentwickeln.

Die Arbeit der BAG wird finanziert durch Eigeneinnahmen, Beiträge, Spenden und Projektförderung durch das BMFJ.

Medienangebote

Das Medienangebot der BAG ist auf die vorgenannten drei Tätigkeitsebenen ausgerichtet. Beispielfhaft seien an Einzelmedien genannt:

- als Periodikum die Vierteljahreszeitschrift „Haltung und Bewegung“ (Abonnement) mit zwei Themenheften und zwei freien Ausgaben jährlich (kostenverursachend),
- das Faltblatt „Bewegungsmangel – ein Gesundheitsrisiko für Ihr Kind!“ soll Eltern über das Problem informieren (kostenlos bei Übernahme des Portos),
- „Haltung beurteilen – Haltungsschwächen erkennen“. Gezielte Maßnahmen einer Früherkennung im Grundschulalter, Videofilm (31 Min.) (kostenverursachend),
- 30minütiger Videofilm „Sportförderunterricht – ein Angebot für bewegungsauffällige Kinder“ für Eltern und Lehrer/innen (kostenverursachend),
- das Lehr- und Arbeitsbuch „Sportförderunterricht“ als Aus- und Fortbildungsunterlage (kostenverursachend),

Informationsblätter (6tig.) zu den einzelnen Lehrbereichen der Haltungs- und Bewegungsschwächen (kostenverursachend) für Interessierte und Multiplikatoren,

- Handreichung für den Sportförderunterricht „Aus der Praxis für die Praxis“ mit ausgewählten Spiel- und Übungsanregungen (kostenverursachend),
- Kinder brauchen Bewegung – Wahrnehmungs- und Bewegungsförderung im Vorschulalter (217 Seiten, kostenverursachend),
- Mit Sport – Spiel – Spaß zur besseren Haltung – Rückenschule für Kinder (136 Seiten, kostenverursachend).

Über das Medienangebot liegt eine Übersicht bei der BAG vor und kann dort angefordert werden.

Serviceleistungen

Die Lehrgangstätigkeit stellt den Hauptanteil der Serviceleistungen dar. Ca. 70 Lehrgänge führt die BAG jährlich mit Unterstützung des BMFJ durch:

- In Zusammenarbeit mit Jugend- und Gesundheitsämtern, Trägern und Ausbildungsstätten der Elementarerziehung bildet das Lehrteam der BAG Erzieher/innen in einem einwöchigen Einführungs- und einem einwöchigen Aufbaulehrgang in der Haltungs- und Bewegungserziehung aus.
- In Zusammenarbeit mit den Lehrerfortbildungsinstituten werden durch das Lehrteam der BAG in Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz in dreiwöchigen Lehrgängen Lehrkräfte ausgebildet und erhalten nach bestandener Prüfung die Lehrbefähigung für den Sportförderunterricht (SFU) bzw. das Schulsonderturnen (SST).

In Zusammenarbeit mit den Landessportbünden werden durch das Lehrteam der BAG nach den Richtlinien der Übungsleiterausbildung Mitglieder von Turn- und Sportvereinen zu „Übungsleiter Sonderturnen im Verein“ ausgebildet

Die Lehrgangstermine werden im Periodikum „Haltung und Bewegung“ veröffentlicht und sind bei der BAG zu erfragen.

Mit dem Medienangebot steht die BAG für Informationen zu dem Problembereich zur Verfügung, ebenso mit ihren Mitarbeiter/innen und Präsidiumsmitgliedern zur Zusammenarbeit bei Maßnahmen.

Empfehlungen

Bei Planung und Durchführung von Aktivitäten für die Bewegungsförderung von Kindern und Jugendlichen sollte mit der BAG Kontakt aufgenommen werden, um die Sachkenntnis, das Angebot an Fachleuten und die Medien der BAG zu nutzen.

BUNDESFORSCHUNGS- ANSTALT FÜR ERNÄHRUNG

– BFE –

Adresse Engesserstr. 20
76131 Karlsruhe

Telefon 07 21/66 25-0

Die Bundesforschungsanstalt für Ernährung (BFE) ist eine nichtselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts im nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML).

Die Arbeiten der Bundesforschungsanstalt haben das Ziel, einerseits Entscheidungshilfen für Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Ernährungs- und Verbraucherpolitik zu liefern, andererseits den wissenschaftlichen Fortschritt im Interesse des Gemeinwohls zu fördern.

Die Anstalt betreibt Forschung auf dem Gebiet der Ernährungs-, Lebensmittel- und Haushaltswissenschaften sowie auf verwandten Fachgebieten. Folgende Schwerpunkte werden gegenwärtig bearbeitet:

- Lagerung, Transport, Verarbeitung sowie Zubereitung und Qualität von Lebensmitteln,
- Düngung und Qualität von Lebensmitteln,
- sensorische, ernährungsphysiologische, toxikologische und ökonomische Bewertung von Lebensmitteln,
- Charakterisierung von Lebensmitteln durch objektive Methoden,
- wichtige Inhaltsstoffe von Lebensmitteln (z. B. Spurenelemente, Mineralstoffe),
- Fremdstoffe und Radionuklide in Lebensmitteln,
- Entwicklung von Untersuchungsmethoden für die Ernährungsforschung,
- hygienische Verbesserung der Lebensmittel,
- Bewertung der für die Gemeinschaftsverpflegung bedeutsamen Verpflegungssysteme, Ernährungsbedürfnisse und Ernährungsverhalten der Bevölkerung,
- Qualität und Kosten der Ernährung, Aufklärung der Verbraucher über gesunde Ernährung,
- Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Ernährungs- und Haushaltswissenschaft.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BFE -

Medienangebote

Das nachstehende Informationsangebot kann von wissenschaftlich Interessierten auf Anfrage in Anspruch genommen werden.

- Jahresberichte der BFE
Die Jahresberichte enthalten in allgemeinverständlicher Darstellung eine Übersicht über die Forschungsergebnisse des betreffenden Jahres.
- Wissenschaftliche Originalarbeiten der BFE
Die Forschungsergebnisse der BFE werden in allgemein zugänglichen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht
- Berichte der BFE
Die Berichte der BFE erscheinen in unregelmäßiger Folge und stellen in sich abgeschlossene Forschungsergebnisse mit teilweise umfangreichem Datenmaterial dar. Die Berichte können in beschränktem Umfang kostenfrei von wissenschaftlichen Institutionen bezogen werden.
- Sonstige Veröffentlichungen der BFE
In Fachzeitschriften erscheinen zusammenfassende Veröffentlichungen zu Teilgebieten der Ernährungs- und Lebensmittelwissenschaft.

- Bibliographie Haushalt und Verbrauch
Die Bibliographie zu Haushalt und Verbrauch wird vom Institut für Ernährungsökonomie und -soziologie der BFE jährlich herausgegeben. Die Bibliographie ist kostenpflichtig.
- Bibliographie zur Bestrahlung von Lebensmitteln
Die Bibliographie zur Bestrahlung von Lebensmitteln erscheint seit 1955 in unregelmäßigen Abständen und enthält weltweit erschienene Literatur zum Thema. Der Bezug ist kostenfrei.
- Mitteilungen über Ernährungsfragen
Die Mitteilungen über Ernährungsfragen bieten allgemeinverständliche Übersichten zu aktuellen Fragen der Ernährung.

Die Halbjahreslisten der Veröffentlichungen der BFE und der Jahresbericht der BFE können angefordert werden.

Serviceleistungen

- Anfragen
Die BFE beantwortet kostenfrei spezielle Anfragen, die das Ernährungswissen betreffen. Der medizinische Bereich ist hiervon jedoch ausgenommen.
- Elektronische Fachinformation
Das Informationszentrum der BFE ist Teil des Fachinformationssystems Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Auf Anfrage werden in den einschlägigen Datenbasen maschinelle Literaturrecherchen auf dem Gebiet der Ernährungs- und Lebensmittelwissenschaft mit Ausnahme des medizinischen Bereichs durchgeführt. Die Recherchen sind kostenpflichtig

Empfehlungen

Für den mit Ernährungsfragen (Umweltrisiken im Ernährungsbereich) Befassten ist es u. U. von Interesse, wissenschaftlich fundierte Aussagen aus erster Hand bzw. einschlägige Hintergrundinformationen zu erhalten.
Im erstgenannten Fall kann er speziell Anfragen an die BFE richten, die dann kostenfrei bearbeitet werden

Im Fall des Bedürfnisses nach wissenschaftlichen Hintergrundinformationen sind die o.a. Bibliographien sowie eine Nutzung der elektronischen Fachinformation eventuell geeignete Mittel der Wahl.

BUNDESINSTITUT FÜR ARZNEIMITTEL UND MEDIZINPRODUKTE

Adresse Seestraße 10-11
13353 Berlin

Telefon 0 30/45 02-0

Telefax 0 30/45 02 12 07

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte ist eine der drei selbständigen Bundesoberbehörden, die durch die Auflösung des Bundesgesundheitsamtes entstanden sind. Mit Inkrafttreten des Gesundheitseinrichtungen-Neuordnungsgesetzes am 1. 7. 1994 wurde aus dem Institut für Arzneimittel des Bundesgesundheitsamtes, gegründet am 1. 7. 1975, das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte beschäftigt über 700 Mitarbeiter und soll seinen zukünftigen Sitz in Bonn haben (Stand: Juli 1994).

Als Folge des Gesetzes hat das Bundesinstitut neue Aufgaben durch die Zuständigkeit für Medizinprodukte erhalten.

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte wird national und in der Europäischen Union insbesondere tätig auf folgenden Gebieten:

1. Zulassung von Fertigarzneimitteln auf der Grundlage der analytischen, pharmakologischen-toxikologischen und klinischen Prüfungen, soweit nicht das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin oder das Paul-Ehrlich-Institut zuständig ist,
2. Registrierung homöopathischer Arzneimittel mit Ausnahme der homöopathischen Tierarzneimittel,
3. Risikoerfassung und Bewertung sowie Durchführung von Maßnahmen nach dem Stufenplan,
4. Überwachung des Verkehrs mit Betäubungsmitteln,
5. Arbeiten zur medizinischen und technischen Sicherheit, Eignung und Leistung von Medizinprodukten,
6. zentrale Risikoerfassung sowie Durchführung von Maßnahmen zur Risikoabwehr bei Medizinprodukten.

Mit den administrativen Aufgaben des Bundesinstituts eng verbunden ist die Betreuung von Expertenkommissionen und die Betreuung von Forschungsprojekten. Eigene Forschungsprojekte werden ebenfalls durchgeführt.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDESINSTITUT
FÜR ARZNEI-
MITTEL UND
MEDIZIN-
PRODUKTE**

Medienangebote

Das monatlich herausgegebene „Bundesgesundheitsblatt“, das gemeinsam mit den anderen aus dem Bundesgesundheitsamt hervorgegangenen Bundesinstituten publiziert wird, enthält eine regelmäßige Rubrik Arzneimittelschnellinformationen (ASI). Ziel dieser Arzneimittelschnellinformationen ist es, die Fachkreise in die Ermittlung von Arzneimittelrisiken miteinzubeziehen, indem bereits über erste mögliche Anhaltspunkte für mögliche Risiken informiert wird.

Das Bundesgesundheitsblatt kann beim Carl Heymanns Verlag, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln, bezogen werden.

Es ist geplant, auch zukünftig wissenschaftliche Beiträge der Mitarbeiter in einer eigenen Schriftenreihe zu publizieren*

Wissenschaftliche Beiträge der Mitarbeiter des Bundesinstituts finden sich außerdem in nationalen und internationalen Fachzeitschriften

Die Arbeitsergebnisse des Bundesinstituts werden in einem Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Diesem sind die Organisationsstruktur und die Arbeitsschwerpunkte der Fachabteilungen zu entnehmen

Für die Presse werden zu aktuellen Ergebnissen und Verfahren Pressemitteilungen herausgegeben; aus gegebenen Anlässen können Pressekonferenzen stattfinden

* Stand: Juli 1994

**Service-
leistungen**

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte plant eigene Fortbildungsveranstaltungen*.

Institutionen in Bund, Ländern und Gemeinden erhalten in Einzelfragen Beratung durch das Bundesinstitut.

Bundes- und Landesbehörden erhalten regelmäßige Informationen über Stufenplanverfahren nach dem Arzneimittelgesetz

Es besteht ein enger Informationsaustausch insbesondere mit den Behörden der Europäischen Union als auch mit den anderen nationalen Zulassungsbehörden und der Weltgesundheitsorganisation.

* Stand: Juli 1994

BUNDESINSTITUT FÜR GESUNDHEITLICHEN VERBRAUCHERSCHUTZ UND VETERINÄR- MEDIZIN

– BgVV –

Adresse Thielallee 88–92
14195 Berlin
Postfach 33 00 13
14191 Berlin

Telefon 0 30/83 08-0

Telefax 0 30/83 08-27 41

Fernschreiber 0 30/184 016

Das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) in Berlin ist eine von drei selbständigen Bundesoberbehörden, die aus der Neuorganisation des Bundesgesundheitsamtes hervorgegangen sind. Im BgVV sind etwa 700 Mitarbeiter, davon 263 Wissenschaftler, des ehemaligen Max-von-Pettenkofer-Instituts, des Robert-von-Ostertag-Instituts sowie eines Teilbereichs des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie beschäftigt.

Das BgVV hat insbesondere folgende, gesetzlich fixierte Aufgaben:

1. Sicherung des Gesundheitsschutzes im Hinblick auf Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Mittel und sonstige Bedarfsgegenstände, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie Chemikalien,
2. Schutz von Mensch und Tier vor gesundheitlichen Risiken, die von Zusatzstoffen oder unerwünschten Stoffen in Futtermitteln für Nutztiere ausgehen können,
3. Bewertung der Gesundheitsgefährlichkeit von Chemikalien, Abwehr von Gefahren einschließlich Einstufung und Kennzeichnung, Dokumentation und Information zu Vergiftungsgeschehen,
4. Erkennen und Aufrechterhalten des Gesundheitsstatus von Einzeltieren und Tierbeständen, die zur Gewinnung von Lebensmitteln bestimmt sind, im Hinblick auf Zoonosen,
5. Schutz des Menschen vor Krankheiten, die von Tieren auf Menschen übertragen werden können (Zoonosen),
6. Zulassung und Registrierung von Arzneimitteln, die zur Anwendung bei Tieren bestimmt sind, nach den arzneimittelrechtlichen Vorschriften einschließlich der Risikoerfassung und Bewertung,
7. Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen sowie spezielle Fragen des Tierschutzes,
8. Aufbereitung, Zusammenfassung, Bewertung, Dokumentation und Berichterstattung im Hinblick auf die bei der Durchführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes übermittelten Ergebnisse sowie die Durchführung von Laborvergleichsuntersuchungen und Ringversuchen,

Aufgaben und Ziele der Institution

- BgVV -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

9. Wahrnehmung der Funktion eines gemeinschaftlichen oder nationalen Referenzlabors für Lebensmittel, soweit für diese Aufgaben aufgrund von Rechtsakten der Europäischen Union das Bundesgesundheitsamt benannt ist oder in Zukunft das Bundesinstitut benannt wird,
10. Fragen der Ernährungsmedizin, Bundeslebensmittelschlüssel,
11. Risikofassung und -bewertung bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln einschließlich Tieren, von denen Lebensmittel gewonnen werden,
12. allgemeine und spezielle gesundheitliche Fragen des Transports gefährlicher Güter, insbesondere giftiger und ätzender Stoffe.

Medienangebote

Eine genaue Organisationsgliederung sowie die ausführliche Beschreibung der Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Abteilungen sind dem jährlich erscheinenden *Tätigkeitsbericht des BgVV* zu entnehmen

Wichtige Arbeitsergebnisse des Instituts werden in einer *Schriftenreihe des BgVV* veröffentlicht. Zu aktuellen Problemen werden, wie bisher vom BGA, künftig auch vom BgVV Informationen und Empfehlungen in Form von *Merkblättern* und *Sonderpublikationen* herausgegeben, die beim BgVV zu beziehen sind.

Wissenschaftliche Beiträge und Forschungsergebnisse werden von Mitarbeitern des BgVV in nationalen und internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht. Ein Verzeichnis dieser Veröffentlichungen ist im jährlichen *Tätigkeitsbericht des BgVV* enthalten.

Über aktuelle wissenschaftliche Entwicklungen auf dem Gebiet des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Veterinärmedizin wird im weiterhin monatlich erscheinenden *Bundesgesundheitsblatt* dem gemeinschaftlichen Publikationsorgan der Nachfolge-

institutionen des BGA berichtet. Ebenso werden hier Ratschläge und Empfehlungen für Fachkreise veröffentlicht, die helfen sollen, den Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse in Sachen Gesundheitsschutz sachgerecht in die Praxis umzusetzen. Der Bezug des Bundesgesundheitsblattes ist für Gesundheitsämter zu einem Sonderpreis beim Carl Heymanns Verlag, Köln, möglich

Fälle von Lebensmittelinfektionen und -intoxikationen samt Hintergrundinformationen zu ihren Ursachen und ihrer Ausbreitung werden weltweit gesammelt und in regelmäßigen Abständen im *Newsletter* des „WHO Surveillance Programme for Control of Foodborne Infections and Intoxications in Europe“ veröffentlicht. Der Newsletter ist über das FAO/WHO Collaboration Centre am BgVV zu beziehen.

Aktuelle Warnungen vor Gesundheitsrisiken werden in Form von *Pressemitteilungen* des BgVV herausgegeben, die gleichzeitig an medizinische Fachjournalisten, Agenturen und Journalisten versandt werden.

Serviceleistungen

Fort- und Weiterbildung von ausländischen Stipendiaten auf dem Gebiet der Lebensmittelhygiene und der angepassten veterinärmedizinischen Labor-diagnostik durch das *FAO/WHO Collaborating Centre for Research and Training in Food Hygiene and Zoonoses* und das gemeinsam mit der GTZ unterhaltene *Service-Labor*.

WHO Surveillance Programme for Control of *Foodborne Infections and Intoxications in Europe*.

FAO-Weltkonferenzzentrum für Akarizidresistenzen (FAO-World Acaricide Resistance Reference Centre; WARRC)

In Zusammenarbeit mit der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, dem Kongreß für ärztliche Fortbildung sowie anderen wissenschaftlichen Einrichtungen werden *Fortbildungsveranstaltungen* zu verschiedenen Themenbereichen durchgeführt. Ankündigungen für diese Veranstaltungen erfolgen auf dem Dienstweg bzw. im Bundesgesundheitsblatt.

Die Inanspruchnahme wissenschaftlicher *Referenten* für Veranstaltungen zu aktuellen Problemstellungen ist prinzipiell möglich. Anfragen hierfür sollten den Themenkreis möglichst konkret benennen

In speziellen Fällen ist die Kooperation mit dem BgVV bei der Durchführung von Forschungsvorhaben und anderen Untersuchungen möglich. Voraussetzung hierfür ist, daß die angefragten Arbeitsthemen in das aktuelle Forschungsprogramm der betreffenden Abteilungen passen und die Finanzierung der Arbeiten gesichert ist.

In aktuellen Fällen und in Notlagen bietet das BgVV einen informellen Beratungsdienst für telefonische und schriftliche Anfragen an, der auf Einzelfälle beschränkt ist und offizielle dienstliche Anfragen nicht ersetzen soll.

BUNDESKNAPPSCHAFT

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Adresse	Pleperstraße 14–28 44781 Bochum
Ansprechpartner	Pressereferent Dr. Wolfgang Buschfort
Telefon	02 34/3 04-82 00
Telefax	02 34/3 04-82 06

Die Bundesknappschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts; sie ist Träger der Knappschaftsversicherung, d. h. sie umfaßt sowohl die knappschaftliche Krankenversicherung als auch die knappschaftliche Rentenversicherung. Gegründet wurde sie 1969; die Ursprünge liegen jedoch in der bergbaulichen Selbsthilfe und sind rund 1000 Jahre alt.

Die Bundesknappschaft ist ein Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen. Sie nimmt die Aufgaben eines Bundes- und Landesverbandes und auf örtlicher Ebene die Aufgaben einer Krankenkasse wahr. Selbstverwaltungsorgane der Bundesknappschaft sind die Vertreterversammlung und der Vorstand, die disparitätisch besetzt sind. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Bundesknappschaft werden von der Hauptverwaltung in Bochum und sieben nachgeordneten Verwaltungsstellen durchgeführt. Zur Zeit betreut die Bundesknappschaft im alten Bundesgebiet rund 200 000 Aktive, 690.000 Rentner und 23.824 freiwillig Versicherte. Hinzu kommen ca. 160.000 Aktive sowie 210.000 Rentner im neuen Bundesgebiet.

Die knappschaftliche Krankenversicherung hat die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu verbessern. Hierfür stellt sie auch ihre eigenen Einrichtungen zur Verfügung (Krankenhäuser).

Im Interesse der gesundheitlichen Belange ihrer Versicherten arbeitet die knappschaftliche Krankenversicherung mit der knappschaftlichen Rentenversicherung im Rahmen des Verbundsystems sowie mit allen berufsständischen Organisationen und Einrichtungen des Bergbaus, insbesondere der Bergbau-Berufsgenossenschaft, und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens eng zusammen.

Zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit wurden Richtlinien verabschiedet, die die Eigenverantwortung der Versicherten für ihre Gesundheit unterstützen sollen.

Ziel ist es,

- durch Stärkung des Bewußtseins für Gesundheitsgefährdungen Versicherte zu gesundheitserhaltenden und -fördernden Maßnahmen zu veranlassen und sie
- durch finanzielle Anreize zur Inanspruchnahme von entsprechenden Kursen zu motivieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

BUNDES- KNAPPSCHAFT

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Umsetzung dieses Ziels erfolgt durch regelmäßige Aufklärung, Information und Beratung (in Zeitschriften, Broschüren, in den Beratungsstellen der Bundesknappschaft) auf örtlicher Ebene. Damit erhält die Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Bedeutung.

Weiterhin arbeitet die Bundesknappschaft auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge in verschiedenen Arbeitskreisen mit bzw. ist dort vertreten, so z. B.

- in der Arbeitsgemeinschaft „Gesundheitsförderung“ Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes
- im Arbeitskreis „Zahngesundheit“ Westfalen-Lippe
- im Deutschen Ausschuss für Jugendzahnpflege (DAJ).

Medienangebote

Zielgruppe der Medienangebote ist zunächst die Versicherungsgemeinschaft, die über Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und -förderung informiert werden soll. Eine weitere Gruppe bilden die Knappschaftsältesten, die eine Verbindung zwischen der Bundesknappschaft und den Versicherten herstellen. Eine ihrer Aufgaben ist es, Versicherte zu beraten und zu betreuen.

Das Medienangebot der Bundesknappschaft richtet sich natürlich auch an die Beschäftigten in der Hauptverwaltung, den Verwaltungs- sowie den örtlichen Geschäftsstellen.

Als Periodika erscheinen

- der Kompaß, Zeitschrift für Sozialversicherung im Bergbau, mit Beiträgen aus der bergbaulichen Unfallversicherung sowie leistungs-, versicherungs- und beitragsrechtlichen Themen aus der knappschaftlichen Krankenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung, Mitteilungen über Gesetze, Regelungen und Richtlinien, mit Berichten und Informationen über Kongresse, nationale und internationale Veranstaltungen sowie amtlichen Bekanntmachungen (Abonnement – kostenpflichtig)
- die Mitgliederzeitschrift „tag“, die vierteljährlich erscheint, über aktuelle Themen aus allen Bereichen der knappschaftlichen Versicherung unterrichtet, über gesetzliche Änderungen informiert und gesundheitliche Aufklärung betreibt (kostenlos)

- die Knappschaftliche Presseschau, die eine Zusammenstellung aller auf örtlicher Ebene erscheinenden Artikel bietet (kostenlos)
- das Informationshandbuch für Knappschaftsälteste mit den wichtigsten Erläuterungen zu den versicherungs-, beitrags- und leistungsrechtlichen Vorschriften des Gesundheitsreformgesetzes (GRG) und anderen Vorschriften einschließlich der Satzung der Bundesknappschaft (kostenlos)
- Broschüren und Merkblätter für die Versicherten und ihre Angehörigen; u. a. sind erschienen:
 - Broschüre „Im Dienste Ihrer Gesundheit: Der Sozialmedizinische Dienst der Bundesknappschaft“
 - Broschüre „Bundesknappschaft, das soziale Verbundsystem“
 - Broschüre „Ihre Krankenversicherung“ für das alte und das neue Bundesgebiet
 - Broschüre „Früherkennung hilft heilen – Vorsorgeuntersuchungen für Ihr Kind“
 - Faltblatt „Der TÜV für Ihre Gesundheit“. Eine Information über die Gesundheitsuntersuchung zur Früherkennung von „Volkskrankheiten“

sowie Broschüren zur Rentenversicherung und Rehabilitation

Alle Broschüren und Merkblätter erhalten Sie kostenlos über das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ oder bei örtlichen Geschäftsstellen der Bundesknappschaft.

Service- leistungen

Die Serviceleistungen der Bundesknappschaft stehen mit den von ihr gesetzten Aufgabenschwerpunkten zur Gesundheitsvorsorge in engem Zusammenhang:

Übernahme von Kosten für Kurse zur Förderung der Gesundheit und zur Gesunderhaltung
Aufklärung, Information und Beratung der Versicherten zu Themen der Krankenversicherung durch Informationsveranstaltungen, die das

Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ der Bundesknappschaft veranstaltet

- Info-Stand auf Kongressen und in Betrieben
- Fortbildungsveranstaltungen für Knappschaftsälteste und Mitarbeiter, die über Tendenzen und Entwicklungen im Gesundheitswesen durch Mitarbeiter des Grundsatzdezernats Krankenversicherung bei der Bundesknappschaft unterrichtet werden.

Empfehlungen

Auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge arbeitet die Bundesknappschaft als Spitzenverband mit den anderen Bundesverbänden eng zusammen. Sie ist aber auch in verschiedenen Arbeitskreisen/-gemeinschaften auf Landesebene vertreten. Die Bundesknappschaft setzt bei der Gesundheitsvorsorge einen Schwerpunkt in die Aufklärung ihrer Versicherten. Jedes Mitglied erhält die Zeitschrift „tag“ kostenlos zugeschickt. Interessierte können sich in den Postverteiler aufnehmen lassen. Sie erhalten dann ebenfalls kostenlos die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift zugeschickt.

Empfehlenswert sind darüber hinaus folgende Medienangebote:

- die Zeitschrift Kompaß, die monatlich erscheint (Abonnement – kostenpflichtig) und einen umfassenden Einblick in die bergbauliche Versicherung bietet sowie über Aktuelles berichtet, und
- die Info-Broschüren, die kostenlos in den Geschäftsstellen der Bundesknappschaft abgegeben werden.

BUNDESKONFERENZ FÜR ERZIEHUNGS- BERATUNG e.V.

Gesellschaft für Beratung und Therapie von Kindern, Jugendlichen und Eltern

Adresse Amalienstraße 6
90763 Fürth

Telefon 09 11/9 77 14-0

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (BKFE) wurde 1962 als gemeinnütziger Verein gegründet

Fachkräfte der ca. 1.000 Erziehungsberatungsstellen in der Bundesrepublik sind auf freiwilliger Basis in Landesarbeitsgemeinschaften für Erziehungsberatung in den jeweiligen Bundesländern organisiert. Diese Landesarbeitsgemeinschaften sind wiederum in der Bundeskonferenz zusammengeschlossen.

Die BKFE finanziert sich aus Beiträgen, die die Landesarbeitsgemeinschaften im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder abführen, aus Kursgebühren und aus Mitteln, die die Bundeskonferenz als anerkannte Fachorganisation der Jugendhilfe vom Bundesministerium für Frauen und Jugend im Rahmen einer institutionellen Förderung erhält.

Die Zielgruppe der BKFE sind in erster Linie die Mitarbeiter der Erziehungsberatungsstellen, aber auch Träger von Beratungsstellen, Behörden, Verbände und der Gesetzgeber soweit es Gesetzesvorhaben betrifft, die Kinder und Jugendliche angehen.

Als Fachverband für die Angelegenheiten der Erziehungs- und Familienberatung bevorzugt die Bundeskonferenz weder ein einzelnes methodisches Vorgehen noch eine bestimmte Berufsgruppe, sondern tritt für eine multidisziplinäre Arbeit im Team der Erziehungsberatungsstelle ein. Dementsprechend sind die vier Hauptfachrichtungen (Ärzte, Psychologen, Kinder- und Jugendlichentherapeuten und Sozialarbeiter/Sozialpädagogen) im Vorstand der BKFE ständig repräsentiert.

Die Bundeskonferenz bemüht sich in ihren Tätigkeiten um die Voraussetzungen der Arbeit von Erziehungsberatungsstellen und ihre inhaltliche Ausgestaltung, um die Förderung von Prävention, Diagnostik, Beratung und Therapie von Kindern und Jugendlichen, die Weiterbildung der Fachmitarbeiter sowie die Wahrung der Rechte der Klienten von Beratungsstellen (z. B. Datenschutz)

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
KONFERENZ FÜR
ERZIEHUNGS-
BERATUNG e.V.**

In diesem Rahmen ist die BKFE tätig auf folgenden Gebieten:

- Vermittlung von Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter von Beratungsstellen sowie neuer Erkenntnisse für die Beratungsarbeit
- Statistische Erhebung zur Arbeit von Beratungsstellen
- Veranstaltung von Fort- und Weiterbildungsangeboten und Fachtagungen

- Aufklärung der Öffentlichkeit über Erziehungsberatung und über seelische Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen
- Stellungnahmen z. B. bei Gesetzesvorhaben und anderen öffentlichen Angelegenheiten, die die Erziehungsberatung sowie die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen betreffen

Medienangebote

Die Medien der BKFE zielen in ersten Linie auf die Fachmitarbeiter der Erziehungsberatungsstellen, in zweiter Linie sollen Träger von Beratungsstellen und Behörden angesprochen werden und schließlich die allgemeine Öffentlichkeit.

Die Zeitschrift der BKFE „Informationen für Erziehungsberatungsstellen“ erscheint 3mal im Jahr; sie wird den Erziehungsberatungsstellen und den Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaften zur Verfügung gestellt (Einzelabonnement ist möglich). Die externe Zeitschrift „Praxis der Kinderpsychologie und -psychiatrie“ hat eine regelmäßige Rubrik „Mitteilungen der BKFE“.

Über die Printmedien der Bundeskonferenz ist eine laufend aktualisierte Veröffentlichungsliste kostenlos zu beziehen. Regelmäßig werden die Verzeichnisse der Erziehungs- und Familienberatungsstellen veröffentlicht.

Die BKFE gibt daneben eine große Anzahl von (zum Teil mehrseitigen) Merkblättern und Broschüren heraus:

- Informationen über die Bundeskonferenz und ihre Arbeit (Satzung, Selbstdarstellung etc.)
- Unter den Rubriken „Basistexte“ und „Hinweise der Bundeskonferenz“ werden Informationen über technische, verwaltungsmäßige und rechtliche Probleme von Erziehungsberatungsstellen für die dort Arbeitenden zusammengefaßt
- Die „Stellungnahmen der Bundeskonferenz“ richten sich mehr an den Gesetzgeber, Behörden und die allgemeine Öffentlichkeit und beziehen sich in der

Regel auf in der Diskussion befindliche Fragestellungen, die für die Erziehungsberatung und das Wohl von Kindern und Jugendlichen von Belang sind.

- Regelmäßig werden die Ergebnisse der Erhebungen der BKFE als „Ausgewählte Ergebnisse von Erziehungs- und Familienberatungsstellen“ veröffentlicht.

Die in der obengenannten Liste ebenfalls verzeichneten Buchveröffentlichungen bei Verlagen befassen sich in der Regel mit inhaltlichen Fragestellungen, die für die beraterische und therapeutische Arbeit bei kindlichen Entwicklungsproblemen wichtig sind. Exemplarisch für die Buchveröffentlichungen seien hier die Bücher „Gewalt und Erziehung“ und „Familie in der Krise – Sozialer Wandel, Familien- und Erziehungsberatung“, „Erziehungs- und Familienberatung Untersuchungen zu Entwicklung, Inanspruchnahme und Perspektiven“ erwähnt

In regelmäßigen Abständen gibt die Bundeskonferenz Informationsbroschüren (kostenlos) mit den Ergebnissen ihrer Erhebungen zu Anzahl, Verteilung und personeller Ausstattung von Erziehungsberatungsstellen sowie zu deren Inanspruchnahme durch Klienten heraus („Ausgewählte Auszahlungsergebnisse von Erziehungs- und Familienberatungsstellen in der BRD und Berlin-West“ und „Inanspruchnahme von Erziehungsberatungsstellen ...“).

Eine kostenlose Aufnahme in den Verteiler der BKFE ist möglich

**Service-
leistungen**

Im Rahmen der „Zentralen Weiterbildung“ veranstaltet die Bundeskonferenz eine Vielzahl von Kursen (in der Regel als Blockseminare) zur fachlichen Arbeit an Erziehungsberatungsstellen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Weiterbildung in methodischen Ansätzen zur Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Kurse stehen, soweit Plätze nicht von Mitarbeitern von Erziehungsberatungsstellen beansprucht werden, auch anderen Interessenten offen. Sie finden überall in der Bundesrepublik statt.

Über das jährliche Kursangebot ist ein kostenloses Programm erhältlich, weitergehende Fragen können an den Leiter der Zentralen Weiterbildung in der Gesellschaft der BKFE gerichtet werden

Die ca. 60 Leiter der Weiterbildungsseminare können über die Bundeskonferenz für Referentendienste zu Fragen im Zusammenhang mit Erziehungsberatung und psychohygienischen Problemen von Kindern und

Jugendlichen angesprochen werden. Über die Referententätigkeit und das Honorar muß mit den Betroffenen selbst verhandelt werden.

Die Bundeskonferenz verfügt über eine kleine Ausstellung (8 Plakate 83 x 120 cm auf Karton), die über den Ausbau der Erziehungsberatung zu verschiedenen Zeitpunkten, die Unterschiede der Versorgung in den Bundesländern und die Ausstattung mit Mitarbeitern informiert. Die Ausstellung wird kostenlos ausgeliehen (evt. Transportkosten).

Einmal jährlich führt die BKFE eine Fachtagung zu Fragen der Erziehungsberatung durch, die auch Nicht-Mitgliedern offensteht (Teilnahmegebühr).

Die Bundeskonferenz führt regelmäßige statistische Erhebungen zu Ausstattung und Beanspruchung der Erziehungsberatung in der Bundesrepublik durch (siehe „Medienangebote“).

Interessierte sollten in jedem Fall das kostenlose, ausführliche Veröffentlichungsverzeichnis anfordern.

Es empfiehlt sich die kostenlose Aufnahme in den Verteiler der BKFE.

Das umfangliche Weiterbildungsprogramm der „Zentralen Weiterbildung“ der BKFE sollte angefordert werden.

Über die BKFE kann eine größere Anzahl von Referenten mit Lehrerfahrung angesprochen werden.

Die jährliche Fachtagung der BKFE steht auch Nichtmitgliedern offen.

Ein Verzeichnis der Erziehungs- und Familienberatungsstellen ist gegen eine Gebühr von 10,- DM erhältlich. Das Teilverzeichnis für die neuen Länder kann kostenlos bezogen werden.

**BUNDES-
KONFERENZ FÜR
ERZIEHUNGS-
BERATUNG e.V.**

Empfehlungen

BUNDESVERBAND DER BETRIEBSKRANKEN- KASSEN

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Adresse	Kronprinzenstraße 6 45128 Essen
Ansprechpartner	Abteilung Gesundheit (Abteilungsleiter: Dr. Alfons Schröder)
Telefon	02 01/1 79-01
Telefax	02 01/1 79-10 00

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts; seine Mitglieder sind dreizehn Landesverbände (Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz/Saarland bilden jeweils einen Landesverband) der Betriebskrankenkassen sowie die Betriebskrankenkasse des Bundesverkehrsministeriums, die Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, die Reichsbahn-Betriebskrankenkasse und die Bundespost-Betriebskrankenkasse.

Den Landesverbänden der Betriebskrankenkassen gehören die ca. 715 Betriebskrankenkassen mit über 8 Millionen Versicherten (1994) an. Die Betriebskrankenkassen verstehen sich „als ein eigenständiges Instrument der betrieblichen Sozialpolitik und als zusätzliches Feld partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern“. Schon sehr früh bestanden als Vorläufer der Betriebskrankenkassen Ende des letzten Jahrhunderts betriebsbezogene Krankenversicherungseinrichtungen im Bergbau, gewerbliche Hilfskassen und sogenannte Fabrikkrankenkassen.

Der Bundesverband, der 1952 gebildet wurde, hat als Hauptaufgabe die Unterstützung und Förderung seiner Mitglieder. Ein Arbeitsschwerpunkt sind z. B. die Abschlüsse der Bundesmantelverträge mit den Bundesorganisationen der Ärzte und Zahnärzte.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind:

- Beratung und Unterrichtung der Mitglieder z. B. in Fragen des Versicherungs- und Leistungsrechts, zu der Weiterentwicklung im Zusammenhang mit dem GRG und zu speziellen Fachthemen wie z. B. „Betriebliche Suchtkrankenhilfe“ und „Betriebliche Gesundheitsförderung“.
- Entwicklung und Umsetzung BKK-spezifischer EDV-Lösungen,
- Forschung, mit Forschungsvorhaben wie z. B. „Qualitätssicherung in der zahnmedizinischen Versorgung“ oder „Krankenkassen- und Betriebsmedizin“,
- Berufliche Bildung, wo neben der Ausbildung des Nachwuchses und Umschulung von Angestellten aus anderen Berufen in der Bundesschule zahlreiche Weiter- und Fortbildungslehrgänge durchgeführt werden,

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
VERBAND DER
BETRIEBS-
KRANKEN-
KASSEN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Erstellung und Auswertung von Statistiken, so z. B. über Krankheitsarten, Arbeitsunfähigkeit, Krankenhausaufenthalten und Betriebsunfällen der Mitglieder unter verschiedenen Aspekten,

- Öffentlichkeitsarbeit und Mitwirkung in den entsprechenden nationalen und internationalen Gremien und Vereinigungen.

In allen Arbeitsschwerpunkten wird traditionsgemäß der Gesundheitsförderung, Prävention und Prophylaxe große Bedeutung beigemessen.

Wie bei den einzelnen Betriebskrankenkassen und den Landesverbänden sind auch beim Bundesverband die Selbstverwaltungsorgane eine Vertreterversammlung und der Vorstand. Die Vertreterversammlung und der Vorstand sind paritätisch besetzt mit gewählten Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber. Die Aufgaben der Vertreterversammlung sind: Beschlußfassung über die Satzung, Abnahme der Jahresrechnung und Aufstellung des Haushaltsplanes sowie die Wahl des Vorstandes. Der Vorstand führt die Kassengeschäfte und schlägt der Vertreterversammlung den Haupt-

amtlichen Geschäftsführer und seinen Stellvertreter zur Wahl vor.

Daneben gibt es auch beratende Fachgremien mit besonderen Aufgaben wie z. B. einen Arbeitskreis „Prävention und Rehabilitation“ (bestehend aus BKK-Vertretern und Arbeitsmedizinern)

Mit der Umsetzung der Aufgaben des Bundesverbandes sind über 300 Mitarbeiter befaßt, die in folgenden Bereichen tätig sind:

- innere Verwaltung
- EDV
- Vertragswesen
- Beitragswesen
- Leistungen
- Gesundheitsförderung
- Rehabilitation
- Bundesschule

Die Finanzierung erfolgt über eine spezielle Umlage bei den Mitgliedern.

Medienangebote

Das Medienangebot des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen richtet sich einmal an die Mitarbeiter der Krankenkassen und der Betriebe mit Informationen über Versicherungsrecht und -verwaltung sowie über Fragen von Prävention, Therapie und Rehabilitation, und zum anderen an die Mitglieder und ihre Angehörigen vor allem mit Informationen und Anregungen zum Erhalt ihrer Gesundheit. Als Periodika erscheinen:

- die Verbandszeitschrift „Die Betriebskrankenkasse“ mit versicherungsrechtlichen und -wirtschaftlichen Artikeln sowie Themen aus dem Gesundheitswesen, dann Mitteilungen über Gesetze, Regelungen und Richtlinien, Berichten aus dem Bereich der Betriebskrankenkassen und Stellenanzeigen (Abonnement – kostenverursachend),
- in zweimonatigem Abstand „BKK-Service“ als Fachpublikation für die Praxis der Personalsachbearbeitung (Abonnement – kostenverursachend),
- einmal pro Quartal das Mitarbeiter-Magazin der BKK „Miteinander“, zweimal jährlich „News“ zur Gesundheitsförderung im Betrieb, herausgegeben vom Europäischen Informationszentrum „Gesundheitsförderung im Betrieb“ beim Bundesverband, Referat Gesundheit,
- in unregelmäßiger Folge mehrmals jährlich „Kennzeichen BKK“; diese Veröffentlichung bezieht pointiert BKK-Position in aktuellen sozialpolitischen Angelegenheiten,
- das Magazin der BKK „Gesundheit“, das zweimonatlich erscheint und der Information sowie gesundheitlichen Aufklärung der Versicherten der BKK dient und Mitteilungen einzelner Landesverbände bzw. Betriebskrankenkassen enthält (Abonnement – kostenverursachend).

Weitere Medien für die Arbeit der Betriebskrankenkassen sind z. B.:

- „Krankheitsarten- und Arbeitsunfallstatistik“ mit Daten nach Landesverbänden und Wirtschaftsbereichen ausgewertet (kostenverursachend),
- „Handbuch zur Gesundheitsförderung“ mit Informationen und Hinweisen zur betrieblichen Gesundheitsförderung durch Beschreibung von Krankheiten, Risi-

kofaktoren und riskanten Verhaltensweisen sowie Vorschlägen für Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung der Gesundheit (kostenverursachend),

- „Reha-Arbeitshilfe“ als Sammel- und Nachschlagewerk für die Reha-Praxis in der Sozialversicherung (kostenverursachend),
- „Reha-Helfer“ als Leitfaden für die Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen mit Beschreibung und Adressen von Selbsthilfegruppen (kostenverursachend),
- Berichtsbände zu Tagungen und Kongressen der Betriebskrankenkassen,
- aktuelle Sonderdrucke wie z. B. die „Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Betriebskrankenkassen und Betriebsärzten“.

Für die Versicherten und ihre Angehörigen gibt es zahlreiche Broschüren und Falblätter mit Ratschlägen zur Erhaltung der Gesundheit oder zum Umgang mit Krankheit wie z. B.:

- „Sucht und Betrieb“ mit Informationen zur Suchtproblematik in Betrieben und dem Umgang damit
- „Zilli Zunder und ihre Zahnzwerge“ für 4- bis 8jährige zum Thema Zahngesundheit
- „Zilli Zunder und Paulchen Pummel“ für 4- bis 8jährige zum Thema Ernährung
- „Gesund Essen“ zum Thema Ernährung
- „Essen Sie sich gesund“ zum Thema Ernährung
- „Leben ohne Nikotin“ zum Thema Rauchen
- „Sicher durch den Alltag“ zum Thema Unfallverhütung
- „Allergie und wie man damit leben kann“ zum Thema Krankheitsfrüherkennung
- „Gelassenheit statt Streß“ zum Thema Streß
- „Lassen Sie dem Hautkrebs keine Chance“ zum Thema Krebsvorsorge
- „Ein Gläschen in Ehren“ zum Thema Alkohol
- „Zahnbehandlung und Zahnersatz“ zum Thema Zahnersatz
- „Kuren für Erwachsene, Jugendliche und Kinder“ zum Thema Rehabilitation
- „Der Gesundheits-check up“ zum Thema Gesundheitsförderung
- „Hilfen bei Schwerpflegebedürftigkeit“ zum Thema Schwerpflegebedürftigkeit
- „Bewegen und wohlfühlen“ zum Thema Gesundheitsinformation

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen dient mit seinen Serviceleistungen, die weitgehend den Aufgabenschwerpunkten entsprechen, vor allem seinen Mitgliedern. Diese Serviceleistungen beziehen sich einmal auf die originären Aufgaben einer Krankenkasse, ihre Versicherten vor den finanziellen Folgen zu schützen, die durch die Behandlung und Versorgung einer Erkrankung oder eines Unfalls entstehen. Zum anderen beziehen sie sich aber auch auf Maßnahmen, die der Vorbeugung von Krankheit und Unfällen und auf Förderung der Gesundheit abzielen, wobei für die Betriebskrankenkassen infolge ihrer Betriebsnähe eine besondere Situation besteht.

Zu diesen Serviceleistungen gehören z. B.:

- die Durchführung von Modellvorhaben mit wissenschaftlicher Begleitung wie zur „Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen“ oder „Betriebskrankenkassen und Betriebsmedizin – Verwertungsmöglichkeiten für die betriebliche Gesundheitsvorsorge“. Die Ergebnisse und Erfahrungen werden für die einzelnen Kassen nutzbar gemacht und münden u. a. in Angeboten für Gruppenkurse zur Herz-Kreislauf-Prävention oder Maßnahmen zur Suchtproblematik, die Erarbeitung und Bereitstellung des „Handbuch zur Gesundheitsförderung“ für die betriebliche Gesundheitsförderung,

die Sammlung, Bewertung und Bereitstellung von Informationen sowie die Herausgabe eigener Informationen durch das Europäische Informationszentrum „Gesundheitsförderung im Betrieb“, das von dem Bundesverband und dem WHO-Regionalbüro für Europa errichtet wurde, und dem Austausch praxisnaher Informationen, Erfahrungen, Konzepte und Modelle der betrieblichen Gesundheitsförderung dienen.

Zu beiden Ausrichtungen der Serviceleistungen gehören die Angebote der BKK-Bundesschule in Rotenburg/Fulda. Diese enthalten z. B. ein- bzw. halbwöchige Weiterbildungsseminare für Geschäftsführer, Sachbearbeiter und Organmitglieder oder Spezialseminare z. B. zu „Gesunde Ernährung und Betriebsverpflegung“, „Bewegung am Arbeitsplatz“ oder „Betriebliche Suchtkrankenhilfe“.

Weitere Serviceleistungen des Bundesverbandes für seine Mitglieder, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit sind Veranstaltungen wie „Betriebskrankenkassen-Tage“, Kongresse wie z. B. zum Thema „Gesundheit für Alle – Gesundheitsförderung durch Betriebskrankenkassen“ und sogenannte „Kooperationspartner-Workshops“ (Informationen über den Bundesverband).

BUNDES- VERBAND DER BETRIEBS- KRANKEN- KASSEN

Service- leistungen

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen ist mit seinen Leistungen vor allem auf die Arbeit seiner Mitglieder ausgerichtet.

Von der Kooperation auf Bundesebene abgesehen, ist für die in der Gesundheitsförderung Tätigen vor allem für die betriebliche Gesundheitsförderung die Zusammenarbeit mit den Betriebskrankenkassen vor Ort zu empfehlen. Hier können auch die praktizierten Strategien und Modelle zur Gesundheitsförderung sowie das Angebot an gesundheitsfördernden Kursen und Medien kennengelernt werden.

Empfehlungen

BUNDESVERBAND DER BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ e. V.

– BBU –

Adresse Prinz-Albert-Straße 43
53113 Bonn

Ansprechpartner Vorstand

Telefon 02 28/2140 32

Telefax 02 28/2140 33

Der BBU ist ein Zusammenschluß von Bürgerinitiativen im gesamten Bundesgebiet. Er besteht seit 1972 und ist ein eingetragener Verein.

Mitglieder können juristische Personen und nichtrechtsfähige Vereine werden.

1. Bürgerinitiativen und bürgerinitiativähnliche Umweltschutzgruppen,
2. regionale Bürgerinitiativen-Zusammenschlüsse, Landesverbände und sonstige überregionale Umweltschutz-Zusammenschlüsse,
3. natürliche und juristische Personen als Fördermitglieder.

Der BBU ist ein dezentral organisierter Verband. Jede Mitgliedsgruppe arbeitet im Rahmen der Zielsetzungen des BBU selbständig.

Zu verschiedenen Problemstellungen gibt es innerhalb des BBU bundesweite Arbeitskreise.

Der Verband finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und anderen Leistungen.

Vereinszweck ist die Erhaltung und die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz der Natur und der durch Umweltgefahren bedrohten öffentlichen Gesundheit.

Der Vereinszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- a) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
- b) Wahrnehmen von Kontakten mit öffentlichen Einrichtungen,
- c) Organisation wissenschaftlicher Zusammenarbeit,
- d) Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Vereinigungen, die das gleiche Ziel verfolgen,
- e) Koordination der Arbeit der Mitgliedsinitiativen,
- f) Information durch Vermittlung von Dokumentation erarbeiteter wissenschaftlicher Erkenntnisse,
- g) Beratung und Unterstützung von Umweltaktivitäten.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BBU -

Medienangebote

Der BBU hält Broschüren zu vielen verschiedenen Themen bereit. Darin werden die Bereiche gesundes Wohnen, gesunde Ernährung, gesundes Wasser, gesunde Luft, gesunde Arbeitsumwelt, gesundes Klima, gesundes Meer, gesunde Energiegewinnung, Prävention vor bekannten Gesundheitsgefahren u. a. behandelt. Wir helfen, Kontakte zu finden zu Initiativen mit besonderen Arbeitsinhalten und besonderen Schriftenangeboten. Das geschieht insbesondere in unserem „BBU info-dienst“. Er erscheint sechsmal im Jahr für 5,- DM zzgl. Buchversand und Vorkasse. Mitglieder erhalten ihn kostenlos. Die Arbeitsgruppe Wasser/Abwasser gibt einen „Wasserrundbrief“ von je vier Seiten heraus. Jeweils 10 Nummern sind gegen Voreinsendung von 20,- DM bei der Arbeitsgruppe Wasser BBU, Rennerstr.10, 79106 Freiburg im Breisgau, erhältlich.

Zu Schwerpunktthemen werden von den verschiedenen anderen Arbeitskreisen Broschüren und Zeitungen herausgegeben. Dies sind z. B.:

„Wendland-Rückspiegel“, eine Pressedokumentation zum Thema Atomenergie, Atommüll, Atomwaffen, „Kinder von Tschernobyl“.
„Giftmüll-Info“ des AK Giftmüll. Es versteht sich als Informationsschrift von Bürgerinitiativen für Bürgerinitiativen.
„TRASCH“ ist eine wissenschaftliche und doch verständliche Kurzinformation zu allen aktuellen Themen der Abfallwirtschaft mit Terminhinweisen, Seminarangeboten, wichtigen Kontaktadressen und Literaturhinweisen.

Serviceleistungen

Der BBU kann Fachreferenten zu verschiedenen Themen und Themenschwerpunkten nennen. Die Kostenfrage ist jeweils mit dem Betreffenden zu klären.

Der BBU veranstaltet selbst Kongresse zu bestimmten Schwerpunktthemen. Die Kosten richten sich nach Dauer und Ort der Tagung sowie Referenten. Mitglieder werden regelmäßig dazu eingeladen, auch wird die Presse darüber informiert.

Wir bieten Beratung und Unterstützung bei Umweltaktivitäten.

BUNDESVERBAND DER ELTERNKREISE DROGENGEFÄHRDETER UND DROGENABHÄNGIGER JUGENDLICHER e.V.

– BVEK –

Adresse Köthener Straße 38
10963 Berlin

Ansprechpartner Frau Oelke

Telefon 0 30/2 62 60 89

Telefax 0 30/2 62 84 57

Der BVEK ist ein bundesweiter Zusammenschluß von Elternkreisen drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher. Er und seine Mitglieder arbeiten in ehrenamtlicher Selbsthilfe betroffener Eltern und anderer Angehöriger von drogengefährdeten und drogenabhängigen jungen Menschen. Die Aufgaben des BVEK liegen in den Bereichen Organisation, Koordination, Bereitstellung von Arbeitshilfen und Öffentlichkeitsarbeit für seine Mitglieder. Die Mittel werden über Spenden und über Projektzuwendungen des BMG aufgebracht. Schirmherrin ist Frau Marianne von Weizsäcker.

Aufgaben und Ziele der Institution

Mitglieder können alle Elternkreise oder Landesverbände der Elternkreise werden, wenn sie die gleichen Ziele verfolgen, die in der Satzung des BVEK festgelegt sind:

„Zweck des Vereins ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Jugendhilfe in Elternkreisen. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Förderung der Selbsthilfe von Eltern sowie Angehörigen und Partnern suchgefährdeter und suchtkranker Menschen in Elternkreisen,
- Förderung und Unterstützung zur Gründung neuer oder bereits bestehender Elternkreise,
- Öffentlichkeitsarbeit und Information der Mitglie dereinrichtungen,
- Zusammenarbeit mit allen einschlägigen Institutionen und Verbänden.

Der Verein versteht seine Arbeit überparteilich und überkonfessionell. Er gehört keinem Wohlfahrtsverband an.“ (Aus § 2 der Satzung.)

Dem BVEK gehören (Stand: Ende 1993) 170 Elternkreise an. In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz existieren Landesverbände der Elternkreise, die ebenfalls Mitglieder des Bundesverbandes sind.

- BVEK -

Die einzelnen Elternkreise sind unabhängig, was die Form und Konzeption der jeweiligen Aktivitäten anbelangt. Gemeinsam sind ihnen die persönliche Betroffenheit und die Zielsetzung sowie das Selbsthilfe-Prinzip als Grundlage und Maßstab: „Anderen zu helfen ist gut; sie zu lehren, sich selbst zu helfen ist besser.“ (Aus: Vorwort der Broschüre „Sind Eltern machtlos?“ des BVEK)

Medienangebote

Sämtliche Publikationen des BVEK wenden sich primär an die in den Elternkreisen tätigen bzw. an betroffene Eltern oder Angehörige Drogengefährdeter oder Drogenabhängiger.

Ca. 6mal jährlich erscheinen die EK-Informationen. In diesem „Mitteilungsblatt für die Arbeit in Elternkreisen“ sind Informationen zu bzw. Berichte über bestimmte Schwerpunktthemen enthalten sowie persönliche Berichte betroffener Eltern und Hinweise auf Veranstaltungen, Seminare u.ä. Der Bezug ist für Elternkreise kostenlos. An Interessenten außerhalb der Elternkreise werden die EK-Informationen auf Anforderung zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Der Jahresbericht über die Aktivitäten des BVEK ist zu den gleichen Bedingungen erhältlich wie die EK-Informationen.

Auskünfte über weitere Informationsmaterialien erteilt die Geschäftsstelle.

Serviceleistungen

Kostenlos erhältlich ist ein Anschriftenverzeichnis der Elternkreise.

Der BVEK stellt auf Wunsch auch direkte Kontakte zu bestehenden Elternkreisen bzw. den jeweiligen Ansprechpartnern her und benennt (nach Rücksprache mit dem regionalen Elternkreis) Referenten zu entsprechenden Themenbereichen.

Die Tagungen, Seminare und sonstigen Veranstaltungen, die der BVEK gemeinsam mit Elternkreisen, Landesverbänden der Elternkreise oder anderen Organisationen durchführt, sind in der Regel nur für die Mitglieder der Elternkreise der Drogenhilfe offen. Über die konkreten Zugangsbedingungen informiert der BVEK auf Anfrage.

Empfehlungen

In den Institutionen und Vereinigungen, die sich im Rahmen der Gesundheitsförderung mit der Suchtproblematik befassen, sollte das Anschriftenverzeichnis der Elternkreise vorhanden sein, um betroffene Angehörige an die regionalen Elternkreise verweisen zu können.

Außerdem sollte an diesen Personenkreis auch die Information über das vorhandene Medienangebot weitergegeben werden.

BUNDESVERBAND DER INNUNGSKRANKEN- KASSEN

– IKK-BUNDESVERBAND –

(Körperschaft des öffentlichen Rechts)

Adresse	Kölner Straße 1–5 51429 Bergisch Gladbach
Ansprechpartner	Frau Henle Abteilung 3 – Forschung und Gesundheit –
Telefon	0 22 04/44-0
Telefax	0 22 04/44-4 28

Der IKK-Bundesverband ist die Spitzenorganisation der Handwerklichen Krankenversicherung. Er betreut zur Zeit 12 Landesverbände, die gleichzeitig die Mitglieder des Bundesverbandes darstellen.

Diesen 12 Landesverbänden gehören 165 Innungskrankenkassen mit derzeit rd. 3,3 Mio. Versicherten an. Der IKK-Bundesverband wird über eine von seinen Mitgliedsverbänden aufzubringende Umlage finanziert.

Die Wurzeln der heutigen Innungskrankenkassen lassen sich nachweisbar bis auf das Jahr 1355 zurückverfolgen. Bereits im 15. Jahrhundert bestanden aus der Solidarität und Fürsorgepflicht im Handwerk die ersten von den Zünften organisierten Selbsthilfeeinrichtungen, woraus sich später die ersten Kranken- und Sterbekassen der Handwerkszünfte entwickelten. Im Jahre 1883 wurde die soziale Krankenversicherung eingeführt. Dies war zugleich die Geburtsstunde der heutigen IKK.

Der IKK-Bundesverband wurde 1954 mit Einführung des Verbänderechts in der gesetzlichen Krankenversicherung als Nachfolgeorganisation der Bundesarbeitsgemeinschaft der Innungskrankenkassen-Verbände gegründet. Er ist eine Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts, deren Organe – der Vorstand und die Vertreterversammlung – sich paritätisch aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammensetzen

Neben der Erfüllung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben liegt ein Aufgabenschwerpunkt des IKK-Bundesverbandes in der Unterstützung seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Wahrnehmung ihrer Interessen.

Der IKK-Bundesverband entwickelt konzeptionell richtungsweisende Projekte in der Gesundheitsförderung für das gesamte IKK-System, führt diese entsprechend durch und wertet sie aus. Darüber hinaus kann er für seine Mitglieder Grundsatzentscheidungen zur Regelung der Gesundheitsvorsorge treffen und so die durch den Gesetzgeber auf die Verbände übertragenen Kompetenzen in der Gesundheitsförderung wahrnehmen und koordinieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
VERBAND
DER INNUNGS-
KRANKENKASSEN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Gesundheitsförderung seit dem 1. Januar 1989 Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung war seit jeher, ebenso wie Prävention und Prophylaxe, zentraler Bestandteil des IKK-Leistungsangebotes.

Schon früh hat sich die IKK-Strategie der Gesundheitsförderung angenommen und sie zu einem bedeutenden Eckpfeiler der IKK-Politik gemacht. Diese Zielsetzung wurde im IKK-Leitbild bereits 1986 manifestiert.

Als Orientierungshilfe für den Auf- und Ausbau der Präventionsangebote der Innungskrankenkassen hat der IKK-Bundesverband Grundsätze der Handwerklichen Krankenversicherung zur Gesundheitserhaltung und zur Gesundheitsförderung für das gesamte IKK-System

aufgestellt und beschlossen. Dabei orientiert sich das Verständnis des IKK-Bundesverbandes von Gesundheitsförderung an dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der Ottawa-Charta 1986 definierten Begriff der Gesundheitsförderung.

Die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben des IKK-Bundesverbandes erfolgt in folgenden Bereichen:

- Versicherungswesen (Leistungs- und Beitragswesen)
- Vertragswesen
- Information und Bildung
- Innere Verwaltung
- EDV

Medienangebote

Die vom IKK-Bundesverband herausgegebenen Medien dienen in erster Linie der gesundheitlichen Aufklärung ihrer Versicherten. Mit fundierter Information und Beratung werden sie zu einer gesundheitsbewußten Lebensweise motiviert; umfassende Möglichkeiten zur Gesundheitsvorsorge werden aufgezeigt.

Darüber hinaus hält der IKK-Bundesverband verschiedene Broschüren über die Innungskrankenkasse, als Handwerkliche Krankenkasse, ihre Organisationsstruktur, Ziele, Aufgaben und Leistungen vor.

Folgende Periodika werden vom IKK-Bundesverband herausgegeben:

- Monatlich die Verbandszeitschrift „Die Krankenversicherung“, die sich mit aktuellen Fragen, Problemen und Entwicklungen in der Sozialversicherung, insbesondere der Gesetzlichen Krankenversicherung, befaßt. Zudem wird über IKK-interne Themen informiert (Abonnement = kostenverursachend).
- Vierteljährlich erscheint die Zeitschrift „Zeit für dich“, das Gesundheitsmagazin der IKK für ihre Versicherten. Sie enthält u. a. Informationen zur gesundheitlichen Aufklärung, zur Gesundheitserziehung und zum Umweltschutz (Abonnement = kostenverursachend)
- Vierteljährlich erscheint die Informationsschrift „Sozialrecht im Betrieb“ für Arbeitgeber, Lohnbuchhalter, Betriebsräte, Steuerberater, Handwerksorganisationen, Sozialpartner, Selbstverwalter und Mitarbeiter. Sie enthält u. a. Informationen zu den Themen Leistungsrecht, Versicherungsrecht, Arbeitsrecht, Beitragsrecht, Steuerrecht und Rechtsprechung (Abonnement = kostenverursachend).

Der IKK-Bundesverband gibt für seine Versicherten Broschüren zur Gesundheitsvorsorge z. B. zu folgenden Themen heraus:

Broschüren zum Thema Krebs (Früherkennung):

- „Rotes Licht dem schwarzen Hautkrebs“, eine Information über den schwarzen Krebs der Haut (malignes Melanom) mit einer Anleitung zur Selbstbeobachtung der Haut.
- „Mann paßt selbst auf“, eine Informationsschrift zur Früherkennung des Hodenkrebses.
- „Ein Thema, das Frauen interessiert“, eine Informationsschrift über den Brustkrebs mit einer bebilderten Anleitung zur Selbstuntersuchung.

- „Darmkrebs spürt man nicht“, eine Informationsschrift zur Früherkennung von Darmkrebs.

Printmedien zum Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Risikofaktoren:

- „Hoher Blutdruck und seine Gefahren“, ein praktischer Ratgeber über die Zusammenhänge der Entstehung von hohem Blutdruck mit Hinweisen zur Verminderung der Gesundheitsrisiken.
- „Sie tun es – Gesundheitsvorsorge“, Faltblatt und Posterserie. Eine leicht verständliche Information für IKK-Versicherte zu den Themen Gesundheits-Check-up und Krebsfrüherkennung.
- „Sport treiben – gesund bleiben“, eine Informationsschrift zum Thema Sport und Gesundheit mit einer Anleitung, sich sportlich zu betätigen.
- „Jede Zigarette zeigt Wirkung“, mit Informationen über das Rauchen mit Tips zum „Abgewöhnen“.
- „Alkohol zeigt Wirkung“, zum Zusammenhang von Alkohol und Gesundheit sowie mit Tips zum Umgang mit Alkohol.

Broschüren zum Thema „Gesunde Ernährung“:

- „Wissen Sie, was Sie essen?“, eine umfassende Informationsschrift zum Thema „Gesunde Ernährung“ mit Hinweisen zur Qualität von Lebensmitteln und Tips zum Einkaufen.
- „Gesund genießen“, eine Serie von zwölf handwerkspezifischen Ernährungsbroschüren. Neben allgemeinen Hinweisen enthalten sie Rezeptvorschläge für eine gesunde Pausenverpflegung unter Berücksichtigung der spezifischen Arbeitssituation im jeweiligen Handwerkszweig.

Printmedien zum Thema „Kinder“:

- „IKK-Kinder-Gesundheits-Lexikon“, eine Informationsschrift über alle Fragen, die die Gesundheit von Kindern betreffen.
- „Tips und Informationen zur Kindervorsorge“, eine Information über die neun Kinderfrüherkennungsuntersuchungen.
- „Tips und Informationen zur Mutterschaftsvorsorge“, eine Information über die Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft.

Materialien zum Thema „Kariesprophylaxe“:

Broschüren und gegenständliche Informationsmaterialien zum Thema „Kariesprophylaxe“ bei Kindern.

Die Serviceleistungen des IKK-Bundesverbandes sowie der Innungskrankenkassen sind an den Bedürfnissen ihrer Versicherten und Arbeitgeber orientiert. Es wird großer Wert gelegt auf die zielgruppenspezifische Ausgestaltung der Angebote. Zu diesen zählen u. a.:

- eine handwerksspezifische Ernährungsberatung,
- IKK-Betriebsservice,
- Arbeitshilfen für betriebliche Informationsveranstaltungen,
- Unterrichtskonzept Meisterschüler,
- Modellprojekte zur Bestandssicherung und Mitgliedererwerb,
- Entwicklung eines standardisierten Messewesens einschließlich Aufbau eines themenspezifischen Pools mit Datenverarbeitung und Printmedien zu den Themen: Ernährung, Bluthochdruck, Rauchen, Bewegung, Cholesterin und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Aus dem Selbstverständnis der Innungskrankenkasse als Krankenkasse für das Handwerk entwickelt der IKK-Bundesverband handwerksspezifische Gesundheitsförderungsangebote, die sich aus ganzheitlicher Sicht sowohl am Verhalten des einzelnen als auch an den Lebens-, Arbeits- und Umweltverhältnissen orientieren. Die Planungen hierfür hat der IKK-Bundesverband bereits begonnen, so daß in Zukunft mit einer Reihe von neuen Aktivitäten auf dem Gebiet der handwerksbezogenen Gesundheitsförderung zu rechnen ist. Erste Ansätze können der beim IKK-Bundesverband erschienenen Broschüre „Gesundheitsförderung“ entnommen werden.

**BUNDES-
VERBAND
DER INNUNGS-
KRANKENKASSEN**

**Service-
leistungen**

Der IKK-Bundesverband ist im Rahmen seiner Kompetenzen zuständig für die konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung von richtungsweisenden Projekten in der Gesundheitsförderung für das IKK-System.

Die Durchführung und Umsetzung der Gesundheitsförderung an der Basis wird von den Innungskrankenkassen vor Ort sichergestellt. Dort finden Interessierte kompetente Ansprechpartner und erhalten einen Überblick über die gesundheitsfördernden Aktivitäten und Medien der Innungskrankenkassen.

Empfehlungen

BUNDESVERBAND DER KEHLKOPFLOSEN e.V.

Adresse Obererle 65
45897 Gelsenkirchen

Ansprechpartner A. Mehring
1. Vorsitzender

Telefon 02 09/59 22 82
(Montag bis Freitag 9.00–13.00 Uhr)

Telefax 02 09/59 22 82

Im Bundesverband der Kehlkopfloren e.V. sind die örtlichen Selbsthilfegruppen über die verschiedenen Landesverbände zusammengeschlossen.

Er versteht sich als Interessenvertretung der Kehlkopfoperierten gegenüber Regierung, Institutionen und der Öffentlichkeit. Der Bundesverband organisiert die Bundestagungen und gibt ein Mitteilungsblatt heraus. Der Bundesverband kann (nach der Satzung unabhängig davon, ob jemand Mitglied ist oder nicht) die Betreuung des an Kehlkopfkrebs erkrankten Menschen übernehmen.

Zur Zeit sind etwa 20.000 Kehlkopfloren in der Bundesrepublik im Betreuungsbereich des Vereins. Im Gebiet der Bundesrepublik existieren bisher 72 selbständige Vereine, die wiederum an jeder HNO-Klinik, in der Kehlkopfkrebs behandelt wird, eine Krankenhausbetreuungsgruppe unterhalten.

Die Gruppen bemühen sich, auf Bitten der Ärzte bzw. Stationsschwestern den an Kehlkopfkrebs erkrankten Menschen vor der Operation aufzusuchen und mit ihm über die Folgen zu reden.

Nach der Operation helfen die Betreuer bei Antragstellung bei Sozial-, Versorgungs- und Arbeitsämtern sowie bei der evtl. Rentenantragstellung.

Wer Mitglied werden möchte, zahlt einen Jahresbeitrag von 36,- oder 48,-DM, je nach Satzung. In der Regel werden monatlich ein- oder zweimal in den einzelnen Orten Zusammenkünfte durchgeführt, an denen Mitglieder sowie Nichtmitglieder teilnehmen können

Es wird versucht, die Betroffenen ständig mit den sozialpolitischen Entwicklungen auf dem laufenden zu halten, und bei evtl. Schwierigkeiten wird auch Klage bei den zuständigen Gerichten erhoben.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDESVER-
BAND DER
KEHLKOPFLOSEN
e.V.**

Medienangebote

Das Mitteilungsblatt des Bundesverbandes der Kehlkopfflosen e.V. „Sprachrohr“ erscheint mehrmals jährlich und kann über die Geschäftsstelle angefordert werden.

Ihm sind die Adressen der jeweiligen Landesverbände, Bezirks- und Ortsvereine zu entnehmen.

**Service-
leistungen**

Referenten für den Fachbereich der Kehlkopfflosen können vom Verband gestellt werden.

Empfehlungen

Der Bundesverband der Kehlkopfflosen e.V. ist ein kompetenter Ansprechpartner für alle Fragen, die in Zusammenhang mit der Erkrankung stehen. Er kann gezielt Hilfestellung geben bei Anträgen an Sozial-, Versorgungs- und Arbeitsämtern sowie bei Rentenbeantragung.

BUNDESVERBAND DER LANDWIRT- SCHAFTLICHEN KRANKENKASSEN

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Adresse Weißensteinstraße 72
34131 Kassel

Telefon 05 61/93 59-0

Telefax 05 61/93 59-140

Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind 21 landwirtschaftliche Krankenkassen, die sich auf das ganze Bundesgebiet verteilen. Derzeit sind ca. 696.000 Personen als Mitglieder bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen versichert, insbesondere selbständige Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie Altenteiler (Bezieher von Renten und Geldleistungen aus der Altershilfe für Landwirte). Als besondere Leistung wird den Landwirten bei Ausfall ihrer Arbeitskraft Betriebs- oder Haushaltshilfe zur Verfügung gestellt. Dadurch wird auch im Krankheitsfall die Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebes gewährleistet und damit ein Einkommensausfall vermieden.

Die Lücke im System der sozialen Sicherheit in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wurde erst 1972 durch das Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte geschlossen. Von diesem Zeitpunkt an bildet die Krankenversicherung der Landwirte die dritte Säule in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Davor gab es lediglich eine soziale Absicherung für den Bereich der Unfallversicherung und der Altersversorgung. Durch diese gesetzliche Regelung gehören seit dem 1.10.1972 erstmals auch landwirtschaftliche Unternehmer der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung an. Gleichzeitig wurden die landwirtschaftlichen Krankenkassen aufgerufen, sich mit krankenversicherungsrelevanten Problemen im agrarsozialen Bereich intensiv zu beschäftigen.

Die Besonderheit im System der sozialen Sicherheit ist, daß die landwirtschaftlichen Krankenkassen, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und die landwirtschaftlichen Alterskassen in einer Verwaltungsgemeinschaft geführt werden. Die drei Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung garantieren dadurch ein rationelles Verwaltungsverfahren. Sie stellen im Rahmen des gegliederten Systems der deutschen Sozialversicherung zugleich das nahtlose Ineinandergreifen der Leistungen aller drei Zweige der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sicher und gewährleisten die ortsnahe Betreuung der Versicherten durch gemeinsame Verwaltungsstellen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
VERBAND DER
LANDWIRT-
SCHAFTLICHEN
KRANKEN-
KASSEN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte wurde der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen gegründet. Eine der wesentlichen Aufgaben des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen ist es, die Mitgliedskassen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen. Spezielle Schwerpunkte der Verbandsarbeit sind:

- die Beratung und Unterrichtung der Mitgliedskassen in den Bereichen des Versicherungs-, Leistungs- und Vertragsrechts, speziell auch die im Zusammenhang mit dem Gesundheitsreformgesetz erforderlichen Umsetzungsarbeiten,
- Abschluß von Verträgen für die Mitgliedskassen, insbesondere mit anderen Trägern der Sozialversicherung,
- Rechtsberatung in verfahrensrechtlichen Angelegenheiten und Vertretung der Mitgliedskassen vor dem Bundessozialgericht, Aufstellung und Auswertung von Statistiken wie z. B. über Krankheitsarten oder Einnahmen und Ausgaben, gegliedert nach Versichertengruppen,

- Förderung der beruflichen Bildung durch das Verwaltungsseminar, wo schwerpunktmäßig die Aus- und Fortbildung im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialversicherung durchgeführt wird,
- Lösung von EDV-Problemen und Aufbau eines gemeinsamen Informationssystems (IS-LSV),
- Öffentlichkeitsarbeit und
- Mitarbeit in verschiedenen nationalen und internationalen Vereinigungen und Ausschüssen.

Einer besonderen Bedeutung wird insgesamt der Gesundheitsförderung, Prävention und Prophylaxe bei der Verbandsarbeit zugemessen.

Die Selbstverwaltungsorgane des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. Die Finanzierung des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen wird durch eine Umlage von seinen Mitgliedern sichergestellt.

Medienangebote

Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen richtet sein Medienangebot zum einen an die Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Krankenkassen, aber auch an die Versicherten in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. In speziellen Artikeln werden die Mitglieder und ihre Familienangehörigen auch über Fragen der Krankheitsverhütung oder Rehabilitation informiert. Als Periodika erscheinen:

- die Fachzeitschrift „Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft“ (SdL) mit Artikeln über versicherungs-

rechtliche und wirtschaftliche Probleme der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (Abonnement ist kostenverursachend),

- das Mitteilungsblatt „Sicher leben“ mit Beiträgen aus dem Bereich der agrarsozialen Sicherung.

Des Weiteren werden zu unterschiedlichen Themen Informationsblätter herausgegeben wie z. B. „Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft auf einen Blick“ oder „Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit“.

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen beziehen sich hauptsächlich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedskassen. Turnusmäßig werden mindestens zwei mehrtägige Fachbesprechungen je Jahr durchgeführt. Hier werden aktuelle Fragen der Verwaltungspraxis zwischen dem Bundesverband und den Mitgliedskassen erörtert, einschließlich Fragen der Gesundheitsförderung. Zu den weiteren Serviceleistungen zählen u. a. auch Informationsveranstaltungen für die Organmitglieder der Selbstverwaltung in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung.

Empfehlungen

Die Zielrichtung der Leistungen des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen ist auf die Arbeit seiner Mitgliedskassen ausgerichtet. Speziell für die in der Gesundheitsförderung Tätigen ist eine Zusammenarbeit mit der jeweilig örtlich zuständigen, landwirtschaftlichen Krankenkasse zu empfehlen.

Schleswig-Holsteinische LKK

Schulstraße 29
24143 Kiel
Telefon 04 31/70 24-0
Telefax 04 31/70 24 612

LKK Oldenburg-Bremen

Im Dreleck 12
26127 Oldenburg
Postfach 3469
26024 Oldenburg
Telefon 04 41/34 08-1
Telefax 04 41/34 08 444

Hannoversche LKK

Im Haspelfelde 24
30173 Hannover
Telefon 05 11/80 73-0
Telefax 05 11/80 73 498

LKK Braunschweig

Bruchtorwall 13
38100 Braunschweig
Telefon 05 31/4 80 02-0
Telefax 05 31/4 80 02 29

Lippische LKK

Felix-Fechenbach-Straße 6
32756 Detmold
Postfach 2154
32711 Detmold
Telefon 0 52 31/60 04-0
Telefax 0 52 31/60 04 30

KK der rheinischen Landwirtschaft

Merowingerstraße 103-105
40225 Düsseldorf
Postfach 10 10 49
40001/LKK
Telefon 02 11/33 87-1
Telefax 02 11/33 87 454

Westfälische LKK

Hoher Heckenweg 76-80
48147 Münster
Postfach 6105
48136 Münster
Telefon 02 51/23 20-1
Telefax 02 51/23 20 555

LKK Hessen-Nassau

Murhardstraße 18
34119 Kassel
Großkunden-Postleitzahl 34112
Telefon 05 61/10 06-0
Telefax 05 61/10 06 443

LKK Darmstadt

Bartningstraße 57
64289 Darmstadt
Postfach 10 09 13
64209/LKK
Telefon 0 61 51/7 02-0
Telefax 0 61 51/7 02 135

LKK Rheinhessen-Pfalz

Theodor-Heuss-Straße 1
67346 Speyer
Großkunden-Postleitzahl 67343
Telefon 0 62 32/9 11-0
Telefax 0 62 32/9 11 187

LKK für das Saarland

Heinestraße 2-4
66121 Saarbrücken
Postfach 10 18 65
66018 Saarbrücken
Telefon 06 81/6 65 00-0
Telefax 06 81/6 65 00 58

LKK Oberfranken und Mittelfranken

Dammwäldchen 4
95444 Bayreuth
Postfach 10 07 53
95407 Bayreuth
Großkunden-Postleitzahl 95440
Telefon 09 21/6 03-0
Telefax 09 21/6 03 386

LKK Niederbayern-Oberpfalz

Luitpoldstraße 29
84034 Landshut
Postfach 5 35
84003 Landshut
Großkunden-Postleitzahl 84023
Telefon 08 71/6 96-1
Telefax 08 71/6 15 76

LKK Unterfranken

Friedrich-Ebert-Ring 33
97072 Würzburg
Großkunden-Postleitzahl 97064
Telefon 09 31/80 04-0
Telefax 09 31/80 04 145

LKK Schwaben

Tunnelstraße 29
86156 Augsburg
Postfach 31 01 06
86062/LKK
Telefon 08 21/40 81-0
Telefax 08 21/40 81 115

LKK Oberbayern

Neumarkter Straße 35
81673 München
Postfach 80 11 45
81611 München
Großkunden-Postleitzahl 81664
Telefon 0 89/4 54 80-0
Telefax 0 89/4 54 80 398

Badische LKK

Steinhäuserstraße 14
76135 Karlsruhe
Telefon 07 21/81 94-0
Telefax 07 21/81 94 444

LKK Württemberg

Vogelrainstraße 25
70199 Stuttgart
Postfach 10 60 29
70049 Stuttgart
Telefon 07 11/9 66-0
Telefax 07 11/9 66 2140

KK für den Gartenbau

Goethestraße 27
34119 Kassel
Großkunden-Postleitzahl 34111
Telefon 05 61/78 80-0
Telefax 05 61/78 80 206

LKK Berlin

Mahlsdorfer Straße 61 b
15366 Hönow
Großkunden-Postleitzahl 12615
Telefon 0 30/9 92 30-0
Telefax 0 30/9 92 30 230

Sächsische LKK

Bahnhofstraße 18
04575 Neukieritzsch
Telefon 03 43 42/3 91
Telefax 03 43 42/2 63

**BUNDES-
VERBAND DER
LANDWIRT-
SCHAFTLICHEN
KRANKEN-
KASSEN**

*Verzeichnis
der landwirt-
schaftlichen
Krankenkassen*

BUNDESVERBAND DER PFLEGE- UND ADOPTIVELTERN e. V.

– BVdPA –

Adresse Roggenmarkt 9
48143 Münster

Telefon 02 51/4 59 40

Telefax 02 51/4 59 40

Der Bundesverband der Pflege- und Adoptiveltern (BVdPA) existiert seit 1976, er arbeitet mit den 8 Landesverbänden zusammen. Der BVdPA vereinigt 65 Ortsgruppen sowie ca. 750 Einzelmitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet. Der BVdPA leistet seine Aufgaben weitestgehend ehrenamtlich. Er finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, staatlichen Zuschüssen und Spenden.

Ziel des Vereins ist die tatsächliche Gleichstellung von Pflege- und Adoptivkindern mit leiblichen Kindern und die Schaffung gleicher Chancen für alle Kinder, in einem Familienverband geborgen und behütet aufzuwachsen. Der BVdPA versteht sich als ein Angebot für Pflege- und Adoptiveltern und deren Kinder. Er will seine Kraft insbesondere überall dort einsetzen, wo Eltern und Kinder alleine nicht mehr stark genug sind, um ihre Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen.

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Bundesverband gibt die Fachzeitschrift „Kindeswohl“ heraus und das „Handbuch für Pflege- und Adoptiveltern“ (im Buchhandel erhältlich).

Medienangebote

Der BVdPA bietet folgende Serviceleistungen an:

- Zusammenschluß der Pflege- und Adoptiveltern auf freiwilliger Grundlage,
- Information der Betroffenen, der Institutionen und Verbände sowie gleichgesinnter Organisationen in allen das Pflege- und Adoptivkinderwesen betreffenden Fragen,
- Anhörung und Mitwirkung in gesetzgebenden und sozialpolitischen Gremien,
- Verbreitung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Kindeswohl im politischen, behördlichen und juristischen Raum,
- Beratung von Personen und Institutionen, die sich mit dem Pflege- und Adoptivkinderwesen befassen sowie Angebot der Weiterbildung,
- Zusammenarbeit mit Verbänden und Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene,

Service- leistungen

- BVdPA -

- Zuführung des ideellen Wertes der Arbeit der Pflege- und Adoptiveltern zu einer allgemeinen Anerkennung,
- Hilfestellung bei der Gründung von Vereinigungen von Pflege- und Adoptiveltern auf Orts-, Kreis-, Bezirks- oder Landesebene,
- Sammlung und Weitergabe von Anschriften von Personen und Institutionen, die mit der Problematik im Pflege- und Adoptivkinderwesen besonders vertraut sind.

BUNDESVERBAND DER ZAHNÄRZTE DES ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENSTES e. V.

– BZÖG –

Adresse	Unter der Rodebreite 26 37079 Göttingen
Ansprechpartner	Dr. Rasch, Geschäftsführer
Telefon	05 51/6 11 40 oder 4 00-48 60
Telefax	05 51/6 11 40

Der Bundesverband der Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. (BZÖG) wurde 1955 gegründet und ist aus dem Verein der beamteten und angestellten Zahnärzte hervorgegangen. Er ist ein eingetragener Verein und seit 1967 auch wissenschaftliche Gesellschaft zur Förderung zahnärztlicher Sozialhygiene. Zu seinen Mitgliedern zählen die meisten im öffentlichen Gesundheitsdienst tätigen Zahnärzte. Der Verband ist in Landesstellen analog den Bundesländern gegliedert. Er ist Mitglied in verschiedenen anderen Institutionen mit gesundheitsorientierter Zielsetzung. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend durch das Beitragsaufkommen.

Der BZÖG tritt für eine wirksame Jugendzahnpflege ein. Dazu gehören gruppenprophylaktische Maßnahmen in Verbindung mit der Untersuchung der Mundhöhle und einer Befunddokumentation sowie die Intensivbetreuung besonders kariesgefährdeter Kinder, Jugendlicher und Behinderter. Eine Gesundheitsberichterstattung ergänzt diese Maßnahmen. Zur Umsetzung werden – teils in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen – Fortbildungen, Kongresse und Tagungen durchgeführt; außerdem arbeiten die Mitglieder in verschiedenen Gremien mit

Der BZÖG nimmt die beruflichen Interessen seiner im öffentlichen Gesundheitsdienst stehenden Zahnärzte wahr; er bemüht sich um ihre Fort- und Weiterbildung. Er setzte 1977 die Fachgebietsanerkennung „Zahnarzt für öffentliches Gesundheitswesen“ durch und unterstützt die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf bei der Durchführung der notwendigen Weiterbildungslehrgänge.

Der BZÖG ist Beratungsgremium für Bund, Länder und Gemeinden in allen Fragen des öffentlichen zahnärztlichen Gesundheitsdienstes und der Jugendzahnpflege, besonders auch in berufsständischen Fragen einschließlich Stellenbewertung, Besoldung und Vertragshonorargestaltung.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BZÖG -

Medienangebote

Der BZÖG ist Herausgeber der Zeitschrift „Zahnärztlicher Gesundheitsdienst“, die vierteljährlich erscheint und für Mitglieder kostenlos ist. Berichtet wird u. a. über die Tagungen und Kongresse des BZÖG, über aktuelle Entwicklungen in der Jugendzahnpflege sowie über Aktivitäten des Verbandes. Versendet wird die Zeitschrift an Fachministerien, Krankenkassenverbände, Zahnarztverbände, Gesundheitsämter, Universitäten und an die Mitglieder.

Serviceleistungen

Der BZÖG veranstaltet auf Bundesebene einmal jährlich eine Tagung mit gesundheitspolitischem Bezug und zusammen mit dem Bundesverband der Ärzte des ÖGD einen kostenpflichtigen wissenschaftlichen Kongreß.

Auf Landesebene führen die Landesstellen z. T. in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen – Fortbildungsveranstaltungen für Jugendzahnärzte durch, die in der Regel kostenlos sind

Auf kommunaler Ebene organisieren die Mitglieder teilweise zusammen mit anderen Einrichtungen Fortbildungen für Prophylaxepersonal, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen. Für Eltern werden Informationsveranstaltungen angeboten; Gebühren fallen meist nicht an

Der BZÖG berät in Fragen, die den Bereich des zahnärztlichen Gesundheitsdienstes betreffen, und er ist bei der Referentenwahl behilflich; der Service ist i.d.R. kostenlos.

Empfehlungen

Der BZÖG ist Ansprechpartner auf dem Gebiet der Jugendzahnpflege.

In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift werden Themen behandelt, die den öffentlichen zahnärztlichen Gesundheitsdienst betreffen

Die Adressen der Landesstellen können beim Bundesgeschäftsführer erfragt werden.

BUNDESVERBAND „HILFE FÜR DAS AUTISTISCHE KIND“

Vereinigung zur Förderung autistischer Menschen e. V.

Adresse Bebelallee 141
22297 Hamburg

Telefon 0 40/5 11 56 04

Der Bundesverband „Hilfe für das autistische Kind“ wurde 1970 als gemeinnütziger Verein gegründet. Er entstand aufgrund der Initiative betroffener Eltern als Elternselbsthilfverband. Für die Berücksichtigung der speziellen Probleme autistischer Kinder (d. h. Kinder mit „autistischem Syndrom“ bzw. „frühkindlichem Autismus“), die sich deutlich von denen geistig Behinderter unterscheiden, hatte sich eine eigene Interessenvertretung als dringend notwendig erwiesen, u. a. um für die Schaffung entsprechender pädagogischer und therapeutischer Einrichtungen zu sorgen.

Die laufenden Tätigkeiten des Bundesverbandes finanzieren sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Projekte wurden zum Teil durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert sowie durch Zuschüsse aus der „Aktion Sorgenkind“ und der „Glücksspirale“.

Im Bundesverband sind 28 Regionalverbände organisiert, die ambulante Therapie-Einrichtungen für autistische Kinder und Jugendliche sowie zum Teil auch Heime für autistische Jugendliche und Erwachsene betreiben. Mitglieder des Bundesverbandes können sowohl „juristische Personen“ (z. B. Einrichtungen) als auch Einzelpersonen werden. Darüber hinaus führt die Mitgliedschaft in einem der Regionalverbände zur mittelbaren Mitgliedschaft im Bundesverband.

Die Arbeit des Verbandes wird zum größten Teil ehrenamtlich von betroffenen Eltern geleistet. Unterstützt wird der Verband durch einen wissenschaftlichen Beirat, in dem die Fachgebiete Psychologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinderneurologie, Pädagogik und Recht vertreten sind.

Die Ziele und Tätigkeiten des Verbandes betreffen:

- Förderung aller Hilfsangebote für autistische Menschen
- Öffentlichkeitsarbeit zur Verbreitung von Informationen über die Probleme autistischer Menschen
- Erstberatung von Eltern autistischer Kinder vor allem über regionale Hilfsangebote
- Förderung und Unterstützung von Zusammenschlüssen von Eltern und Freunden autistischer Kinder in Regionalverbänden
- Koordination der Arbeit der Regionalverbände
- Internationale Zusammenarbeit mit Elternverbänden anderer Länder

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDESVERBAND
„HILFE FÜR DAS
AUTISTISCHE
KIND“ e.V.**

Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen
Beratung von Fachleuten
= Herausgabe von Fachbüchern und Broschüren zum Problem Autismus
Verringerung der Dunkelziffer autistischer Kinder in der Bundesrepublik

Die Elternarbeit wird zum überwiegenden Teil von den Regionalverbänden getragen, auf deren Initiative auch die derzeit 20 Therapieinstitute für die ambulante

Arbeit mit Kindern, 4 Wohnheime für Jugendliche und Erwachsene sowie eine Reihe von Kindergarten-, Vorschul- und Hortgruppen und Sonderklassen für autistische Kinder tätig sind.

Der Bundesverband ist der Bundesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ sowie dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband angeschlossen. Auf internationaler Ebene ist der Verband Mitglied in der Autism-Europe (AE), an deren Gründung er beteiligt war.

Medienangebote

Die Printmedien des Bundesverbandes sind zum einen für Eltern, zum anderen für Fachleute (Psychologen, Ärzte, Pädagogen) gedacht. Über die vom Verband herausgegebenen Fachbücher und Kongreßberichte sowie über noch erhältliche Exemplare der Zeitschrift „Autismus“ kann eine Bestellliste kostenlos bezogen werden.

Die Zeitschrift „Autismus“ erscheint zweimal jährlich und ist sowohl in Einzelheften als auch im Abonnement beim Bundesverband zu beziehen. Sie ist sowohl für Eltern als auch für Fachleute gedacht.

Informationsblätter mit ersten Informationen über Autismus und einer Darstellung der Aufgaben des Bundesverbandes für Eltern sind kostenlos zu beziehen.

Die in der Regel recht ausführlichen Broschüren dienen teils einer Information und Aufklärung von Eltern zur praktischen Bewältigung des Problems, teils sind sie für Fachleute gedacht, denen diagnostische Kriterien zur Erkennung des Autismus sowie Informationen zur Betreuung von autistischen Kindern an die Hand gegeben werden. Die Broschüren sind kostenlos erhältlich.

Im kostenpflichtigen Fachbuchangebot des Verbandes finden sich Werke zur Pädagogik und schulischen Förderung des autistischen Kindes, Berichte über Fachkongresse (sowohl bundesweite als auch europäische) sowie Bibliographien zur deutsch- und englischsprachigen Literatur zum frühkindlichen Autismus.

Über den Bundesverband können diverse Videofilme bezogen werden.

Serviceleistungen

Der Bundesverband ist imstande, überall im Bundesgebiet Referenten zu Problemen des Autismus zu benennen. Das Honorar muß jeweils vereinbart werden, in Einzelfällen kann auch eine ehrenamtliche Tätigkeit in Frage kommen.

Sowohl der Bundesverband als auch die Regionalverbände bieten in Abständen teilweise kostenlos Fortbildung für Fachleute (Psychologen, Ärzte, Heilpädagogen, Lehrer) an. Ferner werden vom Verband etwa alle drei Jahre bundesweite Fachtagungen durchgeführt (kostenpflichtig). Für die Eltern autistischer Kinder werden ebenfalls in Abständen Tagungen veranstaltet, die zum Teil kostenlos sind. Der Verband ist

ebenfalls an den europäischen Kongressen der Autism-Europe beteiligt.

Auskünfte über Einrichtungen für autistische Kinder und Jugendliche (z. B. Therapieinstitute u. Beratungsstellen) können über den Verband eingeholt werden.

Eltern, die eine erste Beratung über Hilfsmöglichkeiten für ihr Kind benötigen, können sich kostenlos vom Verband beraten lassen.

Längerfristige Elternberatung, Elterngesprächskreise, therapeutische Arbeit mit autistischen Kindern sind Angebote der Regionalverbände, zu denen über den Bundesverband Kontakt aufgenommen werden kann.

Empfehlungen

Bei Interesse an vom Verband herausgegebener Fachliteratur zum Themenkreis des frühkindlichen Autismus sollte der Bestellbogen mit Verzeichnis kostenlos bezogen werden.

Zu beachten ist das Filmangebot des Verbandes.

Die Beratungsangebote des Bundes- und der Regionalverbände für Eltern und Fachleute sollten bei Bedarf genutzt werden.

Der Verband gibt Auskünfte über geeignete Einrichtungen für autistische Kinder.

Interessierte Fachleute sollten sich über die aktuellen Fortbildungsangebote informieren.

Zu empfehlen ist der Bezug der Zeitschrift „Autismus“ zur Information über die laufenden Aktivitäten des Verbandes.

Die Anschriften der 28 in Deutschland vorhandenen Regionalverbände sind beim Bundesverband zu erfragen, ebenso die Adressen der Therapeutischen Einrichtungen, die von den Regionalverbänden des Bundesverbandes getragen werden.

BUNDESVERBAND NEUE ERZIEHUNG e.V.

– BNE –

Adresse	Am Schützenhof 4 53119 Bonn
Ansprechpartner	Herr Wolf Brühan (Geschäftsführer)
Telefon	02 28/66 40 55-57
Telefax	02 28/66 77 93

Der Bundesverband Neue Erziehung e. V. (BNE) ist ein Zusammenschluß von

- bundeszentralen Verbänden wie Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Bundesvorstand SJD-Die Falken,
- Landesverbänden (wie Arbeitskreis Neue Erziehung e. V. Berlin und Niedersachsen, Progressiver Eltern- und Erzieherverband Nordrhein-Westfalen e. V. (PEV), den Landesverbänden Neue Erziehung e. V. in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg),
- Gruppen wie Schuleltern, Elternselbsthilfegruppen, Eltern-Kind-Initiativen,
- Einzelpersonen aus Wissenschaft, Politik und Praxis der Jugend- und Familienbildung.

Der BNE besteht seit 1971, wird vom Bundesministerium für Familie und Senioren institutionell gefördert und ist in der Elternarbeit, Familienbildung und Familienpolitik tätig.

Die Aufgabenfelder des BNE lassen sich kurz so zusammenfassen:

- er befaßt sich in Gruppen und Seminaren mit Elternfragen, Familiensituationen und aktuellen familienpolitischen Ereignissen. Er will Eltern damit in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen,
- er will im Interesse von Eltern und Kindern Einfluß auf Erziehungseinrichtungen wie Kindergarten, Schule, Kinderhort nehmen,
- er will (Eltern-)Initiativen beim Auf- und Ausbau von Bildungs- und Erziehungsangeboten außerhalb der Familie unterstützen,
- er will, als überparteilicher und nichtkonfessioneller Familienverband, familienpolitische Forderungen formulieren und bei familienpolitischen Reformen mitwirken.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BNE -

Medienangebote

Mehr über den BNE und seine Arbeit erfahren Sie durch ausführliche Broschüren, die Sie anfordern können.

Die beiden Arbeitsmappen „*Familie und Umwelt*“ und „*Familie und Partnerschaft*“ sowie die *Fortbildungsreihe für Elterninitiativen* erhalten Sie zum Selbstkostenpreis

Die Schriften zur Familienpolitik: Dokumentation des Werkstattgesprächs „*Kommunale und regionale Familienpolitik*“ ist für Jugendämter und familienpolitische Institutionen geeignet.

Aufstellung der Publikationen:

1. Arbeitsmappe „*Familie und Umwelt*“ mit den Einzelheften: 1. Familie und Ernährung, 2. Gesunde Ernährung, 3. Familie und Wohnen, 4. Familie und Haushalt.
2. Arbeitsmappe „*Familie und Partnerschaft*“ mit den Einzelheften: 1. Glück, 2. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich, 3. Sicherheit, 4. Verantwortung, zusätzlich ein Anleitungsheft.
3. *Fortbildungsreihe für Elterninitiativen* mit den Einzelheften: 1. Zukunftswerkstätten Ermutigung zum Experimentieren, 2. Öffentlichkeitsarbeit - Ideen und Tips, 3. Gruppenkonflikten vorbeugen - Konstruktiv mit Konflikten umgehen, 4. Spiel- und Gestaltungsideen - Für selbstorganisierte Eltern-Kind-Gruppen.

Serviceleistungen

Neben den aufgeführten Publikationen bietet der BNE einen umfassenden Informationsservice (telefonisch und schriftlich) zu aktuellen Fragen aus den Bereichen

der Familienbildung/Familienpolitik,
der Jugendhilfe und
die Vermittlung an Fachverbände/Selbsthilfegruppen

an.

Seminare:

Der BNE führt regelmäßig Seminare mit Eltern und Gruppen, in unregelmäßigen Abständen auch internationale Tagungen zu Fragen der Familienpolitik durch.

Themen für Seminare sind z. B. „Spielgruppen Mini-clubs Spielkreise“, „Wie privat sind Kinder in unserer Gesellschaft“. Hier haben das persönliche Gespräch und der praktische Erfahrungsaustausch ihren festen Platz; und hier können hilfreiche Anstöße für den Umgang mit persönlichen Problemen gefunden und Überlegungen zu einer neuen Erziehung mit anderen Eltern besprochen und ausgetauscht werden.

Die Seminare werden in unserem Info-Dienst angekündigt, Teilnahmevoraussetzungen bestehen nicht, Einzelanmeldungen sind möglich.

Empfehlungen

Für alle, die in der Familien- und Elternarbeit tätig sind bzw. sich dafür interessieren, bietet der Bundesverband mehrere Medien bzw. Serviceleistungen.

Die Arbeitsmaterialien sollten vorhanden sein, sie enthalten sowohl für die Elternarbeit als auch für die allgemeine gesundheitsfördernde Arbeit wichtige Hinweise und gute Anregungen.

Der Info-Dienst für Elterngruppen ist zu empfehlen, um einen Einblick in die Arbeit von Elterngruppen zu erhalten.

Dazu sollte die Aufnahme in den Verteiler erbeten werden.

BUNDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEIT e.V.

– BfGe –

Adresse Heilsbachstraße 30
53123 Bonn

Telefon 02 28/9 87 27-0

Telefax 02 28/6 42 00 24

Die Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e.V. wurde 1954 als nichtstaatliche, überparteiliche und interkonfessionelle Vereinigung gegründet. Sie versteht sich als Spitzenorganisation der freien Initiative im Bundesgebiet und sieht ihre Ziele darin, „insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Einzelpersonen, privaten Organisationen des In- und Auslandes zu pflegen und zu fördern und ihre Tätigkeit mit den behördlichen Institutionen zu koordinieren“.

Mit diesem satzungsgemäßen Auftrag stellt sich die BfGe folgende Aufgaben:

- Förderung des Interesses der Bevölkerung für Probleme und Aufgaben der Gesundheit,
- Koordinierung privater Initiativen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Durchführung entsprechender Veranstaltungen,
- Austausch von Erfahrungen der Mitglieder und anderer in der Gesundheitserziehung tätigen Organisationen und Personen sowie Erarbeitung von Vorschlägen für die praktische Gesundheitsförderung,
- Unterrichtung der Mitglieder und der Öffentlichkeit über die Arbeit der Bundesvereinigung sowie Beratung der Mitglieder und anderer interessierter Stellen und Personen bei gesundheitsfördernden Vorhaben,
- Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen und Organisationen gleicher Zielsetzung im In- und Ausland,
- Verleihung einer Medaille für Verdienste um die Gesundheitsförderung,
- Mitgliedschaft in der Internationalen Union für Gesundheitserziehung (UIES) als Nationalkomitee im Sinne der Satzung der UIES.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Die BfGe hat über 200 Mitglieder, darunter über 150 Organisationen wie Bundes-, Landes- und kommunale Spitzenorganisationen, Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerverbände, Verbände verschiedener Berufe wie Pädagogen, Psychologen, Sozialpädagogen und der aus dem Gesundheitswesen, Krankenkassen, Versicherungsträger, Berufsgenossenschaften, Eltern-, Familien- und Jugendorganisationen sowie Fachverbände.

Die Organe der BfGe sind die Mitgliederversammlung, der aus zehn Personen bestehende Vorstand, der ebenso wie die zehn Vertreter des Beirats von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Zu dem Beirat gehören außerdem die Vertreter der Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung, -erziehung, -bildung und -pflege. Eine Geschäftsstelle mit 9 Planstellen steht der BfGe zur Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung.

Aufgaben und Ziele der Institution

<p>- BfGe -</p>	<p>Aus den Aufgaben ergeben sich für die BfGe drei Tätigkeitsfelder: Information von Multiplikatoren, Zusammenarbeit mit und von Institutionen, Verbänden und Vereinigungen sowie die Erarbeitung von Grundsätzen für die Gesundheitsförderung. Der Information dienen z. B. Veranstaltungen, die von der BfGe, oft in Zusammenarbeit mit anderen, durchgeführt und mit Berichtsbänden dokumentiert werden.</p>	<p>schuß „Interdisziplinärer Arbeitsausschuß für Gesundheitsförderung durch Heilberufe“, einen Grundlagen- und einen Strategieausschuß.</p>
<p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>	<p>Für die Erarbeitung von Grundsätzen und Grundlagen hat die BfGe Ausschüsse eingerichtet, die als längerfristig arbeitende oder als Ad-hoc-Ausschüsse ausgewählte Aufgaben haben. So gibt es z. B. den Fachaus-</p>	<p>Außerdem hat die BfGe ein Fort- und Weiterbildungsprogramm für Gesundheitsförderung eingerichtet.</p>
<p>Medienangebote</p>	<p>Das Medienangebot der BfGe konzentriert sich auf die Herausgabe von Druckschriften, die vor allem Schlüsselpersonen und Partner informieren sollen.</p>	<p>Gesundheitsförderung durch Umweltschutz – Praxisnahe Evaluation gesundheitsfördernder Maßnahmen Empfehlungen zur Gesundheitsförderung im Betrieb</p>
	<p>Jährlich erscheint das Buch zum Weltgesundheitstag, das in umfassender Weise das jeweilige Motto des Weltgesundheitstages behandelt.</p>	<p>Alle zwei Monate erscheint der Gesundheitsinformationsdienst (GID), der über Aktivitäten der BfGe und ihrer Mitglieder berichtet, Kurzmitteilungen zu aktuellen Themen der Gesundheitsförderung, Literatur- und Veranstaltungshinweise enthält.</p>
	<p>Tagungsberichte geben die Referate und Arbeitsergebnisse von Fachtagungen und Symposien der BfGe wieder und dokumentieren Verlauf und Ergebnisse von Kooperationsgesprächen, wie z. B.:</p>	<p>Für Presse, Rundfunk und Fernsehen bringt die BfGe mehrmals jährlich den Gesundheitspressedienst (GDP) heraus, durch den die Massenmedien auf aktuelle Themen und Vorhaben aufmerksam gemacht werden und fachliche Informationen erhalten sollen (kostenfrei).</p>
	<p>Gemeindenähe Gesundheitserziehung (Fachtagung 1986) – Frau und Gesundheitserziehung (Fachtagung 1987) Umwelt und Gesundheitserziehung (Fachtagung 1988)</p>	<p>In einer weiteren Publikation „Gesundheit für alle – alles für die Gesundheit“ wurden fast 100 Mitgliedsorganisationen und -vereinigungen der BfGe dargestellt (kostenverursachend).</p>
	<p>In der Reihe „Forum Gesundheitsförderung“ veröffentlicht die BfGe Stellungnahmen, Empfehlungen und Handreichungen (kostenpflichtig), die von Fachausschüssen erarbeitet werden, so z. B.</p>	<p>Über die Publikationen der BfGe gibt es ein Verzeichnis mit Preisangaben.</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Die Serviceleistungen der BfGe sind ebenfalls auf die drei Tätigkeitsfelder Information Zusammenarbeit Grundlagenarbeit ausgerichtet.</p>	<p>arbeit und Projektorganisation in der Gesundheitsförderung zum Inhalt.</p>
	<p>Durch einen gut ausgebauten Literaturdienst erhalten Interessenten zu gewünschten Themen eine Zusammenstellung der vorhandenen Fachartikel und Bücher sowie Adressen. Die Fortbildungsseminare der BfGe haben schwerpunktmäßig die betriebliche Gesundheitsförderung sowie Moderationstechniken, Öffentlichkeits-</p>	<p>Mit ihren Fachtagungen und Kooperationsgesprächen, die auch nach den Wünschen von Mitgliedern ausgerichtet werden, leistet die BfGe einen weiteren Beitrag zur Information und Zusammenarbeit. Ein anderer Schwerpunkt bei den Serviceleistungen ist die Beratungstätigkeit der BfGe, die durch eingerichtete Ausschüsse oder durch Mitarbeiter der BfGe vorgenommen wird.</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Die BfGe bietet durch ihre Veröffentlichungen viele Informationen, so daß für den Überblick das Verzeichnis der Publikationen angefordert werden sollte.</p>	<p>Interessenten an Fort- und Weiterbildung in der Gesundheitsförderung sollten das entsprechende Programm der BfGe anfordern.</p>
	<p>Für den Einsatz von audiovisuellen Medien in der Bildungsarbeit ist der Bezug der Filmkartei zu empfehlen und zur Vorbereitung von Maßnahmen die Nutzung des Literaturdienstes. Zur allgemeinen Information ist der Bezug des „Gesundheitsinformationsdienstes (GID)“ anzuraten.</p>	<p>Bei speziellen Fragestellungen empfiehlt es sich, bei der BfGe Auskunft einzuholen, ob durch die Ausschussarbeit dazu Grundlagen und Positionen erarbeitet wurden.</p>

BUNDESVEREINIGUNG LEBENSILF FÜR GEISTIG BEHINDERTE e.V.

Adresse	Bundeszentrale Postfach 70 1163 35020 Marburg
Ansprechpartner	Bereich III: Öffentlichkeitsarbeit Harald Stegmann
Telefon	0 64 21/4 91-0
Telefax	0 64 21/49 11 67

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. ist ein Zusammenschluß für geistig behinderte Menschen, ihre Eltern und Freunde sowie Fachleute. Sie ist ein gemeinnütziger Verein und wurde 1958 in Marburg von Eltern und Fachleuten gegründet und besteht heute aus:

- ca. 550 örtlichen Vereinen (Orts- und Kreisvereinigungen),
- 16 Landesverbänden,
- der Bundesvereinigung Lebenshilfe in Marburg

Die Finanzierung besteht aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und aus Bundesmitteln. In den rechtlich selbständigen, konfessionell und politisch unabhängigen örtlichen Vereinigungen der Lebenshilfe sind etwa 120.000 Mitglieder organisiert. Sie sind u. a. Träger bzw. Mitträger von Einrichtungen und Maßnahmen, die mehr als 150.000 geistig behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Förderung und gesellschaftliche Eingliederung ermöglichen. Ziel der Bundesvereinigung Lebenshilfe ist es, geistig behinderten Kindern und Jugendlichen sowie ihren Angehörigen eine der Würde des Menschen entsprechende, gleichberechtigte Teilhabe am Leben der Gesellschaft zu sichern, auf ein „Leben so normal wie möglich“ hinzuwirken, weitgehende Selbstbestimmung behinderter Menschen in den sie berührenden Alltagsfragen zu stärken und in den einzelnen Lebensbereichen möglichst viel Gemeinsamkeit zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen zu unterstützen. Um diese Zielsetzung zu erreichen, ist u. a. ein System von Hilfen und Fördermaßnahmen in den unterschiedlichen Lern- und Lebensfeldern notwendig, das familien- und wohnortnah organisiert ist. Die Lebenshilfe ist als Verband der Eltern und Betroffenen, als Trägerverband von Einrichtungen und Diensten, als Fachverband sowie als Interessenverband in diesem Sinne auf Bundes-, Landes- und Ortsebene tätig.

Man kann davon ausgehen, daß von 1.000 Kindern etwa 6 bis 8 geistig behindert sind. Nach jetzigen Erkenntnissen kommt auf ca. 130 Neugeborene ein geistig behindertes Kind. Es dürften derzeit über 350.000 geistig behinderte Menschen in der Bundesrepublik leben.

Übergeordnetes Ziel der Lebenshilfe ist es, für die geistig behinderten Menschen und ihre Familien verbesserte Lebensbedingungen zu schaffen und auf die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in der Gesellschaft hinzuwirken. Dies bedingt folgende Betätigungsfelder:

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
VEREINIGUNG
LEBENSILF
FÜR GEISTIG
BEHINDERTE
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Mitgliedervereinigungen auf örtlicher Ebene (OV/KV) unterhalten eigene Einrichtungen, in denen sie Vorsorgeuntersuchungen, Diagnostik, Behandlung und Betreuung durchführen (Frühförderung). Sie beraten Familien mit geistig behinderten Angehörigen, um die entsprechenden Rehabilitationsmaßnahmen von der frühen Kindheit bis zur Altersversorgung einleiten zu können.

- Sie unterhalten eigene Kindergärten bzw. schulvorbereitende Einrichtungen sowie Schulen und Werkstätten für geistig behinderte Menschen.
- Die örtlichen Vereine unterhalten 60 % der Werkstätten für Behinderte in der Bundesrepublik, bieten ca. 10.000 Wohnplätze für Behinderte an und sind bei der Planung von behindertengerechten Wohnungen behilflich.

Ferner vermittelt die Bundesvereinigung Lebenshilfe Freizeit- und Erholungsangebote z. T. in eigenen, z. T. in Einrichtungen anderer Träger. Sie berät in allen Fragen zum Thema geistiger Behinderung.

Zur Durchführung und Vermittlung der beschriebenen Aufgaben in der Öffentlichkeit unterhält die Bundesvereinigung in Marburg eine hauptamtlich geführte Geschäftsstelle, die sich aus kleinsten Anfängen heraus entsprechend dem Anwachsen der Organisation zur heutigen Bundeszentrale mit knapp 100 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt hat. Die Vorstände auf allen Ebenen (OV/KV/Land/Bund) leisten ihre Arbeit ehrenamtlich.

Die Bundeszentrale zeichnet verantwortlich für die Entwicklung neuer Konzeptionen und Programme im Bereich geistiger Behinderung. Dies geschieht innerhalb des Verbandes, in der sozialpolitischen und in der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu politischen und fachlichen Initiativen in der Gesetzgebung. Die Landesverbände sind die Vermittlungsinstanz zwischen örtlichen Vereinen und der Bundeszentrale.

Medienangebote

Um das oberste Ziel der Lebenshilfe – Eingliederung geistig behinderter Menschen in unsere Gesellschaft verwirklichen zu können, ist das Medienkonzept der Bundesvereinigung Lebenshilfe auf die Angehörigen geistig behinderter Menschen, insbesondere ihre Eltern, sowie auf das betreuende Fachpersonal abgestimmt.

Von der Bundesvereinigung Lebenshilfe werden folgende Periodika herausgegeben:

– Lebenshilfe-Zeitung (LHZ)

Sie erscheint seit Januar 1980 sechsmal jährlich mit einer Auflage von 130.000 Exemplaren. In erster Linie als Mitgliederzeitung konzipiert, versteht sich die LHZ als Forum für alle, die sich mit den Problemen geistig behinderter Menschen befassen. Vor allem wendet sie sich an Eltern und Angehörige geistig behinderter Menschen und dient als Forum für alle in der Lebenshilfe zusammengeschlossenen Gruppierungen (Eltern, Fachleute, Förderer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen usw.).

Die LHZ informiert über soziale und wirtschaftliche Probleme Behinderter (z. B. Entlohnung in Werkstätten), enthält Tagungsberichte sowie Erfahrungsberichte örtlicher Vereine und gibt Hinweise, wo Behinderte Urlaub machen, Sport treiben und ihre Freizeit verbringen können etc. Jeder zweiten Ausgabe der LHZ liegt seit Dezember 1987 das Lebenshilfe-Magazin bei, eine Zeitschrift, die sich direkt an Jugendliche und Erwachsene mit geistiger Behinderung richtet: Erfahrungs- und Erlebnisberichte aus den verschiedenen Lebensfeldern sowie Tips und Informationen bilden die Hauptinhalte (kostenpflichtig, für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten).

– Geistige Behinderung

Diese Fachzeitschrift widmet sich Themen aus Forschung, Theorie und Praxis der Arbeit mit geistig behinderten Menschen. Sie enthält Beiträge namhafter Autoren aus allen relevanten Disziplinen (u. a. Pädagogik, Psychologie, Medizin, Recht, Sozialpolitik) und wendet sich vorwiegend an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen für geistig behinderte Menschen, Studierende und Lehrende sowie an Fachleute und interessierte Eltern. Sie erscheint viermal jährlich in einer Auflage von 11.000 Exemplaren (kostenpflichtig).

Als nicht periodisch erscheinende Medien gibt der Verlag der Bundesvereinigung Lebenshilfe Schriftenreihen, Handbücher, Monographien sowie Informationsbroschüren heraus. Beispiele:

– Große Schriftenreihe

In ihr erscheinen die Ergebnisse von Fachtagungen und Workshops und entsprechende Monographien. Themen sind u. a.

Wohnen und Altwerden von Menschen mit geistiger Behinderung,
Normalisierung, etwa in den Bereichen schulische Integration, Freizeit, Sport, Erwachsenenbildung, Ethik,
Kinder mit Down-Syndrom,
Schwangerschaftsverhütung,
Hilfen für geistig Behinderte – Handreichungen für die Praxis.

– Kleine Schriftenreihe

Im handlichen Taschenbuchformat erscheinen hier u. a.

Bibliographie zur geistigen Behinderung,
Zusammenarbeit Eltern Schule,
Familienentlastende Dienste,
Geschwister geistig Behinderter,
Eheschließung geistig behinderter Menschen.

– Handbücher

Überwiegend als Loseblattsammlungen (mit Ergänzungslieferungen) informieren sie umfassend und aktuell über alle Aspekte der jeweiligen Bereiche. Herausragend ist hier das zweibändige Handbuch „Werkstatt für Behinderte“, das mit seinen Ergänzungslieferungen zur Grundausstattung jeder WfB (Werkstatt für Behinderte) gehört.

– Schriften zum Thema Recht

Hier bieten Juristinnen und Juristen der Bundesvereinigung Lebenshilfe betroffenen Eltern, Fachleuten und Institutionen Rat und Argumentationshilfen. Titel sind z. B.

Soziale Rechte geistig behinderter Menschen und ihrer Angehörigen,
Ratgeber Recht zu verschiedenen Einzelaspekten,
Finanzielle Hilfen.

- Weitere Schriften

Hierunter gehören Bücher, die aus anderen Zusammenhängen entstanden, mit einem ebenso interessanten wie vielschichtigen Themenbereich, u. a.

- Qualitätsentwicklung und -beurteilung von Wohneinrichtungen,
- EDV-gestützte Kommunikationshilfen,
- Einzelaspekte aus der WfB wie Außenarbeitsplätze,
- Ein Gedichtband über das Leben mit einem schwerstbehinderten Kind,
- Bilderbuch „Meine Schwester ist behindert“,
- Kunst von Menschen mit geistiger Behinderung.

- Informationsbroschüren

Zum größten Teil sind dies verbandliche Empfehlungen, die von den Fachausschüssen und Projektgruppen der Bundesvereinigung Lebenshilfe zu verschiedenen Lebensbereichen erarbeitet wurden wie

- Frühe Hilfen,
- Eltern und Familie,
- Kindergarten und Schule,
- Arbeiten/WfB und Wohnen,
- Freizeit und Sport,
- Fortbildung.

Dazu kommen thematisch und zielgruppenorientierte Informationsmaterialien wie
Erstinformation für Eltern von Kindern mit Down-Syndrom,
Hinweise für Ärzte für das Erstgespräch mit Eltern,
Liebe Mutter, lieber Vater,
Aids und Menschen mit geistiger Behinderung.

Diese Informationsbroschüren werden in Einzelexemplaren gegen Erstattung der Versandkosten abgegeben.

Die genauen Bezugsbedingungen sowie einen vollständigen Überblick über unsere lieferbaren Titel enthält das Verlagsprogramm, welches bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte kostenlos angefordert werden kann.

FILMDIENST

Mit dem Filmdienst gibt die Bundesvereinigung Lebenshilfe eine Übersicht über die ihr bekannten Filme zur Thematik geistig behinderter Menschen. Ein Verzeichnis gibt einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Titel.

Jeder der aufgeführten Filme wird hinsichtlich

- seines Inhaltes,
 - der technischen Daten sowie
 - der Bezugsquellen
- kurz charakterisiert.

Einige Filme können gegen eine Verleihgebühr bei der Bundeszentrale der Lebenshilfe ausgeliehen werden, für andere werden Bezugsadressen genannt.

DIENSTE

- Fachdienst,
 - Rechtsdienst,
 - Verbandsdienst,
 - Pressedienst und
 - Parlamentarierdienst
- sind unregelmäßig erscheinende aktuelle Mitteilungsblätter

Für jeden der Dienste hat die Bundeszentrale einen Verteiler. Der Bezug ist kostenlos.

FORT- UND WEITERBILDUNG

Um die Angebote an Fort- und Weiterbildung ausweiten und besser qualifizieren zu können, ist das Institut für Fort- und Weiterbildung der Bundesvereinigung Lebenshilfe eingerichtet worden. In Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bundeszentrale werden die Fort- und Weiterbildungsangebote vorbereitet und durchgeführt.

Zielgruppen der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind das betreuende Fachpersonal im Behindertenbereich sowie Eltern geistig behinderter Kinder, interessierte Laien und Menschen mit geistiger Behinderung selbst.

Die im folgenden aufgeführten Themen der Fortbildungsmaßnahmen können als Auswahl nur beispielhaft sein. Ratsam ist es, sich das jährlich erscheinende Fortbildungsverzeichnis zu beschaffen, in dem die Ausschreibungen und Kosten der Veranstaltungen aufgeführt sind.

Die Bundesvereinigung bietet seit vielen Jahren mehrwöchige berufsbegleitende Weiterbildungslehrgänge an. Ziel dieser kostenpflichtigen Weiterbildungen (6-8 Wochen Dauer) ist es, bestimmte Zielgruppen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung weiterzuqualifizieren:

- Berufsbegleitender Weiterbildungslehrgang für Mitarbeiter/-innen in Frühförderstellen (Dauer: 8 Wochen),

- Qualifikation in Sonderpädagogik und Sozialmanagement - berufsbegleitender Weiterbildungslehrgang für leitende Mitarbeiter/-innen aus Werkstätten für Behinderte (Dauer: 10 Wochen),
- Berufsbegleitender Weiterbildungslehrgang für leitende Mitarbeiter/-innen aus Wohneinrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung (Dauer: 7 Wochen).

Als neue Maßnahme hat Ende 1992 ein sechswöchiger berufsbegleitender Weiterbildungslehrgang für Mitarbeiter/-innen in integrativen Kindergärten begonnen.

Ein weiterer neuer Lehrgang zum Thema „Sozialmanagement“ richtet sich an hauptamtliche Führungskräfte aus Vereinen, Diensten und Einrichtungen der Behindertenarbeit.

In einwöchigen Maßnahmen und Seminaren sollen Einführungen bzw. Vertiefungen zu bestimmten Themen vermittelt werden. Themen u. a.:

Bewegung und Musik als Erziehungshilfe für das geistig behinderte Kind.

Zielgruppe ist u. a. das betreuende Fachpersonal. Diese Veranstaltungen sind kostenpflichtig.

Durch Informationsveranstaltungen und durch intensiven Erfahrungsaustausch will die Bundesvereinigung Lebenshilfe auch die Kompetenz von Eltern und Angehörigen von geistig behinderten Menschen erweitern.

**BUNDES-
VEREINIGUNG
LEBENSILF
FÜR GEISTIG
BEHINDERTE
e.V.**

Medienangebote

*Service-
leistungen*

**BUNDES-
VEREINIGUNG
LEBENSILFE
FÜR GEISTIG
BEHINDERTE
e.V.**

**Service-
leistungen**

Verstärkt konnten in den letzten Jahren Eltern und Angehörige geistig behinderter Menschen als Teilnehmer/-innen gewonnen und berücksichtigt werden.

Einen neuen Schwerpunkt im Angebot der Bundesvereinigung Lebenshilfe bilden die Veranstaltungen zum Thema „Erwachsenenbildung für geistig behinderte Menschen“ und „Selbstbestimmt Leben“. Die Bundesvereinigung trägt mit diesen Angeboten dem Recht geistig behinderter Menschen auf lebenslanges Lernen und auf mehr Selbstbestimmung Rechnung.

Außerdem werden zu unterschiedlichen Themen und für verschiedene Zielgruppen Seminare, Fachtagungen, Workshops, Marburger Gesprächstage und Treffen angeboten.

Im folgenden werden einige neue Angebote beispielhaft genannt:

- Methoden der Erwachsenenbildung (Seminar), Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in gemeindenahen Wohnrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung (Fachtagung),

- Die Welt, in der wir leben (Bildungsurlaub für geistig behinderte Menschen) sowie
- Ehrenamtliche in der Lebenshilfe (Marburger Gesprächstage).

Fachbibliothek

In der Fachbibliothek der Bundesvereinigung Lebenshilfe findet man 8.000 Bücher zur geistigen Behinderung, ca. 125 deutschsprachige und 25 ausländische Zeitschriften. Außerdem sind Examens- und Diplomarbeiten über das Thema vorhanden. In dieser Fachbibliothek kann Literatur zum Themenkomplex geistiger Behinderung eingesehen werden. Auswärtige Benutzer können die gewünschte Literatur auch schriftlich bei der Lebenshilfe-Bibliothek ausleihen.

Beachtung sollte noch die Referententätigkeit der Bundesvereinigung Lebenshilfe finden. Die Fachgebietsleiterinnen und -leiter können als Referenten für übergreifende konzeptionelle Themen über die Bundeszentrale angefragt werden.

Empfehlungen

Interessierte sollten sich in den Verteiler der Bundesvereinigung für das Verlagsprogramm aufnehmen lassen. Über diesen Verteiler erhalten sie Informationen über Neuerscheinungen (kostenlos).

Zu empfehlen ist der Bezug der Zeitschriften und der Dienste:

- Lebenshilfe-Zeitung (LHZ) (kostenpflichtig) (sechsmal jährlich),
- Geistige Behinderung (kostenpflichtig) (viermal jährlich),
- v. a. Fachdienst, Rechtsdienst und Pressedienst.

Weiterhin sollten der Filmdienst und die Ausleihmöglichkeiten der Fachbibliothek (Fernleihe) beachtet werden.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe rät allen Interessenten, das jährlich erscheinende Fort- und Weiterbildungsprogramm der Lebenshilfe anzufordern. Diese Broschüre enthält ausführliche Informationen zu den Veranstaltungen der Bundesvereinigung Lebenshilfe sowie eine Auflistung der Angebote der Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

BUNDESZAHNÄRZTE- KAMMER

– BZÄK –

**Arbeitsgemeinschaft
der Deutschen
Zahnärztekammern e. V.**

KASSENZAHNÄRZTLICHE BUNDESVEREINIGUNG

– KZBV –

**Körperschaft des
öffentlichen Rechts**

Adresse Universitätsstraße 71–73
50931 Köln

Telefon 02 21/4 00 10

Telefax 02 21/40 40 35

1. Bundeszahnärztekammer

Die Bundeszahnärztekammer versteht sich als Berufsvertretung der Zahnärzteschaft auf Bundesebene. Laut Satzung obliegt ihr die Wahrnehmung aller Aufgaben, die nicht von den Landes Zahnärztekammern wahrgenommen werden können. Das bezieht sich vor allem auch auf die internationale Zusammenarbeit mit europäischen und außereuropäischen Zahnärzteorganisationen, z. B. mit der Fédération Dentaire Internationale.

Zu den Arbeitsschwerpunkten der Bundeszahnärztekammer gehört die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Zahnarztes und des zahnärztlichen Hilfspersonals. Muster- und Rahmenverträge werden erarbeitet, weiterhin alle Fragen rund um die Praxisführung in betriebswirtschaftlicher, organisatorischer und arbeitsergonomischer Sicht. Die Bundeszahnärztekammer nimmt auch Stellung zu Anfragen seitens staatlicher Stellen zur Ausübung der Zahnheilkunde im allgemeinen Sinne (z. B. Stellungnahme zu bestimmten Behandlungsmethoden, zur Arzneimittelsicherheit u. v. m.). Hierbei bedient sie sich der Kompetenz wissenschaftlicher Fachgesellschaften unter dem Dach der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK). Sie kümmert sich zusammen mit den Länderzahnärztekammern um die Durchführung von Vorsorge-Programmen. Für die Durchführung der Gruppenprophylaxe schließt sie mit den Krankenkassenverbänden eine Rahmenempfehlung ab. Der Bundeszahnärztekammer obliegt auch die Wahrnehmung der zahnärztlichen Interessen im Zusammenhang mit der Amtlichen Gebührenordnung-Zahnärzte (GOZ).

Mitglieder in der Bundeszahnärztekammer können nur die Zahnärztekammern der Länder sein. Aus den Ländern werden Delegierte in die Bundesversammlung entsandt, dem höchsten Beschlußorgan. Sie tritt

Aufgaben und Ziele der Institution

– BZÄK –
– KZBV –

Aufgaben und Ziele der Institution

jährlich einmal zusammen. Die Bundesversammlung wählt für vier Jahre den Präsidenten und drei Vizepräsidenten, sie beschließt den Haushalt und nimmt Einfluß auf die Richtlinien zahnärztlicher Berufs- und Standespolitik. Der Präsident und die Vizepräsidenten repräsentieren die Bundeszahnärztekammer nach außen. Die Geschäfte werden verantwortlich vom Vorstand geleitet, dessen Mitglieder automatisch die Präsidenten der Länderzahnärztekammern sind. Der Vorstand wählt jeweils für ein Jahr den Vorstandsvorsitzenden und den Stellvertreter. Die Bundeszahnärztekammer ist ein eingetragener Verein.

2. Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung ist die genossenschaftliche Bundesvertretung aller Kassen- bzw. Vertragszahnärzte. Ihre Aufgaben und Zuständigkeiten richten sich nach gesetzlichen Bestimmungen gemäß dem Sozialgesetzbuch und dem Kassenzahnrecht. Sie nimmt diese Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung und subsidiarisch wahr.

Die wichtigste Aufgabe lautet: Sicherstellung der vertragszahnärztlichen Versorgung. Im Rahmen dieser Aufgabenwahrnehmung schließt sie verbindlich mit den Vertragspartnern, den Selbstverwaltungsorganen der Gesetzlichen Krankenversicherung, Verträge, Richtlinien und Ausführungsbestimmungen ab. Für Wahrnehmung von Aufgaben, für die die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen der Länder verantwortlich sind, kann die KZBV Muster- und Rahmenvereinbarungen/-empfehlungen/-verträge mit den Spitzenverbänden der Gesetzlichen Krankenversicherung abschließen. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen haben Verträge, Richtlinien etc., die die KZBV mit den Vertragspartnern auf der Krankenkassenseite abgeschlossen hat, für die Länderorganisationen bindenden, andere wiederum nur empfehlenden Charakter. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts unterliegt sie der Aufsicht des Bundesgesundheitsministeriums.

Oberstes Organ ist die Vertreterversammlung, deren Mitglieder in den Länder-KZVen durch Wahl festgestellt und in die Vertreterversammlung entsendet werden. Sie tagt im Regelfall einmal jährlich. Sie wählt den Vorstand, den Vorstandsvorsitzenden und den Stellvertreter, beschließt die Satzung der KZBV und insbesondere den Haushalt, beruft Ausschüsse, bestimmt über die Richtlinien vertragszahnärztlicher Berufs- und Standespolitik. Die Delegierten zur Vertreterversammlung, die Vorstandsmitglieder sowie die Vorstandsvorsitzenden werden für vier Jahre gewählt.

3. Informationsstelle der Deutschen Zahnärzte

Der Informationsstelle der Deutschen Zahnärzte obliegt die Durchführung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung. Die Serviceabteilung der Informationsstelle dokumentiert zahngesundheitliche Aufklärungsmaterialien aller Art, sie ist für die Verteilung der von BZÄK und KZBV herausgegebenen Aufklärungsschriften zuständig, sie verwaltet ein umfangreiches Dokumentationsarchiv und organisiert einen Verleihdienst.

4. Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ)

Das Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) ist eine gemeinsame Einrichtung von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung. Es erfüllt die Funktion, für die Berufspolitik der deutschen Zahnärzte praxisrelevante Forschung, Entwicklung und Beratung im Rahmen der Aufgabenbereiche seiner Trägerorganisationen zu betreiben. Dazu gehören:

- Durchführung von Studien im Bereich Oral-Epidemiologie,
- Durchführung von Image-Studien zum Zahnarzt-Beruf,
- Durchführung internationaler Systemvergleiche, Entwicklung von Prognosekonzepten,
- Durchführung von Einstellungsuntersuchungen zur Zahn- und Mundgesundheit bei der Bevölkerung,
- Durchführung arbeitswissenschaftlich-ergonomischer und arbeitssoziologischer Untersuchungen zur zahnärztlichen Berufsausübung,
- Durchführung von Nutzen-Kosten-Analysen im Bereich der zahnärztlichen Versorgung,
- Initiierung von Forschungsvorhaben zu sozialmedizinischen und präventivmedizinischen Problemstellungen in der Zahnmedizin,
- Durchführung dentalpsychologischer Projekte zu Fragen der Zahnarztangst, Inanspruchnahmemotivation zahnärztlicher Dienste und Krankheitsverarbeitung oraler Erkrankungen,
- Durchführung von Analysen und Projektionen zur Inanspruchnahme des zahnärztlichen Versorgungssystems,
- Durchführung betriebswirtschaftlicher und gesundheitsökonomischer Untersuchungen im Bereich der zahnärztlichen Versorgung,
- regelmäßige Untersuchungen zum Investitionsverhalten der Zahnärzte bei ihrer Niederlassung,
- Forschungen auf dem Gebiet der Qualitätssicherung, redaktionelle Betreuung des Materialhandbuchs der Bundeszahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung „Das Dental Vademekum“,
- Forschungsförderung auf dem Gebiet zahnärztlicher Materialien und Werkstoffe insbesondere unter den Aspekten Materialsicherheit und Kosten,
- Dienstleistungsaufgaben und Beratung für den niedergelassenen Zahnarzt in Bereichen wie Niederlassung, Investitionen, Praxis-EDV,
- Veranstaltung von Symposien und Konferenzen.

Medienangebote

Offizielles Verbandsorgan von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung sind die „Zahnärztlichen Mitteilungen“, die alle Zahnärzte erhalten.

Die Informationsstelle der Deutschen Zahnärzte informiert die Öffentlichkeit über alle Aspekte der zahnärztlichen Versorgung. Dazu werden an die Medien Presseinformationen gesundheitspolitischer und populärwissenschaftlicher Art herausgegeben, es werden Pressekonferenzen veranstaltet und Gesprächs-

partner für Redaktionen vermittelt. Die Informationsstelle gibt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Auskunft zu Fragen der zahnärztlichen Versorgung. Die Serviceabteilung der Informationsstelle stellt Interessenten Informationsmaterial, Dias, Filme und den Kariestunnel samt Zahnputzbrunnen und kompletter Messestandsausrüstung zur Verfügung. Die Medien sind zum Teil kostenlos, zum Teil gegen Kostenbeteiligung zu erhalten.

Zum Medienangebot der Serviceabteilung gehören im einzelnen.

- Merkblätter und Broschüren über zahngesundheitliche Aufklärung, Einsatz für ein Gespräch in der Praxis, für zahnmedizinisch interessierte Laien, für spezielle Multiplikatoren wie Lehrer oder Erzieher
- Merkblätter zur Zahngesundheit in verschiedenen Sprachen, die zur Aufklärungsarbeit in sozialen Problemgebieten mit hohem Ausländeranteil geeignet sind
- Übersicht über gebißgesundheitliches Informationsmaterial; Materialien verschiedener Anbieter mit Bezugsquellen und Preisangaben; der Inhalt ist vom „Arbeitskreis zahnmedizinische Information“ geprüft
- Dia-Reihen über spezielle Vortragsthemen zur Zahngesundheit (z. B. Kariesentstehung, Verhütung von Karies, Ernährung, Zahnpflege). Einsatz für den Vortrag in Kindergärten, Grundschulen oder für zahnmedizinisch interessierte Laien. Kostenlose Ausleihe für maximal zwei Monate. Übersicht auf Anfrage.
- Filme und Videos über zahnmedizinische Themen, zum Einsatz in Schulen, Kindergärten und im Rahmen der Gruppenprophylaxe. Kostenlose Ausleihe für maximal zwei Monate. Übersicht auf Anfrage.
- Kariestunnel, Zahnputzbrunnen und komplette Messestands-ausrüstung, ausleihbar auf Anfrage. Die Ausleihe für zahnärztliche Organisationen ist kostenlos, für andere Organisationen wird eine Gebühr erhoben. Die Kosten für den Auf- und Abbau sowie die Personalkosten der ausführenden Firma sind von Interessenten zu erfragen.
- Demonstrationsmaterialien (Gebiß-, Zahn- und Kiefermodelle) für Vorträge, Ausstellungen u. ä. können kostenlos ausgeliehen werden.
- Ein umfangreiches Dokumentationsarchiv zu zahnmedizinischen und standespolitischen Themen ist vorhanden. Nach Anfrage werden Materialien themenspezifisch zusammengestellt und kostenlos zugeschickt.

Das *Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ)* gibt eine Reihe von Publikationen heraus, u. a.:

- Unregelmäßig erscheinende IDZ-Informationen und Kurzberichte zu aktuellen Forschungsprojekten. Der Bezug ist kostenlos.
- IDZ-Schriften und -Studien in der Materialien- und Broschürenreihe des IDZ beim Deutschen Ärzte-Verlag, Köln, sowie Sonderbände können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Einige dieser Publikationen sind kostenlos.

- BZÄK -
- KZBV -

Medienangebote

Empfehlung der *Informationsstelle der Deutschen Zahnärzte*: Grundsätzlich stehen alle Materialien allen Interessenten zur Verfügung. Interessenten sollten sich schriftlich oder telefonisch mit der Informationsstelle in Verbindung setzen, um nähere Auskünfte zu erfragen. In den Verteiler für Presseinformationen können nur Redaktionen bzw. Journalisten aufgenommen werden.

Empfehlung des *Instituts der Deutschen Zahnärzte*: Interessenten sollten sich mit dem Institut schriftlich oder telefonisch in Verbindung setzen, um nähere Auskünfte über die wissenschaftlichen Publikationen zu erfragen. Ggf. ist eine Aufnahme in den IDZ-Verteiler möglich. Ein ausführliches Publikationsverzeichnis kann angefordert werden.

Empfehlungen

BUNDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITLICHE AUFKLÄRUNG

– BZgA –

Adresse Postfach 910152
51071 Köln

Telefon 02 21/89 92-0

Telefax 02 21/8 99 23 00

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Köln besteht seit 1967 und ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit. Ihr Auftrag ist, durch Aufklärung die Gesundheit der Menschen zu erhalten und zu fördern. Die Arbeit der BZgA wird aus dem Bundeshaushalt finanziert.

Leitlinie der BZgA ist es, dem Bürger zu helfen, Verantwortung für seine eigene Gesundheit zu übernehmen (Hilfe zur Selbsthilfe). Hierzu gehören:

- Information über gesundheitsgefährdende und -förderliche Faktoren,
 - Offenlegung von Ursachen und Motiven für gesundheitsriskantes Verhalten,
 - konkrete Hilfen zum Abbau gesundheitsriskanten Verhaltens.
- Neben diesen primärpräventiven Aufgabenstellungen werden auch
- Hilfen zur Krankheitsbewältigung gegeben.

Bei ihrer Arbeit wendet sich die BZgA vor allem an die Familie, an Heranwachsende und an Menschen mit besonderen gesundheitlichen Belastungen und Beeinträchtigungen.

Vermittlungsstrategien der BZgA sind massenmediale und personalkommunikative (Gespräche/Veranstaltungen) Maßnahmen.

Da die BZgA als zentrale Einrichtung auf Bundesebene nur begrenzt eigene personalkommunikative Maßnahmen durchführen kann, arbeitet sie eng mit Multiplikatoren in verschiedenen Bereichen zusammen, die sie mit Medien, Fortbildung und Beratung unterstützt.

Wichtige Kooperationspartner sind für die BZgA die Bundesländer, Ärzte und Gesundheitsämter, Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen, Krankenkassen und viele andere Institutionen des In- und Auslandes, die in der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung tätig sind. Diese Zusammenarbeit dient gleichzeitig der ständigen Weiterentwicklung von Maßnahmen der BZgA.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BZgA -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die BZgA setzt entsprechend neuen Entwicklungen und Anforderungen besondere Arbeitsschwerpunkte und bearbeitet gleichzeitig eine Reihe von Standardthemen. Zu den ständigen Themen der BZgA gehören:

- Suchtprävention,
- Gesundheit des Kindes (Schwangerschaft, gesunde Entwicklung des Kindes, Früherkennung von Gesundheitsstörungen, Erziehungsfragen),
- Prävention bei epidemiologisch bedeutenden Zivilisationskrankheiten, insbesondere Herz-Kreislauf-erkrankungen und Krebs,
- Verhütung ernährungsbedingter Erkrankungen, Ernährungsaufklärung und ernährungsbezogener Verbraucherschutz, Schulische Gesundheitserziehung

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte der BZgA sind:

- Die Aufklärung über AIDS, Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung gemäß dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz vom 27.7.1992, die Suchtprävention im Rahmen des nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes

Hier werden neben massenmedialen auch personal-kommunikative Maßnahmen durchgeführt: z. B. „Gesprächsinitiative AIDS“ (örtliche Aufklärungswochen), erlebnispädagogische Maßnahmen mit Kindern und Jugendlichen zur Suchtprävention, bundesweite Telefonberatung zur AIDS- und Suchtprophylaxe

- Die Unterstützung der Gesundheitserziehung/-förderung in den neuen Bundesländern.

Zur Organisation:

Die BZgA besteht aus 4 Fachabteilungen und einer Verwaltungsabteilung.

Die Fachabteilungen untergliedern sich jeweils in mehrere Fachreferate, wobei es Fachreferate mit themenbezogenen (s. oben), medienbezogenen (audiovisuelle Medien, Ausstellungen/Werkstatt) und mit Querschnittsfunktionen (Aufgabenplanung, Zusammenarbeit mit Ländern und Verbänden, Auslandsbeziehungen, Fort- und Weiterbildung, wissenschaftliche Untersuchungen/Erfolgskontrolle) gibt

Medienangebote

Die BZgA hat ein sehr umfangreiches Medienangebot, das ständig aktualisiert und erweitert wird und deshalb hier nur generell beschrieben werden kann (Informationsmöglichkeiten über das aktuelle Medienangebot siehe unter „Empfehlungen“).

Die Medien der BZgA werden fast ausschließlich kostenlos abgegeben (auf Ausnahmen wird im folgenden besonders hingewiesen).

Medien für Endadressaten:

Hier liegt der Schwerpunkt des Medienangebotes der BZgA.

Die BZgA bietet zu den oben genannten Themenbereichen eine breite Palette von Medien aller Art an.

Hauptträger der massenmedialen Kommunikationsarbeit der BZgA sind Broschüren und Falblätter in großer Auflage sowie TV-Spots und Anzeigen

Die massenmedialen Angebote erfüllen dabei in erster Linie Informationszwecke und unterstützen Multiplikatoren vor Ort bei ihren Maßnahmen, insbesondere bei Gesprächen und Veranstaltungen, besonders in Verbindung mit anderen Medien wie Ausstellungen, Spiele, Begleitmaterialien (Medienpakete).

Die BZgA bietet eine Vielzahl von Printmedien, meist in Broschürenform an, die in der Regel über Multiplikatoren an die Zielgruppen weitergegeben werden (und als Grundlage z. B. von Beratungsgesprächen dienen). Es werden auch Plakatserien und Aufkleber zur Vorbereitung und Ergänzung von Aktionen angeboten.

Die BZgA hat eine Vielzahl von Filmen zu einer breiten Palette gesundheitserzieherischer/-förderlicher Themen entwickelt. Diese Filme (meist als Video erhältlich) können kostenlos bei Landesbildstellen, Landesfilmdiensten, den konfessionellen Medienzentralen

und dem Deutschen Filmzentrum ausgeliehen werden. Zu jedem Film ist eine ausführliche Beschreibung erhältlich.

Die BZgA bietet ausleihbare größere und kleinere Ausstellungen zu einzelnen Themen der Gesundheitserziehung an

Anfragen bitte an das Ausstellungsreferat der BZgA.

Medien für Multiplikatoren:

Der „Info-Dienst“ erscheint 4mal im Jahr und dient dem Erfahrungs- und Informationsaustausch von in der Gesundheitsförderung Tätigen. Er enthält Mitteilungen, Veranstaltungshinweise und Kurzbeschreibungen von Materialien aus dem Leserkreis, die angefordert werden können. Bestellungen bitte an das Lehrgangreferat der BZgA

Berichte über abgeschlossene Studien und Untersuchungen, die als Grundlagenwissen für die Planung gesundheitsförderlicher Maßnahmen wichtig sind. Anfragen zu Studien und Untersuchungen, die in der Regel ausgeliehen werden, bitte an Ref. 2-25. Materialien, die Hintergrundinformationen, Strategien, Konzepte und Methoden in der Gesundheitsförderung enthalten (sowohl themenbezogen wie themenübergreifend).

Orientierungshilfen, um sich im Institutionen- und Angebotsbereich zurechtzufinden (z. B. „Gesundheitswegweiser“ zu überregional tätigen Einrichtungen (Schutzgebühr), Fort- und Weiterbildungsangebote in der Gesundheitserziehung)

- Unterrichtsmaterialien, die Sachinformationen und Unterrichtsvorschläge einschl. Medien für Lehrer/innen und Schüler/innen der unterschiedlichen Schulstufen enthalten (pro Schule werden fünf Exemplare jeweils kostenlos abgegeben, ansonsten kostenpflichtig)

- Die BZgA hat Kursprogramme entwickelt, die von Einrichtungen der Erwachsenenbildung, von Krankenkassen und von anderen Stellen durchgeführt werden:

1. Eine Chance für Raucher – Nichtrauchen in 10 Wochen,
2. Abnehmen – Aber mit Vernunft,
3. Trainingsprogramm für Kinder im Alter von 5–9 Jahren und deren Eltern mit dem Ziel, erziehungsbedingte Ernährungsfehler zu verhindern oder abzubauen (ab Herbst 1994),
4. Gruppentrainingsprogramm: „Gelassen und sicher im Streß“.

Zu diesen Kursprogrammen werden Kursleiterschulungen (bei Nr. 4 nur für Psychologen) angeboten (zum Teil kostenpflichtig).

Nähere Auskünfte sind

- für 1. + 2. beim Institut für Therapieforschung (IFT),
Parzivalstraße 25, 80804 München,
Tel. 0 89/36 08 04-0,
zur Ausbildung der Kursleiter und
zum Bezug der Materialien,

- für 3. beim Referat Ernährung und Verbraucherschutz,
für 4. bei der Deutschen Psychologen-Akademie
im Berufsverband Deutscher Psychologen,
Heilsbachstraße 22, 53123 Bonn,

erhältlich.

- Der internationale Fortbildungslehrgang zur Gesundheitsförderung (Gesamtdauer 7 Wochen) richtet sich an Schlüsselpersonen (mit guten Deutschkenntnissen) der Planungs- und Entscheidungsebene im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen der europäischen Länder (sehr beschränkte Teilnehmerzahl). Der Lehrgang wird vom Zentrum für Angewandte Gesundheitswissenschaften der Fachhochschule Nordostniedersachsen und der Universität Lüneburg sowie der BZgA in Zusammenarbeit mit dem Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation durchgeführt. Auskünfte sind beim Lehrgangsreferat der BZgA erhältlich.

Die BZgA führt dem aktuellen Bedarf entsprechend weitere Fortbildungsveranstaltungen durch. Sofern hierzu nicht gezielt eingeladen wird, werden die Veranstaltungen im „Info-Dienst“ angekündigt.

-BZgA -

Serviceleistungen

Gesundheitserzieherisch Tätigen wird empfohlen, sich über die aktuellen Angebote der BZgA auf dem laufenden zu halten, indem sie die monatlich aktualisierte Bestellliste lieferbarer Printmedien und den „Info-Dienst“ (kostenlos) anfordern.

Neben diesen laufend aktualisierten Informationsmedien gibt es spezielle Verzeichnisse, die in größeren Abständen erscheinen, dafür aber ausführlichere Informationen bieten (spezielle Medien-Gesamtübersichten zur AIDS-Aufklärung, Suchtprävention, Ernährung, Schriftenreihe „Gesundheit und Schule“, zu Filmen, abgeschlossenen Studien und Untersuchungen).

Empfehlungen

DACHVERBAND PSYCHOSOZIALER HILFS- VEREINIGUNGEN e.V.

BUNDESVERBAND DER ANGEHÖRIGEN PSYCHISCH KRANKER e.V.

Adresse	Thomas-Mann-Straße 49a 53111 Bonn
Ansprechpartner	Frau Titze (Geschäftsführerin Dachverband)
Telefon	02 28/63 26 46

Der Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen wurde 1976 als gemeinnütziger Verein gegründet. Er ist ein Zusammenschluß von psychiatrischen Hilfsvereinen sowie von Initiativen, Gruppen und Arbeitsgemeinschaften von Bürgern, Laienhelfern, Fachleuten und Betroffenen zum Zweck der gegenseitigen Förderung und Hilfestellung, des Informationsaustausches (z. B. durch Tagungen) und der bundesweiten Repräsentation dieses Bereiches ehrenamtlicher, psychiatrischer Arbeit.

Derzeit sind im Dachverband etwa 200 Vereinigungen organisiert, die insgesamt 17.000 Personen umfassen. Einzelne Personen können nicht Mitglieder werden.

Die im Dachverband organisierten Vereinigungen sind auf folgenden Gebieten tätig:

- Hilfe für seelisch Kranke in der Gemeinde durch Initiativen engagierter Mitbürger, durch die Clubs, Treffpunkte und Freizeitangebote für Betroffene entstanden sind und die auch sonstige Hilfestellungen geben.
- Laienhilfe für Langzeitkranke durch Besuchsdienste und Beistand nach Entlassungen.
- Trägerschaft für Wohn-, Beschäftigungs- und Beratungsangebote für psychisch Kranke.

Der Dachverband selbst tritt ein für:

- die Beteiligung der Bürger an der Planung, Entwicklung und Verwirklichung psychiatrischer Angebote,
- eine gemeindenahe, psychiatrische Versorgung, die psychisch Kranke nicht in abgelegenen Kliniken isoliert, sondern schrittweise in ein normales, soziales Umfeld integriert,
- die rechtliche Gleichstellung seelisch Erkrankter und körperlich Behinderter.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DACHVERBAND
PSYCHOSOZIALER
HILFSVEREINIGUNGEN e.V.**

**BUNDES-
VERBAND DER
ANGEHÖRIGEN
PSYCHISCH
KRANKER e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Tätigkeiten des Verbandes in diesem Rahmen umfassen:

Information, Beratung und Fortbildung für Laien Helfer und Initiativen
Anregung von Vereinsgründungen
Information und Beratung von (ehemaligen) Psychiatrie-Erfahrenen
Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen auf örtlicher und Landesebene sowie bei der Gründung eines eigenständigen Verbandes Psychiatrie-Erfahrener
Koordination und Unterstützung von Initiativen
Einflußnahme auf die einschlägige Gesetzgebung

Der Verband finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Einzelne Projekte werden durch das Bundesministerium für Gesundheit oder durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gefördert.

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker wurde 1985 ebenfalls als gemeinnütziger Verein gegründet. Er soll zum Zusammenschluß der Familien mit psychisch kranken Angehörigen führen, zwecks gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Interessenvertretung, was die eigene Lage und die der kranken Familienmitglieder angeht. Im Bundesverband sind derzeit rund 550 lokale Selbsthilfegruppen betroffener Familien organisiert.

Der Bundesverband verfolgt als Ziele:

Stärkung der Selbsthilfe der Angehörigen
Zusammenschluß der Angehörigen in lokalen Selbsthilfegruppen
Abbau der Diskriminierung psychisch Kranker sowie rechtliche Gleichstellung mit anderen Kranken

Medienangebote

Der Dachverband und der Bundesverband der Angehörigen geben gemeinsam als Periodikum die „Psychosoziale Umschau“ heraus, die viermal im Jahr erscheint und auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann (derzeit für 36 DM pro Jahr). Das Abonnement der Zeitschrift wird vom Dachverband anstelle eines Verteilers angeboten. Hier sind Informationen über die aktuellen Aktivitäten der beiden Verbände sowie über die regionale Tätigkeit der Hilfsvereine zu finden. Weiterhin wird allgemein über die Entwicklung der psychiatrischen Versorgung und über sozialpolitische und rechtliche Fragen, die für psychisch Kranke relevant sind, berichtet.

Die Medienangebote des Dachverbandes dienen einerseits der Aufklärung der Öffentlichkeit, um zur Bürgerhilfe anzuregen, zum anderen geht es um die Information und Schulung von Laienhelfern, und drittens werden Materialien erstellt, die sich eingehender mit speziellen Problemen der psychiatrischen Versorgung befassen, wie es z. B. für Trägervereine notwendig ist. Themen in dieser Gruppe wären beispielsweise der Aufbau von Laienhilfe, die Struktur von zu schaffenden Hilfsvereinen zur Betreuung von Langzeitkranken, betreutes Wohnen als Alternative zur Klinik etc.

Die Medien sind zum Teil kostenlos, zum Teil gegen eine Gebühr erhältlich. Eine Medienliste samt Kosten-

angaben ist den Ausgaben der „Psychosozialen Umschau“ jeweils beigelegt.

Der Angehörigenverband ist aus dem Dachverband der Hilfsvereinigungen hervorgegangen. Die beiden Verbände haben eine gemeinsame Geschäftsstelle, führen gemeinsame Tagungen durch und arbeiten in vielen Bereichen eng zusammen. Die im folgenden geschil- derten Angebote im Bereich der Medien und der Serviceleistungen stammen in der Regel vom Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen oder sind in jedem Falle über die gleichen Ansprechpartner zu erfragen.

Die erste große Tagung für (ehemalige) Psychiatriepatienten wurde 1991 vom „Arbeitskreis Betroffene“ im Dachverband durchgeführt. Hier entstand auch der Gedanke, einen eigenen Bundesverband zu gründen und damit ein Forum zur Vertretung der eigenen Interessen zu schaffen. Im Oktober 1992 erfolgte dann bei einer Tagung mit über 200 (ehemaligen) Patienten die Gründung des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener (Adresse: c/o Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen, Thomas-Mann-Str 49 a, 53111 Bonn). Dieser Zusammenschluß ist in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. In der rund 170jährigen Geschichte der Psychiatrie ist damit erstmals ein bundesweiter Verband gegründet worden, in dem (ehemals) psychisch erkrankte Menschen für ihre Belange selbst eintreten. Zu den wichtigsten Aufgaben dieses Verbandes gehört neben der Förderung der Selbsthilfe vor allem auch das Eintreten für die Wahrung der Grundrechte der Betroffenen sowie die partnerschaftliche Einbeziehung der psychisch Erkrankten bei ihrer Behandlung, Rehabilitation und Begleitung.

angaben ist den Ausgaben der „Psychosozialen Umschau“ jeweils beigelegt.

Unter den für ein weiteres Publikum bestimmten Medien seien hier die Faltposter „Bürger als Partner seelisch Kranker“ und „Rat und Hilfe für Angehörige...“ beispielhaft erwähnt. Eingehendere Informationen für Interessierte und Betroffene bieten Broschüren wie z. B. „Partner sein“, DV-Leitfaden zur Laienhilfe und „Familien helfen sich selber“, DV-Leitfaden zur Angehörigenarbeit.

Der Dachverband verfügt über eine Plakatserie von 10 Plakaten (Format 42 x 60 cm) mit Titeln wie „Ich weiß keinen Ausweg mehr“, „Ich möchte für andere Menschen da sein“, „Das Alleinsein macht mich krank“. Die Plakate sind mit kurzen Erläuterungstexten versehen und werben um Bürgerhilfe für psychisch Kranke. Sie sind kostenlos erhältlich.

Der Dachverband ist in der Lage, eine Reihe von Video- filmen zur Verfügung zu stellen, die zum Teil Laienhilfe zeigen, über Probleme und Nöte der Angehörigen informieren, zum Teil Aufzeichnungen von Fernsehsendungen sind, die sich mit Mängeln der psychiatrischen Versorgung auseinandersetzen.

Der Dachverband berät und unterstützt alle, die Vereine für ehrenamtliche Hilfe für psychisch Kranke initiieren bzw. weiterentwickeln wollen. Er ist in der Lage, Auskunft über örtlich bereits vorhandene Initiativen zu geben und gegebenenfalls Kooperationsmöglichkeiten zu vermitteln. Das gleiche gilt im Bereich der Angehörigeninitiativen für den Bundesverband der Angehörigen sowie für Selbsthilfegruppen für Psychiatrie-Erfahrene

Der DV ist bereit, gegen Erstattung der Reisekosten für die seinen Aufgabenbereich direkt betreffenden Themen Referenten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus können Fachleute für nahezu alle Fragestellungen der außerklinischen Psychiatrie benannt und bei Bedarf vermittelt werden.

Die beiden Verbände veranstalten mehrere regelmäßige Tagungen, die auch für Außenstehende zugänglich sind. Dabei handelt es sich um das Angehörigentreffen, Tagungen zur Entwicklung der Laienhilfe sowie um Tagungen zu inhaltlichen Fragen der Hilfsvereine. Zweck dieser Tagungen ist es auch, den Dialog mit den professionell im Bereich der Psychiatrie Tätigen zu fördern.

Im Fortbildungsbereich werden zweitägige gebührenpflichtige Klausuren zur Entwicklung von Selbsthilfe von Angehörigen psychisch Kranker veranstaltet. Ähnliche Angebote soll es demnächst auch für den Aufbau von Laienhilfe geben.

Über das geschilderte hauseigene Medienangebot hinaus ist der DV aufgrund seines guten Überblicks bereit, auch Empfehlungen für externe Medienmaterialien zu geben, insbesondere solche, die die Lösung praktischer Probleme psychisch Kranker außerhalb der Klinik betreffen, was Tagesstrukturierung, Arbeitsmöglichkeiten, Wohnen und Freizeitgestaltung angeht.

**DACHVERBAND
PSYCHOSOZIALER
HILFSVEREINIGUNGEN e.V.**

**BUNDES-
VERBAND DER
ANGEHÖRIGEN
PSYCHISCH
KRANKER e.V.**

*Service-
leistungen*

Medienangebote

Interessant für alle, die ein Laienpublikum ansprechen wollen, ist das kostenlose Plakatangebot des Dachverbandes zur Bürgerhilfe in der Psychiatrie sowie das Angebot an Videofilmen.

Zur Basisinformation von Laienhelfern kann exemplarisch die Broschüre „Partner sein“ empfohlen werden.

Als beispielhaft für eine aufklärende Information für Angehörige psychisch Kranker kann weiterhin die Broschüre „Familien helfen sich selbst“ angesprochen werden.

Serviceleistungen

Bei einer geplanten Initiierung von Hilfsvereinen sollte auf alle Fälle die Unterstützung des Dachverbandes in Anspruch genommen werden.

Für in der Psychiatrie Tätige, die ihre Arbeit mit Hilfsvereinen, Bürger- und Selbsthilfe vernetzen wollen, sind die Tagungen der beiden Verbände wichtig, u. a. die diesem Dialog dienen.

Empfehlungen

DAS SCHUHINSTITUT GmbH

– DSI –

Adresse Waldstraße 45
63065 Offenbach

Telefon 0 69/82 97 42-0

Telefax 0 69/81 02 58

Das Schuhinstitut (DSI) – 1956 als Deutsches Schuhinstitut gegründet – betreibt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Schuhbranche in Deutschland. Teil dieser Arbeit sind die Themen „Gesundheit und Schuh“ sowie „Umwelt und Schuh“ für Kinder wie für Erwachsene

Träger des DSI sind der Hauptverband der Deutschen Schuhindustrie e. V. (HDS) und der Zentralverband gewerblicher Verbundgruppen e. V. (ZGV). Ideell wird das DSI unterstützt vom Bundesverband des Deutschen Schuheinzelhandels e. V. (BSE), von der Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter- und Handelsmaklervereinigungen e. V. (CDH) und vom Verband der Deutschen Lederindustrie e. V. (VDL).

Da der Fuß als „den Menschen tragender Körperteil“ sehr starker Beanspruchung ausgesetzt ist, sind Schuhe immer schon mehr als nur modisches Accessoire. Vor allem beim Heranwachsen im Kindesalter sind nicht passende Schuhe eine Hauptursache für erworbene Fußschäden. Aus dieser Einsicht wurde nach langjährigen Forschungen (vor allem Prof. Dr. med. Erne Maler) Mitte der 60er Jahre ein System für passende Kinderschuhe (aka 64) unter Mitwirkung von Ärzten erarbeitet, das vom DSI der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Erfahrungen in der Praxis führten 1974 unter dem Namen WMS (von weit, mittel, schmal, den drei Weiten der WMS-Kinderschuhe) zu einer grundlegenden Erneuerung. *WMS ist eine Norm, kein Firmenlogo.* Neben der Öffentlichkeitsarbeit wurde jetzt das DSI auch mit koordinierenden Aufgaben betraut (z. B. neutrale Durchführung anerkannter WMS-Seminare für Verkaufskräfte). Basis des WMS-Systems sind in den WMS-Richtlinien festgelegte Normwerte für die Herstellung von Leisten und Kinderschuhen. Diese Normwerte berücksichtigen die Ergebnisse der medizinischen Forschung. Ebenfalls festgelegt sind die Werte der Meßskala des WMS-Fußmeßgeräts.

Die Idee von WMS gründet auf der Erfahrung, daß Kinder nicht selbst die Paßform der Schuhe beurteilen können und so unwissentlich unzuverlässige Antworten geben. Das WMS-System umfaßt daher ein WMS-Fußmeßgerät, mit dem die Schuhdaten erhoben werden, genormte WMS-Kinderschuhe aus normaler Serienproduktion, auf die die Daten verläßlich, ohne Beeinträchtigung durch verschiedene Hersteller übertragen werden können, und eine einheitliche Beratung und Anwendung durch geschulte Beratungs-/Verkaufskräfte.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DSI -

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit des DSI ist es, Eltern zu veranlassen, aus Sicht der praktischen Gesundheitsvorsorge die richtigen Schuhe zu kaufen.

Medienangebote

Das DSI hält zum Thema „Schuhe und Fußgesundheit“ Sonderdrucke von med. Fachartikeln bereit (speziell „Fußgesundheitsvorsorge bei Kindern“). Zur Weitergabe an Eltern und Erzieher können in größerer Anzahl auch kostenlos Merkblätter zum Thema „Gesundheitsvorsorge durch passende Kinderschuhe“ abgerufen werden.

Serviceleistungen

In der Beratung für Eltern stellt sich immer auch die praktische Frage: Wo gibt es die gesuchten passenden Kinderschuhe nach der WMS-Norm? Als Empfehlungsgrundlage führt das DSI dazu ein Register der WMS-Schuhfachgeschäfte. Darin sind Geschäfte erfaßt, die sich verpflichtet haben, ungefragt die Kinderfüße zu messen, eine Fachberatung anzubieten und ausreichend WMS-Kinderschuhe in drei Weiten zu führen.

Das DSI führt darüber hinaus auch eine Liste von Spezialgeschäften für Über- und Untergrößen. Damit kann allen Verbrauchern geholfen werden, die zu kleine oder zu große Schuhe benötigen, gemessen am Standard-Größensortiment der Schuhfachgeschäfte.

Empfehlungen

Bei speziellen Anfragen zum Thema „Schuh + Gesundheit (auch Umwelt)“ vermitteln wir wissenschaftliche Beratung durch kompetente Fachleute.

DEUTSCHE AIDS-HILFE e.V.

– D.A.H. –

Adresse Postfach 610149
10921 Berlin
Dieffenbachstraße 33
10967 Berlin

Telefon 0 30/69 00 87-0

Telefax 0 30/69 00 87-42

Die Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (D.A.H.) wurde formal im September 1983 in Berlin gegründet und ist seit Dezember 1985 satzungsgemäß der Bundesverband der regionalen AIDS-Hilfe-Organisationen.

Laut Satzung fördert der Verein „die öffentliche Gesundheitspflege, indem er selbst Aufklärung, Beratung und Forschung über das Syndrom der Erworbenen Immunschwäche (Acquired Immuno Deficiency Syndrome - AIDS) betreibt oder andere Personen oder Institutionen oder staatliche Stellen durch Beratung, Mitarbeit oder Zuwendungen bei ihrer auf den gleichen Zweck gerichteten Tätigkeit unterstützt oder Personen, die nach dem jeweiligen Stand der Forschung zumindest im Verdacht stehen, an AIDS erkrankt zu sein, bei der Bewältigung der hieraus resultierenden Probleme notfalls auch materiell unterstützt. Er wirkt auf eine vorurteilslose Darstellung der Problematik in der Öffentlichkeit und auf eine Verbesserung der Lage der Betroffenen und ihrer Akzeptanz durch die Gesellschaft hin.

Die Umsetzung der Vereinsaufgaben durch die Bundesgeschäftsstelle der D.A.H. erfolgt durch

- Planung und Durchführung von bundesweiten Aufklärungskampagnen, um zielgruppenspezifisch auf Verhaltensmöglichkeiten hinzuweisen, die die Infektionsgefahr verringern;
- Förderung und Entwicklung präventiv wirksamer Infrastrukturen für Menschen aus den Hauptbetroffenengruppen zur Umsetzung des Handlungskonzeptes von Safer Sex und Safer Use und zur Absicherung der gesundheitlich-sozialen Versorgung;
- Entwicklung, Herstellung und Verteilung zielgruppenspezifischer Informationsmaterialien;
- Aus- und Weiterbildung für ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter/innen der regionalen AIDS-Hilfen zur Intensivierung und Qualifizierung der Beratungs- und Betreuungsarbeit;
- gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau unbegründeter Ängste in der Bevölkerung und zur Förderung eines vorurteilsfreien Umgangs mit den Menschen aus den Hauptbetroffenengruppen;
- Arbeit als Verbandsorgan und Sprachrohr der örtlichen AIDS-Hilfen, um finanzielle Unterstützung sowie politische und fachliche Hilfe durch Institutionen zu erwirken;
- politische Interessenvertretung auf Bundesebene;
- Auf- und Ausbau von Kontakten zu internationalen Gesundheitsorganisationen, zu Verbänden, For-

Aufgaben und Ziele der Institution

– D.A.H. –

Aufgaben und Ziele der Institution

schungseinrichtungen und medizinischen Fachleuten im In- und Ausland.
Auf- und Ausbau von Selbsthilfestrukturen im Bereich der Hauptbetroffengruppen.

Die D.A.H. hat 130 ordentliche Mitglieder (12/93), es sind regionale AIDS-Hilfen, z. T. in Landesverbänden organisiert, und etwa 400 Organisationen und Einzelpersonen als fördernde Mitglieder. Die Vereinsorgane sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und der Beirat. Die Mitgliederversammlung wählt u. a. den Vorstand oder beruft ihn ab und entlastet ihn, genehmigt den Haushaltsplan und beschließt Satzungsänderungen. Der Vorstand besteht aus mindestens drei, höchstens sieben Personen, die nicht zum Verein in einem Anstellungsverhältnis stehen; er wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig (sofern die Satzung es nicht anders festlegt) und kann zur Führung der Geschäfte bis zu drei Geschäftsführer/innen bestellen. Der Beirat besteht aus mindestens 16 Regionalvertretern und dem Vorstand. Er ist zuständig u. a. für die Vergabe von Forschungsaufträgen, Erstellung von Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins und von Arbeitsprogrammen. Die Bundesgeschäftsstelle hat 38,5 Planstellen (1993) mit über 40 Mitarbeiter/innen, wobei nach Möglichkeit HIV-positive Menschen beschäftigt werden.

Die Arbeit der D.A.H. wird aus privaten Mitteln wie Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie aus Bundesmitteln über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung finanziert.

Medienangebote

Mit ihrem Medienangebot wendet sich die D.A.H. in erster Linie an besonders betroffene Menschen wie homosexuelle Männer, i.v. Drogengebraucher/innen, Prostituierte, Stricher und in Haft Befindliche, aber auch an Schlüsselpersonen wie Lehrer/innen, Erzieher/innen und Mitarbeiter/innen im Gesundheitswesen und schließlich an die allgemeine Öffentlichkeit und natürlich auch an die Mitglieder.

- Für Mitglieder der D.A.H. (kostenlos) und Interessierte (Abonnement) erscheint als Periodikum zweimonatlich die Zeitschrift „Deutsche AIDS-Hilfe Aktuell“. Neben einem Schwerpunktthema wie z. B. „Neue Vielfalt - AIDS-Hilfen in der DDR“ enthält die Zeitschrift u. a. aktuelle Berichte zur Vereinsarbeit sowie zu nationalen und internationalen Ereignissen im Zusammenhang mit HIV und AIDS, Beiträge zur Arbeit und Situation der regionalen AIDS-Hilfen und über Veranstaltungen sowie Berichte von Betroffenen
- Die Reihe „AIDS-FORUM D.A.H.“ erscheint viermal jährlich und soll „die wissenschaftlich-praktischen Erfahrungen und Standpunkte, die in der AIDS-Hilfebewegung vorhanden sind, themenspezifisch bündeln sowie fachliche Kontroversen und Kritik aufgreifen, um die Selbstverständnis-Diskussionen zu vertiefen und um einen institutionsübergreifenden Diskurs zu ermöglichen“. Es wurden u. a. folgende Themen behandelt: „Die Zugänglichkeit zu sterilem Spritzbesteck Modelle der HIV-Prävention bei i.v. Drogengebrauch im internationalen Vergleich“; „AIDS und Schwule Individuelle Strategien und kollektive Bewältigung“, ein Bericht über eine Befragung; „Mann-männliche Liebe in den Zeiten von AIDS Eine Untersuchung zum Sexualverhalten norwegischer homosexueller Männer“; „Therapie, Forschung, Prophylaxe Medizinische Aspekte bei HIV-Infektion und AIDS“. Außerdem erschienen in dieser Reihe Sonderbände wie z. B. „Positiv in den Herbst - Keine Rechenschaft für Leidenschaft“, ein Bericht über die 1. Bundesweite Positivenversammlung im Sept. 1990, und „Montreal Wien - New York“, Berichte zu internationalen AIDS-Kongressen 1989.
- Die Faltblatt-Serie „AIDS-INFO“ (kostenlos) wendet sich mit Themen wie „Heutiger Wissensstand“, „Vorbeugen - Safer-Sex“ oder „Fragen zum Test“ an die

allgemeine Öffentlichkeit und mit Übersetzungen in elf Sprachen an ausländische Mitbürger/innen; dann an Prostituierte mit „AIDS-INFO für Frauen, die anschaffen gehen“ und „Mann schafft an“; an Menschen in Haft mit „AIDS-INFO für Frauen in Haft“, „Grenzkpunkte“ und „Positiv, was nun? Ein Ratgeber für Menschen mit HIV/AIDS in Haft“; an Drogengebraucher mit „AIDS-INFO für Fixer“ und „JES INFO Leben mit Drogen“.

Weitere Medien, die sich an bestimmte Zielgruppen wenden, seien beispielhaft aufgeführt:

- Für Homosexuelle die Foto- und Grafikplakatserie „Hot Rubber“; Plakate, Aufkleber, Postkarten, Faltblätter, Comics, Bieruntersetzer und Buttons zu „Safer Sex“ (kostenlos)
- für Menschen mit HIV und AIDS: Videos über die Situation von HIV-positiven und AIDS-kranken Menschen wie „Coming Out“, „Im Grunde sind wir Kämpfer“, „Noch lebe ich ja“ (zu entleihen über die Filmdienste und Bildstellen)
- für Mitgliedsorganisationen: Schulungsvideos „Aspekte der Betreuung“ mit didaktischem Leitfa-den; Video für Eltern und Geschwister von Menschen mit HIV/AIDS „Das schafft man nicht alleine“ mit Textheft; „Schlimm genug. HIV-Positive und die anderen“; „Wir müssen jetzt damit leben“, Aspekte der ambulanten und stationären Versorgung im Rahmen der AIDS-Hilfe-Arbeit (mit Mitglieder kostenlos)
- für Lehrer/innen und Erzieher/innen: Unterrichtsmaterialien „AIDS. Medizinisch-biologische und gesellschaftliche Aspekte einer Krankheit“ (Belz Verlag, Bezug über den Buchhandel)
- für Mitarbeiter/innen des Gesundheitswesens: die Loseblattsammlung „Therapien bei AIDS“ und das Video „Die Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.“ (kostenlos)
- für an der D.A.H. Interessierte: „Jahresberichte der D.A.H.“ (Einzelexemplare kostenlos)

Ein Verzeichnis und Bestellschein der von der D.A.H. herausgegebenen Medien können bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Die vielseitigen Serviceleistungen der Deutschen AIDS-Hilfe e V haben drei Schwerpunkte:

- Öffentlichkeitsarbeit zur AIDS-Problematik und Lobbyarbeit für Betroffene durch Stellungnahmen, Presseerklärungen und Herausgabe von Medien,
- Beratung von Mitgliedern in wissenschaftlichen, juristischen und psychosozialen Fragen,
- Veranstaltungen und Fortbildungsangebote für Betroffene und Mitarbeiter/innen von Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen.

Beispielhaft seien hier aufgeführt:

- Veranstaltungen von und für Menschen mit HIV/AIDS: Diese gliedern sich in:

Bundesweite Positivtreffen im Waldschlößchen, Gleichen-Reinhausen bei Göttingen, wo etwa 50 Personen 6- bis 8mal im Jahr zusammenkommen können, um Freizeitangebote zu nutzen, an inhaltlichen Themen und der eigenen Situation zu arbeiten und Sachinformationen zu erhalten;

Gesundheitsfördernde Workshops, die in verschiedenen Regionen mehrmals im Jahr mit ca. 25 Teilnehmern stattfinden und die Ernährungs- und Genußverhalten, Sport und Fitneß, Entspannung und Streßreduktion zum Inhalt haben;

Angebote zur Erprobung von Techniken wie Autogenem Training, Atemtherapie, Bio-Feedback usw.;

Angehörigen-Workshops, die vom Bildungswerk AIDS und Gesellschaft durchgeführt werden (s. dort);

- Workshops für Schwule und Mitarbeiter/innen von AIDS-Hilfen sowie für Wirte von Schwulenkeipen und Betreiber von Schwulensauen und Sex-Shops. Themen sind z. B. „AIDS-Prävention in der Leder-szene“, „Aufsuchende AIDS-Beratung“;
- Fortbildungsangebote für den Bereich Drogen und Strafvollzug für ehrenamtliche und professionelle Mitarbeiter/innen der AIDS- und Drogenhilfen und Mitglieder von Selbsthilfegruppen. Themen sind z. B. „Wohnprojekte für AIDS-kranke Drogengebraucher“, „Kreative Methoden zur Anleitung von Drogenselbsthilfegruppen“, „Arbeitslosigkeit! Wohnungsnot! Wo ist Hilfe?“, „Wut und Trauer über Diskriminierung“, „Erfahrungsaustausch zwischen AIDS-Hilfen und Knastgruppen“.

Alle diese Angebote sind kostenfrei; zu jeder Veranstaltungsart gibt es Programme, die bei der D.A.H. angefordert werden können

Anfragen zu Referenten bei geplanten Veranstaltungen sollten über die regionalen AIDS-Hilfen gehen.

- D.A.H. -

Serviceleistungen

Die Deutsche AIDS-Hilfe e V wendet sich mit ihrem umfangreichen Medien- und Serviceangebot vor allem an Betroffene und diejenigen, die mit ihnen zu tun haben, also die regionalen und örtlichen AIDS-Hilfen.

Doch auch für die gesundheitsfördernde Tätigkeit im Gesundheitswesen sowie in pädagogischen und psychosozialen Arbeitsfeldern ist die AIDS-Prävention und der Umgang mit den Problemen eine besondere Aufgabe.

Dafür ist es wichtig, die Arbeit und die Angebote der Deutschen AIDS-Hilfe zu kennen und Kontakt zu den regionalen AIDS-Hilfen zu haben.

Es wird empfohlen,

- den Jahresbericht der D.A.H. anzufordern (kostenlos), in dem die Tätigkeitsfelder der D.A.H. beschrieben werden und die Medien der D.A.H. sowie die Anschriften der regionalen AIDS-Hilfen verzeichnet sind,
- bei weitergehendem Interesse bzw. Bedarf die Veranstaltungsprogramme anzufordern,
- die Schriftenreihe „AIDS-FORUM D.A.H.“ zu beziehen (kostenlos, Veröffentlichungsliste bei der D.A.H.).

Empfehlungen

DEUTSCHE AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“

– DAS –

Adresse	Pipinstraße 7 50667 Köln
Ansprechpartner	Dr. Ulrich Heide Geschäftsführer
Telefon	02 21/25 10 61 (allg.); 02 21/25 10 62 (Einzelfallhilfe)
Telefax	02 21/25 10 63

Die DEUTSCHE AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“ (DAS) entstand auf Grund einer Initiative des evangelischen Theologen und Psychotherapeuten Rainer Jarchow und seiner beruflichen und ehrenamtlichen Erfahrungen mit der AIDS-Problematik sowie der Möglichkeit, durch eine Erbschaft das Stiftungskapital von einer Million DM einzubringen. Am 22. 4. 1987 wurde die Stiftung mit dem Sitz in Köln durch den nordrhein-westfälischen Innenminister zugelassen und von der Landesregierung NRW wenig später durch Zustiftung von einer Million DM unterstützt.

Laut Satzung verfolgt die DEUTSCHE AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“ das Ziel, zum besseren Verständnis der Immunschwäche AIDS und zu einem humanen Umgang mit den von ihr betroffenen und bedrohten Menschen beizutragen. Insbesondere geht es ihr darum, durch die Förderung von Aufgaben der Bildung und Erziehung, von Forschung und Kunst und die Förderung des öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtswesens die Lebensbedingungen von HIV-test-positiven und AIDS-kranken Menschen nach den Grundwerten unserer Verfassung zu sichern und ihr Selbstvertrauen so zu stärken, daß sie ein selbstverantwortetes, sinnerfülltes und sozial akzeptiertes Leben führen können

Mit der Möglichkeit, als unabhängige und nichtstaatliche Einrichtung schnell, unbürokratisch und auch unkonventionell auf dringende Probleme und Fragestellungen zu reagieren, setzt die DAS ihre Ziele in mehreren Schwerpunkten um:

- Mit der Einzelfallhilfe soll HIV-infizierten und AIDS-erkrankten Menschen materiell geholfen werden, wenn andere Möglichkeiten nicht gegeben sind. Im Hintergrund steht hier vor allem das Bemühen, Ausgrenzungen und Diskriminierung zu vermeiden, zu verringern oder erträglicher zu machen. Dazu gehört auch die Hilfe bei rechtlichen Auseinandersetzungen, da u.a. richterliche Entscheidungen dazu beitragen, wie die Gesellschaft mit der AIDS-Problematik umgeht.
- Die Projektförderung unterstützt Projekte, die sich zum einen mit der Prävention von AIDS und der Solidarität mit Betroffenen befassen und zum anderen den Betroffenen und ihren Angehörigen mit ihren psychischen und sozialen Problemen selbst dienen.
- Die Forschungsförderung soll die wissenschaftliche Diskussion und Arbeit in besonderen Bereichen der HIV-/AIDS-Forschung unterstützen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DAS -

Aufgaben und Ziele der Institution

Ein jährlich verliehener Journalistenpreis zeichnet JournalistInnen aus, die mit ihren Beiträgen sachkundig über AIDS aufklären, Ängste abbauen helfen, für die Solidarität mit Betroffenen eintreten und deren soziale und psychische Situation deutlich machen.

- Im Bereich der Kunst werden größere und kleinere Ausstellungen gefördert, die sich des Themas AIDS annehmen.

Die Organe der Stiftung sind satzungsgemäß der Vorstand, das Kuratorium und das Präsidium. Der Vorstand besteht aus dem Stifter als Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu fünf Persönlichkeiten, die vom Präsidium gewählt werden. Neben der rechtlichen Vertretung der Stiftung verwaltet der Vorstand das Stiftungsvermögen, wählt die Mitglieder des Kuratoriums, regelt die Geschäftsführung der Stiftung und beruft Gremien (wie z.B. die Jury für den Journalistenpreis) für die Arbeit der Stiftung.

Das Kuratorium berät den Vorstand und vertritt die Ziele der Stiftung in der Öffentlichkeit, seine Mitglieder werden vom Vorstand gewählt und sind Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens. Das Präsidium wird gebildet durch den Vor-

standsvorsitzenden, den Vorsitzenden des Kuratoriums und den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen; es wählt die wählbaren Mitglieder des Vorstandes.

Zur Führung der laufenden Geschäfte hat die Stiftung eine Geschäftsstelle eingerichtet mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern. Die Entscheidungen in den verschiedenen Arbeitsschwerpunkten werden von dem Vorstand getroffen bzw. von Arbeitsausschüssen. So entscheidet z.B. ein Arbeitsausschuß in wöchentlichen Sitzungen alle zwei Wochen über die Anträge zur Einzelfallhilfe.

Andere Bemühungen der Stiftung sind der Spendenakquisition gewidmet, um weitere Mittel für die Aufgabenschwerpunkte zur Verfügung zu haben. Dazu wurde auch mit der Nationalen AIDS-Stiftung Anfang 1989 eine Arbeitsgemeinschaft deutscher AIDS-Stiftungen gebildet, um eine Gemeinsamkeit der Ziele deutlich zu machen und die Spendenbereitschaft auf einen Ansprechpartner zu konzentrieren — so auch mit gemeinsamen Aktionen, wie z.B. die Benefizveranstaltung der ART Frankfurt und der Auktion von Kunstwerken zugunsten der Arbeitsgemeinschaft.

Medienangebote

Mit ihrer besonderen Aufgabenstellung hat die DAS natürlich ein geringes Medienangebot. Dieses beschränkt sich auf die Herausgabe des Informationsperiodikums „POSITIV LEBEN“, das unregelmäßig erscheint und über die Arbeit der DAS berichtet. Der Bezug, auch von Mehrexemplaren, ist kostenfrei.

Serviceleistungen

Im Mittelpunkt der Serviceleistungen der DAS steht die Einzelfallhilfe.

Diese wird HIV-AK-positiven und an AIDS erkrankten Menschen entweder auf eigenen Antrag oder den Antrag von lokalen Beratungsstellen unter bestimmten Voraussetzungen gewährt. Dazu gehört, daß keine Zahlungsverpflichtungen Dritter bestehen (Sozialämter, Krankenkassen usw.), daß die materielle Unterstützung Hilfe zur Selbsthilfe bietet und dem Betroffenen wirklich weiterhilft. Es handelt sich dabei in der Regel um eine einmalige bzw. zeitlich befristete Hilfe zu vielen, oft einfachen Dingen, die die soziale Situation der Betroffenen erleichtern. Dazu gehört die Erstattung einer Kaution bei Wohnungsmietung oder von Mietschulden; die Bezahlung von Telefonrechnungen, weil bei der drohenden Sperrung des Telefonanschlusses die Mög-

lichkeiten wegfallen, kurzfristig Hilfe herbeizurufen oder Kontakt zu Verwandten und Freunden zu haben; die Bezahlung eines stabilisierenden Erholungsaufenthaltes oder von Fahrtkosten zu Verwandten und Freunden, Unterstützung zur Ausübung eines Hobbys und schließlich Hilfe bei rechtlichen Auseinandersetzungen. In den Jahren ihres Bestehens hat die Stiftung in über 7.000 Fällen mit mehr als 2.700.000 DM helfen können.

Die weiteren Serviceleistungen der DAS sind die Projekt- und die Forschungsförderung

Außerdem kann die Stiftung Hintergrundinformationen zur AIDS-Problematik und Hinweise zu Entscheidungen bei Rechtsauseinandersetzungen geben, vor allem, wenn es darum geht, das soziale Klima zugunsten Betroffener zu verändern.

Empfehlungen

Für diejenigen, die sich mit der Beratung und Hilfe von HIV-infizierten und an AIDS erkrankten Menschen und deren Ansprechpartnern befassen, ist es wichtig, Kontakt zur Deutschen AIDS-Stiftung „Positiv leben“ zu haben und über ihre Arbeit informiert zu sein. Dazu gehört auch die Aufnahme in den Verteiler für „POSITIV LEBEN“.

Die Kooperation der regionalen Stellen untereinander und zusammen mit der DAS sind notwendig, um Betroffenen über die DAS zu helfen und die DAS in ihrer überregionalen Öffentlichkeitsarbeit um die AIDS-Problematik zu unterstützen.

Auch sollte überprüft werden, ob regionale Veranstaltungen für Spenden für die AIDS-Stiftungen genutzt werden könnten.

DEUTSCHE ARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR JUGEND- UND EHEBERATUNG e. V.

– DAJEB –

Adresse Neumarkter Straße 84 c
81673 München

Telefon 0 89/4 36 10 91

Telefax 0 89/4 31 12 66

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e. V. (DAJEB) wurde 1949 gegründet mit den Zielen:

- Aufbau von Jugend- und Eheberatungsstellen anzuregen und zu fördern,
- Vermittlung qualifizierter Fort- und Weiterbildung in Theorie und Praxis für deren Mitarbeiter,
- wissenschaftliche Grundlagenforschung im Bereich Ehe und Familie.

Die DAJEB ist ein

- überparteilicher,
- konfessionell nicht gebundener und
- gemeinnütziger

Verein.

Ihre Mitglieder sind Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und -berater sowie Beratungsstellen der Ehe-, Familien- und Schwangerschaftsberatung.

Heute arbeitet die DAJEB mit folgenden Schwerpunkten:

- Weiterbildungskurse zum Ehe-, Familien- und Lebensberater,
- Fortbildungen für Beraterinnen und Berater zur Methodik der Beratung, über ergänzende Therapieformen sowie zu speziellen Themen in der Beratung,
- wissenschaftliche Jahrestagungen,
- fachlicher Rat und Hilfestellung für Beratungsstellen und deren Mitarbeiter,
- Stellungnahme zu einschlägigen Gesetzesvorhaben des Bundes und der Länder;
· daneben führte und führt die DAJEB zahlreiche Projekte zu den Themen „Aids“, „Schwangerschaftskonfliktberatung und Familienplanung“ sowie Beratung bei Trennung und Scheidung durch.

Die DAJEB finanziert sich zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln, insbesondere des Bundesministeriums für Familien und Senioren (BMFuS).

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- DAJEB -

Medienangebote

Die Zeitschrift der DAJEB „Informationsrundschriften“ erscheint zweimal jährlich mit Beiträgen zu aktuellen Themen der Beratung, Tagungsberichten, Buchbesprechungen etc. Das Informationsrundschriften wird an Mitglieder kostenlos abgegeben, Nichtmitglieder können es zum Preis von 20,- DM im Jahr abonnieren.

Die DAJEB ist Herausgeber des „Beratungsführers“, eines Handbuchs sämtlicher ambulanter psychosozialer Versorgungseinrichtungen in Deutschland; Neuauflagen des Beratungsführers erscheinen im Abstand von 3-4 Jahren.

Im Jahr 1994 erschien der Beratungsführer

- Band 1 für die alten Bundesländer (ohne Berlin), 712 S., und
- Band 2 für die neuen Bundesländer (mit Berlin), 240 S.

Der Beratungsführer wird kostenlos abgegeben.

Über weitere Veröffentlichungen informiert das „Verzeichnis der lieferbaren Schriften und Broschüren“

Serviceleistungen

Die DAJEB führt tiefenpsychologisch orientierte Weiterbildungskurse zum Ehe-, Familien- und Lebensberater (Dauer 3-4 Jahre) für Ärzte, Juristen, Psychologen, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Theologen nach der Rahmenordnung des Deutschen Arbeitskreises für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (DAK) durch (Kursgebühren).

Einmal jährlich hält die DAJEB eine Fachtagung zu Fragen der Beratung ab, die auch Nichtmitgliedern offensteht (Teilnahmegebühr).

Aufgrund des laufend aktualisierten Datenbestandes des „Beratungsführers“ können ratsuchenden Klienten für sie geeignete Beratungsstellen genannt werden

Empfehlungen

Anforderung

der „Allgemeinen Richtlinien für die Weiterbildung zum Ehe-, Familien- und Lebensberater“,
des „Verzeichnisses der lieferbaren Schriften und Broschüren“.

Abonnement des „Informationsrundschriften“.

DEUTSCHE ARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR PSYCHOONKOLOGIE e.V.

– dapo –

Adresse · Geschäftsstelle:
Abteilung für psychosoziale Rehabilitation
der Fachklinik Hornheide
Dorbaumstraße 300
48157 Münster

Telefon 02 51/32 87-3 25

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e. V. (dapo) ist eine 1983 gegründete bundesweite Vereinigung, in der sich alle Berufsgruppen zusammengeschlossen haben, die in der psychosozialen Beratung von Tumorkranken arbeiten, die psychotherapeutische Begleitung von Krebskranken durchführen oder in der psychoonkologischen Forschung tätig sind. Dies sind u. a. Psychologen, Ärzte, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Theologen, Krankenschwestern, Beschäftigungstherapeuten

Entstanden ist die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. aus dem Bedürfnis, den Austausch zwischen diesen Berufsgruppen zu intensivieren und damit auch die Erfahrungen, die in der psychosozialen Beratung von Krebspatienten inzwischen gesammelt sind, zu bündeln. Die psychosoziale Nachsorge hat sich in den letzten Jahren zu einem neuen Schwerpunkt bei der Begleitung von Krebspatienten entwickelt. Konzepte sind dafür entwickelt worden und Tätigkeitsfelder abgesteckt, die in der Öffentlichkeit vorgestellt und auch diskutiert werden müssen.

Die dapo hat sich zum Ziel gesetzt, durch den Austausch unter den in Forschung und Praxis arbeitenden Psychoonkologen den wissenschaftlichen Austausch anzuregen und zur Entwicklung geeigneter Beratungs- und Therapieangebote für Krebsbetroffene und ihre Angehörigen beizutragen. Gedacht wird hierbei an Kriseninterventionsangebote an den Punkten des Krankheitsverlaufes, an denen Patienten für psychosoziale Betreuung motivierbar sind oder die Unterstützung besonders dringend brauchen, und an eine umfassende Beratung, die präventive Maßnahmen, Aktivierung und positiveres Gesundheitsverhalten einschließt. Zur Diskussion stehen ebenfalls Psychotherapiemethoden, die nach Art der systemischen Familientherapie das stützende Umfeld der Erkrankten einbeziehen, körperorientierte Verfahren, die die verletzte Integrität des Körper- und Selbstbildes bearbeiten können, und der Einsatz imaginativer Verfahren, um nur einige zu nennen.

Gerade in der Behandlung von Krebserkrankungen gibt es immer wieder unseriöse Heilsversprechungen und selbsternannte „Krebstherapeuten“. Dies gilt nicht nur für den medizinischen Bereich, auch die psychosoziale Nachsorge kennt dieses Problem. Daher ist die Tätigkeit der dapo auf eine wissenschaftliche Überprüfung der Praxis gerichtet.

Aufgaben und Ziele der Institution

Psychoonkologie befaßt sich daneben mit der Überprüfung der Theorien zur multifaktoriellen Genese von Krebs, den subjektiven Erklärungstheorien zur Krankheitsentstehung, Psychoneuroimmunologische Forschung, Fragen des Krankheitsverlaufs und der

Krankheitsverarbeitung und der Diskussion um Lebensqualität bei onkologischer Behandlung.

Die dapo ist in der Form eines gemeinnützigen Vereins organisiert und trägt sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

- dapo -

Medienangebote

Die Inhalte der Jahrestagungen werden jeweils in Ergebnisberichten (Sammelbände zum Selbstkostenpreis) den Tagungsteilnehmern, den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft sowie anderen Interessenten angeboten.

Seit 1990 werden die Ergebnisberichte über einen Münsteraner Verlag veröffentlicht.

Beispielhaft seien genannt:

Petzold, Hilarion:

„Die Chance der Begegnung einige Reflexionen zur Fundierung der ‚Beziehungsarbeit‘ mit schwerkranken und terminalen Patienten“, Eröffnungsreferat auf der 5. Jahrestagung der dapo, 2. Juni 1988 in Wiesbaden-Naurod, Tosch-Verlag, Münster 1992

Strittmatter, Gerhard (Hg.):

„Anpassung und Verweigerung in der Akutphase der Krebserkrankung / Das Leben geht weiter – Die Phase der Nachsorge“, Ergebnisbericht der 5. und 6. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. (dapo) vom 17. 6. – 20. 6. 1987 in Coesfeld und vom 2. 6. – 5. 6. 1988 in Wiesbaden

Strittmatter, Gerhard (Hg.):

„Sterben in Würde – Mut zum Leben“, Ergebnisbericht der 8. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemein-

schaft für Psychoonkologie e.V. vom 13. 6. – 16. 6. 1990 in Goslar-Hahnenklee, Münster 1991

Strittmatter, Gerhard (Hg.):

„Praxis und Forschung in der Psychoonkologie“, Ergebnisbericht der 9. Jahrestagung vom 29. 5. – 1. 6. 1991, Tosch Verlag, Münster 1992

Strittmatter, Gerhard (Hg.):

„Die Kunst im psychoonkologischen Bereich zu arbeiten“, Ergebnisbericht der 10. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. vom 27. 3. – 5. 4. 1992 in Schwerin, Tosch Verlag, Münster 1993

Strittmatter, Gerhard (Hg.):

„Ergebnisse, Kontroversen und Perspektiven in der psychosozialen Onkologie“, Ergebnisbericht der 11. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. vom 9. 6. – 12. 6. 1993 in Wiesbaden (erscheint 1994)

Welk, Hansjürgen (Hg.):

„Zwischen Resignation und Hoffnung, die Phase der Progredienz“, Ergebnisbericht der 7. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. in Hamburg-Rissen vom 7. 6. – 10. 6. 1989

Serviceleistungen

Jedes Jahr findet eine mehrtägige Jahrestagung statt, in der wissenschaftliche Reflexion, klinische Erfahrung und persönlicher Austausch in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen. Diese Jahrestagungen stehen den Mitgliedern der dapo und Interessenten offen. Themen sind z. B. die Akutphase, die Phase der Nachsorge, die Phase der Progredienz, die Sterbephase, Praxis und Forschung in der Psychoonkologie, Kooperationsmodelle und die Situationen des Helfers

Außerdem werden für Mitglieder der dapo und Experten „Klausurtagungen“ für bestimmte Gruppen und Themen durchgeführt, z. B. das Expertentreffen „Psychoonkologische Forschung“, die „Hospiztagung“ oder eine Tagung zur „Betreuung von Krebspatienten in ambulanten Beratungsstellen“.

Dabei wird der Rahmen so klein gehalten (ca. 25 Teilnehmer), daß ein intensiver, personenbezogener Arbeitsstil entsteht.

- Da die Mitglieder der dapo aus der ganzen BRD kommen, kann die dapo für Krebsbetroffene und Angehörige Kontaktpersonen nennen, die in der Lage sind, bei der Suche nach Psychoonkologen sowie mit dem Krebsproblem vertrauten Psychotherapeuten behilflich zu sein. Diesbezügliche Anfragen an die Geschäftsstelle nehmen in letzter Zeit an Häufigkeit zu.

Jedes Jahr werden ein bis zwei Therapieseminare (von Freitagabend bis Sonntagmittag) für Mitglieder der dapo (und falls noch Plätze frei sind, für interessierte Fachkräfte) angeboten, z. B. „Einführung in die klinische Hypnose bei Krebspatienten“, „Gestalttherapie bei Krebspatienten“, „Kunsttherapie mit Krebspatienten“, Teilnehmerzahl: 15 - 20 Personen.

- Psychoonkologische Fachkräfte, die den entsprechenden Wunsch der Geschäftsstelle mitteilen, werden regelmäßig über die dapo-Veranstaltungen informiert.

Empfehlungen

- Die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V.“ (dapo) dient als übergreifendes Forum für die Berufsgruppen, die beratend, therapeutisch oder forschend mit Krebspatienten arbeiten. Besonders ist auf die Jahrestagungen hinzuweisen (Datum ist bei der Geschäftsstelle zu erfragen), die zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten durchgeführt werden und den wissenschaftlichen und praktischen Austausch ermöglichen. Die Ergebnisse werden in den „Ergebnisberichten“ veröffentlicht.

Von besonderer Bedeutung sind auch die zweimal jährlich stattfindenden Therapieseminare für einen kleinen Kreis psychoonkologischer Fachkräfte. Wichtig ist auch die Vermittlung von Beratungs- und Therapieangeboten für Krebspatienten durch die Geschäftsstelle

Die dapo ist auch in der Lage, Referenten für psychoonkologische Themen zu vermitteln

DEUTSCHE FORSCHUNGS- GEMEINSCHAFT

– DFG –

Adresse	Kennedyallee 40 53175 Bonn
Ansprechpartner	Geschäftsstelle (Fachgruppe II B Biowissenschaften) Referat II B 4 – Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe Referat II B 8 – Senatskommission zur Beurteilung von Stoffen in der Landwirtschaft Referat II C 2 – Senatskommission zur Beurteilung der gesund- heitlichen Unbedenklichkeit von Lebensmitteln (Lebensmittel-Kommission)
Telefon	02 28/88 51

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) berät
satzungsgemäß Parlamente und Behörden in wissen-
schaftlichen Fragen.

Zu diesem Zweck werden Kommissionen berufen, de-
ren Arbeitsergebnisse sich in „Empfehlungen“ nieder-
schlagen.

Die nachfolgend genannten Kommissionen befassen
sich mit Fragen der Gesundheitsvorsorge und Umwelt-
schutzproblemen.

Im einzelnen sind dies:

- die Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher
Arbeitsstoffe (stellt die duldbare Höchstkonzentra-
tion von Gasen, Dämpfen, Nebeln und Stäuben fest:
Liste der maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen
IMAK-Wertel, gibt Grundlage zur arbeitsmedizinisch-
toxikologischen Beurteilung der (Un-)Bedenklichkeit
der vom Organismus aufgenommenen Arbeitsstoff-
mengen: Sammlung der Biologischen Arbeitsstoff-
Toleranz-Werte (BAT-Wertel)
die Senatskommission zur Beurteilung von Stoffen
in der Landwirtschaft (Die Kommission ermittelt und
beurteilt den Stand der wissenschaftlichen Erkennt-
nisse über Stoffe, die in der Landwirtschaft vorkom-
men oder dort Verwendung finden sowie deren Wir-
kungen auf landwirtschaftliche Ökosysteme und den
Naturhaushalt. Zu ihren Aufgaben gehört in diesem
Zusammenhang auch die Beratung von Parlamenten
und Behörden.)
- die Senatskommission zur Beurteilung der gesund-
heitlichen Unbedenklichkeit von Lebensmitteln (Le-
bensmittel-Kommission) (Ist für Fragen zuständig,
die die Unbedenklichkeit von Stoffen in Lebensmit-
teln für die menschliche Gesundheit betreffen. Sie
kann sich im Sinne des Lebensmittel- und Bedarfs-
gegenstände-Gesetzes auch mit Stoffen in Bedarfs-

Aufgaben und Ziele der Institution

- DFG -

gegenständen befassen. Zu den jeweiligen Fragen nimmt die Kommission nur aus wissenschaftlicher Sicht Stellung: Dazu gehören insbesondere Aspekte der toxikologischen Beurteilung, der lebensmitteltechnologischen Notwendigkeit und des ernährungswissenschaftlichen Nutzens der jeweiligen Stoffe.)

Medienangebote

Die Ergebnisse der Arbeit der einzelnen Kommissionen werden in einschlägigen Publikationsreihen der DFG veröffentlicht.

Der aktuelle Stand der beziehbaren Veröffentlichungen ist dem jeweiligen DFG-Jahresbericht, Aufgaben und Ergebnisse, zu entnehmen

Grundsätzlich sind diese Veröffentlichungen für jedermann zugänglich. Sie sind, wie im DFG-Jahresbericht angegeben, über den Verlag oder Buchhandel beziehbar

Serviceleistungen

Die Beratung durch die Senatskommissionen der DFG hat rein wissenschaftlichen Charakter. Anfragen von Behörden und Parlamenten werden satzungsgemäß bearbeitet. Die Beratung von Einzelpersonen ist nicht vorgesehen.

Empfehlungen

Der DFG-Jahresbericht des jeweils abgelaufenen Geschäftsjahres gibt einen guten Einblick in die von der Forschung bearbeiteten umwelt- und gesundheitsbezogenen Problemfelder. Die dort vorfindbaren Kurzbeschreibungen inhaltlicher Brennpunkte der Arbeit der einzelnen Kommissionen verweisen auf die dazugehörigen ausführlichen Schriften der DFG.

Die Lektüre des DFG-Jahresberichts bietet dem wissenschaftlich Interessierten sowohl eine Kurzinformation über einschlägige Forschungsthemen als auch Hinweise auf Materialien zur vertieften Auseinandersetzung mit aktuellen umwelt- und gesundheitsrelevanten Fragestellungen.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ERNÄHRUNG e.V.

– DGE –

Adresse Im Vogelsgesang 40
60488 Frankfurt/Main

Telefon 0 69/76 30 97

Telefax 0 69/7 68 26 09

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e V (DGE) ist seit 1953 gemeinnützig tätig. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die wissenschaftliche Diskussion über Ernährungsfragen auf nationaler und internationaler Ebene anzuregen und zu fördern. Auf der Basis gesicherter Erkenntnisse über eine vollwertige Ernährung will die DGE dazu beitragen, Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu erhalten oder wiederherzustellen.

Die DGE ist unabhängig und verfolgt ihre Ziele frei von wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Rechtlich ist die DGE ein eingetragener Verein, dessen oberstes Organ satzungsgemäß die Mitgliederversammlung ist. Zur Zeit hat die DGE rund 2.500 Mitglieder.

Entscheidungsträger der DGE ist das für jeweils 2 Jahre von der Mitgliederversammlung gewählte ehrenamtlich tätige Präsidium mit momentan 32 Mitgliedern, das sich aus Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen zusammensetzt.

Außerdem steht der DGE ein Kuratorium als Beratungsgremium zur Verfügung, dem gegenwärtig 31 Persönlichkeiten aus Politik, Verbraucherschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung angehören.

Für die DGE arbeiten 60 hauptamtliche Mitarbeiter, überwiegend in der Hauptgeschäftsstelle in Frankfurt/Main, in den Referaten Wissenschaftliches Sekretariat, Ernährungsberatung, Großverpflegung und Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung.

Auf regionaler Ebene ist die DGE durch Sektionen in den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertreten. An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf wird ein eigenes Institut für Ernährungsberatung und Diätetik unterhalten.

Der Haushalt der DGE belief sich im Jahre 1992 auf 6,1 Millionen DM. Etwa 20 Prozent davon werden durch Eigenmittel gedeckt. 80 Prozent stellen Bund und Länder aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Aufgaben und Ziele der Institution

<p align="center">- DGE -</p> <p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>	<p>Neben ihrer Publikationstätigkeit und den weiter unten beschriebenen „Serviceleistungen“ erfüllt die DGE folgende Aufgaben:</p> <p>Förderung der ernährungswissenschaftlichen Forschung und Lehre durch die DGE bzw. durch die „Stiftung zur Förderung der DGE“.</p> <p>Verleihung der „Carl-von-Voit-Medaille“, mit der die Deutsche Gesellschaft für Ernährung Wissenschaftler ehrt, die sich in Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Ernährungswissenschaften besonders verdient gemacht haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vergabe des „Max-Rubner-Preises“ für besondere Leistungen in der klinischen Ernährungsforschung Vergabe des „Hans-Adolf-Krebs-Preises“ für besondere Leistungen in der Grundlagenforschung. 	<ul style="list-style-type: none"> - Vergabe des Journalisten-Preises der DGE im Rahmen der Jahrespressekonferenz (erstmalig 1990) für Medienberichte (Tageszeitung und Publikumszeitschriften, Hörfunk und Fernsehen), die allgemeinverständlich und geeignet sind, ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse in das Bewußtsein der breiten Bevölkerung zu bringen und ein günstiges Ernährungsverhalten herbeizuführen. - Vergabe von Reisestipendien für junge Wissenschaftler. - Der DGE obliegt die Vertretung der Ernährungswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Organisationen, u.a. durch die Mitgliedschaft in der „International Union of Nutrition Sciences (IUNS)“ (Veranstalter der Welternährungskongresse) und in der „Federation of European Nutrition Societies (FENS)“.
<p>Medienangebote</p>	<p>Erstellung des Ernährungsberichtes</p> <p>Er stellt die Ernährungssituation in der Bundesrepublik Deutschland dar und wird im Abstand von vier Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit sowie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten herausgegeben (Stand: 1992). Im Zusammenhang mit dem Themenbereich „Umwelt“ seien beispielhaft die Ernährungsberichte 1988 und 1992 genannt mit den Themen:</p> <p>Dokumentation Tschernobyl-Folgen für die Ernährung (1988)</p> <p>Toxikologische und hygienisch-mikrobiologische Aspekte der Ernährung (1988; 1992)</p> <p>Lebensmittelallergien und Lebensmittelintoleranzen (1988; 1992)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung von Empfehlungen für die Nährstoffzufuhr 	<ul style="list-style-type: none"> - Herausgabe der monatlichen Fachzeitschrift „Ernährungs-Umschau“ Sie ist gleichzeitig das Organ der DGE. Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Symposiumreihen Herausgabe von Broschüren (u. a. zusammen mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), Faltblätter, Medienpakete für Multiplikatoren und EDV-Programme. Teilweise sind diese Publikationen kostenfrei, teilweise muß eine Schutzgebühr entrichtet werden. - Die Pressedienste „DGE-aktuell“ und „DGE-special“ bieten Journalisten und Fachjournalisten aktuelle und fundierte Nachrichten und Hintergründe. Der Informationsdienst „DGE-info“ bereitet Fachinformationen für Beratungskräfte auf.
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Regelmäßige Durchführung von wissenschaftlichen Kongressen, Symposien, Arbeitstagen und Journalisten-Seminaren.</p> <p>Verbreitung von Ernährungswissen durch einen eigenen Ernährungsberatungsdienst, insbesondere durch Fortbildung und Schulung von Mittlerkräften, Lehrgänge und Gruppenarbeit mit Verbrauchern sowie durch einen aktuellen Informationsdienst für Fachkräfte in der Ernährungsberatung</p>	<p>Fortbildungsmaßnahmen u. a. zur Ausbildung zum/zur „Ernährungsmedizinischen Berater/in DGE“ am Institut für Ernährungsberatung und Diätetik (IED) in Düsseldorf.</p> <p>Weiterbildung zum „Diätetisch geschulten Koch“ und zur „GV-geschulten Fachkraft“ gemeinsam mit dem Verband der Köche Deutschlands (VKD)</p> <p>Beratung von Großküchen vor Ort durch einen Ernährungsberatungsdienst Großverpflegung.</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Nachweislich fachlich arbeitende Journalisten und Multiplikatoren können sich in den Presseverteiler aufnehmen lassen.</p>	<p>Das vollständige Schriftenverzeichnis kann von der DGE kostenlos bezogen werden.</p>

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FREIZEIT

– DGF –

Adresse Bahnstraße 4
40699 Erkrath

Telefon 02 11/24 10 29/20

Telefax 02 11/24 76 80

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DGF) wird durch Verbände und Organisationen getragen und durch das Bundesministerium für Familie und Senioren gefördert. Die Publikationen der Gesellschaft eignen sich als Hintergrund- und Ausgangsmaterial für eine Gesundheitserziehung, die Freizeit als Voraussetzungsbereich, aber auch als Gefahrenbereich für Gesundheit verdeutlichen will.

*Für den
eiligen Leser*

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DGF) wurde 1971 mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Sie ist die Nachfolgeorganisation der Arbeitsgemeinschaft für Freizeit und Erholung (AGFE) in Bonn, die u. a. durch den Deutschen Bundesjugendring, die Deutsche Olympische Gesellschaft, den Deutschen Sportbund und den Deutschen Städtetag 1964 gegründet wurde.

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit ist eine bundesweite Fachvereinigung mit der Organisationsform eines Dachverbandes für das Freizeitwesen.

Die Gesellschaft hat rund vierzig ordentliche Mitglieder aus Verbänden und Organisationen sowie etwa sechzig Fachleute, Institute, Vereinigungen und Unternehmen als beratende Mitglieder

Gefördert wird die Gesellschaft durch das Bundesministerium für Familie und Senioren. Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit ist gemeinnützig.

Das Ziel der Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Freizeit ist es, die gesellschaftliche Bedeutung der Freizeit bewußtzumachen und daraus Folgerungen für die Politik von Bund, Ländern, Gemeinden, Vereinigungen, Unternehmen und Wissenschaft zu ziehen. Die Gesellschaft informiert über Freizeit, ist aber keine Beratungsstelle für Freizeitgestaltung.

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören:

Erhebungen von Daten und Zusammenhängen über die Freizeit und den Freizeitbereich
Auswertung von Ergebnissen aus Wissenschaft, Forschung und Praxis in Zusammenarbeit mit Fachleuten und Institutionen durch Expertengespräche, Arbeitsgruppen und Fachtagungen
Erarbeitung von Problemstellungen, Problemlösungen und Prognosen für die Zukunft.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

- DGF -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit beschäftigt sich mit den Fragen der Freizeit unter mehreren Gesichtspunkten:
Einerseits versucht sie den Begriff Freizeit zu definieren und die Bedeutung der Freizeit für die Gesellschaft aufzuzeigen. Hierbei werden das Freizeitverhalten und die Anforderung an die Freizeit und an die Freizeiteinrichtungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wie z. B. von Behinderten, von Jugendlichen und von Alten untersucht.
Es wird aber auch untersucht, welche Freizeiteinrichtungen insgesamt notwendig sind, um den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Freizeitgestaltung gerecht zu werden. Untersuchungsgegenstände sind hier z. B. Spielplätze, spielgerechte Wohnumwelt und familiengerechte Freizeitangebote der Gemeinden sowie die gesamte Freizeitinfrastruktur. Ein besonderes Interessenfeld ist das Vereinswesen.

Die Gesellschaft für Freizeit geht bei ihrer Beratungstätigkeit vor allem auch davon aus, daß der Freizeitbereich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit einem kaum mehr zu überblickenden Angebot geworden ist. Die DGF bemüht sich daher in besonderem Maße, Vereins- und Verbandsfunktionären, Politikern, Mitarbeitern von Verwaltungen und Einrichtungen sowie Unternehmen, aber auch den Medien Beratungsleistungen und Entscheidungshilfen zur Verfügung zu stellen. Ein anderes wichtiges Aufgabenfeld der Deutschen Gesellschaft für Freizeit ergibt sich aus der Flexibilisierung der Zeitstrukturen.
Die Gesellschaft will die damit verbundene Herausbildung einer neuen Alltagsstruktur bewußtmachen sowie die Probleme für soziales Engagement, Ehrenamt und gemeinsame Zeiten in Familien und Vereinen. Nicht zuletzt befaßt sich die DGF mit europäischen Freizeitfragen, insbesondere der grenzüberschreitenden Freizeitmobilität und den Freizeitmärkten.

Medienangebote

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DGF) verbreitet in unregelmäßigen Abständen und zu aktuellen Anlässen einen Pressedienst
Daneben bringt die Gesellschaft eine Schriftenreihe zur Freizeit heraus, in der in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten fast 80 Monographien, Dokumentationen sowie Forschungs- und Tagungsberichte erschienen sind. Die Bände dieser Schriftenreihe können gegen Gebühr bezogen werden.
Weiterhin legt die Deutsche Gesellschaft für Freizeit jährlich eine Literaturliste zu Neuerscheinungen auf dem Gebiet des Freizeitwesens vor.

Die Gesellschaft gab in Zusammenarbeit mit einem Fachverlag ein Freizeit-Lexikon heraus, das Stichwortreferate und ein Verweissystem enthält
Dieses Fachliteraturangebot der Gesellschaft wird durch eine Loseblattsammlung „Freizeit-Daten“ abgerundet. Ergänzt wird das Literaturangebot der Deutschen Gesellschaft für Freizeit durch einen Themendienst „Freizeit Wirtschaft“, der in einem Verlag erscheint und vor allem Trends aus den verschiedenen freizeitbedeutsamen Sachgebieten wie z. B. Erziehung, Gesundheit, Sozialarbeit, Städtebau, Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sowie Rechtsentwicklung aufzeigen soll.

Serviceleistungen

Als Dachverband berät und informiert die Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DGF) ihre Mitglieder sowohl über Fragen der Freizeit selbst als auch über die Planung, die Einrichtung und den Betrieb von Freizeiteinrichtungen. Die Gesellschaft erarbeitet Stellungnahmen zu Fragen der Freizeitpolitik und wertet Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit dem Thema Freizeit aus.

Die Gesellschaft führt zu grundlegenden Fragen des Freizeitwesens jährlich zwei bis drei Seminare und Tagungen durch.
Interessierten, die sich in einen Verteiler aufnehmen lassen können, übersendet die Gesellschaft in unregelmäßigen Abständen ihre Informationen.

Empfehlungen

Die Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Freizeit (DGF) ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen in vielfacher Weise von Bedeutung.
Die quantitative Zunahme arbeitsfreier Zeit gilt allgemein als Ergebnis erfolgreicher Tarif- und Sozialpolitik und grundsätzlich als Schutz gegen eine gesundheitliche Überforderung der Erwerbstätigen im Arbeitsgeschehen.
Allerdings wird durch die wachsende räumliche Trennung von Wohnstandorten, Arbeitsplätzen sowie Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen ein wachsender Teil der arbeitsfreien Zeit für arbeitsbedingten Verkehrsaufwand beansprucht

Ähnliches gilt für die noch nicht abgeschlossene Verringerung der in den Wohnungen möglichen sozialen und ökonomischen Funktionen einschließlich der Freizeittätigkeiten. Auch hier wird, insbesondere im Zusammenhang mit der Urlaubsverbringung, ein wachsender Verbrauch von Freizeit für freizeitbedingten Verkehrsaufwand bewirkt.
Zuletzt zeigen sich auch verstärkte Tendenzen, an Stelle eines Ausbaus medizinischer und sozialer Dienstleistungen vermehrt die Gesundheits- und Pflegeversorgung als Eigenarbeit in den Freizeitbereich zu verlagern.

Mit dieser Entwicklung ist eine Verminderung der Bedeutung der Freizeit für die Entspannung und Erholung und damit für die Sicherung von Gesundheit und Wohlbefinden verbunden. Insbesondere mit der Verlagerung von Gesundheits- und Pflegeversorgung in den Freizeitbereich sind unmittelbare gesundheitliche Überlastungen der Pflegenden verbunden

Auch die verbleibende Freizeit hat nicht nur positive Bedeutung für die Gesundheitslage, da die weiter zunehmende Kommerzialisierung des Freizeitbereiches durch erheblichen Normierungs- und Statusdruck auch einen Faktor der sozialen Ausgrenzung darstellt

Sodann ist der Freizeitbereich selbst und unmittelbar ein Bereich spezifischer Gesundheitsschädigungen geworden, die von Unfällen bis zu bestimmten Formen des Suchtverhaltens, etwa der Spielsucht reichen. Zuletzt gehen vom Freizeitbereich Umweltbelastungen aus, die etwa im Bereich des Freizeitverkehrs in Tourismusgebieten zu wachsenden Lärm- und Schadstoffbelastungen der Bewohner führen.

Für eine ganze Reihe dieser Zusammenhänge können die Materialien der Deutschen Gesellschaft für Freizeit als Grundlage für die Entwicklung einer Gesundheits-erziehung im Lebensbereich Wohnen genutzt werden. Dies gilt vor allem dann, wenn der Verbrauch von Freizeit durch arbeits-, versorgungs- und freizeitbedingtes Verkehrsaufkommen bewußtgemacht werden soll oder die Gefahr einer Überwälzung der Gesundheits- und Pflegeversorgung in die Freizeit verdeutlicht werden soll und zuletzt auch die mit der Kommerzialisierung der Freizeit verbundenen Gesundheits- und Umweltbelastungen angesprochen werden sollen.

– DGF –

Empfehlungen

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERNDE SCHULEN e. V.

– DGGS –

Adresse c/o Praxisbüro GImS
am Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld
Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld

Telefon 05 21/106-2186

Telefax 05 21/106-29 67

Die „Deutsche Gesellschaft für gesundheitsfördernde Schulen“ ist ein eingetragener Verein, der 1993 gegründet wurde und sich als „Deutsche Sektion“ der 1992 gegründeten „Europäischen Gesellschaft für gesundheitsfördernde Schulen“ versteht.

Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder, die ihre Interessen als Privatpersonen und/oder VertreterInnen verschiedenster Institutionen/ Organisationen vertreten. Demgemäß erfolgt die Finanzierung über Mitgliedsbeiträge, Spenden und Drittmittel.

Die DGGS begreift sich als Fachgesellschaft, die durch die Publikation relevanter Erkenntnisse und Erfahrungen, durch Fortbildungs- und Diskussionsveranstaltungen, durch Projektplanungen, wissenschaftliche Untersuchungen und öffentliche Stellungnahmen zu einer fachlichen Fundierung von Maßnahmen und Aktivitäten der Gesundheitsförderung in und mit Schulen beiträgt

Programmatischer Bezugspunkt ist zunächst die „Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO 1986) und deren Anwendung auf die Entwicklung des Bildungswesens.

Der Verein möchte in diesem Sinne einen integrierenden Verständigungsrahmen schaffen, der

- länderübergreifend die föderative Aufsplitterung im Bildungswesen überwindet und auch mit ausländischen Fachgesellschaften zusammenarbeiten kann;
- verbandsübergreifend die Aufsplitterung in verschiedene Berufsgruppen überwindet und auch offen ist für eine Zusammenarbeit mit PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen, Krankenschwestern, ArchitektInnen, ÖkotrophologInnen und anderen Berufsgruppen, die etwas zur schulischen Gesundheitsförderung beitragen können;
- organisationsübergreifend die Aufsplitterung in verschiedene Zuständigkeiten überwinden hilft und auch offen ist für eine Zusammenarbeit mit Gesundheitseinrichtungen, Beratungsstellen, Universitäten, Ministerien, Sozialversicherungen u. a.;

Aufgaben und Ziele der Institution

- DGGS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

statusübergreifend die Aufspaltung in Lehrer-, Schüler-, Eltern-, Therapeuten-, Berater-, Schulaufsichts-, Funktionärs-, wissenschaftlicher, Laien-, Experten-Rollen überwindet und sich um kognitive Anstrengungen im Bereich der Gesundheitsförderung in und mit Schulen bemüht

Ausgangspunkt ist dabei die Vernetzung bereits bestehender Aktivitäten, deren Wirkungsgrad durch geeignete Formen des Informations- und Erfahrungsaustausches, der kooperativen Unterstützung und der gemeinsamen Interessenvertretung erhöht werden soll.

Als unterstützende Infrastruktur propagiert der Vorstand auf Bundesebene die Gründung von Regionalgruppen und auf der Landesebene die Einrichtung von Praxisbüros Gesundheitsförderung in und mit Schulen.

Weitere Arbeitsschwerpunkte der DGGS sind momentan:

die jährliche Durchführung von Fachtagungen;
die Erstellung eines geeigneten Publikationsmediums für eine regelmäßige Unterrichtung und einen breiten Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen Projekten und Mitgliedern der DGGS/EGGS;
die Verbindung zu nationalen und internationalen Konzepten und Organisationen im „Europäischen Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen“ (ENHPS) sowie der „Internationalen Union für Gesundheits-erziehung und Gesundheitsförderung“ (IUHEP).

Medienangebote

Informationsmaterialien und Projekt-Dokumentationen für Multiplikatorinnen und InteressentInnen im Bereich Gesundheitsförderung in und mit Schulen (Kostenerstattung ist zu erfragen).

Serviceleistungen

Fortbildungen (Werkstatt-Tagungen), Projektentwicklung und Vernetzung gesundheitsfördernder Schulaktivitäten durch Regionalgruppen auf der Ebene der Bundesländer (Unkosten werden durch Beiträge von TeilnehmerInnen finanziert).

Empfehlungen

Über das Praxisbüro GimS (Anschrift s. o.) können Sie neben weiteren Informationen zur DGGS/EGGS Angaben zu Veröffentlichungen zum Themenbereich Gesundheitsförderung in Schulen erhalten. Auch bei weiteren Fragen, die das Themenfeld betreffen, möchten wir Ihnen gern weiterhelfen.

Auf Bundesebene stehen Ihnen des weiteren die Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung, die Bundesvereinigung für Gesundheit e. V. und das Projektunterstützungszentrum des „Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen“ an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg (Schleswig-Holstein) zur Verfügung.

Für weitere Informationen findet sich im Gesundheitswegweiser eine Beschreibung des Oberstufen-Kollegs des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Bielefeld

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGEND- PSYCHIATRIE e.V.

– DGKJ –

Adresse Klinik und Poliklinik f. Kinder- u. Jugendpsychiatrie
d. Philipps-Universität
Hans-Sachs-Str. 6
35039 Marburg

Telefon 0 64 21/28 53 34 und 28 30 53

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie e.V. (DGKJ) wurde 1950 unter der Bezeichnung „Deutsche Vereinigung für Jugendpsychiatrie“ neugegründet. Ihren derzeitigen Namen führt die DGKJ seit 1976. Die Mitglieder der Gesellschaft sind auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie tätige Ärzte. Außerordentliche Mitglieder können darüber hinaus Personen werden, die die Ziele der Gesellschaft unterstützen.

Die Aufgaben der Gesellschaft liegen in der Förderung von Forschung sowie der Verbreitung und Nutzbarmachung ihrer Ergebnisse. Neben der Kinder- und Jugendpsychiatrie geht es dabei um die Gebiete der Neurologie, Psychotherapie und Psychologie des Kindes- und Jugendalters sowie die Heilpädagogik.

Die DGKJ arbeitet mit dem Berufsverband der deutschen Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie zusammen. Auf internationaler Ebene steht die DGKJ in Kooperation mit der Europäischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und der International Association for Child and Adolescent Psychiatry and Allied Professions.

Die Gesellschaft gibt Stellungnahmen und Denkschriften zu grundlegenden Themen aus dem Bereich der Kinderpsychiatrie und Psychohygiene von Kindern und Jugendlichen heraus (zu Themen wie z. B. Verschreibung von Stimulantien, AIDS-Prophylaxe, phosphatfreie Kost). Einzelexemplare sind kostenlos erhältlich.

Die DGKJ veranstaltet alle zwei Jahre einen wissenschaftlichen Kongreß sowie jährliche Symposien, die Interessierten offenstehen (kostenpflichtig). Über die Geschäftsstelle kann ein Verzeichnis der Kliniken, die Weiterbildungsveranstaltungen durchführen, bezogen werden (kostenlos).

Periodika aus dem Tätigkeitsbereich der Gesellschaft sind die „Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie“, die „Acta Paedopsychiatrica“ und „Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie“. In der „Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie“, die das offizielle Organ der Gesellschaft ist, erscheint regelmäßig eine Rubrik mit Informationen über die laufende Arbeit der DGKJ.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR PRÄVENTION UND REHABILITATION VON HERZ-KREISLAUF- ERKRANKUNGEN e.V.

– DGPR –

Adresse	Rizzastraße 34 56068 Koblenz
Ansprechpartner	Herr M. Bender (Geschäftsführer)
Telefon	02 61/30 92 31
Telefax	02 61/30 92 32

Die Deutsche Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen (DGPR) ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der 1973 gegründet wurde und aus der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für kardiologische Prävention und Rehabilitation hervorgegangen ist. Sie ist der Bundesverband aller in der kardiologischen Prävention und Rehabilitation tätigen Ärzte und aller Mitarbeiter des interdisziplinären therapeutischen Teams. In ihr sind auch die Landesorganisationen als Träger der ambulanten Herzgruppen, die kardiologischen Rehabilitationskliniken sowie Institutionen verwandter Zielsetzung zusammengeschlossen.

Die DGPR verfolgt bei der Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen das Ziel der umfassenden Betreuung von Herz- und Gefäßpatienten im Akutkrankenhaus, in der Rehabilitationsklinik -- insbesondere in der Anschlußheilbehandlung (AHB) - - und im Rahmen der ambulanten Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte (Hausarzt, Kardiologe) sowie insbesondere in den ambulanten Herzgruppen. Hier wird ein bundesweit flächendeckendes Netz von Übungs- und Trainingsgruppen angestrebt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der DGPR liegt im Auf- und Ausbau von Präventionsgruppen. Hierbei handelt es sich um die Zusammenfassung von Patienten mit einem hohen Risikopotential zur Entwicklung einer Arteriosklerose.

Zu den weiteren Zielen der DGPR gehören vorrangig die Erforschung und Erarbeitung neuer Methoden in der Behandlung von Herz-Kreislaufkrankheiten sowie deren Umsetzung und Verbreitung unter besonderer Berücksichtigung der interdisziplinären Prävention und Rehabilitation.

Im Hinblick auf diese Ziele setzt sich die DGPR folgende Aufgaben:

- Koordinierung der regionalen Tätigkeit der Landesorganisationen
- Planung und Koordination des weiteren Ausbaues eines flächendeckenden Netzes ambulanter Herzgruppen
- Planung und Koordinierung des Auf- und Ausbaues eines bundesweiten Netzes von Präventionsgruppen

Aufgaben und Ziele der Institution

- DGPR -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Erarbeitung von Empfehlungen zur Weiterbildung zu Herzgruppenärzten

- Erarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen für die (ärztliche) Leitung von ambulanten Herzgruppen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportärztebund und der Deutschen Gesellschaft für Herz-Kreislaufforschung

Erarbeitung und Fortschreibung von Qualitätsstandards für die ambulante und stationäre kardiologische und angiologische Prävention und Rehabilitation

Initiierung und Koordinierung von Modellmaßnahmen und Projekten

- Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern und Forschungsgruppen

Koordination der Forschung auf dem Gebiet der kardiologischen Prävention und Rehabilitation

Veröffentlichung von wissenschaftlichen Arbeitsergebnissen aus dem Bereich der kardiovaskulären Prävention und Rehabilitation

Mitarbeit in der Fortbildung von Ärzten und Mitarbeitern des interdisziplinären Teams in der Prävention und Rehabilitation

Mitarbeit bei der Aus- und Fortbildung der Übungsleiter „Herzsport“

Mitwirkung bei der Gesundheitserziehung und Laienaufklärung hinsichtlich Risikofaktoren, Zivilisationskrankheiten und Wiederbelebung

Die Organe der DGPR sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Hauptausschüsse. Das höchste Organ ist die Mitgliederversammlung. Ihr gehören alle Mitglieder an. Sie tagt einmal jährlich. Der Vorstand besteht aus sieben Personen, von denen der erste und zweite Vorsitzende Ärzte sein müssen. Die anderen Organe sind je ein Hauptausschuß für ambulante bzw. stationäre Prävention und Rehabilitation, der einen Vertreter als Mitglied des Vorstandes wählt

Die erforderlichen Mittel für die Arbeit der DGPR setzen sich zusammen aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Zuschüssen. Daneben unterstützt ein Förderverein die DGPR durch die Zusammenarbeit mit Pharmafirmen und anderen Unternehmen.

Medienangebote

Das Medienangebot der Deutschen Gesellschaft richtet sich an Schlüsselpersonen, vor allem Ärzte, und an Betroffene, d.h. Patienten und ihre Angehörigen

Als Periodika erscheinen:

„Herz-Kreislauf“, eine fachwissenschaftliche Monatszeitschrift für Kardiologie und Angiologie in Klinik und Praxis, die das offizielle Organ der DGPR ist (Abonnement, für Mitglieder kostenlos)

Weitere Medien der DGPR sind:

eine Schriftenreihe mit Themen wie „Ratgeber zur Betreuung von Herzgruppen“ (kostenpflichtig)

Informationsschriften für Ärzte und Patienten wie z.B.

„Leben mit der chronischen Herzkrankheit. Wie soll es weitergehen?“,
„Wegweiser Daten, Informationen und Hilfen für die Gründung einer Herzgruppe“,
„Handbuch der Koronargruppenbetreuung“ (teilweise kostenpflichtig)

Bei der Erstellung weiterer Medien, wie z.B. der Film-Trilogie „Nachsorge für Koronarkranke“, beteiligt sich die DGPR

Sowohl die Landesverbände für kardiologische Prävention und Rehabilitation als auch die Arbeitsgemeinschaften ambulanter Herzgruppen bringen zusätzlich eigene Periodika und Druckschriften heraus.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der DGPR sollen den verschiedenen Zielgruppen in der kardiologischen Prävention und Rehabilitation dienen wie Ärzten, Übungsleitern und Betroffenen sowie deren Angehörigen

Im Mittelpunkt der Serviceleistungen stehen Kongresse, die von der DGPR selbst und in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden durchgeführt werden. So findet jährlich die Jahrestagung mit dem wissenschaftlichen Kongreß an wechselnden Orten statt, einmal jährlich eine Tagung für die Mitarbeiter von interdisziplinären Teams in der Prävention und Rehabilitation und in Zu-

sammenarbeit mit dem Deutschen Sportärztebund die „Tagung der Ärzte aller Herzgruppen in der Bundesrepublik“.

Zu den weiteren Serviceleistungen gehört die Erarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen zu den Fragen der kardiologischen Prävention und Rehabilitation und der Arbeit in den Herzgruppen sowie die Beratung der Träger von Herzgruppen, der Fachverbände des Deutschen Sportbundes, der Träger der Renten- und Krankenversicherungen und von anderen in der Prävention und Rehabilitation Tätigen

Empfehlungen

Für die Präventionsarbeit im Bereich der Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems ist es wichtig, den Kontakt zu der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislaufkrankheiten e.V. und dem zuständigen Landesverband herzustellen.

Außerdem sollten die vorhandenen Herzgruppen in der Region bekannt sein und Kontakt zu den zuständigen

Landesverbänden ambulanter Herzgruppen bestehen. Die Adressen sind bei der DGPR zu erfahren.

Weiterhin ist die Kenntnis der Richtlinien und Empfehlungen zu den Fragen der kardiologischen Prävention und Rehabilitation und der Arbeit in den Herzgruppen wichtig.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR PSYCHIATRIE, PSYCHOTHERAPIE UND NERVENHEILKUNDE e.V.

– DGPPN –

Adresse Geschäftsstelle
Josef-Stelzmann-Straße 9
50924 Köln

Telefon 02 21/4 78 63 57

Telefax 02 21/4 78 63 98

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN) entstand 1954 als Wiedergründung des „Deutschen Vereins für Psychiatrie“, der bis 1935 bestand. Die DGPN ist die wissenschaftliche Gesellschaft für die Psychiatrie in Deutschland. Ihre Mitgliedschaft besteht je zur Hälfte aus klinisch tätigen und niedergelassenen Nervenärzten. Derzeit zählt die Gesellschaft etwa 1300 Mitglieder.

Zu ihren Zielen zählt die DGPN die

- Förderung der psychiatrischen Wissenschaft und Heilkunde
- Beratung und Unterstützung des Gesetzgebers sowie der Verwaltung auf den Gebieten der Psychiatrie und der Nervenheilkunde
- Pflege internationaler Beziehungen

Es besteht eine enge Kooperation mit dem Berufsverband der Deutschen Nervenärzte. Die DGPN ist Gründungsmitglied der World Psychiatric Association und der World Federation for Mental Health.

Die Zeitschrift „Spectrum“ ist das offizielle Mitteilungsorgan der DGPN, der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und des Berufsverbandes der Deutschen Nervenärzte. Die Ausgaben unterteilen sich jeweils in einen Forumsteil, in dem Fachthemen zur Diskussion gestellt werden, und eine zweite Rubrik für offizielle Mitteilungen der genannten Verbände. Die Zeitschrift kann über den Deutschen Ärzte-Verlag (Dieselstr. 2, 50859 Köln) von allen Ärzten für Nervenheilkunde, Neurologie und Psychiatrie bezogen werden.

Als wissenschaftliche Fachzeitschrift und Organ der DGPN ist weiterhin das Periodikum „Der Nervenarzt“ zu erwähnen. Hier werden ausschließlich wissenschaftliche Beiträge aus der gesamten Nervenheilkunde veröffentlicht. Die Zeitschrift ist zu beziehen über den Springer-Verlag, Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, oder über Buchhandlungen.

Im Rahmen der DGPN besteht eine Reihe von Fachreferaten u. a. zu den Themen Niedergelassene Nervenärzte, Weiterbildung, Fortbildung und Kongreßplanung, Psychotherapie, Dokumentation und Klassifikation, Forschung, Geschichte der DGPN, Rechtsfragen und Forensische Psychiatrie sowie Referate für verschiedene Sprachgebiete. Bei Interesse an einer der genannten Themenstellungen kann über die Geschäftsstelle in Köln Kontakt zu den anderen Referaten aufgenommen werden.

- DGPPN -

Etwa alle zwei Jahre veranstaltet die Gesellschaft einen wissenschaftlichen Kongreß, der allen praktizierenden Nervenärzten offensteht.

Die DGPN ist entscheidend an der Weiterentwicklung von psychiatrischen Fort- und Weiterbildungsangeboten für Ärzte beteiligt, führt allerdings keine eigenen Fortbildungsveranstaltungen durch, da dies nach der ärztlichen Weiterbildungsordnung den Landes- und Bezirksärztekammern vorbehalten ist.

**DEUTSCHE
GESELLSCHAFT FÜR
PSYCHOANALYSE,
PSYCHOTHERAPIE,
PSYCHOSOMATIK UND
TIEFENPSYCHOLOGIE
e.V.**

– DGPT –

Adresse Geschäftsstelle
c/o RA Holger Schildt
Johannisbollwerk 20
20459 Hamburg

Telefon 0 40/3 19 26 19

Telefax 0 40/3 19 43 00

Die Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT) e.V. vereinigt Psychotherapeuten psychoanalytischer Ausrichtung. Mitglieder können Ärzte und Psychologen mit einer abgeschlossenen psychoanalytischen Weiterbildung (verschiedener Richtungen) an einem anerkannten Institut werden.

Die Gesellschaft erarbeitet Weiterbildungsrichtlinien für die Ausbildung zum analytischen Psychotherapeuten. Sie fördert die Forschung und Anwendung der Erkenntnisse der Psychoanalyse und der von ihr abgeleiteten Verfahren. Sie vertritt die Standes- und Berufsinteressen ihrer Mitglieder.

Die Weiterbildungsrichtlinien sowie eine Adressenliste der von der DGPT anerkannten Weiterbildungsinstitute und ein Mitgliederverzeichnis können über die Geschäftsstelle bezogen werden.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIALE PSYCHIATRIE e.V.

– DGSP –

Adresse Stuppstraße 14
50823 Köln

Telefon 02 21/51 10 02

Telefax 02 21/52 99 03

Die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP) wurde 1971 als gemeinnütziger Verein gegründet, um für die Berücksichtigung der sozialen und psychischen Faktoren, die seelische Erkrankungen hervorrufen und aufrechterhalten, in der psychiatrischen Versorgung einzutreten.

Die DGSP unterteilt sich in 14 Landesverbände, die z. T. über Regionalgruppen verfügen. Die Mitglieder der Landesverbände sind zugleich auch Mitglieder der DGSP, die ca. 3000 Mitgliedschaften hat. In der Gesellschaft sind vor allem Mitarbeiter/innen aus allen in der psychiatrischen Versorgung tätigen Berufsgruppen organisiert. Die DGSP steht aber auch anderen Interessierten offen.

Die Gesellschaft finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, in einzelnen Fällen erhält sie Zuschüsse für Informations- und Fachtagungen.

Die DGSP vertritt keinen bestimmten Berufsstand und keine therapeutische Schule, sie setzt sich für die Verwirklichung einer „gesellschaftsbezogenen“ Psychiatrie ein, die psychische Krankheit nicht als Defekt des Individuums betrachtet, sondern „die sozialen und psychischen Ursachen, Begleitumstände und Folgen seelischen Krankseins zum Gegenstand ihres Handelns macht“ (aus der Satzung).

Die Ziele, für die die Gesellschaft eintritt, beziehen sich entsprechend auf eine Verbesserung der sozialen Bedingungen psychisch Kranker und den Abbau von Etikettierung und Isolation.

***Aufgaben
und Ziele
der Institution***

- DGSP -

Aufgaben und Ziele der Institution

Im einzelnen setzt sich die DGSP ein für:

- Erreichung von Lebensumständen, die Ausgrenzung psychisch Kranker unnötig machen (u.a. entsprechende Wohn-, Arbeits-, Beziehungs- und Betreuungsangebote, die ein Leben außerhalb von Anstalten ermöglichen)
- Abschaffung abgelegener psychiatrischer Großanstalten
- Achtung und Durchsetzung der Rechte auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit von psychisch Kranken und Beseitigung entsprechender Mißstände in der Psychiatrie

- Ausbau ambulanter Dienste
- Umgestaltung des Finanzierungssystems zugunsten gemeindenaher, psychiatrischer Dienste
- Rechtliche Gleichstellung mit körperlich Kranken
- Interprofessionelle Teamarbeit in der Psychiatrie und entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote.

Die DGSP, in der alle an der psychiatrischen Versorgung beteiligten Berufsgruppen vertreten sind, sieht sich als Forum für eine gleichberechtigte Diskussion zwischen diesen Gruppen.

Medienangebote

Die Medienangebote der DGSP wenden sich zum einen an die Berufsgruppen, die in der Psychiatrie tätig sind, zum Teil sind sie für die Aufklärung der Öffentlichkeit über Mißstände in der Psychiatrie bestimmt, um Änderungen zu bewirken.

Periodikum der Gesellschaft ist die „Soziale Psychiatrie“, die viermal im Jahr erscheint. Diese enthält neben einem Schwerpunktthema aktuelle und verbandsinterne Nachrichten und ist auch von Nicht-Mitgliedern zu beziehen (für 10 DM pro Heft)

Zu den kostenpflichtigen Publikationen der DGSP ist eine Bestellliste kostenlos erhältlich

Die Printmedien der DGSP (z.B. die „DGSP-Schriftenreihe“) dienen (z.T. in Form von Tagungsberichten) in erster Linie der Diskussion und Standortbestimmung

der in der Psychiatrie Tätigen, im Hinblick auf eine psychiatrische Versorgung, die den obengeschilderten Zielen entspricht.

Kurzgefaßte Broschüren und Informationsblätter sollen die Öffentlichkeit auf Mißstände in der Psychiatrie aufmerksam machen und zu entsprechendem Engagement aufrufen (z.B. die Broschüre „Prüfsteine für ein Psychiatriegesetz“).

Ebenfalls an die Öffentlichkeit richtet sich das Plakatangebot der DGSP (Format ca. 80 x 60 cm); zu den Plakaten gibt es entsprechende Informationsblätter. Einzel-exemplare werden kostenlos abgegeben.

Die Aufnahme in den Verteiler ist kostenlos. Eventuell sollte das Interesse genauer spezifiziert werden, da mehrere Verteiler existieren.

Serviceleistungen

Die DGSP ist bereit, bei der Planung psychiatrischer Angebote zu beraten. Ebenso in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit für psychisch Kranke kann auf den Erfahrungsschatz der Gesellschaft zurückgegriffen werden. Weiterhin bestehen Kompetenzen bei der Konzeption und Durchführung von Fortbildung. Kürzere Beratungen in diesen Fragen sind kostenfrei, bei einer stärkeren Beanspruchung muß über ein Honorar verhandelt werden.

Es können auch Fachleute und Referenten/innen vor Ort für die genannten Themenstellungen vermittelt werden. Die Honorarfrage muß mit dem/der Betroffenen selber geklärt werden.

Die DGSP organisiert eine berufsübergreifende und -begleitende 3jährige Sozialpsychiatrische Zusatzausbil-

dung für alle in der psychiatrischen/psychosozialen Versorgung tätigen Mitarbeiter/innen. Die 3jährigen Kurse werden regional angeboten. Daneben werden in einigen Regionen auch themenzentrierte Kurzurse angeboten.

Weitere Informationen können über das „Institut für Aus-, Fort- und Weiterbildung der DGSP“ unter der Adresse und Telefonnummer der Geschäftsstelle bezogen werden.

Zweimal im Jahr veranstaltet die DGSP einen Fachkongreß, der allen Interessierten gegen eine Teilnahmegebühr offensteht. Weitere Tagungen werden durch die Fachausschüsse und die Landesverbände veranstaltet. Informationen über alle Tagungen sind dem „DGSP-Rundbrief“ zu entnehmen.

Empfehlungen

Zur laufenden Information über die Arbeit der DGSP sollte der viermal pro Jahr erscheinende DGSP-Rundbrief bezogen werden (Jahresabonnement 40 DM)

Die Bestellliste für Printmedien sollte angefordert werden zur Information über das Angebot an Schriften zur kritischen Auseinandersetzung mit der derzeitigen Psychiatrie für psychiatrisch Tätige und die Öffentlichkeit.

Die DGSP verfügt über ein Plakatangebot (Einzel-exemplare kostenlos)

Bei der DGSP können Informationen zur Planung psychiatrischer Versorgung, Öffentlichkeitsarbeit für

psychisch Kranke und zum Aufbau von Fortbildung eingeholt werden (bei geringer Beanspruchung kostenlos).

Das berufsübergreifende Fortbildungsangebot für im psychiatrischen oder psychosozialen Bereich Tätige sollte Beachtung finden

Empfehlenswert ist die Aufnahme in den Verteiler der DGSP.

Interessierte sollten Kontakt zu dem jeweiligen Landesverband aufnehmen, um sich über lokale Angebote zu informieren (Adressen über die Geschäftsstelle des Bundesverbandes).

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIALPÄDIATRIE e.V.

Adresse Heighofstraße 63
81377 München

Ansprechpartner Prof. Dr. med. Hubertus von Voß
Tel. 089/717114

Telefon 089/71 00 92 32-3

Die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie vereint mit 1.900 Mitgliedern Kinderärzte und andere Berufsgruppen, die sich mit dem Kind und seinen Problemen befassen. Sie hat ihren Ursprung in der 1909 gegründeten „Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz“ und steht in enger Verbindung zu den beiden anderen pädiatrischen Gesellschaften, der „Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde e.V.“ und dem „Berufsverband der Kinderärzte Deutschlands e.V.“.

Die Ziele der Gesellschaft sind lt. Satzung:

- Fördern von Lehre und Forschung in der Sozialpädiatrie,
- Klären von Fragen der Anwendung pädiatrischer Erkenntnisse zur Hebung der Gesundheit allgemein,
- die Ergebnisse dieser Arbeit sammeln und den zuständigen Bundes- und Landesbehörden, den Körperschaften und den auf diesem Gebiet tätigen Einzelpersonen (Ärzten, Lehrern, Sozialarbeitern usw.) in geeigneter Form zugänglich machen,
- die Öffentlichkeit über die Gesundheitspflege für Mutter und Kind aufklären.

Nach dem Verständnis der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie „befaßt sich die Sozialpädiatrie mit solchen Problemen, die sich aus der Wechselwirkung zwischen Kind und Gesellschaft ergeben“. Daraus entstehen Fragen nach kindgerechten Umweltbedingungen in Familie, Kindertagesstätte, Vorschule und Schule, nach der Prophylaxe angeborener und erworbener Gesundheitsstörungen und der Entwicklung behinderter Kinder. Die Arbeitsfelder für Sozialpädiatrie sind:

- Klinische Sozialpädiatrie
- Infektionen und Infektionsschutz
- Prävention und Prophylaxe
- Chronisch kranke Kinder
- Entwicklungs-Rehabilitation
- Kind, Familie, Recht
- Säuglings- und Kleinkinderschutz
- Kindesmißhandlungen
- Jugendmedizin
- Jugendärztlicher Dienst
- Schul- und Unterrichtshygiene
- Kinder- und Jugendsport
- Gesundheitserziehung
- Pharmakotherapie
- Kinderchirurgie
- Kinderdermatologie
- Kinderdiätetik

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIAL-
PÄDIATRIE e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Kindergynäkologie
Kinderneurologie
Kinderonkologie
Kinderophthalmologie
Kinderotorhinolaryngologie
Kinderpsychologie
Kinder- und Jugendpsychiatrie
Kinderzahnheilkunde
Humangenetik
Tropenpädiatrie
Umwelthygiene
Praxisfragen
Naturgemäße Heilverfahren
Vergiftungen und Antidottherapie
Verhaltensbiologie des Kindes
Kind und Medien
Pädiatrische Epidemiologie

- Internationale Sozialpädiatrie
Geschichte der Kinderheilkunde
Tagungsberichte
Tabellen für die Kinderpraxis
Kinderchirurgie für die Praxis
Pädiatrische Impfberatung

Zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft besteht ein wissenschaftlicher Beirat, der sich mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Sozialpädiatrie befaßt und dazu die Position der Gesellschaft erarbeitet. Außerdem beschäftigen sich Fachausschüsse und Arbeitskreise mit spezifischen Bereichen der Sozialpädiatrie wie der „Impfausschuß“, der Fachausschuß „Kinderkrankenpflege“ und der Arbeitskreis „Kinderkuren“ sowie Ad-hoc-Ausschüsse mit aktuellen Themen wie „AIDS“, „Häusliche Kinderkrankenpflege“ und „Kindesmißhandlungen“

Medienangebote

Mit ihren Publikationen will die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie einmal die Fachöffentlichkeit über ihre Arbeit informieren und Ergebnisse bzw. Inhalte der verschiedenen Veranstaltungen näherbringen und zum anderen denen, die mit Kindern zu tun haben wie Eltern, Erzieherinnen und Kinderkrankenschwestern, über wichtige gesundheitliche Fragen aufklären.

Als offizielles Organ der Gesellschaft erscheint monatlich die Zeitschrift „Sozialpädiatrie und Kinderärztliche Praxis“. In dieser Zeitschrift werden sowohl pädiatrische Fachbeiträge als auch Beiträge z.B. zu den Themenkreisen Prävention und Prophylaxe, Schul- und Unterrichtshygiene, Gesundheitserziehung und Psychohygiene veröffentlicht. Mitglieder erhalten diese Zeitschrift kostenlos, Nichtmitglieder gegen den Abonnementspreis.

Eine weitere Zeitschrift der Gesellschaft ist „Kinderkrankenschwester“, die sich der Fortbildung von Kinderkrankenschwestern widmet.

Mit der Broschüre „Gesunde Kinder sichere Zukunft“ erhalten Eltern Ratschläge zur Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern (kostenlos).

Ein Merkblattprogramm informiert Fachkräfte und Eltern zu bestimmten Themen, wie z.B. die „Rachitisprophylaxe“ (auch in den Sprachen Italienisch, Spanisch und Jugoslawisch).

Ein Verzeichnis der Merkblätter mit Preisliste kann beim

Verlag Gerhards + Co. oHG

Baumertstr. 28 30

60386 Frankfurt/Main

angefordert werden.

- Weitere Veröffentlichungen sind die Berichtsbände über die Kongresse und Symposien der Gesellschaft, sie erscheinen in verschiedenen Verlagen, u.a. auch beim Deutschen Grünen Kreuz, Marburg.

**Service-
leistungen**

Die hauptsächlichlichen Serviceleistungen der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie bestehen in dem Angebot der Jahrestagungen, Symposien und Fortbildungen für alle, die beruflich mit Kindern zu tun haben, aber auch für interessierte Eltern.

So veranstaltet die Gesellschaft für Sozialpädiatrie in Verbindung mit der jährlichen Mitgliederversammlung ihre Jahrestagung, die sich aktuellen Problemen widmet wie: „Kinderkuren und Kinderheilverfahren auf dem Prüfstand“, „Schulschwierige Kinder“, „Erkrankungen mit Immunschwäche einschließlich AIDS“, „Entwicklungs-Neurologie und -Rehabilitation“, „Kinder in unvollständigen Familien“

Mit weiteren Kongressen und Symposien, oft in Kooperation mit anderen Vereinigungen, trägt die Gesellschaft dazu bei, daß wichtige Fragestellungen der Sozialpädiatrie wissenschaftlich erörtert und der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Publikationen über diese Veranstaltungen und andere Veröffentlichungen unterstützen diese Bemühungen der Gesellschaft, die sich aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert

Weitere Serviceleistungen der Gesellschaft sind die Herausgabe der Publikationen und deren gezielte Weitergabe sowie die Beantwortung von Anfragen zu Themen der Sozialpädiatrie durch Literatur, Grundlagenmaterial und der Fachkompetenz, die in der Gesellschaft vereinigt ist.

Empfehlungen

Für Fragen und Maßnahmen in der Gesundheitspflege und -vorsorge von Kindern ist die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie ein wichtiger Ansprechpartner. Es wird daher empfohlen,

das Verzeichnis der lieferbaren Merkblätter anzufordern, sich bei entsprechendem Interesse in den Verteiler für die Veranstaltungen der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie aufnehmen zu lassen

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SPRACHHEILPÄDAGOGIK e. V.

– dgs –

Adresse dgs-Geschäftsstelle
Leonberger Ring 1
12349 Berlin

Telefon 0 30/6 05 79 65

Telefax 0 30/60 00 22 67

Die Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e. V. (dgs) ist ein Fachverband, der bereits 1927 gegründet wurde. Es handelt sich um einen eingetragenen Verein mit Landesgruppen in jedem Bundesland Deutschlands, der gemeinnützig tätig ist und keine wirtschaftlichen Ziele verfolgt. Er finanziert sich aus den Beiträgen seiner Mitglieder. Zu den rund 6.000 Mitgliedern gehören vorwiegend Sprachheilpädagogen, aber auch Logopäden, Ärzte und Hochschullehrer.

Die Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e. V. setzt sich ein für:

- die Wahrung der Interessen der von Sprachbehinderung bedrohten oder betroffenen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen durch Beratung, Frühförderung, ambulante, schulische oder stationäre Rehabilitation und die nachgehende Fürsorge,
- die Aufklärung der Öffentlichkeit über Sprachbehinderungen, auch im präventiven Sinne (Veranstaltungen bzw. Aufklärungsschriften),
- die Förderung der Wissenschaft und Forschung im Fachgebiet der Sprachheilpädagogik/Logopädie (finanzielle Unterstützung von Forschungsvorhaben, Förderung junger Autoren),
- die ständige Fort- und Weiterbildung der Mitglieder in Theorie und Praxis der Sprachheilpädagogik sowie den fachlichen Austausch mit anderen Verbänden (Veranstaltung von Fortbildungstagungen und internationalen Kongressen, Herausgabe der Fachzeitschrift „Die Sprachheilarbeit“ sowie Informationschriften und Fachliteratur).

Aufgaben und Ziele der Institution

Alle zwei Jahre Berichtsdocumentation über Fachtagungen seit 1956 (kostenpflichtig; pro Band ca. 25,- DM),
Plakate zur Information und Aufklärungsschriften über Sprachstörungen, teils zentral, teils über die Landesgruppen erhältlich (geringe Gebühren oder kostenfrei),
Herausgabe der Fachzeitschrift „Die Sprachheilarbeit“, sechsmal jährlich, Auflage 8 000 Stück, erhältlich im Buchhandel.

Medienangebote

- dgs -

**Service-
leistungen**

- Fortbildungsveranstaltungen für Fachpädagogen, regional und bundesweit (kostenpflichtig),
- Beratung von Betroffenen oder Eltern (kostenlos) und wenn nötig Vermittlung von Institutionen zur Durchführung von Therapie,
 - Referenten werden empfohlen (teils kostenlos, teils kostenpflichtig).

**Adressen
der
Landesgruppen**

Landesgruppen existieren in jedem Bundesland:

LG Baden-Württemberg:

Peter Arnoldy
Gebrüder-C Grimm-Schule
Schillerstraße 3 -7
74072 Heilbronn

LG Bayern:

Siegfried Heilmann
Pfarrer-Schwarz-Straße 12
97525 Schwebheim

LG Berlin:

Friedrich Harbrucker
Niedstraße 24
12159 Berlin

LG Brandenburg:

Monika Paucker
Berliner Straße 29
03172 Guben

LG Bremen:

Prof. Dr. Gerhard Homburg
St.-Magnus-Straße 4
27721 Platjenwerbe

LG Hamburg:

Volker Plass
Cryphiusstraße 3
22299 Hamburg

LG Hessen:

Hans Fink
Burgackerweg 6
35460 Staufenberg

LG Mecklenburg-Vorpommern:

Dirk Panzner
Eschenstraße 5
18057 Rostock

LG Niedersachsen:

Joachim Rollert
Sauerbruchweg 25
31535 Neustadt

LG Rheinland:

Marianne Gamp
Beringstraße 18
53115 Bonn

LG Rheinland-Pfalz:

Gerhard Zupp
Am Bollenbach 12
55743 Idar-Oberstein

LG Saarland:

Dr. Herbert Günther
Tannenweg 4
66265 Heusweiler

LG Sachsen:

Harald Stelse
Georg-Schumann-Straße 29
04155 Leipzig

LG Sachsen-Anhalt:

Regina Schleiff
Pöikenstraße 7
06484 Quedlinburg

LG Schleswig-Holstein:

Harald Schmalfeldt
Golfstraße 5
21465 Wentorf

LG Thüringen:

Gotthard Häser
Brennerstraße 3 a
99423 Weimar

LG Westfalen-Lippe:

Hermann Crus
Zur Hünenburg 2
48691 Vreden

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR UMWELTERZIEHUNG

– DGU –

Adresse Frauenthal 25
20149 Hamburg

Ansprechpartner Herr Axel Beyer, Geschäftsführer

Telefon 0 40/4 10 69 21

Telefax 0 40/45 61 29

Die DGU wurde 1982 als gemeinnütziger Verein gegründet. Die rund 200 Mitglieder setzen sich aus Erziehungswissenschaftlern und Pädagogen aller Bildungsbereiche zusammen. Weiterhin sind auch juristische Personen, Institutionen und Organisationen Mitglied. Es besteht die übliche Vereinsstruktur (Mitgliederversammlung, Vorstand, Geschäftsführung). In Hamburg befindet sich die Hauptgeschäftsstelle. Ein zweites Büro wurde 1992 in Schwerin eröffnet. Die DGU beschäftigt 5 Personen hauptamtlich.

Die Finanzierung ist projektgebunden. Gefördert wird die DGU u. a. von der Kommission der Europäischen Union, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, dem Umweltbundesamt und Institutionen der Bundesländer.

Aufgabe der DGU laut Satzung ist:

Die DGU fördert die Umwelterziehung als pädagogisch und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit der natürlichen, der sozialen und der gebauten Umwelt. Die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung verfolgt auf nationaler Ebene die gleichen Ziele wie die Stiftung für Umwelterziehung in Europa (Foundation for Environmental Education in Europe, F.E.E.E.), Kopenhagen, die insbesondere die Nutzung vorhandener Einrichtungen zur Umwelterziehung und Initiativen zu ihrer Verbreitung unterstützt. Diese Absicht wird vorrangig durch folgende Maßnahmen verwirklicht:

- Veranstaltung oder Förderung von Seminaren und Tagungen, Informationsgespräche, in denen vor allem die unmittelbaren Umwelterfahrungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Mittelpunkt stehen. Dies soll insbesondere durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen aller Art, mit kommunalen Einrichtungen, mit Behörden, mit Bürgern der Gemeinden, mit Vereinigungen und Betrieben erreicht werden.

Entsprechende Publikationen, Gutachten und Studien werden herausgegeben und gefördert.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DGU -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Arbeitsschwerpunkte der DGU liegen z. Zt. auf folgenden Gebieten:

1. Blaue Europa-Flagge
Seit 1987 wird in Zusammenarbeit mit der F.E.E.E. die „Blaue Europa-Flagge“ an Strände und Sportboothäfen vergeben. Die Auszeichnung wird an Strände vergeben, wenn sie bestimmten Anforderungen bezüglich der Badegewässerqualität nach der EG-Badegewässerrichtlinie, bezüglich Umweltmanagement und Sicherheitsaspekten der Umwelterziehung und -information genügen. Zu den hohen Anforderungen, die von den Sportboothäfen erfüllt werden müssen, zählen eine möglichst große Umweltverträglichkeit, ein hoher Sicherheitsstandard, ausreichende Entsorgungsbereiche für (Sonder-)Abfälle und Abwasser sowie Umwelterziehung und -information in vorbildlicher Weise.
2. Modelle zur Umwelterziehung
Im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und eines Bundeslandes werden jährlich die Tagungen „Modelle zur Umwelterziehung“ durchgeführt. Dabei wurden bisher u. a. die Themenbereiche „Lokale und regionale Netze der Umwelterziehung“ und „Umwelterziehung im Ballungsraum“ diskutiert. Im Anschluß an die Tagungen werden Tagungsbände herausgegeben.
3. Kommunale Umweltgespräche
Einmal jährlich veranstaltet die DGU die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten „Kommunalen Umweltgespräche“. Die Themen variieren dabei jedes Jahr. Beispielsweise wurden 1993 die Kommunalen Umweltgespräche zum Thema „Umwelt, Verkehr, Mobilität“ in vier Bundesländern mit Experten aus Landes- und Kommunalverwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft veranstaltet. Dabei wird die Wahl des Themas möglichst an die regionalen Besonderheiten des

jeweiligen Bundeslandes angepaßt. In Brandenburg war dies „Öffentlicher Verkehr und Umwelterhaltung“, in Thüringen „Verkehr – tourismusfreundlich und umweltverträglich?“, in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern „Umwelt, Verkehr, Mobilität“ mit Leitlinien für die Kommunen.

4. Energiesparen an Schulen
In Anlehnung an ein sehr erfolgreiches Projekt einer Berliner Schule wird in mehreren Bundesländern ein Projekt „Energiesparen an Schulen“ erarbeitet. Energieeinsparungen werden durch die Kooperation von Schülern, Lehrern und Hausmeistern mit den zuständigen Behörden und Unternehmen aus den Bereichen Energieberatung und Energieversorgung ermöglicht. Dabei geht es um die Vermittlung von Handlungswissen zum Umgang mit Energie in der Schule, Durchführung von Energieverbrauchsüberwachung, Ermittlung von Energiesparpotentialen durch Verhaltensänderungen und auch durch technische Veränderungen im und am Schulgebäude. Energieeinsparungen bedeuten auch immer finanzielle Ersparnisse für den Schulträger. Daher wird versucht, für die Schulen auch einen finanziellen Anreiz zu schaffen, indem es ermöglicht wird, einen Teil des Ersparten der Schule direkt zur Verfügung zu stellen.
5. Umweltschule in Europa (Eco-School)
Das Projekt „Umweltschule in Europa“ ist Teil einer europäischen Kampagne der „Stiftung für Umwelterziehung in Europa“ (F.E.E.E.). Aufgrund eines selbstgewählten Projektes können sich Schulen seit 1994 um die Auszeichnung bewerben. Ziel ist es, die Schule umweltverträglicher zu gestalten. Dies geschieht jedoch nicht auf der Basis der reinen Wissensvermittlung, sondern umweltverträgliches Denken und Handeln werden vor Ort praktiziert. Die Ausschreibung unterstützt den Prozeß und die Initiativen zu mehr Umweltverträglichkeit.

Medienangebote

Halbjährlich wird die Zeitschrift „DGU-Nachrichten“ mit Beiträgen zur Umwelterziehung herausgegeben. Für Mitglieder ist die Zeitschrift kostenlos erhältlich.

Bislang wurden von der DGU folgende Bücher herausgegeben (kostenpflichtig):

- Segeln und Umwelt. Anregungen zur umweltorientierten Vereinsarbeit, 70 S.
- 1. Kommunale Umweltgespräche, Umweltziele in Fremdenverkehrsorten, 89 S.
- 2. Kommunale Umweltgespräche, Energiesparziele für Fremdenverkehrsorte, 76 S.

4. Kommunale Umweltgespräche, Ausgewählte Umweltfragen in Mecklenburg-Vorpommern, Modelle zur Umwelterziehung in der Bundesrepublik Deutschland, Band 1 4, 1988 ff., 195 S.,
Schulische und außerschulische Lernorte in der Umwelterziehung, 222 S.,
Umweltbildung in Schleswig-Holstein, 250 S.

Ein aktuelles Literaturverzeichnis kann angefordert werden.

Darüber hinaus erscheinen im Buchhandel regelmäßig Publikationen von den einzelnen Mitgliedern der DGU.

Serviceleistungen

Die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung bietet bundesweit Fortbildungsveranstaltungen für LehrerInnen an, bei denen sowohl fachliche wie didaktische Fragen behandelt werden. Ein Fortbildungsprogramm

ist erhältlich. Außerdem kann die DGU Fortbildungsveranstaltungen mit umweltbezogenen Themen mit Referenten und Beratung unterstützen.

Empfehlungen

Bei allen Fragen zur Umwelterziehung kann Kontakt zur DGU aufgenommen werden. Unterlagen zur Arbeit der DGU und das Veröffentlichungsverzeichnis bzw. Fortbildungsprogramm sollten angefordert werden.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR VERHALTENSTHERAPIE e.V.

– DGVT –

Adresse Neckarhalde 55
72070 Tübingen
Postfach 1343
72003 Tübingen

Telefon 0 70 71/4 12 11

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) wurde 1968 unter dem Namen Gesellschaft zur Förderung der Verhaltenstherapie (GVT) gegründet. Ihren heutigen Namen führt sie seit 1976, als der Zusammenschluß mit dem Deutschen Berufsverband der Verhaltenstherapeuten (DBV) erfolgte

In der DGVT sind etwa 6000 Mitglieder aus verschiedenen Berufsgruppen der psychosozialen Versorgung zusammengeschlossen. Die Gesellschaft vertritt keine bestimmte Berufsgruppe, sie setzt sich für die „Entwicklung und Verbreitung der VT (Verhaltenstherapie) und eine Verbesserung der psychosozialen Versorgung ein

Im Rahmen ihrer allgemeinen gesundheitspolitischen Vorstellungen setzt sich die DGVT für eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung ein. Die Gesellschaft vertritt ein sozialwissenschaftliches Krankheitsmodell psychischer Störungen, das in erster Linie soziale Bedingungen für psychische Erkrankungen berücksichtigt. In diesem Zusammenhang tritt die DGVT u.a. ein für:

- eine integrierte, gemeindenahe psychosoziale Versorgung nach den Prinzipien der Gemeinde-Psychologie,
- die vorrangige Berücksichtigung präventiver Maßnahmen, die auf Beseitigung krankmachender Lebensbedingungen zielen,
- eine psychosoziale Versorgung, die vorrangig durch berufsgruppenübergreifende Teamarbeit in Einrichtungen öffentlicher Träger wahrgenommen wird.

Im Rahmen ihrer Zielsetzung einer „Förderung der Verhaltenstherapie und -modifikation in Forschung, Lehre und Praxis“ unterstützt die DGVT u.a. die folgenden Bestrebungen:

- Förderung und Verbreitung verhaltenstherapeutischer Methoden und Schaffung entsprechender Versorgungseinrichtungen
- Aus- und Weiterbildung der betreffenden Berufsgruppen in Verhaltenstherapie
- Durchführung von entsprechenden Kongressen und Tagungen
- Forschungsarbeit und Publikationen zur Verhaltenstherapie

Aufgaben und Ziele der Institution

- DGVV -

Medienangebote

In der Verlagsabteilung der DGVV erscheinen (bislang über 100) Veröffentlichungen — im wesentlichen in fünf verschiedene Buchreihen gefaßt — zu Themen aus der Gesundheitspolitik, der psychosozialen Versorgung und Praxis, zu psychischer Gesundheit und psychischen Störungen. Die Editions politik des Verlages orientiert sich am satzungsgemäßen Auftrag des Verbandes und ermöglicht die Publikationen wichtiger Bücher in Kleinauflagen ebenso wie seriöse Ratgeber für ein großes Publikum. Alle Publikationen sind über den Buchhandel zu beziehen. DGVV-Mitglieder können jedoch, wie in einem Buchclub, direkt bei der Geschäftsstelle zu einem ermäßigten Preis bestellen

Zu diesen Veröffentlichungen kann ein Gesamtkatalog kostenlos angefordert werden.

Viermal jährlich erscheint das Periodikum der DGVV „Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis“. Der Bezug ist für Mitglieder kostenlos. Dort finden sich u.a. Originalia aus Praxis und Theorie psychosozialer Tätigkeit, Diskussionsbeiträge zur Gesundheitspolitik, aktuelle Informationen und Berichte über Aktivitäten der DGVV.

Die DGVV-Arbeitsgemeinschaft „Frauen in der psychosozialen Versorgung — Zur Situation von Klientinnen und Helferinnen“ hat eine Dokumentation erstellt, die die besondere Lebenssituation von Frauen (Gewalt gegen Frauen, Risiko psychischer Erkrankung etc.) aufzeigt. Die Dokumentation kann zum einen als Wanderausstellung (wahlweise in DIN A3 oder DIN A2), zum anderen als Katalog gegen unterschiedliche Gebühren bezogen werden.

Serviceleistungen

Die DGVV ist bereit, ReferentInnen vor Ort für Fragen der Verhaltenstherapie, der psychosozialen Versorgung und der Fortbildung im psychosozialen Bereich zu vermitteln.

Die DGVV organisiert nach dem „Modell der kontrollierten Selbsthilfe“ eine für Mitglieder kostenlose Fort- und Weiterbildung in Verhaltenstherapie, die von den Betroffenen in Eigeninitiative gegebenenfalls mit Unterstützung von WeiterbildungsberaterInnen selbst durchgeführt wird. Hierzu kann bei der Gesellschaft gegen geringe Gebühr eine Informationsbroschüre bezogen werden.

Seit 1989 bietet die DGVV gemeinsam mit der Fernuniversität Hagen in ausgewählten Regionen ein DGVV-Weiterbildungsprojekt „Psychotherapie mit Schwerpunkt Verhaltenstherapie“ an. Das Projekt dauert 3 Jahre (inkl. Praxisphase) und ist berufsbegleitend. Die Teilnahme ist kostenpflichtig.

Jeweils alle 2 Jahre im Februar veranstaltet die DGVV den „Kongreß für Klinische Psychologie und Psychotherapie“ (gerade Jahreszahl) in Berlin bzw. ihre überregionale Workshop tagung in Tübingen (ungerade Jahreszahl); beide Veranstaltungen sind kostenpflichtig.

Empfehlungen

Interessenten sollten den kostenlosen Gesamtkatalog über die Bücher und Broschüren der DGVV (mit Preisangaben) anfordern, die sich nicht nur an Fachleute des psychosozialen Bereiches wenden.

Die Zeitschrift „Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis“ der DGVV kann zur laufenden Information über den psychosozialen Bereich kostenpflichtig bezogen werden, ist bei Mitgliedschaft jedoch kostenlos.

Die DGVV bietet kostenpflichtig eine Wanderausstellung zum Thema „Frauen in der psychosozialen Versorgung“ an.

ReferentInnen zu Themen der Verhaltenstherapie, der psychosozialen Versorgung und zur Fortbildung können von der DGVV vermittelt werden.

Die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung, die die DGVV vermitteln kann, sollten zur Kenntnis genommen werden (siehe „Serviceleistungen“).

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WOHNMEDIZIN UND BAUHYGIENE e.V.

Adresse Postfach 68
76291 Stutensee-Spöck

Telefon 0 72 49/69 32

Aufgabe des als gemeinnützig anerkannten Vereins ist, im Interesse volksgesundheitlicher Belange den fachlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Wohnungsmedizin, insbesondere zwischen Ärzten, Bau- und Wohnungssachverständigen zu fördern sowie wissenschaftliche Arbeiten, Erhebungen, Umfragen und Literaturrecherchen, die Herausgabe einschlägiger Fachliteratur und Erarbeitung von Leitsätzen, ferner Fachveranstaltungen durchzuführen.

Die von Interessengruppen unabhängige Deutsche Gesellschaft für Wohnungsmedizin e.V. befaßt sich grundsätzlich mit allen Fragen gesunden Wohnens, insbesondere mit folgenden Themen aus medizinischer Sicht:

- * Psychologische und physiologische Grundlagen des Wohnens
- * Landschaftsschutz, Grünanlagen, Erholungs- und Freizeitbereiche, Gärten
- * Wohnhausformen und -gestaltung, Verdichtung
- * Verkehrsprobleme, Parkplätze, Garagen
- * Außenbereich, Balkone, Loggien
- * Ruheschutz, Schallisolierung, Lärmbekämpfung
- * Lufthygiene
- * Wasserhygiene
- * Raumklima, Lüftung, Heizung, Wärme- und Kälteisolierung
- * Besonnung, Beleuchtung, Farben, optische Umweltfaktoren
- * Baustoffe, Böden, Wände, Decken, Fenster, Türen
- * Hygiene, Reinigung, Abfall- und Müllprobleme
- * Haushalt, Möbel, Inneneinrichtung
- * Küche, Vorratshaltung
- * Schlafräum, Bettenhygiene
- * Unfallschutz, Sicherheit, Rettungsfragen
- * Eingangsbereich, Treppen, Aufzüge, Transportanlagen, Flure
- * Wohnwelt des Kindes, Kindergärten
- * Wohnfragen für alte, behinderte und kranke Menschen
- * Wohnheime, Krankenanstalten, Sanatorien, Hotels, Gemeinschaftsunterkünfte, Schulen
- * Tierhaltung im Wohnbereich

Die Deutsche Gesellschaft für Wohnmedizin und Bauhygiene e.V. plant das Zusammengehen mit der Gesellschaft für Hygiene und Umweltmedizin (GHU), Berlin. Die Einbindung in die GHU soll im Laufe des Jahres 1994 erfolgen.

Aufgaben und Ziele der Institution

Medienangebote

Periodika

- Die Fachzeitschrift Wohnmedizin, Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Wohnmedizin und Bauhygiene e. V., wurde im 31. Jahrgang zum 31.12. 1993 in der bisherigen Form eingestellt.

Es wird eine andere Publikation für diesen Fachbereich in Erwägung gezogen.

Einzelpublikationen (beispielhaft)

- Wohnmedizinische Checkliste. Eine Beurteilungshilfe für Wohnungssuchende, Bauherren und Sachverständige zur Einschätzung von Wohnqualität und Gesundheitswert, eingeteilt in 30 Themenbereiche, 52 Seiten*
- Leitsätze zur Medizinischen Lärmbeurteilung*
- Kompendium Gesundes Wohnen. Wechselbeziehungen zwischen Mensch und gebauter Umwelt. Hrsg.: J. Beckert; F. P. Mechel; H.-O. Lamprecht 1986, 420 Seiten, 30 x 21 cm, 461 Bilder, 122 Tafeln*

* kostenpflichtig

**Service-
leistungen**

Interessierte können sich in speziellen Fachfragen an die Deutsche Gesellschaft für Wohnungsmedizin e.V. wenden. Zur Beantwortung der Fragen aus dem komplexen Problembereich „Wohnungsmedizin“ kann das Spezialwissen externer Sachverständiger herangezogen werden.

- Die Gesellschaft veranstaltet Fachtagungen.
- Die Gesellschaft führt in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen --u. a. auch mit den Akademien für öffentliches Gesundheitswesen - Fortbildungsveranstaltungen durch.

Empfehlungen

- Für den Interessierten, der sich einen ersten Einblick in die Fragen des Arbeitsgebietes „Wohnungsmedizin“ verschaffen will, ist das Kompendium „Gesundes Wohnen Wechselbeziehungen zwischen Mensch und gebauter Umwelt“ zu empfehlen (gegen Schutzgebühr zuzüglich Porto).

DEUTSCHE HAUPTSTELLE GEGEN DIE SUCHTGEFAHREN e.V.

– DHS –

Adresse Postfach 1369
59003 Hamm

Telefon 0 23 81/90 15-0

Telefax 0 23 81/90 15-0

Die Deutsche Hauptstelle ist der Zusammenschluß von 21 Verbänden der bundesdeutschen Suchtkrankenhilfe

Vorgänger ist die 1921 gegründete „Deutsche Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus“. Nach der Gleichschaltung und der Eingliederung in die nationalsozialistische Verwaltung führte die Stelle ab 1939 den Namen „Reichsstelle gegen die Alkohol- und Tabakgefahren“. Nach Kriegsende wurde 1947 die DHS als zentrale Organisation der Angebote in den Bereichen Prävention, Therapie, Rehabilitation und Selbsthilfe gegründet.

Ihre Aufgabe liegt in der Bekämpfung des Mißbrauchs von Suchtmitteln aller Art: Alkohol, Tabak, Medikamente, Drogen, Schnüffelstoffe sowie der nicht-stoffgebundenen Suchtformen: Eßstörungen, pathologisches Spielverhalten

Arbeitsfelder der DHS

- Unterstützung und Koordination der Arbeit der Mitgliedsverbände
- Kooperation mit Behörden, Sozialversicherungsträgern und anderen zentralen Organisationen
- Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Veranstaltung von Fachkonferenzen, Tagungen und Seminaren

Organisatorischer Aufbau

Organe der DHS sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und das Kuratorium mit Fachleuten aus allen wichtigen Disziplinen.

Kooperation

Die Deutsche Hauptstelle steht in engem Kontakt mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), der Bundesvereinigung für Gesundheit e.V. und anderen Dienststellen und Einrichtungen.

Die Finanzierung der DHS erfolgt durch Bundesmittel (Bundesministerium für Gesundheit) und die Zuwendungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA).

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- DHS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Auf Landesebene entsprechen der DHS die Landesstellen gegen die Suchtgefahren, mit welchen eine enge Zusammenarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesstellen (BAGLS) besteht.

Aktivitäten

Im zweijährigen Turnus ist ebenfalls eine Fachtagung für die Selbsthilfe- und Abstinenzverbände geplant. Die Tagungen greifen aktuelle Themen der Suchtproblematik, der Suchtkrankenhilfe und der Suchtforschung auf.

Durch die Geschäftsstelle werden im Schwerpunkt „Zielgruppenarbeit“ jährlich ungefähr 100 Veranstaltungen allein und in Kooperation organisiert. Damit können rund 8000 Personen unmittelbar angesprochen werden.

Im Schwerpunkt Allgemeine Aufgaben werden täglich rund sechzig Anfragen und Materialanforderungen bearbeitet. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellt die DHS Schriftmaterial zur Verfügung. So wurden seit 1983 von der Broschüre „Ein Angebot an alle“, die sich an das soziale Umfeld der Suchtkranken richtet, über 1 000 000 Exemplare verschickt. Die Informationsbroschüren für Ärzte (Alkohol, Medikamente und Drogen) erreichten bisher eine Gesamtauflage von über 300 000 Exemplaren.

Für wissenschaftliche Arbeiten gewährt die DHS Unterstützung durch eine Bibliothek und ein Archiv (Dokumentationsstelle). Rund zwanzig Anfragen werden pro Tag bearbeitet.

Die Geschäftsstelle der DHS ist federführend in der EBIS (Einrichtungbezogenes Dokumentationssystem-Arbeitsgemeinschaft). In der Arbeitsgemeinschaft sind der Deutsche Caritasverband, der Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe und das Institut für Therapie-forschung (IFT) zusammengeschlossen.

Weiterhin befindet sich hier die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie e.V. mit ca. 400 Mitgliedern.

Die Stiftung Integrationshilfe für ehemals Drogenabhängige e.V. Marianne-von-Weizsäcker-Fonds - hat ihren Sitz ebenfalls bei der DHS-Geschäftsstelle.

Mitgliedsverbände:

Die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS) wird gebildet durch 21 bundesweit tätige Verbände, die in Trägergruppen zusammenarbeiten

Verbände der freien Wohlfahrtspflege:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)
Postfach 13 01 30, 53001 Bonn

Deutscher Caritasverband e. V.
Referat Gefährdetenhilfe
Postfach 420, 79004 Freiburg

Deutsches Rotes Kreuz e. V. Generalsekretariat
Friedrich-Ebert-Allee 71, 53113 Bonn

Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe
im Diakonischen Werk der EKD e. V. (GVKS)
Postfach 10 13 66, 34013 Kassel

Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V.
Referat Gefährdetenhilfe
Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt/Main

Abstinenz- und Selbsthilfeverbände:

BAG der Freundeskreis für Suchtkrankenhilfe
in Deutschland e. V.
Selbsthilfeorganisation
Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel

Blaues Kreuz in der Evangelischen Kirche
Bundesverband e. V.
Dieterichstraße 17 a, 30159 Hannover

Blaues Kreuz in Deutschland e. V.
Freiligrathstr. 27, 42289 Wuppertal

Deutscher Guttempler-Orden (I.O.G.T.) e. V.
Adenauerallee 45, 20097 Hamburg

Kreuzbund e. V. Selbsthilfe- und Helfergemeinschaft
für Suchtkranke und deren Angehörige
Postfach 1867, 59008 Hamm

Öffentlich-rechtliche Träger:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger
Psychiatrischer Krankenhäuser
c/o Landschaftsverband Rheinland
Mindener Str. 2, 50663 Köln

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
Postfach 5106 20, 50942 Köln (Gaststatus)

Fachverbände:

Bund für drogenfreie Erziehung e. V. (BdE)
Max-Brauer-Allee 76, 22765 Hamburg

Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur e. V.
Kurt-Tucholsky-Str. 7, 62329 Egelsbach

Fachverband Drogen und Rauschmittel e. V. (FDR)
Brüderstr. 4B, 30159 Hannover

Katholische Sozialethische Arbeitsstelle e. V. (KSA)
Postfach 1667, 59006 Hamm

Verband ambulanter Beratungs- und Behandlungsstellen
für Suchtkranke/Drogenabhängige e. V. (VABS)
Postfach 420, 79004 Freiburg

Verband der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke
(VFKS) e. V.
Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Fachkrankenhäuser
für Suchtkranke e. V.
Postfach 420, 79004 Freiburg

Gesellschaft gegen Alkohol- und Drogengefahren e. V.
(GAD)
c/o Dr. Leonhardt, „Haus am Park“ – Haus B 4
Chemnitzer Str. 50, 04289 Leipzig (Gaststatus)

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesstellen
gegen die Suchtgefahren (BAGLS)
c/o Landesstelle gegen die Suchtgefahren
für Schleswig-Holstein e. V.
Schauenburger Str. 36, 24105 Kiel

Die DHS-Mitgliedsverbände verfügen derzeit über rund 1200 ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke

Hinzu kommen 86 stationäre Einrichtungen für Alkohol- und Medikamentenabhängige mit rund 4 900 Therapieplätzen.

Für die stationäre Behandlung von Drogenabhängigen stehen in der Trägerschaft von DHS-Verbänden 81 Einrichtungen mit rund 2 000 Plätzen zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen und Arbeitshilfen der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren gliedern sich wie folgt:

In der Schriftenreihe zum Problem der Suchtgefahren werden die Ergebnisse der DHS-Tagungen dokumentiert.

Die Zeitschrift „SUCHT – Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis“ berichtet über den neuesten Stand in Forschung und Praxis und strebt an,

- thematische Schwerpunkte konzentriert abzuhandeln,
- den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis zu verbessern,
- schnell auf neue Fragestellungen eingehen zu können,
- in der Rubrik „FORUM“ Raum zu geben für Meinungen und Standpunkte,
- durch einen umfangreichen Nachrichtenteil (Zahlen & Fakten, neue Medien, Veranstaltungskalender) zu informieren.

Die Dokumentationsstelle der DHS verschickt auf Anforderung eine Stichwortliste und Titelverzeichnisse zu den Stichworten. Erfasst sind Monographien/Sammelbände, Fachzeitschriften, „Graue Literatur“ und Zeitungsausschnitte. Die Dokumentationsstelle ist eine Kombination von Bibliothek und Archiv. Alle Dokumente liegen vor, alle Dokumente können vor Ort eingesehen, viele können ausgeliehen werden. Die Ausleihe erfolgt in der Regel für vier Wochen und ist kostenlos. Anfragen sind zu richten an die Bibliothek der DHS, Frau Birgit Ciemięga.

Der Bestand der Dokumentationsstelle gliedert sich in drei Bereiche:

Der historische Bestand

Der Bestand (19. und Anfang des 20. Jh.) umfaßt ungefähr 8 000 Dokumentationseinheiten (DE). Leider ist der Bestand bisher nicht erschlossen, sondern nur grob nach Sachgebieten eingestellt.

In circa 200 Übergangseinrichtungen mit rund 3 100 Plätzen werden Suchtkranke auf die Wiedereingliederung in den Alltag vorbereitet.

Rund 4 500 Selbsthilfe- und Abstinenzgruppen mit etwa 67 000 Einzelpersonen sind in der DHS vertreten.

Bei vorsichtiger Schätzung addiert sich die Anzahl der von den Mitgliedsverbänden der DHS jährlich betreuten Suchtkranken und Angehörigen von Suchtkranken auf circa 350 000 480 000.

Im Jahrbuch SUCHT finden sich die wichtigsten Fakten und Zahlen sowie ein Anschriftenverzeichnis der mit Suchtfragen befaßten Institutionen. Das Jahrbuch ist über den Neuland-Verlag, Postfach 1422, 21496 Geesthacht, Tel. (0 41 52) 8 13 42, zu erhalten.

Ein DHS-Pressedienst ergänzt die beschriebenen Veröffentlichungen um aktuelle Beiträge. Der Bezug des Pressedienstes ist reserviert für Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Ein wöchentlicher PRESSESPiegel SUCHT kann bezogen werden vom Archiv für Sozialpolitik, Brönnerstr. 9, 60313 Frankfurt, Tel.: 0 69/29 67 97.

Spezielle Anschriften (Verbände, Fachkliniken, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen) können bei der DHS angefordert werden.

Der aktuelle Bestand

Der Bestand umfaßt ungefähr 14 000 DE, davon 5 000 Monographien und Sammelbände und 9 000 Diplomarbeiten/Dissertationen, Aufsätze, Referate, Manuskripte und Zeitungsausschnitte. Jährlich ist ein Zuwachs von 2 000 DE zu erwarten. Der Bestand ist EDV-gestützt erschlossen (Schlagworte, Autor, Titel, Erscheinungsjahr).

Zahlen und Fakten

Im Aufbau befindet sich eine Datenbank über Zahlen und Fakten: Die praktische Arbeit benötigt weniger umfangreiche Literatur, sondern mehr aufbereitetes Material zu aktuellen Fragen. Themen wie Anzahl der Abhängigen, Volkswirtschaftliche Kosten, Therapieergebnisse, Werbeverbot, Drogenpolitik, Alkohol und Medikamente am Arbeitsplatz, Alkohol im Straßenverkehr, Jugend und Sucht, Internationale Vergleiche usw. sollen in Zukunft konzentrierter angegangen werden, um schnell den Stand der Diskussion dokumentieren zu können.

– DHS –

Medienangebote

Serviceleistungen

DEUTSCHE HERZHILFE e.V.

– DHH –

Adresse Weißhausstraße 21
50939 Köln

Telefon 02 21/41 08 12

Telefax 02 21/41 39 45

Die Deutsche Herzhilfe e.V. (DHH) ist eine Selbsthilfeorganisation von Herzpatienten. Sie wurde 1981 mit Sitz in Köln gegründet. Mitglieder der Deutschen Herzhilfe sind überwiegend Herzpatienten.

Die Deutsche Herzhilfe e. V. ist ein gemeinnütziger Verein.

Der Vereinszweck ist die Aufklärung und Betreuung herzkranker Patienten

Besondere Hilfe wird geleistet bei:

- psychosozialer Betreuung und Aufklärung herzkranker Patienten vor und nach einer Herzoperation,
- Nachweis von Operationsplätzen im Ausland in den Fällen, in denen zwar im Inland behandelt werden könnte, aber wegen mangelnder Kapazitäten und dadurch bedingte Wartezeiten eine frühzeitigere Behandlung im Ausland aus medizinischen Gründen unbedingt erforderlich ist,
- Förderung von Bewegungstherapie in Herzgruppen,
- Beratung von anerkannten Schwerbehinderten (Herzkranken) bei Amts- und Behördenproblemen.

Die Deutsche Herzhilfe unterhält zur Durchführung der aufgeführten – kostenlosen – Hilfeleistungen eine Sozialberatungsstelle.

Die Deutsche Herzhilfe finanziert sich ausschließlich durch Spenden und Förderungsbeiträge ihrer Mitglieder.

Die Deutsche Herzhilfe hat seit ihrem Bestehen durch ihren Einsatz und ihre Beratung bundesweit und in einer Vielzahl von Einzelfällen Herzpatienten erfolgreich geholfen.

Die Deutsche Herzhilfe wird von profilierten Fachmedizinerinnen – Kardiologen und Internisten - aus Forschung, Wissenschaft und Praxis sowie von Ernährungswissenschaftlern und Bewegungstherapeuten beraten und unterstützt.

Besonders für die Herzpatienten-Seminare stellen sich diese Persönlichkeiten immer wieder als Dozenten zur Verfügung.

Aufgaben und Ziele der Institution

Alle Seminarvorträge werden in einer jährlich erscheinenden Broschüre zusammengefaßt und veröffentlicht. Seminarteilnehmer, Förderungsmitglieder der Deutschen Herzhilfe und Interessenten erhalten diese wertvollen Informationen kostenlos.

- DHH -

Medienangebote

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der Deutschen Herzhilfe richten sich sowohl an Gruppen als auch an Einzelpersonen. Sie umfassen vor allem:

- die monatlich stattfindenden Kölner Herzpatienten-Seminare für Herzpatienten. Nach dem Motto „Nichts ohne Arzt“ werden hier vor allem Betroffene von Spezialisten über ihre Krankheit und komplizierte medizinische Zusammenhänge informiert und Fragen beantwortet. Themen sind z. B. „Herzrhythmusstörungen“, „Kernspintomographie“ oder „Reanimation durch Laien“ und auch „Die psychosoziale Situation des Herzoperierten am Arbeitsplatz und als Frührentner“.

Die Veranstaltungen, die sich auch an Multiplikatoren (wie Ärzte, Sozialarbeiter) wenden, sind kostenfrei. Der halbjährliche Veranstaltungskalender kann von der Deutschen Herzhilfe bezogen werden; kostenlose Information und Beratung als Einzelfallhilfe durch eine Sozialbetreuungsstelle, die von der Deutschen Herzhilfe eingerichtet wurde. Die Adresse der Sozialbetreuungsstelle ist die der Deutschen Herzhilfe; die Organisation von Herzgruppen-Bewegungstherapie (Gymnastik) in Köln.

Empfehlungen

Als Selbsthilfeorganisation von und für Herzpatienten ist die Arbeit der Deutschen Herzhilfe e. V. auf diesen Personenkreis und diese Krankheitsproblematik konzentriert.

DEUTSCHE HERZSTIFTUNG e.V.

Adresse	Wolfgangstraße 20 60322 Frankfurt
Ansprechpartner	RA Eva-Maria Patt (Geschäftsführerin)
Telefon	0 69/95 51 28-0
Telefax	0 69/95 51 28 13
	Hinweis: Enthalten ist auch die Beschreibung des Bereiches „Herzkranke Kinder“ In der Deutschen Herzstiftung e. V.

Die Deutsche Herzstiftung wurde 1979 aus der Gesellschaft für Herz- und Kreislaufforschung e.V. Bad Nauheim gegründet. Sie ist Mitglied der International Society and Federation of Cardiology (ISFC) und damit die offizielle Vertretung der Bundesrepublik in der internationalen Gemeinschaft von Herzstiftungen. Die Deutsche Herzstiftung hat zur Zeit etwa 17.000 Mitglieder: Herzpatienten, Ärzte, Herzsportgruppen, Firmen u. a.

Die Arbeit der Deutschen Herzstiftung steht unter der Verantwortung führender deutscher Herzspezialisten. Sie hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und wird geleitet von einem Vorstand. Ihr Vorsitzender ist Hans-Georg Kraushaar. Unterstützt und beraten wird der Vorstand durch einen wissenschaftlichen Beirat, dem führende Kardiologen und Herzchirurgen aus Forschung, Wissenschaft und Praxis angehören.

Weitere Organe sind die Mitgliederversammlung, der Wahlausschuß und das Kuratorium. Es setzt sich zusammen aus Vertretern von Wissenschaft, Politik und anderen Gebieten des öffentlichen Lebens. Schirmherrin der Deutschen Herzstiftung ist Frau Barbara Genscher.

Die Finanzierung der Arbeit der Deutschen Herzstiftung erfolgt durch Mitgliederbeiträge und Spenden.

Die Deutsche Herzstiftung sieht ihre Aufgabe darin, die Rate derer, die an einer Herz-Kreislaufkrankung sterben, zu senken.

Dies will sie erreichen durch:

- Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der Herz-Kreislaufkrankheiten
- Förderung der Fürsorge und Beratung der Patienten
- Förderung von Selbsthilfegruppen
- Aufklärung über Risiken
- Bekanntmachung von Erste-Hilfe-Leistungen bei Herzinfällen
- Fortbildung von Ärzten
- Förderung, Koordination und Ausführung wissenschaftlicher Untersuchungen

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
HERZSTIFTUNG
e.V.**

- Förderung der Entwicklung von Vorbeugungsprogrammen gegen Herz-Kreislaufkrankungen (Nichtraucher-Projekt, Gesundheitsförderung in Betrieben)
- Organisation und Betreuung wissenschaftlicher und öffentlicher Veranstaltungen über Herz-Kreislaufkrankheiten
- Kooperation mit Institutionen, die helfen, die Ziele des Vereins zu realisieren

Die Deutsche Herzstiftung kämpft für eine bessere Versorgung der Herzpatienten. Sie hat ihren Einfluß geltend gemacht gegen die lebensgefährdenden Wartelisten in der Herzchirurgie und in der Ballondilatation. Jetzt setzt sie sich energisch gegen den Pflegenotstand ein, fordert ein generelles Verbot der Tabakwerbung und Schutz vor elektromagnetischen Störfeldern für Schrittmacherträger.

Medienangebote

Die Veröffentlichungen der Deutschen Herzstiftung richten sich in erster Linie an Laien. Sie bieten allgemeinverständliche Informationen zum Thema Herz-Kreislaufkrankungen, deren Prophylaxe und Therapie.

Die wichtigsten Publikationen der Deutschen Herzstiftung:

- „Zeitschrift der Deutschen Herzstiftung“
Die Zeitschrift der Deutschen Herzstiftung erscheint zweimal jährlich. Die Mitgliederzeitschrift ist ein Forum für Fachartikel von Ärzten und Wissenschaftlern. Diese informieren in sachlicher und allgemeinverständlicher Form über neue Entwicklungen in der Medizin: koronare Herzkrankheit, Bypass, Herzklappenoperation, Transplantation und angeborene Herzfehler. Die Zeitschrift gibt weiterhin Auskunft über neue Behandlungsmethoden, über Ernährung, Cholesterin, Medikamente und ihre Nebenwirkungen, über alternative Medizin und über Fälle aus der psychotherapeutischen Praxis. In der Sprechstunde beantworten Fachärzte Patientenfragen.

Die Zeitschrift wird Mitgliedern regelmäßig kostenlos zugesandt. Nichtmitglieder erhalten ein Probeheft gegen Einsendung des Rückportos.

- Sonderdrucke

Aus der Zeitschrift der Deutschen Herzstiftung werden besonders wichtige und interessante Artikel als Sonderdrucke herausgegeben. Sie sind für Mitglieder kostenlos und behandeln u. a. folgende Themenschwerpunkte:

- Nach dem Herzinfarkt: Worauf kommt es an?
- Die neue Behandlungsmethode: Ballondilatation
Herzschrittmacher
Der neue Lebensstil
- Die rettende Herzoperation: der Bypass
- Rauchen und Gesundheit Methoden der
Raucherentwöhnung
- Angst vor dem Herzkatheter? Ein Patient berichtet
Wie gefährlich ist Cholesterin?

- Ventile, die ausgetauscht werden: die neue Herzklappe
Habe ich erhöhten Blutdruck?
Salz · Übergewicht · Streß
Dick durch Diät: die Misere der Schlankheitskuren

„Herzinfarkt: Zeit ist Überleben
Alarmsignale beachten“

Die Broschüre nennt mögliche Vorboten, Symptome und Schmerzzonen eines Herzinfarktes. Darüber hinaus werden lebenswichtige Maßnahmen im Notfall erläutert und Möglichkeiten aufgezeigt, wie man einem Herzinfarkt vorbeugen kann.

Patientenbücher eine Ratgeberreihe, die fortlaufend ergänzt wird. Die Fachbücher sind im Buchhandel oder bei der Deutschen Herzstiftung erhältlich.

Beispielhaft seien genannt:

„Das kranke Herz“ - Informationsbuch und Ratgeber zu allen Herz- und Kreislaufkrankungen

„Leben mit der neuen Herzklappe“ - Früherkennung und Diagnose von Herzklappenfehlern, Empfehlungen für das Leben mit der neuen Herzklappe

„Vor und nach Bypassoperation oder Ballondilatation“ - Notwendige Untersuchungen, die Eingriffe, das Leben nachher

„Leben mit Gerinnungshemmern“ Dieses Buch ist für alle, die vorübergehend oder lebenslang mit gerinnungshemmenden Medikamenten behandelt werden müssen

„Herzschrittmacher“ - Für alle Patienten, die einen Herzschrittmacher benötigen oder bereits damit leben

Über alle Medien gibt es Verzeichnisse und Bestellformulare, die bei der Deutschen Herzstiftung angefordert werden können.

Serviceleistungen

Die Deutsche Herzstiftung geht davon aus, daß auf dem Gebiet der Herz-Kreislaufkrankungen sowie deren Vorbeugung von Seiten des öffentlichen Gesundheitswesens zu wenig getan wird. Diesen Mangel will die Herzstiftung mit ihren Serviceleistungen beseitigen helfen. Inhaltlich dienen sie vor allen Dingen dazu, das Risiko, an einer Herz-Kreislaufkrankheit zu erkranken, bewußt zu machen. Zusätzlich soll der Patient aus seiner passiven Rolle befreit und dazu gebracht werden, seine Erkrankung aktiv zu bekämpfen bzw. ihr vorzubeugen.

Arzt-Patienten-Seminare und Vorträge
Warum muß ich welche Medikamente einnehmen?
Was geschieht bei einer Bypassoperation? Was ist eine „Herzschutzkost“ - wie ist sie im Alltag zu erreichen? Wie stark soll ich mich körperlich belasten?
Antwort auf diese und andere Fragen geben die Arzt-Patienten-Seminare und Vortragsveranstaltungen, die von der Deutschen Herzstiftung bundesweit durchgeführt werden. Neben der ausführlichen Patienteninformation wird vor allem auch der gemeinsame Erfahrungsaustausch und die Diskussion mit den Ärzten intensiv genutzt. Mitglieder der Deutschen Herzstiftung erhalten persönliche Einladungen.

- Sprechstunde
Die Deutsche Herzstiftung bietet ihren Mitgliedern in der „Sprechstunde“ fachärztlichen Rat bei persönlichen medizinischen Problemen
- Herzwoche
Die Deutsche Herzstiftung führt alle zwei Jahre eine Herzwoche durch. In einer bundesweiten Aufklärungsaktion beispielsweise zur Früherkennung des Herzinfarktes wird die Bevölkerung bei verschiedenen Veranstaltungen über die Vorbeugung von Herz-Kreislaufkrankungen informiert.
- Wiederbelebungskurse
Die Deutsche Herzstiftung führt bundesweit in Zusammenarbeit mit Erste-Hilfe-Organisationen Kurse zur Herz-Lungen-Wiederbelebung durch. In kritischen Situationen ist es für alle, gerade für Angehörige von Herzkranken, wichtig, die Technik der Herz-Lungen-Wiederbelebung anwenden zu können, damit im Notfall Hilfe da ist, bevor der Notarzt eintrifft.

Gesprächs- und Selbsthilfegruppen
Erfahrungsaustausch, Rat und Hilfe bieten zahlreiche, unter dem Dach der Deutschen Herzstiftung gegründete Selbsthilfegruppen für Bypass-, Schrittmacher- und Herzklappenpatienten.

Reisen für Herzkranken
Die Deutsche Herzstiftung organisiert gemeinsam mit einem Reiseveranstalter fachärztlich und sporttherapeutisch betreute Reisen mit Arzt-Patienten-Seminaren, z. B. Skiurlaube und Kreuzfahrten.

Die Deutsche Herzstiftung ist ganz besonders an der Zusammenarbeit mit Institutionen der Gesundheits-erziehung und der Gesundheitsförderung interessiert.

**DEUTSCHE
HERZSTIFTUNG
e.V.**

**Service-
leistungen**

„Betroffene helfen Betroffenen“, unter diesem Motto steht die Selbsthilfegruppenarbeit der Eltern herzkranker Kinder.

Die Anliegen der Eltern-Selbsthilfegruppen sind:

- Ängste abbauen helfen durch verständliche Information über die Probleme und Behandlungsmöglichkeiten herzkranker Kinder,
- Verbesserung der herzchirurgischen Versorgung und Nachsorgeeinrichtungen für Kinder,
- Erfahrungsaustausch und praktische Hilfe für Eltern bei finanziellen und rechtlichen Problemen mit Krankenkassen, Versorgungsämtern und Behörden,
- gegenseitiger Rat, Hilfe und Trost bei Problemen in der Schule, am Arbeitsplatz, oder wenn die Familien mit den Belastungen nicht fertig werden.

**Herzkranke
Kinder in der
Deutschen
Herzstiftung
und ihre Ziele**

Die Veröffentlichungen der Deutschen Herzstiftung zum Thema „Herzkrankes Kind“ richten sich an Eltern herzkranker Kinder, aber auch an Ärzte, Schwestern, Erzieher und Lehrer. Sie bieten allgemeinverständliche Informationen rund um das Thema „Angeborene Herzfehler“, wie Ursachen, Prävention, Diagnostik, Korrektur- und Operationsmöglichkeiten angeborener Herzfehler, die psychosoziale Situation des herzkranken Kindes und seiner Familie sowie über steuerliche Hilfen.

Medienangebote

Die Deutsche Herzstiftung veranstaltet für Eltern herzkranker Kinder:

- Arzt-Eltern-Seminare
- Arzt-Eltern-Vorträge
- Fortbildungsveranstaltungen
- Tag des herzkranken Kindes
- Informationsabende.

Sie initiiert und begleitet Selbsthilfegruppen für Eltern herzkranker Kinder.

Sie bietet ihren Mitgliedern an, auf medizinische Fragen ärztliche Auskünfte zu erhalten.

Sie fördert Kinderherzsportgruppen.

**Service-
leistungen**

DEUTSCHE ILCO e.V.

Adresse Bundesgeschäftsstelle der Deutschen ILCO e.V.
Kepserstraße 50
85356 Freising
Postfach 1265
85312 Freising

Telefon 0 81 61/8 49 09, 8 49 11

Telefax 0 81 61/8 55 21

Die Abkürzung ILCO setzt sich zusammen aus beiden Anfangsilben der lateinischen Wörter für:

Dünndarmanusgang/Ileostomie und
Dickdarmanusgang/Colostomie.

Menschen mit einem künstlichen Darmanusgang oder einer künstlichen Harnableitung Stomaträger bietet die ILCO vielfältige Hilfen und Unterstützung in Form eines Selbsthilfevereins

Gegründet wurde die ILCO 1972 in Anlehnung an Erfahrungen im Ausland als Zusammenschluß von Betroffenen. Sie ist eine gemeinnützige, im Vereinsregister eingetragene Vereinigung, die sich in erster Linie aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert. Für bestimmte Projekte erhält sie regelmäßig Fördermittel. Die Deutsche ILCO hat bundesweit 9.300 Mitglieder (Stand Januar 1994), 83 ILCO-Regionen mit rund 220 Gruppen, die regelmäßige Treffen organisieren, und 6 Landesverbände.

Zum Zeitpunkt der Gründung der ILCO waren zwar die Operationsmethoden soweit entwickelt, daß Menschen mit einem künstlichen Darmanusgang leben konnten, die Lebensqualität war jedoch beeinträchtigt durch mangelhafte Versorgungsmöglichkeiten des Stomas. Der Verschluss eines Stomas war z. B. noch so unzureichend, daß Geruch und Nässe durchdrangen, was zu einer Beeinträchtigung bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben führte bzw. im Hautareal um das Stoma Entzündungen der Haut verursachte

Die ILCO hat sich zum Ziel gesetzt, Stomatragern zu vermitteln, daß ein „sinnvolles und erfülltes Leben trotz Stoma möglich ist“. Sie versteht sich als „Sammelstelle“ für Erfahrungen der Betroffenen und für Informationen, die sie mündlich und schriftlich in verständlicher Form Betroffenen und fachlich Interessierten zur Verfügung stellen will.

Darüber hinaus hat sie den Anspruch, jenen Experten, die in ihrer Arbeit mit Stomatragern zu tun haben, die besonderen Bedürfnisse von Stomatragern zu vermitteln und damit die Verbesserung der Lebensqualität zu erhöhen.

Im einzelnen werden diese Ziele und Aufgaben mittels unterschiedlicher Beratungs- und Betreuungsformen erreicht:

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE ILCO
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

1. Information

Die ILCO stellt kostenlos Broschüren zur Verfügung, beantwortet schriftliche Anfragen und gibt die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „ILCO-Praxis“ heraus.

Die ILCO organisiert Informationsveranstaltungen zu medizinischen, psychologischen, sozialrechtlichen und versorgungsrechtlichen Themen

2. Regionalgruppen und örtliche Gruppen

Die einzelnen Gruppen haben die Aufgabe, Hilfe, Beratung und Kontakte vor Ort zu vermitteln. Die Gruppen sind für Stomaträger, deren Angehörige und alle Interessierte offen. In speziellen Betroffenengruppen wird auf die besonderen Bedürfnisse von „Minderheiten“, so z. B. die Gruppe junger Stomaträger oder die Gruppe der Urostomieträger, eingegangen

3. Besucherdienste und Beratungsstellen

Diese werden von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der ILCO-Gruppen durchgeführt. Z. B. auf chirurgischen Stationen der Krankenhäuser oder auf Wunsch auch zu Hause. Sprechstunden, soweit angeboten, finden regelmäßig statt und werden von erfahrenen Stomaträgern insbesondere für Betroffene und deren Angehörige angeboten, die kurz nach der Operation mit der neuen Situation konfrontiert sind.

4. Kooperation mit Experten

Die ILCO arbeitet mit allen Experten zusammen, die im weitesten Sinn zur Verbesserung der Lebensqualität

von Stomaträgern beitragen können: Ärzte, Krankenpflegepersonal, Fachhandwerk und -handel, Forschungseinrichtungen, Interessenverbände und Behörden.

Die Organisationsstruktur der ILCO sieht die Bundesdelegiertenversammlung und den Vorstand vor. Erstere legt die Ziele und Struktur der ILCO fest. Der Vorstand befaßt sich mit der Durchführung der laufenden überregionalen Aufgaben, deren organisatorische und verwaltungstechnische Umsetzung durch die Bundesgeschäftsstelle sichergestellt wird.

Die Bundesgeschäftsstelle ist die zentrale Informations- und Beratungsstelle. Über sie können alle ILCO-Adressen sowie wichtige Anlaufstellen im ganzen Bundesgebiet vermittelt und schriftlich oder telefonisch Rat eingeholt werden.

Die ILCO-Regionalgruppen sind Zweigstellen des Bundesverbandes, die die Aufgaben der ILCO auf regionaler Ebene wahrnehmen

Die ILCO-Landesverbände nehmen die Aufgaben der ILCO auf Landesebene wahr, u. a. die Beschaffung finanzieller Mittel über Landeseinrichtungen, die auch den Gruppen zugute kommen

Die ILCO finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Spenden und Fördermittel der Deutschen Krebshilfe e.V.

Medienangebote

Über die Bundesgeschäftsstelle der Deutschen ILCO zu beziehen:

„ILCO-PRAXIS“
vierteljährlich erscheinende Zeitschrift.
Stellt neueste Erkenntnisse und Erfahrungen zum Thema Stoma aus medizinischer, psychologischer, sozialrechtlicher und versorgungstechnischer Sicht in verständlicher Form dar, berichtet aus dem Leben von Stomaträgern und der Arbeit der Deutschen ILCO.
Bezug: im Mitgliedsbeitrag (52,- DM/Jahr) enthalten oder im Abonnement (28,- DM/Jahr)

Unentgeltlich erhältliche Broschüren, z. B. :
– „Colostomie, Ileostomie – ein Leitfaden“
– „Urostomie – ein Leitfaden“
– „Irrigation Darmspülung bei Colostomie“
– „Stomaversorgung – eine Marktübersicht“
– „Thema: Ernährung“
– „Wie gut, daß es die ILCO gibt“
– „Stomaträger – Schwerbehinderte mit Rechten und Ansprüchen auf soziale Hilfen“

Referateband für Fachleute und interessierte Betroffene (Schutzgebühr 5,- DM): „Die Rehabilitation des Stomapatienten – eine multidisziplinäre Aufgabe“

Serviceleistungen

Die über 220 ILCO-Gruppen im Bundesgebiet bieten auf örtlicher Ebene in Krankenhäusern oder zu Hause Besucherdienste, teilweise auch regelmäßige Sprechstunden an.

Die Bundesgeschäftsstelle vermittelt auf Anfrage die Adressen der örtlichen Anlaufstellen und verschickt Informationsmaterial.

Empfehlungen

Die Deutsche ILCO e.V. ist ein Selbsthilfverein von Betroffenen, der anderen Betroffenen den Weg zu einem sinnvollen und erfüllten Leben trotz Stoma zeigen möchte

Er ist Sammelstelle für Erfahrungen der Stomaträger. Diese Erfahrungen und viele Informationen zu diesem Thema werden in verständlicher Form an Betroffene und fachlich Interessierte weitergegeben.

DEUTSCHE KREBS- GESELLSCHAFT e.V.

Adresse	Paul-Ehrlich-Straße 41 60596 Frankfurt/Main
Ansprechpartner	Rainer Bredenkamp (Geschäftsführer) Paul-Ehrlich-Straße 41 60596 Frankfurt/Main
Telefon	0 69/63 00 96-0
Telefax	0 69/63 91 30

Die Deutsche Krebsgesellschaft wurde als die älteste wissenschaftliche Gesellschaft schon Ende des 19. Jahrhunderts gegründet. Die Gesellschaft in der heutigen Form (DKG, 1990) ist als eingetragener Verein seit 1976 aktiv.

Finanzierungsquellen der DKG sind:

1. Mitgliedsbeiträge
2. Finanzmittel aus Körperschaften des öffentlichen Rechts
3. Institutionelle Zuschüsse (z. B. Stadt Frankfurt a.M.)
4. Spenden

Satzungsgemäß hat die Deutsche Krebsgesellschaft folgende Aufgaben zu erfüllen:

- die Erkenntnis vom Wesen der Krebskrankheit zu vertiefen und die wissenschaftliche Krebsforschung zu fördern;
- die Ärzte mit dem Stand der wissenschaftlichen Krebsforschung und den modernen Methoden zur Früherkennung und Behandlung vertraut zu machen;
- die Bevölkerung über die Krebskrankheiten und ihre Ursachen aufzuklären, insbesondere über die Möglichkeiten der Früherkennung, die rechtzeitige Behandlung zu fördern und zugleich der Krebsfurcht entgegenzutreten;
- die wissenschaftlich als wirkungsvoll erkannten Behandlungsmittel und -methoden zu fördern und gegen wirkungslose anzukämpfen; beratend und begutachtend bei der Gesundheits- und sozialen Gesetzgebung in Fragen der Krebsverhütung und Krebsbekämpfung mitzuwirken.

Die Koordination von Aktivitäten auf dem Gebiet der Krebsforschung und -bekämpfung ist ein wesentliches Ziel der Deutschen Krebsgesellschaft. Zudem regt sie selbst neue Projekte der Krebsverhütung, -erkennung und -behandlung an. In der Deutschen Krebsgesellschaft sind Krebspezialisten aller Fachrichtungen sowie andere Personen und Organisationen vertreten, die beruflich mit dem Krebsproblem zu tun haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
KREBS-
GESELLSCHAFT
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die DKG besteht aus den einzelnen Ländergesellschaften und den Arbeitsgemeinschaften. Darüber hinaus können Einzelpersonen, Organisationen oder Körperschaften fördernde Mitglieder werden.

Die Mitglieder im einzelnen:
Sektion A: die Ländergesellschaften
Sektion B: wissenschaftliche Mitglieder/Arbeitsgemeinschaften
Sektion C: fördernde Mitglieder.

Einmal im Jahr findet die Jahreshauptversammlung statt, in der die „Richtlinien der Politik“ festgelegt werden.

Die einzelnen Ländergesellschaften sind hinsichtlich Finanzierung und Aktivitäten autark.

Aufgaben der Geschäftsstelle: Verwaltung der Mitglieder, Lobbyarbeit auf Bundesebene, Koordination von Therapiestudien, Vertretung auf internationaler Ebene.

Die Landesverbände der Deutschen Krebsgesellschaft übernehmen die regionale Zuständigkeit für die Betreuung der Bevölkerung und Beratung gesundheitspolitischer Gremien. Sie informieren in enger Zusammenarbeit mit den Medien die Öffentlichkeit über Maßnahmen der Krebsverhütung und Früherkennung. Besonders für die Förderung einer verstärkten Nutzung der Krebsfrüherkennungsuntersuchungen hat die Gesellschaft Strategien entwickelt. Im Nachsorgebereich führen die Landesverbände psychologische und soziale Beratungen durch und beraten Selbsthilfegruppen.

Anschriften der **Ländergesellschaften** der Deutschen Krebsgesellschaft e.V.:

Krebsverband Baden-Württemberg e.V.
Adalbert-Stifter-Str. 105, 70437 Stuttgart
Tel.: 07 11/8 48 28 56, Fax: 07 11/84 47 02

Aktivitäten:
Öffentlichkeitsarbeit
Psychologische Beratung
Wirtschaftliche Hilfestellung in Einzelfällen
Betreuung der Selbsthilfegruppen
Kooperation mit Tumorzentren, onkologischen Schwerpunkten, onkologischen Arbeitskreisen und weiteren Organisationen
Unterhaltung von Schulen für Ausbildung von Cytologie-Assistentinnen
Unterstützung der wissenschaftlichen Krebsforschung
Führung eines bevölkerungsbezogenen Krebsregisters

Bayerische Krebsgesellschaft e.V.
Tumblinger Str. 4, 80337 München
Tel.: 0 89/53 11 75

Veranstaltungen/Aktivitäten: Aufklärungsarbeit, Schulungen, psychosoziale Beratung, Patientenhilfe, Kinderhilfsfonds, Forschung

Berliner Krebsgesellschaft e.V.
Robert-Koch-Platz 7, 10115 Berlin
Tel.: 0 30/2 83 24 00, Fax: 0 30/2 83 24 01

**Deutsche Krebsgesellschaft –
Landesverband Brandenburg e.V.**
Heinrich-Mann-Allee 103, Haus 16, 14473 Potsdam
Tel.: 03 31/2 10 12 (Pro Familia), Fax: 03 31/87 12 37

**Deutsche Krebsgesellschaft –
Landesverband Bremen e.V.**
Rembertistr. 99, 28195 Bremen
Tel.: 04 21/32 51 69, Fax: 04 21/32 74 01

Veranstaltungen/Aktivitäten: Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Beratung, Nichtraucherkurse, Informationsveranstaltungen mit Selbsthilfegruppen

Bemerkungen: Unterstützung der Krebsforschung im Bremer Raum

Hamburger Krebsgesellschaft e.V.
Martinistr. 52, 20251 Hamburg
Tel.: 0 40/4 60 42 22

Hessische Krebsgesellschaft e.V.
Heinrich-Heine-Str. 44 46, 35039 Marburg
Tel.: 0 64 21/6 33 24, Fax: 0 64 21/60 07 11

**Deutsche Krebsgesellschaft –
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.**
Radiologische Klinik, Krankenhaus Schwerin
Lübecker Str. 276, 19049 Schwerin
Tel.: 03 85/47 11 17

Niedersächsische Krebsgesellschaft e.V.
Königstr. 27, 30175 Hannover
Tel.: 05 11/3 88 52 62, Fax: 05 11/3 88 53 43

Veranstaltungen/Aktivitäten:
Beratung von Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen nach Krebs, Beratung von Krebspatienten bei Genesendenkuren, Aufklärungsarbeit zur Krebsfrüherkennung, Psychosoziale Krebsnachsorge

**Gesellschaft zur Bekämpfung der Krebs-
krankheiten des Landes NRW e.V.**
Johannes-Weyer-Str. 1, 40225 Düsseldorf
Tel.: 02 11/33 00 15, Fax: 02 11/9 34 88 33

Veranstaltungen/Aktivitäten: Erforschung der Krebskrankheiten, Früherkennung, Behandlungsverfahren und Nachsorge

Fachliche Fortbildung von Ärzten, ärztlichem Hilfspersonal, Sozialarbeiter/innen in NW
Öffentlichkeitsarbeit
Psychosoziale Krebsnachsorge und Beratung

Arbeitskreis Selbsthilfegruppen Krebsbetroffener der Gesellschaft zur Bekämpfung der Krebskrankheiten NW e.V.

Veranstaltungen/Aktivitäten: 1982 und 1984 Gründung zweier Arbeitskreise Selbsthilfegruppen Krebsbetroffener (ASK). Die ASK tagen jeweils dreimal im Jahr zwecks Informations- und Erfahrungsaustausch der mitarbeitenden eigenorganisierten Gruppen.

Zielsetzung
Informationsvermittlung
Beratung
Erfahrungsaustausch
Erarbeitung gemeinsamer Konzeptionen und Aufgaben
Entwicklung neuer Ideen
Förderung und Stützung des Selbsthilfegedankens
Vermittlung und Austausch von Referenten und Experten
Erweiterung einer gemeinsamen Handlungsbasis von Selbsthilfegruppen und Experten
Öffentlichkeitsarbeit
Unterstützung und Hilfestellung bei der Neugründung von Selbsthilfegruppen

Krebsgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.
Schloßstr. 8, 56068 Koblenz
Tel.: 02 61/3 10 47/48, Fax: 02 61/1 22 09

Landesverband für Krebsbekämpfung und Krebsforschung im Saarland e. V.

Caritas-Klinik St. Theresia
Rheinstr. 2, 66113 Saarbrücken
Tel.: 06 81/40 64 15 01, Fax: 06 81/4 06 12 03

Sächsische Krebsgesellschaft e. V.

Städtisches Klinikum Heinrich Braun
Karl-Keil-Str 35, 08060 Zwickau
Tel.: 03 75/52 33 23, Fax: 03 75/52 95 51

Deutsche Krebsgesellschaft – Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.

Martin-Luther-Universität
Ernst-Grube-Str. 40, 06120 Halle
Tel.: 03 45/67 23 14/15, Fax: 03 45/67 25 51

Schleswig-Holsteinische Krebsgesellschaft e. V.

Flämische Straße 6- 10, 24103 Kiel
Telefon: 04 31/9 60 12

Thüringische Krebsgesellschaft e. V.

Klinik für Innere Medizin II
Klinikum der F.-Schiller-Universität
Erlanger Allee 101, 07740 Jena
Tel.: 0 36 41/75 21 00, Fax: 0 36 41/75 22 19

**DEUTSCHE
KREBS-
GESELLSCHAFT
e.V.**

*Anschriften der
Länder-
gesellschaften*

Rundfunkspots zur Krebsaufklärung und zur Förderung der Krebsfrüherkennung in der Bevölkerung.

- „Mitteilungen der Deutschen Krebsgesellschaft“, vierteljährliches Periodikum

Als Einzelpublikationen sind beispielhaft zu nennen:

- „Das brennt uns auf der Haut“ (Thema Sonne und Hautkrebs)
- „Nebenwirkungen der Krebstherapie – so kann man sie lindern“
- „Krebswörterbuch für Betroffene“

„Krebs erkennen so früh wie möglich“ (Thema Früherkennung)

- „Therapiestudien“
- „Ratgeber für Frauen mit Unterleibskrebs“
- „100 gesunde Rezepte“ (Thema ausgewogene Ernährung, Schutzgebühr 10,- DM)
- „Wir stellen uns vor“ (Selbstdarstellung der DKG)
- „Unsere Satzung“
- „Arbeitsgruppe Wirkstoffentwicklung in der Onkologie Struktur, Ziele, Aktivitätsprofil“
- „Abteilung Experimentelle Krebsforschung“ (Arbeitsgemeinschaften und Mitgliederverzeichnis)

Medienangebote

- Ein Fort- und Weiterbildungsangebot zur Krebsfrüherkennungsuntersuchung und Krebsprävention wird im Rahmen des Modellprojektes „Krebsfrüherkennung“ erarbeitet.
- Fachliche Bearbeitung von telefonischen Anfragen zum Thema Krebsfrüherkennung und Krebsprävention und Versand von Informationsmaterial sind im Rahmen dieses Modellprojektes ebenfalls geplant.

Über die Geschäftsstelle können Informationen über den Stand des Modellprojektes „Krebsfrüherkennung“

und die in diesem Rahmen geplanten Maßnahmen eingeholt werden.

Geplant ist, eine onkologische Datenbank in Zusammenarbeit mit DIMDI und BMFT aufzubauen.

Erfasst werden sollen Daten zu:

- verschiedenen Standardtherapien
- Therapieleitlinien („Therapie nach Maß“)
- Adressen von Selbsthilfegruppen
- Krebsmedikamente.

**Service-
leistungen**

Es ist empfehlenswert, sich über die Angebote des zuständigen Landesverbandes der Deutschen Krebsgesellschaft zu informieren. Ebenfalls sollte der Stand der Maßnahmen im Rahmen des Modellprojektes „Krebsfrüherkennung“ abgefragt werden.

Empfehlungen

DEUTSCHE KREBSHILFE e.V.

– DKH –

Adresse Thomas-Mann-Straße 40
53111 Bonn
Postfach 14 67
53004 Bonn

Telefon 02 28/7 29 90-0

Teletex 228 3737 DKH

Telefax 02 28/7 29 90 11

Die Deutsche Krebshilfe e.V. wurde am 25. 9. 1974 als gemeinnütziger Verein gegründet. Sie finanziert sich ausschließlich aus Spendengeldern. Öffentliche Mittel werden nicht in Anspruch genommen.

Ziel des Vereins ist es, die Krebskrankheiten in all ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Verwirklicht werden diese Ziele durch:

- Information und Aufklärung über die Krebserkrankungen sowie über die Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge;
- Motivation der Bevölkerung zur Wahrnehmung der Krebsfrüherkennungs-Untersuchungen;
- Organisation und Förderung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie von Informationsveranstaltungen zur Verbesserung der Krebsbekämpfung;
- Förderung von Modellprojekten der Diagnostik, Therapie sowie klinischer Register und Nachsorge zur besseren Patientenversorgung und -betreuung;
- Verbesserung der Diagnostik, Therapie und Nachsorge durch Förderung der personellen und sachlichen Ausstattung einschließlich Behebung von Notständen in Therapie-, Forschungs- und Rehabilitationseinrichtungen;
- Hilfestellung, Unterstützung und Beratung in Einzelfällen, die eine durch Krebserkrankung entstandene Notsituation lindern sollen;
- Förderung der wissenschaftlichen und kliniknahen Forschung und ihrer Anwendung.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Deutsche Krebshilfe hat ein breitgefächertes Angebot an kostenlosem, schriftlichem Informationsmaterial, das sich in drei Kategorien aufteilen läßt:

Broschüren und Informationsschriften über einzelne Krebsarten, die sich an Betroffene richten. Sie beschreiben erste Warnzeichen, erläutern Diagnose, Therapie, Nachsorge und Rehabilitation, geben Ratschläge für die seelische Krankheitsbewältigung und Hinweise auf sozialrechtliche Regelungen für Krebspatienten. Sämtliche Schriften werden regelmäßig von Experten auf den neuesten Stand gebracht.

Medienangebote

– DKH –

Medienangebote

- Beispielhaft seien genannt:
- Krebs im Mund-, Kiefer- und Gesichtsbereich
 - Krebs im Kindesalter. Ein Ratgeber für Eltern krebskranker Kinder und Jugendlicher
 - Krebs Wie geht es weiter? Ein Ratgeber für brustkrebsoperierte Frauen
 - Haut-Krebs Ein Ratgeber zur Früherkennung, Behandlung und Nachsorge
 - Achtung Sonne
 - So schützen Sie sich vor dem schwarzen Hautkrebs
 - Krebsschmerzen wirksam bekämpfen
 - Ratgeber für Kehlkopfflose. Hilfe zur Rückkehr in den Alltag
 - Hast Du denn akzeptiert, daß ich Krebs habe? (Faltblatt für Angehörige)
 - Setze den Punkt (Erfolgreich zum Nichtraucher)

Informationsschriften zu einzelnen Krebsarten:

- Darmkrebs
- Eierstockkrebs
- Gebärmutterkrebs
- Harnblasenkrebs
- Hodenkrebs
- Lungenkrebs
- Magenkrebs
- Prostatakrebs
- Schilddrüsenkrebs

Broschüren zum Bereich der Krebsprävention, in denen gezielt über Krebsrisiko und Früherkennung aufgeklärt wird

Beispielhaft seien genannt:

- Krebsrisikogruppen Wer gehört dazu?
- Krebsprävention. Ein Ratgeber zur Erkennung und Vermeidung von Krebsrisikofaktoren
- Krebsbekämpfung eine europäische Aufgabe. Sonderausgabe für die Deutsche Krebshilfe
- Faltblatt: 10 Regeln gegen den Krebs. Eine europäische Initiative gegen den Krebs
- Plakate zur Früherkennung

Informationsmaterial über die Deutsche Krebshilfe

- Imagebroschüre der Deutschen Krebshilfe „Wirksam“ Sie gibt einen Überblick über Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der Deutschen Krebshilfe
- Jahresbericht der Deutschen Krebshilfe Er stellt den Tätigkeitsbericht für das entsprechende Jahr dar und gibt Auskunft über Einnahmen und Ausgaben der DKH
- Informationsblatt Kinderkrebshilfe
- Imagebroschüre „Helfen dem Leben zuliebe“

Serviceleistungen

Der Informations- und Beratungsdienst

Seit ihrer Gründung ist die Deutsche Krebshilfe eine Anlaufstelle für viele Patienten und Angehörige, die sich mit ihren Fragen und Problemen an sie wenden. Der Informations- und Beratungsdienst bietet Patienten und ihren Angehörigen folgende Hilfen an:

- Bei Fragen nach Kliniken, Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen und Nachsorgeeinrichtungen kann die Deutsche Krebshilfe auf eine umfangreiche Sammlung von aktuellen, detaillierten Adressen zurückgreifen. Wenn die Betroffenen es wünschen, werden auch Kontakte zu regionalen Beratungsstellen oder Selbsthilfegruppen hergestellt
- Bei medizinischen Fragestellungen oder psychischen Problemen verweisen die Ansprechpartner bei der Deutschen Krebshilfe an das für den Patienten nächstgelegene Tumorzentrum, onkologische Schwerpunktkrankenhaus oder an wohnortnahe psycho-soziale Beratungsstellen sowie an den Krebsinformationsdienst (KID) am Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg

Informations- und Beratungsdienst der DKH:

telefonisch:
montags bis freitags in der Zeit von 9.00 bis 17.00 Uhr
unter der Telefonnummer: 02 28/7 29 90-57
und 7 29 90-58

schriftlich:
Deutsche Krebshilfe
Informations- und Beratungsdienst
Thomas-Mann-Straße 40, 53111 Bonn

Fortbildungsveranstaltungen

- einmal im Jahr der Nachsorgekongreß für Ärzte, Pflegepersonal, psychosoziale Fachkräfte und Patienten (in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Thie-ding-Stiftung des Hartmannbundes)
- alle zwei Jahre das Symposium Krebsprävention für Lehrkräfte und im Gesundheitswesen tätiges Fachpersonal sowie interessierte Laien (in Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung für Gesundheits-erziehung)
- Dr.-Mildred-Scheel-Akademie für Forschung und Bildung GmbH
Seminar- und Kursangebot für unterschiedliche Zielgruppen. Es richtet sich an Angehörige von Krebspatienten, Leiter/-innen und Mitglieder von Krebsselfhilfegruppen, Krankenschwestern und -pfleger, Sozialarbeiter, Psychologen, Seelsorger, Studenten, Ärzte und an interessierte Bürger

Härtefonds

Krebspatienten und ihren Familien, die durch Erkrankung in eine finanzielle Notlage geraten sind, kann aus einem speziellen Härtefonds geholfen werden.

Die finanzielle Unterstützung ist an Einkommensgrenzen gebunden und in der Höhe begrenzt. Sie wird in der Regel nur einmal gewährt.

Antragsformulare können bei der Deutschen Krebshilfe erbeten werden.

Empfehlungen

Unter dem reichen und kostenlosen Publikationsangebot der Deutschen Krebshilfe sind vor allem die Informationsschriften zu den einzelnen Krebsarten hervorzuheben

Broschüren zur Prävention und die Fortbildungsveranstaltungen, die alle 2 Jahre stattfinden, sind auch für

Lehrkräfte und medizinisches Fachpersonal interessant
Der Informations- und Beratungsdienst bietet ein weites Spektrum von Informationen zu Sachfragen bis zu seelischer Unterstützung

Medizinische und psychosoziale Fachkräfte können sich auf den jährlichen Nachsorgekongressen fortbilden.

DEUTSCHE LEUKÄMIE- FORSCHUNGSHILFE AKTION FÜR KREBS- KRANKE KINDER e.V.

Adresse - Dachverband -
Joachimstraße 20
53113 Bonn

Telefon 02 28/22 18 33

Telefax 02 28/21 86 46

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Deutsche Leukämie-Forschungshilfe Aktion für krebskranke Kinder e.V. (im folgenden abgekürzt DLFH) wurde 1980 von Eltern krebskranker Kinder gegründet.

Ursprüngliches Ziel der Initiatoren war, dafür zu kämpfen, daß die Mittel für die Forschung über Krebs bei Kindern drastisch erhöht werden.

Durch die zunehmend intensiver werdende Behandlung krebskranker Kinder mit Chemotherapie in spezialisierten Zentren wurde jedoch für betroffene Eltern deutlich, daß auch in anderen wichtigen Bereichen der Versorgung krebskranker Kinder ein erhebliches Defizit bestand:

1. Keine oder mangelhafte psychosoziale Betreuung der Kinder auf den Stationen bzw. keine Hilfestellung für die psychisch ebenfalls hoch belasteten Eltern.
2. Keine oder mangelhafte Möglichkeiten der Eltern, sich während der Behandlungsdauer „rund um die Uhr“ bei dem Kind im Krankenhaus aufhalten zu können (z. B. Betten für Eltern in den Krankenzimmern).
3. In vielen Fällen Unterversorgung der Stationen mit gut ausgebildeten Pflegekräften
4. Keine Supervision der psychisch und mental hoch belasteten Pflegekräfte.
5. Mangelhafte bauliche und apparative Ausstattung der Kliniken.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Defizite veränderten sich die Ziele und Aufgaben des Vereins: von dem Ziel der Forschungsförderung entwickelte sich die Aufgabenstellung zu einem aktionsorientierten Dachverband, der sich als Lobby auf Bundesebene für das krebskranke Kind versteht. Derzeit sind fast 50 örtlich aktive Elterngruppen dem Dachverband angeschlossen.

Viele der o.g. Probleme konnten in Angriff genommen und teilweise verbessert werden.

Vieles steht noch aus. So sind die wichtigsten Ziele und Aufgaben:

**DEUTSCHE
LEUKÄMIE-
FORSCHUNG-
HILFE
AKTION FÜR
KREBSKRANKE
KINDER e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Vertretung gegenüber Verbänden, Behörden, staatlichen Einrichtungen, Kliniken, Krankenkassen.
Öffentlichkeitsarbeit
Beratung und Unterstützung der angeschlossenen Initiativen sowie Förderung der Zusammenarbeit.
Auf örtlicher Ebene den Erfahrungsaustausch und die Interessenartikulation zu fördern.
Die Verbesserung der baulichen, apparativen, personellen und psychosozialen Situation auf den Kinderkrebsstationen insbesondere die Erhöhung der Zahl der Pflegekräfte
Die Einstellung von Fachkräften für die psychosoziale Versorgung (Sozialarbeiter, Psychologen, Sozialpädagogen) krebskranker Kinder nicht nur für die Station, sondern auch für die Nachsorge sowie deren Eltern und die Übernahme der Stellen in die Regelfinanzierung der Kliniken.

Die Förderung der Einrichtung von Behandlungszentren, um eine optimale Forschung sowie Diagnostik und Therapie zu sichern.
Die Bereitstellung von Wohnhäusern/Wohnungen unmittelbar in der Nähe der Krebsstationen oder von Betten in den Kliniken für die Eltern von Kindern während deren Behandlung.

Die DLFH ist ein gemeinnütziger Verein, der sich ausschließlich über Spenden finanziert.

Mitglieder sind die regionalen/örtlichen aktiven Elterngruppen. Jede neu sich bildende Gruppe kann auf Antrag Mitglied werden.

Medienangebote

Die DLFH gibt die Vierteljahreszeitschrift „wir“ heraus, die sich in erster Linie an betroffene Familien und deren Freunde richtet

Sie ist zum Selbstkostenpreis von 2,- DM (1990) beim Dachverband in Bonn oder bei den örtlichen Elterngruppen zu beziehen.

Weitere Broschüren sind nennenswert, z. B.

„Was nun was tun!“
(Leitfaden für Jugendliche und ihre Freunde)

„Mein Kind hat Krebs“
(Elternratgeber)

„Was ich habe, niemals wollte...“
(Tagebuch für jugendliche Krebspatienten)

Sozialrechtliche Informationen
(für Familien mit einem krebskranken Kind)

„Leukämie, was ist das?“
(ein Buch für Kinder und Eltern)

„Leben mit einem Tumor“
(ein Buch für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern)

„Der Chemo-Kasper“
(Bilderbuch für kleine Kinder über Chemotherapie)

„Hoffnung auf Heilung“
(20minütige Videokassette zur Einführung in die Thematik, 20,- DM)

„Mein Kind hat Krebs“ (Arabisch)

„Leukämie, was ist das?“ (Russisch)

„Trauer über den Tod eines Kindes“

Bezugsquelle für diese Broschüren (zwischen 1,- DM und 8,- DM) ist ebenfalls der Dachverband

Ein Veröffentlichungsverzeichnis kann angefordert werden

**Service-
leistungen**

Die DLFH gibt eine aktualisierte Bücherliste zum Thema „Krebs im Kindesalter“ heraus. Sie ist kostenlos beim Dachverband in Bonn zu beziehen.

Der Dachverband hat die jeweils aktuellsten Informationen über Adresse, Telefon und Ansprechpartner der örtlichen Elterngruppen. Diese sind kostenlos zu erfragen.

Empfehlungen

Die Deutsche Leukämie-Forschungshilfe – Aktion für krebskranken Kinder e.V. ist eine wichtige Anlaufstelle für Eltern von krebskranken Kindern bzw. allen Betroffenen, die eine örtliche Elterngruppe suchen oder gründen wollen

DEUTSCHE LIGA FÜR DAS KIND IN FAMILIE UND GESELLSCHAFT

(Initiative gegen früh- kindliche Deprivation) e.V.

Adresse	Dyroffstraße 12 53113 Bonn
Ansprechpartner	Michaela Strothe Geschäftsführerin
Telefon	02 28/26 26 25
Telefax	02 28/26 45 15

Die „Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft“ wurde 1977 aus der Erkenntnis heraus gegründet, daß zahlreiche kinder- und familienfeindliche Zwänge dazu führen, daß die gesunde Entwicklung von Kindern bedroht ist. Das Ziel der Liga ist es, den Symptomen Verhaltensstörung und Schulversagen, Aggressivität und Brutalität, Drogenabhängigkeit, Verwahrlosung, Kriminalität usw. vorzubeugen durch Verhinderung von seelischer Verkümmern (frühkindlicher Deprivation).

Dazu hat die Liga folgendes Arbeitsprogramm erstellt:

1. Humanitäre und aufklärende Maßnahmen

- Schutz und Aufwertung der Elternschaft in ihrer Bedeutung für das Kind; Herausstellung dieser unverzichtbaren erzieherischen und sozialen Leistung für die Gesellschaft in der Öffentlichkeit,
- Werbung für die verstärkte Einbeziehung des Vaters in die Betreuung und Erziehung des Kindes; Hinweise auf die Bedeutung von Geschwistern, Großeltern und anderen Verwandten,
- Vermittlung des gesicherten biologischen und psychologischen Wissensstoffes über die frühe Kindheit in allen Schulen,
- Information aller mit Schwangeren, jungen Müttern und Kleinstkindern befaßten Ärzte und Pflegepersonen über die Bedeutung der Umweltbedingungen für die seelisch und körperlich gesunde Entwicklung des Neugeborenen, des Säuglings und Kleinkindes; Einführung dieses Wissensstoffes in die Ausbildung dieser Personen,
- Herstellung und Verteilung von Aufklärungsmaterial für jedermann; Dauerinformation aller Medien, der Kirchen, Volkshochschulen und einschlägigen Verbände über Ursachen und Folgen seelischer Verkümmern durch Mutterentbehrung und Elternversagen (Deprivation),
- Abbau der Heimpflege zugunsten von Pflegefamilien; Säuglingsheime als Daueraufenthalt müssen überflüssig werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE LIGA
FÜR DAS KIND
IN FAMILIE UND
GESELLSCHAFT**

**(Initiative gegen
frühkindliche
Deprivation) e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

2. Intensivierung der Eltern-Kind-Beziehung
 - Einführung von Mutter-Kind-Zimmern auf allen Entbindungstationen, soweit noch nicht geschehen,
 - Aufklärung über die Bedeutung des Vaters für das Kind schon mit Beginn der Schwangerschaft,
 - Förderung des Stillens in seiner doppelten Bedeutung als naturgemäße Ernährung und als Begünstigung einer seelischen Bindung zwischen Mutter und Kind
3. Gesetzgeberische Maßnahmen
 - a) Erhöhung und Dynamisierung des Erziehungsgeldes und Verlängerung auf drei Jahre;
 - b) Reform der Familienbesteuerung:
 - Berücksichtigung der tatsächlichen Unterhaltsaufwendungen für Kinder, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, d. h. Anhebung und Dynamisierung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes;
 - Einführung einer gleichberechtigten „Errungenschaftsgemeinschaft“ zwischen den Ehepartnern als Voraussetzung des Ehegattensplittings;
 - Einführung eines Familien-Realsplittings;
 - c) leistungsgerechte Berücksichtigung der Kindererziehung bei der Alterssicherung, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert;
 - d) Lastenausgleich zwischen Familien und Kinderlosen;
 - e) Wohnraumbeschaffungshilfen und wirksame Zins- und Tilgungserleichterungen für Familienwohnbauten; Förderung eines kinder- und familienfreundlichen Wohnungs- und Städtebaus durch entsprechende Gesetze;

- f) Berücksichtigung des Kindeswohles bei Zuerkennung des Sorgerechts im Falle von Ehescheidungen;
- g) Verbesserung der Situation alleinstehender Mütter und Väter und ihrer Kinder, z. B. durch Erweiterung des Angebots von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und Kindergartenplätzen;
- h) Hervorhebung der Bedeutung faktischer Elternschaft in den einschlägigen Gesetzen im Gegensatz zur Überbewertung biologischer Elternschaft (Kindeswohl vor Elternrecht!). Verbesserung der Möglichkeiten und der Anwendung der Frühadoption.

4. Wissenschaftliche Maßnahmen

- Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen über die Vorbedingungen richtigen elterlichen Verhaltens und über die Störfaktoren frühkindlicher seelischer Reifung und deren Folgen, wissenschaftliche Auseinandersetzung über Grundlagen der optimalen Sozialisation des Kleinkindes, der Mutter- und Vaterrolle und die Möglichkeiten der außerfamilialen Ersatzerziehung in den ersten drei Jahren

Mitglieder der Liga sind zahlreiche Bundesverbände der Jugend-, Familien- und Frauenarbeit, Berufsverbände aus den verschiedensten Fachbereichen, Stiftungen, Lions- und Rotaryclubs und einige Wirtschaftsunternehmen. Das Kuratorium der Liga ist interdisziplinär besetzt, ebenso Ausschüsse, die bei Bedarf zu bestimmten Themen gebildet werden. Die Liga finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Medienangebote

Durch die Herausgabe fachlich qualifizierter Schriften will die Liga den politisch Verantwortlichen Grundlagen für ihre familienpolitischen Entscheidungen an die Hand geben. Außerdem sollen die Publikationen Eltern, Erzieher und Lehrer über die Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung informieren.

Einige Titel dazu sind (kostenpflichtig):

Joachim Bense: „Krippenbetreuung im Spiegel der neuesten internationalen Forschung“ (1991)
„Das Jahrhundertunrecht an den Müttern
Plädoyers für Familiengerechtigkeit vor dem Bundesverfassungsgericht am 28. 4. 1992“

- „Familie '92 Wunsch und Wirklichkeit“
- „Kinder Randgruppe oder Zukunft unserer Gesellschaft?“
- „Der Lebensanfang als Lebensentscheidung“
- „Die entscheidenden ersten Lebensjahre“

Für Grundschullehrer/innen hat die Liga außerdem die Handreichungen herausgebracht: „Stichwort: Kind – Wer ist es, was kann es, was braucht es?“

Eine Übersicht der Schriften und sonstigen Veröffentlichungen der Liga ist bei der Geschäftsstelle zu erhalten.

Serviceleistungen

Neben den beschriebenen Publikationen veranstaltet die Liga Tagungen und öffentliche Diskussionen zu Themen der frühkindlichen Entwicklung und zur Familienpolitik.

Mit der durch die Mitglieder repräsentierten Fachkompetenz beantwortet die Liga auch spezielle Fragen zu ihrem Themenbereich und vermittelt Referenten.

Anfragen sollten an die Geschäftsstelle

Dyroffstraße 12
53113 Bonn
Telefon: 02 28/26 26 25
Telefax: 02 28/26 45 15

gerichtet werden.

Empfehlungen

Zur frühkindlichen Entwicklung geben die Veröffentlichungen der Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft wichtige Informationen und Argumentationshilfen, so z. B. die Schriften „Kinder- und familienge-

rechtes Wohnen“ und „Der Lebensanfang als Lebensentscheidung“

Die Liste der Veröffentlichungen sollte daher bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

DEUTSCHE LIGA ZUR BEKÄMPFUNG DES HOHEN BLUTDRUCKES e.V.

Deutsche Hypertonie- Gesellschaft

Adresse	Berliner Straße 46 69120 Heidelberg
Ansprechpartner	Liselotte Thomann (Geschäftsführerin)
Telefon	0 62 21/41 17 74
Telefax	0 62 21/40 22 74

Die Deutsche Liga zur Bekämpfung des hohen Blutdruckes e. V. wurde 1974 in Heidelberg als gemeinnütziger Verein gegründet, um Maßnahmen zur Bekämpfung des hohen Blutdrucks in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln und zu fördern. Die Satzung sieht dazu vor:

- Unterstützung der ständigen Fortbildung der Ärzte in der Diagnostik und Behandlung des hohen Blutdrucks,
- Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung des hohen Blutdrucks als Risikofaktor für Gesundheit und Leben,
- Anregung und Koordination von Vorsorgeprogrammen und -einrichtungen zur Bekämpfung des hohen Blutdrucks und von Nachsorge und Rehabilitationsprogrammen und -einrichtungen,
- Pflege der Verbindung und Erfahrungsaustausch mit anderen wissenschaftlichen Gesellschaften im In- und Ausland,
- Vorbereitung und Organisation wissenschaftlicher Tagungen und Anregung und Koordination von Forschungsprojekten auf dem Gebiet des hohen Blutdrucks.

Zu den ca. 3.500 Mitgliedern der Liga gehören Ärzte verschiedener Fachrichtungen und Laien, vor allem Bluthochdruckkranke.

Die Organe der Liga sind der Vorstand, das Kuratorium und die Mitgliederversammlung. Der von der Mitgliederversammlung gewählte Vorstand besteht aus sieben Personen, von denen mindestens vier wissenschaftlich oder klinisch auf dem Gebiet des Hochdrucks tätig sein sollen. Der Vorstand bestimmt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Schriftführer. Sechs ehrenamtliche Mitglieder des Kuratoriums werden auf Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung gewählt. Zusätzlich werden fördernde Kuratoriumsmitglieder vom Vorstand ernannt. Es sind dies Personen, die die Ziele der Liga in besonderem Maße finanziell und ideell unterstützen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE LIGA
ZUR
BEKÄMPFUNG
DES HOHEN
BLUTDRUCKES
e. V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Das Kuratorium berät den Vorstand und macht Vorschläge für die Geschäftsführung. Es soll in ausgewogenem Verhältnis mit Vertretern von Bundes- oder Landesministerien, Krankenkassen, Versicherungsanstalten, der Ärzteschaft und Industrie besetzt sein.

Zur Koordinierung der Aktivitäten der Liga nach innen und außen und zur Erfüllung der verschiedenen Aufgaben unterhält die Liga eine Geschäftsstelle mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern. In den einzelnen Bundesländern gibt es sogenannte Regionalbeauftragte, die die Aktivitäten der Liga auf Landesebene betreuen. Die Aktivitäten zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben haben folgende Schwerpunkte:

- Information der Ärzte durch Erstellung von Merkblättern,
- Unterstützung der Hochdruckforschung u. a. durch jährliche Preise:
 1. Franz-Groß-Wissenschaftspreis,
 2. Förderpreis für die Hochdruckforschung an einen jungen Wissenschaftler unter 40 Jahren,

- Information der Patienten durch Arzt-Patienten-Seminare und durch die Herausgabe von Informationsbroschüren,
- Information der Öffentlichkeit durch Pressemitteilungen, jährlich verliehener Publizistikpreis an einen Journalisten, der besonders informativ über den Hochdruck berichtet hat

Die vielfältigen Aufgaben der Liga werden durch Sektionen wahrgenommen, die mit verschiedenen Arbeitsgebieten betraut sind. Es sind dies die Sektionen Wissenschaft, Arzneimittel, Patienteninformation, Blutdruckmessung und Nationales Blutdruckprogramm. Die einzelnen Sektionen bilden Arbeitsgruppen, die bei verschiedenen Fragestellungen beratend zur Seite stehen.

Die Arbeit der Liga finanziert sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen, Erlösen aus Materialverkauf und Tagungsgebühren.

Medienangebote

Das Medienangebot der Liga richtet sich an drei Zielgruppen:

- Ärzte
- Patienten
- Öffentlichkeit

Für Ärzte gibt es eine Reihe von Merkblättern mit Empfehlungen zu Ursachen, Diagnose, Therapie und Therapiekontrolle des hohen Blutdrucks, die bei der Geschäftsstelle zum Selbstkostenpreis bezogen werden können (bitte Bestelliste anfordern). Mitglieder der Liga erhalten diese Merkblätter in kleinen Mengen kostenlos.

Außerdem hat die Liga einen Leitfaden für Ärzte zur inhaltlichen Vorbereitung von Arzt-Patienten-Seminaren oder Gruppenseminaren in der Praxis entwickelt, der ebenfalls von der Geschäftsstelle bezogen werden kann. Für Patienten und Gesunde gibt die Hochdruckliga vierteljährlich eine Zeitschrift heraus, die für Mitglieder kostenlos ist. Weiterhin werden Empfehlungen für Patienten publiziert, z. B.:

- Rauchen und Bluthochdruck
- Kochsalz und Hochdruck
- Übergewicht und Hochdruck
- Hypertonie und Sport
- Blutdruckpaß
- Hoher Blutdruck - Antworten auf 10 Fragen
- Herz- und Kreislauferkrankungen: 200 medizinische Fachbegriffe
- Druckpunkt - Patientenzeitschrift
- Faltblatt „Herz-Kreislauf-Telefon“ (kostenlos)
- Hochdruckliga, Ziele und Aufgaben (kostenlos)

Mit regelmäßigen Pressemitteilungen wird die Öffentlichkeit auf den Risikofaktor hoher Blutdruck hingewiesen.

Seit dem 1. 4. 1992 steht der Bevölkerung das Herz-Kreislauf-Telefon Heidelberg zur Verfügung. Jeder Bürger kann sich unter der Telefonnummer 0 62 21/ 47 48 00 an diesen Telefondienst wenden, um Aufklärung und Information zu erhalten über Fragen zum arteriellen Hochdruck, seinen Ursachen (Übergewicht, Fehlernährung, zu hoher Salzkonsum, Bewegungsmangel, Alkohol), seinen Folgen (Schlaganfall, Herzinfarkt, arterielle Verschlusskrankheit) und den Möglichkeiten seiner Behandlung (Allgemeinmaßnahmen, Antihypertensiva). Auch Fragen aus den Gebieten Kardiologie, Angiologie, Fettwechselstörungen und Ernährung werden beantwortet. Auskünfte erteilen gründlich ausgebildete Mitarbeiter der Hochdruckliga, die aus verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens kommen. Ein ständig aktualisiertes computergestütztes und urheberrechtlich geschütztes Register mit weit über 1.000 Stichworten dient der Vereinheitlichung und Qualitätssicherung der Antworten.

Das Telefon ist montags bis freitags von 9.00-17.00 Uhr besetzt. Es hat sich mit fast 7.000 Anrufen in den ersten 1½ Jahren seines Bestehens zu einer der erfolgreichsten Aktivitäten der Hochdruckliga entwickelt.

Die Informationen der Sektion Nationales Blutdruckprogramm (NBP-Info) erscheinen sechsmal im Jahr und werden kostenlos an ca. 10.000 Ärzte versandt. Sie enthalten Nachrichten und Berichte für die Praxis, aus der Forschung und informieren über die Aktivitäten der Hochdruckliga.

Neben den Informationsbroschüren für Ärzte und Patienten bietet die Hochdruckliga an:

- Seminare zur Einführung in die Technik der 24-Stunden-Blutdruckmessung (ABDM) gegen Teilnehmergebühr
- Arzt-Patienten-Seminare bundesweit (Teilnahme kostenlos)
- Jährliche Tagungen der wissenschaftlichen Sektion über den Stand der Hochdruckforschung gegen Teilnehmergebühr
- Nationale Blutdruckkonferenzen zur allgemeinen Standortbestimmung
- Herz-Kreislauf-Telefon für die Bevölkerung (kostenlose Beratung, es entstehen nur Telefongebühren für den Anrufer)
- Unterstützung bei der Gründung von Selbsthilfegruppen

**DEUTSCHE LIGA
ZUR
BEKÄMPFUNG
DES BLUTHOCH-
DRUCKES e. V.**

**Service-
leistungen**

Bei der Planung von Maßnahmen, die geeignet sind, das Problem der Risikofaktoren zu klären, kann das Angebot der Liga genutzt werden.

Zu empfehlen ist, das Literaturverzeichnis der Liga anzufordern.

Alle Empfehlungen für die verschiedenen Indikationen des Bluthochdrucks beruhen auf wissenschaftlichem Konsens und bieten eine sichere Orientierungshilfe.

Empfehlungen

DEUTSCHE MORBUS CROHN/ COLITIS ULCEROSA VEREINIGUNG

– DCCV e.V. –

Adresse Paracelsusstraße 15
51375 Leverkusen

Telefon 02 14/7 59 57

Telefax 02 14/7 59 79

Die DCCV e.V., Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung, ist der Bundesverband von Menschen, die an Morbus Crohn oder Colitis ulcerosa erkrankt sind. Gegründet 1982, wird sie ausschließlich von Betroffenen organisiert und ist eine der größten Patientenvereinigungen Deutschlands.

Morbus Crohn und Colitis ulcerosa sind chronisch entzündliche Darmerkrankungen. Bei der Colitis ulcerosa treten die Entzündungen als kleine oder größere Geschwüre im Dickdarm auf. Beim Morbus Crohn ist meistens der letzte Teil des Dünndarms betroffen; es können aber auch alle anderen Bereiche des Verdauungstraktes (Mundhöhle, Speiseröhre, Magen, gesamter Darm) entzündet sein. Die Krankheitssymptome sind aber nicht nur auf den Darm beschränkt, sondern betreffen das gesamte Körpersystem. Zu den starken körperlichen Einschränkungen kommt meist noch die seelische Belastung, denn die Patienten stoßen in ihrem sozialen Umfeld auf Unwissenheit, Unverständnis und zum Teil sogar auf Ablehnung. Die Ursachen dieser beiden Krankheiten sind noch weitgehend unbekannt. Deshalb beschränkt sich die Therapie leider immer noch auf die Behandlung der Symptome.

Die Leistungen der DCCV e.V.:

Die Hauptaufgabe der DCCV e.V. liegt in der persönlichen Beratung und Unterstützung von Betroffenen und ihren Angehörigen.

Sie vermittelt Kontakte zu Selbsthilfegruppen, Ärzten, Krankenhäusern und Kurkliniken.

Sie hilft bei Fragen und Problemen mit Krankenkassen, Sozial- und Rentenversicherungsträgern und Arbeitgebern.

Sie unterstützt und fördert örtliche Selbsthilfegruppen.

Die Elterninitiative der DCCV e.V. nimmt sich der besonderen Probleme von betroffenen Kindern an und vermittelt Kontakte zwischen Eltern, die Rat suchen oder Rat geben können.

Die DCCV e.V. organisiert Fortbildungsveranstaltungen und Arzt-Patienten-Seminare.

Sie bemüht sich um die Erweiterung und Verbesserung der ambulanten und klinischen Versorgung. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit informiert die DCCV e.V. über die Krankheiten Morbus Crohn und Colitis ulcerosa und macht auf die besonderen Probleme der Betroffenen aufmerksam.

In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern bemüht sich die DCCV e.V. um die Intensivierung der Forschung und gibt Anregungen für neue Forschungsschwerpunkte.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DCCV e. V. -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Organisation der DCCV e. V.:

Die DCCV e. V. wird vertreten durch einen ehrenamtlich tätigen Vorstand. Landesbeauftragte in den Bundesländern sind eingesetzt, um Nähe zum Arzt und zum Patienten zu schaffen. Viele Kontaktpersonen vor Ort stehen für Gespräche oder zur Mithilfe beim Aufbau neuer Selbsthilfegruppen zur Verfügung.

Die Arbeit der DCCV e. V. wird durch einen ärztlichen Beirat unterstützt. Er hat folgende Aufgaben: Forschungsförderung, Information für Patienten, Ärzte und Öffentlichkeit, Geldmittelbeschaffung. Ein erweiterter ärztlicher Beirat hilft zusätzlich, die medizinische Versorgung der Patienten bundesweit zu verbessern.

Durch kontinuierliche Aufbauarbeit hat sich die DCCV e. V. in den über 12 Jahren ihres Bestehens einen zunehmenden Bekanntheitsgrad erworben. Knapp 8.000 Mitglieder (Stand Februar 1994) und eine breite

Akzeptanz bei Ärzten, Industrie und Trägern der Gesundheitsvorsorge sind das Ergebnis dieser Arbeit. Als große Herausforderung sieht die DCCV e. V. nach wie vor die Verbesserung der klinischen und ambulanten Versorgung chronisch Kranker, besonders im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung im Gesundheitswesen. Um ihre Ziele auch erreichen zu können, ist die DCCV e. V. aber weiter auf Kontakte zu Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur angewiesen, die ihr bei der schwierigen Aufgabe behilflich sind.

Um unabhängige Verbandsarbeit leisten zu können, muß die DCCV e. V. für die Mitgliedschaft Beiträge erheben. Diese Gelder reichen aber bei weitem für die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nicht aus. Deshalb ist die DCCV e. V. auf zusätzliche Förderung durch gelegentliche und regelmäßige Spenden, Zuwendungen anlässlich besonderer Ereignisse, Bußgeldzuweisungen, ehrenamtliche Hilfe o. ä. angewiesen

Medienangebote

Das viermal jährlich erscheinende Mitgliedsjournal BAUCHREDNER ist ein „Muß“ für Betroffene und Ärzte. Es informiert über den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung. Es ist ein wichtiges Instrument der Beratung und Unterstützung und enthält allgemeine und verbandsinterne Informationen. Der Bezug ist bei Mitgliedschaft im Jahresbeitrag (z. Z. 84,-DM/jährlich) enthalten.

Ergebnis zwölfjähriger DCCV-Arbeit sind auch eigene Informationshefte für Patienten zu verschiedenen Schwerpunktthemen, z. B. über Medikamente, chirurgische Hilfe, Ernährung, Kurklinik-Adressen. Diese Hefte sind für Mitglieder kostenlos.

Abrufbar sind Broschüren und Plakate über die DCCV. Daneben gibt es Patienteninformationen von Pharmaunternehmen. Für Versandkosten wird um Spenden gebeten.

Serviceleistungen

Über die Geschäftsstelle der DCCV e. V. können Betroffene die Adressen der DCCV-Landesbeauftragten oder von regional tätigen Selbsthilfegruppen erfragen.

Der besonderen Probleme bei betroffenen Kindern nimmt sich die Kind-Eltern-Initiative an, indem sie Kontakte vermittelt zwischen Eltern, die Rat suchen oder geben können.

Fortbildungsveranstaltungen und Arzt-Patienten-Seminare in den verschiedenen Bundesländern ermöglichen durch Vorträge und Diskussion mit kompetenten

Medizinern und anderen Spezialisten Informationen aus erster Hand über die Krankheiten und damit verbundene Schwerpunktthemen.

Diese Angebote sind für alle kostenlos. Mitglieder erhalten rechtzeitig und regelmäßig Veranstaltungsinformationen.

Nur den Mitgliedern steht auch der DCCV-Arbeitskreis Sozialrecht zur Verfügung. Er ist zuständig bei Fragen zur Arbeitsplatzsicherung, Schwerbehinderung, Berentung usw.

Empfehlungen

Die Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung DCCV e. V. ist der Bundesverband von Menschen, die an Morbus Crohn oder Colitis ulcerosa erkrankt sind. Hauptaufgabe ist die persönliche Beratung und Unterstützung von Betroffenen, ihren Angehörigen und allen Interessierten.

Schriftliche Informationen stehen Mitgliedern kostenlos zur Verfügung oder sind gegen Spende erhältlich.

Die Erfahrung zeigt, daß

- sorgfältige und regelmäßige Information der Vielzahl der Betroffenen offensichtlich wichtige Entscheidungshilfen gibt und damit Bedeutung hat für den persönlichen Umgang mit den chronisch entzündlichen Darmerkrankungen Morbus Crohn bzw. Colitis ulcerosa,
- eine Betroffenenengemeinschaft wie die DCCV e. V. möglicher Einsamkeit und Isolation aus chronischer Krankheit vorbeugen kann und Gleichberechtigung und psychische Stärke aus Gleichbetroffenheit vermittelt.

DEUTSCHE RHEUMA- LIGA BUNDESVERBAND e.V.

Adresse Rheinallee 69
53173 Bonn

Ansprechpartner Silvia Wollersheim

Telefon 02 28/35 54 25

Die Deutsche Rheuma-Liga wurde 1970 gegründet und ist ein Zusammenschluß von Betroffenen und Rheumatologen, engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachkräften aus den unterschiedlichsten Bereichen.

Rheuma ist eine der häufigsten Ursachen für die Einleitung von Rehabilitationsmaßnahmen. Ein wichtiger Grund für die Entstehung der Rheuma-Liga war deshalb, die vom Rheuma betroffenen Menschen gegenüber Sozialleistungsträgern und Gesetzgeber besser vertreten zu können. Darüber hinaus wurde früh der Bedarf gesehen, den Alltag mit dieser, in den meisten Fällen chronischen Erkrankung besser bewältigen zu können: durch Austausch von Erfahrungen unter Betroffenen und durch die umfassenden Informationen über neueste technische Hilfsmittel sowie Informationen darüber, wie der Krankheitsverlauf günstig beeinflusst werden kann.

Die Rheuma-Liga Bundesverband e.V. ist der Dachverband verschiedener Vereine im Bereich Rheuma. Er gliedert sich in 16 Landesverbände (1994) und 3 Mitgliedsverbände, die im folgenden genannt sind:

Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew e.V.
Metzgergasse 16, 97421 Schweinfurt
Tel.: 0 97 21/2 20 33, Fax: 2 29 55

Lupus Erythematodes Selbsthilfegemeinschaft e.V.
Cöllenkamp 3, 44357 Dortmund
Tel.: 02 31/37 02 86, Fax: 37 02 86

Selbsthilfegruppe Sklerodermie in Deutschland e.V.
Jagdstraße 1, 90559 Burgthann
Tel.: 0 91 88/5 12

Auf örtlicher Ebene gibt es Arbeitsgemeinschaften und Gesprächsgruppen.

Die Mitgliedsverbände sind für sich selbständig. Der Dachverband nimmt für sie Vertretung in politischen und gesetzgeberischen Verfahren wahr

Finanziert wird die Deutsche Rheuma-Liga e.V. durch Mitgliedsbeiträge sowie Zuwendungen folgender Leistungsträger und staatlicher Einrichtungen (mit jährlichem Wechsel oder in schwankender Höhe):

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
RHEUMA-LIGA
BUNDES-
VERBAND e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

1. Bundesministerien für Gesundheit sowie Arbeit und Soziales
2. Ministerien der Länder
3. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
4. Verband der Rentenversicherungsträger
5. Landesversicherungsanstalten
6. Krankenkassen
7. „GlücksSpirale“/„Aktion Sorgenkind“
8. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Die Deutsche Rheuma-Liga e.V. versteht sich als Hilfs- und Selbsthilfegemeinschaft und hat sich folgendes Arbeitsprogramm gegeben:

Fachliche Hilfen (örtlich)
wie Bewegungs- und Ergotherapie, sozialpädagogische Betreuung und sozialrechtliche Beratung, psychologische Hilfen, Vermittlung von Pflege-

diensten und Einsatz von Zivildienstleistenden, Angebot an Kursen zur Schmerzbewältigung
Laienhilfe
wie Besuchsdienste, Nachbarschaftshilfe, Vorlese-
dienste, Telefonketten
Förderung der Selbsthilfe
durch Gründung von Gesprächsgruppen, Musik- und
Tanzgruppen, Rheuma-Treffs (Information und
Geselligkeit)
Information und Aufklärung
von Betroffenen, Angehörigen, Fachkräften sowie
der breiten Öffentlichkeit
Fortbildung
von Mitarbeitern der Rheuma-Liga, insbesondere der
ehrenamtlichen Helfer und von Angehörigen der
medizinischen Heil- und Hilfsberufe sowie von
Psychologen und sozialen Berufen.

Medienangebote

Rheuma-Magazin MOBIL
ist die Mitgliederzeitschrift, jedoch auch erhältlich
für Nichtmitglieder. Die Zeitschrift informiert über
neueste Entwicklungen im medizinischen, tech-
nischen und sozialrechtlichen Bereich und berichtet
aus den Landesverbänden, von Arbeitsgemeinschaf-
ten und aus den Mitgliedsverbänden.
Merkblätter Rheuma
Beispielhaft seien genannt:
Reihe 1 : Rheumatische Erkrankungen
Reihe 2 : Kinder und Jugendliche
Reihe 3 : Diagnostische und therapeutische
Methoden
Reihe 31: Immunologie und rheumatische Erkrän-
kungen
Reihe 3.2: Der psychosomatische Hintergrund rheu-
matischer Erkrankungen

Reihe 4: Physiotherapie
Reihe 5: Äußere Einwirkungen
Reihe 6: Soziale Hilfen
Die Merkblätter enthalten in gut verständlicher Form
fachliche Informationen für Betroffene, Angehörige
und andere Interessierte
Broschüren und Plakate zu verschiedenen Themen
Audio- und Videokassetten zur Information und zur
Anleitung in der Bewältigung von Alltagsproblemen
Anschriftenverzeichnis der Mitgliedsverbände sowie
der örtlichen Arbeitsgemeinschaften

Ein Verzeichnis sämtlicher Informationsmittel kann
angefordert werden. Die Mitgliedsverbände verfügen
über eigenes Informationsmaterial, das dort erfragt
werden kann.

**Service-
leistungen**

Die Deutsche Rheuma-Liga informiert kostenlos
Betroffene über fachliche und Nachbarschaftshilfen.
Sie vermittelt Adressen von Therapieangeboten
(Bewegungs-, Ergotherapie, Schmerzbewältigungs-
kurse), Pflegedienste.
Sie unterstützt die Gründung von Selbsthilfegruppen
durch Informations- und Adressenvermittlung und
Fortbildung ehrenamtlicher Helfer
Sie organisiert Fortbildung von therapeutischem
und psychosozialen Fachpersonal.

Vorträge und Informationsveranstaltungen werden
zu den unterschiedlichen Themenbereichen orga-
nisiert (Ankündigungen hierzu und zur Fortbildung
im Rheuma-Magazin MOBIL).
Auf Anfrage gibt die Rheuma-Liga Empfehlungen zu
Büchern zum Thema Rheuma.
Filme und Dia-Schauen können angefordert werden
Anschriften der örtlichen Arbeitsgemeinschaften
und der Mitgliedsverbände können beim Bundesver-
band angefordert werden.

Empfehlungen

Die Deutsche Rheuma-Liga versteht sich als Hilfs- und
Selbsthilfeorganisation. Unter den Publikationen sind
besonders zu empfehlen die Merkblätter Rheuma
(s. Medienangebote) und die Zeitschrift MOBIL, die über
Aktivitäten und Vorhaben der Deutschen Rheuma-Liga
informiert. In MOBIL wird auch auf Vorträge und Infor-
mationsveranstaltungen sowie auf die Fortbildungs-
angebote hingewiesen.

Wichtig ist auch der Adressendienst (Weitergabe von
Adressen zu therapeutischen Angeboten und Hilfs-
möglichkeiten), der über den Bundesverband in Bonn
und die örtlichen Arbeitsgemeinschaften abgefragt
werden kann.

DEUTSCHE UMWELT-AKTION e.V.

Adresse Heinrich-Heine-Allee 23
40213 Düsseldorf

Ansprechpartner Herr Schweltzer, Geschäftsführer

Telefon 02 11/13 13 22

Müllnotstand, Wald- und Artensterben, drohende Klimakatastrophen mahnen eindringlich, die Bemühungen um einen effektiven Umwelt- und Naturschutz noch zu verstärken. Gesetzliche Regelungen sind notwendig. Sie allein reichen jedoch nicht aus. Ebenso wichtig ist, daß noch mehr Bürger als bisher die vielfältigen Möglichkeiten zu mehr Umweltschutz im eigenen Alltag erkennen und nutzen.

Die Deutsche Umwelt-Aktion (DUA) widmet sich dieser Aufgabe der *Umweltinformation und Umwelterziehung*. Die leitenden Ziele sind:

- die Achtung vor dem Leben und seinen natürlichen Grundlagen stärken,
- auf die Gefährdungen unserer Umwelt aufmerksam machen,
- ökologisches Wissen fördern,
- Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und die Bereitschaft wecken, solche Lösungswege im täglichen Verantwortungsbereich auch zu beschreiten.

Umweltbewußtsein und umweltgerechtes Verhalten fördert die DUA vor allem dort, wo es besonders wichtig ist – bei den jungen Menschen; und dort, wo die Breitenwirkung am größten ist – in den Schulen. Von hier gelangen die Impulse und Anregungen bis in die Familien. Was Kinder und Jugendliche hier lernen und trainieren, praktizieren sie auch zu Hause. Gerade der Umweltschutz im Alltag kann so von einer Förderung der schulischen Umwelterziehung außerordentlich profitieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

Kostenlose Liste der Bücher und sonstiger Medien zu Umweltschutz/Umwelterziehung anfordern.

Medienangebote

Das DUA-Programm für die Schulen

Umweltschutzstunden mit 16-mm-Farbton-Filmen sind das Markenzeichen der DUA. Ein motivierender Informations- oder Spielfilm in 16-mm-Farbton steht traditionell im Mittelpunkt der Umweltschutzstunde.

Service- leistungen

**DEUTSCHE
UMWELT-AKTION
e.V.**

**Service-
leistungen**

Die Filme tragen zur hohen Anschaulichkeit der Umweltschutzstunden bei. Entscheidend für ihren Erfolg ist jedoch das vertiefende Unterrichtsgespräch mit dem/der DUA-Beauftragten, die zusätzlichen praktischen Demonstrationen, die Tips und Übungen zum Umweltschutz im Alltag, die zu jeder Umweltschutzstunde gehören.

„Umweltlernen vor Ort“, d. h. Exkursionen zu Umwelt- und Naturlernorten, bieten den Schülern Gelegenheit zu unmittelbaren Erfahrungen und Begegnungen. Die Kinder lernen Tiere und Pflanzen in ihren Lebensräumen kennen, be-„greifen“ Wasser, Boden, Luft als elementare Grundlagen unseres Lebens, inspizieren Probleme und Lösungen des Umweltschutzes, sei es auf einer Mülldeponie, einer Kompostierungsanlage, in einer Papierfabrik oder auf einem Bauernhof.

Außerdem: *Beratung* von Lehrern auf pädagogischen Konferenzen, Vorträge auf Elternabenden, Initiierung und Begleitung von schulischen Umweltprojekten.

Entwicklung und Vertrieb von *Materialien zur schulischen Umwelterziehung*

DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR DIE REHABILITATION BEHINDERTER e.V.

– De. Vg. –

Adresse Friedrich-Ebert-Anlage 9
69117 Heidelberg

Telefon 0 62 21/2 54 85

Telefax 0 62 21/16 60 09

Die Geschichte der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation (De. Vg.) geht zurück auf das Jahr 1909, als der Orthopäde Konrad Biesalski die „Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge“ gründete. Der gegenwärtige Name besteht seit 1962 und wurde dem erweiterten Aufgabenspektrum angepaßt, womit zum Ausdruck kommt, daß die De. Vg. sich über die Förderung der Betreuung Körperbehinderter hinaus inzwischen auch auf die Belange Sinnesbehinderter, psychisch Behinderter und geistig Behinderter sowie chronisch Kranker konzentriert hat.

Die Deutsche Vereinigung wird, entsprechend ihrer deutlichen Schwerpunktsetzung auf soziale Rehabilitation und auf individuelle bzw. familienbezogene Belange der Behindertenhilfe, vom Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS), Bonn, institutionell gefördert.

Schwerpunkt der Arbeit der De. Vg. ist die bestmögliche Sicherung angemessener Lebensbedingungen und Entfaltungschancen für Behinderte und chronisch Kranke. Dazu ist ein vielmaschiges Netzwerk von Hilfsangeboten medizinischer, schulischer, berufsbildender, arbeitsplatzbezogener, technisch-architektonischer und sozialer Art notwendig. Dieses Netz personenzentrierter und weitgehend vom breiten Konsens der Gesellschaft mitgetragener Leistungen ist ständig weiterzuentwickeln, in der Qualität zu stärken und in wissenschaftlicher und ökonomischer Hinsicht abzusichern.

Im Rahmen dieser Aufgabenstellung ist die De. Vg. das interdisziplinäre Forum für den notwendigen ständigen Dialog der beteiligten Fachberufe, Gesetzgebungsorgane, Gesundheits- und Sozialdienste, Verwaltungen, Forschungs- und Ausbildungsstätten, Institutionen und Leistungsträger sowie Interessenverbände Betroffener.

Aufgaben und Ziele der Institution

Gemäß ihrem Interesse an einer ausgewogenen und repräsentativen Beteiligung der an Fragen der Rehabilitation interessierten gesellschaftlichen Kräfte setzt sich die De. Vg. aus folgenden Mitgliedergruppen zusammen:

1. Träger der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Rentenversicherungen, öffentlicher Gesundheitsdienst, Sozialhilfeträger und Bundesanstalt für Arbeit;
2. Einrichtungen für die Behandlung, Bildung, Förderung, Ausbildung und gesellschaftliche Eingliederung Behinderter

Mitglieder

- De. Vg. -

Mitglieder

(Spezialkrankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Diagnose- und Frühförderungskliniken, Sonderschulen, Rehabilitationszentren, geschützte Wohnanlagen für Behinderte, Beratungsstellen und Einrichtungen der Gesundheits-, Jugend- und Sozialbehörden sowie Institutionen der Berufsbildung, der Berufsförderung und des besonderen Arbeitsmarktes);

3. verschiedene Zusammenschlüsse Behinderter und ihrer Angehörigen (Interessengemeinschaften und Zweckverbände Behinderter, Selbsthilfeorganisationen, Elternverbände behinderter Kinder, Clubs Behinderter und ihrer Freunde, Kriegsopferorganisationen und Behindertensportverbände);
4. Fachkräfte der Rehabilitation aus allen Berufsgruppen als Einzelmitglieder.

Die De. Vg. hat für alle speziellen und aktuellen Probleme der Rehabilitation in der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Fachausschüsse eingesetzt, in denen Fachleute aus verschiedenen mit Rehabilitation

befaßten Berufsgruppen ehrenamtlich tätig sind. Die Ergebnisse der Beratungen werden in Form von Thesenpapieren, Stellungnahmen oder Resolutionen veröffentlicht und speziellen Interessenten, so auch den Gesetzgebern, zur Verfügung gestellt

Es bestehen derzeit folgende Arbeitsausschüsse:

- Beruf und Arbeit Behinderter
- Frühberatung, Frühförderung und Rehabilitation im Kindesalter
- Gesundheitsschutz, Prävention, Rehabilitation am Arbeitsplatz
- Hilfen für das tägliche Leben
- Hör-, Stimm- und Sprachschäden
- Interdisziplinäre Forschung
- Geriatrische Rehabilitation
- Psychische Behinderungen
- Schule und Erziehung
- Sozialgesetzgebung und Versicherungsschutz
- Sport- und Bewegungstherapie

Medienangebote

Die Publikationen der De. Vg. dienen zum einen der Information von Fachleuten und Verantwortlichen im Bereich der behindertenspezifischen Probleme, zum anderen der Aufklärung der Öffentlichkeit und der Betroffenen über Möglichkeiten der Behandlung und Hilfe.

Die Zeitschrift „Die Rehabilitation“ erscheint vierteljährlich und ist als Einzelheft oder im Abonnement über den Georg-Thieme-Verlag, Stuttgart, erhältlich.

Sie ist das gemeinsame Organ der De. Vg. und der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR).

Darüber hinaus sind Kongreß- und Tagungsberichte, Jahrbücher und Informationsbroschüren gegen Gebühr erhältlich.

Für Mitglieder und Freunde der De. Vg. erscheint in loser Folge das Mitteilungsblatt der De. Vg. „REHABILITATION aktuell“.

Serviceleistungen

In jährlicher Folge veranstaltet die De. Vg. Kongresse und Arbeitstagungen, die der offenen Beratung aktueller sozialer, medizinischer, ethischer, schulischer, organisatorischer und legislativer Probleme in der Rehabilitation dienen. Diese Veranstaltungen stehen allen Interessierten offen.

Die Hilfsmittelberatung für Betroffene, aber auch für Institutionen, ist ein fester Bestandteil im Service-Angebot der Deutschen Vereinigung. Die De. Vg. hat dabei den direkten Zugriff auf die Datenbank REHADAT des Institutes der Deutschen Wirtschaft. Die Hilfsmittelabteilung der De. Vg. ist eingebunden in den Kreis der Datenerbringer für REHADAT und befaßt sich speziell mit der Erstellung und Weiterführung einer Informationssammlung zum Thema Rollstühle.

Die Veröffentlichungen der De. Vg., zu entnehmen aus der Liste der Veröffentlichungen, können in der Bibliothek der Geschäftsstelle eingesehen werden. Auf Wunsch besteht auch eine Ausleihmöglichkeit. Daneben führt die De. Vg. in einer Präsenzbibliothek Fachzeitschriften und diverse rehabilitationshistorische Archive.

Die Ergebnisse von Fachtagungen und Kongressen werden in Form von Berichtsbänden veröffentlicht und den Fachkräften der Rehabilitation zugänglich gemacht. Seit 1989 erscheinen diese im Universitätsverlag Ulm als Reihe „Interdisziplinäre Schriften zur Rehabilitation“.

Bei Bedarf können Referenten zu speziellen Themen der Behindertenhilfe und Rehabilitation vermittelt werden, da sehr gute Kontakte zu Fachleuten im Bereich der Behindertenarbeit bestehen. Da die De. Vg. gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) die Bundesrepublik Deutschland beim Weltfachverband REHABILITATION INTERNATIONAL (RI) vertritt, kann sie auch in den internationalen Belangen der Rehabilitation Informationen vermitteln.

Die De. Vg. sieht ihre Aufgabe auch darin, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Rehabilitation bei aktuellen Problemen zu beraten (Anfragen telefonisch oder schriftlich).

Empfehlungen

Interessenten an Publikationen, Tagungen und Arbeitsberatungen wird empfohlen, sich in den Verteiler der De. Vg. aufnehmen zu lassen. Sie erhalten auf diesem Wege das Veröffentlichungsverzeichnis sowie Einladungen und Programm zu Veranstaltungen (kostenlos)

DEUTSCHE ZENTRALE FÜR VOLKSGESUND- HEITSPFLEGE e. V.

– DZV –

Adresse Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main

Telefon 0 69/23 57 61

Telefax 0 69/23 57 62

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Deutsche Zentrale für Volksgesundheitspflege e. V. (DZV) wurde 1955 als nichtstaatliche, überparteiliche und unabhängige Vereinigung in der Rechtsform des eingetragenen Vereins gegründet. Vorläufer der DZV ist die unmittelbar nach 1945 in Frankfurt/Main gegründete Abteilung für Gesundheitswesen des „Institut of Public Affairs“. Hieraus entwickelte sich eine selbständige „Arbeitsgemeinschaft für das Gesundheitswesen“, bis es 1955 zur Gründung der DZV kam.

Die DZV versteht sich insbesondere als ein Arbeits- und Diskussionsforum grundsätzlicher und aktueller gesundheitspolitischer, gesundheitserzieherischer, präventiver, kurativer und rehabilitativer sowie sozialer Probleme.

Die DZV hat mehr als 70 Mitglieder, darunter Organisationen auf Bundes-, Landes- und regionaler sowie kommunaler Ebene, der Ärzte-, Zahnärzte-, der Apothekerschaft, der Verbände verschiedener Berufe des Gesundheitswesens, der Sozialversicherungsträger, der Krankenhausträger und einzelner Einrichtungen des Gesundheits-, Krankenhaus- und Sozialwesens.

Die Organe der DZV sind die Mitgliederversammlung, der Präsident, die Vizepräsidenten und der aus 20 Personen bestehende Vorstand. Zur Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben bedient sich die DZV einer Geschäftsstelle in Frankfurt. Bei der Erörterung von Fach- und Sachthemen bedient sich die DZV im wesentlichen neben der Geschäftsführung und der satzungsmäßigen Organe hauptsächlich der fünf ständigen Fachausschüsse:

- Fachausschuß „Seelische Gesundheit“,
- Fachausschuß „Altersfragen“,
- Fachausschuß „Gesundheitsvorsorge und Prävention“,
- Fachausschuß „Berufe im Gesundheitswesen“,
- Fachausschuß „Fragen der Rehabilitation“.

Eine wesentliche Aufgabe der DZV ist die Koordinierung und Initiierung von Aktivitäten anderer auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens tätiger Institutionen, Verbände und Organisationen. Die DZV unterhält vielfältige Beziehungen und Kontakte mit den Fachministerien des Bundes und der Länder sowie mit Institutionen auf regionaler Ebene, zu Einrichtungen der Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen und der Wissenschaft vor allem im Inland, und kooperiert mit Spitzenorganisationen auf internationaler Ebene.

- DZV -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Nach der Satzung hat die DZV insbesondere folgende Aufgaben:

- die Bearbeitung vor allem gesundheitsaufklärerischer, gesundheitspädagogischer und gesundheitspolitischer Themen und Maßnahmen einschließlich der Bearbeitung von Themen der Gesundheitsvorsorge, Prophylaxe, Kuration und Rehabilitation;
- Information und Unterrichtung der Mitglieder, der Öffentlichkeit, der Medien, der Meinungsbildner und Meinungsmultiplikatoren sowie anderer interessierter Stellen und Personen bei allen Fragen des Gesundheits- und Sozialwesens;
- Förderung des Erfahrungsaustausches und der Kooperation sowie der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den Berufsgruppen im Gesundheitswesen sowie Förderung der Professionalisierung der Gesundheitsfachberufe im Sinne einer „handlungs- und patientenorientierten Ausbildung“. Insbesondere in ihrem Lehrgangswerk für Berufe im Gesundheitswesen führt die Deutsche Zentrale regelmäßig entsprechend konzipierte Fortbildungsveranstaltungen und seminaristische Lehrgangserien durch;

- Konzipierung, Organisation und Durchführung von Ausschußsitzungen, Fachtagungen, Pressegesprächen und Fachkongressen, in denen sich regelmäßig Wissenschaftler und Praktiker zu interdisziplinärer und konzeptioneller Zusammenarbeit unter wechselnden thematischen Schwerpunkten treffen;
- Konzeption, Bearbeitung, Herausgabe und Publikation von Informationsbroschüren, die Organisationen, Verbände, Institutionen, Ministerien und Körperschaften sowie Einzelpersonen in ihrer Arbeit als gesundheitspolitische und -erzieherische Multiplikatoren und Meinungsbildner unterstützen sollen;
- Mitgliedschaft in anderen Institutionen und Organisationen im In- und Ausland;
- Verleihung des Marie-Baum-Preises in Erinnerung an die Ärztin Dr med. Marie Baum (1874–1964), einer Vorkämpferin auf dem Gebiet der Familien-, Säuglings- und Gesundheitsfürsorge sowie des öffentlichen Gesundheitswesens. Bislang richtete sich die Preisverleihung vor allem an Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen des Sozial- und Gesundheitswesens (Examensarbeit).

Medienangebote

- Veröffentlichungsverzeichnis,
- Monographien und Sammelbände zu aktuellen Themen der Gesundheitsförderung, -pflege und Prävention (Schutzgebühr),
- Informations- und Ratgeberbroschüren für besondere Zielgruppen (Schutzgebühr),

- Informationen für die Praxis. Arbeitshefte des Lehrgangswerkes für Berufe im Gesundheitswesen (Schutzgebühr),
- Kongreßberichte (Schutzgebühr).

Serviceleistungen

Fort- und Weiterbildung für Angehörige von Berufen im Gesundheitswesen: Das 1966 gegründete Lehrgangswerk der DZV ist in der praktischen Fort- und Weiterbildung für die verschiedenen Berufsgruppen im Gesundheitswesen tätig. Neben einer pädagogischen Qualifizierung bilden gesprächspsychotherapeutische Kursangebote sowie Lehrgänge speziell zur Unterweisung von Fachkräften beim Umgang und bei der Pflege von Schwerkranken und Sterbenden den Schwerpunkt der Arbeit.

Eine Übersicht über das Jahresangebot des Lehrgangswerkes für Gesundheitsberufe kann bei der Geschäftsstelle der DZV angefordert werden.

- In regelmäßigen Abständen veranstaltet die DZV Kongresse zu aktuellen Themen aus den Bereichen Gesundheitspflege, Gesundheitsförderung und Prävention. Die Ergebnisse dieser Tagungen sind in Kongreßbänden dokumentiert.
- Als kostenfreien Service bietet die DZV Auskunft und Beratung, Materialrecherchen und Literaturhinweise zum Teil aus einer in der Geschäftsstelle unterhaltenen Fachbibliothek – an.

Empfehlungen

- Anhand des Veröffentlichungsverzeichnisses der DZV, von der Geschäftsstelle in Frankfurt am Main zu beziehen, können Publikationen aus der Schriftenreihe der DZV und Hefte aus der Reihe „Informationen für die Praxis“ angefordert werden

- Kongreßankündigungen sind der medizinischen und gesundheitsbezogenen Fachpresse zu entnehmen.
- Das Angebot des Lehrgangswerkes für Gesundheitsberufe kann telefonisch oder schriftlich bei der Geschäftsstelle abgerufen werden.

DEUTSCHER ALLERGIE- UND ASTHMABUND e. V.

– DAAB –

Adresse Bundesgeschäftsstelle
Hindenburgstraße 110
41061 Mönchengladbach

Telefon 0 21 61/18 30 24
(Beratungsstelle: 0 21 61/1 02 07)

Telefax 0 21 61/20 85 02

Der Deutsche Allergie- und Asthmabund e. V. (kurz: DAAB) wurde bereits 1897 – damals unter dem Namen „Heufieberbund“ – auf Helgoland gegründet. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Krankheitsbilder „Allergie“ und „Asthma bronchiale“ gehören zu den vorrangigen Zielen des Vereins. Gegenwärtig engagieren sich im DAAB rund 18.000 Mitglieder, die sowohl bundesweit – durch die zentrale Geschäftsstelle – als auch regional in mehr als 140 Ortsverbänden und in zahlreichen Landesverbänden betreut werden. Die Bundesgeschäftsstelle und die zentrale Beratungsstelle des DAAB befinden sich seit 1980 in Mönchengladbach.

Der DAAB finanziert sich durch Mitgliederbeiträge, durch Spenden und in geringem Umfang durch öffentliche Mittel.

Der DAAB versteht sich als ein Zusammenschluß Betroffener, der durch eine Vielzahl von Bemühungen dazu beiträgt, daß die an Allergie und Asthma Leidenden mit ihrer jeweiligen Krankheit leben lernen, daß sie verstehen, was in ihrem Körper vor sich geht und lernen, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Dabei arbeitet der DAAB in einem guten partnerschaftlichen Verhältnis mit der Ärzteschaft zusammen.

Der DAAB ist für die Medien ständiger Ansprechpartner für alle Belange und Aspekte dieses medizinischen Bereiches. Er gibt Informationen zum Verbreitungsgrad von Allergien, zu Heuschnupfen u. a. Der DAAB führt Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und nutzt diese Kontakte, um sich mit Nachdruck für die Belange der Betroffenen stark zu machen. Zu den gegenwärtigen politischen Forderungen des DAAB gehören u. a.:

- die vollständige Deklarationspflicht für Nahrungsmittel und einzelne Gebrauchsgegenstände (Putz- und Waschmittel, Schmuck, Kosmetika, Textilien u. a.),
- die Einrichtung einer Enquetekommission beim Deutschen Bundestag zum Thema „Allergie und Umwelt“,
- ein verbesserter Nichtrauchererschutz und
- gezieltere Unterstützung von Präventionsmaßnahmen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DAAB -

Der DAAB veranstaltet bundesweit Arzt-Patienten-Seminare, die eine neue Form der Kommunikation zwischen medizinischen Experten und Betroffenen ermöglichen. Darüber hinaus organisiert der DAAB „Kur“-Urlaube für von Allergie und Asthma betroffene Kinder. Die zentrale Veranstaltung ist der jährlich stattfindende Allergie- und Asthmatag. Im Rahmen dieser Veranstaltung verleiht der DAAB jährlich den Preis an Personen, die sich durch ihr besonderes Engagement für die Belange des DAAB auszeichnen.

Um noch effektiver für die Belange der Betroffenen eintreten zu können, gründete sich im November 1991 ein europäischer Zusammenschluß der größten Patientenselbsthilfegruppen aus dem Bereich Allergien und Asthma. Dieser European Federation of Asthma and Allergy Associations (EFA) gehören 15 Nationen an. Der DAAB ist als Vertreter Deutschlands Mitglied im Vorstand dieser Organisation.

Medienangebote

Um Betroffene und Öffentlichkeit umfassend informieren zu können, publiziert der DAAB zahlreiche Merkblätter zu einzelnen Krankheitsbildern (Heuschnupfen, Tierhaar-Allergie, Cortison u. a.) sowie die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Der Allergiker“. Diese Zeitschrift vermittelt in einer dem Laien ver-

ständlichen Sprache wissenswerte und aktuelle Informationen, Ratschläge und Erläuterungen zu Allergien und Asthma, Emphysem und Neurodermitis und enthält u. a. Tips für gesundheitsförderndes Verhalten, Buchbesprechungen, Veranstaltungshinweise und die Adressen regionaler Ansprechpartner

Serviceleistungen

In der Beratungsstelle des DAAB erfährt man Adressen von Allergologen und Kliniken und erhält Informationen zu Kurmaßnahmen, Diagnostik Therapieformen, Medikamenten und Inhaltsstoffen, rechtlichen Fragen etc. Diese Informationen erhält jeder Betroffene, unabhängig von einer Mitgliedschaft im Verein.

Die Landesverbände veranstalten in ihren Bundesländern Arzt-Patienten-Seminare und initiieren viele weitere Aktivitäten. Die Ortsverbände organisieren Gesprächskreise, Kursangebote und Vortragsveranstaltungen zu medizinischen, psychologischen, juristischen u. a. für die Betroffenen relevanten Themen, führen Kochkurse für Nahrungsmittelallergiker sowie Atemschulungen u. a. durch.

Empfehlungen

Der DAAB mit seiner Bundesgeschäftsstelle in Mönchengladbach hat ein umfangreiches Beratungs- und Medienangebot. Die Beratung erfolgt hierbei auf der Grundlage des vom Deutschen Allergie- und Asthmabund e. V. verabschiedeten Positionspapiers, welches Empfehlungen auf der Basis der wissenschaftlich begründeten Medizin vorsieht.

Zu empfehlen ist die Anforderung von Merkblättern zu einzelnen Krankheitsbildern, der Bezug der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Der Allergiker“ und der Besuch der Informations-Veranstaltungen

DEUTSCHER ARBEITSRING FÜR LÄRMBEKÄMPFUNG e.V.

– DAL –

Adresse Frankenstraße 25
40476 Düsseldorf

Ansprechpartner Herr Ludger H. Visse
Geschäftsführer

Telefon 02 11/48 84 99

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. (DAL) ist eine Mitgliedervereinigung. Die Publikationen und insbesondere die Arbeitshilfen des Verbandes sind wichtige Grundlagen und Hilfsmittel der Gesundheitsförderung. Sie zeigen, daß sich gerade im Lärm zahlreiche andere gesellschaftliche und wirtschaftliche Sachverhalte unmittelbar in Gesundheitsbelastungen umsetzen. Sie zeigen ebenso Möglichkeiten der Lärmdämpfung und der Selbsthilfe gegen Lärm.

**Für den
eiligen Leser**

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. (DAL) mit Sitz in Düsseldorf wurde 1952 gegründet.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Mitglieder des Verbandes sind u. a. das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Landesministerien, Kommunale Spitzenverbände, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kommunen, Fachverbände, Bürgerinitiativen, Unternehmen und Ingenieurbüros. Der Verband wird durch Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse der Bundesregierung finanziert. Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung ist gemeinnützig.

Als Aufgabe hat sich der Arbeitsring die Interessenvertretung aller vom Lärm Betroffenen und an der Lärmbekämpfung Beteiligten gestellt.

Zu diesem Zweck verbreitet der Verband Erkenntnisse über die Ursachen und über die Wirkungen des Lärms sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Industrie und Gewerbe sowie der Landes- und Bundespolitik.

Gleichzeitig bemüht sich der Deutsche Arbeitsring um eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über mögliche Maßnahmen der Lärmbekämpfung und den jeweiligen Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik der Lärmforschung und Lärmvermeidung.

Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung führt der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung Ausstellungen, Bürgerseminare, Kolloquien, Tagungen und Symposien durch oder unterstützt solche Vorhaben. Der Verband erarbeitet daneben Stellungnahmen zu einschlägigen Gesetzesvorhaben und ist Mitglied in zuständigen Normausschüssen. Zur Aufgabenerfüllung des Arbeitsringes gehört auch die Kontaktpflege mit anderen Verbänden des In- und Auslandes.

- DAL -

Medienangebote

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. gibt die „Zeitschrift für Lärmbekämpfung“ heraus, die zweimonatlich erscheint.

In dieser Fachzeitschrift werden medizinische und psychologische Beiträge über die Wirkung von Lärm auf den Menschen sowie technische und rechtliche Beiträge zu Fragen der Lärmbekämpfung veröffentlicht, außerdem Beiträge aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zum Thema Lärm. Darüber hinaus wird über fachlich einschlägige Veranstaltungen, Neuentwicklungen zur Lärmbekämpfung, neue Veröffentlichungen und wichtige Gerichtsentscheidungen berichtet. Für Mitglieder ist die Zeitschrift kostenlos. Nichtmitglieder können sie über den Verband gegen Kostenerstattung beziehen.

Der Arbeitsring gibt neben seiner Zeitschrift auch noch den Informations- und Pressedienst „Lärm-Report“ heraus, der ebenfalls zweimonatlich erscheint. In ihm werden vor allem Nachrichten zu aktuellen Lärmproblemen und einschlägigen Gerichtsentscheidungen veröffentlicht.

Mitglieder können diesen Informations- und Pressedienst ebenfalls kostenlos, Nichtmitglieder über den Verband gegen Kostenerstattung beziehen.

Neben seinen periodischen Publikationen veröffentlicht der Verband auch „DAL-Beiträge“ seiner jährlichen Fachtagungen, die gegen Kostenerstattung über den Verband bezogen werden können.

Neuerdings bietet der Deutsche Arbeitsring auch ein „DAL-Adreßbuch“ seiner Mitglieder an. In diesem Verzeichnis sind die Verbandsmitglieder mit Beschreibungen ihrer Aufgaben- und Tätigkeitsschwerpunkte zusammengestellt. Es soll die Kontaktaufnahme zwischen Mitgliedern untereinander und zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern erleichtern und insbesondere bei der Suche nach Ansprechpartnern zur Lösung von Lärmproblemen Hilfestellung bieten.

Zuletzt hält der Arbeitsring auch eine Reihe von Broschüren zu Einzelthemen der Lärmbekämpfung wie etwa den Möglichkeiten der Selbsthilfe bei Lärmbeschwerden bereit. Sie können über den Verband bezogen werden und sind teilweise kostenlos.

Serviceleistungen

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. führt einmal jährlich eine große Fachtagung zu vorrangigen Lärmproblemen wie etwa den Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Lärm oder den Möglichkeiten der Lärmbekämpfung in den Städten durch.

Zur laufenden Tätigkeit des Verbandes gehört eine vorwiegend kostenlose Beratung von Einzelpersonen, Bürgerinitiativen, Wirtschaftsunternehmen und Verwal-

tungsbehörden. Diese Beratung umfaßt sowohl technische wie auch rechtliche Fragen der Lärmvermeidung.

In der Geschäftsstelle des Arbeitsringes wird außerdem eine Dauerausstellung geräuschgedämpfter Produkte, z. B. leiser Haushalts- und Gartengeräte sowie lärm-dämpfender Produkte wie z. B. Lärmschutzfenster gezeigt.

Empfehlungen

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen ein unmittelbarer und wichtiger Ansprechpartner.

Lärm ist ein Faktor, bei dem im Wohnbereich gesundheitliche Belastungen und wirtschaftliche Benachteiligungen eng verflochten sind.

So ist Lärmbelastung ein wesentlicher Faktor minderwertiger und dadurch in der Regel dann aber auch billigerer Wohnstandorte. Mangelnde und unterlassene Lärmdämmung von Wohnungen ist eine typische Form verbilligter Bauweisen und Baustoffe bzw. unterlassener Verbesserungsinvestitionen im Wohnungsbau. Gleichzeitig ist Lärm auch ein Resultat der boden- und wohnungswirtschaftlich bedingten standortlichen Auseinanderentwicklung von Arbeitsstandorten, Versorgungsstandorten und Wohnstandorten, verbunden mit entsprechend erhöhtem Verkehrsaufkommen.

Darüber hinaus ist Lärm zuletzt auch ein Resultat der Zunahme wohnungs- und haushaltsbezogener Dienstleistungen und der hohen Bedeutung des hauswirtschaftlich-freizeitlichen Endverbrauchs als Bereich der Selbstdarstellung. Der Heimwerker- und Freizeitlärm ist hierfür typisch.

Gerade in der starken Zunahme der Lärmbelastung setzt sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vergleichsweise unmittelbar in Gesundheitsbelastungen um.

Die Untersuchungen und Darstellungen des Deutschen Arbeitsringes zu den Hauptlärmquellen wie z. B. Straßenverkehr, Flugübungswehen, Bau- und Gewerbebetrieb, aber auch Haushalt, Sport und Freizeit bieten wichtige Grundlagen für eine umfassende Konzeption der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

Die vom Verband angebotenen Informationsmaterialien und vor allem auch die angebotene Beratungstätigkeit im Bereich der Lärmvermeidung können unmittelbar als Bausteine für eine erweiterte Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen genutzt werden.

Besonders geeignet ist die vom Verband herausgegebene „Lärmfibel“ zu den Möglichkeiten der Selbsthilfe bei Lärmbeschwerden.

DEUTSCHER AUSSCHUSS FÜR JUGEND- ZAHNPFLEGE e.V.

– DAJ –

**– BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
ZAHNGESUNDHEIT –**

Adresse Berliner Freiheit 26
53111 Bonn

Telefon 02 28/69 46 77

Telefax 02 28/69 46 79

Der Deutsche Ausschuß für Jugendzahnpflege e.V. (DAJ) Bundesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit – ist ein gemeinnütziger Verein, der sich die Förderung der Zahngesundheit zur Aufgabe gemacht hat.

Träger sind im wesentlichen Organisationen der Zahn-ärzte und der Krankenkassen auf Bundesebene sowie die Landesarbeitsgemeinschaften.

Ihm gehören ca. 50 Mitgliedsorganisationen auf Bundesebene an.

Der DAJ ist u. a. befaßt mit:

- Förderung des Interesses der Bevölkerung an der Jugendzahnpflege im Rahmen der Gesundheits-erziehung,
- Koordinierung von Bestrebungen zur Prophylaxe im Bereich der Jugendzahnpflege,
- Kontaktpflege mit Organisationen gleicher oder ähn-licher Zielsetzung im In- und Ausland,
- Dokumentation der Maßnahmen in der Gruppen-prophylaxe sowie Entwicklung und Auswertung epidemiologischer Begleituntersuchungen (gemäß § 21 SGB V),
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen auf Bundesebene (z. B. Informations- und Fortbildungs-tagungen sowie „Tag der Zahngesundheit“ am 25. September jeden Jahres), Vermittlung von Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern,
- Stellungnahme zu Grundsatzfragen und aktuellen Problemen und Erkenntnissen im Bereich der Jugendzahnpflege,
- Zusammenstellung gruppenprophylaktisch relevanter Medien.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

<p>- DAJ -</p> <p>Medienangebote</p>	<p>Die vom DAJ herausgegebenen Broschüren resultieren in der Regel aus vorangegangenen Tagungen: „Zahngesundheit und Ernährung“ „Zahngesundheitserziehung in der Grundschule“ „Schmelzhärtung zur Zahnkariesprophylaxe“ „Zahnmedizinische Prophylaxe bei Behinderten“</p> <p>Die Broschüren wenden sich an Schlüsselpersonen, Fachpersonal und interessierte Laien.</p> <p>Einzelexemplare: 3,- DM/Stück (in Briefmarken) Mehrfachbestellung 2,- DM/Stück zzgl Porto + Ver- für Multiplikatoren: packung (Muster kostenlos)</p>	
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Beratung bei der Erstellung zahngesundheits- erzieherischer Materialien Beratung bei Unterrichtsvorhaben, Referaten und Examensarbeiten im Bereich zahnmedizinischer Pro- phylaxe. Verleih der Medienzusammenstellung. Jährliche bundesweite Fortbildungsangebote für Multiplikatoren (in der Regel zwei).</p>	
<p>Empfehlungen</p>	<p>- Seit 1971 wird der „Dr.-Wahl-Preis“ vom DAJ aus- geschrieben. Er wird für die beste eingereichte Ar- beit über variierende Themen auf dem Gebiet der Jugendzahnpflege verliehen. Informationen erfolgen über die Fachpresse der jeweiligen Personengruppen. Weitere Empfehlungen ergeben sich aus den Medienangeboten, die jeweils einen guten Überblick über die angesprochenen Themen liefern, sowie den Serviceleistungen.</p> <p>Adressen der Landesarbeitsgemeinschaften:</p> <p>Baden-Württemberg Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. Herdweg 50 70174 Stuttgart</p> <p>Bayern Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit e. V. (LAGZ) Fallstraße 34 81369 München</p> <p>Berlin Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen in Berlin Klaus-Groth-Straße 9 14050 Berlin</p> <p>Brandenburg Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Beirat für Zahngesundheit Boberstraße 3 14513 Teltow</p> <p>Bremen Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege im Lande Bremen Universitätsallee 25 28359 Bremen</p>	<p>Hamburg Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg e. V. (LAJH) Möllner Landstraße 31 22099 Hamburg</p> <p>Hessen Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege in Hessen (LAGH) Lyoner Straße 21 60528 Frankfurt</p> <p>Mecklenburg-Vorpommern Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Mecklenburg-Vorpommern Goethestraße 85 19053 Schwerin</p> <p>Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Niedersachsen Fenskeweg 2 30165 Hannover</p> <p>Nordrhein Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Nordrhein im AOK-Landesverband Kasernenstraße 61 40213 Düsseldorf</p> <p>Rheinland-Pfalz Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der zahnmedizinischen Vorsorge in Rheinland-Pfalz Frauenlobplatz 2 55118 Mainz</p> <p>Saarland Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege im Saarland e. V. (Haus der Zahnärzte) Puccinistraße 2 66119 Saarbrücken</p>

Sachsen

Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege
in Sachsen e V
Hauptstraße 36
01097 Dresden

Sachsen-Anhalt

Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege
Sachsen-Anhalt
c/o AOK-Landesverband Sachsen-Anhalt
Lüneburger Straße 4
39106 Magdeburg

Schleswig-Holstein

Landesausschuß zur Förderung
der Jugendzahnpflege in Schleswig-Holstein
Westring 498
24106 Kiel

Thüringen

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege
Thüringen
Mittelhäuser Straße 76-79
99089 Erfurt

Westfalen-Lippe

Arbeitskreis Zahngesundheit
Westfalen-Lippe
Auf der Horst 25
48147 Münster

– DAJ –

*Anschriften
der Landes-
arbeits-
gemeinschaften*

DEUTSCHER CARITAS- VERBAND e.V.

– DCV –

Adresse	Karlstraße 40 Lorenz-Werthmann-Haus 79104 Freiburg i. Br.
Ansprechpartner	die jeweiligen Fachreferate
Telefon	07 61/2 00-0
Telefax	07 61/20 05 72

Der Deutsche Caritasverband e.V. (DCV) wurde 1897 durch Lorenz Werthmann gegründet und ist ein Verband der freien Wohlfahrtspflege.

„Der Deutsche Caritasverband ist die von den deutschen Bischöfen anerkannte institutionelle Zusammenfassung und Vertretung der katholischen Caritas in Deutschland.

Der Deutsche Caritasverband widmet sich allen Aufgaben sozialer und caritativer Hilfe. Er soll insbesondere

- die Werte der Caritas planmäßig fördern und das Zusammenwirken aller auf dem Gebiet der Caritas tätigen Personen und Einrichtungen herbeiführen;
- zur Förderung und Entwicklung der sozialen und caritativen Facharbeit und ihrer Methoden beitragen;
- die Ausbildung, Fortbildung und Schulung von Mitarbeitern der sozialen und caritativen Hilfen wahrnehmen und durch Schrifttum und Publikation die Arbeit wissenschaftlich und praktisch unterstützen;
- soziale Berufe wecken und fördern und die ehrenamtliche Tätigkeit anregen und vertiefen;
- Entwicklungen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege anregen und beeinflussen;
- die Öffentlichkeit informieren;
- die Caritas in Angelegenheiten überdiözesaner Bedeutung vertreten und die Zusammenarbeit in und mit Behörden und sonstigen Organisationen gewährleisten;
- in Organisationen mitwirken, soweit Aufgabengebiete sozialer und caritativer Hilfe berührt werden;
- Aktionen und Werke von zentraler Bedeutung im Zusammenwirken mit den Diözesan-, Caritas- und Fachverbänden insbesondere bei außerordentlichen Notständen durchführen;
- bei internationalen Aufgaben mitwirken.“ (Aus der Satzung des Deutschen Caritasverbandes.)

Als einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sieht er seine Aufgaben in der Teilnahme an der gesellschaftlichen Sorge, vor allem für solche Gruppen, die aufgrund sozialer Benachteiligung oder persönlicher Schwächen in ihrer Entfaltung und an der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gehindert sind.

Aufgaben und Ziele der Institution

– DCV –

Aufgaben und Ziele der Institution

Als kirchlich-karitativer Verband ist die Caritas in die Dienste der katholischen Kirche eingebunden. Die Arbeit des Deutschen Caritasverbandes entspringt einem christlich fundierten Selbstverständnis.

Gegliedert ist der Deutsche Caritasverband in 27 Diözesan-Caritasverbände und 540 Dekanats-, Bezirks-, Orts- und Kreis-Caritasverbände.

260 karitative Ordensgenossenschaften und Vereinigungen sowie 19 anerkannte zentrale karitative Fachverbände wie z. B. die Caritas-Konferenzen Deutschlands, der Sozialdienst katholischer Männer, der Malteser-Hilfsdienst sind mit ihren Einrichtungen dem Deutschen Caritasverband zugeordnet

Der Deutsche Caritasverband unterhält bundesweit Einrichtungen und Angebote in den Bereichen:

Gesundheitshilfe
Altenhilfe
Behindertenhilfe
Flüchtlings- und Aussiedlerhilfe
Jugendhilfe
Familienhilfe
Gefährdetenhilfe
Hilfe für ausländische Arbeitnehmer
Auslandshilfe
Ausbildung und Fortbildung.

Insgesamt unterhält die Deutsche Caritas mehr als 24 000 Einrichtungen mit über einer Million Plätzen. Die Arbeit in den Einrichtungen wird von rund 400 000 Mitarbeitern (darunter über 18.000 Ordensangehörigen) und einer großen Anzahl freiwilliger Helfer geleistet.

Die Organe des Deutschen Caritasverbandes sind der Präsident, der Geschäftsführende Vorstand, der Zentralrat und die Vertreterversammlung, deren Zusammensetzung und Aufgaben durch die Satzung festgelegt sind.

Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes hat ihren Sitz im Lorenz-Werthmann-Haus in Freiburg. Hauptvertretungen bestehen in Berlin, Bonn und München. Sie wird geleitet von dem Präsidenten und dem Geschäftsführenden Vorstand (Direktion), dem außer dem Präsidenten der Generalsekretär, Finanzdirektor, Justitiar bis zu drei Abteilungsleiter der Zentrale angehören. Neben dem Generalsekretariat, der Finanz- und Wirtschafts- sowie Rechtsabteilung gehören folgende Abteilungen zur Zentrale des Deutschen Caritasverbandes:

Jugendhilfe
(Jugendhilfe Kinderhilfe Jugendsozialarbeit)
Familienhilfe
(Familienhilfe Familienpflege - Müttererholung -
Altenhilfe)
Gesundheitshilfe
(Gesundheitshilfe Krankenhilfe)
- Rehabilitation
(Behindertenhilfe Gefährdetenhilfe)
- Diasporahilfe
Eingliederungshilfe
(Ausländische Arbeitnehmer aus Italien, Jugoslawien,
Spanien, Portugal - Kriegsgefangenenhilfe Flüchtlings-
und Aussiedlerhilfe)
Auslandshilfe
(Allgemeine Aufgaben der Auslandshilfe - Not- und
Katastrophenhilfe - Sozialstrukturhilfe)
Ausbildung und Fortbildung
(Fortbildungsakademie)

Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes hat drei Aufgabenschwerpunkte; sie ist

- internationale Schaltstelle zur Durchführung von Katastrophenhilfen sowie zur Übernahme von Einzelnothilfen und Partnerschaftshilfen in Übersee,
- die allgemeine Führungs- und Koordinationsstelle der Deutschen Caritas,
ein überregionales Fortbildungszentrum für die verschiedenen Mitarbeitergruppen und Angehörige sozialer Berufe

Die Arbeit der Zentrale wird finanziert u. a. aus Einnahmen aus Diözesen, Erträgen aus Vermögen und Betrieben, Zweckzuschüssen und Erstattungen sowie Bundeszuwendungen.

Beispielhaft sei die Tätigkeit einiger Abteilungen bzw. eines Referats näher beschrieben:

Im Bereich Jugendhilfe unterhält die Caritas z. B. etwa 800 Heime der Jugendhilfe, etwa 9 800 Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte, 330 Erziehungsberatungsstellen und über 100 Ausbildungsstätten.

Die Tageseinrichtungen für Kinder sind in einem eigenständigen Fachverband zusammengeschlossen, dem „Zentralverband Katholischer Kindergärten und Horte e.V.“ In den einzelnen Diözesanverbänden wird der Elementarbereich von den Referaten für Kindertagesstätten und den Fachberater/innen wahrgenommen

Der „Zentralverband Katholischer Kindergärten e.V.“ veranstaltet für seine Mitglieder im Vierjahresrhythmus einen Kongress, die weitere Fortbildung wird von den Fachberatern auf Diözesanebene im Rahmen der Fachberatung durchgeführt.

Auf regionaler Ebene bestehen außerdem Arbeitsgemeinschaften, zu denen sich mehrere Tageseinrichtungen zusammengeschlossen haben. In diesen Arbeitsgemeinschaften werden Themen behandelt, die sich aus den Bedürfnissen der Teilnehmer/innen ergeben, die Betreuung erfolgt über die Fachberatung.

Das Engagement der Caritas im Bereich der Suchtkrankenhilfe versteht sich als eigenständiges, auf den Abhängigen selbst sowie auf sein familiäres und soziales Beziehungsfeld ausgerichtete Angebot menschlicher und fachlicher Beratung, Therapie und rehabilitativer Hilfen. Das Referat Gefährdetenhilfe ist Teil der Abteilung Rehabilitation des Deutschen Caritasverbandes und widmet sich der Hilfe für Suchtkranke.

An Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe werden folgende Einrichtungen vorgehalten: 238 ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen, 30 Fachkrankenhäuser für Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängige, 3 Tageskliniken, 18 Werkstätten, 46 Übergangseinrichtungen, Wohngemeinschaften und Nachsorgewohngruppen sowie (in Frankfurt am Main) eine Schule für drogenabhängige und drogengefährdete Schüler sowie über 1.300 Selbsthilfegruppen des Kreuzbundes.

Dadurch ist die Caritas in der Lage, Suchtkranken ein vollständiges Hilfeangebot von der Beratung über alle Formen der Behandlung und Nachsorge bis zur Selbsthilfe in den Gruppen des Kreuzbundes und einem umfangreichen Angebot im Club- und Freizeitbereich vorzuhalten. Dieses in sich abgestimmte und vernetzte Hilfeangebot ist die besondere Stärke und Möglichkeit der Caritas.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Deutschen Caritasverbandes im Suchtbereich liegt in der Prävention, also der Verhinderung einer Suchterkrankung. Hierfür wurden u. a. spezielle Materialien entwickelt (siehe hierzu „Medienangebote“).

In der Gesundheitshilfe des Deutschen Caritasverbandes vereinigt sich das Bemühen der Caritas um den kranken Menschen in den 480 Krankenhäusern der verschiedenen fachlichen Ausrichtungen mit 120.000 Betten sowie zahlreiche Kurkliniken und Kurheime für Kinder, Jugendliche und Erwachsene dienen der ärztlichen und pflegerischen Versorgung kranker Menschen. In 335 Ausbildungsstätten der Gesundheitshilfe sorgt der Deutsche Caritasverband für den Nachwuchs. Für die offene Hilfe hat der Deutsche Caritasverband 860 Sozialstationen und 380 Gemeindekrankenpflegestationen eingerichtet mit dem fachlich qualifizierten Angebot in der Gemeinde zur häuslichen Pflege und Hilfe bei Krankheit oder anderen Notständen, Kurse für häusliche Krankenpflege und Unterstützung der Nachbarschaftshilfe gehören ebenfalls zu den Tätigkeiten der Gemeindekrankenpflege- und Sozialstationen. Wei-

tere Einrichtungen der Gesundheitshilfe sind die über 600 Stellen des Malteser-Hilfsdienstes.

Im weiteren Sinne sind viele Aktivitäten und Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes auf die Familie ausgerichtet, so in der Jugend-, Gesundheits-, Behinderten- und Altenhilfe. In der Familienhilfe geht es im engeren Sinne um direkte Angebote für die Familienmitglieder, auch der Einelternfamilien in zahlreichen Einrichtungen und Diensten. So gibt es über 100 Müttergenesungsheime und Familienferienstätten, 400 Familien- und Dorfhelferinnenstationen, 580 Beratungsstellen für Ehe-, Familien- und Lebensfragen sowie für werdende Mütter in Not- und Konfliktsituationen und schließlich 8 Ausbildungsstätten für Familienpflegerinnen und Dorfhelferinnen.

– DCV –

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Deutsche Caritasverband gibt eine Reihe von Medien über die Arbeit der Caritas allgemein bzw. zu bestimmten Schwerpunktbereichen dieser Arbeit (z. B. Kinder- und Jugendhilfe sowie Krankenhilfe) heraus. Diese Veröffentlichungen richten sich primär an die Mitarbeiter der Caritas bzw. an die Fachöffentlichkeit, werden jedoch auf Anfrage auch an andere Interessierte abgegeben. Der Bezug von Einzelexemplaren über die Abteilungen bzw. Referate ist in der Regel kostenfrei. Bei größeren Stückzahlen oder regelmäßigem Bezug entstehen Kosten.

Folgende Periodika werden u. a. herausgebracht:

- die Zeitschrift „Caritas“, die sich Fachfragen der Caritas und theologischen Grundsatzfragen widmet, es sind auch Schwerpunktheft zu den Themen Gesundheitserziehung, Elementarerziehung, Medikamentenabhängigkeit und Alkoholismus erschienen. Sie erscheint sechsmal jährlich,
- die „Caritas-Korrespondenz“ – Informationsblätter für die Caritas-Praxis, die im Lambertus-Verlag monatlich erscheint und abonniert werden kann. Sonderhefte der „Caritas-Korrespondenz“ waren das „Caritas Adreßbuch“ und das Verzeichnis „Informationsmaterialien der Caritas“,
- die Zeitschrift „caritas aktuell“ für die Freunde, Förderer und Mitglieder der Caritas (viermal jährlich),
- in der Zeitschrift „Welt des Kindes“ (sechsmal jährlich) werden die Arbeit in den Kindertagesstätten behandelt und Grundsatzfragen der Elementarerziehung erörtert,
- in der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Jugendwohl“, einer Veröffentlichung für Kinder- und Jugendhilfe, wurden zum Beispiel Schwerpunktheft zu den Themen Jugendalkoholismus, Drogenabhängigkeit und Justizvollzug sowie Drogenabhängigkeit und AIDS herausgegeben,
- das jährliche Fortbildungsprogramm mit den Veranstaltungen des Deutschen Caritasverbandes,
- zusammen mit den anderen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitete der Caritasverband die „Empfehlungen und Hinweise zur bedarfsgeregelten Gestaltung von Öffnungszeiten in Kindergärten“.

Ein umfangreiches Medienangebot besteht außerdem zu der Geschichte und der Arbeit des Deutschen Caritasverbandes, der Caritasarbeit im Inland in den verschiedenen Aufgabenbereichen und zur Caritasarbeit im Ausland. Es enthält Faltblätter, Broschüren, Ausstellungen, Wandzeitungen, Filme, Videokassetten und Tonbilder. Von der Vertriebsstelle des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 420, 7800 Freiburg i. Br., können

sowohl die Verzeichnisse der Informationsmaterialien, der Werbematerialien sowie der Medien zur sozialen Motivation als auch die Medien selbst angefordert werden.

Beispielhaft sei noch auf folgende Veröffentlichungen hingewiesen:

Im „Rundbrief“ des Referats Gefährdetenhilfe werden neue Publikationen, Angebote und Schulungen sowie Entwicklungen und Tendenzen der Suchtarbeit dargestellt. Diese mehrmals jährlich erscheinende Informationsschrift wendet sich primär an die Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe des Deutschen Caritasverbandes. Sie kann jedoch auf Anforderung kostenlos auch von interessierten Institutionen außerhalb der Caritas bezogen werden.

Zielsetzung der „Ratgeber“-Reihe ist die übersichtliche, leicht verständliche und fachlich exakte Information von Betroffenen und deren Angehörigen über bestimmte Suchtprobleme.

Erschienen sind zum Beispiel Broschüren zu den Themen:

- Alkoholabhängigkeit,
- Medikamentenabhängigkeit,
- Drogenabhängigkeit,
- Spieler,
- Eßstörungen,
- Alkoholembryopathie,
- AIDS.

Vom Ratgeber für Medikamentenabhängige liegt auch eine italienische Übersetzung vor. Der Ratgeber für Alkoholranke ist auch in kroatischer sowie polnischer Übersetzung erhältlich.

Der Bezug der Ratgeber-Broschüren ist kostenverursachend. Bestellungen können über das Referat Gefährdetenhilfe oder direkt beim Verlag erfolgen: Lambertus-Verlag, Postfach 10 26, 7800 Freiburg i Br.

Beim Lambertus-Verlag handelt es sich um einen verbandseigenen Fachverlag für Fragen und Probleme der Sozialarbeit. In diesem Verlag ist eine Reihe weiterer Publikationen der Caritas und des Verbandes ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e.V. (VABS (vgl. ebda.)), zu verschiedenen Bereichen der Elementarerziehung und Suchtproblematik, vor allem jedoch zu den Themen Prävention, Beratung und Therapie erschienen. Veröffentlichungslisten können kostenlos beim Verlag angefordert werden.

Medienangebote

– DCV –

Serviceleistungen

Im Mittelpunkt der Serviceleistungen des Deutschen Caritasverbandes steht die soziale und karitative Hilfe über die zahlreichen Einrichtungen mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen im In- und Ausland

In engem Zusammenhang damit steht die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern/innen der sozialen und karitativen Hilfe.

Für 28 soziale Berufe wie z. B.
– Altenpfleger/in
– Erzieher/in
– Hebamme, Entbindungspfleger
– Heilpädagoge/in
– Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/in

unterhält der Deutsche Caritasverband 700 Ausbildungsstätten mit 51.000 Plätzen. (Ein Verzeichnis dieser Ausbildungsstätten kann beim Lambertus-Verlag bezogen werden – kostenverursachend)

Von der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes wird durch die Fortbildungsakademie ein breites Spektrum an Veranstaltungen angeboten. (Der jährliche Veranstaltungskalender kann von der Fortbildungsakademie kostenfrei angefordert werden.) Zu diesem Angebot gehören:

„Fachgebietsübergreifende Veranstaltungen“ wie z. B. „Allgemeine Verbandsfragen“, „Führung und Leitung“, „Ernährung und Hauswirtschaft“ und „Fachgebiets-Veranstaltungen“ in der Regel in Zusammenarbeit mit Fachabteilungen und -referaten der Zentrale oder mit den Fachverbänden.

Die Veranstaltungsformen sind Kurse (berufsbegleitend über einen längeren Zeitraum), Seminare (ein- oder zweiwöchig), Fachwochen und Studientagungen (Kosten entstehen für Kursbeitrag, Unterkunft und Verpflegung)

Eine weitere Serviceleistung des Deutschen Caritasverbandes ist die in der Zentrale befindliche Bibliothek mit 180.000 Bänden und über 600 Fachzeitschriften des In- und Auslandes. Sie ist – neben der Nutzung durch die

Zentrale, den Ausbildungsstätten und Redaktionen des Deutschen Caritasverbandes – für jedermann zugänglich (kostenpflichtig).

Darüber hinaus bieten die einzelnen Aufgabenbereiche des Deutschen Caritasverbandes zusätzliche Serviceleistungen. Davon seien beispielhaft genannt:

Die Serviceleistungen des „Zentralverbandes Katholischer Kindergärten und Horte e.V.“ bestehen einmal darin, daß er für den Elementarbereich Positionen bezieht und zum anderen die Möglichkeiten zur Umsetzung schafft, z. B. auch durch Fortbildung und Materialien.

Das Referat Gefährdetenhilfe stellt auf Anforderung Informationsmaterial sowie Plakate, Aufkleber u. ä. zu speziellen Problembereichen der Suchtproblematik (Alkoholismus, Medikamente, Rauchen, illegale Drogen sowie AIDS) zur Verfügung. Einzelexemplare sind kostenlos erhältlich. Bei größeren Stückzahlen entstehen Kosten.

Die Anschriften der örtlichen Beratungsstellen der Caritas einschließlich der zuständigen Ansprechpartner und der örtlichen Selbsthilfegruppen für Suchtkranke sind kostenlos erhältlich. Es stehen auch die Anschriften von Beratungsstellen zur Verfügung, die sich speziell mit den Bereichen „Spieler“, „EB-Störungen“, „Kinder von Suchtkranken“, „Drogen und AIDS“ sowie „Nachsorge“ befassen.

An den vom Deutschen Caritasverband regelmäßig angebotenen Fachtagungen der Arbeitsgruppen für Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe können in begrenztem Umfang auch Fachkräfte teilnehmen, die nicht der Caritas angehören. Die Ankündigungen und Termine dieser Veranstaltungen finden sich im „Rundbrief“. Die konkreten Teilnahmemodalitäten sind beim Referat Gefährdetenhilfe zu erfahren.

Für darüber hinausgehende Serviceleistungen (Referenten, Kooperationsmöglichkeiten) sind die örtlichen oder regionalen Caritasverbände zuständig. Die Anschriften sind bei der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes erhältlich.

Empfehlungen

Der Deutsche Caritasverband e.V. mit seiner Zentrale in Freiburg hat ein umfangreiches Medien- und Serviceangebot, in dessen Mittelpunkt die soziale und karitative Hilfe steht.

Zu empfehlen ist der Bezug

– der Medienverzeichnisse des Deutschen Caritasverbandes zu den Informationsmaterialien der Caritas, den Werbematerialien sowie den Filmen, Videokassetten und Tonbildern zur sozialen Motivation über die Vertriebsstelle des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg und
– der Veranstaltungsübersicht „Fortbildung 19 . . .“ über die Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg.

Für den Bereich „Elementarerziehung“ empfiehlt sich der Kontakt zu den Caritasverbänden und der Bezug der Veröffentlichungsliste des Lambertus-Verlages

Interessenten für den Bereich „Sucht“ sollten sich in den Verteiler des Referats Gefährdetenhilfe aufnehmen lassen, um den „Rundbrief“ regelmäßig zu erhalten. Der Bezug des Rundbriefes ist der Schlüssel zu einer Vielzahl wichtiger und interessanter Informationen (Literatur, neue Entwicklungen, Fachtagungen usw.)

Weiterhin wird die Kontaktaufnahme zu den regionalen Beratungsstellen der Caritas empfohlen, zur eventuellen Kooperation und weil diese Einrichtungen teilweise eigene Materialien zur Suchtproblematik entwickelt haben und zur Verfügung stellen.

DEUTSCHER DIABETIKER-BUND e. V.

– DDB –

Adresse Bundesgeschäftsstelle
Danziger Weg 1
58511 Lüdenscheid

Telefon 0 23 51/98 91 53

Telefax 0 23 51/98 91 50

Der Deutsche Diabetiker-Bund e. V. ist die – 1951 gegründete – größte Selbsthilfeorganisation der Diabetiker in Deutschland und vertritt deren Interessen. Rechtlich ist der DDB ein eingetragener Verein, dessen Gemeinnützigkeit und besondere Förderungswürdigkeit anerkannt ist.

Entscheidungsorgan ist der geschäftsführende Bundesvorstand, der satzungsgemäß von der Delegiertenversammlung auf Zeit gewählt wird. Der Bundesvorstand wird durch fachkompetente Beisitzer erweitert. Diese Tätigkeiten sind ehrenamtlich.

Der DDB hat zur Zeit rund 20.000 Mitglieder in 16 Landesverbänden und 4 angeschlossenen speziellen Mitgliedsorganisationen.

Die Landesverbände sind selbständige eingetragene Vereine, die über regionale Gruppen die Breitenarbeit ausführen.

Der DDB ist der Deutschen Diabetes Union – DDU – und international der International Diabetes Federation – IDF – angeschlossen.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitgliedsbeiträgen, Zuwendungen der öffentlichen Hand und Spenden.

Der DDB hat sich zur Aufgabe gestellt, Diabetiker, deren Angehörige und die Öffentlichkeit über Diabetes Mellitus zu informieren und aufzuklären sowie Fortbildung und Schulung im Umgang mit der Krankheit zu ermöglichen. Hierzu unterhält er Kontakte zu gesundheits- und sozialpolitischen Regierungsstellen, Ärzte- und Apothekenorganisationen und der betreffenden pharmazeutischen Industrie.

Fortbildung und Schulung erfolgen in den regionalen Gruppen durch Erfahrungsaustausch und Fachvorträge mit Referenten aus den Bereichen Medizin, Pharmazie, Ernährung und Soziales sowie Psychologie.

Aufgaben und Ziele der Institution

Offizielles Organ ist das Diabetes Journal, Kirchheim Verlag, ISSN 0341-8812. Das Heft ist allgemein erhältlich. Es enthält u. a. medizinische Fachberichte, Diabetikerschulung und Informationen des DDB.

Medienangebote

– DDB –

Die Landesverbände geben regionale Mitteilungsblätter heraus.

Besondere Schriften (kostenlos) sind beispielsweise:

- Mehr Wissen für Typ-I-Diabetiker,
- Mehr Wissen über Diabetes Typ II,
- Merkblätter Soziale Hilfen

Serviceleistungen

Regelmäßige Durchführung von Erfahrungsaustausch in regionalen Gruppen,
– Regionale Diabetiker-Informationstage, Landes-Diabetiker-Tage,
– Deutsche Diabetiker-Tage (alle Info-Tage mit wechselnden Standorten), persönliche Beratungen zu allen Diabetes betreffenden Fragen, besonders nach Manifestation der Krankheit,

- medizinische Fachvorträge,
- Schulung in vorbeugenden Maßnahmen gegen diabetesbedingte Folgeschäden.

Mit Ausnahme der Diabetiker-Tage sind alle angegebenen Serviceleistungen kostenlos.

Empfehlungen

Der DDB ist eine Hilfs- und Selbsthilfeorganisation. Hauptziel ist die Unterstützung der Mitglieder in allen den Diabetes betreffenden Fragen.

Einzelprogramme, zum Beispiel Veranstaltungshinweise, sind über die Landesverbände und deren regionale Gruppen zu erhalten.

Anschriften der Landesverbände

Landesverbände:

LV Baden-Württemberg e. V.

Propsteiweg 2, 79189 Bad Krozingen
Tel.: 0 76 33/18 09

LV Bayern e. V.

Liebherrstraße 5/IV, 80538 München
Tel.: 0 89/22 73 41

LV Berlin e. V.

Mittelstraße 2, 13585 Berlin
Tel.: 0 30/3 35 53 88

LV Brandenburg e. V.

Prager Straße 35, 15234 Frankfurt/Oder
Tel.: 03 35/6 20 87

LV Bremen e. V.

Gröpelinger Heerstraße 386 b, 28239 Bremen
Tel.: 04 21/6 16 43 23

LV Hamburg e. V.

Von-Essen-Straße 85, 22081 Hamburg
Tel.: 0 40/29 78 94

LV Hessen e. V.

Apfelgäßchen 9, 34613 Schwalmstadt-Treysa
Tel.: 0 66 91/2 49 57

LV Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Prenzlauer Chaussee 10, 17348 Woldegk
Tel.: 0 39 63/4 18

LV Niedersachsen e. V.

Büroservice Schröder
Postfach 3242, 31524 Neustadt
Tel.: 0 50 32/35 64

LV Nordrhein-Westfalen e. V.

Musfeldstraße 161–163, 47053 Duisburg
Tel.: 02 03/66 64 00

LV Rheinland-Pfalz e. V.

Heidelbergerfaßgasse 14, 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31/23 79 19

LV Saarland e. V.

Hahnenstraße 24, 66571 Eppelborn
Tel.: 0 68 81/74 38

LV Sachsen e. V.

Altstriessen 33, 01309 Dresden
Tel.: 03 51/3 24 21

LV Sachsen-Anhalt e. V.

Kretschmannstraße 40, 39118 Magdeburg
Tel.: 03 91/22 32 78

LV Schleswig-Holstein e. V.

im Hause des Landeskrankenpflegeseminars
Kronshagener Weg 130 a, 24109 Kiel
Tel /Fax: 04 31/18 00 09

LV Thüringen e. V.

Turniergasse 17, 99084 Erfurt
Tel.: 03 61/6 55 17 22

Mitgliedsorganisationen:

Arbeitskreis der Pankreatektomierten e. V.

Krefelder Straße 52, 41539 Dormagen

Tel : 0 21 33/4 23 29

Berliner Fördergemeinschaft

junger Diabetiker e. V.

Fahremundstraße 71, 13593 Berlin

Tel.: 0 30/3 61 42 53

Bundesverband der Insulinpumpenträger e. V.

Reinekestraße 31, 51145 Köln

Tel.: 0 22 03/2 58 62

Förderkreis Eltern diabetischer

Kinder und Jugendlicher e. V.

Ochsenberg 23, 67659 Kaiserslautern

Tel.: 06 31/4 24 22

Deutsches Diabetes-Museum

Altes Thermenhaus Bad Krozingen

Sekretariat:

Propsteiweg 2, 79189 Bad Krozingen

- DDB -

**Mitglieds-
organisationen**

DEUTSCHER FRAUENBUND FÜR ALKOHOLFREIE KULTUR BUNDESVERBAND e. V.

Adresse Kurt-Tucholsky-Straße 7
63329 Egelsbach

Telefon 0 61 03/4 27 31

Telefax 0 61 03/4 27 31

Der Bundesverband des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur ist ein im Vereinsregister Bremen eingetragener Verein, konfessionell und parteipolitisch ungebunden.

Er wurde 1900 in Bremen von Frau Ottilie Hofmann gegründet und ist ein Zusammenschluß von Frauen, die im Alkoholmißbrauch eines der ernstesten Probleme unserer Zeit sehen.

Dem Bundesverband sind derzeit 6 Landesverbände mit ihren Ortsgruppen angeschlossen.

Die Arbeit des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur wird finanziert durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und projektgebundene Zuwendungen.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben gehören:

- Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege,
- Propagierung einer alkohol- und drogenfreien Lebensweise durch das Vorbild freiwilliger Abstinenz, Unterstützung öffentlicher und privater Maßnahmen, die dazu beitragen, über Ursachen und Wirkungen des Alkoholismus aufzuklären und den Alkoholkonsum einzudämmen,
- Herausgabe von Informationsmaterial und Rezepten und Ausschank alkoholfreier Getränke auf öffentlichen Veranstaltungen, um zu demonstrieren, daß moderne Geselligkeit auch ohne Alkohol möglich ist, Anbieten von Möglichkeiten zur Aussprache und Information über aktuelle soziale Fragen im Umfeld des Alkoholismus, zu praktischer Mitarbeit, zur Teilnahme an Vortragsveranstaltungen, Seminaren, Kongressen und internationalen Begegnungen, sowohl für Mitglieder als auch für Gefährdete und deren Angehörige.

Der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur ist Mitglied in zahlreichen Organisationen und Verbänden:

- Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren DHS,
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - DPWW,
- Paritätisches Bildungswerk - Bundesverband,
- Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Abstinenzverbände - AGAV,
- Deutscher Frauenring - DFR,
- Aktionsgemeinschaft Jugendschutz.

Ferner gehört er der größten und ältesten Frauenorganisation von internationaler Bedeutung an, dem Weltbund Christlicher Abstinenter Frauen* - WWCTU, in dem 35 Nationen vertreten sind.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHER
FRAUENBUND
FÜR ALKOHOL-
FREIE KULTUR**

Medienangebote

Für die Aufklärungs- und Informationsarbeit gibt es von dem Deutschen Frauenbund folgende Broschüren und Faltpblätter:

- Sehr zum Wohl ohne Alkohol,
- Der etwas andere Drink,
- Sie erwarten Gäste?.
- Tips für Gastlichkeit,
- Die charmante Verführerin

Diese Materialien können kostenlos beim Bundesverband angefordert werden.

Die Ergebnisse der Tätigkeit des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur werden in einem Jahresbericht festgehalten und seinen Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

**Service-
leistungen**

Der Deutsche Frauenbund bietet seinen Mitgliedern die Gelegenheit zur Aussprache und Information über aktuelle soziale Fragen, sowie die Möglichkeit zu praktischer Teilnahme an Seminaren, Vortragsveranstaltungen, Kongressen und internationalen Begegnungen. Der Frauenbund weist in Referaten und Vorträgen auf die Trink(un)sitten der Gesellschaft hin und ist bei verschiedenen Ausstellungen im Gesundheitswesen und im Jugend- und Frauenbereich mit Informationsständen vertreten. Der Frauenbund veranstaltet Kongresse und Seminare zum Thema Alkoholprävention und beteiligt sich an solchen. Die Mitglieder des Frauenbundes servieren auf öffentlichen und privaten Veranstaltungen alkoholfreie Mixgetränke und zeigen so, daß alkoholfreie Lebensweise gesund, vielseitig und gesellschaftsfähig ist.

Empfehlungen

Die Adressen der 6 Landesvertretungen können beim Bundesverband erfragt werden.

DEUTSCHER GUTTEMLER-ORDEN e. V.

– I.O.G.T. –

Adresse Bundesgeschäftsstelle
Adenauerallee 45
20097 Hamburg

Telefon 0 40/24 58 80

Telefax 0 40/24 14 30

Im Jahre 1851 wurde in Utica im US-Staat New York der „Independent Order of Good Templars“, der „Unabhängige Guttempler-Orden“ gegründet. Damals war der Alkoholismus neben der Sklavenfrage das brisanteste Problem in den Vereinigten Staaten. Über England und Skandinavien erreichte die Abstinenzorganisation 1889 Deutschland. Heute gibt es Guttempler in 45 Staaten der Erde, auf allen Kontinenten.

Der Deutsche Guttempler-Orden e. V. ist selbständiger Teil des Internationalen Guttempler-Ordens. Er arbeitet in Deutschland in der Form des e. V., seine Strukturen sind demokratisch, er ist als gemeinnützig anerkannt.

Der Deutsche Guttempler-Orden gliedert sich in elf Landesverbände (e. V.), 490 Guttempler-Gemeinschaften mit Gesprächsgruppen. Er besteht zur Zeit aus ca. 9.500 Mitgliedern und hat 33 Guttemplerhäuser, die von weitgehend eigenständigen Hausvereinen geführt werden. Hinzu kommen weitere neun Trägereinrichtungen, ebenfalls zumeist als eingetragene Vereine, weitgehend selbständig.

Das Leitungsgremium des Guttempler-Ordens ist der aus vier Personen bestehende geschäftsführende Vorstand. Er ist Teil des insgesamt 11 Personen umfassenden Ordensrates. Die nicht zum geschäftsführenden Vorstand gehörenden Mitglieder des Ordensrates sind in der Leitung folgender Sachgebiete tätig: Bildungsarbeit, Frau und Familie, Kindergruppenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Suchtgefährdetenhilfe, Jugend. Der Ordensrat wird in der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er arbeitet ehrenamtlich.

Der Guttempler-Orden ist tätig für die Ziele „Enthalt-samkeit, Brüderlichkeit, Frieden“. Er ist überparteilich und überkonfessionell. Er tritt ein für gleiche Rechte aller Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität oder Religion. Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Guttempler-Orden ist die erklärte alkoholfreie Lebensweise.

Gruppenarbeit ist die Schwerpunktaufgabe des Guttempler-Ordens, sie ist als Baustein der Gesundheitsförderung und -erziehung zu sehen, da ihr Anliegen sich nicht nur auf die Bekämpfung eines Symptoms beschränkt (Abstinenz vom Suchtmittel), sondern eine bewußte, rauschmittelfreie Lebensgestaltung den Spielraum der persönlichen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten vergrößert.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Zeitschrift GUTTEMLER, das Organ des Deutschen Guttempler-Ordens, erscheint viermal jährlich. Sie befaßt sich jeweils mit einem Schwerpunktthema zu Fragen der Suchtgefahren, der Prävention oder Gesundheitsförderung und ist kostenpflichtig (für Nichtmitglieder) über den Bundesverband zu beziehen.

- I.O.G.T. -

Medienangebote

Serviceleistungen

Die Guttempler-Gemeinschaften, die durch die Mitglieder gebildet werden, betreuen die Guttempler-Gesprächsgruppen. Die Gesprächsgruppen sollen die alkohol- bzw. suchtmittelfreie Lebensweise vorbereiten. Sie werden von Guttemplern geleitet, sie treffen sich in der Regel einmal wöchentlich. Zugehörigkeit zu einer Guttempler-Gesprächsgruppe beinhaltet noch keine Mitgliedschaft zum Guttempler-Orden

Neben diesen Gruppenformen gibt es auf regionaler Ebene vielerorts Kinder- und Jugendgruppen. Ziel dieser offenen Gruppen ist es, jungen Menschen erfahrbar zu machen, daß eine suchtmittelfreie Lebensweise nicht von Verzicht geprägt sein muß, sondern eine sinnvolle und gesundheitsgerechte Alternative sein kann. Diese Gruppen arbeiten primärpräventiv und erlebnis- und erfahrungsorientiert.

Der Guttempler-Orden unterhält Fachkliniken für suchtkranke Menschen und Sozialtherapeutische Übergangswohnheime, Jugendzentren, Beratungsstellen u. a.

In zeitlicher Anbindung an die Jahreshauptversammlung (im Mai eines jeden Jahres) führt der Deutsche Guttempler-Orden eine Bundesfachtagung zu Fragen der Suchtgefährdungen durch. Diese Tagung wendet sich mit ihren Inhalten und Arbeitsgruppen sowohl an ehrenamtliche Mitarbeiterinnen als auch an Professionelle in der Gesundheitsförderung, der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe/-rehabilitation. Für die Aus- und Weiterbildung, aber auch für die Erwachsenenbildung auf Bundes- bzw. Länderebene unterhält der Guttempler-Orden ein Bildungswerk, dessen Angebote auch Nichtmitgliedern offenstehen. Das Guttempler-Bildungswerk gliedert sich ebenfalls in Landesverbände. Die Adressen sind über die Bundesgeschäftsstelle zu erfragen.

Empfehlungen

Die Anschriften der Landesverbände, der Guttempler-Fachkliniken und sonstigen Einrichtungen sind über die Bundesgeschäftsstelle zu erfragen. Ebenso erhalten Sie hier Informationen zur jährlichen Fachtagung.

DEUTSCHER HAUSFRAUEN-BUND e.V. Berufsverband der Hausfrau

– DHB –

Adresse Coburger Str. 19
53113 Bonn

Telefon 02 28/23 77 99

Telefax 02 28/23 88 58

Der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. (DHB) ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Hausfrauen und in der Hauswirtschaft selbständig Tätigen. Er vertritt die Interessen der Hausfrau und ihrer Familie in sämtlichen Bereichen und setzt sich für die öffentliche Anerkennung des Berufes Hausfrau ein. Der DHB fördert und vertritt die Hauswirtschaft in ihren fachlichen, sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aufgaben, und er informiert über wichtige Verbraucherfragen.

Der Verband wurde 1915 gegründet, 1949 mit Sitz in Frankfurt wiedererrichtet und ist in 17 Landesverbänden – neu hinzugekommen sind Sachsen, Thüringen und Brandenburg -- und 560 Ortsverbänden und „Clubs junger Hausfrauen“ organisiert. Daneben bestehen 88 Fachgruppen für Hauswirtschaft und 57 Informations- und Beratungsstellen für Haushalt und Familie. Für die Vertretung seiner Interessen arbeitet er mit zahlreichen Behörden, Institutionen, Fachverbänden und Wirtschaftsgruppen zusammen. So ist der DHB in der Bundesstelle für hauswirtschaftliche Berufsbildung und in den Berufsbildungsausschüssen der zuständigen Stellen der Hauswirtschaft vertreten. Außerdem nimmt der Verband auch noch die Aufgaben der Arbeitgebervertretung bei Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten als Tarifpartner in bezug auf die Beschäftigung im Privathaushalt wahr. Weiterhin ist der Verband seinerseits Mitglied in zahlreichen Organisationen und Verbänden wie beispielsweise in der Aktion Jugendschutz, in der Arbeitsgemeinschaft für Hauswirtschaft, in der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, in der Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz, im Deutschen Frauenrat, in der Deutschen Gesellschaft für Wohnmedizin und im Verbraucherausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben des DHB gehören:

- Förderung und Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten für den Beruf Hausfrau,
- Förderung und Mitwirkung bei der Durchführung der hauswirtschaftlichen Berufsbildung,
- Bearbeitung des Gesamtgebietes der Hauswirtschaft in wissenschaftlicher, sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher, praktischer sowie rechtlicher Hinsicht,
- Stellungnahmen, Eingaben und Anträge für die Belange der Hausfrau,

Aufgaben und Ziele der Institution

– DHB –

Aufgaben und Ziele der Institution

- Förderung staatsbürgerlicher und allgemeiner Bildung für die Hausfrau,
- Mitarbeit in Gremien, die die Verbraucherpolitik, Verbraucheraufklärung und Verbraucherarbeit fördern,
- Abschluß von Tarifverträgen,
- die Zusammenarbeit mit Organisationen verwandter Zielsetzung im In- und Ausland,
- Öffentlichkeitsarbeit für die Belange der Hausfrau, für den DHB und seine Mitglieder.

Das umfangreiche Tätigkeitsgebiet des DHB beschränkt sich nicht nur auf die Verbesserung und Anerkennung des Arbeitsplatzes und Berufes Hausfrau, sondern versucht darüber hinaus die Gesamtsituation der nicht-erwerbstätigen Frau zu berücksichtigen, d. h. ihre Rolle als Frau, Ehefrau, Mutter, Pflegeperson etc.

Daneben beschäftigt sich der Verband seit langem mit der Problematik „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Wiedereinstieg von Hausfrauen in die Erwerbstätigkeit“. Zu letzterem wurde ein Leitfaden herausgegeben. Außerdem entwickelte der DHB mehrere Modellprojekte, die von Bundesministerien bzw. Bundesländern finanziell bzw. ideell unterstützt wurden, z. B.:

1. Ausbildung einer Fachkraft für den Seniorenhaushalt
– Eine Fortbildungsmöglichkeit für Hauswirtschaftlerinnen,
2. Umweltberatung Haushalt – Weiterqualifizierung von Familienfrauen. Ein wissenschaftlich unterstütztes Weiterbildungsprojekt für Familienfrauen mit geeigneter, in Haushalt und Hauswirtschaft erworbener Vorbildung.

Seit 1974 wird die Arbeit des DHB jeweils unter ein „Jahresthema“ gestellt, das als programmatischer Arbeitsschwerpunkt einmal eine breite Basis für die Aussage des Verbandes zu einem bestimmten Thema bildet, zum anderen eine Vereinfachung der Veranstaltungsplanung für die Ortsverbände durch entsprechende Arbeitsunterlagen erreicht.

Folgende Themenbereiche wurden von 1974 bis 1994 schwerpunktmäßig bearbeitet:

- Hausfrau 74
- Haushalt und Volkswirtschaft
- Arbeitsplatz Haushalt; seine Bedeutung für Familie und Gesellschaft
- Heute an die Welt von morgen denken
- Hausfrau in Europa
- Ein Kind braucht Zeit
- Überfluß am Ende, was tun?
- Familie und Beruf – Familie statt Beruf?
- Frieden beginnt in der Familie
- Die Neuen Medien in Familie und Haushalt
- Haushalt – ein Betrieb
- Frauen wollen ihre Zukunft
- Pflegeleistungen von Hausfrauen – Schattendienst für die Gesellschaft
- Haushalten – der Umwelt zuliebe
- Haushalt – Ein sicherer Arbeitsplatz?
- Verbraucher bestimmen den Markt
- Man(n) kann auch Hausfrau sein
- Frauen gemeinsam für Europa
- Familie – Lebensform in der Diskussion

Wohnungsbau, Wohnungseinrichtung, Wohnfragen beschäftigten den Verband schon frühzeitig, als Voraussetzungen z. B. rationeller Haushaltsführung, in

Relation zu den Wohnbedürfnissen, in den letzten Jahren zunehmend auch in bezug zu Umweltproblemen und Gesundheitsfragen.

Gesundheitliche Problemzonen sind dementsprechend die Haushalte selbst, wenn dort schadstoffbelastete Verbrauchsgüter oder Lebensmittel zum Einsatz kommen oder wo die Haushaltsbewirtschaftung ohne Rücksichtnahme auf damit verbundene Umwelt- und Gesundheitsbelastungen erfolgt. Gesundheitliche Problemzonen sind aber auch die wohnungs- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen, von denen mittelbar oder unmittelbar Gesundheitsbelastungen ausgehen können. Beispielsweise die Schnellimbißernährung wie auch die Chemiereinigung sind Bereiche, die unter diesen Gesichtspunkten verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben.

Für die Schwerpunkte seiner Tätigkeit hat der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. insgesamt sechs Arbeitsausschüsse eingerichtet.

Dabei pflegt der Verband u. a. im Rahmen seines Ausschusses für internationale Beziehungen Kontakte zu Organisationen des Auslands mit entsprechenden Zielsetzungen wie der Deutsche Hausfrauen-Bund.

Der Ausschuß für hauswirtschaftliche Berufsbildung befaßt sich mit Fragen der Ausbildung und Weiterbildung von Hauswirtschaftler/innen und Hauswirtschaftsmeister/innen.

Der Ausschuß für Familienfragen befaßt sich u. a. auch mit Fragen der zukünftigen Stellung der Hausfrau, aber auch mit Fragen der Suchtgefahren für Frauen, der Situation der älteren Frauen und dem Problem der ungenügenden Pflegeversorgung sowie der Stellung der Hausfrauen in der Alterssicherung.

Fragen wie die Umweltbelastung durch Waschmittel, Chemie im Haushalt und die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln durch Verpackung sind Themen des Verbraucherausschusses, aber auch des Umweltausschusses des Deutschen Hausfrauen-Bundes e.V.

Ein eigener Ausschuß des DHB befaßt sich mit Fragen des Wohnens, wie etwa Renovierung von Wohnungen, Einsatz biologischer Baumaterialien, Einsparung von Energie und Gestaltung von Grundrissen.

Zusätzlich verfügt der Deutsche Hausfrauen-Bund mit dem 1983 gegründeten Bildungswerk des Deutschen Hausfrauen-Bundes e.V. über eine Einrichtung, die für die Durchführung von Seminaren und Symposien gegründet worden ist.

Große Aufmerksamkeit wird der Situation der Hausfrau unter dem Aspekt Gesundheit gewidmet, unter verschiedenen Gesichtspunkten, z. B. hinsichtlich psychischer Fragen, Belastung durch Emissionen (Umweltschutz etc.).

Die Ergebnisse der Tätigkeit des DHB werden in einem Jahresbericht festgehalten und seinen Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Die Arbeit des Deutschen Hausfrauen-Bundes wird finanziert durch Mitgliedsbeiträge und projektgebundene Zuwendungen verschiedener Bundesministerien.

Die Öffentlichkeitsarbeit des DHB findet auf verschiedenen Ebenen statt. Sie richtet sich einmal speziell an ihre zahlreichen Mitglieder, zum anderen versucht sie in zunehmendem Maße, den Verbraucher direkt zu informieren

- Die Zeitschrift „Moderne Hausfrau“ ist das Bundesorgan des DHB, das im „Moderne Medien Verlag“ erscheint. Sie wird regelmäßig (10mal im Jahr) als Mitgliederzeitschrift herausgegeben und informiert über Verbandsereignisse und aktuelle Themen (wie Trinkwasserreinheit, Spielsucht und Binnenmarkt-Aspekte der Ernährung), Tagungsergebnisse etc. Diese Zeitschrift kann auch von Nicht-Mitgliedern bezogen werden.
- Die „Rosa Mitteilungen“ ist ein Informationsblatt, das jährlich bis zu 4mal erscheint und an die Ortsverbände, Klubs, Fachgruppen Hauswirtschaft und Informationsstellen verschickt wird. Diese Mitteilungen sollen Anregungen, Informationen und Unterstützung für die Verbandsarbeit auf Ortsebene geben.

- Durch Pressemitteilungen in Zeitschriften und der Tagespresse wird der Verbraucher über aktuelle Themen, Verhandlungsergebnisse, Umfrageergebnisse, Tips für die Hausfrau etc. informiert, und es werden Anregungen gegeben. Eine Veröffentlichungsliste der Pressemitteilungen ist jeweils im Jahresbericht abgedruckt.
- Durch Informations- und Faltblätter informiert der DHB den Verbraucher über bestimmte Themenbereiche (z. B. Folien im Haushalt, Umweltschutz – was kann der einzelne tun? etc.). Diese Faltblätter können z. T. kostenlos oder gegen geringen Betrag direkt beim DHB angefordert werden. Die Auflagen sind jedoch sehr beschränkt.
- Eine Selbstdarstellung des DHB ist in einem Faltblatt beschrieben, das über Aufgaben und Ziele und bisherige Tätigkeit des Vereins informiert. Dieses Faltblatt richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit und ist ebenfalls beim DHB direkt erhältlich (kostenfrei). Gegen geringen Betrag ist eine umfassende Information über den Verband in Form einer Broschüre (Titel „75 Jahre Deutscher Hausfrauen-Bund“) beim DHB zu beziehen.

- DHB -

Medienangebote

Der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. bietet ein breitgefächertes Informationsangebot im Bereich Hauswirtschaft, der Hausarbeit sowie zur Stellung der Hausfrau in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an

- Der DHB verfügt über einen Referentendienst, der sich überwiegend aus Mitgliedern des Vereins rekrutiert,
- er veranstaltet und beteiligt sich an Kongressen zu bestimmten Themenbereichen,
- er organisiert Ausstellungen mit Informationsständen, Referaten und Demonstrationen,

- die Ortsverbände bieten z. T. schriftliche und telefonische Einzelberatungen an,
- der DHB führt regelmäßige und sporadische Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren durch,
- sowohl der DHB als auch die Ortsverbände bieten Informationsveranstaltungen für den interessierten Verbraucher an.

Serviceleistungen

Anfragen bezüglich dieser Leistungen können an den jeweiligen Ortsverband gerichtet werden, da die meisten Aufgaben vom DHB aufgrund seiner beschränkten Kapazität an die jeweiligen Ortsverbände delegiert werden.

Der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. berührt mit seiner Arbeit eine ganze Reihe von gesundheitsbedeutsamen Sachverhalten in vielen Lebensbereichen, so auch Wohnen, Umwelt und Ernährung (z. B. die Problemkreise des Einsatzes schadstoffbelasteter Verbrauchsgüter oder Lebensmittel im Haushalt wie auch Umwelt- und Gesundheitsbelastungen bei Hausarbeit und im Bereich der Hauswirtschaft).

Im einzelnen ist zu empfehlen:

- Abonnement der Zeitschrift „Moderne Hausfrau“, die aktuelle Informationen und Veranstaltungshinweise des Vereins bietet,
- allgemeine Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ortsverbänden,
- Inanspruchnahme des Beratungsangebotes der Ortsverbände,
- Nutzen des Referentendienstes des DHB, wo darüber Auskunft eingeholt werden kann.

Empfehlungen

DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND BUNDESVERBAND e.V.

– DKSB –

Adresse Schiffgraben 29
30159 Hannover

Telefon 05 11/3 04 85-0

Telefax 05 11/3 04 85-49

Der Bundesverband des Deutschen Kinderschutzbundes ist ein im Vereinsregister Hamburg eingetragener Verein, konfessionell und parteipolitisch ungebunden. Er wurde Ende 1953 von dem Kinderarzt Prof. Dr. Dr. Lejeune gegründet und ist eine Initiative vieler unterschiedlicher Menschen, die mit Betroffenheit die Situation vieler Kinder und Jugendlicher feststellen und sich dafür einsetzen, diese zu verbessern. Der DKSB hatte Ende 1993 44.000 Mitglieder.

Entsprechend der Satzung will der Verein in vier Aufgabenbereichen

- sich dafür einsetzen, daß die im Grundgesetz verankerten Rechte für Kinder und Jugendliche verwirklicht werden,
- allen Gefahren entgegenzutreten, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind, insbesondere im Fall von Vernachlässigung, Mißhandlung und Mißbrauch des Sorgerechts,
- alle Bestrebungen unterstützen, die die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen verbessern,
- Gesetzgeber, Behörden und Bevölkerung zu mehr Verständnis und Rücksichtnahme auf die Belange und Bedürfnisse der Kinder hinlenken.

Zur Umsetzung dieser Aufgaben wird der DKSB auf drei Organisationsebenen tätig:

- Der Bundesverband vertritt die Interessen von Kindern und ihrer Familien gegenüber Politik und Verwaltung und leistet die entsprechende bundesweite Öffentlichkeitsarbeit. Er entwickelt Perspektiven für die Kinderschutzarbeit. Er übernimmt die organisatorischen Arbeiten für den Gesamtverband und koordiniert die Initiativen der verschiedenen Verbandsebenen und arbeitet mit anderen Verbänden zusammen, so z. B. mit dem DPWW, der AGJ und dem Deutschen Verein für private und öffentliche Fürsorge. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Kinderkommission im Deutschen Bundestag. Außerdem richtet der Bundesverband den jährlichen Kinderschutztag aus, der gleichzeitig die Mitgliederversammlung des DKSB ist und dessen Leitthema auch das Jahresthema für die Verbandsarbeit ist. Zum Weltkindertag am 20. September veranstaltet der Kinderschutzbund eine Pressekonferenz zu einem ausgewählten Thema.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DKSB -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Die 12 Landesverbände übernehmen die Koordination und Unterstützung der Initiativen in ihrem Bereich und die Vertretung des Verbandes gegenüber Landesministerien und Politikern. Sie führen Weiterbildungsmaßnahmen für die Ortsverbands-Mitarbeiter durch und kooperieren mit anderen Verbänden in ihrem Bereich.
Die fast 400 Ortsverbände bestimmen die Willensbildung auf Bundes- und Landesebene über die jeweilige Mitgliederversammlung und stellen dort entsprechende Anträge. Sie leisten die helfende Arbeit, z. B. Familienbetreuung. Sie setzen sich ein für den Ausbau bzw. die Unterstützung bevölkerungsnaher Einrichtungen wie Lern- und Spielstuben, Aktivspielplätze, Kinderschutzzentren, Kinderhäuser, Spielmobile.

So nimmt der DKSB als „Lobby der Kinder und ihrer Eltern“ im politischen Bereich Einfluß auf Gesetzgebung, Planung und Verteilung finanzieller Mittel. Er regt im gesellschaftlichen Bereich die Diskussionen an, beeinflusst die öffentliche Meinung, weist auf Mißstände hin und bietet Menschen die Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten. Im persönlichen Bereich dienen Einrichtungen des DKSB dazu, einzelnen bei der Bewältigung von Krisensituationen zu helfen, z. B. mit dem Kinder- und Jugendtelefon, der Familienhilfe, den Kinderschutzzentren, der Obdachlosenarbeit oder der Initiative „Kind im Krankenhaus“.

In den drei Organisationsebenen sind sowohl hauptamtliche wie auch, vor allem auf der örtlichen Ebene, eine Vielzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern tätig, um die Ziele des DKSB umzusetzen.

Auf Bundesebene setzt einmal die Geschäftsstelle die Aufgaben des Bundesverbandes um. Die Bundesgeschäftsstelle war 1993 mit sieben hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besetzt.

Zum anderen ist auf Bundesebene der von der Mitgliederversammlung gewählte Bundesvorstand mit sieben stimmberechtigten Mitgliedern tätig, um die Verbandsarbeit verantwortlich zu leiten. Eine Landesvorsitzendenkonferenz berät den Bundesvorstand in allen wichtigen Fragen und Maßnahmen der Verbandsarbeit.

Außerdem gibt es im Bundesverband die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendtelefon und Bundesausschüsse, deren ehrenamtliche Mitglieder Grundlagen für ausgewählte Schwerpunktthemen erarbeiten.

Die BAG Kinder- und Jugendtelefon befaßt sich mit der Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Einsatz am Kinder- und Jugendtelefon, mit der Erstellung von Arbeitshilfen und insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit für diesen Bereich, um die zentrale Telefonnummer bekanntzumachen.

Die Struktur des Kinderschutzbundes ist klar und weitgehend einheitlich gegliedert, die Aufgabenverteilungen sind, wie vorstehend beschrieben, deutlich umrissen. Mitglieder des Bundesverbandes sind die Landes- und Ortsverbände des DKSB, die Mitglieder des Bundesvorstandes, Ehrenmitglieder und juristische Personen oder Stiftungen als außerordentliche Mitglieder mit Stimmrecht.

Die Ortsverbände des DKSB erfüllen lt. Satzung die Aufgaben und Zwecke des Bundesverbandes auf örtlicher Ebene, ihr Bereich soll mit dem Gebiet der kommunalen Körperschaften übereinstimmen. Die Ortsverbände sind organisatorisch in Landesverbänden zusammengeschlossen, deren Bereich wiederum mit dem Gebiet des entsprechenden Bundeslandes übereinstimmt. Die Rechtsform der Landesverbände und der Ortsverbände ist der eingetragene Verein. Außerdem gibt es in einzelnen Orten Außenstellen, sie sind organisatorisch den jeweils benachbarten Ortsverbänden angegliedert. Der Bundesverband bestimmt die Grundsätze der Vereinsarbeit, erläßt die allgemeinen Richtlinien und hat ein Satzungsmuster vorgelegt, das für alle Verbände verbindlich ist. Die Arbeitsschwerpunkte sind in den einzelnen Ortsverbänden unterschiedlich, auch die personelle und finanzielle Ausstattung.

Die Finanzierung des Deutschen Kinderschutzbundes erfolgt aus Mitgliedsbeiträgen, durch Spenden, Bußgelder und öffentliche Zuschüsse in sehr unterschiedlicher Höhe.

Medienangebote

Mit seinen Publikationen will der Deutsche Kinderschutzbund zu aktuellen Fragen der Lebenssituation von Kindern und Familien Stellung nehmen, auf Problembereiche aufmerksam machen und Lösungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit näherbringen.

Dieses geschieht über die

- DKSB-Standpunkte zu unterschiedlichen Themen, z. B. Züchtigungsverbot, Verkehrspolitik, Kranke Umwelt - Kranke Kinder
- DKSB-Materialien zum Kinderschutz und die DKSB-Schriftenreihe, hier z. B. zu Themen wie „Kinder sind gewaltlos zu erziehen“, „Kinder haben Vorfahrt für eine neue Verkehrspolitik“ oder „Hilfe statt Gewalt“.

Einzel Exemplare werden kostenlos abgegeben. Bei größerer Stückzahl bitte Preis erfragen.

- Arbeitshilfen als Merkblätter, Richtlinien und Leitfaden für die Verbandsarbeit, diese sind kostenlos für die Mitglieder,
- Plakate und Plakatserien, z. B. „Kinderzimmerordnung“, „Hilfe statt Gewalt“, kostenpflichtig.

Weiterhin gibt es Aufkleber und Werbemittel für den Kinderschutzbund, und schließlich als

- Periodikum die Zeitschrift „Kinderschutz aktuell“, die vierteljährlich (für die Mitglieder kostenlos) erscheint und von Nicht-Mitgliedern im Jahresabonnement bezogen werden kann. Die Zeitschrift widmet sich in Theorie- und Praxisrubriken bestimmten Schwerpunktthemen und bildet ein Forum für die Arbeit im Kinderschutzbund.

Ein Medienverzeichnis, das zweimonatlich aktualisiert wird, gibt einen Überblick über die Publikationen mit ihren Preisen.

Die Serviceleistungen des Deutschen Kinderschutzbundes sind vielfältig und dienen zu einem Teil der Arbeit im Verband, wie z. B. die Fortbildungsangebote für die Laienhelfer und Fachkräfte des Kinderschutzbundes, die Informationen und die durchdachten Leitfäden für die Organisation und Arbeit in den Ortsverbänden. Zu einem anderen Teil sollen sie die Arbeit des Kinderschutzbundes und die von ihm angepackten Themen in die Öffentlichkeit bringen und andere als Partner gewinnen. Außer den in der Institutsbeschreibung bereits genannten Serviceleistungen – wie Stellungnahmen zu aktuellen Themen – hat die Bundesgeschäftsstelle eine

- Informations- und Dokumentationsstelle, in der sozialpädagogische Fachzeitschriften, Zeitschriften anderer Verbände, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Tageszeitungen nach Informationen für die Kinderschutzarbeit ausgewertet werden. Anfragen von Mitgliedern und anderen an Kinderschutzfragen Interessierten werden mit diesem Material kostenlos beantwortet; das Schlagwortverzeichnis kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden.
- Der Bundesverband und seine Ausschüsse beraten bei speziellen Fragen zum Kinderschutz und betreuen Initiativen in diesem Bereich
- Die Landes- und Ortsverbände bieten sich als Partner bei regionalen Fragen und Aktivitäten an.

Die Anschriften der 12 Landesverbände:

LV Baden-Württemberg
Haußmannstraße 6
70188 Stuttgart
Tel.: 07 11/24 28 18

LV Bayern
Barerstr. 86 a
80799 München
Tel.: 0 89/2 71 79 90

LV Berlin
Malplaquetstraße 38
13347 Berlin
Tel.: 0 30/4 56 15 24

LV Bremen
Vor dem Steintor 87
28203 Bremen
Tel.: 04 21/70 00 37-8

LV Hamburg
Eppendorfer Weg 7
20259 Hamburg
Tel.: 0 40/4 39 29 59

LV Hessen
Mittelstraße 11 A
61169 Friedberg
Tel.: 0 60 31/3175

LV Niedersachsen
Kirchröder Str. 2
30625 Hannover
Tel.: 05 11/55 05 61

LV Nordrhein-Westfalen
Domagkweg 8
42109 Wuppertal
Tel.: 02 02/75 44 65

LV Rheinland-Pfalz
Reiterstraße 4
76829 Landau
Tel.: 0 63 41/8 88 00

LV Saarland
Bruchwiesenstraße 37
66111 Saarbrücken

LV Sachsen
Kipsdorfer Str. 182
01279 Dresden
Tel.: 03 51/2 57 83-0

LV Schleswig-Holstein
Zastrowstraße 2
24114 Kiel
Tel.: 04 31/67 61 41

- DKSB -

Serviceleistungen

Kinder haben immer noch eine zu schwache Lobby, das trifft häufig auch im örtlichen Bereich zu. Daher ist die Zusammenarbeit aller wichtig, die sich mit der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen befassen bzw. befassen müssen.

Zu empfehlen sind

- mit dem Landes- und Ortsverband des Kinderschutzbundes Kontakt aufnehmen und pflegen,
- das Medienverzeichnis des Bundesverbandes anfordern (kostenlos),
- die Zeitschrift „Kinderschutz aktuell“ abonnieren oder Mitglied im Kinderschutzbund (Ortsverband) werden, die Zeitschrift geht an Mitglieder kostenlos, der Mitgliedsbeitrag ist gering.

- in den Verteiler des DKSB-Bundesverbandes für die Stellungnahmen und Grundlagenpapiere des DKSB und für die Schriftenreihe aufnehmen lassen (kostenlos),
- die eigenen Arbeitsschwerpunkte in diesem Bereich mit denen des DKSB vergleichen und ggf. koordinieren,
- bei der Absicht, regionale Initiativen (Arbeitsgemeinschaften) zu institutionalisieren, das Organisationshandbuch des DKSB zu Rate ziehen. Es enthält wertvolle Hinweise für soziale Arbeit und zum Verbandsmanagement (für Mitglieder kostenlos bzw. beim Landes-/Ortsverband einzusehen).

Empfehlungen

DEUTSCHER NATURSCHUTZRING BUNDESVERBAND FÜR UMWELTSCHUTZ e.V.

– DNR –

Adresse Postfach 20 04 25
53134 Bonn

Telefon 02 28/35 90 05

Telefax 02 28/35 90 96

Der Deutsche Naturschutzring, Bundesverband für Umweltschutz e.V. (DNR), wurde 1950 gegründet und vertritt derzeit 107 Verbände und Vereine mit über 2,8 Mio Einzelmitgliedern, die sich mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes befassen

Der DNR hat sich zum Ziel gesetzt, „der Zerstörung der Natur, ihrer Bestandteile und ihres Haushaltes Einhalt zu gebieten und einen Ausgleich zwischen der Sicherung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und den Ansprüchen des Menschen herbeizuführen“. Er wirkt Entwicklungen der Gesellschaft, die eine lebenswerte Umwelt in irgendeiner Weise beeinträchtigen, entgegen

In diesem Sinne versucht der DNR, die Umweltpolitik im Bundesgebiet und auch verstärkt auf europäischer Ebene zu beeinflussen. Verhandlungspartner des DNR sind vor allem die Bundesregierung und die obersten fachlich zuständigen Behörden der Länder

Grundsätzlich befaßt sich der DNR nur mit Natur- und Umweltschutzbelangen von übergeordneter und überörtlicher Bedeutung. Er ist jedoch Anrufungsinstanz für die angeschlossenen Mitgliedsverbände und -vereine in allen Fällen, in denen diese nicht zum Ziel kommen können.

Neben dieser „Lobbyfunktion“ liegt ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem ist seit nunmehr 20 Jahren ein Umweltnotruftelefon eingerichtet

Aktuelle Arbeitsbereiche sind allgemeiner Natur- und Artenschutz, Verkehr, Chemikalien, Tourismus, Abfall und Bio-/Gentechnologie, Landwirtschaft, Umwelt und Entwicklung.

Wesentlich für die Verbandstätigkeit ist die Zusammenarbeit mit den anderen wichtigen Umweltverbänden, Verbraucherorganisationen, kirchlichen Kreisen und Gewerkschaften.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DNR -

Medienangebote

Der DNR gibt zur Unterstützung der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit durch die Presse verschiedene Informationsmaterialien heraus. Diese wenden sich an umweltinteressierte Gruppierungen und Einzelpersonen (insbesondere Schüler, Studenten etc.) und werden jeweils gegen einen geringen Kostenbeitrag bzw. kostenfrei abgegeben. Die Materialien werden unfrei zugesandt.

Genauere Lieferbedingungen sind dem auch als Veröffentlichungsverzeichnis dienenden „Bestellschein“ zu entnehmen. Dieser Bestellschein wird auf Anfrage zugeschickt.

Neben den dort verzeichneten

„Merkblättern“ (kleine, farbige, bebilderte Faltblätter, die kurz und markant über einzelne Themen des Natur- und Umweltschutzes informieren und ein entsprechendes Problembewußtsein wecken sollen),

„Broschüren“ (Hefte, die, reich mit Farbbildern ausgestattet, im Unterschied zu den Merkblättern mehr Hintergrundthematiken des Natur- und Biotopschutzes abdecken) und der Reihe „Beiträge zum Natur- und Umweltschutz“ (in der Problembereiche und Ergebnisse einzelner DNR-Veranstaltungen verarbeitet und dokumentiert werden),

gibt der DNR die Verbandszeitung „DNR-KURIER“ heraus. Dieses zweimonatlich erscheinende Periodikum wendet sich an Verbände, Behörden, umweltinteressierte Gruppen sowie Einzelpersonen und ist gegen einen Unkostenbeitrag von 2,- DM pro Einzelheft oder 15,- DM pro Jahr zu beziehen. Der DNR-Kurier dient der regelmäßigen Information und Diskussion zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen einer Bemühung um eine wirksame Umweltpolitik.

Serviceleistungen

Natur- und Umweltnotruf 02 28 / 35 90 05
Mit Hilfe dieser Tag und Nacht verfügbaren Notrufeinrichtung soll es möglich gemacht werden, von der Bevölkerung aufgedeckte Umweltschäden erfolgreich zu bekämpfen.

Empfehlungen

- Der „DNR-KURIER“ (Bezug: zweimonatlich gegen Unkostenbeitrag)
- Interessenten, die regelmäßig über die Arbeit des DNR informiert werden wollen, können auf Anfrage in einen Verteiler aufgenommen werden.

DEUTSCHER SPORTBUND e.V.

– DSB –

Adresse Otto-Fleck-Schneise 12
Haus des Deutschen Sports
Bereich Breitensport
60528 Frankfurt/Main

Telefon 0 69/6 70 00 (Zentrale)

Der Deutsche Sportbund (DSB) ist die Dachorganisation des Deutschen Sports. Ihm gehören 92 Mitgliedsorganisationen an aus folgenden Gruppen: Landessportbünde, Spitzenverbände, Sportverbände mit besonderer Aufgabenstellung, Verbände für Wissenschaft und Bildung, Förderverbände. Ihnen sind 80 000 Turn- und Sportvereine angeschlossen. Mit über 24 Millionen Mitgliedern ist der Deutsche Sportbund die größte Personenvereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Der DSB wurde 1950 in Hannover gegründet von Landessportbünden und Spitzenverbänden, die sich nach einem mehrjährigen Prozeß über Zonensporttagungen und Sportkonferenzen zur Organisation und Struktur des DSB zusammenfanden.

Zielsetzung des DSB ist es,

- a) Turnen und Sport zu fördern und dafür erforderliche gemeinsame Maßnahmen zu koordinieren;
- b) die gemeinschaftlichen Interessen seiner Mitgliedsorganisationen gegenüber Staat und Gemeinschaft und in der Öffentlichkeit zu vertreten;
- c) den Sport in überverbandlichen Angelegenheiten im Inland und Ausland zu vertreten und die damit zusammenhängenden Fragen zum Wohle seiner Mitgliedsorganisationen zu vertreten (§ 2 der Satzung).

Einer der Grundsätze für die Tätigkeit des DSB besteht darin, „der Lebensfreude und Gesundheit aller Bürger (zu) dienen.“ (aus § 3 der Satzung). Daher bemüht sich der DSB auch „um entsprechende Formen für eine sinnvolle Freizeiterfüllung“ (ebda), wie sie vor allem im Breitensport realisiert werden. Die Organe des DSB sind der Bundestag (Mitgliederversammlung), der Hauptausschuß und das Präsidium. Für folgende Aufgabebereiche sind Bundesausschüsse tätig: Ausbildung Breitensport – Finanzen – Frauensport – Leistungssport – Recht, Soziales und Steuern – Wissenschaft, Bildung und Gesundheit. Der Aufgabebereich Jugendarbeit wird von der Deutschen Sportjugend (DSJ) wahrgenommen. Die Finanzierung der Arbeit des DSB erfolgt über Mitgliedsbeiträge und durch Mittel aus der Glücksspirale.

Der DSB unterhält unter der verantwortlichen Leitung des Generalsekretärs des DSB eine Hauptverwaltung mit den Geschäftsbereichen Sportpolitik/Führung – Grundlagen – Breitensport – Leistungssport – Jugendsport (DSJ) – Finanzen/Verwaltung. Dem Geschäftsbereich Breitensport sind die Abteilungen Planung und

Aufgaben und Ziele der Institution

- DSB -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Programme u. a. mit den Referaten „Projekte“ und „Ausbildung“ zugeordnet. Im Rahmen der seit 1970 laufenden „Trimm-Aktion“ („Trimm Dich durch Sport“) kommt dem Referat „Projekte“ die Aufgabe zu, jeweils auf 4 Jahre angelegte Kampagnen zu bestimmten Schwerpunktthemen mit zu planen und zu organisieren. Die Kampagnen widmeten sich z. B. seit 1975 der Ausdauer („Ein Schlauer trimmt die Ausdauer“), dem Spiel („Spiel mit da spielt sich was ab“), der Gesundheit („Trimming 130 Bewegung ist die beste Medizin“) und den Vereinen („Gemeinsam aktiv - Im Verein ist Sport am schönsten“)

Die Vertiefung dieser Projekte in Form von Workshops, Modellseminaren sowie die Erarbeitung entsprechen-

der Ausbildungsmaterialien ist Aufgabe des Referats „Methoden“.

Die Vervielfältigung der Maßnahmen bzw. die Weitergabe der Materialien mit dem Ziel der Initiierung und Durchführung von Aktionen erfolgt

auf internem Weg über die dem DSB angeschlossenen Mitgliedsorganisationen (z. B. Landessportbünde), durch Kooperation mit außenstehenden Organisationen (z. B. Krankenkassen), durch direkte Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Plakataktionen).

Medienangebote

Die Medien des DSB sollen u. a. die Mitglieder und die Öffentlichkeit über die Arbeit des DSB und Entwicklungen im Sport informieren, den im Sport Aktiven Arbeitshilfen und Anleitungen zur Theorie und Praxis des Sports geben und die Vereine bei ihrer Arbeit unterstützen

Der DSB gibt so mehrere Periodika heraus, z. B.

DSB-Presse (wöchentlich, kostenverursachend) mit aktuellen Pressemeldungen,
„Sport im Spiegel“ (2mal monatlich, kostenverursachend) mit wichtigen Pressezitaten zum Sport,
„Mädchen- und Frauensportkalender“ (unregelmäßig, kostenlos) mit einer Zusammenstellung von Veranstaltungen der Mitgliedsorganisationen des DSB zum Thema „Mädchen und Frauen im Sport“,
- „FVA-Info“ der Führungs- und Verwaltungs-Akademie Berlin (5- bis 6mal jährlich, kostenlos).

Die anderen Medien des DSB sind nach den verschiedenen Arbeitsgebieten des DSB unterteilt und befassen sich mit verschiedenen Fragestellungen wie z. B. Sport und Umwelt, Sport und Weiterbildung. Beispielhaft seien aufgeführt:

„Freizeitsport und Ernährung“ mit Referaten sowie Arbeitsgruppen-Ergebnissen einer Tagung, Rezepten, Ergebnissen einer Umfrage, Presseberichten sowie Angaben zu weiterführender Literatur;
„Sport, Gesundheit, Lebensstil“ dokumentiert die Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung, in der auch ernährungsbezogene Themen mitenthalten sind“;
- „Koronarsport in der Bundesrepublik Deutschland“, die Dokumentation eines Seminars zur Übungsleiter-Sonderausbildung Koronarsport

Diese Veröffentlichungen wenden sich zwar primär an die Mitgliedsorganisationen des DSB, können jedoch darüber hinaus von jedem Interessierten angefordert werden. Der Bezug ist kostenverursachend.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen des DSB sind vor allem darauf ausgerichtet, die Arbeit der Mitgliedsorganisationen zu unterstützen und den Leistungs- und Breitensport zu fördern

So werden vom DSB mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen Förderern Programme entwickelt und angeboten wie das Deutsche Sportabzeichen, der Trimm-Trab ins Grüne, Lauf-Treffs, Spielfeste und Volkswandertage.

Mit der Entwicklung von Fördersystemen für Spitzenathleten und den Nachwuchs u. a. durch Talentförderung, Trainereinsatz und -ausbildung, die Bildung von Olympiastützpunkten soll der Spitzensport gefördert werden.

Mit Kongressen, Tagungen, Werkstattgesprächen und mit der Tätigkeit in den Hauptausschüssen werden durch diese außerdem Empfehlungen und Handreichungen für die verschiedenen Bereiche des Sports erarbeitet

Der DSB bietet weiterhin durch die Willi-Weyer-Akademie, Führungs- und Verwaltungs-Akademie in Berlin, die Trainerakademie in Köln und über die Bildungswerke der Landessportverbände ein breitgefächertes Ausbildungs- und Bildungsprogramm an. Informationen darüber gibt es bei der DSB-Vereinshilfe bzw. den Landessportbünden

Auf Anfrage sind die Referate des DSB in der Lage, einzelne qualifizierte Fachpersonen oder -Institutionen zu benennen, die sich mit dieser Thematik befassen.

Empfehlungen

Der Deutsche Sportbund ist vor allem durch seine Bemühungen im Breitensport ein wichtiger Partner und Informant für Aktivitäten in der Gesundheitsförderung und dem Schwerpunkt Herz-Kreislauf-Prävention

Es wird empfohlen, das Informationsmaterial anzufordern und bei der Planung von Aktivitäten mit dem Arbeitsbereich Breitensport Kontakt aufzunehmen.

Besonders zu empfehlen sind der Kontakt und die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landessportbund.

DEUTSCHER VERBAND FÜR GESUNDHEITS- SPORT UND SPORT- THERAPIE e. V.

– DVGS –

Adresse	Vogelsanger Weg 48 50354 Hürth-Efferen
Ansprechpartner	Frau Angelika Baldus (Geschäftsführerin)
Telefon	0 22 33/6 50 17-19
Telefax	0 22 33/6 45 61

Der Deutsche Verband für Gesundheitssport und Sporttherapie e. V. (DVGS) entwickelte sich aus einer Arbeitsgruppe engagierter Studenten (später Absolventen) um den Sportwissenschaftler Dieter Lagerström herum und wurde 1983 als Deutscher Sporttherapeutenbund e. V. von 21 Hochschuldozenten und Absolventen der Deutschen Sporthochschule Köln gegründet. 1987 wurde der DVGS dann in die jetzige Bezeichnung umbenannt. Der DVGS stellt sich die satzungsgemäße Aufgabe, „durch gezielte pädagogische und sportliche Aktivitäten ein gesundheitsbewußtes Verhalten zu fördern und damit die Lebensqualität zu erhöhen“. Dazu gehören unter anderem folgende Teilziele:

Aufgaben und Ziele der Institution

- Personen präventiv und/oder rehabilitativ durch pädagogische und sporttherapeutische Maßnahmen stationär und ambulant zu betreuen,
- Förderung des sportwissenschaftlichen Gesundheitssports und Sporttherapie in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Institutionen der Gesundheitsvor- und -nachsorge sowie den verschiedenen Kostenträgern,
- Entwicklung und Wahrung berufsständischer Interessen sowie die Erlangung der staatlichen Anerkennung des Berufsbildes „Sporttherapeut“,
- Förderung und Verbesserung der Aus- und Fortbildung von sportpädagogischen Fachkräften im präventiven und rehabilitativen Bereich,
- Sicherstellung der sporttherapeutischen Versorgung im klinischen und ambulanten Bereich,
- Durchführung, Anregung und Unterstützung von entsprechenden Forschungsobjekten,
- Qualitätssicherung der Arbeit in Bereichen des Gesundheitssports (Krankenkassen, Fitneßstudios, Betriebe usw.),
- allgemeine Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege,
- qualifizierte Aufklärung der Öffentlichkeit zu Fragen der präventiven und therapeutischen Wirkungsweise von Bewegung.

Die Organe des DVGS sind:

- die Mitgliederversammlung;
- der Vorstand mit dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Vorstandsmitgliedern;
- der erweiterte Vorstand, der sich aus den ordentlichen Vorständen und den Leitern der Sektionen zusammensetzt.

- DVGS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der DVGS versteht sich nicht zuletzt als Berufsverband. Die rund 3 000 Mitglieder bundesweit setzen sich überwiegend aus Einzelpersonen (Sportlehrer, Gymnastiklehrer, Physiotherapeuten, Krankengymnasten) zusammen. Als fördernde Mitglieder werden jedoch auch juristische Personen, also Firmen, Vereine, Institutionen, Kliniken und gesundheitssportlich ausgerichtete Fitneßstudios aufgenommen.

Unter den satzungsgemäßen Zielen des DVGS hat eines besondere Gewichtung:

- die Qualifizierung von Sportpädagogen für den Gesundheitssport und die Sporttherapie mit der Schaffung eines anerkannten Berufsbildes.

Zur Qualifizierung von Sportpädagogen wurde ein Curriculum entwickelt, durch das eine Zusatzqualifikation für „Gesundheitssport“ oder „Sporttherapie“ mit Spezialisierungsmöglichkeiten erworben werden kann. Dieses qualifizierende Lehrgangswesen des DVGS, das als Vollzeit- oder berufsbegleitende Ausbildung an verschiedenen Hochschulen absolviert werden kann, besteht aus vier Blöcken:

Block 1: Grundständiges sportwissenschaftliches Studium oder vergleichbare Ausbildung,

Block 2: Grundlagen des Gesundheitssports und der Sporttherapie,

Block 3: Spezialausbildung für die verschiedenen Indikationsgebiete

- Orthopädie/Rheumatologie
- Innere Organe
- Psychiatrie, Psychosomatik, Sucht,

Block 4: Praktikum.

Die verwaltungsmäßigen, organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben des DVGS werden von der Geschäfts-

stelle mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern und in mehreren Sektionen mit verschiedenen Arbeitsbereichen erfüllt. Diese Sektionen vermitteln gleichzeitig einen Überblick über die Tätigkeitsfelder des DVGS in den Bereichen Gesundheitssport und Sporttherapie.

Im einzelnen gibt es derzeit folgende Sektionen:

- „Klinische Sporttherapie“,
- „Psychiatrie, Psychosomatik, Sucht“
- „Asthma und andere chronisch obstruktive Atemwegserkrankungen“,
- „Herz-Kreislauf“,
- „Orthopädie/Rheumatologie“,
- „Gesundheitsförderung im Alltag und Beruf“,
- „Fitneß und Prävention“,
- „Skisport, Alpinistik und Bergwandern“,
- Landesverband Bayern als regionale Instanz.

Zu den Aufgaben der Sektionen gehören die konzeptionelle und inhaltliche Gestaltung der Spezialausbildung im Lehrgangswesen (Block 3) des DVGS und deren Weiterentwicklung, die Erarbeitung von Konzepten für die Bereiche Gesundheitssport und Sporttherapie (z. B. die DVGS-Rückenschule, ein Konzept zu Osteoporose durch die Sektion „Orthopädie/Rheumatologie“ oder von Qualitätsstandards für Gesundheitsstudios durch die Sektion „Fitneß und Prävention“).

Mit Tagungen, Seminaren der verschiedenen Sektionen und Arbeitsgruppen und den jährlichen Tagungen in Köln, Jülich und Bad Rappenau fördert der DVGS außerdem die Diskussion neuer Erkenntnisse und den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern.

Die Mittel des DVGS setzen sich zusammen aus den Mitgliedsbeiträgen, Spenden und den Erträgen des Lehrgangswesens.

Medienangebote

Das Medienangebot des DVGS setzt sich zusammen aus:

1. dem Periodikum „Gesundheitssport und Sporttherapie“ (dem einzigen Fachmagazin für Gesundheitssport und Sporttherapie) Es erscheint sechsmal jährlich mit aktuellen wissenschaftlichen Beiträgen aus der Forschung sowie konkreten Anwendungsbeispielen aus der Praxis der modernen gesundheitssportlichen und sporttherapeutischen Arbeit (für Mitglieder des DVGS ermäßigt);
2. der kleinen Schriftenreihe mit Kongreß- und Tagungsberichten der großen Tagungen in Köln und Bad Rappenau (kostenpflichtig) Zu erwähnen ist hier

- z. B. der Band „Muskeltraining in der Sporttherapie“, der als Tagungsband der gleichnamigen Tagung 1989 Bad Rappenau ausgegeben wurde;
3. Einzelveröffentlichungen, wie z. B. die Kursmappe für den „Bad Oeynhausener Rückenschulkurs“, den Kurs Wassertelemetrie, der Kursmappe Osteoporose usw. (kostenpflichtig);
4. Videofilmen, z. B. dem Film „Trainingssteuerung und Leistungsdiagnostik in Gesundheitssport und Sporttherapie“ (kostenpflichtig)

Über das Medienangebot des DVGS gibt es ein Verzeichnis

Serviceleistungen

- Interessenvertretung als Berufsverband für Gesundheitssport und Sporttherapie, z. B. durch Schaffung eines anerkannten Berufsbildes „Sporttherapeut“ mit den entsprechenden Aus- bzw. Weiterbildungsrichtlinien sowie der Zusammenarbeit mit anderen Berufsverbänden,
- Beratung bei tarifpolitischen Fragen,
- Bewerbungs-Unterstützung,

- Lehrgänge und Seminare, wie z. B. „Bewegungs- und Sporttherapie in der Psychiatrie“ oder Tagungen der Sektionen, wie z. B. der Sektion Klinische Sporttherapie zum Thema „Die Wirbelsäule“. Ein Veranstaltungskalender, der beim DVGS angefordert werden kann, gibt darüber Auskunft,

Kooperation mit Partnern des Gesundheitswesens, Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Sportverbänden, klinischen Einrichtungen, Fitneß- und Studioeinrichtungen etc.,
- Literaturlisten zu verschiedenen Themen wie „Herz-Kreislauf“, „Orthopädie“ (kostenpflichtig)

- DVGS -

Die weite Palette der Angebote des DVGS soll vor allem den Mitgliedern dienen. Die Fachkenntnisse der Mitarbeiter des DVGS stehen aber auch Interessierten aus anderen Bereichen als Informationsquellen zur Verfügung.

Bei Vorhaben im Bereich des Gesundheitssports und der Sporttherapie sollte der DVGS konsultiert und sein Dienstleistungskatalog angefordert werden.

Empfehlungen

DEUTSCHER VEREIN FÜR GESUNDHEITSPFLEGE e. V.

– DVG –

Adresse Senefelderstraße 15
73760 Ostfildern
Postfach 4260
73745 Ostfildern

Telefon 07 11/41 30 75

Telefax 07 11/41 50 04

Der Deutsche Verein für Gesundheitspflege e. V. (DVG) wird getragen von der freikirchlichen Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er wurde im Jahr 1899 in Friedensau bei Magdeburg gegründet.

Seine ausführenden Organe sind: die Mitgliederversammlung, der Vorstand, die Zentralstelle, die Friedensauer Schwesternschaft, der wissenschaftliche Beirat. In den Bundesländern ist er durch Landesstellen/Landesgruppen vertreten, die sich wieder in Regionalgruppen aufgliedern. Jede Regionalgruppe wird durch einen eigenen Vorstand geführt, der für die Basisarbeit verantwortlich ist und der der Landesstelle und der Zentralstelle untersteht.

Finanziert wird der Verein durch die Trägerin, durch Mitglieder und Spenden. Mitglieder sind Landesstellen und Institutionen der Trägerin sowie Fördermitglieder.

Der DVG sieht den Menschen als Ganzheit und will zu seiner körperlichen, geistig-seelischen und sozialen Gesundheit beitragen. Schon seine Gründer erkannten in der Gesundheitsbildung, als der vorbeugenden Arbeit, seine wichtigste Aufgabe. In seinen Bemühungen richtet der DVG sein Augenmerk vor allem auf die vermeidbaren Krankheiten. Der Vermeidung von Herz-Kreislauf-Schäden dienen Ernährungs-, Bewegungs-, Antistress- und Gewichtskontrollprogramme sowie Raucherentwöhnungskurse. Aber es finden sich auch Angebote zur Stabilisierung des seelischen Gleichgewichtes, wie Seminare zur Trauerbewältigung und zum Umgang mit depressiven Angehörigen

Aufgaben und Ziele der Institution

Als Mitgliederzeitschrift dient „besser leben“, die im Saatkorn-Verlag Hamburg zweimonatlich erscheint.

Der DVG bringt spezielles Seminar material zur Gesundheitsaufklärung und Prävention heraus. Diese Unterlagen bestehen jeweils aus Kursleiter- und Teilnehmer material. Entsprechende Ausbildungskurse werden angeboten.

Medienangebote

- DVG -

Medienangebote

Bisher erschienen sind folgende Seminar- und Kursmaterialien:

- „Stressmanagement“,
- „Gewichtsmanagement“,
- „Trauerbegleitung“,
- „Neues aus der Vollwertküche“,
- „Vollwerternährung für Singles“,
- „Seminar zur Raucherentwöhnung“,
- „Umgang mit depressiven Angehörigen“,

außerdem z. B. folgende Broschüren:

- „Trauer durchschreiten – zum Leben zurückkehren“,
- „Gesund und schlank ohne Diät“,
- „Essen macht Spaß“.

Darüber hinaus erscheinen Diaserien und Videofilme zu unterschiedlichen Themen der Gesundheitsaufklärung für Schüler und Erwachsene. Alle diese Medien sind kostenpflichtig (teilweise auch Leihgebühr), da sie sich finanziell selbst tragen müssen.

Serviceleistungen

Kongresse und Seminare, die sowohl von der DVG-Zentralstelle als auch von Regionalgruppen angeboten werden, sollen das Gesundheitsbewußtsein der Menschen fördern und praktische Tips zu einer aktiven Gesundheitspflege vermitteln.

Unser Angebot für Ärzte, Pflegepersonal, Gesundheitsberater:

Kongresse mit gesundheitsbildenden, aber auch fachlich spezifischen Themen

und für die interessierte Öffentlichkeit:

- Gesundheitswochen, -wochenenden und -tage, Computer-Kontrolltests der Risikofaktoren (Cholesterin, Blutzucker, Blutdruck usw.),
- Koch- und Backkurse, Ernährungs-, Bewegungs-, Antistress- und Gewichtskontrollprogramme,
- Umweltseminare, Raucherentwöhnung nach dem bewährten internationalen Nichtrauchertraining, Seminare zur Anwendung natürlicher Heilweisen und Heilmittel,
- Gesprächs-, Senioren- und Kinderspielkreise, Bewältigung von Lebenskrisen und Trauer.

Aus- und Fortbildung: Der DVG bildet Gesundheitsberater/innen aus. In einem zweijährigen, berufsbegleitenden Lehrgang mit acht Blockseminaren wird den Teilnehmern durch Fachkräfte Wissen vermittelt, das sie befähigt, Gesundheitslehrgänge durchzuführen. Das Themenangebot ist sehr breit gefächert und umfaßt die Bereiche:

- Ernährung,
- Bewegung,
- Umwelt,
- Lebenskrisen und Trauerbewältigung,
- Natürliche Heilmittel und Heilpflanzen,
- Eßstörungen und Gewichtskontrolle, Sucht und Abhängigkeit,
- Ehe- und Kinderberatung,
- Kommunikation und Erwachsenenbildung,
- gemeinsam mit der Fachhochschule Düsseldorf einen Lehrgang zum Nikotintherapeuten

Informationen über Kosten, Ort, Zeit zur Ausbildung, Kongresse und Seminare sowie Adressen der Regionalgruppen erhalten Sie von der DVG-Zentralstelle in Ostfildern. Bitte fordern Sie unser Ausbildungsprogramm an.

Empfehlungen

Der Deutsche Verein für Gesundheitspflege e. V. arbeitet schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Prävention.

Er bildet Gesundheitsberater und Nikotintherapeuten aus (Ausbildungsprogramm bitte anfordern) und gibt Seminar material für Kursleiter und Teilnehmer heraus (Arbeitsmittel-Katalog gegen Schutzgebühr) Der allgemeinen Gesundheitsbildung dient die Broschürenreihe „Edition Leben und Gesundheit“. Die DVG-Regionalgruppen und -Gesundheitsberater bieten in vielen Städten Vorträge, Seminare und weitere Gesundheitsaktivitäten an

DEUTSCHER VEREIN FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE

– DV –

Adresse Am Stockborn 1–3
60439 Frankfurt/Main

Telefon 0 69/5 80 31 (Zentrale)

Telefax 0 69/5 80 33 81

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) wurde 1880 als „Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“ gegründet und erhielt 1919 den heutigen Namen. Der satzungsgemäße Zweck des DV ist, „einen Mittelpunkt für alle Bestrebungen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit, insbesondere der öffentlichen und freien Sozialhilfe, Jugendhilfe und Gesundheitshilfe in der Bundesrepublik zu bilden“, er stellt somit die Koordinationsstelle für alle Bestrebungen im sozialen Bereich dar.

Die Hauptaufgaben des DV sind:

- Anregung und Beeinflussung von Entwicklungen in der Sozialpolitik,
- Erarbeitung von Empfehlungen für die Praxis der öffentlichen und freien sozialen Arbeit,
- gutachtliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Sozialrechts,
- ständige Information der auf diesen Gebieten tätigen Personen und Förderung des Erfahrungsaustausches,
- Fort- und Weiterbildung von Führungskräften und Mitarbeitern des sozialen Bereichs,
- Förderung der für die soziale Arbeit bedeutsamen Wissenschaften,
- Beobachtung und Auswertung der Entwicklung der sozialen Arbeit in anderen Ländern und Förderung der internationalen Zusammenarbeit,
- Herausgabe von Schriften und sonstigen Veröffentlichungen zu den Fragen des sozialen Bereichs.

Dem DV gehören als Mitglieder hauptsächlich an

- die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonisches Werk, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden,
- die öffentlichen Träger: Bund, Länder, Städte, Landkreise und Gemeinden und sonstige Behörden,
- Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegedienstes, Ausbildungsstätten,
- Einzelpersonen, vor allem Fachkräfte aus der sozialen Arbeit,

Insgesamt sind es über 2700 Mitglieder. Sie bilden mit der Mitgliederversammlung eines der Organe des DV, die anderen sind der Hauptausschuß, der Vorstand und der engere Vorstand

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- DV -

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Mitgliederversammlung wählt die bis zu 180 Mitglieder des Hauptausschusses, beschließt Satzungsänderungen, nimmt den Geschäftsbericht entgegen und berät ein aktuelles sozialpolitisches Fachthema.

Der Hauptausschuß wählt den Vorsitzenden und seine drei Stellvertreter, die den engeren Vorstand bilden, sowie die übrigen 30 Mitglieder des Vorstandes. Der Hauptausschuß bestimmt die Grundsätze der Vereinstätigkeiten, beschließt den Haushaltsplan, nimmt die Jahresrechnung ab und berät ebenfalls bei seiner Jahresagung ein Fachthema.

Der Vorstand, dem der von ihm bestellte Geschäftsführer mit beratender Stimme angehört, leitet die Geschäfte des DV, stellt den Haushaltsplan auf, gibt die Stellungnahmen des DV ab und beschließt in Fragen der Mitgliedschaft.

Der engere Vorstand vertritt den DV nach außen und führt die laufenden Geschäfte des Vereins

Zur Unterstützung der Aufgabenerfüllung des Vorstandes und des Vereins bestehen besondere Vorstandsausschüsse, Fachausschüsse und Arbeitskreise

Dazu wurden folgende zwei Vorstandsausschüsse gebildet:

- für Fragen der Fort- und Weiterbildung,
- für den Deutschen Landesausschuß des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt (ICSW).

Die 10 Fachausschüsse des DV bearbeiten einzelne Fragen und Sachgebiete der sozialen Arbeit. Experten der öffentlichen und freien sozialen Arbeit und Wissenschaftler gehören den Fachausschüssen an, die außerdem zur Beratung von Einzelfragen in Arbeitskreisen andere Sachverständige hinzuziehen können. Die einzelnen Fachausschüsse sind: Sozialhilfe und Sozialpolitik - Jugendhilfe, Jugendförderung, Jugendpolitik Familienförderung, Familienpolitik - Gesundheitshilfe, Gesundheitspolitik - Altenhilfe - Hilfen für Behinderte - Hilfen für Gefährdete - Soziale Berufe - Organisation sozialer Dienste - Sozialplanung - Öffentlichkeitsarbeit.

Die Geschäftsstelle des DV, in der rd. 100 Voll- und Teilzeitmitarbeiter/innen beschäftigt sind, ist im 1972 erbauten Haus des Deutschen Vereins untergebracht. In diesem befinden sich außerdem 90 Gästezimmer für die Lehrgangs- und Sitzungsteilnehmer, Küche, Kasino, Lehrgangsräume und eine Hausdruckerei.

Die Geschäftsstelle besteht aus einem Eigenverlag, dem Wirtschaftsbetrieb und einer allgemeinen Verwaltung und für die inhaltlichen Aufgaben der DV aus:

- dem Hauptreferat Gutachtenerstellung, wo jährlich rd. 300 Gutachten auf Antrag der Mitglieder und für diese kostenfrei erstellt werden,

- der Abteilung Fachreferate/Gutachtenerstellung, die für die Fachausschüsse, die Arbeitskreise und sonstigen Gremien des DV und ebenfalls gutachtlich tätig ist. Die einzelnen Fachreferate sind: Sozialhilfe und Sozialpolitik - Jugend und Familie - Altenhilfe - Organisation, Sozialplanung - Hilfen für Behinderte und psychisch Kranke, Gesundheitshilfe - Soziale Berufe - Hilfen für Gefährdete - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - Sozialstatistik und Sozialdokumentation,
- der Abteilung Fort- und Weiterbildung, die für jährlich über 2000 Teilnehmer aus der sozialen Arbeit wie Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Verwaltungsfachkräfte, Erzieher und Lehrkräfte ein umfangreiches Bildungsangebot mit ein- und mehrwöchigen Fortbildungslehrgängen, berufsbegleitenden Weiterbildungskursen, Studientagen und Sonderveranstaltungen plant und durchführt. Die Abteilung besteht aus mehreren Fachbereichen:
 - Fortbildungswerk für Sozialarbeiter und Verwaltungsfachkräfte mit Angeboten zu Grundfragen der Sozialarbeit, zur Sozial- und Jugendhilfe, zu methodischen Arbeitsweisen und zu Fragen der Aus- und Fortbildung,
 - Akademie für Jugendarbeit und Sozialarbeit mit langfristigen Weiterbildungskursen für leitende Mitarbeiter der sozialen Arbeit sowie Arbeits- und Fortbildungstagungen für Fachhochschullehrer, lehrende Sozialarbeiter/-pädagogen und Praxisanleiter,
 - Fortbildungswerk für sozialpädagogische Fachkräfte mit bundeszentralen Fortbildungsangeboten für Mitarbeiter des Elementarbereichs, Arbeitsschwerpunkt AltenhilfeDie Programme der Fortbildungsfachbereiche erscheinen jährlich im August und können beim Deutschen Verein angefordert werden.
- der Abteilung Deutscher Landesausschuß des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt (ICSW), der die Auslandsbeziehungen und internationalen Kontakte des Deutschen Vereins pflegt.

Außerdem richtet der DV den Deutschen Fürsorgetag (DFT) aus, der in der Regel alle drei Jahre stattfindet. Als zentraler bundesweiter Fachkongreß ist er ein Forum für die öffentlichen und freien Träger sozialer Arbeit, für Wissenschaftler und Politiker

Die Arbeit des Deutschen Vereins wird finanziert aus den Mitgliedsbeiträgen, institutionellen und projektgebundenen Zuwendungen des Bundes, Länderzuschüssen und Einnahmen aus dem Schriftenverkauf und Lehrgangsgebühren

Das Medienangebot des Deutschen Vereins, das in der Hauptsache aus Publikationen besteht, dient der Information und Fortbildung aller im sozialen Bereich Tätigen. Es setzt sich zusammen aus Periodika, Büchern und Broschüren, die im Eigenverlag herausgebracht werden:

- Der „Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV)“ erscheint monatlich, ist für die Mitglieder kostenfrei und sonst im Abonnement zu beziehen. Er bringt in neun Rubriken Stellungnahmen, Empfehlungen und Gutachten des DV, berichtet über Tagungen und aus der Arbeit des DV, über Rechtsprechung und Neuerscheinungen.
- das „Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit“ erscheint als Vierteljahresschrift zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe. Das Archiv enthält Grundsatzartikel und Berichte zur sozialen Arbeit sowie Buchbesprechungen. Es wird im Abonnement bezogen, für Mitglieder des DV mit Preisnachlaß.

Das weitere Programm des Eigenverlags besteht aus mehreren Reihen:

- „Allgemeine Schriften“ mit umfassenden Darstellungen oder Tagungsberichten wie z. B. „Handbuch der örtlichen Sozialplanung“, „Familie und soziale Arbeit“, „Gesellschaftliche Sicherheit älter Menschen“.
- „Kleinere Schriften“, die abonniert werden können und meistens auf Spezialthemen der sozialen Arbeit bezogen sind, z. B. „Empfehlungen zur Teamarbeit in sozialen Diensten“, „Das Recht der elterlichen Sorge“, „Aspekte der Versorgung psychisch veränderter älterer Menschen“.
- „Arbeitshilfen“, die ebenfalls abonniert werden können und Abhandlungen und Berichte, z. B. über Mo-

dellprojekte, bringen; so: „Kritische Einführung in die Verhaltensmodifikation für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen“, „Familie und Medien“, „Führen und Leiten in sozialen Diensten“.

- „Große Reihe“, die in vier Serien gegliedert ist:
 - I. Schriften allgemeinen Inhaltes (SAI) wie z. B. „Sozialarbeit im Gesundheitswesen“, „Lehren und Leiten von Leitung und Beratung“; II. Materialien für die sozialpädagogische Praxis (MSP), z. B.: „Erfahrungslernen, wie geht das?“, „Die Fremden unter den Eingeborenen“; III. Veröffentlichungen vom Deutschen Landesausschuß des ICSW, z. B.: „Die ökonomische Krise des Wohlfahrtsstaates“; IV. Dissertationen, Diplomarbeiten, Dokumentationen (DDD), z. B.: „Sozialarbeit und Sozialpädagogik“, „Jugend und Freizeit“.
- „Fachlexikon der sozialen Arbeit“, ein umfangreiches und ausführliches Nachschlagewerk.
- „Loseblattsammlungen“ mit dem Gesamtverzeichnis aller Einrichtungen auf dem Gebiet der Psychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Neurologie, Neurochirurgie, Psychotherapie, Psychosomatik, Psychohygiene, Bildung, Fürsorge und Beratung von seelisch und/oder geistig Behinderten sowie der dreiteiligen Loseblattsammlung „Materialien zur Sozial- und Jugendhilfe“ mit Gesetzesmaterialien zu den verschiedenen Gesetzen und zu Verfassungsfragen.

Über die einzelnen Titel der verschiedenen Reihen und der Sonderveröffentlichungen hat der Deutsche Verein ein Verlagsverzeichnis, das angefordert werden kann; die Auslieferung an Nicht-Mitglieder erfolgt über den Verlag W. Kohlhammer.

Zu den Medienangeboten gehört weiterhin eine Videoreihe „Bewegungserziehung im Elementarbereich“.

- DV -

Medienangebote

Der Deutsche Verein hat in seinen Serviceleistungen zwei Schwerpunkte: die Gutachtenerstellung und die Fort- und Weiterbildung.

Die Gutachtenerstellung dient vor allem den Mitgliedern und soll zu einer einheitlichen Auslegung von Bundesrecht auf dem Gebiet des Sozialrechts beitragen, zur Bewältigung von Konflikten zwischen Sozialleistungsträgern und zur zweckentsprechenden Anwendung des Sozialleistungsrechts.

Die Fort- und Weiterbildung ist ein umfangreiches Angebot an die Fachkräfte, um deren berufliche Kompetenz zu erhöhen und zur Weiterbildung der Sozialarbeit und Sozialpädagogik beizutragen. Dabei

hat auch die Weiterentwicklung von didaktischen Modellen einen besonderen Stellenwert.

Zu den weiteren Serviceangeboten des DV gehören neben dem Gästehaus und Kasinobetrieb die umfangreiche Präsenzbibliothek mit über 30.000 Bänden und etwa 180 laufenden Zeitschriften, weiter das Sozialarchiv des Deutschen Vereins mit biographischen und autobiographischen Materialien.

Der DV führt außerdem Beratungen wie Organisationsberatungen und Auftragsprojekte durch und hilft mit seiner Referentenkartei bei der Suche nach Fortbildungsreferenten.

Serviceleistungen

Unter den vielseitigen und qualifizierten Leistungen des DV ist besonders das Fortbildungsangebot zu empfehlen, wozu die Jahresprogramme der Fortbildungsbereiche angefordert werden sollten (Erscheinungszeitraum August).

Weiterhin sollte das Lieferprogramm des Eigenverlags bekannt sein, dazu kann das Verlagsverzeichnis angefordert werden.

Schließlich sollte bei Fragen/Problemen im sozialen Bereich beim DV erkundet werden, ob dazu Gutachten oder Stellungnahmen vorliegen.

Empfehlungen

DEUTSCHER VERKEHRSSICHERHEITSRAT e.V.

– DVR –

Adresse Herbert-Rabius-Straße 24
53222 Bonn

Telefon 02 28/40 00 10

Telefax 02 28/4 00 0167

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR) ist ein gemeinnütziger Verein, der 1969 als Koordinierungsinstrument gegründet wurde, um die Bestrebungen der Verkehrssicherheit zu fördern.

Dem DVR gehören 274 Mitglieder an, beispielsweise der Bundesminister für Verkehr, Länderministerien, Automobilclubs, die Deutsche Verkehrswacht, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, kirchliche Gremien, Versicherungen, die gewerblichen Berufsgenossenschaften, Verbände, Wirtschaftsunternehmen wie Mineralölfirmen, Automobilfirmen und Zulieferindustrie sowie zahlreiche sonstige Institutionen. Die Koordinierungsaufgabe des DVR besteht u. a. darin, die mitunter sehr unterschiedlichen Interessen der Mitglieder im Rahmen der Ziele des DVR zu vereinigen.

Die Ziele der DVR-Satzung sind

- alle Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf den Straßen zu fördern und zu verstärken, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und den an dieser Zielsetzung interessierten Vereinigungen, Organisationen und sonstigen Stellen,
- die Bemühungen aller beteiligten Stellen zu einem gemeinsamen, sinnvollen und wirksamen Handeln zusammenzufassen, ohne deren Selbständigkeit und Initiativen zu beeinträchtigen,
- sich in diesem Rahmen insbesondere mit Fragen der Verkehrstechnik, Verkehrserziehung und -aufklärung, des Verkehrsrechts und der -überwachung sowie der Verkehrsmedizin befassen.

Zur Umsetzung der Ziele erarbeitet der DVR u. a. Empfehlungen für die Kraftfahrzeugindustrie, für Verkehrsplaner und Entscheidungsträger auf überregionaler und kommunaler Ebene zur Verbesserung der Verkehrssicherheit z. B. bei der Kraftfahrzeugausstattung, dem Straßenbau und der Gestaltung des Straßennetzes. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Bemühen, ausgewählte Zielgruppen wie Lastkraftwagenfahrer, ältere Menschen, Motorradfahrer, Berufstätige allgemein oder Eltern anzusprechen und zu einem sicherheitsbewußten Verhalten im Straßenverkehr zu motivieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DVR -

Aufgaben und Ziele der Institution

Dazu hat der DVR ein langfristig angelegtes Arbeitsprogramm, das z. Zt. folgende Schwerpunkte umfaßt:

- „Kind und Verkehr“: Das Programm „Kind und Verkehr“ wurde vom DVR und seinen Mitgliedern ab 1978 in zweijähriger Arbeit entwickelt und ist als langfristiges Programm angelegt. Es ist kein Lernprogramm für Kinder, sondern ein Erwachsenenprogramm und orientiert sich an den Unfallursachen von Kindern:
 - kinderfeindliche Wege- und Straßenverhältnisse, mangelndes Einstellen von Kraftfahrern auf Kinder,
 - falsches Vorbildverhalten von Erwachsenen, entwicklungsbedingtes Verhalten von Kindern.

Die Durchführung des Programms liegt bei einigen Mitgliedsverbänden des DVR, und zwar hauptsächlich den Automobilclubs und der Deutschen Verkehrswacht e.V.

Zielgruppen des Programms sind: Kraftfahrer, Kommunalpolitiker, Stadtplaner, erwachsene Fußgänger und Radfahrer, die durch Öffentlichkeitsarbeit in Presse, Funk und Fernsehen angesprochen werden. Eine besondere Zielgruppe des Programms sind Eltern von Vorschulkindern.

Innerhalb des Programms „Kind und Verkehr“ rückte in den letzten Jahren besonders das Kind als Radfahrer in den Blickpunkt, da mit der zunehmenden Zahl an jüngeren radfahrenden Kindern die Unfälle angestiegen sind, außerdem das Kind als Mitfahrer im Auto, da trotz vieler guter Kinderschutzsysteme die Unfallzahlen mit Verletzungs- oder Todesfolge in den vergangenen Jahren drastisch hoch blieben.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Programmbaustein „Verkehrserziehung behinderter Kinder und Jugendlicher“.

Ergänzt wird das Programm „Kind und Verkehr“ durch den neuen Programmbaustein „Kinder unterwegs“, der sich an Eltern von Kindern im Schuleingangsbereich wendet.

- „Zweiradtraining“: Dieses Programm wendet sich an die 15-18jährigen Jugendlichen als Mofafahrer, u. a. mit einem Fortbildungsprogramm. In einem zweitägigen Kurs, z. B. in größeren Betrieben, wird mit praktischen Übungen trainiert und Wissen vermittelt.
- „Alkohol“: Unter dem Motto: „Nüchtern fahren sicher ankommen“ werden in diesem Programm Kraftfahrer über Falblätter, Anzeigen, Kleinausstellungen und mit Sonderaktionen angesprochen. Dazu gehört auch die Produktion von Musik-Videos, die in Diskotheken usw. vorgeführt werden und junge

Menschen zur rechtzeitigen und sicheren Organisation der Heimfahrt nach Alkoholgenuß motivieren sollen.

Weitere Arbeitsprogramme sind:

- „Sicherheit auf allen Wegen“ (gemeinsam mit den Berufsgenossenschaften werden Maßnahmen geplant und ergriffen, die zur Reduzierung der Wegeunfälle beitragen sollen),
- „Ältere Menschen als Fußgänger im Straßenverkehr“,
- „Ältere aktive Kraftfahrer“,
- „Nachschulung junger Fahranfänger“,
- „Sicherheitstraining für PKW-Fahrer“,
- „Sicherheitsprogramm für LKW- und Tankwagen-Fahrer“.

Seit 1991 führt der DVR gemeinsam mit dem Bundesminister für Verkehr die bundesweite Aktion „Rücksicht kommt an“ durch.

„Rücksicht kommt an“ hat das Ziel, der Verkehrssicherheitsarbeit eine konzentrierte, bundesweit koordinierte Darstellung zu geben, um im Konzert der vielfältigen gesellschaftlichen Interessen nicht unterzugehen.

„Rücksicht kommt an“ soll als Synonym für sicheres, partnerschaftliches Verhalten im Straßenverkehr etabliert werden.

Weiterhin bestehen mehrere Fachausschüsse, die für das Präsidium des DVR und die vorgenannten Programme Empfehlungen zu bestimmten Fragen erarbeiten. Diese Fachausschüsse sind einschließlich dem jeweiligen Vorsitzenden – mit Personen besetzt, die aus den Mitgliedsverbänden kommen und dort mit den entsprechenden Themen befaßt sind.

Es gibt acht Ausschüsse:

- Ausschuß für Erwachsenenklärung
- Ausschuß für Gesetzgebung und Exekutive
- Ausschuß für junge Kraftfahrer
- Ausschuß für Fahrzeugtechnik
- Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit
- Ausschuß für Straßenverkehr
- Ausschuß für Kinder und Jugendliche
- Ausschuß für Verkehrsmedizin

Zu den Organen des DVR gehören die Mitgliederversammlung, der Vorstand mit einem geschäftsführenden Vorstand, eine Geschäftsstelle mit dem Hauptgeschäftsführer und verschiedenen Referaten.

Finanziert werden der DVR und seine verschiedenen Schwerpunktprogramme durch Mitgliederbeiträge, Finanzbeiträge und Sonderzuwendungen verschiedener DVR-Mitglieder, vor allem vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und durch Bundesmittel (z. Zt. ca. 40 Prozent).

Medienangebote

Die Publikationen des DVR dienen dazu, die Ziele und Maßnahmen des DVR sowohl der Öffentlichkeit als auch den einzelnen Zielgruppen näherzubringen.

Der DVR bringt als Periodika den jeweiligen Jahresbericht und die Zeitschrift „DVR-Report“ heraus, diese ist der Informationsdienst für die Mitglieder des DVR und für die interessierte Öffentlichkeit. Für das Programm „Kind und Verkehr“ (und die anderen Programme) wurden mehrere Medien entwickelt, beispielhaft seien aufgeführt:

- der Film „Kinder haben keine Bremse“ (entleihbar bei den Stadt- und Kreisbildstellen, der Verkehrswacht und auch dem DVR),

dann die Broschüren

- Das Programm „Kind und Verkehr“ Ein Überblick über alle Programmangebote,
- Initiativen – Zur Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr. Straßenverkehrstechnische und -bauliche Maßnahmen. Erhältlich bei Volksbanken und Raiffeisenbanken,

◦ Kinder als Mitfahrer Eine Elternbroschüre

Diese Broschüren können kostenlos angefordert werden.

Mit seinen Serviceleistungen will der DVR in einzelnen Arbeitsprogrammen die Botschaften zur Verkehrssicherheit, die über Massenmedien an die Zielgruppen gerichtet werden, vertiefen und zu sicherheitsbewußtem Verhalten motivieren und befähigen. Dazu gehören z. B. die Aus- und Fortbildung von Moderatoren, die Entwicklung und Herstellung von einheitlichen Medien in den Zielgruppenprogrammen und die Praxisberatung von Fahrlehrern für das Nachschulungsprogramm für Fahranfänger.

So bietet der DVR z. B. im Rahmen des Programms „Kind und Verkehr“ kostenlos Moderatoren für 90minütige Elternveranstaltungen an (auch für türkische Eltern), die sich mit zwei Themen befassen:

1. „Kinder als Fußgänger“ für Eltern von Vorschulkindern oder
2. „Kinder als Radfahrer“ für Eltern von Kindern im Vorschulalter.

Die erforderlichen Elternbildungsmedien werden von den Moderatoren kostenlos zur Verfügung gestellt.

Einzelexemplare der Elternratgeber werden an Mitarbeiter von Gesundheitsämtern und an Erzieherinnen kostenlos vom DVR abgegeben.

Die Moderatoren können über folgende zentrale Stellen eingeladen werden:

Der Straßenverkehr gefährdet vor allem Kinder. Bei präventiven Maßnahmen in diesem Bereich sollten die Leistungen des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) genutzt werden.

- Zur allgemeinen Information, zur Vorbereitung und Durchführung von Aktivitäten in dem Bereich „Kind und Verkehr“ geben die Publikationen des DVR wertvolle Hinweise. Sie können in Einzelexemplaren kostenlos angefordert werden.

Darüber hinaus gibt es noch Zielgruppenmedien (ältere Menschen, Berufskraftfahrer usw.) und Elternbildungsmedien, die nur veranstaltungsgebunden eingesetzt und nicht frei verteilt werden.

- ACE auto club europa e.V.
Schmidener Str. 233
70374 Stuttgart
Tel.: 07 11/5 30 32 90

ADAC Zentrale
Am Westpark 8
81373 München
Tel.: 0 89/76 76 24 78

- Automobilclub KVDB e.V.
Oberntieferstr. 20
91438 Bad Windsheim
Tel.: 0 98 41/20 81

- Deutsche Verkehrswacht e.V.
Am Pannacker 2
53340 Meckenheim
Tel.: 0 22 25/8 84-0

- Kraftfahrer-Schutz (KS) e.V.
Umlandstr. 7
80336 München
Tel.: 0 89/53 98 10

Spezielle Fragen zur Verkehrssicherheit werden vom DVR über seine Fachausschüsse behandelt und beantwortet.

Anfragen zu den Serviceleistungen können telefonisch oder schriftlich an die verschiedenen Ansprechpartner (Referats- und Projektleiter über die Zentrale, Tel.: 02 28/40 00 10) des DVR gerichtet werden.

- Bei bestehenden Elterngruppen sollte ein Elternabend (kostenlos) zu dem Thema „Kind und Verkehr“ angeregt werden bzw. über/von Erziehern) auch für türkische Eltern - initiiert werden. Die Moderatoren werden über die zentralen Stellen (siehe oben) eingeladen, die die Einladung an den zuständigen Landesverband weiterleiten. Zur Mitgestaltung von örtlichen kindgerechten Verkehrsverhältnissen empfiehlt es sich, die Informationsschrift „Initiativen“ beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Heussallee 5, 53113 Bonn, anzufordern.

– DVR –

**Service-
Leistungen**

Empfehlungen

DEUTSCHER WELLNESS VERBAND e. V.

– DWV –

Adresse Fährerweg 24
40489 Düsseldorf (Kaiserswerth)

Telefon 02 11/33 32 22

Telefax 02 11/4 08 04 51

„Wellness“ bezeichnet ein Gesundheitskonzept, das Gesundheit als einen mehrdimensionalen, systemischen Prozeß versteht. Es basiert auf dem Bewußtsein einer weitgehenden Verantwortung des einzelnen für sein eigenes Wohlbefinden und für das Wohlergehen seiner Umgebung. Die sich daraus ableitenden Modelle von Gesundheit sowie die praktischen Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung fokussieren sowohl auf individuelle und kollektive Lebensstile als auch auf gesundheitsrelevante Lebens- und Arbeitsbedingungen (vgl. WHO, sozialökologisches Gesundheitsmodell)

Der Deutsche Wellness Verband wurde 1990 als eingetragener, gemeinnütziger Verein gegründet. Er finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie Projekt- und Auftragsmitteln. Die Mitglieder haben überwiegend einen professionellen Bezug zu den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention. Zu den vertretenen Berufsgruppen gehören u. a. Mediziner, Psychologen, Soziologen, Ernährungswissenschaftler und -berater, Sportlehrer, Krankengymnasten, Bewegungstherapeuten, Naturwissenschaftler, Betriebswirte und Publizisten. Neben natürlichen Personen können auch juristische Personen (Firmen, Organisationen, Institutionen) die Mitgliedschaft erwerben.

Der Deutsche Wellness Verband gliedert sich organisatorisch in

- Vorstandstag,
- Verbandsrat,
- Vorstand und
- Fachbereiche

als beschlußfassende Organe.

Ferner bilden

- Beirat,
- Referenten,
- Ausschüsse und
- Rechnungsprüfer

seine beratenden Organe.

Aufgaben und Ziele der Institution

– DWV –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der Deutsche Wellness Verband unterstützt und vernetzt bundesweit Personen, Organisationen und Unternehmen im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung. Er verfolgt das übergeordnete Ziel, ganzheitliche Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung zu erhalten und zu verbessern sowie das Bewußtsein der Eigenverantwortung hierfür zu wecken und zu stärken. Dieses Ziel ist unter Umsetzungsaspekten in mehrere Teilziele untergliedert:

I. Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung

Der Deutsche Wellness Verband fördert das Wissen über Gesundheit durch eine beständige Zusammenarbeit mit den Massenmedien (Print, Funk, TV). Gesundheitsförderungsprojekte des Verbandes werden durch eine gezielte, vorbereitende und begleitende Öffentlichkeitsarbeit in das Bewußtsein der Bevölkerung gebracht.

Darüber hinaus nutzen Journalisten, Publizisten und Autoren die Archive und Datenbanken des Verbandes.

Von der Geschäftsstelle in Düsseldorf werden Anfragen aus der Bevölkerung oder aus Institutionen entgegengenommen und unter Mitwirkung der Fachbereiche und beratenden Organe bearbeitet.

II. Fachübergreifende Vernetzung

Es werden fortlaufend EDV-gestützt Informationen aus der Forschung und aus der praktischen Umsetzung in allen die Gesundheitsförderung und Prävention berührenden Bereichen gesammelt und ausgewertet und Mitgliedern sowie allen interessierten Kreisen zur Verfügung gestellt. Die interdisziplinäre Vernetzung von Wissen wird durch die Kooperation der Mitglieder in den Fachbereichen des Verbandes systematisch gefördert:

- Fachbereich 1: Betriebliche Gesundheitsförderung
- Fachbereich 2: Kommunale Gesundheitsförderung
- Fachbereich 3: Gesundheitsförderung in Gastgewerbe und Tourismus
- Fachbereich 4: Kommunikation in der Gesundheitsförderung

III. Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen und Versicherungsträgern

Der Deutsche Wellness Verband arbeitet mit öffentlichen Einrichtungen und Versicherungsträgern (insbesondere Krankenversicherung) zusammen, um die Entwicklung und Umsetzung innovativer Strategien der Gesundheitsvorsorge anzuregen und mitzugestalten. Die Zusammenarbeit erfolgt auf Orts-, Landes- und Bundesebene.

IV. Entwicklung und Durchführung von Gesundheitsförderungsprojekten/-programmen

Fachbereichsbezogen nimmt der Verband Dienstleistungsaufträge von öffentlichen und privaten Auftraggebern entgegen. Hierzu gehören neben Beratungs-, Entwicklungs- und Umsetzungsaufträgen auch wissenschaftliche Dienste (z. B. Evaluation).

Medienangebote

Der Deutsche Wellness Verband gibt monatlich den DWV-Newsletter heraus, in dem über aktuelle Aktivitäten des Verbandes und seiner Mitglieder sowie nationale und internationale Nachrichten aus dem

V. Fachveranstaltungen zu Gesundheitsförderung und Prävention

Der Verband informiert über Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention. Es werden auch eigene Veranstaltungen zu ausgewählten Themen der Gesundheitsförderung und Prävention durchgeführt.

VI. Ideelle und finanzielle Förderung

Schüler, Studenten und Wissenschaftler erhalten bei der Erstellung ihrer Arbeiten im erlaubten Rahmen die besondere Unterstützung des Verbandes. Wissenschaftliche Arbeiten sowie Maßnahmen, Initiativen und Veranstaltungen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention, die vom Vorstand als besonders förderungswürdig eingestuft werden, können darüber hinaus auch finanziell gefördert werden.

VII. Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen verbandlichen Institutionen des Gesundheitssystems

Der Deutsche Wellness Verband sucht die enge Zusammenarbeit insbesondere mit Berufs- und Fachverbänden, die einen inhaltlichen Bezug zu Gesundheitsförderung und Prävention haben. Ziel ist die synergetische, verbandsübergreifende Erarbeitung von Richtlinien, Empfehlungen und Stellungnahmen, die Organisation von Veranstaltungen und die Durchführung von Gemeinschaftsprojekten.

Fachbereichsbezogen setzt der Verband die folgenden Arbeitsschwerpunkte:

1. Betriebliche Gesundheitsförderung

Entwicklung und Umsetzung gezielter, bedarfsorientierter Maßnahmen der Gesundheitsförderung in öffentlichen und privaten Unternehmen. Langfristige Entwicklung gesundheitsfördernder Unternehmenskulturen.

2. Kommunale Gesundheitsförderung

Entwicklung von kommunalen (und regionalen) Versorgungsstrukturen zur professionellen Unterstützung von Menschen, die einen gesundheitsfördernden Lebensstil annehmen und aufrechterhalten wollen. Der Verband organisiert insbesondere die qualifizierte Verbreitung des Lebensstilprogramms nach Ornish (Rückbildung von Gefäßverengungen oder -verschlüssen durch umfassende Lebensstiländerung, besonders geeignet bei koronarer Herzkrankheit, Arteriosklerose).

3. Gesundheitsförderung in Gastgewerbe und Tourismus

Förderung des Gesundheitsbewußtseins in Gastgewerbe und Tourismus. Entwicklung von Strukturen und Programmen für einen gesundheitsfördernden Urlaub.

4. Kommunikation in der Gesundheitsförderung

Entwicklung von medialen und personalen Kommunikationsstrategien und -maßnahmen zur Erhöhung von Aufmerksamkeit, Verständnis und Motivation hinsichtlich gesundheitsförderndem Denken und Handeln in der Bevölkerung bzw. in ausgewählten Zielgruppen.

Bereich Gesundheitsförderung und Prävention berichtet wird (auch Hinweise auf Veranstaltungen, Weiterbildung, Literatur).

Ebenfalls monatlich erscheint der DWV-Medien-Informationssdienst, der einen systematischen Überblick mit Kommentaren über die aktuell ins DWV-Archiv aufgenommenen Medien (Zeitschriften/-artikel, Bücher, Broschüren, Berichtbände, AV-Medien) gibt.

Beide Informationsdienste werden an Mitglieder sowie an kooperierende Institutionen und Personen verteilt

a) für Mitglieder

Der Deutsche Wellness Verband bietet seinen Mitgliedern ein umfangreiches Informations- und Dienstleistungsangebot. Hierzu gehören unter anderem:

- Zeitschrift für Präventivmedizin und Gesundheitsförderung,
- DWV-Newsletter,
- Medien-Informationssdienst,
- Kopierservice (für schwer zu beschaffende Literatur gegen geringe Gebühr),
- Veranstaltungsrabatt (für Veranstaltungen des Deutschen Wellness Verbandes),
- Projekt- und Arbeitsgruppen (fachbereichsspezifisch),
- Fortbildungsveranstaltungen (unregelmäßig, kein Curriculum),
- Vermittlung von Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- Kontaktbörse.

Der Newsletter und der Medien-Informationssdienst werden auf Anfrage auch an Nichtmitglieder verteilt

b) für die Öffentlichkeit

Der Deutsche Wellness Verband erfüllt Aufgaben einer nationalen Clearingstelle. Es werden grundsätzlich alle Anfragen beantwortet, sofern sie den Bereich Gesundheitsförderung und Prävention betreffen. Personen, die am Lebensstilprogramm nach Ornish teilnehmen möchten, werden informiert und beraten und ggf. in das Netz der ambulanten Kontaktgruppen integriert.

c) Im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung (kostenpflichtig)

- Vorträge, Seminare und Workshops zur Initiierung und Entwicklung innerbetrieblicher Vereinbarungen (zwischen Krankenkasse, Unternehmen, Führungskräften, Betriebsrat, betrieblichen Gesundheitsexperten) über unternehmensspezifische Grundlagen und Zielsetzungen betrieblicher Gesundheitsförderung,
- Einrichtung und Unterstützung betrieblicher Arbeitskreise für Gesundheit
Aufbau und Moderation des betrieblichen Arbeitskreises Gesundheit,

- Anleitung des Arbeitskreises Gesundheit zur Entwicklung eines unternehmensspezifischen Gesundheitsförderungskonzeptes,
 - Prozeßbegleitung und -beratung,
- Durchführung von Mitarbeiterbefragungen zur Planung und Evaluation betrieblicher Maßnahmen der Gesundheitsförderung,
- Durchführung von Gesundheitszirkeln nach dem Düsseldorfer Modell (Slesina, von Ferber),
- Durchführung verhaltensorientierter Gesundheitsförderungsprogramme (Seminare, Kurse, Beratung, Tests/Screenings etc.),
- Konzeption und Realisierung der Kommunikationsstrategie für betriebliche Gesundheitsförderungsprogramme
 - Entwicklung entsprechender Programm-Logos und -Slogans,
 - Gestaltung des Erscheinungsbildes und aller Kommunikationsmedien,
 - PR-Maßnahmen und -Aktionen intern/extern,
- Krisenmanagement bei Problemen mit bereits laufenden Programmen/Aktivitäten betrieblicher Gesundheitsförderung

d) Im Bereich der Kommunikation (kostenpflichtig)

Der Deutsche Wellness Verband berät Verlage und Redaktionen bei Publikationen von Gesundheitsthemen. Auf Wunsch werden auch fertige Beiträge produziert.

Projektbezogen werden im Rahmen kommunaler, betrieblicher und touristischer Gesundheitsförderungsmaßnahmen Kommunikationskonzepte entwickelt und realisiert

e) Veranstaltungen von Tagungen und Workshops (auch institutionsspezifisch; kostenpflichtig)

Veranstaltungen werden im Auftrag Dritter, in Kooperation mit anderen Partnern und in eigener Initiative und Verantwortung organisiert und durchgeführt. Mitglieder des Deutschen Wellness Verbandes erhalten in der Regel Veranstaltungsrabatte.

- DWV -

Serviceleistungen

- DWV -

Empfehlungen

Der Deutsche Wellness Verband arbeitet bundesweit in der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention. Die interdisziplinäre Mitgliederstruktur bildet die Grundlage für eine große Bandbreite von Aktivitäten und richtungweisenden Projekten. Besonders empfehlenswert sind die Angebote im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Der Verband erteilt zu allen Anfragen aus dem Bereich Gesundheitsförderung und Prävention Auskünfte und Informationen. Aufträge zur Beratung, zur Entwicklung und Abwicklung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sind in der Regel kostenpflichtig. Der Verband arbeitet allerdings als Non-Profit-Organisation (Kostendeckungsprinzip).

Einen Sonderbereich im Rahmen der kommunalen Gesundheitsförderung stellt die Prävention und Therapie der Arteriosklerose dar. Der Verband orientiert sich dabei an der Methode des amerikanischen Herzspezialisten Dr. Dean Ornish (Lebensstil-Therapie; San Francisco Lifestyle Heart Trial). Interessierten Personen vermittelt der Verband Informationen, Kurse und Kontaktgruppen.

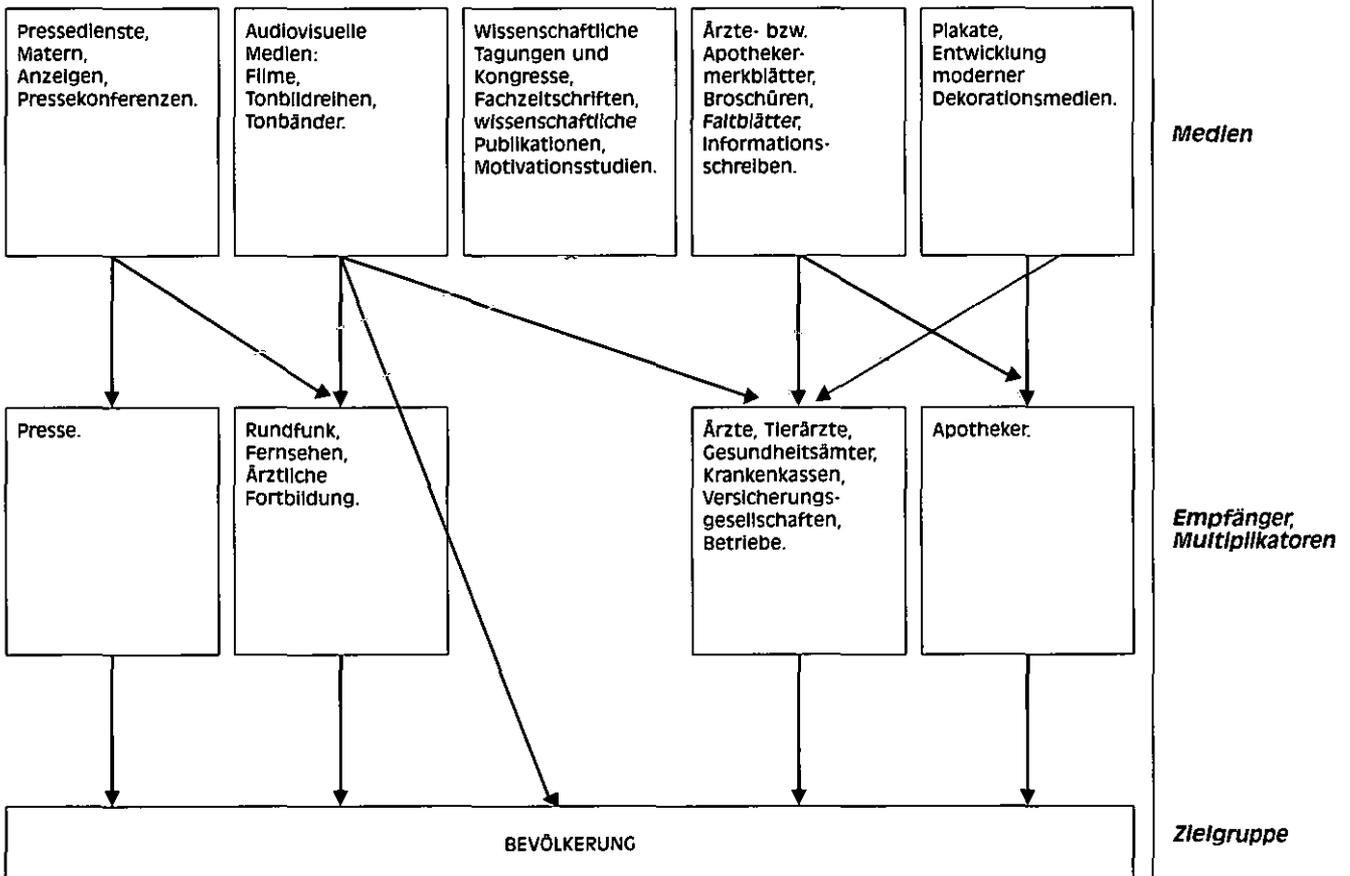
Auf Anfrage erfolgt die Aufnahme in den Verteiler für den monatlich erscheinenden Newsletter und/oder Medien-Informationsdienst.

DEUTSCHES GRÜNES KREUZ

Adresse Schuhmarkt 4
35037 Marburg/Lahn

Telefon 0 64 21/29 30

SO INFORMIERT DAS DEUTSCHE GRÜNE KREUZ



DEUTSCHES GRÜNES KREUZ

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Deutsche Grüne Kreuz wurde am 13. April 1950 als eingetragener Verein errichtet und ist als gemeinnützig anerkannt

Aufgabe des Deutschen Grünen Kreuzes ist es, Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung zu entwickeln und durchzuführen sowie Schädigungen des Menschen auf allen Gebieten des Lebens und seines täglichen Bedarfs abzuwenden und zu mindern.

Die Ziele des Deutschen Grünen Kreuzes erstrecken sich ferner auf die Bekämpfung von Gefahren und Schäden aller Art für Tier und Pflanze.

Seine Aufgaben löst das Deutsche Grüne Kreuz selbständig und neutral in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Stellen, ohne seine Entscheidung von Bindungen und Einflüssen abhängig zu machen, durch Aufklärung der Bevölkerung und durch Sammlung von Erfahrungen. Grundlegende Fragen werden durch Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis bearbeitet. Die Tätigkeitsergebnisse werden der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt.

Medienangebote

Das Grundprinzip der Medienkonzeption des Deutschen Grünen Kreuzes lautet: Behebung von Informationsdefiziten im Bereich Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung durch Reagieren auf akute Nachfragen.

Einen sehr guten Einblick in die Medienarbeit des Deutschen Grünen Kreuzes vermittelt das Schaubild in der Broschüre „Das Deutsche Grüne Kreuz – Portrait einer gemeinnützigen Vereinigung zur Förderung der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung“ (siehe vorhergehende Seite).

Es zeigt die Medienarten und deren Distribution durch Multiplikatoren an die Bevölkerung.

Aus der „Aufstellung kostenloser Medien“ und dem „Verlagsverzeichnis“ kostenverursachender Medien ist zu ersehen, daß der Bereich „Impfschutz“ von besonderer Bedeutung für die Medienarbeit des Deutschen Grünen Kreuzes ist

Serviceleistungen

Das Deutsche Grüne Kreuz bietet folgende Serviceleistungen an:

- kostenloser Verleih von audiovisuellen Medien (Die im Verleihprogramm „bild und ton“ dokumentierten entleihbaren AV-Medien sind durchweg älteren Datums und haben somit für die aktuellen Aufklärungs- und Gesundheitsvorsorgebemühungen nur noch begrenzten Nutzungswert.)
- Ausrichtung von Tagungen und Kongressen
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für medizinisches Fachpersonal

- Vermittlung von Kontaktadressen (Referentendienst)
- Verteiler für regelmäßige Informationen über
 - Neuerscheinungen von Medien
 - Veranstaltungen und Tagungen
 - Aktionen und Gesundheitsprogramme

Es ist möglich sich in den Verteiler des Deutschen Grünen Kreuzes aufnehmen zu lassen

Empfehlungen

Auf folgende Leistungen des Deutschen Grünen Kreuzes sei hingewiesen:

- die kostenlosen Printmedien lt. „Aufstellung kostenloser Medien“
- die Broschüre „Gesundheitsempfehlungen für den internationalen Reiseverkehr, Impfbestimmungen – Malaria-Situation“ der WHO (1986/87), (kostenpflichtig)

Periodika

- die Presse- und Informationsdienste
- „Deutsche Gesundheitskorrespondenz“ (dkg) und

- „Das gesunde Kind“ (pgk) (beide 10mal pro Jahr), beide gegen Bezugsgebühr
- „Ernährung, Forschung, Gesundheit“ (efg) (5mal pro Jahr), gegen Bezugsgebühr
- „Umwelt, Arbeit, Wohnen“ (smog) (5mal pro Jahr)

Für Interessierte besteht die Möglichkeit, sich in den Verteiler des Deutschen Grünen Kreuzes aufnehmen zu lassen.

EDV-Programme

- Ernährungsberatungsprogramm für Apotheken (ERNA)
- Ernährungsberatungsprogramm für die Arztpraxis (ERNA med)

- Impfberatungsprogramm für Fernreisen (IBERA) für Apotheken
- Impfberatungsprogramm für die Arztpraxis (IBERA med) (ab Mitte '94 erhältlich)

DEUTSCHES HYGIENE-MUSEUM

Adresse	Lingnerplatz 1 01069 Dresden
Ansprechpartner	Direktor: Dr. Martin Roth Museums- und Ausstellungsleiter: Klaus Vogel Leitung Forum Gesundheit und Umwelt: Kirsten Simon
Telefon	03 51/48 46-0
Telefax	03 51/4 95 5162

Die Idee, in Dresden ein Hygiene-Museum zu gründen, geht auf die I. Internationale Hygiene-Ausstellung von 1911 zurück. Sie zählte mehr als 5 Millionen Besucher. Dieser Erfolg wurde von einem wachsenden öffentlichen Interesse an Fragen der Gesundheitsaufklärung und einer gesunden Lebensführung begleitet. 1930 wurde das von Wilhelm Kreis entworfene neue Museumsgebäude eröffnet.

Im Februar 1945 wurde das Museum fast vollständig zerstört. Nach dem Wiederaufbau des Gebäudes konzentrierte sich die Arbeit des Museums vorwiegend auf die Gesundheitserziehung in enger Zusammenarbeit mit dem staatlichen Gesundheitswesen der DDR. Seit 1990 ist das Deutsche Hygiene-Museum ein Landesmuseum des Freistaates Sachsen und dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie unterstellt. Die Einrichtung hat die Aufgabe, als modernes Zentrum weitgespannter gesundheitsbezogener Kommunikation Ausstellungen, Kongresse und Tagungen zu den Themen Mensch, Körper, Gesundheit und Prävention, Umwelt und Kultur durchzuführen und dazu einschlägige Materialien zu sammeln.

Im Mittelpunkt der Arbeit des 1912 gegründeten Museums stehen der Mensch, der menschliche Körper, die Gesundheit, das soziale und kulturelle Umfeld und die Beziehungen zur Umwelt. Über die verpflichtende Tradition zur Förderung der Gesundheitsaufklärung und einer gesunden Lebensweise hinaus dient das Museum als aktuelles Forum für Zivilisationsfragen und natur- und kulturwissenschaftliche Themen. Das Deutsche Hygiene-Museum, als „Museum vom Menschen“, ist einzigartig in Europa. Mit dem Schwerpunkt „Volksakademie“, im Sinne eines Public-Health-Institutes, ist eine vielseitige und umfassende Tätigkeit möglich, die über die Aufklärung und Bewußtseinsbildung im Gesundheitsbereich und Gesundheits-erziehung hinausreicht. Im Sinne eines übergreifenden Gesamtkonzeptes orientiert sich das Deutsche Hygiene-Museum auch an Themenbereichen, die „Schnittstellen“ zwischen Natur-, Sozial- und Kulturwissenschaften darstellen.

Die Tätigkeit des Deutschen Hygiene-Museums richtet sich an alle Altersgruppen, besonders aber an Kinder, Jugendliche und Familien.

Aufgaben und Ziele der Institution

DEUTSCHES HYGIENE- MUSEUM

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Deutsche Hygiene-Museum arbeitet landes- und bundesweit mit einer Vielzahl von Bildungsinstitutionen im Bereich der Gesundheitsförderung und -aufklärung zusammen.

Die Dauerausstellung „Der Mensch“ gibt Einblick in den Bau und die Funktionen des menschlichen Körpers. Anziehungspunkt dieser Abteilung ist der Gläserne Mensch, der seit 1928 im Deutschen Hygiene-Museum gefertigt wird. Auch „Schwangerschaft und Geburt“ sind Themen in der Dauerausstellung. Objekte aus der medizinischen Praxis, historische Bildtafeln, Bücher und Videos geben dabei ein umfassendes Bild von der Entstehung des menschlichen Lebens.

Der Ausstellungsbereich „Unsere Sinne“ lädt Kinder und Erwachsene ein, den Bau und die Funktion der Sinnesorgane experimentell zu erleben.

Wechselnde Sonderausstellungen zeigen die Vielfalt der Museumsarbeit. Zu den Schwerpunkten gehören Gesundheit, Prävention, Körperkultur, Medizingeschichte und Ökologie. Seit 1990 entstanden zahlreiche Ausstellungen zu diesen Themen, wie z. B. „Feuerfest-Asbest“, „Schmerz laßt nach“, „Drogeriewerbung in der DDR“, „Dialog im Dunkeln – Eine Erlebniswelt von Blinden für Sehende“, „Kinderalltag – Zur Geschichte der Kinderkrippen in der DDR“, „In aller Munde – 100 Jahre ODDOL“, „Unter anderen Umständen – Zur Geschichte der Abtreibung“, „Darwin und Darwinismus – Eine Ausstellung zur Kultur- und Naturgeschichte“, „Sekten in Deutschland“ und „Geheimnis Ohr“. Die Ausstellungen des Deutschen Hygiene-Museums sind zumeist als Wanderausstellungen konzi-

piert und können von Gesundheitseinrichtungen und interessierten Museen angefordert werden.

Im Sammlungsbereich des Museums werden neben der Erhaltung und der wissenschaftlichen Aufarbeitung wertvoller Altbestände von Wachsmoulagen, Modellen und Präparaten neue Akzente gesetzt. Das Sammlungskonzept umfaßt nun unter anderem Exponate zur Säuglings- und Kleinkinderpflege, zur Körperpflege und zum Komplex Stadthygiene.

Das „Forum Gesundheit und Umwelt“ ist eine Einrichtung des Museums, deren Anliegen vor allem die Umsetzung von Fragen der Gesundheitsvorsorge im öffentlichen Bereich ist. Es versteht sich als eine Plattform für Aktivitäten im Gesundheits- und Umweltbereich von Initiativen und Institutionen. Zu diesem Forum gehören die „Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen in Sachsen“ (KISS), das „Projekt Aids-Prävention in Sachsen“ (PAPS) und die Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung (SLFG).

Das Forschungskolleg, aus Drittmitteln finanziert, realisiert Projekte, die sich im weiteren Sinne mit Gesundheitsfragen und der Thematik „Mensch“ und „Körper“ befassen.

Zu ökologischen Themen werden regelmäßig internationale Kongresse durchgeführt.

Für die Präventionsarbeit werden Filme konzipiert (Aids, Impfen), die landes- und bundesweit von Gesundheitseinrichtungen genutzt werden können.

Medienangebote

Die öffentliche Medizinische Fachbibliothek bietet dem interessierten Leser über 30 000 Bände und etwa 200 laufend gehaltene Zeitschriften. Neben medizinischen Fachpublikationen existiert ein großer Fundus an populärwissenschaftlicher Literatur. Hervorzuheben ist die umfangreiche Sammlung an Literatur der Welt-

gesundheitsorganisation, derzeit die größte in den neuen Bundesländern. In erster Linie an Pädagogen und Mediziner richtet sich die noch im Aufbau befindliche audiovisuelle Abteilung, die sich inhaltlich am Anliegen des Hauses orientiert. Zu den einzelnen Ausstellungen sind jeweils Kataloge erhältlich.

Service- leistungen

Museumspädagogische Abteilung:
In der Dauerausstellung und in den Sonderausstellungen werden von den MitarbeiterInnen der museumspädagogischen Abteilungen Gesprächsrunden und kostenpflichtige Führungen für die verschiedensten Besucherkreise angeboten.

Folgende Themen gehören zum ständigen Angebot für Kinder und Jugendliche:

- Bevor ein Kind geboren wird (ein altersgemäßes Gespräch zu Liebe und Sexualität),
- Aus alt wird neu – Papier selbst hergestellt,
- Eene meene Müll (auch Umweltschutz kann Spaß machen),
- Alle meine Sinne (Sinnesorgane erlebbar gemacht),
- Tischlein deck' dich (Kommt, wir frühstücken gemeinsam),
- Fit und flott – ohne Fluppe (Gesundheit durch Bewegung und Nichtrauchen),
- Der Liebe auf der Spur (Gespräch um Partnerschaft, Sexualität, Schwangerschaft und Geburt, Empfängnisverhütung und Familienplanung),
- Liebe ohne Angst (Verantwortung in der Partnerschaft, sexuell übertragbare Krankheiten, besonders Aids, und Möglichkeiten zu deren Verhütung),
- Alltag ohne Drogen – Drogenalltag (Genuß-, Rausch- und Arzneimittel und unser täglicher Umgang damit)

Die Besucher des Museums werden individuell durch die Museumspädagogen betreut. Dazu gehören Gesundheits- und Ernährungsberatung sowie Blutdruckkontrolle.

Forum Gesundheit und Umwelt
Als „Kommunikationszentrum“ auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Umweltgestaltung vermittelt und fördert das Forum Gesundheit und Umwelt die Zusammenarbeit von Einzelpersonen, Selbsthilfegruppen, Vereinen, Verbänden, Organisationen und staatlichen Institutionen und Behörden. Es stellt dafür im Deutschen Hygiene-Museum Räume für Beratungsgespräche, Seminare, Tagungen und Veranstaltungen zur Verfügung.

Kongreß- und Veranstaltungszentrum
Das Kongreß- und Veranstaltungszentrum ist ein traditioneller Bestandteil des Deutschen Hygiene-Museums. Es bietet zahlreiche Möglichkeiten zur Durchführung von Kongressen und Fachmessen. Es ist für die Vermietung der Tagungsräumlichkeiten – insgesamt 5 Tagungsräume mit 25 bis 1.050 Sitzplätzen und 900 qm Ausstellungsfläche – zuständig. Der Tradition des Hauses entsprechend sind die Hauptzielgruppen bei Vermietung von Veranstaltungen Verbände und Initiativen in den Bereichen Medizin, Pharmazie, Prävention.

Freundeskreis Deutsches Hygiene-Museum:

Im Dezember 1993 konstituierte sich der gemeinnützige Verein „Freundeskreis Deutsches Hygiene-Museum“. Anliegen des Vereins ist die ideelle und materielle Unterstützung der vielfältigen Arbeit des Museums. Mitglied in diesem Verein können interessierte Personen, Vereine, Verbände, Institutionen werden, die sich dem Deutschen Hygiene-Museum verbunden fühlen.

Eine Aufnahme in den Verteiler für das Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm ist zu empfehlen

**DEUTSCHES
HYGIENE-
MUSEUM**

Empfehlungen

DEUTSCHES INSTITUT FÜR BLUTHOCHDRUCK- FORSCHUNG e.V.

– DIB –

Adresse Wielandtstraße 26 (Geschäftsführung)
69120 Heidelberg

Telefon 0 62 21/40 90 99

Telefax 0 62 21/40 24 85

Das Deutsche Institut für Bluthochdruckforschung (DIB) entstand 1988 aus dem Deutschen Institut zur Bekämpfung des hohen Blutdrucks, das 1979 gegründet wurde. Das DIB ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein und arbeitet überregional.

Aufgaben und Ziele der Institution

Das DIB betreibt ein Forschungsinstitut, um

- Ursachen und Folgewirkungen des hohen Blutdrucks zu erforschen,
- Früherkennungs- und Behandlungsmethoden für den hohen Blutdruck und seine Folgekrankheiten zu entwickeln,
- mit Einrichtungen zur Prävention, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation der Hypertonie zusammenzuarbeiten und
- bereits bestehende Forschungsgruppen an Universitäten zu unterstützen.

Durch eine Kooperationsvereinbarung mit der Universität Heidelberg und dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg ist das DIB der Universität Heidelberg angeschlossen. Die wissenschaftlichen Abteilungen des DIB sind deshalb auch in mehreren Instituten der Universität Heidelberg angesiedelt.

Vier wissenschaftliche Abteilungen haben folgende Aufgabenbereiche:

1. Experimentelle Bluthochdruckforschung, mit den Forschungsschwerpunkten molekulare Mechanismen der Blutdruckregulation und Peptide als Neuromodulatoren.
2. Molekularbiologie, zur Bearbeitung von Grundlagen der genetischen Hypertonie.
3. Klinische Hochdruckforschung, in einer fächerübergreifenden, interdisziplinären Zusammenarbeit mit den klinischen Abteilungen der Heidelberger Universitätskliniken und mit mehreren externen Arbeitsgruppen.
4. Epidemiologie und Prävention, in Arbeitsgruppen, die mit nationalen und internationalen Organisationen (z. B. Nationales Blutdruckprogramm, Deutsche Herz-Kreislauf-Konferenz, World Hypertension League) zusammenarbeiten, Untersuchungen zur Gesundheitsförderung bei Schülern durchführen und in einem molekular-epidemiologischen Projekt eine

- DIB -	<p>Bevölkerungsstudie zur Untersuchung der Zusammenhänge zwischen bestimmten Gensequenzen und der Entwicklung einer Hypertonie aufbauen.</p> <p>Die Organe des DIB sind der von der Mitgliederversammlung gewählte Vorstand (drei Wissenschaftler und 2 Geschäftsführer) und die Mitgliederversammlung. Mitglieder des DIB sind Einzelpersonen: Wissenschaftler und interessierte Mitarbeiter.</p>	<p>Es besteht ein wissenschaftlicher Beirat von international angesehenen Wissenschaftlern.</p> <p>Die Arbeit des DIB als wissenschaftlich tätige gemeinnützige Einrichtung wird finanziert durch Zuwendungen und Spenden von nationalen und internationalen Bundes- bzw. Ländereinrichtungen und Verbänden sowie der freien Wirtschaft.</p>
Aufgaben und Ziele der Institution	_____	_____
Medienangebote	<p>Die Medien des DIB sollen die Ergebnisse der verschiedenen Forschungsprojekte vermitteln, den Informationsaustausch zwischen den Fachleuten fördern und neue Erkenntnisse auch der Öffentlichkeit mitteilen.</p> <p>Dieses geschieht z. B. durch</p> <p>die Veröffentlichungen der Mitarbeiter des DIB in den verschiedenen Fachzeitschriften des In- und Auslandes (eine Auswahl ist jeweils in den Tätigkeitsberichten aufgeführt), den regelmäßig erscheinenden Tätigkeitsbericht des Institutes, der die Tätigkeiten der einzelnen Abtei-</p>	<p>lungen beschreibt, die verschiedenen Forschungsprojekte darstellt sowie eine Aufstellung (Auswahl) der Veröffentlichungen und weitere Informationen zur Organisation des DIB enthält (für Interessenten auf Anfrage), den World Hypertension League (WHL) Newsletter, dem „Sprachrohr“ der Welthochdruckliga, das als Periodikum sechsmal jährlich erscheint. Damit soll u. a. der internationale Austausch von wissenschaftlichen medizinischen Erkenntnissen gefördert und über Aktivitäten der Welthochdruckliga, der 50 Länder angehören, berichtet werden (kostenlos für Interessenten).</p>
Serviceleistungen	<p>Für das Deutsche Institut für Bluthochdruckforschung steht die Erforschung von Ursachen und Folgewirkungen des hohen Blutdruckes sowie seine Früherkennung und Behandlung im Mittelpunkt der Arbeit. So bestehen die Serviceleistungen vor allem in der Vermittlung der Erkenntnisse.</p> <p>Dazu dienen die schon erwähnten Veröffentlichungen sowie u. a.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - die regelmäßigen Seminare an der Universität Heidelberg für Studenten und Wissenschaftler (Ankündigungen können bei der Geschäftsstelle angefordert werden), die Kontakte und Kooperationsvereinbarungen mit nationalen und internationalen Forschungsgruppen, - die gezielte Information auf Anfragen, die den Arbeitsbereich des DIB betreffen (Forschungsergebnisse, Empfehlungen zu Bluthochdruck), - die Vermittlung von Referenten/Experten.
Empfehlungen	<p>Als Forschungsinstitut ist das Deutsche Institut für Bluthochdruckforschung vor allem auf wissenschaftliche Arbeit ausgerichtet. Deren Erkenntnisse werden an zahlreiche Institutionen und Fachgesellschaften vermittelt und für die praktische Arbeit in Prävention, Therapie und Rehabilitation umgesetzt und den darin Tätigen zugänglich gemacht.</p>	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ERNÄHRUNGS- FORSCHUNG POTSDAM-REHBRÜCKE

—DIFE—

Adresse Arthur-Scheunert-Allee 114-116
14558 Bergholz-Rehbrücke

Ansprechpartner Prof. Dr. med. C. A. Barth
(Wissenschaftlicher Direktor)

Telefon 03 32 00/8 80

Telefax 03 32 00/8 84 44

Im Juli 1991 hat der Wissenschaftsrat empfohlen, das Deutsche Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke (DIFE) als Institut der „Blauen Liste“ zu gründen. Die am 1. Januar 1992 vollzogene Neugründung stützt sich in weiten Bereichen auf die wissenschaftliche Arbeit des Zentralinstituts für Ernährung der Akademie der Wissenschaften der DDR. Das hervorragende Ergebnis der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat bildete den Ausgangspunkt des vom Gründungskomitee entwickelten Forschungskonzepts für das Deutsche Institut für Ernährungsforschung.

Das Deutsche Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke ist eine Stiftung des Öffentlichen Rechts des Landes Brandenburg und wird je zur Hälfte vom Bund und vom Land Brandenburg finanziert. Die Führung der Stiftungsgeschäfte wird von einem Kuratorium unter dem Vorsitz von MinDirg K. Faber, dem Vertreter von Bund und Land sowie Fachwissenschaftler angehören, begleitet und überwacht. Ein wissenschaftliches Komitee unter dem Vorsitz von Prof. Dr. med. H. B. Stähelin, Basel, unterstützt das Kuratorium bei der Vorbereitung von Entscheidungen und berät das Institut in wissenschaftlichen Angelegenheiten.

Das Deutsche Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke ist ernährungsmedizinisch ausgerichtet. Seine zentrale Aufgabe ist Forschung zur Verhütung von ernährungsabhängigen chronisch-degenerativen Erkrankungen. Zu diesem Zweck arbeiten Ernährungswissenschaftler, Lebensmittelchemiker, Biochemiker, Molekularbiologen, Immunologen und Ärzte eng zusammen. Ihr Ziel ist es, weitere Grundlagen zur Verhütung von ernährungsabhängigen Krankheiten zu erforschen.

Das Institut ist in folgende acht Abteilungen untergliedert:

- Klinische Ernährung,
- Biochemie und Physiologie der Ernährung,
- Epidemiologie und Ernährungsverhalten,
- Präventiv-medizinische Lebensmittelforschung,
- Ernährungstoxikologie,
- Gastrointestinale Mikrobiologie,
- Molekulargenetik,
- Immunologie.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DIFE -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Ein weitgespanntes Arsenal von Methoden findet hier Anwendung: von der biochemischen Untersuchung in vitro über tierexperimentelle Ansätze bis zur klinischen Beobachtung an Patienten mit ernährungsabhängigen Krankheiten. Als Ergebnis sollen wissenschaftlich gesicherte Empfehlungen für eine gesunde Lebensführung und Ernährung an die Bevölkerung weitergegeben werden.

Einen Schwerpunkt der Arbeit des Instituts soll künftig eine Stoffwechselstation und -ambulanz im Sinne einer „Metabolic ward“ bilden. In dieser Station sollen stoffwechselkranke Patienten betreut und sogleich Forschungsaufgaben wahrgenommen werden.

Die wissenschaftliche Tätigkeit des Instituts leistet dementsprechend im Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag zur zielorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Präventivmedizin. Über die naturwissenschaftlichen Ansätze hinaus sollen mit epidemiologischer Methodik Zusammenhänge zwischen der Lebensführung und der Entstehung von ernährungsabhängigen Krankheiten aufgespürt und neue Wege für eine wissenschaftlich begründete Ernährungsberatung abgeleitet werden.

Medienangebote

Die wissenschaftlichen Publikationen des DIFE stehen Personen und Institutionen aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich sowie interessierten Fachkräften und Facheinrichtungen aus der Praxis zur Verfügung. Eine Liste der Veröffentlichungen kann in der Bibliothek des Instituts angefordert werden.

Der Jahresbericht des DIFE gibt einen Überblick über sämtliche Forschungsprojekte des Instituts im

jeweiligen Berichtszeitraum. Der Bericht wird regelmäßig veröffentlicht und kann beim DIFE kostenlos angefordert werden. Zweimal im Jahr werden Pressemitteilungen herausgegeben, und bei Erscheinen des Jahresberichtes findet eine Pressekonferenz statt.

Mitarbeiter des DIFE stehen Presse, Rundfunk, Fernsehen und der Öffentlichkeit jederzeit Rede und Antwort.

Serviceleistungen

Mitte 1994 wird das Ernährungsberatungszentrum des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke mit der AOK für das Land Brandenburg eröffnet. In diesem Zentrum sollen Beratungen zu Ernährung und Gesundheit im Sinne der Vorbeugung von ernährungsbedingten Krankheiten stattfinden. Die Beratung wird in Gruppen oder als Einzelberatung erfolgen. Das Zentrum wird außerdem Weiterbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren anbieten.

Auf Wunsch werden Weiterbildungsveranstaltungen für bestimmte Zielgruppen durchgeführt oder unterstützt.

Das DIFE verfügt über eine mit ca. 30 000 Monographien und ca. 730 Zeitschriften umfangreiche Bibliothek auf dem Gebiet Nahrung und Ernährung, die im Rahmen von Individualnutzung und im Fernleihbetrieb genutzt werden kann.

Empfehlungen

Das Deutsche Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke fußt auf einer über 40jährigen Forschungsarbeit auf dem Gebiet Nahrung und Ernährung. Methodisch und konzeptionell weist das Institut ein weites Spektrum von wissenschaftlichen Fachdisziplinen auf und steht somit als Partner für ernährungsmedizinische Forschung sowie für eine wissenschaftlich abgesicherte Beratung im Hinblick auf eine gesunde Lebensweise und hier insbesondere eine gesunde Ernährung zur Verfügung.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ERWACHSENEN- BILDUNG · ARBEITS- STELLE DES DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHUL- VERBANDES

– DIE –

Adresse Holzhausenstraße 21
60322 Frankfurt/Main

Telefon 0 69/15 40 05-0

Telefax 0 69/15 40 05 174

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung · Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes ist ein wissenschaftliches Institut, das zwischen Forschung und Praxis der Erwachsenenbildung vermittelt. Es wird aus Mitteln des Bundes und der Länder institutionell gefördert und ist dem Rechtsträger Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. angeschlossen.

Das Institut beschäftigt derzeit (1994) knapp 100 Personen, mehr als ein Drittel von ihnen wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesundheitsförderung durch Erwachsenenbildung wird vom DIE in Theorie und Praxis als ein Arbeitsschwerpunkt vertreten und kontinuierlich weiterentwickelt. Für die Gesundheitsbildung wie für andere inhaltliche Felder werden – auch fachübergreifend – didaktische Modelle entwickelt, in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen und anderen öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen erprobt und in der Praxis verbreitet. Die Modellentwicklung erfolgt in Verbindung mit den Forschungsarbeiten des DIE wie auch mit ihren Fortbildungsaktivitäten

Das DIE plant und organisiert eine Vielzahl von Fachtagungen und Konferenzen im Bereich von Erwachsenen- und Weiterbildung. Dazu gehören fachbezogene Konferenzen, aber auch Konferenzen für die Leiter und Leiterinnen von Volkshochschulen (insbesondere von mittelstädtischen und regional arbeitenden Volkshochschulen).

Das DIE koordiniert den Bundesarbeitskreis der ReferentInnen für Gesundheitsbildung bei den Landesverbänden der Volkshochschulen. Die Konzeptualisierung und Implementation neuer gesundheitsfördernder Bildungsangebote erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Volkshochschul-Landesverbänden in den alten und neuen Bundesländern.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DIE -

Medienangebote

Das DIE veröffentlicht sowohl wissenschaftliche Arbeiten (in der Reihe „Theorie und Praxis“ und „Forschung - Begleitung - Entwicklung“) als auch praxisanregende und begleitende Publikationen (in den Reihen „Berichte - Materialien - Planungshilfen“) Seit 1994 informiert das DIE in „DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung“ u a laufend über ihre Arbeitsschwerpunkte Außerdem gibt sie die wissenschaftliche Fachzeitschrift „Literatur- und Forschungsreport zur Erwachsenenbildung“ heraus sowie Dokumentationen von Fachtagungen und Konferenzen.

Publikationen zur Gesundheitsbildung sind kostenpflichtig und über ein Verzeichnis abrufbar

Serviceleistungen

Das DIE veranstaltet vielfältige Fortbildungs-Seminare für pädagogisches Personal, insbesondere hauptberuflich in der Erwachsenenbildung Tätige Die Fortbildungsangebote sind kostenpflichtig und einem zweimal jährlich erscheinenden Fortbildungskalender zu entnehmen

Daten zur Gesundheitsförderung an Volkshochschulen werden kontinuierlich erhoben und aufbereitet Das DIE verfügt über eine umfassende Literaturdatenbank zur Weiterbildung, über ein vollständiges Arbeitsplanarchiv der Deutschen Volkshochschulen, über jährlich aktualisierte statistische Daten zur Arbeit der Volkshochschulen sowie über eine ausgebaute Weiterbildungsbibliothek. Das DIE stellt jedes Jahr die Statistik

der Deutschen Volkshochschulen zusammen, liefert gezielte Arbeitsplananalysen, erstellt Literaturrecherchen und die jährliche Bibliographie zur Erwachsenenbildung im deutschen Sprachgebiet Für statistische Auskünfte, Literaturrecherchen etc wird eine Bearbeitungsgebühr erhoben

Das DIE berät Volkshochschulen und andere Einrichtungen der Weiterbildung in didaktischen Fragen, in Fragen der Organisationsentwicklung, des Betriebsmanagements und des Aufbaus von Kursangeboten. Aufgrund ihrer Vermittlungsfunktion kann sie über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion zur Gesundheitsförderung ebenso informieren wie über den Entwicklungsstand der Praxis von Gesundheitsbildung im Bundesgebiet.

Empfehlungen

Interessierte PädagogInnen sollten das Fortbildungsangebot des DIE anfordern und/oder die Adressen der Landesverbände der Volkshochschulen, die ebenfalls Fortbildungs- bzw Qualifizierungsangebote in der Gesundheitsbildung bereit halten, erfragen

Das DIE führt Entwicklungen in Theorie und Praxis der Gesundheitsbildung zusammen, sie steht in direkten

Arbeitsbeziehungen mit VertreterInnen des Wissenschaftsbereichs ebenso wie mit PraktikerInnen aus Bildungseinrichtungen Als ihre Serviceleistung sind deshalb vor allem Beratungen und inhaltliche Beiträge zu empfehlen, die über den gegenwärtigen Stand und Zukunftsfragen in beiden Bildungssektoren informieren. Dieses Angebot richtet sich auch an potentielle Kooperationspartner im Gesundheitsförderungsbereich

DEUTSCHES INSTITUT FÜR MEDIZINISCHE DOKUMENTATION UND INFORMATION

– DIMDI –

Adresse Weißhausstraße 27
50939 Köln
Postfach 42 05 80
50899 Köln

Telefon 02 21/47 24-1

Telefax 02 21/41 14 29

Telex 8 881 364 dim d

Aufgaben und Ziele der Institution

1. DIMDI

1.1 Allgemeines

Das im Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit tätige Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) hat die Aufgabe, auf dem Gesamtgebiet der Medizin einschließlich der Biowissenschaften und ressortspezifischer Bereiche, wie etwa öffentliches Gesundheitswesen im allgemeinen, AIDS, Drogen und Sucht, Krebs/Rheuma, Umwelthygiene, toxikologische Wirkungen von Substanzen, gesundheitlicher Verbraucherschutz u. a. m., in- und ausländische Literatur mittels weit über 70 computergesteuerter Datenbanken zu erfassen, auszuwerten, zu speichern und der fachlich interessierten Öffentlichkeit aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland auf Kostendeckungsbasis laufend oder auf Anfrage bekanntzumachen.

DIMDI ist auch für die Erstellung der deutschsprachigen Ausgabe der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) verantwortlich. Dazu arbeitet das Institut mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie mit Stellen der Schweiz und Österreichs zusammen. Weiterhin ist DIMDI verantwortlich für die Herausgabe der Internationalen Klassifikation der Prozeduren in der Medizin (IKPM/ICPM-D).

Einrichtungen und Einzelpersonen können von DIMDI schnell aktuelle Hinweise auf Fachliteratur sowie Einblick in sog. Faktendatenbanken (z. B. Angaben über den Grad der toxischen Wirkung von Chemikalien) erhalten. Dies kann mit Hilfe eines eigenen Terminals (z. B. PC mit Datenübertragungsprogramm) oder einer der in der gesamten Bundesrepublik vertretenen Informationsvermittlungsstellen geschehen. Im folgenden werden die von DIMDI angebotenen Dienstleistungen näher beschrieben. Bei auftretenden Fragen empfiehlt es sich, ggf. eine fachliche Erläuterung bei DIMDI direkt einzuholen.

1.2 Angebotene Dienstleistungen

- Direkter Zugriff auf Daten von Datenbanken (Online-Abfrage) mit dem von DIMDI entwickelten Datenbanksystem GRIPS (General Relation based Information Processing System),
- Benutzerführung für Endnutzer und -nutzerinnen,

- DIMDI -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Online- und Offline-Drucken von Suchresultaten (Online: durch den nutzeigenen Drucker, Offline: durch den DIMDI-Schnelldrucker mit anschließendem Postversand an den Nutzer),
- Paralleles Suchen in bis zu 40 Datenbanken („Superbase“),
Übertragen der Ergebnisse auf eigene Speichermedien (z. B. Festplatte) (Downloading, demnächst auch Offline auf Diskette im DIMDI mit anschließendem Postversand an den Nutzer),
Online-Literaturbestellsystem (Online Document Ordering = direkte Bestellung von Literatur über die Datenanlage des Benutzers),
Online-Auskunftsdienst (unentgeltlich),
GRIPS-Newsletter zur Mitteilung von Neuerungen,
- Handbücher,
Kurse zur Einarbeitung und Nutzung von GRIPS und den einzelnen Datenbanken,
- Informationsvermittlungsdienste (Auftragsrecherchen),
- Vermietung der Standard-Software GRIPS

13 Kooperation

Um das Angebot an Datenbanken auf dem Gebiet der Biowissenschaften zu vergrößern, kooperiert DIMDI mit verschiedenen deutschen Institutionen, die selber über Datenbanken verfügen:

Bundesinstitut für Sportwissenschaft (**BISp**) in Köln,

Institut für Gesundheitswissenschaften (**IFG**) in Berlin,

Informationszentrum Biologie (**IZB**) am Forschungsinstitut Senckenberg, Frankfurt,

Institut für Dokumentation und Information, Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen (**Idis**) in Bielefeld,

Thieme-Verlag in Stuttgart,

Zentralbibliothek der Medizin (**ZBMed**) in Köln,

Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (**ZADI**) in Bonn,

Zentrale Dokumentationsstelle der freien Wohlfahrtspflege für Flüchtlinge (**ZDWF**) in Bonn,

Zentralstelle für psychologische Information und Dokumentation (**ZPID**) in Trier.

14 Kostenstruktur

Die an DIMDI zu entrichtenden Entgelte bestehen aus 5 Komponenten:

- DIMDI-Entgelt für den HOST-(Datenbankanbieter-) Service ist abhängig von der „Denkzeit“, der Systemzeit, der Zahl der Online-übertragenen Zeichen, der ausgewählten Datenbank sowie der Benutzergruppe. (Im Falle der Gruppe der begünstigten Nutzer (z. B. Gesundheitsämter) und der günstigsten Datenbankklasse sowie einer mittleren Nutzung von 1000 Kilo-Zeichen/Monat liegt das Entgelt bei ca. 10-20 DM/Verbindungsstunde; die ausgabeabhängigen Kosten betragen ca. 0,60 DM/Dokumentationseinheit, Lizenzen der Datenbankproduzenten, abhängig von der jeweils benutzten Datenbank,
- Portokosten (pauschal per Versandeinheit),
- Mehrwertsteuer,
- nutzungsabhängige Volumengebühr des Bildschirmtext-Dienstes (0,06 DM/Seite).

Vorteil dieser nicht pauschalierten Kostenstruktur ist ihre Leistungsbezogenheit sowie ihre Beeinflussbarkeit durch den Nutzer und die Nutzerin

Handbücher und Kurse sind ebenfalls kostenpflichtig.

15 Technische Ausrüstung

Für den Online-Zugriff auf die Datenbanken verfügt DIMDI über einen Siemens-Rechner: Modell H120-F mit einer Rechenleistung von 33 MIPS und 128 Megabyte Arbeitsspeicher. Der Rechner verfügt über 145 Gigabyte Speicherplatz und arbeitet im Siemens-Timesharing-System BS2000.

16 Datenübertragungsnetze

Zugriff auf DIMDI ist im page-mode (Bildschirmtext, Siemens-kompatible Datensichtgeräte) oder im line-mode (Personalcomputer mit Kommunikationssoftware, z. B. LuD-Software von Genesys) möglich. Genutzt werden die Zugangswege DATEX-P (das deutsche Paketnetz), WIN (Wissenschaftsnetz vom DFN, dem Verein Deutsches Forschungsnetz), INTERNET, Wählleitungen bei DIMDI in Köln, BTX (Bildschirmtext) und ISDN (Integrated Services Digital Network) mit unterschiedlichen Übertragungsgeschwindigkeiten zwischen 300 bps (= bit per second) und 64 000 bps. Der internationale Zugang nach DATEX-P erfolgt über das jeweilige nationale Paketnetz

17 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen für Benutzer und Benutzerinnen

Um auf einen HOST zugreifen zu können, braucht der Benutzer/die Benutzerin:

- ein Terminal (Datenendgerät bzw. PC mit Datenübertragungsprogramm),
Anschluß dieses Terminals an ein Datenübertragungsnetz der Deutschen Bundespost/TELEKOM, einen Benutzercode,
Grundkenntnisse des Abfrage-(Retrieval-)Systems GRIPS und der bei DIMDI abfragbaren Datenbanken für Informations-Vermittler. Für Endbenutzer steht eine Benutzerführung zur Verfügung, die keine Kenntnisse des Abfragesystems erfordert.

18 Anschlußarten

Ein Direkt-Zugriff auf DIMDI-Datenbanken ist möglich über

- Telefon
Standleitung (IDN)
- Datex-P; WIN; IXI
Telex
BTX

Diese Online-Zugriffsmöglichkeiten können je nach den verfügbaren Endgeräten vom Benutzer im line- oder page-mode genutzt werden. Line-mode (zeilenweise Übertragung) ist das einfachste internationale Dialogverfahren; erheblich höheren Komfort bietet der page-mode (seitenweise Übertragung).

19 Vorteile von DIMDI

- Möglichkeit der Online-Literaturbestellung.
Gleichzeitiges Suchen in bis zu 40 Datenbanken.
- Angebot von themenbezogenen Subfiles (Teildatenbanken) innerhalb multidisziplinärer Datenbanken.
- Angebot von vorprozessiertem Suchen (PPS), z. B. zur Ökotoxizität, Onkologie, Toxizität, Teratogenität etc. zur Unterstützung und Vereinfachung der Online-Suche.
- Die Datenbanken des DIMDI und der unter 13 genannten Institutionen enthalten von der fachlichen Abdeckung und von der Betonung deutscher Quellen her Informationen, die in anderen Datenbanken meist nicht zu finden sind.
- Günstigere Leitungsgebühren als beim Zugriff auf Datenbanken in den USA oder der Schweiz

110 Nutzung von DIMDI über Informationsvermittlungsstellen (IVS)

DIMDI kann auch über sogenannte Informationsvermittlungsstellen genutzt werden. Diese sind in der Regel für jedermann öffentlich zugänglich.

Diese IVS nehmen Suchaufträge an und bearbeiten diese über den Direktzugriff auf DIMDI-Datenbanken.

Informationsvermittlungsstellen befinden sich flächendeckend in den alten und den neuen Bundesländern u.a. an den Hoch- und Fachhochschulbibliotheken. Die Adressenliste mit den genauen Anschriften kann bei DIMDI angefordert werden.

Die an einer Nutzung von DIMDI interessierten Einrichtungen und Einzelpersonen sollten auch prüfen, ob im Rahmen der Kommunalverwaltung genutzte Rechenanlagen für einen Anschluß an DIMDI bereitstehen.

– DIMDI –

Aufgaben und Ziele der Institution

Nutzung der DIMDI-Dienstleistungen durch kommunale Behörden

Gründe für die Zusammenarbeit vieler Kommunen:

Anfragen der Rats-, Ausschuß- und Bezirksfraktionen zielen zunehmend auf umwelt- und gesundheitsrelevante Bereiche. Auch die Bevölkerung verlangt zunehmend von der Verwaltung Stellungnahmen zu aktuellen Umweltproblemen, zum Beispiel:

- Dioxin aus Müllverbrennungsanlagen
- Ozon aus Photo Smog
- Hydrazin im Trinkwasser
- Blei im Trinkwasser
- Cadmium-Toxikologie
- Formaldehyd in Innenräumen
- Asbestbelastung

Durch Informationslücken und mangelnde Fachliteratur ist die Beantwortung der Fragen meist unzureichend und zeitaufwendig gewesen.

Deshalb entschlossen sich verschiedene Kommunen, umweltrelevante DIMDI-Datenbanken zu nutzen, insbesondere weil fast wöchentlich neue Substanzen in der umweltpolitischen Diskussion sind, die in den Stan-

dardlehrbüchern nur zum Teil erfaßt sind. Gerade neue Daten sind in der üblichen Standardliteratur nicht erfaßt. Vor allem umwelttoxikologische Fragestellungen bedürfen oft einer schnellen Beantwortung.

Als weiteres Argument wurde angeführt, daß die fachliche Kompetenz der Ämter nur durch die Möglichkeit der schnellen Aktualisierung des Wissens gegenüber dem fragenden Bürger aufrechterhalten werden kann.

Es wurden meist PCs mit entsprechendem Datenübertragungsprogramm installiert.

Vorteile von PCs gegenüber anderen Datenendgeräten (z. B. Telex, Btx):

- Einsatzmöglichkeit der PCs auch in der Textverarbeitung (Rationalisierung von Schreibarbeiten),
- Einsatz der PCs zur Dateiverarbeitung (z. B. Verwaltung von Karteien),
- Abspeichern von DIMDI-Anfragen auf zur Peripherie von PCs gehörenden Speichermedien (z. B. Festplatten, Floppy).
Damit lassen sich unter anderem Nutzungskosten für Abfragen bei DIMDI verringern, da das Abspeichern von Daten im Online-Modus schneller ist als das Drucken von Daten.
- Aufbau eigener Datenbanken

Praxisbeispiel

Wie das Praxisbeispiel der Kommunen zeigt, ist der direkte Anschluß an einen Datenbankanbieter von großem Wert, wenn es um die schnelle Schließung von Informationslücken und die kurzfristige Beschaffung von Fachliteratur geht.

DIMDI ist aufgrund seiner umfassenden Nutzungsmöglichkeiten für alle Einrichtungen und Einzelpersonen, insbesondere für kommunale Behörden im

Umwelt- und Gesundheitsbereich, ein wichtiger Kooperationspartner.

Interessierte Einrichtungen und Einzelpersonen sollten sich mit der Bitte um Beratung an das DIMDI direkt wenden. Dabei wird dem Nutzer und der Nutzerin die Erfahrung des DIMDI bei Geräteauswahl und bei der Art des Zugriffs zugute kommen.

Empfehlungen

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK

– Difu –

Adresse Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Telefon 0 30/3 90 01 (0) (App. 2 08/2 09, Pressestelle)

Telefax 0 30/39 00 11 00

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde 1973 als Gemeinschaftseinrichtung der Städte vom Deutschen Städtetag gegründet. Das Institut will den Städten durch praxisorientierte wissenschaftliche Untersuchungen, aber auch durch unmittelbare Dienstleistungen grundsätzliche Überlegungen erleichtern und deren Umsetzung in kommunales Verwaltungshandeln ermöglichen. Darüber hinaus gibt das Difu den Städten Rat und Hilfe bei der Lösung aktueller Probleme.

Das Dienstleistungsprogramm des Deutschen Instituts für Urbanistik setzt sich zusammen aus: Studien, Gutachten, Veröffentlichungsreihen, Seminaren, Tagungen sowie Informations- und Dokumentationsdiensten.

Das Institut greift Themen und Forschungsfragen von vorrangiger und exemplarischer Bedeutung auf. Die Leitidee der Difu-Konzeption ist der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die kommunale Praxis.

In diesem Sinne dienen Difu-Aktivitäten, -Publikationen und -Materialsammlungen der Entwicklung von Perspektiven und konkreten Handlungsanleitungen für die Kommunalverwaltung. Arbeitsschwerpunkte setzt das Institut im wesentlichen in folgenden Bereichen:

Stadtentwicklung

- Städterneuerung und Städtebau
- Verkehrsplanung
- Zeitpolitik
- Städtenetze
- Wohnungspolitik

Recht

- Bau- und Planungsrecht
- Umweltrecht

Wirtschaft

- Strukturwandel
- neue Technologien
- Innovationspolitik
- Gewerbeflächen
- Infrastrukturpolitik
- Einzelhandelsentwicklung

Kommunalfinanzen

- Investitionstätigkeit
- Finanzausgleich
- Gemeindesteuern
- Gebührenpolitik

Aufgaben und Ziele der Institution

- Difu -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Umwelt

Umweltschutz
Stadtökologie
Landschafts- und Freiraumplanung
Klimaschutz
Naturschutz

Soziales

- Altenpolitik
Ausländerpolitik
Jugendhilfe

Kultur

Kultureinrichtungen
Denkmalpflege
Stadtgeschichte

Kommunalverwaltung

Im hier besonders interessierenden Arbeitsschwerpunkt „Kommunaler Umweltschutz“ werden in 1994/95 vor allem folgende Projekte bearbeitet:

Informations- und Beratungsangebot für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern

- Förderung der Orientierungsberatungen im Umweltschutz für Kommunen in den neuen Bundesländern
- Ökologische Forschung in Stadt- und Industrielandschaften (Stadtökologie)
- Kommunale Klimaschutzprogramme
- Landschaftsplanung und Bauleitplanung
- Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung
- Strategische Funktion der Flächennutzungsplanung
- Kommunaler Bodenschutz
- Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Gesetz
- Ökologisierung kommunaler Gebühren und Beiträge
- Gartendenkmalpflege -- Handlungshilfen für die Kommunen
- Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in Ländern Mittel- und Osteuropas

(Nähere Informationen zu den Projekten können dem aktuellen „Leistungsprofil“ entnommen werden.)

Medienangebote

Die Ergebnisse eigener, vereinzelt auch externer Arbeiten werden vom Difu in verschiedenen Veröffentlichungsreihen vorgelegt. Eine Gesamtübersicht enthält das Veröffentlichungsverzeichnis. Die 135 Zuwerderstädte und drei Kommunalverbände (siehe „Empfehlungen“) erhalten die Dienstleistungen und Publikationen des Instituts kostenlos, ansonsten gelten die im

„Leistungsprofil“ und „Veröffentlichungsverzeichnis“ angegebenen Preise.

Als Periodika erscheinen ferner viermal jährlich die Difu-Berichte, der Nachrichtendienst des Instituts. Ferner gibt das Difu das „Leistungsprofil“ heraus, eine Broschüre, die über die Institutsarbeit informiert.

Serviceleistungen

Neben einem umfangreichen Forschungsprogramm bietet das Difu primär seinen Zuwerderstädten eine Vielzahl unterschiedlicher Dienstleistungen an:

● **Kommunalberatung**

Diese reicht von der telefonischen Auskunft und Know-how-Vermittlung über die Vereinbarung von Vorträgen und Kurzseminaren bis hin zu intensiver Städteberatung sowie der Organisation von Tagungen und Aktivitäten im Rahmen des interkommunalen Erfahrungsaustauschs.

● **Informations- und Dokumentationsdienste**

Das Difu trägt mit seinen Informations- und Dokumentationsdiensten zu einer kontinuierlichen Informationsvermittlung unter besonderer Berücksichtigung des Informationsbedarfs der Kommunen bei. Für diese Aufgabe werden insbesondere die vom Institut produzierten Datenbanken eingesetzt, wie das Literatur-Informationssystem ORLIS und die kommunale Umfragendatenbank DEMOS. Ferner werden sog. Profildienste herausgegeben, d. h. themenbezogene Materialsammlungen, die ausschließlich Zuwerderstädten verfügbar sind. Die Nutzung des Literatur-Auskunftsdienstes ORLIS ist ebenfalls für Zuwerderstädte kostenlos. Nicht-Zuwerderstädte zahlen für einen unkommentierten Literaturausdruck eine Gebühr von 150,- bis 250,- DM. Die Datenbank ORLIS enthält zur Zeit knapp 160 000 Titel aus dem Bereich der Orts-, Regional- und Landesplanung. Hierbei handelt es sich

vorrangig um „Graue Literatur“, d. h. nicht im Buchhandel erhältliche Veröffentlichungen der Städte (Standortnachweis: Senatsbibliothek Berlin und weitere Bibliotheken bundesweit).

● **Fortbildung**

Das Kernstück der Fortbildungstätigkeit des Difu bilden die Seminare für Führungskräfte und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen sowie für Mandatsträger. Das Seminarprogramm umfaßt etwa 15-20 Seminare pro Jahr zur berufsbegleitenden Fortbildung. Die Veranstaltungen behandeln aktuelle kommunale Probleme sowie mögliche Lösungsansätze grundsätzlicher, Verwaltung wie Politik interessierender Fragen. Diese in der Regel drei- bis fünfzügigen Seminare werden in Zusammenarbeit mit externen Referenten, zum Teil auch gemeinsam mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung durchgeführt.

Die Seminargebühren variieren. Teilnehmern aus Zuwerderstädten wird ein Nachlaß bis zu 50 % eingeräumt.

Kosten und Termine der aktuellen Fortbildungsveranstaltungen sind dem halbjährlich wechselnden Seminarprogramm zu entnehmen.

Weitere Informationen:

Claudia Lemhoefer, Lt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: 0 30/3 90 01-2 08/2 09, Fax: 0 30/3 90 01-1 30.

Empfehlungen

Das Difu ist eine dem Deutschen Städtetag nahestehende kommunalwissenschaftliche Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungseinrichtung.

Zuwenderstädte des Difu:

A	I
Amberg	Ingolstadt
	Iserlohn
B	J
Backnang	Jena
Bautzen	
Beelitz	K
Bergen/Rügen	Kaiserslautern
Berlin	Karlsruhe
Bielefeld	Kiel
Bocholt	Koblenz
Bochum	Köln
Bonn	Konstanz
Bottrop	Kronberg
Braunschweig	
Bremen	L
	Lahr
C	Landau
Celle	Landshut
Coswig/Anhalt	Leipzig
Coswig/Sachsen	Leverkusen
Cuxhaven	Lingen
	Ludwigsburg
D	Ludwigshafen
Darmstadt	Lübeck
Delmenhorst	Lüdenscheid
Dessau	Lüneburg
Döbeln	Lünen
Dortmund	Lugau
Düren	
Duisburg	M
	Mainz
E	Mannheim
Eberswalde-Finow	Marburg
Eisenhüttenstadt	Markredwitz
Emmendingen	Moers
Erfurt	Mühlhausen
Erlangen	Mülheim/Ruhr
Essen	München
Esslingen	Münster
	N
F	Neubrandenburg
Falkensee	Neuss
Finsterwalde	Niesky
Flensburg	Nürnberg
Forchheim	
Frankfurt/M.	O
Freiburg	Oelsnitz
Friedrichshafen	Offenburg
Fürth	Oldching
Fulda	Oldenburg
	Osnabrück
G	P
Garbsen	Passau
Gelsenkirchen	Pforzheim
Genthin	Potsdam
Gießen	Prenzlau
Göttingen	
Goslar	Q
Gotha	Quedlinburg
Greifswald	
	R
H	Recklinghausen
Hagenow	Regensburg
Hamburg	Reutlingen
Hamel	Rosenheim
Hamm	Rostock
Hanau	Rüsselsheim
Hannover	
Heidelberg	S
Heidenheim	Saarbrücken
Hennigsdorf	Salzgitter
Herne	
Hildesheim	

Saßnitz
Schweinfurt
Siegen
Speyer
Stadtroda
Stendal
Stuttgart

T
Trier
Tübingen

U
Ueckermünde

V
Viern
Villingen-Schwenningen

W
Waldheim
Weiden/Opf.
Weißenfels
Wiesbaden
Wismar
Witten
Wittstock
Wolfsburg
Würzburg
Wuppertal

Z
Zeulenroda

Weitere Zuwender:

- Kommunalverband Ruhrgebiet
- Zweckverband Großraum Braunschweig
- Zweckverband Großraum Hannover

Zuwender insgesamt:

- 136 Städte (davon 36 aus den neuen Ländern)
- 3 Kommunalverbände

Stand: 8. 3. 1994

- Difu -

Zuwender
des Difu

DEUTSCHES JUGENDINSTITUT e.V.

– DJI –

Adresse	Freibadstraße 30 81543 München
Ansprechpartner	Institutsleitung: Herr Prof. Dr. Ingo Richter Herr R. Rathgeber (Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen) oder über die Zentrale an die einzelnen Abteilungen
Telefon	0 89/62 30 62 15 (Herr Rathgeber) 0 89/6 23 06-0
Telefax	0 89/62 30 61 62

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) entstand aus dem seit 1949 in München ansässigen „Deutschen Jugendarchiv e.V.“ und dem 1956 eingerichteten „Studienbüro für Jugendfragen e.V.“, es nahm 1963 seine Arbeit auf. Das DJI ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene, das

- Informationen und Literatur zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Bundesrepublik sammelt und dokumentiert,
- Modellmaßnahmen in der Jugend- und Familienhilfe initiiert, koordiniert, begleitet und überprüft,
- anwendungsorientierte Grundlagenforschung zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Bundesrepublik betreibt und
- Politik und Praxis bei der Auseinandersetzung mit sozialem Wandel berät und unterstützt.

Damit liegen die Aufgaben des DJI im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit; es hat die Funktion, einerseits Wissen in die soziale Praxis und Politik zu übertragen und andererseits Praxiserfahrung mit Forschung rückzukoppeln.

Das breite Spektrum der Themenbereiche, die im DJI behandelt werden, bietet besondere Möglichkeiten der Vernetzung und vielseitigen Betrachtung der Problemfelder. In acht Abteilungen mit 120 Planstellen (davon 80 Wissenschaftler) und einem Etat von ca. 17 Mio. DM (1993) werden die Aufgaben und Ziele des DJI verfolgt. Die Abteilungen des DJI mit ihren Arbeitsschwerpunkten sind:

- Jugendhilfe (Abt. I) mit Forschungsprojekten wie „Jugendhilfe und sozialer Wandel. Dauerbeobachtung der Entwicklung der Jugendhilfe in den 90er Jahren“; wissenschaftliche Begleitung des Bundesjugendplan-Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“
- Jugend und Arbeit (Abt. II) mit Forschungsprojekten wie „Hilfen zum Übergang Schule – Beruf im regionalen Kontext“; „Berufliche Erfahrungen und die Entstehung von Umweltbewußtsein bei Jugendlichen“

Aufgaben und Ziele der Institution

- DJI -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Jugend und Politik (Abt. III) mit dem Jugendsurvey „Jugend und Politik“.
- Mädchen- und Frauenforschung (Abt. IV), wo die gewandelten weiblichen Lebensentwürfe und die Machtverhältnisse zwischen beiden Geschlechtern im Mittelpunkt der Arbeit stehen.
- Familie/Familienpolitik (Abt. V) mit Untersuchungen „Familie im Wandlungsprozeß in Europa“; „Sozialpädagogische Familienhilfe in der BRD“; „Familienbezogene Beratungsdienste in der BRD“; „Handbuch zur Familientagespflege“.
- Kinder und Kinderbetreuung (Abt. VI) mit Untersuchungen wie z. B. „Orte für Kinder. Regionenspezifische Weiterentwicklung pluraler Angebotsformen für Kinder und Eltern“; „Qualifizierung von Erzieherinnen in den neuen Bundesländern“; „Freizeiträume für Schulkinder in unterschiedlich strukturierten Regionen der neuen Bundesländer“.
- Medien und neue Informationstechnologien (Abt. VII) mit Projekten wie „Grundschule und Werbung. Zum pädagogischen Umgang mit Werbung und Werbefolgen“; „Medienerfahrung von Jugendlichen in Familie und Peer-group“.
- Sozialberichterstattung (Abt. VIII) mit dem Forschungsvorhaben „Wandel und Entwicklung familiärer Lebensformen“, wo empirisch gesicherte Informationen über strukturelle Veränderungen familiärer Lebensformen und -verhältnisse und Reaktionen von Kindern, Jugendlichen und Eltern auf strukturelle Wandlungstendenzen erschlossen werden. Die DJI-Regionaldatenbank macht die regionalen Differenzierungen in den Lebenslagen von Familien sichtbar; sie stellt Daten auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zur Verfügung.

Das frühere „Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ“ in Leipzig wurde aufgrund des deutsch-deutschen Einigungsvertrages ab Januar 1991 innerhalb von 3 Jahren „abgewickelt“. Dies geschah in Gestalt einer Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts. Die Datenbestände und Studien des ehemaligen ZIJ wurden gesichert, aufbereitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eine Reihe von Projekten wurde bis Ende 1993 fertiggestellt, manche Projekte werden als integraler Bestandteil des Deutschen Jugendinstituts auch künftig weitergeführt.

Die Organe des DJI sind die Mitgliederversammlung, das Kuratorium und der Vorstand. Mitglieder im DJI können Personen werden, „die in besonderem Maße zur Förderung des Vereinszweckes beitragen können. Die Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Kuratoriums gewählt“. Außer diesen Mitgliedern gehören satzungsgemäß zu den Mitgliedern die Vertreter verschiedener Institutionen wie Oberste Landesjugendbehörden, Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, Bundesjugendring usw.

Finanziert wird das DJI vor allem durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend, durch Projektförderung aus Mitteln der Bundesministerien für Familie und Senioren sowie für Bildung und Wissenschaft und durch Zuwendungen der Bundesländer und Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Medienangebote

Mit seinen Publikationen will das DJI die Ergebnisse aus seinen Untersuchungen und Projekten veröffentlichen, die Fachöffentlichkeit und die Öffentlichkeit allgemein über die Arbeit des DJI informieren und mit Tagungs- und Projektberichten mit den daran Beteiligten kommunizieren.

Im DJI-Verlag erscheinen Arbeiten des DJI und auch externer Autoren.

Im Jahr 1993 sind zum Beispiel folgende Titel erschienen:

Hans Rudolf Leu: „Wie Kinder mit Computern umgehen. Studie zur Entzauberung einer neuen Technologie in der Familie“; Heide Funk: „Mädchen in ländlichen Regionen“; Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): „Was tun Kinder am Nachmittag?“; Diethelm Damm: „Jugendarbeit in selbstorganisierten Initiativen“; Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): „Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer“; darüber hinaus die ersten 3 Bände der neuen Reihe „Internationale Texte“: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): „Jugend und Wertewandel in Polen und der Bundesrepublik Deutschland“ (Bd 1); „Jugend, Wirtschaft, Politik. Lernen und arbeiten in Europa“ (Bd 2) und Slepzow/Rewenko: „Die Perestroika-Generation. Jugendliche in Rußland“ (Bd. 3).

Schon einige Jahre alt, aber immer noch aussagekräftig sind die „Materialien“ zu den letzten Jugend- und Familienberichten der Bundesregierung:

Materialien zum Siebten Jugendbericht – Familie und Jugendhilfe (z. B. „Soziale Netzwerke und Gesundheitsförderung“, „Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen“),
Materialien zum Achten Jugendbericht („Jugendhilfe – Historischer Rückblick und neuere Entwick-

lungen“, „Lebensverhältnisse Jugendlicher“, „Risiken des Heranwachsenden“, „Datenhandbuch“),
– Materialien zum Vierten Familienbericht – Die Situation älterer Menschen in der Familie (z. B. „Lebensbedingungen alter Menschen“, „Kompetenz und soziale Beziehungen im Alter“).

Ein Verzeichnis der lieferbaren Titel ist vom Referat Öffentlichkeitsarbeit/Publikationen zu erhalten. Der Vertrieb der kostenpflichtigen Werke erfolgt über den Buchhandel und den Juventa Verlag, Ehretstraße 3, 69469 Weinheim.

Weitere Publikationen von DJI-Autoren erscheinen laufend auch in dritten Verlagen. Im Kösel-Verlag, München, erschien 1993 das Handbuch „Was für Kinder aufwachsen in Deutschland“, womit nach den Handbüchern „Immer diese Jugend!“ und „Wie geht's der Familie?“ die vom DJI geplante Trilogie vollendet ist. Im Verlag Leske und Budrich erschienen vier Bücher mit Ergebnissen der DJI-Familienforschung: Hans Bertram (Hrsg.): „Die Familie in Westdeutschland. Familien-Survey Bd. 1“, „Die Familie in den neuen Bundesländern. Familien-Survey Bd. 2“, der „Familien-Atlas: Lebenslagen und Regionen in Deutschland. Karten und Zahlen“ (Opladen 1993), und Walter Bien (Hrsg.): „Eigeninteresse oder Solidarität. Beziehungen in modernen Mehrgenerationenfamilien. Familien-Survey Bd. 4“ (Opladen 1994).

Zweimal jährlich erscheint die DJI-Zeitschrift „DISKURS – Studien zu Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft“; dazu einmal jährlich als Supplement die „Bibliographie Jugendhilfe“ (Jahresabonnement 54,- DM zuzügl. 8,- DM Versandkosten).
Kostenlos zu abonnieren ist das vierteljährlich erscheinende DJI-BULLETIN mit aktuellen Projektberichten.

Die DJI-Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ veröffentlicht ein eigenes Projektblatt „Orte für Kinder“, von dem Nr 4 Ende 1993 erschien. Es kann bei der Abteilung kostenlos angefordert werden.

- DJI -

Die Serviceleistungen des DJI stehen einmal eng im Zusammenhang mit den einzelnen Projekten, die vom DJI durchgeführt werden, zum anderen werden sie erbracht von der Abteilung „Wissenschaftliches Referat beim Vorstand“.

Außerdem steht die umfangreiche Präsenzbibliothek mit allen vom DJI dokumentierten Büchern, Zeitschriften und „grauen“ Materialien externen Interessenten mit entsprechender Beratung zur Verfügung.

Beratung und Information für Interessierte erfolgt zu der im DJI ausgewerteten Literatur und zu den Themen, die durch Projekte im DJI bearbeitet werden.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Projekten stehen die Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen des DJI, die sich an Beteiligte der verschiedenen Projekte und Interessierte wenden (Auskunft darüber von dem Referat Öffentlichkeitsarbeit).

Weiterhin beteiligen sich die Mitarbeiter des DJI als Sachverständige und Referenten an den Veranstaltungen anderer.

Serviceleistungen

Die Kontaktaufnahme mit dem DJI ist zu empfehlen, wenn Fragen aus den Bereichen Jugend und Jugendhilfe, Familie und Kinder geklärt werden sollen.

- Um die vielfältigen Projekte und Publikationen des DJI kennenzulernen, sollten das DJI-Bulletin und das Verzeichnis der lieferbaren DJI-Titel angefordert werden.
- Die Informationsquelle Literatur-Dokumentation des DJI sollte genutzt werden, wenn Probleme aus den obengenannten Bereichen bearbeitet oder Maßnahmen vorbereitet werden sollen.

Das von der Leipziger Außenstelle des DJI zum Ende 1993 abgeschlossene Forschungsprojekt „Risikolagen und Risikoverhalten Jugendlicher“ veröffentlicht seine – zum Teil auch gesundheitspolitisch relevanten – Ergebnisse in einem Reader, der voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1994 erscheint.

Die Untersuchung ist auf folgende Verhaltensbereiche gerichtet: abweichendes Verhalten (Normverstöße in der Schule bis Aggression und Tendenzen zum Radikalismus), psychosomatische Reaktionen, Mißbrauch und Suchtgefährdung in bezug auf Tabak, Alkohol und illegale Drogen sowie Suizid Tendenzen. In der Untersuchung werden die speziellen Lebensbedingungen im Elternhaus, in der Schule und im Freizeitbereich sowie Persönlichkeitsmerkmale (Kompetenzen, Selbstvertrauen, Wertorientierungen, Lebensziele) der Jugendlichen insgesamt gekennzeichnet, für die Gruppe der gefährdeten Jugendlichen gesondert analysiert und die Entwicklung von Problemverhalten im Kontext veränderter Lebensbedingungen im Längsschnitt verfolgt.

Empfehlungen

DEUTSCHES KREBS- FORSCHUNGSZENTRUM HEIDELBERG

– DKFZ –

Adresse	Im Neuenheimer Feld 280 69120 Heidelberg
Ansprechpartner	a) Stiftungsvorstand: Prof. Dr. Dres. h.c. Harald zur Hausen Vorsitzender und wissenschaftliches Mitglied Telefon: 0 62 21/42 28 50 Dr. Reinhard Grunwald Administratives Mitglied Telefon: 0 62 21/42 28 60 b) Forschungsschwerpunkt Krebsentstehung und Differenzierung Sprecher: Prof. Dr. Werner W. Franke Telefon: 0 62 21/42 32 12 c) Forschungsschwerpunkt Tumorzellregulation Sprecher: Prof. Dr. Friedrich Marks Telefon: 0 62 21/ 42 45 31 d) Forschungsschwerpunkt Krebsrisikofaktoren und Krebsprävention Sprecher: Prof. Dr. Jürgen Wahrendorf Telefon: 0 62 21/42 22 00 e) Forschungsschwerpunkt Diagnostik und Experimentelle Therapie Sprecher: Prof. Dr. Stefan Meuer Telefon: 0 62 21/42 25 57 f) Forschungsschwerpunkt Radiologische Diagnostik und Therapie Sprecher: Prof. Dr. Walter Lorenz Telefon: 0 62 21/42 25 50 g) Forschungsschwerpunkt Angewandte Tumorvirologie Sprecher: Prof. Dr. (PhD) Jean Rommelaere Telefon: 0 62 21/42 49 60 h) Forschungsschwerpunkt Tumorummunologie Sprecher: Prof. Dr. Peter Krammer Telefon: 0 62 21/42 37 17 i) Forschungsschwerpunkt Bioinformatik Sprecher: Prof. Dr. Petre Tautu Telefon: 0 62 21/23 87 j) Verwaltung Dr. Wolfgang Henkel Telefon: 0 62 21/42 27 50 k) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Hilke Stamatiadis-Smidt, M.A. Telefon: 0 62 21/42 28 54/5
Telefon	0 62 21/4 20
Telex	461562 d
Telefax	0 62 21/42 29 95

- DKFZ -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg wurde am 31. Oktober 1964 als Stiftung des Öffentlichen Rechts gegründet.

Träger sind der Bund und das Land Baden-Württemberg mit einer finanziellen Beteiligung von 90 % (Bundesministerium für Forschung und Technologie) und 10 % (Ministerium für Wissenschaft und Forschung). Das DKFZ ist eine Großforschungseinrichtung mit dem Ziel, mit anspruchsvollen Forschungsprogrammen wesentliche Beiträge zum Verständnis der Ursachen, des Verlaufs der Krebserkrankungen und der zugrundeliegenden Prozesse zu leisten. Damit sollen

wissenschaftlich fundierte Vorbeugungs- und Therapiekonzepte erarbeitet sowie die Frühdiagnose verbessert werden

In acht Forschungsschwerpunkten und augenblicklich einer Projektgruppe betreiben Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen mit unterschiedlichen Methoden Krebsforschung.

Wegen der komplexen und fächerübergreifenden Fragestellungen arbeiten die Arbeitsgruppen im DKFZ eng zusammen und stehen im regen Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene.

Medienangebote

Die Ergebnisse der Arbeiten im DKFZ werden in wissenschaftlichen Zeitschriften des In- und Auslandes veröffentlicht. Seit Gründung des DKFZ bis 1990 wurden über 7.000 Publikationen gezählt.

Ein Verzeichnis der „Veröffentlichungen aus dem Deutschen Krebsforschungszentrum“ wird jedes Jahr erstellt und kann in der Pressestelle angefordert werden

Periodika

Alle 2 Jahre erscheint das Buch „Krebsforschung heute, Berichte aus dem Deutschen Krebsforschungszentrum“, in dem die Wissenschaftler des DKFZ allgemeinverständlich über ihre Arbeit berichten. Es kann über den Buchhandel bezogen werden (Steinkopff Verlag, Darmstadt). Als „Current Cancer Research“ erscheint es in englischer Sprache im Steinkopff (s.o.) und im Springer Verlag, Heidelberg/New York. Journalisten erhalten die Ausgaben über die Pressestelle.

– Die Zeitschrift des Deutschen Krebsforschungszentrums „einblick“ erscheint 3- bis 4mal im Jahr

und kann kostenlos im Abonnement über die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bezogen werden. Hier berichten Wissenschaftsjournalisten über die laufenden Arbeiten und Ergebnisse in der Krebsforschung des DKFZ und Fragestellungen, die darüber hinausgehen. Die Zeitschrift richtet sich an eine breite Öffentlichkeit

An Einzelbroschüren seien beispielhaft genannt:

- Broschüre im Rahmen der Aktion „Europa gegen den Krebs“: „Die zehn Regeln zur Bekämpfung des Krebses und ihre wissenschaftlichen Grundlagen“ kann kostenlos bei der Pressestelle angefordert werden
- „Technical Reports“ berichten über die verschiedenen Forschungsvorhaben einzelner Abteilungen des DKFZ.

Selbstdarstellung

Die Pressestelle gibt in deutscher und englischer Sprache Selbstdarstellungen zur Arbeit des DKFZ heraus

Serviceleistungen

Zentralbibliothek: Öffnungszeiten Montag bis Freitag 9.00 bis 22.00 Uhr, Samstag: 9.00 bis 13.00 Uhr (keine Ausleihe möglich, Präsenzbibliothek).

Sammelschwerpunkt der Bibliothek ist das gesamte Schrifttum über Krebs, darüber hinaus, in Ausrichtung auf die Forschungsaktivitäten im DKFZ, vor allem Literatur der Fachgebiete Biochemie, Genetik, Immunologie, Molekularbiologie, Strahlenmedizin, Umweltforschung, Virologie und Zellforschung

Der Bestand der Zentralbibliothek umfaßte 1993 rund 67.000 Bände und 850 laufend gehaltene Zeitschriften. Der Zuwachs pro Jahr liegt bei 3.000 Monographien- und Zeitschriftenbänden. Der Bestand ist durch einen Online- und einen Zettelkatalog erschlossen. Alle zwei Monate erscheinen Neuerwerbungslisten, die auch an interessierte auswärtige Institute und Wissenschaftler versandt werden.

Der Lesesaal verfügt über rund 80 Arbeitsplätze. Bücher und Zeitschriften sind frei zugänglich und nach Sachgruppen aufgestellt.

– Zur Bibliothek gehört die Informationsvermittlungsstelle (Servicezeiten Montag bis Donnerstag: 9.00 bis 17.00 Uhr, Freitag: 9.00 bis 15.30 Uhr).

Die Informationsvermittlung stützt sich auf online abfragbare Datenbanken sowie CD-ROM-Datenbanken. Die Online-Anschlüsse umfassen u. a. die Datenbankanbieter Data-Star in Bern, DIMDI (Deutsches Institut für medizinische Information und Dokumentation in Köln), STN (Scientific Technical Information Network) in Karlsruhe sowie Dialog Information Service in Palo Alto

Bibliothek wie Informationsvermittlung stehen Wissenschaftlern und Studenten der Universität Heidelberg sowie anderen mit Krebsaufgaben betrauten externen Forschern zur Verfügung.

Empfehlungen

- Es empfiehlt sich, bei ständigem Informationsbedarf an neuen Veröffentlichungen in einem Fachgebiet ein Abonnement in einer Datenbank in Auftrag zu geben.
- Für Forschungsvorhaben lohnt es sich, den gesamten Informationsbestand der Zentralbibliothek durch einen Aufenthalt in der Bibliothek zu nutzen.
- Es ist außerdem empfehlenswert, sich das jährlich erscheinende Veröffentlichungsverzeichnis zuschicken zu lassen.

Aus dem empfehlenswerten Medienangebot sei insbesondere auf folgendes hingewiesen:

- Wer sich als Laie regelmäßig über den neuesten Stand zur Krebsforschung einen Überblick verschaffen möchte, sollte die Zeitschrift „einblick“ abonnieren.

DEUTSCHES ROTES KREUZ e.V.

– DRK –

Adresse	Generalsekretariat Friedrich-Ebert-Allee 71 53113 Bonn
Ansprechpartner	Frau Elisabeth Krane (Referat Alten- und Familienhilfe, Sozialpflegerische und Gesundheitsdienste, Sachgebiet: Gesundheitsförderung)
Telefon	02 28/5 41-0
Telefax	02 28/54 12 90
Telex	8 86 619

Das Deutsche Rote Kreuz e.V. wurde 1950 neu gegründet und 1952 durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf als nationale Rotkreuzgesellschaft anerkannt und in die Liga der Rotkreuzgesellschaften aufgenommen. Bereits 1921 hatten sich die deutschen Landesvereine und Landesfrauenvereine vom Roten Kreuz zum Deutschen Roten Kreuz zusammengeschlossen.

Die Rotkreuzgesellschaften sind den Grundsätzen verpflichtet, die von der XX Internationalen Rotkreuzkonferenz 1955 beschlossen wurden: Menschlichkeit Unparteilichkeit Neutralität Unabhängigkeit – Freiwilligkeit – Einheit Universalität.

Das DRK ist nationale Rotkreuzgesellschaft und arbeitet nach den Bestimmungen der Genfer Rotkreuz-Abkommen und nach den Grundsätzen der Internationalen Rotkreuz-Konferenzen; das DRK ist zugleich anerkannter Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege. Satzungsgemäß hat das DRK folgende Aufgaben:

- Mitwirkung beim Schutz der Zivilbevölkerung, Hilfe für Opfer bewaffneter Konflikte,
- Mitwirkung im Sanitätsdienst der Bundeswehr,
- Suchdienst, Tätigkeit als Amtliches Auskunftsbüro nach den Genfer Rotkreuz-Abkommen, Mitwirkung bei der Familienzusammenführung und bei den mit diesen Aufgaben zusammenhängenden Hilfsaktionen, Verbreitung der Kenntnis der Genfer Rotkreuz-Abkommen,
- Krankenpflege, Krankentransport und Rettungsdienst auf den Straßen, in den Betrieben, auf dem Wasser und in den Bergen, Blutspendedienst,
- Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe,
- Erste Hilfe bei Notständen und Unglücksfällen,
- Internationale Hilfsaktionen, Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe und im Gesundheitsschutz,
- Gesundheitsförderung, Gesundheitsaufklärung und Gesundheitsbildung, Jugendhilfe,

Aufgaben und Ziele der Institution

- DRK -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Familienhilfe, Familienarbeit,
Kur- und Erholungshilfen,
Hilfen für Aussiedler und Zuwanderer sowie für ausländische Arbeitnehmer und Flüchtlinge,
Ambulante soziale und pflegerische Dienste, entlastende Hilfen für Pflegende,
Altenhilfe, Altenarbeit,
Hilfen für Behinderte und chronisch Kranke

Das DRK ist Träger von Diensten und Einrichtungen und anerkannten Ausbildungsstätten. Für die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter werden Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Die Mitgliedsverbände des DRK sind 19 Landesverbände, die im wesentlichen den Bundesländern entsprechen und sich in 603 Kreisverbände und über 5.700 Ortsvereine gliedern. Dem DRK gehört auch der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. an. Das Brändström-Haus im Deutschen Roten Kreuz e.V. und der Internationale Bund für Sozialarbeit – Jugendsozialwerk e.V. (IB) sind dem DRK angeschlossen. Mit diesen Verbänden hat das DRK über 4 Millionen Mitglieder, davon sind weit über 350 000 aktiv.

Die Organe des DRK sind die Bundesversammlung, das Präsidium und der Präsidialrat. Die Bundesversammlung besteht aus den Vertretern der Landesverbände, dem Präsidenten des DRK und den Vertretern der anderen Mitgliedsverbände. Das Präsidium, das von der Mitgliedsversammlung gewählt wird, hat bis zu 17 Mitglieder, zu denen das Präsidium noch fünf weitere Persönlichkeiten hinzuwählen kann. Der Präsidialrat besteht aus den Präsidenten der Landesverbände und der Präsidentin der Schwesternschaften vom DRK; er hat die Aufgabe, das Präsidium zu beraten und die Arbeit des DRK durch Erfahrungsaustausch und Vorschläge zu fördern.

Die Bundesversammlung kann zur Beratung des Präsidiums Fachausschüsse, das Präsidium Präsidialausschüsse bilden. So gibt es z. B. Fachausschüsse für Gesundheits- und Sanitätswesen, für Rettungsdienst und für Katastrophenschutz. Präsidialausschüsse sind z. B. für Sozialarbeit und für Humanitäres Völkerrecht eingerichtet. Zusätzlich gibt es noch allgemeine Ausschüsse wie Bundesmännerausschuß, Bundesfrauenausschuß und Bundesausschuß des Jugendrotkreuzes.

Zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben unterhält das DRK eine Geschäftsstelle beim Präsidium und das Generalsekretariat. Dieses hat in der Hauptsache drei Abteilungen:

1. DRK-Gemeinschaften, Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz, Internationale Katastrophen- und Entwicklungshilfe, Suchdienst
2. Sozialarbeit, Behindertenhilfe, Jugendhilfe, Familienarbeit, pflegerische Hilfen, Altenhilfe, Sozialpflegerische und Gesundheitsdienste, Eingliederungs- und Rückkehrhilfen.
3. Haushalts- und Finanzwesen, Rechtsfragen, Versicherungswesen, Mittelbeschaffung

Hinzu kommen noch Organisationseinheiten wie Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Blutspendedienst und Institut für Rettungsdienst.

Die Finanzierung der Arbeit des DRK erfolgt aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Stiftungen, Betriebseinnahmen und öffentlichen Zuwendungen.

Medienangebote

In Anbetracht der vielfältigen Aufgaben des DRK hat auch das Medienangebot eine große Spannweite. Es besteht aus Informationsmaterial und Unterrichtsmaterialien für die vielen ehrenamtlichen Helfer und die hauptamtlichen Mitarbeiter, aus Informationsmaterial für die Öffentlichkeit, aus Materialien, die für die Organisation und den Dienst der verschiedenen Einsatzbereiche des DRK notwendig sind und schließlich Materialien, die für das DRK und seine Aufgaben werben.

Als Periodika erscheinen u. a.

„die gute tat“, ein Mitglieder-Magazin mit 12 Landesverbandsausgaben, das vierteljährlich erscheint,
„Rotkreuz Magazin“ als offizielles Mitteilungsblatt des DRK. Es erscheint 6x jährlich und enthält jeweils einen Themenschwerpunkt,
„Forum Informationen“ für die Sozialarbeit,

- „Bernie“, DRK-Magazin für Kinder; erscheint zweimonatlich.

Außerdem gibt es

Leitfäden für Multiplikatoren wie z. B. Ausbilder, Kurslehrer, Übungsleiter,
Arbeitshilfen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter, z. B. „Kurvermittlung“, „Finanzierung sozialer Arbeit“,
Informationsbroschüren, Faltblätter, Plakate für einzelne Arbeitsbereiche

Über das Medienangebot des DRK gibt es ein Verzeichnis, das beim Generalsekretariat angefordert werden kann.

Serviceleistungen

Entsprechend seiner Aufgabenstellung ist das DRK darauf ausgerichtet, Dienstleistungen zu erbringen. Vom Zivil- und Katastrophenschutz über den Rettungsdienst mit Wasser- und Bergwacht bis zum Ausbildungsprogramm, Suchdienst und Blutspendedienst.

Gesundheitsförderung ist in die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der sozialen Arbeit eingebunden. Dies sind u. a.:

Offene Dienste
Beratungsstellen z. B. für Familien, ältere Menschen, Suchtkranke, ausländische Mitbürger, pflegende Angehörige, Bürger in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Hilfsmitteldienste usw.

Ambulante soziale und pflegerische Dienste
Haus- und Familienpflege, Sozialstationen, Essen auf Rädern, Sozialpädagogische Familienhilfe usw.

Einrichtungen

Wohnheime für Behinderte, Kur- und Erholungsheime, Kindergärten, Wohn- und Pflegeheime für ältere Menschen, Kurzzeitpflege, Krankenhäuser, Therapieeinrichtungen usw

Bildungsangebote

Vortragsveranstaltungen, Kursprogramme (z B „Die Eltern und ihr erstes Kind“, „Prager Eltern-Kindprogramm“, „Spiel- und Kontaktgruppen für Eltern mit Kindern von 1–3 Jahren“, „Krankenpflege in der Familie“, „Angehörige pflegen Angehörige“, „Psychohygiene“, „Anti-Stress“, „Yoga“, „Gymnastik“, „Wassergymnastik“, „Geselliges Tanzen“).

Diese Kurse sind eingebunden in die Palette der übrigen Angebote der sozialen Arbeit des DRK vor Ort.

Schulungsmaßnahmen für Multiplikatoren und Helfer

Ausbildung

Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege, Krankengymnastik, Krankenpflegehilfe, Altenpflegehilfe, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rettungsassistenz

Selbsthilfegruppenunterstützung

– DRK –

Serviceleistungen

Das Medienangebot und die Serviceleistungen des DRK sind so umfangreich und vielseitig, daß der direkte Kontakt mit dem jeweiligen Kreis- und Landesverband zu empfehlen ist, um die regionalen Kooperationsmöglichkeiten anzubahnen und abzuklären.

Ein Verzeichnis der Medien kann beim Generalsekretariat angefordert werden.

Empfehlungen

DEUTSCHES ZENTRALINSTITUT FÜR SOZIALE FRAGEN

– DZI –

Adresse Bernadottestraße 94
14195 Berlin

Telefon 0 30/83 90 01-0

Telefax 0 30/8 31 47 50

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen wurde 1893 als Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur in Berlin mit der Zielsetzung gegründet, Hilfen und Übersicht im Wohlfahrtswesen Berlins zu geben. Das DZI ist seit dem Jahre 1957 eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Die Stiftungsträger sind der Senat von Berlin, das Bundesministerium für Familie und Senioren, die Industrie- und Handelskammer zu Berlin, der Deutsche Städtetag und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. Die Finanzierung erfolgt in unterschiedlicher Höhe durch die Stiftungsträger und die Sozialministerien der Bundesländer.

Die drei Arbeitsgebiete des DZI sind die Literaturdokumentation für die Fachbibliothek zum Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik/Sozialwesen, der Eigenverlag und die Organisationsdokumentation mit der Spenderberatung.

In der Literaturdokumentation werden ca. 220 Zeitschriften zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik und deren Grundlagenwissenschaften ausgewertet. Monographien aus diesen Wissenschaftsgebieten sind vorhanden, vor allem die praxisnahe Literatur aus dem Wohlfahrtspflegebereich.

Im Eigenverlag erscheint seit 1951 monatlich die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ und die Publikation „Craubuch – Der Führer durch das soziale Berlin“, welches ca. 8.660 Einträge aus dem Bereich der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege sowie aus dem Selbsthilfesektor enthält.

Die Organisationsdokumentation dient hauptsächlich der Spenderberatung. Hier werden Anfragen von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen, Behörden, Ordnungsämtern und Ministerien beantwortet. Die Zuständigkeit des DZI bezieht sich auf Hilfsorganisationen, die im humanitär-karitativen Bereich tätig sind und sich überwiegend bzw. ausschließlich durch Spendengelder finanzieren.

- DZI -

Medienangebote

Als regelmäßig erscheinende Publikationen gibt das DZI die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ und das „Graubuch – Der Führer durch das soziale Berlin“ heraus. Die Zeitschrift wendet sich mit ihrer Themenpalette an die Mitarbeiter in Organisationen, Einrichtungen und Verbänden der Wohlfahrtspflege sowie in der Sozialverwaltung wie auch an die Lehrenden und Lernenden in den Fachhochschulen. Die behandelten Themen stammen aus allen Bereichen der sozialen Arbeit. Das „Graubuch“ ist mit seinem Angebot ein Helfer in der Berliner Verwaltung, in der Wohlfahrtspflege und im Selbsthilfesektor der Stadt.

Im Sommer und im Spätherbst gibt das DZI die aktuelle Spendenliste („Bulletin“) heraus. Sie enthält die Namen der Hilfsorganisationen, die das Spenden-Siegel erhalten haben. Neben den Anschriften enthält das „Bulletin“ die Spendenkonten und Kurzinformationen zu den Arbeitsgebieten der Hilfsorganisationen

Serviceleistungen

Die Bibliothek steht den Benutzern von Montag bis Donnerstag mit dem Lesesaal zur Verfügung. Literaturrecherchen nach individuellen Fragestellungen können in Druckform bezogen werden und auf 5¼"-Disketten (ASCII-Dateien) für DOS-Rechner. Die in den Recherchen nachgewiesenen Quellen sind in Kopie per Fax gegen eine Gebühr zu erhalten.

In der Reihe „Programme“ sind medizinische und sonderpädagogische Informationsvideos erschienen, die bei den örtlich zuständigen Landesbildstellen oder beim DZI kostenlos entliehen werden können. Die Reihe enthält folgende Themen:

„Krebs bei Kindern“

Zielgruppe: Eltern, Geschwister, Angehörige und BetreuerInnen von an Krebs erkrankten Kindern,

„Diagnose Brustkrebs“

Zielgruppe: Patientinnen und ihre Angehörigen,

- „Krebsnachsorge“

Zielgruppe: PatientInnen und ihre Angehörigen,

„Der Kehlkopflose“

Zielgruppe: Patienten und ihre Angehörigen,

„Die Werkstatt für Behinderte“

Zielgruppe: Behinderte Jugendliche und ihre Eltern,

„Umgang mit Geld“

Zielgruppe: Behinderte und nichtbehinderte Kinder im Vorschulalter

Innerhalb der Spenderberatung gibt das DZI grundsätzlich Auskunft über deutsche bzw. in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Hilfsorganisationen. Anfragen nach Organisationen, über die eine Auskunft nicht möglich ist, werden mit standardisierten Texten beantwortet. Alle Anfrager sind gebeten, einen adressierten und frankierten Rückumschlag (Normalporto) beizulegen.

DIAKONISCHES WERK DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DEUTSCHLAND e.V.

– DW –

Adresse Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart

Telefon 07 11/21 59-0

Telefax 07 11/21 59-2 88

Telex 723 557 ddws d

Die Geschichte der organisierten Diakonie begann 1848, als Johann Hinrich Wichern beim Wittenberger Kirchentag das Programm der Inneren Mission gegen geistliche und materielle Armut und soziale Not entwarf und der „Centralausschuß für Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche“ gebildet wurde. Nach diesem Vorbild entstanden in Städten und Kirchenbezirken lokale und regionale Verbände der Inneren Mission mit rechtlich selbständigen Heimen, Anstalten und Einrichtungen der volksmissionarischen Arbeit, die sozialpädagogische, fürsorgerische und pflegerische Verantwortung für Hilfebedürftige wahrnahmen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde unter der Leitung von Eugen Gerstenmaier 1946 das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland gegründet. Diese Organisation half wesentlich mit, durch Erschließung von Auslandshilfen und durch Wiederbelebung ökumenischer Kontakte die Hungersnot in Deutschland zu bekämpfen, Vertriebene und Flüchtlinge anzusiedeln und die Jugendberufsnot zu lindern. In diese Arbeit war jede Kirchengemeinde einbezogen.

Beide Säulen der Diakonie – die Innere Mission und das Hilfswerk – haben sich ab 1957 in landeskirchlichen Werken zusammengeschlossen und wurden 1975 im Diakonischen Werk der EKD vereint. In der Satzung des Werkes wird über das Wesen der Diakonie unter anderem ausgesagt: „Die Kirche hat den Auftrag, Gottes Liebe zur Welt in Jesus Christus allen Menschen zu bezeugen. Diakonie ist die Gestalt dieses Zeugnisses und nimmt sich besonders der Menschen in leiblicher Not, in seelischer Bedrängnis und in sozial ungerechten Verhältnissen an. Sie sucht auch die Ursachen dieser Nöte zu beheben.“

Dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) gehören als Mitglieder die Diakonischen Werke der 17 Landeskirchen der EKD, neun Freikirchen mit ihren diakonischen Einrichtungen sowie rund 100 Fachverbände der verschiedensten Arbeitsfelder und Sachgebiete an. Diese Mitglieder repräsentieren rund 18.000 selbständige Einrichtungen unterschiedlicher Größe und Rechtsform, in denen über 280.000 hauptamtliche Mitarbeiter voll- oder teilbeschäftigt sind. Ferner gibt es über 5.000 diakonische Selbsthilfe- und Helfergruppen. Mitgetragen wird die diakonische Arbeit von den rund 12.000 Gemeinden der Landes- und Freikirchen, in denen Hunderttausende ehrenamtliche Mitarbeiter tätig sind.

Aufgaben und Ziele der Institution

– DW –

Aufgaben und Ziele der Institution

Folgende Aufgaben werden vom Diakonischen Werk, seinen Landes- und Ortsverbänden und deren Einrichtungen und Diensten im Bundesgebiet vor allem wahrgenommen:

- Die Arbeit der Diakonie in der Jugendhilfe ist von den veränderten sozialen Strukturen abhängig: Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Heimen wurde in den letzten Jahren vor allem dadurch geprägt, daß einerseits ein deutlicher Abbau der Zahl der Heimplätze erfolgte, andererseits aber das pädagogische Angebot in den Heimen stark differenziert und erweitert wurde. Auch das Angebot an teilstationären und ambulanten Hilfen wurde ausgebaut.
Die Kinderkur- und -erholungseinrichtungen, deren Bettenzahl rückläufig ist, haben auch heute noch ihre Bedeutung in der vorbeugenden und rehabilitativen Gesundheitsvorsorge
In den meisten Kirchengemeinden ist ein evangelischer Kindergarten anzutreffen. Die Arbeit im Kindergarten trägt neben der Familie wesentlich zur sozialen Sozialisation des Kindes bei
Von einigen Landesverbänden werden Adoptions- und Pflegevermittlungsstellen unterhalten, die sich zunehmend auf die Vermittlung von Problemkindern (behinderte Kinder, Kinder mit Entwicklungsstörungen) und auf die nachgehende begleitende Beratung der Aufnahmefamilien konzentrieren
- Die Familienhilfe umfaßt die Praxisbereiche: Familienbildungsstätten, Müttergenesung, Einrichtungen für Mutter und Kind, Frauenhäuser, Angebote für Alleinerziehende, Beratungsstellen für Ehe-, Familien- und Lebensfragen, Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte (§ 218b), offene Sozialarbeit.
- Im Bereich der Krankenhilfe stehen die evangelischen Krankenhäuser im Vordergrund.
Aus der Gemeindekrankenpflege und den Schwesternstationen sind im letzten Jahrzehnt bundesweit Diakonie-/Sozialstationen entstanden, die kranke und pflegebedürftige Menschen in ihrer Häuslichkeit versorgen und betreuen
- In der Altenhilfe sind neben den Heimen für die Versorgung, Pflege und Betreuung der alten Menschen zunehmend Altenwohnungen, ambulante Hilfen (Hauspflege, Essen auf Rädern), Begegnungsstätten, Altenclubs und aktivierende Bildungs- und Geselligkeitsangebote getreten, die die Selbstverantwortung des alten Menschen solange wie möglich erhalten sollen
- Die Behindertenhilfe der Diakonie geschieht durch offene Dienste sowie durch teilstationäre und stationäre Einrichtungen (z. B. Beratungsstellen, vorschulische und schulische Einrichtungen, berufliche Ausbildung, berufliche Eingliederung, Wohneinrichtungen mit spezifischen Angeboten, Erwachsenenbildung, Initiativgruppen).
Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen finden qualifizierte Hilfen in Einrichtungen und Diensten in diakonischer Trägerschaft (wie Psychiatrische Kliniken, Tageskliniken, Übergangseinrichtungen, besondere Wohn- und Arbeitsangebote, sozialpsychiatrische Dienste und Beratungsstellen). Ein wesentlicher Beitrag diakonischer Behindertenarbeit liegt in der Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für eine Beheimatung des Behinderten in der Gemeinde.
- Auch der Bereich der Gefährdetenhilfe mußte sich den veränderten Bedingungen anpassen. Durch die steigende Zahl der Nichtseßhaften sind verstärkte Hilfen notwendig. Für die Straffälligen und Straftlassenen wurden neue Rehabilitationskonzepte ent-

wickelt. Die Dienste der Bahnmissionsmission als ökumenisch erbrachter Dienst werden weiterhin von den Menschen unterwegs stark in Anspruch genommen. In der Obdachlosenhilfe wurde in den letzten Jahren die offene Hilfe (Beratung in sozialen und rechtlichen Fragen, Hilfen bei Wohnungssuche) ausgebaut wie auch im stationären Bereich Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die persönlichen Hilfen verbessert.

- Die Suchtkrankenhilfe begegnet vielen Erscheinungsbildern von Abhängigkeit. Beratungsstellen, Fachkliniken und Rehabilitationseinrichtungen der Diakonie bilden eine therapeutische Kette, die im Vorfeld der Gefährdung als Prophylaxe beginnt, im Stadium der akuten Betroffenheit als stationäre oder ambulante Therapie wirksam wird und in der Nachsorge in Form der begleitenden Unterstützung und Beratung endet. Dabei stützt sich die Suchtkrankenhilfe auf eine Vielzahl ehrenamtlicher Helfer und abstinenter Gruppen
- Seit ca. 15 Jahren stellt sich die Diakonie dem neu entstandenen gesellschaftlichen Problem der Arbeitslosigkeit. Viele Projekte, insbesondere für Langzeitarbeitslose, wurden entwickelt und Unternehmen „Neue Arbeit“ gegründet, die Arbeitsplätze für schwervermittelbare Arbeitslose schaffen sollen
Im Themenkreis Soziale Fragen der Ausländerbeschäftigung übernimmt die Diakonie Anwaltsfunktionen für die hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien.
- Die Hilfen für ausländische Flüchtlinge (Asylbewerber und Asylanten) wurden mit der starken Zunahme der Flüchtlinge – insbesondere aus den außereuropäischen Ländern – verstärkt. In spezifischen Beratungs- und Kulturzentren werden Hilfen psychosozialer, sozialer und sozialrechtlicher Art angeboten.
- Die Eingliederungshilfen für Aussiedler (Deutsche aus den osteuropäischen Ländern) beinhalten neben Beratung in formalen und rechtlichen Fragen Maßnahmen zur Information über die gesellschaftlichen Verhältnisse hier sowie Anpassungs- und Orientierungshilfen.

Viele Mitarbeiter der Diakonie erhalten ihre Ausbildung an evangelischen Fach- und Fachhochschulen. Neben einer fachlich qualifizierten Ausbildung in den verschiedenen sozialen Arbeitsfeldern sind christliche Orientierung und theologische Fundierung ein besonderes Anliegen der diakonischen Ausbildung

Die Diakonie ist aufgefordert, auch im internationalen Rahmen Hilfe für Menschen in Not zu leisten. Entsprechend der Satzung des Diakonischen Werkes richtet sich die Diakonie „in ökumenischer Weise an einzelne und Gruppen, an Nahe und Ferne, an Christen und Nichtchristen“. Die Verwirklichung dieses Auftrages erfolgt in unterschiedlichen Formen. Am meisten bekannt ist die Arbeit von „Brot für die Welt“. Diese Aktion begann 1959 mit dem Ziel, die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt zu fördern. An ihr sind alle evangelischen Landes- und Freikirchen beteiligt. Die Mittel für die Finanzierung der Entwicklungsprojekte werden durch Spenden erbracht, die in jährlichen Aktionen, jeweils beginnend am 1. Advent, im ganzen Bundesgebiet gesammelt werden.

Die Planung und Abwicklung der Projekte erfolgt zentral in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes in Stuttgart. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel auf die vom Arbeitsstab vorgelegten Projekte erfolgt durch den dreimal im Jahr tagenden Ausschuß für „Ökumenische Diakonie“

Den aufgeführten Aufgaben dient das Diakonische Werk mit seinen Organen (Diakonische Konferenz, Diakonischer Rat) und seiner Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart mit Außenstellen in Berlin und Bonn, in denen insgesamt 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind. Die Hauptgeschäftsstelle ist in fünf Hauptabteilungen und die Diakonische Akademie gegliedert:

- Die Hauptabteilung I „Theologie“ leistet die theologische Arbeit des Diakonischen Werkes und fördert die missionarischen und seelsorgerischen Dienste aller Landes- und Freikirchen in der Bundesrepublik Deutschland.
- Die Hauptabteilung II „Ökumenische Diakonie“ verantwortet gemeinsam mit allen Landes- und Freikirchen sowie weiteren kirchlichen Werken diakonische Aktivitäten, die weltweit Not lindern sollen. Dazu gehören „Brot für die Welt“, die Nothilfe bei Katastrophen und Stipendienprogramme
- Die Hauptabteilung III „Sozial- und Jugendhilfe“ arbeitet an der Verwirklichung der diakonisch-sozialen Aufgabenstellung im Rahmen des Sozialstaates mit.

Dies umfaßt die Begleitung der vielfältigen ambulanten, halboffenen und stationären Hilfen für Kinder und Jugendliche, Behinderte, kranke und alte Menschen sowie der Ausbildung für soziale und sozialpflegerische Berufe.

Die Hauptabteilung IV „Finanzen, Wirtschaft, Verwaltung“ sorgt für die materiellen Voraussetzungen diakonischer Arbeit

Die Hauptabteilung V „Recht“ nimmt die rechtlichen Interessen des Diakonischen Werkes wahr, äußert sich mit den Fachabteilungen zu einschlägigen Gesetzesvorhaben, berät in Grundsatz- und wichtigen Einzelfragen und verantwortet das eigene Arbeitsrecht in der Diakonie mit. Hier werden auch die personellen und organisatorischen Aufgaben der Hauptgeschäftsstelle wahrgenommen

Die Diakonische Akademie hat den Auftrag, die Fort- und Weiterbildung von leitenden Mitarbeitern, Fortbildnern und Multiplikatoren aus den verschiedensten sozialen und diakonischen Arbeitsfeldern wahrzunehmen. Im Jahr besuchen rund 5.000 Teilnehmer die Veranstaltungen der Diakonischen Akademie.

- DW -

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Medienangebot des Diakonischen Werks setzt sich zusammen aus den Veröffentlichungen des Diakonischen Werks und denen der einzelnen Mitglieder, z. B. Diakonie im Rheinland, Diakonie in Hessen und Nassau sowie einzelner Fachgebiete des Diakonischen Werks; es richtet sich an die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des Diakonischen Werks und auch an die Endadressaten.

Das Diakonische Werk bringt mehrere Periodika heraus:

- „Diakonie“ erscheint als Fachzeitschrift zweimonatlich und ist das Nachfolgeorgan von „Die Innere Mission“ (kostenverursachend),
- „Diakonie report“ als Informationszeitschrift zweimonatlich (Nachfolgeorgan von „Das Diakonische Werk“), kostenlos,
- „Jahrbuch der Diakonie“ erscheint jährlich und ist das Nachfolgeorgan des Jahrbuches der Inneren Mission und des Hilfswerkes.

Regelmäßig erscheinen Broschüren zu den verschiedenen Arbeitsbereichen des Diakonischen Werkes (kostenpflichtig).

In den einzelnen Arbeitsbereichen gibt es ebenfalls Zeitschriften der Fachverbände

Plakate, Poster und eine Vielzahl von audiovisuellen Medien, die sich vor allem an die Endadressaten richten, gehören weiterhin zum Medienangebot des Diakonischen Werks.

Informationen über das Medienangebot sollten bei der Presse- und Informationsabteilung eingeholt werden, wo auch ein Veröffentlichungsverzeichnis zur Verfügung steht.

Medienangebote

Die Informations- und Wissensvermittlung über Publikationen ist der eine Schwerpunkt der Serviceleistungen des Diakonischen Werkes. Der andere ist das Fort- und Weiterbildungsangebot der Diakonischen Akademie als zentrale Fortbildungsstätte des Diakonischen Werks, zu dem ein Jahresprogramm erscheint.

Das Angebot richtet sich an leitende Mitarbeiter, Fortbildner, Praxisberater und Spezialisten in verschiedenen Handlungsfeldern (auch von anderen Stellen als denen

des Diakonischen Werks) und enthält u. a. sog. Akademiekurse als langfristige Fortbildung, Fortbildungskurse während eines begrenzten Zeitraumes, Seminare, Projektseminare, Studientage und -fahrten (Kursgebühren werden erhoben)

Zu dem weiteren Serviceangebot gehören die Beratung in speziellen Fragen der Diakonie und eine umfangreiche Präsenzbibliothek

Serviceleistungen

Innerhalb des umfangreichen Medienangebotes und der vielfältigen Serviceleistungen enthält insbesondere das Fortbildungsangebot des Diakonischen Werkes für die in der Gesundheitsförderung Tätigen einige interessante Veranstaltungen, so daß Interessierte sich in den Verteiler für das Fortbildungsprogramm aufnehmen lassen sollten

Ein Kontakt mit den regionalen Diakonischen Werken, die ebenfalls Fortbildung durchführen und für einige Vorhaben wichtige Partner sein können, ist zu empfehlen.

Außerdem sollte das Medienangebot bekannt sein. Informationen bei zielgerichteten Anfragen gibt die Presse- und Informationsabteilung, wo außerdem ein Veröffentlichungsverzeichnis angefordert werden kann.

Empfehlungen

EVANGELISCHE AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR FAMILIENFRAGEN

– EAF –

Adresse Bundesgeschäftsstelle
Meckenheimer Allee 162
53115 Bonn

Telefon 02 28/63 47 91

Telefax 02 28/65 14 54

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) ist ein Dachverband mit evangelischen Einrichtungen, Verbänden und Werken als Mitgliedsverbänden. Ihre Arbeitsmaterialien können auch im Zusammenhang mit Gesundheitserziehung dem Verständnis komplexer Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens dienen. Sie bieten wichtige Anhaltspunkte für die Identifizierung von Gesundheitsbelastungen, die sich aus der Beanspruchung von Familien und ihren Mitgliedern, aus dem Wandel der Familien und infolge des Zusammenwohnens ergeben.

*Für den
eifigen Leser*

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) wurde 1953 mit Sitz in Bonn gegründet. Sie ist ein Zusammenschluß selbständiger evangelischer Einrichtungen, Verbände und Werke, die sich mit Fragen aus dem Familienbereich befassen. Die EAF hat eigenständige Landesarbeitskreise für Familienfragen. Sie wird durch die evangelische Kirche sowie durch das Bundesministerium für Familie und Senioren finanziert

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Die Hauptaufgabe des Zusammenschlusses ist eine gemeinsame Beratung und Vertretung ethischer, pädagogischer, sozialer, rechtlicher und wirtschaftlicher Fragen der Familienpolitik. Dabei befassen sich vier ständige Fachausschüsse mit

- Familie und Wohnen
- Erziehung, Bildung und Beratung
- Ehe- und Familienrecht
- volkswirtschaftlichen, steuerlichen und sozialversicherungsbezogenen Fragen.

Die EAF beobachtet die familienbezogenen Entwicklungen und Auswirkungen in der Familien- und Frauenpolitik, in der Wohnungsbaupolitik, in der Bildungspolitik, in der Arbeits- und Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik und in der Rechtspolitik.

Eine wichtige Aufgabe der Vereinigung besteht in der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, die den Zuständigkeitsbereich der EAF berühren. Dabei wird oftmals mit anderen Organisationen aus dem Bereich der Familienpolitik zusammengearbeitet. Auch über die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen hinaus sucht die EAF die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen, kirchlichen und politischen Organisationen, die sich mit den Belangen der Familie befassen.

- EAF -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Mitglieder der Evangelischen Aktionsgemeinschaft sind daher auch in zahlreichen einschlägigen Gremien vertreten

Eine wichtige Aufgabe der EAF ist die Erarbeitung von Vorstellungen und Vorschlägen zur Gestaltung und Verbesserung der Alltagsbedingungen und der Wohnverhältnisse von Familien, wobei das Augenmerk auch auf besondere Belange wie die der Älteren, Alleinlebenden und der Ausländer gerichtet wird. Die EAF befaßt sich ebenfalls mit Fragen der Bereitstellung und Ausgestaltung der familienergänzenden Einrichtungen wie Kindergartenplätze

Im Zusammenhang mit Fragen der Familie und Lebensgestaltung orientiert sich der Verband an dem Leitbild der Partnerschaft in Ehe und Familie. Als eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung von Partnerschaft sieht der Verband die gleichberechtigte Beteiligung von Mann und Frau sowohl an der Familien- als auch an der Erwerbsarbeit, bzw. die Wahlfreiheit für Mann und Frau in beide Richtungen

Der Verwirklichung dieses Partnerschaftsmodells stehen jedoch vielfach die Lebens- und Arbeitsbedingungen entgegen. Im Zusammenhang einer Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit sollte nach Ansicht des Verbandes darauf hingewirkt werden, daß eine gemeinsame Familienfreizeit möglich bleibt. Die Folge ungünstig verteilter Arbeitszeit, auch bei einer Verkürzung der Arbeitszeit selbst, wäre nicht nur eine Auflösung

der Familie, der Nachbarschaft und des Freundeskreises als Kommunikationsgemeinschaft. Vielmehr würde dies auch die gesamtgesellschaftliche Desintegration beschleunigen

Eine andauernde Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Familienmitglieder bewirkt Veränderungen des familiären Alltagslebens, die das System der Familie destabilisieren und auch die nicht arbeitslosen Familienmitglieder beeinträchtigen können

Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich unmittelbar im familiären Zusammenleben aus und beeinflusst die Form der Erziehung, den Umgang mit dem Partner sowie die Kommunikation und Organisation in der Familie. In der Wohnung selbst wird Raum benötigt für Zeiten, die sonst am Arbeitsplatz verbracht wurden, mit der Folge, daß eingetübte Zuordnungen in der Wohnung gestört und Konflikte zwischen den Familienmitgliedern ausgelöst werden.

Durch wachsende Geldprobleme ist ein Umzug in billigeren Wohnraum erforderlich. Insbesondere für junge Erwachsene kann eine Langzeitarbeitslosigkeit Auswirkungen auf das Wohnverhalten haben, da der Ablösungsprozeß von den Eltern u. a. durch eigenes Einkommen beeinflusst wird bzw. durch Flucht in die Ehe überstürzt wird. Weiterhin wird die Teilnahme am öffentlichen Leben eingeschränkt; es sind Rückzugs- und Isolationstendenzen spürbar.

Medienangebote

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) gibt die Zeitschrift „Familienpolitische Informationen“ heraus, die sechsmal jährlich erscheint und sich vor allem an Leser aus Politik, Kirche, Staat und Wissenschaft richtet. Es werden die aktuellen familienpolitischen Entwicklungen und Probleme dargestellt

und beurteilt sowie die Stellungnahmen der Aktionsgemeinschaft veröffentlicht. Die Zeitschrift kann im Abonnement bezogen werden

Daneben dokumentiert und publiziert der Verband die von ihm durchgeführten Fachtagungen

Serviceleistungen

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) führt im Rahmen ihrer jährlichen Mitgliederversammlung Fachtagungen zu unterschiedlichen Themen aus ihrem Aufgabenfeld durch. So befaßten sich Fachtagungen der letzten Jahre u. a. mit Kontinuität und Veränderung in der Familie, mit Auswirkungen der Reproduktionstechniken auf Eltern und Kinder, mit Familie und Wohnen. In der Regel sind diese Tagungen nur für Verbandsmitglieder vorgesehen, ausnahmsweise gehen auch Einladungen an fachinteressierte Nichtmitglieder.

Daneben nehmen Mitglieder des Verbandes als Vortragende an Veranstaltungen und Tagungen zu familienpolitischen Sachverhalten teil und wirken an der Vorbereitung und Gestaltung solcher Tagungen mit.

Mitglieder der EAF stehen außerdem als Autoren für wissenschaftliche, fachliche und verbandliche Zeitschriften zur Verfügung und publizieren dort zu familienpolitischen Themenstellungen.

Einer der thematischen Schwerpunkte liegt im Bereich des Wohnens. Hier werden u. a. Fragen einer familiengerechten Wohnumwelt und Wohnform, die Erfordernisse und Möglichkeiten familienfreundlichen Wohnens sowie Probleme des sozialen Wohnungsmarktes erörtert. Weiterhin konzentrieren sich die Veröffentlichungen auf Fragen des Familienlastenausgleichs wie etwa Erziehungsgeld und -urlaub, Kindergeld und Ausbildungsförderung

Auf familienrechtlichem Gebiet erfolgten bisher vor allem Veröffentlichungen zum Ehe- und Familienrecht, insbesondere zum Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht.

Im Bereich Lebenssituation alter Menschen wurde zur Anrechnung der Erziehungszeiten im Rentenrecht und zur Absicherung des Pflegefallrisikos publiziert.

Empfehlungen

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) befaßt sich mit einer Thematik, die in hohem Maße vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel betroffen ist.

Die Eltern-Kind-Familie als Leitbild der Familienpolitik ist nur noch auf eine bestimmte zeitliche Phase in der lebenslangen oder zumindest langdauernden Ehe oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft verdichtet. Sie stellt eine Phase besonders intensiver hauswirtschaftlicher und wohnungsmäßiger Beanspruchung für die Erwachsenen dar. Die damit verbundenen Belastungen können in Verbindung mit ungünstigen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Geldproblemen, Krankheit und

Pflegefall zu Gesundheitsrisiken werden.

Umgekehrt können die zunehmende Abkoppelung der Arbeitszeitstrukturen von den familiären Zeitrhythmen und die stark erhöhten Mobilitätsanforderungen an die Familienmitglieder die entlastenden und wiederherstellenden Wirkungen des familiären Zusammenlebens aufzehren und von daher zu einer Verringerung der physischen und psychischen Belastbarkeit führen.

Der Sachverstand und die Ausarbeitungen und Veröffentlichungen der EAF können für eine Identifizierung gesundheitsriskanter Strukturumbrüche im Bereich Familie und vor allem im Bereich Wohnen wichtige Hinweise liefern.

**Amt für Sozialethik und Sozialpolitik
der Ev. Kirche im Rheinland**

Rochusstraße 44
40479 Düsseldorf
Tel.: 02 11/3 6101

**Arbeitsgemeinschaft für
alleinerziehende Mütter und Väter in der EKD**

AGAE, im Diak. Werk der EKD, HA III
Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Tel : 07 11/21 59-2 76

**Arbeitskreis Ev. Helmvolkshochschulen
in Deutschland**

Lutherweg 16
29320 Hermannsburg
Tel : 0 50 52/80 06

**Bayerischer Mütterdienst
der Ev.-Luth. Kirche in Bayern**

Deutenbacher Straße 1
90547 Stein
Tel.: 09 11/6 80 60
Telefax: 09 11/6 80 61 77

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Ev. Familien-Bildungsstätten**

Deutenbacher Straße 1
90547 Stein
Tel.: 09 11/6 88 79-27
Telefax: 09 11/68 06 77

**Bundesverband der Ev. Arbeitnehmer
in der BRD e. V.**

Roedernallee 2 c
13407 Berlin
Tel.: 0 30/4 14 20 42
Telefax: 0 30/4 14 20 43

Bundesvereinigung Ev. Eltern und Erzieher

Im Brühl 30
61476 Kronberg
Tel.: 0 61 73/24 45

Bundesvereinigung Ev. Kindertagesstätten e. V.

Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Tel.: 07 11/21 59-2 67
Telefax: 07 11/21 59-2 88

**Bund Ev.-Freikirchlicher Gemeinden
in Deutschland**

Bundesmissionshaus
Friedberger Straße 101
61350 Bad Homburg v. d. H.
Tel.: 0 61 72/80 04-0
Telefax: 0 61 72/80 04-36

CVJM-Gesamtverband in Deutschland

Im Druseltal 8
34131 Kassel
Tel : 05 61/3 08 70

**Diakonisches Werk
der Ev. Kirche in Deutschland**

Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Tel : 07 11/21 59-0

Ev. Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung

Zweifalltorweg 10
64293 Darmstadt
Tel : 0 61 51/89 43 56

Ev. Frauenarbeit in Deutschland e. V.

Emil-von-Behring-Straße 3
60439 Frankfurt/Main
Tel.: 0 69/95 80 12

Ev. Kirche in Deutschland

Kirchenamt
Postfach 2102 20
30402 Hannover
Tel : 05 11/27 96-2 40

**Ev. Konferenz für Familien-
und Lebensberatung**

Kurfürstenstraße 49
12105 Berlin
Tel.: 0 30/7 05 58-84
Telefax: 0 30/7 05 58-63

Ev. Konferenz für Telefonseelsorge

Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart
Tel : 07 11/21 59-4 06

Ev. Sozialakademie Friedewald

Schloßstraße 1
57520 Friedewald
Tel.: 0 27 43/20 91

**Ev. Arbeitskreis für Haus-
und Familienpflege/Dorfhilfe**

Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Tel : 07 11/21 59-1

Ev. Familien-Arbeitskreis e. V.

Heilbronner Weg 5
28215 Bremen
Tel.: 04 21/35 48 09

Ev. Zentralinstitut für Familienberatung

Postfach 38 02 30
14112 Berlin
Tel.: 0 30/8 03-80 81
Telefax: 0 30/8 03-55 73

Ev.-methodistische Kirche

Diakoniewerk Martha-Maria e. V.
Stadenstraße 60
90491 Nürnberg
Tel.: 09 11/59 74-2 22

**Leiterkreis der
Ev. Akademien in Deutschland e. V.**

Akademieweg 11
73087 Bad Boll
Tel.: 0 71 64/7 90

Männerarbeit der Ev. Kirche in Deutschland

Garde-du-Corps-Straße 7
34117 Kassel
Tel.: 05 61/71 01-81

- EAF -

*Anschriften
der Mitglieds-
verbände*

FACHVERBAND DROGEN UND RAUSCHMITTEL e.V.

– FDR –

Adresse Brüderstraße 4 B
30159 Hannover

Telefon 05 11/1 31 64 74

Telefax 05 11/1 83 26

Der Fachverband Drogen und Rauschmittel e.V. (FDR) wurde 1979 gegründet und versteht sich als Zusammenschluß der Träger von ambulanten und stationären Hilfen für Suchtgefährdete und Abhängige. Als juristisch selbständiger Verband ist er Mitglied des DPWV und repräsentiert dort vorrangig den Bereich der Drogenarbeit (= Arbeit mit Konsumenten illegaler Drogen). Seine Aufgaben sieht der FDR satzungsgemäß in der „Förderung der fachlichen Arbeit für Suchtgefährdete und Abhängige, insbesondere junge Menschen, u. a. durch folgende Maßnahmen:

- Beratung und Unterstützung der Arbeit an ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen
- Mitwirkung an einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit psychologischen Hilfen
- Vertretung der sozial- und gesundheitspolitischen Interessen seiner Mitglieder
- Förderung der Aus- und Fortbildung von Fachkräften
- wissenschaftliche Begleitung der praktischen Arbeit
- Öffentlichkeitsarbeit* (aus § 2 der Satzung).

Die Arbeitsschwerpunkte des FDR liegen in den Bereichen:

- Fortbildung
- Informations- und Erfahrungsaustausch
- Impulsgebung für Weiterentwicklungen in der Drogenarbeit
- Vertretung der Interessen der Drogenarbeit
- Initiierung, Weiterentwicklung und Dokumentation der Nachsorge im Drogenbereich.

Dem FDR gehören (Stand: Ende 1993) 51 Mitgliedsorganisationen an. Diese beschäftigen (Stand: 1993) im ambulanten Bereich über 450 und im stationären Bereich etwa 500 hauptamtliche Mitarbeiter. Die Therapieeinrichtungen des stationären Bereichs verfügen über ca. 1.000 Plätze für Drogenabhängige sowie über etwa 100 Plätze für Kinder abhängiger Eltern und über ca. 150 einrichtungsbezogene Ausbildungsplätze.

Die Arbeit des FDR wird aus Mitgliedsbeiträgen und öffentlichen Zuwendungen finanziert.

Aufgaben und Ziele der Institution

- FDR -

Medienangebote

Sämtliche Publikationen des FDR wenden sich primär an Fachinstitutionen bzw. -personen aus dem Bereich Drogenhilfe. Der FDR erstellt keine Präventionsmaterialien oder Veröffentlichungen, die sich direkt an Betroffene wenden.

Die FDR-Berichte erscheinen 4mal jährlich und stellen aktuelle Themen, neue Entwicklungen und Aktivitäten aus dem Drogenbereich dar. Sie beinhalten auch Hinweise auf Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen. Diese Veröffentlichung ist zwar vorrangig als unmittelbare Plattform für die Mitgliedseinrichtungen des Verbandes gedacht, beinhaltet jedoch auch interessante und wichtige Informationen für Institutionen und Fachkräfte außerhalb des FDR. Der Bezug ist kostenlos und erfolgt direkt über den FDR.

Die Fachkongresse des FDR („Bundesdrogenkongreß“ – siehe hierzu auch unter „Serviceleistungen“) werden in Buchform dokumentiert. In dieser Dokumentations-

Reihe sind u. a. erschienen: „Drogenfrei und nun? Sorgen mit der Nachsorge“, „Wenn Frauen aus der Falle rollen – Frauen und Abhängigkeiten“, „Lebenslage HIV-positiv und abhängig – Drogen und AIDS“.

Als Einzelveröffentlichungen des FDR sei beispielhaft genannt: „Problemfelder der Nachsorge bei der Hilfe für drogenabhängige Menschen“.

Außerdem ist die Veröffentlichung eines Readers zur Drogenarbeit geplant, der Darstellungen und Literaturhinweise zu bestimmten Schwerpunktthemen enthalten soll.

Diese Veröffentlichungen sind über den FDR erhältlich. Der Bezug ist kostenverursachend.

Auf Anfrage ist ein kostenloses Publikationsverzeichnis erhältlich.

Serviceleistungen

Der jährlich stattfindende Fachkongreß des FDR, der Bundesdrogenkongreß, ist das bundesweit größte Forum, das sich speziell mit Fragen der Drogenarbeit befaßt. Eine Teilnahme ist jedem Interessierten möglich.

Der FDR bietet eine Zusatzausbildung an, in der die spezifische Problematik von Abhängigen illegaler Drogen systematisch und praxisnah aufgearbeitet wird.

Die Ausbildung wird in 14 Seminarwochen über die Dauer von 3 Jahren durchgeführt und beinhaltet zusätzlich auch zwei jeweils zweiwöchige Praktika in Einrichtungen der Drogenhilfe. Voraussetzung für die Aufnahme ist eine Tätigkeit im Bereich Drogenberatung/Drogenhilfe oder Suchtkrankenhilfe allgemein.

Der FDR veranstaltet darüber hinaus jährlich etwa 10 Seminare und Fachtagungen zu speziellen Themen wie z. B. „Elternkreise drogenabhängiger und drogengefährdeter Jugendlicher“, „Kosten und Rechtsfragen in der Drogenarbeit“, „Verbesserung der Nachsorge“.

Diese Angebote wenden sich primär an Mitarbeiter von Einrichtungen, die dem FDR angehören, sind jedoch grundsätzlich auch für Interessenten aus anderen Einrichtungen oder Institutionen offen, die sich mit der entsprechenden Thematik befassen.

Auf Anfrage erstellt der FDR Materialpakete (Textsammlungen, Literaturangaben, Presseveröffentlichungen) zu speziellen Fragestellungen aus dem Drogenbereich. Diese Unterlagen sind in kleiner Auflage bzw. bei geringem Umfang kostenlos erhältlich.

Der FDR gibt zu speziellen Schwerpunktthemen Literaturhinweise und benennt (kostenfrei) bzw. stellt Referenten (kostenverursachend).

Auf Anforderung sind die Anschriften der Drogenhilfe-Einrichtungen für den jeweiligen regionalen Bereich erhältlich.

Empfehlungen

Bei Fragen, Problemen und Entscheidungen, die den Bereich der illegalen Drogen betreffen, bietet sich der FDR als kompetente Stelle an, von der Informationen sowie Rat und Hilfe erhältlich sind.

Interessierte Institutionen sollten sich in den Verteiler des FDR aufnehmen lassen, um die FDR-Berichte regelmäßig zugeschiedt zu bekommen.

FACHVERBAND SUCHT e. V.

– FVS –

Adresse Adenauerallee 58
53113 Bonn

Telefon 02 28/26 15 55

Telefax 02 28/21 58 85

Der Fachverband Sucht e. V. (FVS) ist ein bundesweit tätiger Verband, in dem Einrichtungen zusammengeschlossen sind, die sich der Behandlung, Versorgung und Beratung von Suchtkranken widmen. Er wurde 1976 gegründet und vertritt heute ca. 50 Mitgliedseinrichtungen mit über 3.700 stationären und vielen ambulanten Therapieplätzen.

Die Organe des FVS sind die Mitgliederversammlung und der gewählte Vorstand. Zur Erfüllung seiner Aufgaben unterhält der FVS eine Geschäftsstelle in Bonn. Der Verband ist als gemeinnützig anerkannt. Er finanziert sich weitgehend über Mitgliedsbeiträge.

Der FVS ist politisch und konfessionell unabhängig und vertritt vornehmlich die Einrichtungen in freier Trägerschaft.

Die satzungsgemäßen Aufgaben:

- Der Verband verfolgt das Ziel, geeignete Maßnahmen zu fördern, die ein suchtfreies Leben ermöglichen und sich gegen die Entstehung, Aufrechterhaltung und Folgen von Sucht richten.
- Die Förderung bezieht sich besonders auf Behandlungs- und Versorgungsangebote, welche die verschiedenen Aspekte der Sucht berücksichtigen und den betroffenen Personen eine individuell angemessene Betreuung gewährleisten. Präventive Maßnahmen, die geeignet sind, Suchtentwicklungen zu verhindern, werden auf breiter Ebene unterstützt.
- Der Verband widmet sich vorrangig der Qualitätssicherung bestehender und zukünftiger Behandlungsangebote sowie dem Wirksamkeitsnachweis präventiver Maßnahmen.
- Der FVS fördert die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse über Ursachen und Entwicklungsbedingungen von Sucht, die Wirksamkeit bestehender Behandlungs- und Versorgungsangebote und verschiedener Behandlungsmethoden.
- Der Verband setzt sich für die Kooperation von Politik, Leistungs- und Kostenträgerschaft, Wissenschaft, therapeutischer Praxis und Selbsthilfesystem ein.

Aufgaben und Ziele der Institution

- FVS -

Medienangebote

Der FVS gibt eine Schriftenreihe, die Zeitschrift „Sucht aktuell“ und die Broschüre „Hilfe für Suchtkranke“ heraus.

In der Schriftenreihe werden die Beiträge der Heidelberger Kongresse sowie weiterer Veranstaltungen, an denen der FVS mitgewirkt hat, veröffentlicht. Die Publikationen sind kostenpflichtig.

Themen der Kongresse sind u. a. „Individualisierung der Suchttherapie“, „Ambulante und stationäre Suchttherapie: Möglichkeiten und Grenzen“, „Therapieziele im Wandel“, „Qualitätssicherung in der Rehabilitation Abhängigkeitskranker“.

Die Zeitschrift „Sucht aktuell“ erscheint alle 3–4 Monate und liefert Hintergrund- und aktuelle Informationen zu Themenschwerpunkten, dokumentiert Buchneuerscheinungen und informiert über wichtige Veranstaltungen. Sie wird kostenpflichtig abgegeben

In der Broschüre „Hilfe für Suchtkranke“ werden alle Mitgliedseinrichtungen des FVS vorgestellt. Diese Übersicht wird jährlich aktualisiert und ist kostenlos über die Geschäftsstelle zu beziehen.

Serviceleistungen

Der FVS bietet Interessierten, d. h. Einzelpersonen, Multiplikatoren, Journalisten etc., gezielte Auskünfte und Informationen zu folgenden Arbeitsbereichen an: Prävention, Beratung und Behandlung, Nachsorge und Adaption. Der FVS berät andere Institutionen bei der Entwicklung von Medien, Konzeptionen zur Suchtprävention oder der Ausrichtung und Durchführung von Veranstaltungen.

Der FVS vermittelt zu den verschiedenen Arbeitsbereichen Referenten.

Für die Mitglieder des FVS steht ein Nachrichtendienst zur Verfügung, der über neue Entwicklungen auf Verbandsebene informiert.

Der Verband setzt zu aktuellen Themen Arbeitskreise mit konkreter Aufgabenstellung ein, die für den FVS und seine Mitglieder themenbezogene Empfehlungen und Handreichungen entwickeln (z. B. zur „Qualitätssicherung“, zu „Statistik und Dokumentationsfragen“)

Der FVS führt seit 1987 jährlich einen Kongreß in Heidelberg zu aktuellen Suchtfragen durch und veranstaltet Fortbildungen für Beschäftigte in Fachkliniken für Abhängigkeitskranke sowie im komplementären Bereich.

Mitglieder des FVS bzw. Mitarbeiter/innen aus den Mitgliedseinrichtungen können zu ermäßigten Preisen an Veranstaltungen des FVS teilnehmen.

Empfehlungen

Informationen hinsichtlich der Aufnahmekriterien und Konditionen einer Mitgliedschaft können bei der Geschäftsstelle erfragt werden.

Die Aufnahme in den Verteiler „Kongreß- und Fortbildungsprogramme“ ist für Interessierte kostenlos möglich.

Die Schriftenreihe des Fachverbandes Sucht e. V. wird von der Neuland-Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 14 22, 21496 Geesthacht (Tel. 0 41 52/8 13 42), vertrieben. Dort erhalten Sie einen Überblick der derzeit lieferbaren Exemplare.

FRAUENSELBSTHILFE NACH KREBS e. V.

Adresse - Bundesverband e.V. -
B 6, 10/11
68159 Mannheim

Telefon 06 21/2 44 34

Telefax 06 21/15 48 77

Die Frauenselbsthilfe nach Krebs wurde 1976 in Mannheim gegründet. Ausgangspunkt war die Erfahrung krebsbetroffener Frauen, daß Kontakt und gegenseitige Information den Patientinnen die Überwindung der Folgen der Krankheit erleichtern.

Schon 1979 wurden der Bundesverband und 5 weitere Landesverbände gegründet. 1991 und 1992 entstanden in den neuen Bundesländern 5 weitere Landesverbände. Derzeit sind 325 örtliche Gruppen der Frauenselbsthilfe nach Krebs aktiv tätig, in denen ca. 40.000 Krebskranke betreut werden. Die Arbeit erfolgt freiwillig unbezahlt. Die entstehenden Unkosten werden durch Spenden und einen Zuschuß der Deutschen Krebshilfe getragen. Daher werden auch keinerlei Mitgliedsbeiträge oder Unkostenvergütungen erhoben.

Aufgaben der Gruppen sind:

- die seelische Begleitung Krebskranker durch Einzelgespräche, Besuche am Krankenbett, Gruppengesprächskreise und -aktivitäten
- Hilfe bei der Überwindung von Angst durch das Beispiel anderer Betroffener
- Anregungen für gesundheitsbewußtes Verhalten (Gymnastik, Schwimmen, Informationen, Ernährung, Kreativität)
- Verbesserung der Lebensqualität durch Kontakte und Informationen zu Hilfsmitteln
- Informationen über soziale und rechtliche Hilfen (Krankenkassenleistungen, Kuren, Renten, Schwerbehindertenausweis)

Aufgaben und Ziele der Institution

Arbeitsgrundlage der Gruppen ist die Broschüre „Das Leben ruft mich immer wieder neu“. Sie enthält Hinweise zum Umgang mit der Erkrankung und Anregungen für spezielle Bewegungsübungen.

Auf Anforderung sind erhältlich:

- Standardbroschüre und Rundbriefe der Frauenselbsthilfe nach Krebs,
- Informationshefte zu Sozialinformationen, Ernährung, Prothetik und Sexualität,
- Plakate, Handzettel und Informationsmaterial für Öffentlichkeitsarbeit.

Medienangebote

**FRAUEN-
SELBSTHILFE
NACH KREBS
e. V.**

**Service-
leistungen**

Die Leiterinnen der örtlichen Gruppen werden bei der einmal jährlich stattfindenden Bundestagung durch Experten aus dem In- und Ausland fortgebildet. Daten und Themen der Bundestagung können jeweils in der Geschäftsstelle erfragt werden.

Teilnahmegebühren werden nicht erhoben

Außerdem finden in den Landesverbänden zweimal jährlich Fortbildungsveranstaltungen für die jeweiligen Gruppen statt.

Teilnahmegebühren werden nicht erhoben.

Weiterhin können Referenten aus eigenen Reihen vermittelt werden.

Empfehlungen

Das Ziel der Frauenselbsthilfe nach Krebs ist es, krebsbetroffenen Frauen und Männern durch Kontakt und gegenseitige Information zu helfen, die Folgen der Krankheit besser zu verarbeiten.

325 örtliche Gruppen helfen und informieren u a über soziale und rechtliche Hilfen bei Krankenkassen, Kuren, Renten und Schwerbehindertenausweis.

**Kontakt-
anschriften**

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Baden-Württemberg e. V.**

Marktplatz 10
78647 Trossingen
Edith Heinemann
Telefon 0 74 25/2 74 16

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Brandenburg e. V.**

Straße der DSF 14
16303 Schwedt/Oder
Brigitte Dube
Telefon 0 33 32/51 19 71

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Hessen e. V.**

Schloßgartenplatz 14
64289 Darmstadt
Barbara Seeber
Telefon 0 61 51/16 38 28

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Mecklenburg-Vorpommern e. V.**

Chausseestraße 1
18581 Lauterbach
Dr. Ingeborg Last
Telefon 0 38 38/7 62

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Niedersachsen e. V.**

Auf der Höhe 30
37444 St. Andreasberg
Elly Wiegand
Telefon 0 55 82/10 16

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Nordrhein-Westfalen e. V.**

Oemberg 53
45481 Mülheim
Heidrun Zingraf
Telefon 02 08/48 86 04

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Rheinland-Pfalz e. V.**

Dr.-Martin-Luther-Straße 4 a
67259 Beindersheim
Maria Weinreich
Telefon 0 62 33/7 12 71

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Sachsen e. V.**

Jägerstraße 18
01705 Freital
Helga Schmidt
Telefon 03 51/64 27 29

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Sachsen-Anhalt e. V.**

Kavallerstraße 45
06844 Dessau
Rosemarie Bareinz
Telefon 03 40/22 31

**Frauenselbsthilfe nach Krebs
Thüringen e. V.**

C.-v.-Brueger-Straße 22
07749 Jena
Dr. Renate Estel
Telefon 0 36 41/2 25 62
abends 0 36 41/2 59 75

GdW

Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e. V.

Adresse Bismarckstraße 7
50672 Köln

Berliner Büro:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin

Telefon 02 21/57 98 90

Der GdW (Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V.) ist Spitzenverband der mehr als 3 000 Wohnungsbau-gesellschaften und -genossenschaften in der BRD. Die Veröffentlichungen aus den Fachausschüssen und Arbeitsgruppen des Verbandes eignen sich als Grund-lagenmaterial für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

Eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigen Wohnungen stellt einen wichtigen Faktor für das gesundheitliche Wohlbefinden der Bevölkerung dar; die wirtschaftliche Vernachlässigung von Wohngebieten beinhaltet hohe gesundheitliche Risiken. Gesund-heitliche Bedeutung haben aber auch ein ökologisches Wohnumfeld sowie ein sozialgruppenspezifisches Woh-nungsangebot.

***Für den
eiligen Leser***

Der GdW, Köln, ist in konsequenter Fortentwicklung aus dem Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunter-nehmen e. V. entstanden, nachdem der Gesetzgeber das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz zum 1. Januar 1990 aufgehoben hat.

Die Mitglieder des GdW sind wie bisher die regionalen Prüfungsverbände sowie neue Fach- und Interessen-verbände. Er ist offen gegenüber neuen Mitgliedern. Zweck des GdW ist die Förderung und Vertretung der einheitlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Unternehmen und Einrichtungen. Aufgabe des Verbandes ist die Interessenvertretung und Beratung der Mitglieder durch die Wahrnehmung der gemeinsamen sozial-, wirtschafts-, rechts- sowie steuer- und finanzpolitischen Belange im Wohnungs- und Städtebau, in der Raumordnung, bei der Eigen-tums- und Vermögensbildung, bei der Förderung des Genossenschaftsgedankens, der genossenschaftlichen Spareinrichtungen und deren Einlagensicherungsfonds sowie bei allen übrigen nationalen und internationalen Vorschriften, Gesetzen und Programmen, die direkt oder indirekt Einfluß auf die Wohnungswirtschaft und ihre Unternehmen haben.

Die Aufgaben umfassen auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit, die Förderung des Nachwuchses, die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die wohnungs-wirtschaftliche Entwicklungshilfe. Dem GdW obliegt im Zusammenwirken mit den Prüfungsverbänden und den mit ihnen verbundenen Wirtschaftsprüfungs-

***Aufgaben
und Ziele
der Institution***

– GdW –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

gesellschaften ferner die Weiterentwicklung und Förderung des Prüfungswesens. Innerhalb des GdW ist eine Reihe von Arbeitsgruppen und Fachausschüssen tätig, die auch mit anderen Einrichtungen und Körperschaften zusammenarbeiten. Von diesen Arbeitsgruppen sowie von der Geschäftsstelle in Köln und den satzungsmäßigen Gremien des Verbandes werden Lösungsvorschläge zu Schwerpunktproblemen des Wohnens und des Wohnungswesens erarbeitet. Hierzu zählen beispielsweise:

- Weiterentwicklungen der Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre
Gestaltung und Wiederherstellung eines auch ökologisch günstigen Wohnumfeldes

- neue Formen des lebensabschnittsspezifischen Gemeinschaftswohnens von Auszubildenden, Studenten, Alleinerziehenden oder Älteren
- geeignete Rahmenbedingungen für den Wohnungs- und Städtebau.

Die Konzepte reichen von den planerischen Grundlagen über Modellvorhaben bis zur Umsetzung und Verbreitung ausgereifter Projekte.

In Zusammenarbeit mit dem Bund deutscher Architekten (BDA) und dem Deutschen Städtetag (DST) verleiht der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft einen Bauherrenpreis. Hierdurch soll bei Bürgern und in Fachkreisen sowie in der Verwaltung und bei den Politikern das Bewußtsein für Qualität und Wirtschaftlichkeit des Plans und Bauens gestärkt werden.

Medienangebote

Der GdW bringt Einzelveröffentlichungen und Schriftenreihen heraus, die sich an unterschiedliche Zielgruppen richten. Es handelt sich dabei um folgende Publikationen:

- Aus aktuellem Anlaß erstellt der GdW Pressemitteilungen, die allen Medien zugehen
- Ferner erscheint jährlich ein Bericht des Verbandes, der über die Arbeit der Verbandsgeschäftsstellen berichtet und der die vielfältigen Bezüge und Verflechtungen der Wohnungswirtschaft und ihrer Aktivitäten zeigt.
- Statistisches Material über die Wohnungswirtschaft und die Wohnungspolitik veröffentlicht der GdW regelmäßig.
- Arbeits- und Forschungsergebnisse seiner Fachausschüsse und Arbeitsgruppen, Seminare und Kongresse sowie Einzeluntersuchungen dokumentiert der GdW in seinen „GdW Schriften“

- Monatlich erscheint die vom Hammonia-Verlag, Hamburg, herausgegebene Fachzeitschrift „Die Wohnungswirtschaft“ vormals „Gemeinnütziges Wohnungswesen“, die aktuelle Fragen des Wohnens erörtert
- Als Verbandspublikation erscheinen zudem wöchentlich die „Wohnungswirtschaftlichen Informationen“ mit Berichten über Vorgänge in Wohnungspolitik, Wohnungswirtschaft, Bauwirtschaft und Kreditwesen
- Weiter veröffentlicht der Verband unregelmäßig „Materialien“, die aktuelle Themen aus Politik und Wissenschaft aufgreifen und kritisch verarbeiten sowie Hintergrundinformationen zu speziellen Themen des Wohnungswesens und der Wohnungswirtschaft vermitteln.

Serviceleistungen

Der GdW führt sowohl für Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen wie auch für Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft Fachseminare durch. Daneben finden regelmäßige Prüferschulungen statt. Um die berufliche Qualität auf Dauer zu sichern, wurde vor 30 Jahren ein eigenes Ausbildungswerk ins Leben gerufen. Es hat seinen Sitz in Ratingen-Hösel. Unter dem Dach dieses bundesweiten Bildungszentrums der Wohnungswirtschaft befinden sich eine staatlich anerkannte Berufsschule, eine Fachschule für Wohnungswirtschaft Fachrichtung Wohnungswirt-

schaft und Realkredit, eine Akademie für Wohnungswirtschaft sowie ein Institut für Fernunterricht. Die Aus- und Fortbildung reicht vom Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft bis hin zum staatlich geprüften Betriebswirt. Diese bundesweite Bildungseinrichtung steht der gesamten Wohnungswirtschaft zur Verfügung und wird auch von ihr genutzt. Der Verband veranstaltet außerdem im Rahmen des Julius-Brecht-Fonds Kontaktseminare, durch die Nachwuchskräfte der Wohnungswirtschaft befähigt werden sollen, die Zukunftsaufgaben im Wohnungsbau zieladäquat zu lösen.

Empfehlungen

Die Tätigkeit des GdW ist in vielfacher Weise auch für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen von Bedeutung. Die Wohnung ist ein existentielles Gut für jeden einzelnen und für jede Familie. Bedarfsgerechtes Wohnen entscheidet mit über die gesundheitlichen Voraussetzungen von Mietern, Nutzern und Eigentümern. Gesundes Wohnen darf nicht Privileg bestimmter Einkommensgruppen sein, sondern muß in allen Preiskategorien für alle zur Verfügung stehen. Dieser Aufgabe haben sich die im GdW zusammengeschlossenen Unternehmer und Verbandsvertreter verpflichtet.

Ausdruck dieser Philosophie ist auch die Gründung einer Entwicklungshilfegesellschaft mit der Bezeichnung Deswos (Deutsche Entwicklungshilfe für Soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V., Köln). Ziel dieser Gesellschaft ist die Unterstützung in der Dritten und Vierten Welt für ein menschengerechtes und gesundes Wohnen. Nachdem gesundes und bedarfsgerechtes Wohnen in Europa weitgehend einen hohen Standard erreicht hat, dürfen die Menschen in den Entwicklungsländern nicht vergessen werden.

Da auch die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen von räumlich sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Anforderungen ausgehen muß, ist der Gesamtverband mit seiner bundesweiten Vertretung, seinen Kenntnissen und seinen umfassenden Service- und Medienangeboten für die Gesundheitserziehung ein prädestinierter Partner

Stadterneuerung, Wohnumfeldverbesserung, Sanierung und Modernisierung von Wohnungen mit dem Ziel einer ökologisch ausgewogenen, gesunden und der psychischen Entwicklung des einzelnen förderlichen Wohnraumversorgung der Mieter weisen zahlreiche Berührungspunkte zu gesundheitspolitischen Aufgabenstellungen auf.

Besondere Bedeutung hat der GdW als Partner von Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen auf den Gebieten der Wohnbedürfnisse bestimmter Sozialgruppen wie Kinder, Ältere und Studierende. Hierzu verfügt der Gesamtverband über eine breite Palette von Konzepten und Modellen.

Das Thema Wohnen im Alter wurde vom GdW bereits sehr früh als Jahrhundertthema erkannt. Ziel der Überlegungen war es, die alten Menschen so lange wie irgend möglich in ihren angestammten Wohnungen zu belassen und die Betreuung im Rahmen neuer Dienstleistungsangebote zu organisieren.

- GdW -

Empfehlungen

GESAMTVERBAND FÜR SUCHTKRANKENHILFE IM DIAKONISCHEN WERK DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND e.V.

– GVS –

Adresse Kurt-Schumacher-Straße 2
34117 Kassel

Telefon 05 61/109 57-0

Telefax 05 61/77 83 51

Entsprechend ihrem Selbstverständnis sieht sich die Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk „dem Auftrag zur Hilfe verpflichtet und denen in besonderer Weise verbunden, die durch Suchterkrankung in zunehmender Weise nur noch eingeschränkt leben können“ (aus dem Vorwort zur Fachkonzeption des GVS)

Gemäß seiner Zugehörigkeit zum Diakonischen Werk betätigt sich der GVS „im Sinne evangelischer Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. mitwirkenden Kirchen in Ausübung christlicher Nächstenliebe“ (aus § 2 der Satzung).

(Weiteres zu den Aufgaben und Zielen des Diakonischen Werkes in der Beschreibung des Diakonischen Werkes.)

Als der auf Bundesebene tätige Fachverband für den Bereich Suchtkrankenhilfe hat der GVS die Förderung der Arbeit für Suchtgefährdete und Suchtkranke sowie die Bekämpfung der Suchtgefahren zum Ziel.

„Er nimmt diese Aufgaben wahr, indem er u. a.:

- die Mitglieder unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit fördert und gemeinsame Interessen vertritt,
- die Öffentlichkeit auf Probleme der Suchtgefährdung aufmerksam macht sowie Aufklärungsmaterial bereitstellt.“ (Ebda.)

Bezogen auf die Organisationsstruktur ist der GVS sowohl Teil der Bundesgliederung „Diakonisches Werk“ als auch eine eigenständige juristische Person, der als Verband eine Reihe von Mitgliedern angehört

Mitglieder des GVS können gemäß § 4 der Satzung alle dem Diakonischen Werk mittelbar oder unmittelbar angeschlossenen Verbände, Einrichtungen und Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaften für Suchtkrankenhilfe werden, die die Hilfe für Suchtgefährdete und Suchtkranke oder die Bekämpfung der Suchtgefahren zum Ziel haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

- GVS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Mitgliedseinrichtungen des GVS unterhalten (Stand: Ende 1993):

- über 450 ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen mit ca. 60 Außenstellen
35 Fachkliniken
- ca. 100 weitere stationäre und teilstationäre Therapie- und Rehabilitationseinrichtungen (darunter z. B. Übergangwohnheime oder spezielle Einrichtungen für Drogenabhängige).

Die folgenden Abstinenz- und Selbsthilfeverbände sind ebenfalls Mitglieder im GVS:

- Blaues Kreuz in Deutschland e.V.
- Blaues Kreuz in der evangelischen Kirche e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freundeskreise für Suchtkranke in Deutschland e.V.
- Elternkreise drogenabhängiger Jugendlicher

Für seine Mitgliedsorganisationen nimmt der GVS auch bundeszentrale Aufgaben wahr. Hierzu gehören u. a.:

- Vertretung in den politischen Gremien auf Bundesebene insbesondere bei Gesetzesinitiativen, neuen Entwicklungen im Gesundheits- und Sozialbereich sowie bei berufsrechtlichen Fragen
- Kontakte zu den Bundesgliederungen der Leistungsträger
- Öffentlichkeitsarbeit für den Gesamtbereich
- Fort- und Weiterbildung
- Zentrale Dokumentation
- Initiativen zum Schwerpunkt-Aufgabenbereich „Sucht in der Arbeitswelt“.

Die Tätigkeit des Gesamtverbandes wird finanziert aus Mitgliedsbeiträgen, Mitteln des Diakonischen Werkes und der Evangelischen Kirche Deutschlands sowie Förderungsmitteln des Bundesministeriums für Frauen und Jugend, des Bundesministeriums für Gesundheit und der BfA.

Medienangebote

Das Medienangebot des Gesamtverbandes soll vor allem die Fachöffentlichkeit über besondere Bereiche der Suchtproblematik informieren und den Austausch zwischen den Mitgliedern der Suchtkrankenhilfe und deren fachliche Kompetenz fördern.

In der Fachzeitschrift PARTNER-Magazin des GVS wird (z. T. in Themenheften) über verschiedene Aspekte der Suchtproblematik berichtet. Die Zeitschrift wendet sich an alle Zielgruppen, die mit Suchtprävention, -behandlung, -therapie und -nachsorge beschäftigt sind, sowie an Allgemeininteressierte, Betroffene und deren Angehörige (Jahresabo - kostenverursachend).

Die Broschüren des NICOL-Verlages (Adresse wie GVS) wenden sich primär an die Fachöffentlichkeit und behandeln spezielle Probleme aus dem Suchtbereich. U. a.:

- Straffällig gewordene Drogenabhängige
- Diagnostik und Therapie bei Suchtkranken
- Drogenabhängigkeit und AIDS
- Wandel in der Therapie Drogenabhängiger
- Alkohol im Betrieb
- Ratgeber über verschiedene Suchtformen

Im Rahmen dieser Reihe sind auch die Tagungsdokumentationen der jährlichen Drogenberatung des GVS erschienen.

Die Ergebnisse weiterer Fachtagungen des GVS sind ebenfalls in Buchform erschienen und können ebenso wie beispielsweise die Veröffentlichungen zu den Themen: „Alkoholprobleme am Arbeitsplatz“ sowie „Sozialrechtliche Vorschriften der Betreuung Suchtkrankener“ beim GVS angefordert werden. Der Bezug dieser Broschüren und Bücher ist kostenverursachend.

Erhältlich sind weiterhin:

- Verzeichnis der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke (kostenverursachend)
- Liste der Einrichtungen der Diakonie zur Therapie Suchtkrankender (kostenlos)

Der GVS verschickt auf Anforderung Poster und Faltblätter zu den Themen: Alkohol, Medikamente, Drogen sowie Ebstörungen und problematisches Glücksspiel. Diese Materialien sind für die allgemeine Öffentlichkeit gedacht und auch zum Einsatz durch Multiplikatoren z. B. in Schulen geeignet. Für einige dieser Materialien werden Schutzgebühren erhoben.

Ein Gesamtverzeichnis der Schriften, Broschüren, Faltblätter und Poster ist beim GVS bzw. dessen Öffentlichkeitsabteilung, dem Nicol-Verlag, unter der gleichen Anschrift erhältlich.

Als kommentierter und interpretierter Bericht von bundesweit über 250 psychosozialen Beratungsstellen kann die jährliche EBIS-Statistik (Ergebnisse des „einrichtungsbezogenen Informationssystems“) angefordert werden.

Über den (unter der gleichen Anschrift wie der GVS) zu erreichenden Verband der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke e.V. können jährliche Dokumentationen über den stationären Bereich der Suchtkrankenhilfe sowie weitere Informationen zu diesem Thema angefordert werden.

Die (ebenfalls im gleichen Hause untergebrachte) Bundesarbeitsgemeinschaft der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe in Deutschland e.V. versendet kostenlos ein Zentralverzeichnis der Freundeskreis-Gruppen sowie weiteres Informationsmaterial.

Serviceleistungen

Auf Anfrage versendet der GVS Zusammenstellungen von Informations- und Arbeitsmaterialien (teilweise kostenverursachend) zu bestimmten Themenbereichen (siehe hierzu unter Medienangebote)

Zum Schwerpunktthema „Suchtprävention am Arbeitsplatz“ bietet der GVS sowohl die Weitergabe von geeigneten Materialien als auch die Möglichkeit der Referenzschulung sowie die Durchführung von Schulungsmaßnahmen für Führungskräfte in Betrieben, Institutionen u.ä. (kostenverursachend)

Es besteht die Möglichkeit der Benennung bzw. Vermittlung von Referenten zu bestimmten Bereichen der Suchtproblematik, bei Bedarf unter Hinzuziehung der regionalen Beratungs- bzw. Behandlungseinrichtungen des GVS

Schulungsmöglichkeiten für den Suchtbereich bestehen im Rahmen regelmäßiger Arbeitstagungen, Gesprächen in Fachgruppen sowie differenzierter Fort- und Weiterbildungsprogramme, wie z. B. die Weiterbildung zum Sozialtherapeuten (kostenverursachend)

Diese Angebote stehen auch interessierten Fachkräften aus anderen Verbänden sowie aus staatlichen und kommunalen Einrichtungen offen, sofern diese Mitarbeiter einen konkreten Arbeitsbezug zu suchtkranken Menschen haben

Einen Überblick über sämtliche Veranstaltungen, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des GVS mit kurzen inhaltlichen Angaben bietet die jährlich erscheinende und kostenlos erhältliche Broschüre „Fort- und Weiterbildung“.

– GVS –

Serviceleistungen

Aus dem weitreichenden Angebot des GVS sollte in den Einrichtungen, die sich mit der Suchtproblematik befassen, vorhanden sein:

- Liste der Einrichtungen der Diakonie zur Therapie Suchtkranker
- Verzeichnis der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke

Empfehlenswerte Serviceleistung:

Informationen und - bei Bedarf auch - Kooperation zum Schwerpunktthema „Suchtprävention am Arbeitsplatz“

und bei Arbeit in der Suchtkrankenhilfe

Teilnahme am Fortbildungsangebot, wozu die Broschüre „Fort- und Weiterbildung“ angefordert werden sollte.

Empfehlungen

GESELLSCHAFT FÜR ARBEITSSCHUTZ- UND HUMANISIERUNGS- FORSCHUNG mbH

Adresse Brückstraße 21
44135 Dortmund

Telefon 02 31/57 93 36

Telefax 02 31/57 93 39

Die Gesellschaft für Arbeitsschutz- und Humanisierungsforschung mbH, Volkholz und Partner (GfAH), ist ein privates Forschungsinstitut und besteht seit 1979.

Die Forschungen erfolgen im Auftrag und werden finanziert durch öffentliche und private Geldgeber

Die GfAH bemüht sich um Forschung und Umsetzung zu Fragen des Arbeitsschutzes, der Gestaltung des Einsatzes neuer Technologien, der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen einzelner Arbeitnehmergruppen, der Gesundheitsversorgung oder der Qualifikation.

Im Vordergrund stehen als *disziplinübergreifende* Forschungen wissenschaftliche und praktische Überlegungen sowie Erprobungen zur Unterstützung technischer und gesellschaftlicher Innovationsprozesse

Gestaltungsorientierte Forschungen beschränken sich nicht auf Analysen, Bilanzierungen, Dokumentationen und Beispielsammlungen von Humanisierungsdefiziten und -lösungen, sondern entwickeln konkrete Problemlösungskonzepte, die über Umsetzungshilfen wie Seminarmaterialien, Checklisten, Handbücher aufbereitet und in den Betrieben erprobt werden.

Die GfAH arbeitet auf den Ebenen von wissenschaftlicher Studie, gutachterlicher Expertise und fachwissenschaftlicher Beratung mit Behörden, Verbänden und Institutionen zusammen, die direkt und indirekt mit Fragen des Arbeitsschutzes und der Humanisierung des Arbeitslebens zu tun haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die GfAH produziert vor allem gedruckte Medien, in denen Forschungsergebnisse präsentiert und Umsetzungsvorschläge unterbreitet werden.

Publikationen und Forschungsergebnisse aus folgenden Forschungsschwerpunkten liegen bisher vor:

- Erwerbsarbeit der Zukunft
- Neue Produktionskonzepte
- Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz
Arbeitsgestaltung

Medienangebote

**GESELLSCHAFT
FÜR
ARBEITSSCHUTZ-
UND HUMANI-
SIERUNGS-
FORSCHUNG mbh**

Medienangebote

- Qualifizierung
- Berufsverläufe
Arbeitsweltberichterstattung/Technikfolgen-
abschätzung
- Arbeitszeit
- Arbeitnehmergruppen
- Branchen

Das Verzeichnis des Instituts über durchgeführte Forschungsprojekte und publizierte Arbeiten, einschließlich der Umsetzungshilfen (Seminarunterlagen, Checklisten, Handbücher) wird gern zur Verfügung gestellt.

Von besonderer Bedeutung sind die Forschungen zu einem Gesundheitsberichtswesen, wobei es um konkrete (z. B. für die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung) und verallgemeinerungsfähige Indikatoren eines ständigen Informationswesens geht.

**Service-
leistungen**

Das Institut stellt wesentlich Forschungskapazität und -ergebnisse zur Verfügung. Für alle Fragen im Bereich der Arbeitsschutz- und HdA-Problematik hat die GfAH kompetente Referenten und Ansprechpartner.

Von allgemeiner Bedeutung sind die zur Verfügung gestellten Beispielsammlungen (z. B. zu Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitssystemgestaltung) oder Datenbanken (z. B. Gestaltungswissen Büro).

Empfehlungen

Die Gesellschaft ist ein wichtiger Ansprechpartner für praxisorientierte Forschungsfragen im Bereich konkreter Konzepte zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und zur Humanisierung des Arbeitslebens. Die Arbeit der Gesellschaft ist vor allem für Arbeitsplatzgestaltung und gezielte Beratungen in Fragen des Arbeitsschutzes zu empfehlen.

Von den vielen Ergebnisberichten sind vor allem die Beiträge zum Berichtswesen in der Sozialversicherung sowie die Dokumentationen (zur Arbeitsstrukturierung, zum Gestaltungswissen Büro) hervorzuheben.

GESELLSCHAFT FÜR WISSENSCHAFTLICHE GESPRÄCHS- PSYCHOTHERAPIE e. V.

Fachverband für Psychotherapie und Beratung

– GWG –

Adresse	Richard-Wagner-Straße 12 50674 Köln Postfach 27 0165 50508 Köln
Ansprechpartner	Herr Dr. Heribert W. Gärtner Bundesgeschäftsführer
Telefon	02 21/25 29 17
Telefax	02 21/25 12 76

Die Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie e. V. (GwG) wurde 1970 als Fachverband für das von Carl R. Rogers entwickelte Konzept Klientenzentrierte Psychotherapie und Beratung gegründet

Die GwG vertritt den Klienten- bzw. Personenzentrierten Ansatz über die psychosoziale Versorgung hinaus für die verschiedensten Bereiche sozialen Lebens, u. a. auch für Schule und Erziehung. Derzeit sind ca. 8 000 Mitglieder in der GwG organisiert.

Zur Förderung des Klientenzentrierten Ansatzes ist die GwG u. a. auf folgenden Gebieten tätig:

- Förderung und Durchführung wissenschaftlicher Forschung,
- Planung und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsprogrammen in Klientenzentrierter Psychotherapie (Gesprächspsychotherapie), Klientenzentrierter Gesprächsführung, Personenzentrierter Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen und in Personenzentrierter pädagogischer und psychotherapeutischer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen,
- Supervision und Kontrolle der in Klientenzentrierter Psychotherapie bzw. Personenzentrierter Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen ausgebildeten GwG-Mitgliedern,
- Förderung von Publikationen und Informationen über Klientenzentrierte Psychotherapie und seelische Gesundheit,
- Durchführung von Symposien, Tagungen und Kongressen.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Medienangebote der GwG dienen in erster Linie der Information und Fortbildung von Fachkräften, die im Bereich Psychotherapie in Ausbildung und Praxis tätig sind. Sie können auch von anderen Interessierten in Anspruch genommen werden.

Medienangebote

- GwG -

Medienangebote

Periodikum
Die „GwG-Zeitschrift“, die vierteljährlich herausgegeben wird (Einzelheft 10,- DM), bietet wissenschaftliche Originalbeiträge, gesundheits- und sozialpolitische Informationen sowie Mitteilungen über die Verbandsaktivitäten der GwG.

Bücher und Broschüren
Ferner werden Bücher (z. B. Kongreßberichte) und Broschüren zu theoretischen und praktischen Aspekten der Klientenzentrierten Psychotherapie bzw. Personenzentrierten Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen und zu gesundheitspolitischen Themen im Bereich der Psychotherapie und Beratung herausgegeben. Diese Publikationen sind kostenpflichtig. Näheres kann der GwG-Zeitschrift oder der Literatur-Bestell-Liste entnommen werden.

Listen
Über die GwG ist eine Literaturliste zu beziehen, die relevante Literatur zum Bereich Klientenzentrierte Psychotherapie (Gesprächspsychotherapie) bzw. Personenzentrierte Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen sowie zu den anderen Anwendungsformen enthält. Die Liste umfaßt deutschsprachige und ausländische Titel

Außerdem sind nach Regionen geordnete Listen derjenigen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erhältlich, die eine abgeschlossene Ausbildung nach den Richtlinien der GwG nachweisen und die Verpflichtung zur Supervision anerkennen.

Ferner sind nach Regionen gegliederte Listen der Ausbilder und Ausbilderinnen für die vier Bildungsgänge der GwG erhältlich: Klientenzentrierte Psychotherapie (Gesprächspsychotherapie), Personenzentrierte Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen, Klientenzentrierte Gesprächsführung, Personenzentrierte pädagogische und psychotherapeutische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Audiovisuelle Medien
Für Ausbildungszwecke hat die GwG eine Videothek mit 46 Videokassetten (VHS) aufgebaut, die auch an Institutionen gegen eine Gebühr von jeweils 15,- DM für 14 Tage verliehen werden. Die Bänder haben eine Spieldauer zwischen 45 und 216 Minuten und geben z. B. psychotherapeutische Interviews oder Gesprächsgruppen wieder oder befassen sich mit theoretischen Themen.

Serviceleistungen

Die Bundesgeschäftsstelle informiert über die Fort- und Weiterbildungsangebote:

- Klientenzentrierte Psychotherapie (Gesprächspsychotherapie),
- Personenzentrierte Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen,
- Klientenzentrierte Gesprächsführung,
- Personenzentrierte pädagogische und psychotherapeutische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen,
- Angebote der Referenten und Dozenten für spezielle Bildungsangebote,
- Bildungsangebote zu Beratung und Supervision sowie
- zur therapeutischen Arbeit im Suchtbereich.

Listen mit Anschriften der Ausbilderinnen und Ausbilder können angefordert werden.

Empfehlungen

Das Medien- und Fortbildungsangebot der GwG kann auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung interessant sein (z. B. im Zusammenhang mit Beratungsarbeit).

Wichtig ist ferner die nach Regionen gegliederte Liste der Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen, die sich der Supervisionsverpflichtung des Fachverbandes stellen und mit der Aufnahme in die Liste einverstanden sind.

GESUNDE STÄDTE- NETZWERK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Adresse GESUNDE STÄDTE-Sekretariat
c/o Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Tesdorpfstraße 8
20148 Hamburg

Ansprechpartner Klaus-Peter Stender

Telefon 0 40/4 4195-2 16

Telefax 0 40/4 4195-6 04

Das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Kommunen, die sich selbst verpflichtet haben, das Leitbild „Gesunde Stadt“ in ihren Städten und Kreisen umzusetzen

Nach diesem Leitbild zielt Gesundheitsförderung auf einen Prozeß, der gleiche Möglichkeiten und Voraussetzungen schaffen will, damit alle Menschen befähigt werden, ihr größtmögliches Gesundheitspotential zu entwickeln.

Das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk will herausarbeiten, daß Gesundheitsförderung eine kommunalpolitische Aufgabe, eine Aufgabe des Gemeinwesens „Stadt“ ist.

Das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk ist im Juni 1989 in Frankfurt/Main von 11 Kommunen gegründet worden – inzwischen ist die Zahl seiner Mitglieder mit Stand von März 1994 auf 36 angewachsen: Berlin-Charlottenburg, Berlin-Wedding, Braunschweig, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt/Main, Gera, Göttingen, Greifswald, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Herne, Kassel, Köln, Krefeld, Lübeck, Mainz, München, Kreis Neuss, Norderstedt, Nürnberg, Osnabrück, Rathenow, Reinbek, Rostock, Saarbrücken, Kreis Steinburg, Stralsund, Kreis Unna.

Die beteiligten Kommunen haben sich mit diesem Netzwerk ein Lern-, Aktions- und Diskussionsinstrument geschaffen, mit dem sie ihre eigene Arbeit im Sinne der GESUNDE STÄDTE-Konzeption „vor Ort“ unterstützen und bereichern können.

Das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk wird von der Einsicht getragen, daß ein Engagement im Sinne der GESUNDE STÄDTE-Konzeption in den Kommunen zahlreiche Probleme aufwirft, die gemeinsam – in einem Verbund leichter zu bewältigen sind, indem positive Anregungen, gelungene Beispiele wie aber auch kritische Erfahrungen einander vermittelt werden können. Deshalb hat der gegenseitige Informations- und Erfahrungsaustausch für das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk eine grundlegende Bedeutung.

Für die Umsetzung dieser zentralen Zweckbestimmung müssen alle Mitglieder Sorge tragen. Das bundesdeutsche GESUNDE STÄDTE-Netzwerk ist deshalb als

Aufgaben und Ziele der Institution

**GESUNDE STÄDTE-
NETZWERK DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

eine Art „Selbsthilfegemeinschaft von Kommunen“ zu charakterisieren. Einen lebendigen Informations- und Erfahrungsaustausch im Sinne dieser „Selbsthilfegemeinschaft“ zu realisieren ist nur möglich, wenn die teilnehmenden Städte und Kreise zum eigenen wie zum gemeinsamen Nutzen aktiv Beiträge beisteuern. Diese Mitgliedsbeiträge sind notwendigerweise unterschiedlich, weil die Ausgangslage, die Größe, die finanziellen und personellen Ressourcen der Kommunen sehr verschieden sind.

Diese Beiträge reichen von der Bereitstellung von Informationen, der Organisation von Workshops, Symposien oder Mitgliederversammlungen bis hin zur Verfügungstellung des GESUNDE STÄDTE-Sekretariats als Koordinierungs- und Servicestelle des Netzwerkes.

Wenn eine Kommune Mitglied werden möchte im GESUNDE STÄDTE-Netzwerk, muß sie sich auf das 9-Punkte-Programm zum Beitritt in das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk verständigen

Die prozeßhafte Umsetzung dieser Kriterien ist gleichermaßen Voraussetzung zur Teilnahme am Netzwerk wie aber auch zur erfolversprechenden Realisierung des Leitbildes „Gesunde Stadt“ in der Kommune

Daß kommunale Gesundheitsförderung unbestreitbar eine Aufgabe von politischer Bedeutung ist, wird im ersten Kriterium sichtbar, in dem es heißt, der Rat der Stadt befürwortet die GESUNDE STÄDTE-Konzeption und erklärt sich damit gleichzeitig mit den Zielen und

Inhalten der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung (1986) einverstanden. Die weiteren Kriterien sind:

- Benennung einer zuständigen Person für die kommunale GESUNDE STÄDTE-Arbeit,
- Einrichtung kooperativer Strukturen zur Umsetzung einer ressortübergreifenden Gesundheitsförderungs politik,
- Berücksichtigung von gesundheitsfördernden Inhalten und Methoden bei allen öffentlichen Planungen und Entscheidungen,
- Bürgerbeteiligung und Schaffung geeigneter Voraussetzungen dafür,
- Gesundheits- und Sozialberichterstattung,
- Teilnahme am Organisationsleben des GESUNDE STÄDTE-Netzwerkes,
- Informationsvermittlung aus der Kommune zum GESUNDE STÄDTE-Sekretariat,
- Festlegung der Mitgliedschaft auf 4 Jahre und als Voraussetzung einer Verlängerung Vortrag eines Rechenschaftsberichts auf der Mitgliederversammlung.

Auf der Mitgliederversammlung des GESUNDE STÄDTE-Netzwerkes ist jede Kommune durch eine Delegation vertreten, die sich zusammensetzt aus VertreterInnen der Gebietskörperschaft (z. B. Gesundheitsdezernent) und VertreterInnen des Bereichs der Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Projekten.

Der 10köpfige Vorstand (Sprecherrat) setzt sich auch paritätisch aus Vertretern dieser beiden Bereiche zusammen.

Medienangebote

Das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk berichtet regelmäßig in den „GESUNDE STÄDTE-Nachrichten“ aus seinen Mitgliedskommunen. Des weiteren gibt das GESUNDE STÄDTE-Netzwerk Berichte über Tagungen, Workshops etc. heraus.

Empfehlungen

Das GESUNDE STÄDTE-Sekretariat vermittelt Referentinnen und Referenten für Veranstaltungen,
- gibt Anregungen und Tips für die Arbeit in den Kommunen,
- stellt Kontakte zu anderen Städten und Kreisen her, informiert über Aktivitäten zur konkreten Umsetzung der GESUNDE STÄDTE-Konzeption.

GESUNDHEITSAKADEMIE

Forum für sozial- ökologische Gesund- heitspolitik und Lebenskultur e. V.

Adresse	Geschäftsstelle Braunschweiger Straße 53 b 28205 Bremen
Ansprechpartner	Geschäftsführender Vorstand: Erik Petersen
Telefon	04 21/4 98 42 51
Telefax	04 21/4 98 42 52

Die GesundheitsAkademie Forum für sozialökologische Gesundheitspolitik und Lebenskultur e V wurde 1988 gegründet.

- Die GesundheitsAkademie will durch Unterstützung einer sozialökologischen Gesundheitsförderung den Menschen helfen, ihre individuellen Kompetenzen wie auch ihre sozialen Entfaltungsmöglichkeiten zur Selbstbestimmung über ihre Lebensbedingungen zu stärken und zu erweitern.
- Die GesundheitsAkademie will mit ihrer Arbeit ein erweitertes Verständnis der Beziehungen zwischen Mensch, Natur und Gesellschaft entwickeln und in den Mittelpunkt öffentlicher Auseinandersetzung stellen.
- Die GesundheitsAkademie will sich auf der Grundlage von gemeinsam mit Initiativen, Projekten und Einzelpersonen erarbeiteten umfassenden Gesundheitskonzepten, die eine Kultur des solidarischen Zusammenlebens mit ökologischen Wirtschaftsweisen verbinden, parteiübergreifend für die Erneuerung der Politikfelder, die für die Gesundheit bedeutsam sind, einmischen.

In diesem Sinne versteht sich die GesundheitsAkademie als einen Ort der Vernetzung gesundheitspolitischer Initiativen wie der Gesundheitsläden und der unabhängigen Patientenstellen sowie von Einzelpersonen u. a. aus den Bereichen Hochschule, Bildungseinrichtungen, Krankenhaus, Verbänden usw

Zur Zeit verfügt die GesundheitsAkademie über ca. 250 zahlende Mitglieder (inkl. Institutionen) und FreundInnen. Der kostenlose Verteiler beläuft sich auf ca. 1.000 fachspezifische Adressen.

Bei unseren Veranstaltungen und Projekten kooperieren wir u. a. mit Bildungseinrichtungen, Stiftungen, Gewerkschaften usw

Die GesundheitsAkademie ist Mitglied in der Bundesvereinigung Gesundheit e V und im Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Aufgaben und Ziele der Institution

**GESUNDHEITS-
AKADEMIE**

Medienangebote

Die Medienangebote richten sich an alle Interessenten für eine sozialökologisch orientierte Gesundheitspolitik:

- 2 4mal jährlich erscheint der Rundbrief für Mitglieder und FreundInnen (kostenlos),
- in unregelmäßigen Abständen erscheinen Themenbände (Einheitspreis: 5, DM),
- in unregelmäßigen Abständen erscheinen Veröffentlichungen in befreundeten Verlagen,
- die Berichte der Jahrestagungen erscheinen jährlich in unterschiedlicher Form

Eine Liste der erhältlichen Veröffentlichungen kann kostenlos angefordert werden.

Serviceleistungen

- Recherchen (gegen Kostenbeteiligung), Referentenvermittlung, bundesweite Arbeitsgruppen (Kontakt über die Geschäftsstelle), wie z B die Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientinnenstellen, die AG Gentechnologie, die AG Gesundheitsbildung etc ,
 - Fortbildungsveranstaltungen (kostenloses Programm erhältlich), z. B. die Veranstaltungsreihe „Provokationen zur Gesundheit“ seit 1992,
 - Jahrestagungen (kostenloses Programm erhältlich), z. B. Der Gläserne Mensch (1991), Schönheit und Gesundheit (1993), Zukunft der Gesundheitspolitik und -arbeit (1994)
-

Empfehlungen

Bei Aufnahme in den kostenlosen Verteiler (formloser Antrag) werden Sie über alle Aktivitäten der GesundheitsAkademie informiert.

GESUNDHEITSBERATUNG KÖLN e. V.

Interdisziplinäres Team für Gesundheit

– GBK –

Adresse	Hohenstaufenring 11 50674 Köln
Ansprechpartner	Dr. med. Frank Lehmann
Telefon	02 21/2182 82 02 21/24 62 02
Telefax	02 21/23 76 03

Die Gesundheitsberatung Köln e. V. (GBK) ist ein 1989 gegründeter, gemeinnütziger Verein, dessen Ziel die Förderung der Gesundheit ist, der Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung und Krankheitsbewältigung entwickelt, begleitet, durchführt und deren Wirkung erforscht. Verhaltens- und Verhältnisprävention gehen dabei Hand in Hand. Die Gesundheitsberatung Köln e. V. arbeitet bundesweit.

Acht wissenschaftliche Mitarbeiter aus den Bereichen Medizin, Psychologie, Soziologie, Sozialpädagogik, Ernährungs- und Sportwissenschaften und Betriebswirtschaftslehre arbeiten in einem interdisziplinären Team zusammen. Ein wissenschaftlicher Beirat aus führenden Vertretern einzelner Fachbereiche sowie des öffentlichen Lebens garantiert den aktuellen Bezug zu Forschung und Politik.

Grundlage der Tätigkeit ist das ökologische Lebensweisenkonzept der WHO, das die Bedeutung der Gesundheit mit persönlichen Einstellungen sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen verbindet. Die Gesundheitsberatung Köln e. V. versteht sich als ein Anwendungsinstitut, dem es in erster Linie um die Umsetzung von Gesundheitsförderung speziell auch der primären Prävention geht.

Ziel ist es, Interessierte für die Gesundheitsförderung kompetent zu schulen. Das Angebot richtet sich im Schwerpunkt an Institutionen zur Schulung von Mitarbeitern. Einzelne Fortbildungsseminare werden frei angeboten. Für Betriebe stehen Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung zur Verfügung. Die Gesundheitsberatung Köln e. V. finanziert sich über Eigenleistungen und Spenden.

Aufgaben und Ziele der Institution

- GBK -

Medienangebote

Eine Broschüre und ein Faltblatt mit Darstellung der Aufgaben und Ziele der GBK sowie eine konkrete Angebotsbroschüre zum Fortbildungsprogramm sind kostenfrei erhältlich

Auf Anfrage werden zielgruppenspezifische Manuale und Vorträge mit Foliensätzen für die Bereiche Grundlagen der Gesundheit, Ernährung, Bewegung, Streßbewältigung, Gesprächsführung, bundesdeutscher Gesundheitsmarkt sowie Organisation von Aktionen und Kursen erstellt. Die Kosten werden je nach Inhalt und Umfang der Materialien berechnet.

Serviceleistungen

Den Schwerpunkt der bundesweiten Serviceleistungen bilden Seminare bzw. moderierte Arbeitskreise für Institutionen und Betriebe. Das Fortbildungsangebot richtet sich v a an Krankenkassenmitarbeiter, Gesundheitsreferenten, Mitarbeiter von Gesundheitsämtern, Seminarleiter, Fachkräfte des Arbeitsschutzes sowie Führungskräfte. Die Inhalte ergeben sich aus folgenden Themenbereichen der Gesundheitsförderung

- Grundlagen
§ 20 SGB V, ökologisches Lebensweisenkonzept, Verhaltens-/Verhältnisprävention (5 Tage),
- Beratungskompetenz
Gesprächsführung, Informationsvermittlung, Versichertenmotivation (3 Tage),
Ernährung
DGE-Empfehlungen, Ernährungsrichtungen, EBverhalten (5 Tage),
Bewegung
Beurteilungskriterien, Gesundheitssport, Rückenschule (5 Tage),
Streßbewältigung
Prävention, komplexe Trainingsprogramme, Entspannungstechniken, Umgang mit Sucht- und Genußmitteln (5 Tage),
- Betrieb
Gesundheitsgefährdung, Kooperationspartner, Programme (3 Tage),
- Gesundheitsmarkt
Angebote, Qualitätskriterien, Kursorganisation, Aktionen (5 + 3 Tage)

Es besteht die Möglichkeit, aus der Palette unterschiedlicher thematischer Module einzelne Bausteine auszuwählen und zu kombinieren. Einige Seminare werden frei, d h. institutionsungebunden für einzelne Teilnehmer oder für selber formierte Teilnehmergruppen angeboten.

Bei der Durchführung der Seminare wird auf bereits vorhandene Fähigkeiten Wert gelegt. Erfahrungen der Teilnehmer aus Beruf und Praxis fließen in die laufenden Seminare mit ein. Die persönliche Lebensweise wird unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsförderlichkeit thematisiert, um eine höhere Authentizität zu erreichen

Für die Seminare werden Rahmenbedingungen gewährleistet, die in ihrem Angebot vollwertige Ernährung sowie Bewegungs- und Entspannungsmöglichkeiten bieten. Im Seminarablauf sind Bewegungs- und Entspannungsübungen fest integriert, die im Berufs- und privaten Alltag umgesetzt werden können.

Die Methodik und Didaktik ist auf Partizipation ausgerichtet und fühlt sich auf Basis der Erwachsenenbildungsmethoden gesundheitspädagogischen und psychologischen Konzepten verpflichtet

Die Seminargebühren bei der Gruppengröße von 16 - 20 Teilnehmern betragen:

- bei 3-Tages-Seminaren ab 450, DM pro Person,
- = bei 5-Tages-Seminaren ab 650, DM pro Person.

Sie beinhalten acht bzw. 16 Unterrichtseinheiten und ein bis drei Praxiseinheiten sowie Arbeitsunterlagen.

Die Gebühren für zielgruppenspezifisch anzupassende Seminare/Seminarreihen werden auf Anfrage mitgeteilt.

Der Antrag für die Anerkennung als Bildungsurlaub in NRW ist gestellt

Des weiteren können im Rahmen betrieblicher Gesundheitsförderung Gesundheitszirkel sowie Arbeitskreise „Gesundheit“ moderiert und Betriebsklimauntersuchungen durchgeführt werden (beispielsweise Moderation einer Projektgruppe „Rauchen am Arbeitsplatz“ innerhalb eines Unternehmens der Automobilbranche im Raum Köln). Betriebsspezifische Gesundheitsförderungsprogramme können entwickelt und umgesetzt werden

Der Verein wirkt an verschiedenen Kongressen, an Podiumsdiskussionen und im Kölner Gesundheitsforum mit. Der Aufbau eines Seminarbetriebes in Form einer Gesundheitsakademie, in der bereits entwickelte und erprobte Seminare im Bereich der Gesundheitsförderung angeboten werden, ist geplant.

Empfehlungen

Die Gesundheitsberatung Köln e V ist ein wichtiger Ansprechpartner für praxisorientierte Konzepte zur Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit. Die Arbeit unseres Vereins ist vor allem für die Anwendung im Bereich der Schulung von Mitarbeitern aus Krankenkassen und der betrieblichen Gesundheitsförderung/Arbeitsschutz bundesweit zu empfehlen

GESUNDHEITS- TREFFPUNKTE

– GTP –

Adresse	Gesundheitstreffpunkt (GTP) Nord Lindenstraße 18 28755 Bremen
	Gesundheitstreffpunkt (GTP) West Gröpellinger Heerstraße 120 28237 Bremen
Telefon	Nord: 04 21/65 64 11 West: 04 21/61 70 79

Entstehungszeit: 1984/85. Die Gesundheitstreffpunkte waren als Anlaufstelle für die regionalen Interventionsaktivitäten der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP) in zwei Bremer Stadtbezirken konzipiert worden. Im Laufe ihres Bestehens haben sie sich den regionalen Gesundheitsbedarfen angepaßt und über die Herz-Kreislauf-spezifischen Gesundheitsangebote hinaus Konzepte zur regionalen Gesundheitsförderung entwickelt. Die Resonanz auf die Gesundheitsförderungsaktivitäten war so groß, daß sich bei Beendigung der DHP (1991) die regionalen Bürgermeister beim Senator für Gesundheit für den Erhalt der Treffpunkte über das Studienende hinaus eingesetzt haben.

In jedem Treffpunkt sind drei Mitarbeiter (vorwiegend Sozialpädagoginnen) tätig.

Ziel der Treffpunktarbeit ist die Gesundheitsförderung in zwei Stadtbezirken. Die Zielorientierung erfolgt an den aktuell vorhandenen Gesundheitsproblemen der Stadtbezirke. Die Gesundheitsprobleme werden von den Gesundheitstreffpunkten und ihren Kooperationspartnern aufgrund der (beruflichen) Kontakte mit Bürgern definiert. Wichtiges Merkmal der Gesundheitsförderungsarbeit ist der Einbezug aller Personen und Institutionen der „Gesundheitsarbeit“: politische, gesundheitliche, kirchliche Institutionen ebenso wie Ärzte, Ämter, Beratungsstellen, Gesundheits- und Kulturprojekte, Selbsthilfegruppen, Verbraucherkonzentralen und einzelne Bürger.

Die Gesundheitsförderungsarbeit beider Treffpunkte kann unterteilt werden in personenbezogene, individuelle Gesundheitsförderung mit Beratungsangeboten zu allen gesundheitlichen Fragen *innerhalb* und *außerhalb* (auf Wochenmärkten etc.) der Gesundheitstreffpunkte.

Die strukturelle Gesundheitsförderung versucht, alle Anbieter im Gesundheitsbereich zu gemeinsamen Aktionen und Projekten zu motivieren. Vom GTP West konnte ein „Arbeitskreis Gesundheit im Bremer Westen“ gegründet werden, dem über 80 Institutionsmitglieder angehören. In Arbeitskreisen werden die relevanten Gesundheitsprobleme des Stadtteils durch Öffentlichkeitsaktionen oder längerfristige Projekte bearbeitet.

Aufgaben und Ziele der Institution

- GTP -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die mediale Arbeit umfaßt regelmäßige Informationen zu Gesundheitsthemen sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Als weiterer Bereich ist die Initiierung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen zu nennen.

Die Arbeit der Treffpunkte wird auf eigens dafür entwickelten Dokumentationsbogen festgehalten und evaluiert. Die Arbeit ist teamorientiert, es finden interne Fortbildungen statt. Externe Fort- und Weiterbildungen werden vom Verein unterstützt. Die Arbeit der Teammitglieder wird supervidiert.

Trotz der an regionalem Bedarf ausgerichteten Gesundheitsförderung sind die Grundprinzipien der Arbeit, auch was die Angebote betrifft, auf andere Regionen übertragbar. Um ihre Erfahrungen weiterzuvermitteln, bieten die Gesundheitstreffpunkte Medien, Beratung und Fortbildung bundesweit an.

Rechtsstatus und Träger

GTP West und GTP Nord sind im eingetragenen, gemeinnützigen Verein „Gesundheitstreffpunkte“ zusammengefaßt. Inhaltlich-konzeptionell wird gemeinsam gearbeitet. In der realen Gesundheitsförderungsarbeit werden die regionalen Besonderheiten jeweils berücksichtigt.

Finanzierung

Neben der Personal- und Sachmittelfinanzierung durch den Senator für Gesundheit, Jugend und Soziales werden Einzelvorhaben von unterschiedlichen Sponsoren gestützt, so zum Beispiel durch Senatorische Dienststellen, Bürgermeisterämter, Krankenkassen. Größere Projekte werden gemeinsam mit anderen „Gesundheitsanbietern“ durchgeführt; die Finanzierung dieser Projekte erfolgt durch die Kooperationspartner gemeinsam

Medienangebote

- Schriftliche Medien sind, besonders in Form zusammengefaßter Materialien, zur Durchführung verschiedener Gesundheitsprojekte/-aktionen vorhanden: z. B. Gesundheitswoche, Nikolausfrühstück, Herbstferien-Mitmachaktion und Körperlichkeit/Aufklärung/Sexualität. Diese Projekte und Aktionen können von einer einzelnen Institution, aber auch mit Kooperationspartnern durchgeführt werden.
- Konzepte für Multiplikatorenarbeit: z. B. Bewegung und Entspannung in der Gruppenarbeit, für die Bereiche Schule, Kindergarten, Sozialarbeit.

Weitere Materialien beispielhaft:

- Als Videofilm ist das Schulprojekt „Erfahrungsfeld der Sinne“ vorhanden.
- Verschiedenes: Für den Bereich Sucht sind vorhanden: Beratungsführer, Ausstellungsmaterialien, Songs/Lieder in deutsch und englisch; alle für Multiplikatoren und Bürger:
Broschüre zur Ernährung im Alter
Kommentierte Bücherliste Aufklärung/Körperlichkeit/Sexualität.

Sämtliche Materialien werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Serviceleistungen

Die Treffpunkte bieten bundesweit (kostenpflichtig) an: Seminare über den Aufbau von Gesundheitsförderungsinitiativen und zu Gesundheitsberatungen sowie Multiplikatorenschulungen und Fortbildungen in den Bereichen Ernährung, Entspannung, primäre Suchtprävention. Alle Angebote nach telefonischer Rücksprache.

Empfehlungen

Die Gesundheitstreffpunkte bieten bundesweit telefonische und persönliche Beratung bei geplanten Gesundheitsförderungsaktivitäten, für die Gewinnung von Multiplikatoren und Finanzierungsmöglichkeiten an. Ferner besteht die Möglichkeit zur Durchführung berufsausbildungsbezogener Praktika (Sozialpädagogik, Ernährungsberatung, Arzthelferinnen, Krankenschwestern, Psychologie, Medizin).

GSF – FORSCHUNGS- ZENTRUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT NEUHERBERG

Adresse	Ingolstädter Landstraße 1 85764 Oberschleißheim
Ansprechpartner	Herr Haury, Öffentlichkeitsarbeit
Telefon	0 89/3 18 70
Telefax	0 89/31 87 33 22
Teletex	898947 stral

Das GSF – Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit – eine Großforschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaats Bayern – ist ein Zentrum für Umweltwissenschaften. Das Zentrum ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Großforschungseinrichtungen (AGF).

Ziel der Forschung ist der Schutz des Menschen und seiner Umwelt vor schädigenden Einflüssen durch Strahlung und Chemikalien sowie die Nutzbarmachung von naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnissen zur Verbesserung des Umweltschutzes und der Gesundheitsversorgung.

Die jährlichen Aufwendungen betragen ca. 200 Mio. DM. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 1700 Mitarbeitern, davon 620 Wissenschaftler.

In den insgesamt 21 Instituten und selbständigen wissenschaftlichen Abteilungen werden drei Forschungsschwerpunkte mit den entsprechenden Forschungsaufgaben bearbeitet:

- **Wirkungsforschung**
Mechanismen von Schadwirkungen für Umwelt und Gesundheit und Quantifizierung des Risikos
- **Umweltforschung**
Bewertung physikalischer und chemischer Belastungen von Ökosystemen sowie Entwicklung von Schutz- und Entsorgungskonzepten
- **Gesundheitsforschung**
Bevölkerungs- und Individualmedizin: Entwicklung von Konzepten für Prävention und Therapie

Der Forschungsansatz erfordert eine institutsübergreifende, interdisziplinäre Zusammenarbeit, die sich u. a. in entsprechend groß angelegten Forschungsverbänden mit umfassenden Forschungszielen (z. B. Forschungsverbund Agrarökosysteme München, Münchner Arbeitsgemeinschaft für Luftschadstoffe) widerspiegelt. Forschungsaufgaben dieser Art sind in der Organisationsform einer Großforschungseinrichtung optimal realisierbar, wobei immer mit Universitäten oder anderen Forschungseinrichtungen kooperiert wird.

Aufgaben und Ziele der Institution

**GSF –
FORSCHUNGS-
ZENTRUM FÜR
UMWELT UND
GESUNDHEIT
NEUHERBERG**

Medienangebote

– Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der GSF gibt für das jeweilige Geschäftsjahr einen zweiteiligen Jahresbericht heraus. In dem einen Teil wird aus der Arbeit der Institute und Abteilungen berichtet. Der zweite Teil gibt Auskünfte über im betreffenden Jahr erbrachte Leistungen wie Vorlesungen, Veröffentlichungen und Vorträge. Weiterhin informiert er über Gastvorträge und wichtige Adressen. Der zweiteilige Jahresbericht wird Interessenten auf Anfrage kostenlos zur Verfügung gestellt. Die darin dokumentierten Veröffentlichungen können unter Angabe des Titels und der GSF-Nr ebenfalls kostenlos angefordert werden. Das Magazin „mensch und umwelt“ der GSF erscheint ein- bis zweimal jährlich. Interessenten können sich in einen Adressenverteiler aufnehmen lassen. Der Bezug ist kostenlos.

**Service-
leistungen**

Das Institut für Strahlenschutz der GSF führt jedes Jahr ein umfangreiches Kursprogramm durch. Es handelt sich dabei um spez. Umwelt- und Strahlenschutzkurse für Ärzte, Lehrer und andere Berufsgruppen von unterschiedlicher Dauer und zu verschiedenen hohen Kosten. Detailliertere Angaben über Themen, Termine, Dauer und Kosten sind dem jeweiligen Jahresprogramm zu entnehmen. Dieses kann regelmäßig durch Aufnahme in einen Adressenverteiler bezogen werden.

Anfragen und Anmeldungen an das

Kurssekretariat des Instituts für Strahlenschutz der GSF
Ingolstädter Landstraße 1
85764 Oberschleißheim
Telefon: 0 89/31 87 40 40

Empfehlungen

An wissenschaftlichen Fragen der Strahlen- und Umweltforschung Interessierte sollten die kostenlosen Informationsangebote der GSF nutzen:

Jahresberichte anfordern
Aufnahme in Verteiler für GSF-Magazin „mensch und umwelt“
Aufnahme in Verteiler für Kursprogramme des Instituts für Strahlenschutz

HAMBURGISCHE LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG e. V.

– HLG –

Adresse Fuhsbüttler Str. 401
22309 Hamburg

Telefon 0 40/6 32 22 20

Telefax 0 40/6 32 58 48

Die Hamburgische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V. (HLG) wurde 1983 gegründet und löste den „Hamburgischen Landesausschuß für Gesundheits-erziehung“ ab, welcher in der Gesundheitsbehörde Hamburg angesiedelt war

Die HLG hat die satzungsgemäße Aufgabe, „Maßnahmen zur Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung anzuregen, zu unterstützen, zu koordinieren oder durchzuführen und die gemeinsamen Interessen der Mitglieder zu vertreten“

Zu den mehr als 50 Mitgliedern der HLG zählen Gesundheitsämter, Krankenkassen, Landesversicherungsanstalt, Kammern der Heilberufe, verschiedene Berufsverbände, Gewerkschaften, Behörden, Selbsthilfegruppen usw.

Die Organe der HLG sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand mit 10 Mitgliedern aus den Mitgliedsorganisationen und einem Vertreter der Gesundheitsbehörde Hamburg

In ihrer Arbeit orientiert sich die HLG an den Schritten:

- Interesse wecken
- Wissen vermitteln
- Einsichten schaffen
- Einstellungen ändern
- Verhalten festigen.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich der personalen Kommunikation richtet sich an Kinder und Jugendliche über Kindertagesstätten und Schulen, wodurch dann auch Erwachsene erreicht werden.

Dabei verfolgt die HLG ihren Ansatz, dahin zu gehen, wo die Zielgruppen sind und situationsbezogen und ganzheitlich vorzugehen.

Der jährliche Weltgesundheitstag ist Anlaß für eine größere Veranstaltung mit den Gesundheitsämtern und Krankenkassen, weiterhin wendet sich die HLG auf Verbrauchermessen an größere Bevölkerungsgruppen und organisiert mit ihren Mitgliedern Gesundheitswochen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- HLG -	Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit mit den Hamburger Massenmedien soll die Bevölkerung über gesundheitliche Themen informieren und auch die HLG bekannter machen.	Die Finanzierung der Arbeit erfolgt über Fördermittel des Hamburger Senats und - seit 1992 - Zuwendungen der Krankenkassen, Mitgliederbeiträge, Spenden und Sachleistungen der Mitglieder. Die Geschäftsstelle ist mit drei MitarbeiterInnen besetzt.
Medienangebote	Für die Information der Bevölkerung hält die HLG Faltblätter, Broschüren und Poster zu den verschiedenen Themen bereit, es sind überwiegend Medien anderer Herausgeber.	Weitere Medien sind jene Materialien, welche die HLG für ihre Maßnahmen in Kindergarten und Schule entwickelt hat, wie die Symbolfiguren „Eule und Gespenst“, die Faltblätter „Fernsehen will gelernt sein“ und „Fit in den Tag – Frühstück macht stark“ und Aufkleber.
Serviceleistungen	<p>Den Schwerpunkt der Serviceleistungen der HLG bildet das Fortbildungsangebot für ErzieherInnen und LehrerInnen</p> <p>Mit Tagesseminaren für ErzieherInnen, Gesprächsrunden für ErzieherInnen, Eltern und dem Handpuppenspiel „Eule und Gespenst“ werden vor allem die Themen Ernährung, Fernsehen und Bewegung umgesetzt. Ernährung, Schulfrühstück sowie Fernsehen und aktive Freizeitgestaltung sind auch die Themen für die Arbeit in den Grundschulen und Behinderteneinrichtungen, die dort in Form von Unterrichtsstunden durch freie pädagogische MitarbeiterInnen der HLG gestaltet werden.</p>	<p>Weitere Bestandteile der Serviceleistungen, die sich dem finanziellen Rahmen der HLG anpassen müssen, sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine Referentenkartei mit Honorarkräften aus verschiedenen Fachbereichen für Veranstaltungen der Mitglieder und Partner der HLG, - der Informationsdienst, durch den interessierten Schlüsselpersonen und Bürgern Materialien zu den gewünschten Themen zur Verfügung gestellt werden, - Informationen zu ausgewählten Themen über das Hamburger Gesundheitstelefon unter der Rufnummer 115 02, - der Pressedienst, durch den die Massenmedien über Pressemitteilungen und Pressekonferenzen zu aktuellen Themen und Aktivitäten informiert werden.
Empfehlungen	<p>Unter dem breiten Medienangebot der HLG für Schlüsselpersonen und „Endverbraucher“ ist vor allem auf das hinzuweisen, das von der HLG selbst entwickelt wurde, wie z. B. die Faltblätter zu den Themen „Fernsehen“ und „Frühstück“.</p> <p>Das gleiche trifft auf das Fortbildungsangebot für ErzieherInnen und LehrerInnen zu, dessen Konzept und Erfahrung damit für Interessierte nutzbringend sind.</p>	Für die gesundheitserzieherische Arbeit in Kindergarten und Schule empfiehlt es sich, die Erfahrungen und das Konzept der HLG mit den Symbolfiguren „Eule und Gespenst“ zu nutzen und den Kontakt mit der HLG aufzunehmen.

HAUPTVERBAND DER GEWERBLICHEN BERUFS- GENOSSENSCHAFTEN e. V.

Adresse	Alte Heerstraße 111 53754 Sankt Augustin
Ansprechpartner	Dr. Günther Sokoll (Hauptgeschäftsführer)
Telefon	0 22 41/2 31 01
Telefax	0 22 41/2 31-3 33

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften ist einer der drei Spitzenverbände der gesetzlichen Unfallversicherung. Er nimmt die gemeinsamen Interessen und Aufgaben der gewerblichen Berufsgenossenschaften zum Wohle der Versicherten und der Unternehmer wahr, vor allem auf den Gebieten der Arbeitssicherheit, der Ersten Hilfe, der Rehabilitation, der Entwicklung des Sozialversicherungsrechts und der Rationalisierung der Verwaltungsarbeit. Er ist ein eingetragener Verein. Sein Sitz ist in Berlin, seine Geschäftsstelle in Sankt Augustin.

Gegründet wurde der Hauptverband am 27. Juni 1887 auf Initiative aller Berufsgenossenschaften. Heute gibt es 34 gewerbliche Berufsgenossenschaften und die See-Berufsgenossenschaft. Sie sind fachlich, das heißt nach Gewerbebezügen, gegliedert. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und führen die ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben in eigener Verantwortung ihrer ehrenamtlichen Selbstverwaltungsorgane – jedoch unter staatlicher Aufsicht – durch. Selbstverwaltungsorgane sind Vertreterversammlung und Vorstand. Diese setzen sich je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen.

Mitglieder sind allein die Arbeitgeber. Sie bringen die erforderlichen Mittel (Beiträge) für die Leistungen der Unfallversicherung auf. Es handelt sich um eine Zwangsmitgliedschaft. Damit ist jeder Beschäftigte durch Gesetz gegen die Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten versichert, ohne selbst Beitrag zahlen zu müssen, aufgrund eines Arbeits-, Dienst- oder Ausbildungsverhältnisses ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, Höhe seines Einkommens und unabhängig davon, ob es sich um eine ständige oder nur vorübergehende Tätigkeit handelt.

Die Berufsgenossenschaften haben vom Gesetzgeber den Auftrag erhalten, Arbeitsunfälle, dazu gehören auch die Wegeunfälle, zu verhüten, nach Eintritt des Arbeitsunfalles den Verletzten, seine Angehörigen und seine Hinterbliebenen zu entschädigen

- durch Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten,
- durch Arbeits- und Berufsförderung (Berufshilfe) und
- durch die Erleichterung der Verletzungsfolgen,
- durch Leistungen in Geld an den Versicherten, seine Angehörigen und seine Hinterbliebenen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**HAUPTVERBAND
DER GEWERB-
LICHEN BERUFS-
GENOSSEN-
SCHAFTEN e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Organe des Hauptverbandes sind, ebenfalls paritätisch besetzt, die Mitgliederversammlungen und der Vorstand. Die für die Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel werden durch Beiträge der Mitgliedsberufsgenossenschaften aufgebracht.

Das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitssicherheit (BIA)

Das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitssicherheit - BIA ist ein Institut des Hauptverbandes und damit eine Gemeinschaftseinrichtung der in diesem Verband zusammengeschlossenen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Es unterstützt die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die Fachausschüsse des Hauptverbandes bei der Unfallverhütung und der Bekämpfung von Berufskrankheiten, insbesondere im Bereich der technischen Arbeitssicherheit.

Es ist Aufgabe des BIA, durch

* Forschungen
Gefährdungen zu erkennen und Sachzusammenhänge aufzuklären und
Grundlagen für sicherheitstechnische Anforderungen zu erarbeiten;

* Prüfungen
das Einhalten sicherheitstechnischer Vorschriften und Normen festzustellen; Beiträge zur Weiterentwicklung der Sicherheitstechnik zu liefern;

* Beratungen
bei der Lösung von Einzelproblemen mitzuhelfen sowie die Aufstellung von Normen und technischen Regeln sachverständig zu unterstützen.

Die Arbeitsprogramme und deren Prioritäten orientieren sich an den Erfordernissen der Praxis und den jeweils aktuellen Problemen der Arbeitssicherheit. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf die Sachgebiete

Gefährliche Arbeitsstoffe
Lärm, Vibration, sonstige physikalische Einwirkungen
Sicherheit technischer Arbeitsmittel
Persönliche Schutzausrüstungen

Die Berufsgenossenschaftliche Akademie für Arbeitssicherheit (BGA)

Die Berufsgenossenschaftliche Akademie für Arbeitssicherheit und Verwaltung (BGA) auf dem Steimelsberg in Hennef/Sieg ist die zentrale Bildungsstätte der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Mit dieser Akademie kann der Hauptverband die Erfüllung des ihm von den Mitgliedsberufsgenossenschaften übertragenen Bildungsauftrages entscheidend verbessern.

In der Akademie hat die berufstheoretische Aus- und Fortbildung der berufsgenossenschaftlichen Angestellten, die theoretische Schulung der Technischen Aufsichtsbeamten sowie die Weiterbildung der Mitarbeiter der Berufsgenossenschaften ihren festen Standort gefunden. Weiter soll die Akademie Begegnungs- und Arbeitsstätte für alle Gremien sein, die an der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der gewerblichen Berufsgenossenschaften mitarbeiten.

Kontinuierliche und immer komplexer werdende technologische Prozesse, Änderungen der rechtlichen und in ihrem Gefolge der organisatorischen und finanziellen Grundlagen der gesetzlichen Unfallversicherung erfordern stärker noch als in der Vergangenheit eine qualifizierte fachliche Aus- und Fortbildung. Die sich dabei ergebenden Probleme lassen sich nur in einer zentralen Bildungsstätte lösen, in der - aufbauend auf gesicherten Erkenntnissen und Erfahrungen und zugleich zukunftsorientiert - optimale Lehr- und Lernmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Medienangebote

Zu den Publikationen des Hauptverbandes gehören unter anderem:

Regelmäßig erscheinende Publikationen

* *Die BG*
Fachzeitschrift für Arbeitssicherheit und Unfallversicherung (erscheint monatlich, Auflage: 8 500);

* *Arbeit und Gesundheit*
(erscheint monatlich, Auflage: 480 000);

* *Staub, Reinhaltung der Luft*
(erscheint monatlich, Auflage: 2.300);

* *Betriebswacht*
Datenjahrbuch der gewerblichen Berufsgenossenschaften (erscheint jährlich)

Unregelmäßig erscheinende Publikationen

* *BG-Informationen*
Pressedienst (erscheint drei- bis viermal jährlich);

* *BK-DOK*
Dokumentation des Berufskrankheiten-Geschehens in der Bundesrepublik Deutschland (erscheint alle drei Jahre);

* *Rehabilitations-Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung* (erscheint alle drei Jahre);

* *ZIGUV-Info*
Informationsdienst des Zentralen Informationssystems der gesetzlichen Unfallversicherung (erscheint nach Bedarf)

Kommentare, Loseblattsammlungen

* *Lauterbach, Watermann:*
Gesetzliche Unfallversicherung
Kommentar zum 3 und 5 Buch der Reichsversicherungsordnung und zu den die Unfallversicherung betreffenden Vorschriften des 1., 4. und 10. Buches des Sozialgesetzbuches;

* *Noeske, Hamacher, Franz: Erläuterungen zum Abkommen Ärzte Berufsgenossenschaften (Ärzteabkommen) zwischen den berufsgenossenschaftlichen Spitzenverbänden, dem Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand einerseits und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung andererseits;*

* *BIA-Handbuch*
Ergänzbares Sammlungs der sicherheitstechnischen Informations- und Arbeitsblätter für die betriebliche Praxis;

* *BIA-Arbeitsmappe: Messung von Gefahrstoffen
Ergänzbare Sammlung von Arbeitshilfen für die
Durchführung von
Arbeitsbereichsanalysen u. a.:*

* *Handbuch für berufliche Rehabilitation der Unfalver-
letzten.*

Ferner verfügt der Hauptverband über audiovisuelle Medien:

In einem Filmverzeichnis sind die Filme zur Arbeits- und Verkehrssicherheit aufgeführt. Diese können kostenlos ausgeliehen werden.

**HAUPTVERBAND
DER GEWERB-
LICHEN BERUFS-
GENOSSEN-
SCHAFTEN e.V.**

Medienangebote

Alle Informationen, die der Hauptverband für seine Mitglieder aufbereitet, stehen auch anderen Interessierten zur Verfügung.

Die Forschungen, Prüfungen und Beratungen, wie sie vor allem über das BIA organisiert sind, können ebenfalls angefragt werden.

Schließlich steht der Hauptverband für die Vermittlung von kompetenten Referenten und Informationsmaterial zur Verfügung.

**Service-
leistungen**

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften bündelt die Erfahrungen, die in der Zuständigkeit der Unfallversicherungsträger für den gesamten Bereich des Arbeitsschutzes anfallen.

Er ist die erste Adresse für den Stand des gesicherten Wissens auf allen Gebieten der Arbeitssicherheit, bei Berufskrankheiten und Unfallverhütung.

Als historisch gewachsene Einrichtung der Unternehmer liegt das präventive Schwergewicht auf technischen und arbeitsorganisatorischen Möglichkeiten der Unfallverhütung und Rehabilitation.

Besonders zu empfehlen sind die vielfältigen Informations- und Schulungsmaterialien, die beständig aktualisiert werden.

Empfehlungen

HESSISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR GESUNDHEITS- ERZIEHUNG e. V.

– HAGE –

Adresse	Heinrich-Heine-Straße 44 35003 Marburg
Ansprechpartner	Dr. Harald Renner (Geschäftsführer)
Telefon	0 64 21/60 07-0
Telefax	0 64 21/60 07 11

1958 begann das Land Hessen, eine Arbeitsgemeinschaft einzurichten, in der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Pädagogen, Ernährungsberater und andere Fachkräfte in der vorbeugenden Gesundheitspflege zusammenarbeiten sollten. 1961 wurde die Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAGE) gegründet. Getragen vom Land Hessen, übernahm sie die Aufgabe, die hessische Bevölkerung mit Informationen zum Schutz ihrer Gesundheit zu versorgen.

Die HAGE ist ein gemeinnütziger Verein, der hauptsächlich getragen wird durch das Hessische Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, das Hessische Kultusministerium, die Landesärztekammer, die Landeszahnärztekammer, die Landesapothekerkammer, Gesundheitsämter, die Landesverbände verschiedener Krankenkassen und Versicherungen, Gewerkschaften, hessische Unternehmerverbände, den Landeselternbeirat. Insgesamt gehören der HAGE zur Zeit 56 Vereinsmitglieder an

Die für den satzungsgemäßen Zweck erforderlichen Mittel werden durch Jahresbeiträge der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder, durch Zuschüsse des Landes Hessen, der Träger der Sozialversicherung und anderer sowie durch Spenden aufgebracht. Der HAGE steht z. Zt. ein Etat von ca. 1,5 Millionen DM zur Verfügung.

Seit Mitte der 80er Jahre haben sich Selbstverständnis und Zielvorgabe der HAGE verändert. Initiiert wurde dieser Prozeß 1986 durch die Ottawa-Charta. Ein weiterer Impuls war 1991 die EntschlieÙung der 64 Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerinnen und Minister und Senatorinnen und Senatoren der Länder. Auch angesichts zunehmender Mittelverknappung im Gesundheitswesen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage setzt die HAGE nunmehr verstärkt auf den Dialog mit Multiplikatoren im Gesundheitsbereich und trennt sich von Gesundheits-erziehungs- und Aufklärungsmaßnahmen mit massenmedialen Instrumenten. Dargelegt wird diese Veränderung des Selbstverständnisses in der 1992 verabschiedeten Konzeption.

Wie alle entsprechenden Landesverbände stellt sich auch die HAGE der Aufgabe, bewährte Traditionen mit Ansprüchen einer zeitgemäÙen Politik der Gesundheitsförderung in Einklang zu bringen. Ihre zentrale Aufgabe ist es, Ideen und Aktivitäten zur Gesundheitsförderung zu entwickeln, aufzugreifen und zu unterstützen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- HAGE -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Sie will dabei als Gemeinschaftsinitiative ein Forum der Begegnung für alle sein, die im Bereich der Gesundheitsförderung arbeiten.

Dabei gilt das Subsidiaritätsprinzip: Die Kooperationspartner bestimmen Zielsetzung und Themen ihrer Arbeit selber. Sie können Unterstützung inhaltlicher, methodischer und medialer Weise erhalten, aber sie sind für Organisation und Ergebnisse ihrer Veranstaltungen selber verantwortlich.

Die HAGE geht von einem ganzheitlichen und positiven Verständnis von Gesundheit aus. Gesundheit beinhaltet für sie die Fähigkeit des einzelnen, die eigenen Kräfte zur Selbstverwirklichung sowie zur Bewältigung und Veränderung seiner Umwelt aktiv zu entfalten. Diesem umfassenden Gesundheitsbegriff entspricht auch ihr Verständnis von Gesundheitsförderung als der Gesamtheit aller nichttherapeutischen Maßnahmen, die zur Entwicklung, Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit sowie zur Vermeidung und Bewältigung von verhaltens- und/oder verhältnisbezogenen Gesundheitsproblemen beitragen können.

Die HAGE will

die Bedingungen für eine gesundheitsfördernde Lebenswelt verbessern,
den Erfahrungsaustausch und die Fortbildung im Gesundheitsbereich voranbringen,
Gesundheitswissen weitergeben und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen,

Kooperationspartner für alle sein, die Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung durchführen,
- Lehrgänge für Multiplikatoren anbieten.

Eine besondere Zukunftsaufgabe sieht sie darin, das Bewußtsein der Politikerinnen und Politiker für die Belange der Gesundheitsförderung zu schärfen.

Die HAGE stellt sich der schwierigen und anspruchsvollen Aufgabe, Multiplikatoren zu erreichen, zu unterstützen und fortzubilden. Wichtige Adressaten unter den Multiplikatoren sind z. B. Lehrer, Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst oder in freier Praxis, regionale Kontaktstellen der Selbsthilfeorganisationen, Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe, Träger der Sozialversicherungen, Politiker, Journalisten und Entscheidungsträger in Wirtschaft und Verbänden.

In den kommenden Jahren wird die Arbeitsgemeinschaft in folgenden Handlungsfeldern tätig sein:

- Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter
- Gesundheitsförderung im Betrieb
- Gesundheitsförderung in der zweiten Lebenshälfte
- Gesundheitsförderung mit Selbsthilfegruppen
- Gesundheitsförderung und Umweltschutz
- Sexualerziehung und Aids-Prävention
- Suchtprävention
- Kooperation mit den neuen Bundesländern

Die HAGE setzt auf diesen Gebieten besondere Akzente. Für jeden Bereich initiiert, fördert und begleitet sie Aktivitäten mit Modellcharakter.

Medienangebote

Ziel ist es, durch sachliche, verständliche, überprüfbare und aktuelle Informationsvorleistungen zu einem ständigen Dialog mit den Partnern und Zielgruppen zu kommen.

HAGE-Hintergrund

Ab 1994 wird mit dem Informationsdienst *HAGE-Hintergrund* das zentrale Kommunikationsmittel für Vorstand, Geschäftsstelle und Mitgliedsorganisationen untereinander eingesetzt. Der Informationsdienst greift Konzepte und Maßnahmen zu den Handlungsfeldern auf und bietet sie den Mitgliedern an. Weiterhin informiert er über Fachliteratur und Veranstaltungen.

Weitere Printmedien (Stand: April 1994)

Dort, wo Printmedien sinnvoll eingesetzt werden können, greift die HAGE in erster Linie wenn möglich auf geeignete Angebote der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Kassen und anderer Landeseinrichtungen zurück.

Es ist jedoch vorgesehen, die Serie der in den Schulen bereits gut eingeführten Unterrichtshilfen für den Grundschulbereich kontinuierlich auszuweiten. Bisher wurden die Themen „Umweltschutz“, „Zahngesundheit“

„Erste Hilfe“, „Ernährung“, „Sexualerziehung“ und „Gesund sein – krank sein – wieder gesund werden“ behandelt. In den kommenden beiden Jahren werden die Unterrichtshilfen in Zusammenarbeit mit der Universität Marburg evaluiert.

Von den übrigen Printmedien der HAGE das sind die Hefte der Schriftenreihe, die Kleinen Gesundheitsblätter, die Vorsorge- und Elternblätter, die Mitmach-Bilderbücher für Grundschüler, die Poster und Aufkleber werden nur diejenigen weiterhin bereitgehalten bzw. weiterentwickelt, für die es bisher keine Alternativen gibt und die mit der neuen Konzeption in Einklang stehen.

Ausstellungen (Stand: April 1994)

Auf dem Ausstellungssektor hat die HAGE eine neue Konzeption entwickelt, die nach und nach die körperlichen, geistig-seelischen und gesellschaftlichen Teilaspekte der Gesundheitsförderung abdecken soll. Als erstes wurde ein universell einsetzbarer Ausstellungsstand in einer die Kommunikation fördernden Gestaltung entwickelt und hergestellt.

Bis 1995 werden folgende Ausstellungen verfügbar sein: „Mensch und Lebenswelt“, „Mensch und Umwelt“ sowie „Krebsprävention“

**Service-
leistungen**

Marburger Gesundheitsrunde

Im Juni 1992 trat erstmalig die „Marburger Gesundheitsrunde“ zusammen. Diese Veranstaltungsserie wird von der HAGE und dem Kreisgesundheitsamt Marburg-Biedenkopf getragen und widmet sich in halbjährigem

Abstand in Ganztagsveranstaltungen jeweils einem ausgesuchten Thema der Gesundheitsförderung. Sie soll Fachleute, Politiker und Journalisten zusammenbringen und den Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen ihnen fördern.

Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren und interessierte Bevölkerungsgruppen

Die HAGE unterhält einen Vortragsdienst, der interessierten Gruppen und Verbänden Referate zu wichtigen Themen der Gesundheitsförderung anbietet.

Weitere Angebote

Beantwortung von Fragen zu Themen der Gesundheitsförderung; kostenlose Broschüren, Faltblätter, Merkblätter (gegen Rückporto); Elterninformation für jedes in Hessen erstgeborene Kind; Anregungen zur Gesundheitsvorsorge durch die Telefonansage „Aktuelles aus dem Gesundheitswesen“ (0) 115 02 (Ortsgespräch); TV-Spot „bleib gesund“ im Programm des Hessischen Rundfunks.

- HAGE -

Serviceleistungen

HESSISCH-THÜRINGISCHE AKADEMIE FÜR BETRIEBS-, ARBEITS- UND SOZIALMEDIZIN e. V.

Adresse Carl-Oelemann-Weg 11
61231 Bad Nauheim

Telefon 0 60 32/24 50

Telefax 0 60 32/15 40

Die Hessisch-Thüringische Akademie für Betriebs-, Arbeits- und Sozialmedizin ist ein eingetragener Verein, der im Rahmen der Weiterbildung für Arbeitsmediziner den dreimonatigen theoretischen Kurs und für Sozialmediziner den zweimonatigen Kurs durchführt.

Der Grundkurs für Arbeitsmediziner hat folgende Themenfelder:

Grundlagen der Arbeitsmedizin

Arbeit als soziales Gut? Entwicklung der Arbeitsmedizin, arbeitsmedizinische Tätigkeit nach ASiG, Arzt im betrieblichen Spannungsfeld, Rechtsstellung des Betriebsarztes

Arbeitsmedizin im System der Sozialen Sicherung
Sozialversicherungssystem, Arbeitsmedizin und gesetzliche Krankenversicherung bzw. Rentenversicherung, arbeitsmedizinische Aufgaben, Zusammenarbeit im Betrieb, Zusammenarbeit der Sozialpartner

Aufgaben der Arbeitsmedizin und Unfallheilkunde
Arbeits-, Wegeunfälle und Durchgangsarztverfahren, Zusammenarbeit zwischen Durchgangsarzt und Betriebsarzt, zwischen Betriebsarzt und Sicherheitsingenieur, Erste Hilfe, Maßnahmen zur Unfallverhütung

Arbeitsmedizin und Gesundheitsschutz durch Staat und Unfallversicherungsträger
Gewerbeaufsicht, technischer Aufsichtsdienst der Unfallversicherungsträger, Gewerbeärztlicher Dienst, Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe, Personalführung und Betriebsklima

Aufgaben und Einrichtung Betriebsärztlicher Dienststellen

Aufgaben des Betriebsarztes, Klein- und Mittelbetriebe, Großbetriebe, überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren, Einstellungsuntersuchungen, Sprechstunden

Die Berufskrankheiten und ihre Prävention
BK-Liste und Quasi-Berufskrankheiten, Aufgaben des Arztes, BK-Verfahren, Konzept der Prävention, arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen

Chemische Einwirkungen als Ursache von Berufskrankheiten:

Metalle und Metalloide

Blei, Chrom, Quecksilber, Cadmium, Arsen

- Erstickungsgase usw.

Kohlenmonoxid, Schwefelwasserstoff, Halogenkohlenwasserstoff, Benzol und seine Homologe, Nitro- oder Aminverbindungen

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Biologische Einwirkungen als Ursache von Berufskrankheiten

Infektionserreger und Parasiten, Tropenkrankheiten
Physikalische Einwirkungen als Ursache von Berufskrankheiten

Druckluft, ionisierende Strahlen, Lärm

(Der Kurs wird jeweils durch einen Seminartag abgeschlossen, an dem übergeordnete Themen, wie „der arbeitsmedizinische Problempatient“, und abschließende Kolloquien erfolgen.)

In dem (zweiten) Aufbaukurs werden behandelt:

Die Berufskrankheiten der Atemorgane, obstruktive Atemwegserkrankungen, Hautkrankheiten, Berufskrebs, aber auch Arbeitsphysiologische Aspekte (körperliche Leistungsfähigkeit, Alter, Akkordarbeit, Hitze, Kälte, Schichtarbeit), die Arbeitsgestaltung, Arbeitsraum und Arbeitsstätte, Arbeitsumwelt (Luft, Licht, Klima, Bildschirmarbeit), persönlicher Schutz (Kleidung), Schutz besonderer Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Frauen, Behinderte).

(Der zweite Kurs wird mit der Diskussion ärztlicher Berufspflichten, überschneidende Fragen des Umweltschutzes usw. abgeschlossen.)

Auf die ersten beiden Kurse folgt ein (dritter) Aufbaukurs zu den Themenfeldern:

- Grundlagen und Spannungsfeld der Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit als Arbeitsschutz und Unfallverhütung,
- Grundlagen und Bedeutung des Arbeitsunfalls,
- Möglichkeiten und Grenzen der Unfallverhütung, Erste Hilfe, Unfallbehandlung, Katastrophenschutz,
- Vergiftungen,
- physikalisch verursachte Arbeitsunfälle, Vorschaden und Arbeitsunfall,
- Körperschutz, Möglichkeiten und Grenzen der Prävention, Beurteilung von Berufskrankheiten.

In den Aufbaukursen werden auch die arbeitsphysiologischen Aspekte eingehend beleuchtet (die Themenfelder entsprechen denjenigen der Grundkurse und werden durch spezifische Fragestellungen, etwa nach arbeitsmedizinischen Aspekten der Gemeinschaftsverpflegung, erweitert).

Ein fester Bestandteil der Aufbaukurse sind ganztägige Exkursionen, die der Problemwahrnehmung und Diskussion „vor Ort“ dienen.

Auch die sozialmedizinischen Veranstaltungen sind in zwei Grund- und Aufbaukursen gegliedert. Folgende Themenkreise werden in den Grundkursen behandelt:

- Sozialmedizin in der modernen Gesellschaft, Notwendigkeit und Ausgestaltung der sozialen Sicherung,
- Grundbegriffe des sozialen Leistungsrechts, Struktur der ärztlichen Versorgung, Dokumentation und Auswertung sozialmedizinischer Daten,
- Krankheit und soziale Umwelt, Sozialpsychiatrie, die Gesetzliche Krankenversicherung, Beratung und Beurteilung im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Struktur der Gesundheitsversorgung, Spezialfragen der GKV,
- Berufs- und Erwerbsunfähigkeit durch Zivilisationskrankheiten, die Gesetzliche Rentenversicherung,
- vorzeitige Berentung wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit,
- spezielle Fragen der Berufsunfähigkeit (BU) und der Erwerbsunfähigkeit (EU), Schutz vor den gesundheitlichen Risiken der Arbeitswelt, die Gesetzliche Unfallversicherung,
- Berufskrankheiten.

Die Aufbaukurse vertiefen und differenzieren die Themen.

Medienangebote

Die Akademie stellt für ihre Bildungsaktivitäten Unterlagen bereit.

Serviceleistungen

Besondere Serviceleistungen bietet die Akademie über ihre Aufgabenstellung hinaus nicht an.

Empfehlungen

Die Hessisch-Thüringische Akademie ist ein kompetenter Ansprechpartner für die Fragen der Weiterbildung auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeitsmedizin

INFORMATIONSS- ZENTRUM EPILEPSIE

– IZE –

Adresse Herforder Straße 5-7
33602 Bielefeld

Telefon 05 21/12 4117

Das Informationszentrum Epilepsie (IZE) besteht seit Juli 1991. Es dient allen, die von Epilepsien betroffen, mit ihrer medizinischen Behandlung und mit der Bewältigung ihrer sozialen Folgen befaßt sind

Das IZE arbeitet in Bielefeld in einer Bürogemeinschaft mit der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion der Internationalen Liga gegen Epilepsie. Das IZE wird getragen und finanziert vom gemeinnützigen Verein Informationszentrum Epilepsie (VIZE). Gründungsmitglieder dieses Vereins sind die Deutsche Sektion der Internationalen Liga gegen Epilepsie, das Epilepsie-Kuratorium, das Epilepsiezentrum Kork, die Stiftung Michael, der Verein zur Förderung der Epilepsieforschung und die von Bodelschwingschen Anstalten Bethel.

Schwerpunkte der IZE-Arbeit sind:

- Informationsarbeit (Anfragen und Dokumentation),
- Entwicklung von Informationsmaterialien,
- Infotelefondienst Epilepsie,
- Videothek zu den Themen Epilepsien: medizinische und soziale Probleme sowie „Alltagsbewältigung bei chronischer Krankheit und Behinderung“,
- Datenbank zum Epilepsiewissen.

Aufgaben und Ziele der Institution

Für die Aufklärungs- und Informationsarbeit verteilt das IZE kostenfrei Schriftmaterialien und Adressenlisten. Eine Versandmaterialliste kann beim IZE angefordert werden.

Für den Videoverleihdienst kann eine Verleihliste angefordert werden. Für Informationspakete zu speziellen Themen wird eine Kostenerstattung erbeten.

Medienangebote

Adressen von Organisationen, die ebenfalls Informationen zur Epilepsie bereithalten, können beim IZE oder bei der Liga-Geschäftsstelle erfragt werden.

Empfehlungen

INFRATEST EPIDEMIOLOGIE UND GESUNDHEITS- FORSCHUNG GmbH & Co.

– IEG –

Adresse Landsberger Straße 338
80687 München

Telefon 0 89/56 00-3 70

Telefax 0 89/56 00-5 63

Die Gesellschaft Infratest Gesundheitsforschung wurde 1965 gegründet. 1991 wurde der Name in Infratest Epidemiologie und Gesundheitsforschung (IEG) geändert. Die IEG ist in fünf Abteilungen untergliedert:

1. Ambulante Qualitätssicherung,
2. Versorgungsstrukturforschung,
3. Prävention,
4. Rehabilitation und Pflege,
5. Informationssysteme im Gesundheitswesen.

In diesen Abteilungen werden Dienstleistungen erbracht, schwerpunktmäßig empirische Forschung für öffentlich-rechtliche Einrichtungen des Gesundheitswesens, insbesondere Ministerien, ärztliche Körperschaften, Krankenversicherungen und wissenschaftliche Institute.

Die IEG finanziert sich durch Forschungsaufträge diverser Ministerien des Bundes und der Länder sowie anderer öffentlich-rechtlicher Einrichtungen in Wissenschaft und Gesundheitswesen.

Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen:

- Schwangerschaftsrisiken und Frühgeburtlichkeit,
- Fertilität und Reproduktion,
- Suchtverhalten von Jugendlichen in Ost und West,
- Psychische Erkrankungen und Sucht,
- Präventionsmaßnahmen und Gesundheitsförderung,
- Herz-Kreislauf-Risikofaktoren,
- Pflegebedarf,
- Wirksamkeit von Rehabilitationsmaßnahmen,
- Qualitätssicherung im ambulanten Bereich,
- Einflußfaktoren auf Frühberentung,
- Diagnosen und Therapien im Krankenhaus,
- Fehlbelegungen im Krankenhaus,
- Auswirkungen von Gesundheitsgesetzen (am Beispiel GSG),
- Kohortenforschung,
- Mundgesundheit in Deutschland Ost und West.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- IEG -

Medienangebote

Die IEG gibt eine Reihe mit dem Titel „Epidemiologie und Gesundheitsforschung“ heraus; die Bücher dieser Reihe sind bei der IEG erhältlich (z. Zt. zum Preis von 39,70 DM), z. B.

- Heinemann, L. et al.: Methodeneinführung und Repetitorium (1989),
- Hoeltz, J. et al.: Subjektive Morbidität, Gesundheitsrisiken, Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen (1990),
- Bormann, C. et al.: Kardiovaskuläre Risiken in Deutschland-Ost und -West (1991),
- Kirschner, W., Hoeltz, J.: Vorschlag für eine epidemiologische, umwelt- und sozialbezogene Gesundheitsberichterstattung (1992)

Vorhanden sind bei der IEG auch „Bevölkerungsrepräsentative Gesundheitsdaten Deutschland West/Ost“, beispielhaft seien hier folgende Themen genannt: Schwangerenstudie, Krebsfrüherkennung, Alkoholaffinität, Umwelt und Beschwerdebhäufigkeiten.

Serviceleistungen

Das Institut bietet sämtliche Serviceleistungen für empirische Gesundheitsforschung einschließlich Recherchedienste und Dokumentationservice.

Empfehlungen

Durch die Aufnahme in den Verteiler der IEG sind Einzelanforderungen und Übersichten zum aktuellen Angebot erhältlich.

INSTITUT FÜR ARBEITSPHYSIOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT DORTMUND

Adresse Ardeystraße 67
44139 Dortmund

Ansprechpartner Prof. Dr. Barbara Griefahn
Prof. Dr. Herbert Heuer

Telefon 02 31/108 40

Telefax 02 31/10 84-3 08

Das Institut für Arbeitsphysiologie wird von der „Forschungsgesellschaft für Arbeitsphysiologie und Arbeitsschutz e.V., Dortmund“ getragen. Die Forschungsgesellschaft wurde 1969 vom Land Nordrhein-Westfalen, der Max-Planck-Gesellschaft, dem DGB, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Universität Dortmund, der Stadt Dortmund und der Deutschen Angestelltengewerkschaft gegründet. Sie hat das Ziel, „Forschungen auf dem Gebiet der theoretischen und angewandten Arbeitsphysiologie zum Wohle und Schutz der arbeitenden Menschen zu fördern“. Hierzu wurde 1972 an der Universität Dortmund das Institut für Arbeitsphysiologie eingerichtet.

Das IfADo hat Aufgaben des ehemaligen, bereits 1908 gegründeten Max-Planck-Instituts für Arbeitsphysiologie übernommen.

Einschließlich Zivildienstleistende, Auszubildende, sog. Drittmittelstellen sind über 150 Mitarbeiter in dem IfADo tätig, davon über 40 Wissenschaftler.

Das Institut ist in von Direktoren geleitete Abteilungen gegliedert, die selbst Art und Umfang der Forschungsaktivitäten festlegen. Es sind dies:

Abt. Umweltphysiologie und Arbeitsmedizin
Mit einander ergänzenden labor- und feldexperimentellen sowie epidemiologischen Untersuchungen werden die isolierten und kombinierten physikalischen Einwirkungen am Arbeitsplatz auf die Befindlichkeit, die Leistung und auf organisch vegetative Funktionen untersucht.

Abt. Arbeitspsychologie
Mit Methoden der Epidemiologie, Rhythmusphysiologie, Streßforschung oder kognitiven Psychologie werden Auswirkungen bestimmter Arbeitsformen (z. B. Nacht- und Schichtarbeit) und mentaler, emotionaler Belastungen untersucht.

Abt. Ergonomie
Die Anpassung der durch die Arbeitsaufgabe gegebenen Belastungen an die Eigenschaften der Arbeitspersonen wird als Gestaltungsaufgabe (Analyse der muskulären, sensomotorischen und mentalen Arbeit, Prognose oder Simulation von Belastung und Beanspruchung bis hin zur Arbeitsplatzgestaltung für Behinderte) untersucht.

Aufgaben und Ziele der Institution

**INSTITUT FÜR
ARBEITS-
PHYSIOLOGIE AN
DER UNIVERSITÄT
DORTMUND**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Abt. Sinnes- und Neurophysiologie
Untersucht wird die wachsende Verarbeitung sensorischer Information im Arbeitsleben (z. B. die Wirkung von zeitlichen und räumlichen Änderungen eines Musters auf die Mustererkennung). Erforscht und erprobt werden Gerätekonstruktionen zur optimalen Anpassung von Bildschirmen.

Abt. Toxikologie und Arbeitsmedizin
Unter Nutzung interdisziplinärer methodischer Ansätze wird eine differenzierte Bewertung chemischer Stoffe am Arbeitsplatz geleistet (Erkennung von karzinogenen Arbeitsstoffen, Pharmakokinetik von Arbeitsstoffen, biologische Überwachung von Exponierten, Beurteilung von Stoffgemischen).

Innerhalb des Instituts bestehen abteilungsübergreifende Zentrale Einrichtungen:

- a) Bibliothek (umfaßt über 10.000 Monographien, 4.000 Zeitschriftenbände und 24.000 Sonderdrucke. Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek, jedoch über die Universitätsbibliothek an den Leihverkehr angeschlossen)
- b) Analytische Chemie (ein chemisch-analytisches Zentrallaboratorium für Entwicklungsaufgaben und Serviceleistungen)

c) Datenverarbeitung (Erfassung und statistische Bearbeitung der bei experimentellen Untersuchungen anfallenden physiologischen Daten per EDV).

d) Simulationslaboratorium Arbeitsgestaltung (arbeitsphysiologische Untersuchungen realer Arbeitssituationen im Labor).

e) Klinische Arbeitsmedizin (klinische Untersuchung von Probanden und arbeitsmedizinische Beratung).

Die Arbeiten des Instituts werden insgesamt wesentlich als

Feldstudien, vor allem bei der Untersuchung spezieller Belastungen, mit verschiedenen Methoden und in verschiedenen Branchen, oder als

Laborstudien, vor allem bei der systematischen, modellhaften Untersuchung verschiedener Belastungen und Beanspruchungen, durchgeführt.

Das Institut ist in den Lehrbetrieb der Universität Dortmund eingebunden, da die Abteilungsdirektoren gleichzeitig Professoren an der Universität Dortmund sind. Außerdem sind die Abteilungsdirektoren nebenamtlich an benachbarten Universitäten tätig

Medienangebote

Die Forschungsergebnisse des Instituts werden in Monographien, Handbüchern, Artikeln veröffentlicht (1970-1989 ca. 1.430 Titel).

Eine fortlaufende Publikationsliste kann beim Institut angefordert werden.

Das Institut sendet auf Anfrage die verfügbaren Sonderdrucke der Publikationen zu.

Das Institut berichtet regelmäßig alle zwei Jahre im Rahmen des allgemeinen Forschungsberichtes der Universität Dortmund über die Vorhaben und Aktivitäten.

Serviceleistungen

Die Wissenschaftler des Instituts treten als Referenten auf Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Ärzte, Psychologen, Biologen, Chemiker oder Ingenieure auf

Das Institut beteiligt sich mit Beiträgen oder Postern an Kongressen

Auf Anfragen (von Ärzten, Betrieben oder Einzelpersonen) nimmt das Institut in akuten oder interessanten Fällen (im Bereich der Arbeitsphysiologie, Ergonomie oder Toxikologie) spezielle Untersuchungen (im Labor oder im Feld) vor.

Empfehlungen

Als eines der traditionsreichsten Institute ist das IfADO ein wichtiger Ansprechpartner für spezifische arbeitsphysiologische und arbeitspsychologische toxikologische Fragen.

Besonders zu empfehlen sind die fachwissenschaftlichen Beratungen und die über Sonderdrucke kostenlos zugänglichen Forschungsergebnisse

INSTITUT FÜR ARBEITS- UND SOZIALHYGIENE

Stiftung

– IAS –

Adresse	Siegfried-Kühn-Straße 1 76135 Karlsruhe
Ansprechpartner	Dr. Bernhard Voigt (medizinische Themen) Malte Klemusch (allgemeine Informationen)
Telefon	07 21/82 04-0
Telefax	07 21/81 17 00

Das IAS Institut für Arbeits- und Sozialhygiene Stiftung wurde 1976 als unabhängige Einrichtung durch Dr. med. Walter Massmann gegründet. Ziel der Stiftung ist, das Verhältnis von Mensch und Arbeit zu harmonisieren und einen Beitrag zur Humanität des Arbeitslebens und damit zur Erhöhung der Lebensqualität zu leisten. Hauptsitz des IAS seit seiner Gründung ist Karlsruhe. Regionalsitze befinden sich in Berlin und Chemnitz.

Das IAS ist mit seinen 60 Zentren einer der größten, bundesweit tätigen Dienstleister auf den Gebieten Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik, Umweltschutz, Präventivmedizin, Hygiene und Meßtechnik. Über eine halbe Million Arbeitnehmer wird durch 300 Ärzte und Ingenieure sowie weiteres Fachpersonal des IAS betreut.

Das IAS berät und betreut beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung und übernimmt alle anfallenden Aufgaben eines Betriebsarztes und/oder einer Fachkraft für Arbeitssicherheit nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG). Darüber hinaus berät und unterstützt das IAS bei der Umsetzung weiterer Gesetze und Vorschriften zum Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz und bietet zusätzliche Serviceleistungen.

Das IAS ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Organ der Stiftung ist der Vorstand, der sich aus drei internen und vier externen Mitgliedern und hier jeweils zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der vom IAS betreuten Einrichtungen und Betriebe zusammensetzt.

Das IAS ist Gründungsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft überbetrieblicher arbeitsmedizinischer Dienste (BAGA) und eine vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung anerkannte Meßstelle nach TRGS 400. Aus dem IAS heraus werden Lehrveranstaltungen und Vorlesungen an Hochschulen angeboten

Die Stiftung finanziert sich über ihre Dienstleistung und erhält keinerlei öffentliche Zuwendungen.

Die Hauptaufgabenstellungen spiegeln das breite Spektrum seiner Tätigkeit wider:

- arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung nach dem ASiG,
- spezielle arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen,
- arbeitsmedizinische, arbeitshygienische und ergonomische Begutachtung von Arbeitsplätzen,

Aufgaben und Ziele der Institution

- IAS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

angewandte Forschung in Arbeitsmedizin, Arbeits- und Umweltschutz, Arbeitsgestaltung und -organisation,
umweltmedizinische Beratung und Begutachtung sowie Bewertung von Risikoanalysen,
- Gesundheits-Check ups und individuelle Gesundheitsberatung,
medizinisch-psychologische Begutachtung von Führerscheininhabern und Untersuchungen zum Erwerb der Fahrerlaubnis,
flugmedizinische Tauglichkeitsuntersuchungen, sicherheitstechnische Begutachtung und Beratung bei Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten, Sicherheitsanalysen nach der Störfallverordnung und Prüfung von Anlagen und Gerätschaften,
- Messung und Beurteilung von Umgebungseinflüssen am Arbeitsplatz,
Erstellung von Arbeitsbereichsanalysen,
Messung und Beurteilung von Emissionen und Immissionen,

Analytik von Boden, Wasser, Luft,
Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umweltrisik-Analysen sowie ÖKO-Audit und ÖKO-Bilanz,
- hygienefachärztliche Beratung und Betreuung von Betrieben, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Küchen, Lebensmittelherstellern u. a., insbesondere bei:
- Infektionsprävention und Infektionsbekämpfung, Desinfektion, Sterilisation, Reinigung, Wasser-aufbereitung und Belüftung,
Verpflegung und Lebensmittellagerung, Abfall-entsorgung sowie Sanierungs- und anderen Bau-maßnahmen

Das IAS macht seine Arbeit transparent. Jede durchgeführte Maßnahme wird sorgfältig dokumentiert und dem jeweiligen Auftraggeber mit zusammenfassenden Bewertungen und Vorschlägen zur Verfügung gestellt.

Medienangebote

Das IAS gibt regelmäßig Schriften heraus, die über seine Tätigkeit sowie über relevante Informationen aus dem Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes berichten. Im einzelnen sind dies:

- IAS-impulse Informationen aus Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik, Umweltschutz und Meßtechnik
Erscheinungsweise: Quartal/20, DM jährlich*
- IAS „Ihre Gesundheit“ Aktuelle Informationen zur Erhaltung Ihrer Gesundheit
Erscheinungsweise: Quartal/20, DM jährlich*

IAS-Mitteilung Schriftenreihe mit Ausgaben zu relevanten Schwerpunktthemen
Erscheinungsweise: jährlich/10, DM jährlich*
IAS-Jahresbericht Informationen zur Entwicklung des Instituts
Erscheinungsweise: jährlich/kostenlos

Darüber hinaus veranstaltet das IAS eine jährliche Fachtagung zu einem arbeitsschutzspezifischen Thema, die allen Interessierten offensteht.

* für Kunden kostenlos

**Service-
leistungen**

Auf Anfrage führt das IAS Auftragsarbeiten verschiedenster Art durch, so z. B.:

toxikologische Untersuchungen,
Messung von Gefahrstoffen,
Messung und Beurteilung von Lärm, Klima, Keimzahl und -art, Beleuchtung, Vibration,
arbeitshygienische Untersuchungen,
arbeitsmedizinische Untersuchungen,

Vorträge, Seminare, Fortbildungen zu allen für seinen Arbeitsbereich relevanten Themen, Einzelteilnahme möglich, Teilnahmevoraussetzungen bestehen nicht. Auf Anfrage wird ein Blatt mit den laufenden Angeboten zugesandt,
staatlich anerkannte Sachkundelehrgänge,
Erstellung von Gutachten einschließlich Gerichtsgutachten.

Weitere Serviceleistungen sind auf Anfrage gerne abzurufen

Empfehlungen

Das IAS Institut für Arbeits- und Sozialhygiene Stiftung ist der Ansprechpartner, wenn es um die praktische Durchführung arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Betreuung und die Forschung und Lehre auf diesen Gebieten geht. Auf der Basis langjähriger Institutstätigkeit können Interessenten auf die reichhaltigen Erfahrungen in den Bereichen Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik, Umweltschutz, Präventivmedizin, Hygiene und Meßtechnik sowie die Serviceleistungen des IAS zurückgreifen.

INSTITUT FÜR ARBEITS- UND SOZIALMEDIZIN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

Adresse Liebigstraße 27
04103 Leipzig

Telefon 03 41/7 16 72 53

Telefax 03 41/7 16 75 79

Es werden universitäre Lehraufgaben gemäß der ärztlichen Approbations- und Studienordnung sowie für nichtmedizinische Studiengänge erbracht. Das Institut ist zur Weiterbildung im Fach „Arbeitsmedizin“ (für 2 Jahre) ermächtigt.

Am Institut werden arbeitsmedizinische, arbeitsphysiologische und psychophysiologische Arbeiten zur Belastungs- und Beanspruchungsforschung sowie arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen und Begutachtungen durchgeführt. Diese Arbeiten erfolgen an bestimmten Beschäftigtengruppen im Labor und in der industriellen Praxis. Der Schwerpunkt liegt auf der Erarbeitung moderner Methoden zur Beanspruchungsindikation sowie quantitativer Bewertungskriterien bei vorwiegend mentaler Belastung und der Erforschung langfristiger Auswirkungen hoher mentaler Belastungen auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Schlußfolgerungen aus diesen Arbeiten ergeben sich für die optimale Organisation von modernen Arbeitsprozessen sowie die Prävention von berufsbezogenen Erkrankungen.

Das Institut verfügt gegenwärtig über folgende spezielle Einrichtungen:

- Arbeits- und umweltmedizinische Untersuchungsstelle, Arbeitsphysiologisches und Psychophysiologisches Labor,
- Labor für Biomeßtechnik, Praxisuntersuchungen und Datenanalyse,
- Chemisch-toxikologisches Labor (anerkannte außerbetriebliche Meßstelle für Gefahrstoffe in der Luft nach TRGA 400).

Aufgaben und Ziele der Institution

Aktuelle Forschungsberichte und Monographien zur Problematik der Prävention von berufsbedingten Erkrankungen (z. B. „Arbeitsplatzbezogene Erholungsangebote“), zu Streß und ausgewählten Umweltbelastungen (z. B. „Belastungen und Beanspruchungen im Hotel- und Gaststättengewerbe“) sind in einem Veröffentlichungsverzeichnis aufgeführt und kostenlos oder bei längerer Abhandlungen gegen Kopierkosten erhältlich.

Medienangebote

**INSTITUT FÜR
ARBEITS- UND
SOZIALMEDIZIN**

*Service-
leistungen*

Die speziellen Einrichtungen erbringen Leistungen für regionale und z. T. überregionale Institutionen und Firmen.

Für Arbeitsmediziner und Betriebsärzte finden im Rahmen der Ärztekammer bzw. der Akademie für ärztliche Weiterbildung der sächsischen Landesärztekammer Fortbildungen statt. Mitarbeiter des Institutes sind Referenten. Die Fortbildungen finden in den Räumen des Institutes bzw. der Universität statt. Anfragen können an das Institut gerichtet werden.

Empfehlungen

Mitarbeiter des Institutes sind aktiv in der Forschung, Beratung und Weiterbildung auf dem Gebiet der Prävention von streßinduzierten Gesundheitsstörungen tätig. Anfragen zu diesem Themenbereich sowie zu arbeits- und umwelttoxikologischen Fragestellungen werden bundesweit beantwortet. Das Institut ist z. B. häufig Ansprechpartner für Betriebskrankenkassen.

INSTITUT FÜR ARBEITSWISSENSCHAFT DER RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Adresse	Universitätsstraße 150 44780 Bochum
Ansprechpartner	Prof. Dr.-Ing. H. Schnauber Dr. Martin Kröll
Telefon	02 34/7 00-77 20
Telefax	02 34/70 94-2 07

Seit 1984 betreibt das Institut für Arbeitswissenschaft (IAW) als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Ruhr-Universität Bochum arbeitswissenschaftliche Lehre und Forschung mit einem interdisziplinären und praxisorientierten Selbstverständnis. In dem viersemestrigen Zusatzstudium Arbeitswissenschaft insbesondere für Absolventinnen sozial-, wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge bearbeiten die Studierenden interdisziplinär Fragestellungen, die sich bei Veränderungen bzw. der Gestaltung von Arbeitssituationen in der Praxis ergeben. Diese Problemstellungen korrespondieren regelmäßig mit den Gegenständen der am IAW durchgeführten Forschungsprojekte; Studium und Lehre sind mit der Forschung eng verzahnt.

Im Mittelpunkt der Forschungsbemühungen am IAW steht das arbeitende Individuum; es wird in seinen intra- und interpersonalen Bedingungen, seinem arbeitsorganisatorischen, Betriebs- und Unternehmens-, überbetrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet. Dabei wird besonders der Änderungsdynamik von Arbeitsverhältnissen durch Konzentration auf Fragen der Personalentwicklung, der Organisationsentwicklung, der Entwicklung von Betriebs- und regionalen Strukturen und von Arbeitsmärkten Rechnung getragen.

Bei Ihrer jeweiligen fachlichen Ausrichtung verbindet die Forschungsbemühungen der drei Lehrstühle am IAW, daß die verschiedenen Bereiche, die die individuelle Arbeitssituation beeinflussen, gleichzeitig und in ihrem wechselseitigen Zusammenhang entwickelt werden sollen. Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse in dem erwähnten umfassenden Verständnis sollen frühzeitig in die Gestaltung von Arbeitssystemen einfließen.

An dem Institut existieren z. Zt. drei Lehrstühle: der Lehrstuhl „Arbeitssystemplanung und -gestaltung“ unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. Herbert Schnauber, der Lehrstuhl „Arbeitsökonomie“ unter Leitung von Prof. Dr. Erich Staudt und der Lehrstuhl „Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung“. Im Rahmen des Forschungszentrums für Personalentwicklung wird gegenwärtig eine Professur „Personal und Qualifikation“ besetzt.

Aufgaben und Ziele der Institution

**INSTITUT FÜR
ARBEITSWISSEN-
SCHAFT DER
RUHR-
UNIVERSITÄT
BOCHUM**

Medienangebote

Die Ergebnisse zahlreicher Forschungsprojekte, die am Institut für Arbeitswissenschaft durchgeführt werden, sind in den einschlägigen Fachzeitschriften sowie Büchern publiziert. Nähere Informationen sind bei den einzelnen Lehrstühlen verfügbar.

Über das Zusatzstudium Arbeitswissenschaft informiert eine Informationsbroschüre.

**Service-
leistungen**

Das IAW bietet einen viersemestrigen Zusatzstudien- gang Arbeitswissenschaft für AbsolventInnen von mindestens achtsemestrigen Hochschulstudiengängen an. Das Studium umfaßt insbesondere aus ingenieur- wissenschaftlicher, arbeitsökonomischer und arbeits- und industri soziologischer Sicht arbeitswissenschaft- liche Grundlagen und Methoden sowie die Themen- schwerpunkte „Grunddeterminanten der Arbeits- situation“, „Arbeitsanalyse“, „Arbeitsgestaltung“, „Arbeitseinsatz“ sowie „Arbeits- und Leistungs- bewertung“.

Satzungsgemäße Aufgaben sind zielgruppenspezifische Weiterbildungsangebote sowie ein weiterbildendes Stu- dium Arbeitswissenschaft.

Das Institut betreibt eine Bibliothek, die interessierten Personen zur Nutzung offensteht.

Über die genannten Institutsaufgaben hinaus betei- ligen sich die Wissenschaftler des Instituts durch Vor- lesungen, Seminare, Diplomanden- und Doktoranden- betreuung an der Lehre anderer Fakultäten der Ruhr- Universität Bochum.

Empfehlungen

Bei Interesse an dem Zusatzstudium wird die Lektüre der Informationsbroschüre, anschließend ggf. eine zu vereinbarende Studienberatung empfohlen

Informationen aus der Forschung sind über die einzel- nen Lehrstühle zu erhalten. Eine Kurzdarstellung der Forschungsschwerpunkte findet sich in der „Zeitschrift für Arbeitswissenschaft“, 46. (18. NF) Jg., 1992, Heft 3, S.185 f.

INSTITUT FÜR BAUBIOLOGIE ROSENHEIM GmbH

Adresse Hellig-Geist-Straße 54
83022 Rosenheim

Ansprechpartner Herr Uwe Rose
(Geschäftsführer)

Telefon 0 80 31/1 70 91

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH wird durch seine Gesellschafter getragen. Die Periodika des Institutes und sein baubiologisches Nachschlagewerk eignen sich für die Gesundheitserziehung im Bereich gesundheitsfördernden Bauens.

***Für den
eiligen Leser***

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH mit Sitz in Rosenheim wurde 1978 gegründet. Es finanziert sich aus den Entgelten für seine Lehrangebote, Beratungsleistungen und Gutachtertätigkeit.

Als Aufgabe hat sich das Institut die Förderung human-ökologischer Zielsetzungen in der Wohnumwelt gestellt.

Insbesondere will das Institut ein umweltverträgliches Handeln bei Planern, Architekten sowie Bauausführenden entwickeln und fördern. Dabei sollen die Erfordernisse des Umweltschutzes ebenso wie die physischen, psychischen und sozialen Bedürfnisse des heutigen Menschen berücksichtigt werden.

Das Institut geht davon aus, daß jede Siedlung ebenso wie ein Verkehrsmittel oder eine Industrieanlage ein umweltbelastendes Objekt darstellt. Schon bei Herstellung und Transport der Baumaterialien, sodann beim Bauvorgang selbst und später bei der Nutzung der Gebäude entstehen Landschaftsveränderungen, Mikroklimaveränderungen, Flächeninanspruchnahme, Bodenversiegelung, Rohstoff- und Energieverbrauch, Luft- und Wasserverschmutzung sowie Lärm- und Abfallbelastung. Erforderlich ist demnach ein aktiver Beitrag des Bauens und Wohnens zum Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Dieser Aufgabenstellung und Zielsetzung entsprechend bemüht sich das Institut um eine berufliche Weiterbildung von Architekten, Bauingenieuren, Bautechnikern und Baumeistern in den Bereichen Baubiologie und Bauökologie.

***Aufgaben
und Ziele
der Institution***

**INSTITUT FÜR
BAUBIOLOGIE
ROSENHEIM
GmbH**

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Institutes für Baubiologie liegt in der Beratung von Baustoff- und sonstigen Händlern über baubiologisch verträgliche Baustoffe und Materialien. Das Institut führt mit einem angegliederten Labor Materialprüfungen durch und stellt deren baubiologische Verträglichkeit fest. Gleichzeitig führt dieses Labor auch Raumluftmessungen in Gebäuden und Wohnungen durch.

Produkte und Produktionsverfahren, die den Forderungen der Wohngesundheit und des Umweltschutzes gleichermaßen gerecht werden, zeichnet das Institut mit dem Prüfsiegel „Empfohlen vom IBR“ aus. Die hierfür notwendigen Untersuchungen werden durch unabhängige Institute und Labors durchgeführt.

Medienangebote

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH gibt in Zusammenarbeit mit einem Fachverlag die viermal im Jahr erscheinende Zeitschrift „Gesünder Wohnen“ heraus. In dieser Publikation werden insbesondere die Gesundheitsbelastungen im Wohnbereich und die Möglichkeiten ihrer Verringerung behandelt. Beispielsweise werden die mit den gegenwärtigen Wärmedämmverfahren verbundenen Gesundheitsprobleme erörtert. An Presse, Funk und Fernsehen richtet sich der ebenfalls viermal im Jahr erscheinende „Informationsdienst Baubiologie/Bauökologie“ des Institutes, der über Ent-

wicklungen, Ereignisse, Erzeugnisse, Veranstaltungen und sonstige Vorgänge aus allen Bereichen der Baubiologie und Bauökologie berichtet. Interessenten erhalten diesen Informationsdienst auf Anfrage regelmäßig und kostenlos übersandt. Das Institut für Baubiologie Rosenheim gibt außerdem das Nachschlagewerk „Biologisches Bauen“ heraus, das mit Planungs- und Konstruktionsbeispielen sowie baubiologischen Produktdatenblättern bei der Lösung von Problemen biologisch und ökologisch orientierten Bauens hilft.

Serviceleistungen

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH bietet einige Fernkurse zur beruflichen Weiterbildung mit abschließender Prüfung an. Dieses Lehrangebot wendet sich vor allem an Bauhandwerker, Baufachleute, Architekten, Gesundheitsberater, Heilpraktiker, Ärzte, Umweltberater und Umweltingenieure. In den Lehrgängen werden neben allgemeinen Zusammenhängen zwischen Mensch und Umwelt, insbesondere gebauter Umwelt, auch die Ursachen, Auswirkungen und Vermeidungsmöglichkeiten wohnumweltbedingter Belastungen behandelt. Darauf aufbauend werden die Planung und Ausführung biologisch und ökologisch verträglicher Bauleistungen vermittelt. Nach einer mehrjährigen Berufspraxis können Absolventen dieses Lehrganges zum Sachverständigen für Baubiologie weitergebildet werden. In einem sechswöchigen Kurs werden vor allem bauhandwerklichen Berufen wie Malern, Mauern und Zimmerleuten, aber auch Bautechnikern die biologischen und ökologischen Anforderungen an Bauhandwerker und Bautechniker vermittelt. In einem Umschulungslehrgang können die Teilnehmer das Grundwissen auf allen Gebieten der Baubiologie und des angewandten Umweltschutzes erlangen und damit die Bezeichnung Fachkraft für Baubiologie und angewandten Umweltschutz erwerben.

Wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über mögliche gesundheitliche Auswirkungen von Baustoffen und Bauweisen, Einrichtungsmaterialien und Haustechnik sowie die Anwendung von Diagnose- und Therapiemethoden bei Wohnkrankheiten werden Ärzten und Heilpraktikern in einem Lehrgang angeboten. Die Voraussetzungen und der Kostenaufwand für die angebotenen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen werden vom Institut auf Anfrage mitgeteilt. Über das Labor für Raumluftanalysen und Materialprüfung des Institutes für Baubiologie werden gegen Kostenerstattung Untersuchungen der Raumluft und Materialprüfungen auf Dioxine, Formaldehyd, Holzschutzmittelwirkstoffe, Lösungsmittel etc. sowie Radioaktivitätsmessungen und Trinkwasseruntersuchungen angeboten. Weiterhin wird der Biodomo-Händlerverbund, ein Zusammenschluß von Fachhändlern für gesundes Bauen und Wohnen, vom Rosenheimer Institut getragen. Dabei gibt das Institut eine nach Sachgebieten geordnete Produktbeschreibung baubiologisch und ökologisch empfehlenswerter Produkte heraus, die gegen Erstattung eines Unkostenbeitrages beim Institut bezogen werden kann. Zuletzt werden in der Wohnbio-Datenbank des Institutes für Baubiologie Bezeichnungen, Inhaltsstoffe und Hersteller bau- und wohnbiologischer Produkte gespeichert und gegen Gebühr abgegeben.

Empfehlungen

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen ein wesentlicher Ansprechpartner. Dabei konzentrieren sich die Aussagen und Arbeitshilfen des Institutes insbesondere auf die Gesundheitsbelastungen und Umweltbelastungen, die von bestimmten Baustandorten, Bauverfahren und Baumaterialien

ausgehen. Das Institut hat diesbezüglich Verzeichnisse baubiologisch und bauökologisch unbedenklicher Produkte erarbeitet, die von der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen mitverwendet werden können. Gleichzeitig bildet das Institut Fachkräfte auf dem Gebiet der Baubiologie aus, die ihrerseits in der wohnbezogenen Gesundheitserziehung tätig werden können.

INSTITUT FÜR DOKUMENTATION UND INFORMATION, SOZIALMEDIZIN UND ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

– IDIS –

Adresse Postfach 20 10 12
33548 Bielefeld
Westerfeldstraße 35–37
33611 Bielefeld

Telefon 05 21/80 07-0

Telefax 05 21/80 07-2 00

Das IDIS ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen und gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Das Institut hat die Aufgabe, Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Menschen in Nordrhein-Westfalen in bestimmten Bereichen zu unterstützen.

Organisatorisch gliedert sich das IDIS z. Zt. in fünf Arbeitsbereiche.

Der Arbeitsbereich Zentrale Informationsbeschaffung und -aufbereitung ist für die Betreuung und Entwicklung der Datenverarbeitung im Institut und für die Erfassung und Auswertung epidemiologischer Daten zuständig. In den Rahmen des zweiten Aufgabenspektrums fallen sowohl eigene Auswertungen als auch die Unterstützung der Gesundheitsämter in NRW mit epidemiologischem, statistischem und technischem *Know-how* sowie mit praktischer Durchführung. Inhaltliche Schwerpunkte bilden z. Zt. die Bearbeitung der Daten aus der Dokumentation schulärztlicher Untersuchungen sowie Einzelprojekte, die von Gesundheitsämtern initiiert und in Zusammenarbeit durchgeführt werden.

Die Literaturdokumentation ist das Tätigkeitsfeld des Arbeitsbereiches Medizinische Dokumentation. Schwerpunkte sind hier: Arbeits- und Umweltmedizin, Öffentliches Gesundheitswesen, Epidemiologie, Begutachtung und Rehabilitation, Gesundheitserziehung, Drogen- und Suchtproblematik. Mit der Erfassung entsprechender wissenschaftlicher Literatur bringt das IDIS auch wichtige Ressourcen in die gesundheitswissenschaftliche Fakultät an der Universität Bielefeld ein. Konkrete Dienstleistungen bietet das IDIS über den öffentlichen Zugang zu der in seiner Zusammenstellung und Vielfalt einmaligen sozialmedizinischen Spezialbibliothek (etwa 50 000 Bände, 700 laufend gehaltene Zeitschriften) und in Form der beim DIMDI (Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information) in Köln zur Online-Nutzung aufliegenden sozialmedizinischen Literaturdatenbank SOMED mit derzeit etwa 280.000 Dokumentationseinheiten. Ergänzend dazu erscheinen periodische Referatedienste zum genannten Themenspektrum und verschiedene Schwerpunktdokumentationen. Seit 1991 nimmt das IDIS die Funktion eines WHO-Dokumentations-Zentrums für Public Health wahr.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- IDIS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der Arbeitsbereich Epidemiologie entwickelt eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung für das Land NRW. Im Mittelpunkt steht die Ausarbeitung allgemeiner Gesundheitsberichte, deren erstes Exemplar unter dem Titel „Gesundheitsreport NRW 1990“ durch das MAGS herausgegeben wurde. Darüber hinaus werden Sonderberichte zu ausgewählten Themen produziert. Mit diesen Arbeiten sind weitere Aufgaben auf den Gebieten der Konzeption und empirischen Fundierung der Gesundheitsberichterstattung sowie der Unterstützung entsprechender Entwicklungsbemühungen auf kommunaler Ebene verbunden.

Als notwendige Ergänzung zum Gesundheitsreport wurde dem IDIS die Aufgabe übertragen, entsprechend dem Beschluß der 64. Gesundheitsministerkonferenz vom November 1991 den Indikatorensatz für den Gesundheitsrahmenbericht der Länder zu bearbeiten. Dieser Datensatz umfaßt 190 Indikatoren, die eine Übersicht über Gesundheitszustand der Bevölkerung, Gesundheitsrisiken, Ressourcen und erbrachte Leistungen gestatten. Durch jährliche Fortschreibung und Analyse wird das Ziel verfolgt, die Gesundheitsberichterstattung des Landes NRW quantitativ zu ergänzen, Entwicklungstrends zu erkennen und die Verwirklichung spezifischer Gesundheitsziele zu beurteilen.

Zur Basis-Gesundheitsstatistik wurden drei Broschüren im Rahmen der IDIS-Serie „Gesundheitsberichterstattung“ auf der Grundlage des Indikatorensatzes publiziert. Ende des Jahres 1993 wurde dem IDIS die Aufgabe übertragen, an einem Telekommunikationsprojekt zur Gesundheitsstatistik „ENS CARE Statistics Pilot“ unter Beteiligung des Regionalbüros Europa der WHO und der EU mitzuwirken.

Eine weitere Aufgabe liegt im Auf- und Ausbau eines komplexen Informations- und Servicesystems über Fragen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes. Diesem vorrangig für den öffentlichen Gesundheitsdienst erstellten System sind sowohl die Gesundheitsämter als auch die Regierungspräsidenten Nordrhein-Westfalens angeschlossen. Kernstück ist das Noxen-Informationssystem (NIS), welches folgende Leistungen beinhaltet:

Zusammenführung und Aufbereitung vorhandener umweltepidemiologischer, toxikologischer und juristischer Informationen aus elektronischen und konventionellen Quellen.

Vor-Ort-Zugang zu diesen Informationen durch die NIS-Datenbank; Trainingsprogramm zur Nutzung der NIS-Datenbank sowie von portablen und Online-Datenbanken.

Beratung in umwelthygienischen, medizinischen und toxikologischen Fragen; Organisation eines Teilnehmer-Netzwerkes mit regelmäßigem Informationsaustausch über umwelthygienische Probleme.

Neben Gesundheitsstatistik und Umwelt-Gesundheits-Informationssystem behandelt die Stabsstelle Gesundheitsplanung auch Gesundheitsprogrammatik, z. B. Adaptierung und Umarbeitung der WHO-Gesundheitsziele, „Gesundheit für alle 2000“ in Richtung auf NRW-Gesundheitsziele, und erarbeitet im Rahmen eines Forschungsprojektes des Nordrhein-Westfälischen Forschungsverbundes Public Health Ansätze zur besseren Berücksichtigung der Gesundheitsaspekte in Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

Die zentrale Aufgabe des Arbeitsbereiches Gesundheitsförderung und Prävention besteht in der Förderung von Verhaltensweisen, die der Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit dienlich sind. Die Arbeit dieses Bereiches entspricht den Aufgaben einer Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Aufgabe ist es, Kooperationsprojekte auf kommunaler, schulischer und betrieblicher Ebene zu initiieren und in diesem Bereich einen besonderen Beratungs- und Dienstleistungsservice anzubieten. Die thematischen Schwerpunkte umfassen ein breites Spektrum: u. a. Alkoholkonsum, Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Ernährung. Hierzu gehört auch das Angebot von Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren. Von Bedeutung sind ferner betriebsbezogene Präventionsangebote. Das IDIS hat beispielsweise ein Programmpaket zur Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen für Mitarbeiter in Betrieben entwickelt. In der Umsetzungs- bzw. Erprobungsphase befinden sich im Moment ein Programm zur Verkürzung der Einweisungszeiten bei Herzinfarkt sowie ein Aktionskonzept zur Prävention von Krebserkrankungen mit Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene. Angebunden ist der Bereich der Medienentwicklung, in dem neben der graphischen Gestaltung die Drucklegung von Materialien und Publikationen und die Umsetzung von audiovisuellen Medien erfolgt.

Neue Schwerpunkte sind die kommunale Gesundheitsberichterstattung sowie der Erfahrungsaustausch der Gesundheitsämter. Hier arbeiten Amtsleiter und Fachmitarbeiter der Gesundheitsämter in Nordrhein-Westfalen sowie Vertreter des IDIS an Lösungen zu übergreifenden und themenspezifischen Problematiken aus der Praxis des ÖGD. Darüber hinaus bietet das IDIS eine Beratung und Mitarbeit bei der Planung und Umsetzung gesundheitsfördernder Projekte in der Kommune an (Consulting). Das IDIS ist weiter eingebunden in die Konzeption und Umsetzung des Programms „Gesundes Land NRW“. Dieses Programm ist Ergebnis aus der Mitgliedschaft Nordrhein-Westfalens im WHO-Netzwerk „Regions for Health“.

Im Rahmen des Nordrhein-Westfälischen Forschungsverbundes Public Health ist das IDIS in ein Projekt zu Voraussetzungen und Chancen neuer Initiativen kommunaler Gesundheitsförderung und kooperativer Prävention eingebunden.

Medienangebote

Gedruckte Medien

Das IDIS gibt Bücher, Zeitschriften, Arbeitsmaterialien, Broschüren und Monographien heraus. Kosten auf Anfrage.

a) Periodika

Im Rahmen der Literaturdokumentation werden periodisch erscheinende Referatezeitschriften herausgegeben, die jährlich 800-1600 Referate aus der Literaturdatenbank SOMED enthalten.

b) Literaturlisten

Zu aktuellen Themen werden Literaturlisten erstellt: Sie enthalten eine Auswahl an Literaturnachweisen aus der Literaturdatenbank SOMED. Weiter gibt es zu verschiedenen häufig angefragten Themenschwerpunkten regelmäßig erscheinende Literaturlisten, die Standardprofile.

c) Materialien zur Gesundheitsförderung

Planungs- und Arbeitshilfen für die Durchführung von Aktionen mit folgenden Schwerpunkten: Gesundheitserziehung, Materialien für die Schule, Betriebliche Prävention und Gesundheitsförderung.

Kommunale Prävention und Gesundheitsförderung,
Weiterbildung Gesundheit.

d) Wissenschaftliche Veröffentlichungen

Das IDIS veröffentlicht in seinen Arbeitsschwerpunkten unregelmäßig erscheinende Monographienreihen. In der Serie „Gesundheitsberichterstattung“ werden Indikatoren zur Gesundheitsstatistik publiziert.

e) Broschüren

Zu einigen gesundheitlich relevanten Themenfeldern hält das IDIS auch selbsterstellte Broschüren bereit.

Titel und Themenübersichten zu gedruckten Medien sowie allgemeine Nutzungshinweise können beim IDIS angefordert werden.

Ausstellungen und Messeeinheiten

Die vom IDIS entlehbaren Ausstellungen behandeln die thematischen Schwerpunkte „Alkohol“, „Bluthochdruck“, „Ernährung“, „Cholesterin“, „Ein Alltag zum Wohlfühlen“.

Darüber hinaus stehen mobile Test-Container für Blutdruck- und Cholesterin-Screenings sowie Multivisionschauen zur Verfügung. Die Medien werden nur innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen. Kosten auf Anfrage.

- IDIS -

Medienangebote

INSTITUT FÜR EMPIRISCHE SOZIOLOGIE

Adresse Marienstraße 2
90402 Nürnberg

Ansprechpartner Dr. Rainer Wasilewski

Telefon 09 11/22 43 33 und 20 37 12

Telefax 09 11/22 56 85

Das Institut für empirische Soziologie Nürnberg wurde 1949 von der Gesellschaft für empirische soziologische Forschung e. V. in Hannover gegründet. Der Trägergesellschaft gehören etwa zu je einem Drittel öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen an.

Vorsitzender der Gesellschaft ist der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Dr. Herbert Rische.

In seiner Anfangszeit befaßte sich das Institut mit Fragen der Flüchtlingsforschung, später wandte es sich der industrie- und betriebssoziologischen Forschung zu, die bis heute einen wesentlichen Arbeitsbereich des Instituts bildet. Seit Anfang der 70er Jahre liegt ein weiterer Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts auf dem Gebiet der medizinsoziologischen und rehabilitationssoziologischen Forschung, überwiegend für Auftraggeber der öffentlichen Hand.

Aufgaben und Ziele der Institution

Einschlägige wissenschaftliche Arbeiten und Veröffentlichungen der letzten Jahre:

- Frühinvalidisierung – Ergebnisse einer Untersuchung in Baden-Württemberg (1984),
Langzeiterfolge beruflicher Rehabilitation (1985),
- Zugang zu Kuren: Einflußfaktoren auf Verordnung und Inanspruchnahme von stationären Heilbehandlungen (1986),
- Die Einleitung beruflicher Rehabilitation – Analyse von Verfahren und Möglichkeiten ihrer Verbesserung (1988),
- Maßnahmen zur stufenweisen Wiedereingliederung Behinderter in den Arbeitsprozeß – Bestandsaufnahme von Konzepten, Erfahrungen und Problemen (1990),
- Erfolge beruflich-sozialer Rehabilitation von psychisch Behinderten (1991),
- Sozialstationen – Bestandsaufnahme von Strukturen und Konzepten (1992),
- Ambulante Rehabilitation durch Sozialstationen (1994).

Die Publikationen sind teilweise kostenpflichtig.

Medienangebote

**INSTITUT FÜR
EMPIRISCHE
SOZIOLOGIE**

*Service-
leistungen*

- Beratung bei Anfertigung sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten,
- Beratung von Institutionen bei der Entwicklung von Forschungsprogrammen,
- Evaluation von Forschungsangeboten und Forschungsprojekten.

Empfehlungen

Das Institut ist neben der Durchführung von Forschungsprojekten im Auftrage Dritter in seinem Leistungsangebot vor allem auf individuelle Problemlösungen und Beratungen ausgerichtet.

INSTITUT FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG

Salmen und Behrendt GmbH

– IfG –

Adresse	Eupener Straße 137 50933 Köln
Ansprechpartner	Uwe Blinda
Telefon	02 21/49 38 25 02 21/49 31 23
Telefax	02 21/49 64 55

Das IfG wurde 1989 gegründet; neben der interdisziplinären Ausrichtung hat das IfG folgendes Selbstverständnis:

Zu den Aufgaben des IfG gehören die Durchführung von Gesundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen, und zwar sowohl auf betrieblicher als auch auf kommunaler Ebene. Hier richtet sich sein Dienstleistungsangebot u. a. an gesetzliche Krankenkassen, Gesundheitsämter, Berufsgenossenschaften, Unternehmen und Verwaltungen. Es umfaßt fünf Arbeitsschwerpunkte:

1. Betriebliche Gesundheitsförderung
Hierzu gehören die Module **Gesundheitsberichterstattung** als Grundlage von zielgruppenspezifischen Konzepten, **Planung** und **Durchführung** der Interventionen, **Evaluation**.

Um betriebliche Gesundheitsförderung zu einem effektiven und nutzbringenden Instrument zu machen, müssen konkrete Maßnahmen über die Verhaltensprävention hinausgehen und vor allem die Verhältnisprävention zum Gegenstand haben. Das bedeutet, daß betriebliche Gesundheitsförderung immer auch Organisationsentwicklung beinhaltet. In diesem Zusammenhang ist in erster Linie die Arbeitsorganisation von Interesse.

2. Gesundheitsuntersuchungen
Diese werden mobil in Laborfahrzeugen oder auch stationär vor Ort durchgeführt. Zur Zeit werden die Themen Herz-Kreislauf, Vene, Skelett/Muskulatur, Osteoporose und Schilddrüse angeboten. Die Laborfahrzeuge (inkl. Personal) können auch kurzzeitig z. B. für Aktionstage angemietet werden (Preise auf Anfrage).
3. Schulungen und Patientenseminare
Viele Patienten wissen selbst nach jahrelanger Behandlung wenig über ihre Erkrankung und über die Wirkungsweise der verordneten Medikamente. Infolgedessen verlaufen Therapien häufig nicht optimal und empfohlene Verhaltensänderungen können nicht ausreichend umgesetzt werden. Das IfG bietet **Patientenseminare** zu den Themen

Aufgaben und Ziele der Institution

- IfG -

Aufgaben und Ziele der Institution

Atemwegserkrankungen, Hypercholesterinämie, Osteoporose, Nahrungsmittelallergien an.
Im Rahmen der Primärprävention bietet das IfG z. Zt. Kurse zu folgenden Schwerpunkten an:
Raucherentwöhnung, Streßbewältigung, Gesundheitssport, Rückenschule, Venengymnastik.

4 Trainerschulung/Weiterbildung
In den **Schulungsseminaren** wird den zuständigen Krankenkassenmitarbeitern das notwendige Wissen vermittelt, um eigenständig Seminare durchführen zu können. Die Teilnehmer werden theoretisch in das jeweilige Thema eingeführt und können sich durch Übungen auch praktisch damit auseinandersetzen. Beispiele für Themen aus dem Bereich Trainerschulung sind Raucherentwöhnung oder chronisch obstruktive Atemwegserkrankungen. Die **Weiterbildungsangebote** richten sich an Krankenkassenmitarbeiter; im Vordergrund steht hier der Bereich Kommunikation. Ziel dieses Angebotes ist zum einen eine Optimierung der Arbeitsabläufe und zum anderen eine Vorbereitung der Krankenkassenmitarbeiter auf den zukünftigen Kassenwettbewerb (Stichworte: Kundenservice, Kundenorientierung).

Eine Reihe von Seminaren wird frei, d. h. institutionsungebunden für einzelne Teilnehmer oder selbst formierte Teilnehmergruppen angeboten, so daß auch Mitarbeiter außerhalb des Krankenkassenbereichs teilnehmen können.

5. Computergestützte Beratungsprogramme
Auch in der Gesundheitsförderung haben die neuen Technologien Einzug gehalten. Computergestützte Informations- und Beratungssysteme erfreuen sich großer Beliebtheit und sind vielseitig (bei Erwachsenen und bei Jugendlichen) einsetzbar. So ist z. B. das Ernährungsprogramm ViMi 2000 ein Vitamin- und Mineralstoffberatungsprogramm, welches – nach der Errechnung des täglichen Bedarfs – die Teilnehmer über Fragen der gesunden Ernährung informiert; Hilfsmittel hierbei sind digitalisierte Farbfotos und auf dem Bildschirm dargestellte Portionsgrößen. Als weitere computergestützte Beratungsprogramme seien Projod (zur Verbesserung der Jodversorgung) und Nutribone (Osteoporoseprophylaxe) beispielhaft genannt. Es können sowohl die technische Ausrüstung (PC und Drucker) und Personal als auch lediglich die Disketten zur Verfügung gestellt werden (Preise auf Anfrage).

Das IfG finanziert sich überwiegend aus Auftragsarbeiten, hauptsächlich für Krankenkassen und den öffentlichen Gesundheitsdienst.

Medienangebote

Entsprechend dem Aufgabenfeld ist Material z. B. Broschüren oder Faltblätter zu verschiedenen Themenbereichen vorhanden; es können darüber hinaus zu allen Themen Broschüren, Faltblätter oder Poster erarbeitet und kostenpflichtig (je nach Auflagenhöhe) abgegeben werden. Des Weiteren werden von den Mitarbeitern unregelmäßig Veröffentlichungen aus ihren Aufgabenbereichen erstellt. Als Beispiele seien hier genannt:

- Andreas Behrendt et al.: Mobiles Lungenfunktions-screening „Pneumobil“
Bericht über eine Sonderaktion in Pirmasens zur Problematik erhöhter Mortalität und Morbidität in diesem Raum *Pneumobil aktuell* Nr. 8, 1989

Sabine Salmen und Klaus Klein: Raucherentwöhnung im Betrieb – ein Leitfaden für den Betriebsarzt und andere Nichtrauchertrainer. Gabriele Klein Verlag, 1992.

- Klaus Klein, Uwe Bininda, Georg Petera: Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Ergebnisse einer Umfrage unter den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung. *Umwelt & Gesundheit aktuell* Nr. 10, Dezember 1992.
- *Umwelt & Gesundheit aktuell* erscheint 3–4mal im Jahr und kann kostenlos beim IfG angefordert werden. Bei den anderen Medien: Preise auf Anfrage.

Serviceleistungen

Organisation und Durchführung von Tagungen und Seminaren,
- Vermittlung von Referenten zu allen Themen aus dem Bereich „Gesundheit“.

Weiterbildungsangebote (Näheres siehe unter „Aufgaben/Ziele“).
- Beratung bei Konzeptionierung und Etablierung von Gesundheitsförderungsprogrammen.

Empfehlungen

Die Mitarbeiter unseres Institutes verfügen über langjährige Erfahrung in der Planung und Durchführung von Gesundheitsförderungsmaßnahmen sowohl in theoretischer als auch in praxisorientierter Hinsicht. Die interdisziplinäre Besetzung des IfG (Sozialwissenschaftler, Pädagogen, Sportwissenschaftler, Mediziner) führt zu einem ganzheitlichen Gesundheitsverständnis, welches in die Konzeptionierung der Projekte mit einfließt.

Durch bestehende Kooperationen können auch über das eigentliche Aufgabengebiet hinausgehende Bereiche abgedeckt werden.

Beachtet werden sollten insbesondere die Schulungsseminare und Weiterbildungsangebote, über die auf Anfrage gerne Auskunft gegeben wird.

INSTITUT FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALFORSCHUNG GmbH

– IGES –

Adresse Otto-Suhr-Allee 18
10585 Berlin

Telefon 0 30/34 80 70

Telefax 0 30/3 48 07 70

Das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung GmbH (IGES) wurde 1980 gegründet und beschäftigt heute etwa 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Fachrichtungen Medizin, Sozialwissenschaften (Soziologie, Psychologie, Planungs- und Verwaltungswissenschaften), Wirtschaftswissenschaften, Mathematik und Informatik. IGES führt Forschungs-, Entwicklungs- sowie Beratungsprojekte durch. Das Spektrum der Auftraggeber reicht von Bundes- und Länderministerien, Kommunalbehörden sowie Bundesbehörden über Sozialversicherungsträger und ihre Verbände bis hin zu Wirtschaftsunternehmen.

Die Schwerpunkte der Arbeit des Instituts erstrecken sich auf die folgenden Arbeitsbereiche:

– Arbeitswelt und Gesundheit

Die Projekte dieses Arbeitsbereiches sind entweder forschungsorientiert oder lassen sich dem Aufgabenfeld der anwendungsbezogenen wissenschaftlichen Begleitung und Beratung zuordnen

Forschungsarbeiten erfolgen zum einen vor allem auf dem Gebiet der betrieblichen Epidemiologie: Basierend auf Daten der gesetzlichen Krankenversicherung werden Zusammenhänge zwischen berufs- und tätigkeits-spezifischen Belastungen und dem Auftreten von bestimmten Krankheiten untersucht. Das Institut beteiligt sich zum anderen an Projekten zur Methodenentwicklung. Beispiele dafür sind die Mitarbeit an einem einheitlichen Befragungsinstrument für die arbeitsmedizinische Begutachtung der Rehabilitationsbedürftigkeit oder die Entwicklung eines methodischen Instrumentariums für Kosten-Wirksamkeits-Analysen im Arbeits- und Gesundheitsschutz.

In stärker anwendungsbezogener Perspektive arbeitet IGES in betrieblichen Projekten der Gesundheitsförderung bzw. in der Beratung von Krankenkassen beim Aufbau entsprechender Kapazitäten. IGES erstellt betriebliche Gesundheitsberichte, die auf Krankheitsstandsanalysen mit Daten der gesetzlichen Krankenversicherung, Fragebogenerhebungen sowie qualitativen Erhebungsverfahren beruhen. Die weitere Beratung im Rahmen solcher Projekte erstreckt sich auf die Interpretation und Umsetzung der Analyseergebnisse bis hinein in den Bereich der Organisationsentwicklung

Gesundheitsförderungsmaßnahmen werden vom IGES evaluiert und IGES übernimmt die Konzeption und Durchführung von Interventionsstudien in Betrieben.

Aufgaben und Ziele der Institution

- IGES -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Gesundheitsökonomie

Im IGES werden Untersuchungen zur Organisationsentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung im Vorfeld und nach Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes durchgeführt. Die Krankenkassen werden bei der erforderlichen unternehmenspolitischen Anpassung an die durch die GKV-Organisationsreform veränderten Rahmenbedingungen auf Kassen- bzw. Verbandsebene unterstützt. Die erfolgte Orientierung auf einen intensiveren Krankenkassenwettbewerb führt zu einer Neugewichtung der zentralen Handlungsfelder der Kassenpolitik, zu deren inhaltlicher und organisatorischer Umsetzung IGES Beratungsleistungen erbringt.

- Analyse und Bewertung der gesundheitlichen Versorgung und Qualitätssicherung

Die Durchführung von Forschungsprojekten im ambulanten und stationären Bereich des Gesundheitswesens erfolgt mit dem Ziel, neue Versorgungsformen zu erproben und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Die Versorgungselemente werden hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit und Qualität analysiert. Dazu gehören regionale Strukturanalysen in verschiedenen Versorgungsbereichen, z. B. ambulante ärztliche Versorgung, stationäre Akutversorgung und Rehabilitation. In Modellprojekten werden neue Versorgungskonzepte entwickelt und in der Praxis erprobt. Für bestehende Programme und Einrichtungen führt IGES Evaluationsstudien durch.

Die Anwendung spezieller Verfahren der Qualitätssicherung in der ambulanten ärztlichen und Arzneimittelversorgung ist ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich; hier werden z. B. Pilotprojekte zur Konzeption und Durchführung von Qualitätszirkeln für Ärzte und Ärztinnen durchgeführt.

Regionale Gesundheitsplanung

Für die Gesundheitsministerien verschiedener Bundesländer werden vorbereitende Gutachten erstellt, die als Grundlage für die Krankenhausplanung dienen. Das Institut führt ferner Forschungsprojekte durch, in denen die Zusammenhänge zwischen den Versorgungsektoren (stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung) analysiert und deren Auswirkungen auf die regionale Gesundheitsplanung aufgezeigt werden.

- Gesundheitsberichterstattung

Das Institut arbeitet an der Konzeption und Umsetzung von Entwicklungsvorhaben zur Gesundheitsberichterstattung auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Es werden Berichte zu ausgewählten gesundheitsrelevanten Themen erstellt. Ferner arbeitet IGES in speziellen Forschungsvorhaben an der Definition von Verfahren zur Erstellung von Gesundheitsberichten und deren späterer Auswertung sowie an der Festlegung zukünftiger Berichtsinhalte. Die Veröffentlichung von Daten und Erkenntnissen zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung ist ein wichtiges Instrument bei gesundheitspolitischen Entscheidungsprozessen.

Informationstechnologie im Gesundheitswesen

In diesem Aufgabenbereich ist es ein zentrales Anliegen des IGES, die informationstechnologische Entwicklung im Gesundheitswesen voranzutreiben. In verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wird Software entwickelt, die für eine Anwendung über die Projektstätigkeit hinaus in Einrichtungen des Gesundheitswesens, z. B. Krankenhäuser, Arztpraxen, Krankenkassen, konzipiert ist.

Medienangebote

Das IGES gibt ein Verzeichnis lieferbarer und veröffentlichter IGES-Arbeitspapiere heraus, das auf Anfrage kostenlos versandt wird. Es informiert über die Veröffentlichungen des Instituts und enthält eine Liste der lieferbaren Arbeitspapiere. Das Institut gibt Arbeitspapiere, die über die Ergebnisse der Untersuchungen berichten, als „graue Literatur“ heraus. Diese sind gegen geringe Kostenbeteiligung über die angegebene Institutsadresse zu beziehen. Eine Referenzliste, die kurz über die Inhalte laufender oder bereits abge-

schlossener Projekte informiert und die jeweiligen Auftraggeber nennt, ist ebenfalls vom Institut zu beziehen.

Zu den Studien der einzelnen Arbeitsfelder gibt es verschiedene Publikationen, die im Buchhandel erhältlich sind. Weitere Publikationen werden von den jeweiligen Projektauftraggebern herausgegeben. In verschiedenen Fachzeitschriften informiert das Institut regelmäßig über seine Arbeit.

Serviceleistungen

Mitarbeiter des IGES führen im Rahmen spezieller Forschungsvorhaben für die Beteiligten Seminare und Fortbildungsveranstaltungen über Themen aus dem Bereich *Arbeitswelt und Gesundheit* durch.

INSTITUT FÜR GESUNDHEITS- WISSENSCHAFTEN

– IFG –

vormals Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin

Adresse Technische Universität Berlin
Sekretariat A 42
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Telefon 0 30/3142 29 60

Telefax 0 30/3142 11 12

Das Institut für Gesundheitswissenschaften ist eine Einrichtung der Technischen Universität Berlin. Forschung, Aus- und Fortbildung und die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Instituts stellen eine wichtige Grundlage dar für die Gesundheitserziehung im Spannungsverhältnis von ambulanter und stationärer Krankenversorgung. Im Rahmen von Public Health werden Grundlagen und exemplarische Beispiele von Gesundheitsvorsorge und -fürsorge erforscht und dargestellt. Der Literaturinformationsdienst des Instituts ist eine entscheidende Grundlage für Wissenschaft und Praxis

*Für den
eilligen Leser*

Das Institut für Gesundheitswissenschaften der Technischen Universität Berlin wurde am 1.10. 1993 neu gegründet und ist der rechtliche Nachfolger des seit 1950 bestehenden Instituts für Krankenhausbau. Es gehört zum Fachbereich Architektur, doch gehen seine künftigen Arbeitsbereiche im Rahmen der Gesundheitswissenschaften/Public Health über die Bezüge zur Architektur hinaus.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Dem Institut sind folgende Fachgebiete zugeordnet: „Entwerfen von Bauten des Gesundheitswesens“, „Management im Gesundheitswesen“, „Epidemiologie des Gesundheitswesens“, „Soziologie des Gesundheitswesens“, „Stadtplanung und Gesundheitsförderung“. Damit wurde der Weiterentwicklung des Instituts Rechnung getragen, das schon länger im Forschungssektor auch in den neu eingerichteten Bereichen tätig war.

Die Aufgabenstellung des Instituts für Gesundheitswissenschaften umfaßt neben den traditionellen Planungsaspekten und Betriebsproblemen des Krankenhauswesens und der Einbindung der einzelnen Einrichtungen und Dienstleistungen des Gesundheitswesens in die gesamte Gesundheitsinfrastruktur einer Region, einer Kommune und/oder eines Teils davon nun auch

– IFG –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Forschung und Lehre auf den Gebieten der Soziologie, der Epidemiologie und der Betriebswirtschaftslehre des Gesundheitswesens.

Dazu kommt der Bereich der Stadtplanung unter besonderer Berücksichtigung der Gesundheitsvorsorge und -fürsorge.

Mit diesem Leistungsspektrum und der intensiven Beteiligung am Berliner Forschungsverbund Public Health mit drei großen Forschungsprojekten verlagert sich der Schwerpunkt der Institutsarbeit entsprechend seiner neuen Bezeichnung auf das Gebiet der Gesundheitswissenschaften/Public Health. Neben interdisziplinärer Forschung, Lehre und Weiterbildung im Bereich Architektur und Gesundheitswesen auf dem Gebiet von Public Health erbringt das Institut auch Beratungsleistungen für Planung, Management und Technologie in diesen Bereichen.

Zur Unterstützung und Intensivierung von Weiterbildung und Beratung bei bestimmten Teilaspekten wurden als Organe des Instituts zwei gemeinnützige Vereine gegründet: 1983 der „Verein Krankenwohnung e. V.“, durch dessen Förderung der Idee und des Konzeptes der Krankenwohnung die wohnungsnahe Krankenversorgung in medizinischer, pflegerischer, sozialer und humaner Hinsicht verstärkt und verbessert werden soll; 1985 der „Verein zur Fortbildung im Krankenhauswesen e. V.“, der sich die Weiterbildung von in Krankenhäusern Beschäftigten und allen Akteuren im Krankenhauswesen durch Veranstaltung von regelmäßig stattfindenden Seminaren („Berliner Krankenhaus-Seminar“) und in größeren Abständen durchgeführten Kongressen („Internationales Krankenhaus-Symposium“) zur Hauptaufgabe gemacht hat.

Medienangebote

Das Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin hat seit zehn Jahren „Zweijahresberichte“ veröffentlicht, in denen über die Vorhaben und Arbeiten sowie über die Entwicklung des Instituts berichtet wird. In diesen Berichten sind sämtliche abgeschlossenen Publikationen, Diplomarbeiten, Dissertationen und Projektvorhaben des Berichtszeitraums verzeichnet. Das Institut für Gesundheitswissenschaften wird weiterhin Zweijahresberichte über seine Aktivitäten herausbringen.

Forschungsberichte und Dissertationen sowie bemerkenswerte Diplom- und Studienarbeiten am Institut werden in der Publikationsreihe „Bauten des Gesundheitswesens, Beiträge aus Forschung, Lehre und

Anwendung“ veröffentlicht, deren Titel beim Institut gegen Kostenerstattung bezogen werden können.

Die Dokumentationsstelle Krankenhauswesen gibt den „Informationsdienst Krankenhauswesen/Health Care Information Service“ heraus, der die von der Dokumentationsstelle neu erfaßten Veröffentlichungstitel aufführt. Dieser Informationsdienst erscheint zweimonatlich und ist im Abonnement erhältlich. Außerdem werden hier gegen Kostenerstattung entsprechende Literatur-Recherchen in der Datenbank HECLINET durchgeführt, die von DIMDI (Köln) angeboten wird, und deren Daten zu 85 % aus Fachzeitschriften des In- und Auslands stammen, die von den Mitarbeitern der Dokumentation ausgewertet werden.

Serviceleistungen

Das Institut für Gesundheitswissenschaften ist als Hochschulinstitut neben Forschungsaufgaben auch mit Lehraufgaben betraut

Aus dieser doppelten Aufgabenstellung heraus haben die Serviceleistungen des Instituts eine erhebliche Bedeutung innerhalb der Gesamttätigkeit der Einrichtung.

Soweit es dabei das Fachgebiet „Entwerfen von Bauten des Gesundheitswesens“ betrifft, wird hier den Studierenden mit Hilfe praxisorientierter Beispiele ein Einblick in die Planungsaufgaben und Planungsschwierigkeiten im Gesundheitswesen vermittelt. Durch die Bearbeitung von Teilaufgaben im Rahmen größerer Planungsvorhaben können sich die Studierenden zusätzlich an den meist öffentlichen Auseinandersetzungen über diese Fragen beteiligen. Das Lehrangebot ist insgesamt durch Projekte und eine ausgeprägte Verknüpfung von Lehre, Forschung und Anwendung gekennzeichnet.

Im wiedereingeführten Fachgebiet „Management im Gesundheitswesen“ lernen künftige Planer, Sozialwissenschaftler und Techniker die Grundtatbestände der Medizinbetriebslehre sowie die Einzelheiten der Betriebsorganisation und Ablaufprozesse medizinischer Einrichtungen kennen.

Außerdem werden mit zukünftigen Wirtschaftswissenschaftlern, aber auch mit bereits in der Krankenhauswirtschaft tätigen Führungskräften Lösungen für Probleme der Struktur und Funktion der speziellen

Krankenhauswirtschaft, darüber hinaus für den ganzen betriebswirtschaftlichen Public Health-Bereich erarbeitet.

Die übrigen Fachgebiete „Epidemiologie des Gesundheitswesens“, „Soziologie des Gesundheitswesens“, „Stadtplanung und Gesundheitsförderung“ werden zur Zeit eingerichtet. Auch in diesen Bereichen werden entsprechende Serviceleistungen ab 1994 angeboten.

Im dritten Semester läuft ein vom Institut mit ins Leben gerufener und mitgetragener „Ergänzungsstudiengang Public Health“ an der Technischen Universität Berlin. Der Studiengang wird vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gefördert. Hier können sich graduierte Bewerber innerhalb von zwei Jahren gesundheitswissenschaftlich qualifizieren.

Der Studiengang stützt sich auf die beiden Schwerpunkte „Gesundheitsförderung in der Gemeinde und am Arbeitsplatz“ und „Planung und Management im Gesundheitswesen“. Nähere Informationen darüber von der Geschäftsstelle Public Health, TUB, HAS 6

Auch aus seiner Forschungstätigkeit heraus bietet das Institut Serviceleistungen an. Es bestehen Arbeitskreise zu folgenden Themen:

- Ältere Menschen in ihrem räumlichen Umfeld
- Behindertenorganisation in Berlin
- Ambulante Arbeitstherapie

- Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen
- Krankenhausbau und Gesundheitswesen

Die Arbeitskreise tagen vorwiegend in Berlin. Einen größeren Informationsrahmen bilden die alle zwei Jahre abwechselnd in Berlin oder Düsseldorf veranstalteten „Internationalen Krankenhaussymposien“. Es sind mehrtägige Veranstaltungen mit Teilnahmegebühren.

Ein besonderer Schwerpunkt in der Informations- und Beratungsarbeit des Instituts für Gesundheitswissenschaften ist die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen. Für die Probleme auf diesem Sektor sind die Mitarbeiter des Instituts wichtige Partner bei der Suche nach Lösungen.

Insbesondere die engagierten Bemühungen des Instituts um eine Ausrichtung des ambulanten und vor allem des stationären Krankenhausversorgungssystems an den Gegebenheiten des Wohnumfeldes und des Wohnbereiches sowie um eine verstärkte Rückbindung der Krankenversorgung in das Wohnumfeld sind ein wichtiges Handlungsfeld für eine umfassend angelegte Konzeption der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

Außerdem finden seit fünf Jahren regelmäßig alle 14 Tage während des Semesters die „Berliner Krankenhaus-Seminare“ statt. In- und ausländische Experten halten Vorträge mit anschließenden Diskussionen über neueste Entwicklungen in Krankenhausbereichen für leitende Krankenhausmitarbeiter, im Gesundheitswesen Tätige und andere an der Thematik Interessierte. Die Teilnahme ist kostenlos. Programme auf Anforderung.

– IFG –

Empfehlungen

So ist die Herausverlagerung von Gesundheitsleistungen aus dem Haushalt und aus den Wohnungen in den Krankenhaussektor mit ihren ungünstigen sozialmedizinischen und ökonomischen Wirkungen vor allem auch eine Folge ungenügender Bereitstellung vorgelagerter haushalts- und wohnungsbezogener Gesundheits- und Pflegedienstleistungen. Diese spezifische gesundheitsinfrastrukturelle Unterversorgung sollte besonders angesichts der weiteren Zunahme des Anteils alter, chronischkranker und behinderter Menschen abgebaut werden.

Innovative Einrichtungen und Dienste zur Verknüpfung dieser Leistungsangebote sowie organisatorische Konzepte und Planungsmethoden zur Vernetzung wurden am ehemaligen Institut für Krankenhausbau entwickelt und im Rahmen von Regionalstudien erprobt.

INSTITUT FÜR KREISLAUFFORSCHUNG UND SPORTMEDIZIN

Adresse	Deutsche Sporthochschule Köln Carl-Diem-Weg 6 50927 Köln
Ansprechpartner	Prof. Dr. med. R. Rost
Telefon	02 21/4 98 25 27

Das Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin wurde 1958 als private Einrichtung gegründet (Deutsche Sporthochschule Köln, in Zusammenarbeit mit der Medizinischen Universitätsklinik Köln). Zunehmende Herz-Kreislaferkrankungen in den 50er Jahren erweckten das Interesse einiger Wissenschaftler an der experimentellen Untersuchung über den Einfluß von Arbeit, Training, Sport und Bewegungsmangel auf den gesunden und kranken Menschen.

Das Institut wurde mit dem Ziel gegründet, durch Forschung im Vorfeld Einfluß zu nehmen auf Gesundheitsbewußtsein, Therapie und Rehabilitation und gleichzeitig einen Beitrag zu leisten für den Sport. 1962 wurde das Institut vom Lande Nordrhein-Westfalen übernommen und der Deutschen Sporthochschule Köln angegliedert.

Es besteht z. Zt. aus ca. 30 festangestellten Mitarbeitern (Ärzte, med. Fachpersonal, 1 Ingenieur, Verwaltungskräfte, wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte).

Vergleichbare Institutionen wurden in Frankfurt, München, Saarbrücken, Freiburg und Berlin eingerichtet.

Hauptaufgabe des Instituts ist die

präventivmedizinische Forschung.

Hierbei stehen folgende Projekte im Vordergrund:

1. Untersuchung über den Arbeits- und Trainingseinfluß auf den gesunden menschlichen Organismus unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung von Herz-Kreislaufkrankheiten sowie von Stoffwechselkrankheiten
2. Die Bedeutung von körperlichem Training und von Sport für den Patienten mit koronarer Herzkrankheit (z. B. Zustand nach Herzinfarkt), mit Hochdruckerkrankungen, Zuckerkrankheit und Personen mit Übergewicht.
3. Bedeutung von Training und Sport auf den Gesundheits- und Leistungsstatus im Kinder- und Jugendalter.
4. Einfluß von Arbeit und Training auf den älteren Menschen.
5. Einfluß von Medikamenten und chemischen Substanzen auf das Arbeits- und Leistungsverhalten
6. Entwicklung optimaler Untersuchungs- und Trainingsmethoden für den Breiten- und Leistungssportler.

Aufgaben und Ziele der Institution

**INSTITUT FÜR
KREISLAUF-
FORSCHUNG
UND SPORT-
MEDIZIN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Praktische Tätigkeit
Jeder Patient, der eine Überweisung seines Haus-
arztes besitzt, kann im Institut für Kreislauffor-
schung und Sportmedizin untersucht werden
Demgemäß erstreckt sich das Untersuchungsgut
vom internistischen Kranken bis zum Spitzen-
sportler der verschiedensten Sportarten. Im Vor-
dergrund stehen vorbeugende Untersuchungen
vornehmlich zur Verhütung von Herz-Kreislauffe-
krankungen, ferner Kontrolluntersuchungen von
Patienten im Zustand nach Herzinfarkt.
Leistungssportler werden im Training und Wett-
kampf medizinisch betreut
Das Institut gründet und betreut Rehabilitations-
gruppen von Herzinfarktpatienten.

Lehrtätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit
Das Institut führt Fort- und Weiterbildungsveran-
staltungen für Fachkräfte durch und veranstaltet
Kongresse und wissenschaftliche Symposien
- Eine Hauptaufgabe in diesem Bereich ist die Her-
ausgabe und Förderung wissenschaftlicher Veröf-
fentlichungen,
außerdem Ausweitung und Pflege der Kontakte
mit gleichartig interessierten nationalen und
internationalen Institutionen und Einrichtungen.

Eine weitere Aufgabe des Instituts ist
die Entwicklung und Förderung der Herstellung von
medizinisch-technischen Geräten.

Medienangebote

Die Forschungsergebnisse des Instituts werden dem
Bundesinstitut für Sportwissenschaften, Köln, zur Ver-
fügung gestellt. Zusammen mit Studien anderer Insti-
tute werden die Kurzfassungen in den Zweijahres-
berichten des Bundesinstitutes veröffentlicht (kosten-
frei). Einige Berichte erscheinen in den Schriftenreihen
des Bundesinstitutes beim Hoffmann-Verlag, Schorn-
dorf, und im Verlag Sport und Buch, Köln (Kataloge
dort anfordern).

Darüber hinaus erscheint eine Vielzahl von Veröffentli-
chungen, die überwiegend an die medizinisch-wissen-
schaftliche Fachwelt gerichtet sind, an Multiplikatoren
im medizinisch/sportmedizinischen Bereich oder aber
auch den interessierten Laien ansprechen sollen.

Beispielhaft seien genannt:

Veröffentlichungen in der

Tagespresse oder in

populärwissenschaftlichen medizinischen
Zeitschriften
Sonderdrucke von Broschüren und Faltblättern

Durch die Veröffentlichungen in der
nationalen und internationalen Fachpresse
und die Herausgabe von

wissenschaftlichen Büchern

werden die Forschungsergebnisse der Fachwelt zur
Verfügung gestellt.

Eine aktuelle Veröffentlichungsliste kann vom Institut
für Kreislaufforschung und Sportmedizin oder dem
Bundesinstitut für Sportwissenschaften, Köln, auf
Anfrage zur Verfügung gestellt werden. In Ausnahme-
fällen kann auch Informationsmaterial zur Einsicht
übersandt werden.

**Service-
leistungen**

Mit den Mitgliedern des Instituts besteht ein weitge-
fächertes Referentenangebot im In- und Ausland zu
allen Fragen der Herz-Kreislaufforschung und Sport-
medizin (kostenverursachend).

Im einzelnen können Referenten für Aus-, Fort- und
Weiterbildungsveranstaltungen zur Verfügung gestellt
werden

Außerdem wirkt das Institut bei Informationsveranstal-
tungen und Tagungen mit und bietet Beratung in
akuten Fällen an.

Die Mitglieder des Instituts sind bereit, an Projekten
mitzuarbeiten bzw bieten deren Beratung und Beglei-
tung an.

Anfragen bezüglich der Serviceleistungen können tele-
fonisch an das Institut gerichtet werden

Empfehlungen

Das Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin
bietet interessierten Institutionen an (z. T. kostenverur-
sachend):

akute und projektbegleitende Beratung,
Referentenservice,
aktuelle Informationsvermittlung,
in beschränktem Rahmen Informationsmaterial und
Veröffentlichungen.

INSTITUT FÜR SEXUALPÄDAGOGIK DORTMUND e. V.

– ISP –

Adresse Huckarder Straße 12
44147 Dortmund

Telefon 02 31/14 44 22

Telefax 02 31/14 44 22

Das Institut für Sexualpädagogik Dortmund (ISP) ist 1988 gegründet worden und gemeinnützig. Träger ist der Verein zur Förderung von Sexualpädagogik e. V., Mitglied des DPWV; die Finanzierung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Das multiprofessionell zusammengesetzte Institut hat 15 MitarbeiterInnen PädagogInnen, PsychologInnen, Lehrtätige in Schule und Hochschule –, die sexualberaterisch, therapeutisch und medienpädagogisch ausgebildet sind.

Ziel der Arbeit des ISP ist die Förderung und Qualifizierung sexualpädagogischer Tätigkeit in allen pädagogischen Bereichen, in der Gesundheitsförderung, in Beratungszusammenhängen.

Die Angebote richten sich an Einzelpersonen, Gruppen, Arbeitsteams innerhalb und außerhalb von Institutionen der frühkindlichen Erziehung, der Jugendarbeit und Erziehungshilfe, der Erwachsenenbildung, Eltern- und Familienarbeit sowie der sozialen Dienste in den Bereichen des Gesundheitswesens und der Justiz. Methodisch beruht die Arbeit des ISP auf Elementen der themenzentrierten Interaktion.

Neben der Veranstaltung von Aus- und Fortbildung für sexualpädagogisch Tätige sorgt das Institut für eine angemessene Publizierung der interessierenden sexualpädagogischen Themenstellungen durch eigene Veröffentlichungen, durch Beiträge für andere pädagogische und wissenschaftliche Publikationen, durch Vortrags- wie Referententätigkeit bei öffentlichen Veranstaltungen oder durch die Produktion und Präsentation von Medien aller Art – neben den bekannten Printmedien sind es vor allem Filme, Theaterstücke und Ausstellungen.

Das Institut berät Bundes- wie Landespolitik bei der Umsetzung präventiver Vorhaben und gibt Expertenbeistand bei der Politikplanung.

Schließlich nehmen die MitarbeiterInnen des Instituts an der Forschung zu sexualwissenschaftlichen und sexualpädagogischen Themen teil.

Aufgaben und Ziele der Institution

- ISP -

Medienangebote

Beispielhaft seien die bekanntesten Publikationen der MitarbeiterInnen des ISP - sexualpädagogische Standardwerke - aufgeführt:

- Sielert, Herrath, Wendel, Hanswille u. a.:
Sexualpädagogische Materialien für die Jugendarbeit in Freizeit und Schule
Beltz 1993
- Herrath, Sielert, Ruprecht:
Lisa und Jan – Ein Aufklärungsbuch für Kinder und ihre Eltern
Beltz 1991
- Herrath, Richter, Sielert, Wanzeck-Sielert:
6mal Sex und mehr
Beltz 1993
- McBride, Herrath, Sielert:
Zeig Mal Mehr
Beltz 1988

- Sielert:
Sexualpädagogik
Beltz 1991
- Philipps:
Körpersprache der Seele
P. Hammer 1989
- Herrath u. Sielert (Hg.):
Jugendsexualität zwischen Lust und Gewalt
P. Hammer 1990
- Herrath u. a.:
Bei Liebe klickt's
Elefantenpress 1989
- Hanswille:
Liebe und Sexualität
Kösel 1986

Das ISP bietet zudem zwei Jugendlichen-Foto-Ausstellungen zum Thema „Liebe, Freundschaft, Sexualität“ zur Ausleihe an.

Auf Anfrage werden Informationen zu Literatur und Institutsangeboten gegeben.

Serviceleistungen

Das Institut bietet als einjährige Grundausbildung seit mehreren Jahren eine berufsbegleitende sexualpädagogische Qualifikation für alle im pädagogischen, pflegerischen oder Gesundheitsbereich Tätigen an. Die Kosten der aus neun Wochenend-Veranstaltungen und begleitenden Praxisgruppen gebildeten zertifizierten Qualifikation betragen insgesamt 3.600,- DM Honorar, Unterkunft und Verpflegung.

Außerdem veranstaltet das Institut Fortbildungen, steht für Referententätigkeit zur Verfügung, unterstützt sexualpädagogische Praxismaßnahmen, berät bei der Erstellung von Konzeptionen und didaktischen Materialien, gibt Supervision, forscht und veröffentlicht selbst Medien aller Art. Die Fachleistungen des ISP sind kostenpflichtig.

Empfehlungen

Durch die Aufnahme in den Verteiler des ISP kann die regelmäßige Information über Seminarangebote und Veranstaltungen des Instituts gesichert werden.

INSTITUT FÜR SOZIALARBEIT UND SOZIALPÄDAGOGIK

– ISS –

Adresse	Am Stockborn 5-7 60439 Frankfurt/Main
Ansprechpartner	Prof. Dieter Kreft, Institutsleiter
Telefon	0 69/58 20 25-28
Telefax	0 69/58 20 29

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) wurde im Jahre 1974 gegründet. Seit 1991 ist es als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Es finanziert sich aus Leistungsentgelten der Auftraggeber, Zuwendungen der Bundesregierung sowie des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Seine Arbeit wird durch ein träger- und fachplural zusammengesetztes Kuratorium begleitet. Das ISS hat als zentrale Aufgabe die anwendungsorientierte Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die soziale Praxis. Es sieht sich dabei lebenswelt- und lebenslagenbezogenen Konzepten sozialer Arbeit verpflichtet.

*Für den
eifigen Leser*

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) mit Sitz in Frankfurt/Main besteht seit 1974. Seit 1991 ist es als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Finanziert wird das Institut zum überwiegenden Teil durch das Bundesministerium für Familie und Senioren.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Aufgabe des Institutes ist es, durch Praxisberatung und Praxisforschung zur Entwicklung der Sozialarbeit/Sozialpädagogik beizutragen. Das ISS bietet inzwischen bundesweit öffentlichen und freien Trägern der sozialen Arbeit folgende Leistungen an:

Anwendungs-/Praxisforschung/Praxisberatung

(u. a. Erforschung konkreter Lebensbedingungen vor Ort und die Analyse von Angeboten, Strukturen und Interventionsformen vorhandener sozialer Dienste mit dem Ziel, zur Veränderung sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Praxisfelder beizutragen; Entwicklung und Implementation (Untersuchung des Verhältnisses von Absicht und tatsächlicher Wirkung) neuer Konzepte und Handlungsansätze, Beratung bei der Konzeptumsetzung);

– Wissenschaftliche Begleitung

(u. a. Beratung und Evaluation (Wirkungsbeobachtung und -kontrolle) von bestehenden Handlungsansätzen der Regelpraxis und von Modellversuchen; Überprüfung der Modelle auf ihre Übertragbarkeit);

- ISS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Planungsberatung/Planerstellung

(u. a. über die Entwicklung von geeigneten fort-schreibungsfähigen Planungsbausteinen zur Bestandserhebung, Bedarfsermittlung, Fachkräfte-, Träger- und Betroffenenbeteiligung, Sozialraum-bestimmung und ihre Bereitstellung im Beratungs-prozeß gegenüber planungsverpflichteten und -bereiten öffentlichen und freien Trägern der Jugend-, Familien-, Alten- und Sozialhilfe; Plan-erstellung für Teilfachbereiche (der Jugendhilfe oder Altenarbeit) bis zur Entwicklung von Maßnahme-empfehlungen einschl. Ressourcenplanung und Vorschlägen für die Planungsumsetzung);

Gutachten/Expertisen

(wissenschaftlich begründete und handlungs-orientierte Untersuchungen: u. U. von der Analyse über die Bedarfs einschätzung bis zu quantitativen und qualitativen Maßnahmen-/Veränderungs-vorschlägen und/oder der Entwicklung von Hand-lungsstrategien);

**Organisations-/Personalentwicklung und
-beratung**

(u. a. durch die Beratung öffentlicher und freier Trä-ger der Sozialen Arbeit zur Neuorganisation ihrer Dienste, durch strukturelle Veränderungen von Ein-richtungen und Diensten auf der Grundlage entwickelter fachlicher Konzepte, auch zur Personal-qualifizierung);

**Qualifikationsangebote für leitende
MitarbeiterInnen in Projekt- und Sozial-
management**

(u. a. über berufsbegleitende Weiterbildungsange-bote „Innovation und Sozialmanagement in der So-zialen Arbeit“ und über die Fortbildungsbausteine für das mittlere und höhere Management, Dezer-nentInnen, ehrenamtliche Vorstandsmitglieder freier Träger);

**Bundeszentrale Fort- und Weiterbildung,
Expertentreffen und Fachtagungen**

(u. a. über 2-3 tägige Fortbildungsseminare, über große Fachtagungen und langfristige berufsbeglei-tende Weiterbildungen mit jährlich wechselnden thematischen Schwerpunkten. Ziele sind die Weiter-gabe der ISS-Arbeitsergebnisse an haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen aller Träger der Sozialen Arbeit und die Entwicklung/Förderung ihrer Handlungskompetenz, aber auch das Aufgreifen und Thematisieren neuer gesellschaftlicher Entwicklungen sowie daraus sich ergebender neuer Fragestellungen und Anforderungen);

Veröffentlichungen

(die ISS-Publikationen dienen wie die Fort-/Weiter-bildungsangebote/Fachtagungen dem Transfer der ISS-Arbeitsergebnisse: sowohl in den eigenen Publi-kationsreihen des ISS als auch durch die zahlreichen Veröffentlichungen von MitarbeiterInnen des ISS bzw. über die Berichterstattung zu seinen Arbeits-ergebnissen in Tages- und Wochenpresse, Fachzeit-schriften, Publikationen anderer Verlage sowie über sonstige Medien).

Medienangebote

Die ISS-Publikationen bleiben ein wichtiges Instrument, um Arbeitsergebnisse des Instituts den öffentlichen und freien Trägern der sozialen Arbeit zur Verfügung zu stellen. Seit 1993 erscheinen die ISS-Publikationen in 3 Reihen:

ISS-PONTIFEX (Berichte und Materialien aus Wissen-schaft und Praxis),
ISS-REFERAT (Arbeitsberichte Gutachten - Expertisen),

- ISS-PRACTIS UND INNOVATION (Veröffentlichungen in Buchform in Einzelfällen).

Das ISS hat sich damit ein verbessertes Instrument zur öffentlichen Weitergabe seiner Arbeitsergebnisse geschaffen. Ein stets abrufbares Gesamtverzeichnis lieferbarer Publikationen gibt Auskunft darüber, welche Titel lieferbar sind.

**Service-
leistungen**

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) betreibt auf der Grundlage seiner Umsetzungs- und Auswirkungsuntersuchungen eine breite Beratungs-tätigkeit für Institutionen, Planungsvorhaben und Regelpraxis. Hierbei werden im Einzelfalle Gesichtspunkte der Sozialarbeit und Sozialpädagogik untersucht und vertieft. Als Problembeispiele können dabei genannt werden:

Qualifizierung ambulanter Dienste im Gesundheits- und Sozialbereich,
Wohnbiographien alleinstehender Personen in schwierigen sozialen Lagen,
Strukturwandel, Stadtteilentwicklung und interkultu-relle Beziehungen.

Zusätzlich bietet das Institut Supervisionsleistungen für Institutionen und Personen an. Diese Supervisionen sollen dazu dienen, die Einrichtungen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik und ihre Mitarbeiter bei der be-dürfnis- und bedarfsgerechten Ausgestaltung ihrer An-gebote und Aktivitäten für die Adressaten dieser Arbeit zu unterstützen.

Die Beratungs- und Supervisionsleistungen des Institu-tes werden für die jeweiligen Auftraggeber zu Tages-sätzen von etwa 600,- DM erbracht.

Breiten Raum nehmen beim Serviceangebot des Insti-tutes Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen ein. Mit diesen Veranstaltungen verfolgt das Institut das Ziel, die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in die Praxis umzusetzen und so die Handlungskompetenz der Fachkräfte der Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu stärken. Hierdurch soll vor allem auch die Lebenslage benachteiligter Menschen verbessert werden. Als The-menbeispiele für diese Fort- und Weiterbildungsveran-staltungen können genannt werden:

Kommunale Altenplanung,
Kommunale Ausländerberichte,
Frauen in der kommunalen Sozialpolitik,
- Vernetzung ambulanter und stationärer Dienste,
- Management in sozialen Organisationen.

Der Kostenbeitrag für diese Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen beträgt je Teilnehmer und Veranstaltung derzeit etwa 160, DM.

Das Institut gibt jährlich ein Verzeichnis seiner Veröffentlichungen heraus. Interessenten können sich in einen Verteiler aufnehmen lassen. Sie erhalten dann kostenlos Informationen über die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie über die Veröffentlichungen des Institutes.

- ISS -

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen, die für den Lebensbereich Wohnen von hoher Bedeutung sind und von daher auch Hinweise auf solche Faktoren für Gesundheitsbelastungen im Lebensbereich Wohnen geben, die auf den ersten Blick noch nicht als gesundheitliche Risikofaktoren erkennbar sind oder zumindest noch kaum als gesundheitliche Risikofaktoren diskutiert werden.

So werden ungünstige Lebenslagen in der Sozialmedizin und Sozialepidemiologie durchweg als Ursache, aber auch als Folge von Gesundheitsbeeinträchtigungen beschrieben. Die Arbeit des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik besteht auf weite Strecken in der Erforschung solcher ungünstigen Lebenslagen. Sie bietet damit für ein umfassendes Konzept Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen Hinweise und Ansatzpunkte für eine kompensatorische Gesundheitsunterstützung. Eine solche Gesundheitsunterstützung ist insbesondere für diejenigen Bevölkerungsgruppen nötig, die zusätzlich zu allgemeinen ungünstigen Lebensbedingungen auch noch im Wohnbereich eingeschränkt sind.

Umgekehrt bieten die zahlreichen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen des Institutes auch die Möglichkeit, Problemstellungen der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen den Sozialarbeitern und Sozialpädagogen näherzubringen.

Das Institut hat darüber hinaus auch einige Untersuchungen vorgelegt, die sich unmittelbar mit Wohnungsfragen befassen. So hat das Institut Strategien zur Integration von Obdachlosen in die Gesellschaft entwickelt.

Insgesamt stellen die Arbeitsergebnisse des Institutes eine wichtige Grundlage für eine problemspezifische Schwerpunktbildung im Rahmen einer breiten Konzeption von Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen dar.

Empfehlungen

INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT- LICHE FORSCHUNG e.V. München

– ISF –

Adresse Jakob-Klar-Straße 9
80796 München

Ansprechpartner Dr. Fritz Böhle (Mitarbeiter)

Telefon 0 89/2 72 92 10

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF), München, ist ein gemeinnütziger Verein, der in dieser Form im Winter 1964/65 gegründet wurde. Das ISF war als einer von drei Arbeitsbereichen am Sonderforschungsbereich 101 der Universität München „Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung“ beteiligt; seit 1986 ist das Institut am Sonderforschungsbereich 333 „Entwicklungsperspektiven von Arbeit“ beteiligt.

Die Leitung des ISF obliegt einem Institutsrat, der aus Wissenschaftlichen Mitarbeitern und einer Verwaltungsangestellten besteht. Die Institutsräte sind langjährige Mitarbeiter des ISF; sie zeichnen für jeweils andere Ressorts verantwortlich. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich projektbezogen aus Mitteln der allgemeinen Forschungsförderung, sowie durch Forschungsaufträge öffentlicher Stellen. Das Schwergewicht solcher Aufträge liegt bei den Bundesministerien.

Die Forschungsarbeit des Instituts bezieht sich auf die Tradition der deutschen Industriosozilogie; es ist jedoch bestrebt, zu einer besseren theoretischen Fundierung dieser Tradition beizutragen und diese durch das Aufgreifen von gesellschaftlichen Problemen zu erweitern:

- Einsatz von Arbeitskräften und Gestaltung von Arbeitsbedingungen,
- technisch-organisatorische Veränderung von Arbeitsprozessen in Betrieben und öffentlicher Verwaltung,
- Sicherung gegenüber sozialen Risiken,
- Qualifizierung und Reform im Bildungs- und Berufsbildungssystem,
- Mobilität, Funktionsbedingungen und Probleme regionaler und betrieblicher Arbeitsmärkte bzw. Teilarbeitsmärkte

Das ISF versucht, diese Probleme nicht als isolierte Einzelfragen anzugehen, sondern die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung und den Kontext ihrer gesellschaftlichen Thematisierung in die Forschungsperspektive miteinzubeziehen. Dadurch ergeben sich zahlreiche Berührung- und Überschneidungspunkte zu benachbarten Wissenschaften und Forschungsrichtungen.

Die Arbeitsschwerpunkte des ISF sind vor allem:

- Industriosozilogische Technikforschung,
- Qualifikations- und Arbeitsmarktforschung,
- Untersuchungen über betriebliche Arbeits- und Personalpolitik.

Ferner wurden und werden dabei auch die Beziehungen zwischen betrieblichem Arbeitskräfteeinsatz und öffentlichen Maßnahmen (staatlich-normative Regelungen, öffentliche Institutionen, aber auch gewerkschaft-

Aufgaben und Ziele der Institution

(ISF) München

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

liche Aktivitäten) bearbeitet sowie die Rolle zwischenbetrieblicher Beziehungen analysiert.
Der Zusammenhang zwischen den Arbeiten des ISF und der Gesundheitsförderung liegt in der Ausrichtung des Instituts auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, der als präventive Sozialpolitik verstanden wird. Die Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz werden als die zentrale Gesundheitsgefährdung in der Gesellschaft angesehen. Demzufolge werden die Gesundheitsrisiken und deren Auswirkungen ausgehend von Arbeitsplätzen bis hin zu der gesamten Lebenssituation erforscht. Diesem Vorgehen liegt ein erweiterter Gesundheitsbegriff zugrunde, der auf physische und psychische Befindlichkeit, Qualifikation und die Fähigkeit zur Interessendurchsetzung abhebt.

Es werden keine besonderen pädagogischen Methoden verwendet.

In neueren Arbeiten - insbesondere zur Rolle des Erfahrungswissens im Arbeitsprozeß - wird vor allem eine Identifikation der Betroffenen mit dem Gesundheitsschutz betont. Die Betroffenen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen selbst „von unten“ durchzusetzen, auch wenn Verrechtlichungen und Professionalisierungen dem entgegenstehen sollten.

Die strukturellen Ebenen der Arbeit des Instituts sind

1. Arbeitsplatztypen
2. Betriebsumfeld (Gesundheitsrisiken als Ausdruck betrieblicher Organisation)
3. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Medienangebote

Das ISF veröffentlicht Arbeitsergebnisse regelmäßig in zwei Publikationsreihen:
„Arbeiten des ISF München“ und
„Forschungsberichte aus dem ISF München“
seit 1977 im Campus Verlag, Frankfurt/New York. (Die früher bei der Europäischen Verlagsanstalt (EVA), Köln, und dem Athenäum Verlag, Frankfurt/M., erschienenen Arbeiten werden jetzt auch von Campus vertrieben.)
Zur letzten Reihe gehören auch die Forschungsberichte des Projektträgers „Humanisierung der Arbeit“; beispielhaft seien folgende Publikationen genannt:
- Böhle, Milkau: Vom Handrad zum Bildschirm. Eine Untersuchung zur sinnlichen Erfahrung im Arbeitsprozeß. Frankfurt/München 1988

Döhl, Deiss, Sauer, Böhle unter Mitwirkung von Altmann: Belastungsabbau unter Tage Zum Einfluß öffentlicher Maßnahmen auf die Humanisierung der Arbeit, Verlag Glückauf, Essen 1982

Vollständige Publikationslisten können beim ISF angefordert werden.

Die Veröffentlichungen wenden sich an Mitglieder in öffentlichen Institutionen und Verbänden und an die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit mit der Zielsetzung der Aufklärung zur Erkennung von Gesundheitsrisiken und Strategien zu ihrer Vermeidung.

Serviceleistungen

An Serviceleistungen für öffentliche Institutionen können Referenten beispielsweise zum Thema „Gesundheitsbelastungen bei neuen Technologien“ – angeboten werden, ebenso wie wissenschaftliche Untersuchungen zu den oben genannten Themen.

Empfehlungen

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung ist ein wichtiger Ansprechpartner für schwierige industriesoziologische Forschungsfragen, vor allem, wenn es um die Veränderungen im Arbeitsprozeß, Wandlungen der Gesundheitsbelastungen, Chancen und Bedingungen der Arbeitsgestaltung geht.
Für alle gründlichen Orientierungen in gesellschaftspolitischen Fragen und laufenden wissenschaftlichen Diskussionen sind die Veröffentlichungen und die Mitarbeiter als kompetente Referenten zu empfehlen.

INSTITUT FÜR THERAPIEFORSCHUNG

– IFT –

Adresse Parzivalstraße 25
80804 München

Telefon 0 89/36 08 04-10/11

Das IFT wurde 1973 von Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München gegründet. Es hat die Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Satzungsgemäße Aufgabe des IFT ist die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung der Bevölkerung auf der Grundlage von Forschungserkenntnissen aus der wissenschaftlichen Psychologie. Ziel der Arbeit des Instituts ist es, die Lücke zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung zu schließen, indem es Grundlagenerkenntnisse der Verhaltenswissenschaften in die Praxis überträgt

In den Rahmen dieser anwendungsorientierten Forschung werden alle Störungen oder Erkrankungen miteinbezogen, zu deren Prävention oder Behandlung fundierte psychologische Verfahren zur Verfügung stehen oder entwickelt werden können.

Die Aktivitäten des IFT liegen demzufolge

- im Übergangsbereich von der Psychologie zur Medizin (Psychosomatik, Verhaltensmedizin);
- im Übergangsbereich von der Psychologie zum sozialen Bereich (psychosoziale Problemfelder);
- im Rahmen der Medizin in den Bereichen, die mit psychologischen Aspekten zu tun haben bzw. in denen psychologische Verfahren zur Anwendung kommen (z. B. Herz-Kreislauf-Prävention);
- darüber hinaus in allen Bereichen, in denen die Psychologie in der Interaktion mit anderen Disziplinen eine Rolle spielt.

Konkrete Arbeitsschwerpunkte des IFT sind:

- Entwicklung und Evaluation von Maßnahmen im Bereich der Prävention, Therapie und Rehabilitation (u. a. Alkoholabhängigkeit, pathologisches Spielverhalten, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nichtseßhaftenhilfe),
Beratung von Institutionen im Gesundheitswesen, Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Berufe aus dem Gesundheits- und Sozialbereich,
- Durchführung einer berufsbegleitenden Weiterbildung für Diplom-Psychologen in klinisch-psychologischen Verfahren mit Schwerpunkt Verhaltenstherapie,
- Schulung von Kursleitern für den Bereich Präventionsmaßnahmen im Gesundheitswesen (z. B. Nicht-rauchen, Abnehmen, Streß, Bewegungsmangel),

Aufgaben und Ziele der Institution

- IFT -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Publikationen von verhaltenspsychologischen und verhaltensmedizinischen Forschungsarbeiten für Wissenschaftler und wissenschaftlich interessierte Praktiker

Das Institut erhält keine festen Zuschüsse, sondern wird ausschließlich mit zeitlich befristeten Forschungsaufträgen und Forschungszuwendungen sowie Vergütungen für Dienstleistungen finanziert. Auftraggeber bzw. Zuwendungsgeber sind öffentliche Stellen sowie private gemeinnützige Organisationen. Neben den

etwa 20 fest angestellten Wissenschaftlern (vorwiegend Diplom-Psychologen) beschäftigt das Institut noch Honorar-Fachkräfte in den Bereichen Fort- und Weiterbildung sowie bei Forschungsarbeiten und der Datenverarbeitung.

Der Bereich Sucht ist neben der Verhaltensmedizin und dem psychosozialen Bereich einer der Forschungsschwerpunkte des IFT. Durchgeführt werden sowohl eigene Forschungsprojekte des Instituts als auch wissenschaftliche Begleitungen von Modellvorhaben

Medienangebote

Sämtliche Publikationen des IFT haben wissenschaftlichen Charakter und wenden sich an Personen und Institutionen aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich sowie an interessierte Fachkräfte und -einrichtungen aus der Praxis.

Der Tätigkeitsbericht des IFT gibt einen Überblick über sämtliche Forschungsprojekte des Instituts im jeweiligen Berichtszeitraum. Der Bericht wird regelmäßig veröffentlicht. Vorgesehen ist ein jährlicher bzw. zweijährlicher Erscheinungsturnus. Der Bericht kann beim IFT kostenlos angefordert werden.

Die Arbeit einzelner Projekte wird in den beiden Forschungsberichtsreihen „IFT-Berichte“ und „IFT-Manuale“ publiziert.

Im Rahmen der IFT-Berichte sind u. a. auch eine Vielzahl von Beschreibungen und Ergebnissen von Untersuchungen und Projekten zu suchtspezifischen Fragen sowie Statistiken einzelner stationärer und ambulanter Suchthilfe-Einrichtungen veröffentlicht.

Die IFT-Manuale dokumentieren Lehrgangseinheiten bestimmter Projekte, die Trainings- bzw. Arbeitsunterlagen für die Therapeuten/Kursleiter sowie die Instruktionen- und Begleitmaterialien für die Klienten/Kurs Teilnehmer (z. B. Nichtraucher, Abnehmen, Streß, Bewegungsmangel).

Diese beiden Veröffentlichungsreihen können von Fachinstitutionen und interessierten Einzelpersonen beim IFT kostenlos angefordert werden. Das IFT informiert auch über die bisher erschienenen Themen bzw. Titel dieser Reihe.

In Zusammenarbeit mit einem wissenschaftlichen Cremium und von einem Fachverlag herausgegeben, veröffentlicht das IFT drei Literaturreihen:

Die Reihe „IFT-Texte“ stellt Ergebnisse aus der psychologischen Forschung, speziell zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, vor. Themen dieser Reihe zu Problemen aus dem Suchtbereich sind u. a.:

- Ambulante Behandlung junger Alkoholabhängiger,
- Verhaltenstherapie in der Suchtkrankenhilfe,
- Stationäre Behandlung von Alkoholabhängigen,
- Die Fachambulanz für Abhängige und Gefährdete.

In der „IFT-Grundlagenforschung“ werden Ergebnisse aus der psychologischen und verhaltensmedizinischen Grundlagenforschung publiziert. An suchtspezifischen Themen sind bisher z. B. erschienen:

Die Vorhersage des Behandlungserfolges bei alkoholkranken Frauen,
Therapiemotivation in der Behandlung des Alkoholismus

In den „IFT-Materialien“ werden Manuale und Klientenanleitungen für präventive und therapeutische Maßnahmen und Programme publiziert. Hier sind u. a. die Materialien eines Gruppenprogramms „für zukünftige Nichtraucher“ - „Mit leichten Schritten zur letzten Zigarette“ veröffentlicht

Gesamtverzeichnisse dieser drei Reihen mit Preisangaben sowie ausführliche Informationen über den Inhalt einzelner Titel sind beim Verlag erhältlich:

Gerhard Röttger Verlag
im Schneider Verlag Hohengehren
Wilhelmstraße 13
73666 Baltmannsweiler

Bestellungen können über den Buchhandel oder direkt beim Verlag erfolgen

Die „IFT-Nachrichten“ beinhalten Mitteilungen über laufende Projekte des Instituts und wenden sich vorrangig an die institutseigenen Mitarbeiter sowie die Auftraggeber der jeweiligen Projekte. Die IFT-Nachrichten erscheinen mehrmals jährlich und werden auf Anfrage kostenlos auch an andere interessierte Institutionen bzw. Fachkräfte abgegeben

Die Programme der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) „Abnehmen aber mit Vernunft“ und „Nichtraucher in 10 Wochen“ werden vom IFT betreut. Die Teilnehmermaterialien können von ausgebildeten Kursleitern (siehe unter „Serviceleistungen“) beim IFT bestellt werden.

Die „Fortbildungsbroschüre“ erscheint jährlich und enthält die Themen, Termine und sonstigen Daten aller Fortbildungsveranstaltungen des IFT. Sie ist kostenlos erhältlich

Das IFT bietet gemeinsam mit dem Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland die Weiterbildung zum verhaltenstherapeutisch orientierten Sozialtherapeuten an. Es handelt sich dabei um eine dreijährige berufsbegleitende Weiterbildung für Angehörige akademischer Berufe im Suchtkrankenbereich. Diese Weiterbildung steht allen Fachkräften offen, die unmittelbar mit Suchtkranken arbeiten. Die Weiterbildung ist vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) anerkannt.

Im Rahmen der Fortbildung veranstaltet das IFT gemeinsam mit Berufs- und Wohlfahrtsverbänden und Universitäten dreimal jährlich die „Verhaltenstherapie-woche“ in Kiel, Dresden und Freiburg. Es handelt sich dabei um eine interdisziplinäre, themenübergreifende Fortbildung für Mitarbeiter aus dem Gesundheits- und psychosozialen Bereich.

Das IFT betreut die Kursleiter der BZgA-Programme „Abnehmen – aber mit Vernunft“ und „Nicht rauchen in 10 Wochen“. Hierzu werden regelmäßig in ganz Deutschland Einweisungseminare und für bereits ausgebildete Personen Aufbauschulungen durchgeführt.

Das IFT bietet darüber hinaus auch spezielle Mediatorentrainings sowie Weiterbildungen bzw. Schulungen für Psychologen und Ärzte an.

Auf Anfrage verschickt das IFT kostenlos Informationsmaterial zu den angebotenen Fort- und Weiterbildungen (siehe hierzu „Fortbildungsbroschüre“ unter „Medienangebote“).

Die anwendungsorientierte wissenschaftliche Arbeit des IFT findet in dem vielfältigen Medien- und Serviceangebot seinen Niederschlag.

Einen umfassenden Überblick über die Projekte des IFT im Zeitraum 1973–1989 gibt der Tätigkeitsbericht, der beim IFT angefordert werden kann. Weiterhin veröffentlicht das IFT in zwei Reihen „IFT-Berichte“ und „IFT-Manuale“ Beschreibungen und Ergebnisse von Untersuchungen und Projekten sowie Trainings- und Arbeitsmaterialien zu den entwickelten Kursprogrammen. Die Information darüber sollte beim IFT eingeholt werden.

Das IFT ist auch in der Lage, spezielle Fortbildungen für bestimmte Institutionen oder zu bestimmten Themenbereichen inhaltlich und organisatorisch zu entwickeln und durchzuführen.

Weitere Serviceleistungen des IFT sind:

Beratung von öffentlichen und quasi-öffentlichen Einrichtungen in organisatorischer, personeller, administrativer und dokumentatorischer Hinsicht für die Schwerpunkt-Tätigkeitsbereiche des Instituts, Expertisen-Erstellung für die o.a. Einrichtungen zu bestimmten Fragestellungen, Dokumentation, EDV und Statistik. Auch diese Serviceleistung wendet sich an die genannten Institutionen und beinhaltet die Entwicklung von Dokumentationssystemen einschließlich der Programme, die Ausbildung der entsprechenden Mitarbeiter sowie die Daten-Auswertung.

Das IFT verfügt über eine umfassende Referentenkartei. Die Benennung von Referenten erfolgt kostenlos.

Auf Anfrage sind kostenlos Literaturlisten zu bestimmten Themen, die sich aus den Forschungsprojekten des Instituts ergeben, erhältlich.

Öffentlichen Institutionen ist eine kostenlose Nutzung der IFT-Bibliothek möglich. Schwerpunkte der dort vorhandenen Literatur sind die Themenbereiche Sucht, Verhaltenstherapie, Verhaltensmedizin und Evaluation.

Von einem Fachverlag werden drei Literaturreihen herausgebracht: „IFT-Texte“, „IFT-Grundlagenforschung“ und „IFT-Materialien“, in denen ebenfalls Forschungsergebnisse, Anwendungsmöglichkeiten und Kursprogramme veröffentlicht sind. Es empfiehlt sich, das Verzeichnis beim Gerhard Röttger Verlag (Adresse siehe oben) anzufordern.

Bei der Planung von Maßnahmen zur Verhaltensmodifikation und anderen gesundheitsfördernden Programmen empfiehlt es sich, die Fachkompetenz des IFT z. B. für Fortbildung, Mediatorentraining, Beratung und Expertisen-Erstellung in Anspruch zu nehmen.

- IFT -

Serviceleistungen

Empfehlungen

INSTITUT WOHNEN UND UMWELT GmbH

– IWU –

Adresse Annastraße 15
64285 Darmstadt

Telefon 0 61 51/29 04 -0

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) wird vom Land Hessen und der Stadt Darmstadt getragen. Die zahlreichen Publikationen des Institutes sind als Grundlagenmaterial für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen geeignet. Sie verdeutlichen bestehende ökonomische und damit auch gesundheitliche Überforderungen im Wohnbereich und die ökologischen Belastungen des Wohnbereiches und damit der Gesundheit der Wohnbevölkerung.

**Für den
eiligen Leser**

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) mit Sitz in Darmstadt wurde 1971 als Forschungseinrichtung des Landes Hessen und der Stadt Darmstadt gegründet. Es wird durch das Land, die Stadt und eigene Auftragsforschung finanziert.

Aufgabe des Institutes ist die interdisziplinäre Grundlagenforschung zu den gegenwärtigen Formen des Zusammenlebens.

Dabei sollen ein kritischer Ansatz und die Absicht einer Verbesserung der Wohnverhältnisse der sozial schwächeren Schichten verfolgt werden, sowie die Möglichkeiten einer sparsamen und rationellen umwelt- und gesellschaftsverträglichen Energienutzung untersucht werden.

Untersucht werden soll auch, welche politischen und ideologischen sozialen und ökonomischen, finanziellen, technischen, rechtlichen und administrativen Hindernisse und Abhängigkeiten der Verbesserung der Wohnverhältnisse der sozial schwächeren Schichten sowie einer sparsamen und rationellen, umwelt- und gesellschaftsverträglichen Energienutzung entgegenstehen. Aus den Ergebnissen dieser Grundlagenforschung sollen Vorschläge, insbesondere für die Hessische Landesregierung erarbeitet werden, wie diese Hindernisse überwunden werden können. Dabei ist eine beratende Mitwirkung des Institutes bei der Umsetzung dieser Vorschläge vorgesehen.

Zu den Aufgaben des Institutes zählt auch die Bearbeitung von Projekten der Stadterneuerung und Stadterweiterung.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- IWU -

Die Grundlagenarbeit des Institutes Wohnen und Umwelt konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte:

- Wohnungsmarkt und Förderpolitik Rechts- und Organisationsprobleme der Wohnnutzung
- Wohnungs- und Wohnumfeldprobleme benachteiligter Gruppen

Stadtentwicklung
rationelle Energienutzung.

Das Institut bewältigt sein Aufgaben-, Tätigkeits- und Gegenstandsfeld durch wissenschaftliche Untersuchungen und Gutachten sowie durch Empfehlungen an den Gesetzgeber.

Medienangebote

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) will mit der Veröffentlichung und Verbreitung der Ergebnisse seiner Arbeiten eine hohe Anregungs- und Umsetzungswirkung erzielen. Aus diesen Gründen besorgt das Institut Veröffentlichung und Vertrieb seiner Forschungsberichte weitgehend selbst. Auch unveröffentlichte Arbeiten können entweder beim Institut eingesehen oder als Kopie gegen Kostenerstattung bezogen werden. Daneben bemüht sich das Institut aber auch, die Ergebnisse seiner Arbeiten in Buchform, als Zeitschriftenaufsätze oder durch Broschüren, Pressemitteilungen oder Interviews zu publizieren. Beispielhaft seien folgende Fragestellungen genannt:

- Wohnungsversorgungsstatistik
- Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf
- Verteilungswirkungen der Wohnungsbauförderung
- Erneuerung des sozialen Wohnungsbaues
- Rechtliche Aspekte der Mietermodernisierung

- Selbsthilfe und Eigenarbeit im Wohnungsbau
- Nutzerbeteiligung und Nutzerorientierung im Wohnungsbau und in der Wohnungsplanung
- Einkommenslage der Mieter
- Soziale Kooperation von Familien im Wohngebiet
- Kinder, Jugendliche und Jugendkriminalität und Wohnumfeld
- Wohnung und Wohnumgebung in ihrer Bedeutung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen
- Frauengerechte Wohnungen im sozialen Wohnungsbau
- Obdachlosigkeit
- Wohnumfeld, Verkehrsberuhigung und gesundes Wohnen
- Energieeinsparung und Schadstoffentlastung.

Das Institut gibt alle zwei Jahre ein Veröffentlichungsverzeichnis heraus. Interessenten können sich in einen Verteiler für dieses Verzeichnis aufnehmen lassen.

Serviceleistungen

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) stellt der Hessischen Landesregierung durch entsprechend aufbereitete Forschungsergebnisse Entscheidungshilfen in Fragen der Umwelt- und Landesplanungspolitik, der Städtebau- und Wohnungspolitik, der Energie- und Verkehrspolitik sowie der Sozialpolitik zur Verfügung. Darüber hinaus berät das Institut die Hessische Landesregierung auf Wunsch in einzelnen Fachfragen und unterstützt die Landesregierung bei Ausstellungen, Wettbewerben, Berichten und Broschüren. Besonders enge Fachkontakte bestehen dabei zum Hessischen Innenministerium und zum Hessischen Umweltministerium.

Über den engeren Bereich der Hessischen Landesregierung hinaus stellt das Institut die Ergebnisse seiner Arbeit auch den Entscheidungsträgern in Politik und Administration auf Bundesebene, in den anderen Bun-

desländern sowie den Gemeinden zur Verfügung. Daneben bemüht sich das Institut um Kontakte zu den Mitgliedern der Legislative, zu den Mitarbeitern der zuständigen Fachressorts sowie zu Persönlichkeiten und Organisationen, die sich mit Fragen des Umweltschutzes, der Landesplanung, des Städte- und Wohnungsbaus, der Energie- und Verkehrspolitik sowie der Sozialpolitik befassen.

Das Institut ist in besonderem Maße bestrebt, Schülern, Lehrkräften, Einrichtungen der Erwachsenenbildung einerseits, Bürgerinitiativen, Mietervereinen und Verbraucherverbänden andererseits die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen, aber auch die Arbeitsergebnisse anderer Stellen zugänglich zu machen. Bei Anfragen erteilt das Institut entsprechende Auskünfte. Darüber hinaus führt es auf Wunsch auch Beratungen durch.

Empfehlungen

Das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) befaßt sich in seiner Forschungstätigkeit mit Fragen, die für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen unmittelbar einschlägig sind.

So behandelt das Institut in einer Reihe von Untersuchungen und Veröffentlichungen das Problem der Überforderung der Mietkraft von Privathaushalten durch ungenügende Wohnungsbauförderung und die Möglichkeiten, durch Mietermodernisierung und Selbsthilfe eine Erhaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes zu erreichen. Diese Arbeiten bieten Anhaltspunkte für die Lokalisierung von Gesundheitsbeeinträchtigungen im Lebensbereich Wohnen entweder durch Budgetüberlastung oder durch Selbstüberforderung bei Maßnahmen der Selbsthilfe.

Eine Reihe weiterer Untersuchungen des Institutes befaßt sich mit dem Problem einer besseren Ab-

stimmung der Wohnungskonzipierung mit den Bedürfnissen des Familienlebens, der Frauen sowie der Jugendlichen und Kinder.

Auch hier bieten die Arbeiten des Institutes wichtige Grundlagenkenntnisse für die Lokalisierung von Gesundheitsbeeinträchtigungen im Lebensbereich Wohnen.

Unmittelbar als Arbeitsmaterialien können diejenigen Untersuchungen bzw. Veröffentlichungen des Institutes Wohnen und Umwelt für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen genutzt werden, die sich mit den ökologischen und psychischen Aspekten der Wohnumwelt befassen, Umweltgesichtspunkte der Verkehrsbelastung behandeln oder die Struktur der Kinderverkehrsunfälle in der Beispielregion Darmstadt untersuchen.

KASSENÄRZTLICHE BUNDESVEREINIGUNG

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Adresse	Herbert-Lewin-Straße 5 50931 Köln Postfach 4105 40 50865 Köln
Ansprechpartner	Abteilung Kommunikation
Telefon	02 21/40 05-2 14
Telefax	02 21/40 05-2 77

Die Gründung der Kassenärztlichen Vereinigungen geht zurück auf eine Notverordnung des Reichspräsidenten im Jahre 1931, die die Arbeitskämpfe zwischen Ärzten und Krankenkassen schlichten sollte. Sie hatte die endgültige Ablösung des Einzelvertragssystems zwischen Arzt und Krankenkasse durch ein Kollektivvertragssystem zur Folge und führte zur Errichtung eines Systems von Kassenärztlichen Vereinigungen als Untergliederungen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD).

Die Struktur dieser Kassenärztlichen Vereinigungen hat sich seit ihrer Neukonstruierung im Jahr 1956 durch das Gesetz über das Kassenarztrecht (GKAR) im Grundsatz bis heute nicht mehr geändert. Die 23 Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) bilden auf Bundesebene die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV).

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der Rechtsaufsicht der jeweiligen Länderminister unterstehen. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts auf Bundesebene und unterliegt der Rechtsaufsicht durch den Bundesminister für Gesundheit.

KVen und KBV sind Einrichtungen der ärztlichen Selbstverwaltung. Sie haben eine wichtige Funktion im Gefüge von Arzt, Patient und Krankenkasse:

- Als genossenschaftlicher Zusammenschluß der Kassenärzte haben sie die Aufgabe, Rechte und wirtschaftliche Interessen der Kassenärzte gegenüber den Krankenkassen zu wahren (§ 77 SGB V). Sie beraten die Kassenärzte in allen Fragen der kassenärztlichen Tätigkeit, angefangen von der Niederlassungsberatung bis zu Abrechnungs- und Wirtschaftlichkeitsfragen.
- Dem sozialversicherten Patienten (über 90 Prozent der Bevölkerung) garantieren KVen bzw. KBV eine qualifizierte, ambulante medizinische Versorgung.

Jeder zugelassene Kassenarzt ist ordentliches Mitglied der für seinen Kassenarztsitz (Ort der Niederlassung als Arzt) zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung (Pflichtmitgliedschaft). Er ist damit berechtigt, sozialversicherte Patienten zu behandeln. Etwa 100.000 Ärzte nehmen an der vertragsärztlichen Versorgung teil.

Aufgaben und Ziele der Institution

KASSEN- ÄRZTLICHE BUNDES- VEREINIGUNG

Aufgaben und Ziele der Institution

Mitglieder der KBV sind die 23 KVen und nicht die Kassenärzte als Einzelmitglieder. Gesetzliche Organe der KBV sind: Vertreterversammlung und Vorstand. Die KBV-Vertreterversammlung besteht aus 110 ehrenamtlichen Delegierten der einzelnen KVen. Sie nimmt zu Grundsatzangelegenheiten Stellung und wählt den Vorstand, der aus neun Mitgliedern besteht. Als drittes Organ wird in der Satzung der KBV der Länderausschuß bestimmt, der aus den Vorständen der 23 KVen besteht und bei allen Vertragsangelegenheiten zu hören ist.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat eigene gesetzliche Aufgaben. Sie übernimmt die

- Vertretung der Belange der Kassenärzte bei Gesetzgebungsverfahren gegenüber der Bundesregierung,
- Mitwirkung in der auf Bundesebene gebildeten Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen.

Als Vertragspartnerin der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen und anderer Sozialleistungsträger, wie beispielsweise die gesetzliche Unfallversicherung, schließt sie Verträge ab, wie etwa

- die Bundesmantelverträge, den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für ärztliche Leistungen,
- die Richtlinien zur Qualitätssicherung.

Die KBV führt das Bundesarztregister, das eine zentrale Funktion für die Bedarfsplanung hat.

Um die Verwaltungskosten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zu decken, zahlen die Kassenärztlichen Vereinigungen Beiträge an die KBV. Die Höhe des Beitrags wird jährlich von der Vertreterversammlung festgesetzt. Er beträgt etwa 1 Promille der kassenärztlichen Gesamtvergütung.

Die Stiftung **Zentrallnstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI)** unterstützt die KBV und die KVen bei ihrem gesetzlichen Auftrag, die kassenärztliche Versorgung sicherzustellen. Sie wurde 1973 von den 18 Kassenärztlichen Vereinigungen der alten Bundesländer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gegründet. Das ZI soll mit wissenschaftlichen, empirischen, technischen und sonstigen zugänglichen Methoden Forschung sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung auf dem Gebiet der ärztlichen Versorgung betreiben oder von Dritten betreiben lassen.

(Näheres: siehe gesonderte Beschreibung auf den Seiten 631/632.)

Medienangebote

Die KBV erreicht durch unterschiedliche Medien ein breites Spektrum an Zielgruppen, vom Arzt über Verbände und Organisationen im Gesundheitswesen, vom Gesetzgeber bis hin zu den Patienten.

Als gemeinsames Organ von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung erscheint wöchentlich das „Deutsche Ärzteblatt“, das jedem der mehr als 300.000 Ärzte in Deutschland zugestellt wird. Hier werden neben einem medizinisch-wissenschaftlichen Teil Richtlinien, Verträge sowie Termine der Selbstverwaltung veröffentlicht.

Darüber hinaus informiert das „Deutsche Ärzteblatt“ über aktuelle politische Entwicklungen im Rahmen der Gesundheitspolitik sowie der Standespolitik.

Monatlich ist dem „Deutschen Ärzteblatt“ die Wartezimmerzeitschrift „medizin heute“ beigelegt, die sich in erster Linie an den Patienten richtet. „medizin heute“ kann auch unabhängig vom Ärzteblatt (kostenpflichtig) beim „Deutschen Ärzte-Verlag“ (Postfach 40 02 65, 50832 Köln) bestellt werden.

Über den „Deutschen Ärzte-Verlag“ erscheinen zahlreiche von der KBV verfaßte oder im Auftrag herausgegebene Publikationen wie Handbücher, Dienstauflagen und Nachschlagwerke für Ärzte.

Die „Grunddaten zur kassenärztlichen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland“ geben einen jährlichen Überblick zu Entwicklungen im Bereich der ambulanten medizinischen Versorgung.

KATALYSE e. V.

Institut für angewandte Umwelt- forschung

Adresse Weinsbergstraße 190
50825 Köln

Telefon 02 21/5 46 10 55

**Telefonische
Umweltberatung** 0221/54 29 08

Telefax 02 21/54 53 38

In der Katalyse e. V. haben sich Natur- und Sozialwissenschaftler verschiedener Disziplinen zusammengeschlossen. Das Institut besteht aus den vier Bereichen Bauökologie, Produktbewertung und -entwicklung, Politik und Ressourcen.

Arbeitsschwerpunkte sind Schadstoffe in Innenräumen, ökologische Materialauswahl, Verbraucherschutz (Verpackung, Wasch- und Reinigungsmittel), Lebensmittel (Lebensmittelqualität, Zusatzstoffe, Gentechnik), Wasser (Grund- und Trinkwasser, Trinkwasseraufbereitung, Wasserfilter), EU-Politik (Strukturfonds und Umwelt, EU-Umweltzeichen), Ressourcen (nachwachsende Rohstoffe, alternative Energien).

Die Arbeitsergebnisse werden der Öffentlichkeit in allgemeinverständlicher Form zugänglich gemacht. Dies geschieht durch Beantwortung von schriftlichen und telefonischen Anfragen, Herausgabe von Büchern und Broschüren sowie des sechsmal jährlich erscheinenden Katalyse-Briefs, Beiträge in Funk und Fernsehen, Vorträge, Informationsveranstaltungen und Tagungen.

Katalyse ist ein gemeinnütziger Verein, der 1978 gegründet wurde; er finanziert sich durch die Erstellung von kostenpflichtigen Gutachten, durch Beratungen, Forschungsvorhaben, Buch- und Broschürenverkauf und Fördermitgliedsbeiträge.

Aufgaben und Ziele der Institution

Eine aktuelle Liste unserer Publikationen ist bei uns anzufordern.

Unsere Bücher und Broschüren sind zum Teil im Buchhandel, beim Auftraggeber oder direkt bei uns gegen geringe Gebühr zu beziehen.

Der zweimonatlich erscheinende Katalyse-Brief informiert über unsere Forschungsarbeit und klärt zu aktuellen Verbraucherfragen im Umweltschutz auf. Die Fördermitglieder erhalten ihn kostenlos und regelmäßig.

Medienangebote

KATALYSE

***Service-
leistungen***

- Telefonische Umweltberatung (kostenlos, bevorzugte Behandlung für Fördermitglieder),
- Bauökologische Beratung (kostenpflichtig),
- Elektrobiologische Messung und Beratung (kostenpflichtig) und
- Referentendienste zu unseren Themenschwerpunkten (kostenpflichtig).

KATHOLISCHE SOZIAL- ETHISCHE ARBEITS- STELLE e.V.

– KSA –

REFERAT SUCHTGEFAHREN

Adresse Ostenallee 80
Haus Hoheneck
59071 Hamm
Postfach 1667
59006 Hamm

Telefon 0 23 81/9 80 20-0 oder 9 80 20-30

Telefax 0 23 81/9 80 20-99

1. Allgemeines

Die KSA besteht seit 1976 als Nachfolgerin und Zusammenschluß der bis dahin selbständigen Institutionen:

- Bischöfliche Hauptarbeitsstelle zur Abwehr der Suchtgefahren,
- Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz,
- Zentralstelle für Sozialethik und Sozialhygiene.

Gemäß ihrer Satzung „fördert und führt (die KSA) . . . aus katholischer Verantwortung Aufgaben des Jugendschutzes und zur Abwehr der Suchtgefahren durch, nimmt sich Anliegen der öffentlichen Sittlichkeit an und setzt sich für die Bewahrung, Festigung und Neubelebung ethischer Grundwerte und Grundhaltungen ein“.

Als Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz sieht sich die KSA in erster Linie dem kirchlichen Bereich verpflichtet. Ihre Hauptaufgabe sieht sie darin, Impulse zu geben und Initiativen in Gang zu setzen. Satzungsgemäß „wirkt sie auf eine geeignete organisatorische Zusammenfassung und inhaltliche Förderung“ aller Einrichtungen im katholischen Raum hin, die sich ebenfalls mit den Aufgabengebieten der KSA befassen. Im nicht-konfessionellen Raum sieht sich die KSA als Ansprechpartner für alle interessierten Fachrichtungen und -verbände.

Zur Erfüllung ihrer Ziele und Aufgaben

- sammelt die KSA alle zugänglichen Informationen durch Pressebeobachtungen, Fachgespräche, Erfahrungsaustausch und verschiedene Praxiskontakte;
- wertet die KSA die gewonnenen Erkenntnisse aus, besonders unter dem Gesichtspunkt von Sozialethik, Religionspädagogik, Sozialwissenschaften und Pädagogik;
- vermittelt die KSA ihren Erkenntnisstand an Fachleute in den entsprechenden kirchlichen/diözesanen Einrichtungen und Verbänden sowie an maßgebliche Vertreter anderer interessierter Institutionen im außerkirchlichen Bereich.

Aufgaben und Ziele der Institution

- KSA -

**REFERAT
SUCHTGEFAHREN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Hierzu entwickelt die KSA Seminare und Arbeitshilfen für Mitarbeiter mit Multiplikatorenfunktion in Seelsorge und Sozialwesen, gibt informierende Kleinschriften für den Endverbraucher heraus und veröffentlicht zu bedeutsamen Themen öffentliche Stellungnahmen bzw gibt Pressemeldungen heraus

Die KSA ist in die folgenden Referate aufgliedert:

- Grundwerte
- Suchtgefahren
- Jugendschutz
- Sekten und Weltanschauungsfragen
- Fasten- und Konsumerziehung
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

2. Zum Referat Suchtgefahren

Das Referat Suchtgefahren der KSA sieht seine Schwerpunktaufgaben in den Bereichen

- Suchtkrankenpastoral (Befassung mit seelsorge-rischen Aspekten der Suchtkrankenarbeit bzw im Umgang mit Suchtkranken)
- Suchtprävention
- sozialethische Aufarbeitung der Suchtproblematik
- Beschäftigung mit aktuellen Fragestellungen aus dem Suchtbereich

Die Arbeit dieses Referates schließt auch den Sachbereich „Raucherberatung“ mit ein.

Im Bereich der kirchlich getragenen Suchtabwehr wirkt die KSA darüber hinaus auch eng mit dem Deutschen Caritasverband, Referat Gefährdetenhilfe, und dem Kreuzbund zusammen

Weitere Sachgebiete des Referates Suchtgefahren sind:

- Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- wissenschaftliche Dienste

Die praktische Umsetzung der Aktivitäten der KSA im Suchtbereich geschieht im Rahmen folgender Angebote bzw. Hilfen:

- Sachliche Informationen für jedermann
- Entwicklung und Vermittlung neuer Ansätze und Handlungsmöglichkeiten zur Suchtvorbeugung und zur Seelsorge bei Suchtgefahren in allen Altersgruppen
- Weiterbildung von Seelsorgern, Sozialarbeitern, Lehrern, Erziehern
- Spezielle Jugendarbeit zur Suchtvorbeugung
- Impulse für Selbsthilfemaßnahmen zur persönlichen Begleitung von Suchtgefährdeten und Suchtkranken
- Sorge für unbeachtete und vernachlässigte Problemgruppen
- Förderung suchtpräventiver Grundhaltungen (z. B. Umkehrbereitschaft, Verzicht, Eigenverantwortung, Wertorientierung)

Medienangebote

Die Medien der KSA wenden sich vor allem an Fachkräfte und Multiplikatoren in Wissenschaft und Praxis zu den verschiedenen Arbeitsbereichen der KSA. Sie sollen über aktuelle Themen informieren und deren sozialethische Aspekte behandeln. Einige Medien sind für die Endadressaten vorgesehen.

Das Referat Suchtgefahren der KSA gibt zwei Schriftenreihen heraus:

Die Publikationen der Reihe „Aktuelle Orientierungen: Suchtgefahren“ wenden sich an alle Mitarbeiter in der Suchtkrankenhilfe, behandeln eine breite Palette suchtbezogener Themen und widmen sich jeweils aktuellen Fragestellungen

Themen der bisherigen Veröffentlichungen sind u. a. : „Sucht und Familie“, „Modedroge Kokain?“, „Designer Drugs“, „Sucht und Alter“.

Die Reihe „Sucht - Gesellschaft - Sozialethik“ wendet sich primär an wissenschaftliche Fachkräfte, die mit der Suchtproblematik bzw. den gesellschaftlichen oder sozialethischen Aspekten dieser Thematik befaßt sind.

Abteilungsübergreifend gibt die KSA die Schriftenreihe „Gefährdung und Seelsorge“ heraus, die sich vor allem an Mitarbeiter im Bereich der Seelsorge (Pfarrer, Pastoralreferenten, Religionspädagogen) wendet.

Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „Jugend und Gesellschaft“ befaßt sich primär mit Fragen und Problemen des Jugendschutzes. Als „Zeitschrift für Erziehung, Jugendschutz und Suchtprävention“ greift sie jedoch auch häufig suchtbezogene Themen auf, z. B. „Nichtrauchen als Lebensstil“. Diese Publikation wendet sich vorrangig an Jugendämter, Interessenten aus verschiedenen Erziehungsberufen sowie an Mitarbeiter und Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe, die im präventiven Bereich tätig sind.

Der Bezug der Schriftenreihen und das Abonnement der Zeitschrift sind kostenverursachend. Ansichtsexemplare sind kostenlos erhältlich und können bei der KSA oder direkt beim Hoheneck-Verlag unter der gleichen Anschrift angefordert werden. Dort ist auch ein Verlagsprospekt mit weiteren Veröffentlichungen zu suchtspezifischen bzw. suchtbezogenen Themen erhältlich.

Für den „Endverbraucher“ gedacht sind verschiedene Kleinschriften, Faltblätter und Poster. Erschienen sind u. a. Broschüren zu den Themenbereichen „EBprobleme, EBstörungen, EBsucht“, „Warum rauchen Sie eigentlich noch?“, „Alkohol – zu Ihrem Wohl!“ und „Drogenkonsum vorbeugen und helfen“.

Ansichtsexemplare bzw. geringe Auflagen dieser Publikationen sind kostenlos erhältlich; bei Mehrbestellungen entstehen Kosten.

Serviceleistungen

Im Rahmen des Sachgebiets „wissenschaftliche Dienste“ stellt das Referat Suchtgefahren auf Anforderung Materialien zu bestimmten Fragen zusammen bzw. weist, falls dies nicht möglich sein sollte, auf geeignete Informationsquellen oder Ansprechpartner

Auf Anfrage können Referenten benannt oder vermittelt werden, wobei die KSA auch auf freie Mitarbeiter zurückgreifen kann

Es werden in etwa zweijährlichem Turnus Tagungen zu Fragen der Suchtprävention, zur Aufarbeitung aktueller Fragestellungen im Bereich der „neuen Süchte“ sowie bilanzierende und perspektivische Veranstaltungen zur Suchtkrankenpastorale durchgeführt.

Diese Tagungen sind in der Regel offen für alle Mitarbeiter aus dem Bereich der Suchtkrankenhilfe und beruflichen Umfeldern.

Dies gilt auch für die Seminare, die zu bestimmten Schwerpunktthemen (z. B. exzessives Spielen, Nachsorge bei Suchtkranken) angeboten werden.

Die jeweiligen Ausschreibungen und Teilnahmebedingungen sind bei dem Referat Suchtgefahren zu erfahren. Angekündigt werden diese Veranstaltungen über den Verteiler der KSA, in dem die Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe, die Jugendämter, Gesundheitsämter und weitere Interessierte enthalten sind, sowie über die entsprechenden Medien (u. a. im DHS-Veranstaltungskalender).

Sowohl für Eltern von Suchtkranken als auch für hauptamtliche Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe (nicht nur aus kirchlichen Einrichtungen) bietet die KSA Besinnungstage an, die der existentiellen, sinnorientierten und religiösen Besinnung dienen sollen. Informationen hierzu erteilt das Referat Suchtgefahren.

– KSA –

REFERAT SUCHTGEFAHREN

Service- leistungen

Personen oder Initiativen, die im Rahmen der Suchtkrankenhilfe auch an existentiellen, sinnorientierten Fragestellungen interessiert sind, sollen sich in den Verteiler der KSA aufnehmen lassen, um die KSA-Informationen zu erhalten und über Veranstaltungen informiert zu sein.

Empfehlungen

KNEIPP-BUND e. V.

Bundesverband für Gesundheitsförderung

Adresse Postfach 1452
86817 Bad Wörishofen

Telefon 0 82 47/30 02-2

Telefax 0 82 47/30 02-99

Seit über 100 Jahren unterstützt die Kneipp-Bewegung durch ihre Arbeit alle Bestrebungen des Staates und der Solidargemeinschaften bei der Vorbeugung, der Heilung von Krankheiten und der Wiedereingliederung Versehrter in das Gemeinschaftsleben. Seit der Gründung des ersten Kneipp-Vereins am 14. Dezember 1890 in Wörishofen ist der Kneipp-Bund zur größten Gesundheitsorganisation auf freiwilliger Basis angewachsen. In über 650 Kneipp-Vereinen werden rund 150.000 Mitglieder erfaßt, während weltweit Tausende von Menschen in Organisationen und Stützpunkten in der Internationalen Konföderation der Kneipp-Bewegung zusammengeschlossen sind. Mitglieder sind an gesunder Lebensführung interessierte Menschen aus allen Berufsbereichen

Der Kneipp-Bund ist ein gemeinnütziger Verein und finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen. Neben den örtlichen Vereinen gibt es Landesverbände, den Bundesverband sowie verschiedene Serviceeinrichtungen (siehe unter „Serviceleistungen“).

Durch die Bildungs- und Erlebnisstätten, die eigenen Schulen, das vielfältige Informationsmaterial, die Arbeit in den Vereinen, durch Gesundheitstage, nationale und internationale Kongresse werden jährlich vier bis fünf Millionen Bürger erfaßt. Dies bedeutet Gesundheitsbildung auf breiter Basis.

Die Menschen sind bereit, ihre Gesundheit höher einzuschätzen, wenn sie Anregung, Information und Anleitung dazu erhalten, und dies ist in der Gruppe, im Verein am wirkungsvollsten zu erreichen. Der Kneipp-Bund pflegt die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten, mit dem Staat und seinen Institutionen, im gesellschaftlichen und parlamentarischen Raum; er ist Wahrer des Kneippschen Erbes, verpflichtet der Gesunderhaltung aller Menschen. Der gesundheitspolitische Auftrag an der Schwelle des 2. Jahrtausends gründet auf den Erkenntnissen und Ratschlägen Kneipps. Seine Lehre vom vernünftig geführten, gesund und leistungsfähig erhaltenden Leben und naturgemäßen Heilen, frei von Sektierertum, ist heute allgemein anerkannt. Die Physiotherapie nach Kneipp hat ihren gesicherten Platz in der Gesamtmedizin, bildet eine mehr und mehr geschätzte Alternative und Ergänzung zur klassischen Medizin. Auch die ökologische Gebundenheit des Menschen ist in dem Gedankengut Kneipps nicht ausgegrenzt, zwingt zur Auseinandersetzung. Natur- und Umweltschutz sind deshalb in das Programm der Kneipp-Bewegung einbezogen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**KNEIPP-BUND
e. V.**

Medienangebote

- Kneipp-Blätter, monatliches Verbandsorgan
Die Kneipp-Blätter können im Abonnement zum Preis von jährlich 34,80 DM inkl. Porto (Ausland 42,- DM inkl. Porto) oder im Rahmen der Mitgliedschaft kostenlos bezogen werden.
Die Kneipp-Blätter bieten den Lesern jeden Monat praktische Anregungen für eine gesunde und naturgemäße Lebensgestaltung. Sie liefern Beiträge über die Kneippsche Lebens- und Heilweise, Pflanzenheilkunde, moderne Ernährung, Zivilisationskrankheiten, Gymnastik und Bewegungstherapie, Umweltschutz und vieles mehr.
Zum Mitarbeiterstab gehören erfahrene Mediziner und Wissenschaftler, die aktuelle Gesundheitsthemen und Themen aus der Erfahrungsheilkunde in auch für Laien verständlicher Form ausarbeiten. Gleichzeitig enthalten die Kneipp-Blätter jeden Monat das „Kneipp-Journal“, das die Mitglieder über

- die Verbandsarbeit, aber auch über Termine für Seminare und Fortbildungsveranstaltungen informiert.
Zum Service der Kneipp-Blätter gehört die Rubrik „Leser fragen – Ärzte antworten“, unter der die Leser die Möglichkeit erhalten, zu ihren gesundheitlichen Problemen einen Facharzt um seinen Rat zu bitten.
- Kneipp-Bund intern, vierteljährlich erscheinendes Organ für Vereins- und Verbandsmitarbeiter (kostenlos),
 - vielfältiges Informationsmaterial und Broschüren über das Kneippsche Gedankengut und eine gesunde Lebensführung (kostenlos),
 - Informationen über die Kneipp-Kur (kostenlos).

Ein Verzeichnis aller Informationsmittel kann beim Bundesverband angefordert werden.

**Service-
leistungen**

- Kneipp-Zentrum, Internationale Begegnungsstätte,
- Kneipp-Kurbetriebe Bad Wörishofen und Bad Lauterberg/Harz,
- Sebastian-Kneipp-Akademie für Gesundheitsbildung und ärztliche Fortbildung: Hier werden in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesärztekammer Kurse für Mediziner zur Erlangung der Zusatzbezeichnung „Naturheilverfahren“ durchgeführt. Des weiteren bietet die Akademie Kurse für die „psychosomatische Grundversorgung in der Praxis von Allgemeinmedizinern“ an.
An der Akademie finden Fernlehrgänge mit der Bezeichnung „Qualifikation zur Förderung gesundheitlichen Verhaltens in sozialen und pädagogischen Berufen und in der Erwachsenenbildung“ mit dem Abschluß „Gesundheitspädagoge Sebastian-Kneipp-Akademie“ und die Ausbildung zum Yogalehrer statt.
Das Jahresprogramm kann angefordert werden:

Sebastian-Kneipp-Akademie, Postfach 1452,
86817 Bad Wörishofen, Tel. 0 82 47/30 02-57,
Fax 0 82 47/30 02-99.

- Sebastian-Kneipp-Schule: Unter diesem Begriff sind zusammengefaßt: Berufsfachschule für Krankengymnastik des Kneipp-Bundes e. V., Berufsfachschule für Massage des Kneipp-Bundes e. V., Fachschule für Physiotherapie nach Kneipp. Dort werden durchgeführt: Ausbildungslehrgänge für Kneipp-Bademeister, Ausbildungslehrgänge für Kneipp- und medizinische Bademeister, Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung in medizinischer Fußpflege, Spezialkurse aus dem Bereich der physikalischen Therapie, Hydro- und Balneotherapie im Rahmen der ärztlichen Weiterbildung, Unterrichtstage für Hauptschulklassen im Rahmen der Gesundheitsbildung, Fachtagungen: Sebastian-Kneipp-Berufsfachschulen, Brucknerstraße 1, Postfach 1651, 86817 Bad Wörishofen, Tel. 0 82 47/70 35.

KOOPERATIONSSTELLE DGB-GEWERKSCHAFTEN/ HOCHSCHULE HAMBURG

Adresse Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Telefon 0 40/2 85 86 40

Telefax 0 40/2 85 86 41

Die Kooperationsstelle in Hamburg ist eine von ursprünglich fünf Kooperationsstellen, die als Forschungsprojekt des DGB-Bundesvorstandes 1982 eingerichtet und bis 1987 vom Bundesbildungsministerium finanziert wurden. Ihr Ziel ist es, die regionale Zusammenarbeit Hochschule – Gewerkschaft zu verbessern. Im Zuge der Übernahme der Finanzierung durch die Länder 1987 wurde die Hamburger Kooperationsstelle als Einrichtung der Behörde für Wissenschaft und Forschung fortgeführt.

Die Kooperationsstellen wollen dazu beitragen, das Wissenschafts- und Forschungspotential der Hochschulen stärker als in der Vergangenheit für handlungs- und zielgruppenorientierte Problemlösungen aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen fruchtbar zu machen. Zugleich wollen die Kooperationsstellen die ArbeitnehmerInnen und die Gewerkschaften mit Fragestellungen und Befunden arbeitnehmerInnenrelevanter Wissenschaft konfrontieren.

Ein Hauptaufgabengebiet der Stelle in Hamburg ist Arbeit und Gesundheit – Arbeit und körperlicher Verschleiß im Betrieb. Sie versteht sich als Mittler und Auskunftsstelle auch für praktische Fragen und Kontakte.

Eine enge Zusammenarbeit besteht im regionalen Bereich mit folgenden Stellen: Beratungsstelle „Arbeit und Gesundheit“, der Zeitschrift „Gegengift – Hamburger Info-Blatt für Arbeit und Gesundheit“. Internationaler Kontakt besteht mit den skandinavischen Ländern (Schweden, Dänemark).

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Kooperationsstelle veröffentlicht Printmedien zum Thema Arbeitsschutz, die sich in erster Linie an Arbeitnehmer, aber auch an interessierte Experten wenden; beispielhaft seien folgende Broschüren genannt:

- „Organische Lösungsmittel“, Per Gregersen, Kopenhagen, übersetzt und ergänzt von der Kooperationsstelle Hamburg, Hamburg, April 1985, ISBN: 3-924471-08-8
- „Material zur Ausstellung ‚gefährlicher Arbeitsstoffe‘“, Lothar Lißner, Gisela Utesch, Ulrike Westphal, Hamburg 1985
- Türkische Übersetzung der Ausstellungstexte
- „Material zur Ausstellung ‚Leiharbeit, illegale Beschäftigung, ungeschützte Arbeit‘“, Michael Schuster, Hamburg, November 1986

Medienangebote

**KOOPERATIONS-
STELLE DGB-
GEWERK-
SCHAFTEN/
HOCHSCHULE
HAMBURG**

Medienangebote

- „Krebsgefährdung am Arbeitsplatz“, Christiane Färber, Hildegard Matthies, Peter Frese, Hamburg, Februar 1987, ISBN: 3-924471-32-0
- „Gefährliche Arbeitsstoffe und medizinische Forschung in Hamburg“, Angela von Elling, Henning Wriedt, Hamburg, Juli 1987
- „Arbeit und körperlicher Verschleiß“ - eine Broschüre von SeminarteilnehmerInnen, Hamburg, Mai 1988
- „Damit Arbeit menschlicher wird...“, Arbeitsplätze und Arbeitsbelastungen in Hamburg - Situationsbeschreibungen und Veränderungsmöglichkeiten, Hamburg 1990 (DM 10,-)
- Asbest - ein Leit(!)faden für Betroffene, hrsg. von der Kooperationsstelle Hamburg: Dirksen-Fischer, M., Fischer, B., Hamburg 1992
- Gesundheits- und Umweltthemen in der Berichterstattung der Mitgliederzeitung der Industriegewerkschaft Medien. Auflistung und Bewertung der themenspezifischen Artikel von 1985 bis 1991 von H. Oberkampff/A. Stautz, KOOP BIA 01/92, Hamburg 1992
- Gefahrstoffe im Handel - von C. Peters, KOOP BIA 02/92, Hamburg 1992
- von W. Maschewsky *Herz-Kreislaufschäden und Arbeitsstoffe*, KOOP BIA 03/93, Hamburg 1993

Die Veröffentlichungen sind über die Kooperationsstelle in Hamburg kostenpflichtig zu beziehen.

Die Kooperationsstelle stellt visuelle und audiovisuelle Medien zur Verfügung. Beispielhaft sei auf zwei Dia-Serien zum Thema „Arbeit und körperlicher Verschleiß“ verwiesen:

- „Rücken und Arbeit (Back and Work)“
- „Nacken-, Schulter-, Armbereich und Arbeit (Neck and Work)“
- „... und lange vor der Rente kamen die Schmerzen“
= Körperliche Belastungen am Arbeitsplatz (Ton-Dia-Schau 20 Min.)

Es handelt sich um zwei Dia-Serien des finnischen Instituts für Arbeitsmedizin. Die Dias enthalten Informationen über Arbeitsbelastungen und ihre Auswirkungen, medizinisches Basiswissen über Beschwerden und Erkrankungen und Hinweise auf schonende Arbeitstechniken und Gymnastik.

Videofilme gibt es u. a. zu folgenden Themen:

- Asbestsanierung
- Lösungsmittel (in Englisch)
- Fernsehfilm: „Gesucht wird Gift am Arbeitsplatz“ - mehrere Filme über Asbest „Stehen, Heben, Tragen“
Videofilm der schwedischen Bauberufsgenossenschaften (dt. Fassung). Dieser Film wurde in Schweden in Wartezimmern der berufsgenossenschaftlichen arbeitsmedizinischen Dienste eingesetzt. Länge ca. 20 Minuten

Videofilme (VHS-System) und Dia-Reihen sind bei der Kooperationsstelle in Hamburg zu entleihen.

Ausstellungen wurden zu folgenden Themen zusammengestellt:

- „Leiharbeit“
„Gefährliche Arbeitsstoffe“

Sie können ebenfalls bei der Kooperationsstelle in Hamburg entleihen werden.

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen umfassen Beratung, Fortbildung, Vermittlung von Referent/innen/Gutachtern/innen und eigene Forschungsarbeiten.

*** SEMINARE:**

Die Kooperationsstelle bietet Seminare zu folgenden Themen an:

- Psychosoziale Belastungen am Arbeitsplatz;
- Gesundheitsförderung;
- Gefahrstoffe;
- Ergonomie.

Ein Fortbildungsprogramm ist auf Anfrage erhältlich.

*** Nutzung der Bibliothek. Diese umfaßt Literatur zu den Bereichen:**

Arbeitsbedingungen, gefährliche Arbeitsstoffe, Erkrankungen der Bewegungsorgane, Neue Techniken und Medien, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik, Forschungspolitik.

Die Bibliothek steht allen Interessierten zu Verfügung und kann nach telefonischer Voranmeldung als Präsenzbibliothek genutzt werden.

*** Folgende Forschungsarbeiten sind durchgeführt worden:**

- ein Projekt über die Belastung von Maurern in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg (BMFT-Förderung),
- ein Projekt über den Zusammenhang von Gesundheitsschutz und Tarifvertrag,
- ein internationales Projekt mit Betrieben und Partnern in acht europäischen Ländern; Ziel ist die Substitution organischer Lösemittel durch vegetabile Öle in der Druckindustrie.

Ein weiterer Bereich von Leistungen ist die Übersetzung von skandinavischen Arbeitsschutztexten und die Seminartätigkeit, die Themen wie

- gefährliche Arbeitsstoffe,
- Belastung von Hafearbeitern und ähnliche einschließt.

An Datenbanken steht die CCINFO-Disk des Canadian Centre of Occupational Health and Safety auf CD-ROM zur Verfügung; diese Datensammlung enthält sowohl Handelsnamen und Sicherheitsdatenblätter als auch medizinische Literatur zum Thema Arbeitsschutz. Sie wird vierteljährlich aktualisiert.

Diese Angebote richten sich sowohl an betroffene Arbeitnehmer, Betriebsärzte und Interessierte als auch an Ärzte, Betriebsärzte, Sicherheitsfachkräfte.

Zu empfehlen sind die Serviceleistungen in der Vermittlung zwischen praktischen Fragen und wissenschaftlicher Bearbeitung, mit besonderem Gewicht auf Arbeit und körperlichem Verschleiß in Betrieben.

Diese Stärke findet ihren Niederschlag in anschaulichen und informativen Broschüren und audiovisuellen Medien, vor allem zu gefährlichen Arbeitsstoffen und degenerativem Rheumatismus.

Empfehlenswert sind weiterhin die Nutzung der Bibliothek und der Datenbanken sowie die Seminarangebote.

**KOOPERATIONS-
STELLE DGB-
GEWERK-
SCHAFTEN/
HOCHSCHULE
HAMBURG**

Empfehlungen

KREBSINFORMATIONSDIENST IM DEUTSCHEN KREBSFORSCHUNGSZENTRUM

– KID –

Adresse	Im Neuenheimer Feld 280 69120 Heidelberg
Ansprechpartner	Hilke Stamatiadis-Smidt, M.A. Monika Preszly
Telefon	0 62 21/41 01 21 Telefondienst Montag bis Freitag 8.00–20.00 Uhr Krebsinformation in türkischer Sprache: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 18.00–20.00 Uhr Büro: 0 62 21/42-28 90

KID, der telefonische Krebsinformationsdienst im Deutschen Krebsforschungszentrum, beantwortet seit 1986 kostenlos Anfragen aus der gesamten Bundesrepublik zum Thema Krebs. KID wird als Projekt vom Bundesministerium für Gesundheit finanziert. Seit 1989 beteiligt sich auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Landes Baden-Württemberg an der Finanzierung des Dienstes.

KID möchte eine Brücke schlagen zwischen Krebsbetroffenen (Patienten und Angehörigen), Klinikern, niedergelassenen und experimentell tätigen Ärzten durch den Austausch von gesichertem Wissen.

Ziele sind:

- Förderung eines schnellen Zugangs zu aktuellen Informationen über Krebsforschung und Prävention sowie über Standards in Diagnostik, Therapie und Nachsorge;
- Vermittlung von Adressen krebsbezogener Institutionen;
- Unterstützung möglicher Aktivitäten des Anrufers und der Krankheitsbewältigung durch Information;
- Abbau von Vorurteilen über Krebs durch Information;
- Förderung des Präventionsgedankens in der Bevölkerung durch Informationen zu Vorbeugungs- und Früherkennungsmöglichkeiten

KID informiert sowohl Gesunde, die sich über Präventionsmöglichkeiten oder den aktuellen Stand der Krebsforschung erkundigen möchten, als auch Krebskranke und deren Angehörige oder Freunde, die zur Bewältigung ihrer eigenen Situation oder der des Kranken Information benötigen. KID liefert keine medizinische Einzelfallberatung und ersetzt nicht das ärztliche Gespräch, hilft aber im Vorfeld eines solchen Gesprächs bei der Klärung der Fragestellung.

Aufgaben und Ziele der Institution

- KID -

**Aufgaben
und Ziele
der Organisation**

KID vermittelt durchaus ein Bild kontrovers diskutierter Sachverhalte, immer aber unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Er verweist auf andere kompetente Stellen in der Nähe des Anrufers oder der Anruferin.

Eine multidisziplinär zusammengesetzte Gruppe festangestellter Mitarbeiter, der zwei Ärzte, eine Biologin, eine Psychologin, zwei medizinische Dokumentare, eine Koordinatorin und eine Fremdsprachensekretärin angehören, ist für Informationsbeschaffung und für die Organisation des Dienstes zuständig

Die zur Beantwortung der Anfragen am Telefon benötigten Informationen werden vom wissenschaftlichen Recherche-Team erarbeitet, aufbereitet und dem Telefondienst in allgemeinverständlicher Form verfü-

bar gemacht. Informationsquellen sind Spezialbibliotheken, Literaturdatenbanken und das persönliche Gespräch mit Ärzten und Wissenschaftlern an Tumorzentren und Forschungsinstituten im In- und Ausland. Wichtige Sachinformationen und über 1.600 Adressen krebisbezogener Institutionen sind über ein speziell konzipiertes Datenbanksystem direkt am Telefon abrufbar.

Die Informationsgespräche führen 22 freie Mitarbeiter, die stundenweise an den vier Telefonen zur Verfügung stehen. Sie kommen aus Berufen des Gesundheitswesens und werden kontinuierlich onkologisch geschult und fortgebildet.

Die Arbeit des KID wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet.

Medienangebote

Plakate und Faltblätter über den KID mit Anschrift und Telefonnummer sowie Kurzinformationen über die Arbeit können kostenlos angefordert werden (z. B. zum Aushang/Auslegen in Wartezimmern oder Gesundheitsämtern)

Serviceleistungen

Telefonischer Informationsdienst für Betroffene, Angehörige und generell interessierte Laien und Professionelle im Gesundheitswesen zum aktuellen Stand des Wissens in Krebsforschung, Krebsvorsorge und -früherkennung sowie Krebstherapie und zu sozialen und sozialrechtlichen Fragen.

Über das Medium Telefon wird der Zugang zu aktuellem onkologischen Wissen eröffnet und die Möglichkeit gegeben, Antwort auf individuelle Fragen zu erhalten - unter Wahrung der Anonymität des Anrufers.

Weiter gibt der Telefondienst Hinweise auf kostenlose Broschüren anderer Einrichtungen sowie Bücher über Krebs und vermittelt Adressen von Einrichtungen im Gesundheitswesen für Krebspatienten, Angehörige und allgemein am Thema Interessierte.

Dienstags, mittwochs und donnerstags von 18-20 Uhr bietet KID auch Krebsinformation in türkischer Sprache an.

Empfehlungen

Der KID ist eine ausgezeichnete Informationsstelle, die annähernd über jede Frage zum Thema Krebs Auskunft geben kann. Insbesondere sind auch Informationen aus dem Ausland erhältlich.

Informationen zu Broschüren, Publikationen und Adressen zu Einrichtungen im Gesundheitswesen können abgerufen werden.

Auf Wunsch ruft KID zurück, damit ist der Dienst fast kostenlos.

Interessierte Professionelle im Gesundheitswesen sollten sich das Faltblatt und/oder das Plakat bestellen, um es z. B. an Patienten/Klienten weiterzugeben oder im Büro/Wartezimmer auszulegen/aufzuhängen

KREIS FÜR ELTERN VON KINDERN MIT SPEISERÖHREN- MISSBILDUNGEN e. V.

– KEKS e. V. –

Adresse	Bundesgeschäftsstelle: Sommerrainstraße 57 70374 Stuttgart
Ansprechpartner	Willi Michel (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon	07 11/53 57 33 Das Telefon ist in der Regel 24 Stunden am Tag besetzt.
Telefax	07 11/53 92 67

Jedes 1500. Kind in der Bundesrepublik wird mit einer Fehlbildung der Speiseröhre geboren.

Der 1984 gegründete „Kreis für Eltern von Kindern mit Speiseröhrenmißbildungen“ hat sich zum Ziel gesetzt, Familien mit einem Kind, das auf Grund dieser angeborenen Speiseröhrenfehlbildung nicht altersgemäß essen kann, zu *beraten* (persönlich, durch die Vermittlung von Kontaktadressen, durch die Herausgabe von Publikationen, durch die Organisation von Bundes- und Regionaltreffen), zu *helfen* (finanzielle Hilfe, Kostenübernahme) und zu *unterstützen* (Pflege des kranken Kindes).

Außerdem sammelt und archiviert KEKS *wissenschaftliche Veröffentlichungen* zum Thema Speiseröhrenmißbildungen und unterstützt Ärzte bei *wissenschaftlichen Untersuchungen* sowie *Forschungsarbeiten* bezüglich der immer noch ungeklärten Ursache dieser Fehlbildung.

**Für den eiligen
Leser**

Die eigene Betroffenheit (der tiefsitzende Schock, von der Krankheit des Kindes zu erfahren; der lange Krankenhausaufenthalt; dann die aufreibende Pflege des Kindes in der Familie; das mühsame Erlernen des Kauens, Schluckens, Essens) und das Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch waren für einige Eltern von Kindern mit Speiseröhrenmißbildungen 1984 der Anlaß, KEKS zu gründen.

Derzeit betreut KEKS bundesweit 1.500 Mitglieder: neben der Bundesgeschäftsstelle des gemeinnützigen Vereins in Stuttgart existiert mittlerweile in jedem Bundesland eine Regionalstelle. Im europäischen wie außereuropäischen Ausland arbeitet KEKS mit den jeweiligen nationalen Selbsthilfegruppen zusammen.

KEKS hat sich folgende Hauptaufgaben gesetzt:

- **Beratung**
Den Eltern, die sich zum ersten Mal an KEKS wenden, fällt es oft schwer, um Rat zu fragen. Häufig ist es zunächst nur das Bedürfnis, sich aussprechen zu

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- KEKS e. V. -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

können, mit Menschen zu reden, die das gleiche erlebt haben oder noch erleben. Für KEKS bedeutet Beratung in erster Linie zuzuhören, sich in die Lage des Gegenüber hineinzuversetzen, Fragen stellen zu können. Dann erst erfolgt die fachliche Beratung, die Suche nach kompetenten Lösungen.

- Unterstützung
Unterstützung heißt Anschlag geben, fördernd zur Seite stehen, das Problem des anderen zu seinem eigenen machen. Für KEKS bedeutet das, sich engagiert für die Gesundheit des anderen einzusetzen, ohne den Eltern die Pflege aus der Hand zu nehmen. Einkommensschwache Eltern, die durch die intensive Betreuung ihres Kindes in Schwierigkeiten geraten, unterstützt KEKS finanziell.
- Hilfe
Helfen heißt, Verantwortung zu übernehmen, das Wissen und die Erfahrung auf dem Gebiet der Speise-

röhrenmißbildung für das Kind einzusetzen. Eltern können in Situationen kommen, die ihre eigenen Möglichkeiten übersteigen, denen sie alleine nicht gewachsen sind. Hier leistet KEKS direkte Hilfe schnell, unbürokratisch und kompetent.

- Wissenschaftlicher Beirat
Für medizinische Fragen steht KEKS ein wissenschaftlicher Beirat zur Verfügung
- Förderverein
Dem „Kreis für Eltern von Kindern mit Speiseröhrenmißbildungen“ ist der „Förderverein KEKS e. V.“ zugeordnet, in dem nichtbetroffene Mitglieder zusammengeschlossen sind.
- Finanzierung
KEKS finanziert sich fast ausschließlich über Mitgliedsbeiträge, Spenden und zugewiesene Bußgelder

Medienangebote

- Videoaufzeichnung:
KEKS verleiht auf Wunsch ein 30 Minuten langes Videoband (VHS), das die Operationstechnik einer kurzstreckigen Ösophagusatresie zeigt
- Kostenlos zu beziehende Publikationen:
„KEKS-INFORMATIONEN“, eine ausführliche Darstellung der gesamten KEKS-Arbeit,
„ÖSOPHAGUSATRESIE, TRACHEO-ÖSOPHAGEALE FISTEL, ÖSOPHAGUSSTENOSE“, ein Leitfaden für die Eltern Neugeborener,

„KRÜMELCHEN“, eine zweimal jährlich erscheinende Zeitschrift,
„NEUES AUS DER KEKS-KISTE“, ein viermal jährlich erscheinendes Mitteilungsblatt nur für Mitglieder,
„RUND UM KEKS“, ein halbjährlich erscheinendes Mitteilungsblatt für Freunde und Förderer von KEKS.

Serviceleistungen

Beratung
Rund um die Uhr ist ein Beratungstelefon in der Stuttgarter Bundesgeschäftsstelle besetzt.
- KEKS pflegt Datenbanken, aus denen betroffene Eltern Adressen von Kindern in der näheren Umgebung, im gleichen Alter oder mit ähnlicher Gesundheitsproblematik erfragen können. KEKS führt Tages- bzw. Wochenendseminare für betroffene Eltern oder andere interessierte Gruppen durch.
KEKS sammelt und archiviert wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Thema Speiseröhrenmißbildungen und unterstützt Ärzte bei wissenschaftlichen Untersuchungen sowie Forschungsarbeiten bezüglich der immer noch ungeklärten Ursache dieser Fehlbildung.

Unterstützung
KEKS übernimmt die Kosten für notwendige medizinische Behandlungen und Geräte, falls diese Kosten nicht anderweitig übernommen werden. Liegt das Kind in einer weit entfernten Klinik, gewährt KEKS im Bedarfsfall einen Zuschuß zu den notwendigen Fahrt- und Telefonkosten.

Hilfe
In den beiden benachbarten KEKS-Häusern in Stuttgart werden Eltern unter fachkundiger Betreuung in die Pflege ihres kranken Kindes eingewiesen.
KEKS spricht mit den Eltern das Meistern alltäglicher Probleme, wie z. B. steckengebliebene Nahrung, Infekte der oberen Luftwege und die Bewältigung von Krankenhausängsten durch.

Empfehlungen

Den Mittelpunkt der KEKS-Arbeit bildet das kranke Kind. Seinem Wohlbefinden und der Verbesserung seines gesundheitlichen Zustandes gilt die erste Sorge.

KEKS will eine Partnerschaft mit dem Kind und den Eltern aufbauen und gemeinsam die Aufgaben der Pflege bewältigen.

Betroffenen Familien offeriert KEKS daher seine Beratung, Hilfe und Unterstützung.

Allen Personen oder Organisationen, die sich im Rahmen ihrer hauptberuflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit oder aus sonstigem Interesse mit der Speiseröhrenproblematik befassen, bietet KEKS die Kontaktaufnahme an.

KREUZBUND e. V.

Bundesgeschäftsstelle

Adresse Münsterstraße 25
59065 Hamm

Telefon 0 23 81/6 72 72-0

Telefax 0 23 81/6 72 72-33

Das katholische „Kreuzbündnis“, der Vorläufer des heutigen Kreuzbund e. V., wurde 1896 von Pfarrer Josef Neumann, dem späteren Dominikanerpater Anno, in Aachen gegründet. Die Industrialisierung mit ihren katastrophalen sozialen Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien und die Vereinfachung und Verbilligung des Herstellungsverfahrens von Alkohol führten zu Beginn dieses Jahrhunderts zu einem dramatischen Anstieg der Trunksucht.

Der „Kreuzzug“ Pfarrer Neumanns gegen den Alkohol und seine schädigenden Folgen zeigte schon bald erste Erfolge. Bereits 1900 – also nur vier Jahre nach Gründung – hatten sich 32 Ortsvereine des Kreuzbündnisses gebildet. Von seiner Grundstruktur her wandelte und änderte sich im Laufe der Jahre das Selbstverständnis – vom Abstinenzverband hin zur Selbsthilfe- und Helfergemeinschaft für Alkohol- und/oder Medikamentenabhängige und deren Angehörige. Seit 1917 ist der Kreuzbund als Fachverband dem Deutschen Caritasverband e. V. (Freiburg) angeschlossen. Gleichzeitig ist er Gründungsmitglied der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e. V. (Hamm).

Er arbeitet in Form eines eingetragenen Vereins (e. V.), wobei er als gemeinnützig anerkannt und von der Körperschaftsteuer befreit ist.

Auf Bundesebene finanziert der Kreuzbund sich heute vorwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden; darüber hinaus erhält er (zweckgebundene) Zuwendungen vom Bundesministerium für Gesundheit, von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, von der Bundesknappschaft sowie vom Verband der Diözesen Deutschlands. Die Diözesan-/Landesverbände erhalten weiterhin Mittel der Landesversicherungsanstalten und der Caritasverbände.

Der Kreuzbund gliedert sich heute in 23 Diözesan- bzw. Landesverbände und zählt derzeit bundesweit 1.366 Gruppen mit 13.855 Mitgliedern. In den neuen Bundesländern haben sich bislang 15 Kreuzbund-Gruppen gebildet, weitere befinden sich im Aufbaustadium.

Daneben existieren in den meisten Diözesan-/Landesverbänden zusätzlich und zwecks Verbesserung der Kommunikation und Koordination Regional-, Bezirks-, Kreis- und Stadtverbände.

Aufgaben und Ziele der Institution

KREUZBUND e. V.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Satzungsgemäß tragen die Verbandsorgane „Bundesvorstand“ und „Bundesausschuß“/„Delegiertenversammlung“ die rechtliche Verantwortung für den Bundesverband. Zentral verwaltet wird der Gesamtverband von der Bundesgeschäftsstelle in Hamm.

Der Bundesvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten Stellvertreter, fünf Beisitzern, dem geistlichen Beirat und dem Geschäftsführer. Der Bundesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter bilden zugleich den geschäftsführenden Vorstand nach § 26 BGB. Lt. Satzung hat die Delegiertenversammlung u. a. die Aufgabe, den Bundesvorstand zu wählen. Eine Legislaturperiode dauert drei Jahre.

Auf Bundesebene hat der Bundesvorstand ständige Fachausschüsse eingerichtet, die jeweils von einem Vorstandsmitglied geleitet werden. Zur Zeit existieren Ausschüsse für die Aufgabenfelder „Jugend und Familie“, „Frauen“, „Bildung“ und „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“.

Die Gruppenarbeit bildet den Schwerpunkt heutiger Kreuzbundtätigkeit. In den Ortsgruppen treffen sich allwöchentlich alkohol- und/oder medikamentenabhängige Frauen und Männer und deren Angehörige zum Gespräch und zum Austausch über Lebensprobleme und -fragen, die nicht immer in unmittelbarem Zusammenhang mit der erlebten Suchtmittelbetroffenheit stehen müssen. Persönliche Hilfe für Suchtkranke und deren Familien steht im Vordergrund der Gruppenarbeit. Die Kreuzbundgruppe möchte

durch ihr vielfältiges Gesprächs- und Hilfeangebot mit dazu beitragen, daß suchtkranke Menschen und ihre Familien zu einer neuen sinnvollen und zufriedenen Lebensgestaltung finden. Damit bieten sie ihnen Hilfen zum Aufbau von neuen tragfähigen sozialen Bindungen und Beziehungen. Inhaltlich informieren sie über Hilfe- und Behandlungsmöglichkeiten und begleiten während einer ambulanten oder stationären (Entwöhnungs-)Therapie.

Mit dem Angebot von Frauengesprächskreisen, die sich neben den Kreuzbundgruppen als Zusatzangebot für die weiblichen Mitglieder im Kreuzbund verstehen, unterstützt und fördert der Verband die Frauenarbeit.

Im Rahmen vielfältiger Aktivitäten und Angebote nutzt der Kreuzbund die präventiven Möglichkeiten eines Selbsthilfeverbandes, indem er eine alkoholfreie Kinder- und Jugenderziehung sowie eine alkoholfreie Freizeitgestaltung und Geselligkeit praktiziert. Zum weiteren „Repertoire“ (vorwiegend der Ortsgruppen) gehören Präventionsveranstaltungen in Gemeinde, Schule und Betrieb.

Mit seinem vielfältigen, in erster Linie zielgruppenorientierten Seminarangebot auf Bundes- und Diözesan-/Landesebene (Seminare für Frauen, Gruppenleiter, Alleinstehende, Senioren, Medikamentenabhängige usw.) möchte der Kreuzbund die persönliche Selbstentfaltung der Kreuzbundmitglieder fördern.

Medienangebote

Die Verbands- und Mitgliederzeitschrift des Kreuzbund e. V. (Bundesverband) ist der WEGGEFÄHRTE, der als Periodikum sechsmal jährlich in einer Gesamtauflage von 19.000 Stück pro Ausgabe erscheint. Er informiert die Kreuzbundmitglieder und andere Interessierte über aktuelle Entwicklungen in der Suchtkranken- und Selbsthilfe sowie über verbandsinterne Aktivitäten. Die Zeitschrift ist für Mitglieder kostenfrei.

Darüber hinaus hält die Bundesgeschäftsstelle ein kostenpflichtiges Informationsplakat „In Gemeinschaft eintauchen, bevor DU in Einsamkeit ertrinkst“ in den Formaten DIN A3 und DIN A4 bereit.

Faltblätter zu den Themenbereichen „Frauenarbeit“, „Weggefährtschaft im Kreuzbund“, „Kreuzbund allgemein“, „Familienarbeit“ und „Alkohol am Arbeitsplatz“ informieren sowohl über die Angebote des Verbandes wie auch über das jeweils behandelte Problem. Auch diese Medien sind kostenpflichtig.

Serviceleistungen

Die Bundesgeschäftsstelle hat Nachsorgereferenten beschäftigt, die jeweils für die Schwerpunkte „Bildungs-, Familien- und Frauenarbeit“ zuständig sind. Im Sinne eines Serviceangebots sind diese beiden hauptamtlichen Mitarbeiter dafür qualifiziert und damit beauftragt, sowohl verbandsinterne Fortbildungs- und Seminarveranstaltungen durchzuführen als auch außerhalb des Verbandes als Referenten zur Verfügung zu stehen.

Das jährliche Seminarprogramm, das zu Beginn eines jeden Jahres über die aktuell geplanten Schulungsveranstaltungen informiert, kann über die Bundesgeschäftsstelle angefordert werden. Die Seminare richten sich vorwiegend an Kreuzbundmitglieder, von denen für die Teilnahme eine Eigenbeteiligung in Höhe von 50,- DM erhoben wird.

Empfehlungen

Die Anschriften der 23 Diözesan-/Landesverbände sind über die Bundesgeschäftsstelle des Kreuzbundes zu erfragen. Ebenso erhalten Sie dort Informationen über weiterführende Angebote auf Bundes- und Diözesan-/Landesebene.

KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE WILHELMINE-LÜBKE- STIFTUNG e.V.

– KDA –

Adresse	An der Pauluskirche 3 50677 Köln
Ansprechpartner	Abteilung Information und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon	02 21/31 30 71

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V. (KDA) ist ein gemeinnütziger Verein unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Schwerpunkt der Tätigkeit des Kuratoriums ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Wohnbedingungen alter Menschen. Die hierzu vom KDA erarbeiteten Anregungen und Vorschläge sind über den Kreis der alten Menschen hinaus für eine Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation aller behinderten und chronisch kranken Menschen einschlägig. Die Broschüren und der regelmäßig erscheinende Informationsdienst des KDA sind für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen wichtige Hilfsmittel für die Darstellung der Anforderungen an ein altes- und pflegegerechtes Wohnen.

**Für den
eiligen Leser**

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V. (KDA) wurde 1962 gegründet. Sitz des Kuratoriums ist Köln. Die Mitglieder werden durch den Bundespräsidenten, der Schirmherr ist, berufen. Das Kuratorium ist gemeinnützig. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat das Kuratorium Arbeitskreise eingerichtet. Finanziert werden die vielfältigen Aktivitäten des Verbandes durch Erlöse von Fernsehlotterien, Benefizschallplatten, Glückwunschkarten, Sondermünzen, Spenden, Erbschaften, Vermächtnissen und anderen Vermögensübertragungen und zuletzt auch durch Bußgelder. Die unmittelbaren Betriebs- und Personalkosten des Kuratoriums werden aus den jährlichen Erlösen des Stiftungsfonds finanziert, der u. a. für Darlehen im Altenwohnbau angelegt ist. Aufgabe des Kuratoriums Deutsche Altershilfe ist es, zeitgemäße Modelle der Altenhilfe zu fördern und zu ihrer Verwirklichung beizutragen, bestehenden Mängeln und Schwierigkeiten entgegenzuwirken sowie die Öffentlichkeit auf die Lebenssituation der älteren und alten Menschen aufmerksam zu machen. Insbesondere bemüht sich das KDA, Fachwelt und Öffentlichkeit solche Fakten und Daten über die Entwicklung der Altersstruktur und den Wandel der Familienstruktur darzulegen, die für die Entwicklung und Planung angemessener Hilfsangebote von grundlegender Bedeutung sind. Das KDA betrachtet es auch als seine Aufgabe, Politikern, Planern und Trägern der Altenhilfe problemorientierte Gruppenarbeit, sachliche Aufklärung und qualifizierte Beratung sowie Entscheidungshilfen zu bieten.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

– KDA –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Das Wirken des Kuratoriums war zunächst vom akuten Wohnungsmangel für alte Menschen im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg bestimmt. Die Nachkriegsneubauten waren zu klein, um ältere Familienmitglieder mitaufzunehmen.

Gleichzeitig wurde damals deutlich, daß neue hausnahe und wohnungsergänzende Einrichtungen und Dienste der offenen Altenhilfe notwendig sind und gleichzeitig die herkömmlichen Altenheime keine zureichende Lösung der Altenhilfe mehr darstellen. Dem Kuratorium Deutsche Altenhilfe wurde die Aufgabe zuteil, zeitgemäße Lösungen für folgende Problembereiche zu entwickeln:

Pflegen und Wohnen in stationären Einrichtungen der Altenhilfe
ambulante, soziale, pflegerische und Mahlzeitendienste
offene Altenhilfe.

Grundsatz der Tätigkeit des KDA ist es, durch Starthilfen Impulse zur Erprobung neuer Wege und Modelle in der Altenhilfe zu geben und private und öffentliche Träger zur Weiterentwicklung und zum Ausbau erfolgversprechender Ansätze zu bewegen.

Der Verein erschloß dazu die Erfahrungen des Auslandes, suchte die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, insbesondere Gerontologen und Geriatern, mit Praktikern der Altenhilfe und Altenarbeit, mit Verwaltungsfachleuten und mit Politikern sowie mit der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege.

Das Kuratorium arbeitet ebenso mit den zahlreichen großen und kleinen Gruppen und Vereinigungen der Altenselbsthilfe und auch mit Einrichtungen des Bildungswesens zusammen

Durch Mitwirkung in den entsprechenden Fachausschüssen der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAG) und der Deutschen Vereinigung für öffentliche und private Fürsorge (DV) ist das Kuratorium auch an der Erarbeitung von Grundsatzserklärungen und Programmen für die Altenhilfe beteiligt.

Das KDA verfolgt seine Aufgabenstellung darüber hinaus durch eine umfangreiche Veröffentlichungstätigkeit sowie vor allem auch durch eine breit ausgebaute Beratungstätigkeit.

Dabei leisten die Abteilungen Architektur und Sozialwirtschaft Grundlagenarbeit und Planungsberatung zu architektonischen, betriebswirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Fragestellungen der Altenhilfe. Enge Kooperationsbeziehungen zu Wissenschaftlern einschlägiger Disziplinen und zu allen Forschungseinrichtungen ergänzen die Arbeit der Abteilungen. Die erarbeiteten Planungsdaten sind eine unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung eines auf die realen Gegebenheiten abgestimmten Hilfen- und Versorgungssystems. Ausreichende Zahlen von Heimplätzen, angemessene Personalausstattung, bedürfnisgerechte Pflege- und Betreuungskonzepte und ein ausgebautes Netz teilstationärer Einrichtungen und ambulanter Dienste sowie von Kurzzeit- und Tagespflege können nur mit Hilfe tragfähiger Planungsdaten bereitgestellt werden.

Medienangebote

Das Kuratorium Deutsche Altenhilfe e.V. (KDA) gibt einen Presse- und Informationsdienst heraus, der achtmal jährlich erscheint und aktuelle Informationen aus dem Bereich der Altenhilfe und Altenpflege bietet. Bezieher dieser Publikation sind u. a. Beschäftigte aus der Praxis der Altenarbeit, Altenpflege und Altenhilfe, aus der Wohlfahrtspflege, aus dem Bildungswesen, aus Kommunalverwaltungen und auch aus den politischen Institutionen und den Medien.

Über drei Schriftenreihen („Forum“, „Vorgestellt“, „thema“) werden Arbeitsergebnisse des KDA, Untersuchungs- und Praxisberichte verbreitet. Ein Verzeichnis der lieferbaren Schriften wird auf Anfrage kostenlos übersandt.

An die allgemeine Öffentlichkeit wendet sich das Kuratorium mit öffentlich wirksamen Aktionen, Wettbewerben, Ausstellungen und Anzeigenserien, die auf die Situation der älteren Menschen aufmerksam machen.

Serviceleistungen

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe e.V. (KDA) stellt als wesentliche Dienstleistung neben allgemeinen Planungsdaten der Altenhilfe vor allem auch Planungshilfen zur Verbesserung der Praxis der Altenarbeit zur Verfügung

Solche Planungshilfen wurden bislang u. a. zu folgenden Themen erarbeitet:

- Voraussetzungen und Möglichkeiten einer bedarfsorientierten kommunalen Altenhilfe
- Formen altengerechten Wohnens von der Altenwohnung bis zum Pflegeheim
- Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse alter Menschen im ländlichen Raum
- Wohnbedarfsuntersuchung am Beispiel einer Stadt
- Heimalltag als Qualitätsprüfstein für ein neues Pflegeheimkonzept.

Neben der Bereitstellung allgemeiner Planungsdaten und besonderer Planungshilfen bemüht sich das Kuratorium auch um die Verwirklichung von Einrichtungen, die das Leben der alten Menschen in der eigenen Wohnung erleichtern bzw. erst ermöglichen

Hierzu zählen z. B. die Einrichtung „Essen auf Rädern“ und Maßnahmen zur Wohnungsanpassung

Das KDA macht derartige Einrichtungen durch Veröffentlichungen bekannt und fördert die Ausbreitung solcher Einrichtungen durch gezielte Beratung daran interessierter Kommunen, Verbände etc.

Auch die unmittelbare finanzielle Unterstützung bestimmter Einrichtungen gehört zu den eingesetzten Förderinstrumenten des KDA.

Ein Schwerpunkt der Dienstleistungen des Kuratoriums besteht außerdem in der projektspezifischen Beratung einzelner Planer sowie öffentlicher und privater Träger besonderer Vorhaben oder Problemstellungen der Altenhilfe.

Besonderen Service leisten die Abteilungen Architektur und Sozialwirtschaft.

Ihre Hauptaufgabenbereiche liegen in der Beratung von Sozialplanern, Architekten und Trägern von Altenhilfemaßnahmen.

Das Aufgabengebiet der Abteilung Architektur reicht von Standortanalysen, schriftlichen und zeichnerischen Rahmenkonzeptionen sowie Projektberatungen bis zu Gutachten zu abgeschlossenen Planungen, mündlicher Einzelberatung und produktunabhängiger Information. Die ersten Vorberatungen zu einzelnen Projekten sind dabei in der Regel kostenlos.

Daneben hat die Abteilung arbeitswissenschaftliche und wohnmilieubezogene Untersuchungen in abrufbare Planungskriterien für Pflegeheime umgesetzt, die als Basis für die Konzipierung und Realisierung von Modellpflegeheimen dienen.

Die Abteilung Sozialwirtschaft befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Beschaffung und Zusammenführung von planungsbedeutsamen Informationen über aktuelle Trends in verschiedenen Feldern der Altenhilfe.

Ein weiteres Gebiet der Abteilung Sozialwirtschaft besteht in der Gestaltung angemessener Lebens- und Arbeitsbedingungen im Pflegebereich stationärer Altenhilfeeinrichtungen.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe e.V. (KDA) ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen unter mehreren Gesichtspunkten von Bedeutung.

So setzt sich der Verein mit den Problemen des Lebens und insbesondere mit den Problemen des Wohnens alter Menschen auseinander und erarbeitet konkrete Anregungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation.

Weiter bemüht sich das Kuratorium im Bereich des Wohnungswesens und der Wohnungswirtschaft um eine altengerechte Gestaltung von Wohnungen. Gleichzeitig strebt das KDA eine Einbettung der Altenwohnungen in ein Netz spezieller Serviceleistungen von Betreuung und Pflege an, um das Leben in der eigenen Wohnung so lange und so gut wie möglich zu sichern. Hierzu werden sowohl praktische Hinweise gegeben als auch Konzepte entwickelt.

Für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen können insbesondere die Broschüren und Informationen des KDA genutzt werden, die sich mit den

Als Serviceleistung bietet die Abteilung die Mitwirkung bei der Entwicklung von Pflege- und Betreuungskonzepten für im Bau befindlichen oder bestehenden Einrichtungen an.

Zusätzlich bietet die Abteilung die Beratung und Mitwirkung bei der Konzeptionierung und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für leitende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und für Pflegepersonal in Heimen an.

Weiterhin wird eine Beratung hinsichtlich der Organisation des Pflegebereichs, insbesondere hinsichtlich der Personaleinsatzplanung und der Tages- bzw. Arbeitsablaufplanung, angeboten.

Auf Antrag bezuschußt das Kuratorium die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen Altenhilfe und Altenbetreuung.

An Problemen der Altenhilfe und Altenbetreuung Interessierte erhalten auf Anforderung Informationen über die Aktivitäten des Kuratoriums.

Problemen von Hilfe und Pflege im Alter auseinanderzusetzen.

Dabei wendet sich die Broschüre „Hilfe und Pflege im Alter“ in erster Linie an die betroffenen alten Menschen und ihre Familienangehörigen, Freunde und Nachbarn, die für sie sorgen. Gerade für pflegende Familienangehörige selbst ergeben sich durch die Pflegetätigkeit gesundheitliche Belastungen.

Die Broschüre will aber auch dem weiteren sozialen Umfeld die besondere Lage hilfe- und pflegebedürftiger alter Menschen, und pflegender Angehöriger nahebringen und Verständnis und Hilfsbereitschaft wecken.

Insgesamt ist ein großer Teil der Materialien des KDA für eine breitere Darstellung und Behandlung der Zusammenhänge von Wohnen und Gesundheit, insbesondere im Lebensbereich alter Menschen, gut geeignet. Ein Teil der Vorstellungen und Vorschläge des KDA kann auch für die Gesundheitsprobleme im Wohnbereich Behindertener und chronisch Kranker genutzt werden.

- KDA -

Serviceleistungen

Empfehlungen

KURATORIUM KNOCHENGESUNDHEIT e. V.

Adresse Hettenbergring 5
74889 Sinsheim

Telefon 0 72 61/6 3174

Telefax 0 72 61/6 46 59

Das Kuratorium für Knochengesundheit ist ein gemeinnütziger Verein, der 1987 gegründet wurde. Er hat z. Zt. ca. 12.000 Mitglieder: Laien, Ärzte und medizinisches Personal. Im Vorstand des Kuratoriums sind Ärzte und Laien gleichberechtigt vertreten. Ein Wissenschaftlicher Beirat ist Organ des Vorstandes. Im Wissenschaftlichen Beirat arbeiten Osteologen interdisziplinär zusammen und nehmen regelmäßig Stellung zu aktuellen Fragen der Osteoporose.

Das Kuratorium finanziert sich über Spenden aus dem Kreis seiner Mitglieder sowie durch Unterstützung durch einen Beirat Fördernder Mitglieder. Das Kuratorium Knochengesundheit wird durch einen aus den Reihen der Vorstandsmitglieder gewählten Sekretär und seine Vertreterin sowie die Geschäftsführung des Kuratoriums nach außen vertreten.

Das Kuratorium ist Mitglied des European Foundation for Osteoporosis and Bone Disease und beteiligt sich hierüber an den Bemühungen um europaweite Aufklärung der Bürger

Zu den Hauptaufgaben des Kuratoriums zählen:

- Fortbildung von Laien und Ärzten über Entstehung, Prävention, Diagnostik und Therapie der Osteoporose,
- Ausbildung von Trainingsleitern, die Selbsthilfegruppen zur Verfügung stehen,
- Durchführung einer jährlichen Osteoporose-Aktionswoche mit einer Eröffnungsveranstaltung und im Anschluß daran bundesweite Fortbildungsveranstaltungen für Patienten,
- Beratung, Unterstützung und Weiterbildung für alle Osteoporose-Selbsthilfegruppen, Unterstützung von Gruppenneugründungen,
- Forschungsförderung: Das Kuratorium verleiht alljährlich den Julius-Wolff-Preis an Nachwuchswissenschaftler.

Aufgaben und Ziele der Institution

**KURATORIUM
KNOCHEN-
GESUNDHEIT
e. V.**

Medienangebote

Die Zeitschrift „Mobiles Leben“ erscheint 4mal jährlich, sie ist im Abonnement für Mitglieder und Nichtmitglieder erhältlich (kostenpflichtig). In der Zeitschrift werden allgemeine Informationen zur Osteoporose veröffentlicht.

Weitere Medienangebote (beispielhaft):

Das Kuratorium hat einen „Patientenratgeber Osteoporose“ herausgegeben, der für Betroffene und für interessierte Laien gegen eine Schutzgebühr zu erhalten ist.

Fortbildungsbroschüren für Ärzte - „Osteoporose: Standortbestimmungen“ - sind gegen Schutzgebühr erhältlich.

Gegen Leihgebühr ist ein Diasatz „Osteoporose – Entstehung, Prävention und Therapie“ mit Begleitbroschüre erhältlich.

Ein Leitfaden für Ärzte, „Die postmenopausale Osteoporose“, der von der European Foundation for Osteoporosis herausgegeben worden ist, kann über das Kuratorium Knochengesundheit bezogen werden

**Service-
leistungen**

Das Kuratorium führt Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte und Apotheker durch (kostenpflichtig), auch im Zusammenhang mit der jährlichen Osteoporose-Aktionswoche, Informationsveranstaltungen für Laien (kostenlos) und Kurse für Selbsthilfgruppenleiter, Kurse für Bewegungstherapeuten: „Trainingsleiter Bewegungsbehandlung Osteoporose“ und „Psychologische Gruppenführung“ (kostenpflichtig).

Ärzte, die sich bei der Fortbildung von Patienten engagieren wollen, erhalten vom Kuratorium Beratung und Informationsmaterial. Die ärztlichen Mitglieder des Kuratoriums stehen als Referenten bei Fortbildungsveranstaltungen zur Verfügung.

Empfehlungen

Das Kuratorium Knochengesundheit engagiert sich bei der Gesundheitserziehung in der Bevölkerung Die Mitgliedschaft ist beitragsfrei

LANDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG BRANDENBURG e. V.

– LAGe –

Adresse Stubenrauchstraße 2
14482 Potsdam

Die (neue) Telefonnummer stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Die LAGe wurde im November 1992 in Potsdam gegründet und ist eine Organisation, die als Netzwerk für Gesundheitsförderung zahlreiche Organisationen und Gruppen der Bevölkerung in Brandenburg erfaßt.

Zu diesem Zweck haben sich ca. 40 Einrichtungen und Verbände in Brandenburg, die für mehr Gesundheit eintreten, zusammengeschlossen. Dazu zählt das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, alle Krankenkassen, Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerverbände, Rentenversicherungen, Wohlfahrtsverbände, Fachverbände, Berufsverbände, Gewerkschaften

Die Finanzierung der LAGe erfolgt über Vereinsbeiträge und Projektfördermittel.

Das Ziel einer koordinierten Gesundheitsförderung soll über zahlreiche Multiplikatoren in die Bevölkerung Brandenburgs hineingetragen werden durch:

- Anregung, Unterstützung, Koordinierung, Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung auf Landesebene,
- Förderung des Erfahrungsaustausches hinsichtlich gesundheitsfördernder Aktivitäten verschiedener Organisationen, Institutionen, Behörden, Vereine und Personen sowie deren Beratung und Unterstützung – insbesondere auch für Kindertagesstätten, Heime und Schulen,
- Initiierung von Gemeinschaftsprojekten zu gesundheitsrelevanten Themen,
- Erarbeitung von Empfehlungen für Form und Inhalt der Gesundheitsförderung sowie für die Bewertung von Maßnahmen mit dem Ziel der Optimierung,
- Sammlung, Sichtung, Auswertung und Vermittlung von Informations- und Aufklärungsmaterial,
- Kooperation in enger Form mit allen an der Gesundheitsförderung Beteiligten im Land Brandenburg im Hinblick auf gesundheitsfördernde Aktivitäten,
- Förderung der Gruppenprophylaxe nach § 21 SGB V im Land Brandenburg,
- Förderung des Selbsthilfegedankens,
- Unterstützung von regionalen Arbeitsgemeinschaften und Facharbeitskreisen für Gesundheitsförderung,
- Erarbeitung von Empfehlungen für eine gesunde Lebensumwelt,
- Förderung der Gesundheitsberichterstattung

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- LAGe -

Um diese Ziele zu erreichen, veranstaltet die LAGe Tagungen, Workshops zu aktuellen Themen und Projekte. Daneben unterstützt sie die entstehenden regionalen Arbeitsgemeinschaften bei deren Arbeit.

Gezielte Projekte und Tagungen werden zu wechselnden Schwerpunktthemen durchgeführt. Für die nächste Zukunft sind dies die durch die Mitglieder festgelegten Bereiche **Arbeitslosigkeit und Gesundheit** sowie **Kind und Umwelt**.

Unsere Organisationseinheit zur Förderung der Gruppenprophylaxe erledigt die zentral anfallenden organisatorischen Aufgaben.

Medienangebote

Einmal im Quartal erscheint unsere Informationsschrift **aktuellLAGe**. Sie informiert über Aktuelles in der Gesundheitsförderung und zusätzlich zweimal im Jahr zu speziellen Schwerpunktthemen.

Der **LAGe-Info-Dienst** informiert in unregelmäßiger Folge über wichtige gesundheitliche Ereignisse im Land Brandenburg. Er ist gleichzeitig ein Servicemedium, das Organisationen die Möglichkeit gibt, eigene Informationen zu veröffentlichen. Die LAGe fungiert als Koordinationsstelle.

Unsere **Medienlisten** erscheinen in unregelmäßiger Folge und sind nach Themen geordnet.

Alle Medien sind kostenlos.

Serviceleistungen

Die LAGe berät alle Mitglieder und regionale Arbeitsgemeinschaften zu Fragen der Projekt- und Aktionsplanung.

Für Mitglieder besteht darüber hinaus die Möglichkeit, Informations-, Unterrichtsmedien, Medien für die Präventionsarbeit usw. auszuleihen.

Die Fortbildungen und Workshops zu gesundheitsrelevanten Themen runden die derzeitigen Serviceleistungen ab. Sie sind für alle zugänglich.

Empfehlungen

Bei Interesse an einer Mitgliedschaft, an näheren Informationen oder an der Aufnahme in unseren Verteiler bitten wir um schriftliche Kontaktaufnahme. Wichtig für uns ist, in welchen gesundheitlichen Bereichen die Organisation tätig ist.

LANDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG SAARLAND e.V.

– LAGS –

Adresse Talstraße 30
66119 Saarbrücken

Telefon 06 81/5 84 70 93-94

Telefax 06 81/5 84 82 01

Die LandesArbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. (LAGS) wurde im Dezember 1990 auf Initiative des Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales gegründet. Zweck der LAGS „ist die Förderung gesundheitsdienlicher Lebensweisen der saarländischen Bevölkerung“. Die Satzung nennt als Aufgaben des Vereins insbesondere:

- .- Erfahrungsaustausch zu Schwerpunktthemen über gesundheitsfördernde Maßnahmen,
- Erarbeitung von Empfehlungen für Form und Inhalt der Gesundheitsförderung sowie der Wirksamkeitsprüfung (Evaluation) mit dem Ziel einer Optimierung,
- Sammlung, Sichtung, Auswertung und Vermittlung von Informations- und Aufklärungsmaterial zum Thema Gesundheit,
- Planung und Durchführung gemeinsamer gesundheitsfördernder Maßnahmen auf Landesebene,
- Beratung und Unterstützung bei Maßnahmen, die der Gesundheitsförderung dienen sowie Ausarbeitung von Vorschlägen zur Gesundheitsförderung für Kommunen, Körperschaften, Verbände, Gruppen und Behörden, insbesondere auch für Kindertagesstätten und Schulen,
- Unterstützung regionaler Arbeitsgemeinschaften, deren Zielsetzung Prävention auf Gemeindeebene ist,
- Zusammenarbeit mit den öffentlichen Medien zur Verwirklichung der Ziele der Arbeitsgemeinschaft,
- Erarbeitung von Empfehlungen zum Schaffen einer gesundheitsförderlichen Lebensumwelt, insbesondere Arbeitsumwelt.“

Die LAGS hat zur Zeit 30 Mitgliedsinstitutionen, wie die gesetzlichen Krankenkassen, Kammern und Standesorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Berufsverbände, eine Kommune sowie Einzelinitiativen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

<p>- LAGS -</p>	<p>Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen über einen Zuschuß des saarländischen Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und über Mitgliedsbeiträge. Diese betragen für Mitgliederorganisationen bzw. Gebietskörperschaften 500,- DM plus 10 Pfennige pro Mitglied bzw. Einwohner</p> <p>Die Organe der LAGS sind der Vorstand, der zur Zeit aus 11 Personen besteht, und die Mitgliederversammlung. Ordentliche Mitglieder des Vereins können nur juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts sowie Verbände, Vereine, Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften sein, die sich für den Zweck des Vereins einsetzen.</p>	<p>Die LAGS will die Ideen und Aktivitäten der verschiedenen Träger im Gesundheitsbereich unterstützen und gemeinschaftlich organisieren</p> <p>Die Geschäftsstelle hat ihre Tätigkeit im August 1991 aufgenommen.</p> <p>Die LAGS sieht die Schwerpunkte ihrer Arbeit in der Multiplikatoren-schulung, der Informationsvermittlung und in der Rolle als Koordinations- und Clearingstelle. Sie will der Gesundheitsförderung im Saarland eine Plattform geben.</p>
<p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>		
<p>Medienangebote</p>	<p>Die LAGS gibt vierteljährlich einen Infodienst heraus und betreut den telefonischen Ansgedienst „Aktuelles aus dem Gesundheitswesen“ (0115 02). Ab 1994 ist die</p>	<p>Herausgabe der beiden Reihen „LAGS-Tagungsberichte“ und „LAGS-Praxisberichte zur Gesundheitsförderung“ geplant. Beide wenden sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Die LAGS bietet allen Interessierten die Chance einer Operations- und Kooperationsplattform. Als große Gemeinschaftsinitiative kann sie alle Beteiligten in einem neutralen Rahmen an einen Tisch bringen</p> <p>Die LAGS will sich zu einer Informationsdrehscheibe entwickeln, von der alle Beteiligten profitieren können. Ihr Ziel ist es, „... mehr Gesundheit für alle Saarländerinnen und Saarländer“ zu erreichen.</p>	<p>Dazu organisiert die LAGS Erfahrungsaustausche und Fortbildungsangebote zu den unterschiedlichsten Themen, stellt eine Infothek bereit, arbeitet in Gremien mit, betreibt Öffentlichkeitsarbeit, bringt Kooperationen auf den Weg, stößt Projekte an und steht für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als Expertengremium für Fragen der Gesundheitsförderung zur Verfügung. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Themenfelder „Kindertagesstätten und Schulen“, „Gesundheit und Umwelt“, „Kommunale Gesundheitsförderung“ und „Betriebliche Gesundheitsförderung“</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Es empfiehlt sich, im frühen Planungsstadium einer eigenen Veranstaltung im Bereich der Gesundheitsförderung, Kontakt mit der LAGS aufzunehmen.</p> <p>Auch bei speziellen Fragestellungen aus dem Gesundheitsbereich versucht die LAGS durch Information oder Weitervermittlung zu helfen.</p>	<p>Lassen Sie sich bei Interesse in den Verteiler für das „LAGS-Info“ aufnehmen.</p>

LANDESVerein FÜR GESUNDHEITSPFLEGE NIEDERSACHSEN e.V.

Adresse	Fenskeweg 2 30165 Hannover
Ansprechpartner	Herr Thomas Altgeld (Geschäftsführer)
Telefon	05 11/3 50 00 52
Telefax	05 11/3 50 55 95

Der Landesverein für Gesundheitspflege Niedersachsen e.V. gehört zu den ältesten gemeinnützigen Gesundheitsförderungs- und -vorsorgeeinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde bereits 1905 als „Hauptverein für Volkswohlfahrt“ in Hannover gegründet. Die Hauptaufgabe des Vereins besteht nach wie vor darin, eine Plattform auf Landesebene zu bieten, in der die verschiedensten Institutionen, Verbände, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen aus allen Bereichen des Gesundheitswesens, der öffentlichen Verwaltung sowie des Sozial- und Bildungswesens ihre Erfahrungen, Ansätze und ihre Interessen in der Gesundheitsförderung, -erziehung, -bildung und Prävention austauschen und koordinieren. Der Landesverein führt hierzu Kongresse, Workshops, Tagungen, Erfahrungsaustausche, Podiumsdiskussionen sowie ähnliche Veranstaltungen durch und erarbeitet Konzepte und Modelle für die Umsetzung von verschiedenen Ansätzen in der Gesundheitsförderung vor Ort. Die wesentlichen inhaltlichen Arbeitsfelder erstrecken sich auf folgende Themengebiete:

- Kommunale Gesundheitsförderung
Gesundheitsförderung und -erziehung mit Kindern und Jugendlichen
- Gesundheitsförderung im Gesundheitswesen
Gesundheitsförderliche Lebensbedingungen
- Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege.

Darüber hinaus trägt er zur Strukturentwicklung in der Gesundheitsförderung durch die Koordination bzw. Initiierung von landesweiten sowie regionalen Arbeitskreisen, Gesundheitskonferenzen, etwa durch die Geschäftsführung der „Niedersächsischen Kommission Gesundheitsförderung“ oder das Modellprojekt „Arbeitskreise Gesundheit“ bei.

Der Aufgabenbereich Jugendzahnpflege in Niedersachsen ist dem Landesverein seit 1987 angegliedert und führt mit den Mitgliedern, Partnern und Zielen der „Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege“ deren Arbeit als eigenständigen Geschäftsbereich fort.

Aufgaben und Ziele der Institution

**LANDESVEREIN
FÜR
GESUNDHEITS-
PFLEGE NIEDER-
SACHSEN e.V.**

Die Mitgliedschaft des Landesvereins besteht aus über 90 Mitgliedern. Vertreten sind Krankenkassen, Institutionen des Gesundheitswesens, Gebietskörperschaften, Berufsfachverbände, Selbsthilfegruppen, Hochschulen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen u. a. durch institutionelle Mitgliedschaft oder Einzelmitgliedschaft ihrer MitarbeiterInnen. Die finanziellen Mittel des Landesvereins setzen sich zusammen aus den Zuwendungen des Niedersächsischen Sozialministeriums, Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Medienangebote

Das Medienangebot des Landesvereins für Gesundheitspflege wendet sich in erster Linie an MultiplikatorInnen und MitarbeiterInnen im Bereich des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens. Hervorzuheben ist hierbei der seit 1993 unter dem Titel „Impulse Gesundheitsförderung in Niedersachsen“ erscheinende Newsletter, der aktuelle Tendenzen, Angebote, Praxisbeispiele und

Konzepte im Bereich der Gesundheitsförderung veranschaulicht.

Veröffentlichungen zu den verschiedenen, oben genannten Arbeitsfeldern können bei den zuständigen MitarbeiterInnen nachgefragt werden.

**Service-
leistungen**

- a) Kommunale Gesundheitsförderung
 - Fortbildungen für ArbeitskreisleiterInnen in Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Evaluation und verschiedenen inhaltlichen Themen
 - Dokumentation der Projektarbeit
 - Informations- und Erfahrungsaustausch
 - Projektbegleitung/-beratung
 - Ausstellungen, z. B. zu „Selbsthilfe und Gesundheitsförderung“
 - Konzepterarbeitung für Veranstaltungen zu verschiedenen Themenbereichen
 - Informationssammlung
- b) Gesundheitsförderung und -erziehung mit Kindern und Jugendlichen
 - Seminarpakete und ReferentInnenvermittlung für lokale Veranstalter zu den Themen Bewegungserziehung, Umwelterziehung, Sexualerziehung, Psychomotorik, Ernährung, Stillberatung u. a.

Durchführung von eigenen Veranstaltungen zu den genannten Themen für MultiplikatorInnen
Mitarbeit im BLK-Modellprojekt „Gesundheitsfördernde Schule“
Informationssammlung
Dokumentation

- c) Gesundheitsförderung im Gesundheitswesen
 - Veranstaltung von Tagungen, Workshops u. ä. zu Gesundheitsförderung im Gesundheitswesen
 - Evaluationshilfen für Gesundheitsförderungsangebote
 - Informationssammlung
 - Dokumentation

- d) Gesundheitsförderliche Lebensbedingungen
 - Betriebsvereinbarung zum Nichtraucherschutz
 - MultiplikatorInnenveranstaltungen zu den Themen Nichtrauchen, Gewaltprävention
 - Informationssammlung
 - Dokumentation

Empfehlungen

Der Landesverein für Gesundheitspflege Niedersachsen e. V. wendet sich mit seinem umfangreichen Serviceangebot vor allem an MultiplikatorInnen, MitarbeiterInnen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich im Land Niedersachsen. Die erarbeiteten Konzepte, Veranstaltungsmaterialien und Dokumentationen sind jedoch ohne weiteres übertragbar auf ähnlich gelagerte Projekte und Angebote in anderen Bundesländern.

Interessierte können zunächst über den Jahresbericht einen differenzierten Einblick in die Arbeitsweise und Konzeption des Landesvereins bekommen. Darüber hinaus bieten die Grundsatzpapiere wie die Veröffentlichung der Niedersächsischen Kommission Gesundheitsförderung „Gesundheit 2000 Neue Wege der Gesundheitsförderung in Niedersachsen“ sowie die Dokumentation der „Niedersächsischen Gesundheitstage“ einen umfassenden Überblick über Ansätze und Praxisbeispiele der kommunalen Gesundheitsförderung.

LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG MECKLENBURG- VORPOMMERN e. V.

– LVG –

Adresse Anne-Frank-Straße 29
19061 Schwerin

Telefon 03 85/34 10 81

Telefax 03 85/34 10 82

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LVG) wurde am 8. Juni 1990 in Schwerin gegründet. Sie ist politisch und konfessionell ungebunden, unabhängig und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Die LVG ist Mitglied der Bundesvereinigung für Gesundheit e. V., des Ständigen Ausschusses und des Erweiterten Arbeitskreises der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Satzungsgemäß hat die LVG die Aufgabe, „Maßnahmen zur Gesundheitsförderung für die Bevölkerung des Landes Mecklenburg-Vorpommern anzuregen, zu unterstützen, zu koordinieren oder selbst durchzuführen und die gemeinsamen Interessen der Mitglieder zu vertreten“.

Zu den mehr als 25 Mitgliedern zählen neben Einzelpersonen aus verschiedenen Berufszweigen, die sich für die Förderung der Gesundheit engagieren, Krankenkassen, Landesversicherungsanstalt, Gesundheitsämter, Kammern der Heilberufe, verschiedene Berufsverbände und andere Organisationen.

Die Organe der LVG sind die Mitgliederversammlung als oberstes Beschlusorgan und der Vorstand aus 9 Mitgliedern. Ein Wissenschaftlicher Beirat berät den Vorstand in wesentlichen inhaltlichen Aufgabebereichen.

Die LVG erhält ihre finanziellen Mittel aus Zuwendungen des Landes, aus Beiträgen und Projektbeteiligung der Mitglieder, insbesondere der Landesverbände der Krankenkassen M-V und der Landesversicherungsanstalt M-V.

In den Zielen und Aufgaben orientiert sich die LVG auf folgende Aspekte, die gesundheitsbewußtes Verhalten initiieren, entwickeln und stabilisieren können:

- informieren (Kenntnisse vermitteln – Wissen verfestigen),
- motivieren (subjektive Beweggründe auslösen),
- befähigen (Fähigkeiten – Fertigkeiten entwickeln),
- Einfluß auf öffentliche Meinung (Grund-einstellungen).

- LVG -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Gesundheit wird als einer der wichtigsten Werte für den einzelnen Bürger und die Gesellschaft anerkannt; bei allen kommunalen Planungen sind deshalb die gesundheitsfördernden Belange ressortübergreifend zu berücksichtigen und Bürgerinnen und Bürger aktiv mit einzubeziehen

Ein Schwerpunkt in der Tätigkeit der LVG ist die langfristige Durchführung eines Gesundheitsförderungsprogramms in Kindertagesstätten, Grundschulen und Sonderschulen des Bundeslandes. Durch die aktive Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Kindergärtnerinnen, Lehrern und Erziehern, Eltern und Küchenpersonal soll die Bereitschaft und Befähigung für die Aneignung gesundheitsorientierter Lebenshaltungen unterstützt werden.

Weitere Schwerpunktaufgaben sind u. a. solche Themengebiete wie:

Altern und Gesundheit (Veranstaltungen für Alten- bzw. Seniorenberatung und -betreuung),
Arbeit und Gesundheit (Veranstaltungen zur Psychohygiene für bestimmte Berufsgruppen mit hoher beruflicher Beanspruchung),
Arbeitslosigkeit und Gesundheit (Veranstaltungen gemeinsam mit Arbeitsloseninitiativen und -verbänden).

In Kooperation mit Institutionen (z. B. dem Landesinstitut für Schule und Ausbildung, den Universitäten und Fachhochschulen) und Ämtern (z. B. Gesundheitsämter, Sozialämter, Jugendämter) beteiligt sich die LVG an Veranstaltungen wie Vorträgen, Spezialseminaren und Ausstellungen, die der Gesundheitsförderung vor allem mit dem Ziel dienen, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen

Medienangebote

Für eine aktive Öffentlichkeitsarbeit hält die LVG eine Vielzahl von Faltblättern, Broschüren und Postern zu den verschiedenen Themen bereit (überwiegend Medien anderer Herausgeber)

Für Mitglieder der LVG und Interessenten werden vier Ausgaben pro Jahr der „LVG-Information“ (kostenlos)

herausgegeben (Mitteilungen über Vorbereitung und Auswertung von lokalen und zentralen Veranstaltungen zur Gesundheitsförderung, über diesbezügliche Projekte und Forschungsergebnisse, neue Medien, Tagungskalender).

Serviceleistungen

Einen Schwerpunkt der Serviceleistungen bildet das Angebot für die Durchführung von Veranstaltungen zur Fortbildung bestimmter Zielgruppen (Tagesseminare, Vorträge, Gesprächsrunden), die in der Regel mit den jeweiligen Trägerinstitutionen bzw. -organisationen realisiert werden.

Durch einen Beratungsdienst werden Informationen über Publikationen, Veranstaltungen und Referenten vermittelt. Die Mediothek steht interessierten Bürgern zur Verfügung (Mediokartei, Medienträger)

Über Pressegespräche und Pressemitteilungen zu aktuellen Aktivitäten der LVG wird ein regelmäßiger Pressedienst gesichert.

Empfehlungen

Für den Erfahrungsaustausch über Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche empfiehlt sich die Nutzung von Erkenntnissen aus dem diesbezüglichen Gesundheitsförderungsprogramm.

Für Interessenten dürften auch die Erfahrungen aus den genannten Fortbildungsangeboten (Themen-dispositionen, Gestaltungskonzeptionen, Literatur-empfehlungen) nutzbringend sein.

LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG SACHSEN-ANHALT e. V.

Adresse Geschäftsstelle
Schillerstraße 54
39108 Magdeburg

Telefon 03 91/3 50 40

Telefax 03 91/3 50 40

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Sachsen-Anhalt wurde 1990 gegründet; sie ist eine Gemeinschaftsinitiative und basiert auf dem freiwilligen Zusammenschluß von Bürgern, Vereinigungen und Initiativgruppen zur Wahrnehmung gemeinsamer Gesundheitsinteressen

Die Vereinigung richtet ihre Tätigkeit auf die Verbesserung der Bedingungen für die Förderung von Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden aller Bürger. Gleichzeitig ist die Landesvereinigung bemüht, Ideen und Aktivitäten im Gesundheitsbereich, die von Institutionen, Verbänden und Initiativen entwickelt werden, zu unterstützen und gemeinschaftlich zu organisieren.

Die Landesvereinigung wird seit 1. Januar 1992 durch das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt institutionell gefördert, ein Teil der Mittel zur Erfüllung der Aufgaben der Landesvereinigung wird durch Mitgliedsbeiträge und Spenden erbracht

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung will:

- der Kooperationspartner für alle sein, die Projekte zur Gesundheitsförderung planen und durchführen, wie z B Aids-Aktionstage, Gesunde Schule, Gesundheitstreffs;
- den Erfahrungsaustausch und Fortbildungen im Gesundheitsbereich ermöglichen, Tagungen, Konferenzen und Seminare für alle Interessenten ausrichten, so z B für Mitarbeiter im Gesundheitswesen, Pädagogen und Sozialarbeiter;
- die Bedingungen für eine gesundheitsförderliche Lebensumwelt vorantreiben, so durch Unterstützung ökologischer und städtebaulicher Projekte, wie z B durch Informationen zum gesunden Wohnen und die Unterstützung ökologischer Projekte in den Schulen des Landes;
- die Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern und Betrieben verstärken, z. B. durch Unterstützung von Modellprojekten in diesen Bereichen;
- das Gesundheitswissen weitergeben und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**LANDES-
VEREINIGUNG
FÜR GESUND-
HEITSFÖRDERUNG
SACHSEN-ANHALT
e. V.**

Medienangebote

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung gibt ein Informationsblatt heraus. Ein Berichtsband und ein Video über die Aktionstage „Bewußter leben“ können bei der Landesvereinigung ausgeliehen werden.

**Service-
leistungen**

Seit 1992 führt die Landesvereinigung Projektberatungen zur Gesundheitsförderung für Lehrer, Erzieher, Entscheidungsträger und Schüler durch

In Kindertagesstätten werden Programme zur Gesundheitsförderung veranstaltet

1994 findet ein kostenloses Pilotseminar für Lehrer zum Thema „Gesundheitsförderung und Suchtprävention in Schulen“ statt. Diese Seminarreihe hat zum Ziel, den Lehrern notwendige Qualifikationen für gesundheitsförderndes Verhalten im Rahmen ihres pädagogischen Auftrages zu vermitteln. Ab 1995 ist das Angebot kostenpflichtig. Eine Ausweitung des Angebotes für den Grundschulbereich und ein landesweites Angebot sind geplant

Die Landesvereinigung bietet ein Fortbildungsangebot für Sportlehrer und Übungsleiter an (kostenpflichtig).

Weitere ständige Fortbildungsangebote finden zu den Themen Projektmanagement, Moderationstechniken und Planspiele statt. Auch hier sind 1994 kostenlose Pilotseminare geplant, ab 1995 ist die Teilnahme kostenpflichtig. Diese Angebote richten sich an Mitarbeiter aus dem Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich sowie anderer interessierter Institutionen und Vereine

LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG e.V.

Schleswig-Holstein

Adresse	Flämische Straße 6—10 24103 Kiel
Ansprechpartner	Frau Hoffmann-Steuernagel Frau Rode
Telefon	04 31/9 42 94 04 31/9 38 59
Telefax	04 31/9 48 71

Als Mittelpunkt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitspflege der Bevölkerung von Schleswig-Holstein wurde die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V. im Dezember 1966 in Kiel gegründet.

Sie hat über 200 Mitglieder, überwiegend Einzelpersonen und alle wichtigen Institutionen und Verbände des Gesundheits- und Bildungswesens. Die Organe der Landesvereinigung sind die Mitgliederversammlung und der zehnköpfige Vorstand, der aus seiner Mitte den Geschäftsführer wählt. Zur Beratung des Vorstandes besteht außerdem ein wissenschaftlicher Beirat.

Die Finanzierung der Tätigkeit der Landesvereinigung erfolgt über die Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse der Landesversicherungsanstalt und Krankenkassen, der Landesärzte- und Zahnärztekammer und vor allem über die Zuwendungen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Energie Schleswig-Holstein

Die satzungsgemäßen Aufgaben der Landesvereinigung sind,

- geeignetes Material des In- und Auslandes zur Förderung der Gesundheitserziehung und -pflege zu sammeln und auszuwerten,
- mit allen in Frage kommenden Einrichtungen und Personen zusammenzuarbeiten und Anregungen zu geben,
- Programme zur Förderung der Gesundheitserziehung und Gesundheitspflege sorgfältig zu planen, anzuregen und zu unterstützen.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, kooperiert die Landesvereinigung sehr eng mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, den Krankenkassen, den Wohlfahrtsverbänden, vor allem aber mit den Gesundheitsämtern des Landes.

Die Angebote der Landesvereinigung richten sich an ausgewählte Bevölkerungsgruppen in bestimmten Lebensspannen wie Erwerbsalter, Ruhestand und insbesondere Kindheit und Jugend. Nur beispielhaft können hier Aktivitäten genannt werden:

Aufgaben und Ziele der Institution

**LANDES-
VEREINIGUNG
FÜR
GESUNDHEITS-
FÖRDERUNG e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

In Kindertagesstätten wird die gesundheitserzieherische Arbeit der Erzieher/Innen durch Fortbildungsangebote gefördert und mit geeigneten Medien unterstützt.

In Schulen hat die Gesundheitserziehung durch Schulgesetz, Gesundheitsdienstgesetz und in den Lehrplänen einen festen Platz zugewiesen bekommen. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Praxis und Theorie der Schulen gibt es z. B. Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte. In Pilotprojekten: „Praktische Gesundheitserziehung in der Grundschule“ (82/83) und „Praktische Gesundheitserziehung an der Realschule“ (86 -88), wurden Materialien und Unterrichtsvorschläge sowie Anregungen zur Umsetzung erarbeitet und erprobt.

Für die Arbeit in Kindergärten, Schulen und in der Erwachsenenbildung werden Materialien zum Thema Gesundheitsförderung für ausländische Bürgerinnen und Bürger erarbeitet.

Für Multiplikatoren aus der Gesundheitsförderung werden Fortbildungen, z. B. Bewegungspausen leicht gemacht, Moderationstechniken angeboten.

Weitere Schwerpunkte der Aufgabenerfüllung der Landesvereinigung sind:

- der Vortragsdienst für regionale Veranstaltungsträger wie Volkshochschulen, Familienbildungsstätten, Selbsthilfvereinigungen etc.;
- die Geschäftsführung verschiedener thematisch ausgerichteter Arbeitskreise, z. B. „Schule und Gesundheit“, „Gesundheitserziehung und -förderung durch das Gesundheitsamt“. Diese Arbeitskreise, in denen jeweils Vertreter verschiedenster Institutionen mitwirken, gewährleisten einen kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch und ermöglichen die gemeinsame Planung und Realisierung neuer Projekte;
- die regionale Gesundheitserziehung über die Gesundheitsämter und andere örtliche Einrichtungen, die mit Programmen, Ausstellungen und anderen Medien unterstützt werden.

Medienangebote

Die Landesvereinigung will mit ihrem Medienangebot die Gesundheitserziehung in den Schwerpunkten Kindertagesstätten, Schulen, den Regionen und der Erwachsenenarbeit fördern, indem sie Materialien zum Einsatz durch die Multiplikatoren bereithält sowie zur Information der Endadressaten.

Zu aktuellen Themen stellt die Landesvereinigung Medienmappen zusammen, in denen Faltposter und Broschüren der Landesvereinigung selbst und die anderer Herausgeber enthalten sind (Einzelexemplare kostenlos).

Auch erstellt die Landesvereinigung selbst bzw. in Kooperation mit anderen Institutionen, wie z. B. dem Sozialministerium, eigene Materialien. Hier sind z. B. Faltposter und Broschüren zu den Themen Salmonellen, Impfen (auch in türkischer Sprache), Gesundheitsgefahren durch Zeckenstiche u. a. zu nennen.

Auch Berichte über Pilotprojekte und besondere Angebote der Gesundheitsförderung werden veröffentlicht (Einzelexemplare kostenlos), wie z. B.

- „Steinburger Gesundheitstage“, Darstellung der Kooperationsmöglichkeiten verschiedener Institutionen und Vereinigungen auf örtlicher Ebene,
- „Gesunde Kinder unsere Verantwortung“, Aufgaben und Möglichkeiten der genetischen Beratung,
- „Die reisende Frühstücksbar in Schleswig-Holstein“ --- eine Aktion für das gemeinsame Schulfrühstück.

Zu dem Medienangebot der Landesvereinigung gehören weiterhin Filme und Videokassetten zu verschiedenen Gesundheitsthemen, die entweder bei der Geschäftsstelle oder bei dem Landesfilmdienst entliehen werden können, sowie Ausstellungstafeln und Kleinfarstellungen der BZgA.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der Landesvereinigung sollen vor allem die gesundheitserzieherische Arbeit der Kooperationspartner und Multiplikatoren unterstützen.

Einen wichtigen Platz nimmt dabei der Vortragsdienst ein, der von über 200 Partnern mit über 1500 Veranstaltungen jährlich genutzt wird. Dieser Vortragsdienst, durch den über 300 Ärzte und andere Fachkräfte vermittelt werden können, umfasst Kurse z. B. zum Autogenen Training, zur Gewichtsreduktion und zum Nichtrauchertraining sowie Einzelvorträge z. B. zu den Themen „Naturgemäße Heilmethoden“, „Allergien“, „AIDS“, „Wechseljahre“ usw.

Die Multiplikatorenschulung ist eine weitere wichtige Serviceleistung der Landesvereinigung. Diese geschieht durch Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Erzieher/Innen, Lehrer/Innen, Multiplikatoren bei

Volkshochschulen, Landfrauenverbänden und Familienbildungsstätten in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Trägern bzw. zuständigen Institutionen

Weiterhin unterstützt die Landesvereinigung die Aktivitäten Dritter durch personelle oder materielle Hilfe.

Mit über 200 000 jährlich verschickten Faltpostern und Broschüren an Ärzte/Zahnärzte, Krankenhäuser, Gesundheitsämter, Schulen, Standesämter, Familienbildungsstätten, Beratungsstellen und Einzelpersonen ist der Medienversand eine weitere wichtige Serviceleistung der Landesvereinigung.

Die Gesundheitstips durchs Telefon über den Postservice, die audiovisuellen Medien und die Medienschau in der Geschäftsstelle der Landesvereinigung, die einen Überblick über die vorhandenen Medien gibt, ergänzen die Serviceleistungen der Landesvereinigung.

Empfehlungen

Die reichhaltigen Angebote der Landesvereinigung sind auf das Land Schleswig-Holstein orientiert, wo der Vortragsdienst, die Multiplikatorenschulung und die Materialien, die nach Themen geordnet in einer Medienmappe zusammengefasst sind, zu empfehlen sind.

Vereinigungen, die einen Vortragsdienst einrichten wollen, ist zu empfehlen, die Erfahrungen der Landesver-

einigung zu erfragen, ebenso die Erfahrungen mit Arbeitskreisen und örtlichen Aktivitäten

Für die Zusammenarbeit von Gesundheitsamt und Schule gibt es Anregungen durch die Dokumentation der Modellprojekte „Praktische Gesundheitserziehung in der Schule“

LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG UND GESUNDHEITSERZIEHUNG THÜRINGEN e. V.

– AGETHUR –

Adresse A.-Baudert-Platz 4
99423 Weimar

Telefon 0 36 43/5 92 23

Telefax 0 36 43/50 18 99

1. Entwicklung und Aufgaben der AGETHUR

Nach dem gesellschaftlichen Umbruch 1989 in der ehemaligen DDR entstanden in Thüringen zwei voneinander unabhängige Arbeitskreise für Gesundheitsförderung:

1. Die Arbeitsgemeinschaft Gesundheitserziehung Thüringen e. V. AGETHUR entstand im Juni 1990 mit hessischer Unterstützung.
2. Der Arbeitskreis für Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung Thüringen gründete sich im November 1990 aus Vertretern des Landes Thüringen, die landesweit professionell in diesem Bereich tätig waren.

Im Februar 1992 schlossen sich beide Arbeitskreise zur Landesvereinigung zusammen.

2. Ziele und Aufgaben

Die AGETHUR arbeitet als gemeinnütziger Verein nach den Zielstellungen der WHO „Gesundheit 2000“ und der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung.

Zweck der Vereinigung ist die Erhaltung und Förderung des körperlichen, seelisch-geistigen und sozialen Wohlbefindens der Bürger Thüringens durch eine umfassende Gesundheitsaufklärung und Gesundheitsberatung.

Die Vereinigung stellt sich folgende Aufgaben:

- Koordinierung und Intensivierung gesundheits-erzieherischer und gesundheitsaufklärerischer Bestrebungen in den Gebietskörperschaften,
- Förderung des Austausches von Erfahrungen der Mitglieder zur praktischen gesundheits-erzieherischen Tätigkeit,
- Unterstützung von Einrichtungen, Verbänden und Organisationen bei ihren gesundheitsfördernden und gesundheitsbildenden Aufgaben und Tätigkeiten,
- Durchführung von spezifischen Maßnahmen, Aktionen und Projekten,
- Konzeptionelle Erarbeitung von Angeboten für Form und Inhalt der Gesundheitserziehung,
- Auswertung durchgeführter Maßnahmen,
- Mitwirkung bei zentral geleiteten Gesundheitsfördermaßnahmen,

Aufgaben und Ziele der Institution

- AGETHUR -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Sammlung, Sichtung, Wertung und Vermittlung von Informations- und Aufklärungsmaterialien zum Thema Gesundheit.
- Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen für die Mitglieder der Vereinigung und der an Gesundheitserziehung beteiligten Multiplikatoren.
- Zusammenarbeit mit öffentlichen Medien zur Popularisierung einer gesundheitsfördernden Lebensweise.
- Herausgabe eines Info-Blattes über gesundheits-erzieherische Aktionen, Maßnahmen, Tagungen, Weiterbildungen, Materialien usw. auf Landesebene.

Die Landesvereinigung wird durch das Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit und durch Mitgliedsbeiträge finanziert sowie durch die Leistungen der amtsdelegierten Mitglieder getragen

Zur Finanzierung des Projektmittelhaushaltes gibt es eine Rahmenvereinbarung mit allen Thüringer Landes-kassenverbänden

Die Mitglieder und Mitgliedsbereiche der AGETHUR arbeiten bei der Umsetzung ihrer Aufgaben nach folgenden Prämissen:

URSACHENSPEZIFISCHE PRIMÄRPRÄVENTION IN ALLEN LEBENSBEREICHEN

EIGENVERANTWORTUNG UND SELBSTBESTIMMUNG

GANZHEITLICHE VERHALTENS- UND VERHÄLTNISPRÄVENTION

GESUNDHEITSFÖRDERUNG ALS LEBENSLANGER LERNPROZESS JEDES EINZELNEN

UNTERSTÜTZUNG DURCH KONTINUIERLICHE BEZIEHUNGSARBEIT

SELBSTERFAHRUNG ALS HAUPTLERNFORM

ALLTAGSNÄHE HERSTELLEN

3. Mitgliedschaft

Mitglied der Landesvereinigung können juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts und natürliche Personen sein

Derzeitige Mitglieder sind Thüringer Gesundheitsämter, freie Träger und Einzelpersonen.

4. Aufbau und Struktur

Bundesweite Kontaktpartner

BUNDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITLICHE AUFKLÄRUNG

BUNDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEIT

ANDERE LANDESVERBÄNDE

A
G
E
T
H
U
R

Mitgliederbereiche

SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN

BERUFSVERBÄNDE

GESUNDHEITSÄMTER

WOHLFAHRTSVERBÄNDE

VEREINE; BÜRGER

Die inhaltliche Arbeit erfolgt in thematischen Arbeitsgruppen

AG GESUNDE ERNÄHRUNG

AG PROJEKTE, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, METHODEN

AG PSYCHOPROPHYLAXE

AG SELBSTHILFEGRUPPENARBEIT

AG SEXUALERZIEHUNG UND AIDS-PROPHYLAXE

AG SUCHT- UND DROGENPRÄVENTION

AG GESUNDHEIT UND UMWELT

Die Arbeitsgruppen sind offen für alle interessierten Vereinsmitglieder, aber auch Nichtmitglieder können jederzeit an den Sitzungen teilnehmen

Die Arbeitsgruppen sind die tragende Informations- und Arbeitsstruktur der ACETHUR

Ihre Aufgabe ist es, den regionalen Erfahrungsaustausch, die interne praxisbezogene Schulung sowie Angebote zur Förderung und Unterstützung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in einem sozialen Netz zu ermöglichen

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei StellvertreterInnen, BeisitzerInnen und den ArbeitsgruppenleiterInnen

5. Schwerpunkte der Arbeit

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte ergeben sich aus den thematischen Arbeitsgruppen, wobei ganzheitlich orientierte Maßnahmen angestrebt werden

Die Arbeit im Schul- und Vorschulbereich bildet einen Schwerpunkt, wobei mit Kindern, Jugendlichen, Lehrern und Eltern im Rahmen von Vorträgen, Diskussionen, Selbsterfahrungsangeboten, erlebnispädagogischen Elementen und Eigenaktivitätsmöglichkeiten gearbeitet wird.

Für die breite Bevölkerung werden Beratungen, Ausstellungen, Gesundheitstage und -wochen, Kurse und thematische Veranstaltungen angeboten.

Thematische Veranstaltungen sollen meist spezielle Zielgruppen wie Krankheitsbetroffene, Frauen, ältere Menschen u. ä. ansprechen.

Methodisch werden die Vereinsmitglieder durch landesweite Modellprojekte, zeitlich und regional begrenzte Kleinprojekte, durch regionale Arbeitsgruppen zur Vernetzung, durch Multiplikatorenschulungen und regionale Aktionen aller Art tätig.

– ACETHUR –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Da unsere Aktivitäten vorrangig im Bereich direkter Kontaktnahme mit den Bürgerinnen und Bürgern liegen, werden nur geringe Mittel zur Medienerstellung eingesetzt

1992 wurde gemeinsam mit dem Tumorzentrum Jena eine Drehscheibe zur Krebsvorsorgeuntersuchung herausgegeben.

Medienangebote

Unsere Weiterbildungsangebote orientieren sich an den Bedürfnissen und Erfordernissen der Thüringer GesundheitsförderInnen und werden jährlich mit diesen abgestimmt. Sie sind für ACETHUR-Mitglieder und Thüringer MultiplikatorInnen gedacht

**Service-
leistungen**

LANDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITSBILDUNG IN BAYERN e.V.

– LZG –

Adresse Rotkreuzplatz 2a
80634 München

Telefon 0 89/16 33 03

Telefax 0 89/16 93 84

Die 1973 gegründete Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern e. V. (LZG) sieht ihren Zweck darin, eine Schaltstelle zwischen den für die Gesundheit verantwortlichen Behörden, medizinischen Gremien und Laienverbänden zu sein, um alle Impulse der Gesundheitsbildung zu fördern und zu unterstützen

Aufgaben und Ziele der Institution

Die LZG hat sich satzungsgemäß zur Aufgabe gestellt,

mit den zuständigen Behörden, Körperschaften, Berufsvertretungen und sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammenzuarbeiten, Richtlinien und Programme für die Gesundheitsbildung zu erarbeiten und sie gegebenenfalls selbst zu verwirklichen, Ausbildung und Weiterbildung von Multiplikatoren für Gesundheitsbildung durchzuführen, den Mitgliedern durch Erfahrungsaustausch, Vermittlung von Anregungen, Lehrmitteln, Anschauungsmaterial sowie bei der Organisation von Veranstaltungen zu helfen

Zur Erfüllung dieser Aufgaben unterhält die LZG eine Geschäftsstelle mit z. Zt. 8 Arbeitsplätzen. Ihre Organe sind die Mitgliederversammlung, der mit acht Personen besetzte Vorstand (wovon mindestens drei Vertreter ordentlicher Mitgliedsverbände sein müssen) und der Beirat, der den Vorstand in sachlicher Hinsicht berät.

Die ca. 50 Mitglieder der LZG sind Organisationen, Verbände und Vereinigungen z. B. aus den Bereichen der Wohlfahrtsverbände, der Sozialversicherung und der Selbsthilfe sowie einige Einzelpersonen

Traditionell stützt sich die LZG auf die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen, Kneippverbänden, Selbsthilfegruppen und den entstandenen Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsbildung vor Ort mit vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Deren Arbeit wird gefördert durch Ausstellungen, Druckschriften und finanzielle Unterstützung für Projekte und für die Fortbildung von Schlüsselpersonen aus Kindertagesstätten, Schulen und der Seniorenarbeit.

Außerdem führt die LZG Projekte in eigener Trägerschaft durch, wie z. B. Präventionsaktionen (etwa zum Thema „Gesund durch Vorsorge“) sowie Vortrags-, Forums-, Fortbildungs- und Podiumsveranstaltungen, Raucherentwöhnungsaktionen, Aktionen für Gesundheitsbildung im Betrieb u. v. m.

LZG In Bayern

Aufgaben und Ziele der Institution

Orientierung für die thematische Schwerpunktbildung sind dabei stets aktuelle Probleme wie Krebsfrüherkennung und die permanenten wie Ernährung, Suchtgefahren usw., ferner das jährliche Thema des Weltgesundheitstages und selbstgestellte Themen, die in einer jährlichen öffentlichen Tagung von Fachleuten behandelt und in einer Broschüre veröffentlicht werden.

Die Themen des Weltgesundheitstages werden in einer zentralen Auftaktveranstaltung und in zahlreichen

anderen dezentralen Veranstaltungen unter Beteiligung vieler Organisationen und Vereinigungen in München und anderen Städten Bayerns für die Bevölkerung dargestellt.

Die LZG finanziert ihre eigene Arbeit und die ihrer Mitgliedsverbände über einen institutionellen und einen Projekt-Haushalt, der aus den Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen der Ministerien gebildet wird.

Medienangebote

Das vielfältige Medienangebot der LZG soll vor allem die gesundheitsbildende Arbeit der Mitglieder und Kooperationspartner unterstützen, es steht aber auch dem interessierten Bürger zur Verfügung

Es setzt sich zusammen aus Materialien, die von der LZG, z. T. in Zusammenarbeit mit bayerischen Behörden und Verbänden, erstellt worden sind und aus Materialien, die die LZG von anderen, z. B. von der BZgA, übernommen hat

Zu den Publikationen gehören die Dokumentationen der Jahrestagungen, in denen u. a. folgende Themen behandelt wurden:

- „Naturheilkunde in der modernen Medizin“ (1983)
- „Jugend '85 – Gesund in die Zukunft“ (1985)
- „Allergien – eine neue Volksseuche?“ (1988)
- „Elektromagnetische natürliche Felder, Wetter und Gesundheit“ (1989)
- „Gift in der Nahrung – Befürchtungen und Tatsachen“ (1992)

(Einzelexemplare kostenlos)

Ferner das quartalweise (kostenlos) erscheinende „Informationsblatt“, das zum Ziel hat, dem „Mann auf der Straße“, aber auch Multiplikatoren, Tips und Anregungen zu einer für Körper, Geist und Psyche gesunden Lebensführung zu geben, und einen entsprechenden Verteiler hat. Dem gleichen Zweck dienen die laufend an die bayerischen Medien sowie die Tages- und Fachpresse versandten Pressemitteilungen.

In Form eines Medienpaketes stehen u. a. Wanderausstellungen mit Geräten (Herz/Kreislauf-Risikotestgerät, Hörtestgerät, Sehtest- und Blutdruckmeßgeräte,

Cholesterintestgeräte, Co-Meßgeräte, Raucher-Liesl und -Max) und Begleitmaterial wie Faltblätter und Broschüren für die Ausstellungsbesucher sowie Folien und Handreichungen für Referenten zur Verfügung

Die behandelten Themen sind z. B.:

- Rauschmittel
- Medikamente
- Rauchen
- Alkoholmißbrauch
- Kampf dem Krebs
- Blutdruck
- Allergien
- Gesundheits-Check up
- Rheumahilfen
- Sport und Bewegung
- Gesundheit im Alter
- Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U9
- Arteriosklerose
- Venen
- Zahngesundheit
- Sehen
- Hören
- Diabetes
- Schilddrüse

(Informationen über die Ausstellungen erteilt die LZG, ebenso die Verleihbedingungen)

Das Informationsmaterial zu einzelnen Themengruppen hat die LZG in Mappen zusammengestellt. Eine Liste mit thematischer Gliederung kann bei der LZG angefordert werden. Eine Liste über die audiovisuellen Medien ist ebenfalls vorhanden

Serviceleistungen

Der größte Teil der Aktivitäten der LZG besteht aus den Serviceleistungen für die Partner, die landesweit aktiv sind.

Zu den Serviceleistungen gehört u. a.:

- die finanzielle Unterstützung von Aktionen der Mitglieder,
- die Referentenvermittlung auf Anfrage,

- die Weitergabe von Erfahrungen und „Know-how“ in der Präventionsarbeit an die Mitglieder und an sonstige Multiplikatoren,
- die Unterstützung von Multiplikatoren durch unsere Medien und gegebenenfalls durch Presseaktionen,
- die Unterstützung von Examensarbeiten Studierender, die als zukünftige Multiplikatoren angesehen werden, durch die LZG und ihre Vorstandsmitglieder,
- und die Information und Beratung von Bürgern zu verschiedenen Fragen zu Gesundheit und Krankheit.

Die LZG konzentriert ihre Arbeit auf bayerische Interessenten. Diese können das Verzeichnis der nach Themen gegliederten Materialien anfordern, das einen umfassenden Überblick über die vorhandenen Printmedien gibt.

Zu den weiteren Medien gehören die Dokumentationen, das vierteljährlich erscheinende „Informationsblatt“ und die Medienpakete mit Wanderausstellungen, Monitors, Geräten und Begleitmaterialien.

Interessenten aus anderen Bundesländern sollten sich im Einzelfall über eine mögliche Zusammenarbeit bei der LZG informieren.

LZG in Bayern

Empfehlungen

LANDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG IN RHEINLAND-PFALZ e.V.

– LZG –

Adresse Karmeliterplatz 3
55116 Mainz

Telefon 0 61 31/23 37 11 u. 23 37 12 u. 23 37 13
22 99 16 (Medienbestellung)

Telefax 0 61 31/22 11 67

1973 wurde der Verein als Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) in Mainz gegründet als eine gemeinnützige, politisch und konfessionell nicht gebundene Vereinigung. Der LZG gehören über 50 Verbände, Organisationen und Vereinigungen an wie Ärztekammern und Berufsverbände, Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, Selbsthilfegruppen und weitere Verbände aus dem Sozial- und Bildungsbereich sowie einige Einzelpersonen.

Die LZG hat sich zum Ziel gesetzt, durch wissenschaftlich fundierte Gesundheitsaufklärung und -erziehung das körperliche, seelisch-geistige und soziale Wohlbefinden aller Bürger von Rheinland-Pfalz zu erhalten und zu fördern.

Die satzungsgemäßen Aufgaben sehen u. a. vor:

- Planung und Koordination der Bestrebungen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung
- Erfahrungsaustausch, Abstimmung und Zusammenarbeit mit den auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Einrichtungen
- Entwicklung, Auswertung, Sammlung und Verbreitung von Materialien zur Gesundheitsförderung
- Erarbeitung von Grundsätzen für Form und Inhalt der Gesundheitsförderung
- Aus- und Fortbildung von Personen, die für die Gesundheitsförderung tätig sind
- Durchführung eigener Aktionen und Unterstützung Dritter bei Maßnahmen zur Gesundheitsförderung
- Beratung in Fragen der Gesundheitsförderung
- Bildung und Unterstützung regionaler Arbeitskreise für Gesundheitsförderung
- Öffentlichkeitsarbeit für die Bevölkerung durch Nutzung der Medien
- Planung, Durchführung und Auswertung von Pilotprojekten zur Gesundheitsförderung

Die Organe der LZG sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand, der aus dreizehn Mitgliedern besteht, einschließlich dem nicht stimmberechtigten Geschäftsführer. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben unterhält die LZG eine Geschäftsstelle mit z.Zt. 12,5 Stellen. Sie wird finanziell getragen durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und institutionelle und projektgebundene Zuwendungen des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz und des Kultusministeriums.

Aufgaben und Ziele der Institution

LZG In Rheinland-Pfalz

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Geschäftsstelle ist in drei Sachgebiete untergliedert:

- Gesundheitsförderung
- Suchtprophylaxe
- AIDS-Schulungs- und Informationszentrum

Die Zielgruppen der Maßnahmen der LZG sind die Bürger des Landes und Multiplikatoren, hier insbesondere Lehrer, Mitarbeiter des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und AIDS-Beratungsfachkräfte. Der methodische Schwerpunkt der Arbeit liegt in der personalen Kommunikation mit Fortbildungsangeboten für die verschiedenen Multiplikatoren und in der Initiierung und Unterstützung von regionalen Arbeitskreisen zur Suchtprophylaxe. Ziel ist es, z. B. die Lehrerfortbildung mehr zu einer Querschnitts-Aufgabe werden zu lassen, um eine Vernetzung von Projekten zur schulischen Gesundheitserziehung zu erreichen.

Solche Projekte waren z. B.:

- „Nichtraucher bleiben – Ohne Rauch geht's auch“ mit einem Klassenwettbewerb und Aktionen der Schüler zum Thema Nichtrauchen außerhalb der Schule – in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium Rheinland-Pfalz, dem AOK-Landesverband Südwest und dem Landessportbund.
- „FREizeit – FREiheit – SuchtFREi“ mit dem Aufruf an Jugendliche, ihr Freizeitverhalten durch Bilder, Videos, Hörspiele, Theaterstücke usw. darzustellen in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz
- „Frühstück mit Biß“, ein zweijähriges, landesweites Schulprojekt zum Thema Essen und Ernährung. An 80 Schulen bildeten sich Arbeitsgruppen aus Schülern, Lehrern, Eltern und Hausmeistern, die Lösungen für die eigene Schule erarbeiteten

Insgesamt strebt die LZG eine Regionalisierung der Gesundheitsförderung an durch die Zusammenarbeit mit den örtlichen Multiplikatoren sowie der regionalen Arbeitskreise für Suchtprophylaxe.

Medienangebote

Das umfangreiche Medienangebot der LZG dient den beiden konzeptionellen Ausrichtungen:

- Medien für die Unterstützung der Multiplikatoren
- Medien für die Information spezieller Zielgruppen der Bevölkerung

Für die Multiplikatoren stehen z. B. zur Ausleihe zur Verfügung:

- Ausstellungen zu den Themen Alkohol, AIDS, Drogen, Krebs, Allergien usw.
- AV-Medien zu den Themen Alkohol, Rauchen, psychosoziale Gesundheit, Ernährung usw.
- Test- und Demonstrationsgeräte zum Sehen, Hören, Rauchen usw.
- Humanbiologische Lehrmodelle, Präparate, Schau- und Lehrtafeln über Organe, zur Sexualerziehung, Zahngesundheit usw.

Ein ausführlicher Medienkatalog informiert über die Medien und die Verleihbedingungen (in Rheinland-Pfalz i d R kostenlos).

Über die Aktivitäten der LZG informiert 6mal jährlich das „LZG forum“ die Mitglieder der LZG und andere Interessierte.

Außerdem bringt die LZG eine Schriftenreihe unter dem Titel „Materialien zur Gesundheitserziehung“ heraus, in der neben den Jahresberichten der LZG besondere Themen behandelt werden, wie z. B.

- „Zum Umgang mit AIDS“
- „Gesundheitserziehung in der Schule – Unterrichtshilfen zum Thema (Nicht-)Rauchen“

Für die Information der Bevölkerung hält die LZG außerdem Broschüren und Faltblätter bereit. Folgende Themengruppen werden vor allem berücksichtigt:

- Gesunde Lebensführung allgemein
- Gesundheitsvorsorge Kinder und Jugendlicher
- Ernährung
- Zahngesundheit
- Umwelt
- Unfallschutz/-verhütung
- Alkohol
- AIDS
- Drogen
- Rauchen

Über die Druckschriften gibt es kein Verzeichnis, der Bezug ist in Rheinland-Pfalz kostenlos.

Serviceleistungen

Den Schwerpunkt bei den Serviceleistungen bildet das umfangreiche Fortbildungsangebot der LZG, das sich vor allem an Lehrer, Mitarbeiter der Suchtprävention und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wendet.

Die jährlich 20–25 mehrtägigen Veranstaltungen zur Lehrerfortbildung befassen sich z. B. mit folgenden Themen:

- Suchtprävention
- AIDS
- Umwelt
- Ernährung
- Sexualerziehung

Das 1987 eingerichtete „AIDS-Schulungs- und Informationszentrum (ASIZ)“ bietet Schulungsveranstaltungen für Lehrer, Schülerzeitungsredakteure, AIDS-Fachkräfte in den Gesundheitsämtern, den Mitarbeitern der außerschulischen Jugendarbeit und von Drogenberatungs- und -therapieeinrichtungen an. Außerdem steht umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung.

Abgerundet werden die Serviceleistungen der LZG durch den Telefonischen Ansagedienst über den Postservice „Aktuelles aus dem Gesundheitswesen“, eine Referentenkartei und die Lieferung von Druckschriften.

Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. unterhält ein breites Spektrum innerhalb des Medien- und des Service-Angebotes

Es empfiehlt sich, für die verschiedenen Vorhaben entweder die Materialien oder die Erfahrung der LZG zu nutzen. Letzteres bezieht sich auf die Lehrerfortbildung, die Initiierung und Unterstützung von regionalen Arbeitskreisen der Suchtprävention, auf die Tätigkeit des „AIDS-Schulungs- und Informationszentrums (ASIZ)“ sowie auf die Beratung für die Gesundheitsämter

Bei den Materialien sind es vor allem die, die in dem Medienkatalog (Ausstellungen, Testgeräte, Modelle, Druckmedien usw.) verzeichnet sind, und die bei der LZG angefordert werden sollte.

Wer an den Aktivitäten und Themen der LZG interessiert ist, sollte sich in den Verteiler für das „LZG forum“ aufnehmen lassen.

**LZG in
Rheinland-Pfalz**

Empfehlungen

LEUKÄMIE-LIGA e.V.

Adresse Leukämie Liga e. V.
Abteilung Hämatologie, Onkologie
und Klinische Immunologie
der Universitätskliniken
Postfach 10 10 07
40001 Düsseldorf

Telefon 02 11/3 11 77 20

Telefax 02 11/3 11 88 53

Die Leukämie-Liga wurde 1989 als gemeinnütziger Interessenverband zur Bekämpfung bösartiger Blutkrankheiten im Erwachsenenalter gegründet. Die Initiatoren gehen davon aus, daß die staatliche Unterstützung bei der Bekämpfung bösartiger Blutkrankheiten unzureichend ist und daß es private Initiative erfordert, die Leukämitherapie zu fördern und das Schicksal von Leukämiekranken in medizinischer und humaner Hinsicht zu verbessern.

Ziele und Aufgaben im einzelnen sind:

Unterstützung und Förderung

- der Erforschung der Leukämie und anderer bösartiger Blutkrankheiten
- der Verbesserung der Therapie von Leukämiekranken
- der Öffentlichkeitsarbeit über Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten bösartiger Blutkrankungen
- der Bewältigung der oft sehr schwierigen Lebenssituationen der Patienten.

Die Leukämie-Liga finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden

Gremien sind: Vorstand, Mitgliederversammlung und Wissenschaftlicher Beirat.

Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören führende Ärzte und Wissenschaftler an, die in der Forschung sowie in Diagnostik und Therapie der Leukämie tätig sind.

Aufgaben und Ziele der Institution

Es liegt ein Faltblatt zur Selbstdarstellung der Leukämie-Liga e.V. vor, mit Zielen und Aufgaben der Organisation sowie Adresse und Telefonnummer. Weiterhin hält die Leukämie-Liga e.V. auf Anfrage Informationsschriften zur Erkennung und Behandlung von Leukämieerkrankungen bereit

Medienangebote

**LEUKÄMIE-LIGA
e.V.**

**Service-
leistungen**

Da der Verein erst 1989 gegründet wurde, können noch keine Serviceleistungen angeboten werden. Auf telefonische oder schriftliche Anforderung kann jedoch mitgeteilt werden, wie die Aufgaben und Ziele der Organisation unterstützt werden können. Ferner können Informationsschriften über Leukämieerkrankungen angefordert werden.

Ebenso können bei Bedarf Adressen von Spezialisten für bösartige Bluterkrankungen angefordert werden.

Empfehlungen

Die Leukämie-Liga e.V. gibt Auskunft über Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten bei bösartigen Bluterkrankungen.

Außerdem können Adressen von Spezialisten angefordert werden.

MEDIZINISCHES INSTITUT FÜR UMWELTHYGIENE AN DER HEINRICH-HEINE- UNIVERSITÄT DÜSSELDORF

Adresse Auf'm Hennekamp 50
40225 Düsseldorf

Telefon 02 11/33 89-0

Telefax 02 11/3 19 09 10

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene ist an der Universität Düsseldorf angesiedelt und wird zu gleichen Teilen durch die Bundesrepublik Deutschland und durch das Land Nordrhein-Westfalen finanziert. Die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Institutes und aus dem Institut sind vor allem als Grundlagenmaterial für die Gesundheitserziehung im Bereich Umweltbelastungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen sowie Regionalunterschiede in den Gesundheitsbelastungen geeignet.

*Für den
eiligen Leser*

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf wurde 1962 als Medizinisches Institut für Lufthygiene und Silikoseforschung gegründet.

Das Institut ist eine Einrichtung der Gesellschaft zur Förderung der Lufthygiene und Silikoseforschung e.V. und wird jeweils zur Hälfte durch die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen finanziert.

Die Aufgabenstellung des Medizinischen Institutes für Umwelthygiene hat sich in den zurückliegenden drei Jahrzehnten deutlich verändert. Zunächst waren die Erforschung der Staublungenerkrankungen einerseits und die Untersuchung medizinischer Probleme der Luftverunreinigung andererseits die Hauptaufgabenfelder der Einrichtung.

Mit der wachsenden Bedeutung des Umweltschutzes verlagerte sich der Aufgabenschwerpunkt des Institutes in den Bereich der Umwelthygiene. Als Folge dieser Entwicklung erhielt das Institut Ende der siebziger Jahre seinen jetzigen Namen.

Die heutige Aufgabe des Umwelthygiene-Institutes besteht vor allem darin, umweltbedingte Gefahren für die menschliche Gesundheit aufzudecken und wissenschaftliche Grundlagen für geeignete Maßnahmen zur Abwendung umweltbedingter Gesundheitsschäden zu erarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei dem Zusammenwirken mehrerer Umweltschadstoffe gewidmet.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

**MEDIZINISCHES
INSTITUT FÜR
UMWELTHYGIENE
AN DER
HEINRICH-HEINE-
UNIVERSITÄT
DÜSSELDORF**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Zur Bewältigung dieser Aufgabenstellung verfolgt das Institut ein ausgeprägt interdisziplinäres Forschungskonzept

So sind an der Mehrzahl der Untersuchungsvorhaben Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachrichtungen beteiligt, die aus den verschiedenen Abteilungen des Institutes kommen. Neben experimentellen Untersuchungen führt das Umwelthygiene-Institut seit einer Reihe von Jahren auch breit angelegte epidemiologische Untersuchungen an großen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlich belasteten Gebieten durch. Das Institut ist in diesem Zusammenhang auch maßgeblich an den im Rahmen der Luftreinhaltepläne durchgeführten Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Ballungsgebieten Nordrhein-Westfalens beteiligt.

Neben diesen neueren umweltmedizinischen Aufgaben des Institutes werden weiterhin die Entstehung sowie die Vorbeugung und Behandlung der Silikose untersucht.

Zusätzlich zu seinen Forschungsaufgaben hat das Medizinische Institut für Umwelthygiene auch Beratungsaufgaben. So werden Landes- und Bundesbehörden mit Gutachten, Auskünften und in Fragen des Umweltschutzes unterstützt. Ebenso werden Auslandsreisende und Auslandsurlaubsreisende bei tropentypischen Erkrankungen beraten und versorgt.

Das Institut pflegt seit seiner Gründung enge Kontakte zur Universität Düsseldorf und zu Wissenschaftlern des In- und Auslands.

Hier bestehen Kooperationsvereinbarungen u. a. mit dem Institut of Health of China National Center of Preventing Medicine der Volksrepublik China, dem Institut of Public Health der John Hopkins University in Baltimore, mit dem Institut für Hygiene und Epidemiologie in Prag sowie mit dem Pasteur-Institut in Paris.

Das Institut ist außerdem WHO-Referenzlabor zur Abschätzung der Bleibelastung und Bleiwirkung.

Medienangebote

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf gibt jährlich einen umfangreichen Tätigkeitsbericht heraus, in dem über die Arbeit des Institutes und seiner einzelnen Abteilungen berichtet wird. In diesem Jahresbericht werden vor allem auch die jeweils laufenden Forschungsvorhaben ausführlich dargestellt.

Der größte Teil der Veröffentlichungen, die das Institut neben dem Jahresbericht hervorbringt, sind Monographien und Publikationen in Fachbüchern und Fachzeitschriften sowie Vorträge auf Fachtagungen, die aus den laufenden Forschungsprojekten hervorgehen. Derzeit befaßt sich das Institut mit dem Aufbau einer

Umweltdatenbank, in der die Wirkungsweise einzelner Umweltschadstoffe sowie das Zusammenwirken mehrerer Umweltschadstoffe gespeichert werden sollen. Zu wichtigen Forschungsergebnissen verbreitet das Medizinische Institut für Umwelthygiene Pressemeldungen.

Ein Verzeichnis der Vorträge, Aufsätze, Monographien und sonstigen Publikationen des Institutes wird im jeweiligen Jahresbericht veröffentlicht. Dieser Jahresbericht kann über den Buchhandel bezogen werden, eine beschränkte Menge steht zur kostenlosen Weitergabe an Universitätsinstitute und öffentliche Einrichtungen zur Verfügung.

**Service-
leistungen**

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf führt Grundlagenforschung und Einzelbereichsuntersuchungen zur Erfassung, Erkennung und Verdeutlichung von umweltbedingten Gesundheitsgefahren durch. Ein Teil dieser Untersuchungen wird dabei im Auftrag von Behörden und anderen öffentlichen Auftraggebern und mit deren Mitteln erstellt.

Ein Schwerpunkt dieser Forschungsarbeit sind Untersuchungen über Häufigkeit und Umweltbedingtheit von Krebserkrankungen, insbesondere Lungenkrebs. Dazu gehört auch die Suche nach geeigneten und ungefährlichen Ersatzstoffen für die krebserzeugenden Faserarten wie z. B. Asbest.

Ein anderer Schwerpunkt ist die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Luftverunreinigungen und Atemwegserkrankungen. Hier wird durch Auswertung von Erkrankungsdaten der Frage nachgegangen, ob Atemwegserkrankungen, wie z. B. Pseudokrupp und Bronchitis, in Belastungsgebieten häufiger auftreten als in Reinluftgebieten.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Forschungsbemühungen des Institutes betrifft die Frage, ob Umweltschadstoffe Einfluß auf allergische Reaktionen haben und in welchem Maße Umweltschadstoffe die körpereigene Erkrankungsabwehr stören können.

Untersucht werden im Bereich der Umweltschadstoffe auch die Auswirkungen der Belastung des Körpers mit Schwermetallen wie Quecksilber, Cadmium und Blei sowie mit organischen Verbindungen, insbesondere chlorierten Kohlenwasserstoffen. Dabei stehen die Auswirkungen von Umweltschadstoffen auf das Nervensystem, die Niere und das Immunsystem im Vordergrund.

Ein Forschungsschwerpunkt des Umwelthygiene-Institutes ist der Bereich der Belästigungsreaktionen auf geruchsintensive Stoffe und auf Verkehrs- und Industrielärm.

Hier werden Feldstudien über den Zusammenhang von Belastung und Belästigung und Untersuchungen zur Objektivierung von Geruchswirkungen durchgeführt. Durch epidemiologische Studien werden die Belästigungswirkungen verschiedener Lärmarten wie Betriebs- und Verkehrslärm ermittelt. Daneben wird die Wirksamkeit von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Wohngebieten und von Schallschutzmaßnahmen auf Autobahnen untersucht.

Neben seinen umweltmedizinischen Forschungsleistungen erbringt das Umwelthygiene-Institut auch umweltmedizinische Beratungsleistungen. Es hat hierzu eine umweltmedizinische Beratungsstelle eingerichtet, die auf Veranlassung niedergelassener Ärzte Patienten daraufhin untersucht, ob und inwieweit eine Erkrankung auf Belastungen durch die Umwelt zurückzuführen ist, und die den Arzt bei der Entwicklung einer entsprechenden Therapie unterstützt.

Darüber hinaus sind die Mitarbeiter des Institutes als Sachverständige und Gutachter zu Umweltfragen tätig. Das Institut insgesamt berät Behörden des Bundes und der Länder zu Fragen des Umweltschutzes.

Jährlich werden vom Institut etwa zwei bis drei Tagungen zu unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten veranstaltet. Dabei sind die im Institut selbst durchgeführten Tagungen in der Regel kostenlos. Zu Tagungen an anderen Orten und mit externen Referenten müssen die Teilnehmer einen Kostenbeitrag leisten.

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ist ein wichtiger Ansprechpartner für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

So können die Ergebnisse der Forschungsarbeiten des Umwelthygiene-Institutes herangezogen werden, um die Gesundheitsrisiken besser abschätzen zu können, die beispielsweise von preisgünstigen, aber lärm- und schadstoffbelasteten Baustandorten und Bauflächen für den zukünftigen Nutzer ausgehen. Gleiches gilt auch für die Gesundheitsrisiken billiger, aber schadstoffbelasteter Baustoffe.

Durch die Umweltmedizinische Beratungsstelle kann das Umwelthygiene-Institut über allgemeine Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen hinaus unmittelbare Gesundheitsbeeinträchtigungen und Erkrankungsursachen im Wohnumfeld von Betroffenen aufspüren helfen.

Die Umweltdatenbank des Umwelthygiene-Institutes stellt darüber hinaus ein wichtiges Hilfsmittel dar, schon erarbeitete Ergebnisse zu umweltmedizinischen Fragestellungen auch für solche Problembereiche verfügbar zu machen, für die bisher noch keine Grunduntersuchungen vorliegen.

**MEDIZINISCHES
INSTITUT FÜR
UMWELTHYGIENE
AN DER
HEINRICH-HEINE-
UNIVERSITÄT
DÜSSELDORF**

Empfehlungen

NATIONALE AIDS-STIFTUNG

Adresse Adenauerallee 58
53113 Bonn

Ansprechpartner Frau Kristine Reis (Geschäftsführerin)

Telefon 02 28/21 40 98

Die Nationale AIDS-Stiftung wurde Ende 1987 von der damaligen Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, ins Leben gerufen. Die Stiftung geht auf eine Anregung des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl zurück. Stifter waren der Verband der privaten Krankenversicherung e.V., die Daimler-Benz AG und das Deutsche Rote Kreuz. Zu dem Anfangsvermögen von 1.000.000, DM stifteten der Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen e.V., das Deutsche Hilfswerk, die Bundesregierung und das Deutsche Rote Kreuz zu, so daß das Stiftungsvermögen rund 9 Mio. DM beträgt.

Die satzungsgemäßen Zwecke, AIDS zu bekämpfen und HIV-infizierten und aidskranken Menschen zu helfen, verwirklicht die Stiftung, indem sie

- Unterstützung in Härtefällen gewährt,
- die Versorgung und Betreuung von HIV-infizierten und aidskranken Menschen verbessern hilft,
- die wissenschaftliche AIDS-Forschung und ihre Anwendung einschließlich der Förderung der Forschung zur Stärkung des Immunsystems und der Infektionswegeforschung fördert,
- alle sonstigen Maßnahmen, die dem Stiftungszweck dienen, durchführt und fördert.

Außerdem wirkt die Stiftung der Ausgrenzung und Diskriminierung entgegen, der die kranken und infizierten Menschen oft ausgesetzt sind.

Die Arbeit der Stiftung konzentriert sich daher auf zwei Schwerpunkte:

1. Einzelfallhilfe, die schnell und unbürokratisch individuelle Notlagen von HIV-infizierten oder an AIDS erkrankten Menschen lindern soll, wenn die Kosten nicht von anderen Trägern übernommen werden,
2. Förderung der Forschungsansätze zur Erkennung der Infektionswege, des Infektionsverlaufs und der Infektionsabwehr, für sozialwissenschaftliche Studien und Evaluationsmaßnahmen

Von der Gründung bis heute (Stand einschl. Dez. 1993) gingen bei der Stiftung 2.228 Anträge auf Bereitstellung von Stiftungsmitteln für Einzelpersonen und Projekte ein, allein 638 in 1993. Insgesamt wurden 1993 mehr als 650.000 DM für satzungsgemäße Zwecke ausgegeben, wobei die Einzelfallhilfe mit fast 550.000 DM den Schwerpunkt bildet. Die Zahl der Anträge steigt ständig: 342 Anträge in den Jahren 1988/89 stehen 638 im Jahr 1993 gegenüber. Der weitaus größte Teil aller Anträge wurde auch 1993 von Institutionen/

Aufgaben und Ziele der Institution

**NATIONALE
AIDS-STIFTUNG**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Betreuern gestellt. In der Mehrzahl aller Fälle gelang es, über eine Bewilligung innerhalb von zwei Wochen zu entscheiden. Die Zweckbestimmung der bewilligten Gelder lag 1993 schwerpunktmäßig in den Bereichen „Wohnung“ und „Hausrat“. Obwohl die Stiftung bundesweit arbeitet, kam 1993 ein Drittel aller positiv entschiedenen Anträge aus Berlin.

Die Stiftung wird geleitet von dem Stiftungsrat und dem Vorstand, Beratungsgremien sind das Kuratorium und der wissenschaftliche Beirat.

Dem Stiftungsrat gehören neben je einem Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes und des Verbandes der privaten Krankenversicherung bis zu 13 weitere Mitglieder an, die berufen werden. Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter, er entscheidet in allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, beruft die Mitglieder des Vorstandes, des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirates und beschließt über den Haushaltsplan und die Jahresrechnung.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und höchstens zwei weiteren Mitgliedern. Sie werden berufen und dürfen nicht dem Stiftungsrat angehören. Der Vorstand führt die Geschäfte der Stiftung nach der Satzung und den Beschlüssen des Stiftungsrates, vertritt die Stiftung, erstellt den Haushaltsplan,

Aktions- und Maßnahmenplan, Jahresbericht und -rechnung und kann im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat einen Geschäftsführer bestellen. Dem vom Stiftungsrat berufenen Kuratorium gehören bis zu 15 Mitglieder an, sie sollen Vertreter der Wohlfahrtsverbände und kommunalen Spitzenverbände und andere fachkundige Personen sein. Das Kuratorium soll den Stiftungsrat unterstützen und Vorschläge für die Verwendung der Mittel machen. Der ebenfalls vom Stiftungsrat berufene wissenschaftliche Beirat soll diesen in allen Fragen des wissenschaftlichen Förderungsprogramms beraten, dessen Durchführung begleiten und Vorschläge dazu machen.

Während die Antragszahlen und die Ausgaben kontinuierlich steigen, decken die Einträge aus dem Stiftungskapital gerade die Kosten der Verwaltung (zweieinhalb Stellen). Das bedeutet, daß die Stiftung durch Spendenprojekte den Fluß ihrer Einnahmen sicherstellen muß, um ihre satzungsgemäßen Aufgaben erfüllen zu können.

Anfang 1989 hat sich die Nationale AIDS-Stiftung mit der DEUTSCHEN AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“, Köln, zur Arbeitsgemeinschaft deutscher AIDS-STIFTUNGEN zusammengeschlossen. Zweck der Zusammenarbeit ist die Schaffung eines einheitlichen Bildes in der Öffentlichkeit und die Koordination großer Spendenprojekte.

Medienangebote

Entsprechend der Haupttätigkeit und Zielsetzung der Nationalen AIDS-Stiftung gibt es kein Medienangebot.

Serviceleistungen

Die wichtigste Leistung der Stiftung ist entsprechend der Ziele die materielle Hilfe für HIV-infizierte und aids-kranke Bürgerinnen und Bürger. Diese Hilfe, die meist in enger Zusammenarbeit mit AIDS-Hilfegruppen, Beratungsstellen, Kliniken und Ärzten geleistet wird, bezieht sich vor allem auf drei Bereiche:

1. Die Unterstützung im sozialen Bereich beinhaltet Kostenzuschüsse zu Wohnung (Mietkaution, Maklergebühr, Renovierung), Kleidung, Nahrung, Beihilfen zur Sicherung des Arbeitsplatzes usw.
2. Im psychosozialen Bereich sollen die Beihilfen auch zur Vermeidung von Vereinsamung beitragen (Fahrtkosten, Begegnung mit Angehörigen).

3. Ggf. werden die Kosten für einen Rechtsbeistand übernommen.

Der andere Teil der Stiftungsleistungen ist die Förderung der wissenschaftlichen AIDS-Forschung. Hier werden besondere Projekte gefördert, die sich auf medizinische oder sozialwissenschaftliche Fragestellungen beziehen oder gezielte Evaluationsmaßnahmen sind.

Zu beiden Förderungsbereichen: Einzelfallhilfe und Forschung - gibt es Vergaberichtlinien, die bei der Stiftung angefordert werden können.

Empfehlungen

Für die, die in der Beratung und Betreuung von HIV-infizierten und aids-kranken Menschen tätig sind, ist es wichtig, die Möglichkeiten der Nationalen AIDS-Stiftung zu kennen und ggf. für Betroffene zu nutzen.

Außerdem sollte an Möglichkeiten gedacht werden, die Arbeit der Stiftung durch Spendenaktionen zu unterstützen.

NATIONALE KONTAKT- UND INFORMATIONSC- STELLE ZUR ANREGUNG UND UNTERSTÜTZUNG VON SELBSTHILFE- GRUPPEN DER DEUTSCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTHILFEGRUPPEN e.V.

– NAKOS –

Adresse Albrecht-Achilles-Str. 65
10709 Berlin

Telefon 0 30/8 91 40 19

Telefax 0 30/8 93 40 14

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAGSHG), Friedrichstraße 28, 35392 Gießen, wurde 1975 gegründet, um die Bildung und die Arbeit von Selbsthilfegruppen anzuregen und zu unterstützen. 1982 wurde sie als gemeinnütziger Verein anerkannt und eingetragen. 1984 hat die DAGSHG die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) eingerichtet. Die NAKOS hat seitdem die Funktion einer bundesweiten unabhängigen, problemübergreifenden Informations- und Vermittlungsinstanz für Selbsthilfegruppen und Selbsthilfegruppen-Interessenten sowie für Fachleute, Verbände, Behörden, Medien und die allgemeine Öffentlichkeit übernommen. Dabei arbeitet sie mit über 200 lokalen Kontakt- und Informationsstellen zusammen.

Aus dem weiten Spektrum der unterschiedlichen Selbsthilfeszusammenschlüsse bemüht sie sich insbesondere um solche Gruppen, in denen die unmittelbare menschliche Begegnung am Wohnort im Vordergrund steht. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich eine Vielzahl solcher Selbsthilfegruppen gebildet. Sie genießen meist keinen Rückhalt bei großen Organisationen, Verbänden oder der öffentlichen Hand, wünschen aber und benötigen dringend Unterstützung.

Die Aufgaben der NAKOS sind:

- über die Existenz und Arbeitsweise von Selbsthilfegruppen zu informieren, den Selbsthilfegruppen-Gedanken in der Öffentlichkeit zu verbreiten,
- Wege der Unterstützung und Förderung von Selbsthilfegruppen aufzuzeigen und voranzubringen.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- NAKOS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Außerdem

- vermittelt die NAKOS Interessenten an Selbsthilfegruppen und hilft beim Aufbau neuer Selbsthilfegruppen,
- hilft sie, lokale oder regionale Unterstützungseinrichtungen für Selbsthilfegruppen aufzubauen (sogenannte Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen),
- bildet sie dort tätige ehrenamtliche und professionelle Unterstützer fort, wirkt sie insgesamt auf ein selbsthilfegruppenfreundliches Klima hin, insbesondere bei Entscheidungsträgern der Sozial- und Gesundheitspolitik in Bund, Ländern und Kommunen, der freien Wohlfahrtsverbände und der gesetzlichen Krankenversicherungen.

Die NAKOS wird aus Mitteln der Berliner Senatsverwaltung für Soziales gefördert

Seit 1992 werden zwei Projekte aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie und Senioren gefördert, die sich mit Dokumentation und Information (Projekt INFOBÖRSE) und der Qualifizierung der Unterstützung von Selbsthilfegruppen (Fortbildungsprojekt) beschäftigen

Aus Mitteln der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung werden Printmedien entwickelt und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Träger der NAKOS ist die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V., Gießen, in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk Bundesverband e. V., Frankfurt (Main).

Medienangebote

Mit ihren Medienangeboten, die sich in erster Linie auf Printmedien beschränken, will die NAKOS Informationen über die Arbeitsweise und Möglichkeiten von Selbsthilfegruppen vermitteln

In diesem Zusammenhang erstellt sie Informationsmaterialien und Arbeitshilfen (Faltblätter, Broschüren, Plakate, Selbsthilfegruppen-Zeitung), die Selbsthilfegruppenteilnehmern und Interessenten bzw. beruflichen Helfern Informationen vermitteln bzw. Aufgaben von Selbsthilfegruppen-Unterstützungseinrichtungen beschreiben.

Mit ihren Medien will NAKOS eine breite Öffentlichkeit, insbesondere auch Entscheidungsträger im sozial- und Gesundheitsbereich ansprechen.

Periodische Medien sind:

Selbsthilfegruppen Nachrichten der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V.
Sie erscheinen einmal jährlich. In erster Linie als Mitgliederzeitung konzipiert, versteht sich die SN als Forum für alle, die sich mit dem Gedanken der Selbsthilfe befassen
Die SN informiert ihre Mitglieder über neue und bestehende Selbsthilfegruppen und enthält Tagungsberichte, Erfahrungsberichte der örtlichen Vereine, sowie Informationen über die Öffentlichkeitsarbeit der DAGSHG
NAKOS-INFO
Das NAKOS-INFO gibt Aktuelles aus der Arbeit der NAKOS an die örtlichen Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen weiter. Er erscheint vierteljährlich

Als nicht periodische Medien erstellt NAKOS eine Reihe von Faltblättern und Broschüren. Beispielhaft seien genannt:

NAKOS-EXTRA

In der Reihe NAKOS-EXTRA werden Beiträge einer interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht, die aktuelle Tendenzen und Entwicklungen aus der Arbeit von Selbsthilfegruppen bzw. deren fachliche und institutionelle Förderung zum Gegenstand haben.

Starthilfe Zum Aufbau von Selbsthilfegruppen - Leitfaden für Gründer

Adressverzeichnisse:

„Lokale/Regionale Selbsthilfegruppen-Unterstützungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland“,
„Bundesweite Selbsthilfevereinigungen & relevante Institutionen“.

Unter dem Oberbegriff Selbsthilfegruppen gibt die NAKOS Faltblätter für Betroffene und Angehörige heraus, in denen die Bewältigungsmöglichkeiten von Erkrankungen durch Selbsthilfegruppen aufgezeigt und Tips für die Gründung und die Arbeit einer Gruppe gegeben werden

Das Plakatangebot soll die Öffentlichkeit auf das Bestehen von Selbsthilfegruppen hinweisen und ist genauso wie die anderen erwähnten Medien kostenlos oder gegen eine geringe Spende erhältlich.

Serviceleistungen

Die NAKOS steht als Ansprechpartner für alle fachlichen Fragen auf dem Gebiet der Selbsthilfegruppenarbeit zur Verfügung

Von besonderer Bedeutung ist der Kontakt zu Journalisten, die der Arbeit von Selbsthilfegruppen aufgeschlossen gegenüberstehen, und die die Selbsthilfegruppen-Idee weiter verbreiten bzw. bei konkreten Anregungsaktionen mitwirken wollen

Die NAKOS unterstützt die Bildung lokaler Kontakt- und Informationsstellen (durch Beratung) in Städten ohne

Anlaufstellen hält sie Kontakt zu einzelnen Personen (zumeist beruflichen Helfern), die Selbsthilfegruppen unterstützen

Sie trägt im Rahmen fachspezifischer Arbeitstagen und durch eigene Veranstaltungen auf Bundesebene zur Fortbildung von beruflichen Helfern des Sozial- und Gesundheitsbereichs bei und fördert die Entwicklung einer stabilen Zusammenarbeit von beruflichen Helfern mit Selbsthilfegruppen

Sie führt bundesweite Fachtagungen zu Fragen der Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen durch.

Über die Bedingungen der Teilnahme sowie über die anfallenden Kosten sollten sich Interessierte bei der NAKOS informieren

Die NAKOS ist gerne bereit, ihr Fachwissen für politische Entscheidungsträger zur Verfügung zu stellen, damit die notwendige Unterstützung von Selbsthilfegruppen mit sinnvollen Konzepten und auf angemessene Weise entwickelt werden kann.

- NAKOS -

Serviceleistungen

Über die NAKOS sind folgende Publikationen (kostenlos) erhältlich:

- Selbsthilfegruppen Nachrichten (erscheint jährlich)
- Starthilfe - Zum Aufbau von Selbsthilfegruppen Leitfaden für Gründer (Standardmedium)

Weiterhin sollten Interessierte auch das übrige Medienangebot beachten und sich über die Arbeitstagungen und Fortbildungsveranstaltungen informieren

Fachwissen, z. B. für die Unterstützung von Selbsthilfegruppen, sollte bei der NAKOS abgefragt werden.

Empfehlungen

NICHTRAUCHER- INITIATIVE DEUTSCHLAND e. V.

– NID –

Adresse	Carl-von-Linde-Straße 11 85716 Unterschleißheim
Ansprechpartner	Ernst-Günther Krause (geschäftsführender Vizepräsident)
Telefon	0 89/3 17 12 12
Telefax	0 89/3 17 40 47

Die Nichtraucher-Initiative Deutschland e. V. (NID) wurde im Oktober 1988 von den seit Anfang der siebziger Jahre nach und nach entstandenen regionalen Nichtraucher-Initiativen und in diesen engagierten Einzelpersonen mit der Intention gegründet, die Wirksamkeit regionaler Aktivitäten durch zusätzliche Aktivitäten auf Bundesebene zu erhöhen. Da der NID inzwischen alle relevanten örtlichen und regionalen Nichtraucher-Initiativen angehören, übt sie die Funktion eines Spitzenverbandes aus.

Langfristiges Ziel der NID ist eine rauchfreie Gesellschaft. Kurz- und mittelfristig strebt die NID einen gesetzlichen Nichtraucherschutz an, der davon ausgeht, daß Nichtrauchen die Norm und Rauchen die Ausnahme ist, mithin nur das Rauchen und nicht das Nichtrauchen bzw. der Nichtraucherschutz geregelt werden muß.

Hauptaufgabe der NID ist die Information und Unterstützung von Nichtrauchern, die sich und andere vor den Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Passivrauchen schützen wollen. Mitgliedern gewährt die NID in allen Nichtraucherschutzangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung Rechtsschutz.

Entwöhnungswilligen Rauchern hilft die NID mit Informationen über Methoden und Anschriften von speziellen Einrichtungen zur Raucherentwöhnung.

Da ein wirksamer Nichtraucherschutz ohne breite gesellschaftliche Akzeptanz nicht möglich ist, zählt die Öffentlichkeitsarbeit zu den wichtigsten Aufgaben der NID.

Ihre Aktivitäten finanziert die NID durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Neben vielen eigenen Medien verwendet sie dabei auch Medien der Krankenkassen, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und verschiedener anderer Institutionen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- NID -

Medienangebote

Die NID hält grundsätzlich vier verschiedene Informations-Sets bereit:

1. Nichtraucher-Schutz-Set,
2. Raucherentwöhnungs-Set,
3. Multiplikatoren-Set,
4. Initiativen-Set.

Je nach Art des Sets sind enthalten:

1. „Nichtraucher-Info“ (vierteljährlich erscheinende Mitgliederzeitschrift mit aktuellen Informationen),
2. „Nichtraucherfreundliche Gastronomie“ (Broschüre mit Anschriften von Hotels, Pensionen, Restaurants, Gaststätten und Cafés, die auch auf die Bedürfnisse der Nichtraucher eingehen),
3. „Informationen rund um den Nichtraucherschutz“ (Broschüre mit spezifischen medizinischen und juristischen Informationen sowie konkreten Beispielen),

4. Medienverzeichnis mit Abbildung der gängigen Aufkleber, Poster, Informationsblätter und Broschüren,
5. Aufkleber der NID,
6. Broschüren, Poster und Aufkleber verschiedener Organisationen zum Nichtraucherschutz und zur Raucherentwöhnung,
7. Tips für die Gründung einer regionalen Nichtraucher-Initiative,
8. Verzeichnis regionaler Nichtraucher-Initiativen.

Ein Teil der NID-Aufkleber ist speziell auf kinder- und jugendspezifische Belange zugeschnitten.

Die Informations-Sets werden zwar grundsätzlich kostenlos abgegeben, doch wird ein Versandkostenbeitrag in Form von 5,- DM Rückporto erbeten.

Größere Mengen der NID-eigenen Medien werden nur in begründeten Einzelfällen kostenlos abgegeben. Bei NID-fremden Medien ist die Bezugsquelle angeben.

Serviceleistungen

Die NID berät Nichtraucher in allen Nichtraucherschutzangelegenheiten, wenn notwendig, auch durch individuelle Unterstützung bei der Formulierung von Anträgen auf Nichtraucherschutz vor allem am Arbeitsplatz, aber auch an anderen Orten (Verkehrsmittel, Versammlungen, Hausnachbarn usw.).

In Zusammenarbeit mit einem Teil der örtlichen Nichtraucher-Initiativen übernimmt die NID auch die Beratung von entwöhnungswilligen Rauchern

Empfehlungen

Die NID ist Ansprechpartner für alle Probleme in Zusammenhang mit Aktiv- und Passivrauchen. Dank personeller Kontinuität und einer Datenbank ist sie in der Lage, schnell an Informationen und Anschriften von Fachleuten zu gelangen. Es dürfte wohl keine Institution geben, die mit Ausnahme des Ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit e.V., mit dem die NID eng zusammenarbeitet, eine größere Kompetenz in Sachen Nichtraucherschutz besitzt.

Institutionen mit gleichen oder verwandten Zielen können sich in den NID-Presserverteiler und in den Verteiler für die Mitgliederzeitschrift „Nichtraucher-Info“ aufnehmen lassen.

OBERSTUFEN-KOLLEG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN AN DER UNIVERSITÄT BIELEFELD

Adresse Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld

Telefon 05 21/1 06-28 57

Telefax 05 21/1 06-29 67

Das Oberstufen-Kolleg ist 1971 gegründet worden, es ist eine Versuchsschule des Landes Nordrhein-Westfalen und eine zentrale Einrichtung der Universität Bielefeld. Beschäftigt sind am Oberstufen-Kolleg ca. 100 wissenschaftliche MitarbeiterInnen in einer interdisziplinären Zusammensetzung.

Zu den Aufgaben des Oberstufen-Kolleg gehören die Curriculumentwicklung, die Erprobung neuer Ausbildungsformen und -inhalte im Bereich der Sekundarstufe II und des Grundstudiums der Universitäten, u. a. im Bereich Gesundheitswissenschaften, Ökowsissenschaften und Frauenstudien.

Das „Praxisbüro Gesundheitsförderung in und mit Schulen (GimS)“ am Oberstufen-Kolleg veranstaltet Werkstatt-Tagungen, koordiniert ein lokales Kooperationsprojekt „GimS“ in Bielefeld und trägt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für gesundheitsfördernde Schulen (DCGS).

Aufgaben und Ziele der Institution

Veröffentlichungen sind in einem eigenen Literaturdienst „Literos“ zusammengefaßt und können als Kopien, Buch- oder Broschürenveröffentlichung gegen Kostenerstattung angefordert werden. Beispielhaft seien genannt:

- Friedrich, Waltraud (Hg.): Wie lehrt und lernt man Gesundheit?, Bielefeld 1989,
- Bröbkamp, Ursel (Hg.): Gesundheitswissenschaften. Gesundheitsförderung in und mit Schulen. Konzepte – Praxisbeispiele – Tagungsdokumentationen, Bielefeld 1992,
- Maaß, Hermann (Hg.): Gesundheitsthemen im Fachunterricht. Beiträge zur Theorie und Praxis der Gesundheitsbildung, Bielefeld 1992.

In einzelnen Bereichen (z. B. Projektunterricht) sind auch Videofilme und -dokumentationen erhältlich.

Medienangebote

**OBERSTUFEN-
KOLLEG DES
LANDES
NORDRHEIN-
WESTFALEN**

*Service-
leistungen*

Auf Anfrage sind Hospitationen im Bereich Gesundheitswissenschaften und Besuche vor Ort möglich. Es gibt eine ReferentInnen-Liste, die auf Anforderung zugesandt wird. Bei schriftlichen Anfragen bitte Rückporto beilegen

Empfehlungen

Für weitere Informationen findet sich im Gesundheitswegweiser eine Beschreibung der DGGs/EGGS, die ebenfalls Angebote im oben beschriebenen Bereich bereithält.

ÖKO-INSTITUT INSTITUT FÜR ANGEWANDTE ÖKOLOGIE e. V.

Adresse Postfach 6226
79038 Freiburg

Ansprechpartner Jörn Ehlers
(Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon 07 61/47 30 37

Telefax 07 61/47 54 37

Das Öko-Institut e V ist ein unabhängiger, gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Ökologie zu fördern. Anspruch dieser Wissenschaft ist es, akute und zukünftige Umweltgefahren zu analysieren, zu bewerten sowie Strategien und Modelle zur Bewältigung dieser Probleme zu entwickeln. Ökologische und soziale Verträglichkeit sind dabei die Hauptkriterien.

Gegründet wurde das Öko-Institut e. V. im November 1977 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um ein geplantes Kernkraftwerk in Wyhl. In Wyhl und anderswo hatten Bürgergruppen immer wieder die Erfahrung gemacht, daß sie im Kampf gegen umweltzerstörerische und gesundheitsgefährdende Großprojekte einer Übermacht von Fachleuten auf seiten der Industrie gegenüberstehen, während sie selbst keine wissenschaftliche Unterstützung erhalten. Mit der Gründung des Instituts sollte diese Lücke geschlossen werden.

Von Beginn an beschränkte man sich nicht auf die Atomkraft- und Energiethematik. Das Öko-Institut e. V. arbeitet heute in den Arbeitsbereichen Chemie, Energie, Gentechnik, Reaktorsicherheit, Recht und Verkehr. Dort werden Projekte bearbeitet, die von öffentlichen oder privatrechtlichen Einrichtungen in Auftrag gegeben oder aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts erarbeiten Konzepte, erstellen Gutachten und beraten als Sachverständige sowohl Bürgerinitiativen als auch Verantwortliche in Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und Industrie. Mitarbeiter wirken in Gremien und Kommissionen mit und treten in Anhörungen als „Anwalt der Umwelt“ auf. Auf der Grundlage eigener wissenschaftlicher Ergebnisse werden Stellungnahmen zu ökologisch relevanten Fragen erarbeitet.

Insgesamt arbeiten in der Geschäftsstelle Freiburg und im Büro Darmstadt rund 70 Mitarbeiter. davon drei Viertel im wissenschaftlichen Bereich. Getragen wird das Institut derzeit von etwa 5.500 Mitgliedern, darunter über 80 Städte und Gemeinden.

Aufgaben und Ziele der Institution

**ÖKO-INSTITUT
INSTITUT FÜR
ANGEWANDTE
ÖKOLOGIE e. V.**

Medienangebote

Zu den Grundsätzen des Instituts gehört es, daß grundsätzlich alle Untersuchungen veröffentlicht werden. Ein Teil dieser Arbeiten wird in Eigenregie herausgegeben. Auf diese Publikationen erhalten die Mitglieder einen Rabatt von 20 Prozent. Bei Studien, die eine größere Leserschaft erwarten lassen, wird mit unterschiedlichen Verlagen kooperiert. Es ist zu berücksichtigen, daß laufend Neuerscheinungen hinzukommen. Deshalb empfiehlt es sich, ein aktuelles Literaturverzeichnis anzufordern.

Überdies gibt das Institut die Zeitschrift *Öko-Mitteilungen* heraus. Alle Mitglieder erhalten sie viermal im Jahr

kostenlos frei Haus. In den Öko-Mitteilungen finden sich Kurzdarstellungen neuer Forschungsprojekte und interne Informationen. Darüber hinaus bietet die Publikation Berichte zu aktuellen Themen der Umweltproblematik, und sie informiert über Neuerscheinungen und wichtige Termine.

Weitere Periodika des Instituts sind der *Rundbrief der Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren*, in dem über laufende Genehmigungsverfahren informiert wird, und das *Energiewende-Info* mit Artikeln zu energiepolitischen Fragestellungen. Beide Publikationen können abonniert werden.

Serviceleistungen

Das Öko-Institut e. V. verfügt über eine *Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren (KGV)*. Die Stelle wurde eingerichtet, um den Einfluß von Bürgern und ihre Beteiligung bei Genehmigungsverfahren zu stärken. Die KGV stellt Informationsmaterialien zusammen und unterrichtet besorgte Bürger über ihre Einflußmöglichkeiten.

Überdies organisiert das Öko-Institut e. V. in unregelmäßigen Abständen Informations- und Fortbildungsveranstaltungen. Auf die Tagungen wird in den Öko-Mitteilungen rechtzeitig hingewiesen. Mitglieder können zu einer ermäßigten Gebühr an diesen Seminaren teilnehmen.

Empfehlungen

Als kostenlose Materialien können bezogen werden:

Selbstdarstellungsbroschüre, Literaturverzeichnis, Liste der Referentinnen und Referenten, Probenummer der Öko-Mitteilungen, Faltblätter zu unterschiedlichen ökologischen Fragestellungen

PÄDAGOGISCHE AKTION SPIELKULTUR e.V.

– PA –

Adresse Reichenbachstraße 12
80469 München

Telefon 0 89/2 60 92 08

Telefax 0 89/26 85 75

Die Pädagogische Aktion (PA) SPIELkultur e. V ist ein gemeinnütziger Verein, der in und um München und auch bundesweit tätig ist. Er entstand 1969 aus der Initiative von Studenten, Lehrern, Sozialpädagogen, Künstlern, Kunsterziehern und Eltern, die außerhalb der pädagogischen Institutionen wie Kindergarten, Schule und Hochschule Spiel- und Kulturaktionen organisierten. Sie übten damit Kritik an kinder- und familienfeindlicher Umwelt, langweiligen Spielplatzghettos und für Kinder meist unzugänglichen Kulturorten wie Museen, und sie entwickelten Alternativen dazu

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Ziele der Pädagogischen Aktion SPIELkultur e V sind lt. Satzung:

1. Planung, Organisation und Durchführung von Spielräumen, Spielaktionen und Spielbereichen im Rahmen des Feldes Kulturpädagogik, Kinder- und Jugendkulturarbeit. „Spiel“ und „Spielanimation“ versteht sich hierbei als ein zentraler Bereich der Kinder- und Jugendkultur, vor allem im kommunalen soziokulturellen Feld.
2. Planung, Organisation und Durchführung von Projekten im Arbeitsfeld „Spielkultur“ in Kooperation auch mit anderen sozial-, kultur- und bildungspolitischen Einrichtungen und Aktivitäten zugunsten einer Qualifizierung der Stadt als Spiellandschaft und Erfahrungstopographie.
3. Wissenschaftliche Untersuchungstätigkeit, Schulung, Fortbildung und Beratung über umweltbezogene Lern- und Spielprozesse und entsprechende Methodenentwicklung für die Kinder- und Jugendarbeit, Organisation von öffentlichen Veranstaltungen dazu.
4. Experimentelle Praxis und auswertende Reflexion im Stichwort einer neuen „Ökologie des Spiels und der Erfahrung“ in Kindheit und Jugend als innovatives Paradigma pädagogischen Handelns auch im überregionalen Kontext

Hinter diesen Spielen steht die konzeptionelle und organisatorische Idee, die Stadt als offene und vielfältige „Spiel- und Kulturlandschaft“ zu begreifen und die einzelnen, vielen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit der außerschulischen kulturellen Bildung und der Spielanimation als flexibles, aufeinander bezogenes „Netzwerk Spielen und Lernen in der Stadt“ zu gestalten.

– PA –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

In fünf Arbeitsfeldern setzt die Pädagogische Aktion SPIELkultur e. V. ihre Ziele um:

Spielen in der Stadt, Spielraumplanung und Spiel-
animation
Kindermuseum
Museumspädagogik und Ausstellungsanimation
Bildung der Sinne
Infostelle Spiel- und Kulturpädagogik.

Mitglieder der Pädagogischen Aktion e.V. sind vor allem die aktiven Mitarbeiter.

Die Pädagogische Aktion mit ca. 10 Mitarbeitern ist außerdem Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Spiel- und Kulturpädagogik Bayern e.V. (LAG SPVK

Bayern e.V.) und der Arbeitsgemeinschaft Süddeutsche Museumspädagogen. Weiterhin ist die Pädagogische Aktion die nationale Repräsentantin der deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung für das Recht des Kindes zu spielen“ (IPA).

Die Arbeitsbereiche „Kulturpädagogischer Dienst“ und „Kinder- und Jugendkulturwerkstatt“ sind seit 1991 im neuen Verein „Kultur- und Spielraum e.V.“ angesiedelt, der sich das bisherige sehr komplexe PA-Arbeitsfeld mit PA/SPIELkultur e V im kommunalen Bereich teilt.

Die Arbeit der Pädagogischen Aktion wird ermöglicht durch Mitgliedsbeiträge, Zuwendungen der Stadt München, Einnahmen aus Publikationen und Fortbildungsangeboten sowie Spenden

Medienangebote

Das Medienangebot der Pädagogischen Aktion entspricht in der inhaltlichen Ausrichtung weitgehend den Arbeitsfeldern; es enthält Bücher, Dokumentationen, Praxishilfen und andere Veröffentlichungen. Aus den einzelnen Reihen werden beispielhaft aufgeführt:

Spiel Ökologie des Spiels:
„Eltern spielen, Kinder lernen“, ein Handbuch für Spielaktionen, Elterninitiativen, Spielmaterialien;
„Spielraum für Spielräume“, ein Reader zum Spielen in der Stadt mit über 40 Beiträgen verschiedener Autoren;
- Ästhetische Erziehung:
„Schöne Aussichten“ – Ästhetische Bildung in einer technisch-medialen Welt;
Museum und Pädagogik:
„Vom Umgang mit den Dingen“, ein Reader zur Museumspädagogik mit Beiträgen verschiedener

Autoren zur internationalen Museumspädagogik, der Entwicklung von Kinder- und Jugendmuseen und einer Ideenbörse;

„Auf dem Weg zum Kinder- und Jugendmuseum“, ein Werkstattbericht mit Projektentwürfen, Konzepten und Rahmenüberlegungen;
Kulturpädagogik Kinderkultur:
„Die Kinderstadt eine Schule des Lebens“, ein Handbuch mit Konzeption und Praxis von Spielstadtprojekten;
- „Kommunale Kinder- und Jugendkulturarbeit im Aufwind“.

Alle Medien der Pädagogischen Aktion sind entweder über den selbstorganisierten „SPIELkultur-Verlag“ oder über den Buchhandel zu beziehen, Auskunft darüber und über die Preise gibt ein Faltblatt, das bei der Pädagogischen Aktion angefordert werden kann.

**Service-
leistungen**

Mit ihren Serviceleistungen versucht die Pädagogische Aktion Theorie und Praxis auf das engste miteinander zu verbinden. Dazu gehören einmal das beschriebene Medienangebot, dann aber vor allem:

ein Spiel- und museumspädagogisches Jahresprogramm mit vielen Einzelprojekten im Auftrag der Landeshauptstadt München,
ein Beratungs- und Servicedienst z. B. für Spielfeste, Spielplatzplanung, Schulprogramme und die Schaffung von kommunalen Infrastrukturen für Spiel- und Kulturpädagogik (bundesweit, kostenverursachend)

ein Fortbildungsprogramm mit Tagungen, Seminaren, Workshops und Treffs, so z. B. „Praxis der mobilen Spielanimation“, „Werkstatt Kinder- und Jugendmuseum“.

Die Fortbildungsveranstaltungen werden z. T. in Zusammenarbeit mit Partnern durchgeführt, sie richten sich an Multiplikatoren. Ein Faltblatt mit dem Jahresprogramm und Einzelprogramme mit den näheren Informationen zu Personen, Ort, Zeit und Kosten können bei der Pädagogischen Aktion angefordert werden.

Empfehlungen

Kinder- und Jugendkultur ist in vielen Städten vernachlässigt. Ihre Weiterentwicklung ist auch Aufgabe einer kommunalen Gesundheitsförderung. Das Wissen und die Erfahrung der Pädagogischen Aktion SPIELkultur e V (PA) sollten bei Überlegungen bzw. Vorhaben im Bereich der Spiel-, Kultur- und Museumspädagogik genutzt werden, insbesondere im Zusammenhang kommunaler Entwicklungen und der Praxis freier Träger und Initiativen

Die Pädagogische Aktion bietet dazu u. a.

- einen Beratungs- und Servicedienst für Spielfeste, Spielplatzplanung usw.,
- ein Fortbildungsprogramm, das angefordert werden sollte,
- ein Medienangebot, dessen Verzeichnis ebenfalls angefordert werden sollte,
- ein Freizeit- und Fortbildungshaus in Naturumgebung (See/Wald, Berge) bei Reutte in Tirol: Gesunde Umwelt.

PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND GESAMTVERBAND e.V.

Adresse Heinrich-Hoffmann-Straße 3
60528 Frankfurt am Main

Telefon 0 69/67 06-0

Telefax 0 69/6 70 62 04

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V. hat die Rechtsform eines e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main, wo sich auch die Bundeszentrale mit der Hauptgeschäftsstelle und dem Wilhelm-Polligkeit-Institut befindet. Der PARITÄTISCHE ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Er ist aus der „Vereinigung der freien privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands“ hervorgegangen, wurde 1924 offiziell gegründet und erhielt 1930 seinen heutigen Namen.

Mitglieder des Gesamtverbandes sind z. Zt. 15 rechtlich selbständige Landesverbände (Rheinland-Pfalz und das Saarland bilden gemeinsam einen Landesverband) sowie Organisationen, die überregional tätig sind. Voraussetzung für eine Aufnahme ist, daß die Mitgliedseinrichtung „keinem anderen Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege angehört oder ihrem Selbstverständnis nach angehören sollte“ (aus § 3 der Satzung).

Neben der regionalen Gliederung weist der PARITÄTISCHE auch eine Aufgliederung nach fachlichen Gesichtspunkten auf: Die entsprechenden Mitgliedsorganisationen in den Landesverbänden schließen sich zu Fachgruppen oder Arbeitsgemeinschaften zusammen, um spezielle Sachgebiete (Jugendhilfe, Altenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte und Gefährdete usw.) gemeinsam zu beraten. Auch beim Gesamtverband gibt es ähnliche Ausschüsse, um den Informationsfluß und den Meinungsaustausch innerhalb des PARITÄTISCHEN zu verbessern.

Die wesentlichen Aufgabenbereiche des PARITÄTISCHEN sind u. a. (gemäß § 2 der Satzung):

- Förderung der fachlich-methodischen Sozialarbeit
- Ausbildung und Fortbildung von Mitarbeitern
- Weckung und Entwicklung wohlfahrtspflegerischer Aktivitäten der Bürgerschaft
- Pflege ehrenamtlicher Mitarbeit
- Wissenschaftliche Untersuchungen für die soziale Praxis
- Zusammenarbeit mit Behörden und Verbänden
- Internationale Zusammenarbeit

Aufgaben und Ziele der Institution

**PARITÄTISCHER
WOHLFAHRTS-
VERBAND
GESAMT-
VERBAND e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Arbeitsschwerpunkte der Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN sind die Bereiche:

Gesundheitshilfe (Krankenhäuser, Unfall- und Kranken-transporte, Gesundheitsberatungsstellen)
Kinder- und Jugendhilfe (Heime, Wohngemeinschaften, Jugendherbergen, Kindergärten, Schulen)
Familienhilfe (Heime, Frauenhäuser, Familienbildungsstätten, ambulante Dienste)
Altenhilfe (Heime, Beratungsstellen, Essen auf Rädern, offene Altenarbeit, Clubs)
Behindertenhilfe (Heime, Tagesstätten, Schulen, Werkstätten, Beratungsstellen, Betreuungsangebote)
Gefährdetenhilfe (Wohneinrichtungen, Tagesstätten, Clubheime).

Im Rahmen der allgemeinen Angebote gibt es weitere Beratungs- und Betreuungsstellen sowie Aus-, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen für soziale, therapeutische und pfliegerische Berufe

Die rund 7 500 Mitgliedseinrichtungen des PARITÄTISCHEN (Stand: Juli 1993) unterhalten insgesamt über 16.000 Einrichtungen und Dienste mit insgesamt mehr als 350 000 Plätzen und beschäftigen ca. 160.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Darüber hinaus arbeiten im PARITÄTISCHEN fast 5 000 Selbsthilfe-, Helfergruppen und Clubs.

Die satzungsgemäßen Organe des PARITÄTISCHEN sind der Vorstand, der Beirat und die Mitgliederversamm-

lung. Diese wählt u. a. den Vorstand, entlastet ihn und beschließt evtl. Änderungen der Verbandsatzung. Der Vorstand besteht aus bis zu 24 Mitgliedern, unter ihnen -- von der Mitgliederversammlung gewählt -- der Vorsitzende und der 1 und 2 stellvertretende Vorsitzende. Der Vorstand leitet verantwortlich die Verbandsarbeit, er kann besondere Aufgaben unter sich verteilen oder Ausschüsse für deren Bearbeitung einsetzen. Der Beirat besteht aus je einem Vertreter der Landesverbände des PARITÄTISCHEN, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes sowie der Mitgliedsverbände, die in mehr als fünf Landesverbänden angeschlossen sind. Der Beirat schlägt u. a. die Vorstandsmitglieder zur Wahl vor, gibt Anregungen für die Erfüllung besonderer Aufgaben des Verbandes, berät den Vorstand in allen weitergreifenden Fragen und begutachtet die Finanzverwaltung des Verbandes.

Zur Umsetzung der Aufgaben des Verbandes besteht eine Hauptgeschäftsstelle, die sich neben der Geschäftsleitung in die Abteilungen Haushalt und Verwaltung, Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Rehabilitation und Gesundheit, Recht und Betriebswirtschaft, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und das Fortbildungswerk gliedert.

Die Arbeit des Gesamtverbandes wird u. a. finanziert aus Mitgliedsbeiträgen, aus Zuschlagslösen der Wohlfahrtsbriefmarken, aus zweckgebundenen Mitteln verschiedener Lotterien sowie zweckgebundenen Zuwendungen des Bundes.

Medienangebote

Die verschiedenen Medien des PARITÄTISCHEN dienen einmal dem Informationsfluß zwischen den zahlreichen Mitgliedsorganisationen und nach außen, zum anderen der sozialpolitischen und fachspezifischen Information der Mitarbeiter in den einzelnen Einrichtungen.

Als Periodika werden herausgebracht:

„nachrichten PARITÄT“ als Organ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Sie erscheinen monatlich und enthalten u. a. neben fachspezifischen Beiträgen Nachrichten aus der sozialen Arbeit, Informationen aus dem Gesamtverband, den überregionalen Mitgliedsorganisationen und den Landesverbänden, Hinweise auf Veranstaltungen sowie Personalien (kostenverursachend - Abonnement).

„parität aktuell“ erscheint im Zeitungsformat vierteljährlich und wird an Freunde, Förderer und Mitglieder des PARITÄTISCHEN versandt. Die Zeitung bringt Beiträge und Nachrichten aus dem sozialen Bereich, Berichte aus der sozialen Arbeit und der Tätigkeit der Landes- und Ortsverbände sowie der Mitgliedsorganisationen (Bezug über PARITÄTISCHE Landesverbände).

„Blätter der Wohlfahrtspflege“, die monatlich als Themenhefte erscheinen und vom Wohlfahrtswerk Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband herausgebracht werden (kostenverursachend - Abonnement).

„PARITÄT-Informationen“ aus dem Bereich der Altenhilfe (monatlich).

mit fachspezifischen Beiträgen und Informationen, Erläuterungen zu Rechtsfragen, Hinweisen zu Aus- und Fortbildung, auf Einrichtungen und Hilfsmitteln usw. (kostenlos gegen Portoerstattung für Mitglieder, sonst kostenverursachend - Abonnement).

Außerdem erscheinen beim PARITÄTISCHEN

- Schriftenreihe mit Themen wie z. B.: „Städte nach menschlichem Maß“, „Begegnung: Verstehen lernen und verstanden werden“, „Wofür brauchen wir in Zukunft stationäre Einrichtungen der sozialen Arbeit?“ (kostenverursachend),
- Arbeitshilfen für die Praxis mit Anregungen und Hinweisen wie z. B. „Arbeitspsychologische Grundlagen der Rehabilitation in Werkstätten für Behinderte“, „Stadtteilorientierte Jugendarbeit mit auffälligen und drogenabhängigen Jugendlichen“, „Beschäftigungsiniciativen und Arbeitsprojekte in der Jugendsozialarbeit“ (kostenverursachend),
- Liedertextbücher (kostenverursachend),
- Informationsschrift des PARITÄTISCHEN mit der Darstellung der Geschichte und Aufgaben und der Beschreibung seiner vielfältigen Arbeit (kostenlos),
- der jährliche „Veranstaltungskalender“ des Fortbildungswerkes (kostenlos).

Über alle Publikationen des PARITÄTISCHEN gibt es eine Übersicht, die beim Referat „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ angefordert werden kann.

Als gemeinsames Dach für Institutionen und Selbsthilfeinitiativen, die mit sehr unterschiedlichen fachlichen Ansätzen das gesamte Spektrum freier sozialer Arbeit darstellen, sind die Serviceleistungen des PARITÄTISCHEN in erster Linie lt. Satzung auf die Förderung der Mitgliedsorganisationen in „ihrer fachlichen Zielsetzung und ihren rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belangen“ orientiert. Sie bilden vor allem vier Schwerpunkte:

Information, Auskunft und Beratung zur Tätigkeit von Institutionen und Verbänden in Fragen zu Betriebsstrukturen, zur Wirtschaftsführung, Finanzierung, zum Recht und zu fachlicher Organisation,

- Erschließung finanzieller Möglichkeiten über Hilfe zur Beschaffung von Eigenmitteln, mit Beratung und Vertretung von Anträgen an Finanzierungsinstitutionen sowie Beratung und Vertretung von Anträgen an Behörden auf Bundes- bzw. Landesebene,
- Vertretung z. B. in freien, fach- und verbandsübergreifenden Institutionen auf Bundesebene, gegenüber Parlamenten, Parlamentsausschüssen und Ministerien sowie informierenden und meinungsbildenden Medien, in Planungsgremien, Jugendwohlfahrtsausschüssen und Pflegesatzkommissionen,
- Fortbildung, die in einem weitgefächerten Fortbildungsangebot des Fortbildungswerkes besteht und aus den Tagungen, zentralen Veranstaltungen und internationalen Zusammenkünften, für die das Wilhelm-Polligkeit-Institut (WPI) in Frankfurt die zentrale Begegnungsstätte bildet.

Das Veranstaltungsangebot richtet sich auf folgende Arbeitsfelder aus:

- Jugendhilfe mit Themen wie „Anwendungsmöglichkeiten von non-direktiver Gesprächsführung, Gestaltberatung und psychodramatischem Rollenspiel“, „Pädagogische Antworten auf Konflikte und Krisen im Sexualleben von Kindern und Jugendlichen“,

- Altenhilfe mit Themen wie „Berufsbegleitende Zusatzqualifikation für Altenheimleiter“, „Altern als biologischer, psychologischer und sozialer Prozeß“,
- Behindertenhilfe z. B. mit „Sonderpädagogischer Zusatzausbildung für Gruppenleiter“, „Tanztherapie und Ausdrucksmalen – Gleichgewicht für Leib, Seele und Geist“,
- Psychosoziale Versorgung z. B. mit „Angehörige im psychiatrischen Alltag – Umgang mit Würde, Hoffnung, Schuld“,
- fachübergreifende Veranstaltungen mit Themen wie z. B. „Einführung der EDV in der Heimverwaltung – Möglichkeiten und Probleme“, „Vereinsführung und Öffentlichkeitsarbeit“, „Rhetorik“.

Zu diesen Fortbildungsangeboten wird ein Teilnehmerbeitrag für die Veranstaltung, Unterkunft, Verpflegung und Arbeitsmaterial erhoben. Eine Übersicht gibt der jährliche Veranstaltungskalender, der beim Fortbildungswerk des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes angefordert werden kann.

**PARITÄTISCHER
WOHLFAHRTS-
VERBAND
GESAMT-
VERBAND e.V.**

*Service-
leistungen*

Das vielfältige Medien- und Serviceangebot des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. ist das eines Dachverbandes für seine Mitgliedsorganisationen.

Für die in der Gesundheitsförderung Tätigen, die mit *Bereichen der freien Wohlfahrtspflege Berührung* haben, wie z. B. Jugend- und Altenhilfe oder der psychosozialen Versorgung, ist zu empfehlen, sich über die Publikationen des PARITÄTISCHEN zu informieren und den Veranstaltungskalender des Fortbildungswerkes anzufordern.

Außerdem sollte für die praktische Arbeit Kontakt zu dem jeweiligen Landesverband bzw. den Kreisverbänden bestehen. Die Anschriften sind über den Gesamtverband bzw. seine Landesverbände erhältlich.

Empfehlungen

PARITÄTISCHES BILDUNGSWERK BUNDESVERBAND e. V.

Adresse	Lyoner Straße 34 60528 Frankfurt
Ansprechpartner	Manfred Schaub (Leitender Bildungsreferent)
Telefon	0 69/66 92-26 89
Telefax	0 69/66 92-27 16

Das 1964 gegründete Paritätische Bildungswerk ist ein Zusammenschluß von 60 überregional tätigen Einrichtungen und Verbänden der Weiterbildung im sozialen Bereich sowie von 13 rechtlich selbständigen Landesverbänden. Es ist ein Dachverband der außerschulischen Bildung.

Das Paritätische Bildungswerk bietet Veranstaltungen an für folgende Arbeitsbereiche:

- Eltern- und Familienbildung,
Frauenbildung,
Jugendhilfe,
- internationale Jugendarbeit,
- Spielpädagogik,
Selbsthilfe,
- Straffälligenhilfe,
Arbeitslosigkeit und soziale Arbeit,
Berufsbegleitende Fortbildung.

Außerdem sieht das Paritätische Bildungswerk seinen Auftrag darin, Erfahrungen sozialer Bildungsarbeit zu sammeln, zu koordinieren und auszuwerten, den Mitgliedern bei der Planung und Durchführung von Bildungsvorhaben zu helfen sowie die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Verbänden und Behörden zu vertreten.

Das Paritätische Bildungswerk ist wie seine Mitglieder parteipolitisch und konfessionell ungebunden, sein Angebot richtet sich vor allem an Multiplikatoren und ist für jeden offen.

Die Leitziele der Bildungsarbeit des Paritätischen Bildungswerks sind „Selbstbestimmung“ und „Beteiligung“.

Im Bereich der Familien- und Elternbildung geht es nach einem Grundsatzpapier für Bildungsarbeit darum, „daß ihr nicht ein verbindliches Welt- und Menschenbild oder ein bestimmter Wertekatalog zugrunde liegt oder von ihr angestrebt wird. Vielmehr geht es dem Paritätischen Bildungswerk darum, die unterschiedlichen Auffassungen und Wertorientierungen zu achten und als Möglichkeit zu ergreifen, die jeweils eigenen Grundpositionen daran zu überprüfen, zu korrigieren oder zu ergänzen.“

Aufgaben und Ziele der Institution

**PARITÄTISCHES
BILDUNGSWERK
BUNDES-
VERBAND e.V.**

Das Paritätische Bildungswerk besteht aus den regionalen Mitgliedsorganisationen, die sich in neun Landesverbänden zusammenschließen, und den überregionalen Mitgliedsorganisationen. Die Organe des Paritätischen Bildungswerks sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand sowie der Beirat, der den Vorstand in grundsätzlichen Fragen berät. Außerdem kann der Vorstand Ausschüsse bilden; die laufenden Geschäfte werden von der Geschäftsstelle mit mehreren Referaten geführt

Das Veranstaltungsangebot des Paritätischen Bildungswerks wird vom Vorstand und mit den Landesverbänden abgestimmt und in einem jährlichen Veranstaltungskalender veröffentlicht. Die einzelnen Landesverbände haben darüber hinaus ihr eigenes, regionales Programm.

Die Arbeit des Paritätischen Bildungswerks wird finanziert aus den Mitgliedsbeiträgen, den Einnahmen von Kursgebühren und Bundesmitteln.

Medienangebote

Das Medienangebot des Paritätischen Bildungswerks konzentriert sich auf Druckschriften. Hier gibt es zwei Reihen: In der einen werden von der Geschäftsstelle des Paritätischen Bildungswerks „Berichte“ herausgegeben, in denen Themen behandelt werden, die in der aktuellen Diskussion sind oder die in Vorhaben des Paritätischen Bildungswerks bearbeitet werden. Beispiele dafür sind:

- „Verhaltensauffällige Kinder“,
- „Spielpädagogik“,
- „Mit Kindern reden“,
- „Kommunikation, Kooperation mit Kindern, Eltern und Kollegen“,
- „Start ins Leben“,
- „Kindheit heute“.

Diese Berichte werden gegen eine Schutzgebühr abgegeben, über die lieferbaren Titel gibt es ein Verzeichnis.

In der zweiten Reihe werden Fachtagungen dokumentiert, z. B.

„Prophylaxe in frühkindlichen Erziehungseinrichtungen gegen Verhaltens- und Beziehungsprobleme von Kindern“,

„Von der Behandlung der Krankheit zur Sorge um die Gesundheit“,

- Berufsbegleitende Fortbildung für Leiterinnen und Leiter aus Einrichtungen für behinderte Kinder im Vorschulbereich, im Bereich gemeinsame Erziehung und Förderung behinderter und nichtbehinderter Kinder,
- Multidisziplinäre Konzepte der Beratung und Begleitung im Trennungsprozeß (Scheidung von Eltern) – Mediation ,
- Frühgeborene Kinder „Frühgeborene Eltern“.

Auch diese Reihe ist kostenverursachend, ein Verzeichnis ist vorhanden.

Zu den weiteren Publikationen gehören – neben dem jährlichen Veranstaltungskalender – Veröffentlichungen des Paritätischen Bildungswerks und seiner Mitarbeiter in Fachzeitschriften wie z. B. die „Blätter der Wohlfahrtspflege“, „Nachrichten und PARITÄT“.

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen des Paritätischen Bildungswerks bestehen in erster Linie in dem umfangreichen und vielseitigen Fortbildungsangebot. Dieses hat folgende unterschiedliche Formen:

- Expertentagung, wo fachkundige Teilnehmer über ein bestimmtes Problem von Fachleuten informiert werden,
- Fachtagungen für den Informations- und Erfahrungsaustausch zu einem besonderen Thema zwischen den fachkundigen Mitarbeitern aus dem sozialen Bereich,
- Lehrgänge und Wochenendseminare als bundeszentrale Fortbildung, auch berufsbegleitend, um Kenntnisse und Fähigkeiten in den verschiedenen sozialen Bereichen zu erarbeiten und zu vermitteln,
- Zentrale Arbeitstagungen mit verbandspolitischen Charakter, um z. B. neue Konzepte zu entwickeln.

Für die Fortbildungsveranstaltungen werden Kostenbeiträge erhoben; sie finden überwiegend in den eigenen Bildungsstätten des PARITÄTISCHEN Bereichs statt (Wilhelm-Polligkeit-Institut, Frankfurt, und „Haus Buchwald“, Nohfelden)

Das Programm, das jährlich vorgelegt wird, gliedert sich in verschiedene Themenbereiche, z. B.

- Familien- und Elternbildung u. a. mit zentralen Arbeitstagungen bzw. Fachtagungen unter dem Motto „Start ins Leben“, Lehrgänge zu „Leitungsaufgaben in Tageseinrichtungen für Kinder“ oder Workshops wie „Alleinerziehende zu Beginn der 90er Jahre“
- Frauenbildung mit Lehrgängen wie „Selbsthilfe und Kooperation in der Sozialarbeit mit Frauen“ oder Fachtagungen wie „Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat“.
- Arbeitslosigkeit und soziale Arbeit z. B. mit dem Lehrgang „Beschäftigung Qualifizierung Persönlichkeitsentwicklung“
- Berufsbegleitende Fortbildung u. a. mit „Leitungsaufgaben in der sozialen Arbeit“, „Praxisbezogene Zusatzausbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe“.
- Gemeinwesen und Lebenswelt
z. B. Zukunft des städtischen Lebensraumes, Altwerden in der Stadt – Alte Menschen im Stadtteil, Gemeinwesen – ihre Bedeutung für lokale Politik, Wahlen und Wahlverhalten, Selbsthilfe und Gemeinwesenarbeit

Das Veranstaltungsprogramm kann beim Paritätischen Bildungswerk angefordert werden

Die Fortbildungsangebote und Publikationen des Paritätischen Bildungswerks befassen sich oft auch mit gesundheitsfördernden Fragestellungen und können die Kompetenz derer stärken, die in diesem Bereich tätig sind. Vor allem, weil sie meist interdisziplinär und arbeitsfeldübergreifend ausgerichtet sind wie z. B. im Bereich „Start ins Leben“.

Daher sollten das Fortbildungsprogramm und Publikationsverzeichnis beim Paritätischen Bildungswerk angefordert werden.

**PARITÄTISCHES
BILDUNGSWERK
BUNDES-
VERBAND e. V.**

Empfehlungen

PAUL-EHRLICH-INSTITUT – BUNDESAMT FÜR SERA UND IMPfstOFFE –

Adresse Paul-Ehrlich-Straße 51–59
63225 Langen
Postfach 17 40
63207 Langen

Telefon 0 6103/77-0

Telefax 0 6103/77-123

Das Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe –, Frankfurt am Main, ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit (BMG)

Das Bundesamt ist in 6 Fachabteilungen, 1 Zentralabteilung, 3 zentrale Referate und 1 zentrales Fachgebiet gegliedert. Die Finanzierung erfolgt über den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland.

Das Institut unterstützt die gesundheitspolitischen Aufgaben des BMG im Rahmen der Seuchenprophylaxe und der Arzneimittelsicherheit, insbesondere auf den Gebieten der Sera, Impfstoffe, Testallergene, Testsera und Testantigene. Ihm obliegt die staatliche Prüfung, die Zulassung für den Verkehr und die Freigabe der einzelnen Chargen der genannten Präparate nach Maßgabe der arzneimittelrechtlichen Vorschriften.

Dem Paul-Ehrlich-Institut sind durch das Gesundheitseinrichtungs-Neuordnungsgesetz (GNG) mit Wirkung vom 1. Juli 1994 Aufgaben auf dem Gebiet der Blutzubereitungen übertragen worden. Eine materielle Erweiterung der Aufgaben auf diesem Gebiet ist in Kürze zu erwarten (Stand Juli 1994).

Daneben wirkt das Paul-Ehrlich-Institut bei der Erteilung der Erlaubnisse für die Herstellung und bei der Überwachung des Verkehrs der genannten Produkte mit. Es hat zur Verhütung einer unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der Gesundheit von Mensch und Tier die bei der Anwendung von Arzneimitteln auftretenden Risiken zu erfassen, auszuwerten und die nach dem Arzneimittelgesetz zu ergreifenden Maßnahmen zu koordinieren. Das Paul-Ehrlich-Institut betreibt Forschung auf den Gebieten der Sera, Impfstoffe, Testallergene, Testsera und Testantigene sowie allgemeiner Immunologie und Virologie, insbesondere zur Entwicklung von Prüfungsverfahren, Standardwerten und Standardpräparaten für die Messung der Wirksamkeit immunbiologischer Präparate.

In jüngster Zeit ergaben sich folgende zusätzliche Forschungsschwerpunkte:

1. AIDS-Forschung: Versuch der Entwicklung einer Impfprophylaxe und Chemotherapie
2. Zulassung und Prüfung gentechnologisch hergestellter Immunpräparate wie monoklonale Antikörper etc.
3. Tumorummunologie

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Paul-Ehrlich-Institut publiziert die Ergebnisse seiner Arbeiten in der Reihe „Arbeiten aus dem Paul-Ehrlich-Institut“ (Bundesamt für Sera und Impfstoffe), Gustav-Fischer-Verlag, Stuttgart, New York, die über den Buchhandel bezogen werden können. Auszüge können bei Bedarf angefordert werden.

**PAUL-EHRLICH-
INSTITUT**

Medienangebote

*Service-
leistungen*

Das Institut steht im Einzelfall für fachliche Anfragen (z. B. Impfstoffverträglichkeiten, Impfrisikobewertung etc.) zur Verfügung.

Empfehlungen

Der wissenschaftlich Interessierte kann Auszüge aus den „Arbeiten aus dem Paul-Ehrlich-Institut“ kostenlos anfordern.

PRO FAMILIA – DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FAMILIENPLANUNG, SEXUALPÄDAGOGIK UND SEXUALBERATUNG e.V., BUNDESVERBAND

Adresse Stresemannallee 3
60596 Frankfurt am Main

Telefon 0 69/63 90 02

Telefax 0 69/63 98 52

Von Ärzten und anderen engagierten Personen wurde die pro familia 1952 als „Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V.“ in Kassel gegründet und später in „Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V.“ umbenannt. Die pro familia ist Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF) und gehört dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband an.

Die satzungsgemäßen Aufgaben sehen insbesondere die Beratung über Empfängnisregelung und bei Schwangerschaft vor, Partnerschafts- und Sexualberatung, Sexualpädagogik und medizinische Dienstleistungen wie Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch.

Die Arbeitsweise der pro familia ist in der Satzung wie folgt festgelegt:

- pro familia veranstaltet und fördert hierzu Aus- und Weiterbildungsangebote, Gespräche und Vorträge für die interessierte Öffentlichkeit und einzelne Berufsgruppen,
- pro familia unterhält und fördert Einrichtungen zur Verwirklichung ihrer Aufgaben. Dabei arbeitet sie mit anderen Vereinen, Verbänden, Initiativen und Einrichtungen zusammen,
- pro familia unterstützt die Forschung auf ihren Aufgabengebieten und beteiligt sich daran. Dabei wendet sie sich entschieden gegen jegliche Forschungsvorhaben, die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Männern verletzen,
- pro familia verfolgt ihre Ziele ferner durch Einflußnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung. Sie informiert die Öffentlichkeit über die Probleme ihres Arbeitsgebietes in Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen

Mitglieder des Bundesverbandes sind die Landesverbände, von denen einige ihrerseits in Orts- und Kreisverbände gegliedert sind mit überwiegend Einzelpersonen als Mitgliedern. Die 1991 in den Bundesverband aufgenommenen Landesverbände der fünf neuen Bundesländer waren bis dahin als Landesverbände der Gesellschaft für Familienplanung, Partnerschafts- und Sexualberatung EHE und FAMILIE organisiert. EHE und FAMILIE war 1963 als Sektion der Gesellschaft für Sozialhygiene der DDR gegründet worden und seit 1968 ebenfalls Mitglied der IPPF

Aufgaben und Ziele der Institution

PRO FAMILIA

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Organe des pro familia-Bundesverbandes sind die Mitgliederversammlung und der Bundesvorstand. Der Bundesvorstand, der aus 15 Mitgliedern besteht, wird aus den Delegierten gebildet, die von jedem Landesverband benannt werden. Die Mitgliederversammlung besteht aus dem Bundesvorstand, den Vorsitzenden der Landesverbände und den Delegierten der Landesverbände, deren Zahl sich je nach Mitgliederzahlen auf 3-10 begrenzt.

Der Bundesverband unterhält eine Geschäftsstelle mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern, Teilzeitkräften, ca. 60 Honorarkräften für die Aufgaben des Bundesverbandes in der Fort- und Weiterbildung, für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und seine medizinische Beratung

Fachgebiete mit Ausschüssen arbeiten dem Bundesvorstand in fachlichen Fragen zu. Solche Fachgebiete sind z. B.

Sexualberatung
Sexualpädagogik
Familienplanung und Gesundheit
Fort- und Weiterbildung

Die Landesverbände und ihre Orts- und Kreisverbände unterhalten über 100 Beratungsstellen mit über 30 Außenstellen und mehreren Familienplanungszentren, in denen auch medizinische Dienstleistungen zur Familienplanung vorgenommen werden, mit jährlich über 200.000 Beratungen

In ihrer Arbeit fühlt sich die pro familia dem 1968 in Teheran proklamierten Menschenrecht (Artikel 16, Satz 2) verpflichtet. „Eltern haben ein grundlegendes Menschenrecht, die Zahl und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder frei und verantwortlich zu bestimmen“.

Davon wird auch der Schwerpunkt der praktischen Arbeit mitbestimmt: der psychosozialen Beratung bei Einzel- oder Paarberatung mit therapeutischen und pädagogischen Dimensionen und der Gruppenarbeit. In den Beratungsstellen arbeiten vor allem Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter, für deren dauerhafte Mitarbeit die Teilnahme an Fortbildungskursen der pro familia Voraussetzung ist. Dieses Fort- und Weiterbildungsangebot ist ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit

Die umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit richtet sich einmal an die Verbände der pro familia und zum anderen an die Öffentlichkeit und potentielle Ratsuchende

Der pro familia-Bundesverband ist weiterhin ein Gesellschafter der pro familia-Vertriebsgesellschaft in Frankfurt, die Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien vertreibt

Die Einnahmen des Bundesverbandes setzen sich im institutionellen Haushalt aus Zuwendungen des Bundes (Bundesministerium für Familie und Senioren), Beiträgen und Spenden und aus Veröffentlichungen zusammen und im Projekthaushalt aus Zuwendungen der BZgA und Teilnehmergebühren aus den Fortbildungsveranstaltungen.

Medienangebote

Das Medienangebot des Bundesverbandes hat vier Zielsetzungen:

Information der Ratsuchenden und der Öffentlichkeit durch Broschüren, Faltblätter, Plakate, Information und Fortbildung der Verbandsmitglieder, Mitarbeiter und anderen Interessierten durch die verbandseigene Fachzeitschrift, Fortbildung des Fachpersonals durch Informations- und Arbeitsmaterialien, Information der Massenmedien durch Pressemitteilungen

Für die Information der Ratsuchenden und anderen Interessierten bringt die pro familia die Broschürenreihe „Körper und Sexualität“ (kostenlos) heraus mit Themen wie

„Menstruation“,
„Körperzeichen weisen den Weg“,
„Sexuell übertragbare Krankheiten“,
„Pränatale Diagnostik“,
„Unerfüllter Kinderwunsch“,
„Körperbehinderung und Sexualität“,

und weitere Broschüren über Verhütungsmethoden und zum Schwangerschaftsabbruch (kostenlos) wie z. B.

„Das Diaphragma“,
„Die Pille“,
„Das Kondom“,
„Sie haben 48 Stunden Zeit . Informationen über die Pille danach und die Spirale danach“

Für ausländische Ratsuchende erscheinen in sechs Fremdsprachen Broschüren mit Informationen, Hinweisen und Adressen, wer was auf dem Gebiet der Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft sowie bei Fragen der Gesundheit bietet (kostenlos).

Zum Thema „Empfängnisregelung womit?“ steht eine Informationsbroschüre in neun Sprachen zur Verfügung (kostenlos)

Außerdem bringt der Bundesverband Informationsmaterialien für junge Leute, Plakatzeitungen und Plakate, auch für die sozialpädagogische Gruppenarbeit, heraus (kostenlos)

Eine Bestellliste der lieferbaren Materialien kann beim Bundesverband angefordert werden

Das Periodikum „pro familia magazin“ Sexualpädagogik und Familienplanung erscheint 6mal jährlich, ist für Mitglieder kostenlos und sonst im Abonnement oder als Einzelheft zu erwerben. Das pro familia magazin enthält Beiträge zu einem jeweiligen Schwerpunktthema wie z. B.:

„Gestörte Umwelt gestörte Sexualität“ (5/88),
„Sexualität und Behinderung“ (1/90),
„Medizin und Familienplanung“ (3/90),
„Gewalt in der Familie“ (4/91),
„Sexualität und Religion“ (1/92),
„Pränatale Diagnostik und Humangenetik“ (1/93),
„Psychotherapie wohin?“ (1/94),

sowie aktuelle Berichte aus der Arbeit, Termine, Hinweise auf Neuerscheinungen, Buchbesprechungen und verbandsorientierte Informationen

Weitere Medien wie Verhütungsmittel, Modelle, Videos z B die Reihe „Sex Lust und Leben“ , Audio-kassetten und Bücher liefert die pro familia-Vertriebs-gesellschaft, die einen Katalog herausbringt.

PRO FAMILIA

Die Serviceleistungen des Bundesverbandes bestehen in dem Fort- und Weiterbildungsangebot für die Beratung zu Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft (Programm kann angefordert werden). In einwöchigen und Wochenend-Seminaren (außer Grundkurs, Familienplanung kostenverursachend) werden z B folgende Themen angeboten:

- Familienplanung
 - Aspekte der Kinderlosigkeit
 - Sexualpädagogische Gruppenarbeit
 - Zusatzausbildung Systemische Paar- und Sexualtherapie und -beratung
- und eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung
- Psychoanalytische Beratung in Sexual- und Partnerschaftskonflikten.

Zu den Beratungen in den Beratungsstellen kommen außerdem sexualpädagogische Aktivitäten im schulischen und außerschulischen Bereich und die Arbeit mit Lehrern, Sozialarbeitern und -pädagogen, ErzieherInnen und Eltern als Multiplikatoren.

Weiterhin stehen die Fachleute der pro familia für *Auskünfte zur Verfügung und geben Stellungnahmen zu aktuellen Fragestellungen* heraus.

Das Serviceangebot der Landes-, vor allem aber Kreis- und Ortsverbände ist in der Hauptsache die Einzelberatung und die Zusammenarbeit bei sexualpädagogischen Aktivitäten.

Serviceleistungen

Fragen der Sexualität, Partnerschaft und Schwangerschaft sind fester Bestandteil von gesundheitserzieherischen und -fördernden Bemühungen. Mitarbeiter in diesem Arbeitsfeld sollten daher Kontakt mit dem Landesverband und der nächsten Beratungsstelle haben und bei Planung und Durchführung von Maßnahmen mit ihnen kooperieren.

Beim Bundesverband sollte die Bestellliste angefordert werden und bei der pro familia-Vertriebsgesellschaft (Niddastraße 76, 60329 Frankfurt, Tel. 0 69/25 19 30) der Katalog.

Die Adressen der pro familia-Landesverbände:

Baden-Württemberg
Haußmannstr 6
70188 Stuttgart
Tel : 07 11/2 15 5108
Fax: 07 11/46 11 43

Hamburg
Poppenhusenstr 12
22305 Hamburg
Tel : 0 40/2 99 43 95
Fax: 0 40/29 07 02

Bayern
Türkenstraße 103/1
80799 München
Tel.: 0 89/39 90 79
Fax: 0 89/39 37 68

Hessen
Schichaustraße 3-5
60314 Frankfurt/Main
Tel : 0 69/44 70 61
Fax: 0 69/49 36 12

Berlin
Ansbacher Straße 11
10787 Berlin
Tel : 0 30/2 13 90 13

Mecklenburg-Vorpommern
Graf-Schack-Str 5
18055 Rostock
Tel + Fax: 03 81/3 13 05

Brandenburg
Gartenstr 42
14482 Potsdam
Tel : 03 31/79 32 06

Niedersachsen
Steintorstr 6
30159 Hannover
Tel : 05 11/36 36 08
Fax: 05 11/36 36 27

Bremen
Stader Straße 35
28205 Bremen
Tel : 04 21/49 10 90
Fax: 04 21/4 98 47 77

Nordrhein-Westfalen
Loher Straße 7
42283 Wuppertal
Tel : 02 02/2 82 21 57
Fax: 02 02/8 56 14 (DPWW-LV)

Rheinland-Pfalz
Quintinstr. 6
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31/23 63 50
Fax: 0 61 31/2 87 66 20

Saarland
Mainzer Str. 106
66121 Saarbrücken
Tel.: 06 81/6 45 66
Fax: 06 81/63 83 29

Sachsen
Wurzener Str 95
04315 Leipzig
Tel. + Fax: 03 41/6 15 30

Sachsen-Anhalt
im Gesundheitszentrum
Silberhöhe
W -v -Klewiz -Straße 11
06132 Halle
Tel : 03 45/74 11-2 42
Fax: 03 45/74 11-2 41

Schleswig-Holstein
Marienstr 29- 31
24937 Flensburg
Tel : 04 61/18 04 07
Fax: 04 61/1 28 06

Thüringen
Bahnhofstr 27/28
99084 Erfurt
Tel : 03 61/6 43 25 03
Fax: 03 61/6 43 85 14

Empfehlungen

PSYCHOSOZIALE NACHSORGEEINRICHTUNG UND FORTBILDUNGSSEMINAR HEIDELBERG

Adresse Im Neuenheimer Feld 155
69120 Heidelberg

Telefon Sekretariat: Frau Derr
Frau Fritz 0 62 21/56 27 21
Frau Günther 0 62 21/56 27 27

Telefax 0 62 21/56 52 50

Die Psychosoziale Nachsorgeeinrichtung für Krebskranke und deren Angehörige und das ihr angeschlossene Fortbildungsseminar sind der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg angegliedert.

1979 von der Deutschen Krebshilfe e.V. als Modellprojekt gegründet, stützt sich die Existenz der Einrichtung seit 1984 auf eine doppelte Trägerschaft: Mit der Übernahme des Nachsorge- bzw. Betreuungssektors durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Baden-Württemberg hat die psychosoziale Unterstützung Krebskranker einen festen Platz im onkologischen Versorgungsnetz gefunden.

Das Fortbildungsseminar (Heidelberger Seminar für Psychosoziale Onkologie) wird durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung im Rahmen des „Aktionsprogrammes Krebsbekämpfung“ in Baden-Württemberg gefördert.

Drei Aufgabenfelder stehen im Mittelpunkt der Arbeit:

- die psychosoziale Unterstützung von Krebspatienten und ihren Angehörigen, die psychosoziale Fort- und Weiterbildung für alle in der Onkologie tätigen Berufsgruppen sowie für ehrenamtliche Helfer/innen und Selbsthilfegruppen in der Krebsnachsorge,
- die klinische Begleitforschung, die sich vor allem um die Klärung der Bedeutung von seelischen Faktoren für den Krankheitsverlauf bemüht

Aufgaben und Ziele der Institution

Patientenversorgung

Diagnose, Therapie und Prognose werfen für den Krebskranken nahezu zwangsläufig eine Reihe psychischer und sozialer Probleme auf, die vielfältige und im Einzelfall wirksame Unterstützungsangebote erforderlich machen. Während jeder Patient eine sozialrechtliche Beratung erhalten sollte, benötigt ein kleiner Teil der stationär oder ambulant behandelten Tumorkranken begleitende Psychotherapie, um die seelischen Beeinträchtigungen, wie starke Ängste und Depressionen, bewältigen zu können.

Serviceleistungen

**PSYCHOSOZIALE
NACHSORGE-
EINRICHTUNG
UND
FORTBILDUNGS-
SEMINAR
HEIDELBERG**

**Service-
leistungen**

Pro Jahr werden von den Mitarbeitern der Nachsorgeeinrichtung knapp 1.000 Patienten psychosozial betreut. Das Betreuungsspektrum reicht von der Krisenintervention beim Diagnoseschock bis zur stützenden Begleitung Schwerkranker, Sterbender sowie Hinterbliebener.

In mittelbarer Weise kommt den stationär behandelten Patienten auch das kontinuierliche Gespräch mit dem medizinischen und pflegerischen Personal über die psychosoziale Situation des Kranken zugute. Die Kooperation mit den Pflegenden und den Ärzten ist integrierter Bestandteil der Betreuung und wird in Form von individuellen Beratungen, Stationskonferenzen und Balint-Gruppen geleistet.

Fort- und Weiterbildung

Das Fort- und Weiterbildungsangebot wendet sich an alle in der Onkologie tätigen Berufsgruppen und Laienhelfer und verfolgt das Ziel, die psychosoziale Kompetenz von Ärzten, Pflegenden, Sozialarbeitern, Psychologen und anderen Berufsgruppen zu erhöhen, die Krebskranke behandeln, betreuen, beraten und begleiten.

In allen unseren Seminaren geht es uns primär um Psychosoziale Onkologie, um die Vermittlung von theoretischen Kenntnissen der klinischen Krebsbehandlung und Nachsorge, um das Verstehen der Gefühlsprozesse der Krebskranken und der sie versorgenden Berufsgruppen sowie um den Erwerb von Fähigkeiten, die im Umgang mit Schwerkranken und ihren Angehörigen tatsächlich hilfreich sind.

Die interdisziplinäre Mitarbeitergruppe, die die verschiedenen Seminare durchführt, ist auch kontinuierlich in der Patientenversorgung tätig. So ist gewährleistet, daß der Bezug zur tatsächlichen klinischen Behandlungssituation gewahrt bleibt und neue psychosoziale Erkenntnisse rasch in die Seminare einfließen. Seit 1979 haben über 8.000 Menschen aus den verschiedensten helfenden Berufen und ehrenamtlich Tätige an Seminaren teilgenommen.

Wir möchten möglichst vielen Berufsgruppen und Laienhelfern ein praxisrelevantes Fort- und Weiterbildungsangebot machen. Die unterschiedlichen

Arbeitsfelder und Interessengebiete der Berufsgruppen im breiten Spektrum der onkologischen Versorgung bedingen verschiedene Fortbildungsziele, Inhalte und Methoden. Deshalb veranstalten wir sowohl Seminare für einzelne Berufsgruppen als auch solche, bei denen die Interdisziplinarität der Teilnehmergruppe besondere Lernmöglichkeiten bietet.

Folgende Seminare werden angeboten:

- Seminar für Mitarbeiter im Gesundheitswesen
- Vertiefungsseminar für Absolventen des Seminars für Mitarbeiter im Gesundheitswesen
- Seminar für Mitarbeiter in der Pädiatrischen Onkologie
- Psychoonkologisches Kolloquium für Ärzte
- Psychoonkologische Arbeitstagungen für Psychologen
- Seminar für Beratungsstellen und Sozialdienste im Krankenhaus
- Seminar „Gesprächsführung mit Krebskranken“
- Seminar für Selbsthilfegruppen
- Seminar „Umgang mit Schwerstkranken und Sterbenden“
- Seminar für Familien mit krebskranken Kindern und Jugendlichen

Nähere Informationen und Anmeldung:

Psychosoziale Nachsorgeeinrichtung und Fortbildungsseminar an der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg
Im Neuenheimer Feld 155
69120 Heidelberg
Tel.: 0 62 21/56 27 27 Frau Günther
56 27 21 Frau Derr, Frau Fritz
Fax: 0 62 21/56 52 50

Die Kursgebühren können aufgrund der Bezuschussung durch das Land Baden-Württemberg niedrig gehalten werden. So liegen z. B. die Gebühren für eine Seminarwoche für Mitarbeiter/innen im Gesundheitswesen bei 150,- DM. Die Teilnahme an den Seminaren für Selbsthilfegruppen für erwachsene Betroffene und für Familien mit krebskranken Kindern und Jugendlichen sind kostenlos.

Empfehlungen

Für medizinisches, pflegerisches und psychosoziales Fachpersonal sind die Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Psychosozialen Nachsorgeeinrichtung und Fortbildungsseminar/Heidelberg besonders zu empfehlen.

Die Gruppen sind berufsgruppenspezifisch und interdisziplinär orientiert und bieten sowohl Informations- und Wissensvermittlung aus den Fachdisziplinen Medizin, Krankenpflege, Psychologie, Sozialarbeit und Theologie als auch die Möglichkeit der Reflexion des Berufsalltags im Hinblick auf die Probleme bei der Patientenbetreuung, Kooperation innerhalb der eigenen und mit anderen Berufsgruppen und Thematisierung eigenen Erlebens im Umgang mit Krebspatienten.

ROBERT-KOCH-INSTITUT

– Bundesinstitut für Infektionskrankheiten und nichtübertragbare Krankheiten –

Adresse Nordufer 20
13353 Berlin

Telefon 0 30/45 47-4

Telefax 0 30/45 47 30 60

Das Robert-Koch-Institut wurde vor über 100 Jahren gegründet. Durch die Neuordnung zentraler Einrichtungen des Gesundheitswesens im Bund hat das Robert-Koch-Institut als Bundesinstitut für Infektionskrankheiten und nichtübertragbare Krankheiten 1994 wesentliche Aufgaben des früheren Bundesgesundheitsamtes übernommen. Erkenntnisse und Erfahrungen über Krankheiten sollen mit wissenschaftlichem Sachverstand staatlicherseits zusammengetragen und ausgewertet werden. Eigene Forschungsarbeit soll dies gezielt ergänzen. Wesentliche Teile der Arbeit betreffen administrative und exekutive Aufgaben im Gentechnikrecht und im Seuchenrecht.

Kooperationspartner des Robert-Koch-Instituts sind auf internationaler Ebene die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie Fachorganisationen und Wissenschaftler anderer Staaten. Auf nationaler Ebene arbeitet das Robert-Koch-Institut mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst, insbesondere den Gesundheitsämtern der Länder und Gemeinden, sowie den Ärzten und anderen Gesundheitsberufen zusammen.

Forschungsergebnisse und fachliche Kompetenz des Robert-Koch-Instituts werden genutzt zur Beratung der an Gesetzesvorhaben Beteiligten und von Fachkreisen, insbesondere von Ärzten und anderem Fachpersonal.

Die Aufgaben des Robert-Koch-Instituts liegen insbesondere auf folgenden Gebieten:

1. Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten. Ziel ist die Verbesserung von Diagnostik, Therapie und Prävention. Hierzu wird gezielt auch eigene Forschungsarbeit eingesetzt. Die Themen reichen von Salmonellen- und Legionelleninfektionen über Krebs und Tropenkrankheiten bis zu umweltbedingten Beschwerden,
2. epidemiologische Untersuchungen einschließlich der Erkennung und Bewertung von Risiken sowie deren Dokumentation und der Information der Fachöffentlichkeit,
3. Sammlung und Bewertung von Erkenntnissen und Erfahrungen zu HIV-Infektionen und Aids-Erkrankungen einschließlich der gesellschaftlichen Folgen (AIDS-Zentrum),
4. Gesundheitsberichterstattung, d. h. Zusammentragen von Informationen über die Lage der Gesundheit und Berichterstattung an die zuständigen Stellen,

Aufgaben und Ziele der Institution

**ROBERT-KOCH-
INSTITUT**

5. Risikoerfassung und Risikobewertung bei gentechnisch veränderten Organismen und Produkten, Erarbeitung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen, Humangenetik.

Soweit der Bund nach dem Gentechnikgesetz zuständig ist, erledigt das Robert-Koch-Institut administrative Aufgaben des Gentechnikrechts.

Das Robert-Koch-Institut hat über 500 Mitarbeiter.

Medienangebote

1. Das vom Robert-Koch-Institut gemeinsam mit den beiden anderen Bundesoberbehörden im Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums monatlich herausgegebene „Bundesgesundheitsblatt“ berichtet über aktuelle wissenschaftliche Entwicklungen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes sowie der Umwelthygiene. Es kann beim Carl Heymanns Verlag, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln, bezogen werden.

2. Das Robert-Koch-Institut gibt im Rahmen seiner wissenschaftlichen Arbeit gesundheitliche Empfehlungen und Merkblätter für Fachkreise heraus. Diese sind regelmäßig im Bundesgesundheitsblatt abgedruckt. Sie sollen helfen, den Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse in Sachen Gesundheitsschutz sachgerecht in die Praxis umzusetzen.

3. Wichtige Arbeitsergebnisse des Robert-Koch-Instituts sollen in einer Schriftenreihe beim MMV-Medizin-Verlag, Neumarkter Straße 18, 81664 München, herausgegeben werden*.

4. Das Robert-Koch-Institut wird ein „Gesundheits-Bulletin“ aufbauen, das wöchentlich herausgegeben werden soll und sich für Ärzte in der Praxis und im öffentlichen Gesundheitsdienst zu einem Mittel der gegenseitigen Kommunikation entwickeln soll*.

5. Für die Presse gibt die Behörde „RKI-Pressedienste“ heraus, die auch Fachkreise auf Anfrage vom Robert-Koch-Institut beziehen können.

* Stand: Juli 1994

**Service-
leistungen**

Das Robert-Koch-Institut Bundesinstitut für Infektionskrankheiten und nichtübertragbare Krankheiten – plant Fortbildungsveranstaltungen* und ist für die Kooperation bei Untersuchungen und Forschungsarbeiten offen.

Politische Institutionen in Bund, Ländern und Gemeinden erhalten in Einzelfragen, insbesondere bei gesundheitlichen Fragen grundsätzlicher Bedeutung oder Notlagen, Ad-hoc-Beratung durch das Robert-Koch-Institut Bundesinstitut für Infektionskrankheiten und nichtübertragbare Krankheiten.

Das Robert-Koch-Institut informiert im Rahmen seines infektionsepidemiologischen Dienstes fortlaufend über Vorkommen und Häufungen von ansteckenden Krankheiten sowie besondere Infektionsrisiken.

Nationale Referenzzentren sind eingerichtet für folgende Erregergruppen: Salmonellen, Shigellen, Staphylokokken, Legionellen, Escherichia coli, Cholera, Diphtherie, Tetanus, Polioviren und Enteroviren, Masern-Mumps-Röteln, HIV/Aids.

Das Robert-Koch-Institut übernimmt in Deutschland Herstellung, Prüfung und Abgabe von WHO-lizenziertem Gelbfieber-Lebendimpfstoff.

* Stand: Juli 1994

SÄCHSISCHE LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG e. V.

– SLfG –

Adresse Lingnerplatz 1
01069 Dresden

Telefon 03 51/48 46 348/-349/-849

Telefax 03 51/48 46 596

Die SLfG wurde am 17. 11. 1990 gegründet. Sitz der Geschäftsstelle ist Dresden.

Die SLfG ist ein eingetragener Verein mit zuerkannter Gemeinnützigkeit.

Mitglieder sind in der Hauptsache Renten- und Krankenversicherungsträger, Landratsämter, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Sport- und Berufsverbände, Ministerien, medizinische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen und engagierte Personen.

Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ der SLfG. Zwischen den Mitgliederversammlungen leitet der ehrenamtliche Vorstand die Arbeit. Der Vorstand hat eine Geschäftsstelle bestellt.

Die Haushaltsmittel setzen sich aus Zuwendungen der Mitglieder, aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden zusammen.

Es ist die vordringliche Aufgabe der SLfG,

- „auf allen Gebieten der Politik die Verantwortung für die gesundheitlichen Auswirkungen politischer Entscheidungen zu entwickeln und die Verantwortlichen in Staat, Kommunen und Wirtschaft zu veranlassen, über die gesundheitlichen Folgen ihrer Tätigkeit umfassend zu informieren,
- zur Entwicklung der persönlichen Kompetenz der Bürger in Fragen der Gesundheit beizutragen und ihr ökologisches Denken zu fördern, um umweltbewußtes, hygienisches Verhalten auszuprägen,
- die gesundheitliche Aufklärung zu unterstützen und gesundheitsfördernde Initiativen zu koordinieren“.

Die inhaltliche Arbeit der SLfG orientiert sich am Bedarf. Schwerpunkte dabei sind:

- Suchtprävention, Sexualpädagogik, körperliche Aktivität/Ernährung.
- Gemeindenahe Gesundheitsförderung durch „Regionale Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsförderung“.
- Zielgruppen: Kinder und Jugendliche, besonderer Unterstützung Bedürftige, Präventionsfachkräfte, Lehrer.

Die Arbeitsweise der SLfG ist vorrangig durch Beratungs- und Organisationstätigkeit gekennzeichnet mit dem Ziel, Kräfte und Initiativen zu bündeln und Aktivitäten zu koordinieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

„SLFG-Informationen“, das Mitteilungsblatt für die Mitglieder, den öffentlichen Gesundheitsdienst u a Interessenten,

Videothek

Kostenlose Ausleihe der Videos an Multiplikatoren in Sachsen, an Nichtmitglieder gegen Erstattung der Portokosten

- SLFG -

Medienangebote

Weitere Medien (beispielhaft):

Handbuch „Gesundheit und was Sie darüber wissen sollten“

Kostenlose Abgabe an Bürgerinnen und Bürger, vorwiegend im Zusammenhang mit Beratungsgesprächen (organisiert durch SLFG bzw. regionale Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsförderung).

Z Zt. in Erarbeitung: ein „Paket“ zur Prophylaxe von Haltungsschwäche und -schäden (Video, Broschüre für Multiplikatoren, altersspezifische Broschüren).

Zielgruppe: Schulkinder

Multiplikatoren: Sportlehrer und Schulärzte

Fertigstellung: bis Juni 1994

Serviceleistungen

Fortbildungsangebote für Multiplikatoren,

Beratung für Multiplikatoren,

- Vernetzung von Initiativen.

Die jeweiligen Themen orientieren sich am Bedarf der Mitglieder der SLFG und entsprechen den Schwerpunkten der inhaltlichen Arbeit der Landesvereinigung.

Die Angebote sind mit einer zumutbaren Beteiligung an den Unkosten verbunden bzw kostenfrei Reisekosten sind in der Regel von den Teilnehmern bzw den entsendenden Institutionen zu tragen

SELBSTHILFEGRUPPE SKLERO Dermie IN DEUTSCHLAND e.V.

Adresse Geschäftsstelle
Jagdstraße 1
90559 Burgthann-Ezelsdorf

Telefon 0 91 88/5 12

Telefax 0 91 88/38 67

Die Selbsthilfegruppe Sklerodermie e.V. wurde 1984 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluß von Betroffenen, deren Angehörigen, interessierten Ärzten und Therapeuten

Da die Sklerodermie – eine Erkrankung des Bindegewebes – in der Öffentlichkeit nicht besonders bekannt ist, hat sich der Verein zum Ziel gesetzt, durch Öffentlichkeitsarbeit auf die Problematik dieser Erkrankung und deren Folgen verstärkt aufmerksam zu machen

Ein wichtiges Ziel ist ebenfalls die Verbesserung der wohnortnahen medizinischen und therapeutischen Versorgung der Kranken. Darüber hinaus wird die Aktivierung der Forschung als wichtige Aufgabe gesehen.

Die Selbsthilfegruppe ist ein gemeinnütziger Verein. Die Mitglieder werden in regionalen Gruppen betreut. Diese regionale Organisationsstruktur ermöglicht die konkrete Arbeit vor Ort:

- Erfahrungsaustausch von Betroffenen ermöglichen und praktische Hilfestellung vermitteln,
- soziale Isolation sowie seelische Vereinsamung verhindern, durch die Auseinandersetzung mit Ängsten und Problemen der Betroffenen.

Die Selbsthilfegruppe Sklerodermie e.V. hat einen wissenschaftlichen Beirat, der aus 13 Ärzten besteht.

Aufgaben und Ziele der Institution

Viermal im Jahr erscheint ein „Rundschreiben“, das Fachinformationen und Ratschläge für Betroffene enthält. In der Regel richtet sich dieses an die Mitglieder (bundesweit).

Weitere Publikationen (beispielhaft):

Broschüre: Physiotherapie bei Sklerodermie

Faltblätter:

- Wer sind wir?,
- Kleiner Ratgeber für Sklerodermie-Betroffene,
- Sklerodermie – was ist das?,
- Einteilung und Klinik der circumscriperten Sklerodermie,
- Umweltinduzierte Sklerodermie.

Medienangebote

**SELBSTHILFE-
GRUPPE SKLERO-
DERMIE IN
DEUTSCHLAND
e.V.**

Medienangebote

- Sklerodermie erfolgreich behandeln;
Manuelle Lymphdrainage,
Sexualität und Sklerodermie,
- Das Raynaud-Phänomen.

**Service-
leistungen**

Über die Bundesgeschäftsstelle sind Adressen der Regionalgruppen erhältlich.

Adresse, Telefonnummer sowie Ansprechpartner in den einzelnen Städten/Regionen werden regelmäßig im Rundschreiben veröffentlicht. Ebenfalls über die Bundesgeschäftsstelle können Adressen von Experten erfragt werden.

Vermittlung von Referenten ist möglich.

Empfehlungen

Die Selbsthilfegruppe Sklerodermie e.V. bietet Betroffenen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und gibt praktische Hilfestellung. Außerdem können Adressen von Experten über die Bundesgeschäftsstelle erfragt werden.

SOZIALFORSCHUNGS- STELLE DORTMUND

Landesinstitut

Adresse	Rheinlanddamm 199 44149 Dortmund
Ansprechpartner	Dr. Ulrich Pröll (Kordinator der TAG „Arbeit und Gesundheit“) Dr. Gerd Peter (Geschäftsführender Direktor) Dr. Monika Goldmann (stellv. geschäftsführende Direktorin)
Telefon	02 31/13 88-01

Die Sozialforschungsstelle besteht seit 1946, seit 1972 ist sie Landesinstitut. Als Forschungseinrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen lautet ihr offizieller Auftrag: „Forschung – insbesondere empirischer Art – auf dem Gebiet sozialwissenschaftlicher Fragen der industriellen Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen“.

Die Dienst- und Fachaufsicht liegt beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW. Die Sozialforschungsstelle gehört zu den großen industriellen und arbeitssoziologischen Forschungsinstituten der Bundesrepublik.

Von 1972 bis heute hat die Sfs mehrere größere und kleinere Forschungsprojekte durchgeführt. Seit 1979 erfolgte eine starke Ausweitung der Forschungsaktivitäten durch die Aufnahme drittmittelfinanzierter Vorhaben.

Es werden Forschungsprojekte durchgeführt, die zentrale Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung von Arbeit und die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Arbeitnehmern/innen zum Gegenstand haben. Unter dem Gesichtspunkt der Anwendungsorientierung sozialwissenschaftlicher Forschung sollen Entwicklungsprozesse darauf untersucht werden, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten in der Zukunft zu erwarten sind.

Hierbei tritt in zunehmendem Maße die Einführung neuer Technologien in den Vordergrund – ein Prozeß, der unter dem Aspekt der sozialverträglichen Gestaltung des Technikeinsatzes begleitet wird.

Die Auseinandersetzung der abhängig Beschäftigten mit ihrer Arbeit und ihren Arbeitsbedingungen findet besondere Berücksichtigung. Es geht um die Möglichkeit der Verwirklichung ihrer arbeitsbezogenen Interessen und arbeitspolitischen Ziele. Die Untersuchungen setzen auf der betrieblichen Ebene von Arbeits- und Ausbildungsprozessen, aber auch auf der Ebene der Branche und der Region an.

Die Sfs beteiligt sich an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen staatlicher Reformvorhaben auf verschiedenen Ebenen des Arbeits- und Lebenszusammenhangs, vor allem in Form von Begleituntersuchungen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**SOZIAL-
FORSCHUNGS-
STELLE
DORTMUND**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Sfs betreibt auch grundlagenorientierte Forschung zur weiteren Klärung der Möglichkeiten und Probleme anwendungsorientierter empirischer Forschung

Die Arbeit erfolgt in sechs Bereichen:

Bereich 1: Rationalisierung und Arbeitsgestaltung
Betrieb und Arbeitsmarkt

Bereich 2: Berufsarbeit von Frauen
- neue Technologien und die Entwicklung von Frauenerwerbsarbeit
Diskriminierung von Frauen und Konzepte zur Frauenförderung
Vereinbarkeit von Beruf und Familie
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Bereich 3: Berufliche Bildung und Facharbeit
innerbetriebliche Bildungsreform
Ausbildungsmärkte: Übergang zur Arbeit
Berufs- und Arbeitsorientierung

Bereich 4: Arbeitspolitik, Mitbestimmung und Interessenvertretung
Arbeitspolitik
Arbeitsschutz
Unternehmensmitbestimmung
Interessenvertretungshandeln

Bereich 5: Wissenschaftlicher Dienst und Methoden
Technikfolgenabschätzung
- Armutsberichterstattung und Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit
Technologiefolgenabschätzung
Betreuung der InstitutsmitarbeiterInnen durch die EDV-Gruppe

Bereich 6: Arbeit und Bildung in Europa
international vergleichende Forschung
- Koordination des Instituteverbunds euroNET,
Work & Education

Die Arbeit wird im Rahmen der sechs Bereiche in Forschungsgruppen durchgeführt.

Für die wissenschaftliche Beratung und die Leitung des Instituts bestehen drei Institutionen:
der wissenschaftliche Beirat,
der Forschungsrat,
der geschäftsführende Direktor.

Das Landesinstitut Sozialforschungsstelle hat einen breitgestreuten Auftraggeberkreis aus Bund und Ländern und Gemeinden, zunehmend auch noch von europäischen Behörden und mit internationaler Kooperation

Die Kooperationen der Sfs ergeben sich entlang der anwendungsorientierten Forschung

Medienangebote

Die Sozialforschungsstelle arbeitet anwendungsorientiert. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen und die wissenschaftsgestützte Beratung sind Bestandteile der Projekte. Darüber hinaus trägt das Institut durch eigene Aktivitäten dazu bei, daß die Forschungsergebnisse sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als auch von Praktikern in Politikverbänden, Gewerkschaften und Betrieben aufgenommen werden

Tagungen, Werkstattgespräche und Bildungsveranstaltungen sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Forschungsergebnisse veröffentlicht die Sfs als Bücher in Verlagen, in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, zielgruppenspezifischen Broschüren und Zeitschriften sowie durch Presse, Funk und Fernsehen. Die Sfs betreut redaktionell, gemeinsam mit dem ISO-Institut Köln, die neue Zeitschrift „ARBEIT. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik“. Das Institut unterhält außerdem interne Veröffentlichungsreihen, deren Hefte und Broschüren kostenlos oder gegen geringe Unkostenbeiträge zugesandt werden; Interessenten erhalten regelmäßig eine Anzeige über die neuesten Veröffentlichungen der Sfs.

Im Forschungsbereich 4 (Arbeitspolitik, Mitbestimmung und Interessenvertretung) findet arbeitsschutzbezogene Forschung statt. Aus den entsprechenden Projekten heraus findet neben der üblichen allgemein gestreuten Berichterstattung in Forschungsberichten/Buchpublikationen eine gezielte Aufbereitung von Ergebnissen für unterschiedliche Adressatengruppen (Praktiker) im Feld statt (z. B. über Workshops, Broschüren etc.).

Adressaten sind insbesondere:
- Unternehmen bzw. Akteure des institutionalisierten betrieblichen Arbeitsschutzes;
außerbetriebliche Institutionen des Arbeitsschutzes wie Gewerbeaufsichtsämter, Berufsgenossenschaften usw.;
Verbände.

Diese Rückkopplung geschieht jedoch wesentlich projektgebunden und nicht im Rahmen eigens am Institut institutionalisierter Serviceleistung. Ulrich Pröll und Andreas Renner sind die direkten Ansprechpartner

**Service-
leistungen**

Die Institutsbibliothek und das Archiv, die zum Bereich Wissenschaftlicher Dienst gehören, verfügen z. Zt. über 20 000 Monographien und ca. 120 Fachzeitschriften sowie Materialien aus dem Gewerkschafts- und Unternehmensbereich. Die Sfs verfügt ferner über eine eigene EDV-Abteilung und hat darüber hinaus Zugang zum

Rechenzentrum der Universität Dortmund. Bestimmte Anfragen können entgeltlich bearbeitet werden.

Selbstverständlich stellt die Sfs Referenten für Veranstaltungen und Tagungen mit der üblichen Unkostenberechnung bundesweit zur Verfügung.

Empfehlungen

Die Sozialforschungsstelle ist als eine der großen Industrie- und arbeitssoziologischen Forschungseinrichtungen der BRD ein wichtiger Ansprechpartner in Fragen der Arbeitspolitik, Mitbestimmung und Interessenvertretung, insbesondere auch des Arbeitsschutzes. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der betrieblichen Ebene

und der Verbindung zwischen grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung.

Besonders zu empfehlen sind die gesammelten Materialien, Informationen, Aufbereitungen und Publikationen aus dem Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes und der sozialverträglichen Technikgestaltung.

SOZIALPÄDAGOGISCHES INSTITUT BERLIN – WALTER MAY – – SPI –

Adresse Hallesches Ufer 32–38
10963 Berlin

Telefon 0 30/2 53 89-2 66/-2 99/-2 83

Telefax 0 30/2 519166

Das Sozialpädagogische Institut Berlin wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Fachschule von Louise Schröder und Walter May wiedergegründet und 1981 in eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V. umgewandelt.

Ziel des Institutes ist es, soziale Projekte durchzuführen bzw. Angebote im Bereich der Gesundheitsförderung zu entwickeln und zu organisieren, die die Betroffenen als gleichberechtigte (Ver-)Handlungspartner integrieren. Angesiedelt an der Nahtstelle zwischen traditioneller Sozialadministration durch Ämter, Verbände und nichtstaatliche Gruppen und Organisationen übernimmt das SPI Berlin einerseits Vermittlungs- und Beratungsfunktionen, andererseits transportiert es Erkenntnisse und Erfahrungswerte geleisteter Aktivitäten an Nutzer und Interessenten weiter.

Das Institut bietet sechs themenbezogene Handlungsfelder an:

- a) Fachschulen
 - Fachschule für berufsbegleitende Erzieherausbildung
 - Fachschule für Altenpflege (Vollzeit- und berufsbegleitende Ausbildung)
 - Vollzeitausbildung in der Altenpflege
 - Berufsbegleitende Altenpflegeausbildung
 - Fachschule für Heilpädagogik (berufsbegleitende Ausbildung)
- b) Fortbildung/Beratung

Das SPI arbeitet in der Fortbildung und in der Beratung von sozialpädagogischen Praktikern, von ehrenamtlich Tätigen. Es werden Einzelveranstaltungen durchgeführt, Kursreihen, Foren und Tagungen zu den Bereichen Sucht, Altenarbeit, Altenhilfe und Gesundheitsförderung. Seniorenheime werden unterstützt durch kontinuierliche Beratung, Ausgangspunkt ist die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bewohner
- c) Forschung

Hier handelt es sich um die Projektschwerpunkte Jugendhilfe, Frauenforschung, Aids-Prävention, Drogen und Sucht. Auf der Grundlage durchgeführter Forschungsschwerpunkte werden Fachtagungen zur Rückkoppelung in die Praxis veranstaltet.
- d) Suchthilfe

Das Suchthilfe-Angebot des SPI Berlin umfaßt ein Beratungs- und Betreuungsangebot für Opiat-abhängige und Konsumenten anderer Rauschmittel wie auch Substituierte. Neben den drei festen,

Aufgaben und Ziele der Institution

<p align="center">- SPI -</p>	<p>offenen Anlaufstellen mit ambulanten Soforthilfen existieren aufsuchende Angebote in Haftanstalten und eine mobile Außenstelle. Der Geschäftsbereich betreibt ein drogenfreies Jugendcafé und begleitet fachlich zwei Selbsthilfewohnprojekte ehemals Drogenabhängiger.</p> <p>e) Stadtentwicklung Ausnahme & Regel Übergreifende Aspekte der Gesundheitsförderung verfolgt das SPI in seinem Geschäftsbereich Stadtentwicklung mit Selbsthilfe-Modellen der Wohnhausanierung mit Mieterbeteiligungsverfahren im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung in mehreren Berliner Großsiedlungen.</p>	<p>f) Selbsthilfekontaktstellen In den drei bezirklichen Selbsthilfekontaktstellen des SPI treffen sich Selbsthilfegruppen vor allem aus dem Gesundheitsbereich und erhalten organisatorisch-technische sowie fachliche Serviceleistungen. In Berlin-Charlottenburg ist die Selbsthilfekontaktstelle gemeinsam mit dem Bezirksamt Veranstalter des „Charlottenburger Gesundheitsforums“ sowie Moderator der „Gesundheitskonferenz“. Außerdem werden Kurse zur Gesundheitsförderung angeboten.</p>
<p>Medienangebote</p>	<p>Eine Übersicht über die Aktivitäten des SPI gibt ein umfangreicher Jahresbericht, der ausführlich über Struktur, Organisation und Arbeitsweise des Instituts informiert und eingehend die Entwicklung des SPI im Berichtszeitraum beschreibt. Eine Publikations- und Mitarbeiternotation mit Anschriftenverzeichnis runden den Jahresbericht ab, der bei Bedarf kostenlos bei der Zentrale angefordert werden kann</p>	<p>Die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Praxisuntersuchung des Geschäftsbereiches Forschung in den Problemfeldern Aids, Sucht und Frauen werden in Form von Dokumentationen und Berichten veröffentlicht und sind auf Anfrage z T kostenlos erhältlich</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Der Geschäftsbereich Fortbildung publiziert halbjährlich ein Seminar- und Tagungsangebot zur Förderung und Qualifizierung von Führungskräften und Arbeitnehmern aus Projekten, Institutionen und Verwaltungen. Die kostenpflichtigen Angebote entsprechen im wesentlichen den Forschungs- und Praxisfeldern des SPI. Bei zahlreichen Veranstaltungen sind Mitarbeiter aus den einzelnen Geschäftsbereichen des SPI als Referenten tätig. Unter den Stichworten Altenarbeit und Altenhilfe erscheint ein separates Fortbildungsverzeichnis für Bedienstete aus diesen Handlungsfeldern.</p>	
<p>Empfehlungen</p>	<p>Für in der Gesundheitserziehung/Gesundheitsförderung Tätige sind insbesondere die Angebote des SPI zu sozialwissenschaftlichen Aspekten sowie die Erfahrungen aus den Praxisfeldern der Gesundheitsförderung interessant</p>	

STÄDTEBAUINSTITUT NÜRNBERG FORSCHUNGS- GESELLSCHAFT mbH

– SIN –

Adresse Hallerwiese 12
90419 Nürnberg

Telefon 09 11/3 77 74

Telefax 09 11/33 26 99

Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH wird von seinen Gesellschaftern getragen. Die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Institutes eignen sich als Hintergrund- und Grundlagenmaterial für eine Gesundheitserziehung, die sich mit der Frage befaßt, welche Gesundheitsbelastungen sich aus der Siedlungsstruktur ergeben und welche Wohn- und Wohnumgebungsbedürfnisse die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung haben

*Für den
eiligen Leser*

Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH besteht in seiner heutigen Form seit 1970. Der Sitz der Gesellschaft ist Nürnberg. Das Institut wurde vor 25 Jahren als Städtebauinstitut e.V. gegründet. Es finanziert sich durch Forschungs- und Entwicklungsaufträge und Entgelte für seine Beratungstätigkeit. Aufgabe des Institutes ist es, die Entwicklung des Städtebaus in Wissenschaft und Praxis durch Forschungsarbeiten und Untersuchungsvorhaben, durch Lehrtätigkeit und Anregungen, durch Beratung und Veröffentlichungstätigkeit zu fördern. Dabei erstreckt sich die wissenschaftliche Tätigkeit des Institutes im wesentlichen auf vier Hauptaufgabenbereiche:

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

- Grundlagenarbeit im Städtebau
- Arbeiten für Einzelobjekte
- Gutachtenerstellung und Beratertätigkeit
- Methodenentwicklung im Bereich der Stadtplanung.

Diese Aufgabenstellung erfüllt das Städtebauinstitut in aller Regel und mit Ausnahme der Methodenentwicklung im Rahmen von Forschungsaufträgen oder Planungsaufträgen. Hauptauftraggeber des Institutes sind Bund, Länder und Gemeinden sowie auch Wohnungsunternehmen. Methodenorientierte Arbeiten hat das Institut insbesondere im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes vorgelegt.

<p>- SIN -</p> <p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH hat bislang vor allem folgende Themenfelder bearbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umweltgerechte Stadterneuerung - Arbeitsweltverbesserung durch umweltgerechten Industriebau - Sozialplanung im Städtebau - Sanierungs- und Entwicklungsvorhaben 	<p>Wohnwert in städtebaulichen Entwicklungsbereichen</p> <p>Wohnumgebungsbedingungen in neuen Siedlungsgebieten</p> <p>Wohnen und Wohnumgebung alter und behinderter Menschen</p> <p>Wohnumgebung von Kindern in neuen Siedlungsgebieten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Freizeit und Erholung in neuen Wohngebieten
<p>Medienangebote</p>	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH veröffentlicht regelmäßig Jahresberichte, in denen zeitnahe Probleme aufgegriffen und erörtert werden und in denen das Institut über seine Arbeit berichtet. Dabei werden die jeweiligen Aufgaben und Aufträge sowie die erarbeiteten Ergebnisse in Kurzform dargestellt</p> <p>Daneben veröffentlichte das Institut bis 1985 seine Forschungsarbeiten, Untersuchungen, Gutachten und Planungen, aber auch Vorträge und Diskussionsbeiträge in eigenen Schriftenreihen</p> <p>Diese Reihen wurden in Zusammenarbeit mit der Deutschen Verlagsanstalt herausgegeben. Soweit diese Reihen noch erhältlich sind, können sie über das Institut bezogen werden</p> <p>Die neueren Arbeiten des SIN-Städtebauinstitutes werden überwiegend in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau veröffentlicht</p>	<p>Daneben werden in der Reihe „Die Stadt-Bücher“ empirische Befunde und Analyseergebnisse von Forschungsarbeiten und Untersuchungsvorhaben und Umsetzungsvorschläge des Institutes veröffentlicht. U. a. befassen sich die Bände dieser Reihe mit den Problemen neuer Siedlungen und alter Viertel, mit Grundlagen der Sozialplanung, mit dem Bedarf an Gemeinschaftseinrichtungen in alten und neuen Stadtgebieten sowie den Lebensbedingungen in neuen Siedlungen</p> <p>Die Reihe „Die Stadt-Studien“ bringt in erster Linie Abschluß- und Ergebnisberichte von Forschungs- und Untersuchungsprojekten mit entsprechenden Praxisvorschlägen. Hier sind Titel zur Situation der Bewohner alter Stadtteile, zur Wohnungsversorgung von Aussiedlern und Zuwanderern sowie zum Wohnen von Problemgruppen erschienen</p> <p>In der Reihe „Die Stadt-Beiträge“ sind Vorträge und Übersetzungen veröffentlicht. Daneben gibt es außerdem die SIN-Werkberichte, in denen ebenfalls Projektergebnisse veröffentlicht werden.</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH erbringt aus seinen Grundlagen- und Einzelarbeiten heraus Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Stadtplanung und auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus.</p> <p>Insbesondere betreut das Institut im Auftrag der zuständigen Ministerien landes- und bundesweit Wett-</p>	<p>bewerbe auf dem Gebiet der Stadterneuerung und des Industriebaus</p> <p>Die umfangreiche Fachbibliothek des Institutes kann auch von Nichtmitgliedern des Institutes genutzt werden.</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH befaßt sich in seiner früheren und jetzigen Tätigkeit mit Fragen, die wichtige Rahmenbedingungen für den Zusammenhang von Wohnen und Gesundheit betreffen.</p> <p>So liefern die Untersuchungen des Institutes über alte Stadtteile bzw. neuerrichtete Siedlungen Anhaltspunkte über die Gesundheitsbelastungen, die sich aus den typischen Siedlungsstrukturen, Standorten, Bauformen und Bauweisen des sozialgebundenen Wohnungsbaus ergeben</p>	<p>Ebenso lassen sich aus den Untersuchungen über die Wohn- und Wohnumgebungsbedürfnisse von Kindern, Alten, Behinderten, Aussiedlern und Zuwanderern Anhaltspunkte über Gesundheitsbelastungen gewinnen, die sich aus dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel mit seiner zunehmenden Hermetisierung der Arbeits- und Erwerbswelt gegenüber den noch nicht oder nicht mehr oder nur eingeschränkt Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen ergeben.</p>

STIFTUNG FÜR DAS BEHINDERTE KIND

Zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung

Adresse Gartenstr. 179
60596 Frankfurt am Main

Telefon 0 69/63 71 09

Telefax 0 69/63 69 76

Die Stiftung für das behinderte Kind wurde am 12. Juni 1967 in Bad Godesberg gegründet. Der Anstoß zur Einrichtung einer solchen Institution war vorwiegend aus dem Kreis der Förderer des Deutschen Grünen Kreuzes gekommen.

Im Vordergrund stand der Gedanke, mit dieser Einrichtung den Kindern, die durch die Thalidomid-Katastrophe in den 60er Jahren geschädigt waren, rasche und unbürokratische Hilfestellung zu geben. Satzungsgemäß wurden daneben die Förderung körperlich und geistig behinderter Kinder festgelegt und die Aufgaben dahingehend rezensiert, daß im Rahmen der Behindertenhilfe die Bereiche Prävention, Früherkennung und Frühbehandlung Vorrang haben.

Diese Interpretation mit weitgehender Beschränkung auf Prävention und Früherkennung stellte seinerzeit etwas grundsätzlich Neues dar: Es war seit langem die Aufgabe der Wohlfahrtsverbände, karitative Hilfe bei Behinderungen zu leisten, während der Gedanke der Prävention am behinderten Kind nur sehr zögernd hatte an Boden gewinnen können; dementsprechend hatte sich bis dahin noch keine Institution der Förderung von Prävention und Früherkennung angenommen.

Die Stiftung verfolgt damit eine Entwicklung, die in den Vereinigten Staaten in Zusammenhang mit der Bekämpfung und Prävention der Kinderlähmung begonnen hatte.

Die Prävention von Behinderungen wird heute möglich durch genetische Beratung und Pränataldiagnostik, Geburtshilfe, Vorsorge und Frührehabilitation:

Dabei liegt die Bedeutung der Pränataldiagnostik nicht in der Empfehlung eines Schwangerschaftsabbruchs nach Feststellung einer Erbkrankheit, sondern in der Möglichkeit, ein bestehendes Risiko zu erkennen.

Für perinatale Prävention stehen heute standardisierte Methoden in der Schwangerschaftsüberwachung zur Verfügung und eindeutige Kriterien für die optimale Betreuung. Verbesserung der Kooperation zwischen Praxis und Klinik und Optimierung der geburtshilflichen Zentren sind Schritte auf dem Wege, die Zahl möglicher Behinderungen, die unter der Geburt entstehen können, einzuschränken. Wesentliche Ursachen angeborener Behinderungen sind:

Aufgaben und Ziele der Institution

STIFTUNG FÜR DAS BEHINDERTE KIND

Aufgaben und Ziele der Institution

Defekte an den Erbanlagen oder Chromosomen, exogene Schäden während der Schwangerschaft, Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt

Bei der postnatalen Prävention stehen Früherkennung und Frühbehandlung im Mittelpunkt der pädiatrischen Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern: Die überzeugenden Erfolge, etwa bei zerebral bewegungsge- störten Kindern, machen deutlich, was früher versäumt wurde und auch heute noch oft durch mangelnde Aufklärung und mangelnde interdisziplinäre Koopera- tion versäumt wird.

Aufbau der Stiftung:

Die Stiftung für das behinderte Kind ist eine gemein- nützige Einrichtung. Ihre Mittel rekrutieren sich aus- schließlich aus freiwilligen Zuwendungen, und zwar aus Spenden. Als ihre Organe fungieren ein Kuratorium und der Vorstand. Das Kuratorium setzt sich aus ca. 15 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Stiftungsmitgliedern und anderen am Stiftungsgedanken interessierten Berufen zusammen. Auch der Vorstand ist ohne Verwaltungsapparat ehren- amtlich tätig.

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung galt die Stif- tungsarbeit der Einrichtung und Mitfinanzierung von Zentren zur speziellen Früherkennung und Frühbe- handlung, ebenso auch der Förderung von Einzelpro- jekten der Forschung. Als Beispiele hierfür seien genannt:

eine Sonderschule für Dismelie-Kinder in München, ein Forschungs- und Behandlungszentrum für früh- kindliche Hirnschäden in Düsseldorf, eine Privatschule für taubblinde Kinder in Hannover, ein Heim für schwerstgeschädigte Dismelie-Kinder in Neckargemünd, Förderungsmaßnahmen zur Berufsausbildung kör- perbehinderter und geistig behinderter Kinder, Förderung der Ausbildung von Heilpädagogen, Starthilfe für das Kinderzentrum München, Einrichtung der frühdiagnostischen und frühthera- peutischen Behandlungsstellen in Frankfurt-Höchst sowie ein überregionales, interdisziplinäres For- schungsprojekt von Medizinern, Psychologen, Päd- agogen und Soziologen über die körperliche, gei-

stige und soziale Entwicklung der sogenannten „Contergan-Kinder“.

Die Stiftung dient heute der Förderung von Maßnah- men der Vorsorge, Früherkennung und Frühbehand- lung von körperlichen und geistigen Behinderungen. Sie hat im Rahmen dieser Zweckbestimmung insbeson- dere die Aufgaben,

- die wissenschaftliche Forschung und Erprobung von Methoden der Früherkennung und Frühbehandlung anzuregen, um vorgeburtliche Schäden sowie unter der Geburt oder später entstandene Behinderungen zu verhüten;
- die Einrichtung von frühdiagnostischen Untersu- chungs- und Beratungsstellen sowie die ärztliche Fortbildung zu fördern;
- die Verbreitung wissenschaftlicher Informationen so- wie die Aufklärung der Öffentlichkeit auf diesem Ge- biet zu übernehmen, und die Betroffenen für die Inanspruchnahme der angebotenen Hilfe zu gewinnen; Maßnahmen und Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, Schäden von Kindern abzuwehren und zu verhüten

Unter dem Aspekt der Präventivmedizin gilt heute das Hauptbemühen der Stiftung der Prævention von ange- borenen Behinderungen durch Vorsorge und Früher- kennung

Zukünftige Aufgaben:

Trotz aller bisherigen Bemühungen gibt es auf dem Feld von Vorsorge und Früherkennung weiterhin wich- tige Aufgaben, die erfüllt werden müssen:

Ausbau von Beratungs- und Behandlungsstellen, Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften aus dem Bereich Medizin und der angrenzenden Ge- biete, Unterstützung von Forschungsvorhaben im Bereich der Entwicklungs-Rehabilitation, laufende Information der Ärzteschaft über den neuen Wissenschaftsstand zur Prävention von Be- hinderungen durch Fortbildungsveranstaltungen und geeignete Publikationen, Motivation der Eltern, die angebotene Vorsorge- möglichkeit zu nutzen.

Medienangebote

Die Publikationen der Stiftung dienen zum einen der Aufklärung der Öffentlichkeit über Prävention und Früherkennung von Behinderungen, zum anderen der Information von Fachleuten

Als Standardmedium sei beispielhaft genannt die Fibel mit dem Titel „Der größte Wunsch: ein gesundes Kind!“ Sie hat ein Verzeichnis, in dem die genetischen Beratungsstellen in der Bundesrepublik aufgeführt sind. Außerdem enthält die Fibel eine Check-up-Liste für werdende Eltern, in der z. B. auf die Vorsorgemaß- nahmen während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes (Untersuchungsplan) eingegangen wird

Die Veröffentlichungen der Stiftung für interessierte Fachleute sind über den Verlag Umwelt & Medizin zu beziehen. Das momentane Angebot der Stiftung be- inhaltet u. a. Veröffentlichungen zu genetischer Bera- tung, einzelnen Behinderungen und Rehabilitations- maßnahmen

Die Titel und die Kosten sollten der Veröffentlichungs- liste der Stiftung entnommen werden

Exemplarisch sei außerdem auf eine Anzeigenserie hin- gewiesen. Inhaltlich geht es um Prävention und Früh- erkennung von Behinderungen. Die Streuung dieser Serie geschieht über die regionale Presse. Die Stiftung tritt an Verleger heran, die zumeist kostenlos diese Serie veröffentlichen

Service- leistungen

Die Stiftung für das behinderte Kind gibt gerne Aus- kunft über Behandlungszentren zur Früherkennung und Fortbildungsveranstaltungen anderer Träger.

Des weitern können sich sowohl Eltern wie Fachleute mit aktuellen Fragen zur Prävention an die Stiftung wenden

STIFTUNG REHABILITATION HEIDELBERG

Adresse Bonhoefferstraße
69123 Heidelberg

Telefon 0 62 21/88-0

Telefax 0 62 21/88 34 68

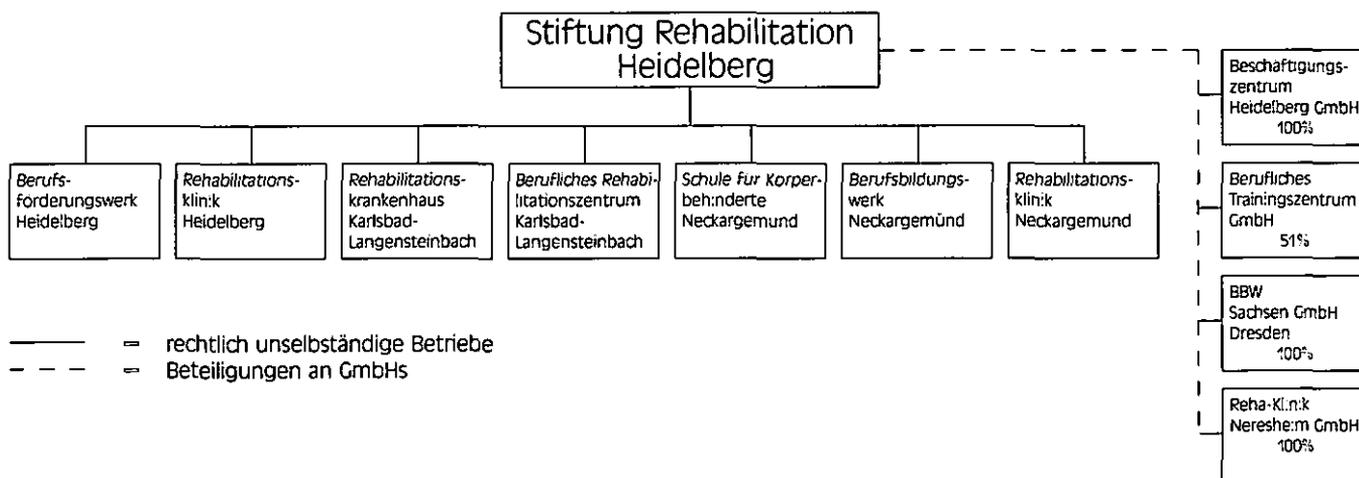
Die Stiftung Rehabilitation ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Heidelberg. Sie hat als Dienstleistungsunternehmen des Bildungs- und Gesundheitswesens die Aufgabe, Betriebe der beruflichen, medizinischen, schulischen und sozialen Rehabilitation zu errichten und zu betreiben und Dienstleistungen zur Eingliederung Behinderter und Nichtbehinderter in Beruf und Gesellschaft zu erbringen.

Die Stiftung Rehabilitation vereinigt als Holding (Rechts- und Vermögensträger) sieben rechtlich unselbständige, aber wirtschaftlich und organisatorisch voneinander abgegrenzte Betriebe und vier rechtlich selbständige Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit der Funktion strategischer Geschäftseinheiten unter einem Dach. Entsprechend der Holdingstruktur sind gemäß § 10 Abs. 8 der Stiftungssatzung die Verantwortlichkeiten in einem dreistufigen System organisiert:

Aufgaben und Ziele der Institution

STIFTUNG REHABILITATION

Organisation der Stiftung als Holding



STIFTUNG REHABILITATION

Aufgaben und Ziele der Institution

Das **Berufsförderungswerk Heidelberg** hat sich zum Ziel gesetzt, behinderten und nicht behinderten erwachsenen Menschen durch Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Bildung und Umschulung zu einem staatlich anerkannten Berufsabschluß zu verhelfen, ihre Eingliederung in Arbeit und Beruf zu unterstützen und damit ihre Berufs- und Lebensqualität zu verbessern. Rund 1870 Ausbildungsplätze und 90 Plätze der Berufsfindung und Arbeitserprobung stehen zur Verfügung. Das BFW ermöglicht in gegenwärtig 40 Berufen mit unterschiedlichen Ausbildungszeiten zwischen 12 und 36 Monaten staatlich anerkannte Abschlüsse auf Fachhochschul- und Fachschulebene sowie Ausbildungsberufe mit IHK-Abschluß (Kammerebene) in folgenden Berufsfeldern: Kaufmännische Berufe und Verwaltungsberufe, Berufe der Datenverarbeitung/Informatik, Berufe des Maschinenbaus und der Feinwerktechnik; Berufe der Elektronik, bautechnische Berufe, Berufe des Sozialwesens und nichtärztliche medizinische Berufe. Für Ausbildungsmaßnahmen auf Kammer- und Fachschulebene werden stationäre berufliche Rehabilitationsvereinbarungen durchgeführt.

Dem Berufsförderungswerk angeschlossen ist die Fachhochschule Heidelberg, die Studienabschlüsse in den Bereichen Betriebswirtschaft, Informatik, Elektrotechnik und Elektronik, Maschinenbau, Architektur, Sozialarbeit und Musiktherapie anbietet.

Die **Rehabilitationsklinik Heidelberg** verfügt über 114 Betten zur Behandlung von Patienten mit Schäden des zentralen Nervensystems (ZNS) sowie Patienten mit inneren und nephrologischen Erkrankungen. Der Klinik angeschlossen ist ein Hämophiliezentrum.

Das **Rehabilitationskrankenhaus Karlsbad-Langensteinbach** ist als Krankenhaus der Akutversorgung und der medizinischen Rehabilitation mit 546 Betten das größte seiner Art in der Bundesrepublik. Schwerpunkte sind die konservative und operative Orthopädie sowie die rehabilitative Behandlung von querschnittgelähmten Patienten, die Innere Medizin, Neurologie, die Sozialpsychiatrie und die Abteilung Schädel-Hirn-Verletzungen.

Das **Berufliche Bildungs- und Rehabilitationszentrum Karlsbad-Langensteinbach** ist ein Betrieb zur beruflichen Orientierung, Ausbildung und Qualifizierung Erwachsener mit 435 Ausbildungsplätzen in den Bereichen der beruflichen Rehabilitation (130 Plätze, Ausbildungszeit 18 bis 24 Monate) und den Schulen für Krankengymnastik, Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe.

Die **Schule für Körperbehinderte Neckargemünd** mit 380 Plätzen für Tages- und Internatsschüler ist als Ersatzschule nach dem Privatschulgesetz von Baden-Württemberg anerkannt. Sie nimmt Kinder und Jugendliche mit Bewegungsbeeinträchtigungen oder chronischen körperlichen Erkrankungen auf, die wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung allgemeine Schulen nicht besuchen oder dort nicht adäquat gefördert werden können. Es werden folgende acht Bildungsgänge angeboten: Grundschule, Hauptschule, Realschule, Schule für Lernbehinderte, Berufsvorbereitungsjahr, Wirtschaftsschule, Wirtschaftsgymnasium, Gymnasium mit Klinikschule.

Das **Berufsbildungswerk Neckargemünd** ist ein Betrieb zur beruflichen Orientierung und Ausbildung behinderter Jugendlicher im Rahmen des dualen Ausbildungssystems. Es verfügt über 417 Ausbildungsplätze und 42 Plätze für Berufsfindung und Arbeitserprobung. Angeschlossen ist die staatlich anerkannte Berufsschule, die ausbildungsbegleitend den Berufsschulunterricht für die Teilnehmer durchführt. Das Berufsbildungswerk ermöglicht in dreijähriger Ausbildungszeit staatlich anerkannte Abschlüsse in folgenden Berufsfeldern: Kaufmännische Berufe, Berufe der Datenverarbeitung und Verwaltung, Berufe der Elektrotechnik und Elektronik, Maschinenbau- und feinwerktechnische Berufe.

Förderungslehrgänge haben zum Ziel, noch nicht ausbildungsreife jugendliche Körperbehinderte in einer sechsmonatigen Förderungsmaßnahme zur Ausbildungsreife zu führen.

Die **Rehabilitationsklinik Neckargemünd** verfügt über 104 Betten zur Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Schäden des zentralen Nervensystems (ZNS), nach Schädel-Hirn-Traumen sowie Patienten mit inneren und nephrologischen Erkrankungen in den Abteilungen Pädiatrie/Neuropädiatrie, Orthopädie/Traumatologie/Innere Medizin/Dialyse.

Das **Beschäftigungszentrum Heidelberg GmbH** ist eine anerkannte Werkstatt für Behinderte mit insgesamt 106 Plätzen. Sie bietet psychisch Behinderten, die wegen Art und Schwere der Behinderung nicht oder noch nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, Arbeitsplätze, auf denen qualitativ hochwertige Auftragsarbeiten der Metall-, Elektro- und Holzbearbeitung für die Wirtschaft der Region ausgeführt werden. Alleingesellschafterin ist die Stiftung Rehabilitation Heidelberg.

Das **Berufliche Trainingszentrum Rhein-Neckar GmbH Wiesloch** verfügt über 60 Plätze und betreibt berufliche Rehabilitation von Menschen mit psychischen Problemen. Ziel ist die Wiedereingliederung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, die Vorbereitung auf eine Ausbildung oder Umschulung, die Abklärung und Überprüfung von Berufswünschen und Qualifikationen in der Berufsfindung und Arbeitserprobung. Gesellschafter sind neben der Stiftung Rehabilitation Heidelberg die Stadt Wiesloch und der Sozialpsychiatrische Hilfsverein Rhein-Neckar.

Das **Berufsbildungswerk Sachsen GmbH** in Dresden, gegründet im November 1990, ist ein überregionaler Betrieb der beruflichen Rehabilitation für behinderte Jugendliche. Aufgabe der Gesellschaft ist die berufliche Orientierung und Ausbildung körper- und lernbehinderter Jugendlicher. Sie befindet sich noch im Aufbau und verfügt zu Zt. über insgesamt 312 Ausbildungsplätze. Die Ausbildung ist in zwei bis dreieinhalb Jahren in den folgenden Berufsfeldern staatlich anerkannter Berufe möglich: Kaufmännische Berufe einschließlich Verwaltungsfachangestellter, Berufe der Elektrotechnik, Berufe der Metalltechnik und Konstruktion, Bauzeichner, Ausbaumaurer, Bau- und Metallmaler sowie Fachgehilfe im Gastgewerbe. Darüber hinaus gibt es Förderungslehrgänge und eine Berufsfindung/Arbeitserprobung. Das Berufsbildungswerk Sachsen verfügt im Endausbau über 384 Ausbildungsplätze, bis zu 35 Plätze für Berufsfindung und Arbeitserprobung sowie Förderungslehrgänge. Alleingesellschafterin ist die Stiftung Rehabilitation Heidelberg.

Die **Rehabilitationsklinik Neresheim GmbH** wurde im Mai 1993 gegründet. Aufgabe der Gesellschaft ist der Betrieb einer Fachklinik für die Rehabilitation Schädel-Hirn-Verletzter. Die Klinik wird über 20 Betten zur Frührehabilitation sowie zehn Betten zur Langzeitrehabilitation verfügen. Anfang 1995 wird sie den Betrieb aufnehmen. Alleingesellschafterin ist die Stiftung Rehabilitation Heidelberg.

**STIFTUNG
REHABILITATION**

Medienangebote

Die Informationssammlung „Technische Hilfen für Behinderte“ wird seit vielen Jahren von der Informations- und Dokumentationsstelle für Technische Hilfen der Stiftung Rehabilitation herausgegeben. Die in der Sammlung enthaltenen 4.400 Objekte werden mit Bild und Text dargestellt. Ca. 1.500 Adressen verweisen auf Hersteller oder Vertrieber. Zahlreiche Zwischentexte helfen bei Beurteilung und Auswahl. Das Entstehen und die Pflege der Informationssammlung ist durch die Deutsche Behindertenhilfe, Aktion Sorgenkind e.V., ermöglicht worden (Bezug gegen Schutzgebühr).

Für Fachkräfte der Rehabilitation bietet die Stiftung Rehabilitation Fort- und Weiterbildungen an, die an der Fachhochschule Heidelberg durchgeführt werden.

**Service-
leistungen**

Ein jährlich erscheinendes Fortbildungsprogramm informiert über Dauer und Kosten und ist bei der Hauptgeschäftsstelle anzufordern.

Informationen und Auskünfte erteilt die Stiftung Rehabilitation Heidelberg. Broschüren über die Arbeit der Stiftung als Dienstleistungsunternehmen des Bildungs- und Gesundheitswesens und ihrer Betriebe können schriftlich oder telefonisch angefordert werden.

Empfehlungen

STIFTUNG VERBRAUCHERINSTITUT

Adresse Reichpietschufer 74-76
10785 Berlin

Telefon 0 30/25 49 02 11

Telefax 0 30/25 49 02 27

Das 1978 von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e V und der Stiftung Warentest gegründete Verbraucherinstitut ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts.

Das Leistungsangebot des Instituts richtet sich nicht an die Verbraucher selbst, sondern an Multiplikatoren, u. a. an Mitarbeiter/innen der Verbraucherorganisationen, Dozenten der Erwachsenenbildung, Lehrer, Sozialarbeiter und Mitarbeiter aus Verbänden und Kommunen

Das Leistungsangebot umfaßt sowohl Veranstaltungen zur beruflichen Fortbildung (Seminare, Tagungen, Workshops) als auch die Entwicklung von Modellen und Grundsätzen zur Verbraucherinformation und -bildung. Weiterhin werden Untersuchungen durchgeführt und im Rahmen des Stiftungszwecks Veröffentlichungen herausgegeben. Das Institut soll auf diese Weise zukunftsorientiert an der Definition und Lösung neu aufkommender Verbraucherprobleme mitwirken und hierzu konzeptionelle Perspektiven erarbeiten. Beispielfähig soll hier der Bereich „Umweltberatung“ genannt werden

Knappe Mittel und sachlich naheliegende Gründe machen eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern notwendig, u. a. mit dem Umweltbundesamt, dem Bundesgesundheitsamt, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), zahlreichen Hochschulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die beim Verbraucherinstitut vorliegenden Materialien und Medien können dem aktuellen Jahresprogramm „Veranstaltungen, Medien- und Konzeptionsentwicklung“ sowie einem Verzeichnis „Materialien und Medien“ entnommen werden. Sowohl das „Jahresprogramm“ als auch das „Schriftenverzeichnis“ sind beim Verbraucherinstitut zu beziehen. Interessierte Multiplikatoren können in den Verteilerschlüssel aufgenommen werden

Medienangebote

**STIFTUNG
VERBRAUCHER-
INSTITUT**

Soweit nicht anders vermerkt, können die Materialien und Medien direkt bei der
Stiftung Verbraucherinstitut
Versandservice
Postfach 1448,
59933 Olsberg
Tel : 0 29 62/80 04 27
Fax: 0 29 62/80 04 44
bestellt werden. Schutzgebühren und Versandkosten werden in Rechnung gestellt.

Medienangebote

**Service-
leistungen**

Das jeweilige Jahresprogramm unterscheidet folgende Veranstaltungstypen:

Veranstaltungen für Mitarbeiter/innen der Verbraucherzentralen und Verbraucherinstitutionen
Veranstaltungen für ehrenamtliche Multiplikatoren
Veranstaltungen für den Bereich der Erwachsenenbildung
Veranstaltungen für die schulische Verbraucherbildung
Veranstaltungen für weitere Multiplikatoren
Seminare auf Abruf

Zahlreiche Veranstaltungen greifen Themen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes auf und werden mit folgenden Kategorien beschrieben: Titel, Veranstaltungsart, Teilnehmerkreis, Termin, Anmeldeschluß, Leitung, Zielsetzung, vorgesehene Inhalte, Anmerkungen

Besonders soll hier auf den dreiteiligen „Grundkurs: Umweltberatung für private Haushalte“ verwiesen werden. Er wendet sich explizit an Umweltberater der Verbraucherorganisationen sowie aus Verbänden und Kommunen. Vorgesehene Inhalte sind u. a.:

Arbeitsinstrumente in der Umweltberatung (Methodik)
Gesichtspunkte zur Beurteilung der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit von Produkten
aktuelle Fragestellungen zu ökologischen und gesundheitsbezogenen Problemlagen
Methodik der Gruppenberatung; Materialien und Modelle für die Gruppenberatung

Es besteht für Mitarbeiter der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung die Möglichkeit, auf Anfrage auch an Veranstaltungen teilzunehmen, die sich explizit an andere Adressatengruppen wenden. Im Einzelfall entstehen dabei keine Kosten. Bei größerer Nachfrage könnte jedoch eine Kostenbeteiligung notwendig werden.

Empfehlungen

Im einzelnen sind zu empfehlen:

der regelmäßige, kostenlose Bezug des Jahresprogramms (Aufnahme in den Verteilerschlüssel des Verbraucherinstituts),
das „Schriftenverzeichnis: Materialien und Medien“ (kostenlos),
die Teilnahme am Grundkurs für Umweltberater:
Umweltberatung für private Haushalte,
die Artikulation spezifischer Interessen bezüglich Fortbildung und Konzeptentwicklung

STIFTUNG WARENTEST

Adresse Lützowplatz 11-13
10785 Berlin

Telefon 0 30/2 63 13 45

Telex 18 3588 test d

Telefax 0 30/2 63 14 29

Die Stiftung Warentest wurde 1964 nach einstimmigem Beschluß des Deutschen Bundestages als Stiftung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Sitz in Berlin errichtet.

Ausschließlicher und unmittelbarer Zweck der Stiftung ist laut Satzung:

- die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes sowie über objektivierbare Merkmale der Umweltverträglichkeit von Waren und privaten sowie individuell nutzbaren öffentlichen Leistungen zu unterrichten,
- der Öffentlichkeit Informationen zur Verfügung zu stellen, die zur Verbesserung der Marktbeurteilung beitragen,
- die Verbraucher über Möglichkeiten und Techniken der optimalen privaten Haushaltsführung, insbesondere über eine rationale Einkommensverwendung aufzuklären und dabei auch von ihr als fundiert anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse des Umweltschutzes einzubeziehen,
- in Institutionen der Normung, der standardisierten Produktinformation und in vergleichbaren Einrichtungen mitzuwirken.

Um diesen Zweck zu verwirklichen, soll die Stiftung:

- Untersuchungen, in der Regel vergleichender Art, an Waren und Leistungen nach wissenschaftlichen Methoden und in einem sachgerechten Ausmaß durchführen oder von geeigneten Instituten nach ihren Weisungen durchführen lassen,
- neutral, allgemeinverständlich und sachgerecht erläuterte Arbeitsergebnisse durch Kommunikationsmittel aller Art, insbesondere durch eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift und durch Sonderpublikationen, verbreiten.

Die Organe der Stiftung sind der Vorstand, der Verwaltungsrat und das Kuratorium.

Der Vorstand besteht aus höchstens drei Mitgliedern, er wird vom Verwaltungsrat mit Zustimmung der Stifterin berufen, vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich und führt ihre Geschäfte

Aufgaben und Ziele der Institution

STIFTUNG WARENTEST

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Verwaltungsrat besteht aus fünf Personen, die die Gewähr für eine unabhängige Ausübung dieser Tätigkeit geben und besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf den für die Stiftung wesentlichen Sachgebieten besitzen; sie werden von der Stifterin berufen und sollen die Tätigkeit des Vorstandes überwachen.

Das Kuratorium der Stiftung besteht aus achtzehn Personen, die von der Stifterin berufen werden und unterschiedliche Bereiche vertreten. Sechs der Mitglieder sollen unabhängig sein und für die Verwirklichung der Stiftungszwecke entsprechende fachliche wissenschaftliche Qualifikation oder besondere Erfahrungen besitzen. Jeweils sechs Mitglieder sollen aus den Gruppen der Verbraucher und der anbietenden Wirtschaft vorgeschlagen werden. Das Kuratorium berät den Vorstand und Verwaltungsrat in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung und macht Vorschläge für Untersuchungsvorhaben und deren Durchführung.

Zur Beratung bei allen vergleichenden Untersuchungsvorhaben werden sogenannte Fachbeiräte berufen.

Außer den satzungsgemäßen Organen sind für die Stiftung Warentest rd 210 Voll- und Teilzeitbeschäftigte tätig

Die Umsetzung der Aufgaben erfolgt durch Untersuchungsvorhaben und durch die Verbreitung der Untersuchungsergebnisse sowie Öffentlichkeitsarbeit für die Stiftung

Bei den Untersuchungsvorhaben werden jährlich über 100 Warenuntersuchungen vorgenommen, überwiegend als vergleichende Warentests mit Bewertungen. Es handelt sich dabei sowohl um Neu- als auch um Wiederholungstests, bei denen ein Produkt getestet wird, das eine technische Neuerung darstellt oder beinhaltet; Gemeinschaftstests mit Partnern in der ganzen Welt; Preisrecherchen mit Preisvergleichen und schließlich Dienstleistungstests. Durch Reports, warentkundliche Veröffentlichungen und Kurzberichte werden die Untersuchungsergebnisse ergänzt.

Die Verbreitung der Untersuchungsergebnisse und anderer Erkenntnisse erfolgt durch eigene Publikationen, durch Informationen an die Massenmedien und durch Veranstaltungen für Verbraucher, durch Pressekonferenzen, Presseseminare und Fachkolloquien

Mit Unterstützung durch Wirtschafts- und Kulturbehörden der Länder führt die Stiftung alle zwei Jahre den Bundeswettbewerb „Jugend testet“ durch, zu dem Jugendliche eigene Untersuchungen einreichen

Schließlich arbeitet die Stiftung Warentest in zahlreichen internationalen und nationalen Gremien mit bzw ist in ihnen vertreten

Die Aufwendungen der Stiftung Warentest betragen jährlich um 90 Mio. DM. Sie werden aufgebracht durch Eigeneinnahmen (ca 85 %) und Zuwendungen des Bundes.

Medienangebote

Das Medienangebot besteht hauptsächlich aus Druckschriften, mit denen die Verbraucher informiert werden sollen

Die wichtigsten Publikationen sind:

- Monatszeitschrift „test“, in der die Ergebnisse der Waren- und Dienstleistungstests und eine Vielzahl verbraucherrelevanter Themen veröffentlicht werden (Abonnement oder Einzelverkauf),
 - Zweimonatszeitschrift „FINANZtest“, in der schwerpunktmäßig über die Ergebnisse von Finanzdienstleistungsuntersuchungen berichtet wird (Abonnement oder Einzelverkauf).
- Weitere Publikationen sind z. B. Sonderhefte mit besonderen Themenstellungen wie „Mikrowelle“, „Arzneimittel“, „Kosmetik“ (Einzelverkauf),

- Jahrbücher mit den wichtigsten Ergebnissen des Jahres (Einzelverkauf),
- Ratgeber, z. B. zu „Fitneß“ (Einzelverkauf)
- Für die Information der Presse erstellt die Stiftung test-Dienst, FINANZtest-Dienst und test-aktuell sowie FINANZtest-aktuell als Pressedienste und bietet kurzgefaßte Testberichte mit test-KOMPASS und Dienstleistungsreports über einen Materndienst zum Nachdruck in Lokalzeitungen, Zeitungen und Zeitschriften an (kostenlos).

Außerdem werden Hörfunkanstalten monatlich zwei bzw vier Sendekassetten mit jeweils einem dreiminütigen Hörfunkbeitrag über ein interessantes test- oder FINANZtest-Thema angeboten

Serviceleistungen

Die Untersuchungen der Stiftung Warentest und deren Verbreitung stellen an sich schon einen großen Anteil bei den Serviceleistungen der Stiftung dar, um den Verbrauchern Entscheidungshilfen zu geben.

Ein weiterer Service ist der umfangreiche Leserdienst. 200.000 telefonische, schriftliche oder Besucherberatungen werden hier jährlich vorgenommen. Dazu werden in Zusammenarbeit mit Tageszeitungen, Rund-

funk- und Fernsehanstalten im ganzen Bundesgebiet Informationen für Verbraucher durchgeführt, wo Mitarbeiter des Auskunftsdienstes Verbraucherfragen „life“ beantworten.

Empfehlungen

Als Grundlage für die gesundheitsaufklärerische Arbeit sind die sorgfältig erstellten Informationen der Stiftung Warentest hilfreich, dabei besonders die Ratgeber Gesundheit, z. B. „Kopfschmerzen/Migräne“ oder „Rheuma“, sowie die Sonderhefte „Ernährung“ und „Kos-

metik“ und bei speziellen Fragen der Auskunftsdienst. Bei Aktionen mit verbraucherorientierten Inhalten sollte das Fachwissen der Mitarbeiter der Stiftung für Informationsaktionen oder Vorträge genutzt werden.

STUDIENGRUPPE FÜR SOZIALFORSCHUNG e.V.

Adresse Staudacher Straße 14
83250 Marquartstein

Telefon 0 86 41/71 30

Telefax 0 86 41/6 32 42

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. wird durch ihre Gesellschafter getragen. Die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Institutes zur Rolle der Krankenkassen in der wohnumfeldbezogenen Gesundheitsvorsorge sind wichtige Grundlagenmaterialien für die Einbeziehung der Krankenkassen in die Gesundheitsziehung im Lebensbereich Wohnen.

**Für den
eiligen Leser**

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. ist in München zunächst als freie Arbeitsgemeinschaft von Angehörigen verschiedener Wissenschaftsbereiche eingerichtet worden. Seit 1972 wird das Institut in der Form eines eingetragenen Vereins mit Sitz zunächst in München und seit 1979 in Marquartstein geführt. Die ständigen Mitarbeiter des Institutes sind zugleich auch ordentliche Mitglieder der Trägergesellschaft.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Als Aufgabe hat sich das Institut die Vertiefung sozialwissenschaftlicher Kenntnisse in wichtigen Problem-bereichen der Gesellschaft gestellt.

Dabei hat sich die Tätigkeit des Institutes bislang auf folgende Bereiche konzentriert:

- Verwaltungsmodernisierung, Entstaatlichung und Gebietsreform
Landesentwicklung und Stadtsanierung
- Wohnungswesen, Energiebedarfsplanung und Freizeitentwicklung
Hochschulreform und Medienentwicklung
- Gesundheitsvorsorge und Behindertenversorgung
Kassenarztbedarfsplanung, Krankenhausbedarfsplanung und Rehaklinik-Bedarfsplanung
- Gesundheitsreform, Krankenkassenneuordnung und Sozialfinanzkoordinierung
Frauen- und Altenpolitik.

Das Institut erstellt laufend und mit zeitlich wechselnden Themenschwerpunkten für einzelne Auftraggeber problembezogene Einzeluntersuchungen und Gutachten. Aus eigenen Mitteln und mit Kostenbeteiligung Dritter erarbeitet das Institut außerdem in größeren Abständen Grundlagenuntersuchungen zu Themen, die sich aus der laufenden Forschungs-, Beratungs- und Entwicklungsarbeit des Institutes ergeben. Auftraggeber der Studiengruppe sind Bundes- und Landesministerien, Wirtschafts-, Berufs- und Interessenverbände, Verbände der Sozialversicherungsträger, Hoch-

**STUDIENGRUPPE
FÜR SOZIAL-
FORSCHUNG e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

schulen und Forschungseinrichtungen, Krankenhausträger, Klinikträger, Städte, Kreise und Gemeinden, Krankenkassen und Unternehmen.

Seit 1976 befaßt sich das Institut vorrangig mit Untersuchungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Krankenkassen und der Sozialversicherung insgesamt

Das Institut hat dabei im Bereich der Kassenarzt- und Krankenhausbedarfsplanung die Bedeutung der Siedlungsstrukturen sowie der Wohnungs- und Haushaltsverhältnisse als wesentliche Faktoren des Bedarfs an Arztpraxen und Krankenhäusern herausgestellt.

Im Bereich der Gesundheitsreform und der Krankenkassenneuordnung hat das Institut die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft und der Krankenkassen als positive Faktoren für die Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktlage in den Regionen untersucht. Es befaßt sich zugleich mit der Frage, ob und welche Benachteiligungen sich durch die Gesundheitsreform und die gegenwärtige Krankenkassengliederung für ökonomisch und sozial schwächere Regionen und Stadtgebiete ergeben. Das Institut hat mittlerweile auch Untersuchungen darüber vorgelegt, welche Bundesländer und wie Großstädte von den Finanzströmen des gesamten Sozialversicherungssystems in ihrer Wirtschaftsentwicklung begünstigt oder benachteiligt werden.

Soweit es die mittlerweile durch den Gesetzgeber vorgeschriebene Gesundheitsvorsorgetätigkeit der Krankenkassen betrifft, hat die Studiengruppe für Sozialforschung hier bereits vor einigen Jahren begonnen, Konzepte für auf den Wohnstandort, das Wohnumfeld, das Wohnen und den Haushalt bezogene Gesundheitsvorsorgeprogramme der Krankenkassen zu entwickeln

Diese Konzepte sehen einerseits eine Erfassung und Beschreibung der für die jeweiligen Regionen, Teilräume oder Stadtgebiete feststellbaren gesundheitsbelastenden Faktoren insbesondere auch des Wohnumfeldes, aber auch im Wohnbereich und Haushalt selbst vor. Diesen Belastungsfaktoren werden dann die unterschiedlichen Grade der für die jeweiligen Regionen, Teilgebiete oder Stadtviertel für die Krankenkassenmitglieder feststellbaren Gesundheitsschwächen gegenübergestellt. Zuletzt werden dann Vorschläge für Maßnahmen zum Ausgleich, zur Verringerung oder zur Beseitigung von regionalen Gesundheitsbelastungen der gesundheitschwächeren Versichertengruppen erarbeitet.

Solche Vorhaben wurden im Auftrage einzelner Ortskrankenkassen und Innungskrankenkassen sowie der Landeshauptstadt München durchgeführt

Bei ihrer Forschungstätigkeit arbeitet die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. insbesondere auch mit der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) zusammen

Medienangebote

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. gibt eine Schriftenreihe „Texte zur Krankenkassenforschung“ heraus. In dieser Reihe werden die zahlreichen Veröffentlichungen der Mitarbeiter des Institutes als Manuskriptdrucke direkt zugänglich gemacht.

Diese Textreihe hat einerseits die Zusammenhänge und Wechselwirkungen von Regionalentwicklung, Gesundheitswirtschaft und Krankenversicherung, andererseits die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer regional- und wohnstandortbezogenen Gesundheitsvorsorgepolitik als Schwerpunkte. Zum Bereich Wohnen, Gesundheit und Krankenversicherung sind bislang Titel u. a. zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

Wohnungswesen, Gesundheitsverhältnisse und Krankenversicherung
Regionale Belastungsanalyse und kommunale Gesundheitspolitik
Fallstudien zur Gesundheitslage in den Stadtteilen ausgewählter Großstädte

Neben den Titeln aus der Reihe „Texte zur Krankenkassenforschung“ kann auch die Mehrzahl der Forschungsberichte und Gutachtentexte des Institutes beim Institut erfragt und bezogen werden. Sämtliche Publikationen werden nur gegen Kostenerstattung abgegeben.

**Service-
leistungen**

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. erbringt über ihre Forschungstätigkeit hinaus Dienstleistungen vor allem auf dem Gebiet der Planung und Durchführung von Fachtagungen. Für eine ganze Reihe von Akademien und Verbänden erarbeitet das Institut Vorschläge für Tagungsthemen. Es entwickelt außerdem die Programme und ermittelt die Referenten.

Daneben führt das Institut für seine Auftraggeber Recherchen über Adressen, Daten und Literatur aus seinen Arbeitsbereichen durch.

Die Mitarbeiter des Institutes wirken außerdem als Experten und Referenten an Werkstattgesprächen, Fachtagungen und Symposien mit. Sie stehen außerdem den fachlichen und wissenschaftlichen Publikationen als Autoren zur Verfügung. Vereinzelt erfüllen Mitarbeiter des Institutes auch Lehraufgaben an Universitäten und Fachhochschulen und werden am Institut Diplomarbeiten betreut.

Empfehlungen

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. ist wegen ihrer langjährigen Tätigkeit im kommunalen und regionalen Bereich sowie wegen der von ihr ausgearbeiteten Konzepte für eine wohnbereichsbezogene Gesundheits-

vorsorgepolitik der Krankenkassen ein wichtiger Partner für die Einbeziehung der Krankenkassen in eine umfassend konzipierte Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen

TUMORZENTREN

Tumorzentren sind Einrichtungen an Universitätskliniken und sollen die organisierte Zusammenarbeit verschiedener medizinischer Disziplinen sicherstellen, die neben der Krebsbehandlung auch onkologische Grundlagenforschung durchführen. An Tumorzentren sind fachliche Standards geknüpft, die von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren e. V. (ADT) festgelegt und überprüft werden. Tumorzentren wurden seit 1981 vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit dem Ziel gefördert, die Versorgung von Tumorkranken zu verbessern. Sie sollen insbesondere dazu beitragen, die flächendeckende, qualitätsgleiche und wohnortnahe Patientenversorgung zu sichern.

Tumorzentren übernehmen für eine Region eine Leitfunktion bei der Entwicklung und Durchsetzung verbesserter Behandlungskonzepte. Sie sollen den Krankenhäusern und der Ärzteschaft im Rahmen der regionalen onkologischen Versorgung in allen Fachfragen Hilfestellung leisten.

Folgende Ziele und Aufgaben lassen sich spezifizieren, obwohl nicht alle Tumorzentren aufgrund unzureichender personeller und finanzieller Ressourcen alle Aufgaben gleichermaßen erfüllen können:

- 1 Förderung und Koordinierung von
 - Tumorfürherkennung
 - Tumordiagnostik
 - Tumorthherapie
 - Tumornachsorge
 - Tumordatenerfassung und -verarbeitung
- 2 Konsiliardienste und Onkologische Spezialsprechstunden
3. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den in Praxis und Klinik tätigen Ärzten, Verstärkung der hausärztlichen Grundversorgung
4. Vermittlung von Forschungsergebnissen an die in Praxis und Klinik tätigen Ärzte sowie an andere Berufsgruppen (Informationsdienst)
- 5 Fortbildung für Personen, die in der Betreuung und Beratung von Krebskranken tätig sind
- 6 Förderung der Krebsforschung und der Grundlagenforschung
- 7 Aufklärungsarbeit für Laien
- 8 Psychosoziale Beratung und Betreuung von Krebskranken und deren Angehörige

Nachstehend werden die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren alphabetisch aufgeführt.

TZ Aachen e. V.
Institut für Pathologie
Pauwelsstraße 30
52074 Aachen
Tel : 02 41/8 08 92 80
Fax: 02 41/8 08 92 84

Aufgaben und Ziele der Institutionen

TUMORZENTREN*Adressen der
Tumorzentren***TZ Augsburg**

Strahlenklinik des Kreiskrankenhauszweckverbandes
Steglinstraße/Postfach 10 19 20
86156 Augsburg
Tel : 08 21/4 00-20 80
Fax: 08 21/4 00-33 11

Ostbrandenburgisches TZ

Bad Saarow e. V.
Klinikum Bad Saarow
Pieskower Straße 33
15526 Bad Saarow-Pieskow
Tel.: 03 36 31/7 33 46

Klinikum Berlin-Buch

Wiltbergstraße 50
13125 Berlin
Tel.: 0 30/94 01-25 07
Fax: 0 30/9 40-143 20

TZ Berlin-Steglitz

Freie Universität Berlin
Universitätsklinikum Steglitz
Hindenburgdamm 30
12203 Berlin
Tel.: 0 30/7 98-30 51
Fax: 0 30/7 98 41 41

Krankenhaus Berlin-Moabit

Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Innere Abteilung
Turmstraße 21
10559 Berlin
Tel.: 0 30/36 76-33 00

TZ Bonn e. V.

Sigmund-Freud-Straße 25
53127 Bonn
Tel : 02 28/2 80 24 89
Fax: 02 28/2 80 28 49

TZ Bremen e. V.

Zentralkrankenhaus
St.-Jürgen-Straße 1
28205 Bremen
Tel.: 04 21/4 97 53 35
Fax: 04 21/4 97 33 18

TZ Chemnitz

Stadt Kliniken - Klinikum Küchwald
Bürgerstraße 2
09113 Chemnitz
Tel : 03 71/33 27 00
Fax: 03 71/33 25 50

TZ Cottbus

OSP-Brandenburg
Carl-Thiem-Klinikum
Thiemstraße 111
03048 Cottbus
Tel : 03 55/46 28 41
Fax: 03 55/46 23 86

TZ Dresden e. V.

Medizinische Akademie
Fetscher Straße 74, Haus 25
01307 Dresden
Tel : 03 51/4 58 44 70

TZ Düsseldorf e. V.

Universität Düsseldorf
Moorenstraße 5
40001 Düsseldorf
Tel : 02 11/9 05 66
Fax: 02 11/9 05 68 88

TZ Erfurt e. V.

Klinikum Erfurt
Postfach 595
99012 Erfurt
Tel : 03 61/79 32 39
Fax: 03 61/79 34 35

**TZ der Universität
Erlangen-Nürnberg**

Bohlenplatz 6
91054 Erlangen
Tel.: 09 31/85 40 15

Westdeutsches TZ

Universitätsklinikum
Hufelandstraße 55
45122 Essen
Tel.: 02 01/7 23-24 13
Fax: 02 01/7 23-59 28

TZ Rhein-Main e. V.

Universitäts-Kinderklinik
Theodor-Stern-Kai 7
60596 Frankfurt
Tel : 0 69/63 01-57 44
Fax: 0 69/63 01-63 01

TZ Freiburg

am Klinikum der Universität
Hugstetter Straße 55
79106 Freiburg
Tel.: 07 61/2 70 33 12
Fax: 07 61/2 70 33 98

TZ e. V. Göttingen

Robert-Koch-Straße 40
37075 Göttingen
Tel.: 05 51/39 61 66
Fax: 05 51/39 86 87

TZ Greifswald e. V.

an der Medizinischen Fakultät
Universität Greifswald
Fleischmannstraße
17489 Greifswald
Tel : 0 38 34/7 53 57 oder 8 80
Fax: 0 38 34/7 53 57

TZ Halle e. V.

Martin-Luther-Universität Halle
Klinikum Kröllwitz
Magdeburger Straße 5
06112 Halle
Tel : 03 45/67 18 64

TZ Hamburg

Universitätsklinik Eppendorf
Medizinische Klinik
Martinistraße 51
20251 Hamburg
Tel : 0 40/4 68 43 90
Fax: 0 40/47 64 94

TZ Hannover

Karl-Wiechert-Allee 9
30625 Hannover
Tel . 05 11/5 32 50 60
Fax: 05 11/5 32 53 25

TZ Heidelberg/Mannheim

Chirurgische Universitätsklinik
Im Neuenheimer Feld 110
69115 Heidelberg
Tel . 0 62 21/47 26 45 od 56 65 58 od 56 65 59
Fax: 0 62 21/56 30 94

TZ Homburg/Saar e. V.
Saarländische Krebszentrale
Universitätskliniken des Saarlandes
Gebäude 52/Oscar-Orth-Straße
66424 Homburg/Saar
Tel : 0 68 41/16 74 31/2
Fax: 0 68 41/16 74 96

TZ Jena e. V.
Klinikum der Friedrich-Schiller-Universität
Institut für Pathologie
Ziegelmühlenweg 1
07740 Jena
Tel : 0 36 41/63 3120 oder 63 3114
Fax: 0 36 41/63 3111

TZ Kiel
Klinikum der
Christian-Albrechts-Universität
Niemannsweg 4
24105 Kiel
Tel.: 04 31/5 97-29 13
Fax: 04 31/5 97-19 45

TZ Köln
Klinik I für Innere Medizin
der Universität zu Köln
Josef-Stelzmann-Straße 9
50924 Köln
Tel : 02 21/4 78-44 00
Fax: 02 21/4 78-54 55

TZ Leipzig
Chirurgische Klinik
Karl-Marx-Universität
Liebigstraße 27
04103 Leipzig
Tel : 03 41/7 16 73 36
Fax: 03 41/7 16 72 25

TZ Magdeburg
Sachsen-Anhalt e. V.
in der Medizinischen Fakultät
Otto-von-Guericke-Universität
Haus 18
Leipziger Straße 44
39120 Magdeburg
Tel.: 03 91/67 32 66
Fax: 03 91/67 32 67

TZ Mainz
Rheinland-Pfalz e. V.
Generalsekretariat
Am Pulverturm 13
55131 Mainz
Tel : 0 61 31/17 30 01
Fax: 0 61 31/17 66 07

TZ Marburg
Klinikum der Philipps-Universität Marburg
Pilgrimstein 3
35037 Marburg
Tel : 0 64 21/28 44 01
Fax: 0 64 21/28 45 58

TZ München
Ludwig-Maximilians-Universität
und Technische Universität
Medizinische Klinik III
Maistraße 11
80337 München
Tel.: 0 89/5160-22 38
Fax: 0 89/5160-47 87

TZ Münsterland e. V.
Institut für Pathologie
Domagkstraße 17
48149 Münster
Tel : 02 51/83 86 24
Fax: 02 51/83 69 60

Regionales TZ Weser-Ems e. V.
Huntestraße 14
26135 Oldenburg
Tel.: 04 41/4 42 15
Fax: 04 41/2 63 16

TZ Rostock
Klinik für Radiologie
Südring 75
18059 Rostock
Tel : 03 81/4 40 56 29
Fax: 03 81/4 40 56 29

TZ Schwerin-Westmecklenburg
Klinikum Schwerin
Wismarsche Straße 297
19055 Schwerin
Tel.: 03 85/5 81 28 86 od. 81 74 25
Fax: 03 85/5 20 20 02

Klinikum Suhl
Klinik für Strahlentherapie
Albert-Schweitzer-Straße
98527 Suhl
Tel.: 0 36 81/35 59 20
Fax: 0 36 81/35 50 81

OSP Stuttgart
Diakonissen-Krankenhaus
Rosenbergstraße 38
70176 Stuttgart
Tel.: 07 11/9 91-35 11
Fax: 07 11/9 91-10 90

Interdisziplinäres TZ
an der Eberhard-Karls-Universität
Herrenberger Straße 23
72070 Tübingen
Tel.: 0 70 71/29 64 71
Fax: 0 70 71/29 57 89

TZ Ulm
Klinikum der Universität Ulm
Oberer Eselsberg, Robert-Koch-Straße 8
89081 Ulm/Donau
Tel.: 07 31/5 02-33 33
Fax: 07 31/5 02-46 26

Interdisziplinäres TZ
an der Julius-Maximilians-Universität
Med Poliklinik der Universität
Klinikstraße 6- 8
97070 Würzburg
Tel : 09 31/3 14 31
Fax: 09 31/1 33 91

**Südwestsächsisches TZ
Zwickau e. V.**
Bezirkskrankenhaus Heinrich Braun
K.-Keil-Straße 35
08060 Zwickau
Tel : 03 75/52 33 23 od. 51 23 33
Fax: 03 75/51 15 05

TUMORZENTREN

*Adressen der
Tumorzentren*

UMWELTBUNDESAMT

- UBA -

Sitz	Bismarckplatz 1 14193 Berlin Fachbereich I Mauerstraße 52 10117 Berlin Fachbereich V Corrensplatz 1 14195 Berlin
Postanschrift	Postfach 33 00 22 14191 Berlin
Ansprechpartner	Fachgebiet I 1.4 Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen Tel. 0 30/23 14 56 32 0 30/23 14 56 34
Pressestelle	Dr. Holger Brackemann Tel. 0 30/89 03 22 08
Telefon	0 30/89 03-0 (Bismarckplatz) 0 30/2 3145-50 (Mauerstraße) 0 30/83 08-0 (Corrensplatz)
Telefax	0 30/89 03 22 85

Das „Umweltbundesamt“ (UBA) ist die zentrale Fachbehörde des Bundes auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Das per Gesetz vom 22. 7. 1974 in Berlin errichtete Amt gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

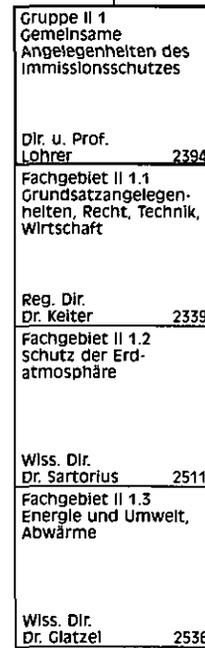
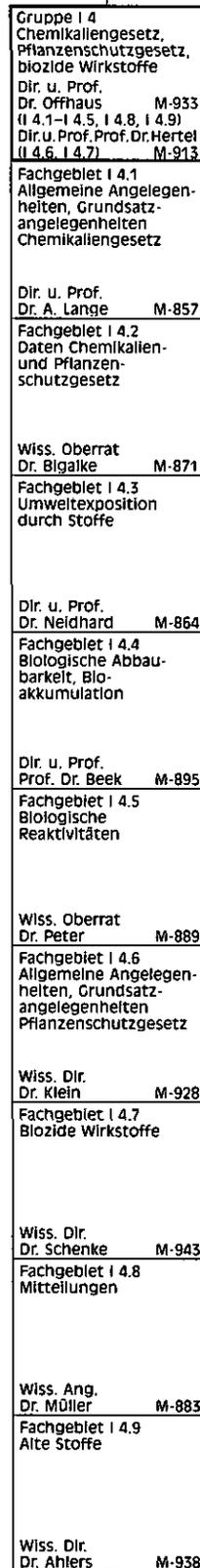
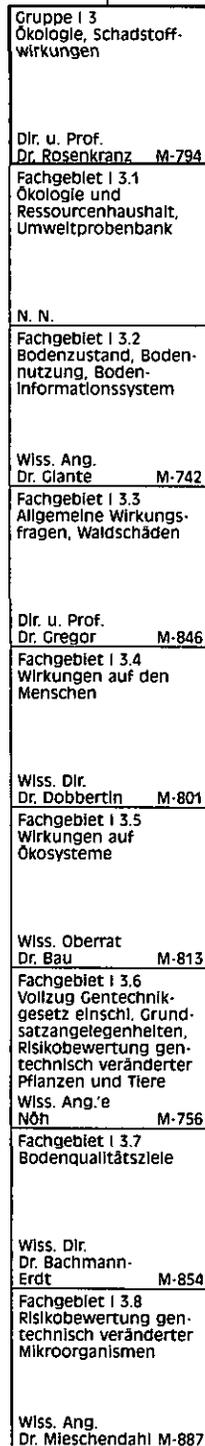
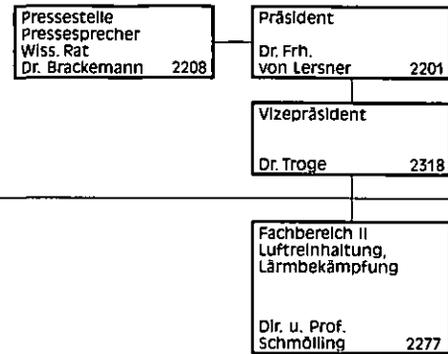
Zu den Aufgaben des Umweltbundesamtes gehören in erster Linie

- die wissenschaftliche Unterstützung der Bundesregierung auf den Gebieten Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Bodenschutz und Umweltchemikalien, insbesondere bei der Erarbeitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften,
- die Entwicklung von Hilfen für die Umweltplanung und die ökologische Begutachtung umweltrelevanter Maßnahmen,
- die Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen,
- die Bereitstellung von Umweltdaten durch das Informations- und Dokumentationssystem Umwelt (UMPLIS),
- die Bereitstellung zentraler Dienste und Hilfen für die Ressortforschung und für die Koordinierung der Umweltforschung des Bundes

Seit seiner Gründung wurden mehrere Einrichtungen in das Umweltbundesamt eingegliedert, so z. B. das Luftmeßnetz der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Dokumentationszentrale Wasser und das Institut für Wasser-, Boden-, Lufthygiene des ehemaligen Bundesgesundheitsamtes. Darüber hinaus wurden dem Umweltbundesamt u. a. folgende Aufgaben übertragen:

Aufgaben und Ziele der Institution

Organisationsübersicht des Umweltbundesamtes



Geschäftsstelle des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen
Generalsekretär
Dr. Wliggering (0611) 7 63 22 10

Bismarckplatz 1 · 14193 Berlin · Telefon (0 30) 89 03-0
Telex 1 83 756 · Telefax (0 30) 89 03 22 85 · Telefax Pressestelle (0 30) 89 03 27 98

Stand: 20. Juni 1994

Mauerstraße 52 · 10117 Berlin · Telefon (0 30) 2 31 45-50 (M)
Telex 11 52-3 25 · Telefax (0 30) 2 29 30 96/2 31 56 38

Gemeinsame Postanschrift:

Postfach 33 00 22

14191 Berlin

(Stand: 20. Juni 1994)

Fachbereich III
Abfallwirtschaft,
Wasserwirtschaft

Erster Dir. u. Prof.
b. UBA Schenkel 2290

Gruppe II 3
Luftgüteüberwachung,
integriertes Prognose-
und Meßwesen

Dir. u. Prof.
Dr. Jost 2294

Fachgebiet II 3.1
Emissionssituation

Wiss. Dir.
Dr. Jörß 2373

Fachgebiet II 3.2
Ausbreitung und
chemische Reaktionen
von Schadstoffen

Wiss. Dir.
Dr. Pankrath 2375

Fachgebiet II 3.3
Emissions- und
Immissionsmeßtechnik

Wiss. Oberrat
Dr. Abshagen 2409

Fachgebiet II 3.4
Immissionssituation,
Meßnetz

Wiss. Ang.
Dr. Werner 2822

Fachgebiet II 3.5
Pilotstation Frankfurt

Wiss. Dir.
Grosch (0 69) 22 80 21 20

Gruppe II 4
Lärmbekämpfung
Umwelt und Verkehr

Dir. u. Prof.
Prof. Dr. Kürer 2246

Fachgebiet II 4.1
Wirkungen von Lärm
und Erschütterungen

Wiss. Dir.
Dr. Gottlob 2335

Fachgebiet II 4.2
Meßtechnik,
Ausbreitung,
Erschütterungen,
Belastungserhebungen

Wiss. Dir.
Dr. Nolle 2376

Fachgebiet II 4.3
Fluglärm

Dir. u. Prof.
Marohn 2334

Fachgebiet II 4.4
Lärmschutz in der
Raum-, Stadt- und
Verkehrsplanung,
Grundsatzfragen
Umwelt und Verkehr

Wiss. Rat
Görßen 2758

Fachgebiet II 4.5
Industrie-, Gewerbe-,
Bau- und Freizeidlärm,
baulicher Schallschutz

Wiss. Dir.
Dr. V. Irmer 2402

Fachgebiet II 4.6
Verkehrslärm

Wiss. Ang.
Dr. Stenschke 2397

Fachgebiet II 4.7
Luftreinhaltung
im Verkehr

Wiss. Dir.
Dr. Becker 2390

Gruppe III 1
Gemeinsame Angele-
genheiten der Abfall-
und Wasserwirtschaft,
Abfallbehandlungs-
technik, Analyseverfah-
ren und Meßtechnik

Dir. u. Prof.
Dr. Schmitt-Tege 2295

Fachgebiet III 1.1
Grundsatz-
angelegenheiten
Recht, Planung

Wiss. Dir./In 2612
Dr. Sundermann-Rosenow

Fachgebiet III 1.2
Ablagerung von
Abfällen, Sanierung
von Altablagerungen

Wiss. Dir. Stief 2253

Fachgebiet III 1.3
Thermische
Behandlung von
Abfällen

Wiss. Dir. Barniske 2421

Fachgebiet III 1.4
Labor für
Abfalltechnik und
Wasseranalytik

Wiss. Dir.
Dr. Henschel 2662

Fachgebiet III 1.5
Altlasten

Dir. u. Prof.
Dr. Franzius 2496

Fachgebiet III 1.6
Sonderabfall-
behandlung

Wiss. Ang. Jakobi 2563

Fachgebiet III 1.7
Daten zur Abfall-
wirtschaft,
Internationale
Kooperation

Wiss. Ang.
Dr. Wuttke 2459

Gruppe III 2
Abfall- und
Rückstandswirtschaft

Dir. u. Prof.
Goosmann 2585

Fachgebiet III 2.1
Sammlung, Transport
und Verwertung
kommunaler Abfälle,
Aufbereitungstechnik

Dir. u. Prof.
Dr. Willing 2284

Fachgebiet III 2.2
Projektträgerschaft
des BMFT, Abfallwirt-
schaft und Altlasten-
sanierung

Oberbaurätin
Penning 2752

Fachgebiet III 2.3
Biologische Verfahren
und Klärschlamm-
verwertung, Nahrungs-
mittelindustrie und
Landwirtschaft

Wiss. Dir.
Dr. Mach 2270

Fachgebiet III 2.4
Metallgewinnung und
-verarbeitung,
Automobilindustrie,
Bergbau, Feuerungs-
anlagen, Bauwesen

Wiss. Dir.
Dr. Schönfeld 2566

Fachgebiet III 2.5
Papier, Kunststoff-,
Glas-, Holz-,
Textilindustrie,
Verpackungswesen

Wiss. Dir.
Dr. Oels 2434

Fachgebiet III 2.6
Chemische Industrie,
Oberflächen-
behandlung, Abfall-
beseitigung auf See

Wiss. Dir.
Dr. Sutter 2568

Gruppe III 3
Wasserwirtschaft,
Meeresschutz

Wiss. Ang.'e
Dr. Markard 2328

Fachgebiet III 3.1
Meeresumweltschutz

Wiss. Dir.
Dr. Friedrich 2562

Fachgebiet III 3.2
Abwasserbehandlung

Wiss. Oberrat
Mehlhorn 2206

Fachgebiet III 3.3
Wasserversorgung,
Grundwasser-
beschaffenheit

Wiss. Dir.
Dr. Möller 2443

Fachgebiet III 3.4
Umgang mit wasser-
gefährdenden Stoffen

Wiss. Dir. Dr. Garber 2582

Fachgebiet III 3.5
Wasch- und
Reinigungsmittel

Wiss. Dir.
Poremski M-886

Fachgebiet III 3.6
Gewässergüte

Wiss. Dir.
Dr. U. Irmer 2312

WHO-Zentrum
zur Überwachung
der Luftgüte und
Bekämpfung der
Luftverschmutzung

Fachbereich V
Institut für Wasser-, Boden- und

Dir. u. Prof.
Prof. Dr. Lange-Asschenfeldt

Abteilung V 1,
Spezielle
Umwelthygiene,
Humantoxikologie und
Gesundheitstechnik

Dir. u. Prof.
Dr. Fischer 2443

Abteilung V 2,
Trink- und
Badwasserhygiene

Dir. u. Prof.
Dr. Klein 2345

Abteilung V 3,
Abwasser und
Umwelthygiene
beim Gewässerschutz

Dir. u. Prof.
Dr. Hahn 2311

Fachgebiet V 1.1
Spezielle
Humanökologische
Fragen

Wiss. Ang. Prof. 2343
Dr. Schimmelpfennig*

Fachgebiet V 1.2
Spezielle
physikalische
Analytik

Dir. u. Prof.
Dr. Rotard* 2344

Fachgebiet V 1.3
Bakteriologie

N. N.

Fachgebiet V 1.4
Virologie

Dir. u. Prof.
Dr. Lopez-Pila 2394

Fachgebiet V 1.5
Toxikologische Fragen
der Umwelthygiene

Wiss. Ang.'e
Dr. Roßkamp 2600

Fachgebiet V 1.6
Wohnungs-, Bau-
und Siedlungshygiene

Dir. u. Prof.
Dr. Ising 2386

Fachgebiet V 1.7
Spezielle
gesundheitliche
Fragen
im Bau- und
Siedlungswesen

Wiss. Dir.
Dr. Wegner 2422

Fachgebiet V 1.8
Siedlungsangelegenheiten

Dir. u. Prof.
Dr. Igilisch 2329

Fachgebiet V 1.9
Wirksamkeitsprüfung
von Schädlings-
bekämpfungsmitteln

Dir. u. Prof.
Dr. Hoffmann 2332

Fachgebiet V 2.1
Chemische und
physikalische
Wasseraufbereitung

Dir. u. Prof.
Prof. Dr.
Großmann* 2588

Fachgebiet V 2.2
Biologische
Wasseraufbereitung

Wiss. Ang.'e
Dr. Chorus 2346

Fachgebiet V 2.3
Chem. und physik.
Wassergütecharakteri-
sierung und
-prognosen

Wiss. Ang.'e
Dr. Grummt BE-345

Fachgebiet V 2.4
Grenzwerte für
Wasserinhaltsstoffe

Dir. u. Prof.
Dr. Dieter 2400

Fachgebiet V 2.5
Organische
Spurenstoffe

Wiss. Ang. BE-246
Dr. Stottmeister

Fachgebiet V 2.6
Anwendung von
Kunststoffen und
anderen
nichtmetallischen
Werkstoffen

Wiss. Ang.
Dr. Scholz 2459

Fachgebiet V 2.7
Korrosionsschutz und
Verbundwasser-
versorgung

Dir. u. Prof.
Dr. Meyer 2335

Fachgebiet V 2.8
Chemische und
physikalische Analytik

Dir. u. Prof.
Dr. Rotard 2344

Fachgebiet V 2.9
Technik der Wasser-
versorgungsanlagen
und der
Schwimmbäder

Wiss. OR
Dr. Moll 2390

Fachgebiet V 2.10
Forschungsstelle
Bad Elster

Dr. Schulze BE-200

Fachgebiet V 3.1
Chemische und
physikalische
Abwasser-
untersuchung

Dir. u. Prof.
Dr. Hagendorf L-128

Fachgebiet V 3.2
Biologische Abwasser-
untersuchung und
-bewertung

Wiss. OR
Dr. Steinhäuser 2348

Fachgebiet V 3.3
Spezielle chemische
Fragen und
Bewertung des
Abwassers

Wiss. OR
Dr. Trénel 2438

N. N.

Fachgebiet V 3.5
Chemische und
physikalische
Behandlung
industrieller Abwässer

Dir. u. Prof.
Dr. Dorau 2322

Fachgebiet V 3.6
Abwassertechnik

Wiss. OR
Clodius 2343

Fachgebiet V 3.7
Umweltfreundliche
Technologien

Wiss. Ang.
Dr. Pluta* M-82

Fachgebiet V 3.8
Meß- und Regel-
einrichtungen

Wiss. OR
Dr. Schumann 2253

Fachgebiet V 3.9
Schlamm-
entwässerungs-
technik und neue
Verfahren der
Schlammbehandlung

Dir. u. Prof.
Dr. Dorau* 2322

Fachgebiet V 3.10
Hygiene der Ober-
flächenwassernutzung

Dir. u. Prof.
Dr. Dieter* 2400

Fachgebiet V 3.11
Chemie der Ober-
flächenwassernutzung

N. N.

Fachgebiet V 3.12
Biologie der Ober-
flächenwassernutzung

Dir. u. Prof.
Dr. Knie M-31

Fachgebiet V 3.13
Technische Fragen
der Oberflächen-
wassernutzung

N. N.

Lufthygiene
1212

Sekretariat der Fachkommission Soforthilfe Trinkwasser
Dir. u. Prof. 2588
Prof. Dr. Grohmann

Fachbereich V: Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene
Corrensplatz 1, 14195 Berlin
Tel.: (0 30) 83 08-Durchwahl
L: Außenstelle Langen, Tel.: (0 61 03) 7 04-Durchwahl
M: Außenstelle Marienfelde, Tel.: (0 30) 72 09 02-Durchwahl
BE: Forschungsstelle Bad Elster, Tel.: (03 74 37) 76-Durchwahl
(Stand: 1. Juli 1994)

Abteilung V 4.
Lufthygiene
Dir. u. Prof. 2322
Dr. Seifert

Abteilung V 5.
Bodenhygiene,
Hygiene
der Wassergewinnung
Dir. u. Prof. 2248
Prof. Dr. Müller-
Wegener

Fachgebiet V 4.1
Umwelthygienische
Bewertung von
Emissionsmessungen
Dir. u. Prof. 2310
Dr. Laskus
Fachgebiet V 4.2
Umwelthygienische
Bewertung von
Immissionsmessungen
Wiss. Ang. 2644
Dr. Ullrich
Fachgebiet V 4.3
Wirkungsbezogene
Feldversuche
Dir. u. Prof. 2715
Dr. Krause
Fachgebiet V 4.4
Wirkung von Luft-
verunreinigungen auf
Pflanzen
Wiss. OR L-157
Dr. Hülsenberg
Fachgebiet V 4.5
Bioklimatologie
Wiss. Rat z. A. 2356
Wintermeyer*
Fachgebiet V 4.6
Spezielle
wirkungsbezogene
Luftanalytik
Wiss. OR 2358
Dr. Moriske

Fachgebiet V 4.7
Pflanzenökologie und
Lufthygiene
Wiss. Ang. L-129
Dr. Mlytz*
Fachgebiet V 4.8
Pathologische
Anatomie
Dir. u. Prof. 2453
Dr. Wagner*
Fachgebiet V 4.9
Experimentelle und
klinische
Pathophysiologie
Wiss. Ang.'e 2600
Dr. Roßkamp*
Fachgebiet V 4.10
Biochemie und
klinische Chemie
Dir. u. Prof. 2453
Prof. Dr. Wagner
Fachgebiet V 4.11
Neurophysiologie
Dir. u. Prof. 2805
Dr. Englert
Fachgebiet V 4.12
Immissionsbedingte
Zoopathologie
Dir. u. Prof. 2332
Dr. Hoffmann*

Fachgebiet V 5.1
Rohwassergüte und
Trinkwasser-
schutzgebiete
Wiss. OR M-14
von Kunowski
Fachgebiet V 5.2
Grundwasser-
anreicherung
und Uferfiltration
Wiss. Ang. L-133
Dr. Mühlhausen
Fachgebiet V 5.3
Hygienische
Geohydrologie und
Geochemie
Wiss. Ang. L-165
Dr. Schleyer
Fachgebiet V 5.4
Biologische Unter-
suchung und
Beurteilung von
Schadorganismen
Dir. u. Prof. L-160
Prof. Dr. Dr. h. c. Filipp
Fachgebiet V 5.5
Hyg. Bewertung der
Gewässer-
verunreinigung durch
Bodenverunreinigung
Dir. u. Prof. 2248
Prof. Dr. Müller-
Wegener

Fachgebiet V 5.6
Schlamm- und
Abfallhygiene
Wiss. Rat z. A. L-166
Dr. Hofmann
Fachgebiet V 5.7
Biologische Schlamm-
stabilisierung und
Schlammverwertung
Wiss. Ang. M-13
Schmidt*
Fachgebiet V 5.8
Chemische und
physikalische
Schlamm-
charakterisierung
Wiss. Rat z. A. 2337
Dr. Litz*
Fachgebiet V 5.9
Hygienische Wechsel-
wirkungen zwischen
Luft, Wasser u. Boden
Wiss. OR 2650
Dr. Kerndorff

* Kommissarische Leitung

- UBA -

Aufgaben und Ziele der Institution

Bewertung der Umweltrelevanz chemischer Stoffe nach dem Chemikaliengesetz;
Bewertung der Umweltauswirkungen von Pflanzenschutzmitteln nach dem Pflanzenschutzgesetz;
Bewertung von Anträgen zur Freisetzung und Inverkehrbringung von transgenen Organismen nach dem Gentechnikgesetz;
Registratur und Auswertung der Rezepturen von Wasch- und Reinigungsmitteln;
Mitarbeit beim Vollzug des Fluglärmsgesetzes;
Betreiben eines Luftmeßnetzes zur Beobachtung von zeitlichen Entwicklungen der Luftqualität außerhalb von Ballungsgebieten und des grenzüberschreitenden Schadstofftransports;
Aufbau der Umweltprobenbank, in der ausgewählte Proben aus der Umwelt (u. a. Böden, pflanzliches und tierisches Zellgewebe) aufbewahrt werden, um künftig Ursachen und Wirkungen von Schadstoffbelastungen besser beurteilen zu können;
Förderung von modellhaften Umweltschutzanlagen über das „Investitionsprogramm zur Verminderung von Umweltbelastungen“;
Förderung umweltfreundlicher Produkte, insbesondere durch die Aktionen „Umweltzeichen“ und „Umweltfreundliche Beschaffung“;
Koordinierung der Waldschadensforschung sowie die Erforschung von Umweltschaden an Denkmälern und Kulturgütern;
Nationale Verbindungsstelle zur UNESCO in Fragen der Umwelterziehung,
Projekträgerchaft „Abfall und Altlastensanierung“ des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

In der Regel werden die Umweltgesetze von den Behörden der Bundesländer vollzogen. Das Umweltbundesamt hat deshalb nur wenige Vollzugsaufgaben im Umweltschutz, u. a. im Rahmen des Chemikaliengesetzes, des Pflanzenschutzgesetzes und des Gentechnikgesetzes. Es ist keine „Umweltpolizei“. Die Bundesländer erteilen Genehmigungen, verhängen Bußgelder oder kontrollieren genehmigungspflichtige Anlagen.

Das Umweltbundesamt ist „Mittlerstelle“ zwischen Umweltforschung und Umweltpolitik. Es liefert die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Daten über aktuelle Umweltbelastungen, den Stand der Umwelttechnik oder die Wirkung von Schadstoffen auf Mensch und Umwelt.

Die Analysen des Amtes sind eine wichtige Entscheidungshilfe für die umweltpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Aber nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Bundesländer werden vom Umweltbundesamt fachlich beraten und unterstützt, wann immer sie dies wünschen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben wurde die vorstehend dargestellte Organisation des Amtes aufgebaut, an deren Spitze der Präsident des Umweltbundesamtes steht:

Wie das Schaubild zeigt, berichten eine Zentralabteilung (Abteilung Z) und vier Fachbereiche (FB I, II, III, V) an den Präsidenten und dessen Stellvertreter (Vizepräsident).

Die Zentralabteilung und die Fachbereiche sind in Gruppen/Abteilungen untergliedert. Die Gruppen/Abteilungen bestehen ihrerseits aus Referaten bzw. Fachgebieten. Die geltenden Bezeichnungen dieser Basis-Arbeitseinheiten des Amtes sind aus einem ausführlichen Organigramm des UBA zu ersehen.

Knappe Erläuterungen der Arbeits- und Aufgabengebiete der Gruppen:

Abteilung Z (Verwaltung, Information und Dokumentation)

Die Gruppe Z 1 nimmt die Verwaltungsaufgaben wahr: Personalwesen, Organisation, Innerer Dienst und Haushaltswesen. Hinzu kommt die verwaltungsmäßige Bearbeitung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.

Die Gruppe Z 2 betreut das „Informations- und Dokumentationssystem (UMPLIS)“ mit seinen fachspezifischen Datenbanken, z. B. der „Datenbank für Umweltforschung“, der „Umweltliteraturdatenbank“, dem „Informationssystem für Umweltchemikalien, Chemieanlagen und Störfälle“ (INFUCHS) oder der „Datenbank für Abfallwirtschaft“. Auch die „Dokumentationszentrale Wasser“ in Düsseldorf und die wissenschaftliche Bibliothek des Umweltbundesamtes gehören zu dieser Gruppe.

Fachbereich I (Umweltplanung, Ökologie)

Die Gruppe I 1 ist für Grundsatzfragen, die Koordination und Planung der Umweltforschung, die internationale Zusammenarbeit und die Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen (Fachgebiet I 1.4) zuständig. Auch das Umweltzeichen zur Förderung umweltfreundlicher Produkte wird hier betreut. Ferner werden die Aufgaben zur Umweltberichterstattung und -statistik hier wahrgenommen.

Die Gruppe I 2 ist für die Querschnittsaufgaben der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltfragen, der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Umweltplanung zuständig.

In dieser Gruppe ist im Fachgebiet I 2.3 Sozialwissenschaftliche Umweltfragen die UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung eingegliedert. Deren Aufgaben sind neben Beratung und Information in Fragen der Umwelterziehung die Entwicklung und Herausgabe von Unterrichtsmaterialien und Publikationen zur Umwelterziehung.

In der Gruppe I 3 sind jene Fachgebiete zusammengefaßt, die sich mit Fragen der Ökologie und des Ressourcenhaushalts, dem Bodenschutz, den Waldschäden und den Schadstoffwirkungen auf Mensch, Tier und Ökosysteme befassen. Hier dürfte die Arbeit des Fachgebiets I 3.4 „Wirkungen auf Menschen“ für mit Gesundheitsfragen Befasste von besonderem Interesse sein.

Die Gruppe I 4 ist Bewertungsstelle für chemische Stoffe nach dem Chemikaliengesetz. Hier werden die neu auf den Markt gebrachten Chemikalien und sogenannte „Alte Stoffe“ auf ihre Umweltrelevanz überprüft und bewertet und die dafür geeigneten Testmethoden entwickelt. Weiterhin werden Aufgaben bearbeitet, die mit den Wirkungen von Produkten, z. B. von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, von bioziden Wirkstoffen auf die Umwelt, im Zusammenhang stehen. Eine weitere Aufgabe ist z. B. auch der Aufbau und Betrieb einer Umweltprobenbank.

Fachbereich II (Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung)

Dieser Fachbereich ist für alle Fragen des Immissionsschutzes zuständig.

In der Gruppe II 1 werden übergreifende Fragen der Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung, wie Grundsatz- und Rechtsfragen bearbeitet. Jeweils ein spezielles Fachgebiet befaßt sich mit „Energie und Umwelt“ und „Schutz der Erdatmosphäre“.

Die Aktivitäten der Gruppe II 2 zielen auf eine spürbare Verringerung der Luftverschmutzung durch Kraftwerke, Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Produkte

Das Luftmeßnetz des Umweltbundesamtes mit der Pilotstation Frankfurt in Offenbach und den mit amts-eigenem Personal besetzten Meßstellen an verschiedenen Punkten Deutschlands ist der Gruppe II 3 zugeordnet. Ferner werden Aufgaben zur Dokumentation der Emissions- und Immissions-situation und zur Ausbreitung und chemischen Reaktion von Schadstoffen wahrgenommen.

Die Gruppe II 4 ist befaßt mit der Bekämpfung des Kraftfahrzeug- und Fluglärms, erarbeitet planerische Lärmschutzmaßnahmen (z. B. Verkehrsberuhigung) und untersucht psychische und soziale Lärmwirkungen. Darüber hinaus sind hier Grundsatzfragen des Verkehrs sowie die Luftreinhaltung im Verkehr angesiedelt

Fachbereich III (Abfall- und Wasserwirtschaft)

Die Gruppe III 1 befaßt sich mit den gemeinsamen Aufgaben der Abfall- und Wasserwirtschaft, wie den Grundsatz-, Rechts- und Organisationsfragen, mit Fragen der Abfallbeseitigung und den Problemen der Sonderabfallbeseitigung. Auch das „Labor für Abfall-technik und Wasseranalytik“, das u. a. Abfall-, Boden- und Kompostproben, Sickerwasser und Deponiegase untersucht, ist dieser Gruppe angegliedert.

Die Aktivitäten der Gruppe III 2 zielen auf die Abfallverwertung und -verminderung im weitesten Sinne: sei es durch die getrennte Sammlung von Wert- und Schadstoffen in Abfällen, die Hausmüllaufbereitung oder die Verwertung von Abfällen aus der industriellen Produktion, z. B. von Aschen, Schlacken oder Entschwefelungsgips. Hier erfolgt auch die Projektführung im Rahmen der Projektträgerschaft für den BMFT sowie die Mitwirkung beim Vollzug des „Hohe-See-Einbringungsgesetzes“.

Die wasserwirtschaftlichen Aufgaben werden von der Gruppe III 3 wahrgenommen: Sie erstrecken sich von der Bewertung der Gewässergüte, der Förderung der Abwassertechnologie, dem Grundwasser- und Trinkwasserschutz bis zur Verhütung und Bekämpfung von Unfällen auf Binnengewässern und der hohen See. Die Erarbeitung von Mindestanforderungen für das Einleiten von Abwasser nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes (§ 7a) gehört ebenso zu den Aufgaben dieser Gruppe wie die Registrierung von Waschmittelrezepturen.

Der Fachbereich V (ein Bereich IV wird nach einer Neuorganisation des Amtes im Herbst 1994 eingerichtet), das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, ist in

Die Aufgabe „Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen“ wird im UBA im wesentlichen von dem so bezeichneten Fachgebiet I 1.4 wahrgenommen. Die Aufgaben dieses Fachgebietes sind vor allem

- Erarbeitung und Verbreitung von Aufklärungsmedien (Broschüren, Poster, Filme etc.),
- Förderung von Verbände-Aktivitäten zur Umweltaufklärung,
- Beteiligung an Messen und Ausstellungen,
- Beantwortung von Anfragen aus der Bevölkerung,
- Herausgabe der wissenschaftlichen Veröffentlichungen,
- Betreuung von Umweltschutz-Wanderausstellungen und einer ständigen Ausstellung im Amt.

die Abteilungen Spezielle Umwelthygiene (Abteilung V 1), Trink- und Betriebswasserhygiene (Abteilung V 2), Abwasser- und Umwelthygiene beim Gewässerschutz (Abteilung V 3), Lufthygiene (Abteilung V 4) und Bodenhygiene, Hygiene der Wassergewinnung (Abteilung V 5) gegliedert.

Die allgemeine Aufgabe des Instituts besteht darin, durch Auswertung und Umsetzung vorhandener Erkenntnisse sowie durch eigene experimentelle Forschung auf dem Gebiet der Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft zu optimalen Lebensbedingungen für Mensch, Tier und Pflanze beizutragen. Leitlinie des Handelns ist das Vorsorgeprinzip, wobei dem umweltbezogenen Gesundheitsschutz besondere Bedeutung zukommt. Durch weitestgehende Begrenzung der schädlichen Einflüsse vor allem industrieller Aktivitäten sollen stabile Umweltverhältnisse als dauerhafte Basis für die Umwelt, das Leben und Wohlergehen des Menschen erreicht werden.

Umweltaufklärung und Umwelterziehung

Stetig neue Fragestellungen in allen Bereichen des Umweltschutzes und wachsende Sensibilisierung der Bevölkerung haben den Bedarf an sachgerechter Information und einer auf Fachwissen beruhenden Aufklärungsarbeit weiter erhöht.

Diesem Bedarf versuchen das bereits erwähnte Fachgebiet I 1.4 „Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen“ und die „UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung“ gerecht zu werden.*

Darüber hinaus ist das UBA an einer Reihe von Aktivitäten kooperativ beteiligt.

So wird z. B. das Fachwissen des Amtes bei der Herstellung von Umweltreports von verschiedenen Rundfunk- und Fernsehanstalten genutzt.

Diverse Wanderausstellungen unterstützen die Aufklärungsarbeit Dritter, und in den Räumen des UBA selbst finden Umweltausstellungen zu wechselnden Themen ein Forum.

In Zusammenarbeit mit bundesweit tätigen Umweltverbänden werden diverse Projekte ideell und finanziell gefördert.

Auf dem Sektor der Fortbildung ist die Kooperation mit dem „Fortbildungszentrum Umweltschutz Berlin e.V.“ von Bedeutung.

* Nähere Informationen über deren Arbeitskonzeptionen und Veröffentlichungspraxis folgen im Teil „Medienangebote“.

Das UBA verteilt auch bei themenbezogenen Anfragen Informationsmaterial anderer Behörden, z. B. von Länderministerien herausgegebene Broschüren.

Angesichts der begrenzten Geld- und Sachmittel konzentriert sich die Umweltaufklärung im jährlichen Wechsel auf ein bestimmtes Schwerpunktthema, das sich an dem von der „Umweltministerkonferenz (UMK)“ für den jeweiligen „Tag der Umwelt“ (5. Juni) beschlossenen Motto orientiert.

Die Aufklärungsmaterialien des UBA werden zielgruppenorientiert erarbeitet. Die wichtigsten Zielgruppen sind:

– UBA –

Aufgaben und Ziele der Institution

Medienangebote

- UBA -

Medienangebote

Multiplikatoren (wie Journalisten, Pädagogen und Erzieher, Umweltschutzverbände, Bürgerinitiativen, Umweltschutzbeauftragte und Verwaltungen); Bürger (als Verbraucher, Konsument, Autofahrer, Heimwerker, Kleingärtner, Schüler etc.); Fachleute (aus Wissenschaft, Industrie und Verwaltung).

Für eine engagierte Medienarbeit kommen Materialien aller genannten Zielgruppen in Betracht. Generell läßt sich sagen, daß von den im Schriftenverzeichnis aufgeführten Materialien sich folgende an Fachpersonen (z. B. Umweltberater) wenden:

die „Berichte“,
die „Text-Reihe“.

Hingegen wenden sich die „Broschüren“ und „Taschenbücher“ an interessierte Laien. Ihrer besonderen Bedeutung wegen sollen diese Veröffentlichungen etwas genauer beschrieben werden:

Die stark „handlungsorientiert“ konzipierten Broschüren für die Bürger sollen ihren Lesern durch Kombination von leicht verständlichen Texten mit Fotos, Zeichnungen, informativen Grafiken und vielen praktischen Tips für umweltfreundliches Handeln einen überzeugenden Zugang zum Thema verschaffen.

Die Taschenbuchreihe „Was Sie schon immer über Umweltschutz wissen wollten“ umfaßt sechs Bände mit relevanten Umweltthemen (Umweltchemikalien, Auto und Umwelt, Abfall und Umwelt, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Wasser und Umwelt). Die Taschenbücher informieren umfassend über den jeweiligen Umweltbereich und sind als „Nachschlagewerke“ auch für den längerfristigen Gebrauch geeignet. Sie vermitteln nicht nur Grundwissen, sondern enthalten auch zahlreiche Anregungen und Tips für umweltfreundliches Verhalten.

Ende 1992 wurde für die Nutzer von Personalcomputern das erste „Umweltdatenbank-Paket für jedermann“ (ÖKOBASE) herausgegeben. ÖKOBASE enthält verschiedene Datenbanken u. a. mit einem

Umweltlexikon, wichtigen Anschriften im Umweltschutz, Umweltliteratur, Fundstellen des Umweltrechts, Umweltzeichen-Produkten und Umwelttips. Das Datenbank-Paket wird zweimal jährlich aktualisiert und kann von jedermann gegen eine geringe Gebühr (derzeit: 20,-DM) bezogen werden. Das Besondere an diesem Datenbank-Paket ist aber nicht nur sein geringer Preis. ÖKOBASE kann vielmehr von jedermann individuell geändert und ergänzt werden, wodurch ein auf die persönlichen Bedürfnisse des Nutzers exakt abgestimmtes Informationsinstrumentarium entsteht.

Gesonderte Erwähnung da von übergreifendem Interesse sollen auch der UBA-Jahresbericht und die knappe einführende Darstellung „Umweltbundesamt. Damit Umweltschutz Wirklichkeit wird“ finden.

Von besonderem Interesse für Lehrer und in der Fortbildung Tätige sind die Materialien der UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung.

Das zentrale Schriftenverzeichnis „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“ gibt einen umfassenden Überblick über die vom UBA getragenen Publikationen. Dieses Verzeichnis wird bei Bedarf in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.

Eine gesonderte Darstellung von Teilen der „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“ findet sich in der Schriftenliste der UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung im UBA und dem Katalog des Erich Schmidt Verlags, Berlin.

In allen genannten Verzeichnissen sind die einschlägigen Bezugsbedingungen und -quellen ersichtlich. Das Schriftenverzeichnis „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“ und die Schriftenliste der UNESCO-Verbindungsstelle können von Interessenten angefordert werden bzw. werden über einen sog. Listen-Verteiler zur Verfügung gestellt. Besonders an Umweltfragen Interessierte können sich in einen dieser Verteiler aufnehmen lassen. Es gibt auch einen Verteiler für die „UBA-Press-Informationen“. Die jährlich ca. 40 Pressemitteilungen werden auf diesem Wege an ca. 2.300 Adressaten übermittelt.

Serviceleistungen

Das UBA bietet Ausstellungen zu verschiedenen Umweltthemen an. Eine Liste der Ausstellungen gibt Auskunft über Verleihbedingungen, Kosten und dazugehöriges Info-Material.

Es entstehen generell nur Kosten für Transport und Versicherung der Ausstellungen. Ansprechpartner für weitergehende Auskünfte ist Frau Beller, Tel.: 0 30/23 14 56 30.

Als „stationäre“ Serviceleistung finden Informationsveranstaltungen über die Arbeit des UBA im Hause statt. Es existiert dort auch eine ständige Ausstellung.

In Einzelfällen kann das UBA auf Anfrage Referenten zu speziellen Problemfeldern (z. B. Umweltepide-miologie) zur Verfügung stellen.

Das UBA bietet das Informations- und Dokumentationssystem Umwelt (UMPLIS) an.

UMPLIS besteht aus mehreren Datensammlungen, die nach unterschiedlichen Kriterien miteinander verknüpft werden können.

Es stehen Informationen über Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Fachveröffentlichungen aller Art und Fakten aus den Kernbereichen unserer Umwelt: Umweltchemikalien, Abfall, Luft, Wasser, Lärm - zur Verfügung.

Der U MPLIS-Selbstwähldienst ermöglicht dem Benutzer den Direktzugriff auf alle gespeicherten Informationen über umweltrelevante Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie über vielfältige Fachveröffentlichungen, um sie für sich unmittelbar zu nutzen.

In der Bibliothek des Umweltbundesamtes ist ein Großteil der Umweltliteratur als Original oder als Mikrofiche vorhanden und kann dort unentgeltlich eingesehen und ausgeliehen werden.

In der eigenen Publikationsreihe U MPLIS werden regelmäßig Auszüge und Zusammenstellungen aus den Datenbeständen veröffentlicht, um aktuelle Informationen für einen breiten Kreis von Benutzern und Interessenten zugänglich zu machen.

Das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Umweltbundesamtes organisiert regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen, die in Form von Fachgesprächen im kleinen Kreis mit Vorträgen und Labor-demonstrationen durchgeführt werden. Diese Tagungen werden angekündigt und sind in der Regel mit Kosten verbunden.

Es sollten bekannt bzw. verfügbar sein:

Periodika

das Schriftenverzeichnis „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“
(wird regelmäßig aktualisiert, Bezug kostenlos auf Anfrage),
die Schriftenliste der UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung
(wird regelmäßig aktualisiert, Bezug kostenlos auf Anfrage),
die „UBA-Press-Informationen“
(es erscheinen jährlich ca. 40 Mitteilungen, kostenlos; an Umweltfragen besonders interessierte Institutionen können auf Anfrage in einen Verteiler aufgenommen werden),
der „Jahresbericht des Umweltbundesamtes“ (Bezug kostenlos auf Anfrage),
Berichtreihe des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene: WaBoLu-Hefte (Eigenverlag),
Mitteilungsblatt des WHO-Zentrums beim Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene,
Verzeichnis der wissenschaftlichen Publikationen des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene (erscheint jährlich, Bezug kostenlos)

Einzelmedien, z. B.:

„Umweltbundesamt – Damit Umweltschutz Wirklichkeit wird“ (kostenlos),
Broschüre „Im Zeichen der Zeit“ (kostenlos),
Broschüre „Ohne Wasser läuft nichts“ (kostenlos),
Broschüre „Klimaveränderung und Ozonloch“,
Broschüre „Müll kommt uns teuer zu stehen“ (kostenlos),
die Taschenbuchreihe „Was Sie immer schon über Umweltschutz wissen wollten“ (kostenpflichtig, über den Buchhandel),
Posterserie „Naturschutz beginnt vor der Haustür“,
Posterserie „Abfälle vermeiden – verwerten beseitigen“,
- Posterserie „Freizeit gestalten – Umwelt erhalten“

Ausstellungen

Liste der Ausstellungen des UBA (Auskunft über Frau Beller, Tel. 0 30/23 14 56 30)

Sonstige Serviceleistungen

„Informations- und Dokumentationssystem Umwelt“ (UMPLIS)
(Informationen über Leistungen und Kosten unter Tel. 0 30/89 03 24 23).

– UBA –

Empfehlungen

UNIVERSITÄT BREMEN

A. Zentrum für Sozialpolitik Abteilung „Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozial- medizin“

– ZeS –

B. Wissenschaftliche Einheit Gesundheits- wissenschaften

Akademie für Gesundheit

Adresse	A. – Barkhof – Parkallee 39 28209 Bremen
	B. Universität Bremen – Fachbereich 11 – Postfach 33 04 40 28334 Bremen
Telefon	A. 04 21/2 18-43 77 und 43 94 B. 04 21/2 18-30 59

A.
Das Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) ist eine zentrale Forschungseinrichtung in der Universität Bremen, die mit Unterstützung des Landes und der Volkswagen-Stiftung aufgebaut wurde. Das ZeS besteht seit September 1988. Es ist in fünf wissenschaftliche Abteilungen gegliedert, verfügt über eine Spezialbibliothek und ein Sozialpolitisches Archiv.

Bei den jeweils von einer Professorin/einem Professor geleiteten Abteilungen (Stand 1994) handelt es sich um:

Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates
(C. Offe, U.-K. Preuß)
Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates
(S. Leibfried, H.-G. Haupt)
Ökonomische Analyse der Sozialpolitik (W. Schmäh)l
Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin
(R. Müller)
Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat (I. Ostner)

Das Zentrum für Sozialpolitik führt Ansätze und Methoden der einzelwissenschaftlichen Forschung, soweit sie für den Bereich der Sozialpolitik bedeutsam sind, interdisziplinär zusammen und betreibt so die fachübergreifende, international vergleichende Forschung über die sozialen, ökonomischen, kulturellen, organisatorischen,

Aufgaben und Ziele der Institutionen

UNIVERSITÄT BREMEN

Aufgaben und Ziele der Institutionen

rechtlichen, historischen, sozialmedizinischen und philosophischen Grundlagen, Folgen und Wandlungen der Sozialpolitik

Die systematische Erforschung von Struktur und Entwicklungsdynamik der materiellen wie normativen Grundlagen des modernen Wohlfahrtsstaates erfolgt auch mit dem Blick auf die Weiterentwicklung der sozialpolitischen Institutionen und Instrumente, d. h. auf eine Anpassung des Wohlfahrtsstaates an neue gesellschaftliche Gegebenheiten und auf deren sozialpolitische Gestaltung.

Im Zentrum für Sozialpolitik werden aufgrund der breiten Gegenstandsbestimmung folgende Themenfelder bearbeitet:

- Werte und Legitimationen in der Sozialpolitik
- Sozialpolitische Bedarfslagen
- Institutionen und Instrumente der Sozialpolitik
- Dynamik und Instabilitäten im Wohlfahrtsstaat
- Sozialpolitische Innovationsprozesse

Im Rahmen dieser allgemeinen Themenfelder werden Forschungen zu Prozessen der sozialpolitischen Willensbildung, zur Sozialpolitik als Normalisierung und Normierung sowie zur Sozialpolitik als Wohlfahrtsproduktion durchgeführt

Von den Abteilungen des Zentrums ist besonders die Abteilung „Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin“ an der Auseinandersetzung mit der Programmatik der WHO und deren Implementation für Länder und Regionen interessiert.

In dieser Abteilung werden Forschungen durchgeführt

zu arbeitsbedingten Erkrankungen, deren Epidemiologie und theoretische Konzeptionierung,

- zu sozialpolitischen Bewältigungsstrategien von Gesundheitsgefährdungen (vor allem in der Arbeitswelt),
- zu Belastungsprofilen und Morbidität bzw. Mortalität sowie
- zu den historischen und aktuellen Konzepten und Aufgabenstellungen der arbeitsmedizinischen (gewerbehygienischen) Profession

Diese Forschungen können Routinedaten einer gesetzlichen Krankenversicherung auswerten und nutzen, so daß Patienten- und Erwerbstätigenkarrieren nebst besonderen Schwerpunkten und Verteilungen der Belastungen und Erkrankungen erkennbar werden

Das sozialpolitische Archiv verfügt über Nachlässe, Aktenbestände, Lebenserinnerungen, antiquarische Bücher und photographische Dokumentationen. Das Schwergewicht der Sammlungen liegt einerseits auf Gewerbehygiene und Gesundheitspolitik vornehmlich der Weimarer Republik, andererseits auf Gesundheitspolitik der Nachkriegszeit.

B.

Die Wissenschaftliche Einheit Gesundheitswissenschaften an der Universität Bremen ist ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen verschiedener Fachbereiche und Studiengänge der Universität mit dem Ziel, fachübergreifende gesundheitswissenschaftliche Forschung und Lehre zu intensivieren. In enger Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozialpolitik wird seit 1990 die „Akademie für Gesundheit“ angeboten, ein offenes Seminarangebot für Akteure der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Medienangebote

A.

Die Mitarbeiter des **Zentrums für Sozialpolitik** publizieren Forschungsergebnisse in erster Linie in Fachzeitschriften. Ergebnisse aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen des ZeS werden in den **ZeS-Arbeitspapieren**, die in unregelmäßiger Folge erscheinen, veröffentlicht

Das Zentrum für Sozialpolitik gibt die Reihe **Schriften des Zentrums für Sozialpolitik** (Campus-Verlag) heraus

Eine ausführliche Übersicht über die bisherige Arbeit des Zentrums für Sozialpolitik und der weiteren Forschungsperspektiven enthält der **„Tätigkeitsbericht“** Oktober 1988 bis März 1993

Ein Verzeichnis aller Veröffentlichungen, die Arbeitspapiere sowie der Tätigkeitsbericht können bei der Geschäftsstelle angefordert werden

In dem Sozialpolitischen Archiv sind verschiedene Anschauungsmaterialien zu gesundheitspolitischen Themen gesammelt worden. Hervorzuheben ist eine Dia-Sammlung zu Gesundheitsproblemen und -förderung am Arbeitsplatz, die auf der Basis der Materialien des Deutschen Hygiene-Museums nach dem 2. Weltkrieg für Staatliche Gewerbeärzte zusammengestellt wurde. Die darin enthaltenen Fotos sind im Original durch Kriegseinwirkung zerstört (Hygiene-Museum Dresden, Arbeitsschutzmuseum Charlottenburg, Gewerbehygiene-Museum Frankfurt)

Die Materialien sind vornehmlich von historischem Anschauungswert, illustrieren jedoch wichtige Gefährdungen und Belastungen wie beispielsweise Arbeitsstuhl und Sitzhaltung, Absauganlagen etc.

Serviceleistungen

A.

An der **Abteilung „Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin“** ist ein Modellprojekt zur Entwicklung, Erprobung und Evaluation eines Weiterbildungsstudiums „Gesundheitsförderung und Gesundheitswissenschaften für Akteure der Gesetzlichen Krankenversicherung“ angesiedelt.

Es handelt sich hierbei um ein berufsbegleitendes Weiterbildungsstudium für 25 hauptamtlich Beschäftigte von Innungskrankenkassen und ihren Verbänden. Durch eine gesundheitswissenschaftliche Grundlagenausbildung sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befähigt werden,

- ein programmatisches Verständnis von Gesundheit als sozialem Gut aufzubauen,
- Gesundheitspolitik in ihren sozialökonomischen Rahmenbedingungen zu betrachten,
- die für Gesundheitsförderung notwendige epidemiologische sowie bedarfs- und bedürfnisorientierte Herangehensweise an gesundheitliche Probleme zu erlernen,
- innerhalb und außerhalb ihrer Institution aktiv und diskursorientiert zu handeln

Das berufsbegleitende Weiterbildungsstudium Gesundheitsförderung und Gesundheitswissenschaften bietet nicht nur Wissensvermittlung in Seminaren, sondern ist darüber hinaus transferorientiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer führen wissenschaftlich betreute Praxisprojekte durch, die eine erprobende Anwendung der angeeigneten Inhalte von Beginn an ermöglichen.

Das Seminarangebot umfaßt 560 Stunden im Zeitraum von 3 Jahren (1993 bis 1996)

Die Dozentinnen und Dozenten im Weiterbildungsstudium sind Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Bremen und Praktikerinnen und Praktiker aus der GKV, Verwaltung und Wissenschaft

Nach Abschluß des Modellprojektes (voraussichtlich ab 1996) ist eine Ausweitung des Angebotes auf Beschäftigte anderer Krankenkassen geplant. Interessierte sollten zu gegebener Zeit nachfragen.

B.

Die „Akademie für Gesundheit“ der Wissenschaftlichen Einheit Gesundheitswissenschaften an der Universität Bremen führt seit 1990 gesundheitswissenschaftliche Seminare in Kooperation mit dem Bundesverband der Innungskrankenkassen durch

Ziel der Akademie für Gesundheit ist es, gesundheitswissenschaftliches Grundlagenwissen zu vermitteln; es soll mit Planungswissen und Planungsfähigkeiten verknüpft werden, so daß praxisbezogene Handlungskompetenzen entwickelt werden können

A.

Das **Zentrum für Sozialpolitik** ist zwar eine verhältnismäßig junge Einrichtung, ist aber der wichtigste Ansprechpartner für Forschungs- und Umsetzungsfragen im Bereich Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates mit interdisziplinären, international und historisch-vergleichenden Schwergewichten.

Speziell für die Gesundheitsförderung sind die Publikationen zu Arbeitsmedizin und Public Health sowie die angesammelten Materialien zur Gesundheitspolitik und zur Geschichte der Ärzte, speziell der Gewerbehygieniker zu empfehlen

Zur Zielgruppe der einwöchigen Seminare gehören Mitglieder der Selbstverwaltung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller gesetzlichen Krankenkassen (nicht nur der Innungskrankenkassen), die mit Führungsaufgaben bzw mit der Planung und Umsetzung von Gesundheitsförderung betraut sind

Die Dozentinnen und Dozenten der Akademie für Gesundheit sind Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Bremen und Praktikerinnen und Praktiker aus der GKV, Verwaltung und Wirtschaft

Zentrale Aufgabe des Weiterbildungsangebots der „Akademie“ ist es, gesundheitswissenschaftliches Know-how zu vermitteln sowie die Rolle und die Möglichkeiten der GKV im Bereich der Gesundheitsförderung/ Gesundheitspolitik zu thematisieren und Handlungs- und Problemlösungsstrategien zu entwickeln

Schwerpunkte der Seminararbeit sind z B :

- Gesundheitsförderung als sozialpolitisches Projekt: Theorien, Strategien und Konzepte der Gesundheitsförderung Grenzen und Möglichkeiten der GKV,
- Felder der Gesundheitsförderung durch Krankenkassen: betriebliche Gesundheitsförderung, kommunale Gesundheitsförderung, Probleme des gesellschaftlichen Umgangs mit Medikamenten,
- Methoden der Gesundheitsförderung: Entwicklung, Durchführung und Effektivitätskontrolle (Evaluation), Projektmanagement, Moderation, Gesundheitsberichterstattung, Instrumente betrieblicher und kommunaler Gesundheitspolitik etc

Ein Fortbildungsprogramm kann angefordert werden

Daneben bietet die „Akademie“ folgende Gesundheitsförderungs-Serviceleistungen für Krankenkassen an:

- Projektmanagement,
- Konzeptentwicklung,
- Evaluation,
- Moderation,
- Moderatorenschulung,
- Seminare auf Anfrage (über Gesundheitsförderung)

B.

Schwerpunkte der Arbeit der „Akademie für Gesundheit“ sind Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich Gesundheitsförderung für Akteure der GKV. Das Angebot ist für alle Akteure der Gesetzlichen Krankenversicherung (d. h. alle Kassenarten und z B auch für Selbstverwaltungsmitglieder) offen. Darüber hinaus werden Veranstaltungen für andere Zielgruppen im sozialpolitischen Bereich (z B Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände etc) angeboten

Bei beiden Einrichtungen sollte das Fortbildungsangebot beachtet werden.

**UNIVERSITÄT
BREMEN**

**Service-
leistungen**

Empfehlungen

VERBAND ALLEIN- STEHENDER MÜTTER UND VÄTER BUNDESVERBAND e.V.

– VAMV –

Adresse Von-Groote-Platz 20
53173 Bonn

Telefon 02 28/35 29 95

Telefax 02 28/35 83 50

In mehr als 16 % aller Familien in der Bundesrepublik leben minderjährige Kinder mit einem Elternteil. Der „Verband Alleinstehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (VAMV)“ ist ein Familienverband und wurde 1967 gegründet. Er versteht sich als Selbstorganisation und vertritt ca. 9.000 Mitglieder und ca. 13.000 Kinder als überregionaler Verband. Der VAMV wirkt lt. Satzung darauf hin, „die Grundrechte der Gleichheit und des besonderen Schutzes der Familie und das Sozialstaatsprinzip für alleinstehende sorgeberechtigte Mütter (auch werdende) und Väter sowie deren Kinder (der Einelternfamilien) zu verwirklichen und ihre Lebenssituation zu verbessern“. Er fördert vor allem die Jugendpflege und -fürsorge und setzt sich für eine Familienpolitik ein, die allen Eltern und allen Kindern gleiche Rechte und Chancen einräumt.

Der VAMV, der überkonfessionell und ohne parteipolitische Bindung ist, sieht seine Aufgabe vor allem in der Hilfe zur Selbsthilfe von Alleinerziehenden für Alleinerziehende durch Information und Beratung sowie in der Vertretung der Interessen von Einelternfamilien in der Öffentlichkeit, gegenüber dem Gesetzgeber und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Organisationen und Verbänden auf Bundesebene.

Der VAMV gliedert sich in den Bundesverband, die elf Landesverbände in der Rechtsform des eingetragenen Vereins und die Orts- und Kreisverbände in unterschiedlicher Rechtsform.

Der Bundesverband fördert die Zusammenarbeit der Landesverbände, die ihrerseits auf Landesebene mit Behörden, Institutionen und Verbänden zusammenarbeiten sowie die Arbeit der Orts- und Kreisverbände unterstützen. Die Ortsverbände und Kontaktstellen dienen vor allem dem Erfahrungsaustausch und der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Das Angebot der Ortsverbände und regionalen Kontaktstellen richtet sich nach den jeweiligen Wünschen und Bedürfnissen seiner Mitglieder vor Ort. Es reicht über Informations- und Beratungsangebote bis hin zu politischen Aktionen, um auf örtliche Mißstände – wie familien- und kinderfeindlicher Wohnungsbau, mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen usw. aufmerksam zu machen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- VAMV -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der Bundesverband unterhält eine Geschäftsstelle, seine Organe sind die Delegiertenversammlung (Vertreter/innen der Landesverbände), der Vorstand und der erweiterte Vorstand, die Kontrollkommission und die Schlichtungsstelle

Die Mittel für seine Arbeit erhält der Bundesverband aus Mitgliedsbeiträgen über die Landesverbände, über Spenden und vor allem über institutionelle und Projekt-Förderung durch das Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFUS)

Medienangebote

Mit seinem Medienangebot will der VAMV seinen Mitgliedern Informationen und Ratschläge zur Bewältigung ihrer besonderen Situation geben und die Öffentlichkeit sowie die gesetzgebenden und -ausführenden Stellen über die Forderungen und Vorstellungen des Verbandes und der Delegiertenversammlung informieren. An Einzelmedien seien beispielhaft genannt:

Mit der 8-10mal jährlich erscheinenden Schrift „Information für Einelfamilien“ informiert der VAMV seine Organe und aktiven Mitglieder, aber auch die Öffentlichkeit über Gesetzesinitiativen und -änderungen, Urteile, Seminare, Fachliteratur und verbandsbezogene Vorgänge (kostenlos)

„So schaffe ich es allein“ heißt die Broschüre, die sich in großer Auflage an Alleinerziehende wendet, die rechtliche Seite der Einelfamilien darstellt, über Rechte und Pflichten informiert und die Erfahrungen anderer Alleinerziehender vermittelt (Bezug ist kostenlos)

Das Faltblatt „Grundsätzliche Forderungen des VAMV“ enthält die von der Delegiertenversammlung verabschiedeten Forderungen des Verbandes an den Gesetzgeber zur Existenzsicherung der Einelfamilien und deren Kinder in verschiedenen Bereichen wie Arbeitszeit, Sozialhilfe, Besteuerung usw., zur Kinderbetreuung, zu Wohnungs- und Verfahrensfragen (kostenlos).

Serviceleistungen

Da der VAMV eine Selbstorganisation ist, sind die Mitglieder im Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten selbst aktiv. Hilfe und Unterstützung laufen auf Gegenseitigkeit. Vereinzelt stehen Fachkräfte zur Verfügung.

Sowohl der Bundesverband (in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk Bundesverband) bietet Fachtagungen und Seminare an als auch die Orts- bzw. Landesverbände. Informationen über die Veranstaltungen sind bei den Orts- und Landesverbänden zu erhalten

Empfehlungen

In der Gesundheitserziehung und -förderung spielt die Familie eine besondere Rolle. Die Kenntnis über die Situation der Einelfamilien ist dabei wichtig, der Kontakt zu der Selbstorganisation VAMV für die Familienarbeit notwendig

Es wird daher empfohlen,

die Broschüre „So schaffe ich es allein“ anzufordern, den Kontakt zum zuständigen Landes- und Orts- bzw. Kreisverband aufzunehmen (Adressen über den Bundesverband).

VERBAND AMBULANTER BEHANDLUNGSSTELLEN FÜR SUCHTKRANKE/ DROGENABHÄNGIGE e.V.

– VABS –

Adresse Karlstraße 40
79104 Freiburg
Postfach 420
79004 Freiburg

Telefon 07 61/2 00-3 03/3 63

Telefax 07 61/2 00-3 50

Der Verband ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e. V. (VABS), gegründet 1971, ist im Deutschen Caritasverband der Zusammenschluß von Trägern ambulanter Hilfeinrichtungen für Suchtkranke/Drogenabhängige. Mitglieder des VABS sind Träger ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige, die dem Deutschen Caritasverband oder einer Untergliederung angeschlossen sind. Dem Verband gehören (Stand Juli 1993) 80 Träger mit 137 Mitgliedseinrichtungen an.

Aufgaben und Ziele der Institution

Zweck und Aufgaben des Verbandes sind:

1. Die ambulanten Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu fördern, zu koordinieren und die gemeinsamen Interessen nach außen zu vertreten
2. Sammlung, Austausch, Auswertung und Verbreitung von Forschungsprojekten, Erfahrungen und Arbeitsergebnissen.
3. Beratung der bestehenden Einrichtungen und Unterstützung bei der Neueinrichtung von ambulanten Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige.
4. Gemeinsame Fragen der Behandlung Suchtkranker/Drogenabhängiger zu klären und auf eine möglichst einheitliche Regelung derselben hinzuwirken.
5. Auf dem gesamten Gebiet der Behandlung Suchtkranker/Drogenabhängiger Anregung und Förderung zu geben (§ 2 der Satzung).

Eine Aktivität des VABS besteht in der Information und Weitergabe von *Materialien für die Bereiche Prävention, Beratung und Therapie.*

Im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgabe als Interessenvertretung ambulanter Behandlungsstellen nimmt der VABS auch öffentlich Stellung zu aktuellen Themen in Zusammenhang mit der Beratung und Therapie Suchtkranker/Drogenabhängiger und erstellt Gutachten zu Rechtsfragen, die damit in Zusammenhang stehen.

Die Arbeit des VABS wird finanziert aus Mitgliedsbeiträgen und Zuwendungen über die DHS

- VABS -

Medienangebote

Die Medien des VABS sollen die Mitglieder und Mitgliedseinrichtungen über den gemeinsamen Arbeitsbereich informieren und den Austausch untereinander fördern. Dies geschieht auch in der Weitergabe von Materialien.

Besondere Schwerpunkte sind die Themen:

- Diagnostik
- Kinder von Suchtkranken
- Sucht Gewalt Sexualität
- Sucht und Prostitution
- Drogenarbeit im Justizvollzug
- SpielerInnen
- EBstörungen

Der VABS informiert weiterhin seine Mitglieder und Mitgliedseinrichtungen regelmäßig anhand seiner Rundbriefe über neue Entwicklungen und Tendenzen der Suchtkrankenhilfe, über Arbeitsergebnisse der bestehenden Gruppen und versendet wichtige Neuerscheinungen aus dem Bereich der Suchtkrankenhilfe.

Die Ergebnisse mehrerer Fachtagungen und Arbeitsgruppen des VABS liegen als Veröffentlichungen vor (Themen s. u. Serviceleistungen). Der Bezug dieser Publikationen ist kostenpflichtig. Auskünfte über die zur Verfügung stehenden Publikationen sind direkt beim VABS erhältlich oder beim Lambertus-Verlag GmbH, Wölflinstr. 4, 79104 Freiburg, Tel. 07 61/3 68 25-0.

Serviceleistungen

Der VABS steht generell für Informationen zu allen Fragen, die die ambulante Beratung und Behandlung Suchtkrankener/Drogenabhängiger betreffen, zur Verfügung. Dies schließt bei Bedarf auch qualifizierte telefonische Auskünfte mit ein.

Außerdem führt der VABS jährliche Fachtagungen zu ausgewählten Schwerpunktthemen durch (z. B. „Kinder von Suchtkranken“, „Sucht und Prostitution“, „Sucht Gewalt Sexualität“) und bietet Arbeitsgruppen sowie Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs zu verschiedenen Arbeitsbereichen und inhaltlichen Schwerpunkten an. An diesen Veranstaltungen können auch Mitarbeiter von Institutionen teilnehmen, die nicht dem VABS angehören.

Erhältlich sind kostenlos:

- Literaturangaben zu bestimmten Schwerpunktthemen,
- Anschriften der regionalen Beratungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige,
- Angaben zu Arbeitsschwerpunkten bestimmter Beratungsstellen (z. B. Drogen und AIDS, Arbeit mit Spielern, EB-Störungen),
- Informationen über bevorstehende Tagungen und Arbeitsgruppen

Auf Anfrage benennt der VABS auch qualifizierte ReferentInnen zu Themen aus dem Suchtbereich.

Empfehlungen

Der Verband ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e.V. hat ein vielfältiges Medien- und Serviceangebot für den Bereich der Suchtkrankenhilfe. Neben den MitarbeiterInnen der Mitgliedsverbände des VABS steht dieses auch den daran besonders Interessierten offen.

Medien des VABS bestehen z. B. in Veröffentlichungen der Tagungsberichte. Auskünfte darüber gibt der VABS oder der Lambertus-Verlag, Freiburg.

VERBAND DER ANGESTELLTEN- KRANKENKASSEN e.V.

– VdAK –

AEV – ARBEITER- ERSATZKASSEN- VERBAND e.V.

Adresse Frankfurter Str. 84
53721 Siegburg
Postfach 19 61
53719 Siegburg

Telefon 0 22 41/1 08-1

In den Ersatzkassenverbänden haben sich 7 Angestellten- und 7 Arbeiter-Ersatzkassen zusammengeschlossen.

Insgesamt betreuen die Ersatzkassen im gesamten Bundesgebiet einschl. der fünf neuen Bundesländer annähernd 17,9 Mio. Versicherte. Den Versicherten stehen wohnortnah rd. 3.700 Geschäftsstellen und rd. 47.000 qualifizierte Mitarbeiter mit Rat und Hilfe zur Seite.

Die Ersatzkassenverbände nehmen wichtige Funktionen der Ersatzkassen bei der Durchführung ihrer Aufgaben und bei der Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen wahr. Sie haben für die Ersatzkassen insbesondere in der Sozialpolitik eine Sprecherfunktion. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben arbeiten die Ersatzkassenverbände und die Mitgliedskassen eng zusammen

Die Ersatzkassenverbände stehen in engem Kontakt zu zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen, die sich mit Fragen der Gesundheit, Krankheit und Behinderung befassen. Der dabei gepflegte Meinungs- und Erfahrungsaustausch kommt direkt oder indirekt den Ersatzkassen bzw. den Versicherten zugute.

Die Ersatzkassen haben sich zu modernen Dienstleistungsunternehmen in allen Fragen der Gesundheit und Krankheit entwickelt. Ihre Funktion besteht nicht allein darin, ihren Versicherten die nach Gesetz und Satzung zustehenden Leistungen zu gewähren. Vielmehr sehen die Ersatzkassen nach dem Motto „betreuen nicht verwalten“ ihre Aufgaben insbesondere darin, die Versicherten über alle Fragen zur Erhaltung der Gesundheit und zur Bekämpfung von Krankheiten umfassend zu beraten. Die Ersatzkassen und ihre Verbände fühlen sich in der Erhaltung und Besserung der Gesundheit der Versicherten in besonderer Weise verpflichtet. Angesichts der wachsenden Bedeutung chronischer Erkrankungen zielen die Bemühungen darauf hin, die Versicherten möglichst frühzeitig zu einer gesundheitsbewußten Lebensweise zu motivieren. Dies schließt auch eine Umstellung gesundheitsschädigender Lebensgewohnheiten im Zusammenhang mit einer bestehenden oder drohenden Krankheit oder Behinderung mit ein. Präventive Aufgaben stehen daher auch in einer engen Beziehung und Wechselwirkung zu rehabilitativen Maßnahmen.

- VdAK -

Zur Erhaltung der Gesundheit, zur Vorbeugung von Krankheiten und zum Abbau von Gesundheitsgefährdungen haben die Ersatzkassen ein wirksames Instrumentarium verschiedener Maßnahmen und Hilfen entwickelt. Sie klären ihre Versicherten auf vielfältige Weise über die Verhinderung von Krankheiten auf. Zu den Betreuungsleistungen zählen

- allgemeine Information über Fragen der Verbesserung der Gesundheit und der Bekämpfung von Krankheiten durch unterschiedliche Medien (z. B. Mitgliederzeitschriften, Broschüren, Faltblätter),
- Durchführung von Aufklärungsveranstaltungen,
- individuelle Beratung über Möglichkeiten der Gesundheitsförderung.

Außerdem bieten die Ersatzkassen ihren Versicherten gezielte Maßnahmen der Gesundheitsförderung, z. B. Bewegungstraining, Ernährungsberatung, Nichtrauchertraining, Entspannungstraining sowie Schutzimpfungen, an. Zum Teil werden hierfür auch externe Angebote, z. B. Volkshochschulen, in Anspruch genommen. Die Ersatzkassen engagieren sich auch auf dem Gebiet der Kariesprophylaxe mit dem Ziel, die Zahngesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Arbeit auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung stellt die finanzielle Unterstützung der Selbsthilfeeaktivitäten in Ergänzung zur kurativen Behandlung und Rehabilitation dar. Selbsthilfegruppen und ihre Organisationen können vielfach durch ihre Betreuung dem Betroffenen eine nützliche Hilfe geben, um bestehende Krankheiten zu überwinden, besser zu bewältigen und eine Verschlimmerung zu verhüten. Die Ersatzkassen fördern die präventive Arbeit der Selbsthilfe- und Behindertenorganisationen ideell und durch finanzielle Zuwendungen.

Bei drohenden Erkrankungen bzw. bei einer Schwächung der Gesundheit gewähren die Ersatzkassen vorbeugende Kuren, z. B. Kinder- und Jugendkuren bzw. Kuren für Erwachsene. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Gesundheit zu festigen und die Patienten zu einer gesundheitsbewußteren Lebensweise bzw. Lebensumstellung zu motivieren. Im Rahmen der Kuren werden zunehmend Gesundheitserziehungsprogramme durchgeführt.

Die Ersatzkassen werden ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung aufgrund vorliegender Erfahrungen und Erkenntnisse auch weiterhin auf ihre Wirksamkeit prüfen und weiterentwickeln. Die Bemühungen der Ersatzkassen, die Gesundheit der Versicherten positiv zu beeinflussen, ergänzen die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben des Staates auf dem Gebiet der Prophylaxe.

Für gezielte Informationen über die vielfältigen Angebote und Hilfen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung stehen die Ersatzkassen und ihre Geschäftsstellen jederzeit zur Verfügung. Die Namen und Adressen der Hauptverwaltungen der einzelnen Ersatzkassen sind nachstehend aufgeführt (Postleitzahlen beziehen sich auf die Postfachanschrift):

Angestellten-Krankenkassen:

Barmer Ersatzkasse
Untere Lichtenplatzer Str. 100
Postfach 20 01 08
42271 Wuppertal
Tel.: 02 02/56 80, Fax: 02 02/5 68 14 59

Deutsche Angestellten-Krankenkasse
Nagelsweg 27-35
Postfach 10 14 44
20009 Hamburg
Tel.: 0 40/2 39 60, Fax: 0 40/23 96 15 00

Techniker Krankenkasse
Bramfelder Str. 140
Postfach 60 26 60
22291 Hamburg
Tel.: 0 40/6 90 90, Fax: 0 40/69 09 18 00

Kaufmännische Krankenkasse
Hindenburgstr. 43 - 45
Postfach 3280
30144 Hannover
Tel.: 05 11/2 80 20, Fax: 05 11/2 80 21 09

Hamburg-Münchner Ersatzkasse
Schäferkampsallee 16
Postfach 30 62 22
20347 Hamburg
Tel.: 0 40/4 15 30, Fax: 0 40/4 15 33 23

Hanseatische Ersatzkasse
Wandsbeker Zollstr. 82 - 90
Postfach 70 08 44
22039 Hamburg
Tel.: 0 40/65 69 60, Fax: 0 40/65 69 62 59

Handelskrankenkasse
Martinistr. 26
Postfach 10 79 49
28185 Bremen
Tel.: 04 21/3 65 50, Fax: 04 21/3 65 52 10

Arbeiter-Ersatzkassen:

Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse
Gottlieb-Daimler-Str. 19
Postfach 1860
73521 Schwäbisch Gmünd
Tel.: 0 71 71/80 10, Fax: 0 71 71/8 58 81

Gärtner-Krankenkasse
Danziger Str. 15
Postfach 10 23 40
20016 Hamburg
Tel.: 0 40/24 82 60, Fax: 0 40/24 82 63 33

Braunschweiger Kasse
Mittelweg 144
Postfach 13 01 46
20139 Hamburg
Tel.: 0 40/4 14 09 60, Fax: 0 40/41 40 96 70

Hamburgische Zimmererkrankenkasse
Wandsbeker Zollstr. 92 - 98
Postfach 70 08 80
22039 Hamburg
Tel.: 0 40/65 66 20, Fax: 0 40/6 56 22 11

Neptun-Ersatzkasse
Stadtdeich 27
Postfach 10 46 20
20032 Hamburg
Tel.: 0 40/3 01 00 10, Fax: 0 40/30 10 01 66

Buchdrucker Krankenkasse
Fischerstr. 7
30167 Hannover
Tel.: 05 11/70 32 25, Fax: 05 11/71 73 17

Krankenkasse „Eintracht“
Franz-Rau-Str. 5 - 7
Postfach 1461
63132 Heusenstamm
Tel.: 0 61 04/23 91, Fax: 0 61 04/6 53 51

VERBAND DEUTSCHER VERKEHRSUNTER- NEHMEN

– VDV –

Adresse Kamekestraße 37–39
50672 Köln

Telefon 02 21/57 97 90

Telefax 02 21/51 42 72

Die fachlichen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sind als Grundlagen- und Hintergrundmaterial für die Gesundheitserziehung geeignet. Sie geben Hinweise auf die Bemühungen zur Reduzierung der Wohnumfeld- und Gesundheitsbelastung durch den Individualverkehr.

*Für den
eifigen Leser*

Im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sind seit 1. Januar 1991 die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Güterverkehrs mit Schwerpunkt Eisenbahn-Güterverkehr in Deutschland organisiert. Die Mitgliederversammlungen des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV), des Bundesverbandes Deutscher Eisenbahnen (BDE) sowie des VÖV der ehemaligen DDR hatten am 6. November 1990 in Köln den Zusammenschluß zum VDV beschlossen.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Die Geschichte der Verbände beginnt mit dem 1895 gegründeten „Verein Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen“; der VDV kann somit auf eine 99jährige Verbandstätigkeit zurückblicken. Dem VDV gehören z. Z. 478 Verkehrsunternehmen als ordentliche Mitglieder sowie 38 außerordentliche Mitglieder (u. a. 15 ausländische Verkehrsunternehmen bzw. deren Verbände) an (Stand: 1. November 1993).

343 Mitgliedsunternehmen betreiben öffentlichen Personennahverkehr. Dabei liegt ein Schwerpunkt bei den kommunalen Verkehrsunternehmen mit den Betriebszweigen U-Bahn/Stadtbahn, Straßenbahn, Eisenbahn, Bahnen besonderer Bauart, Obus und Omnibus. Verbandsmitglieder sind aber auch die Regionalbusgesellschaften des Bundes sowie einige private Busunternehmen, die in ihrem Verkehrsgebiet den ÖPNV durchführen. Insgesamt wurden die Verkehrsmittel aller VDV-Unternehmen inklusive der neuen Mitglieder DB/DR im gesamten Bundesgebiet 1993 von rund 8,57 Milliarden Fahrgästen benutzt. Das entspricht einem Anteil von zirka 90 Prozent am Gesamtmarkt ÖPNV auf Schiene und Straße. Täglich befördern die VDV-Unternehmen über 23 Millionen Fahrgäste.

Bei den 206 VDV-Mitgliedsunternehmen mit Güterverkehr handelt es sich um 87 Unternehmen mit nicht-bundeseigenen Eisenbahnen (NE) des öffentlichen Verkehrs, 103 Unternehmen mit NE des nichtöffentlichen Verkehrs (industrielle Anschlußbahnen und Hafenbahnen) sowie 16 Unternehmen mit Güterkraftverkehr. Diese Unternehmen befördern rund 567 Millionen Tonnen

Güter im Jahr. Davon entfallen rund 71 Millionen Tonnen auf NE des öffentlichen Verkehrs, 51 Millionen Tonnen auf die Hafenbahnen der alten Bundesländer und 312 Millionen Tonnen auf die Werkseisenbahnen, 132 Millionen Tonnen auf die Hafen- und Werkseisenbahnen der neuen Bundesländer sowie 0,7 Millionen Tonnen auf den Straßengüterverkehr

Der Verband sieht seine Aufgabe in der Beratung der Mitgliedsunternehmen, in der Pflege des Erfahrungsaustausches zwischen ihnen und der Erarbeitung einheitlicher technischer, betrieblicher, rechtlicher und wirtschaftlicher Grundsätze mit dem Ziel einer bestmöglichen Betriebsgestaltung. Er vertritt außerdem die Interessen der Unternehmen gegenüber Parlamenten, Behörden und anderen Institutionen.

Medienangebote

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat im Juni 1993 erstmals ein Publikationsverzeichnis herausgegeben, in dem seine gesamten Veröffentlichungen einschließlich der Bezugsquellen und Bezugsbedingungen aufgeführt sind. Das Publikationsverzeichnis wird kostenlos versandt.

Als Periodika erscheinen der VDV-Jahresbericht, die VDV-Statistik und das Handbuch der Verkehrsunternehmen im VDV

Die gesamte Tätigkeit des VDV faßt der Jahresbericht in anschaulicher Form zusammen. Aus allen Fachbereichen des Verbandes und aus den VDV-Landesgruppen werden die Schwerpunktthemen vorgestellt und diskutiert. Dabei ist keine lückenlose Aufzählung der Verbandsarbeit das Ziel der Ausführungen, sondern eine Konzentration auf die aktuellen Fragestellungen in den Sektoren öffentlicher Personennahverkehr und Güterverkehr im Verkehrsmarkt.

Eine Bilanz der Entwicklungen im öffentlichen Nahverkehr zieht der VDV auf der Basis seiner laufenden statistischen Erhebungen. Aufgrund von detailliertem Zahlenmaterial werden die Verkehrsleistungen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Güterverkehrs analysiert und im zeitlichen Vergleich betrachtet. Auch die wirtschaftliche Lage der Verkehrsunternehmen und die Investitionen werden in die Bilanz einbezogen

Im Handbuch der Verkehrsunternehmen sind die Mitgliedsunternehmen alphabetisch nach Betriebsort aufgeführt. In diesem Werk sind Angaben zu Unternehmensleitung, Adresse, Unternehmensform und zu statistischen Kennzahlen zu finden. Der erste Teil des Buchs umfaßt Angaben zum Verband, zu seiner Organisation und seinen Gremien

In zwei Verbandsorganen, einem für den Bereich Personennahverkehr, einem für den Bereich Güterverkehr, stellt der VDV für seine Mitgliedsunternehmen aktuelle Nachrichten zusammen

Bus+Bahn ist eine Informationsschrift für alle am öffentlichen Personennahverkehr und Eisenbahngüterverkehr Interessierten. In Nachrichten, Berichten und Kommentaren beschäftigt sich die Zeitschrift mit allen Fragen des Personennahverkehrs und des Schienengüterverkehrs in den deutschen Städten und Regionen. Bus+Bahn wird vom VDV herausgegeben, um die Anliegen der Verkehrsunternehmen allgemeinverständlich darzustellen

DER NAHVERKEHR ist das offizielle Organ des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Es bietet Fachwissen in qualifizierten und umfangreichen Beiträgen. Die Palette der Themen umfaßt Verkehrspolitik, Verkehrsrecht und andere relevante Rechtsgebiete, Fragen der Verkehrswirtschaft, des Marketing, der Fahrzeug- und Betriebstechnik sowie der betrieblichen Organisation. In der Zeitschrift publizieren erfahrene Praktiker ebenso wie Fachleute der einschlägigen Wissenschaften.

In seiner Broschürenreihe gibt der Verband bei Bedarf Einzelschriften heraus, in denen Untersuchungsergebnisse und Forschungsthemen zum Beispiel die Investitionspotentiale im öffentlichen Personenverkehr oder Chancen für Busse und Bahnen dargestellt werden

VDV-Schriften werden von den VDV-Ausschüssen erarbeitet. Sie durchlaufen vor ihrer Veröffentlichung ein „Gelbdruckverfahren“, in dem die VDV-Mitglieder, ggf. betroffene Industrieunternehmen und andere Verbände Gelegenheit haben, zu den Entwürfen Stellung zu nehmen.

VDV-Mitteilungen sind zur Unterrichtung der VDV-Unternehmen über besondere Themen gedacht und erscheinen mit einer grünen Titelseite. Sie durchlaufen kein Gelbdruckverfahren vor ihrer Veröffentlichung.

Mit dem Unterrichtsmodell „Schüler in Bahn und Bus“, einer Produktion des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV), in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Eisenbahnen, Kraftverkehre und Seilbahnen (BDE), dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (BDO) und der Bundesanstalt für das Straßenwesen (BAST), steht ein Instrument zur Verfügung, um gezielt auf negatives Verhalten jugendlicher Fahrgäste einwirken und positives Verhalten stabilisieren zu können. Die Unterrichtsmaterialien sind von Pädagogen für Pädagogen erarbeitet worden und so verfaßt, daß sie bei Pädagogen und Schülern gleichermaßen „ankommen“. Die Voraussetzung schlechthin, wenn dem öffentlichen Nahverkehr im Unterricht mehr Augenmerk als bisher gewidmet und mehr als bloße Information vermittelt, wenn effektiv etwas bewegt werden soll.

Das Unterrichtsmodell sieht insgesamt drei Bausteine vor: den Baustein 1, „Wenn Busse denken könnten“ für die Grundschüler in der 3. und 4. Klasse, den Baustein 2, „Rund um Bahn und Bus“ für Schüler der weiterführenden Schulen in den Klassen 5 und 6 sowie schließlich den Baustein 3, „Verhaltstellen“ für die Schüler in den Klassen 7-9.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) bietet seinen Mitgliedsunternehmen eine breite Palette von Dienstleistungen. Hierzu zählt die Bereitstellung von Hinweisen und Richtlinien zu Einzelfragen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienengüterverkehrs. Themen sind zum Beispiel die Gestaltung und Einrichtung der Schienenfahrzeuge, die Gestaltung von Gleisanlagen und Haltebereichen sowie die Einrichtung und Ausführung der elektrischen Anlagen

Weiterhin bietet der Verband Kurse und Seminare für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen seiner Mitgliedsunternehmen an, die technische, ökonomische, juristische und finanzielle Aspekte des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienengüterverkehrs behandeln. Nähere Angaben zu diesen Kursen und Seminaren können bei der verbandseigenen Gesellschaft BEKA-Seminare angefordert werden *

Daneben führt der Verband in eigenen Arbeitskreisen oder in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen Untersuchungen zu aktuellen Fragen des öffentlichen Nahverkehrs durch. Hierzu zählen Themen wie Strategien der Angebotsgestaltung des öffentlichen Personenverkehrs, Verkehrsberuhigung und öffentlicher Personennahverkehr.

Ergänzend zu diesen Untersuchungen führt der Verband dann auch Veranstaltungen verschiedener Art zu diesen Themen durch. So wird einmal im Jahr eine Diskussionsveranstaltung mit Hochschullehrern durchgeführt, bei der neue Forschungsvorhaben aus den Bereichen Technik, Ökonomie und Planung vorgestellt werden. Jährlich einmal wird außerdem ein „Pressegespräch“ für Zeitungen, Rundfunksender und Fernsehanstalten veranstaltet, das diesen die aktuelle Situation und die verfolgten Ziele des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienengüterverkehrs verdeutlichen soll.

In Zusammenarbeit mit der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen wertet der Verband vor allem unselbständige Schriften, das heißt Zeitschriftenaufsätze oder Schriftenreihenbeiträge, mit Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienengüterverkehr aus und dokumentiert diese in seiner Literatur-Datenbank. Darüber hinaus besteht auf dem Gebiet der Literaturdokumentation eine enge Zusammenarbeit des Verbands mit dem Informations- und Dokumentationsverbund Verkehr.

* BEKA-Seminare, Kamekestraße 37 39, 50672 Köln

– VDV –

Serviceleistungen

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist in mehrfacher Hinsicht für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen von Bedeutung

In den Verdichtungsräumen führt die wachsende Differenz zwischen den Boden-, Bau- und Wohnungspreisen einerseits sowie den Einkommen aus Beschäftigung andererseits zu einer Verlagerung der Wohnfunktionen an preisgünstigere, meist periphere Standorte. Die damit verbundene räumliche Trennung von Wohnstandorten, Arbeitsplätzen und Versorgungs- sowie Dienstleistungseinrichtungen führt zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die fortschreitende Verringerung der im Wohnbereich selbst verbleibenden Funktionen einschließlich Freizeit, Erholung und Urlaub, die ebenfalls zu einer Steigerung des Verkehrsaufkommens beiträgt.

Die gesundheitlichen Belastungen durch den insbesondere in den Städten und Ballungsgebieten noch weiter steigenden Individualverkehr mit seinen Lärm- und Schadstoffemissionen und Unfallereignissen sind seit langem ein Thema der öffentlichen Diskussion und in der Literatur breit dargestellt.

Von daher sind die Bemühungen des VDV zur Stärkung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und damit zur Dämpfung des Individualverkehrs von sich aus schon von hoher gesundheitlicher Bedeutung. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein wichtiges Hilfsmittel gerade auch zur Umwelt- und gesundheitlichen Situationsverbesserung in den verkehrsbelasteten Wohnquartieren der Innenstädte. Vorschläge des Verbands wie etwa die Einbeziehung des Taxiwesens in den öffentlichen Personennahverkehr oder die Verknüpfungen von Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr durch „Park and Ride“ sind Anknüpfungspunkte für umfassendere Konzepte der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

Die Analysen, Konzepte, Publikationen und Serviceleistungen des Verbands können als Basismaterial für eine Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen betrachtet werden, die auch die Einstellung gegenüber dem Verkehr als Umwelt- und Gesundheitsbelastung sowie das Verkehrsverhalten als gesundheitsbedeutendes Verhalten mit einbezieht.

Empfehlungen

VERBAND EVANGELISCHER EINRICHTUNGEN FÜR MENSCHEN MIT GEISTIGER UND SEELISCHER BEHINDERUNG e.V.

– VEEMB –

Adresse Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart

Telefon 07 11/21 59-4 12

Telefax 07 11/24 03 84

Der Verband der evangelischen Einrichtungen für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung e. V. ist als gemeinnütziger Verein Mitglied des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes

Der Verband gliedert sich in zwei Sektionen, den für Menschen mit geistiger Behinderung und den für Menschen mit psychischer Erkrankung.

Der VEEMB umfaßt Träger aller Arten von Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung, psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung: Heime, Sonderschulen, Sonderkindergärten, Anstalten, Fachkrankenhäuser, Tagesstätten, Beratungs- und Therapiezentren, Werkstätten für Behinderte, Wohnheime, Übergangseinrichtungen, sozialpsychiatrische Dienste, Offene Arbeit u. a. sowie rechtlich selbständige Vereinigungen und Selbsthilfegruppen, die die o. g. Personengruppen fördern.

Dem Verband sind zur Zeit ca. 200 Rechtsträger mit etwa 600 Einrichtungen (mit mehr als 70.000 Plätzen für Menschen mit Behinderungen) angeschlossen

Der Verband finanziert sich zum größten Teil aus Mitgliedsbeiträgen.

Zweck des Verbandes ist die Unterstützung und die Interessenvertretung der Mitgliedseinrichtungen in ihrer Arbeit.

Die Aufgaben des Verbandes entstammen dem diakonischen Auftrag der EKD.

Arbeitsschwerpunkte sind: Fachwissen sammeln und bündeln, Spezialgebiete neu erarbeiten, Publikationen herausgeben, Einrichtungen beraten, Mitarbeiter/innen fördern und qualifizieren, Partnerkontakte (regional national – international) knüpfen und pflegen

***Aufgaben
und Ziele
der Institution***

- VEEMB -

So unterstützt der Verband die Mitgliedseinrichtungen und tritt für ihre Interessen in Verbindung mit dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland ein.

Es bestehen zur Zeit folgende Gremien:

- Geschäftsführender Vorstand
- Erweiterter Vorstand
- Leitungsgruppe „Wohnen“
- Leitungsgruppe „Bildung“
- Leitungsgruppe „Arbeiten“
- Leitungsgruppe „Psychiatrie“

- Ständiger Ausschuß „Personalwesen/Aus- und Fortbildung“
- Ständiger Ausschuß „Diagnostik und Therapie“
- Ständiger Ausschuß „Betriebswirtschaft/Hauswirtschaft/Technik“
- Ständiger Ausschuß „Entwicklung der Komplexeinrichtung“
- Gemeinsamer Werkstattausschuß (VEEMB und VEERB)
- Theologischer Ausschuß
- Öffentlichkeitsausschuß

Weiterhin bestehen zeitlich begrenzte Ausschüsse und Planungsgruppen.

Medienangebote

Die beiden Periodika des Verbandes, „Kerbe“ (Bereich „psychisch Behinderte“) und „Zur Orientierung“ (Bereich „geistig Behinderte“), erscheinen viermal im Jahr und können über die Verbandsgeschäftsstelle abonniert werden. Sie wenden sich in erster Linie an Mitarbeiter/-innen von Einrichtungen, sind aber auch für interessierte Laien gedacht (z. B. für Angehörige psychisch Kranker).

„Kerbe“ behandelt in jedem Heft ein Schwerpunktthema zu Fragestellungen der Hilfe für Menschen mit

psychischer Erkrankung und informiert allgemein über Aktivitäten und Entwicklungen in diesem Bereich.

„Zur Orientierung“ übernimmt die gleiche Funktion für den Bereich „Menschen mit geistiger Behinderung“

Weiterhin gibt der Verband in unregelmäßigen Abständen Medien heraus, die alle kostenpflichtig sind. Preis- und Bestell-Listen sind über die Verbandsgeschäftsstelle zu beziehen.

Serviceleistungen

Im Fortbildungsbereich, dessen Angebote sich insbesondere an Mitarbeiter/-innen von Einrichtungen richten und auch Interessenten außerhalb des Diakonischen Werkes offenstehen, bestehen Angebote von verschiedenen Seiten. Vom Verband selbst werden Möglichkeiten über die zwei Fortbildungsdozenturen geboten. Informationen über diese Angebote können bei diesen Stellen selbst eingeholt werden (Adressen siehe „Empfehlungen“).

Der Verband selbst organisiert regelmäßig Fachtagungen, die auch Außenstehenden gegen Teilnehmergebühr offenstehen (Ankündigungen in den Zeitschriften des Verbandes).

Empfehlungen

Von Bedeutung ist das Verzeichnis der Einrichtungen des Verbandes, das im Sommer 1993 neu aufgelegt wurde und die Anschriften der Mitgliedseinrichtungen in den alten und neuen Bundesländern umfaßt.

Anschriften der Fortbildungsdozenturen des VEEMB:

Fortbildungsdozentur Süd (Sonnenhof), Sudetenweg 92, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 07 91/5 00-2 80

Fortbildungsdozentur Nord (Diakonisches Werk Westfalen), Friesenring 32, 44147 Münster, Tel.: 02 51/27 09-3 96

Fortbildungsdozentur Berlin zur Zeit im Aufbau.

VERBAND FÜR UNABHÄNGIGE GESUND- HEITSBERATUNG e. V. – DEUTSCHLAND – UGB –

Adresse Keplerstraße 1
35390 Gießen

Telefon 06 41/7 77 85

Telefax 06 41/7 85 68

Aufgabe des UGB ist Gesundheitsförderung durch Anleitung zu einer gesunden Ernährung und einer gesunden, umweltverträglichen Lebensweise

Der UGB wurde 1981 als eingetragener Verein gegründet und ist gemeinnützig zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Aufklärung tätig. Er vertritt unabhängig von wirtschaftlichen Interessengruppen die Belange des gesundheitsinteressierten Verbrauchers.

Der UGB finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen (150,- DM jährlich für Privatpersonen bei Bankeinzug, 160,- DM bei Rechnungsstellung), Einnahmen der UGB-Akademie und Spenden. Der UGB hat derzeit rund 1.500 Mitglieder (Ernährungsfachleute, Mittlerpersonen im Bereich Ernährung und Gesundheit und an der Gesundheitsförderung interessierte Laien), primär aus den verschiedenen europäischen Ländern.

Das umfangreichste Arbeitsfeld liegt in den Fortbildungsaktivitäten der UGB-Akademie. Das Angebot der UGB-Akademie umfaßt Seminare für spezielle Berufsgruppen (z. B. Bäcker und Köche) sowie für interessierte Verbraucher. Zusätzlich werden regelmäßig Kongresse und Fachtagungen veranstaltet.

Aufgaben und Ziele der Institution

Fachzeitschrift:

- UGB-Forum Fachzeitschrift für Gesundheitstraining, erscheint 6mal jährlich zu je 50 Seiten, erhältlich für Mitglieder (kostenlos) oder im Abonnement (Inland 75,- DM).
- Themen:
Rund um die Bereiche Vollwert-Ernährung, Ökologie, Ganzheitsmedizin, außerdem jeweils 8 Seiten „Für die Praxis“.
- Zielgruppe:
Mittlerpersonen im Gesundheitssektor, Fachleute medizinischer Berufe, gesundheitsinteressierte Verbraucher.

Medienangebote

- UGB -

**Service-
leistungen**

Für Mitglieder:

Ermäßigungen bei Kongressen, Fachtagungen und Seminaren,
Info-Dienst (umfaßt das Abonnement des UGB-
Forums und die Beantwortung fachlicher Fragen).

Für Interessierte:

Ein Fortbildungsprogramm mit Terminen kann gegen
3. DM in Briefmarken angefordert werden.

Für Institutionen, Unternehmen, Krankenkassen:

Beratungsdienst zur Gesundheitsförderung in den
Bereichen Ernährung, Bewegung und Entspannung.
Die Angebote reichen von Gutachten über Seminare
und Personal-Leasing bis hin zum betriebsinternen
Gesundheitstraining

Empfehlungen

Der Verband für Unabhängige Gesundheitsberatung
e. V. Deutschland ist eine wichtige Anlaufstelle für
alle, die sich berufsspezifisch im Bereich (Vollwert-)
Ernährung fortbilden wollen

Es ist auch möglich, über die regionalen UGB-Info-
stellen Kontakt aufzunehmen und Informationen zu
erhalten. Außerdem betreibt der UGB e V Geschäfts-
stellen in Österreich und in der Schweiz.

VdK DEUTSCHLAND

Adresse Wurzerstraße 2-4
53175 Bonn

Ansprechpartner Herr Backendorf
Herr Mörs

Telefon 02 28/8 20 93-0

Telefax 02 28/8 20 93-43

Der Sozialverband VdK Deutschland ist ein eingetragener Verein und vertritt die Interessen von Behinderten, Kriegs- und Wehrdienstopfern, Zivildienstopfern, Opfern von Unfällen und Gewalt, von Rentnern, Hinterbliebenen und Sozialversicherten. Der VdK hat 14 selbständige Landesverbände, die ebenfalls eingetragene Vereine sind. Rund 1 Million Mitglieder (Stand 1994) haben sich im VdK zusammengeschlossen und bilden eine starke Lobby.

Der VdK finanziert seine Aktivitäten und Aufgaben durch Mitgliedsbeiträge.

Aufgaben und Ziele der Institution

Der VdK gibt eine Monatszeitschrift (VdK-Zeitung) heraus, die die Mitglieder kostenlos erhalten. Die Zeitschrift informiert über die Aktivitäten des Verbandes und die aktuelle Entwicklung innerhalb der Sozialpolitik.

Speziellere sozialpolitische Informationen liefert die Fachzeitschrift Sozialrecht + Praxis, in der auch über die Rechtsprechung informiert wird. Der VdK gibt Fachbroschüren heraus, deren Schwerpunkte auf dem Kriegsopfer-, Behinderten- und Sozialversicherungsrecht und in der barrierefreien Umweltgestaltung liegen.

Alle Veröffentlichungen können auch Nichtmitglieder beziehen.

Medienangebote

Neben der politischen Interessenvertretung auf Bundesebene nehmen die VdK-Landesverbände die Aufgabe der Mitgliederbetreuung, -beratung und -vertretung in Angelegenheiten des Sozialrechts wahr. Dazu zählen die Bereiche des Kriegs-, Wehrdienst-, Zivildienstopferrechts, der Versorgung der Opfer von Gewalt, die Rehabilitation, das Behindertenrecht, die Sozialversicherung und die Sozialhilfe.

Die Mitglieder haben Anspruch auf Sozialrechtsschutz, der durch alle Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit gewährt wird. Die Landesverbände verfügen über ein

Service- leistungen

– VdK –

Serviceleistungen

flächendeckendes Netz von Rechtsschutzstellen, in denen Juristen den Verbandsmitgliedern fachlichen Rat auf dem Gebiet des Sozialrechts geben.

Die Landesverbände bieten den Mitgliedern Sterbegeld- und Unfallvorsorge zu günstigen Bedingungen an.

In 15 modernen und behindertengerechten Kur- und Erholungszentren der Landesverbände können Mitglieder und ihre Angehörigen ihren Urlaub verbringen oder eine Kur durchführen.

Von den Landesverbänden werden Versammlungen, Schulungs- und Bildungsveranstaltungen über die vorgenannten Rechtsbereiche durchgeführt.

Ferner werden auch Veranstaltungen zu Themen, die allgemein von Interesse für die im VdK zusammengeschlossenen Personenkreise sind, vom Bundes-

verband und von den Landesverbänden durchgeführt. Hierbei werden z. B. gesundheitliche Themen (Osteoporose, Inkontinenz, Tinnitus, Rückenleiden, Schlafapnoe etc.) wie auch allgemeine Lebensbereiche (z. B. Testamenterrichtung, Erben/Vererben, Bauen) behandelt. Diese Veranstaltungen stehen auch interessierten Nichtmitgliedern offen

Gerade den älteren und behinderten Mitgliedern bieten die Landesverbände auf örtlicher Ebene zahlreiche Freizeit-, Geselligkeits- und Kontaktgelegenheiten, um den Gedanken der sozialen Integration zu verwirklichen. In diesem Sinne werden auch Reisedienste und Tagesausflüge angeboten.

Die Landesverbände Bayern und Niedersachsen/Bremen unterhalten Info-Center für Behinderte, in denen sich Interessierte über die Möglichkeiten und Angebote für behinderte Menschen informieren können.

Anschriften der Landesverbände

Ansprechstellen der Landesverbände:

VdK-Landesverband Baden-Württemberg

Postfach 10 50 42
70044 Stuttgart
Tel.: 07 11/6 19 56-0

VdK-Landesverband Bayern

Schellingstraße 29 - 31
80799 München
Tel.: 0 89/2 11 70

VdK-Landesverband Berlin/Brandenburg

Berliner Straße 40-41
10715 Berlin
Tel.: 0 30/86 49 10-0

VdK-Landesverband Hamburg

Fruchtallee 56
20259 Hamburg
Tel : 0 40/40 19 49-0

VdK-Landesverband Hessen

Elsheimer Straße 10
60322 Frankfurt/Main
Tel : 0 69/71 40 02-0

VdK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Anne-Frank-Straße 32
Aufgang 57
19061 Schwerin
Tel.: 03 85/34 2114

VdK-Landesverband Niedersachsen/Bremen

Nikolausstraße 11
26135 Oldenburg
Tel.: 04 41/2 10 29-0

VdK-Landesverband Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 132
40217 Düsseldorf
Tel : 02 11/3 84 12-0

VdK-Landesverband Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 18
56022 Koblenz
Tel.: 02 61/3 60 18

VdK-Landesverband Saarland

Postfach 10 32 12
66032 Saarbrücken
Tel.: 06 81/5 84 59-0

VdK-Landesverband Sachsen

Postfach 1033
09010 Chemnitz
Tel.: 03 71/90 35 64

VdK-Landesverband Sachsen-Anhalt

Schillerstraße 1
06122 Halle
Tel : 03 45/2 49 17

VdK-Landesverband Schleswig-Holstein

Jungfernstieg 10
24757 Rendsburg
Tel.: 0 43 31/2 35 84

VdK-Landesverband Thüringen

Prüssingstraße 40
07727 Jena-Göschwitz
Tel.: 0 36 41/7 03 33 oder 7 03 50

DIE VERBRAUCHER INITIATIVE e.V.

Adresse Breite Straße 51
53111 Bonn

AnsprechpartnerIn Ute Stolpe
(Pressesprecherin)

Telefon 02 28/7 26 33 97

Die VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. ist ein Zusammenschluß umweltbewußter VerbraucherInnen. Ihre Informationsblätter und Ratgeber eignen sich für die Gesundheitserziehung vor allem in den Bereichen gesunde Ernährung, umweltbewußte Haushaltsführung, gesunde Textilien und Schutz vor Wohngiften

*Für den
eiligen Leser*

Die VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. ist ein Zusammenschluß umweltbewußter VerbraucherInnen. Sie wurde 1985 als Verein gegründet und hat ihren Sitz in Bonn. 8.000 Einzelmitglieder und 150 Gruppenmitglieder unterstützen die gemeinnützige Initiative.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Mit ihrer Gründung hat die VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. den Anspruch erhoben, Sprachrohr kritischer VerbraucherInnen zu sein und politische Forderungen zu formulieren und durchzusetzen. Sie hat sich dabei stets ihre politische Unabhängigkeit bewahrt. Die bundesweite und internationale Arbeit wird fast ausschließlich von den Mitgliedern des Vereins und von Spenden finanziert.

Neben politischer Lobby- und Gremienarbeit im Sinne ökologisch und gesundheitsbewußter Verbraucher leistet die VERBRAUCHER INITIATIVE unabhängige Beratung für ihre Mitglieder. Dabei will die Initiative nicht nur über Produkteigenschaften informieren, sondern auch mit Aktionen und Informationen zum umweltfreundlichen Konsumverhalten beitragen.

Arbeitsfelder der VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. sind:

- Lebensmittelzusatzstoffe
- Gentechnik in Lebensmitteln
- Vollwerternährung
- Bestrahlung von Lebensmitteln
- Biolandbau
- Belastung von Lebensmitteln
- Chemie in Textilien
- Elektrosmog
- Putz- und Reinigungsmittel
- EU-Binnenmarkt und Verbraucher

**DIE
VERBRAUCHER
INITIATIVE e.V.**

Medienangebote

Die VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. gibt für ihre Mitglieder das zweimonatlich erscheinende „Verbraucher Telegramm“ heraus. In diesem Informationsdienst berichtet sie über wichtige aktuelle Themen, laufende Kampagnen sowie über verbraucherrelevante Gerichtsurteile. Zusätzlich gibt es Testergebnisse, Ernährungstips und Kurzinformationen.

Zu allen wichtigen Einzelthemen veröffentlicht die Initiative außerdem Informationsblätter und Ratgeber, die über den eigenen Bücherdienst angeboten werden.

**Service-
leistungen**

Die VERBRAUCHER INITIATIVE berät ihre Mitglieder kostenlos telefonisch in Fragen gesunder Ernährung und Umwelt.

Mitglieder können Informationsblätter kostenlos, Ratgeber zu einem günstigeren Preis über den eigenen Bücherdienst beziehen.

Die VERBRAUCHER INITIATIVE stellt Referenten zur Verfügung oder kann Referenten vermitteln.

VEREIN FÜR ZAHNHYGIENE e.V.

Adresse Feldbergstraße 40
64293 Darmstadt

Ansprechpartner Herr Römer
(Geschäftsführer)
Frau Römer

Telefon 0 61 51/89 48 14

Telefax 0 61 51/89 51 98

Der Verein für Zahnhygiene e.V. wurde im Jahre 1957 von Zahnpflegemittelherstellern gegründet. Er hat die Aufgabe, „die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Zahngesundheit und die Gefahren, die dem Körper von erkrankten Zähnen drohen, aufzuklären . . .“ (§ 2 der Satzung). Der Verein ist von Beginn an als gemeinnützig anerkannt.

Konkrete Zielsetzung des Vereins für Zahnhygiene e.V. ist eine durch Information bewirkte Änderung im Verhalten breiter Bevölkerungskreise zur Gesunderhaltung der Zähne.

Dieser Zielsetzung dient u. a. die Koordinierung und Federführung bei der Entwicklung und Distribution von Informationsmaterialien und bei der Organisation des Tages der Zahngesundheit.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die vom Verein für Zahnhygiene vertriebenen Materialien sind in dem Katalog „Aufklärungs-, Lehr- und Lernmaterial“ zusammengestellt. Die darin dargestellten Materialien sind kostenpflichtig. Die angegebenen Preise sind Selbstkostenpreise.

Der Katalog wird allen Gesundheitsämtern, Krankenkassen, Schulen und sonstigen Interessenten in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt.

Die dort aufgeführten Medien und Hilfsmittel sind vom Arbeitskreis zahnmedizinische Information geprüft und als verwendbar anerkannt. Der Geschäftsführer des Vereins für Zahnhygiene leitet die Sitzungen dieses Arbeitskreises als primus inter pares. Die primäre Aufgabe des Ausschusses ist es, darauf zu achten, daß die empfohlenen Materialien einem einheitlichen, wissenschaftlichen Prophylaxekonzept genügen. Ein wesentlicher Grundgedanke dieses Konzeptes ist es, daß alle Materialien über Schlüsselpersonen (Eltern, Kindergärtnerinnen, Kinderärzte, Lehrer, Ausbilder der Bundeswehr etc.) an die jeweiligen Adressaten herangetragen werden.

Medienangebote

**VEREIN FÜR
ZAHNHYGIENE
e.V.**

Speziell an Fachleute wendet sich die vom Verein herausgegebene Zeitschrift „ORALPROPHYLAXE“. Diese Fachzeitschrift enthält sowohl wissenschaftliche Beiträge als auch Übersichtsartikel und Berichte über Kongresse und die Praxis der Jugendzahnspflege. Sie erscheint 1994 im 16. Jahrgang.

Der Verein für Zahnhygiene kann als wichtigste Quelle werbeneutraler, relativ preisgünstiger Arbeitsmaterialien bezeichnet werden.

Medienangebote

**Service-
leistungen**

Der Verein für Zahnhygiene organisiert den Verleih eines „Kariestunnels“. Es handelt sich um einen lichtdicht abgeschlossenen schlauchförmigen Raum mit Comic-Bildern und informierenden Sprechblasen an den Wänden. Im Mittelpunkt des Tunnels sind 2 Spiegel angebracht, in denen jeder selbst überprüfen kann, ob er saubere Zähne hat, da unter Einwirkung von Schwarzlicht Zahnbeläge gelb leuchten.

Der „Kariestunnel“ wurde für den Verleih an zahnärztliche Organisationen, an Krankenkassen, Behörden, Verbrauchervereinigungen u.ä. zum Einsatz auf Messen und Veranstaltungen mit großem Publikumsandrang geschaffen. Er soll die Notwen-

digkeit effektiver Mundhygiene verdeutlichen und durch Sichtbarmachen der Zahnbeläge am eigenen Gebiß die Motivation dazu wecken. (Der Tunnel sollte möglichst in Verbindung mit einem Zahnputzbrunnen zum Einsatz kommen.)

Die Kosten für Transport, Versicherung und Aufstellung trägt der Entleiher. Leihgebühren werden nicht erhoben. Allerdings sind die anfallenden Kosten u.U. sehr hoch (je nach Entfernung von Frankfurt), so daß der Einsatz des „Kariestunnels“ nur bei Großveranstaltungen und entsprechender Mitwirkung potenter Sponsoren in Frage kommen dürfte.

Empfehlungen

Der Katalog „Aufklärungs-, Lehr- und Lernmaterial“ sollte angefordert werden.

Plakate:

- Plakat „Zähneputzen macht Spaß“
- Plakat „Beißen macht deinen Zähnen Freude“
- Plakat „Dein Zahnarzt ist nett“

Unterrichtseinheiten:

- „Zahngesundheit im Kindergarten“
- Lernangebote (inkl. Memory-Spiel)*
- „Zahngesundheitserziehung“
- Unterrichtswerk für die 1 bis 4 Klasse der Grundschule*

- „Das Gebiß und seine Gesunderhaltung“
- Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I (5 bis 10 Schuljahr)*

Modelle:

- Demonstrationsgebiß mit Bürste*

Die Zeitschrift „ORALPROPHYLAXE“ sollte von allen interessierten Fachleuten abonniert werden *

* kostenpflichtig

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER GESUNDEN ERNÄHRUNG UND DIÄTETIK e. V.

– VFED e. V. –

Adresse Postfach 1928
52021 Aachen

Telefon 02 41/8 52 05

Telefax 02 41/8 08 86 37

Der Verein zur Förderung der gesunden Ernährung und Diätetik e. V. (VFED e. V.) wurde im Februar 1992 gegründet und ist als gemeinnützig anerkannt

Der VFED e. V. hatte im Februar 1994 bereits 260 Mitglieder. Der VFED e. V. fördert das öffentliche Gesundheitswesen im Bereich gesunde Ernährung und Diätetik und ist ein Forum für alle an gesunder Ernährung und Diätetik Interessierte.

Ordentliche Mitglieder können Diätassistenten, Ernährungswissenschaftler, Mediziner, Sozialarbeiter und Angehörige der Heilhilfsberufe werden. Außerordentliche Mitglieder können Vereine, Verbände, Interessenvertretungen und Organisationen aus dem Bereich Ernährung und Diätetik bzw. Krankenkassen und Privatpersonen werden. Fördernde Mitglieder können juristische Personen werden.

Der VFED e. V. hat einen fünfköpfigen ehrenamtlichen Vorstand. Der Vorsitzende, Sven-David Müller, Diätassistent, leitet die Geschäftsstelle. Weitere Vereinsorgane des VFED e. V. sind der wissenschaftliche Beirat (z. Zt. mit 33 Mitgliedern, überwiegend Professoren aus dem Ernährungsbereich) und Beauftragte (z. Zt. drei Beauftragte: Enterale Ernährung, Nierendiätetik, EDV). Der wissenschaftliche Beirat und Beauftragte arbeiten ehrenamtlich und unterstützen den Verein fachlich und ideell.

Der VFED e. V. finanziert sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, Erträgen und Spenden. Die Mittel werden ausschließlich zur Erzielung gemeinnütziger Zwecke verwandt. Wird der VFED e. V. aufgelöst, so fallen alle Mittel und Sachmittel an das Deutsche Rote Kreuz e. V. Der Mitgliederbeitrag im VFED e. V. ist gestaffelt. Mitgliedsgesuche müssen an den Vorstand gerichtet werden.

Durch ernährungsabhängige Erkrankungen (z. B. Diabetes, Gicht, Fettstoffwechselstörungen) werden nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung jährlich Kosten von circa 80 Mrd. Mark verursacht. Der VFED e. V. möchte dazu beitragen, daß diese Kosten geringer werden. Ziel ist, die Bevölkerung und Fachkreise von der Wichtigkeit der gesunden Ernährung und der diätetischen Therapie zu überzeugen. Insbesondere im Bereich der Mediziner muß noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, da Ernährungsmedizin oder Diätetik bisher noch nicht zum Medizinstudium gehören.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- VFED e. V. -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Satzungsgemäß betreibt der VFED e. V. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Ernährung und Diätetik für die Bevölkerung und Fachkreise; fördert die Berufe im Bereich Ernährung und Diätetik, insbesondere die Diätassistenten; unterrichtet seine Mitglieder über aktuelle Probleme und Erkenntnisse im Bereich Ernährung und Diätetik; veranstaltet Fortbildungsmaßnahmen und Seminare und fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen im Bereich Ernährung und Diätetik.

Eine enge Kooperation besteht zwischen der Deutschen Leberhilfe e. V. (Melle) und dem VFED e. V., die u. a. zu verschiedenen Broschüren und einer regelmäßigen Ernährungsseite in der Verbandszeitschrift der Leberhilfe (Lebenszeichen) führte. Der VFED e. V.

strebt eine enge Zusammenarbeit mit allen Organisationen im Ernährungsbereich an.

Der besondere Einsatz des VFED e. V. gilt der Förderung des Berufs des Diätassistenten. Der Diätassistent ist der wichtigste und kompetenteste Ansprechpartner in Sachen gesunde Ernährung und Diätetik in der Bundesrepublik. Der VFED e. V. setzt sich für eine bessere Anerkennung des Berufs, eine leistungsgerechtere Honorierung der Diät- und Ernährungsberatung und einen richtigen Einsatz der Diätassistenten ein. Der VFED e. V. setzt sich dafür ein, daß der Arbeitsplatz der Diätassistenten verstärkt weg vom Kochtopf, hin zum diätbedürftigen Patienten verlagert wird. Der VFED e. V. setzt sich dafür ein, daß nur Fachpersonal Diät- und Ernährungsberatung durchführen darf.

Medienangebote

Zur Unterrichtung seiner Mitglieder gibt der VFED e. V. ein regelmäßiges Mitgliederrundschreiben (6 8mal jährlich) heraus

Der VFED e. V. erstellt mit Kooperationspartnern Informationsmaterialien zu Ernährungs- und Diätetikthemen (z. B.: Kohlenhydrataustauschtabelle für Diabetiker, Broschüre zur Ernährung bei Dialysetherapie, Bücher zum Thema Ernährung bei Leberzirrhose und zur Ernährung bei Verstopfung). Diese Medien sind gegen eine geringe Kostenerstattung beim VFED e. V. erhältlich.

Serviceleistungen

Zur Erreichung seiner Zielsetzung veranstaltet der VFED e. V. regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen (z. B.: 1992 4 Diätetik-Dialoge und eine Jahreshauptveranstaltung mit insgesamt circa 800 Teilnehmern) für Ernährungsfachleute (Diätassistenten und Diplom-Ökotrophologen) und Mediziner.

Der VFED e. V. kann auch Referenten für Diätetik- und Ernährungsfragen zur Verfügung stellen. Honorarfragen müssen im Einzelfall geklärt werden

Empfehlungen

Interessierte sollten das Publikationsverzeichnis anfordern (gegen frankierten, adressierten Rückumschlag) und können sich in den Fortbildungsverteiler aufnehmen lassen. Zeitungen, Zeitschriften u. ä. können sich in den Presseverteiler aufnehmen lassen.

Der VFED e. V. steht den Medien bei allen Ernährungs- und Diätetikthemen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Beitrittsgesuche, Informationsanfragen müssen an die Geschäftsstelle oder den Vorstand gerichtet werden.
Adresse: Verein zur Förderung der gesunden Ernährung und Diätetik e. V. (VFED e. V.), Geschäftsstelle/Vorstand, Postfach 1928, 52021 Aachen, Telefon: 02 41/8 52 05, Telefax: 02 41/8 08 86 37.
Ansprechpartner: Sven-David Müller (Vorstandsvorsitzender).

VEREIN ZUR FÖRDERUNG VON ARBEITSINITIATIVEN UND FIRMEN- PROJEKTEN e.V.

– FAF –

Adresse Hedemannstraße 14
10969 Berlin

Telefon 0 30/2 51 10 66

Der Verein zur Förderung von Arbeitsinitiativen und Firmenprojekten (FAF) wurde 1985 als gemeinnütziger Verein gegründet. An der Gründung waren Vertreter der Aktion Psychisch Kranke, des Dachverbandes psychosozialer Hilfsvereinigungen, der Deutschen Bewährungshilfe und der Arbeitskreis „Firmen“ in der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie beteiligt.

Der FAF finanziert sich aus Mitteln der Stiftung der Firma Freudenberg, aus Beratungshonoraren und Kostenerstattungen

Das Anliegen der FAF ergibt sich aus der Notwendigkeit, für psychisch Kranke Arbeitsmöglichkeiten zu finden, da bei ohnehin angespannter Arbeitsmarktlage für diese Gruppe natürlich besonders schwer Arbeitsplätze außerhalb von Behindertenwerkstätten zu finden sind. Für die Wiedereingliederung von psychisch Kranken ist ein Arbeitsplatz oft von entscheidender Bedeutung. Oft gehen erneute Klinikaufenthalte auf eine fehlende adäquate Beschäftigungsmöglichkeit des Betroffenen zurück.

Die Bedeutung eines Arbeitsplatzes, der einen Platz im sozialen Leben vermittelt, der den psychisch Labilen in einen festen sozialen Rahmen stellt, und ihm über Nützlichkeit und Verdienstmöglichkeit im Rahmen seiner Möglichkeiten Selbstwertgefühl verschafft, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Solche Arbeitsplätze zu schaffen, muß als notwendiger Bestandteil einer gemeindenahen Psychiatrie verstanden werden.

Der FAF hat es sich vor dem Hintergrund solcher Überlegungen zum Ziel gesetzt, Firmen und Initiativen, die psychisch Kranken Dauerarbeitsplätze bieten, zu beraten und zu begleiten bzw. entsprechende Gründungsprojekte beratend zu unterstützen.

Der Verein ist entsprechend auf folgenden Gebieten tätig:

- Konzeptionelle, organisatorische betriebswirtschaftliche und rechtliche Beratung von Initiativen, die dauerhafte Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für psychisch Behinderte schaffen wollen,
- Dokumentation des Know-how und der Erfahrung bereits vorhandener Projekte,
- Vernetzung der vorhandenen Initiativen,
- Fortbildung der Verantwortlichen.

Der FAF arbeitet international mit ähnlichen Initiativen in der Cooperation of European Firms, Employment Initiatives and Cooperatives for Psychically Disabled (CEFEC) zusammen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- FAF -

Medienangebote

Die Medien, die der FAF zugänglich macht, richten sich nahezu ausschließlich an Initiatoren und Verantwortliche von Arbeitsprojekten, also eine Fachöffentlichkeit. Allenfalls Falt- und Informationsblätter (kostenlos), die der Selbstdarstellung dienen, sind für eine weitere Öffentlichkeit geeignet

Da der Schwerpunkt der FAF in der einzelfallorientierten Beratungsarbeit liegt und dem Verein nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, werden zum größten Teil Publikationen anderer Verlage zum Thema „Firmen für psychisch Kranke und Behinderte“ vertrieben. In diesen Publikationen werden allgemeine und Sachinformationen zur Problematik von Arbeitsangeboten für psychisch Kranke gegeben, weiterhin werden existierende Projekte vorgestellt. Zu diesen Schriften ist eine Literaturliste mit Preisangaben erhältlich.

Als Publikation der FAF sei hier die Broschüre „Arbeitshilfen“ erwähnt, die sich mit Förderungsmöglichkeiten und Rechtsform von Firmenprojekten befaßt.

Als Periodikum wird der „FAF-Rundbrief“ herausgegeben, der viermal jährlich erscheint. Dieser bietet aktuelle Informationen zur Arbeit des FAF und zu den bestehenden Arbeits- und Firmenprojekten

Der FAF bietet eine Videokassette gegen Leihpfand und Erstattung der Versandkosten an. Auf der Kassette sind verschiedene Firmenprojekte dargestellt.

Serviceleistungen

Den Kernpunkt der Arbeit des FAF stellt die projektbezogene Beratung von bestehenden oder geplanten Projekten zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für psychisch Kranke dar. Mehrheitlich geht es dabei um betriebswirtschaftliche Fragen, Probleme der Rechtsform und Antragstellung auf Gewährung von Mitteln für die Gründung. Es wird ein Beratungshonorar verlangt, das an den finanziellen Möglichkeiten der rat-suchenden Initiative orientiert ist. Grundsatz dabei ist, daß eine Beratung an finanziellen Problemen nicht scheitern sollte

Referenten vor Ort können für die genannten Themen durch den FAF benannt werden, insbesondere für Informationsveranstaltungen in erster Linie für mögliche Träger von Projekten, aber auch für Verantwortliche in der Verwaltung (z. B. in Hauptfürsorgestellen,

Wirtschaftsamtern oder beim Arbeitsamt). Das Honorar ist mit dem jeweiligen Referenten zu vereinbaren

Der FAF ist auf Ersuchen entsprechender Ämter hin bereit, Anträge von Projekten auf Gewährung von Mitteln zur Gründung auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Konzeption hin zu beurteilen

Im Fortbildungsbereich bietet der FAF für verantwortliche Mitarbeiter von Projekten 2- bis 3tägige Informationsseminare wiederum vornehmlich zur wirtschaftlichen und organisatorischen Seite solcher Vorhaben an. Zur gleichen Thematik werden in Abständen einjährige Qualifizierungsmaßnahmen in fünf Kursblöcken angeboten. Alle diese Veranstaltungen sind kostenpflichtig.

Empfehlungen

Gründer und Verantwortliche von Firmenprojekten, die Dauerarbeitsplätze für psychisch Kranke bieten sollen, können sich vor allem hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Fragen vom FAF kostenpflichtig beraten lassen

Für den gleichen Personenkreis werden Fortbildungsangebote zu diesen Fragen veranstaltet (gegen Gebühren)

Der FAF beurteilt Anträge von Firmeninitiativen auf Gründungsmittel hinsichtlich der Aussichten des Projektes

Der FAF ist imstande, Referenten vor Ort zu vermitteln.

Über den FAF kann Literatur zur Frage der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten von psychisch Kranken bzw. eine entsprechende Literaturliste bezogen werden.

Als audiovisuelles Medium steht eine Videokassette über bestehende Arbeitsprojekte für psychisch Kranke zur Verfügung (gegen Leihpfand und Versandkosten)

VEREINIGUNG DEUTSCHER GEWÄSSER- SCHUTZ e.V.

– VDG –

Adresse Matthias-Grünwald-Straße 1–3
53175 Bonn

Telefon 02 28/37 50 07

Die 1951 gegründete, gemeinnützige Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e V (VDG)* verfolgt folgende Ziele:

- Stärkung des Umweltbewußtseins in der breiten Öffentlichkeit,
- Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit des Gewässerschutzes,
- Eintreten für eine Verbesserung der Abwasserreinigung,
- schonende Nutzung der Gewässer für Freizeit und Erholung,
- Mitwirkung bei der Anpassung des Wasserrechts an die Erfordernisse einer sinnvollen Umweltgestaltung,
- Einführung national und international einheitlicher Gewässerschutzbestimmungen.

Aktivitäten zur Durchsetzung dieser Ziele:

- Entwicklung, Herstellung und Versand von Informationsmaterialien zu Fragen des Gewässerschutzes (Broschüren und Faltblätter, Plakate, Schulwandbilder etc.),
- Durchführung gezielter Informationskampagnen (Versand von Unterrichtsmaterial an alle Grund-, Haupt- und weiterführende Schulen sowie berufsbildende Schulen in der Bundesrepublik),
- Beteiligung an Messen und Ausstellungen, Betreuung der Wanderausstellung „WASSER IST LEBEN“ im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Bundesländer,
- Mitwirkung bei der Wassergesetzgebung,
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

* Spektrum aller an der Reinhaltung des Wassers und dem Schutz der Gewässer interessierten Kreise, Einzelpersonen (Professoren, Studenten, Schüler), Forschungsinstitute, Wassersportverbände, Fischereivereine, Wasserbeschaffungsverbände, Abwasserverbände, Industriebetriebe, Wasserversorgungsunternehmen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

– VDC –

Medienangebote

Die Schriftenreihe der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V. umfaßt eine Vielzahl verschiedener Medien und Medienarten. Es sind dies Broschüren, Plakate, Spiele und sog. Schuleinheiten bestehend aus: Wandbild, Lehrerbegleitheft und Schülerarbeitsbogen.

Die wichtigsten Materialien der Schriftenreihe sind auf einem Informationsblatt zusammengestellt. Es enthält Kurzbeschreibungen, Angaben über Zielgruppen sowie Hinweise auf erbetene Spenden und Versandbedingungen.

Alle Materialien des Vereins befassen sich mit der Problematik „Schutz des lebensnotwendigen Elements Wasser“

Serviceleistungen

Die Vereinigung betreut die Wanderausstellung „WASSER IST LEBEN“

„Wasser Blut der Erde“, „Rettet die Gewässer“, „Zeit zum Handeln!“ Dies sind Stichworte aus der Ausstellung „WASSER IST LEBEN“. Ihr Anliegen ist, über Wert und Bedeutung des Wassers für Mensch und Umwelt zu informieren und auf die Gefährdungen des Wassers durch Eingriffe des Menschen in die Natur hinzuweisen. Darüber hinaus soll der Besucher zu umweltbewußtem Verhalten motiviert werden. Welchen persönlichen Beitrag der einzelne zum Schutz der Gewässer leisten kann, wird an zahlreichen konkreten Beispielen aufgezeigt

Die eingesetzten Ausstellungsmedien - bewegliche Modelle, Schautafeln, Fließgrafiken, Diakästen, Videos wurden nach modernen lernbiologischen Erkenntnis-

sen gestaltet. Der Besucher ist nicht nur passiver Betrachter, sondern erfährt die Aussagen zum Teil durch aktives Mitspielen. Dies soll helfen, ein tieferes Verständnis zu wecken, soll faszinieren, aktivieren, zur weiteren Diskussion und innerem Verarbeiten anregen.

Die Ausstellung ist als interessante Unterrichtsergänzung auch besonders geeignet für Lehrer und Schüler. Die dargebotenen Informationen lassen sich ohne weiteres in den Unterrichtsstoff der verschiedenen Schultypen und Altersklassen einfügen

Die Verleihbedingungen sowie technische und organisatorische Hinweise sind Informationsmaterialien zu entnehmen, die angefordert werden können.

Für weitere Auskünfte und Terminabsprachen steht die Geschäftsstelle der Vereinigung unter o. a. Telefonnummer zur Verfügung

Empfehlungen

Die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V. bietet zum Umweltschutzthema „Wasser“ eine Vielzahl von Informationsmaterialien an

Für diejenigen, die sich diesem Spezialthema in irgendeiner Form - eventuell in Zusammenarbeit mit Schulen - widmen wollen, können die auf Spendenbasis angebotenen Materialien der „Schriftenreihe der VDC“ von Interesse sein

Ein Infoblatt und das Gesamtverzeichnis der Schriftenreihe können kostenlos angefordert werden.

WEITERBILDUNGS- STUDIUM ARBEITSWISSENSCHAFT

Universität Hannover

Adresse Lange Laube 32
30159 Hannover

Telefon 05 11/7 62 48 46

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft ist ein Studienangebot, das sich an berufstätige Frauen und Männer richtet. Mit diesem, 1980 geschaffenen Studiengang hat die Universität Hannover in mehrfacher Hinsicht Neuland betreten. Es ist ein Studienangebot, das berufsbegleitend, abends und an Wochenenden (Freitagabends/Samstagvormittags) studiert werden kann. Die Voraussetzung für die Teilnahme ist nicht das Abitur, sondern eine mindestens 2jährige Berufserfahrung. Freies Belegen der einzelnen Kurse ermöglicht es den Studierenden, ihre zeitliche Beanspruchung selbst zu bestimmen und inhaltliche Schwerpunkte nach eigenen Interessen zu setzen.

Auch die inhaltliche Konzeption orientiert sich an den Bedürfnissen der beruflichen Praxis: Ausgangspunkte der Seminare sind bestimmte Problemstellungen der Arbeitswelt. Die arbeitswissenschaftlichen Fachgebiete werden danach befragt, welchen Beitrag sie jeweils zur Analyse oder Problemlösung leisten können (problembezogenes und nicht fachbezogenes Studium). Sowohl technische als auch sozialwissenschaftliche und medizinische Aspekte werden einbezogen.

Neben der Vermittlung von Wissen spielen in den Seminaren die Berufserfahrungen der Studierenden eine wesentliche Rolle. Bewährt haben sich wechselnde Lehr- und Lernformen, in denen die Studierenden und die Dozenten/innen ihre Erkenntnisse und Erfahrungen austauschen und so gemeinsam Thesen erarbeiten und Problemlösungen entwickeln.

Aktuelle Arbeitsbereiche im WA sind:

- Neue Technologien und Arbeit
- Planung und Gestaltung von Produktionssystemen
- Arbeit und Zeit
- Arbeit und Beratung
- Betriebliche Personal- und Sozialpolitik, Personalentwicklung
- Gleichstellungsarbeit und Frauenförderung
- Mitbestimmung und rechtliche Gestaltung der Arbeit
- Gesellschaftliche und individuelle Bedeutung der Arbeit
- Betriebliche Suchtprävention
- Betrieblicher Umweltschutz
- Arbeit und Gesundheit
- Arbeitsfeld Gesundheitswesen

Besonders und beispielhaft hingewiesen werden soll auf den Arbeitsbereich „Arbeit und Gesundheit“:

**WEITER-
BILDUNGS-
STUDIUM
ARBEITS-
WISSENSCHAFT**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Infolge der technischen und sozialen Entwicklung unterliegt der Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit einem ständigen Wandel. Neben den nach wie vor existierenden „klassischen“ Gefahren industrieller Arbeit (wie Lärm, Schmutz, schwere körperliche Arbeit) spielt die Verwendung chemischer Stoffe eine wachsende Rolle. Die gesundheitsschädigende und ökologische Wirkung eines Stoffes ist oft schwer einzuschätzen.

Die hiermit verbundenen Probleme einschließlich der zunehmenden Zahl von Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen sowie neue Meß- und Kontrollverfahren müssen beherrscht werden. Daraus ergeben sich steigende Anforderungen an alle, die im Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz tätig sind

Mit der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien in nahezu allen Bereichen der Produktion, Verwaltung und Dienstleistungen gewinnen neue Formen psychischer Gesundheitsgefahren an Gewicht. Arbeiten mit geringer oder einseitiger körperlicher, aber hoher psychischer Belastung, bei der z. B. Zeitdruck mit hoher Verantwortung für Menschen oder Anlagen kombiniert auftritt. Dieser Gefährdungsbereich ist bisher erst ungenügend erforscht. Es wird aber in Zukunft erforderlich sein, auch hier Strategien und Konzepte des Gesundheitsschutzes zu entwickeln

Diese generellen Entwicklungstendenzen bestimmen jedoch noch nicht unmittelbar das gesundheitliche Risiko. Auf betrieblicher Ebene ist entscheidend, wie mit potentiellen Gefahren umgegangen wird. Wichtige Faktoren sind hier:

Die Qualität des betrieblichen Arbeitsschutzes;
Grundsätze der Arbeitsgestaltung und -organisation;
Möglichkeiten, riskante Arbeitsbedingungen oder Verhaltensweisen zur Sprache zu bringen und zu verändern;
betriebliche Führungsstile und Personalpolitik;
individuelle Umgangsformen mit Gesundheitsgefahren und Stresssituationen.

Die Zielsetzung in diesem Arbeitsschwerpunkt ist es, eine integrative Sichtweise des Zusammenhangs von Arbeit, Gesundheit und Umwelt zu fördern und Ansätze für eine präventiv orientierte Gesundheitsschutzstrategie zu entwickeln. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Integration des Fachwissens der Experten mit dem Erfahrungswissen der Betroffenen.

Dieser Teil des Studienangebotes richtet sich sowohl an alle, die sich für Arbeits- und Gesundheitsschutzfragen interessieren, als auch an Experten und Expertinnen des betrieblichen und überbetrieblichen Arbeitsschutzes wie an diejenigen Fachkräfte, die Arbeitsbedingungen und betriebliche Sozialbeziehungen maßgeblich gestalten.

Medienangebote

Eigene Publikationen ergeben sich aus den einzelnen Kursen (Projekt- und Vertiefungskursen). Diese Ergebnisse ausgewählter Projektkurse werden in einer Reihe („Projekt“) veröffentlicht: etwa Broschüren über „Aufklärungsaktion zum Problem Alkohol“, „Sicherheitsbeauftragte im Betrieb“ oder über „Gefahrstoffe im Büro“. Dadurch soll ein Transfer arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse in die betriebliche Praxis geleitet werden. Die Publikationen sind über den Weiterbildungsstu-

diengang in Hannover für einen geringen Betrag erhältlich.

Ansonsten ist lediglich auf das halbjährlich erscheinende Kursprogramm hinzuweisen, das ebenfalls über den Studiengang zu erhalten ist und in dem die einzelnen Lehrangebote mit kurzer Erläuterung aufgeführt sind.

Empfehlungen

Das Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaften der Universität Hannover ist ein beispielhaftes, auf die berufliche und betriebliche Praxis ausgerichtetes Bildungsangebot, dessen Materialien und Erfahrungen für alle pädagogischen Anstrengungen im Bereich „Arbeit und Gesundheit“ sehr zu empfehlen sind

WISSENSCHAFTLICHES INSTITUT DER ÄRZTE DEUTSCHLANDS e. V.

– WIAD –

Adresse Godesberger Allee 54
53175 Bonn

Telefon 02 28/81 04-0

Telefax 02 28/81 04-155

Die Schwerpunkte der Forschungstätigkeit des Wissenschaftlichen Instituts der Ärzte Deutschlands (WIAD) e. V., das 1978 gegründet wurde, konzentrieren sich auf die Bekämpfung der Volkskrankheiten in den Bereichen Herz-Kreislauf, bösartige Neubildungen und Rheuma. Ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld beschäftigt sich mit der HIV-Infektion. Zunehmend ist das Institut auch im internationalen Kontext aktiv.

WIAD beschäftigt 30 Mitarbeiter, darunter 15 Wissenschaftler aus für die Gesundheitsforschung relevanten Disziplinen, so der Medizin, Ökonomie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Sozialarbeit und Statistik. Seit Ende des Jahres 1992 unterhält WIAD eine Geschäftsstelle in Stuttgart (Möhringer Landstraße 36, 70563 Stuttgart).

Das WIAD finanziert sich weit überwiegend aus drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten.

In den Jahren 1993 und 1994 führte bzw. führt das WIAD zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten des Gesundheitssektors Projekte und Forschungsprogramme durch. Hier sind zu nennen:

- Begleitforschung der Modellmaßnahme „Teilstationäre Versorgung krebserkrankter Kinder“ (gemeinsam mit PROGNOSE, Köln),
- Begleitforschung der Einrichtung von Rheumazentren im Rahmen des Modellprogramms zur besseren Versorgung von chronisch Kranken,
- Ärztliches Modell für HIV-Infizierte in den Regionen Frankfurt und Köln/Bonn/Aachen, Sport und HIV-Infektion,
- Durchführung von Sportprogrammen für HIV-Infizierte und Aidskranke in der EU,
- HIV-Prävention für Migranten Integration der HIV-Prävention in die Ausländersozialarbeit,
- HIV-Prävention durch Zahnärzte Entwicklung und Erprobung eines Fortbildungskonzeptes, Einrichtung eines überbetrieblichen arbeitsmedizinischen Zentrums „Arbeit und Gesundheit“ im Rahmen der Förderung von Modellvorhaben zur Bekämpfung arbeitsbedingter Krankheiten,
- Begleitforschung des Modellvorhabens „Fachübergreifende Rehabilitation im Akutkrankenhaus“ am Klinikum Ingolstadt (gemeinsam mit PROGNOSE, Köln),
- Koordinations- und Geschäftsstelle des Forschungsverbundes der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP),
- Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsprogrammen für niedergelassene Ärzte im Bereich Aids in Baden-Württemberg,
- Durchführung eines Gesundheitsförderungsprogramms für Auszubildende im Betrieb

Aufgaben und Ziele der Institution

- WIAD -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Weitere Aktivitäten und Tätigkeitsfelder sind

- die Erstellung von Expertisen zu gesundheitspolitischen Problemstellungen,
- die Mitwirkung bei Gesundheitssurveys,
- die Durchführung von Kongressen in den Bereichen „Krebsnachsorge“ sowie „Umwelt und Gesundheit“.

Das WIAD ist im Rahmen seines internationalen Engagements auf dem Gesundheitssektor insbesondere auch mit der Erforschung des zunehmend in den Vordergrund rückenden Problemfeldes „Migration und Gesundheit“ befaßt. In diesem Kontext wurde das WIAD im April 1993 zum offiziellen Kollaborationszentrum der World Health Organization (WHO) für „Migration and Mental Health“ ernannt.

Medienangebote

Das WIAD-Medienangebot umfaßt

- Periodikum (WIAD-Quarterly), das vierteljährlich über die Institutsarbeit und die Entwicklung in verwandten Themenbereichen informiert (kostenlos),
- eine Schriftenreihe des Instituts, in der Forschungsberichte und Handlungsleitfäden aus verschiedenen Problembereichen des Gesundheitssektors veröffentlicht werden (kostenpflichtig),
- Newsletter zu den Themenbereichen „Migration und Gesundheit“ und „Rheuma“ (kostenlos),
- Dokumentationen der Kongresse „Krebsnachsorge“ und „Umwelt und Gesundheit“ (kostenpflichtig).

Außerdem bietet WIAD Materialien an zum Transfer der Ergebnisse der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP), in der in den Jahren 1984–91 gemeindeorientierte Präventionsmaßnahmen entwickelt wurden:

- Kostenlos erhältlich ist ein regelmäßig aktualisiertes, umfangreiches Veröffentlichungsverzeichnis mit den aus der Studie hervorgegangenen Publikationen (ca. 400 Beiträge mit dem Stand April 1994).
- Von 1986 bis 1989 unterhielt die Studie mit dem „DHP-Forum“ ein eigenes Periodikum (soweit nicht vergriffen: kostenlos), das über den Stand der Arbeiten in der Studie informierte. Dieses Periodikum wurde durch eine Vielzahl von Einzelveröffentlichungen abgelöst, die teilweise als Reader im Asgard Verlag („Erfolge gemeindebezogener

Prävention“; „Gesund leben in der Gemeinde“ (kostenpflichtig), teilweise als Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften erschienen sind (Informationen hierzu beim WIAD)

- Für die kardiovaskulären Risikofaktoren, die im Rahmen der DHP interveniert wurden, wurde eine Fülle von Medien entwickelt, die von Einzelbroschüren über Faltblätter bis zu Aufklebern und sonstigen Kleinmedien reichen. Diese Materialien können (soweit noch vorrätig) über WIAD bzw. die beteiligten Studieninstitute (Adressen bei WIAD) bezogen werden.
- Die DHP war von ihrem Design her darauf ausgerichtet, während der Projektlaufzeit bewährte Programmelemente für einen Transfer in andere Regionen vorzusehen. WIAD als Koordinationssekretariat der DHP hat daher eine Liste von für Transfermaßnahmen geeigneten Maßnahmen und Medien erarbeitet. Diese kann über das Koordinationssekretariat kostenlos bezogen werden. Für eine ausführliche Beratung bezüglich einzelner Bausteine dieser Transferangebote stehen die beteiligten Institute insgesamt zur Verfügung. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang eine Studie des Wissenschaftlichen Instituts der Ärzte Deutschlands (WIAD) e. V. mit dem Thema „Präventionsgeschäftsstellen“, die im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) erstellt wurde (und dort beim Lehrgangsreferat erhältlich ist), die ihrerseits als Sekretariat für den Beirat der Studie fungierte.

Serviceleistungen

- Beratungsleistungen in den Bereichen Gesundheitsförderung und Gesundheitspolitik (kostenlos);
- bei Fragen zu Ergebnissen der DHP: Beratung bzw. Weitervermittlung an die beteiligten Studieninstitute, die beispielsweise eine Fülle von Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren (Ärzte, Apotheker, andere Berufe des Gesundheitswesens, Lehrer, interessierte Laien) durchgeführt haben. Derartige Fortbildungsangebote können auch weiterhin über die DHP-Institute gegen Entgelt in Anspruch genommen werden.

WISSENSCHAFTLICHES INSTITUT DER AOK

– WIdO –

Adresse Kortrijker Straße 1
53177 Bonn

Telefon 02 28/84 33 92

Das Wissenschaftliche Institut der AOK wurde im Jahre 1976 gegründet und wird getragen vom AOK-Bundesverband (Körperschaft des öffentlichen Rechts). Das Institut besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit, es bildet jedoch eine selbständige organisatorische Einheit. Das wichtigste Gremium des Instituts ist der Institutsvorstand. Er wird vom Vorstand des AOK-Bundesverbandes gebildet und besteht aus 10 Mitgliedern. Daneben werden Angelegenheiten des Instituts vom Mitarbeiterkollegium in regelmäßig stattfindenden Besprechungen gemeinsam behandelt. Im WIdO sind insgesamt ca. 30 Mitarbeiter beschäftigt. Die laufenden Geschäfte des Instituts werden vom Institutsleiter (Dr. Dieter Paffrath) geführt.

Das Institut wird aus Mitteln des AOK-Bundesverbandes finanziert. Die Leistungen des Instituts werden jedoch auch von anderen Stellen, insbesondere von anderen Krankenkassen in Anspruch genommen und nach Art und Weise der Mitbenutzung entsprechend mitfinanziert.

Es ist die Aufgabe des Wissenschaftlichen Instituts, Forschung und Lehre auf dem Gebiet der gesetzlichen Krankenversicherung zu betreiben und die AOKs und ihre Verbände in ihrem Wirken für den einzelnen und die Gesellschaft zu unterstützen. Die Arbeit soll gleichermaßen den Versicherten und ihren Arbeitgebern zugute kommen.

Das WIdO selbst betreibt keine Aufklärung für weite Bevölkerungskreise, es leistet aber wissenschaftliche Vorarbeit für die Medienentwicklung des AOK-Bundesverbandes (AOK-BV). Darüber hinaus erarbeitet das WIdO Entscheidungsgrundlagen für den AOK-Bundesverband und stellt gesundheitsökonomisch und gesundheitspolitisch relevante Daten für politische Gremien und für die Forschung im Hochschulbereich zur Verfügung.

Schwerpunkte der gesundheitsökonomischen Forschung bilden empirische Projekte aus den Leistungsbereichen Arzneimittel, Krankenhaus und niedergelassene Ärzte. Ein weiteres wichtiges Arbeitsgebiet bildet der Bereich der betrieblichen Prävention.

Aufgaben und Ziele der Institution

- WIdO -

Medienangebote

Die Publikationen des WIdO sind in einem WIdO-Veröffentlichungsverzeichnis zusammengefaßt. Die Veröffentlichungen bearbeiten im wesentlichen folgende Themenschwerpunkte:

Gesundheitsökonomie und Systemfragen des Gesundheitswesens
Epidemiologie, Krankheitsursachen und Behandlungsformen
Prävention und Früherkennung
Ambulante medizinische Versorgung
Stationäre Versorgung
GKV-Arzneimittelindex.

Das Veröffentlichungsverzeichnis wird periodisch aktualisiert. Neuerscheinungen werden darüber hinaus einem interessierten Kreis vorab angekündigt. Interessierte können in diesen Verteiler aufgenommen werden.

Die Medienangebote des Wissenschaftlichen Instituts umfassen in der Regel Broschüren, Bücher und ähnliche Printprodukte. Gegebenenfalls bestehen die Leistungen des Instituts auch aus Software oder anderen Informationen auf Datenträger. Die WIdO-

Materialien wenden sich primär an Schlüsselpersonen aus dem Bereich der Vertragspartner im Gesundheitswesen (Kassen, Ärzte, Krankenhäuser, Apotheker etc.), an politische Entscheidungsträger sowie an Forschungsinstitutionen. Die Publikationen können jedoch auch von interessierten Laien angefordert werden. Sie liefern Hintergrundinformationen und Entscheidungshilfen und können Verwendung finden:

in Beratungssituationen,
als Basisinformation für die Fortbildung von Schlüsselpersonen,
als Entscheidungsgrundlage in gesundheitspolitischen Zusammenhängen.

Die Materialien können einzeln oder in geringen Stückzahlen angefordert werden. Für einen Teil der Materialien ist eine Schutzgebühr zu entrichten, andere sind kostenfrei beziehbar. Im einzelnen gibt darüber das Veröffentlichungsverzeichnis Auskunft. Das WIdO bietet spezielle Serviceleistungen für das AOK-System an. Darüber hinaus können in Einzelfällen die jeweiligen Mitarbeiter des WIdO als Referenten gewonnen werden. Die dabei anfallenden Unkosten sind hier zu erstatten

Empfehlungen

Interessierte können sich in den Verteiler des Wissenschaftlichen Instituts aufnehmen lassen.

WISSENSCHAFTS- ZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG

– WZB –

Adresse Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Telefon 0 30/25 49 10

Telefax 0 30/25 49 16 84

Unter dem Leitthema „Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner demokratischer Gesellschaften“ wird am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung in ausgewählten Problemfeldern durchgeführt. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden an Wissenschaft und Praxis vermittelt.

Das WZB ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschafter und Zuwendungsgeber sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlungen, das Kuratorium, die Geschäftsführung und der Wissenschaftliche Rat. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer und über die Bewirtschaftungsgrundsätze. Das Kuratorium entscheidet über die Grundzüge der Forschungspolitik der Gesellschaft und wirkt in allen wesentlichen forschungspolitischen und finanziellen Angelegenheiten der Gesellschaft mit.

Das WZB hat zwei Geschäftsführer: den wissenschaftlichen Geschäftsführer, der die Amtsbezeichnung Präsident führt, und den administrativen Geschäftsführer. Der Wissenschaftliche Rat berät die Gesellschaft in wissenschaftlichen Angelegenheiten und spricht Empfehlungen aus.

Das WZB hat 156 Planstellen, davon 97 für Wissenschaftler/innen; hinzu kommen Mitarbeiter/innen in Drittmittelvorhaben und Gastwissenschaftler/innen, Doktoranden und Aushilfskräfte. Wissenschaftler/innen verschiedener Disziplinen arbeiten am WZB zusammen und führen ihre Forschungen meist im Rahmen internationaler Vergleiche durch. Die Projektteams sind in der Regel international zusammengesetzt.

Vielfältige Zusammenarbeit besteht mit vergleichbaren Institutionen und Hochschulen im In- und Ausland, insbesondere mit den Berliner Universitäten.

Aufgaben und Ziele der Institution

<p>- WZB -</p> <p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>	<p>Die Forschungseinheiten des WZB gliedern sich wie folgt:</p> <p>Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung</p> <p>Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“ Abteilung „Organisation und Beschäftigung“ Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“</p> <p>Forschungsschwerpunkt Technik Arbeit Umwelt</p> <p>Abteilung „Organisation und Technikgenese“ Abteilung „Regulierung von Arbeit“ Abteilung „Normbildung und Umwelt“</p>	<p>Forschungsgruppe „Große technische Systeme“ Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen“</p> <p>Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse</p> <p>Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegung“ Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“</p> <p>Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung</p> <p>Forschungsgruppe „Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik“ Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“ Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung“</p>
<p>Medienangebote</p>	<p>Der regelmäßigen Information von Wissenschaft, Praxis, Medien und Öffentlichkeit über die Forschungstätigkeit des WZB dienen insbesondere:</p> <p>Bücher und Zeitschriftenaufsätze, die im In- und Ausland erscheinen; Buchreihen, die unter der Herausgeberschaft des WZB bei der edition sigma, Berlin, sowie bei der Gower Publishing Company Ltd., Aldershot/England, veröffentlicht werden; Forschungsberichte und Publikationsreihen der Forschungsschwerpunkte und Forschungsgruppen;</p>	<p>Jahresberichte (alle zwei Jahre), die Informationsdienste „WZB-Mitteilungen“ (viermal jährlich) und „WZB-Forschung“ (dreimal); Pressemitteilungen und Pressekonferenzen</p> <p>Ein Teil der Papiere ist kostenpflichtig, Kosten werden auf Anfrage mitgeteilt</p> <p>Angesprochen wird die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit mit einigen Ausnahmen, die „Mitteilungen“ sind populär gehalten.</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Serviceleistungen bietet die Institution WZB nicht an. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter sind aber bereit, Vorträge und Referate zu Themen zu halten, an denen sie arbeiten. Daneben sind sie in verschiedenen Gremien als Berater tätig; beispielsweise Betriebsrats-Schulungen. Verfügbar ist eine Dia-Serie nach schwedischem Vorbild über Gesundheitsverhalten am Arbeitsplatz. Die Auseinandersetzung mit der Praxis dient dazu, die Probleme aufzufinden und wieder in die Forschung zurückzuvermitteln; daher besitzt das WZB ein großes Interesse an der Praxis.</p>	<p>Ansprechpartner für die Medienangebote ist die Presse- und Informationsstelle des WZB; bei Referenzen sollte der einzelne Wissenschaftler sofern er bekannt ist angesprochen werden</p> <p>Das WZB ist erreichbar über Telefax: 0 30/25 49 16 84, Teletex: 308 897 wzb d.</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Als eine der größten Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik ist das Wissenschaftszentrum Berlin auch einer der wichtigsten Ansprechpartner für Forschungen zu Entwicklungen der Gesundheitsgefährdungen sowie zu politischen Strukturen des Gesundheitswesens und des Systems der sozialen Sicherung.</p>	<p>Besonders zu empfehlen sind die wissenschaftlichen Buchpublikationen, die immer auch den internationalen Forschungsstand berücksichtigen. Das WZB bietet über die „WZB-Mitteilungen“, die Publikationslisten, Abstracts usw. einen ausgezeichneten Zugriff auf die schriftlich geführte wissenschaftliche Diskussion.</p>

ZENTRALBIBLIOTHEK DER MEDIZIN

– ZBMed –

(ab August 1994:
Deutsche Zentralbibliothek
für Medizin)

Adresse Joseph-Stelzmann-Straße 9
50931 Köln
Postanschrift:
50924 Köln

Telefon 02 21/4 78 56 00 (Direktion)
02 21/4 78 56 85 (Fachauskunft)

Telefax 02 21/4 78 56 97

Die Zentralbibliothek der Medizin ist die zentrale medizinische Fachbibliothek für die Bundesrepublik Deutschland. Gegründet im Jahre 1969, jedoch in ihren Vorgängereinrichtungen bis 1908, mit ihren Buchbeständen bis ins 15. Jahrhundert zurückreichend, zählt sie heute nach Sammlungen und Benutzung zu den größten medizinischen Bibliotheken der Welt.

Die Zentralbibliothek der Medizin ist Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, sie wird jedoch als Institution mit bundesweiten Aufgaben von Bund und Ländern gemeinsam finanziert.

Aufgabe der Bibliothek ist die Beschaffung, Erschließung und Bereitstellung von Fachliteratur zum Gesundheitswesen und zur Humanmedizin mit ihren Grundlagenwissenschaften und Randgebieten sowie zur naturwissenschaftlichen Anthropologie. Dies schließt z. B. Literatur zum Krankenhaus- und Gesundheitswesen, zur medizinischen Psychologie und Soziologie, zur Pharmakologie und Pharmazie, zur Biochemie und zur Zell- und Molekularbiologie und zu medizinischen Aspekten des Umweltschutzes ein.

Beschafft wird Literatur aus allen Ländern der Welt und in allen Sprachen. Dies gilt insbesondere für die in der Medizin besonders wichtigen Zeitschriften, aber auch für die Literatur zum Gesundheitswesen. Nicht nur Bücher und sonstige Informationsmittel aus Verlagsprogrammen werden erworben, sondern auch Behörden-, Verbands- und Firmenschriften sowie Kongreßberichte und Reports.

Der Bestand an Büchern und sonstigen Informationsträgern beläuft sich auf fast eine Million; die Bibliothek verfügt über etwa 16 000 Zeitschriftentitel, von denen fast 8 000 zur Zeit laufend bezogen werden. Sämtliche Literatur wird nach formalen und inhaltlichen Gesichtspunkten erschlossen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- ZBMed -

Serviceleistungen

Die Kataloge sind über zahlreiche deutsche und andere Bibliotheken online abfragbar; als Datenbank MEDIKAT beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information stehen sie weltweit zur Auskunfts bereit. Sie werden auch als Mikrofiches ausgedruckt und können – auch im Abonnement – bezogen werden

Die Zeitschriftenbestände sind in der Zeitschriften-datenbank Berlin vollständig verzeichnet und abrufbar. Das Zeitschriftenverzeichnis nach vereinfachten Regeln wird laufend auf Diskette veröffentlicht und außerdem als Mikrofiches und im Druck herausgegeben. Es kann – ggf. im Abonnement – bezogen werden. Zusätzlich steht für Katalog- und sonstige Auskünfte die Fachauskunft zur Verfügung. Sie informiert aufgrund zahlreicher Datenbanken und der umfangreichen bibliographischen und sonstigen Bestände gezielt auf Fachfragen. Darüber hinaus sorgt die Informationsvermittlungsstelle für den direkten Zugriff auf medizinische Literatur-Datenbanken aus aller Welt

Im Lesesaal stehen Bibliographien und Nachschlagewerke sowie Datenbanken auf CD-ROM auch zur Selbstbedienung bereit

Fachliteratur kann auf verschiedene Weise für die Benutzung bereitgestellt werden:

Die Zeitschriftenbände sind bis auf einige ältere Jahrgänge in den Magazinen frei benutzbar; aus ihnen kann im Rahmen des Urheberrechts in Selbstbedienung kopiert werden; Kopien werden gegen Gebühr auch zur Abholung angefertigt. Bücher werden im Lesesaal zur Einsicht bereitgestellt und können von örtlichen Benutzern nach Anmeldung auch entliehen werden.

Benutzer von auswärts können Kopien und Bücher über jede dem deutschen oder internationalen Leihverkehr angeschlossene Bibliothek bestellen; die Auslieferung erfolgt über die vermittelnde Bibliothek kostenfrei oder gegen eine Schutzgebühr. Auskunft erteilen alle öffentlichen Bibliotheken.

Kopien aus Zeitschriften und Büchern werden gegen Gebühr auch direkt für jeden Besteller angefertigt und versandt; Bücher werden auch direkt an Bibliotheken, die nicht dem Leihverkehr angeschlossene sind, verschickt, wie z. B. an Instituts-, Krankenhaus- und Firmenbibliotheken. Bestellungen können per Post übersandt werden, aber auch per Telefax oder online über verschiedene Datenbankanbieter wie DATASTAR, DBI, DIMDI oder STN. Eilbestellungen sowie Dokumentenlieferung über Telefax sind möglich.

Zu Direktleihverkehr bzw. -versand kann ein Merkblatt mit der Gebührenübersicht angefordert werden.

Empfehlungen

Der Leihverkehr der Bibliotheken wird vor allem für Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen in Anspruch genommen. Kunden des Direktversandes sind in großem Ausmaß die pharmazeutische und sonstige Industrie, Krankenhäuser und Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens, niedergelassene Ärzte usw. Für diesen Kundenkreis werden regelmäßig Benutzerseminare zur rationellen Literatursuche und -beschaffung veranstaltet; Einführung in die Bibliotheksbenutzung vor Ort findet häufig je nach Nachfrage statt.

ZENTRALINSTITUT FÜR DIE KASSENÄRZTLICHE VERSORGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

— ZI —

Adresse Herbert-Lewin-Straße 5
50931 Köln

Telefon 02 21/40 05-0

Telefax 02 21/40 80 55

Die Stiftung ZENTRALINSTITUT wurde im Jahre 1973 als Stiftung des privaten Rechts von den 18 Kassenärztlichen Vereinigungen der alten Bundesländer gegründet. Aufgabe der Stiftung ist es, mit allen wissenschaftlichen, empirischen, technischen und sonst zugänglichen Methoden Forschung sowie Aus-, Weiter- und Fortbildung auf dem Gebiet der ärztlichen Versorgung zu betreiben oder von Dritten betreiben zu lassen.

Die Stiftung erfüllt damit eine Gemeinschaftsaufgabe der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Kassenärztlichen Vereinigungen der Bundesländer, um deren gesetzlichen Auftrag zur Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Die der Stiftung jährlich zur Verfügung stehenden Fördermittel stammen aus Vermögenserträgen sowie aus fortlaufenden Zuwendungen der Träger der Stiftung

Die Förderungstätigkeit der Stiftung dient insbesondere dem Ziel, bestehende Lücken in der wissenschaftlichen Forschung, der technischen Entwicklung sowie der organisatorischen Beratung auf dem Sektor der ambulanten Medizin und der kassenärztlichen Tätigkeit schließen zu helfen. Die Stiftung versucht damit in gleicher Weise den Kassenärzten, ihren Patienten wie den Kassenärztlichen Vereinigungen Hilfestellung zu bieten. Sie bevorzugt daher die Förderung von Forschungsvorhaben, die in ihrer Zielsetzung und in ihren voraussichtlichen Ergebnissen einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des ambulanten Gesundheitswesens leisten können.

Das ZENTRALINSTITUT arbeitet in einer Vielzahl von Gremien beratend mit, so in den verschiedenen Arbeitsausschüssen des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen, z. B. zur „Mutterschaftsvorsorge“, „Krebsfrüherkennung“, „Krankheitsfrüherkennung im Kindesalter“, „Qualitätssicherung“ und „Neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden“. Die Kooperation ist auch gefragt in den Ausschüssen des Gesamtprogramms zur Krebsbekämpfung der Bundesregierung, im Nationalen AIDS-Beirat und in Ausschüssen der Europäischen Union. Zu aktuellen Themen werden Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen organisiert.

Aufgaben und Ziele der Institution

- ZI -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Arbeitsschwerpunkte liegen z. Zt. in folgenden Bereichen:

Medizin:

- Krankheitsfrüherkennung im Säuglings- und Kleinkindalter/Verbesserung der Kooperation von Klinik und Praxis in der Pädiatrie,
- ärztliche Gesundheitsuntersuchung gemäß § 25 SGB V,
- Krebsfrüherkennungsuntersuchungen nach § 25 SGB V,
- Therapie- und Schulungsprogramme für Diabetiker und für Hypertoniker,
- Kooperation von Ärzten und Selbsthilfegruppen,
- medizinische Orientierungsdaten und prioritäre Gesundheitsziele.

Ökonomie:

- verursachungsgerechte Kostenkalkulation von Honoraren im Einheitlichen Bewertungsmaßstab,
- Kostenstrukturanalysen,
- Abrechnungs-Informationssystem,
- ambulantes Operieren,
- Fallzahlenanalyse,
- Investitions- und Kostenberatungsmodell.

Informatik:

- Arzneimittel-Informationssystem,
- Datenträgeraustausch zwischen Arzt und KV,
- Einführung von Patientendatenkarten,
- verbesserte Kommunikation in der Diabetes-Versorgung durch Einsatz der Chipkartentechnologie (EU-Projekt),
- Informationstechnologie für die Qualitätssicherung bei Vorsorgeprogrammen (EU-Projekt).

Medienangebote

Die Ergebnisse der Arbeiten des Zentralinstituts werden in einer eigenen Schriftenreihe veröffentlicht, die über den Buchhandel oder über das Zentralinstitut zu beziehen ist (kostenpflichtig; für niedergelassene Ärzte/Ärztinnen zum Teil kostenlos).

Das vollständige Veröffentlichungsverzeichnis findet sich jeweils im Tätigkeitsbericht, der alle zwei Jahre herausgegeben wird.

Serviceleistungen

Aufnahme in den Verteiler für den ZI-Tätigkeitsbericht.

Empfehlungen

- Interessierte sollten sich in den Verteiler für den ZI-Tätigkeitsbericht aufnehmen lassen;
- das Gesamtverzeichnis der Schriftenreihe kann kostenlos angefordert werden;
- für gezielte Informationen über das breite Arbeitsspektrum steht das Zentralinstitut gerne zur Verfügung.

ZENTRALINSTITUT FÜR SEELISCHE GESUNDHEIT

– ZI –

Landesstiftung des
öffentlichen Rechts

Adresse	J 5 68159 Mannheim Postfach 12 2120 68072 Mannheim
Ansprechpartner	Direktion
Telefon	06 21/1 70 31/1 70 37 42
Telefax	06 21/2 34 29

Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI) wurde nach einer Vorlaufphase von etwa 10 Jahren 1975 als Landesstiftung des öffentlichen Rechts gegründet. Vorläufereinrichtung war die Sozialpsychiatrische Klinik der Universität Heidelberg, die 1965 eingerichtet wurde.

Der Aufbau des ZI fand aufgrund einer Empfehlung des Wissenschaftsrats der Bundesrepublik statt, der das Institut als „Forschungseinrichtung von gesamtstaatlichem Interesse“ einstuft, und wurde durch die Stiftung Volkswagenwerk, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Baden-Württemberg finanziert. Die laufenden Kosten für die Forschung des Zentralinstituts werden durch das Land Baden-Württemberg getragen.

Die satzungsgemäßen Aufgaben des Zentralinstituts umfassen:

- Forschung u. a. auf den Gebieten der Psychiatrie, der Psychosomatik, der Psychotherapie und der psychiatrischen Epidemiologie;
- Ausbildung in psychologischer Medizin für Medizinstudenten der Universität Heidelberg, Weiterbildungsangebote für Ärzte, Psychologen, Pflegekräfte und Sozialberufe;
- Behandlung, Rehabilitation und Prävention seelischer Erkrankungen,
- Beratung bei der Planung von Einrichtungen der psychosozialen Versorgung.

Die wissenschaftliche und rechtliche Verantwortung für das Zentralinstitut liegt beim Direktor des Institutes, dem ein Stellvertreter und ein Verwaltungsdirektor an die Seite gestellt sind

Das Institut betreibt 3 Kliniken (psychiatrische, psychosomatische und kinder- und jugendpsychiatrische) mit zusammen 202 Betten auf seinem Gelände in der Innenstadt Mannheims. Dazu kommen noch 32 Tagesklinikplätze. Die Direktoren der Kliniken vertreten ihr Fach zugleich als Lehrstuhlinhaber an der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg. Angegliedert an die Kliniken sind die Ambulanzen, eine Tagesklinik, eine Altentagesklinik und ein psychiatrischer Notfalldienst, der die Versorgung in Krisenfällen rund um die Uhr gewährleistet.

Aufgaben und Ziele der Institution

- ZI -

Aufgaben und Ziele der Institution

Im weiteren unterhält das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit neun selbständige Abteilungen:

- Biostatistik
- Epidemiologische Psychiatrie
- Evaluative Psychiatrie
- Gemeindepsychiatrie
- Klinische Psychologie
- Neuroradiologie
- Öffentlichkeitsarbeit
- Psychiatrische Soziologie
- Psychopharmakologie

Zusätzlich besteht eine Reihe von Arbeitsgruppen und zentralen Diensten, die jeweils dem Direktor bzw. einer Klinik oder einer Abteilung zugeordnet sind:

- Neurobiologie der funktionellen Psychosen
- Neuropsychologie des Kindes- und Jugendalters
- Psychogeriatric
- Schizophrenieforschung
- Wissenschaftliche Dokumentation
- Klinisch-chemisches Labor
- Klinische Rehabilitation
- Krankengymnastik
- Neurophysiologie EEG-Labor
- Pflegedienst
- Sozialarbeit
- Weiterbildung zur/zum Fachkrankenschwester/pfleger für Psychiatrie
- Wissenschaftliche Bibliothek

Das ZI verbindet in seinen Tätigkeiten Praxis, Forschung und Lehre. Es steht in einer Vielfalt von zum Teil institutionalisierten Kooperationszusammenhängen sowohl internationaler, nationaler als auch regionaler und lokaler Art.

Auf internationaler Ebene besteht u. a. eine feste Zusammenarbeit mit der WHO, die das Institut zum „WHO-Ausbildungs- und Forschungszentrum für Zusammenarbeit auf dem Gebiet der geistig-

psychischen Gesundheit“ ernannt hat, sowie die Teilnahme an Mehrländer-Forschungsprojekten. 1990 wurde das ZI zum SCAN-Zentrum für die deutschsprachigen Länder mit der Aufgabe der Betreuung und Weiterentwicklung der Forschungsinstrumente der WHO auf dem Gebiet der Psychiatrie und der Unterweisung und Beratung ernannt.

Im nationalen Rahmen arbeitet das ZI u. a. mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie und dem Bundesministerium für Gesundheit in einer Reihe von Forschungsprojekten zusammen.

Auf internationaler Ebene, Bundes- und auf Länderebene war das Institut mehrfach bei der Psychiatrieplanung und bei der Durchführung von Modellprojekten auf dem Gebiet der psychiatrischen Versorgung beratend tätig.

Das Zentralinstitut erfüllt die Lehrverpflichtungen im Bereich der medizinischen Psychologie der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg

Auf lokaler Ebene ist das ZI in das System der gemeindenahen psychosozialen Versorgung des Mannheimer Raumes integriert. Es berät in diesem Rahmen andere Institutionen und Behörden in Mannheim (z. B. Jugend- und Sozialamt) und führt Untersuchungen zur Effektivität und Ausnutzung gemeindenaher psychiatrischer Dienste durch.

Parallel zur praktischen Tätigkeit läuft eine Vielzahl von Forschungsprojekten in den Bereichen, die schon durch die genannten Dienste und Abteilungen umrissen sind. Schwerpunkte können in den Bereichen Epidemiologie, Psychogeriatric und biologische Psychiatrie gesehen werden

Darüber hinaus trägt das Zentralinstitut den Sonderforschungsbereich 258 „Indikatoren und Risikomodelle für Entstehung und Verlauf psychischer Störungen“

Medienangebote

Die Veröffentlichungen, die im Rahmen des Zentralinstitutes entstehen, sind in 3 Bereiche zu unterteilen:

1. Den Hauptteil machen die (jährlich ca. 200) wissenschaftlichen Arbeiten aus, die aus den laufenden Forschungsprojekten hervorgehen und als Monographien oder Aufsätze in Fachzeitschriften und Fachbüchern erscheinen. Diese sind in den Tätigkeitsberichten des Institutes verzeichnet
2. Zur Information der Öffentlichkeit werden Wissenschaftsthemen für interessierte Laien bearbeitet und den Medien zur Verfügung gestellt. Diese Artikel werden in „zi information“ (s. u.) veröffentlicht, das auch Außenstehenden zugänglich ist. (Exemplarisch sei hier auch auf eine Reihe von Heften über psychiatrische Krankheitsbilder hingewiesen,

die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V. in der gleichnamigen Reihe „Hilfe für Behinderte“ herausgegeben worden sind und über diese zu beziehen sind)

3. Zur Darstellung der Arbeit des Instituts insgesamt erscheint alle 2 Jahre ein umfangreicher Tätigkeitsbericht, der über die Arbeit der Kliniken, Abteilungen, Arbeitsgruppen und zentralen Dienste und die dort laufenden Forschungsprojekte informiert. Ein für den hausinternen Informationsaustausch 3- bis 4mal pro Jahr erscheinendes Info „zi intern“ wird auch an interessierte Zeitschriften versandt.

Eine Aufnahme in den Verteiler ist unter der Voraussetzung eines besonderen Interesses möglich (kostenlos)

Serviceleistungen

Das ZI verfügt über ein großes Potential an wissenschaftlich qualifizierten Fachleuten auf dem Gebiet der Psychiatrie und angrenzender Wissenschaftsgebiete (u. a. psychiatrische Epidemiologie, Geriatric, Kinder- und Jugendpsychiatrie).

Mit diesen kann über den Abteilungsleiter für Öffentlichkeitsarbeit Hr. Dr. Fischer Kontakt aufgenommen werden, um über eine Referententätigkeit bzw. redaktionelle Mitarbeit zu verhandeln

Neben der erwähnten Erfüllung der Lehrverpflichtungen im Bereich medizinische Psychologie der Universität Heidelberg bietet das Institut für Krankenschwestern und Pfleger eine zweijährige Weiterbildung (insgesamt 800 Stunden) zum Fachkrankenschwester in Psychiatrie in Blockseminaren an (Kosten insgesamt ca. 1600 DM; Informationen über den zuständigen Ausbildungspfleger) Das Zentralinstitut veranstaltet regelmäßig Weiterbildungsseminare für Ärzte und Psychologen Die Referatstitel können dem Mitarbeiterinfo des ZI entnommen werden.

- ZI -

Serviceleistungen

Eine kostenlose Aufnahme in den Verteiler des ZI ist möglich, sofern ein spezielles Interesse nachgewiesen werden kann.

Empfehlungen

Unter der gleichen Voraussetzung kann das 2- bis 3mal jährlich erscheinende Info kostenlos bezogen werden, in dem u. a. popularisierte Artikel zu Forschungsthemen veröffentlicht werden.

Empfehlenswert ist der Bezug des alle 2 Jahre erscheinenden Tätigkeitsberichtes, der u. a. über die wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus dem ZI informiert.

Hingewiesen sei hier auf das große fachwissenschaftliche Potential im Bereich Psychiatrie und angrenzender Wissenschaftsgebiete, über das das Zentralinstitut verfügt. Für speziellere Fragestellungen ist es sinnvoll, sich hier um Referenten zu bemühen.

Für interessierte Ärzte und Psychologen sind die Weiterbildungsseminare zu empfehlen.

Hingewiesen sei noch auf die staatlich anerkannte zweijährige Weiterbildung zur Fachkrankenschwester bzw. zum Fachkrankenschwester für Psychiatrie.

ZENTRALSTELLE FÜR PSYCHOLOGISCHE INFORMATION UND DOKUMENTATION, UNIVERSITÄT TRIER

– ZPID –

Adresse Universitätsring 15
 54296 Trier

Telefon 06 51/2 01 28 77

Telefax 06 51/2 01 20 71

Die Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID) ist die überregionale und zentrale Dokumentations- und Informationseinrichtung für das Fach Psychologie in der Bundesrepublik Deutschland. 1972 gegründet, wurde sie 16 Jahre lang als Projekt an der Universität Trier geführt. Seit 1988 ist sie eine Einrichtung der „Blauen Liste“ der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern und als „Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung“ der Universität Trier institutionalisiert.

Die Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation wertet deutschsprachige psychologische Literatur und psychologische und pädagogische Testverfahren, die in den deutschsprachigen Ländern zur Anwendung kommen, aus. Die Dokumentationen sind über Referatedienste und Bibliographien sowie über Datenbanken (Host- und CD-ROM-Version) zugänglich.

Seit 1981 gibt die Zentralstelle vierteljährlich den „Psychologischen Index Referatedienst über die psychologische Literatur aus den deutschsprachigen Ländern“ heraus. Der Index weist pro Jahr etwa 4.500 Publikationen in Kurzreferaten nach: Aufsätze aus etwa 250 Fachzeitschriften und Bücher aus ca. 125 Verlagen. Die Literaturnachweise sind nach Sachgebieten geordnet und können über ein deutschsprachiges Sachregister aufgefunden werden.

Weiterhin ist die Zentralstelle Herausgeber der seit 1968 jährlich erscheinenden „Bibliographie deutschsprachiger psychologischer Dissertationen“, die die entsprechenden Dissertationen in der BRD, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz erfaßt (pro Jahr ca. 300) und in einem Kurzreferat darstellt.

Darüber hinaus werden von der Zentralstelle Bibliographien über ausgewählte psychologische Themen erstellt (z. B. über Kindesmißbrauch, Gesundheits-erziehung, Suizid, Ersatzdroge Methadon); die Literaturnachweise sind ebenfalls jeweils mit einem Kurzreferat versehen.

Alle genannten Publikationen können über die Zentralstelle kostenpflichtig bezogen werden. Informationsmaterialien über diese Angebote können kostenlos angefordert werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die von der ZPID ausgewerteten Publikationen (Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Sammelwerke, Kongreßberichte mit Einzelbeiträgen, Dissertationen und Reports) werden in der Datenbank PSYNDEX erfaßt, in der unter anderem alle Literaturnachweise des Psychologischen Index und der Bibliographie deutschsprachiger psychologischer Dissertationen enthalten sind. Alle Literaturnachweise sind mit einem Kurzreferat versehen. Ende 1993 waren mehr als 90.000 Nachweise aufgeführt, bei einem Zuwachs von ca. 9.000 pro Jahr. Die Datenbank liegt in Host-Version beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) in Köln und in CD-ROM-Version (Silver Platter Information Ltd., USA) vor.

Die von der ZPID dokumentierten Tests, Skalen, Fragebogen und apparativen Verfahren werden in ausführlichen Beschreibungen mit kritischen Bewertungen in der Datenbank PSYTKOM gespeichert. Ende 1993 umfaßte die Datenbank 2.500 Beschreibungen. Pro Jahr werden über 100 Testverfahren erstmals umfassend beschrieben und etwa ebenso viele Beschreibungen nach dem neuesten Erkenntnisstand aktualisiert. PSYTKOM ist beim DIMDI implementiert.

Für PSYNDEX und PSYTKOM sowie für eine Reihe anderer Datenbanken bietet die Zentralstelle einen Literatursuchdienst an. Die betreffende Datenbank wird dabei auf der Basis eines anzugebenden Suchthemas computergestützt abgesucht und die entsprechende Literatur einschließlich Kurzreferat nachgewiesen. Der Benutzer erhält die Ergebnisse schriftlich zugesandt. Zusätzlich zur retrospektiven Recherche, bei der alle bisher erfaßten in Frage kommenden Titel herausgesucht werden, besteht die Möglichkeit, per Dauerauftrag aktuell die relevanten Titel der neuerfaßten Literatur regelmäßig recherchieren zu lassen.

Je nach Datenbank betragen die Gebühren für die einmalige, retrospektive Literatursuche zwischen 40 und 100 DM pro Suchthema, zuzüglich 0,40-1,20 DM für jeden dabei erbrachten Literaturnachweis.

Die im folgenden aufgeführten Datenbanken sind ebenfalls in gleicher Weise über den genannten Suchdienst zugänglich:

PSYCINFO Weist psychologische Literatur ab 1967 unter vorrangiger Berücksichtigung empirischer Arbeiten nach (alle Nachweise in Englisch).

MEDLINE Entspricht inhaltlich weitgehend dem „Index Medicus“ (seit dem Erscheinungsjahr 1964) und erfaßt Zeitschriftenartikel auf dem Gebiet der Biomedizin. Die Nachweise sind in Englisch.

SOCIAL SCISearch – Entspricht dem „Social Sciences citation Index“ und betrifft den Gesamtbereich der Humanwissenschaften.

Sociological ABSTRACTS – Weist internationale soziologische Literatur ab 1963 nach (alle Nachweise in Englisch).

SOLIS Weist deutschsprachige sozialwissenschaftliche Literatur ab 1945 nach (alle Nachweise in Deutsch).

SPOLIT Weist sportwissenschaftliche Literatur ab 1974 nach (alle Nachweise in Deutsch).

FORIS Weist sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte ab 1978 nach (alle Nachweise in Deutsch).

BLISS Weist betriebswirtschaftliche Literatur ab 1975 nach (alle Nachweise in Deutsch).

Die genannten Datenbanken sind beim Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information DIMDI – (siehe Anbieterdatei, Teil Umwelt – Impfen Zahngesundheit) implementiert. Mit entsprechenden Endgeräten ist ein direkter Zugriff auf die Datenbanken möglich, nähere Auskünfte können beim DIMDI selbst eingeholt werden.

ZENTRAL- WOHLFAHRTSSTELLE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND e. V.

– ZWST –

Adresse Hebbelstraße 6
60318 Frankfurt am Main

Telefon 0 69/24 43 71-0

Telefax 0 69/49 48 17

Die Zentralwohlfahrtsstelle entstand im Gründungsjahr 1917 als ein Dachverband, der eine Vielzahl von jüdischen karitativen Organisationen miteinander koordinierte. Die Entstehung der „zentralisierten“ jüdischen Wohlfahrtspflege im Jahr 1917 war die Antwort auf eine Fluchtbewegung von Millionen Juden aus dem Osten Europas. Die damit einhergehenden Nöte waren nicht mehr mit traditioneller Hilfe zu lindern. Dieser sozialgeschichtliche Hintergrund ist ein Spezifikum jüdischer Wohlfahrtspflege hierzulande. Er unterscheidet sich grundlegend von den Entstehungsbedingungen anderer Wohlfahrtsverbände.

„ZEDAKA“, der hebräische Begriff für Wohltätigkeit im religiösen Judentum, beinhaltet einerseits eine sozial-ethische Handlungsanweisung, eben die Art und Weise, wie Bedürftigen geholfen werden soll, und steht andererseits für soziale Gerechtigkeit. Wohltätig zu sein heißt, eines der höchsten Gebote zu erfüllen und den Bedürftigen Hilfe zu leisten, nicht nur etwa in Form von Almosen, sondern vielmehr im Sinne einer ausgleichenden Rechtsordnung mit dem Ziel, aus der Bedürftigkeit zur Eigenständigkeit zurückkehren zu können. „ZEDAKA“ steht seit Hunderten von Jahren für den Begriff der „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Die organisierte jüdische Sozialarbeit hat sich auf der Basis dieser religionsgesetzlich verankerten Wohltätigkeit entfaltet. Es versteht sich von selbst, daß die Zentralwohlfahrtsstelle auch als moderner Dienstleistungsbetrieb bemüht ist, den Grundgedanken der „ZEDAKA“ in der psychosozialen Arbeit lebendig zu erhalten.

Unter der barbarischen Herrschaft der Nazis hörte der Verband im Jahre 1939 auf, als eigenständige Organisation zu existieren. 1951 wurde die jüdische Dachorganisation wiedergegründet unter dem heutigen Namen „Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland“ statt „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

In unregelmäßigen Abständen werden von der ZWST Broschüren erstellt. Die meisten dienen der internen Weiterbildung von Mitarbeitern jüdischer Institutionen. Diese Materialien sind im allgemeinen für die Mitgliedsverbände kostenlos.

– ZWST –

Medienangebote

Serviceleistungen

Die heutige Angebotspalette als psychosoziale Serviceorganisation der jüdischen Gemeinden in Deutschland umfaßt neben der psychosozialen Betreuung vom Kind bis zum alten Menschen die Fort- und Weiterbildung der in den jüdischen Einrichtungen tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Hierzu steht sowohl eine „Psychosoziale Beratungsstelle“ als auch ein „Pädagogisches Zentrum“ zur Verfügung.

Unser Fort- und Weiterbildungsangebot richtet sich vordergründig an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch nichtjüdische, die in jüdischen Kindergärten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Altenclubs, Senioreneinrichtungen, Sozialstationen, Krankenhäusern, Sozialabteilungen und anderen psychosozialen Dienstleistungsbetrieben tätig sind. Andere Interessenten können das Angebot bei der ZWST erfragen.

Für mehrtägige Fortbildungsangebote werden Teilnehmerkosten erhoben.